Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Niemeyers

Zeitschrift für Internationales Recht.

Begründet von F. Böhm (1890).

Herausgegeben in Verbindung mit

L. Beer (Berlin), W. van Calker (Freiburg i. B.), O. v. Dungern (Graz), A. Hold-Ferneck (Wien), M. Fleischmann (Halle), M. Huber (Zürich), W. Jellinek (Kiel), E. Kaufmann (Bonn), G. Kleinfeller (Kiel), R. Laun (Hamburg), M. Liepmann (Hamburg), A. Mendelssohn-Bartholdy (Hamburg), Ch. Meurer (Würzburg), K. Neumeyer (München), K. Perels (Hamburg), R. Piloty (Würzburg), G. Radbruch (Kiel), W. Schoenborn (Kiel), W. Schücking (Berlin), L. Strisower (Wien), K. Strupp (Frankfurt a. M.), H. Triepel (Berlin), H. Wehberg (Berlin), Ph. Zorn (Bonn)

von

Th. Niemeyer.

XXXIII. Band.

OHIO STATE
UNIVERSITY

Verlag des Instituts für Internationales Recht
an der Universität Kiel
1924—1925

Digitized by Google

JX6003
H67
v.33

OHIO STATE
UNIVERSITY

Digitized by Google

Vorwort zum XXXIII. Band.

Das im Eingange des XI. Bandes (1902) und des XX. Bandes (1910) dieser Zeitschrift dargelegte Programm, welches in dem Vorwort zum XXIX. Band (1921) noch einmal ausführlich dargelegt und dessen Kerngedanke als „positiver Internationalismus“ bezeichnet wurde, hat sich auch angesichts der gewaltigen neuesten Entwickelungsbewegungen bewährt.

Indessen, die alle bis dahin gewohnten Maßstäbe hinter sich lassende stoffliche Ausdehnung des internationalen Rechtes, die gleichfalls bis dahin unerhörte Gewalt und Mannigfaltigkeit der geistigen, wirtschaftlichen, politischen Triebkräfte, endlich der für die Praxis wie für die Wissenschaft gleich überraschende Reichtum neuer Bedürfnisse, Aufgaben, Ideen verpflichtet den Herausgeber einer Zeitschrift für Internationales Recht zu genauerer Stellungnahme und zur Kundmachung der Grundsätze und Ziele, nach welchen die Auswahl und Bemessung des Stoffes und dessen wissenschaftliche Behandlung einzurichten er gesonnen ist.

Die Zeitschrift will nicht in Wettbewerb stehen mit den in Deutschland und in anderen Ländern erscheinenden Zeitschriften, Jahrbüchern und Archiven für internationales Recht. In bezug auf das positivrechtliche Material (Texte von Staatsverträgen, Gesetze, Urteilstexte, Schiedssprüche) bringt sie in sorgfältiger Auswahl das aktuelle und zu gleicher Zeit dauernd wertvolle neueste Material, und zwar je nach Bedürfnis im maßgeblichen Urtext oder in Uebersetzung bezw. mit Uebersetzung. Besonderes Gewicht wird, der Tradition der Zeitschrift gemäß, auf die Rechtsprechung der verschiedenen Länder gelegt, welche

353195

Digitized by Google

je nach ihrer Bedeutung berichtet oder in den Urteilstexten mitgeteilt wird. Die Haager Gerichts- und Schiedsgerichtssprüche werden vollständig mitgeteilt. Die Regesten und sonstigen Berichte über Staatsverträge nehmen einen ständigen und hervorragenden Platz ein, desgleichen die Berichte über Kongresse, Konferenzen und sonstige Verhandlungen der völkerrechtlichen Institute, Gesellschaften, Anstalten.

Der im besonderen Sinne wissenschaftliche Inhalt der Zeitschrift besteht einerseits in wissenschaftlichen Berichten über die internationalrechtliche Literatur aller Länder, und in Referaten über den positivrechtlichen und wissenschaftlichen Stand der Gegenwartsprobleme, andererseits in kritischen und rechtspolitischen, die Hauptfragen in ihrem Kern erfassenden theoretischen Untersuchungen.

Die Zeitschrift soll praktisch, fortschrittlich, internationalistisch sein, jedem wissenschaftlichen Standpunkt zugänglich, insbesondere auch nicht den neuzeitigen Geist des *jus naturae et gentium* verleugnend, welcher unter anderem in Art. 38 Ziff. 3 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag und in Art. 5 des deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrages zum Ausdruck kommt.

Kiel, den 1. Januar 1925.

Th. Niemeyer.

Digitized by Google

Inhaltsverzeichnis des XXXIII. Bandes.

Abhandlungen.

	Seite
Schleicher, Der gegenwärtige Stand des internationalen Rechts der Luftfahrt	1—16
Pache, Der Rechtszustand in Lettland	17—35
Fehlinger, Intervention und Vermittlung durch das internationale Arbeitsamt	36—43
Schuster, Die Frage der Rechtmäßigkeit der Ruhrokkupation	44—61

Haager Gerichts- und Schiedsgerichtssprüche.

Schiedsspruch btr. die amerikanische Requisition norwegischer Schiffe	62—94
Die Tätigkeit der Cour Permanente de Justice Internationale bis 1. März 1925	431—435

Dokumente.

1. Tanger-Statut 18. 12. 1923	95—127
2. Londoner Abkommen auf Grund des Dawes-Planes vom August 1924	128—162
3. Genfer Protokoll über die friedliche Regelung internationaler Streitfälle 2. 10. 1924	163—201
4. Belgien—Deutschland, Optionsabkommen 11. 9. 1922	201—203
5. Italien—Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat, Vertrag betr. Fiume 27. 1. 1924	203—206
6. Deutschland—Türkei, Freundschaftsvertrag 3. 3. 1924	206
7. Deutsches Reich—Vereinigte Staaten von Amerika, Vertrag betr. Verbot der Einfuhr alkoholischer Getränke 19. 5. 1924	207—209
8. Die deutsch-amerikanische „Mixed Claims Commission" 10. 8. 1922	210—215
9. Südafrikanisch-deutsches Memorandum über die rechtliche Lage der Deutschen im Mandatsgebiet Südwestafrika 23. 10. 1923	216—219
10. Memelabkommen 8. 5. 1924	219—231
11. Konventionen der zweiten Generalkonferenz für Verkehr und Transit (Genf) 15. 11. bis 8. 12. 1923	231—257
12. Konventionen der ersten Generalkonferenz für Verkehr und Transit (Barcelona) 10. 3 bis 20. 4. 1921	257—272
13. Deutsch-englischer Handelsvertrag 2. 12. 1924	272—296
14. Deutsch-polnisches Staatsangehörigkeits- und Optionsabkommen	296—341
15. Deutsch-schwedischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag 29. 8. 1924	341—347
16. Englisch-schwedischer Vertrag hinsichtlich der Heirat des Kronprinzen von Schweden mit Lady *Louise Mountbatten* 27. 10. 1923	347—348

Digitized by Google

Seite

Berichte über Staatsverträge.

I. Regesten von Staatsverträgen aus der Zeit vom 1. April 1924 bis 1. Januar 1925 nebst Nachträgen für die Jahre 1920—1923 349—396
II. Ergänzungsliste der von Rußland in der Zeit vom 1. Januar 1922 bis 1. April 1924 abgeschlossenen Verträge . . . . . 397—398

Rechtsprechung.

Deutschland . . . . . 399—411
Belgien 411
England . . . . . 411—412
Frankreich . . . . . 412—415
Portugal 415
Rumänien . . . . . 415—417

Berichte über Kongresse, Konferenzen usw.

1. Zur V. Panamerikanischen Konferenz (Santiago 1923). . . . 418—419
2. Die VII. Tagung der Commission Internationale de Navigation Aérienne, Paris 10.—14. 10. 1924 420
3. Die 22. Interparlamentarische Konferenz . . . . . 420—429
4. Académie internationale de droit comparé . . . . . 429—430
5. International Law Association 430

Völkerrechtliche Gutachten.

Zur Liquidation ehemals deutscher Güter in Polen . . . . . 436—456

Sprechsaal.

Die dänisch-norwegische Grönlandfrage *(E. Wolgast)* . . . . 457—465

Literaturberichte.

I. Zeitschriftenschau . . . . . 466—476
II. Bücherbesprechungen . . . . . 476—492
III. Verzeichnis eingegangener Neuerscheinungen . . . . . 492—500

Sachregister . . . . . 501—504

Druckfehler-Berichtigung.

Auf Seite 172 ist unter der „Uebersicht", II 2 statt „zweiten" Kommission **„dritten"** Kommission zu lesen.

Digitized by Google

Ständig in dieser Zeitschrift angewendete Abkürzungen.

Bull. = Bulletin de l'Institut intermédiaire international.
BGB. = Bürgerliches Gesetzbuch für das Deutsche Reich.
C. C. = Code Civil (Napoléon).
EG. = Einführungsgesetz.
F.V. = Friedensvertrag.
Ges. = Gesetz.
GS. = Gesetzsammlung.
Hans.G.Z. = Hanseatische Gerichtszeitung.
J. = Journal de droit international *(Clunet,* dann *André-Prudhomme).*
I. P. R. = Internationales Privatrecht.
KG. = preußisches Kammergericht.
LG. = Landgericht.
NR. = Nouveau Recueil de traités etc., herausgegeben von *Triepel* (früher *Martens,* dann *Stoerk*).
OGH. = Oberster Gerichtshof.
OLG. = Oberlandesgericht.
R. = Revue de droit international et de législation comparée *(De Visscher).*
Rev. = Revue de droit international privé *(Darras,* dann *De Lapradelle).*
Red. = Redaktion dieser Zeitschrift.
Riv. = Rivista di diritto internazionale *(Anzilotti).*
R. G. = Revue générale de droit international public *(Fauchille).*
RG. = Reichsgericht.
ZPO. = Zivilprozeßordnung.
Ztschr. = diese Zeitschrift.

Im übrigen wird auf die vom 27. Deutschen Juristentag (13. 9. 04) beschlossenen Abkürzungsformen Bezug genommen.

Römische Ziffern mit folgender arabischer Ziffer (z. B. III 399) bezeichnen Band und Seite, bei Zeitschriften Band und Heft, arabische Ziffern bei literarischen Zitaten die Seite.

Zeitdaten sind mit Ziffern bezeichnet (z. B. 5. 12. 01 = 5. Dezember 1901).

Digitized by Google

Digitized by Google

Der gegenwärtige Stand des internationalen Rechts der Luftfahrt.

Von Gerichtsassessor Dr. jur. **Rüdiger Schleicher.**

1. Die rechtspolitischen Gesichtspunkte.

Seit *Fauchille* in seiner 1901 erschienenen Abhandlung *„le domaine aérien et le régime juridique des aérostats“* die durch die Erfindung der lenkbaren Luftfahrzeuge aufgetretenen Rechtsfragen erstmals im Zusammenhange untersuchte, haben diese in der Völkerrechtswissenschaft eine stets wachsende Rolle gespielt. Lange vor dem Kriege schon befaßten sich das *„Institut de droit international“* [1]) und die *„International Law Association“* [2]) damit, und 1910 wurde in Paris eine besondere Vereinigung von Völkerrechtlern, das *„Comité juridique international de l'aviation“* gegründet, das auf seinen Tagungen als Grundlage eines internationalen Abkommens über den Luftverkehr einen *„Code international de l'air“* entwarf [3]). Im gleichen Jahre sollte ein von 19 Staaten beschickter Kongreß in Paris eine Union über den Luftverkehr vereinbaren, ein Plan, der damals scheiterte, aber doch die spätere Gestaltung vorbereitete [4]). Eine gewisse Klärung der Fragen brachte erst der Weltkrieg und der mit ihm zusammen-

---

[1]) Kongresse 1900, 1902, 1906, 1910 und später.

[2]) Kongresse 1911, 1920, 1924.

[3]) Das Komitee, dem seit dem Kriege kein Deutscher mehr angehört, gibt in Paris die monatlich erscheinende *„Revue juridique internationale de la locomotion aérienne“* heraus; die von ihm veranstalteten Kongresse fanden statt in Paris 1911, Genf 1912, Frankfurt 1913, Monaco 1921, Prag 1922 u. Rom 1924; der *Code de l'air* ist abgedruckt in *„Sixième congrès international de législation aérienne“*, Paris 1924.

[4]) Der Kongreß verlief ergebnislos, weil man sich über die grundlegende, in der Schrift *Fauchilles* aufgeworfene Frage — Staatshoheit am Luftraum oder Luftverkehrsfreiheit? — nicht einigen konnte. *Staël*-Holstein, *La réglementation de la guerre des airs*, 1911, gibt S. 77 den der Pariser Konferenz vorliegenden Vertragsentwurf wörtlich wieder.

Digitized by Google

hängende technische Aufschwung der Luftfahrt. Abgesehen von dem internationalen Kriegsrecht, dem bis dahin die eigentlichen Probleme des modernen Luftkrieges fremd waren, ergaben sich auch für das Luftverkehrsrecht eine Reihe neuer Aufgaben, die der Lösung bedurften; daß diese zuerst vom internationalen Gesichtspunkte aus gesucht wurde, liegt im Wesen der Luftfahrt begründet. Denn das moderne Lenkluftfahrzeug kann als Verkehrsmittel wirtschaftlich im allgemeinen nur da verwendet werden, wo seine Schnelligkeit vor der größeren Billigkeit und Bequemlichkeit der Eisenbahn und des Schnelldampfers unbedingt den Ausschlag gibt. Innerhalb der europäischen Staaten, in denen der Nachtschnellzug den Reisenden meist von der Zentrale bis zu den fernsten Punkten des Gebietes bringt, liegt somit nicht der Schwerpunkt des Luftverkehrs; vielmehr ist dieser in erster Linie auf die großen internationalen Verbindungen angewiesen. Solcher wirtschaftlichen Grundlage entspricht auch seine rechtliche Ordnung, die auf Vereinheitlichung der für ihn geltenden Normen abzielt: nicht das Landesrecht der einzelnen Staaten, sondern ein völkerrechtlicher Kollektivvertrag, die sogenannte „*Convention portant réglementation de la navigation aérienne*“, geschlossen zu Paris am 13. Oktober 1919, hat das heutige Luftfahrtrecht gestaltet[5]).

Ein wesentlicher Punkt für die internationale Regelung des Rechtes der Luftfahrt ist der heute überall geltende Grundsatz der Staatshoheit am Luftraum, der in der Fassung des Art. 1 der Pariser Konvention wie folgt lautet: „*Les Hautes Parties Contractantes reconnaissent que chaque Puissance a la souveraineté complète et exclusive sur l'espace atmosphérique au-dessus de son territoire*“. Aus diesem Satz, der den Staaten das Recht zuerkennt, die Luftfahrt über ihrem Gebiet beliebig zu regeln, wird allgemein ein Verkehrsverbot für staatsfremde Luftfahrzeuge abgeleitet. Daher bedarf es des völkerrechtlichen Vertrages, um den Luftraum über einem Staatsgebiet für Luft-

[5]) Die Konvention ist ohne Anlagen veröffentlicht in dieser Zeitschrift Bd. 29, 1921, S. 104 ff.; in deutscher Uebersetzung einschließlich aller Anlagen außerdem in den „Nachrichten für Luftfahrer“ (Nachrichtenblatt des Reichsverkehrsministeriums, Abteilung für Luft- und Kraftfahrwesen), 1924.

Digitized by Google

fahrzeuge fremder Staatsangehörigkeit zu eröffnen[6]). Die heute noch in der Wissenschaft gelegentlich vertretene „Luftfreiheitstheorie“[7]), die in dem Satze *Fauchilles „l'air est libre“* ihren Ausdruck fand, hat praktisch keine Bedeutung mehr. Selbst das früher auf ihrem Boden stehende *„Comité juridique international de l'aviation“* ist davon abgegangen, wenn es Art. 1 des *Code de l'air* wie folgt formuliert: *„La circulation aérienne est libre, sauf le droit pour l'état sous-jacent de prendre les mesures nécessaires en vue d'assurer sa sécurité et celle des personnes et des biens de ses habitants“*. Die Theorie entspricht ja auch nicht den Bedürfnissen; kein Staat kann, schon mit Rücksicht auf das Gebot der Selbsterhaltung, die unbeschränkte Freiheit der Luftfahrt zugeben. Dies haben erstmals die Neutralen während des Weltkrieges durch Luftverkehrsverbote gegenüber den Kriegführenden mit aller Deutlichkeit zur Geltung gebracht[8]). Praktisch war aber der Grundsatz der Staatshoheit im Luftraum auch schon vor dem Kriege überall in Anwendung, was in den Gesetzen über die Erstreckung des Grundeigentums auf die Luftsäule[9]) und in der internationalen Regelung des Funktelegraphenwesens[10]) zum Ausdruck kam.

[6]) Ohne Vertrag ist also Luftverkehr im fremden Staatsgebiet widerrechtlich; ein allgemeiner Handels- und Wirtschaftsvertrag unter den beteiligten Staaten genügt nicht. — Aus der deutschen Praxis ist hierzu von Bedeutung die Beschlagnahme von insgesamt 12 Flugzeugen der französisch-rumänischen Luftverkehrs-Gesellschaft im Sommer 1923; die Gesellschaft betrieb, obwohl die Rechte Frankreichs zur Durchquerung des deutschen Luftraumes mit zivilen Luftfahrzeugen aus Art 313 Versailler Vertrags gemäß Art. 320 mit dem 1. Januar 1923 abgelaufen und nicht erneuert waren, einen täglichen Luftverkehr auf der Strecke Straßburg — Prag über Deutschland hinweg. Notlandungen führten zur Beschlagnahme der Flugzeuge.

[7]) Anhänger dieser Theorie sind vorzugsweise französische Gelehrte (*Fauchille, Nys, Mérignhac*), während die Staatshoheitslehre von jeher von der deutschen und englischen Wissenschaft vertreten wurde (*v. Liszt*, Völkerrecht, S. 77 und die dort angeführten Schriftsteller; *Hazeltine*). Eine gründliche Darstellung der Theorien gibt *Spiropulos*, „Der Luftraum integrierender Bestandteil des Staatsgebietes“, 1922.

[8]) Näheres darüber bei *Spiropulos*, a. a. O. S. 67 f., ebenso in der Urkundensammlung „Seekriegsrecht im Weltkriege“, Berlin 1916, besonders Nr. 113, 212, 259, 544, 654, 680.

[9]) Vergl. in zeitlicher Reihenfolge 1. 22, 4 D. 43, 24; *Windscheid*, Pandekten I § 139 Anm 3; Pr.A.L.R. I §§ 26, 65, 123, 132, 141; C.C. Art. 552 Abs. 1. österr. a. BGB. Art. 297; BGB. § 905 Abs. 1; Schweizer ZGB. Art. 667 Abs. 1.

[10]) Funktelegraphenvertrag vom 3. Nov. 1906 / 5. Juli 1912.

Digitized by Google

Die Pariser Konvention (auch Pariser Luftverkehrsabkommen, kurz PLA. genannt) würde im Anschluß an den Versailler Vertrag von sämtlichen an diesem beteiligten alliierten und assoziierten Mächten am 13. Oktober 1919 zu Paris geschlossen und ist nach Ratifikation durch Großbritannien, Frankreich, Japan und einige kleinere Staaten am 10. Juli 1922 in Kraft getreten; sie umfaßt heute außer ihren Gründern (die mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika alle nachträglich ratifiziert haben) auch Persien, die Türkei[11]) und Bulgarien. Die Vereinigten Staaten sind im Zusammenhange mit der Ablehnung des Versailler Vertrages ferngeblieben; abseits stehen außerdem Deutschland und die Neutralen des Weltkrieges (die Schweiz, Schweden, Norwegen, Dänemark, Holland und Spanien) sowie Rußland, Finnland und die Ostseestaaten. Diese Außenseiter sind jedoch vielfach unter sich und mit den Pariser Vertragsstaaten durch besondere „vorläufige" Luftverkehrsabkommen verbunden[12]), die untereinander meist wörtlich übereinstimmend, sich inhaltlich an das PLA. anlehnen und regelmäßig die Beendigung des Vertragsverhältnisses für den Fall des Beitritts eines oder beider Vertragsstaaten zu diesem Abkommen vorsehen.

Daß das mit dem PLA. erstrebte, aus der Sache selbst sich ergebende Ziel eines vertraglichen Zusammenschlusses aller luftverkehrtreibenden Staaten bis jetzt nicht erreicht wurde, hat politische Gründe, die, wie beim Völkerbund, mit dem Krieg und der Stimmung der Nachkriegszeit zusammenhängen. Das Deutsche Reich hinderte vor allem die ihm auf dem Gebiete der Luftfahrt eingeräumte, seiner wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Bedeutung nicht entsprechende Stellung am Beitritt zum PLA. Außer den Luftfahrtbestimmungen des Versailler Vertrages, die u. a. die dauernde Abschaffung der Heeresluftfahrt festgesetzt haben[13]), sind dem zivilen Luftfahrzeugbau auf Grund des Londoner

[11]) Auf Grund des Vertrages von Lausanne, Art. 109, Nr. 13.

[12]) Eine Zusammenstellung der zahlreichen Abkommen ist in den „Nachrichten für Luftfahrer", 1922, S. 128 enthalten; die späteren Abkommen aller Staaten sind regelmäßig in diesem Blatt in deutscher Uebersetzung abgedruckt.

[13]) Vers.V. Art. 198–202 sehen außerdem die Ablieferung des gesamten ehemaligen Heeresluftfahrtgeräts, ferner für die Heeresluftfahrzeuge der Verbandsmächte „freie Fahrt im Luftraum sowie Durchflugs- und Landungs-

Digitized by Google

Ultimatums (5. Mai 1921) Beschränkungen auferlegt, die in den sogenannten „Bestimmungen über die Unterscheidung der verbotenen militärischen von der zivilen Luftfahrt" niedergelegt sind; diese — durch Verordnung der Reichsregierung vom 5. Mai 1922 (RGBl. I, S. 476) und vom 23. September 1923 (RGBl. I, S. 927) innerdeutsches Recht geworden — sind ohne zeitliche Grenze festgesetzt, und werden auf ihre Einhaltung von einem interalliierten Luftfahrt-Garantiekomitee überwacht [14]). Würde Deutschland, solange sie gelten, dem PLA. beitreten, so könnten die heute in diesem Abkommen zusammengeschlossenen ehemaligen Feindstaaten mit ihren größeren durch keine Baubeschränkungen behinderten Luftfahrzeugen wieder, wie in den ersten Nachkriegsjahren auf Grund des Versailler Vertrags, im deutschen Luftraume verkehren und so die deutsche Luftfahrt aufs neue schädigen. Deutschland hat es daher bis jetzt vorgezogen, sich durch Einzelabkommen mit einigen Nachbarstaaten zu verbinden oder auf Grund zeitlich begrenzter Ermächtigung fremden Luftverkehr über seinem Gebiet zu gestatten [15]).

Aber auch Bestimmungen des PLA. selbst standen bisher dem Beitritt Deutschlands und der genannten anderen Staaten im Wege. Außer der die alliierten Hauptmächte bevorzugenden Zusammensetzung der zur Weiterbildung der Luftfahrtfragen be-

---

freiheit" bis zur völligen Räumung des deutschen Gebiets durch die alliierten und assoziierten Truppen vor. Aehnliche für die Zivilluftfahrzeuge der Verbandsmächte in Art. 313 ff. festgesetzte Rechte sind mit dem 1. Januar 1923 gemäß Art. 320 wieder außer Kraft getreten. Daher sind die auf der Strecke Straßburg—Prag über Deutschland immer wieder ausgeführten Flüge der *Compagnie Franco-Roumaine* rechtswidrig. — Wörtlich übereinstimmend mit den erwähnten Vorschriften des Versailler Vertrags sind diejenigen der Verträge von St. Germain (Art. 144—148, 276—283), Trianon (Art. 128—132, 260—267), Neuilly (Art. 89—93, 204—211). An Stelle der im Vertrag von Sèvres der Türkei gegenüber ebenso festgesetzten Vorschriften hat der Vertrag von Lausanne eine grundsätzlich abweichende Regelung gebracht.

[14]) Das neuerdings gebaute, 100000 cbm fassende, für Amerika bestimmte Zeppelin-Luftschiff durfte nur auf Grund eines besonderen Abkommens zwischen den beteiligten Regierungen zur Erfüllung deutscher Reparationsverpflichtungen gebaut werden. Vgl. dazu *Müller* in DJZ. 1924, S. 837.

[15]) Bisher sind in Kraft Luftverkehrsabkommen mit der Schweiz (14. Sept. 1920) und mit Dänemark (25. April 1922, Reichsgesetzblatt 1923, II S. 215); vorbereitet sind Abkommen mit Holland, Oesterreich und einigen nordeuropäischen Staaten; neuerdings ist auch von einem bevorstehenden Abkommen mit England die Rede.

Digitized by Google

rufenen *„Commission internationale de la navigation aérienne“* (kurz CINA. genannt)[16]) wird vor allem Art. 5 des PLA. abgelehnt, der wie folgt lautet:

Article 5. Aucun Etat contractant n'admettra si ce n'est par une autorisation spéciale et temporaire, la circulation au-dessus de son territoire, d'un aéronef ne possédant pas la nationalité de l'un des Etats contractants.

Nach dieser Bestimmung darf kein Vertragsstaat mit Außenstehenden in regelmäßigen Luftverkehr treten; solange also Deutschland aus den oben angeführten Gründen dem PLA. nicht beitritt, müßten auch die ihm benachbarten Neutralen auf eine regelmäßige Luftverbindung mit Deutschland verzichten[16a]). Selbst innerhalb der Konvention sind diese Mißstände erkannt und vorläufig durch ein Zusatzprotokoll, das auf Antrag eines Vertragsstaats die Möglichkeit regelmäßigen Luftverkehrs auf Zeit auch mit Außenstehenden vorsieht, einigermaßen ausgeglichen worden; durch einen Beschluß auf ihrer Londoner Tagung im Oktober 1922 hat die CINA. dann eine Aenderung des Art. 5 in der angegebenen Richtung vorgeschlagen, die schon von einer Reihe Vertragsstaaten, darunter England und Frankreich, angenommen wurde. Bemerkenswert ist die neueste Stellungnahme der *„International Law Association“* auf ihrer Stockholmer Konferenz (8. bis 13. September 1924) zu Art. 5; dort ist auf Antrag englischer Delegierter nachstehende Entschließung einstimmig angenommen worden:

„Die Konferenz hält es für wünschenswert, daß Art. 5 der Internationalen Luftkonvention von 1919 nicht nur abgeändert, sondern völlig beseitigt wird und daß alle Nationen, die bisher an jener Konvention nicht beteiligt waren, eingeladen werden, ihr beizutreten“.

---

[16]) PLA. Art. 34 sieht je zwei Vertreter der alliierten Hauptmächte und nur je einen Vertreter der übrigen Staaten vor. — Auf das Drängen der kleineren Staaten ist von der CINA. schon eine grundsätzliche Aenderung dieser Vorschrift beschlossen worden, die die Billigung Englands und Frankreichs gefunden hat.

[16a]) Vgl. *Pittard, L'adhésion des Neutres, Revue juridique de la locom. aér.* 1923, S. 1 ff. *Lychlama à Nycholt* auf der 29. Konferenz der *Int. Law Ass.*, 1920, und neuerdings *Schnitzler* in der „Luftfahrt“, Berlin 1924, Heft 11.

Digitized by Google

Sollten die Pariser Vertragsstaaten diesem Beschluß stattgeben, so wäre damit ohne Zweifel das Haupthindernis für einen wirklich allgemeinen Zusammenschluß beseitigt.

2. Das materielle Recht.

Wie oben ausgeführt, ist das materielle Luftfahrtrecht unter dem Einfluß des PLA. in allen, auch den am PLA. nicht beteiligten Staaten weitgehend gleichartig gestaltet worden. Am weitesten gehen von den außerhalb stehenden die skandinavischen Staaten, die sich durch drei untereinander und mit dem PLA. nahezu wörtlich übereinstimmende Abkommen verbunden haben[17]). Die sonstigen Luftverkehrsverträge beschränken sich im allgemeinen auf die Uebernahme der wesentlichen Bestimmungen des PLA. Als Typ dieser Abkommen mag das deutsch-dänische vom 25. April 1922 (RGBl. 1923, II, S. 215) angesehen werden.

Auch die innerstaatlichen Luftfahrtgesetze[17a]) zeigen unter sich große Uebereinstimmung; da das PLA. und die sonstigen Abkommen die Haftpflichtfrage für den durch Luftfahrzeuge angerichteten Schaden nicht geregelt haben, so liegt meist gerade darin ihr Schwerpunkt. Das deutsche Luftverkehrs-Gesetz (LuftVG.) vom 1. August 1922 (RGBl. I S. 681)[17b]) ist für viele andere vorbildlich geworden und ist in seiner Art charakteristisch. Völlig eigenartig und vom herkömmlichen Typus abweichend ist das auch vom völkerrechtlichen Standpunkt aus bemerkenswerte französische Luftfahrtgesetz vom 31. Mai 1924 (*Journal Officiel* vom 3. Juni 1924)[18]), das unter dem Einfluß des *Code de l'air* und dessen maßgebender Urheber geschaffen wurde; es regelt außer den sonst üblichen Fragen auch Eigentum und Pfandrecht, Kauf und Miete des Luftfahrzeugs, ferner den Lufttransportvertrag.

[17]) Abkommen zwischen Norwegen und Dänemark vom 27. Juli 1921, Schweden und Dänemark vom 7. Nov. 1922, Schweden und Norwegen vom 26. Mai 1923 („Nachrichten für Luftfahrer" 1922, S. 197; 1923, S. 233 u. 437).

[17a]) Die Gesetze aller in Betracht kommenden Staaten sind in deutscher Uebersetzung in den „Nachrichten für Luftfahrer" seit 1920 veröffentlicht.

[17b]) Kommentar von *Bredow* und *Müller*, „Das Luftverkehrsgesetz", Berlin. 1922.

[18]) S. „Nachrichten für Luftfahrer" 1924, S. 273.

Digitized by Google

Aus den Abkommen und Gesetzen ergeben sich die folgenden für das Völkerrecht bedeutsamen Punkte:

a) Die Rechtslage der Luftfahrzeuge, d. h. der „Luftschiffe, Flugzeuge, Ballone, Drachen und ähnlicher für eine Bewegung im Luftraum bestimmter Geräte“ [19]), ist auf vielen Gebieten derjenigen der Seeschiffe gleich gestaltet; noch vorhandene Unterschiede scheinen angesichts der neueren Entwicklung, besonders des als Anhang zu dem Lausanner Friedensvertrag geschlossenen Dardanellen-Abkommens [20]), mehr und mehr zu verschwinden; dies zeigt auch die neueste Fassung des *Code de l'air*.

Wie die Seeschiffe Flagge und Namen, so führen die Luftfahrzeuge ein Staatsangehörigkeits- und ein Eintragungszeichen in Form einer Reihe von fünf Buchstaben, deren erster immer den Heimatstaat erkennen läßt [21]). Dem Schiffsregister entsprechend ist überall eine Luftfahrzeugrolle eingeführt, in der sämtliche Fahrzeuge unter Angabe des Eigentümers eingetragen werden müssen. Nach PLA. (Art. 6) und den meisten innerstaatlichen Gesetzen dient die Rolle allerdings lediglich als Fahrzeugliste ohne die weitergehenden Zwecke des Schiffsregisters [22]). Erst das französische Gesetz macht die Uebereinstimmung mit dem Schiffsregister vollständig: die Rolle genießt danach öffentlichen Glauben und dient der Buchverpfändung; diese Gestaltung beweist angesichts der noch verhältnismäßig häufigen Schadensfälle einen starken Glauben an die Zukunft des neuen Verkehrsmittels. Die Begründung des Gesetzes verkennt dieses Gefahrmoment nicht, glaubt jedoch, daß die Versicherung des Fahrzeuges für den Pfandgläubiger einen gewissen Schutz biete; außerdem erscheint ihr die Buchverpfändung *„comme une construction juridique utilisable dans l'avenir pour que nous profitions des facilités que le régistre d'immatriculation nous donne“*.

---

[19]) Vgl. § 1 LuftVG.

[20]) Vgl. Art. 1 u. 2 sowie Anhang zu Art. 2: Die Rechte der *bâtiments et aéronefs de guerre* sind dort völlig gleich geregelt.

[21]) Auch die dem PLA. nicht beigetretenen Staaten haben sich diesem Verfahren angeschlossen; die CINA. bemüht sich allenthalben um Uebereinstimmung der Vorschriften.

[22]) Vgl. Deutsches Flaggengesetz § 12; BGB. §§ 1259 ff.

Digitized by Google

b) Dem Seerecht entsprechend wird auch die Rechtsstellung der privaten und der staatlichen Luftfahrzeuge unterschieden. Nach PLA. genießen die letzteren, soweit sie ausschließlich im Dienst der Heeres-, Polizei- oder Zollverwaltung stehen, exterritoriale Rechte; unklar ist dagegen diejenige der Postluftfahrzeuge[23]). Neueren völkerrechtlichen Anschauungen entsprechend macht der *Code de l'air* zu der Frage folgende Vorschläge: Oeffentliche Luftfahrzeuge sind solche *„qui sont employés à l'exercise de la puissance publique"*; die übrigen gelten, auch wenn sie dem Staat gehören, als private Fahrzeuge, diejenigen der Postverwaltung eingeschlossen[24]).

c) Das Recht zum Verkehr im fremden Luftraum findet seinen Ausdruck regelmäßig in der Formel, daß die vertragschließenden Staaten sich verpflichten, ihren Privat- oder Handelsluftfahrzeugen „in Friedenszeiten freie Zulassung zum unschädlichen Luftverkehr über ihrem Land- und Seegebiet" *(liberté de passage inoffensif, freedom of innocent passage)*[25]) zu gewähren. Diese Vereinbarung schließt für die beteiligten Staaten vor allem zwei Pflichten ein: etwa entgegenstehende private Rechte am Luftraum zu beseitigen und auch das Landgebiet für die Zwecke der Luftfahrt der Vertragsstaaten, soweit nötig, zu eröffnen. Die erste Pflicht wird in den Abkommen positiv nicht zum Ausdruck gebracht, sondern erhält eine mehr negative Gestaltung durch die Vereinbarung, daß die Staaten „aus militärischen Gründen oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit", d. h. also nur im öffentlichen Interesse, den Luftverkehr über ihrem Gebiet ganz oder teilweise verbieten können[26]). Lediglich der *Code de l'air* gibt diesem Gedanken eine positive Fassung: *„Nul ne peut, à raison d'un droit de propriété, s'opposer au passage d'un aéronef dans des conditions qui ne présentent pas pour lui un inconvénient appréciable"*

---

[23]) PLA. Art. 30 ff.

[24]) *Code de l'air* Art. 32 ff.

[25]) PLA. Art. 2, deutsch-dänisches Abkommen Art. 1.

[26]) Solche „Luftsperrgebiete" sind den anderen Vertragsstaaten bekanntzumachen; Luftfahrzeuge, die in solche geraten, müssen unverzüglich landen; vgl. PLA. Art. 3, deutsch-dänisches Abkommen Art. 2 u. 3.

Digitized by Google

(Art. 43); sonst ist die Regelung dem Landesrecht überlassen, das regelmäßig in den Luftfahrtgesetzen diesem Gedanken Ausdruck gibt [26a]). — Die Benutzung der beiderseitigen Flughäfen und Landungsplätze wird in den Verträgen den Luftfahrzeugen der Vertragsstaaten zu den gleichen Bedingungen wie den einheimischen zugestanden [27]); nur in Notfällen darf außerhalb eines Flughafens gelandet werden; eine Ausnahme davon machen die Friedensverträge, die für die Siegerstaaten ein allgemeines Landungsrecht in Deutschland usw. vorsehen [28]).

Die „freie Zulassung" schließt nicht an sich das Recht ein, über ein Staatsgebiet hinweg mit einem dritten Staat regelmäßigen Verkehr zu treiben; vielmehr behalten sich in allen Abkommen die Vertragsstaaten vor, „die Einrichtung gekennzeichneter Luftlinien, sowie den Betrieb fahrplanmäßiger Luftverbindungen über ihr Hoheitsgebiet hinweg" von besonderer Genehmigung abhängig zu machen [29]). — Auch sonst ist die Zulassung fremder Luftfahrzeuge an eine Reihe von Bedingungen geknüpft: die Luftfahrzeuge und ihre Führer müssen staatlich geprüft sein, sie dürfen keine gefährlichen Geräte, Waffen, photographischen Apparate usw. mit sich führen, sie haben gewisse Verkehrsregeln zu beachten; die gewerbsmäßige Beförderung von Personen und Sachen innerhalb eines Staatsgebietes oder nach und von diesem bleibt der freien Regelung der beteiligten Staaten überlassen [30]).

Wichtig ist endlich, daß die Rechte nur „in Friedenszeiten" gewährt werden; Art. 38 PLA., nach dem im Kriegsfalle die Bestimmungen des Abkommens der Handlungsfreiheit der Vertrags-

---

[26a]) Vgl. § 1 LuftVG. „Die Benutzung des Luftraums durch Luftfahrzeuge ist frei, soweit sie nicht durch dieses Gesetz . . . beschränkt ist." Damit sind entgegenstehende Eigentumsrechte an der Luftsäule (§ 905 BGB.) ausgeräumt.

[27]) PLA. Art. 24, deutsch-dänisches Abkommen Art. 11, entsprechend den im Seerecht üblichen Bestimmungen.

[28]) Versailler Vertrag Art. 198 (für die Heeresluftfahrt) und 313 (für die zivilen Fahrzeuge bis zum 1. Januar 1923).

[29]) PLA. Art. 15 Abs. 3, deutsch-dänisches Abkommen Art. 9 Abs. 3.

[30]) PLA. Art. 16, deutsch-dänisches Abkommen Art. 9 Abs. 2; die Bestimmung entstammt dem Seerecht, wo Vorbehalte zugunsten der einheimischen Küstenschiffahrt üblich sind.

Digitized by Google

staaten *„soit comme belligérants, soit comme neutres“* keinen Eintrag tun sollen, zeigt die Tragweite dieser Vorschrift, die dem Verhalten der Neutralen während des Weltkriegs entspricht.

d) Bei Unfällen in einem fremden Staatsgebiet haben die Luftfahrzeuge der Vertragsstaaten nach PLA. und anderen Abkommen Anspruch auf dieselbe Hilfeleistung wie die einheimischen; bei Unfällen über offenem Meer gelten die Grundsätze des Seerechts entsprechend, d. h. beim Zusammentreffen von Angehörigen verschiedener Staaten das internationale Abkommen über Hilfeleistung und Bergung in Seenot vom 23. September 1910 (RGBl. 1913, S. 66)[31]).

e) Von größerer rechtlicher Bedeutung ist, auch vom internationalen Standpunkt aus, die Regelung der Haftpflicht für die durch Luftfahrzeuge verursachten Schäden. Es ist bemerkenswert, daß sämtliche Staaten ohne internationale Bindung zu fast übereinstimmenden Normen gekommen sind: überall ist, wie meist im Eisenbahn- und Kraftwagenverkehr, die Erfolgshaftung des Halters vorgesehen; d. h. wer das Fahrzeug im eigenen Interesse oder für eigene Rechnung im Gebrauch und die Verfügungsgewalt darüber hat, nicht also der Führer oder sonst beteiligte Personen, haftet ohne Rücksicht auf eigenes Verschulden für die durch den Betrieb entstandenen Schäden; nur mitwirkendes Verschulden des Beschädigten wird berücksichtigt[32]). In Verbindung mit der Haftpflichtfrage haben Bestimmungen über eine zwangsmäßige Haftpflichtversicherung des Luftfahrzeughalters in Uebereinstimmung mit dem *Code de l'air* und verschiedenen Luftfahrtgesetzen (auch dem deutschen, § 29) in die Luftverkehrsabkommen mit den nordischen Staaten Eingang gefunden; sie bezwecken, daß bei Unfällen im Luftverkehr unter allen Umständen ein kapitalkräftiger Träger für die Schadensforderungen einsteht und ein Gerichtsstand des Schadenersatzpflichtigen begründet wird. In den erwähnten Abkommen haben nämlich die Vertragsstaaten sich gegenseitig verpflichtet, eine Haftpflichtversicherung auch zur Deckung solcher Schäden

[31]) PLA. Art. 22 und 23.
[32]) LuftVG. § 19 ff.

Digitized by Google

vorzuschreiben, die durch ein Luftfahrzeug des einen Vertragsstaates im anderen gegenüber dritten, an der Luftfahrt nicht beteiligten Personen verursacht werden. Die Versicherung soll von derselben Art und demselben Umfang sein, wie sie in jedem Staat für den einheimischen Luftverkehr besteht. Jeder Staat erkennt die zu diesem Zweck bei einem Versicherungsunternehmen des anderen Staates eingegangene Versicherung grundsätzlich an[33]), falls die Erledigung von Schadensersatzansprüchen durch einen Vertreter des betreffenden Unternehmens in seinem Gebiet erfolgen kann. — Vereinbarungen dieser Art können sich allerdings erst dann voll auswirken, wenn auch das zugrundeliegende Haftpflichtrecht gleichmäßig gestaltet ist. Bei der immer größeren Ausdehnung des internationalen Luftverkehrs wird sich daher eine vertragliche Gestaltung dieser Frage auf die Dauer nicht umgehen lassen. Die klaren Sätze des *Code de l'air* geben eine Grundlage dafür und lassen Sonderwünschen einzelner Staaten genügend Spielraum[34]).

f) Von Interesse sind ferner die Bestimmungen über Zwangsmaßnahmen gegen das Fahrzeug. Der durch die besonderen Betriebsgefahren des Luftverkehrs bedingten gesteigerten Haftpflicht des Luftfahrers stehen in einigen Gesetzen Bestimmungen gegenüber, die den Luftverkehr vor allzu rigoroser Durchführung von Ansprüchen einzelner schützen und der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung des noch jungen Verkehrsmittels die Wege ebnen sollen. So ist nach deutschem Recht dem durch ein Luftfahrzeug bei einer Landung geschädigten Grundeigen-

---

[33]) Deutsch-dänisches Abkommen Art. 13 und Anhang Nr. 2; norwegisch-dänisches, schwedisch-dänisches und schwedisch-norwegisches je Art. 4.

[34]) *Code de l'air*, Art. 45 ff. Art. 45. *La responsabilité est basée sur le risque.* — Art. 46 *La responsabilité pèse également et solidairement sur celui qui a la propriété de l'aéronef et celui qui en a la maîtrise juridique.* — Art. 47. *Le cas de force majeure est réservé.* — Art. 48. *Le transporteur est responsable de la perte ou de l'avarie des marchandises transportées, hors le cas de force majeure ou du vice propre de la marchandise. Il est de même responsable des dommages causés aux tiers, hors le cas de force majeure ou de faute du transporté.* — Art. 49. *Sauf en ce qui concerne les voyageurs, le transporteur peut, par une clause expresse, s'exonérer de la responsabilité qui lui incombe, en raison des risques de la circulation aérienne et des fautes commises par toute personne employée à bord dans la conduite de l'appareil.*

Digitized by Google

tümer das sich aus bürgerlichem Recht ergebende Selbsthilferecht entzogen und er auf die Auskunft der Luftfahrzeugbesatzung beschränkt; er darf also ein Luftfahrzeug, das auf seinem Grundstück etwa durch eine Notlandung Schaden angerichtet hat, nicht zurückhalten, bis ihm Sicherheit geleistet ist, sondern muß den Abflug freigeben, nachdem ihm der Ersatzpflichtige so bezeichnet ist, daß er gegen ihn gerichtlich vorgehen kann[35]). Das französische Gesetz hat außerdem, entsprechend der darin gegebenen sachenrechtlichen Stellung des Luftfahrzeugs, die Zwangsvollstreckung in Luftfahrzeuge wie bei den Binnenschiffen geordnet[36]). Auch hat der Gläubiger nur gegenüber Luftfahrzeugen, deren Eigentümer in Frankreich keinen Wohnsitz hat, und gegenüber ausländischen Fahrzeugen *„le droit de pratiquer une saise conservatoire"*. International geregelt ist in diesem Zusammenhange die Zwangsvollstreckung in Luftfahrzeuge wegen Verletzung von Erfinderschutzrechten. Nach Art. 18 PLA. dürfen Luftfahrzeuge eines Vertragsstaates beim Verkehr in einem anderen Vertragsstaat oder über dessen Gebiet hinweg wegen Verletzung eines Patents, Musters oder Modells nicht beschlagnahmt werden, wenn Sicherheit geleistet wird, deren Höhe im Streitfall von der nächsten zuständigen Behörde so schnell wie möglich festzusetzen ist. Die Vorschrift, die vermutlich auf eine vor dem Krieg gegebene deutsche Anregung zurückgeht, soll die Bewegungsfreiheit der Fahrzeuge im internationalen Verkehr sichern und entspricht dem § 5 Abs. 3 des deutschen Patentgesetzes, wonach die Wirkung des Patents „auf Einrichtungen an Fahrzeugen, die nur vorübergehend ins Inland gelangen", überhaupt nicht erstreckt wird[37]).

g) Der Gedanke, nur dem „unschädlichen Luftverkehr" fremder Luftfahrzeuge freie Zulassung zu gewähren, wird überall

---

[35]) LuftVG. § 12, BGB. § 229 ff.

[36]) Art. 15—17.

[37]) Vgl. Patentgesetz vom 7. April 1891 in der Fassung vom 7. Dezember 1923 (RGBl. II, S. 437); ähnliche Vorschriften bestehen in Oesterreich, Ungarn, Dänemark, Finnland, Holland, Luxemburg und der Schweiz; in Norwegen und England nur in Beziehung auf Schiffe.

Digitized by Google

durch besondere Strafvorschriften gesichert[38]). Völkerrechtlich geregelt ist nach PLA. die Bestrafung wegen Verletzung der Verkehrs- und Zeichenregeln im engeren Sinn; im Art. 25 verpflichtet sich nämlich jeder Vertragsstaat, die Einhaltung dieser Regeln in seinem Gebiet und durch die ihm angehörenden Luftfahrzeuge, „wo auch immer sie sich befinden", durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen und ihre Verletzung zu bestrafen. Diese Bestimmung stellt sich als ein wichtiger Ansatz zur Vereinheitlichung des „internationalen Strafrechts" der einzelnen Staaten dar: im Gegensatz zu dem meist geltenden Territorialprinzip (§§ 3—9 Str.GB.) ist danach jeder Staat zur Verfolgung auch solcher Zuwiderhandlungen gegen die Verkehrsvorschriften verpflichtet, die von einem Inländer im Auslande begangen werden; einem entsprechenden Ersuchen eines anderen Vertragsstaates ist Folge zu leisten[39]). Da nach den Erfahrungen im Kraftverkehrsrecht Uebertretungen der Verkehrsvorschriften häufig die Grundlage von Schadensersatzansprüchen bilden, ist die Vorschrift auch für die Rechtsverfolgung solcher Ansprüche von großer Bedeutung[40]).

g) Die letzterwähnten Vorschriften leiten zu der Frage über, welches Recht überhaupt für Luftfahrzeuge beim Ueberfliegen fremden Gebiets gilt, das der Flagge oder das des überflogenen Staats. Aus dem Grundsatz der Staatshoheit am Luftraum ergibt sich an sich die unbedingte Geltung des Rechts des überflogenen Staats für alle Rechtsvorgänge im Luftfahrzeug, mögen sie sich darüber hinaus auswirken oder nicht, — eine Folgerung, die in verschiedenen Gesetzen und Verträgen Ausdruck gefunden

---

[38]) LuftVG. § 31 ff.

[39]) Das Internationale Abkommen über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 11. Oktober 1909 (RGBl. 1910, S. 603) kennt diese Möglichkeit noch nicht; vielfach gehen daher Führer ausländischer Kraftwagen bei Verkehrsübertretungen im Inland straflos aus.

[40]) Der Verhinderung von Zuwiderhandlungen dient das in allen Abkommen festgelegte Recht der Polizeibehörden, die Luftfahrzeuge der Vertragsstaaten bei Abflug und Landung zu untersuchen und die vorgeschriebenen Papiere zu prüfen (PLA. Art. 21, deutsch-dänisches Abkommen Art. 11). Daneben sind vielfach noch Zwangsmaßnahmen zur Verhinderung rechtswidriger Flüge durch gewaltsames Anhalten der Luftfahrzeuge vorgesehen.

Digitized by Google

hat[41]), am schärfsten vielleicht im Entwurf der deutschen Verordnung über Luftverkehr: „Ausländische Luftfahrzeuge sowie deren Besatzung und Fluggäste unterliegen im deutschen Hoheitsgebiet dem deutschen Recht“ [42]). Wie aber der Staat gegenüber den seine Küstengewässer durchfahrenden Seeschiffen regelmäßig auf die Geltendmachung seiner vollen Hoheitsrechte verzichtet, wenn seine Interessen nicht unmittelbar berührt werden, so haben auch die Gesetze Frankreichs und der Schweiz von jenem Grundsatz eine Ausnahme zugelassen. In beiden Gesetzen gilt das inländische Recht gegenüber den über das Land hinweg verkehrenden Luftfahrzeugen fremder Staaten nur subsidiär, und die inländische Gerichtsbarkeit hat grundsätzlich nur dann einzugreifen, wenn inländische Interessen verletzt sind. So bestimmt Art. 10 des französischen Gesetzes wörtlich:

„Les rapports juridiques entre les personnes qui se trouvent à bord d'un aéronef étranger en circulation sont régis par la loi du pavillon de cet aéronef, toutes les fois que la loi territoriale serait normalement compétente.

Toutefois, au cas de crime ou de délit commis à bord d'un aéronef étranger, les tribunaux français sont compétents si l'auteur ou la victime est de nationalité française ou si l'appareil atterit en France après le crime ou le délit.

Les tribunaux compétents seront ceux du lieu de l'atterissage en cas de poursuites au moment de l'atterissage et ceux du lieu de l'arrestation au cas où l'auteur de l'infraction serait arrêté postérieurement en France“ [43]).

---

[41]) Vgl. z. B. deutsch-dänisches Abkommen Art. 13, nach dem „Luftfahrzeuge des einen Vertragsstaates sowie deren Besatzung und Fluggäste, während sie sich im Hoheitsgebiet des anderen Staats befinden, den dort geltenden Vorschriften über Luftverkehr im allgemeinen ... unterliegen ... und auch den sonstigen Verpflichtungen unterworfen sind, die sich aus den allgemeinen Gesetzen und Vorschriften des anderen Staats ergeben.“ Ebenso dänisches Gesetz und dänisch-englisches Abkommen.

[42]) Der Entwurf dieser zur Ausführung des Luftverkehrsgesetzes bestimmten Verordnung liegt zurzeit einem Reichstagsausschuß vor.

[43]) Der Schweizer Bundesratsbeschluß über die Luftfahrt vom 27. Januar 1920 bestimmt, daß alle Personen an Bord eines die Schweiz überfliegenden Luftfahrzeugs sich nach den in der Schweiz geltenden Gesetzen und Vorschriften zu richten haben, jedoch „unterstehen die Rechtsverhältnisse der Insassen eines in internationaler Fahrt begriffenen Luftfahrzeugs unter-

Digitized by Google

Diese ebenfalls dem *Code de l'air* entsprechende Gestaltung verdient vor der starren Durchführung des Hoheitsprinzips den Vorzug. Es wäre erwünscht, wenn alle Staaten zur Vermeidung von Rechtskonflikten sich bald auf eine ähnliche Behandlung der Frage einigen würden.

Mit diesen Betrachtungen ist der gegenwärtige Stand des internationalen Rechts der Luftfahrt, soweit es deren friedliche Betätigung regelt, kurz wiedergegeben. Auch das Luftkriegsrecht spielt, seit im Winter 1922/23 eine durch die Washingtoner Abrüstungskonferenz eingesetzte Juristenkommission einen Entwurf für die internationale Regelung dieser Frage ausgearbeitet hat[44]), in der völkerrechtlichen Literatur zurzeit wieder eine große Rolle. Von deutscher Seite hat kürzlich der Tübinger Gelehrte Professor Dr. *Pohl* in einer die ganze Frage erschöpfenden Weise dazu Stellung genommen, so daß hier davon abgesehen werden kann, auch sie zu behandeln[45]).

---

einander dem Rechte des Heimatstaates des Fahrzeugs, subsidiär dem schweizerischen Rechte". Auch in strafrechtlicher Hinsicht wird unterschieden: „Im Falle eines Verbrechens oder Vergehens, welches von einem Insassen eines in Fahrt befindlichen fremden Luftfahrzeugs gegen einen anderen Insassen begangen wird, ist die Zuständigkeit der schweizerischen Gerichte nur dann gegeben, wenn die Tat gegen einen Schweizer Bürger begangen wurde und wenn nach der Tat eine Landung auf Schweizer Boden erfolgt". Ueberdies sind die Schweizer Gerichte zuständig wegen Verletzung der Gesetze über die öffentliche Sicherheit, sowie der Militär- und Steuergesetze, der schweizerischen Luftverkehrsvorschriften und „derjenigen Verbrechen und Vergehen, welche von Insassen eines schweizerischen Luftfahrzeuges im Auslande begangen wurden, sofern deren Verfolgung durch kein ausländisches Gericht erfolgt".

[44]) Der Entwurf ist abgedruckt in einem Weißbuch der holländischen Regierung und in der *Revue juridique de la locom. aér.* 1923, S. 456.

[45]) Dr. *Heinrich Pohl*, Luftkriegsrecht, Stuttgart 1924, 48 S.

Digitized by Google

Der Rechtszustand in Lettland.

Von **M. B. Pache.**

Eine Beurteilung ausländischer Rechtsfragen lediglich an der Hand von gedrucktem Material wird für den einheimischen Rechtskundigen stets seine Schwierigkeiten haben, wenn nicht die praktische Erfahrung des in dem betreffenden Rechtsstoff aufgewachsenen Beraters hinzutritt. Gilt dies schon ganz allgemein, so insbesondere dann, wenn es sich, wie im vorliegenden Falle, um einen Staat handelt, auf dessen verhältnismäßig kleinem Territorium das Recht kein einheitliches, sondern in einzelnen Gebietsteilen wiederum verschiedenes ist.

Das in der Sitzung des Volksrats von Lettland am 5. Dezember 1919 angenommene „Gesetz über Weitergeltung der früheren russischen Gesetze" bestimmt: „Alle früheren russischen Gesetze, welche innerhalb der Grenzen Lettlands bis zum 24. Oktober 1917 galten, sind bis auf weiteres nach dem 18. November 1918 als in Geltung befindlich anzusehen, soweit sie nicht durch neuere Gesetze aufgehoben sind und sie nicht der Staatsordnung Lettlands sowie der Plattform des Volksrats widersprechen" (24. Oktober 1917 a. St.: Beginn der Sowjetherrschaft und Sowjetgesetzgebung in Rußland; 18. November 1918: Proklamierung des lettischen Staates). Der Gesetzgeber hat sich, wie man sieht, durch eine solche Rezeption des früheren russisch-baltischen bezw. russischen Reichsrechts die Kodifikationsarbeit erspart. Damit ist nach dem temporären Rechtszustand der Kriegsjahre 1915—1919 in den baltischen Landen mit Proklamierung der Republik Lettland der frühere russisch-baltische Rechtszustand unter Ausmerzung aller Spuren der deutschen Okkupationsherrschaft fast restlos wieder hergestellt. Es bedeutet, daß auf dem Gebiete des materiellen Zivilrechts das sogenannte „baltische" bezw. das russische Zivilrecht (Band X, Teil 1 *Swod Sakonow*) in Geltung ist, hinsichtlich des öffentlichen Rechts und des Prozeßrechts dagegen das russische Reichsrecht. Ueber

Digitized by Google

seither eingetretene Aenderungen des Rechtszustandes in Lettland in der Folgezeit soll am Schluß gesprochen werden.

Ist durch das vorerwähnte Gesetz über die Weitergeltung der früheren russischen Gesetze in Lettland dem Richter auf der einen Seite die Richtschnur für seine Entscheidung gegeben, so wird er auf der anderen Seite dazu veranlaßt, das Gebiet der Rechtspolitik zu betreten („. . . . soweit sie nicht der Staatsform Lettlands und der Plattform des Volksrats widersprechen"). Hier hat also der Richter keine positiven Regeln für die zu treffenden konkreten Entscheidungen, sondern er muß durch rechtspolitische Erwägungen diese Lücke ausfüllen und die dem Rechtsgefühl zugrunde liegenden Gedanken selbst aufsuchen und bewerten. Die Herstellung der Harmonie zwischen „geltendem" und „richtigem" Recht ist also seine Sache; Aufklärung darüber, welche erwünschte oder unerwünschte Wirkungen sich aus dem geltenden Rechtszustand ergeben, muß er sich selbst geben. Vom Gesichtspunkt der Rechtspolitik aus betrachtet ist daher die Rechtsanwendung in Lettland eine weitere Schwierigkeit, die zu dem ohnehin schon außerordentlich komplizierten Rechtsstoff noch hinzutritt.

Eine sehr erhebliche Schwierigkeit bietet auch die Sprache. Gesetze müssen aus sich heraus verständlich sein für diejenigen, die sie anwenden, sie müssen den gesetzgeberischen Willen zu verständlichem Ausdruck bringen. Gut gewählte Fachausdrücke geben der Formulierung daher erst die begriffliche Schärfe. Vernachlässigung im Ausdruck rächt sich durch Schwierigkeiten in der Erkenntnis. Die Schwierigkeiten einer präzisen Formulierung des Rechtsstoffes sind aber in einer noch stark in der Entwicklung begriffenen Sprache, wie der lettischen, ganz besonders groß.

Der maßgebende Text der von Lettland übernommenen Gesetze ist der russische des „*Swod Sakonow*" (Sammlung russischer Reichsgesetze). Es ergibt sich somit die Eigentümlichkeit, daß für die Interpretation der Gesetze noch der russische Text maßgebend ist, während die Gerichtssprache selbst die lettische ist, bei deren Anwendung auf die gerichtliche Terminologie beim Fehlen von Fachausdrücken nicht

Digitized by Google

bloß *judex* und Juristen, sondern auch den Parteien besondere Schwierigkeiten erwachsen. Gibt es schon im Russischen für mancherlei, beispielsweise dem römischen Recht entnommene technische Ausdrücke noch keine feste, sichere Terminologie, so gilt dies für das Lettische in erhöhtem Maße, zumal die Sprache von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung überhaupt nicht verstanden wird. Die Verordnung des lettischen Justizministers vom 4. Dezember 1920 über weitgehende Zulassung der Minoritätensprachen (russisch und deutsch) vor Gericht ist späterhin stark eingeschränkt worden. Anwälte müssen sich vor Gericht in Wort und Schrift der lettischen Sprache bedienen; sie sind zum Auftreten vor Gericht nicht zuzulassen, wenn sie der lettischen Sprache nicht folgen können. Parteien ist der Gebrauch der russischen oder deutschen Sprache gestattet, „soweit dies erforderlich ist und die Umstände es zulassen“ (!).

Wie bereits erwähnt, gelangt in Lettland noch das sogenannte baltische Recht neben russischem Reichsrecht zur Anwendung. Die in dem „Privatrecht der Ostseeprovinzen“ (III. Bd.) enthaltenen Rechtsnormen sind teils allgemeine, teils besondere, die bloß für einzelne Rechtsgebiete verbindliche Kraft haben. Der Umfang dieser Rechtsgebiete wiederum ist nicht bloß durch geographische Grenzen bestimmt, sondern zugleich durch den Stand und die durch diesen bedingte Gerichtszugehörigkeit unter die Land- und Stadtrechte. Die privatrechtlichen Verhältnisse der Bauern und der übrigen unter Jurisdiktion der Bauerngerichte stehenden Personen sind nach den Bauernverordnungen und den entsprechenden Landrechten zu beurteilen. So ist im heutigen Lettland, insoweit es im zaristischen Rußland die Gouvernements Livland und Kurland umfaßte, noch in Geltung befindlich: das Livländische Landrecht, das Kurländische Landrecht, das Piltensche Landrecht, das Livländische Stadtrecht, das Kurländische Stadtrecht, das Bauern-Privatrecht; ferner gelten die besonderen Rechtsnormen für die Städte Mitau, Bauske und Friedrichstadt. In Lettgallen hingegen, einem Teil des früheren Gouvernements Witebsk, gilt nicht das baltische Recht, sondern im Privatrecht noch der X. Band des russischen *Swod*

Digitized by Google

Sakonow (Zivilgesetzbuch), wie auch die alte russische Reichszivilprozeßordnung ohne die für die Ostseeprovinzen ergangene Novelle. Wie man sieht, ist das bürgerliche Recht in dem neuen Staat ein gar buntscheckiges: im größten Teil des Landes das sehr komplizierte baltische Recht, im kleineren Teil das russische Zivilrecht (Band X, Teil 1 *Swod Sakonow*). Zwischen beiden besteht aber, was Rechtssätze, Begriffsbestimmungen und Terminologie anlangt, eine tiefe Kluft.

Der jetzige Rechtszustand läßt sich nur verstehen, wenn man die verschiedenen im Laufe der Jahrhunderte entstandenen und allmählich, den wechselnden Zeitverhältnissen und jeweiligen Zeitbedürfnissen und Rechtsanschauungen entsprechend modifizierten Rechtsquellen in Berücksichtigung zieht und ihre auf historischem Boden sich entwickelnde Verschmelzung zu einem organischen Ganzen erfaßt. Es würde über den Rahmen dieser Abhandlung hinausgehen, bei der großen Zerrissenheit der baltischen politischen Geschichte hier auf die historische Entwicklung dieser Rechtsgrundlagen einzugehen, die heute noch gelten. Nur soviel sei gesagt, daß auch nach der Trennung von dem deutschen Mutterlande und dem Verluste der Selbständigkeit das gemeine deutsche Recht die Grundlage alles Lebens in den Ostseeprovinzen bildete, sie mochten zu Polen, Schweden oder Rußland gehören oder unter einem vom Polenkönig belehnten Herzoge stehen, wie ihnen das in den verschiedenen Unterwerfungsverträgen zugesichert war. So war es auch natürlich, daß bei dem stetigen wechselseitigen Verkehr zwischen diesen Provinzen und dem Mutterlande deutsches Recht und deutsche Sitten sich in den ersteren in gleicher Weise fortentwickelten, wie dies in der Heimat geschah, auch bei der Rezeption der fremden Rechte, des römischen und des kanonischen Rechts. Eine Kodifikation des bestehenden Rechts war zwar bei allen Unterwerfungsverträgen ausbedungen, doch ist sie in den verschiedenen Gebietsteilen des Baltenlandes in verschiedener Weise und zu verschiedener Zeit zustande gekommen. Erst unter Kaiser *Nikolaus I.*, unter dessen Regierung die beiden ersten Kodifikationen der allgemeinen russischen Reichsgesetze zustande kamen, wurde auch eine zusammenfassende Kodifikation der besonderen Provinzial-

Digitized by Google

verwaltung und des Ständerechts der Ostseeprovinzen (Provinzialrecht Bd. I und II) im Jahre 1845 ins Leben gerufen. Der III. Band des Provinzialrechts, das bisher in ungezählten Rechtsquellen verstreute Privatrecht wurde indes erst unter Kaiser *Alexander II.* im Jahre 1862 kodifiziert und durch namentlichen Ukas vom 12. November 1864 bestätigt; er trat vom 1. Juli 1865 ab in Kraft.

Der baltische Zivilprozeß war im Gegensatz zum materiellen Recht nicht zugleich mit diesem kodifiziert worden, sondern beruhte bis zum Jahre 1889 einesteils auf althergebrachtem Gewohnheitsrecht, andererseits auf einer Reihe von sehr verschiedenartigen schriftlichen Quellen. Kurz sei vermerkt, daß auch hier seit dem 17. Jahrhundert das gemeine deutsche Recht einen integrierenden Bestandteil des Zivilprozeßrechts in den Ostseeprovinzen ausmachte und die Fortentwicklung des zivilprozessualen Verfahrens im deutschen Mutterlande indirekt auch dem Baltenlande zugute kam. Die Gesetzgebung unter polnischer, schwedischer und russischer Herrschaft hat jedenfalls einen wesentlichen Einfluß auf die ursprünglich altdeutsche Gerichtsverfassung und die prozessualen Verhältnisse nicht ausgeübt. — So war in kurzen Zügen die Rechtsentwicklung bis zur russischen Justizreform im Jahre 1889, als die für die auf ganz heterogenen Rechtsgrundlagen und Rechtsanschauungen basierten inneren Gouvernements des russischen Reichs erlassenen Gerichtsordnungen mit nur geringen, auf die baltischen Verhältnisse rücksichtnehmenden Modifikationen mit dem 20. November 1889 in den Ostseeprovinzen in Kraft traten und damit das russische Gericht. Während, wie bereits erwähnt, die seitherige Rechtspflege in den Ostseeprovinzen auf einer bereits Jahrhunderte zurückgehenden organischen Entwicklung beruht, war die nunmehr in Kraft tretende neue Gesetzgebung auf einer diametral entgegengesetzten Basis aufgebaut und sie bezweckte einen fast vollständigen Bruch mit dem bisherigen formellen Rechtsverfahren. An Stelle der größten inneren Zersplitterung des Gerichtsverfahrens (jede Provinz hatte besondere Gerichte, Stadt und Land ihr eigenes Verfahren, Adel, Bürgertum, Bauern, Beamte, Universität unterstanden verschiedenen Gerichten)

Digitized by Google

trat nunmehr das System der vom modernen Geiste des europäischen Westens erfüllten russischen Gerichtsordnungen. Zeigt sich so die Justizreform von 1889 vom rein juristischen Standpunkt als durchaus begründet, so war sie politisch gesehen zweifellos ein Mittel zur größeren Assimilierung des Baltikums, ein gewandter Schachzug auf die bisherige Sonderstellung Livlands, Estlands und Kurlands. Die meisten der bisher bestehenden Gerichte wurden bei Einführung der Justizreform aufgehoben und deren Tätigkeit den neuen Gerichtsinstitutionen: Bezirksgerichten, Appellhof, Friedensrichter und Friedensrichter-Plenum übertragen, neben denen einzelne Sondergerichte fortbestehen blieben, teilweise reorganisiert wurden, teilweise neu hinzutraten. Von den bisher fungierenden Sondergerichten wurden sämtliche auf dem lokalen Privatrecht beruhenden aufgehoben; hierher gehören die verschiedenen Waisengerichte (Städtisches Waisengericht in Riga und solche in anderen Städten Kurlands); an ihre Stelle traten die im russischen Reichsrecht begründeten adligen und städtischen Waisengerichte (mit den speziell für die Ostseeprovinzen erlassenen Abänderungen), die als Vormundschaftsgerichte nur Administrativ- und Verwaltungsbehörden sind. Aufgehoben wurde ferner das Rigasche Wett- und Handelsgericht, dessen Funktionen den Bezirksgerichten zugewiesen wurden. Ferner wurden aufgehoben die bisherigen Bauerngerichte, Gemeindegerichte, Kirchspielgerichte und Kreisgerichte, an deren Stelle neuorganisierte Gemeindegerichte und bäuerliche Obergerichte traten. Bestehen blieben als Sondergerichte die geistlichen und Militärgerichte. Zur Kompetenz der ersteren gehörten, abgesehen von ihren kirchlichen Obliegenheiten, alle Sachen betr. Verlöbnis, Aufgebot, Eingehung und Scheidung einer Ehe.

Was das Zivilgerichtsverfahren anlangt, so ist die Justizreform von 1889 an den am meisten hervorstehenden und durch das materielle Privatrecht bedingten Eigentümlichkeiten des baltischen Zivilgerichtsverfahrens nicht vorübergegangen. Als Fortsetzung zur Reichszivilprozeßordnung (oder richtiger Zivilverfahrensordnung) — Bd XVI *Swod Sakonow* — wurden die Artt. 1799—2097 nebst einigen Anhängen angefügt, die das

Digitized by Google

russische Verfahren für Livland, Estland und Kurland teilweise ergänzten, teilweise abänderten. Eine besondere Rolle spielten hierbei die Bestimmungen über die freiwillige Gerichtsbarkeit [Artt. 1907 –2097 — darunter das unstreitige Nachlaßverfahren, Artt. 1956 — 2029 und das Aufgebotverfahren Artt. 2054—2093], bezüglich deren die einheitliche Reichszivilprozeßordnung keine oder nur sehr dürftige Bestimmungen enthält.

Während der deutschen Okkupation im Baltikum wurden unter Hinzuziehung örtlicher Juristen deutsche Gerichte eingesetzt. In Zivilsachen wurde die bis dahin gültige russische Reichszivilprozeßordnung suspendiert und die deutsche ZPO. eingeführt. Bezüglich der freiwilligen Gerichtsbarkeit wurde bestimmt, daß auf diesem Gebiete das Deutsche Freiwillige Gerichtsbarkeitsgesetz vom 17. Mai 1898 und das Preußische Gesetz vom 21. September 1899 gelten sollten, soweit aber in diesem keine genügenden Bestimmungen enthalten sind, subsidiär die Vorschriften der russischen Reichszivilprozeßordnung über das Verfahren vor den im Baltikum tätigen Gerichten.

Heute gelten in Lettland, wie bereits eingangs erwähnt, die früheren russischen Gesetze aus der Zeit bis zum 24. Oktober 1917, „soweit sie nicht durch neuere Gesetze aufgehoben sind und sie nicht der Staatsordnung Lettlands widersprechen". Es sind nun in der Zeit seit dem 18. November 1918, dem Tage der Gründung des Staates Lettland, eine ganze Reihe von Gesetzen ergangen, welche das aus dem zaristischen Rußland übernommene Recht teils aufheben, teils abändern.

Was Gerichtsorganisation und Zivilprozeßverfahren anlangt, so ist auf diesem Gebiete im wesentlichen alles beim alten geblieben. Es fungieren danach: Friedensgerichte (Einzelrichter), Bezirksgerichte (Kollegialgerichte), der Appellhof in Riga und als Kassationsinstanz der Senat in Riga. Die Funktionen des früheren Friedensrichter-Plenums sind auf die Bezirksgerichte übergegangen. Die Bezirksgerichte sind Berufungsinstanz gegen Urteile der Friedensrichter, der Appellhof Berufungsinstanz gegen Urteile der Bezirksgerichte, der Senat Revisionsinstanz für Urteile des Appellhofs und letzte Instanz für Urteile der Bezirks-

Digitized by Google

gerichte als Berufungsinstanz, soweit die Bezirksgerichte an Stelle des Friedensrichter-Plenums Entscheidung trafen.

Geistliche Gerichte bestehen nicht mehr, ihre bisherigen Funktionen (Anfechtung, Nichtigkeit, Scheidung der Ehe usw.) sind auf die ordentlichen Gerichte übergegangen. Die Waisengerichte sind einheitlich, adlige Waisengerichte gibt es wegen Abschaffung der Adelsprivilegien nicht mehr. Die Kompetenz der bisherigen Gemeindegerichte ist durch Verordnung vom 29. Dezember 1921 eingeschränkt. Forderungs- und Erbschaftssachen (Artt. 206—209 und 220—241 der Zivilverfahrensordnung für die Gemeindegerichte) gehören seit 1. Januar 1922 vor die ordentlichen Gerichte, vor den Friedensrichter bezw. das Bezirksgericht. Die Gemeindegerichte üben seit dem vorgenannten Zeitpunkt die gleichen Funktionen aus, wie die städtischen Waisengerichte in Vormundschafts-, Fürsorge-, Adoptionssachen und bei Bestätigung von Urkunden. Die Aufnahme des Nachlaßinventars kann der Friedensrichter dem Gemeindegericht übertragen.

Es ist natürlich nicht möglich, hier alle seit Gründung des Staates Lettland erlassenen Gesetze und Verordnungen aufzuzählen, durch die das übernommene baltische und russische Recht aufgehoben oder abgeändert wird. Ich beschränke mich daher auf einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten und einschneidendsten Gesetze, soweit sie für den einheimischen Juristen von Interesse sind.

Familienrecht.

1. Das Ehegesetz. Veröffentlicht in Nr. 38 des *Valdibas Vestnesis* vom 18. Februar 1921. — Eheschließung nach Wunsch der Nupturienten durch Standesamt oder Geistlichen. Ehescheidung durchs Bezirksgericht (früher geistliches Gericht, Konsistorium usw.). Bestimmungen über Folgen der Nichtigkeit, Trennung (auf höchstens 3 Jahre) und Scheidung der Ehe. Prozessuales Verfahren in Ehescheidungssachen vor den Bezirksgerichten.

2. Gesetz über Registrierung von Personenstandsakten (*Valdibas Vestnesis* Nr. 50 vom 4. März 1921). — Zuständig Standesämter, daneben Geistliche, jedoch nur für Eheschließungsakte.

Digitized by Google

3. Gesetz über den Wechsel von Familiennamen (19. September 1920).

4. Vormundschaft. Von dem Recht der Uebernahme einer Vormundschaft sind Ausländer gemäß Art. 318 des „Privatrechts der Ostseeprovinzen" (Bd. III) ausgeschlossen.

Sachenrecht.

1. Agrargesetz Lettlands (*Valdibas Vestnesis* Nr. 218 vom 24. September 1920). Bildung eines staatlichen Landfonds durch Enteignung. Staatseigentum werden danach die in Lettland belegenen Ländereien und Güter, die in den Artikeln 597 und 613 des Privatrechts (Band III) und Artt. 411, 413, 1, 2, 3 und 4 und Artt. 414 und 415 der russischen Zivilgesetze (Band X, Teil 1 *Swod Sakonow*) aufgeführt sind. Sämtliche Rechte, die mit dem enteigneten Besitz verknüpft sind, gehen gemäß § 13 des Agrargesetzes auf den lettländischen Staat über, Pflichten indes nur in bestimmtem Umfange.

Die Frage betreffend Entschädigung der von der Agrarreform betroffenen deutschen Reichsangehörigen ist noch im Stadium der Verhandlungen.

2. Für die Frage, ob und inwieweit Ausländer im heutigen Lettland Grundbesitz erwerben konnten, war noch bis zum Juni 1924 das russische Gesetz vom 14. März 1887 maßgebend, das von Lettland bisher nicht aufgehoben worden war. Es besagte, daß „fernerhin keinem Ausländer mehr gestattet sein soll, in Livland oder Kurland Immobilien außerhalb der Städte irgendwie *inter vivos* zu erwerben". Erbte ein Ausländer ein solches Immobil, so war er gehalten, dasselbe im Laufe von 3 Jahren an einen Inländer zu verkaufen, es sei denn, daß der Erbe Ehegatte oder Abkömmling des Erblassers war und sich bereits vor dem 14. März 1887 in Rußland angesiedelt hatte. Bei Nichtinnehaltung des Verkaufstermins konnte das ererbte Immobil seitens der Regierung für Rechnung des Erben öffentlich meistbietend versteigert werden. In den Artt. 620 und 870 des Privatrechts der Ostseeprovinzen (Band III) sind diese Bestimmungen in Form von Anmerkungen noch besonders aufgenommen worden.

Digitized by Google

Unterm 19. Juni 1924 (*Valdibas Vestnesis* Nr. 139 vom 25. Juni 1924) ist nun eine Verordnung ergangen, welche diese Frage für das gesamte Gebiet Lettlands ausführlich regelt. Besondere Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung sind in Nr. 183 des *Valdibas Vestnesis* vom 15. August 1924 enthalten. Bei der großen Bedeutung dieser Frage sei die vorerwähnte Verordnung nebst den Ausführungsbestimmungen hier in Uebersetzung wiedergegeben:

Bestimmungen über die Einschränkung des Erwerbs, der Nutzung und der Verwaltung von Immobilien*).

§ 1. Ausländischen Staatsangehörigen ist es untersagt, auf dem flachen Lande, in der Grenzzone aber auch in den Städten und Flecken, Eigentums- und Erbnutzungsrechte (wie z. B. Erbpachtrechte, Obrokrechte, Pachtzins- und ähnliche Rechte) an Immobilien zu erwerben.

§ 2. Ausländische Staatsangehörige können Immobilien pachten, nutzen oder auf Grund von Vollmachten verwalten auf dem flachen Lande — in der Grenzzone jedoch auch in Städten und Flecken — lediglich mit jedesmaliger Genehmigung der Regierung.

Anmerkung: Dieser Paragraph bezieht sich nicht auf Fälle, wo ausländische Staatsangehörige Wohnhäuser, Sommervillen oder einzelne Wohnungen zum persönlichen Gebrauch außerhalb der Grenzzone auf dem Lande mieten.

§ 3. Falls ein ausländischer Staatsangehöriger zur Zeit des Erlasses dieses Gesetzes ein Immobil besitzt oder später durch Erbschaft ein Immobil auf dem flachen Lande — in der Grenzzone jedoch auch in Städten und Flecken — zu Eigentum oder Erbnutzung erwirbt, so ist er gehalten, dasselbe innerhalb von 3 Jahren einem lettländischen Staatsangehörigen zu verkaufen, andernfalls übernimmt das Landwirtschaftsministerium das Immobil als Staatseigentum und zahlt dem Eigentümer eine Entschädigung aus nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Mai 1923 über die Zwangsenteignung von Immobilien für staatliche und öffentliche Zwecke.

*) Veröffentlicht auf Grund des § 81 der Verfassung der Lettländischen Republik.

Digitized by Google

§ 4. Die Bestimmungen des vorherigen Paragraphen beziehen sich auch auf juristische Personen, die auf Grund eines ausländischen Gesetzes gegründet sind, auch wenn sie in Lettland zum Gewerbebetriebe zugelassen sein sollten.

§ 5. In der Grenzzone können lettländische Staatsangehörige ländliche Immobilien über einen Zeitraum von 6 Jahren hinaus nur mit jedesmaliger Genehmigung der Regierung pachten, nutzen oder auf Grund einer Vollmacht verwalten.

§ 6. In den in den §§ 2 und 5 genannten Fällen wird die Genehmigung der Regierung durch den Justizminister im Einvernehmen mit den Ministern des Innern und der Landwirtschaft erteilt.

§ 7. Verträge über Veräußerung eines in der Grenzzone belegenen Immobils sind notariell abzuschließen. Der betreffende Notar reicht eine Abschrift des abgeschlossenen Vertrages beim Landwirtschaftsministerium ein, welches das Vorrecht hat, innerhalb von 2 Monaten den Verkaufsgegenstand für die im Vertrage genannte Verkaufssumme zu erwerben, falls aber die Veräußerung im Schenkungswege erfolgt ist, für den im Vertrage bezeichneten Wert des Schenkungsgegenstandes. Sofern das Landwirtschaftsministerium den im Verkaufs- oder Schenkungsvertrage angegebenen Wert für zu hoch erachtet, setzt es den Wert fest nach Maßgabe des Gesetzes vom 24. Mai 1923 über die zwangsweise Enteignung von Immobilien für staatliche und öffentliche Zwecke.

§ 8. Diesem Gesetz zuwider abgeschlossene Verträge haben keine gesetzliche Kraft. Dem Innenminister steht das Recht zu, Zuwiderhandelnde mit einer Geldstrafe bis zu 500 Lats oder einer Arreststrafe bis zu 3 Monaten oder mit beiden Strafen zusammen zu belegen, die Schuldigen gegebenenfalls aus der Grenzzone und Ausländer auch aus Lettland auszuweisen.

§ 9. Nähere Bestimmungen über die Ausführung dieses Gesetzes veröffentlicht das Ministerkabinett, das auch den Umfang der Grenzzone festsetzt.

§ 10. Hiermit wird § 830 des russischen Gesetzes (IX. Bd. der Gesetzsammlung, Ausgabe 1899) mit den Anmerkungen und Anlagen zum § 2 aufgehoben.

Riga, den 19. Juni 1924.

Digitized by Google

Instruktion zu den Bestimmungen über Einschränkung von Erwerb, Nutzung und Verwaltung von Immobilien*).

§ 1. Ausländer, welche auf dem (flachen) Lande, in der Grenzzone aber auch in Städten und Flecken Immobilien pachten, nutzen oder auf Grund einer Vollmacht zu verwalten wünschen, reichen dem Justizminister ein entsprechendes Gesuch ein. Dem Gesuch sind beizufügen notariell beglaubigte Abschriften von den Pässen des Bittstellers und des Eigentümers des Immobils, ein Auszug aus den Grundbüchern bezw. aus den Büchern des älteren Notars über das zu pachtende, zu nutzende oder zu verwaltende Immobil, sowie die Bedingungen, unter welchen das Immobil in Pacht, Nutzung oder Verwaltung vergeben wird.

Anmerkung: Sollte das Immobil in den Grundbüchern bezw. beim älteren Notar nicht verschrieben sein, so ist ein Zeugnis einer Regierungs- oder Kommunalbehörde mit Auskünften über das Immobil beizufügen.

§ 2. In der im vorliegenden Paragraphen vorgesehenen Ordnung mit denselben Beilagen reichen Gesuche ein diejenigen lettischen Bürger, welche ein Immobil in der Grenzzone auf eine Frist von mehr als 6 Jahren zu pachten, zu nutzen oder auf Grund einer Vollmacht zu verwalten wünschen.

§ 3. Notare, welche dem Landwirtschaftsminister Abschriften von Veräußerungsverträgen einsenden, die sich auf ein Immobil in der Grenzzone beziehen, fügen bei: Abschriften von den Pässen des Landerwerbers und Veräußerers, sowie einen Auszug aus den Grundbüchern bezw. aus den Büchern des älteren Notars über das Veräußerungsobjekt. Sollte das Immobil in den Grundbüchern bezw. beim älteren Notar nicht verschrieben sein, so ist ein Zeugnis einer Regierungs- oder Kommunalbehörde mit Auskünften über das Immobil beizufügen.

§ 4. Zur Grenzzone werden folgende Gemeinden, Städte und Flecken gerechnet:

a) im Kreise Wolmar die Gemeinden: Ainazu (Haynasch), Rozenu (Kodjak), Ternejas (Torney), Skulbergu, Waltenbergas,

*) Nr. 107 der Sammlung der Gesetze und Verordnungen des Ministerkabinetts 1924.

Digitized by Google

Idus (Idwen), Ipiku, Arakstes (Anas), Lodes, Konu (Königshof) und Nauksenu (Naukschen), sowie der Flecken Haynasch;

b) im Kreise Walk die Gemeinden: Omulu (Homeln), Ergemes (Ermes), Peddeles (Peddeln), Lugasu (Luhde), Valkas (Walk), Aumeisteru (Serbigal), Zwartavas, Gaujienes, Bormanu, Jaunlaicenes (Neulaitzen), Jaunroses (Neurosen), Veclaicenes (Altlaitzen), Ziemeru (Semershof), Lazbergu und Pededzes, sowie die Stadt Walk und der Flecken Opes;

c) im Kreise Neulettgallen die Gemeinden: Kazanovas, Tolkovas, Bokovas, Visgorodas und Gauru;

d) im Kreise Ludsen die Gemeinden: Karsavas, Michalovas, Evermuizas, Narcas, Istras, Janovoles, Posines und Landskoronas, sowie die Stadt Ludsen und der Flecken Karsavas;

e) im Kreise Rositten die Gemeinde Bukmuizas;

f) im Kreise Dünaburg die Gemeinden: Asunes, Pustinas, Piedrujas, Izabelinas und Kraslavas, sowie die Städte Dünaburg und Kraslawa;

g) im Kreise Illuxt die Gemeinden: Bornes, Solonajas, Borovkas, Skrundalinas, Demenes, Kurcuma, Kalkunes, Steles, Sventes, Lasu, Pilskalnes (Schloßberg), Bebrenes, Prodes, Garsanes (Garssen) und Oknist, sowie die Städte Illuxt, Griwa und Subbat;

h) im Kreise Jakobstadt die Gemeinden: Elksnu (Ellern), Susejas-Krona (Kron-Sussei), Neretas (Nerft), Memeles (Memelhof) und Erberges (Herbergen);

i) im Kreise Bauske die Gemeinden: Kurmen, Schönberg, Budbergas, Ruhenthal und Schwitten;

j) im Kreise Mitau die Gemeinden: Sessau, Elley, Großplaton, Wilzen, Grenzhof, Fockenhof, Uckern, Schnickern, Altautz, Wakkaxt und Ringen;

k) im Kreise Goldingen die Gemeinde Essern;

l) im Kreise Hasenpoth die Gemeinde Nigranden;

m) im Kreise Libau die Gemeinden: Wainoden, Aiswicken, Gramsken, Kalleten, Bartau, Dunnicken und Rutzau.

§ 5. Die Aufsicht über die Erfüllung der Bestimmungen über Einschränkung von Erwerb, Nutzung und Verwaltung von Immobilien steht dem Innenminister zu.

Riga, den 7. August 1924.

Digitized by Google

3. Das sogenannte „Näherecht“ in Art. 1613 ff. des „Privatrechts“ (Vorkaufsrecht des Grundstücknachbars) ist neuerdings aufgehoben.

4. Gesetz betr. Schließung der Livländischen, Kurländischen und Piltenschen Ritterschaft und Aufhebung ihrer öffentlichen und privaten Rechte und Privilegien (*Valdibas Vestnesis* 187 vom 29. Juni 1920).

Erbrecht.

Das jetzt noch gültige sehr komplizierte Erbrecht soll modernisiert werden. Die Bestimmungen des baltischen Privatrechts (Artt. 2525—2580) „von den adligen Güterfamilien-Fideikommissen“ sind inzwischen aufgehoben. Das Justizministerium hat einen Entwurf über ein neuzeitliches Erbrecht ausgearbeitet, der Gerichten und Juristen zur Stellungnahme zugegangen ist.

Recht der Forderungen.

1. Von tief einschneidender Bedeutung ist das „Gesetz über Regelung früherer Verträge und Schulden“ (*Valdibas Vestnesis* Nr. 57 vom 17. März 1923). Aufgehoben wurde durch dieses Gesetz: a) das Gesetz vom 18. März 1920 über das alleinige Zahlungsmittel und die Regelung früherer Verträge und Schulden (*Valdibas Vestnesis* Nr. 181/1920); b) Verordnung vom 14. Juli 1921 betr. Aenderungen und Ergänzungen zum Gesetz vom 18. März 1920 (*Valdibas Vestnesis* Nr. 160/1921); c) Verordnung vom 3. August 1922 betr. Abänderungen zu demselben Gesetz (*Valdibas Vestnesis* Nr. 148/1922). Das Gesetz trat am 18. März 1923 in Kraft. Es bestimmt, daß alle Zahlungen auf Grund von Abmachungen in russischer oder deutscher Valuta, deren Erfüllung nach dem Gesetz oder laut Vertrag in Lettland zu erfolgen hat, in lettländischem Gelde zu leisten sind:

„a) ist die Abmachung vor dem 1. Januar 1918 erfolgt, so ist die Zahlung nach dem Kurse: anderthalb deutsche oder Ostmark = 0,02 Lats zu leisten;

b) ist die Abmachung nach dem 1. Januar 1918 erfolgt, so ist die Zahlung nach dem Kurse: zwei russische Rubel = zwei deutsche oder Ostmark = 0,02 Lats zu leisten.

Digitized by Google

Diese Bestimmungen beziehen sich nicht auf bereits beglichene Schulden.

Vor dem Inkrafttreten des Gesetzes vom 18. März 1920 (Gesetz- und Verfügungssammlung Nr. 181 vom Jahre 1920) geschlossene Verträge, die den formellen Abschluß in ausländischer Valuta vorsehen, sind nicht bindend, ausgenommen Verträge, die schon von beiden Seiten faktisch erfüllt sind, sowie auch in den in § 2 dieses Gesetzes angeführten Fällen.

2. Frühere Verträge in ausländischer Valuta sind in der in ihnen vorgesehenen Valuta zu erfüllen, falls sie sich auf Abmachungen über ausländischen Ex- und Import, Operationen von Kreditanstalten mit dem Auslande, Geldwechseloperationen und im Auslande zu erfüllende Abmachungen beziehen.

Nach dem 1. Januar 1918 in russischer Valuta abgeschlossene Verträge sind nach dem Kurse: zwei russische Rubel = 0,02 Lats zu berechnen.

3. Innerhalb zweier Jahre, gerechnet vom 18. März 1923, kann der Schuldner alle bis zum 18. März 1920 entstandenen Geldforderungen, darunter auch hypothekarische, jedoch keine periodischen Alimenten- und Leibrentenforderungen, sowie Miet- und Pachtforderungen völlig oder zum Teil vor dem gesetzlich vorgesehenen oder vertraglich vereinbarten Termine und unabhängig von der Kündigung der Schuld, tilgen. Weigert sich der Gläubiger, die Zahlung zu empfangen, oder ist dem Schuldner dessen Wohnort unbekannt oder unerreichbar oder der Gläubiger nicht in der Lage, dem Zahler die betreffenden Forderungsdokumente auszureichen, so ist der Schuldner berechtigt, seine Schuld den Umständen gemäß nach den Bestimmungen der §§ 2047 und folgenden der Zivilprozeßordnung zu tilgen, wobei der in § 2061 vorgesehene Veröffentlichungstermin ein Monat ist.

4. Sämtliche in Lettland ausgegebenen Wertpapiere, wie Obligationen, Pfandbriefe, Anteilscheine und Aktien sind in der vom Finanzministerium festgesetzten Zeit und Ordnung in lettländische Valuta umzuschreiben." . . .

2. Das Mietgesetz vom 6. Juni 1924, gültig ab 30. Juni 1924 (*Valdibas Vestnesis* Nr. 133 vom 16. Juni 1924) betr. Vermietung von Räumen in Städten und Ortschaften Lettlands.

Digitized by Google

Die rezipierten Artikel des Zivilrechts werden, soweit sie dem neuen Mietgesetz widersprechen, außer Kraft gesetzt.

Erwähnt seien von weiteren wichtigeren Gesetzen auf dem Gebiete des Handels- und Seerechts:

I. „Gesetz über Aktiengesellschaften und Anteil-Gesellschaften" vom 20. April 1921 (*Valdibas Vestnesis* 83/1921); hierzu ergangen:

a) Verordnung vom 6. Oktober 1923 „temporäre Bestimmungen über Gründung neuer Aktiengesellschaften (*Valdibas Vestnesis* 223/1923; Unterlagen hierzu: a) Gesetz über die russischen Aktiengesellschaften (Band X, Teil 1, Artt. 2139—2198 des *Swod Sakonow*); b) Kreditgesetz (Band XI, Teil 2, Abschnitt 1, *Swod Sakonow*); c) Gesetz über die Versicherungs-Aktiengesellschaften (Band X, Teil 1 *Swod Sakonow*).

b) Verordnung „temporäre Bestimmungen über Gründung neuer Aktiengesellschaften vom 28. Januar 1924 (*Valdibas Vestnesis* Nr. 24); darin Abänderungen der Verordnung vom 6. Oktober 1923. Betrifft Mindestkapital neu zu gründender Aktiengesellschaften.

c) Gesetz vom 9. Juni 1923 über zwangsweise Einberufung von ordentlichen Generalversammlungen der Aktiengesellschaften (*Valdibas Vestnesis* 121/1923).

d) Temporäre Bestimmungen über Gründung von Handels- und Industrie-Anteil-Gesellschaften vom 18. Januar 1924.

(Gesellschaften mit Grundkapital unter 100 000 Lats heißen Anteil-Gesellschaften; Ausnahmen: Kreditinstitutionen, Lombards, Versicherungs- und Speditionsgesellschaften.)

e) Verordnung vom 31. Juli 1924 (*Valdibas Vestnesis* 175 vom 6. August 1924) zum Gesetz vom 20. April 1921 über die Aktiengesellschaften und Anteil-Gesellschaften.

(Betrifft Liquidierung der ehemaligen russischen Aktiengesellschaften oder ihrer Filialen.)

f) Verordnung vom 29. November 1922 (*Valdibas Vestnesis* Nr. 271/1922) betreffend „Tätigkeit ausländischer Aktien- und Anteilgesellschaften in Lettland" *).

*) Eine deutsche Uebersetzung dieser Verordnung ist abgedruckt in Heft 3 der „Rigaer Zeitschrift für Handel und Industrie" vom 25. Januar 1923.

Digitized by Google

II. Das „Gesetz über das Schiffahrtsrecht“ vom 16. März 1923 hebt die Artt. 164 und 165 des ersten Abschnitts, Teil 1, II. Buch des russischen Handelsgesetzes — *Swod Sakonow* Band XI — auf. Die Beförderung von Frachten und Passagieren auf Seeschiffen ist danach allen lettländischen und ausländischen Staatsangehörigen gestattet mit folgender Ausnahme: „Die Kabotage- und Binnenschiffahrt ist nur Schiffen gestattet, die lettländischen Staatsangehörigen oder Vereinigungen solcher gehören.

Anmerkung: „Falls ein lettländischen Staatsbürgern gehöriges Schiff ganz oder zum Teil durch Vererbung Eigentum eines Ausländers wird, so verliert ein solches Schiff nach Ablauf eines Jahres seit dem Tode des Erblassers das Recht auf Ausübung der lettländischen Binnenschiffahrt.“

III. Das Scheckgesetz vom Jahre 1921 (*Valdibas Vestnesis* Nr. 75/1921).

IV. Das Patentschutzgesetz vom 24. Mai 1922 (*Valdibas Vestnesis* Nr. 115/1923). Neuformulierung des russischen Industriegesetzes.

Prozeßrecht.

Bezüglich des Prozeßrechts, insoweit es das Fremdenrecht berührt, sei kurz folgendes bemerkt: Das allgemeine Rechtsprinzip, nach welchem jedermann rechts- und prozeßfähig ist, gilt auch in Lettland. Es beruht auf Art. 17 der rezipierten russischen Reichszivilprozeßordnung (Bd. XVI *Swod Sakonow*) und speziell auf Art. 224 l. c.; danach gehören „Streitsachen der in Rußland lebenden Ausländer sowohl untereinander als auch mit russischen Untertanen vor die russischen Gerichte nach den allgemeinen Gesetzen über den Gerichtsstand“. Ausnahmen vom Territorialprinzip statuiert Art. 225 l. c. lediglich für die fremdländischen Diplomaten. Schwankend war in Rußland die Judikatur bezüglich der Rechts- und Prozeßfähigkeit ausländischer Gesellschaften. Während eine russische Senatsentscheidung vom Jahre 1883 ausländischen Gesellschaften nur beim Vorhandensein spezieller Konventionen Rechts- und Prozeßfähigkeit zubilligt, haben spätere Entscheidungen des Senats diesen Standpunkt nicht mehr aufrechterhalten. Auch in Lettland ist die Praxis schwankend. Der Appellhof in Riga hat letzthin

Digitized by Google

unter Aufhebung eines Urteils des Libauer Bezirksgerichts entschieden, daß „juristischen Personen des bürgerlichen und Handelsrechts auswärtiger Staaten mangels vertraglicher Gegenseitigkeit die Aktivlegitimation fehlt". Das Rigaer Bezirksgericht vertritt die Auffassung, daß ausländischen juristischen Personen Rechts- und Prozeßfähigkeit zuzusprechen sei. Eine Entscheidung des Senats in Riga zu dieser Frage ist, soweit mir bekannt, noch nicht ergangen. Im britisch-lettischen Handelsvertrag (*Valdibas Vestnesis* vom 19. Juni 1924) wird den „Handels-, Industrie- und Finanzgesellschaften des einen Teils ausdrücklich das Recht erteilt, im Gebiet des anderen Teiles als Beklagte und Kläger vor Gericht aufzutreten" (!).

Betreffs der Anerkennung von im Auslande aufgenommenen Urkunden bestimmt Art. 464 der Reichs-Zivilprozeßordnung (Band 16, Teil 1): „Urkunden, welche in einem fremden Staate nach den daselbst geltenden Gesetzen, wenn auch der bei der Errichtung solcher Urkunden in Rußland üblichen Form nicht entsprechend errichtet sind, gelten als gesetzmäßige Urkunden, falls ihre Echtheit nicht widerlegt wird". Verlangt wird jedoch die Legalisierung der Urkunde durch den diplomatischen oder konsularischen Vertreter (Art. 465 l. c.).

Hinsichtlich der im Auslande aufgenommenen Verträge und Urkunden statuiert weiterhin Art. 707 RZPO., daß dieselben „nach den Gesetzen desjenigen Staates beurteilt werden, innerhalb dessen Grenzen sie zustande gekommen sind. Sie werden für gültig angesehen, wenn nur das in denselben enthaltene Rechtsgeschäft nicht wider die öffentliche Ordnung verstößt und durch die Gesetze des Reiches nicht verboten ist". Solche Verträge verlieren nach Ablauf der Verjährungsfrist in Rußland ihre Wirksamkeit nicht, wenn nach den Gesetzen des Staates, in dem sie abgeschlossen sind, eine längere Verjährungsfrist angeordnet ist" (Art. 708 l. c.).

Eine Vollstreckung ausländischer Gerichtsurteile findet in Lettland nicht statt. Nach Art. 273 RZPO. werden „Urteile von Gerichten auswärtiger Staaten auf Grund von Bestimmungen, welche über diesen Gegenstand in den mit ihnen abgeschlossenen Traktaten und Verträgen enthalten sind, vollstreckt".

Digitized by Google

Lettland hat diesbezügliche Abmachungen nicht getroffen. Hinsichtlich von Immobilien war übrigens eine Vollstreckung eines ausländischen Gerichtsurteils in Rußland überhaupt ausgeschlossen (Art. 281 l. c.).

Die Unterstellung der Ausländer in Lettland unter das Landesrecht basiert auf den Artt. 822, 834 und 835 des russischen Ständegesetzes (Band IX *Swod Sakonow)*, inhaltsderen „Ausländer sowohl persönlich, wie auch betreffs ihres Vermögens der Wirkung der russischen Gesetze unterworfen sind". Ausnahmen galten bezüglich der Nachlaßbehandlung für bewegliches Vermögen eines Ausländers, soweit Konventionen, Traktate und Verträge mit ausländischen Staaten abgeschlossen waren, z. B. die deutsch-russische Nachlaß-Konvention vom 12. November / 31. Oktober 1874. Mangels entsprechender Abmachungen gilt daher in Lettland auch bezüglich der Nachlaßbehandlung das Territorialprinzip.

Der Rechtshilfeverkehr zwischen Deutschland und Lettland erfolgt zurzeit mangels vertraglicher Regelung nach den Grundsätzen der Gegenseitigkeit. Rechtshilfeersuchen deutscher Gerichte gehen grundsätzlich über das Außenministerium in Riga an das lettländische Justizministerium und von letzterem an das zuständige Gericht, gemäß einer Verordnung des Justizministeriums vom 5. Februar 1921, Nr. 1840.

Quellenmaterial:

Swod Sakonow (Sammlung der russischen Reichsgesetze).
Valdibas Vestnesis (Sammlung lettischer Gesetze und Verordnungen).
H. v. Broecker, Privatrecht der Gouvernements Liv-, Est- und Kurland. Dorpat 1902.
Tatarin, Die Legitimation der Erben nach russischem und baltischem Recht. Stuttgart 1921.
v. Bunge, Der baltische Zivilprozeß. Reval 1890.
Gesetzbuch der kurländischen Bauern. Mitau 1819.
Rigaer Zeitschrift für Handel und Industrie.

Digitized by Google

Intervention und Vermittlung durch das Internationale Arbeitsamt.

Von **H. Fehlinger,** Genf.

Die wichtigste Aufgabe der Internationalen Arbeitsorganisation; die völkerrechtlich eine zwischenstaatliche Interessengemeinschaft darstellt, ist die Vorbereitung eines von Staat zu Staat möglichst gleichartigen Arbeitsrechts. Zu diesem Zwecke werden von den Konferenzen der Organisation Entwürfe internationaler sozialpolitischer Uebereinkommen und Vorschläge für die Gesetzgebung der Mitgliedstaaten aufgestellt. Die ersteren bezwecken, in Form und Inhalt übereinstimmendes Vertragsrecht zu schaffen. Um für einen Mitgliedstaat rechtskräftig zu werden, bedürfen sie der Ratifikation seitens des betreffenden Staates. Die Vorschläge sind an die gesetzgebenden Körperschaften der Mitgliedstaaten gerichtete Willenskundgebungen, die dahin gehen, die empfohlenen Rechtszustände herzustellen[1]). Sie beabsichtigen nicht formell gleichartiges, aber doch sachlich übereinstimmendes Arbeitsrecht zu schaffen. Die Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenz enthalten für die Mitgliedstaaten nicht die Verpflichtung, sich mit ihnen einverstanden zu erklären, sondern nach Art. 405 des Vertrages von Versailles sind sie nur verpflichtet, diese Beschlüsse den gesetzgebenden Instanzen zu unterbreiten, denen es völlig freisteht, sie anzunehmen oder abzulehnen. Unterläßt ein Mitgliedstaat die Vorlage der Beschlüsse an die gesetzgebenden Instanzen, so hat jeder andere Mitgliedstaat das Recht, den Ständigen Internationalen Gerichtshof anzurufen, dessen Entscheidung endgültig ist. Wenn der Entwurf eines internationalen Uebereinkommens nicht ratifiziert wurde, so ergeben sich für den betreffenden Mitgliedstaat keine weiteren Verpflichtungen. Für die Durchführung von Vorschlägen bestehen Verpflichtungen überhaupt nicht.

Gemäß Art. 409 bis 420 des Versailler Vertrages steht dem Internationalen Arbeitsamt ein Interventionsrecht gegen

---

[1]) *O. Stein*, Die Internationale Arbeitsorganisation, S. 25. Wien 1923.

Digitized by Google

Mitgliedstaaten zu, welche internationale sozialpolitische Uebereinkommen ratifiziert haben, aber nicht richtig durchführen. Jeder Mitgliedstaat ist in der Lage, beim Rat des internationalen Arbeitsamts ein Vorgehen gegen andere Mitgliedstaaten zu beantragen, von denen angenommen wird, daß sie eingegangene internationale Vertragsverpflichtungen nicht erfüllen. Das gleiche Recht steht den Berufsorganisationen der Unternehmer und Arbeiter zu, mithin allen Parteien, die auf den internationalen Arbeitskonferenzen vertreten sind. Selbst die Initiative zur Einmischung zu ergreifen ist das Internationale Arbeitsamt nicht befugt. Wenn an das Amt eine Beschwerde wegen nicht richtiger Durchführung eines ratifizierten Uebereinkommens gerichtet wurde, so kann der Rat des Amts von der beschuldigten Regierung Aufklärung verlangen. Geht eine solche in angemessener Frist nicht ein oder ist sie unbefriedigend, so ist der Rat berechtigt, die Beschwerde und gegebenenfalls die Entgegnung darauf zu veröffentlichen. Außerdem steht dem Rat das Recht zu, die Intervention weiter zu betreiben, und zwar kann er die Bildung eines Untersuchungsausschusses veranlassen, dessen Zusammensetzung und Verfahren in den Art. 412—414 geregelt ist und dem es obliegt, über den Streitgegenstand Erhebungen anzustellen und über deren Ergebnisse zu berichten. Nötigenfalls sind im Berichte des Ausschusses Vorschläge zur Beilegung des Streitfalls sowie über wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen zu machen, die erforderlich gehalten werden, um den übernommenen Vertragsverpflichtungen Geltung zu verschaffen. Die Entscheidung über die Anwendung solcher Vorschläge liegt beim Ständigen Internationalen Gerichtshof, der sie bestätigen, abändern oder aufheben kann. Befolgt der Staat, gegen den sich das Verfahren richtet, die vom Internationalen Gerichtshof ausgehenden Vorschläge nicht, so ist es den anderen Mitgliedstaaten anheimgestellt, die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen zu ergreifen, die vom Internationalen Gerichtshof für zulässig erklärt wurden. Die Beteiligung an den vorgeschlagenen Sanktionen ist also den einzelnen Staaten freigegeben, wie es anders auch nicht sein kann, da weder die Internationale Arbeitsorganisation noch der Ständige Internationale Gerichtshof über Machtmittel zur Ausführung von

Digitized by Google

Zwangsmaßnahmen verfügen. Die Befugnisse beider Institutionen im Falle von Nichtbefolgung ratifizierter Uebereinkommen sind keine überstaatlichen Machtbefugnisse, sondern sie stellen nur die Anwendung des Grundsatzes des obligatorischen Schiedsverfahrens dar, das mit oder ohne Ausnahmen in vielen anderen internationalen Verträgen anerkannt ist, sowie die Anpassung der Einrichtung des Internationalen Untersuchungsausschusses an die besonderen Eigenarten sozialpolitischer Streitfälle. Es besteht Uebereinstimmung mit dem Grundsatze des geltenden Völkerrechts, daß in der internationalen Verwaltung die Zwangsgewalt nicht den internationalen Organen, sondern den Vertragsstaaten zusteht, die von ihnen Gebrauch machen. Die durch Teil XIII des Versailler Vertrages geschaffene Einrichtung ist lediglich ein Organ internationaler Zusammenarbeit. Sie geht allerdings einen Schritt weiter als die älteren internationalen Verwaltungseinrichtungen. Ihre Gründer versuchten, eine wirkliche Zusammenarbeit zwischen den Gesetzgebungsinstanzen der Mitgliedstaaten dadurch herbeizuführen, daß sie zwischen ihnen ein engeres und auf jeden Fall festeres Band knüpften. Zu diesem Zwecke griffen sie die Praxis auf, daß die Regierungen sich verpflichten, ihren Parlamenten gewisse Reformen auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu unterbreiten, und sie führten durch die Bestimmungen des Art. 405 des Vertrages ein Verfahren ein, das ermöglicht, durch die zuständigen Verwaltungsbehörden den gesetzgebenden Körperschaften eines jeden Mitgliedstaates der Organisation Gesetzestexte zu unterbreiten, bei deren Ausarbeitung nach Möglichkeit die Bedingungen für ihre Annahme berücksichtigt werden. Das Parlament eines jeden Mitgliedstaates muß sich notwendig mit diesen Texten befassen, und wenn es sie billigt, werden Entwürfe zu verbindlichen Uebereinkommen [2]).

Eine Intervention des Internationalen Arbeitsamts, welche die Durchführung von arbeitsrechtlichen Uebereinkommen der Arbeitskonferenzen bezweckt, kann nur gegenüber Staaten erfolgen, welche die fraglichen Uebereinkommen ratifiziert haben.

[2]) *Vilallonga*, Vom rechtlichen Charakter der Internationalen Arbeitsorganisation. I. R. A., 1924, 5.

Digitized by Google

Das geht aus der Satzung der Arbeitsorganisation, dem Teil XIII des Versailler Vertrags, klar hervor. Dennoch wurde im Jahre 1924 seitens der sozialistischen Partei im polnischen Parlament beantragt, daß die Regierung aufgefordert werde, die Internationale Arbeitsorganisation durch Vermittlung ihres Delegierten zu ersuchen, Schritte zu unternehmen, um in Deutschland den Achtstundentag und die 48 stündige Arbeitswoche wieder herzustellen. Der Direktor des Internationalen Arbeitsamts bemerkte dazu auf der Arbeitskonferenz von 1924, dieser Fall sei nur eine der vielen Aufforderungen, die in dieser Sache dem Arbeitsamt zugekommen seien; er betonte aber auch zugleich, das Amt könnte auf Grund der Art. 409 u. f. des Friedensvertrages nur dann einschreiten, wenn eine deutsche Ratifikation vorliegen würde. Aber Deutschland hat nicht ratifiziert, ebensowenig wie die anderen großen Industrieländer.

Es scheint möglich, neben dem Interventionsrecht in Fällen von Nichteinhaltung übernommener Vertragsverpflichtungen, das sich auf die Art. 409—420 des Versailler Vertrages gründet, auch aus Art. 23 der Völkerbundsakte, wie aus der Erklärung der allgemeinen Grundsätze des Arbeiterschutzes, welche die Vorrede und der Schlußartikel des Teils XIII des Versailler Vertrags enthalten, ein Recht der Einmischung der Internationalen Arbeitsorganisation in solche sozialpolitische Angelegenheiten der Mitgliedstaaten abzuleiten, die nicht mit der Ausführung ratifizierter Uebereinkommen in Verbindung stehen. Als Interventionen zur Durchsetzung der in der Satzung der Arbeitsorganisation enthaltenen allgemeinen Grundsätze fassen *G. A. Johnston*[3]) und *Maurice Guerreau*[4]) die Schritte auf, welche das Arbeitsamt bei der persischen Regierung gegen exzessive Ausnutzung der Kinderarbeit unternahm. Im Oktober 1920 wurden in der Sitzung des Rats des Internationalen Arbeitsamts Mitteilungen über inhumane Arbeitsverhältnisse der in den Teppichwebereien von Kirman und Umgebung in Persien beschäftigten Kinder gemacht, die in zartem Alter zur Arbeit herangezogen

[3]) *G. A. Johnston, International Social Progress*, S. 214, London 1924.

[4]) *M. Guerreau, Une nouvelle Institution en Droit des Gens: L'Organisation permanente du Travail*, S. 57, Paris 1923.

Digitized by Google

wurden, übermäßig lange und unter äußerst gesundheitswidrigen Verhältnissen zu arbeiten hatten, namentlich in einer Körperhaltung, die in wenigen Jahren Atrophie der Arme und Beine sowie physiologische Störungen verschiedener Art zur Folge hatten. Auch die Löhne und die Lebenshaltung wurden als ungemein armselig gekennzeichnet. Das Internationale Arbeitsamt machte bei der persischen Regierung freundschaftliche Vorstellungen, es machte auf die Notwendigkeit einer Gewerbeaufsicht aufmerksam und ersuchte um Auskunft über das, was in der Sache veranlaßt worden sei. Die direkte Vorstellung blieb unbeantwortet, aber eine zweite Beschwerde, die durch Vermittlung des ersten persischen Delegierten zur zweiten Völkerbundsversammlung vorgebracht wurde, hatte den Erfolg, daß das Amt von der persischen Regierung verständigt wurde, sie habe die zuständigen Behörden veranlaßt, daß in den Teppichfabriken in Kirman Reformen durchgeführt werden, und zwar: der Achtstundentag, das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 10 Jahren, Gewährung einer Mittagspause, sanitäre Einrichtungen usw. Die diesbezüglichen Anordnungen enthält ein Erlaß des *Wali* von Kirman und Balutschistan über den Arbeiterschutz in Teppichfabriken, der vom 17. Dezember 1923 datiert ist.

Eine Beschwerde wegen Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter in Spanien verhandelte der Verwaltungsrat im Januar 1921. Der spanische Regierungsvertreter im Rat vertrat die Auffassung, es handle sich um eine rein interne spanische Angelegenheit und der Rat sei zur Einmischung nicht zuständig. Die Arbeitervertreter im Rat bekundeten die Auffassung, den Grundsätzen der Vorrede und des Art. 427 der Satzung müsse Respekt geschaffen werden. Direktor *Thomas* erklärte hingegen, das Internationale Arbeitsamt könne sich in solchen Fällen nur in Form der Vornahme einer Feststellung einmischen, und auch das könne es nur tun, wenn die beteiligte Regierung keinen Einspruch erhebt. Er verwies auf das Prinzip der freiwilligen Zustimmung, auf dem die Internationale Arbeitsorganisation beruht und hielt dafür, daß keinerlei Zwangsmittel angewendet werden können, um den allgemeinen Grundsätzen der Satzung zur Anerkennung zu verhelfen. Wünschbar sei es

Digitized by Google

jedoch, die öffentliche Meinung über die tatsächlichen Zustände aufzuklären. Eine Vorstellung bei der spanischen Regierung unterblieb.

Die ungarische Regierung lud selbst das Internationale Arbeitsamt ein, durch eine Untersuchung an Ort und Stelle festzustellen, wie es mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter in Ungarn bestellt sei, um so die gegen sie erhobenen Anschuldigungen als grundlos zu erweisen. Der Rat des Arbeitsamts nahm die Einladung an, jedoch unter Bedachtnahme auf den politischen Hintergrund der Angelegenheit, mit dem Vorbehalt, daß der zur Feststellung zu entsendenden Kommission keine schiedsrichterliche Aufgabe zufalle.

Auf Einladung Bulgariens wurde 1922 eine Erhebung über die Ergebnisse der Arbeitsdienstpflicht in diesem Lande ausgeführt.

Im Jahre 1921 gelangten Beschwerden wegen der Zustände in den Russenlagern in Deutschland an das Internationale Arbeitsamt, die ebenfalls zu einer Feststellung der Tatsachen seitens des Amts Anlaß gaben. Die deutsche Regierung erhob gegen die Vornahme der Erhebung seitens eines Beamten des Internationalen Arbeiteramts keinen Einspruch und sie nahm die Vorschläge an, die ihr von seiten des Vertreters des Amts gemacht wurden.

Dem Internationalen Arbeitsamt fallen auch Aufgaben in Verbindung mit der Vermittlung bei zwischenstaatlichen Streitigkeiten über sozialpolitische Gegenstände zu. So ist der Verwaltungsrat des Amts berufen, drei von den fünf Mitgliedern der Ausschüsse zu bezeichnen, welche dem Rat des Völkerbunds Vorschläge hinsichtlich der Bedingungen der Uebertragung von Rücklagen der Sozialversicherung von den gebietsabtretenden an die gebietserwerbenden Staaten zu machen haben, falls diesbezügliche Uebereinkommen nicht zwischen den beteiligten Staaten selbst zustande gebracht werden können. Bisher ist die Abtretung des Teils der Rücklagen, die für den Dienst der Sozialversicherung in Elsaß-Lothringen, den von Deutschland an Polen abgetretenen Gebieten und den an Italien abgetretenen ehemals österreichischen

Digitized by Google

Gebieten bestimmt sind, durch derartige Ausschüsse eingeleitet worden. In den beiden erstgenannten Fällen entsandte der Verwaltungsrat der Internationalen Arbeitsorganisation in die Ausschüsse den Berner Professor *Moser*, den italienischen Senator *Abbiate* und den Vorstand des schwedischen Sozialdepartements *Lindstedt*; für die Regelung der Angelegenheit zwischen Oesterreich und Italien trat an die Stelle des italienischen Ausschußmitgliedes der belgische Professor *Maingie*. Außerdem gehörten den Ausschüssen jedesmal je ein Vertreter der beteiligten Staaten an. Die erstatteten Vorschläge wurden vom Völkerbund stets angenommen.

Eine Vermittleraufgabe in sozialpolitischen Angelegenheiten ist dem Internationalen Arbeitsamt, dem administrativen Organ der Arbeitsorganisation, durch Art. 586 des deutsch-polnischen Uebereinkommens betreffend Oberschlesien zuerkannt, das nach der Teilung Oberschlesiens getroffen wurde, um die wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Landesteile auf die Dauer von 15 Jahren vorläufig zu regeln. Der genannte Artikel schreibt die Bildung eines Ausschusses für Arbeiterfragen am Sitze der gemischten Kommission in Kattowitz vor, der beauftragt ist, sich mit Angelegenheiten des Uebergangszustandes auf Ersuchen des Vertreters des einen oder andern der beteiligten Staaten zu befassen. Der Ausschuß hat der gemischten Kommission bei Streitigkeiten über Arbeitsfragen beizustehen. Der Vorsitzende des Ausschusses und zwei von den zehn Beisitzern sind auf die Dauer von drei Jahren vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu ernennen. Der Ausschuß spielt einzig eine begutachtende Rolle. Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts hat dessen Direktor zum Vorsitzenden des Ausschusses und *Sitzler*-Deutschland sowie *Sokal*-Polen zu Beisitzern ernannt. Falls ein eigener Sekretär für den Ausschuß erforderlich ist, so wird er ebenfalls vom Internationalen Arbeitsamt bestimmt.

Im August 1920 wurde auf einer Konferenz der internationalen Seemannsföderation beantragt, einen allgemeinen Streik in der Seeschiffahrt zu erklären, weil auf der kurz zuvor stattgefundenen zweiten Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz der Entwurf

Digitized by Google

eines Uebereinkommens über den Achtstundentag der Seeleute nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten und somit abgelehnt worden war. Die Seeleute beschlossen, vorerst eine Abordnung zum Direktor des Internationalen Arbeitsamts, *Albert Thomas*, zu entsenden, damit er zwischen ihnen und den Reedern vermittle. Erst wenn diese Vermittlung fehlschlagen und auch ein daraufhin erklärter zweitägiger Demonstrationsstreik erfolglos bleiben würde, sollte der allgemeine Ausstand erklärt werden. *Thomas* übernahm die ihm angetragene Vermittlerrolle und es gelang ihm, die Seeleute wie die Reeder für weitere Besprechungen über die Frage der Arbeitszeit zu gewinnen, die dann gelegentlich der ersten Tagung der paritätischen Schiffahrtskommission stattfanden und zur Einberufung einer Schlichtungskonferenz führten, die im Januar 1921 unter dem Vorsitz *Thomas'* tagte. Das Ergebnis der Verhandlungen war zwar für die Seeleute nicht vollauf befriedigend, aber der Streik, der das gesamte Verkehrswesen und Wirtschaftsleben schwer betroffen hätte, blieb doch vermieden.

Digitized by Google

Die Frage der Rechtmäßigkeit der Ruhrokkupation. [The question as to the legality of the Ruhr occupation.]

Von **Ernest J. Schuster**, LL. D., K. C. in London (Lincoln's Inn)*).

The question as to the legality of the Ruhr occupation is partly a question of fact and partly a question of law. It is common ground that the measures taken by the French and Belgian troops in the Ruhr valley could not have been authorized by the Treaty of Versailles if the Reparation Commission had not found as a fact that there had been „voluntary default" (manquement volontaire) on the part of Germany. The question as to whether or not such voluntary default had in fact taken place is not one of those which under Sec. 13 of Annex II to Part VIII of the treaty requires a decision to be taken by a unanimous vote, and as the decision on that point was actually taken by a majority of three to one, the discussion as to the legality of the measures taken in consequence of such decision must proceed on the footing that „voluntary default" on the part of Germany had been established to the satisfaction of the Reparation Commission. The fact that Sir *John Bradbury*, the British representative on the Commission, gave an adverse vote cannot, however, be left out of consideration, as it proves that at least one eminent expert who, as the representative of his country, was bound to do his best to secure the payment of reparations from Germany, was of opinion that no voluntary default on Germany's part had been proved. The doubt thus thrown on the fact on which the application of sanctions depended ought to have been an additional reason for the utmost care in the endeavor to apply only such sanctions as were clearly provided for by the Treaty of Peace. I propose to

*) Der Abdruck dieser Abhandlung geschieht hier mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion des „American Journal of International Law" (Managing Editor Herr *George A. Finch*, Washington), welches die Abhandlung an der Spitze ihrer Juli-Nummer 1924 (vol. 18, number 3, S. 407 bis 418) gebracht hat. Der Redaktion sei hiermit für die Erlaubnis bestens gedankt. Der Herausgeber.

Digitized by Google

show in the following pages that if that care had been applied the occupation of the Ruhr valley would not have taken place.

The frequently discussed Sec. 18 of Annex II, by which the French and Belgian Governments [1]), support their case runs as follows:

> The measures which the Allied and Associated Powers shall have the right to take, in case of voluntary default by Germany, and which Germany agrees not to regard as acts of war, may include economic and financial prohibitions and reprisals [2]) and in general such other measures as the respective Governments may determine to be necessary in the circumstances.

The main controversy turns upon two questions, namely: (1) Must the measures to be taken in case of voluntary default be determined on by the aggrieved Powers jointly, or may any aggrieved Power act independently of the others? (2) Must the measures to be taken be similar in their nature to economic and financial prohibition and reprisals?

Before, however, dealing with these questions, it is necessary to consider the effect of the section which immediately precedes Sec. 18 and which makes it necessary for the Reparation Commission to inform the interested Powers of Germany's default, adding its proposals as to the measures which ought to be taken by reason of such default. This is not quite clearly expressed by the English version which declares that the Commission „may make such recommendations

---

[1]) The fact that the Italian Government sent a few engineers who only remained a short time hardly justifies an allusion to the measures taken in the Ruhr as measures taken by France, Belgium and Italy. The Italian Government seems to have been under the impression that the occupation of the Ruhr would be nothing more than an „economic measure"; as soon as they became aware of the real nature of the occupation they withdrew. (See the letter of the Marquis *de la Torretta* to Lord *Curzon*, dated August 2, 1923, p. 47, Correspondence with Allied Governments respecting Reparation Payments, where it is stated that the Italian Government have repeatedly and publicly asserted their views „against any further occupation of the Ruhr".)

[2]) The words „economic and financial" qualify the word „reprisals" no less than the word „prohibitions". The French text: „actes de prohibitions et de représailles économiques et financières" makes this quite clear.

Digitized by Google

as to the action to be taken in case of default as it may think necessary", but the French version declares that the Reparation Commission must immediately communicate the default to each of the interested Powers „en y joignant toutes propositions qui lui paraîtront opportunes au sujet des mesures à prendre en raison de cette inexécution".

The fact that no proposals as regards the measures to be taken in consequence of the default in question were made by the Reparation Commission may appear to be of no importance, as the measures which were actually taken were in fact decided on by the Powers whose representatives formed the majority of the Reparation Commission, but — even apart from the consideration that the attitude of Italy in regard to military action makes such a claim untenable — this view of the matter disregards an important fact. If the measures to be taken had been discussed by the Reparation Commission and the British view which disputed the legality of the Ruhr invasion had on that occasion been put forward, a question would have arisen as to the interpretation of the Treaty of Peace, which question, according to Sec. 13 (f) of the said annex, could only have been decided by the unanimous vote of the delegates.

I am aware of the fact that Sir *John Bradbury* expressed the opinion that the Commission had only a power to make recommendations and was not obliged to make them[1]), but I do not see how any meaning can be given to the *French* version other than that proposals as to the measures to be taken must accompany the notification. In any case, Sir *John Bradbury,* while referring to this subject, emphasizes the fact that the question as to the measures to be taken depended on the interpretation of Sec. 18 and states this is „a question of vital importance for the peace of Europe which could only be decided by the unanimous vote of the Commission"[2]).

It follows accordingly that, if the question of making recommendations had been discussed, the Commission would

[1]) See Report of the work of the Reparation Commission from 1920 to 1922, p. 257.

[2]) Loc. cit., p. 257.

Digitized by Google

have had either to be unanimous as to the interpretation of paragraph 18, or there would have been a difference of opinion as to whether a recommendation (which would of necessity have implied an interpretation of that paragraph) could have been carried by a majority. In the latter case it would have been necessary to refer the matter to „immediate arbitration" before resorting to the measures in question, and in respect of this point alone the independent action of France and Belgium appears to be a violation of the Treaty of Peace; but quite apart from this, paragraph 18 does not, in my opinion, justify separate action on the part of one or more of the interested Powers.

According to the ordinary grammatical rules, a power given to several persons collectively without any further indication must be construed as exercisable by these persons and cannot be construed as exercisable by one or more of them alone. The section defines the measures „which the Allied and Associated Powers have the right to take". If these words stood alone there could be no doubt in the matter; the right of separate action is contended for on the mere ground that (within the limits laid down by the paragraph the extension of which will be discussed below), it is left to the „respective governments" to decide on these measures, but the use of the word „respective" is justified by the fact that the words quoted above refer to certain Powers while the words at the end of the paragraph refer to governments, that is to say, to the governments of the Powers which are referred to. The governments, like the Powers, are referred to in the plural without any distributive qualification, and their action, according to the literal meaning of the sentence, must therefore be collective action.

I do not, however, attach much importance to this interpretation of the section according to the strict rules of grammar. The treaty must be construed so as not to defeat any of the objects which it was intended to carry out, and if the literal interpretation of the paragraph made its application unworkable I should willingly admit that the construction contended for

Digitized by Google

by supporters of the legality of the French-Belgian action ought to be applied; but I think that, on the contrary, the paragraph, not only according to its words, but also according to its clear implication, contemplates joint action. The „circumstances" necessitating action in the event of „voluntary default" on the part of Germany are circumstances affecting all the Powers entitled to reparations, and it is upon these circumstances that the choice of the measures of execution is to depend. If it were left to each of the Powers to select such measures of execution as would suit its own purposes, these measures of execution might conflict with one another, or neutralize one another. Even if one or two of the Powers act alone, the interests of the other Powers may be seriously injured by the fact that the measures actually taken disturb to such an extent the working of German industry and commerce that the possibility of obtaining adequate reparations is seriously diminished instead of being increased. If the governments concerned in the matter have to decide collectively on the measures of execution required in the case of „voluntary default" on the part of Germany, care will be taken that the interests of all the Powers and more particularly their rights as to reparations are safeguarded.

The objections to isolated action against an enemy Power on the part of one of the Allied and Associated Powers are very clearly put forward in the note of the Supreme Council dated 23 August, 1919, having reference to the seizure of Hungarian property on the part of Roumania. The following passage is specially significant:

> Le Gouvernement roumain en raison de sa participation dans les travaux de la Conférence de la Paix et comme un des signataires du traité de paix avec l'Allemagne, ne devrait cependant pas ignorer le soin qu'ont apporté les Puissances alliées et associées à établir un plan rationnel de réparations. Si le principe que le dédommagement pour les pertes subies avait dû dépendre seulement de facteurs tels que la proximité des biens ennemis ou du résultat d'une concurrence entre les Etats alliées pour se rendre maîtres de ces biens, des inju-

Digitized by Google

stices flagrantes et des désaccords sérieux en auraient été le résultat inévitable [1]).

One of the arguments used by the politicians and the jurists who argue in favor of the power of isolated action on the part of one or several of the Allied and Associated Powers relies on the fact that the obstructive opposition of one of the Powers might prevent measures of enforcement which are called for in the circumstances of the case. This argument may be met by the obvious retort that in the case of such obstructive opposition the Reparation Commission as such could clearly step in and dispose of the matter by a majority vote unless a difference of opinion as to the interpretation of the Treaty is disclosed, in which case speedy arbitration would, as mentioned above, have to be resorted to.

It is argued that the British Government is „estopped" from supporting the contention denying the right of one or more of the Powers to independent action on the ground that Great Britain „was the first of the Allies to claim and exercise the right of separate action under Sec. 18". The action of the British Government thus referred to is also mentioned very prominently in an article which appeared in the Temps on the 10th March, 1923. The claim to act independently was no doubt made by Mr. *Austen Chamberlain* in the British House of Commons on the 28th October, 1920, in reply to some objection against the renunciation of the right to seize property situate in England belonging to German nationals which the British Government had agreed to, but a claim on the part of one of the Powers to renounce rights of enforcement is not in pari materia with a claim to exercise rights of enforcement by isolated action. Mr. *Chamberlain,* no doubt, when questioned on the matter expressed his personal opinion to the effect that under Sec. 18 each Power was entitled to act separately, but no controversy on the subject arose on that occasion between the signatories of the treaty and there could, therefore, have been no question of estoppel as between Great Britain and the

[1]) The italics are the writer's.

Digitized by Google

other Allied and Associated Powers. Even if Great Britain were „estopped" from protesting against isolated action, this could not in any way affect the question as to the legality of the Ruhr occupation, as this is a matter between France and Belgium, on the one side, and Germany on the other side.

Mr. *Austen Chamberlain* when questioned at a later date on the subject of the possibility of isolated French action did not adhere to his previous statement as to the legal position. Replying to an enquiry made by Lieutenant-Commander *Kenworthy* on the 18th May, 1922, he said: „No fresh assurances have been given or asked because none are required. Should the Reparation Commission report that Germany is in default it will be necessary for the Allied Governments to confer together as to the action to be taken", and in reply to a supplementary question he said:

> After the occupation of Frankfurt, I think it was in April 1920, we received from the *French* Government the following declaration: „that as regards the future the Government of the Republic repeat that in all inter-Allied questions raised by the execution of the Treaty of Versailles there is no intention of acting save in accordance with its Allies.

A few days afterwards (25 May) Capt. *W. Benn* asked „whether the Government had received any assurance from the French Government that in the exercise of the rights conferred by Sec. 18, Annex 2, Part VIII of the Treaty of Versailles the French Government would not act save in accordance with the Allies", and Mr. *Chamberlain* said in reply:

> I should refer the hon. ant gallant member for Central Hull to the answer which I gave on the 18th instant. That answer is now the subject of correspondence with the French Government, and in the circumstances I should prefer not to make any fresh statement at the present time.

On the 23rd July, 1922, Lieutenant-Commander *Kenworthy* referred again to the same matter and the then Prime Minister, Mr. *Lloyd-George,* said:

Digitized by Google

In the course of the conversation which I had with M. *Poincaré* here on the 19th June he expressed the hope that further sanctions if they had to be applied would be applied in common.

In the meantime, the Temps of May 21, 1922, had published a correspondence between M. *Klotz* and M. *Poincaré,* in the course of which the latter had stated in effect that the undertaking given on the occasion of the occupation of Frankfurt related to action which he had taken under the general rules of international law and that this undertaking „had no connection with any action which might in the future be taken under Sec. 18 of Annex II as the result of a report of the Reparation Commission (see an article in the Daily Telegraph of the 6th August, 1923).

It seems fairly clear that the undertaking given in 1920 was of a vague nature and did not show whether it prevented all isolated action, or only isolated action of the same nature as the occupation of Frankfurt, but it seems also clear that the representatives of the British Government in their replies in the House of Commons showed that in their view the undertaking referred to action pursuant to the Treaty of Versailles no less than to all other isolated action.

There remains the question whether, on the assumption that isolated action was at all permissible, the action actually taken was one of the measures contemplated and permitted by Sec. 18. The jurists who deny the legality of the Ruhr occupation rely in this respect on a rule of construction which, for the sake of brevity, is called the ejusdem generis rule. The applicability of this rule is contested: (1) on the ground that it does not apply outside of the area governed by rules derived from the English common law; (2) that it does not apply to international treaties; (3) that even in the countries in which the rules of the English common law prevail the rule is of limited application and that it has no value in stututes conferring discretionary powers on the judiciary or public functionaries.

Digitized by Google

As regards the last point it must be pointed out that the question whether such discretionary powers are given is in itself a question of construction, as to which the ejusdem generis may be and is frequently of valuable assistance. Where it is clear that an unfettered discretion exists, no further question can possibly arise. It is, of course, obvious that the rule in question cannot be applied indiscriminately. As stated in *Maxwell,* Interpretation of Statutes (6th ed. by *W. Wyatt*-Paine), on p. 592 „the restricted meaning which primarily attaches to the general words in such circumstances is rejected when there are adequate grounds to show that it was not used in the limited order of ideas to which its predecessor belongs". Cases can no doubt be quoted (Stroud's Dictionary supplies some examples), to illustrate the qualifications to which the rule is subject, but these qualifications do not detract from the usefulness of the general rule, which is not the product of the arbitrary exercise of judicial power, but, when stated in its precise significance, is a rule of construction applicable and applied in all countries and for the construction of any legal documents whether in the domain of public or of private law. It is indeed a mere corollary of the rule that the words contained in a statute or in any legal document are not to be construed in accordance with their literal meaning if such literal meaning is in conflict with the context and the general aim of such statute or legal document. The principles on which this rule is based are admirably expressed by a French writer[2]) in the following sentences:

> Quand le sens de la loi est douteux il faudra d'abord recourir à l'interprétation grammaticale qui a pour objet de déterminer le sens des mots et des phrases par l'application des règles du langage. Pour le sens des termes notamment il faut préférer leur signification technique à leur signification vulgaire et les entendre dans le sens qui se rapporte le mieux à la matière à propos de laquelle ils ont été employée (secundum subjectam materiam) . . . il faut ensuite ap-

[2]) Baudry-Lacantinerie et Houques-Fourcade, Traité théorique et pratique de droit civil, 3rd ed. (1907), pp. 211—212.

Digitized by Google

pliquer les très-nombreux procédés de l'interprétation logique qui par la voie du raisonnement et par dessus les mots cherchent à parvenir jusqu'au centre de la pensée législative. On s'efforce alors d'obtenir l'interprétation de la formule légale non plus par son seul secours mais à l'aide d'éléments externes très divers qui viennent en développer toute la signification. On rapproche en premier lieu le texte à interpréter des autres dispositions légales relatives au même objet ou à des objets analogues, toutes ces dispositions devant être supposées parfaitement cohérentes. „Incivile est nisi totâ lege perspectâ—judicare—vel respondere" (Dig. de Legibus 1, 3, 24). Pour fixer le vrai sens d'une loi, disait l'article 6 du titre 5 du livre préliminaire, il faut en combiner et réunir toutes les dispositions [3]).

As regards the words contained in Sec. 18 authorizing certain measures of a specified kind and „such other measures as the respective governments may determine", the very width of the actual words implied suggests some limitation. If these words left an unfettered discretion to each of the Allied and Associated Powers in respect of any voluntary default reported on by the Reparation Commission, each of the Powers independently of the others could invade a separate part of Germany, introduce martial law, take prisoners and do other warlike acts, Germany being bound not to regard such acts „as acts of war". The very fact that Germany bound herself in this manner is alone sufficient to prove that the general words cannot be interpreted otherwise than in accordance with the ejusdem generis rule.

It is quite unthinkable that any Power, however pressed by the necessities of the situation, should declare that acts which are indisputably acts of war are in certain events not to be considered acts of war.

The fact that military occupation was not intended to be included among the measures to be taken by the Allied and Associated Powers in the case of wilful default on Germany's

[3]) The italics are the writer's.

Digitized by Google

part is further proved by Articles 428—432, which regulate the occupation of German territory „as a guarantee for the execution of the treaty". It is significant that these articles are contained in the penultimate part of the treaty under the heading of „Guarantees", it being thus indicated that they are intended to secure the execution of all the parts of the treaty and that, in the absence of express provisions as to specified matters, they are the only „guarantees". It is suggested that Article 248 by its express terms establishes a special guarantee in respect of reparations. The said article declares that the cost of reparations (subject to any exception which may be approved by the Reparation Commission) shall be a „first charge upon all the assets and revenues of the German Empire" and the opinion appears in some quarters to be held that the existence of a charge in itself implies the unconditional right of physical seizure by an occupying army. If this view were correct the part relating to guarantees would be entirely superfluous. If the whole of the assets of the German Empire could at any time be seized by an occupying army, the conditions as to the occupation of territory contained in Articles 428—432 would have a merely decorative value. In my opinion, Article 248 does not confer any rights of seizure.

The context and the other parts of the treaty clearly indicate that the word „charge" in the English text of Article 248 is not used in the technical sense in which that expression is applied in the case of private transactions governed by English law. This fact is rendered quite indisputable by the use of the word „privilege" in the French text, which word implies rights of priority over other creditors, but does not in itself imply rights similar to those of a mortgagee or pledgee[4]). The charge created by Article 248 imposes upon the German Government the duty: (a) not to deal with any of its assets or revenues otherwise than in the course of ordinary administration; (b) not to confer on any other creditors any rights having priority over the rights of the Allied and

[4]) See the French Code Civil, Arts. 2095—2113.

Digitized by Google

Associated Powers in respect of reparation claims. Subject to these restrictions, the German Government is free to apply its assets and its revenues to the ordinary purposes of government. (If this were not the case, it would be impossible to carry on the government at all.) The main object of the charge is to prevent the hypothecation of the assets and of the revenue of the German Empire to any other creditor. This is effectually prevented by the treaty itself, which must affect any possible creditor with notice of the right of priority of the Allied and Associated Powers in respect of reparation claims.

The argument to the contrary appears to be founded on the assumption that the treaty must contain stipulations which make the payment of reparations absolutely secure, and that accordingly Part XIV dealing with guarantees could not possibly impose any limits as to the area of possible military occupation. Thus in a note in this Journal it was asked „Was Part XIV intended as a guarantee for the payment of reparations by Germany, or as a guarantee against further occupation of Germany?“ [5]) The reply, in my opinion, does not admit of any doubt: Part XIV was intended as a guarantee, not only for the payment of reparations, but generally for the execution of the treaty and such guarantee was to be provided by the occupation of a large and important part of Germany during the periods specified in the treaty, and — pursuant to Article 430 — indefinitely in so far as the Reparation Commission finds that Germany is in default in regard to reparations.

Further support for this argument is sought by reference to the maxim incidentally referred to in a judgment of the United States Supreme Court [6]) to the effect that a treaty, like a law „should be so interpreted as to give effect to the object designed“ and that „for that purpose all its provisions must be examined in the light of attending and surrounding circumstances“. The doctrine thus laid down is indisputable and it is quite in conformity with the implication of the passage

[5]) See editorial comment by Mr. *George A. Finch*, Vol. 17 (1923), pp. 724—733.

[6]) *Ross v. McIntyre*, 140 U. S. 453.

Digitized by Google

quoted above from the work of a distinguished French writer, and which is indeed the main foundation of the ejusdem generis rule, but when the object of a treaty is considered for that purpose, it is necessary to bear in mind that there are several parties to the treaty. From the point of view of the Allied and Associated Powers it was no doubt one of the objects to obtain adequate reparations from Germany and to secure the payment of reparations in the most effectual manner, but from the point of view of Germany it must have been a most important object to safeguard to the utmost possible extent her rights of sovereignty over the territory left to her. The German Government was therefore entitled to assume that her territory was not subject to occupation by the troops of any of the Allied or Associated Powers except to the extent expressly stipulated for by the guarantee clauses. The conflict of objects was, in fact, solved by these stipulations, and it is therefore not admissible to interpret the treaty from the one-sided point of view of the parties opposed to Germany.

According to the ordinary rules of international law, a treaty ought in case of doubt as to any of its provisions to be construed against the state for whose benefit it was drawn up. The Mixed Claims Commission – United States and Germany in the Lusitania Cases (Nov. 11, 1923) expresses this rule in the following words, „The treaty (viz., the Treaty of Berlin) is based upon the resolution of the Congress of the United States accepted and adopted by Germany. The language being that of the United States and framed for its benefit will be strictly construed against it“ [7]). The language of the Treaty of Versailles is the language of the Allied and Associated Powers, and on the principle thus announced it would appear that any ambiguous expression ought to be construed in favor of Germany.

Some advocates of the French and Belgian view on the contrary appear to be of opinion that, as regards the interpretation of the treaty, it is unnecessary to consider the German

---

[7]) The italics are the writer's. Numerous references to well-known authorities are given in footnote 27 of the Commission's opinion in support of the rule of construction quoted in the text.

Digitized by Google

point of view, Germany having signed the treaty under a mental reservation. Such arguments coming from lawyers are rather surprising. A contract may be vitiated by the fact that there never was a true consensus between the parties, but the absence of such consensus does not enable one of the parties to treat the contract as binding in a manner assisting the one-sided objects of such party without considering the effect of the contract under the ordinary rules of interpretation. Either there is peace with Germany on the basis of the treaty, or there is still a state of war. If there is peace, the treaty, as it can be fairly interpreted from the point of view of the parties on both sides, can alone form the justification for any measures of enforcement.

Reference is also made to the ultimata in which Great Britain joined threatening the occupation of German territories outside of the area referred to in Article 428, and while it is admitted that the British Government had expressly declared that it had never claimed the threatened action to be in pursuance of the reparation clauses of the treaty, still it is argued that the threatened action was carried out as a sanction „for enforcing the treaty and especially its provisions relating to reparations". It is immaterial to decide, wheter this is an entirely correct characterization of the attitude of the British Government, but it does not dispose of the fact that the threatened action was not in any way referred to Sec. 18 of Annex II. As stated in the British note of the 11th August[8]), „The Allies jointly decided to threaten Germany with the occupation of further territory, just as they might have threatened her with a renewal of war, for her failure to perform her treaty obligations, some of which had no connection whatever with reparations".

It cannot be contended that the French Government might urge that if the invasion of the Ruhr was not justified by the treaty, it might still be justified as a measure taken outside

[8]) Correspondence with the Allied Governments (Miscellaneous No. 5), Command 1943, on p. 56.

Digitized by Google

of the treaty but in conformity with international law, it having been shown above that M. *Poincaré* in his correspondence with M. *Klotz* with reference to isolated action, expressly drew a distinction between isolated action under the treaty and isolated action independently of the treaty, describing the French occupation of Frankfurt as coming under the second head, and stating that the undertaking given by him in respect of the avoidance of isolated action referred exclusively to action coming under the second head.

Lastly, it is contended that the evidence is conclusive „that Germany signed the treaty, not with the intention of faithfully carrying out its provisions, but with the purpose of evading them as much as possible and that she has persisted in that design up to and beyond the date of the occupation of the Ruhr", and this statement is used as an argument for the construction of the treaty in a sense unfavorable to Germany[9]).

As pointed out above, there is no legal justification for such a contention. If one of the parties to a contract fails to carry out his obligations thereunder, the other party is entitled to exercise all rights which the breach of contract confers upon him, but the other party is not, by reason of such breach of contract, entitled to give a construction to the contract other than that of which the contract would have been capable if no breach had occurred. I do not, however, think that on an impartial consideration of the evidence, even if the entirely one-sided evidence sometimes quoted be alone regarded, it could be held that „Germany signed the treaty not with the intention of faithfully carrying out its provisions but with the purpose of evading them as much as possible". The expression „Germany" is ambiguous, bus I assume that it is intended to describe the German Government. It is a well-known fact that there have been many changes of government since the conclusion of peace, and also that there have been internal troubles and difficulties, which have made the performance of the duties of government extremely difficult. It may be admitted

[9]) Comment by Mr. *Finch,* ibid., p. 733.

Digitized by Google

that some governments, for the time being in power in Germany, have been less anxious to perform the obligations imposed by the Treaty of Peace than others, and that others have not been sufficiently skilful and energetic to cope with the difficulties of the financial situation. These failings have from time to time given rise to complaints, but none of these complaints go so far as to accuse Germany of having signed the treaty with the deliberate intention of evading its provisions as much as possible. Moreover, an accusation by one of the parties to a contract against the other party is not in itself evidence of its justice. The speech of the prosecuting counsel cannot be quoted as evidence of the prisoner's guilt. Mr. *Lloyd George,* who is referred to as one of the chief accusers, as is well known, does not interpret the treaty in the sense given to it by advocates of the French view. On the critical occasion the British representative on the Reparation Commission, as mentioned above, voted against the finding as to Germany's default. Neither his impartiality, nor his competence, nor the desire and need of the country that he represents to obtain reparation to the utmost extent of Germany's capacity, is in doubt. The other members of the commission took a different view, which prevailed, and Germany must, therefore, submit to such consequences as the Treaty of Peace imposes according to its proper interpretation, but it is an obvious fallacy to conclude that that interpretation itself must take into account the fact that there was voluntary default and that accordingly every doubtful point must be decided against Germany. I have already referred to the maxim that a treaty must be interpreted so as to give effect to the object designed, and expressed my concurrence in the view that one of the objects of the Allied and Associated Powers was to secure adequate reparations, but the argument now under discussion, even from the one-sided point of view of the parties opposed to Germany, is based on the assumption that the military occupation of the Ruhr valley was the only effective way of securing the payment of reparations. The justification of this assumption has never been proved and the

Digitized by Google

actual experience of the Ruhr occupation, far from supporting it, seems to point the other way.

I sum up the main points of my argument as follows: (1) Paragraph 18 cannot be interpreted as meaning that whenever the Reparation Commission declares Germany to be in voluntary default each of the interested Powers may take such isolated action as it may think fit, as this interpretation if acted on could only lead to confusion and to the defeat of the objects aimed at.

(2) The measures allowed by paragraph 18 cannot be construed so as to include military measures. This opinion is not based on a mechanical application of the English ejusdem generis rule, but on the rule of construction recognized in all countries as to the necessity of interpreting a document as a whole and of disregarding the literal interpretation of words when such interpretation is in conflict with the effect of such document as a whole.

(3) The alleged fact that Germany has deliberately committed breaches of the treaty cannot in any way affect the construction of the treaty, but can only give rise to such remedies as the treaty, construed independently of that fact, renders applicable.

All international jurists ought to stand up for the sacredness of international engagements, not merely where the interests of their own countries are concerned, but no less so where their own country or an allied or friendly country attempts to disregard this rule, and in considering the question, the benefit of the doubt should be given to the country opposed to one's own or to an allied or friendly country. In the present instance many impartial jurists hold that there is no doubt as to the illegality of the occupation of the Ruhr valley. One of these, the distinguished man who recently was the unofficial delegate of the United States to the Reparation Commission, states his views in a speech reported in the Boston Sunday Globe, in its issue of the 23rd December, 1923, from which I quote the following extract as expressing the views held by such jurists (including myself):

Digitized by Google

Entirely apart from the question of its success or failure, I regret the Ruhr occupation, because I believe it to be a breach of the treaty with Germany, not merely a technical breach, but a breach of the true spirit and intent of the treaty. I regret it because I regard it as elementary that we who fought Germany and raised our voices in denunciation of the crime of Alsace-Lorraine, and the violation of the neutrality of Belgium, and the sinking of the Lusitania, ought not to adopt methods which resemble those we denounce.

Digitized by Google

Haager Gerichts- und Schiedsgerichtssprüche.

Schiedsspruch des Haager Schiedsgerichtshofes, betreffend die amerikanische Requisition norwegischer Schiffe.

Der durch Schiedsvertrag vom 30. Juni 1921 durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und den König von Norwegen, in Ausführung der generellen amerikanisch-norwegischen Schiedskonvention vom 4. April 1908, vor das Haager Schiedsgericht gebrachte Streitfall ist durch Schiedsspruch vom 13. Oktober 1922 zugunsten Norwegens entschieden worden.

Der Spruch lautet folgendermaßen:

Whereas the United States and the Kingdom of Norway are Parties to the Convention for the Pacific Settlement of International Disputes signed at The Hague, on October 18, 1907, which replaced by virtue of Article 91 thereof as between the contracting powers the original Hague Convention of July 29, 1899;

Whereas the United States and Norway signed on April 4, 1908, a general Arbitration Convention in which it was agreed:

„Article II. In each individual case, the High Contracting Parties, before appealing to the Permanent Court of Arbitration, shall conclude a special Agreement defining clearly the matter in dispute, the scope of the powers of the Arbitrators, and the periods to be fixed for the formation of the Arbitral Tribunal and the several stages of the procedure. It is understood that on the part of the United States such special agreements will be made by the President of the United States by and with the advice and consent of the Senators thereof";

Whereas it is common ground that this general Arbitration Convention is still in full force and effect;

Whereas in pursuance of all the foregoing, by a special Agreement concluded on the 30th of June 1921, and ratified on the 22nd of August 1921

the United States of America

and

His Majesty the King of Norway

desiring to settle amicably certain claims of Norwegian subjects against the United States arising, according to contentions of the Government of Norway, out of certain requisitions by the United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation;

Considering that these claims have been presented to the United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation and that the said corporation and the claimants have failed to reach an agreement for the settlement thereof;

Considering, therefore, that the claims should be submitted to arbitration conformably to the Convention of the 18th of October, 1907, for the pacific settlement of international disputes and the Arbitration Convention concluded by the two Governments April 4, 1908, and renewed by agreements dated June 16, 1913 and March 30, 1918 respectively;

Digitized by Google

Have appointed as their plenipotentiaries, for the purpose of concluding the following Special Agreement:

The President of the United States of America: *Charles E. Hughes,* Secretary of State of the United States; and

His Majesty the King of Norway: Mr. *Helmer H. Bryn,* His Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at Washington;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found to be in good and due form, have agreed on the following articles:

Article I. The Arbitral Tribunal shall be constituted in accordance with Article 87 (Chapter IV) and Article 59 (Chapter III) of the said Convention of October 18, 1907, except as hereinafter provided, to wit:

One Arbitrator shall be appointed by the President of the United States, one by His Majesty the King of Norway, and the third, who shall preside over the Tribunal, shall be selected by mutual agreement between the two Governments. If the two Governments shall not agree within one month from the date of the exchange of ratifications of the present agreement in naming such third Arbitrator, then he shall be named by the President of the Swiss Confederation, if he is willing.

The Tribunal shall examine and decide the aforesaid claims in accordance with the principles of law and equity and determine what sum if any shall be paid in settlement of each claim.

The Tribunal shall also examine any claim of Page Brothers, American citizens, against any Norwegian subject in whose behalf a claim is presented under the present Agreement, arising out of a transaction on which such claim is based, and shall determine what portion of any sum that may be awarded to such claimant shall be paid to such American citizens in accordance with the principles of law and equity.

Art. II. As soon as possible, and within five months from the date of the exchange of ratifications of the present Agreement, each Party shall present to the Agent of the other Party, two printed copies of its case (and additional copies that may be agreed upon) together with the documentary evidence upon which it relies. It shall be sufficient for this purpose if such copies and documents are delivered at the Norwegian Legation at Washington or at the American Legation at Christiania, as the case may be, for transmission.

Within twenty days thereafter, each Party shall deliver two printed copies of its case and accompanying documentary evidence to each member of the Arbitral Tribunal and such delivery may be made by depositing these copies within the stated period with the International Bureau at The Hague for transmission to the Arbitrators.

After the delivery on both sides of such printed case, either Party may present, within three months after the expiration of the period above fixed for the delivery of the case to the Agent of the other Party, a printed counter-case (and additional copies that may be agreed upon) with documentary evidence, in answer to the case and documentary evidence of the other Party, and within fifteen days thereafter shall, as above provided, deliver in duplicate such counter-case and accompanying evidence to each of the Arbitrators.

As soon as possible and within one month after the expiration of the period above fixed for the delivery to the Agents of the counter-case, each Party shall deliver in duplicate to each of the Arbitrators and to the Agent of the other Party a printed argument (and additional copies that may be agreed upon) showing the points relied upon in the case and counter-case.

Digitized by Google

and referring to the documentary evidence upon which it is based. Delivery in each case may be made in the manner provided for the delivery of the case and counter-case to the Arbitrators and to the Agents.

The time fixed by this Agreement for the delivery of the case, counter-case, or argument, and for the meeting of the Tribunal, may be extended by mutual consent of the Parties.

Art. III. The Tribunal shall meet at The Hague within one month after the expiration of the period fixed for the delivery of the printed argument as provided for in Article II.

The Agents and Counsel of each Party may present in support of its case oral arguments to the Tribunal, and additional written arguments, copies of which shall be delivered by each Party in duplicate to the Arbitrators and to the Agents and Counsel of the other Party.

The Tribunal may demand oral explanations from the Agents of the two Parties as well as from experts and witnesses whose appearance before the Tribunal it may consider useful.

Art. IV. The decision of the Tribunal shall be made within two months from the close of the arguments on both sides, unless on the request of the Tribunal the Parties shall agree to extend the period. The decision shall be in writing.

The decision of the majority of the members of the Tribunal shall be the decision of the Tribunal.

The language in which the proceedings shall be conducted shall be English.

The decision shall be accepted as final and binding upon the two Governments.

Any amount granted by the award rendered shall bear interest at the rate of six per centum per annum from the date of the rendition of the decision until the date of payment.

Art. V. Each Government shall pay the expenses of the presentation and conduct of its case before the Tribunal; all other expenses which be their nature are a charge on both Governments, including the honorarium for each Arbitrator, shall be borne by the two Governments in equal moieties.

Art. VI. This Special Agreement shall be ratified in accordance with the constitutional forms of the contracting Parties and shall take effect immediately upon the exchange of ratifications, which shall take place as soon as possible at Washington.

Whereas, for the purpose of carrying out this Agreement, the two Governments have respectively appointed as Arbitrators:

The Government of the United States:

The Honorable Chandler *P. Anderson,* Arbitrator American - British Claims Arbitration Tribunal;

The Government of the Kingdom of Norway:

His Excellency Mr. *Benjamin Vogt,* Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary of His Majesty the King of Norway;

Whereas at the request of the two Governments, the President of the Swiss Confederation has named as third Arbitrator and President of the Tribunal:

Mr. *James Vallotton,* Docteur en droit, Member of the Bar of Lausanne, Associate of the Institut de Droit International;

Digitized by Google

Whereas the two Governments have appointed as Agents:
The Honorable *William C. Dennis*, for the United States;
Captain *C. Frölich Hanssen*, for the Kingdom of Norway,
assisted by the following Counsel:

for the United States:

The Honorable *George Sutherland*, formerly United States Senator, Counsel,
Mr. *Stanley H. Udy*, formerly Assistant Solicitor Department of State, Associate Counsel,

for the Kingdom of Norway:

The Honorable *Walter L. Fisher*, formerly Secretary of Interior of the United States, Counsel,
Mr. *Edward B. Burling*, lawyer, Counsel,
Mr. *George Rublee*, lawyer, Counsel,
Mr. *Dean G. Acheson*, lawyer, Counsel,
Mr. *Ole Roed*, Barrister of Supreme Court of Norway, Counsel,
Mr. *Johan Bredal*, formerly Minister of Justice of Norway, Government Solicitor ad hoc, Counsel,
Mr. *Tryggve Sagen*, Chairman of the Christiania Group of Norwegian shipowners, Counsel;

Whereas the Agents of the Parties to the said Agreement of June 30, 1921 have duly and in accordance with the terms of the Agreement communicated to the Tribunal their cases, counter-cases, printed arguments and other documents;

Whereas Counsel and Agents for the Parties have fully presented to this Tribunal their oral arguments in the sittings held between the first assembling of the Tribunal on July 22nd and September 1st, 1922,

And Whereas the two Parties have agreed on September 1st, 1922 to an extension until February 1st 1923 of the period of two months provided for by Article IV of the Special Agreement for rendering the Award;

Whereas the arguments have been closed on the 11th of October 1922,

And Whereas according to Article I of the Special Agreement the Tribunal shall „determine what sum if any shall be paid in settlement of each claim of Norwegian subjects against the United States" and shall also „examine any claim of Page Brothers, American citizens, against any Norwegian subject in whose behalf a claim is presented under the present Agreement, arising out of a transaction in which such claim is based, and shall determine what portion of any sum that may be awarded to such claimant shall be paid to such American citizens";

Whereas, generally speaking, the principal facts and contentions of the Parties with regard to the fifteen Norwegian claims being the same, it is possible and advisable to embrace these several independent claims in one arbitral award, (while pronouncing separately on the points at issue);

Now, therefore, this Tribunal (having carefully considered the said Conventions, Agreement, cases, counter-cases, printed and oral arguments, and the documents presented by either side) after due deliberation pronounces as follows:

The amount of the claims.

The details of the claims, both as originally presented in the Case of the Kingdom of Norway and as finally presented in the course of the oral argument, are as follows:

Digitized by Google

(1) Number of claim	(2) Name of Claimant	(3) Amounts originally claimed: Amounts	(4) Amounts originally claimed: Amounts including interest	(5) Amounts finally claimed (Without adding interest claimed)
		$	$	$
1	The Manitowoc Shipping Corporation	731,500.00	1,028,220.24	766,500.00
2	The Manitowoc Shipping Corporation	731,500.00	1,028,220.24	766,500.00
3	The Baltimore Steamship Company	1,507,860.28	2,120,679.93	1,542,187.50
4	The Vard II Steamship Company	1,944,877.26	2,731,749.47	1,957,200.00
5	The Sörlandske Lloyd Corporation	1,617,000.00	2,273,753.21	1,837,000.00
6	The Oestlandet Steamship Company	2,390,960.00	3,363,311.07	2,478,960.00
7	Jacob Prebensen, jr.	148,987.50	209,850.03	396,937.50
8	The Tromp Steamship Company	257,737.50	361,745 30	396,937.50
9	The Maritim Corporation	278,400.00	392,492.40	417,600.00
10	The Haug Steamship Company	413,460.94	580,093.48	417,600.00
11	The Mercator Corporation	434,123.44	609,083.36	438,262.50
12	The Sörlandske Lloyd Corporation	196,875.00	277,871.43	451,875.00
13	H. Kjerschow	447,250.00	627,500.16	451,875.00
14	Harry Borthen	146,875.00	207,300.90	451,875.00
15	E. & N. Chr. Evensen Incorporated	421,875.00	591,788.29	451,875.00
	Totals	11,669,281.92	16,403,659.51	13,223,185.00

It will be seen that the figures given in column (5) above are exclusive of the claims made by the Kingdom of Norway for interest, compounded semi-annually. Their comparison is, therefore, with the figures in column (3) and not column (4) above. The detailed amounts of the amended claims, including interest, were not submitted to the Tribunal. The total of such amended claims approximated $ 18,000,000.

In reply the United States declared its willingness and desire to make just compensation for the property taken and recognized its liability to make compensation in the following amounts:

Digitized by Google

(1) Number of claim	(2) Name of Claimant	(3) Amounts
1	The Manitowoc Shipping Corporation	$ 101,200
2	The Manitowoc Shipping Corporation	„ 101,000
3	The Baltimore Steamship Company	„ 255,900
4	The Vard II Steamship Company	„ 346,900
5	The Sörlandske Lloyd Corporation	„ 400,800
6	The Oestlandet Steamship Company	„ 1,184,700
7	Jacob Prebensen jr.	40,820
8	The Tromp Steamship Company	40.820
9	The Maritim Corporation	39,720
10	The Haug Steamship Company	39,720
11	The Mercator Corporation	38.600
12	The Sörlandske Lloyd Corporation	22,260
13	H. Kjerschow	22.260
14	Harry Borthen	22,260
15	E. & N. Chr. Evensen Incorporated	22,260
	Totals	$ 2,679,220

The claim made by the United States in reference to Page Brothers amounted to $ 22,800. The validity of this claim was totally denied by the Kingdom of Norway.

I. Introduction.

It is common ground between the Parties to this arbitration that the fifteen claims against the United States are presented by the Government of the Kingdom of Norway, which Government, and not the individual claimants, "is the sole claimant before this Tribunal".

The claims arise out of certain actions of the United States of America in relation to ships which were building in the United States for Norwegian subjects at a time, during the recent Great War, when the demand for ships was enormous, owing to the needs of the armies and to the losses of mercantile ships.

For some time before the United States declared war, the shortage of shipping was serious both in European countries and in the United States. In these circumstances, Norwegian subjects, amongst others, directed their attention to the possibilities of shipbuilding in the United States. From July 1915 onwards, various contracts were placed by Norwegian subjects with shipyards in the United States. Meanwhile, from the summer of 1916 onwards, the United States Government took a series of steps for the protection of its interests and these steps made possible the later "mobilization for war purposes of the commercial and industrial resources of the United States". Into most of these measures it is not necessary to enter in any detail, as they do not directly affect the merits of the claims.

The United States declared war against Germany on April 6th 1917. Already by the United States Shipping Act of September 1916 the United

Digitized by Google

States Shipping Board had been established „for the purpose of encouraging, developing and creating a naval auxiliary and naval reserve and a merchant marine to meet the requirements of the commerce of the United States with its territories and possessions and with foreign countries". This Board was empowered by section 5 of the Act:

„to have constructed and equipped in American shipyards and Navy yards or elsewhere, giving preference, other things being equal, to domestic yards, or to purchase, lease, or charter, vessels suitable, as far as the commercial requirements of the marine trade of the United States may permit, for use as naval auxiliaries or Army transports, or for other naval or military purposes, and to make necessary repairs on and alterations of such vessels,

Provided: That neither the board nor any corporation formed under section eleven in which the United States is then a stockholder shall purchase, lease, or charter any vessel

a) Which is then engaged in the foreign or domestic commerce of the United States, unless it is about to be withdrawn from such commerce without any intention on the part of the owner to return it thereto within a reasonable time;

b) Which is under the registry or flag of a foreign country which is then engaged in war;

c) Which is not adapted, or can not by reasonable alterations and repairs be adapted to the purpose specified in this section;

d) Which, upon expert examination made under the direction of the board, a written report of such examination being filed as a public record, is not without alteration or repair found to be at least seventy-five per centum as efficient as at the time it was originally put in commission as a seaworthy vessel".

Section 7 of the Act provided:

"That the board, upon terms and conditions prescribed by it and approved by the President, may charter, lease, or sell to any person, a citizen of the United States, any vessel so purchased, constructed, or transferred".

Section 9 of the Act gave the Board certain additional powers "when the United States is at War or during any national emergency the existence of which is declared by proclamation of the President". These additional powers were:

"no vessel registered or enrolled and licensed under the laws of the United States shall, without approval of the board, be sold, leased, or chartered to any person not a citizen of the United States, or transferred to a foreign registry or flag. No vessel registered or enrolled and licensed under the laws of the United States, or owned by any person a citizen of the United States, except one which the board is prohibited from purchasing, shall be sold to any person not a citizen of the United States or transferred to a foreign registry or flag, unless such vessel is first tendered to the board at the price in good faith offered by others, or, if no such offer, at a fair price to be determined in the manner provided in section ten".

A proclamation under this section of the Act was issued by the President on February 5th 1917, an thus these emergency powers of the Shipping Board came into operation.

Section 11 of the United States Shipping Act of September 1916, authorised the Shipping Board to:

"form under the laws of the District of Columbia one or more corporations for the purchase, construction, equipment, lease, charter, maintenance, and operation of merchant vessels in the commerce of the United States".

Digitized by Google

On the day of the declaration of war by the United States (April 6th 1917) the Shipping Board exercised this authority and formed the United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation to carry out, in general, the purposes set forth in section 11 of the Act. All the stock of this corporation was owned by the United States. Though its certificate of Incorporation of April 16th 1917, provided "that the existence of this corporation shall be perpetual", it had been laid down in section 11 of the Act that "at the expiration of five years from the conclusion of the present European War the operation of vessels on the part of any such corporation in which the United States is then a stockholder shall cease and the said corporation stand dissolved .... The vessels and other property of any such corporation shall revert to the board".

For some time before the declaration of war the question of requisitioning ships by the United States had been considered and the fact that early in 1917 a large proportion of the shipyards in the United States was engaged with contracts for foreign shipowners led to various proposals and negotiations into which it is unnecessary to enter here. On the 4th of March 1917, (after the severance of diplomatic relations between the United States and Germany on February 3rd 1917) a Naval Emergency Fund Act was passed. This Act authorised and empowered the President, "in addition to all other existing provisions of law" within the limits of the appropriation available, "to place an order with any person for such ships or war material as the necessities of the Government, to be determined by the President, may require and which are of the nature, kind, and quantity usually produced or capable of being produced by such person." Such orders were given precedence over all other orders and compliance was made obligatory. In the case of non-compliance, the President was authorised to "take immediate possession of any factory .... or of any part thereof". The President was furthermore empowered, under the same penalty "to modify or cancel any existing contract for the building, production, or purchase of ships or war material", to place an order for the whole or any part of the output of a factory in which ships or war material were being built or produced, and to "requisition and take over for use or operation by the Government any factory or any part thereof". In all cases where these powers were exercised, provision was made for "just compensation" to be determined by the President, with the customary provision for an appeal to the courts.

Then on June 15th 1917, two months after the declaration of War, further important powers were given to the President by the Emergency Shipping Fund Provision of the Urgent Deficiencies Act. The relevant provisions of this Act are as follows:

"The President is hereby authorized and empowered, within the limits of the amounts herein authorized:

(a) To place an order with any person for such ships or material as the necessities of the Government, to be determined by the President may require during the period of the War and which are of the nature, kind and quantity usually produced or capable of being produced by such person.

(b) To modify, suspend, cancel, or requisition any existing or future contract for the building, or purchase of ships or material.

(c) To require the owner or occupier of any plant in which ships or materials are built or produced to place at the disposal of the United States the whole or any part of the output of such plant, to deliver such output thereof in such quantities and at such times as may be specified in the order.

(d) To requisition and take over for use or operation by the United States any plant, or any part thereof without taking possession of the entire

Digitized by Google

plant, whether the United States has or has not any contract or agreement with the owner or occupier of such plant.

(e) To purchase, requisition, or take over the title to, or the possession of, for use or operation by the United States, any ship now constructed or in the process of construction or hereafter constructed or any part thereof, or charter of such ship.

Compliance with all orders issued hereunder shall be obligatory on any person to whom such order is given, and such order shall take precedence over all other orders and contracts placed with such person. If any person owning any ship, charter, or material, or owning, leasing, or operating any plant equipped for the building or production of ships or material shall refuse or fail to comply therewith or to give to the United States such preference in the execution of such order, or shall refuse to build, supply, furnish, or manufacture the kind, quantities or qualities of the ships or material so ordered, at such reasonable price as shall be determined by the President, the President may take immediate possession of any ship, charter, material or plant of such person, or any part thereof without taking possession of the entire plant, and may use the same at such times and in such manner as he may consider necessary or expedient.

Whenever the United States shall cancel, modify, suspend or requisition any contract, make use of, assume, occupy, requisition, acquire or take over any plant or part thereof, or any ship, charter or material in accordance with the provisions hereof, it shall make just compensation therefor, to be determined by the President; and if the amount thereof so determined by the President, is unsatisfactory to the person entitled to receive the same, such person shall be paid seventy five per centum of the amount so determined by the President and shall be entitled to sue the United States to recover such further sum as, added to said seventy-five per centum, will make up such amount as will be just compensation therefor, in the manner provided for by section twenty four, paragraph twenty, and section one hundred an forty five of the Judicial Code.

The President may exercise the power and authority hereby vested in him, and expend the money herein and hereafter appropriated through such agency or agencies as he shall determine from time to time, Provided: That all money turned over to the United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation may be expended as other moneys of said corporation are now expended. All ships constructed, purchased, or requisitioned under authority herein, or heretofore or hereafter acquired by the United States, shall be managed, operated, and disposed of as the President may direct".

Up to the date of this Act, though different proposals had been mooted, no definite action as regards requisitioning ships or contracts for ships had been taken. Negotiations were opened between the Norwegian Government and the United States authorities and these will be discussed later. Definite action, however, began on August 3rd 1917.

II. Was the Claimants' property taken?

The Fleet Corporation sent a general order of requisition by telegram to almost all the shipyards of the United States on August 3rd and 4th, 1917, bud it did not send any detailed order of requisition, giving the particular ships or contracts to which the requisition was intended to apply. Nor did the Corporation state precisely to what extent each of the yards was requisitoned. The Tribunal cannot regard this notice as sufficient as regards foreign owners of shipbuilding contracts, except for the purpose of preventing any transfer to a foreign flag or to foreign ownership or any

Digitized by Google

other change to the status quo which could have been detrimental from the point of view of national defence.

This telegraphic order of August 3rd, sent to the shipyards only, ordered the completion of all vessels "with all practicable despatch", and referred to a letter which was to follow.

The order contained in the letter of August 3rd expressly requisitioned not only the ships and the material, but also the contracts, the plans, detailed specifications and payments made, and it even commandeered the yards (depriving them of their right to accept any further contracts). In spite of this the United States have contended that there was no requisition, except of "physical property" and have strongly maintained that the word "contract" in the letter of 3rd August only referred to commitments for material.

It is common ground that the United States ordered the shipyards not to accept after August 3rd 1917, any further progress payments under the contracts from the private owners, but that subsequent progress payments were made by some of the former owners to the shipbuilders.

The United States have also proved that, for instance, on September 12th, 1917, Admiral *Capps*, General Manager of the United States Emergency Fleet Corporation, wrote to the Cunard Steamship Co. New York:

"You are informed that all shipbuilders have been directed not to accept any payments from you on account of requisitioned ships, and that in this case, where you have actually made payment, the shipbuilders will be directed to return this payment to you.

You are now directed not to make any further payments or tenders of payments to any shipbuilders having under construction ships which were requisitioned by us. You are also further informed that no re-imbursement will be made to you of payments which you have heretofore made to the shipbuilders, and no other form of settlement will be made with you without securing, for the benefit of our ship builders, complete releases of their contract obligations to deliver ships to you in place of the ships which we have requisitioned.

The foregoing is not to be considered even an additional agreement to reimburse you at this time. The whole subject of compensation to former owners is now under consideration".

To the British War Mission Admiral *Capps* wrote as follows, on September 13th, 1917:

"I beg to acknowledge receipt of your letter of the 10th inst., in relation to the Cunard Line's action in making tenders of payment to the shipbuilders covering ships requisitioned by the Fleet Corporation. The Emergency Fleet Corporation specifically ordered the shipbuilders not to accept payments from former owners, and in similar cases has directed the owners not to make tenders of payment to the shipbuilders.

This is in strict conformity with the authority vested in the Fleet Corporation and the Cunard Company has again been directed not to make any such tenders.

In this connection it is of course assumed that it is not the intention of the Cunard Co. in making these tenders to place our shipbuilders in a position where they will have to deliver ships to the Cunard Line after the emergency has passed. The Fleet Corporation will necessarily take all suitable steps to protect the shipbuilders, and to prevent them from being placed in such an embarrassing position".

It is common ground that one of the progress payments was made, with the assent of the United States Fleet Corporation, by one of the Norwegian claimants to the Seattle Construction and Dry Dock Co., after

Digitized by Google

August 3rd 1917, to the amount of 70,000 Dollars, on hull N°. 92, (Steamship "Sacramento" Claim N°. 4); that this sum was due on August 2; that the claimants or their assignors, the former owners, had fulfilled their contracts up to the time of the requisition; that on December 3rd, 1919, the United States Requisition Claims Committee, in their award, authorised payment of these progress payments to the Norwegian claimants; that these sums have not yet been paid to the claimants, although the United States were asked repeatedly to do so; and that the formal claims were presented in 1919 on behalf of the present claimants.

Counsel for the United States were invited by the Tribunal to prove that these payments were not credited by the Shipbuilders to the United States Emergency Fleet Corporation in their reciprocal accounts and payments. But no evidence was adduced to prove this; nor can it be denied that the United States Fleet Corporation debited these sums to the shipbuilders, as if they had been paid by the Corporation under the contracts. There is an example of this in the letter to the Seattle Construction and Dry Dock Co. of May 10th 1918.

Although the Corporation wrote to the shipowners at the beginning of September 1917, that the subject of compensation to former owners "was under consideration", the correspondence of the General Managers of the Fleet Corporation (as it has been submitted to the Tribunal) shows conclusively that there was at the beginning an intention — confirmed by the orders to the shipyards — of including these payments in the compensation to be paid, not by the shipbuilders, but by the Fleet Corporation, to the former shipowners, with interest from August 3rd 1917. Thus the Board asked for "any information necessary to a fair and just determination of the obligations of the Emergency Fleet Corporation in taking over these ships and contracts".

In their correspondence of about August 20th 1917 with the former owners of the contracts, the General Managers of the United States Emergency Fleet Corporation, after having expressly mentioned that they were writing to them as owners, or as the representatives of the owners, of the contracts with the shipyards, expressly stated their intention of reimbursing them,

"promptly, so far as funds are available for the payments heretofore made to the shipbuilders, if, after the investigation of data submitted by the owner, such payments are found in order and in conformity with the contract requirements.

At your further and early convenience you are requested to submit to the Corporation, a statement of such indirect expenditures as you have made on account of each vessel; for instance the cost of superintendence, original design, interest on funds already paid, and the like. The matters mentioned will require careful audit, and in addition you may submit any other matters you deem pertinent.

It will be perceived that the Corporation presumes it is adressing this letter to the owners or responsible representatives of the owners or persons entitled to receive compensation on account of the requisition of the vessels listed above. The Corporation requests that there be included in your response to this letter all evidence of ownership, which is necessary to establish the right of those who are entitled to receive the compensation provided by law.

The consummation of the orders herein and heretofore transmitted will be made the subject of later appropriate corporate action".

The General Managers of the Fleet Corporation gave the following instructions to their district officiers:

Digitized by Google

"You will please forward without delay the usual certificates for payments which have become due under the contract after that date, so far as practicable, certified by the former local inspector as well as yourself. These payments to the shipbuilder for the present must not exceed the actual cost of the contractor's outlay for labour, materials received since the last payment, plus the approved overhead expense, nor must the payment so determined exceed the contract payment accrued.

It is the expectation of the Corporation to carry out the substance and purpose of the contract but this decision cannot be made definite until the Corporation can investigate the facts and terminology of each contract to assure proper protection of the Government.

You will please furnish to the shipbuilder a copy of this letter and one copy of the enclosure, and you will request the shipbuilder to furnish you without delay, for transmission to the Corporation, a statement in detail of such payments received on account of each contract prior to August 3rd, the date of requisitioning".

After the examination of the plans, specifications and contracts, in terests and names of owners, lists of their payments under the contract, and of each ship under construction, the Fleet Corporation gave further information to the shipbuilders. This was done on or about August 22nd, 1917, as regards all the present claimants, except in the cases of claims 12—15; in these the information was given after November 15th, 1917. This further information was as follows:

"The ships now under construction at your plant and referred to above, having been requisitioned by the duly authorised order of this Corporation and title thereto taken over by the United States and an order having been placed with you by due authority to complete the construction of said ships with all practicable despatch, you are further ordered by the President of the United States, represented by this Corporation, to proceed in the work of completion heretofore ordered, in conformity with the requirements of the contract, plans, and specifications under which construction proceeded prior to the requisition of August 3, 1917 in so far as the said contract describes the ship, the materials, machinery, equipment, outfit, workmanship, insurance, classification, and survey thereof, including the meeting of the requirements of the said contract, and all tests as to efficiency and capacity of the ship on completion and in so far as the contract contains provisions for the benefit and protection of the person with whom the contract was made, but not otherwise.

All work will proceed under the inspection of such persons as have been or may hereafter, from time to time, be designated by this Corporation for that purpose.

For the work of completion heretofore and herein ordered the Corporation will pay to you amounts equal to payments set forth in the contract and not yed paid; provided, that on acceptance in writing of this order you agree that on final acceptance of the vessel to give a bill of sale to the United States in satisfactory form conveying all your rights, title, and interests in the vessel, together with your certificate that the vessel is free from liens, claims, or equities, with the exception of those of the owner and then only of those set forth in the contract. Compensation to the shipbuilder for expedition and for extra work will, when deemed appropriate, be made the subject of a subsequent order.

This order applies only to vessels actually under construction, and in accepting it the Corporation expects you to inform it of the actual stage of construction of each vessel or the parts to be assembled therein on the date of requisitioning, August 3, 1917. The Corporation reserves the right

Digitized by Google

to decide whether or not a vessel was actually under construction on August 3, 1917, on consideration of the ascertained facts.

In replying to this communication please arrange to specify separately the vessels to which this order refers, and refer to the corresponding contract in sufficient terms for identification of it.

Please furnish a copy of this (name of Shipbuilder) and ask for an early reply".

It would be superfluous to mention here that a "bill of sale" in the United States is considered as the instrument of transfer of property, and that ships, although considered as a species of personal property, are subject also to special rules. A ship does not pass by delivery, nor does the possession of it prove the title to it.

The next step of the Corporation was to give generally the same information to the owners of the shipbuilding contracts, and to require information whether a brokerage commission "claimed as part of the contract price of vessels" had been "paid or agreed to be paid on account of each uncompleted contract for vessels covered by the requisition order of August 3rd, 1917, giving the name of the broker and the amount paid or to be paid, and the times when payments are due, together with a copy of the brokerage agreement".

Such letters were written, for instance, with reference to the ships included in claims 1 and 2 on September 18th, 1917, to the Manitowoc Shipbuilding Co. To the Columbia River Shipbuilding Co, Admiral *Capps* wrote as follows on November 21st, 1917:

"Re Completion of requisitioned hulls.

Your letter of October 25, 1917, relative to vessels requisitioned by this Corporation and under construction in your yard, has been received. From information at hand the above letter is understood to apply to your hulls N°. 1 to 10 inclusive.

You will proceed with the completion of these hulls to meet the requirements of the contracts in force on August 3, 1917 between you and the Northwest Steel Co.

As just compensation for and as a reasonable price of such completion the Corporation will pay to you a total sum equivalent to the total unpaid amounts on contracts between you and the Northwest Steel Company.

Payments will be made on receipt of vouchers submitted through the district officer to this Corporation on a form to be forwarded to you and after certification by the district officer that such payments are due and warranted.

The above arrangements in this letter in reference to payments are based upon the assumption that there are no unpaid brokerage fees. If there are unpaid brokerage fees on said contracts, then the total amount of such fees will be deducted from the total unpaid amounts on the said contracts.

The district officer will be instructed to continue the inspection of work and material to insure that the vessels, when completed, will be equal in all respects to what was contemplated by the requirements of the contracts in force on August 3, 1917, between you and the Northwest Steel Company, and you will provide the district officer and his representatives all facilities necessary for the performance of this duty".

This last letter refers to Claim 6, where the delivery of the completed ship was expected for December 1st.

It is common ground that the shipbuilders complied with these orders of the Corporation, repeating generally the words which had been suggested to them by the Corporation. The following is an example of one of the shipbuilders' replies:

Digitized by Google

„Dear Sir, Re requisitioned ships. A copy of a letter dated August 22, 1917, has been delivered to us with the request that we reply to the same and give the information therein called for, and in compliance to such request we beg to say: In obedience to the order of the President of the United States, represented by the United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation, we will execute and deliver to the United States, or to the United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation, bills of sale of ships now under construction in our yard as they are completed and which were requisitioned on August 3, 1917, upon the following conditions:

1. The payments by you of all amounts specified in each several contract unpaid by the purchaser, said payments to be made by you pursuant to the terms of the contract.

2. The refunding to us of all customs duties paid by us upon any equipment going into the construction of hulls 80 and 81.

3. The payment to us of all extras and alterations not covered by the contract, ordered by authorized representatives.

4. The payment to us of all supplies ordered by authorized representatives furnished by this company for the outfitting of such ships.

In addition to the bill of sale, which is to be in such form as will be satisfactory, we will deliver a certificate that the vessel described in such bill of sale is free from liens, claims or equities excepting only equities and rights of the purchaser under the contract under which such ships were constructed.

You are further advised that on August 3, 1917, the undersigned was under contract to construct the following ships, above 2,500 tons dead-weight capacity, which are designated by us by hull numbers as follows: Hull Nos. 80, 81, 82, 83, 86, 87, 88, 90, 91, 92, 93, 94 and 95.

You are further advised that we will proceed with all practicable despatch the complete construction of said ships."

Without entering here into further details, the Tribunal, upon the abundant evidence brought by the United States, are of opinion that not only were material, plans, specifications and other such physical or intangible property of the claimants taken, but also their money, for the United States did not refund their previous payments either to the shipbuilders or to the shipowners.

The fact that the progress payments were not refunded by the United States Emergency Fleet Corporation to the shipbuilders is specially strong evidence to show that the contracts with these builders were not cancelled by the United States' orders of August, that the property of the owners was not considered as destroyed as between the Fleet Corporation and the shipbuilders, and that the Fleet Corporation took over the legal rights and duties of the shipowners towards the shipbuilders. The necessary consequence is that the Corporation took over the rights and duties of the shipbuilders towards the shipowners. It expressly required the shipbuilder to give the Corporation a bill of sale which, when delivered to it, would, in the opinion of the Tribunal, relieve the shipbuilders from any liability to the previous owners in regard to their „liens, rights and equities" as set forth in their respective contracts. The shipbuilders were thus entirely relieved of any obligation to the former owners, for the Corporation inserted itself between the builders and the shipowners by an exercise of what is called, in the United States Law and Jurisprudence, the power of eminent domain. This action can be considered, as far as the private shipbuilders are concerned, as a case of „force majeure" or restraint of princes and rulers.

In other words, the Corporation seems to have intended, in August 1917, to assume towards the Contract-owners the legal position of the ship-

Digitized by Google

building contractor. The main obligation of such contractors was to proceed with the construction, and to deliver the ships to the owners of the contracts.

Further, the fact that the United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation kept, and has had the exclusive profit up to the present time of the progress payments made to the shipbuilders by the claimants or their assignors, amounting to almost 2½ million dollars, is of especial importance, not only with regard to the material consequences of such action, but also in connection with the legal aspect of the whole case.

It will be seen later on that the Corporation Managers, after having taken control of the shipyards, took also the property of the claimants in such a way as to destroy it. But it should be stated at once that in connection with the taking of the claimants' money, the Corporation, having first ordered the completion of all the 15 contracts, delayed or even cancelled the construction of the hulls for which the New Jersey Shipbuilding Co. had contracted. Claims 13, 14 and 15 are based upon contracts which, to quote the United States Case, Chart I, „were never completed but were suspended on January 31, 1919 and cancelled on August 23rd, 1919 before their keels were laid".

As the Tribunal is of opinion that the good faith of the United States Emergency Fleet Corporation is to be presumed, the Corporation must be given the credit of having contemplated delivery of the ships to their former owners, and of having written its first letters to the shipbuilders and shipowners for the purpose of having the ships built and delivered. The first objects of the Corporation were evidently at that time to take control of the shipyards and of the contracts in order to expedite the construction of the ships, and to modify the ships, if necessary, in order to meet the war requirements.

This policy was not subsequently carried out by the Fleet Corporation. There were several successive changes in the personnel of the leading technical and legal advisers of the Corporation, and among the Directors themselves and these changes apparently resulted in a change of policy.

The Corporation seemed to have forgotten that it had assumed certain contractual obligations, and in particular to have ignored the fact that the retention of the money of the claimants without restoring the ships was obviously unlawful. Such action was not only contrary to international law, but also to the municipal law of the United States. The amounts of the progress payments should have been refunded at the time of the requisitioning of the ships. There can be no excuse for waiting until 1919 to make an assessment of these amounts. The Corporation could not have entertained any doubt after October 6th, 1917, that an immediate settlement of the claims was imperative. The Corporation may have intended, up to October 6th, 1917, to settle accounts with regard to these claims, namely so long as it was expected that the property of the claimants would be restored at the end of the war. More especially the Corporation should not have had any doubt with regard to claims 13 to 15 as to the legality of its action according to municipal law as well as under international law, after it had informed the shipbuilders not to go on with these contracts.

The Tribunal is therefore of opinion:

1. That, whatever the intentions may have been, the United States took, both in fact and in law, the contracts under which the ships in question were being or were to be constructed.

2. That in fact the claimants were fully and for ever deprived of their property and that this amounts to a requisitioning by the exercise of the power of eminent domain within the meaning of American municipal law.

Digitized by Google

III. The date on which Claimants' property was effectively requisitioned.

The Parties have disagreed as to the date, the object and the purport of the requisition.

Norway's contention is that the requisition should not be considered legally effective against the several members of the „Christiania Group" — the present fifteen claimants — until October 6th, 1917, when the negotiations between the special Norwegian Mission and the Shipping Board may be said to have been concluded by the formal notification from Mr. *Hurley*, Chairman of the Board, to Dr. *Nansen*, head of that Mission. Norway has contended that the contracts were requisitioned, and that, whatever may have been said to the claimants by the Fleet Corporation, the Tribunal has only to consider the real facts, in other words what the Fleet Corporation did; and that the action of the Corporation amounted to a taking without paying just compensation for the property so taken.

The contention of the United States is, on the other hand, that the requisition became effective against the claimants on August 3rd, 1917, the day of the general order issued to the American Shipyards; that the agreement between the Department of State and the Norwegian Minister was merely to suspend the requisition of completed vessels, but not of vessels under construction and that the requisition of the latter, though anticipated, was not yet announced; and that „The Emergency Fleet Corporation did not requisition contracts, but took only actual physical property, consisting of ships and materials for ships, together with commitments for material for ships, and that the property which it actually requisitioned is the only thing to be valued".

As Counsel for the Kingdom of Norway laid considerable stress upon the negotiations which took place in 1917 between the United States Department of State and the Norwegian Minister at Washington, Mr. *Bryn*, it is necessary to summarise the facts as to these negotiations and to examine their influence upon the legal position of the Parties.

In February 1917, as soon as the bill was introduced in the United States Senate and House of Representatives which proposed to prevent foreign owners of vessels „now being constructed or hereafter constructed in the United States" from registering their ships under foreign flags (proposals which matured on June 15th in the Emergency Shipping Fund Provision of the Urgent Deficiencies Act), the Norwegian Minister called the attention of the Secretary of State to the fact that „as said bills do not provide for compensation to foreign shipowners, the Norwegian citizens for whose account the ships are now bulding in American yards would suffer a tremendous loss, amounting to many millions of dollars, if said provisions should be enacted into law".

The Attorney for the principal group (so called Stray Group) of Norwegian owners of Shipbuilding Contracts, and the United States Shipping Board endeavoured to reach a friendly solution of the difficulties raised by the Norwegian Government by a voluntary agreement (similar to the agreement arrived at between Great Britain and Norway), safeguarding the interests of the United States by placing these vessels at the disposal of the government during the war and for a reasonable period (six months) afterwards.

The negotiations were largely conducted through informal conferences with a special Norwegian Mission, presided over by Dr. *Fridtjof Nansen*. It is proved by the attitude of the United States themselves, that they complied with a formal request of Mr. *Bryn* to the Department of State, dated June 28th, to delay temporarily, until the arrival of the Norwegian

Digitized by Google

Mission, „the executing, as far as same would involve Norwegian shipping interests, of the authority given to the President by the provisions of the Act approved June 15, 1917, which created an Emergency Shipping fund".

The United States have contended that by the Executive Order of July 11th, 1917, the President of the United States delegated to the United States Shipping Board the authority to requisition constructed vessels, and to the United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation the power vested in him of requisitioning „vessels in process of construction".

On 23rd July, 1917, the Shipping Board passed a resolution to requisition „title to and possession of all launched merchant vessels where construction is completed, and which construction was commenced in American yards under contracts which would lead to foreign documentation", on giving twenty four hours notice to the diplomatic representatives of the countries of which the foreign owners were citizens.

On July 24th Mr. *F. L. Polk*, Acting Secretary of State, notified the Norwegian Minister of this resolution. As Dr. *Nansen's* Norwegian Mission had not yet arrived, it was agreed between them that the Norwegian „new buildings" should not be requisitioned until the Norwegian Special Mission had arrived, and had had an opportunity of taking the matter up with the American Government. The Norwegian Minister guaranteed that no vessel built in American yards for Norwegian account would be transferred to the Norwegian flag after noon on July 25th.

Mr. *Polk* informed the Shipping Board of this arrangement, and the Board, on July 25th, resolved: „that nothing be done in connection with the requisitioning of Norwegian ships".

Mr. *Bryn* gave instructions accordingly to the Norwegian consuls in the United States, referring to the Shipping Board's resolution that „all completed ships were to be requisitioned", and these instructions were carried out. Only one new steamer, the „Dicto", was authorised by the United States to clear, and for this ship the Norwegian certificate of nationality had been issued by the Norwegian consul at San Francisco on the morning of July 25th.

On August 3rd, 1917, Mr. *Hurley*, the chairman of the United States Shipping Board, informed President *Wilson* that „after consultation with Admiral *Capps*, and with his approval", the Board „decided that the Emergency Fleet Corporation should proceed at once to commandeer all ships of suitable tonnage now being constructed in American shipyards, so that their completion may be expedited, and their disposition determined in the manner best adapted to the present needs of the nation.

We deem it of the highest importance that this action be taken without delay.

The question as to what disposition shall be made of the requisitioned ships can be determined later, after consultation with the Governments for whom, or for whose citizens a part of the ship are being built."

The general requisition order was issued on the same day, or on 4th August, by letter and telegram, to all the shipbuilders concerned with the claimants (except New Jersey Shipbuilding Company).

The order to practically all of the American Shipbuilders was worded as follows: „By virtue of an Act approved June 15th, 1917, and authority delegated to the Emergency Fleet Corporation by Executive Order of July 11th, 1917, all power driven cargo-carrying and passenger vessels above 2500 tons, deadweight capacity, under construction in your yards, and materials, machinery, equipment and outfit thereto pertaining, are hereby requisitioned by the United States and will be completed with all practicable despatch. Letter follows".

Digitized by Google

One of the purposes of this statutory order is clear: the construction must be completed as rapidly as possible. Whether the requisition was for title or for use, and what would be the compensation etc., was not disclosed, and the requisition letter was equally reticent, containing only a promise „that the compensation to be paid will be determined hereafter, and will include ships, material and contracts requisitioned".

The Tribunal is of opinion that the Shipping Board and the Shipping Board Emergency Fleet Corporation were bona fide if they considered the order to American shipbuilders was consistent with an „agreement for the maintenance of the status quo on both sides". It is reasonable to infer that they had not rejected at that time the Norwegian suggestion of a voluntary agreement and that they did not deem it necessary to pay immediately the just compensation, nor to make even an inventory of the things taken. Their attitude may be explained by a belief on their part that future accounts would be settled by voluntary agreement.

It appears from the minutes of October 4th, 1917, that at that date the Members of the United States Shipping Board held strongly divergent views with regard to the requisitioning of foreign vessels. While the majority proposed „that the Board conform its action with reference to foreign tonnage to the action already taken by the Board with reference to the British and French ships", Vice Chairman *Stevens* presented the following resolution: „that vessels building for Norwegian account, commandeered by the Emergency Fleet Corporation, be transferred to American Corporations to be formed by their owners, on condition that they voluntarily charter the vessels to the Board, bare boat or time charter, at Board's option, for the period of the war and six months thereafter, at the general requisition rate established by the Board, and reimburse the Corporation for all expenditure incurred in the completion of the vessels". The motion not being seconded, the Vice-Chairman moved „that the question is of such international importance that it be referred to the President".

This motion also not being seconded, the Chairman of the Shipping Board, after having stated to the Board that the decision arrived at was to „retain the title to the tonnage for the present", wrote to Dr. *Fridtjof Nansen,* at Washington D.C., on October 6th 1917, as follows:

„After careful inquiry into the present and prospective war needs of the United States and of the Allies, ... the Board has concluded that it is its duty to retain for urgent military purposes, all vessels building in this country for foreign account, title to which was commandeered by the United States on August 3rd. The decision includes necessarily the vessels building for Norwegian account . . . I need not add that it is our intention to compensate the owners of commandeered vessels, be they American, Alied or Neutral, to the full measure required by the generous principles of American Public Law".

After stating that, while this decision of the Board covered the case of one of the Norwegian ships commandeered, the „Wilhelm Jebsen", and that the Board approved a friendly settlement with regard to the „Jeannette Skinner", Mr. *Hurley* added: „I greatly regret the delay that has unavoidably attended the decision of this matter, and feel certain that you will appreciate that it was due solely to our keen desire to consider fully and weigh conscienciously the arguments which the representative of the Norwegian shipowners and of your mission have placed before us".

The correspondence between Dr. *Nansen* and Mr. *Hurley* continued in December, Dr. *Nansen* on behalf of Norway claiming on December 8th that these vessels „are being temporarily requisitioned by the American Government", while Mr. *Hurley* closed the correspondence on December 21st

Digitized by Google

1917 by a letter stating that: „Mr. *Munson* has reffered to me your letter to him, dated December 8, regarding insurance on vessels building in American yards for Norwegian account and commandeered by the Government of the United States.

I also have your letter of December 18 on the same subject.

Since these vessels have been completely and permanently taken over by the United States, it does not seem to me that the former Norwegian owners need be at all concerned over the question of insurance. The responsibility for loss or injury to the vessels is entirely in the Government of the United States, since the United States now hold title to the vessels. The former Norwegian owners have, under our Constitution and under the statutes governing the matter, a claim against the United States for just compensation, which claim I hope may be satisfactorily adjusted at an early date".

It cannot be denied, therefore, that the United States did claim in October 1917, to be the holders of the title to the Norwegian property, and that they expressly refused every interference from the claimants.

It is not necessary to examine here whether the holding of the title was valid. It is sufficient to state that the United States, in fact, did take and hold the title, the property of the claimants; that they had the „de facto" possession, eujoyment and use, and that they acted as owners of the claimants' property after the formal taking, as notified by the Shipping Board to Dr. *Nansen*.

After a most careful examination of the evidence produced on both sides, the Tribunal has come to the conclusion that:

1st. The Requisition became effective in August 1917, as regards the American shipbuilders;

2nd. But the requisition of the whole property of the claimants became effective only on and after October 1917. The date of October 6, 1917 may be admitted for all claimants.

The general requisition order of August 3rd, 1917, as well as the previous Statutes and Presidential Orders, certainly had legal importance, as they gave power to the executive officers to prohibit the export of materials, the transfer of ships to foreign flags etc. But the requisition order did not say, for instance, that all the property of the foreign shipowners should be taken, not even that it should be taken for title or for ever. It was construed as leaving it to the competent officers' discretion whether some of the ships under construction should be requisitioned or not. In fact, till October 1917, there was, in some cases, considerable doubt as to the ultimate decision, and some orders of requisition were not given until the end of November 1917.

As long as the Fleet Corporation was not following „due process of law", nor offering the „just compensation" provided for by American law for the property taken, it can be doubted whether the requisition was „effective", and the Tribunal, by admitting the date of October 6, 1917, as the date of requisition, has made ample provision for the special difficulties and the emergency invoked by the United States.

Another fact must be taken into consideration, not only with regard to the duration of the effective requisition, but also to the liability of the United States Shipping Board Emergency Fleet Corporation. Without examining here whether the Corporation could have kept the use and efficient control of the claimants' ships, but not their title, during the war, the Tribunal records that its attention was specially drawn to the fact that as early as February 1919, the Emergency Fleet Corporation was giving back to their former owners some of the ships which had been needed during the war, but for which there was no further use. After the Armistice was signed, in

Digitized by Google

November 1918, and before the signature of the Treaty of Peace with Germany, there were no hostilities between the United States and any other nation. Counsel for the United States has conceded that the bulk of the American Army was demobilised in the spring of 1919 and, while the United States were still „technically at war", the reasons stated by the Shipping Board in support of its attitude had undoubtedly ceased to exist.

The Tribunal is of opinion that, whatever may be said in favour of the taking for title of the claimants' property during the war, there was no sufficient reason for keeping these ships after the signature of the Versailles Treaty in June 1919. The reasons which have been given afford no legal interest which this International Tribunal could recognize as being superior to the rights of private foreign citizens in their own property.

IV. The law governing the Arbitration.

The Parties have disagreed also as regards the question whether this Tribunal is bound by the municipal law of the United States, regarding the matters, within the jurisdiction of the United States, which have come before the Tribunal for its decision. The special agreement of June 30, 1921, Article I provides that „The Tribunal shall examine and decide the aforesaid claims in accordance with the principles of law and equity". The United States, after reviewing the diplomatic correspondence which led to the adoption of the phrase „principles of law and equity" as the rule for the decision in this arbitration, has advanced the contention that the Tribunal should not fail to give effect to the municipal law of the United States, regarding any matters within the jurisdiction of the United States, which have come before the Tribunal for its decision. The Kingdom of Norway, on the other hand, has maintained that, in the absence of an express agreement to the contrary, arbitration of differences between nations is governed by international law, and that no arbitral tribunal is bound by the municipal law of any of the States which are Parties to the arbitration.

It seems not necessary to dwell at length upon this difference of opinion. Obviously this conflict of opinion is more in the appearance than in the reality. This is largely due to the fact that both Parties have overlooked certain aspects of the case. This case presents to an exceptional degree questions of private law besides questions of public law.

As regards private law this Tribunal has not the power to modify, correct or improve the contracts agreed between citizens of the two countries, nor to modify their consequences. It may have to resolve certain conflicts of private law in the absence of contract. „L'Ordre Public International" is obviously not at stake when this Tribunal deals with such contracts. But should the public law of one of the Parties seem contrary to international public policy („Ordre Public International"), an International Tribunal is not bound by the municipal law of the States which are Parties to the arbitration.

That there is misunderstanding between the Parties is also due to the use of the words „principles of law and equity". It is common ground that the United States, as well as Norway, are bound by the French text of the „Convention pour le Règlement pacifique des Conflits internationaux" of the 18th October 1907. Article 73 of this Convention provides that:

„Le Tribunal est autorisé à déterminer sa compétence en interprétant le compromis ainsi que les autres actes et documents qui peuvent être invoqués dans la matière, et en appliquant les principes du droit".

The word „droit" is also referred to in article 37 of the same convention of 1907: „L'arbitrage international a pour objet le règlement de

Digitized by Google

litiges entre les Etats par des juges de leur choix et sur la base du respect du droit".

As Dr. *Lammasch* says in his work upon international arbitration, („Die Rechtskraft Internationaler Schiedssprüche", page 37), the significance of the words „on the basis of respect for law" have no other meaning than that „the arbiter shall decide in accordance with equity, ex aequo et bono, when positive rules of law are lacking .... If no special principles are prescribed to the arbitrator, he must doubtless decide in the first place in accordance with international law to be applied from both sources of this science, not only from treaties, but also from customary law, and the practice of judges in other international courts."

Dr. *James Brown Scott,* in his Hague Court Reports, 1916, page XXI, says: „In the absence of an agreement of the contending countries excluding the law of nations, laying down specifically the law to be applied, international law is the law of an International Tribunal".

The words „law and equity" used in the special agreement of 1921 can not be understood here in the traditional sense in which these words are used in Anglo-Saxon jurisprudence.

The majority of international lawyers seem to agree that these words are to be understood to mean general principles of justice as distinguished from any particular system of jurisprudence or the municipal law of any State.

It must also be borne in mind that this Tribunal has been instituted in a general arbitration convention between United States and Norway, which has expressly provided that: „Difference which may arise of a legal nature or relating to the interpretation of principles existing between the two contracting Parties, and which it may not have been possible to settle by diplomacy, shall be referred to arbitration" in the way which has been followed in this case.

This Tribunal in therefore a regular legal institution, which possesses by consent of the two Parties a compulsory jurisdiction, independent of the national courts of the Parties. Both Parties come before the Tribunal on a footing of perfect equality. The Tribunal cannot ignore the municipal law of the Parties, unless that law is contrary to the principle of the equality of the Parties, or to the principles of justice which are common to all civilised nations. But the Tribunal is not bound by the special rules instituted in any of the two countries for the purpose of restricting (for instance in favour of the sovereign against its own „justiciables") the equality between parties which would otherwise be the basis of justice as applied between private litigants.

The Tribunal cannot agree, therefore, with the contention of Norway that it should be entirely free to disregard the municipal law of the United States, when this has been implicitly accepted by Norwegian citizens in their dealings with American citizens, although this law may be less favourable to their present claims than the municipal laws of certain other civilised countries.

But the Tribunal cannot agree, on the other hand, with the contention of the United States that it should be governed by American Statutes whenever the United States claim jurisdiction.

This Tribunal is at liberty to examine if these Statutes are consistent with the equality of the two Contracting Parties, with Treaties passed by the United States, or with well established principles of international law, including the customary law and the practice of judges in other international courts.

After careful examination of the Constitution of the United States, of the American Jurisprudence quoted by both parties and of the American

Digitized by Google

legislation passed by Congress from 1916 onwards (commencing with the National Defence Acts of June 1916 and with particular reference to the legislation of 1917 which mobilised the industries of the United States), the Tribunal agrees with the contention of the United States that there was nothing in this emergency legislation, under the special circumstances, that was contrary to international law.

It should be observed, that it is not inconsistent with the United States' Constitution and Statutes, or with the principles of international law and equity, to set aside certain special rules of the United States law which do not seem in harmony with the liberal principles of the American Constitution. Some of these will be quoted later on.

The Tribunal is further of opinion that the present arbitration is not due to possible defects in this legislation or in Presidential Orders, but to the action of some of the officials of the United States Shipping Board and Shipping Board Emergency Fleet Corporation.

The fifth Amendment to the Constitution of the United States provides: „No person .... shall be .... deprived of life, liberty, or property without due process of law; nor shall private property be taken for public use, without just compensation".

It is common ground that in this respect the public law of the Parties is in complete accor l with the international public law of all civilised countries.

The inviolability of the private property of a foreign citizen is a question of public policy, and it is for the courts in the United States, as well as in other countries, to settle conflicts that may arise between the respect for private property, and the „power of eminent domain", as is called in the United States the power of a sovereign state to expropriate, take or authorise the taking of any property within its jurisdiction which may be required for the „public good" or for the „general welfare".

The Courts in such cases have to settle three questions:

1. Whether this is a case of private property being appropriated or taken? This has to be proved by the claimant.
2. Whether the „taking" is justified by public needs? Here the „onus probandi" lies upon the Sovereign.
3. Whether just compensation has been offered or paid in due time?

Here it must be remembered that in the exercise of eminent domain the right of friendly alien property must always be fully respected. Those who ought not to take property without making just compensation at the time or at least without due process of law must pay the penalty of their action.

It is common ground that the word „property" in the fifth Amendment of the United States constitution, is treated as a word of most general import, and that it is liberally construed and includes every so called „interest" in the thing taken (*Lewis:* Law of Eminent Domain, Chicago 1909, paragraph 64—65 etc.), (*Nichols*: Law of Eminent Domain, Albany 1917, paragraph 118 etc.).

While in some other systems of law the notions derived from the „proprietas", as „propriété", are equivalent to ownership, the word „property", in the United States Constitution, as in the English and American common law system, includes all kinds of „personal property", all „jura in personam", and „choses in action". The word includes especially what the United States Shipping Board and Fleet Corporation described as the „liens, rights and equities" for the benefit and protection of the person called „the owner", or the purchaser of a contract with a shipbuilder for the construction of a ship.

Some of the fifteen contracts submitted to the Tribunal contained protective provisions such as:

Digitized by Google

„While said steamer is in the course of building and before or after launching, and until the final completion and delivery, the Purchaser shall, on payment of instalments of contract price at the times and in the manner above stipulated and subject to the builders lien for unpaid instalments of said contract price and for extras and bonus, become part owner of said steamer and of her hull, machinery and equipment and of all materials therefor, such part ownership to be in the proportion that the amount of payments made by the Purchaser shall bear to the value of the work done on and material furnished for said steamer; and the Builder shall, upon completion and delivery of such steamer furnish the Purchaser a Builder's certificate and such other documents and assurances as may be necessary to enable said steamer to be enrolled as the property of said Purchaser and as may be necessary to confer on said Purchaser an absolutely good and unencumbered title in and to said steamer, free of all liens (except as to any encumbrance created by said Purchaser). Until the completion and tender of delivery of said steamer to said Purchaser, as above provided, said steamer shall be at the risk of the Builder."

Some of those provisions went further: „this vessel shall at all times be the property of the Purchaser in all stages of construction and that all material purchased and delivered in the yard for her, or appropriated to the construction of her, shall become its property by such delivery or appropriation, subjectto a lien by the builders for any unpaid instalments of the purchase price, and for work done, labour and materials furnished".

When such provisions are inserted, it is obvious that the contract is prima facie evidence of a jus in rem, arising out of the contract, while the contractor or his sub-contractor might otherwise deny the existence of this superior „interest" equivalent to ownership.

The *Columbia River Shipbuilding Co.'s* contract with *W. Gilbert* (Claim 6) expressly stated that: (ninth) „Should the Builders after the vessel's keel is laid, fail continuously to proceed with the work and to complete the vessel, her machinery etc., unless prevented by acts of the Purchaser or strikes or non-delivery of material beyond the reasonable control of the Builder, or other unavoidable causes beyond their reasonable control, the Purchaser shall have the right to take possession of the vessel and machinery, pumps, engines, tackle, apparel and furniture, and all materials and fittings therefor, and complete the vessel at the expense of the Builders, and to remove said vessel, the material and fittings assembled therefor, if the Purchaser so desires" . . . .

All the claimants were also fully protected by several other clauses which can be omitted here.

While the United States have not expressly denied that such liens, rights and interests ex contractu must be considered as property in their law of eminent domain, they have contended that this property was an entity distinct from the material and other tangible things subjected to the property, and that when the owner of the shipbuilding contract (to use the words of the United States Supreme Court, *Nichols*, paragraph 109) „continued to have the use and possession as before, the property is not taken in the constitutional meaning, however much it may be depreciated in value".

They contended that this was a case of consequential damages which are not awarded in the United States. The Tribunal cannot agree with this contention of the United States.

In order to justify the Tribunal's opinion, it seems not necessary to deal in detail with the numerous documents produced by both Parties, nor to touch upon the question whether consequential damages ought to be awarded in international law.

Digitized by Google

The United States intended to „take" and have „taken" in fact, the contracts under which the fifteen hulls in question were being constructed by American Shipbuilders in 1917. These contracts were the property, or creadet it, and what the United States call „physical property" is only one of the elements or aspects of the „property" under the municipal law of the United States, as well as under the law of Norway and other States. It is common ground that, in the absence of any treaty, the Norwegian owners of these contracts were protected by the fifth amendment of the Constitution of the United States against any expropriation not necessary for public use, and that they are entitled to just compensation if expropriation occurs.

It has been proved that the claimants lost the use and possession of their property through an exercise by the United States of their power of eminent domain. When, for instance, on October 6, 1917, the Shipping Board informed Dr. *Nansen* that the United States had taken the „title", the Board implicitly admitted that the ownership of all the liens, rights and equities set forth in the fifteen shipbuilding contracts had been transferred to the United States by operation of law. As the United States have taken up the position and have acted in such a way that such transfer of the property implied cancellation or „destruction" of the Jura in personam or in rem, it must be adjudged and awarded, in conformity with the American doctrine and jurisprudence itself, that this action of the United States is equivalent to the taking of private property as defined in the fifth Amendmend of their Constitution.

Whether the action of the United States was lawful or not, just compensation is due to the claimants under the municipal law of the United States, as well as under the international law, based upon the respect for private property.

But, as it is common ground that such compensation is measured not only by:

a) the fair actual value of the property taken, but also
b) at the time and place it was taken, and
c) in view of all the surrounding circumstances,

it is necessary to examine first these surrounding circumstances and to see, first:

I. Whether the claimants property was taken and withheld for public use
II. Whether the taking for title and the keeping of the title without a sufficient emergency or after the emergency had passed, was necessary.

The United States took the claimants' property bona fide for public use in October 1917, and it has been proved especially that the general requisition orders to the shipbuilders of August 1917, made no undue discrimination against the claimants, as they included 437 steel vessels under construction.

In his report of June 11, 1919, tho the Chairman of the United States Shipping Board, Mr. *Brill* stated, amongst other facts, that „of the 437 under order, 13 were released, 10 were cancelled, and 12 were transferred into contract", evidently meaning by this expression „transferred into contract" that the construction of all the others was continued under what was called the „statutory order" already quoted, i. e. continued in fact under the former contracts taken by requisition.

Mr. *Brill* was at this time Assistant to the Vice-President, and one of the general managers and consulting engineers of the Emergency Fleet Corporation. He seems to have been the first to have been requested (January 1919) by the Corporation „to investigate the technical and physical condition of the ships which were requisitioned as of August 3, 1917, upon which the claims at that time had not been settled".

Digitized by Google

Mr. *Brill* added that „The shipowners, particularly the Europeans who had control of over half of the requisitioned tonnage, were loath to ask to surrender their ships and to settle on a money basis because of their pressing needs, until it was clearly indicated to them that the necessities of the situation left no other course for the United States to follow.

A large number of foreign claims were settled before January 21, 1919, some of the American claims had been settled by retransfer of ships, return of payments made, and charters securing the use of the ships to the United States during the war".

After having stated that the requisitioning order resulted in the completion and delivery of 49 ships (301,809 tons) in 1917, and of 248 ships (1,620,352 tons) in 1918, and that, „on February 1, 1919 claims covering 154 hulls remained unsettled", Mr. *Brill* made the following „recommendation and suggestion on the general treatment of the matter": „Where contracts have been made at high prices by citizens of the Allied Countries or by other interests known to be friendly with the United States and dependable in assisting in the execution of any maritime programme which it may adopt, it is suggested that the completed vessels be restored to the original owners. This will, of course, involve some adjustments on account of payments made, interest and charter hire. Where little or no progress had been made on the construction of the hulls at the time of requisitioning, or little or no material had been received for the hulls and equipment, it would seem in a considerable number of cases that the return on money which had been paid on account, with reasonable interest to date of adjustment, should end the matter. When settlements are made on a physical basis, it is suggested that a reasonable profit might be allowed legitimate claimants, because of the rising market covering the time of requisitioning."

Another expert whose official report has been produced by the United States (on the „Valuation of Property Requisitioned"), Mr. *Edwin C. Bennet*, who was a Naval Architect, Engineer, Marine Surveyor and appraiser, expressed the opinion on May 19, 1922, referring to the present fifteen claims, that, in fact the requisitioning order, issued on August 3rd, 1917, by the Emergency Fleet Corporation, „automatically brought into being a condition of „force majeure" and stopped all work on ships for private account. This condition of „force majeure" continued until the governmental control of shipbuildung facilities was released during June 1919." „It is my thought", he added, „that inasmuch as the contracts had laid dormant, because of the activity of a „force majeure", from August 3, 1917 to July 1919, they could have been continued by the owners if they had so desired."

While the legal opinion of this technical expert is based upon the erroneous supposition that the United States had not taken the contracts, the Tribunal, after comparing these technical opinions with various other documents, has reached the following opinion:

It is not necessary to examine here the question whether the United States should have restituted the claimants' property as completed ships, as the Kingdom of Norway has only claimed just compensation in money. But in order to assess the amount of just compensation, and to justify liberal compensation, it is necessary to say this: In fact, the United States have not proved that the Shipping Board, nor the Fleet Corporation, acted in conformity with the liberal spirit of the municipal law of the United States, on which they rely in the present arbitration. Especially they have not proved:

a) That the keeping for title to the claimants' property was needed for public use after 1st July, 1919; the Tribunal abstains from expressing any opinion on the question whether the claimants would have been entitled to restitution in kind during the War. This is not necessary, as compensation

Digitized by Google

must be awarded for the loss of use and profits. It is sufficient to say, in fact, that already in 1918 and during the first months of 1919, a large number of ships requisitioned were not kept for title, nor for use, by the Fleet Corporation.

b) That neither war emergency nor public needs forced them to act as they did, towards the claimants in July 1919, after the signature of the Treaty of Versailles. On the other hand, making due allowance for the circumstances, and especially for war conditions, it may be said that discrimination against the claimants has not been sufficiently arbitrary to justify any special claim for damages by the Kingdom of Norway, apart from damages for use, for the time of war, as far as the taking and keeping for title during that time was concerned.

It is necessary to mention here that, while the Norwegian claimants might have bona fide believed themselves to be entitled to privileged treatment under the Treaty between the Parties, it was agreed on June 30th 1921 between the Parties not to apply such Treaty in the present arbitration. The Tribunal has acted according to this agreement. The Norwegian claimants are entitled, however, to the perfect equality of treatment which is provided for them under the Constitution of the United States.

The Kingdom of Norway has contended that the present claimants were entitled at law and equity to the same treatment as the owners of seventy Dutch ships, lying in American ports, which the United States took for use only, on the basis of a voluntary agreement. The Tribunal cannot entirely agree with this opinion. These Dutch ships were not only completed, but were registered under the Dutch flag when they were requisitioned, while the claimants were only possessed of „ships under construction".

Although these contracts and their accessories etc. were Norwegian property, it can hardly be disputed that, provided that just compensation was duly assessed and paid as agreed without undue delay, the United States were entitled during the war to commandeer the yards and factories within American jurisdiction and to dispose of American labour, and steel etc., or that they had the right to expedite the construction of the ships for public use, even ift he exercise of such a right necessitated the taking of these fifteen contracts for use for the time of the special war emergency.

It must be admitted, in favour of the present claimants, that the American War legislation gave a large discretionary power to the Shipping Board and to the Emergency Fleet Corporation. and that some officials do not seem, as regards the claimants, to have always used their power in the true spirit of the American constitution, or of the Congressional Acts, or for instance of Presidential Orders of 1917 and 1918. As has already been stated, the national peril was not such as to free them from the obligation of making the necessary inventory and valuation of all the property taken for the purpose of determining and paying „just compensation". This was not a case of „requisition of neutral property" in the special meaning of that term in the laws and customs of war. While the taking or destroying of neutral property on the field of battle, or in invaded territory, without preliminary compensation or at least due process of law, is often excused on account of extreme emergency, an essential difference must be made here in favour of the claimants. The just compensation to which they are entitled includes not only the items which have been duly proved, but also those which could have been proved and estimated if the officials of the belligerent State had, in the interest of both parties, paid or offered payment, or at least required contradictory expert valuation and inventory, of the neutral property taken. The American authorities seem to have waited till 1919 to get the reports of their experts produced as evidence of just compensation,

Digitized by Google

although „liberal" compensation had been expressly promised by the Chairman, Mr. *Hurley*, to Dr. *Nansen* and others in 1917. In the case of Claim No. 6, Hull No. 2 (Columbia River S. B.) for instance, Mr. *Brill*, on May 12, 1919 admitted having been unable to find out exactly „the physical status", i. e. the degree of completion of the ship at the time of the taking.

The legal aspect of the case was clearly kown as early as June 1917, when, after preliminary negotiations between the parties, the United States Shipping Board delivered the following opinion to the Department of State: „the Board has held in several cases that ships under constructions for foreign account, under a contract, whereby the title to the vessel passes to the purchaser a payments are made, are not vessels owned by a citizen of the United States. It has also held that ships under construction for foreign account, under a contract that retains title, are likewise not vessels owned by a citizen of the United States".

Despite this, the United States officials who dealt with the claimants on or after the requisition, took up an ambiguous and contradictory legal position and this is the primary cause of the present arbitration.

It is necessary to dispose here of some of the points raised by the United States in their defence and which do not require any detailed opinion. The United States have objected to some of the assignments of the contracts, although they have abandoned, in the course of oral argument, their previous objections which were based upon certain provisions of the contracts taken, or upon the form, place or date of the assignment, some of which were made after the general requisition order of August 3rd, 1917, and, they claimed, could not justify an increase of the amounts claimed.

The Tribunal agrees with this contention of the United States. It is of opinion that these assignments at an increased price were contrary to the spirit of the Bryn-Polk Agreement. The assignors at least, and some assignees should have known and respected the arrangement. Besides, the Tribunal is of opinion, as have been the Norwegian Courts, that some of these purchases cannot be considered as based upon a careful investigation of the circumstances of the possible compensation, based upon a fair market value of the property.

Just compensation implies a complete restitution of the status quo ante, based, not upon future gains of the United States or orther powers, but upon the loss of profits of the Norwegian owners as compared with other owners of similar property.

The tribunal cannot agree, nevertheless, with the contention of the United States that no compensation should be given to the claimants over and above the sums offered by the United States, namely $ 2,679,220. The United States say that there can be no liability, and that therefore there should be no compensation, when the contract has been destroyed or rendered void, or delayed, in consequence of „force majeure" or „restraint of princes and rulers" and a fortiori when the contract has been a „purchase of chances", after the requisition.

This last contention was accepted by Norwegian Courts. These Norwegian judgments are not to be disregarded, as they support the Tribunal's opinion adverse to the view that the compensation should be based upon the mere reimbursement of expenses. Such judgments are conclusive evidence that some of the assignees were imprudent.

But, although „restraint of princes" may well be invoked in disputes between private citizens, it cannot be invoked by the United States against the kingdom of Norway in defence of the claim of Norway. International law and justice are based upon the principle of equality between States. No State can exercise towards the citizens of another civilised State the

Digitized by Google

„power of eminent domain" without respecting the property of such foreign citizens or without paying just compensation as determined by an impartial tribunal, if necessary.

This remark applies to the contracts with *Pusey* and *Jones* (claims 7 to 11) and to those with the New Jersey Shipbuilding Co. (claims 12 to 15).

The table set out at the commencement of this award shows that the claims made on August 11, 1922 amounted to a total of $ 13,223,185 and that in addition to this sum the Kingdom of Norway claimed interest for a period of more than five years at the rate of 7 per cent per annum, compounded semi-annually, from the dates of the progress payments made to the shipbuilders up to and including 1st September 1922. On this basis the total amount claimed by the Kingdom of Norway would have amounted, at the present date, to a sum exceeding $ 18,000,000.

While most of the claimants seem to have proved that they have really lost these sums, the re-imbursement of expenses, disproportionate to the value of their property, cannot form the basis of just compensation in the present arbitration.

In the present instance the liability of the Emergency Fleet Corporation is due to is disregard, not only of the public law, but also of the municipal private law, as it should have settled accounts and delivered the ships to their original owners at least after the end of June 1919.

The United States are responsible for having thus made a discriminating use of the power of eminent domain towards citizens of a friendly nation, and they are liable for the damaging action to their officials and agents towards these citizens of the kingdom of Norway.

The Tribunal is of opinion that the attitude of the United States in the present arbitration is excusable to a certain extent on account of the dubious nature of some of the acts of one of the shipbuilders and assignors, *Christoffer Hannevig,* and of one of his American agents; also on account of the fact that in some cases excessive claims have been made, based upon unjustified expenses of some of the present claimants or their assignors.

V. The amount of compensation.

It is common ground between the Parties that just compensation, as it is understood in the United States, should be liberally awarded, and that it should be based upon the net value of the property taken.

It has been somewhat difficult to fix the real market value of some of these shipbuilding contracts. The valuem ust be assessed ex aequo et bono. The Parties have obviously acted in a way which would not have been usual or even possible under ordinary circumstances, when peaceful shipping and shipbuilding were entirely free, and not hampered in their customary activities by the intervention of enemy or friendly Governments. The growing scarcity of ships in 1917, the risks and difficulties due to submarine warfare and to the extension of the field of hostilities, contributed to make speculative shipbuilding transactions possible even unavoidable.

Belligerents and neutrals alike were fearful for their existence. The hardships of neutrality were felt so deeply by the United States themselves that they declared war on Germany as the only means of defence against its „repeated acts of War against the Government and the people of the United States of America". All neutral Nations needed ships for their food, materials and other commodities. Some governments took measures to protect themselves against speculation in ships and other property; they imposed standard prices and requisitioned ships for use during the war, etc.

As a rule, abnormal circumstances, speculative prices, etc., cannot form the legal basis of compensation in condemnation awards. While fair com-

Digitized by Google

pensation cannot be artificially increased by such methods as were adopted by one of those interested in the case and which have been brought to the notice of this Tribunal, it would be equally unjust to attach much weight to artificial reduction of hire, chartering or purchase price of ships, as fixed under compulsion, requisition or other governmental action during the war.

For the reasons already stated in chapter IV, the Tribunal is not bound by section 3477 of the Revised Statutes of the United States, 1878 (quoted in U. S. Case Appendix page 51); nor by section 24 of the Judicial code of the United States 1911; nor by section 4 of the Naval Emergency Fund Act of 4th March 1917; nor by any other municipal law, in so far as these provisions restricted the right of the claimant to receive immediate and full compensation, with interest from the day on which the compensation should have been fully paid ex aequo et bono.

Just compensation should have been paid to the Claimants or arranged with them on the basis of the net value of the property taken:

1. On the 6th October, 1917, for use, during the war, (whenever such use was possible without destroying the property, according to the contract, state of completion of ship etc.) and

2. At the latest on the 1st July 1919, as damages for the unlawful retaining of the title and use of the ships after all emergency ceased;

Or on the 6th October, 1917, as full compensation for the destruction of the Norwegian property.

Liberal compensation should be allowed in each case, inasmuch as the United States „recognizes its liability to make just compensation for the value of the property taken on August 3rd 1917".

The amounts offered as compensation by the United States are shown in the table set out at the commencement of this award.

After careful comparative examination of the results of the two systems above described, the Tribunal is of opinion that the compensation hereinafter awarded is the fair market value of the claimants' property.

In assessing the net amount of compensation, the Tribunal has taken into consideration in each case all the circumstances pertainig to the net value of the property requisitioned or taken by the United States and especially the following: the date of each contract or sub-contract between shipbuilder and shipowner; the technical characteristics and qualities of each contract (type and dead weight tonnage of the ship; its speed etc.; the reputation, experience, technical and financial situation of the shipyard); the legal value of the contract, namely the liens, rights and interests in each original contract, etc.; the original contract (or sub-contract) price; the progress (and brokerage) payments made by each of the parties on the original contract price; the date of delivery promised in the contract; the date of delivery which was expected at or about the date of the general requisition order and about the date of the effective requisition of each contract as far as these can be ascertained; the various elements pertaining to the value and degree of completion of the tangible objects of completion, as: for instance, the percentage of materials ordered, and the percentage of materials on hand; the date at which the keel was laid, before or after the general requisition; and the date when the ship was launched; the contracts, settlements, etc. made by the United States and by Norwegian or other shipowners, or by third parties, whether governments or private persons, whether with shipowners or shipbuilders, for the construction or purchase or hire of ships; the statistics, reports and opinions of experts produced by the Parties; the Award of the United States Claims Committee on the present claims; the reports of the Ocean Advisory Committee on just compensation for certain American ships lost in the service of the government; etc.

Digitized by Google

On the other hand the Tribunal has taken into consideration all the facts, which are exclusively or principally due to the United States' action, (whether before or after the requisition of the shipyards and the effective requisition of the claimants' property) and which therefore may be considered as res inter alios acta, or us being without or of negligible influence upon the net value of property lost by the claimants.

VI. Interest on sums awarded.

The Tribunal is competent to allow interest as part of the compensation ex aequo et bono, if the circumstances are considered to justify it. So far as interest after the date of this award is concerned, the Parties decided in the Agreement of 30th June 1921, that „any amount granted by the award rendered shall bear interest at the rate of six per centum per annum from the date of the rendition of the decision until the date of payment".

As this is a case of expropriation, the Tribunal is of opinion that interest should be paid. The Parties have cited before the Tribunal the work of Nichols on „The Law of Eminent Domain" (Albany, N. Y., 1917), in which is expressed the following opinion: „The theory of the law is that, when land is taken by eminent domain, or when it is injured in such a way as to create a constitutional right to damages, payment for the land thus affected should be co-incident with the taking or injury, and, if for any reason payment is postponed, the right to interest from the time that payment ought to have been, until it is actually made, follows as a matter of strict constitutional right.... When the owner is not paid the compensation until after the taking or injury is complete.... it is well settled that he is entitled to interest, or at least to its equivalent in the form of damages for the detention of his money" (S. 216).

Similar opinions are expressed in section 742 of Lewis' „A Treatise on the Law of Eminent Domain" (Chicago 1909), which book was also cited before the Tribunal.

In coming to the conclusion that interest shoud be awarded, the Tribunal has taken into consideration the facts that the United States have had the use and profits of the claimants' property since the requisition of five years ago, and especially that the sums awarded as compensation to the claimants by the American Requisition Claim Committee have not been paid; finally that the United States have had the benefit of the progress payments made by Norwegians with reference to these ships. The Tribunal is of opinion that the claimants are entitled to special compensation in respect of interest and that some of the claimants are, in view of the circumstances of their cases, entitled to higher rates of interest than others. The claimants have asked for compound interest with half-yearly adjustments, but compound interest has not been granted in previous arbitration cases, and the Tribunal is of opinion that the claimants have not advanced sufficient reasons why an award of compound interest, in this case, should be made.

In view of all these circumstances, therefore, the Tribunal is of opinion that it is just to allow a lump sum to each claimant in respect of interest for a period of five years from 6th October 1917. Such lump sums have been included in the total amounts of compensation awarded in respect of each claim.

As the Tribunal is of the opinion that full compensation should have been paid, including loss of progress payments etc., at the latest on the day of the effective taking, and as the Tribunal has assessed the net value of the property and has decided to award damages as on that date, interest should, contrary to the claim of Norway, not run before that date as previous interest is included in the estimate of the net value.

Digitized by Google

VII. The claim of Page Brothers.

The Tribunal has been requested, by agreement between the Parties, to „examine any claim of Page Brothers, American citizens, against any Norwegian subject" and to „determine what portion of any sum that may be awarded to such claimant shall be paid to such American citizens in accordance with the principles of law and equity".

This claim arose out of a contract, dated 30th March, 1916, between the Seattle Construction and Dry Dock Company of Seattle, Washington, shipbuilders, and Aktieselskabet Rederiet Odfjell, purchasers, whereunder the former were to construct for the latter a 7,500 ton steamship, known as hull No. 92. This contract was, according to the Case of the United States, effected by cable through Page Brothers, as brokers. With Page Brothers other shipping and commission firms were associated. The contract was finally completed on 24th June, 1916, and provided for the payment by the purchasers of the brokerage charges of Page Brothers amounting to $ 38,000

From 21st April 1916 onwards, Page Brothers received from the purchasers certain instalments of the agreed brokerage, but in the autumn of 1917, Hull No. 92 was requisitioned by the Emergency Fleet Corporation of the United States. On 23rd August 1917 Page Brothers received the fourth instalment of this brokerage commission from the purchasers, making a total received of $ 15,200, but after that date no payments were made by the Fleet Corporation on the progress payments which it made to the shipbuilders in fulfilment of the requisitioned contract. Page Brothers have, therefore, claimed a further payment of $ 22,800 from the Yard II Steamship Company, who are the assignees of Aktieselskabet Rederiet Odfjell, the original purchasers.

The United States have based this claim upon the law of California. The Tribunal has been informed by the United States that it would seem necessary to do no more than cite Section 1559 of the California Civil Code which has never been repealed nor amended since its enactment in 1872. This section reads as follows: „When contract for benefit of third person may be enforced. A contract made expressly for the benefit of a third person may be enforced by him at any time before the parties thereto rescind it."

The Tribunal is, however, of opinion that the application of this Statute obviously depends upon the contract in question remaining alive between „the parties thereto". This contention is not fulfilled in this case. The contract upon which Page Brothers claim commission was not alive, so far as Aktieselskabet Rederiet Odfjell and their assignees were concerned, after the requisition of the autumn of 1917. The claim of Page Brothers is one for the fulfilment contractual obligations, but after the requisition there was no contractual relationship between Page Brothers and any Norwegian subject.

The Tribunal has carefully examined the facts and documents submitted in this claim and has come to the decision that the non-receipt of the balance of their commission by Page Brothers on the further progress payments made by the Fleet Corporation after it requisitioned the contract, was due solely to the action of the United States.

It is not within the jurisdiction of the Tribunal to decide the question whether Page Brothers have any claim against the United States or any of its citizens.

But the Tribunal is of opinion that, as the evidence now stands, Page Brothers have no claim against the Kingdom of Norway or against any Norwegian subject.

The legal position being thus stated, it must, however, be remembered, that if the Emergency Fleet Corporation had paid the balance of the commission to Page Brothers according to the contract, this amount of $ 22,800 would have been deducted from the fair market value of the contract, as

Digitized by Google

fixed in the award by this Tribunal, just as the remaining instalments to the shipbuilders, paid by the Emergency Fleet Corporation according to the contract, have been deducted. In these circumstances it appears to be equitable, although the Emergency Fleet Corporation has not yet paid Page Brothers, to give the United States the right to retain the sum of $ 22.800 out of the amount awarded in claim 4, in order that this sum can be paid by them to Page Brothers. This conclusion of the Tribunal is supported by the fact that in the view of the contract owner, who will now receive just compensation for the loss of his ship, the broker's commission was part of the contract price to be paid for the ship.

After the attitude taken up by the United States in this case with regard to the question here discussed, it is assumed that the amount thus to be retained by the United States will be paid by them to Page Brothers. The decision of the Tribunal is based on this condition.

VIII. For these reasons the Tribunal of Arbitration decides and awards that:

I. The United States of America shall pay to the Kingdom of Norway the following sums:

In claim No. 1 by the Skibsaktieselskapet „Manitowoc" the sum of	$ 485,000
In claim No. 2 by the Skibsaktieselskapet „Manitowoc" the sum of	„ 845,000
In claim No. 3 by the Dampskibsaktieselskapet „Baltimore" the sum of	„ 1,625,000
In claim No. 4 by the Dampskibsaktieselskapet „Vard II" the sum of	„ 2,065,000

Out of this amount of $ 2,065,000 the United States are entitled to retain a sum of $ 22,800 in order that this sum be paid to Page Brothers;

In claim No. 5 by the Aktieselskapet Sörlandske Lloyd the sum of	$ 2,045,000
In claim No. 6 by the Dampskibsaktieselskapet Östlandet the sum of	„ 2,890,000
In claim No. 7 by Jacob Prebensen jun. the sum of . . .	„ 160,000
In claim No. 8 by the Dampskibsaktieselskapet „Tromp" the sum of	„ 160,000
In claim No. 9 by the Aktieselskapet „Maritim" the sum of	„ 175.000
In claim No. 10 by the Aktieselskapet „Hang" the sum of	„ 175.000
In claim No. 11 by the Aktieselskapet „Mercator" the sum of	„ 190,000
In claim No. 12 by the Aktieselskapet Sörlandske Lloyd the sum of	„ 205,000
In claim No. 13 by H. Kjerschow the sum of	„ 205,000
In claim No. 14 by Harry Borthen the sum of	„ 205,000
In claym No. 15 by E. & N. Evensen the sum of	„ 205,000

II. The claim made by the United States of America on behalf of Page Brothers is disallowed as against the Kingdom of Norway, but a sum of $ 22,800 may be retained by the United States as stated under claim No. 4 above.

Digitized by Google

Done at The Hague, in the Permanent Court of Arbitration, October 13th, 1922.*) **)

The President: *James Vallotton.*
The Secretary-General: *Michiels van Verduynen.*

---

*) Folgendes „Annex" wurde dem Protokoll beigefügt:

„At the special request of the Agent of the United States, formulated after the close of the session, the Agent of Norway, duly consulted, having declared not to have any objection, the following annex has been added to the Protocols of the United States-Norway Arbitration Tribunal:

Immediately after the close of the final meeting, the Honorable *William C. Dennis,* Agent of the United States, made the following declaration:

I have of course had no opportunity to consult with my Government in regard to the Award which has been pronounced, but I deem it my duty on behalf of the United States to reserve all the rights of the United States arising out of the plain and manifest departure of the award from the terms of submission and from the „essential error", to use the language of the authorities, be which it is invalidated. I am in receipt of the following communication:

Sir:

In making the Award, signed today, Friday, October 13, by Mr. *James Vallotton* and the Secretary-General of the Permanent Court of Arbitration, Mr. *Vallotton* and Mr. *Vogt*, in my opinion, have disregarded the terms of submission and exceeded the authority conferred upon the United States-Norway Arbitration Tribunal by the special agreement of June 30, 1921, which imposes definite limits upon its jurisdiction.

I have therefore refused to be present when the Award is announced.

I send you this notice in order that your Government may be informed of the reasons for my absence, and that they may be made a matter of record.

I have addressed a similar communication to the Agent of Norway and to the Secretary-General of the Permanent Court of Arbitration.

With great respect I am,

sincerely yours
(signed) *Chandler P. Anderson.*

The Honorable *William C. Dennis,*
Agent of the United States,
United States-Norway Arbitration."

**) Der Präsident sprach nach der Verkündung folgendes:

„Mr. *Dennis,* I have the greatest respect for the way in which you have acted in this whole case, and I can say the same thing of the other Agent. You have done your duty to your Government, and with all respect to the two Governments, I regret to say that I do not think that the way in which this declaration is presented on behalf of one of the members of the Tribunal is in conformity with the general convention of The Hague nor with the special agreement governing the case. We have heard nothing of this protest until this moment, and I do not think that the dissenting vote of an Arbitrator should be presented by the Agent of one of the Parties. I am very sorry to have to state this very clearly. It is with all due respect to your Government and to you, and I again declare that the session has been closed."

Digitized by Google

Dokumente.

I.
Das Tanger-Statut 18. 12. 1923*) **).

A.

Convention relative à l'organisation du statut de la zone de Tanger.

Le Président de la République française, Sa Majesté le roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des territoires britanniques au delà des mers, empereur des Indes, Sa Majesté le roi d'Espagne, désireux d'assurer à la ville de Tanger et à sa banlieue le régime prévu par les traités en vigueur, ont nommé à cet effet pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Le Président de la République française:

M. *Maurice-Paul-Jean Delarüe Caron de Beaumarchais,* ministre plénipotentiaire, sous-directeur au ministère des affaires étrangères.

Sa Majesté le roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des territoires britanniques au delà des mers, empereur des Indes:

M. *Malcolm Arnold Robertson,* ministre plénipotentiaire, agent et consul général de Sa Majesté britannique à Tanger,

Et M. *Gerald Hyde Villiers,* conseiller d'ambassade, chef de section au Foreign Office.

Sa Majesté le roi d'Espagne:

M. *Mauricio Lopez Roberts y Terry,* marquis de La Torrehermosa, chambellan de Sa Majesté le roi d'Espagne, ministre plénipotentiaire,

---

*) Abgedruckt: Journal officiel de la République Française 1924, 20. Mai 1924, p. 4789 ff.

**) Die in London 29. Juni 1923 zur Beratung über das künftige Tangerstatut eröffnete Konferenz englischer, französischer und spanischer Vertreter hatte Ende September ihren Abschluß in einem Entwurf gefunden, der als Grundlage für die Arbeiten der Bevollmächtigten der drei beteiligten Regierungen dienen sollte. Die Delegierten traten auf Einladung Frankreichs zu einer Konferenz 22. Okt. 1923 in Paris zusammen.

Am 27. Okt. 1923 begann die Konferenz ihre Arbeiten. Die amerikanische Regierung hatte sich mit einer Note an die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Spaniens gewandt, in der sie sich für die Politik der offenen Tür in Tanger aussprach. Italien hatte die Londoner, Pariser und Madrider Regierung wissen lassen, daß es sich jede Freiheit gegenüber den Entscheidungen vorbehalte, welche die Interessen Italiens berührten.

Am 12. Dez. 1923 wurde von den Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und Spaniens ein Abkommen über den Hafen von Tanger angenommen, am 18. Dez. 1923 wurde das „Tangerstatut" unterzeichnet. Der Wunsch des spanischen Direktoriums nach einigen Aufklärungen und Modifikationen dieses Abkommens machte Besprechungen nötig, die durch einen französisch-spanischen Notenwechsel vom 7. Februar 1924 abgeschlossen wurden. Am 7. Februar 1924 erfolgte in Paris die endgültige Unterzeichnung des Statuts durch die spanischen Bevollmächtigten. Die italienische Regierung teilte den Signatarmächten des Tangervertrages in einer offiziellen Note mit, daß sie den Vertrag nicht anerkenne.

Das Abkommen bleibt der Unterzeichnung durch die Signatarstaaten der Algecirasakte vom 7. April 1906 offen. Herausgeber.

Digitized by Google

chef de la section coloniale du ministère d'Etat, son plénipotentiaire à la conférence relative à l'organisation du statut de Tanger,
Et M. *Manuel Aguirre de Carcer*, ministre résident de Sa Majesté le roi d'Espagne, chef de la section du Maroc au ministère d'Etat, son plénipotentiaire adjoint à cette conférence.

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs respectifs, trouvés en bonne et due forme, ont arrêté et signé les articles suivants:

Art. 1er. Conformément aux dispositions de l'article 1er du traité de protectorat du 30 mars 1912 et de article 7 de la convention franco-espagnole, relative au Maroc, du 27 novembre 1912, les trois gouvernements contractants conviennent que, dans la région définie à l'article 2 ci-après et qualifiée de zone de Tanger, il appartient aux autorités et organismes désignés d'autre part et par délégation de Sa Majesté chérifienne d'assurer l'ordre public et l'administration générale de la zone.

Art. 2. La zone de Tanger est comprise dans les limites fixées par le paragraphe 2 de l'article 7 de la convention franco-espagnole du 27 novembre 1912.

Art. 3. La zone de Tanger est placée sous le régime de la neutralité permanente. En conséquence, aucun acte d'hostilité sur terre, sur mer ou par air ne pourra être accompli par ou contre la zone, ni dans ses limites.

Aucun établissement militaire terrestre, naval ou aéronautique, aucune base d'opérations, aucune installation susceptible d'être utilisés dans un but de guerre ne pourront être ni créés ni maintenus dans la zone.

Sont interdits tous dépôts de munitions et de matériel de guerre.

Sont toutefois autorisés ceux qui seront constitués par l'administration de la zone pour les besoins de la défense locale contre les incursions de tribus ennemies. D'autre part, l'administration pourra, dans la même limite, prendre toutes mesures autres qu'un groupement de forces aériennes et même élever des ouvrages et fortifications peu importants de défense sur le front de terre.

Les approvisionnements militaires et les fortifications ainsi autorisés sont soumis à l'inspection des officiers mentionnés au dernier paragraphe du présent article.

Les aérodromes civils établis dans la zone de Tanger sont également soumis à l'inspection des mêmes officiers.

Aucun approvisionnement aéronautique ne dépassera les quantités nécessaires à l'aviation civile et commerciale.

Toute l'aviation civile ou commerciale à destination, en provenance ou à l'intérieur de la zone de Tanger sera assujettie aux lois et dispositions de la convention portant réglementation de la navigation aérienne.

Toutefois, les convois de ravitaillement et les troupes à destination ou en provenance des zones française et espagnole pourront après avis préalable à l'administrateur de la zone de Tanger, utiliser le port de Tanger et les voies de communication reliant ce port à leur zone respective pour le passage à l'entrée et à la sortie.

Les gouvernements français et espagnol s'engagent à n'user de cette faculté qu'en cas de nécessité réelle et pendant le délai strictement nécessaire à la mise et route et aux opérations du transbordement. En aucun cas le délai ne devra dépasser quarante-huit heures pour une troupe armée.

Aucune taxe ni aucun droit spéciaux de transit ne peuvent être perçus pour ce passage.

L'autorisation de l'administration de Tanger n'est pas nécessaire pour les visites de vaisseaux de guerre, mais avis préalable de ces visites doit néanmoins être donné à l'administration, si les circonstances le permettent.

Digitized by Google

Les gouvernements contractants ont la faculté d'affecter à leurs consulats à Tanger un officier chargé de les renseigner sur l'observation des engagements d'ordre militaire qui précèdent.

Art. 4. La surveillance de la contrebande des armes et des munitions de guerre dans les eaux territoriales de la zone de Tanger est exercée conjointement par les forces navales britanniques, espagnoles et françaises.

Les délinquants seront déférés au tribunal mixte de Tanger.

Art. 5. La zone de Tanger dispose, par délégation de Sa Majesté chérifienne et sous réserve des exceptions prévues, des pouvoirs législatifs et administratifs les plus étendus. Cette délégation est permanente et générale, sauf en matière diplomatique où il n'est pas dérogé aux dispositions de l'article 5 du traité de protectorat du 30 mars 1912.

Toutefois, les autorités qualifiées de la zone peuvent traiter avec les consuls les questions intéressant la zone dans les limites de son autonomie.

Art. 6. A l'étranger, la protection des sujets marocains de la zone de Tanger et de leurs intérêts est confiée aux agents diplomatiques et consulaires de la République française, conformément aux dispositions de l'article 5 du traité de protectorat du 30 mars 1912.

Art. 7. La zone de Tanger respecte les traités en vigueur.

L'égalité économique entre les nations, telle qu'elle résulte de ces traités, continuera à être observée à Tanger, même si lesdits traités venaient à être abrogés ou modifiés.

Art. 8. Les accords internationaux conclus à l'avenir par Sa majesté chérifienne ne s'étendront à la zone de Tanger qu'avec l'assentiment de l'assemblée législative internationale de la zone.

Par exception, s'étendent de plein droit à la zone les accords internationaux auxquels toutes les puissances signataires de l'acte d'Algésiras sont parties contractantes ou auront adhéré.

Les dispositions des articles 141 et suivants du traité de Versailles continuent à s'appliquer à la zone de Tanger. Les dahirs chérifiens pris en conséquence de ces textes ne peuvent être modifiés qu'après accord avec le pouvoir central chérifien.

Art. 9. Par application des dispositions des articles 141 et suivants du traité de Versailles, des articles 96 et suivants du traité de Saint-Germain-en-Laye, des articles 80 et suivants du traité de Trianon, les dispositions du présent statut ne pourront en aucun cas être invoquées par les ressortissants allemands, autrichiens et hongrois.

Art. 10. Il est interdit de se livrer dans la zone de Tanger à aucune agitation, propaganda ou préparation d'entreprise contre l'ordre établi dans les zones française et espagnole du Maroc.

Il est de même interdit de se livrer à aucun agissement analogue contre tout pays étranger.

Art. 11. Sous réserve du respect de l'ordre public, le libre exercice des différents cultes est assuré dans la zone de Tanger.

Art. 12. Les puissances signataires de l'acte d'Algésiras ont le droit de maintenir dans la zone de Tanger les écoles et tous les établissements qui leur appartiennent ou qui appartiennent à leurs ressortissants à la date de la mise en vigueur de la présente convention.

Les établissements qui viendraient à être créés devront se conformer aux règlements qui seront promulgués. Les principes généraux de ces règlements devront s'inspirer des dispositions en usage dans les zones française et espagnole de l'empire chérifien.

Art. 13. Par l'effet de l'établissement à Tanger du tribunal mixte prévu à l'article 48, les capitulations sont abrogées dans la zone. Cette abrogation entraîne la suppression du régime de la protection.

Digitized by Google

Les sujets marocains, dont les droits à la protection auront été préalablement reconnus, sont personnellement et leur vice durant justiciables du tribunal mixte de Tanger.

Les listes de protection actuelles seront revisées dans un délai qui ne dépassera pas six mois, à dater de la mise en vigueur de la présente convention, d'un commun accord entre le représentant du gouvernement chérifien et le consulat intéressé.

Les dispositions de la convention de Madrid du 3 juillet 1880 demeurent en vigueur en ce qui concerne la naturalisation. La liste des sujets marocains naturalisés à Tanger sera revisée de la même manière et dans le même délai.

Art. 14. A défaut de l'institution d'un office postal, télégraphique et téléphonique interurbain propre à la zone de Tanger, institution qui ne pourra être provoquée qu'avec l'approbation unanime du comité de contrôle, les puissances signataires de l'acte d'Algésiras pourront conserver, à Tanger, les bureaux postaux et les stations de câbles qu'elles y possèdent à la date de la mise en vigueur de la présente convention.

En cas de création d'un office postal, télégraphique et téléphonique interurbain propre à la zone de Tanger, l'office chérifien des postes et des télégraphes transférera à cet office les droits exclusifs qu'il détient en matière de télégraphe et de téléphone interurbain en vertu des accords intervenus entre le gouvernement chérifien et la société concessionnaire des télégraphes et des téléphones interurbains.

Il ne sera pas porté atteinte aux droits des Etats ou compagnies qui possèdent actuellement des câbles télégraphiques atterrissant à Tanger.

L'établissement de nouveaux câbles devra être concerté avec l'administration de la zone.

Art. 15. D'accord entre un représentant du gouvernement chérifien et le consulat intéressé et dans un délai qui ne dépassera pas six mois à compter de la mise en vigueur de la présente convention, la revision des détentions des biens habous et domaniaux, prévue à l'article 63 de l'acte d'Algésiras, sera effectuée dans la zone de Tanger.

A défaut d'entente, le représentant du Maghzen et le consul intéressé s'en remettront à l'arbitrage d'un membre du tribunal mixte choisi par les parties ou désigné par le sort.

Art. 16. L'Etat chérifien remet son domaine public et privé, y compris ses droits sur les terrains „guich", à la zone de Tanger qui l'administre, en perçoit les revenus à son profit et en assure la conservation sans pouvoir en aliéner aucune partie.

Cette remise prend fin à l'expiration de la présente convention et le domaine remis à la zone fait retour à l'Etat chérifien.

Art. 17. Le domaine public comprend:

a) Domaine maritime: la mer et ses rivages avec un franco-bord de six mètres, déjà grevé de la concession consentie à la compagnie concessionnaire du port que la zone de Tanger devra respecter. Les revenus de la pêche, y compris les redevances prévues en faveur de l'Etat dans les concessions de pêche déjà accordées par le gouvernement chérifien, reviendront, ainsi que les obligations dérivant de ces concessions, à la zone de Tanger.

b) Domaine terrestre:

La route de Tanger à Tétouan;

La route de Tanger à Larache et à Rabat;

La route du cap Spartel;

La route de la gare au port et en bordure du port;

Les voies publiques urbaines;

Digitized by Google

Les égouts et adductions d'eau et leurs dépendances, étant réservés les droits de tout concessionnaire des eaux.

La zone doit:

1° Entretenir en priorité sur les fonds provenant des ressources de la taxe spéciale les routes de Tanger à Tétouan et de Tanger à Larache et à Rabat dans la zone de Tanger;

2° Laisser à la disposition gratuite de la compagnie du chemin de fer franco-espagnol de Tanger à Fez les terrains du domaine qui seront nécessaires à ses installations.

c) Domaine fluvial:

Les cours d'eau.

Tous les droits antérieurs et tous les droits d'usage au profit des tiers sont réservés.

d) Domaine minier:

Les redevances minières dans la zone de Tanger et les perceptions sur la sortie des minerais extraits dans ladite zone reviennent à l'administration de la zone.

e) Domaine forestier.

Art. 18. Le domaine privé comprend tous les immeubles bâtis et non bâtis inscrits sur les registres des biens maghzen et non visés à l'article 17, ainsi que les abattoirs.

Sous réserve des dispositions de l'article 15 ci-dessus, les locations ou détentions de biens maghzen par des particuliers, de même que tous les droits de gza, ou autres, établis sur lesdits immeubles, sont respectés. Il en est de même des affectations d'intérêt public dont ces biens sont grevés.

Toutefois, l'Etat chérifien entend se réserver pour les services publics qu'il conservera à Tanger les immeubles suivants:

L'ancienne légation d'Allemagne et ses dépendances; le palais du sultan; la kasbah et ses dépendances; le bordj des Mokhaznis sur les remparts; le terrain et le bordj de la montée du Marshan, actuellement occupés par la compagnie chérifienne.

Toute location nouvelle en dehors de celles qui existent ne pourra dépasser le terme de la présente convention.

Art. 19. En vue de réserver à chaque zone le produit des redevances minières qui doivent lui revenir, les redevances proportionnelles d'extraction appartiennent à la zone où la mine est située, alors même qu'elles seraient recouvrées à la sorti par un bureau de douane d'une autre zone.

Art. 20. La douane de Tanger ne perçoit que les droits et taxes afférents aux marchandises destinées à la consommation exclusive de la zone.

Les marchandises débarquées à Tanger et destinées à être utilisées ou livrées à la consommation dans les zones française et espagnole bénéficient des régimes ordinaires du transit, de l'entrepôt ou de l'admission temporaire, les droits de douane y afférents devant être perçus aux bureaux de douane de la zone de consommation.

Le régime du transit s'inspirera des conclusions de la conférence de Barcelona de 1921.

Les marchandises d'importation transitant par les zones française et espagnole acquittent, de leur côté, les droits de douane à l'importation à Tanger.

Les droits d'exportation ne portent que sur les marchandises originaires de la zone.

Art. 21. La zone de Tanger participe pour sa part au service des emprunts de 1904 et de 1910.

Digitized by Google

Cette participation est proportionnelle au montant des recettes douanières encaissées par la zone par rapport aux recettes totales encaissées dans les ports des trois zones du Maroc pendant l'année précédente.

Le montant en est annuellement fixé sur les chiffres des recettes douanières après entente avec les autorités des deux autres zones.

Pour la première année, cette participation ne sera définitivement établie qu'en fin d'exercice et les prélèvements de la douane s'exerceront jusqu'à concurrence d'un forfait de 500,000 fr. et donneront lieu, ultérieurement, à répétition ou restitution.

Art. 22. L'autonomie de la zone de Tanger ne pouvant porter atteinte aux droits et privilèges concédés, conformément à l'acte d'Algésiras, à la banque d'Etat du Maroc pour tout le territoire de l'empire, la banque d'Etat continue de jouir dans la zone de tous les droits qu'elle tient de son acte de concession et du règlement du 9 novembre 1906 sur ses rapports avec le gouvernement chérifien.

La banque d'Etat remplit d'autre part à l'égard de l'administration de la zone toutes les obligations qui lui incombent en vertu des actes précités.

Elle désigne un représentant chargé d'assurer ses relations avec l'administration de la zone.

Au cas où le statut judiciaire de la banque d'Etat viendrait à être modifié dans les zones française et espagnole, le tribunal mixte de Tanger aura, à l'égard de la banque d'Etat, la même compétence que les juridictions françaises et espagnoles de ces zones.

Art. 23. Le franc marocain a cours légal et valeur libératoire dans la zone de Tanger.

Le budget de la zone, tous tarifs et opérations comptables qui s'y rattachent sont établis en francs marocains.

Conformément à l'article 37 de l'acte d'Algésiras, la monnaie espagnole continue à être admise dans la circulation avec valeur libératoire.

Le taux d'échange entre les deux monnaies, notamment pour leur admission dans les caisses publiques, sera déterminé chaque jour par la banque d'Etat du Maroc, après contrôle et visa du directeur des finances; qui aura mission de veiller à l'exactitude du taux fixé. Ce taux devra correspondre au change moyen entre les prix d'achat et de vente pratiqués sur la place le jour de l'opération.

Les déclarations de valeurs imposables pourront toujours être souscrites dans les deux monnaies. Les percepteurs et collecteurs seront tenus d'afficher dans leurs locaux les tarifs exprimés dans les deux monnaies.

Art. 24. L'autonomie administrative de la zone ne pouvant porter atteinte aux droits, prérogatives et privilèges concédés, conformément à l'acte d'Algésiras, à la société internationale de régie cointéressée des tabacs au Maroc, ladite société continue de jouir dans la zone de tous les droits qu'elle tient des actes qui la régissent. L'autonomie de la zone de Tanger ne pourra pas faire obstacle à son action et les autorités lui faciliteront le libre et complet exercice de ses droits.

Les tabacs importés à Tanger et qui y seront admis sous le régime de la suspension des droits de douane, conformément à l'article 20 ci-dessus, n'y acquitteront ni droit de porte ni taxe indirecte locale.

Le droit de 2½ p. 100, dont sont passibles les tabacs importés par Tanger, est intégralement acquis à la zone.

Le tarif des prix de vente des tabacs en zone de Tanger est celui de la zone française. Il ne peut être modifié que par un accord de l'assemblée législative avec la régie.

Pour le partage de la redevance fixe annuelle et des bénéfices (art. 20 à 23 du cahier des charges), on applique un pourcentage déterminé par la

Digitized by Google

consommation effective de la zone dans l'année précédente par rapport à la consommation totale de l'empire.

Le même pourcentage s'appliquerait à la charge de la zone de Tanger en cas de rachat anticipé de la société.

Art. 25. L'autonomie de la zone ne pouvant porter atteinte aux droits de souveraineté de Sa Majesté le sultan, ni à son prestige et à ses prérogatives de chef de la communauté musulmane de l'empire et de chef de la famille chérifienne en résidence à Tanger, l'administration de la population indigène et des intérêts musulmans dans la zone ainsi que l'exercice du pouvoir judiciaire continuent à être assurés, en respectant les formes traditionnelles, par un personnel marocain nommé directement par le sultan et contrôlé par ses agents.

Art. 26. Sous réserve du maintien de l'ordre public, le respect et le libre exercice de la religion des indigènes et de ses pratiques traditionnelles, l'observation des fêtes religieuses musulmanes et israélites traditionnelles et de leur cérémonial sont garantis dans la zone.

Art. 27. Les trois puissances contractantes s'engagent à faire élaborer dans le plus bref délai possible le statut administratif et juridique de la communauté israélite marocaine de Tanger.

Art. 28. Les sujets marocains, musulmans et israélites jouissent en matière d'impôts et de taxes de toute nature d'une complète égalité par rapport aux ressortissants des puissances.

Ils doivent acquitter exactement ces taxes est impôts.

Ils bénéficient dans les mêmes conditions que les ressortissants étrangers des œuvres d'assistance, d'hospitalisation et d'enseignement que la zone viendrait à créer ou à subventionner.

Art. 29. Sa Majesté chérifienne désigne pour la représenter à Tanger un mendoub qui promulgue les textes législatifs votés par l'assemblée internationale avec le visa, pour contreseing, du président du comité du contrôle. Le mendoub administre directement la population indigène. Il remplit les fonctions de pacha et exerce les attributions d'ordre administratif et judiciaire normalement dévolues à cette charge dans l'empire. Il a le droit d'expulsion à l'égard des sujets marocains. Il exerce le même droit à l'encontre des justiciables du tribunal mixte, après avis conforme de l'assemblée générale des membres titulaires du tribunal.

Lorsqu'il s'agit d'un individu appartenant à une nationalité non représentée dans le tribunal, son consul a le droit de prendre part à la délibération.

L'expulsion est de droit lorsqu'elle est demandée par le consul de l'intéressé.

Le mendoub vise dans les considérants de l'arrêté d'expulsion l'avis du tribunal.

Il a le devoir de faire observer et exécuter par ses administrés les clauses générales du statut de la zone et notamment d'assurer, par les moyens administratifs et judiciaires à sa disposition, l'exacte rentrée des impôts et taxes dus par la population indigène.

Le mendoub préside l'assemblée législative internationale et peut intervenir dans ses délibérations, mais sans prendre part au vote.

Art. 30. Le comité de contrôle se compose des consuls de carrière des puissances signataires de l'acte d'Algésiras ou de leurs intérimaires de carrière.

Les fonctions de président du comité de contrôle sont assumées à tour de rôle par chacun des consuls de ces puissances. Ces fonctions durent un an. Elles consistent à provoquer les réunions du comité, à lui transmettre

Digitized by Google

toutes les communications qui lui sont adressées et à suivre les affaires de sa compétence.

Le consul appelé le premier à remplir les fonctions de président est désigné par le sort. Le tour des consuls en ce qui concerne la présidence est ensuite réglé dans l'ordre alphabétique des puissances représentées au comité. Si le consul désigné pour la présidence ne pouvait, pour une raison quelconque, en accepter ou remplir les fonctions, elles seraient exercées par le consul de la puissance qui suit immédiatement dans l'ordre alphabétique. Il en est de même en cas de suppléance du président pour absence, maladie ou tout autre empêchement.

Chaque membre du comité de contrôle ne dispose que d'une voix.

Le comité de contrôle a pour mission de veiller à l'observation du régime de l'égalité économique et des dispositions insérées dans le statut de Tanger.

Le président, soit de sa propre initiative, soit à la demande d'un des membres, convoque le comité de contrôle et lui soumet les questions qui relèvent de sa compétence.

Art. 31. Le comité de contrôle reçoit, par les soins de l'administrateur, dans un délai maximum de huit jours, les textes législatifs ou règlements votés par l'assemblée.

Dans un délai de quinze jours à compter de cette notification, le comité de contrôle a le droit d'opposer son veto à la promulgation du texte.

Dans ce cas, ses décisions sont prises à la majorité. Elles doivent invoquer dans leurs motifs la non-observation des clauses et principes du statut de Tanger.

Sauf stipulation contraire, les votes du comité de contrôle sont acquis à la majorité des voix.

En cas d'égalité, une seconde délibération doit avoir lieu dans un délai maximum de huit jours.

Si, au cours de la seconde délibération, aucune majorité n'est acquise, la voix du président est prépondérante.

La décision du comité est notifiée au mendoub par le président.

Art. 32. Les pouvoirs législatifs et réglementaires appartiennent à une assemblée législative internationale présidée par le mendoub et composée des représentants des communautés étrangères et indigènes.

Toutefois, les codes visés à l'article 48 ci-dessous ne peuvent être ni abrogés, ni modifiés qu'après accord entre les zones française et espagnole de l'empire chérifien et le comité de contrôle statuant à l'unanimité.

Les textes réglementaires et fiscaux dont la liste fait l'objet de l'article suivant ne peuvent être ni abrogés ni modifiés pendant une première période de deux ans. A l'expiration de cette période, ils pourront être abrogés ou modifiés avec l'assentiment du comité de contrôle votant à une majorité des trois quarts des voix.

Les codes, ainsi que les textes réglementaires et fiscaux ci-dessus, seront rédigés par des commissions de techniciens britanniques, espagnols et français dont les travaux devront être terminés dans un délai de trois mois à dater de la signature de la présente convention.

Art. 33. Les textes réglementaires et fiscaux prévus au paragraphe 3 de l'article précédent sont les suivants:

Dahir sur le régime des associations;

Dahir réglementant l'ouverture et l'exploitation des débits de boissons;

Dahir réglementant l'exercice des professions de médicin, pharmacien, dentiste, vétérinaire et sage-femme;

Dahir réglementant l'ouverture et l'exploitation des établissements insalubres, incommodes et dangereux;

Digitized by Google

Dahir sur la protection des monuments historiques et des sites;
Dahir sur les alignements, plans d'aménagement et d'extension, servitudes et taxes de voirie;
Dahir fixant le regimé de l'expropriation et de l'occupation temporaire pour cause d'utilité publique;
Cahier des clauses et conditions générales imposées aux entrepreneurs de travaux publics;
Dahir déterminant les conditions de l'occupation temporaire des parcelles du domaine public;
Dahir établissant une procédure de délimitation des biens du domaine privé de l'Etat;
Dahir sur l'exploitation des carrières;
Dahir mettant au point le régime minier de 1914;
Règlement de comptabilité publique;
Dahir fixant la taxe et déterminant le régime des alcools;
Dahir réglementant les taxes de consommation sur les sucres, les principales denrées coloniales et leurs succédanés (thé, café, cacao, vanille, etc.), les bougies, les bières;
Dahir sur l'enregistrement (droits de mutation) et le timbre;
Dahir précisant les conditions de la transmission de la propriété foncière selon le droit commun (chrâa).

Art. 34. En considération du nombre des ressortissants, des chiffres du commerce général, des intérêts immobiliers et de l'importance du trafic à Tanger des différentes puissances signataires de l'acte d'Algésiras, l'assemblée législative internationale comprend:

4 membres français;
4 membres espagnols;
3 membres britanniques;
2 membres italiens;
1 membre américain;
1 membre belge;
1 membre hollandais;
1 membre portugais;

désignés par leurs consulats respectifs et en outre:

6 sujets musulmans du sultan désignés par le mendoub et
3 sujets israélites du sultan désignés par le mendoub et pris sur une liste de neuf noms présentée par la communauté israélite.

L'assemblée nomme, parmi ses membres, trois vice-présidents, un citoyen français, un sujet britannique et un sujet espagnol, chargés d'assister le mendoub dans la présidence de l'assemblée et de le suppléer en cas d'absence ou d'empêchement.

Art. 35. Un administrateur exécute les décisions de l'assemblée et dirige l'administration internationale de la zone.

L'administrateur a sous ses ordres deux administrateurs adjoints et deux ingénieurs.

Un des administrateurs adjoints est plus spécialement chargé, avec le titre de directeur, des services d'hygiène et d'assistance; l'autre administrateur adjoint est plus spécialement chargé, avec le titre de directeur, des services financiers.

Pour une première période de six ans, l'administrateur est de nationalité française; l'administrateur adjoint, chargé des services d'hygiène et d'assistance, est de nationalité espagnole; l'administrateur adjoint, chargé des services financiers, est de nationalité britannique. L'administrateur, les deux administrateurs adjoints et les deux ingénieurs sont nommés par Sa

Digitized by Google

Majesté chérifienne, sur la demande du comité de contrôle, à qui ils sont présentés par leurs consulats respectifs.

Après cette première période de six ans, l'assemblée nomme l'administrateur et les administrateurs adjoints parmi les ressortissants des puissances signataires de l'acte d'Algésiras. Toutefois, les trois pestes ne pourront être confiés qu'à des ressortissants de nationalité différente.

En raison des intérêts particuliers de la France et de l'Espagne dans les travaux publics, dans les entreprises et dans les concessions de travaux publics de la zone de Tanger, l'ingénieur des travaux publics d'Etat est de nationalité française; l'ingenieur chargé des travaux municipaux est de nationalité espagnole. Les deux ingénieurs sont présentés au comité de contrôle par leurs consulats respectifs.

Le comité de contrôle pourra, le cas échéant, à la majorité des trois quarts des voix, soumettre une demande motivée de remplacement de l'administrateur à Sa Majesté chérifienne, qui nommera un candidat de même nationalité.

Si la collaboration d'un des administrateurs adjoints ou d'un des deux ingénieurs ne donne pas satisfaction à l'administrateur, celui-ci soumet une demande motivée de remplacement au comité du contrôle qui présentera à Sa Majesté chérifienne un candidat de la même nationalité.

Art. 36. Les traitements des fonctionnaires sont fixés par l'assemblée.

Toutefois, pour une première période de six ans, les traitements annuels de l'administrateur, des administrateurs adjoints et des ingénieurs sont fixés comme suit:

Administrateur: 50,000 fr. marocains;
Administrateurs adjoints: 40,000 fr. marocains;
Ingénieurs: 38,000 fr. marocains.

L'administration pourvoit, en outre, au logement de ces fonctionnaires.

Au cours de la première période de six ans, visée ci-dessus, ces traitements peuvent, à titre exceptionnel, être modifiés sur la demande de l'assemblée, par une décision motivée du comité de contrôle statuant aux trois quarts des voix.

Art. 37. Le recrutement des fonctionnaires de l'administration internationale autres que ceux prévus à l'article 36 ci-dessus, est effectué par une commission présidée par l'administrateur et composée des trois vice-présidents de l'assemblée et du chef du service intéressé.

Les candidats agréés sont nommés par l'administrateur, après approbation de l'assemblée.

Art. 38. Le produit de la taxe spéciale revenant à la zone de Tanger est versé à la banque d'Etat, pour le compte de la zone.

Cette recette est affectée par priorité:

Aux travaux et à l'entretien dans la zone de Tanger des routes de Tanger à Tétouan et de Tanger à Larache et à Rabat;

Aux travaux d'amélioration et d'entretien de l'éclairage maritime et du balisage autres que les feux du port et le balisage du port.

Le surplus des disponibilités sera affecté, conformément à l'article 66 de l'acte d'Algésiras, aux dépenses et à l'exécution de travaux publics intéressant le développement de la navigation et du commerce en général.

Art. 39. L'administration du contrôle de la dette conserve les droits, privilèges et obligations qu'elle tient de la convention du 21 mars 1910.

Cette administration demandera au gouvernement chérifien de désigner le chef du service de la douane de Tanger qui relèvera de l'administration des douanes marocaines.

Digitized by Google

Le service des douanes et régies de Tanger perçoit et encaisse les droits de douane sur les marchandises importées pour la consommation de la zone et sur les marchandises exportées de ladite zone.

Il perçoit et encaisse également les redevances et bénéfices du monopole des tabacs et le droit de 2½ p. 100 établi par l'acte d'Algésiras au titre de la taxe spéciale des travaux publics.

Il perçoit et encaisse en outre le produit des diverses taxes de consommation.

Il ne perçoit pas les autres impôts et produits, notamment la taxe urbaine, le tertib, les droits aux portes, les revenus du domaine et les produits du mostafadat.

Le service des douanes et régies prélève d'office sur les sommes qu'il encaisse, et après remboursement de ses frais de régie, le montant des diverses dépenses obligatoires de la zone de Tanger qu'il remet à l'échéance aux créanciers auxquels elles reviennent:

1° A la délégation des porteurs de titres des emprunts de 1904 et de 1910: la part de Tanger dans le service desdits emprunts;

2° A l'état chérifien: les droits de douane payés par le monopole des tabacs et ne correspondant pas à la consommation tangéroise;

3° A la compagnie du Tanger-Fez: la part de Tanger dans la garantie de ses emprunts;

4° A la compagnie du port de Tanger: les annuités du service de ses emprunts.

Le service des douanes et régies remet, d'autre part, le produit de la taxe spéciale à la banque d'Etat du Maroc.

Si les recettes encaissées demeuraient inférieures au total des prélèvements ci-dessus, le déficit serait imputé par préférence sur l'ensemble des recettes de Tanger ou, le cas échéant, sur son fonds de réserve.

Si elles leur étaient supérieures, l'excédent serait versé à la banque d'Etat à la disposition de l'administration de la zone.

Le budget du service de la douane est présenté chaque année, avant le 15 novembre, à l'administrateur qui le soumet à l'approbation de l'assemblée. En cas de désaccord, le différend entre l'administration de la zone et le service de la douane est arbitré par le comité de contrôle qui statue à la majorité des voix. Une majorité des trois quarts est nécessaire pour les différends relatifs à la création et à la suppression d'emplois.

Si l'approbation du budget du service de la douane n'intervient pas avant le 1er janvier, les prévisions budgétaires de l'année antérieure s'appliquent d'office au nouvel exercice.

Le comité de contrôle pourra, le cas échéant, et à la majorité des trois quarts, soumettre au gouvernement chérifien une demande motivée de remplacement du chef du service de la douane.

Art. 40. Sous les conditions expresses ci-après, le gouvernement chérifien délègue à la zone de Tanger:

1° Les droits et charges qu'il tient du contrat de concession du port en date du 21 juin 1921;

2° La reprise par déchéance, rachat ou fin de concession au profit de la zone de Tanger.

La zone s'acquittera intégralement des obligations incombant au gouvernement chérifien d'après le contrat de concession. Les annuités du capital garanti par le gouvernement chérifien seront payées par la zone de Tanger par prélèvement en priorité sur les produits des douanes et les bénéfices de l'exploitation et des terrains du port.

Seront soumis à l'approbation du gouvernement chérifien:

Digitized by Google

a) Toutes modifications aux clauses du contrat et aux statuts de la société concessionnaire du port;
b) Toute cession partielle ou totale de l'entreprise;
c) La déchéance;
d) Le rachat.

Tant que la garantie du gouvernement chérifien restera en jeu, seront également soumis à son approbation:
a) Toute transformation d'actions nominatives en actions au porteur;
b) Tous traités, dispositions ou arrangements conformes aux dispositions du contrat et ayant pour effet d'augmenter le capital fourni par la société comme il est dit à l'article 10 de la convention du port.

L'approbation du gouvernement chérifien pourra être donnée en son nom par son représentant à la commission du port.

A défaut d'exécution par l'administration de Tanger des obligations prévues aux paragraphes ci-dessus, le gouvernement chérifien reprendra seul le contrôle financier de la concession.

Sur la demande de l'administration de Tanger, le gouvernement chérifien exercera le droit qu'il tient du dernier alinéa de l'article 6 de la convention de concession du port de Tanger, étant entendu que cette administration aura l'obligation expresse de rembourser au gouvernement chérifien les charges nées de l'exercice de ce droit.

Sur la demande de l'administration de Tanger, le gouvernement chérifien exercera également le droit qu'il tient de l'article 6 de la convention du port de Tanger d'accélérer l'amortissement des obligations garanties, dans la mesure où cette administration, par ses propres moyens, assurera les frais de ladite accélération.

Les titres, tant actions qu'obligations, émis par la compagnie concessionnaire, seront, dans la zone de Tanger, exempts de tous impôts, taxes et contributions.

Art. 41. Il sera constitué une commission du port qui aura les attributions du service du contrôle telles qu'elles sont definies à l'acte de concession et sous réserve des dispositions de l'article 40 ci-dessus.

En ce qui concerne l'exécution des travaux de construction et d'entretien, la commission prendra ses décisions sur l'avis de l'ingénieur chargé des travaux d'Etat de la zone et de la surveillance des travaux du port à qui appartient la responsabilité technique. Dans le cas où la commission serait en désaccord avec l'ingénieur, l'avis de ce dernier sera annexé au procès-verbal.

Sous l'autorité du comité de contrôle, la commission veille à l'observation du régime de l'égalité économique dans l'exploitation du port.

La commission est composée:
D'un représentant du gouvernement chérifinen;
D'un représentant de l'assemblée législative;
D'un représentant du comité de contrôle.
L'ingénieur assiste aux séances avec voix délibérative.

L'administrateur de la zone a le droit d'assister avec voix consultative aux séances de la commission.

Y sont également appelés de droit, avec voix consultative:
Un représentant des intérêts commerciaux de Tanger, élu par les chambres de commerce et les directeurs ou chefs de service de l'administration internationale pour les affaires qui les intéressent.

Le directeur local de la société concessionnaire pourra aussi être entendu.

Sur leur demande, les consuls seront entendus sur les questions qui les intéressent.

Digitized by Google

En dehors des réunions périodiques qu'elle aura décidé de tenir, la commission pourra être convoquée sur l'initiative d'un de ses membres, et, en cas d'urgence, sur celle de l'administrateur de la zone.

Le règlement intérieur de la commission sera approuvé par le comité de contrôle.

La commission désignera son président. A défaut de désignation, la présidence sera exercée à tour de rôle par chacun des trois membres.

Les fournitures de matériaux importés ainsi que le matériel de l'exploitation (abstraction faite de toute fourniture ou achat de matériel relevant d'un contrat d'adjudication publique) feront l'objet d'appels à la concurrence, sous le contrôle de la commission du port.

La commission, dans le cas de marchés de fournitures dont le montant excedera 20,000 frans sans être supérieur à 100,000 fr.:

1° Arrêtera le mode de passation des marchés et les conditions suivant lesquelles il sera procédé, soit aux appels d'offres en vue de marchés de gré à gré, soit aux adjudications publiques;

2° Approuvera les marchés et adjudications.

Pour les fournitures dont l'importance dépassera 100,000 fr., il sera procédé à une adjudication publique.

Art. 42. Les droits d'ancrage existant en vertu des anciens traités de commerce sont remplacés par les droits de stationnement prévus au contrat de concession du port.

Art. 43. L'administration de Tanger veillera à ce que les litiges qui pourraient survenir entre la société concessionnaire du port de Tanger et la compagnie du chemin de fer de Tanger à Fez soient réglés par arbitrage comme il est respectivement prévu aux contrats des deux concessionnaires.

Art. 44. L'administration de Tanger aura, en ce qui concerne le chemin de fer de Tanger à Fez, tous les droits et obligations qui lui reviennent dans l'étendue de la zone, d'après le protocole franco-espagnol du 27 novembre 1912 et la concession du 18 mars 1914 et ses annexes.

Tout avenant à la concession, intervenu après accord entre les gouvernements français et espagnol, avant la mise en vigueur du présent statut, s'appliquera à la zone de Tanger.

Art. 45. Sauf stipulation contraire dans la présente convention, les droits et obligations résultant de toutes les concessions accordées dans la zone de Tanger avant la mise en vigueur de la présente convention reviennent à ladite zone.

Toute concession accordée, à l'avenir, par la zone de Tanger pour un délai dépassant la durée de la présente convention et celle des périodes pour lesquelles elle pourra être éventuellement renouvelée, n'engagerait le gouvernement chérifien, en cas de non renouvellement du statut, que si ledit gouvernement avait, au préalable, formellement approuvé cette concession, à la diligence du soumissionnaire.

Art. 46. Il est créé un budget de la zone de Tanger.

Ce budget est établi et exécuté suivant les règles déterminées par le dahir organique ci-joint.

Art. 47. La sécurité dans la zone est exclusivement assurée par un corps de gendarmerie indigène mis à la disposition de l'administrateur. Cette force, commandée par un officier belge, du grade de capitaine, assiste de cadres français et espagnols, ne dépassera pas 250 hommes. Elle peut tenir garnison dans la ville de Tanger et entretenir des postes dans la banlieue.

Le règlement concernant la gendarmerie est annexé à la présente convention.

Digitized by Google

Art. 48. Une juridiction internationale, dénommée tribunal mixte de Tanger et composée de magistrats français, britanniques et espagnols, est chargée d'administrer la justice aux ressortissants des puissances étrangères.

Le ministère public est confié à deux magistrats, l'un français et l'autre espagnol.

Le tribunal mixte de Tanger fait l'objet du dahir spécial ci-joint. Il remplace les juridictions consulaires existantes.

Le dahir instituant le tribunal mixte de Tanger ne pourra être modifié qu'avec l'assentiment de toutes les puissances signataires de l'acte d'Algésiras.

Les relations des autorités judiciaires de la zone française on de la zone espagnole avec le tribunal mixte de Tanger sont réglées par l'accord du 29 décembre 1916 touchant les rapports entre les autorités judiciaires de ces deux zones.

Les trois gouvernements s'engagent à faire établir dans un délai de trois mois à compter de la signature de la présente convention les codes nécessaires pour le fonctionnement du tribunal. Ces codes sont les suivants:

Code sur la condition civile des étrangers dans la zone.

Code de commerce.

Code pénal.

Code de procédure criminelle.

Code des obligations el contrats.

Code de procédure civile avec une annexe fixant les frais de justice.

Code de l'immatriculation.

Art. 49. A dater de la mise en vigueur du nouveau régime, les agences diplomatiques à Tanger seront remplacées par des consulats.

Art. 50. Les commissions et comités actuels de Tanger sont supprimés.

Le soin de fixer le tarif des valeurs douanières applicable dans les trois zones, qui incombe actuellement à la commission des valeurs douanifères, est confié à une commission composée de représentants des trois zones. Cette commission se réunira à Tanger au moins deux fois par an.

Art. 51. L'arabe, l'espagnol et le français sont les seules langues officielles dans la zone de Tanger. L'assemblée législative réglementera leur emploi.

Les textes législatifs et réglementaires devront être publiés dans les trois langues.

Art. 52. Les jeux de hasard sont interdits dans la zone de Tanger.

Il ne pourrait être dérogé à cette interdiction que par une décision du comité de contrôle statuant à l'unanimité.

Art. 53. Les gouvernements contractantes reconnaissent que le gouvernement chérifien conserve la propriété du phare du cap Spartel, la convention du 31 mars 1865 demeurant provisoirement en vigueur.

Art. 54. Les différends qui viendraient à s'élever au sujet de l'interprétation et de l'application des dispositions de la présente convention seront portés soit devant la cour permanente de justice internationale, soit, du commun accord des parties, devant la cour permanente l'arbitrage de la Haye.

Art. 55. Sont abrogées toutes clauses des traités, conventions ou accords antérieurs qui seraient contraires aux stipulations du présent statut.

Art. 56. La présente convention sera communiquée aux puissances signataires de l'acte d'Algésiras près desquelles les trois gouvernements contractants s'engagent à se prêter mutuellement appui pour obtenir leur adhésion.

La convention sera ratifié et les ratifications seront échangées à Paris aussitôt que faire se pourra.

Elle est conclue pour une durée de douze années à partir de sa ratification.

Digitized by Google

Elle sera renouvelée de plein droit pour une ou plusieurs périodes égales si, au moins six mois avant son expiration, aucune des puissances contractantes n'a demandé qu'elle soit revisée. En ce cas, elle continuera à s'appliquer pendant la durée de la revision effectuée d'un commun accord.

En foi de quoi les plénipotentiaires soussignés ont signé le présent traité.

Falt à Paris, le 18 décembre 1923, en trois exemplaires.

(L.-S.) Signé: *Beaumarchais.*
(L.-S.) — *Arnold Robertson.*
(L.-S.) — *G.-H. Villiers.*
(L.-S.) — *Mauricio Lopez Roberts, Marquis de la Torrehermosa.*
(L.-S.) — M. *Aguirre de Carier.*

B.

Annexe à la convention du 18 décembre 1923 relative au statut de Tanger.

Règlement de la gendarmerie de la zone de Tanger.

I. Organisation.

Art. 1er. Il est constitué à Tanger une gendarmerie de la zone.

Art. 2. Cette gendarmerie doit:

1° Maintenir l'ordre danz la zone. Elle devra prêter son concours à la police locale sur la réquisition de l'administrateur;

2° Garantir d'une manière officace la sécurité de la zone.

Art. 3. La gendarmerie est placée sous l'autorité de l'administrateur de la zone.

Art. 4. Elle est commandée par un capitaine qui aura sous ses ordres comme cadres européens:

4 lieutenants ou sous-lieutenants dont un officier comptable;

Un sous-officier adjoint à l'officier comptable.

Art. 5. Si ces officiers ou sous-officier européens sont promus au grade supérieur au cours de leur contrat, ils devront être remplacés par des officiers du grade prévu à l'article 4 ci-dessus.

Art. 6. L'effectif de la troupe sera au maximum de 250 hommes indigènes marocains, sous-officiers indigènes compris.

L'unité sera mixte (infanterie et cavalerie).

La répartition de l'effectif et l'encadrement seront fixés par l'assemblée internationale avec l'approbation du comité de contrôle.

Art. 7. Toutefois la composition de la gendarmerie (proportion dans laquelle entre chacune des armes) pourra être modifiée selon les données de l'expérience.

Art. 8. Les frais d'entretien de la gendarmerie sont à la charge de l'administration de Tanger.

Art. 9. Un contrat passé entre l'administration de Tanger et les officiers européens détermine les conditions de leur engagement et fixe leur solde qui sera ordonnancée par le directeur des finances.

II. Recrutement.

Art. 10. La gendarmerie comprend des sous-officiers, caporaux et soldats marocains, mariés ou célibataires, n'ayant encouru aucune punition grave.

Digitized by Google

Les hommes de troupe seront âgés d'au moins vingt-quatre ans et de quarante-cinq ans au plus.

Art. 11. Pour la constitution de la gendarmerie, le capitaine commandant cette unité choisira de préférence parmi les gradés et les askers provenant des tabors de police n° 1 et n° 2 dissous.

Art. 12. Le recrutement des hommes de troupe se fait par voie d'engagement et de rengagement.

L'engagement est contracté pour une période de trois ans.

Tout homme qui, après trois ans de service dans la gendarmerie, rengage dans cette unité pour une même période aura droit à une haute paye journalière de 50 centimes.

Tout engagement nouveau donnera droit à une nouvelle haute paye de 50 centimes s'ajoutant aux précédentes.

III. Attributions du commandement. — Discipline.

Art. 13. Le capitaine commandant a toutes les attributions d'un chef de corps.

Il doit assurer l'instruction, la discipline et l'administration de l'unité.

En ce qui concerne la discipline:

Pour les caïds Mia et les hommes de troupe marocains, il se conformera aux prescriptions du règlement qui sera établi ultérieurement.

Pour le cadre européen, le capitaine commandant adresse, sous sa responsabilité, un rapport avec des conclusions à l'administrateur de Tanger.

Celui-ci transmet ce rapport au consul de la nation à laquelle appartient l'officier ou le sous-officier en cause.

IV. Service des salves.

Art. 14. La gendarmerie assure avec un détachement prélevé sur son effectif le service de la batterie pour les salves réglementaires.

Fait à Paris, le 18 décembre 1923, en trois exemplaires.

Signé: *Beaumarchais.*
— *Arnold Robertson.*
— *G.-H Villiers.*
— *Mauricio Lopez Roberts, Marques de la Torrehermosa.*
— M. *Aguirre de Carcer.*

Les gouvernements des puissances signataires de la présente convention s'engagent à recommander à l'adoption de Sa Majesté chérifienne les deux dahirs suivants relatifs à l'administration de la zone de Tanger et à l'organisation d'une juridiction internationale à Tanger.

Fait à Paris, le 18 décembre 1923, en trois exemplaires.

Signé: *Beaumarchais.*
— *Arnold Robertson.*
— *G.-H. Villiers.*
— *Mauricio Lopez Roberts, Marques de la Torrehermosa.*
— M. *Aguirre de Carcer.*

Digitized by Google

C.

Projet de Dahir Chérifien organisant l'administration de la zone de Tanger.

Chapitre Ier.

Clauses générales.

Art. 1er. Dans la région définie à l'article 2 ci-après et qui est qualifiée zone de Tanger, nous octroyons par les présentes, à une administration internationale, une délégation générale et permanente, sous réserve de l'exercice de nos droits et pouvoirs à l'égard de nos sujets dans ladite zone, droits et pouvoirs qui seront exclusivement exercés par notre mendoub et par nos fonctionnaires chérifiens à Tanger, et sous réserve du respect de notre prestige de chef de la communauté musulmane de notre empire et de chef de la famille chérifienne en résidence à Tanger, qui sera sauvegardé, conformément aux assurances données par le Gouvernement de la République française à notre prédécesseur pour l'ensemble du Maroc.

Cette délégation générale et permanente ne s'applique pas en matière diplomatique, où il n'est pas dérogé aux dispositions de l'article 5 du traité de protectorat du 30 mars 1912. Toutefois, l'administration internationale est qualifiée pour traiter avec les consuls des puissances à Tanger les questions intéressant ladite zone dans les limites de son autonomie.

Art. 2. La zone de Tanger est comprise dans les limites fixées par le paragraphe 2 de l'article 7 de la convention franco-espagnole du 27 novembre 1912.

Art. 3. Les membres de notre famille chérifienne ayant régné sur notre empire et résidant dans la zone de Tanger y jouiront de considération et d'égards particuliers.

Les objets qui entrent en douane ou qui en sortent à leur usage, comme au nôtre, continueront à ne pas payer de droits.

Chapitre II.

Autorités de la zone de Tanger.

Art. 4. Nous confions à notre mendoub la charge d'exercer à l'égard de nos sujets dans la zone de Tanger, conformément aux règles et usages traditionnels de notre empire, les pouvoirs d'administration et de justice dévolus aux pachas et caïds au Maroc. Dans l'exercice de ces fonctions, notre mendoub sera assisté de deux khalifas que nous désignerons à cet effet.

Le mendoub chérifien préside l'assemblée législative internationale prévue ci-après: il peut intervenir dans ses délibérations, mais sans prendre part au vote.

Il signe pour promulgation et exécution les textes législatifs ou réglementaires voiés par l'assemblée et sur lesquels le comité de contrôle n'a pas exercé son droit de veto.

Le président du comité de contrôle vise pour contreseing les textes en question.

Il doit veiller au respect de l'ordre et de la tranquillité publics et des clauses générales du statut de la zone par les populations soumises à son administration. Il peut requérir, à cet effet, auprès de l'administrateur, le concours de la force publique de la zone.

Il doit veiller, également, à la rentrée des taxes et impôts dus par nos sujets et légalement perçus dans la zone sans distinction de nationalité ni de religion.

Le mendoub chérifiene a le droit d'expulser les sujets marocains.

Digitized by Google

Il exerce le même droit à l'encontre des justiciables du tribunal mixte, après avis conforme de l'assemblée générale de ce tribunal, donné suivant la procédure prévue à l'article 29 de la convention en date du 18 décembre 1923.

L'expulsion est de droit lorsqu'elle est demandée par le consul de l'intéressé.

Le mendoub vise dans les considérants de l'arrêté d'expulsion l'avis du tribunal mixte.

Art. 5. Le budget de la zone contribue annuellement pour une somme forfaitaire de 125,000 fr. marocains au payement des services de l'administration indigène.

Les payements imputés sur cette somme sont ordonnancés par le directeur des finances.

Art. 6. Sur la désignation et sous la direction de notre maghzen chérifien, le cadi, les membres du Chrâa, les agents des habous et, d'une manière générale, des autres administrations se rattachant aux institutions intéressant le statut personnel et la religion de nos sujets continuent à exercer leurs fonctions dans les formes et suivant les ceutumes traditionnelles en usage dans notre empire.

Art. 7. Le respect et le libre exercice de la religion des sujets marocains et de ses pratiques traditionnelles sont garantis. Le maintien de leurs fêtes religieuses et de leur cérémonial est assuré sous réserve que l'ordre public ne soit pas troublé.

Art. 8. Nos sujets musulmans et israélites jouissent en matière d'impôts et de taxes de toute nature d'une complète égalité par rapport aux ressortissant des puissances.

Ils doivent acquitter exactement ces taxes et impôts.

Ils bénéficient dans les mêmes conditions que les ressortissants étrangers des œuvres d'assistance, d'hospitalisation et d'enseignement que la zone viendrait à créer ou à subventionner.

Art. 9. L'organisme international chargé, sous les réserves ci-dessus, d'administrer la zone de Tanger en notre nom et en vertu de notre délégation générale de pouvoirs, est composé d'une assemblée législative internationale et d'un administrateur, dont les attributions respectives sont déterminées plus loin. L'exercice de ces attributions est soumis à la surveillance d'un comité de contrôle.

Aucune responsabilité ne peut être imputée à notre gouvernement chérifien par suite de réclamations motivées par des faits qui se produiraient dans la zone de Tanger du chef de l'administration de l'organisme international.

Art. 10. L'administration de la zone assure la tranquilité publice et, sauf stipulation contraire, introdoit toutes, les réformes administratives, économiques, financières et judiciaires qu'elle juge utiles.

Art. 11. L'administration de la zone est tenue de respecter les traités actuellement en vigueur entre nous et les puissances.

S'étendent notamment de plein droit à la zone de Tanger les accords internationaux auxquels toutes les puissances signataires de l'acte d'Algésiras sont parties contractantes ou auront adhéré.

En cas de désaccord entre les stipulations desdits traités et les lois et règlements établis par l'assemblée législative internationale, les stipulations des traités prévaudront.

L'administration de la zone veille d'une façon spéciale à l'observation des articles 3, 7, paragraphe 2, 8, paragraphe 3, 10, 11 et 12 de la convention en date du 18 décembre 1923.

Digitized by Google

Art. 12. Les accords internationaux conclus à l'avenir par Notre Majesté chérifienne ne s'étendront à la zone de Tanger qu'avec l'assentiment de l'assemblée législative internationale. Il en sera de même de Nos décrets rendus conformément à l'article 5 du traité de protectorat du 30 mars 1912.

Par exception, s'étendront de plein droit à la zone de Tanger:

1° Les accords internationaux auxquels toutes les puissances signataires de l'acte d'Algésiras seront parties contractantes ou auront adhéré;

2° Toutes dispositions législatives applicables aux deux zones française et espagnole et relatives:

a) Au fonctionnement des services postaux et télégraphiques chérifiens avec l'étranger ainsi qu'à l'unification des tarifs y applicables;

b) Au commerce des armes et des munitions à leur usage.

Art. 13. Par application des dispositions des articles 141 et suivants du traité de Versailles, des articles 96 et suivants du traité de Saint-Germain-en-Laye, des articles 80 et suivants du traité de Trianon, les dispositions du présent statut ne pourront, en aucun cas, être invoquées par les ressortissants allemands, autrichiens et hongrois et les dispositions de Nos dahirs des 9, 10 et 11 janvier 1920, du 11 janvier 1921 et du 8 août 1922 relatifs au statut des ressortissants de l'Allemagne et aux marchandises de provenance allemande ainsi que de Nos dahirs en date du 6 septembre 1920 et du 8 janvier 1921 concernant le commerce avec l'Autriche et les ressortissants autrichiens, sont applicables à la zone de Tanger.

Art. 14. L'administration internationale ne peut, sans entente préalable avec les autorités des deux autres zones, réglementer:

a) Les questions concernant le cabotage et toutes autres matières connexes aux questions douanières et intéressant la généralité des ports marocains;

b) Les postes, les télégraphes et les téléphones interzoniers.

Art. 15. Les impôts et les ressources de toutes sortes dans la zone de Tanger sont affectés aux dépenses de ladite zone comme il est dit ci-après.

Art. 16. Le gouvernement chérifien ne peut être appelé à participer, à aucun titre, aux dépenses de la zone de Tanger, sauf en ce qui concerne les traitements des fonctionnaires indigènes directement nommés par nous.

Art. 17. L'administration de la zone de Tanger ne pouvant porter atteinte aux droits, prérogatives et privilèges antérieurement concédés aux porteurs des titres des emprunts de 1904 et de 1910, à la banque d'Etat du Maroc et à la société internationale de régie cointéressée des tabacs au Maroc pour tout le territoire de l'empire par notre gouvernement, ces droits, prérogatives et privilèges sont respectés par l'administration internationale qui veille notamment à l'observation des articles 21, 22 et 24 de la convention en date du 18 décembre 1923.

Art. 18. Nous confions à un comité de contrôle, composé des consuls de carrière des puissances signataires de l'acte d'Algésiras ou de leurs intérimaires de carrière, et organisé, conformément aux dispositions de l'article 30 de la convention en date du 18 décembre 1923 le soin de veiller à l'observation des clauses du statut de la zone de Tanger, tel qu'il est déterminé par la convention en date du 18 décembre 1923, et par le présent dahir.

Tous les textes législatifs ou réglementaires votés par l'assemblée internationale sont soumis au comité de contrôle dans les conditions indiquées à l'article 31 de la convention en date du 18 décembre 1923.

Les séances du comité de contrôle ne sont pas publiques; mais les procès-verbaux les concernant sont, sauf décision contraire du comité, tenus sur place, en tout ou en partie, à la disposition des membres de l'assemblée qui désireront en prendre connaissance.

Digitized by Google

Art. 19. Le comité de contrôle a le droit de convoquer et d'entendre l'administrateur de la zone, accompagné s'il y à lieu, des chefs de services intéressés.

Chapitre IV.

Assemblée législative internationale.

Art. 20. L'assemblée législative internationale exerce le pouvoir législatif et réglementaire.

Elle est présidée par le mendoub et est composée de vingt-six membres des communautés étrangères et marocaines dans les conditions suivantes:

4 membres français;
4 membres espagnols;
3 membres britanniques;
2 membres italiens;
1 membre américain;
1 membre belge;
1 membre hollandais;
1 membre portugais,

désignés par leurs consulats respectifs;

6 de nos sujets musulmans, désignés par notre mendoub;

Et 3 de nos sujets israélites, choisis par notre mendoub, sur une liste de 9 candidats présentée par la communauté israélite de Tanger.

Il est pourvu, suivant la même procédure, dans un délai maximum de trois mois, au remplacement des membres décédés ou démissionnaires.

Art. 21. Tout membre de l'assemblée internationale doit occuper, à titre de propriétaire ou de locataire, un local porté soit au rôle de la taxe urbaine pour une valeur locative annuelle de 600 fr. marocains, soit au rôle de la taxe rurale correspondante pour une valeur locative équivalente. Il doit être âgé d'au moins vingt-cinq ans et résider depuis une année dans la zone de Tanger.

Ne peuvent faire partie de l'assemblée internationale ni les fonctionnaires de carrière des consulats, ni les fonctionnaires appointés par l'administration de la zone.

Les membres étrangers doivent appartenir à la nationalité du consulat qui les désigne.

En cas d'absence de la zone de Tanger, tout membre de l'assemblée peut confier à un de ses collègues le soin de disposer de son vote, par un avis écrit, daté et signé, adressé au président de l'assemblée. Aucun membre de l'assemblée ne peut disposer de plus de deux voix.

Art. 22. La durée du mandat de l'assemblée législative internationale est de quatre ans. A l'expiration de cette période, une nouvelle assemblée est constituée dans le délai d'un mois.

Les pouvoirs des membres de l'assemblée peuvent être renouvelés.

Les fonctions des membres de l'assemblée sont gratuites.

L'assemblée est présidée par notre mendoub, assisté d'un vice-président français, d'un vice-président espagnol et d'un vice-président britannique, nommés annuellement par l'assemblée.

L'assemblée se réunit, de droit, chaque mois, en session ordinaire et en session extraordinaire toutes les fois que son président ou l'administrateur le jugent utile, ou que neuf de ses membres en ont fait la demande par écrit.

Les questions sur lesquelles l'assemblée est appelée à délibérer sont portées à l'ordre du jour par l'administrateur, d'accord avec le bureau. Aucune question dépassant la compétence de l'assemblée ne peut être inscrite à son ordre du jour.

Digitized by Google

L'assemblée ne pourra pas, notamment, ouvrir de sa propre initiative de délibération sur des sujets impliquant une entente du gouvernement marocain avec les puissances.

En cas de refus du bureau d'inscrire une question à l'ordre du jour, appel de cette décision pourra être fait devant le comité de contrôle sur la demande motivée et signée de neuf membres de l'assemblée ou sur la demande motivée de l'administrateur.

Art. 23. L'assemblée ne peut délibérer valablement qu'autant que dix-huit de ses membres sont présents ou représentés.

Lorsque les membres de l'assemblée ne sont pas réunis en nombre suffisant pour délibérer valablement, l'administrateur, d'accord avec le bureau, procède à une seconde convocation pour une nouvelle réunion qui ne peut avoir lieu qu'après un délai de quarante-huit heures. Les délibérations de cette seconde séance sont valables, quel que soit le nombre des membres présents.

Les délibérations de l'assemblée sont prises à la majorité des voix des membres présents ou représentés. En cas d'égalité de voix, le vote n'est pas acquis.

Les membres de l'assemblée ne peuvent prendre part aux délibérations relatives aux affaires dans lesquelles ils ont un intérêt, soit en leur nom personnel, soit comme mandataires.

Art. 24. L'administrateur participe à titre consultatif aux délibérations de l'assemblée. Il peut se faire assister par un ou plusieurs des chefs de service.

Art. 25. Les textes législatifs et réglementaires votés ainsi que les délibérations et décisions prises par l'assemblée sont transmis dans un délai maximum de huit jours au comité de contrôle par les soins de l'administrateur.

Art. 26. Doivent être immédiatement annulées par le comité de contrôle les délibérations et décisions:

1° Prises en violation de la loi ou des traités;

2° Portant sur une question étrangère aux attributions de l'assemblée ou prises hors de ses réunions légales;

3° Celles auxquelles aurait pris part un membre de l'assemblée, intéressé personnellement ou comme mandataire à l'affaire qui en fait l'objet.

Art. 27. Les lois et règlements votés par l'assemblée et qui dans le délai prévu par l'article 31 de la convention en date du 18 décembre 1923 n'ont pas été l'objet du veto du comité de contrôle ne seront exécutoires qu'après promulgation par notre mendoub, avec le contreseing du président du comité de contrôle.

Ne sont également exécutoires que dans les mêmes conditions les délibérations portant sur des matières intéressant directement ou indirectement les finances de la zone ou l'organisation de l'administration internationale de ladite zone.

Art. 28. Les codes judiciaires visés à l'article 48 de la convention en date du 18 décembre 1923 ne peuvent être ni abrogés, ni modifiés qu'après un accord préalable entre les zones d'influence française et espagnole de notre empire et le comité de contrôle statuant à l'unanimité.

Les textes réglementaires et fiscaux visés à l'article 32 de la convention en date du 18 décembre 1923 ne peuvent être ni abrogés, ni modifiés pendant une première période de deux ans à dater de la mise en vigueur du statut. A l'expiration de cette période, ils pourront être abrogés ou modifiés avec l'assentiment du comité de contrôle statuant à une majorité des trois quarts des voix.

Art. 29. La dissolution de l'assemblée peut être prononcée par une décision motivée du comité de contrôle prise à la majorité des trois quarts

Digitized by Google

de ses membres. Elle doit, autant que les circonstances le permettent, être précédée d'un avertissement.

En cas de dissolution, une nouvelle assemblée doit être constituée dans le délai d'un mois.

Art. 30. L'assemblée fera son règlement intérieur dès son installation et au plus tard dans un délai de trois mois. Ce règlement sera soumis à l'approbation du comité de contrôle.

Faute par l'assemblée de procéder dans le délai imparti au vote dudit règlement, le comité de contrôle établira un règlement provisoire qui s'appliquera à l'assemblée jusqu'à l'établissement par ses soins du règlement définitif.

Chapitre V.

Administration internationale de la zone.

Art. 31. Le pouvoir exécutif est confié à l'administrateur qui représente l'organisme international à l'égard des tiers et transmet les décisions de l'assemble au comité de contrôle. Il les notifie aux chefs des services intéressés, qui en assurent l'exécution sous sa responsabilité.

L'administrateur n'a pas de pouvoir indépendant; il exécute les décisions de l'assemblée.

Art. 32. L'administrateur a sous ses ordres deux administrateurs adjoints: un premier adjoint qui le remplace en cas d'absence et qui, sous sa direction, est plus spécialement chargé des services d'hygiène et d'assistance et un second adjoint qui, sous sa direction, est plus spécialement chargé des service financiers.

Les autres services administratifs de la zone sont directement rattachés à l'administrateur.

Art. 33. La police de la zone comprend:

1° Un corps de gendarmerie indigène composé de 250 hommes au maximum. Son commandement sera confié à un officier belge, du grade de capitaine, assisté de cadres français, espagnols et marocains;

2° Une police civile, composée d'agents européens et indigènes, dont l'effectif est fixé par l'assemblée. La police est placée sous les ordres d'un commissaire nommé par l'assemblée sur la présentation de l'administrateur.

Art. 34. Le statut des fonctionnaires de l'administration internationale fera, au point de vue de l'avancement, des traitements et de la discipline, l'objet d'un règlement soumis par l'administrateur à l'assemblée. Ce règlement devra être approuvé par le comité de contrôle.

Art. 35. La zone de Tanger devra créer une caisse de prévoyance pour les agents et employés de l'administration internationale.

Le règlement d'organisation de cette caisse de prévoyance, préparé par l'administrateur, devra être approuvé, dans un délai d'un an, par l'assemblée internationale, faute de quoi il y sera pourvu d'office par le comité de contrôle.

Art. 36. Le recrutement des fonctionnaires de l'administration internationale, autres que ceux prévus à l'article 35 de la convention en date du 18 décembre 1923 est effectué par une commission présidée par l'administrateur et composée des trois vice-présidents de l'assemblée et du chef de service intéressé.

Les candidats agréés sont nommés par l'administrateur après approbation de l'assemblée.

Art. 37. Aucune création de service nouveau ne peut être décidée par l'assemblée qu'avec l'approbation du comité de contrôle prise à la majorité des trois quarts des voix.

Art. 38. Les règlements d'ordre intérieur concernant l'administration internationale seront soumis par l'administrateur à l'approbation de l'assemblée et du comité de contrôle.

Digitized by Google

Chapitre VI.

Ressources et budget de la zone.

Art. 39. Les ressources de la zone sont constituées par le produit d'ensemble de tous les impôts, taxes et revenus publics perçus sur le territoire de la zone.

Art. 40. L'Etat chérifien remet son domaine public et privé, y compris ses droits sur les terrains „guich", à la zone de Tanger qui l'administre, en perçoit les revenus à son profit et en assure la conservation, sans pouvoir en aliéner aucune partie.

Cette remise prend fin à l'expiration de la convention en date du 18 décembre 1923 et le domaine remis à la zone fait retour à l'Etat chérifien.

Art. 41. Le domaine public comprend:

a) Domaine maritime: la mer et ses rivages avec un franc-bord de 6 mètres, déjà grevé de la concession consentie à la compagnie concessionnaire du port que la zone de Tanger devra respecter.

Les revenus de la pêche, y compris les redevances prévues en faveur de l'Etat dans les concessions de pêche déjà accordées par le gouvernement chérifien, reviendront, ainsi que les obligations dérivant de ces concessions, à la zone de Tanger;

b) Domaine terrestre:

La route de Tanger à Tétouan.

La route de Tanger à Larache et à Rabat.

La route du cap Spartel.

La route de la gare au port et en bordure du port.

Les voies publiques urbaines, les égouts et adductions d'eau et leurs dépendances, étant réservés les droits de tout concessionnaire des eaux.

La zone doit:

1° Entretenir en priorité, sur les fonds provenant des ressources de la taxe spéciale, les routes de Tanger à Tétouan et de Tanger à Larache et à Rabat dans la zone de Tanger;

2° Laisser à la disposition gratuite de la compagnie du chemin de fer franco-espagnol de Tanger à Fez les terrains du domaine qui seront nécessaires à ses installations;

c) Domaine fluvial:

Les cours d'eau.

Tous les droits antérieurs et tous les droits d'usage au profit des tiers sont réservés;

d) Domaine minier.

Les redevances minières dans la zone de Tanger et les perceptions sur la sortie des minerais extraits dans ladite zone reviennent à l'administration de la zone;

e) Domaine forestier.

Art. 42. Le domaine privé comprend tous les immeubles bâtis et non bâtis inscrits sur les registres des biens maghzen et non visés à l'article précédent, ainsi que les abattoirs.

Sous réserve des dispositions de l'article 15 de la convention en date du 18 décembre 1923, les locations ou détentions de biens maghzen par des particuliers, de même que tous les droits de gza ou autres régulièrement établis sur lesdits immeubles sont respectés. Il en est de même des affectations d'intérêt public dont ces biens sont grevés.

Toutefois, sont réservés à l'Etat chérifien pour les services publics qu'il conservera à Tanger les immeubles suivants:

L'ancienne légation d'Allemagne et ses dépendances.

Notre palais chérifien.

Digitized by Google

La kasbah et ses dépendances.

Le bordj des Mokhaznis sur les remparts.

Le terrain et le bordj de la montée du Marshan, actuellement occupés par la Compagnie chérifienne.

Toute location nouvelle en dehors de celles qui existent ne pourra dépasser le terme fixé au statut de Tanger.

Art. 43. Appartiendront en propre à la zone de Tanger, qui en disposera librement, les immeubles qu'elle acquerra à titre onéreux ou qu'elle édifiera, ou ceux provenant de dons et legs qu'elle acceptera dans les conditions prévues par les règlements de la zone.

Art. 44. Les biens qui pourraient Nous appartenir personnellement sont expressément exclus du domaine privé de l'Etat.

Art. 45. L'assemblée législative internationale, soit de sa propre initiative, soit sur la proposition de l'administrateur, a tout pouvor de créer les impôts et taxes qu'elle jugera nécessaires avec l'approbation du comité de contrôle.

Ces impôts et taxes s'appliqueront également aux ressortissants des puissances et aux sujets marocains.

Art. 46. Le budget ordinaire de la zone de Tanger est divisé en deux parties:

L'une relative aux recettes et aux dépenses d'intérêt général;

L'autre relative aux recettes et aux dépenses d'intérêt municipal.

Les principales recettes d'intérêt général sont fournies par:

Les douanes;

Les taxes de consommation sur le sucre, le thé, le café, les bières, les bougies, l'alcool, les denrées coloniales;

Le produit de la taxe speciale de 2½ p. 100 sur les importations;

Le produit des taxes d'enregistrement et de timbre;

Les revenus du domaine;

La taxe urbaine;

La patente sur les bénéfices commerciaux et industriels;

Le tertib;

Le produit de la vente des tabacs.

Les principales dépenses d'intérêt général sont:

La contribution aux emprunts de 1904 et de 1910;

La participation aux charges du chemin de fer franco-espagnol de Tanger à Fez;

Le service des emprunts garantis de la société du port;

Les frais de la justice, de l'administration centrale, de la perception des impôts;

La gendarmerie;

L'entretien des routes et des ouvrages publics.

Les trois premières catégories de dépenses ci-dessus sont dites obligatoires et sont imputées par priorité sur le produit des douanes et des taxes de consommation. Le service de la douane est géré conformément aux dispositions de l'article 39 de la convention en date du 18 décembre 1923.

Les principales recettes d'intérêt municipal sont:

Les droits aux portes;

Les taxes d'abatage;

Les droits de marché;

Les droits de voirie.

Les principales dépenses d'intérêt municipal sont:

Les frais d'administration;

Les travaux d'édilité;

Le nettoyage et l'éclairage de la ville;

Digitized by Google

La police de la ville;
L'hygiène et l'assistance;
Le fonctionnement des abattoirs.
L'Assemblée législative établira toutes autres catégories de recettes et de dépenses qu'elle jugera utiles.

Art. 47. Les règles de comptabilité publique sont celles fixées par Notre dahir de ce jour pris et appliqué dans les conditions stipulées à l'article 32 de la convention en date du 18 décembre 1923.

Art. 48. En dehors des dépenses obligatoires, l'ordonnancement des dépenses appartient au directeur des finances.

En dehors du produit des douanes et des taxes de consommation, l'encaissement des recettes et le payement des dépenses est effectué par un comptable nommé par le comité de contrôle.

Art. 49. Si des crédits supplémentaires sont nécessaires en cours d'exercice, il est procédé de la même façon que pour l'établissement du budget primitif.

Art. 50. Il sera établi un budget extraordinaire, au cas où la zone de Tanger contracterait des emprunts.

Art. 51. Le jugement des comptes appartient au tribunal mixte qui s'adjoint, avec voix délibérative, deux assesseurs techniques n'appartenant pas au personnel administratif de la zone.

Art. 52. L'administrateur, avec le concours du directeur des finances, prépare le budget et le présente à l'approbation de l'Assemblée, deux mois avant l'ouverture de l'exercice.

Il en assure l'execution et procède à son règlement, qui sera également présenté à l'approbation de l'Assemblée dans les trois mois suivant la clôture de l'exercice.

Art. 53. Le comité de contrôle reçoit communication du projet de budget et du projet de règlement.

En cas de dépassement ou de toute autre difficulté, il renvoie le projet de budget à l'Assemblée, en l'invitant à le mettre en équilibre.

Il s'assure que le produit des douanes et des taxes de consommation suffit à assurer les dépenses obligatoires, et, dans le cas contraire, affecte tous autres produits qu'il juge utile à l'acquittement intégral desdites dépenses.

Il s'assure également que les services essentiels de la zone reçoivent les dotations suffisantes.

Au cas où le budget ne serait pas voté par l'assemblée à la date de l'ouverture de l'exercice, le comité de contrôle en ordonne l'exécution par douzièmes provisoires sur la base des prévisions du budget précédent.

Art. 54. Les rôles, états de produits et titres de perception sont rendus exécutoires par l'administrateur.

L'assemblée, en s'inspirant des dispositions habituelles en la matière, établira un règlement concernant le recouvrement des créances de la zone et les poursuites auxquelles ce recouvrement peut donner lieu.

Chapitre VII.

Dispositions diverses.

Art. 55. Sous réserve de l'observation des règlements d'ordre public, les écoles et tous les établissements appartenant, dans la zone de Tanger, aux puissances signataires de l'acte d'Algésiras, ou appartenant à leurs ressortissants, à la date de la mise en vigueur du statut, peuvent être maintenus et conservent leur entière autonomie en ce qui concerne leur fonctionnement intérieur sous la surveillance de l'autorité de leurs pays d'origine.

Digitized by Google

Les établissements nouveaux qui viendraient à être créés devront se conformer aux règlements qui seront promulgués conformément aux dispositions de l'article 12 de la convention en date du.

Art. 56. L'arabe, l'espagnol et le français sont les seules langues officielles dans la zone de Tanger. L'assemblée législative réglementera leur emploi.

Les textes législatifs et réglementaires devront être publiés dans les trois langues.

Art. 57. Dans les cérémonies publiques, la préséance des hauts fonctionnaires à Tanger est la suivante:

Le mendoub;
Le président du comité de contrôle;
Les membres du comité de contrôle;
Les membres du tribunal mixte;
Les vice-présidents do l'assemblée;
L'administrateur.

Signé: *Beaumarchais.*
— *Arnold Robertson.*
— *G.-H. Villiers.*
— *Mauricio Lopez Roberts,* Marques de la Torrehermosa.
— M. *Aguirre de Carcer.*

D.

Projet de Dahir sur l'organisation d'une juridiction internationale à Tanger.

Art. 1er. Il est institué à Tanger, une juridiction internationale qui reçoit le nom de tribunal mixte de Tanger.

Cette juridiction comprend:

1° Comme membres titulaires, deux magistrats britanniques, un magistrat espagnol, un magistrat français;

2° Comme membres adjoints, des sujets ou citoyens de chacune des puissances signataires de l'acte d'Algésiras, l'Allemagne, l'Autriche et la Hongrie exceptées, ces sujets ou citoyens étant choisis parmi les notables âgés de plus de vingt-cinq ans, en résidence dans la zone de Tanger depuis plus d'un an.

Les membres titulaires du tribunal mixte de Tanger sont nommés par dahir de Notre Majesté chérifienne sur présentation de leurs gouvernements respectifs. Ils reçoivent un traitement dont le chiffre est fixé ci-après. Leurs fonctions sont incompatibles avec toute autre profession. Tout membre titulaire peut être révoqué par dahir de Notre Majesté après avis des titulaires réunis en essamblée générale et du gouvernement sur la proposition duquel il a été nommé.

La liste des membres adjoints du tribunal mixte est arrêteé par l'assemblée générale des titulaires, sur la présentation que chaque consul fait séparément pour ses nationaux. Les pouvoirs des adjoints ont une durée de trois ans; ils peuvent être renouvelés. Ces magistrats non rétribués restent libres d'exercer un métier, un commerce, une industrie ou une profession libérale, sauf celle d'avocat près le tribunal mixte ou toute autre juridiction tangéroise, mais non une fonction publique. La révocation d'un adjoint peut être prononcée par l'assemble générale des titulaires, après avis du consul de l'Etat auquel appartient le magistrat intéressé.

Digitized by Google

Avant d'entrer en fonctions, les membres titulaires et adjoints prêtent devant les titulaires siégeant en audience publique le serment suivant: „Je jure et promets de bien et fidèlement remplir mes fonctions, de garder religieusement le secret des délibérations, de me conduire en tout comme un digne et loyal magistrat".

Art. 2. Deux magistrats titulaires sont chargés, l'un des fonctions que la loi attribue au juge de paix, l'autre des fonctions dévolues au juge d'instruction.

Art. 3. Il est statué sur les affaires de la compétence de la chambre des mises en accusation par une section composée d'un membre titulaire président et de deux membres adjoints.

Art. 4. Une autre section du tribunal mixte composée aussi d'un membre titulaire président et de deux membres adjoints, remplit, en matière civile, commerciale, administrative et correctionnelle, les fonctions qui sont dévolues au tribunal de première instance. Cette section statue comme juridiction d'appel dans les affaires jugées en première instance par le juge de paix, si l'appel est d'ailleurs recevable, eu égard à la nature et à l'importance des affaires qui lui sont ainsi déférées en second ressort.

En cas de litige immobilier, la section composée ainsi qu'il vient d'être dit s'adjont deux jurisconsultes musulmans qui ont voix consultative. Ces jurisconsultes, ainsi que deux suppléants, sont désignés annuellement par l'assemblée générale des membres tiulaires, sur présentation, par Notre Mendoub, d'une liste de huit candidats.

Art. 5. L'appel des décisions rendues en premier ressort par la section instituée à l'article précédent est soumis aux trois magistrats titulaires qui sont restés étrangers au jugement attaqué et auxquels s'adjoignent, en toute matière, deux membrees adjoints n'ayant pas connu de l'affaire, plus, en matière immobilière, deux jurisconsultes musulmans à voix consultative, ces deux derniers pris également en dehors de ceux qui ont participé au jugement en premier ressort et pris sur la liste dont il est parlé à l'article 4 ci-dessus.

La présidence de la juridiction d'appel appartient au plus ancien, ou, en cas d'ancienneté égale, au plus âgé des titulaires appelés à siéger.

En cas d'empêchement de l'un des trois magistrats titulaires appelés à faire partie de cette juridiction supérieure, les membres adjoints siègent au nombre de trois, sans que ladite juridiction puisse se constituer jamais avec moins de deux titulaires. Si la juridiction d'appel comprend deux titulaires et trois adjoints et que les deux titulaires soient mis en minorité par les trois adjoints, l'affaire est, sur la demande des deux titulaires, renvoyée a l'audience de la juridiction d'appel constituée avec les trois titulaires et deux adjoints n'ayant pas participé au premier délibéré.

Les décisions de la juridiction d'appel ne sont pas susceptibles de pourvoi en cassation.

Art. 6. Si les parties, au civil, ou les inculpés, au pénal, sont d'une même nationalité, il est fait appel à deux des membres adjoints de cette nationalité pour composer soit la section de première instance, soit la section d'accusation, soit la juridiction d'appel.

Si les parties ou inculpés appartiennent à deux nationalités différentes ayant chacune des adjoints au sein du tribunal mixte, les sections et juridictions d'appel susdites comprennent un adjoint de chacune des nationalités intéressées.

Si les parties ou inculpés appartiennent à plus de deux nationalités différentes représentées chacune dans le tribunal mixte, le sort détermine parmi les listes des Etats dont les nationaux sont en cause celles qui fourniront les deux adjoints appelés à siéger. Le tirage au sort est effectué par

Digitized by Google

le président de la section ou de la juridiction d'appel, trois jours au moins avant le jour de l'audience, et cela en présence du magistrat du ministère public, du greffier, des parties ou de leurs représentants, ou ces derniers régulièrement convoqués.

Si l'une des parties ou l'un des inculpés appartient à un Etat n'ayant pas d'adjoints en nombre suffisant pour la constitution régulière de la juridiction, il lui est loisible de désigner la nationalité de l'adjoint ou des adjoints par qui il désire être jugé. Faute par lui de faire connaître son choix dans le délai à lui imparti par le président de la section ou de la juridiction d'appel, le choix est fait par ce dernier. Après cette désignation de la nation appelée à fournir un ou deux adjoints, la section ou la juridiction d'appel se constitue selon les règles et distinctions établies dans les trois paragraphes précédents.

Dans le cas exceptionnel où la juridiction d'appel doit se constituer avec trois adjoints, si les parties appartiennent à deux nationalités différentes et qu'il soit ainsi impossible d'appliquer complètement la règle posée au paragraphe 2 du présent article, la nationalité du troisième adjoint est déterminée par voie de tirage au sort dans les conditions spécifiées au paragraphe 3 du présent article.

Entre adjoints de la même nationalité, le roulement de service se fait conformément aux dispositions d'un règlement à élaborer par l'assemblée générale des titulaires.

Pour l'application du présent article, les administrations publiques sont assimilées aux justiciables n'ayant pas, dans le tribunal mixte, d'adjoints de leur nationalité. Il leur appartient, en conséquence, de fixer la nationalité de l'adjoint ou des adjoints qu'elles désirent voir appelés au sein de la section ou de la juridiction d'appel saisie de leur affaire. Il en est de même en ce qui concerne les sociétés de capitaux ayant leur siège social au Maroc.

Art. 7. Chaque année, avant le 2 octobre, l'assemblée générale des titulaires se réunit pour faire, entre les magistrats titulaires et pour l'année judiciaire commençant à la date de cette réunion, la répartition d'attributions prévue par les articles 2, 3 et 4.

Cette distribution de fonctions n'implique aucune différence hiérarchique entre les membres titulaires.

Un même titulaire peut d'ailleurs cumuler plusieurs des fonctions énumérées dans les articles précités. Toutefois, en matière de grand criminel, les membres titulaires qui ont procédé à des actes d'information dans une affaire ou qui en ont connu comme membres de la section d'accusation ne peuvent participer au jugement de l'affaire. Cette interdiction ne s'applique pas en matière correctionnelle.

Art. 8. En cas d'absence, de maladie ou d'empêchement d'un membre titulaire chargé des fonctions de président de la section d'accusation ou de la section de première instance, ou de juge de paix ou de juge d'instruction, l'assemblée générale des titulaires se réunit sans délai, soit d'office, soit sur l'initiative du resprésentant du ministère public, pour désigner un remplaçant provisoire au magistrat absent, malade ou empêché.

L'assemblée générale peut aussi, par une décision unanime, désigner un titulaire pour remplir les fonctions de juge de paix, concurremment avec le magistrat investi déjà des mêmes fonctions, si l'encombrement du rôle rend cette mesure nécessaire. En ce cas, le titulaire désigné comme second juge de paix conserve les attributions propres qui lui ont été confiées dans les conditions de l'article 7. Sa délégation spéciale en qualité de juge de paix lui est donnée pour une période déterminée qui ne peut dépasser trois mois dans le cours de la même année judiciaire. Le président de la section de

Digitized by Google

première instance procède à la répartition des affaires entre les deux comissaires siégeant simultanément comme juges de paix.

Art. 9. Le premier lundi de chacun des mois de mars, juillet et novembre, le tribunal criminel se constitue pour juger les individus renvoyés devant cette juridiction sous l'accusation de crime.

Il est présidé par le président de la section fonctionnant comme tribunal de première instance ou, en cas d'empêchement de ce magistrat, par un autre titulaire que désigne l'assemblée générale des titulaires en tenant compte des dispositions finales de l'article 7. Six jurés délibèrent avec le président sur la culpabilité des accusés. Le président applique la peine.

La culpabilité ne se prononce qu'avec l'assentiment du président. Au cas où le président n'est pas d'accord avec les jurés pour prononcer la culpabilité, l'affaire est renvoyée à la prochaine session du tribunal criminel présidé par un magistrat titulaire que désigne l'assemblée générale des titulaires en dehors des magistrats qui ont connu de l'affaire en qualité de juge d'instruction et de président de la section des mises en accusation. L'accusé est définitivement acquitté si, à la session suivante, la majorité ne se fait pas contre lui avec l'assentiment du président.

Art. 10. Si l'accusé est un de Nos sujets, le jury comprend trois de nos sujets, un sujet britannique, un sujet espagnol et un citoyen français.

S'il appartient à un Etat autre que l'Etat marocain, les membres du jury sont tirés au sort sur la liste des jurés de même nationalité que l'accusé. Dans le cas où il n'existe pas de liste spéciale pour la nation à laquelle appartient l'accusé, l'accusé peut désigner la nationalité de la liste des jurés par lesquels il désire être jugé et le tirage au sort est effectué sur la liste de cette nationalité. Le président du tribunal criminel lui fait connaître son droit à cet égard dix jours au moins avant l'ouverture de la session. Faute par l'accusé d'user de ce droit dans les vingt-quatre heures de l'avis à lui donné par le président, le jury se compose de deux sujets britanniques, de deux sujets espagnols et de deux citoyens français.

En cas de pluralité d'accusés de nationalités diverses, il entre, si possible, dans la composition du jury, un nombre égal de jurés de chacune des nationalités intéressées. Mais si les accusés appartiennent à quatre ou cinq nationalités différentes, le jury comprend d'abord un membre de chacune des nationalités intéressées, le siège ou les deux derniers sièges qui restent à pourvoir étant attribués par voie du sort à une ou à deux desdites nationalités intéressées.

Les listes annuelles du jury et les listes de session sont établies conformément aux règles édictées par le code de procédure criminelle.

Art. 11. Aucun pourvoi en cassation n'est possible contre les décisions du tribunal criminel. Mais Notre Majesté chérifienne conserve le droit de remettre ou de commuer en peines plus légères les peines criminelles, correctionnelles ou de police prononcées par les juridictions instituées dans les articles précedents. Les décisions gracieuses de Notre Majesté interviennent sur l'avis du magistrat du parquet et du président de la juridiction qui à statué.

Aucune condamnation capitale n'est exécutée sans l'assentiment exprès de Notre Majesté, précédé lui-même de l'avis conforme et unanime de l'assemblée générale des magistrats titulaires.

Art. 12. Dans les cas de revision prévus dans le code d'instruction criminelle, Notre Majesté peut ordonner que l'affaire jugée définitivement par une juridiction répressive soit soumise de nouveau à la même juridiction autrement composée. L'exécution de Notre ordre est assurée par le représentant du ministère public.

Digitized by Google

Art. 13. Les fonctions du ministère public sont exercées par deux magistrats respectivement choisis dans les cadres de la magistrature française et de la magistrature espagnole.

Le magistrat français représente le ministère public près la section de première instance jugeant correctionnellement et près la juridiction d'appel jugeant correctionnellement. Il adresse aussi tous réquisitoires utiles au juge d'instruction en vue de l'ouverture, de la marche et de la clôture des informations judiciaires. Il à qualité pour former opposition aux ordonnances du juge d'instruction.

Le magistrat espagnol représente, de la même façon, le ministère public près la section de première instance jugeant au civil, près la juridiction d'appel jugeant au civil, près la section d'accusation et près le tribunal criminel. Son intervention en matière civile, commerciale et administrative est facultative.

Les fonctions du ministère public faisant l'objet de la repartition ci-dessus déterminée seront alternativement confiées à chacun des deux magistrats par roulement triennal.

Ces deux magistrats portent, l'un et autre, le titre de „procureur près le tribunal mixte de Tanger". Ils remplacent mutuellement et de plein droit en cas d'absence, d'empêchement ou de la maladie. Avant d'entrer en fonctions, ils prêtent le serment imposé aux magistrats titulaires.

Ils participent aux délibérations de l'assemblée générale des titulaires dans tous les cas où cette assemblée a à régler des questions d'organisation intérieure et, notamment, dans les cas prévus par les articles 1er, 4, 6, 7, 8, 9, 11, 14, 16 et 21, ainsi que par le dernier paragraphe du présent article.

Ils sont nommés et peuvent être révoqués dans les mêmes formes et conditions que les membres titulaires du tribunal mixte.

Les fonctions d'officier du ministère public sont remplies, près le magistrat chargé des attributions de juge de paix, par un commissaire de police que désigne l'assemblée générale.

Art. 14. Le service du secrétariat greffe du tribunal mixte de Tanger est assuré par un secrétaire greffier en chef, trois secrétaires greffiers et deux commis greffiers, qui sont nommés par dahir de Notre Majesté, sur proposition de l'assemblée générale des titulaires.

Ces fonctionnaires sont exclusivement rétribués par un traitement fixe dont le montant sera déterminé ultérieurement.

Ils sont chargés de la tenue du greffe, du notariat et de la comptabilité. Ils opèrent, en outre, les actes de sommation, de notification, d'exécution et de constat ordonnés par les magistrats. Ils sont, enfin, chargés des fonctions de syndic de faillite ou de liquidateur judiciaire, ainsi que des fonctions de curateur à succession vacante, dans les conditions déterminées par la loi.

Les agents du secrétariat greffe sont de nationalité britannique, espagnole ou française. Ils doivent être âgés de vingt-cinq ans au moins. Ils sont susceptibles d'être révoqués par dahir, sur la proposition de l'assemblée générale des titulaires, qui statue, soit d'office, soit sur l'initiative de l'un des procureurs, mais, en tout cas, après explications fournies par les agents intéressés ou, au moins, après explications à eux demandées.

Un dahir détermine le montant des droits dus au Trésor à l'occasion des procédures judiciaires ou des actes du greffe et fixe aussi les conditions du recouvrement de ces droits.

Art. 15. Un interprète judiciaire pour la langue arabe, nommé par l'assemblée générale des titulaires, est attaché au tribunal mixte. Il reçoit un traitement fixe, dont le montant est déterminé par l'assemblée générale. Le cas échéant, il est fait appel à des traducteurs experts pour la traduction des pièces rédigées en des langues autres que la langue arabe.

Digitized by Google

Art. 16. Les avocats près le tribunal mixte de Tanger ont l'exercice du droit de consultation et l'exercice du droit de plaidoirie devant ce tribunal et ses différentes sections. Ils représentent leurs clients devant ledit tribunal, ses sections et le secrétariat greffe; ils présentent, en leur nom, toutes requêtes, tous mémoires ou conclusions utiles, sans qu'une procuration spéciale leur soit nécessaire.

Nul ne peut être inscrit au tableau des avocats près le tribunal mixte s'il ne remplit les conditions de capacité et autres exigées des avocats par la législation des puissances signataires de l'acte d'Algésiras ou s'il ne jouit pas du droit d'audience près d'un tribunal de l'une de ces puissances et s'il n'est, de plus, agréé à l'unanimité par l'assemblée générale des titulaires.

Les avocats régulièrement inscrits ou jouissant du droit d'audience près un tribunal de l'une des puissances signataires de l'acte d'Algésiras sont admis, par l'assemblée générale, à plaider devant le tribunal mixte et ses sections, mais ils ne peuvent y accomplir les actes de la procédure écrite comme mandataires de leurs clients.

Les devoirs et la discipline des avocats près le tribunal mixte de Tanger feront l'objet d'un règlement établi par l'assemblée générale des titulaires.

Art. 17. Les langues judiciaires sont le français et l'espagnol, les jugements et actes du greffe étant rédigés ou établis en l'une ou l'autre de ces langues, au choix des magistrats s'il s'agit de jugtements ou du secrétaire greffier en chef s'il s'agit d'actes du greffe, chaque partie pouvant aussi se servir du français ou de l'espagnol dans la rédaction de ses requêtes et pièces de procédure.

Les notifications et sommations faites en français ou en espagnol sont valables, encore que la partie à laquelle elles sont signifiées prétende ignorer la langue dans laquelle elles sont rédigées. Mais cette partie est en droit de réclamer au secrétariat greffe que lesdites notifications et sommations soient traduites par un expert et à ses frais.

Les plaidoiries sont prononcées en espagnol ou en français, sauf le cas où le président autoriserait l'emploi d'une autre langue.

Art. 18. La justice est rendue par le tribunal mixte de Tanger et ses sections, au nom de notre majesté chérifienne.

Art. 19. Le tribunal mixte de Tanger applique les codes et lois spécialement promulgués pour la zone.

Art. 20. Eu égard au caractère international du tribunal mixte de Tanger, les jugements des tribunaux des puissances signataires de l'acte d'Algésiras sont exécutoires de plein droit dans la zone de Tanger, à l'encontre des justiciables du tribunal mixte.

L'assemblée générale des titulaires détermine les conditions de vérification de l'authenticité et de la régularité des jugements d'après les lois du pays où ils ont été rendus.

Art. 21. Outre les attributions spéciales qui lui sont dévolues par les dispositions précédentes du présent dahir, l'assemblée générale des titulaires a la charge de prendre toutes les décisions réglementaires utiles sur les objets suivants:

1° Ordre et durée des congés qui seront accordés aux magistrats titulaires sans qu'ils puissent dépasser deux mois et demi par an, voyage compris pour chacun d'eux;

2° Ouverture et fermeture des bureaux du secrétariat greffe; jours et heures des audiences pour chaque juridiction;

Digitized by Google

3° Choix du costume et des insignes à porter par les magistrats soit aux audiences, soit en transport;

4° Désignation des hommes de peine, chaouchs, concierges et détermination de leurs salaires; achat de fournitures de bureaux, ouvrages de droit et périodiques, dans les limites des crédits budgétaires;

5° Tous autres objets relatifs à l'organisation intérieure du tribunal mixte ou tous autres objets d'ordre intérieur.

Art. 22. Le traitement des six magistrats titulaires du tribunal mixte est de 30,000 fr. marocains. Les magistrats reçoivent, en outre, une indemnité annuelle de 6,000 fr. à titre de frais de logement et de résidence.

Signé: *Beaumarchais.*
— *Arnold Robertson.*
— *G.-H. Villiers.*
— *Maurico Lopez Roberts,* marquis de La Torrehermosa.
— M. *Aguirre de Carcer.*

E.

Französisch-spanischer Notenwechsel zum Tanger-Abkommen.

a.

Paris, 7 février 1924.

M. *Poincaré*, Président du Conseil, à S. E. M. *Quiñones de Leon,* Ambassadeur d'Espagne à Paris.

Monsieur l'ambassadeur,

Le Gouvernement de la République, désireux de manifester l'amitié qui l'anime à l'égard du Gouvernement de Sa Majesté le Roi d'Espagne et tout le prix qu'il attache au resserrement des liens de collaboration franco-espagnole au Maroc, est heureux de répondre aux désirs exprimés à Madrid en vous donnant les assurances suivantes:

Dans l'application de la convention du 18 décembre 1923, il est convenu que:

Art. 2. Le Gouvernement de la République n'a pas d'objection a admettre, pendant toute la première période de douze ans prévue à l'article 56 de la convention qu'un prélat espagnol conserve à Tanger les privilèges qu'exerce actuellement Mgr. Cervera et qu'il continuera à exercer sa vie durant. Toutefois, une ou plusieurs paroisses françaises, suivant les besoins, devront être dès maintenant créées à Tanger, les prêtres ou les religieux de ces paroisses étant indépendants des prêtres ou des religieux espagnols, et ne relevant de Mgr. Cervera ou de son successeur qu'au point de vue de la discipline ecclésiastique. Ce n'est qu'à l'expiration de la période envisagée ci-dessus que les deux Gouvernements de France et d'Espagne demanderont au Saint-Siège de confier l'administration religieuse de Tanger à un administrateur apostolique qui sera alternativement français et espagnol.

Art. 13. Le Gouvernement de la République interviendra auprès du Gouvernement de S. M. chérifienne pour que les listes des protégés espagnols à Tanger soient revisées dans le plus grand esprit de bienveillance.

Les naturalisations espagnoles conférées à des sujets marocains seront également revisées dans un esprit bienveillant. Celles de ces naturalisations qui sont antérieures à l'acte d'Algésiras seront reconnues.

Art. 20. Un fonctionnaire espagnol du service des douanes et du grade de vérificateur principal (interventor principal) figurers dans le personnel des douanes chérifiennes de Tanger.

Digitized by Google

Cet agent sera nommé par le chef du service des douanes sur une liste de deux noms présentés par le Gouvernement espagnol. Il sera mis à même de s'assurer de l'application impartiale du régime ad valorem.

Placé sous l'autorité du chef de service et venant immédiatement après lui dans l'ordre hiérarchique, il ne relèvera que de lui et ne pourra cependant être son suppléant dans le service.

Art. 29. En ce qui concerne l'expulsion de Tanger des indigènes originaires de la zone espagnole, elle sera de droit sur la simple demande du consul d'Espagne, étant entendu que ces indigènes ne sont pas soustraits à la juridiction du mendoub.

Art. 34. L'attention du mendoub sera spécialement attirée par le consul d'Espagne à Tanger sur les titres d'un indigène musulman et d'un indigène israélite de Tanger à faire partie de l'Assemblée de la ville.

Il sera procédé à la nomination de ces indigènes après que l'examen de leurs titres aura fait l'objet d'une entente officieuse entre les consuls de France et d'Espagne à Tanger.

Art. 45. Le Gouvernement de la République est disposé, si les concessions espagnoles de téléphone et d'électricité venaient à être contestées à Tanger, à donner des instructions à son consul afin qu'il emploie son influence à faire reconnaître les titres ou les droits de ces deux compagnies. En ce qui concerne la compagnie espagnole d'électricité, les deux gouvernements français et espagnol sont d'accord pour que chacun d'eux provoque des ententes entre la compagnie espagnole, un groupement français et, éventuellement, des firmes étrangères, pour l'exploitation de l'électricité à Tanger.

Le Gouvernement espagnol, le cas échéant, donnerait des instructions à son consul à Tanger pour faire reconnaître les titres de la compagnie des eaux si les titres de cette compagnie venaient à être contestés.

Art. 47. Conformément aux dispositions de l'art. 47 le „tabor d'artillerie" de Tanger sera supprimé en même temps que les tabors de police urbains et extra-urbains.

En dehors des précisions et interprétations ci-dessus, qui se rapportent à la convention de Tanger, le Gouvernement de la République s'engage à demander à S. M. chérifienne que les sources alimentant les places de Ceuta et Melilla soient placées sous la souveraineté espagnole, ainsi que les chemins qui y mènent, étant bien entendu que seront réservés les droits des indigènes qui se servent de ces sources.

Une commission serait désignée à cet effet d'un commun accord.

Veuillez agréer . . . . . *Poincaré.*

L'ambassadeur d'Espagne a répondu par la note suivante:

b.

Paris, 7 février.

Monsieur le Président,

Par sa lettre en date de ce jour, Votre Excellence me fait savoir que le Gouvernement de la République reconnaît que, dans l'application de la convention du 18 décembre 1923, il est convenu que:

(La note reproduit ici le texte des précisions et interprétations de la lettre de M. *Poincaré.*)

J'ai l'honneur d'accuser réception à Votre Excellence de sa communication et de lui confirmer sur tous les points qui précèdent l'accord du Gouvernement de Sa Majesté avec le Gouvernement de la République, le Gouvernement royal étant non moins désireux que le Gouvernement de la République de manifester en cette circonstance l'amitié qui l'anime et le prix qu'il attache au resserrement des liens de collaboration hispano-française au Maroc.

Veuillez agréer . . . . . *Quinones de Leon.*

Digitized by Google

II.

Londoner Abkommen auf Grund des Dawes-Planes *).

A.

Schlußprotokoll der Londoner Konferenz. 16. 8. 1924.

Protocole final.

Les Représentants des Gouvernements belge, britannique (avec ceux du Canada, de l'Australie, de la Nouvelle-Zélande, du Sud-Afrique et de l'Inde), français, grec, italien, japonais, portugais, roumain, serbe-croate-slovène, ainsi que du Gouvernement allemand, auxquels se sont joints les Représentants du Gouvernement des États-Unis d'Amérique avec des pouvoirs spécifiquement limités, et les représen-

Final Protocol.

The Representatives of the Belgian Government, the British Government (with the Governments of Canada, Australia, New Zealand, South Africa and India), the French Government, the Greek Government, the Italian Government, the Japanese Government, the Portuguese Government, the Roumanian Government, the Serb-Croat-Slovene Government, and the German Government, accompanied by the Re-

*) Im Reichsgesetzblatt Teil II vom 30. 8. 1924 (Nr. 32, S. 235 ff.) ist folgendes „Gesetz über die Londoner Konferenz. Vom 30. August 1924" verkündigt:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:

§ 1

Den in den Anlagen des Schlußprotokolls der Londoner Konferenz vom 16. August 1924 enthaltenen Vereinbarungen, soweit sie von Deutschland bereits unterzeichnet sind oder nach Maßgabe des Schlußprotokolls am 30. August 1924 unterzeichnet werden sollen, wird zugestimmt.

Das Schlußprotokoll nebst seinen Anlagen wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, 800 Millionen Goldmark im Wege des Kredits flüssig zu machen.

§ 3

Die Reichsregierung wird ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die in Anlage III Artikel I Ziffer A 1 d des Schlußprotokolls erwähnten Zertifikate für:

a) 11 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft,
b) 5 Milliarden Goldmark Schuldverschreibungen nach Maßgabe des Gesetzes über die Industriebelastung

vom heutigen Tage übergeben werden können.

Bei der Ausstellung der Zertifikate wird die Reichsregierung durch die Reichsschuldenverwaltung vertreten.

§ 3a

Um die Durchführung des den Vereinbarungen der Londoner Konferenz zugrunde liegenden Sachverständigengutachtens nicht zu beeinträchtigen oder zu gefährden, hat die Reichsregierung darauf hinzuwirken,

a) daß die Gebiete, die über die im Artikel 428 des Vertrags von Versailles bezeichneten Grenzen hinaus besetzt worden sind, so rasch wie möglich, jedenfalls aber erheblich vor dem 15. August 1925 geräumt werden;
b) daß die Kölner Zone unter allen Umständen am 10. Januar 1925 endgültig geräumt wird;
c) daß Sicherheit dafür geschaffen wird, daß künftig die in der Vereinbarung über die militärische Besetzung der Rheinlande vom 28. Juni 1919 für die Befugnisse der Besatzungsbehörden gezogenen Grenzen nicht überschritten und daß insbesondere die Bewohner der Rheinlande im Genuß ihrer allgemeinen Menschenrechte und staatsbürgerlichen Grundrechte nicht geschmälert werden.

§ 4

Den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestimmt die Reichsregierung.

Berlin, den 30. August 1924.

Der Reichspräsident Ebert. Der Reichskanzler Marx.

Digitized by Google

tants de la Commission des Réparations, s'étant réunis au Foreign Office sous la présidence du très honorable *James Ramsay MacDonald*, Premier Ministre et Secrétaire d'État pour les Affaires étrangères, à la suite des travaux poursuivis par la Conférence tenue à Londres au sujet de l'application du Plan présenté à la Commission des Réparations le 9 avril 1924 par le premier Comité des Experts nommé par elle le 30 novembre 1923,

Le Président constate que tous les Gouvernements intéressés ainsi que la Commission des Réparations ont confirmé leur acceptation de ce Plan et ont donné leur agrément à sa mise en œuvre, et qu'au cours des travaux de la Conférence certains Arrangements nécessaires à cette mise en œuvre ont été arrêtés ou sont déjà signés entre les Parties intéressées. Il est entendu que ces Arrangements, dès à présent signés ou paraphés *ne varietur* (sauf en ce qui concerne les dates prévues dans l'Arrangement ci-après annexé sous le N° III et qui seront prorogées de 17 jours) et ci-après annexés, sont réciproquement subordonnés les uns aux autres. Les Représentants des Parties intéressées se rencontreront à Londres le 30 août prochain pour procéder au cours d'une même réunion à la formalité de la signature des documents qui les concernent et qui n'ont pas encore été signés. A cette occasion, une copie certifiée conforme de celui des Arrangements qui a été conclu entre les Gouvernements alliés, sera adressée au Gouvernement allemand.

Les Représentants des Gouvernements intéressés et de la Commission des Réparations ayant été unanimes à approuver le Président, celui-ci prononce la clôture des travaux de la Conférence.

Londres, le 16 août 1924.

Le Président,
(signé) *J. Ramsay MacDonald*,
(Folgen die übrigen Namen.)

presentatives of the Government of the United States of America, with specifically limited powers, and the representatives of the Reparation Commission, being assembled at the Foreign Office under the chairmanship of the Right Honourable *James Ramsay MacDonald*, Prime Minister and Secretary of State for Foreign Affairs, on the conclusion of the proceedings of the London Conference on the application of the Plan presented to the Reparation Commission on April 9, 1924, by the First Committee of Experts appointed by it on November 30, 1923,

The President states that all the Governments concerned and the Reparation Commission have confirmed their acceptance of the Plan and have agreed to its being brought into operation, and that in the course of the proceedings of the Conference certain Agreements which are necessary to enable the Plan to be brougth into operation, have been drawn up, or already signed, by the Parties concerned. It is understood that these Agreements, which have now been signed or initialled *ne varietur* (except as regards the dates laid down in the Agreement forming Annex III hereto, which will be extended by 17 days) and are annexed hereto, are mutually inter-dependent. The representatives of the Parties concerned will meet in London on the 30th August next in order to effect, at one and the same session, the formal signature of the documents which affect them and have not already been signed. On this occasion a certified copie of the Agreement concluded between the Allied Governments will be communicated to the German Government.

The statement of the President having been approved unanimously by the Representatives of the Governments concerned and of the Reparation Commission, the President declares the proceedings of the Conference at an end.

London, August 16, 1924.

President,
(signed) *J. Ramsay MacDonald.*
(Folgen die übrigen Namen.)

Digitized by Google

B.

Abkommen der Reparationskommission und der Deutschen Regierung. 9. 8. 1924.

a) Text des Abkommens.

Annexe I *).

Arrangement entre la Commission des Réparations et le Gouvernement allemand.

Les Parties Contractantes

Désireuses d'assurer la mise à exécution du plan destiné à permettre l'accomplissement par l'Allemagne de ses obligations de réparer et de ses autres obligations pécuniaires, telles qu'elles ont été fixées au Traité de Versailles, et soumis à la Commission des Réparations le 9 avril 1924 par le premier Comité des Experts nommés par ladite Commission (qualifié dans le présent arrangement de plan des experts); et désireuses de faciliter le fonctionnement du plan des experts par la mise en vigueur de tels accords supplémentaires qui pourront intervenir ultérieurement entre le Gouvernement allemand et les Gouvernements alliés à la conférence qui se tient actuellement à Londres, dans la mesure où ces accords pourront porter sur des sujets qui soient de la compétence de la Commission des Réparations et du Gouvernement allemand respectivement;

La Commission des Réparations agissant en vertu, non seulement des droits qui lui ont été conférés par ledit traité, mais encore des pouvoirs qui lui ont été donnés par les Gouvernements alliés représentés à ladite conférence du chef de tous paiements dus par l'Allemagne, mentionnés dans le plan des experts, mais non compris dans la Partie VIII dudit traité;

Ont convenu ce qui suit:

I.

Le Gouvernement allemand s'engage à prendre toutes mesures appro-

Annex I *).

Agreement between the Reparation Commission and the German Government.

The Contracting Parties

Being desirous of carrying into effect the plan for the discharge of the reparation obligations and other pecuniary liabilities of Germany under the Treaty of Versailles proposed to the Reparation Commission on April 9, 1924, by the First Committee of Experts appointed by the Commission (which plan is referred to in this agreement as the experts' plan) and of facilitating the working of the experts' plan by putting into operation such additional arrangements as may hereafter be made between the German Government and the Allied Governments at the conference now being held in London, in so far as the same may lie within the respective spheres of action of the Reparation Commission and the German Government;

And the Reparation Commission acting in virtue not only of the powers conferred upon it by the said treaty, but also of the authority given to it by the Allied Governments represented at the said conference in respect of all payments by Germany dealt with in the experts' plan but not comprised in Part VIII of the said treaty;

Hereby agree as follows: —

I.

The German Government undertakes to take all appropriate mea-

*) *Das Abkommen vom 9. August 1924 ist authentisch als Annex I des Protokolls vom 16. August 1924 bezeichnet, das Abkommen vom 18. August 1924 als Annex II, das Abkommen vom 30. August 1924 als Annex III. — S. unten S. 141.*

Digitized by Google

priées pour assurer la mise à exécution et le fonctionnement permanent du plan des experts, et spécialement:

a) Il prendra toutes mesures nécessaires pour promulguer et faire exécuter les lois et règlements requis à cet effet (notamment les lois sur la banque, les chemins de fer allemands et les obligations industrielles) en la forme approuvée par la Commission des Réparations;

b) Il appliquera les stipulations contenues dans l'Annexe I ci-jointe relative au contrôle des revenus destinés à garantir les annuités prévues au plan des experts comme à d'autres matières.

II.

La Commission des Réparations s'engage, de son côté, à prendre toutes mesures appropriées pour la mise à exécution et le fonctionnement permanent du plan des experts, et spécialement:

a) Pour faciliter l'émission de l'emprunt allemand envisagé par le plan des experts;

b) Pour effectuer tous les ajustements financiers et comptables nécessités par le plein effet à donner au plan des experts.

III.

La Commission des Réparations et le Gouvernement allemand:

a) S'engagent à mettre à exécution, dans la mesure de leur compétence respective, tels accords supplémentaires qui interviendraient ultérieurement entre le Gouvernement allemand et les Gouvernements alliés à la conférence actuellement réunie à Londres, y compris toutes dispositions dont il pourra être convenu pour la mise à exécution du plan des experts ou pour la modification de détails dans le fonctionnement de ce plan. Ces dits accords supplémentaires devront, lorsqu'ils auront été conclus, être joints au présent protocole comme deuxième annexe et revêtus de la signature de deux membres de la commission agissant au nom de celli-ci, et de deux représentants dûment mandatés du Gouvernement allemand;

sures for carrying into effect the experts' plan and for ensuring its permanent operation, and in particular —

a) It will take all measures necessary with a view to the promulgation and enforcement of the laws and regulations required for that purpose (specially the laws on the bank, the German railways and the industrial debentures) in the form approved by the Reparation Commission;

b) It will apply the provisions contained in Annex I hereto as to the control of the revenues assigned as security for the annuities under the experts' plan and other matters.

II.

The Reparation Commission undertakes on its side to take all appropriate measures for carrying into effect the experts' plan and for ensuring its permanent operation, and in particular —

a) For facilitating the issue of the german loan contemplated in the experts' plan;

b) For making all financial and accounting adjustments necessary to give full effect to the experts' plan.

III.

The Reparation Commission and the German Government agree —

a) To carry into effect in so far as the same may lie within their respective spheres of action such additional arrangements as may hereafter be made between the German Government and the Allied Governments at the said conference now being held in London, including any provisions which may be so agreed for carrying into effect the experts' plan or for the introduction of modifications of detail in the working of the said plan. The said additional arrangements when concluded shall be added in the form of a second schedule to this document and shall be identified by the signatures of two membres of the Reparation Commission on behalf of that body and of two duly authorised representatives of the German Government.

Digitized by Google

b) Toutes contestations qui pourraient naître entre la Commission des Réparations et l'Allemagne au sujet de l'interprétation, soit du présent arrangement et de ses annexes, soit du plan des experts, soit de la législation allemande édictée en exécution dudit plan sera soumise à un arbitrage suivant les méthodes à fixer et sous réserve des conditions à déterminer par la Conférence de Londres pour les questions d'interprétation du plan des experts.

La présente disposition laisse entière la clause d'arbitrage prévue par le plan des experts ou par ladite législation allemande, ou par l'une des annexes du présent arrangement.

IV.

Si la Conférence de Londres n'aboutit pas à un accord entre les Gouvernements alliés et le Gouvernement allemand pour la mise à exécution du plan des experts, le présent accord sera tenu pour non avenu.

Signé pour la Commission des Réparations:	Signé pour le Gouvernement allemand:
Louis Barthou.	*Marx.*
John Bradbury.	
Salvago Raggi.	
Léon Delacroix.	

Londres, le 9 août 1924.

b) Any dispute which may arise between the Reparation Commission and the German Government with regard to the interpretation either of the present agreement and its schedules or of the experts' plan or of the German legislation enacted in execution of that plan, shall be submitted to arbitration in accordance with the methods to be fixed and subject to the conditions to be determined by the London Conference for questions of the interpretation of the experts' plan.

This provision shall be without prejudice to the arbitration clauses included in the experts' plan or in the said German legislation or in any of the annexes hereto.

IV.

If no agreement shall be reached at the London Conference between the Allied Governments and the German Government for the purpose of carrying into effect the experts' plan, this agreement shal be void.

Signed for the Reparation Commission:	Signed for the German Government:
Louis Barthou.	*Marx.*
John Bradbury.	
Salvago Raggi.	
Léon Delacroix.	

London, August 9, 1924.

b) Text des Protokolls betreffend die Zahlungen aus dem deutschen Reichshaushalt und betreffend die Einrichtung einer Aufsicht über die Einnahmen aus den Zöllen und aus den Abgaben auf Alkohol, Tabak, Bier und Zucker.

Kap. I. Haushaltszahlungen.

1. Deutschland hat aus seinem Haushalt an den Agenten für Reparationszahlungen folgende Zahlungen zu leisten:

a) im 3. Jahre der Ausführung des Planes der Sachverständigen, d. i. im Jahre 1926/27, 110 Millionen Goldmark,

b) im 4. Jahre der Ausführung des Planes der Sachverständigen, d. i. im Jahre 1927/28, 500 Millionen Goldmark,

c) im 5. Jahre der Ausführung des Planes der Sachverständigen und in den folgenden Jahren, d. i. vom Jahre 1928 ab, 1250 Millionen Goldmark. (In diesen Zahlen ist die Beförderungssteuer nicht einbegriffen.)

2. Wenn der Ertrag der gesamten kontrollierten Einnahmequellen, wie sie nachfolgend im Kapitel III näher bezeichnet sind, im dritten Jahre 1 Milli-

Digitized by Google

arde oder im vierten Jahre 1¼ Milliarde übersteigt, so sollen die Leistungen aus dem Haushalt jeweils um ⅓ dieses Ueberschusses, jedoch um nicht mehr als 250 Millionen erhöht werden. Wenn umgekehrt diese Gesamteinkünfte im dritten Jahr 1 Milliarde oder im vierten Jahr 1¼ Milliarde nicht erreichen, so sollen die Leistungen aus dem Haushalt jeweils um ⅓ des Fehlbetrages, jedoch um nicht mehr als 250 Millionen vermindert werden.

Die Berechnung der Beträge, um die die Leistungen aus dem Haushalt vermehrt oder vermindert werden, wird nach Ablauf jedes Jahres erfolgen. Die daraufhin erforderlichen Nachzahlungen oder Rückzahlungen sind zu je ¼ im dritten, vierten, fünften und sechsten Monat des folgenden Jahres zu leisten.

3. Alle Zahlungen, die an den Agenten für Reparationszahlungen von Deutschland oder auf dessen Rechnung auf Grund des vorliegenden Protokolls zu machen sind, sind in Goldmark oder deren Gegenwert in deutscher Währung an die Reichsbank zu leisten.

Als Goldmark im Sinne dieser Bestimmung gilt der Wert von 1/2790 kg Feingold. Dieser Wert ist auf Grund der Londoner Goldpreise am dritten Börsentage vor der Fälligkeit der einzelnen Leistungen festzustellen. Der Umrechnung in die deutsche Währung ist der Mittelkurs der letzten amtlichen Berliner Notierung für Auszahlung London am dritten Börsentag vor der Fälligkeit der einzelnen Leistungen zugrunde zu legen. Bei vereinbarter Zahlung vor dem Fälligkeitstage tritt für die Berechnung der Goldmark an Stelle des Fälligkeitstages der Tag der Zahlung.

Kap. II. Zusätzliche Haushaltszahlungen.

1. Vom sechsten Jahre der Ausführung des Planes der Sachverständigen, d. i. vom Jahre 1929/30 ab, soll eine Erhöhung der im Normaljahr (1928) vorgesehenen Leistungen aus dem Haushalt entsprechend dem nachfolgend festgelegten Wohlstandsindex eintreten.

2. Der Wohlstandsindex setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen:

a) die Gesamtsumme der deutschen Ein- und Ausfuhr;

b) die Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts, einschließlich derjenigen der Länder Preußen, Sachsen und Bayern, jedoch abzüglich derjenigen Summen auf beiden Seiten, die in den betreffenden Jahren zur Erfüllung des Vertrages von Versailles zu zahlen sind;

c) die im Eisenbahnverkehr beförderte Gütermenge nach Gewicht;

d) der Gesamtgeldwert des Verbrauches an Zucker, Tabak, Bier und Branntwein in Deutschland, berechnet nach den vom Verbraucher tatsächlich bezahlten Preisen;

e) die Gesamtbevölkerung Deutschlands, berechnet nach den letzten verfügbaren Volkszählungsergebnissen, Geburts- und Todesstatistiken und Auswandererlisten;

f) der Verbrauch an Steinkohle und Braunkohle, letztere umgerechnet in Steinkohle, auf den Kopf der Bevölkerung.

3. Bei Berechnung der Vergleichsbasis werden für die Haushaltseinnahmen und -ausgaben (b), für die Bevölkerungszahl (e) und für den Kohlenverbrauch je Kopf (f) die Durchschnittsergebnisse aus den drei Jahren 1927, 1928 und 1929 und für die anderen Komponenten die Ergebnisse aus den sechs Jahren 1912 und 1913, 1926, 1927, 1928 und 1929 zugrunde gelegt. Dabei sind die Unterschiede der Bevölkerungszahl und des veränderten Goldwertes zu berücksichtigen, um einen Vergleich der zwei früheren mit den vier späteren Jahren zu ermöglichen. Die prozentuale Veränderung in jeder der sechs Gruppen gegenüber der Vergleichsbasis wird getrennt berechnet; das arithmetische Mittel aus diesen sechs Prozentzahlen ergibt den Index.

Digitized by Google

4. Zur Errechnung des Jahreszuschlages wird die Indexziffer in den fünf Jahren 1929/30 bis 1933/34 auf 1250 Millionen, also nur auf die Hälfte der Normalzahlung, in den folgenden Jahren, nämlich von 1934/35 ab, auf die Normalzahlung, nämlich 2500 Millionen angewendet.

5. Der Jahreszuschlag wird nur nach vollen halben Prozenten des Index berechnet, d. h. ein Indexmittel von 11,35 Prozent würde als 11 Prozent rechnen.

6. Auf Grund der Ergebnisse des vorangegangenen Kalenderjahres werden die evtl. Zuschläge für das kommende Jahr der Ausführung des Planes festgestellt und das Ergebnis der Reparationskommission mitgeteilt.

Der Zuschlag für das Jahr 1929/30 wird durch Vergleich der Statistik des Kalenderjahres 1929 mit der Indexbasis errechnet und vor Ablauf des vierten Monats des Jahres 1930/31 gezahlt.

7. Sollte sich nach dem Index in irgendeinem Jahre für den Zuschlag ein negativer Betrag ergeben, so soll die Grundzahlung weiter geleistet werden, spätere Zuschläge sind jedoch erst dann wieder zu zahlen, wenn die Defizit- oder Minusbeträge der vorangegangenen Jahre entsprechend berücksichtigt worden sind.

8. Die Regeln, nach denen der Index errechnet werden soll sowie die Unterlagen und Methoden, die zu benutzen sind, um festzustellen, daß die Statistiken, welche die Komponenten des Index angeben, möglichst richtig und einwandfrei sind, sollen im einzelnen durch ein Komitee festgesetzt werden, das aus vier Mitgliedern besteht. Zwei Mitglieder werden durch die Deutsche Regierung und zwei Mitglieder durch die Reparationskommission ernannt. Die Deutsche Regierung wird die Berechnung des Index durch das deutsche statistische Reichsamt nach den von dem Komitee angegebenen Methoden ausführen lassen.

Das Komitee hat das Recht, das statistische Material (insbesondere die Anmeldungen und Nachweisungen) zu prüfen, auf Grund dessen die Berechnungen für die Komponenten a und f in Ziffer 2 ausgeführt werden; das gleiche statistische Material soll unter den gleichen Bedingungen dem Kommissar für die Aufsicht über die verpfändeten Einnahmen auf dessen Wunsch zur Kenntnis gebracht werden.

Wenn sich die Mitglieder dieses Komitees über diese Fragen nicht einigen können, soll die Finanzabteilung des Völkerbundes einen Obmann ernennen. Der Obmann muß auf Antrag der Deutschen Regierung einem anderen Lande als Deutschland und den in der Reparationskommission vertretenen Ländern angehören.

Alle Streitigkeiten zwischen der Deutschen Regierung und der Reparationskommission über die Statistiken, die als Unterlagen für den Index dienen, sowie über ihre Anwendung oder über die Berechnung des Index selbst sollen durch das gleiche Komitee unter Anwendung des gleichen Verfahrens entschieden werden.

9. Die Deutsche Regierung, die Reparationskommission und die in der Reparationskommission vertretenen Regierungen können jede für sich vom Jahre 1928 ab in jedem künftigen Jahre eine Abänderung der deutschen Verpflichtungen verlangen mit der Begründung, daß sich die allgemeine Kaufkraft des Goldes im Vergleiche zu 1928 um mindestens 10 Prozent geändert habe. Die vorzunehmende Abänderung kann sich sowohl auf den Normalbetrag als auch auf die Zuschlagszahlung nach dem Wohlstandsindex beziehen; bei der Zuschlagszahlung jedoch nur insoweit, als der veränderte Goldwert nicht bereits in den Wertziffern der einzelnen Komponenten des Wohlstandsindex enthalten ist. Ist eine gegenseitige Verständigung nicht zu erzielen, so soll ein von dem Völkerbund zu ernennendes Komitee entscheiden. Die veränderte Basis wird für jedes folgende Jahr bestehen bleiben, bis eine der

Digitized by Google

Parteien behauptet, daß seit dem Jahre, in dem die Veränderung eintrat, wieder eine Verändrung von mindestens 10 Prozent entstanden ist.

Die in diesem Abschnitt behandelten Veränderungen werden auf Grund allgemein anerkannter (deutscher oder nichtdeutscher) Preisindexziffern erfolgen, und zwar einzeln oder in Verbindung miteinander, je nachdem eine Einigung stattfindet oder es der Schiedsspruch bestimmt.

Kap. III. Aufsicht über die verpfändeten Einnahmen.

1. Als Sicherheit für die Leistungen aus dem Reichshaushalt (Kapitel I und II) sowie als zusätzliche Sicherheit zur Erledigung der in der „Satzung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft" und in dem „Gesetz betreffend die Industrie-Belastung" übernommenen Haftung der Deutschen Regierung für die dort vorgesehenen Zahlungen verpfändet die Deutsche Regierung die Erträge aus den Zöllen und den Abgaben auf Branntwein, Tabak, Bier und Zucker und unterwirft sie einer Aufsicht unter nachfolgenden Bedingungen:

2. Die Ausübung der Aufsicht wird einem Kommissar übertragen, dessen Erfahrung und Tüchtigkeit auf diesem Gebiet allgemein anerkannt ist. Er wird von der Reparationskommission ernannt und ist dieser Kommission gegenüber verantwortlich.

Der Kommissar wird für jede der fünf genannten Einnahmequellen einen Unterkommissar erhalten, der ihn bei der Ausübung der Aufsicht unterstützen wird.

Dem Kommissar wird ein beratender Ausschuß beigegeben, in den die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankreich, England, Italien und Belgien je einen Vertreter entsenden.

3. Die deutschen Dienststellen werden die verpfändeten Einnahmen an den Kommissar abführen, und zwar werden spätestens am 20. eines jeden Monats

a) die zehn größten Zollkassen unmittelbar den Gesamtbetrag der im Vormonat bei ihnen aufgekommenen Einnahmen aus den fünf kontrollierten Einnahmequellen,

b) die Oberfinanzkassen den Gesamtbetrag der im Vormonat bei den Zollkassen mit Ausnahme der unter a genannten und bei ihnen selbst aufgekommenen Einnahmen aus den fünf kontrollierten Einnahmequellen,

c) die Branntwein-Monopolverwaltung den Gesamtbetrag der im Vormonat bei ihr selbst aufgekommenen Einnahmen aus dem Branntweinmonopol auf das Konto des Kommissars bei der von ihm zu bestimmenden Zweigstelle der Reichsbank überweisen, und zwar bei den Zöllen der Tabak-, Bier- und Zuckersteuer die Bruttoeinnahmen, bei dem Branntweinmonopol die Nettoeinnahmen.

Die größten Zollkassen im Sinne der Ziffer a sind für das laufende Rechnungsjahr diejenigen Kassen, die im ersten Viertel des laufenden Rechnungsjahres die höchsten Beträge an Zöllen, Tabak-, Bier- und Zuckersteuer zusammen für das Reich vereinnahmt haben. Für die künftigen Rechnungsjahre gelten jedesmal als größte Zollkassen diejenigen, die im vorausgegangenen Kalenderjahr die höchsten Einnahmen aus den kontrollierten Einnahmequellen aufzuweisen gehabt haben.

Die Eingänge aus den kontrollierten Einnahmequellen werden bei den Hebestellen in besonderen Einnahmebüchern festgehalten und sind bei den unter a bis c genannten Kassen bis zur Ablieferung auf das Konto des Kommissars gesperrt, derart, daß bei den unter a bis c genannten Kassen ein den unmittelbaren Eingängen oder den Ablieferungen an sie entsprechender Betrag stets verfügbar sein muß.

Digitized by Google

In den amtlichen monatlichen Veröffentlichungen über die Einnahmen aus den Reichssteuern dürfen die verpfändeten Einnahmen nur gesondert aufgeführt werden.

4. Der Kommissar wird über die an ihn überwiesenen Beträge in folgender Weise verfügen:

a) Im 1. und 2. Jahre, d. i. in den Jahren 1924/25 und 1925/26, in denen Deutschland keine Zahlungen aus seinem ordentlichen Haushalt zu leisten hat; wird der Kommissar mit Ausnahme der Fälle der Ziffer 5 Absatz 2 und der Ziffer 16 anordnen, daß die auf sein Konto eingezahlten Beträge sofort wieder zur Verfügung der Deutschen Regierung gestellt werden, sobald sämtliche Einnahmen aus den kontrollierten Einnahmequellen abgeführt sind.

b) Vom dritten Jahre ab behält der Kommissar von jeder der monatlichen Zahlungen soviel zurück, als nötig ist, um 1/10 der jeweils fälligen jährlichen Verpflichtungen aus dem deutschen Reichshaushalt zu decken (s. Kap. I und II).

Von den zurückbehaltenen Beträgen überweist er an den „Agenten für Reparationszahlungen" monatlich 1/12 der jeweils fälligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen, und den Rest verwendet er so lange zur Ansammlung eines Reservefonds, bis dieser mit den aufgelaufenen Zinsen den Betrag von 100 Millionen Goldmark erreicht hat. Von diesem Zeitpunkt ab und solange der Reservefonds 100 Millionen Goldmark beträgt, behält der Kommissar monatlich nur soviel zurück, als nötig ist, um 1/12 der jeweils fälligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen zu decken.

Die Beträge, die nach den vorstehenden Bestimmungen von dem Kommissar nicht zurückzubehalten sind, wird er spätestens eine Woche, nachdem sämtliche monatlichen Einnahmen aus den kontrollierten Einnahmequellen an ihn abgeführt sind, der Deutschen Regierung zurückerstatten.

Der Reservefonds ist in erster Linie dazu bestimmt, um etwaige Fehlbeträge der kontrollierten Einnahmen zu decken, wenn diese in einem Monat hinter 1/12 der jeweils fälligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen zurückbleiben sollten. Wenn aus dem Reservefonds Fehlbetrage gedeckt worden sind, so ist er unter Anwendung des oben angegebenen Verfahrens (Zurückbehaltung von 1/10 statt 1/12 monatlich und der auflaufenden Zinsen) wieder bis zu dem Betrage von 100 Millionen aufzufüllen.

Der Kommissar ist verpflichtet, den Reservefonds unter Berücksichtigung der für ihn notwendigen Bewegungsfreiheit bestmöglichst anzulegen. Die auflaufenden Zinsen fließen dem Reservefonds zu und sind der Deutschen Regierung zu überweisen, sobald der Reservefonds 100 Millionen Goldmark erreicht hat.

5. Sollten die Zinsen und Tilgungsbeträge für die Eisenbahn- und Industrieobligationen nicht rechtzeitig oder nicht in voller Höhe gezahlt werden und sollte der Trustee für diese Obligationen von dem Kommissar die Bezahlung der fälligen Zinsen und Tilgungsbeträge verlangen, so wird der Kommissar auf den in Ziffer 4 erwähnten Reservefonds zurückgreifen und, soweit der Fehlbetrag aus dem Reservefonds nicht gedeckt werden kann, die Beträge, die nach den vorhergehenden Bestimmungen an die Deutsche Regierung zurückzuzahlen sind, bis zu dem Betrage einbehalten, der ausreicht, um die von dem Trustee verlangten Zahlungen zu leisten und den Reservefonds wieder auf seinen bisherigen Stand zu bringen. Dasselbe Verfahren wird angewandt werden, um den Reservefonds wieder auf seinen bisherigen Stand zu bringen, wenn der Fehlbetrag aus dem Reservefonds hat gedeckt werden können. Der Kommissar hat an Stelle der Rückzahlung die eingelösten Zinsscheine und Obligationen der Deutschen Regierung auszuhändigen.

Digitized by Google

Wenn der Trustee für die Eisenbahnobligationen oder der Trustee für die Industrieobligationen dem Kommissar für die kontrollierten Einnahmen mitteilt, daß die Gefahr besteht, daß die Zinsen und Tilgungsbeträge für die genannten Obligationen am Fälligkeitstage nicht oder nicht in voller Höhe gezahlt werden, so kann der Kommissar schon von dem Tage der Mitteilung ab den Betrag zurückbehalten, der ausreicht, um die von dem Trustee angemeldeten voraussichtlichen Fehlbeträge zu decken. Die Mitteilung des Trustee an den Kommissar kann frühestens 6 Wochen vor der Fälligkeit der genannten Zins- und Tilgungsbeträge, aber erst vom zweiten Jahre der Ausführung des Planes ab, erfolgen. Sobald und soweit sich herausgestellt hat, daß die zurückbehaltenen Beträge zur Bezahlung der betreffenden Zinsen und Tilgungsbeträge nicht benötigt werden, sind sie nebst den aufgelaufenen Zinsen sofort der Deutschen Regierung zurückzuerstatten.

6. Von der Inkraftsetzung des Planes der Sachverständigen ab hat der Kommissar die folgenden Rechte:

a) Damit der Kommissar feststellen kann, daß alle verpfändeten Einnahmen ordnungsgemäß von den Pflichtigen erhoben und durch die Kontrollverwaltung geleitet worden sind, werden ihm monatlich bescheinigte Zusammenstellungen eingesandt werden, die ihm die fortlaufende genaue Kenntnis über den Lauf jeder der verpfändeten Einnahmen, sowohl im ganzen wie bei den einzelnen Hebestellen, verschaffen. Daneben steht ihm die Einsicht in die Unterlagen zu, nach denen bei der Reichsrechnungsstelle die monatlichen Nachweisungen über den Eingang der verpfändeten Einnahmen aufgestellt werden und nach denen bei der Reichshauptkasse die Rechnungslegung über die verpfändeten Einnahmen erfolgt.

b) Dem Kommissar werden ferner die Gesetzentwürfe und Verordnungen, die die verpfändeten Einnahmen betreffen, mitgeteilt, die Gesetzentwürfe und die Entwürfe zu Verordnungen, die mit der Zustimmung des Reichsrats erlassen werden, zur gleichen Zeit wie dem Reichsrat, die übrigen Verordnungen zur gleichen Zeit wie den Landesfinanzämtern. Zur gleichen Zeit wie den Landesfinanzämtern werden ihm die Runderlasse an die Landesfinanzämter mitgeteilt, die die Erhebung und Buchung der verpfändeten Einnahmen betreffen.

Der Kommissar und die Unterkommissare stehen in ständiger Fühlung mit dem Reichsfinanzministerium. Sie haben Zutritt bei dem Minister selbst, bei dem zuständigen Staatssekretär und bei dem zuständigen Abteilungsleiter, der sie und ihre akkreditierten Vertreter mit den Beamten ein für allemal in Verbindung bringen wird, die ihnen bei der Erfüllung ihrer Aufgabe eintretenden Falles von Nutzen sein können.

Der Kommissar kann jede Auskunft verlangen, die er für die Erfüllung seiner Aufgabe für nützlich hält. Die zuständige Abteilung des Reichsfinanzministeriums wird ihm diese Auskunft mit den erforderlichen Unterlagen so schnell wie möglich erteilen. Um sich diese Auskunft zu verschaffen, kann der Kommissar auch die Dienststellen der Provinzial- und Lokalverwaltung sowie die der Steueraufsicht unterliegenden Betriebe besuchen und bei den Dienststellen auch Einsicht in die Bücher und Belege über die verpfändeten Einnahmen nehmen. Zu dem gleichen Zweck kann er auch seine Vertreter oder Sachverständigen entsenden. Solche Besuche wird der Kommissar oder sein Beauftragter in Begleitung eines ihm vom Reichsfinanzministerium beigegebenen Beamten vornehmen, es sei denn, daß ein Beamter zu der gewünschten Zeit nicht zur Verfügung gestellt wird.

7. Die Rechte des Kommissars, wie sie in Ziffer 6 angegeben sind, erweitern sich:

a) wenn in drei aufeinanderfolgenden Monaten der auf das Konto des Kommissars abgeführte Betrag aus den verpfändeten Einnahmen monatlich

Digitized by Google

weniger als 120 vom Hundert eines Zwölftels der jeweils fälligen Haushaltsverpflichtungen (s. Kap. I und II) beträgt oder

b) wenn bei unveränderter Lage der einschlägigen Gesetze, insbesondere der Tarife, in sechs aufeinanderfolgenden Monaten der auf das Konto des Kommissars abgeführte Betrag aus den verpfändeten Einnahmen insgesamt um mehr als 35 vom Hundert hinter dem Betrage der entsprechenden Monate des Vorjahres oder um mehr als 30 vom Hundert hinter dem durchschnittlichen Betrage der entsprechenden Monate der beiden letzten vorhergehenden Jahre zurückbleibt oder

c) wenn bei unveränderter Lage der einschlägigen Gesetze, insbesondere der Tarife, in sechs aufeinanderfolgenden Monaten der abgelieferte Betrag einer der verpfändeten Einnahmen insgesamt um mehr als 50 vom Hundert hinter dem abgelieferten Ertrag der entsprechenden Monate des Vorjahres zurückbleibt.

Diese erweiterten Rechte des Kommissars, die er entweder einzeln oder gleichzeitig ausüben kann, sind folgende:

a) Er kann dem Reichsminister der Finanzen vorschlagen, von den ihm in den Gesetzen gegebenen Ermächtigungen weitestgehenden und schärfsten Gebrauch zu machen, um die Einnahmen aus den verpfändeten Einnahmequellen zu erhöhen, oder er kann ihm vorschlagen, alle im Rahmen der geltenden Gesetze zugelassenen Erleichterungen und Vergünstigungen, wie z. B. den gänzlichen oder teilweisen Erlaß oder die Erstattung von Steuern oder die Gewährung von Stundungen usw. aufzuheben, bis die Voraussetzungen fortgefallen sind, unter denen die erweiterten Rechte des Kommissars eingetreten sind.

Der Kommissar wird bei seinen Vorschlägen auf die wirtschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere in bezug auf die Ausfuhr, jede Rücksicht nehmen, die sich mit den steuerlichen Notwendigkeiten verträgt.

b) Er kann außer bei den Zöllen Widerspruch erheben dagegen, daß bei denjenigen Einnahmequellen, bei denen ein Einnahmerückgang eingetreten ist, die Tarife ermäßigt werden, und er kann bei sämtlichen Einnahmequellen, bei denen ein Rückgang eingetreten ist, Widerspruch erheben dagegen, daß die Strafbestimmungen gemildert oder irgendwelche allgemeine Regelungen getroffen werden, die geeignet sind, die Eingänge aus diesen Einnahmequellen zu vermindern oder zu verzögern. Deshalb werden ihm alle Gesetzentwürfe und Verordnungen, die die verpfändeten Einnahmen betreffen, sowie alle Runderlasse an die Landesfinanzämter, die die Erhebung und Buchung der verpfändeten Einnahmen betreffen, mitgeteilt werden, ehe sie in den Reichsrat oder an die Landesfinanzämter abgehen. Legt der Kommissar innerhalb einer Woche nach Mitteilung des Gesetzentwurfs usw. keinen Widerspruch ein, so wird sein Einverständnis angenommen.

c) Er kann seine Vertreter oder Sachverständigen damit beauftragen, festzustellen, in welchen besonderen Ursachen der Rückgang der Einnahmen bei bestimmten Einnahmequellen begründet ist. Zu diesem Zweck kann er nach Benehmen mit dem Reichsfinanzministerium bestimmten Landesfinanzämtern oder örtlichen Zolldienststellen oder beiden zugleich Vertreter oder Sachverständige zuteilen. In diesem Falle wird ihnen ein deutscher Beamter beigegeben werden, um ihnen die Ausführung ihres Auftrages zu erleichtern und ihnen den Einblick in die Einzelheiten des inneren und äußeren Dienstbetriebes zu vermitteln.

d) Falls sich bei der Ablieferung der Einnahmen aus den kontrollierten Einnahmequellen durch die Oberfinanzkassen nach Maßgabe von Kap. III Ziffer 3 nach seiner Meinung Unzuträglichkeiten herausgestellt haben, kann der Kommissar verlangen, daß die Zahl der großen Zollkassen, die unmittelbar abzuliefern haben, über die Zahl von 10 hinaus erhöht wird.

Digitized by Google

Die erweiterten Rechte des Kommissars erlöschen, wenn die Voraussetzungen für ihren Eintritt fortgefallen sind und dieser neue Zustand drei Monate angedauert hat.

8. Die Reichsregierung soll in den folgenden Fällen unter den gleichen Bedingungen wie die alten Einnahmen vorübergehend andere indirekte Steuern verpfänden, die ausreichend sind, um zusammen mit den bisher verpfändeten Einnahmen monatlich mindestens ein Zehntel der fälligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen (s. Kap. I und II) zu ergeben:

a) wenn die Einnahmen aus den kontrollierten Einnahmequellen derart zurückgehen, daß in drei aufeinanderfolgenden Monaten — oder in zwei aufeinanderfolgenden Monaten, falls der Reichsminister der Finanzen die von dem Kommissar gemachten Vorschläge (Ziff. 7 Abs. 2a) nicht ausgeführt hat — der Kommissar trotz vollständigen Verbrauchs des Reservefonds monatlich nicht ein Zwölftel der fälligen aus dem Haushalt zu leistenden Jahresverpflichtungen (s. Kap. I und II) an den Agenten für Reparationszahlungen hat abführen können oder

b) wenn der Reichsminister der Finanzen die von dem Kommissar gemachten Vorschläge nicht ausgeführt hat und die Einnahmen aus den verpfändeten Einnahmequellen sich nicht so erhöht haben, daß im vierten und in den beiden folgenden Monaten, nachdem der Kommissar seine Vorschläge gemacht hat, der an den Kommissar abgelieferte Betrag aus den verpfändeten Einnahmen wieder mindestens 120 vom Hundert eines Zwölftels der jeweils fälligen Haushaltsverpflichtungen beträgt.

Sobald die alten verpfändeten Einnahmen für sich allein drei Monate hindurch mindestens 120 vom Hundert eines Zwölftels der fälligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen ergeben haben, kommt die zeitweilige Verpfändung der neuen Steuern in Fortfall. Gleichzeitig vermindern sich die Rechte des Kommissars auf die in Ziffer 6 angegebenen.

9. Wenn andererseits die Einnahmen aus den alten und neuen verpfändeten Steuern zusammen so zurückgehen, daß in drei aufeinanderfolgenden Monaten insgesamt nicht mindestens ein Betrag abgeliefert werden kann, der ausreicht, um $^3/_{10}$ der fälligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen zu decken, so hat der Kommissar folgende Rechte:

Er kann nach Benehmen mit dem Agenten für Reparationszahlungen die Durchführung solcher Maßnahmen verlangen, welche nach seiner Ansicht nötig und geeignet sind, um vorhandene Mängel abzustellen und die Erträge aus den Steuerquellen zu steigern, deren Rückgang den Fehlbetrag herbeigeführt hat. Wenn diese Maßnahmen ausgeführt und angewendet werden und wenn während vier aufeinanderfolgender Monate die verpfändeten Einnahmen monatlich mindestens $^1/_{10}$ der jeweils fälligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen ergeben haben, sollen die Maßnahmen ganz oder teilweise rückgängig gemacht werden, wenn der Reichsminister der Finanzen und der Kommissar sie nicht mehr für nötig halten.

10. Werden diese Maßnahmen, soweit sie im Rahmen der geltenden Gesetze vorgenommen werden können, nicht unverzüglich und soweit sie eine Aenderung der Gesetzgebung zur Voraussetzung haben, nicht innerhalb von zwei Monaten in Kraft gesetzt, oder führen sie nicht zu dem Ergebnis, daß spätestens im vierten Monat nach ihrer Inkraftsetzung mindestens ein Zehntel der fälligen jährlichen Haushaltsverpflichtungen zur Ablieferung gekommen ist, so kann der Kommissar nach Benehmen mit dem Agenten für Reparationszahlungen fordern, daß eine Aenderung der Organisation bei diesen Einnahmequellen eintritt. Zu diesem Zweck kann er verlangen, daß eine oder mehrere Organisationen gebildet werden, die die Steuerzweige, durch deren

Digitized by Google

Versagen der Fehlbetrag herbeigeführt ist, selbständig und unabhänig vom Staat verwalten. Eine solche Organisationsänderung kann aber, falls der Reichsminister der Finanzen es verlangt, erst dann eintreten, wenn der in Ziffer 14 erwähnte Schiedsrichter entschieden hat, daß diese Maßnahme notwendig und geeignet ist, die Eingänge aus den Steuern so zu gestalten, daß die jährlichen Haushaltsverpflichtungen (s. Kap. I und II) durch die verpfändeten Einnahmequellen sichergestellt sind.

11. Die Sätze der verpfändeten Abgaben auf Branntwein, Tabak, Bier und Zucker sollen von der Deutschen Regierung ohne die Einwilligung des Kommissars nicht herabgesetzt werden.

12. Der Kommissar wird sich jeder Einmischung in die Zolltarifpolitik der Deutschen Regierung enthalten.

13. Alle Bestimmungen dieses Protokolls sind so auszulegen und zu handhaben, daß die mit der Kontrolle der verpfändeten Einnahmen betrauten Personen sowie die von dem Kommissar herangezogenen Sachverständigen über die bei der Kontrolle in Erfahrung gebrachten Tatsachen außerhalb ihres Dienstes, und zwar auch über die Zeit ihrer Tätigkeit in der Kontrolle hinaus, volle Verschwiegenheit beobachten und daß insbesondere das Steuer- und Geschäftsgeheimnis der beteiligten Gewerbetreibenden nicht verletzt wird.

14. Ueber Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kommissar und der Reichsregierung über die Auslegung dieses Protokolls, insbesondere über die dem Kommissar zustehenden Rechte, entscheidet auf Antrag der Reichsregierung oder des Kommissars ein vom jeweiligen Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs im Haag zu ernennender Schiedsrichter, der auf Verlangen der Deutschen Regierung einem anderen Lande angehören muß als Deutschland oder den in der Reparationskommission vertretenen Ländern. Die Anrufung des Schiedsrichters hat mit Ausnahme des Falls der Ziffer 10 keine aufschiebende Wirkung.

15. Alle Ausgaben des Kommissars und der Unterkommissare sowie ihres gesamten Personals sind aus den festgesetzten jährlichen Leistungen Deutschlands zu decken; sie dürfen diese Leistungen also nicht erhöhen.

Lediglich die Mehrausgaben für die Kontrolle, die dadurch entstehen, daß den berechtigten Forderungen des Kommissars von seiten der deutschen Verwaltungsstellen nicht Rechnung getragen worden ist, sind von Deutschland neben den in Kapitel I und II angegebenen Haushaltsverpflichtungen zu entrichten. Ob und in welcher Höhe eine solche Verpflichtung Deutschlands anzuerkennen ist, entscheidet im Streitfalle der in Ziffer 14 erwähnte Schiedsrichter.

16. Soweit bei Beginn des letzten Viertels des zweiten Jahres der Ausführung des Plans die Gefahr besteht, daß aus dem Verkauf von Vorzugsaktien der Gesellschaft „Deutsche Reichsbahn“ oder aus einer inneren Anleihe nicht ein Betrag fließen wird, der ausreicht, um die in diesem Jahre in Höhe von 250 Millionen Goldmark fälligen außerordentlichen Haushaltsverpflichtungen zu leisten, kann der Kommissar auf Antrag des Agenten für Reparationszahlungen aus den an ihn in den letzten drei Monaten des laufenden Jahres und in dem ersten Monat des nächsten Jahres abgeführten Einnahmen je ein Viertel des Betrages zurückbehalten, der erforderlich ist, um den Fehlbetrag zu decken.

17. Durch die Bestimmungen dieses Kapitels über die Verpfändung bestimmter Einnahmen werden die in Kap. I und II enthaltenen Zahlungsverpflichtungen aus dem deutschen Haushalt nicht berührt.

Digitized by Google

C.

Zwei Abkommen zwischen den Alliierten Regierungen und der Deutschen Regierung.

(Annex II und III zu dem Protokoll vom 9. Aug. 1924; s. oben S. 130.)

a) Abkommen 18. 8. 1924.

Annexe II.

Accord entre les Gouvernements alliés et le Gouvernement allemand concernant l'Arrangement du 9 Août 1924 entre le Gouvernement allemand et la Commission des Réparations.

Les Représentants des Gouvernements réunis à Londres,

Ayant pris acte des dispositions de l'Arrangement signé à Londres le 9 août 1924 entre le Gouvernement allemand et la Commission des Réparations, ainsi que des questions dont, d'après l'article III de cet Arrangement, le règlement doit être complété;

Sont d'accord pour que les clauses ci-après soient incorporées dans ledit Arrangement:

Clause 1.

Les méthodes à suivre pour le règlement des contestations visées dans l'article III-b de l'Arrangement du 9 août 1924 seront les suivantes:

Sous réserve des pouvoirs d'interprétation reconnus à la Commission des Réparations par le paragraphe 12 de l'Annexe II de la Partie VIII du Traité de Versailles et sous réserve des clauses d'arbitrage prévues par ailleurs et notamment par le plan des Experts ou par la législation allemande édictée en exécution de ce plan, toute contestation qui pourrait naître entre la Commission des Réparations et l'Allemagne au sujet de l'interprétation soit de l'Arrangement conclu entre eux, soit du plan des Experts, soit de la législation allemande édictée en exécution dudit plan, sera soumise au jugement de trois arbitres nommés pour cinq ans, un par la Commission des Réparations, un par le Gouvernement allemand, et le troisième, avec fonctions de

Annex II.

Agreement between the Allied Governments and the German Government concerning the Agreement of August 9, 1924, between the German Government and the Reparation Commission.

The Representatives of the Governments assembled in London,

Having taken note of the provisions of the Agreement signed in London on August 9, 1924, between the German Government and the Reparation Commission, and of the questions of which under Article III of the said Agreement the settlement must be completed,

Agree that the following clauses shall be embodied in the said Agreement: —

Clause 1.

The procedure for the settlement of disputes contemplated in Article III (b) of the said Agreement of August 9, 1924, shall be as follows: —

Subject to the powers of interpretation conferred upon the Reparation Commission by paragraph 12 of Annex II to Part VIII of the Treaty of Versailles and subject to the provisions as to arbitration existing elsewhere, and in particular in the Experts' plan or in the German legislation enacted in execution of that plan, all disputes which may arise between the Reparation Commission and Germany with regard to the interpretation either of the Agreement concluded between them, the Experts' plan, or the German legislation enacted in execution of that plan, shall be submitted for decision to three arbitrators appointed for five years; one by the Reparation Commission, one by the German Government, and the third, who shall at as

Digitized by Google

président, par un accord entre la Commission des Réparations et le Gouvernement allemand, ou, à défaut d'accord, par le Président en exercice de la Cour Permanente de Justice Internationale.

Avant faire droit et sans préjuger de la question en litige, le Président statuant à la requête de la partie la plus diligente, ordonnera toutes mesures provisoires utiles à l'effet d'éviter une interruption dans le fonctionnement régulier du plan et de garantir les droits respectifs des Parties.

Sauf décision contraire des arbitres, la procédure sera réglée par les dispositions de la Convention de La Haye du 18 octobre 1907, sur le règlement pacifique des litiges internationaux.

Clause 2.

Le Gouvernement allemand déclare:

a) Qu'il reconnaît que le Comité des Transferts est libre, compte tenu des conditions du Rapport des Experts, d'employer les fonds à sa disposition au paiement de livraisons, effectuées dans les conditions habituelles du commerce, de toutes marchandises et services prévus par les programmes établis de temps à autre par la Commission des Réparations après consultation du Comité des Transferts ou par la Commission arbitrale prévue à l'alinéa d) ci-après, y compris en particulier le charbon, le coke, les matières colorantes et toutes autres marchandises spécialement prévues dans le Traité de Versailles, même après exécution des obligations dudit Traité relatives à ces marchandises;

b) Qu'il reconnaît que les programmes établis par la Commission des Réparations, après consultation du Comité des Transferts, ou par la Commission arbitrale prévue à l'alinéa d) ci-après, en vue de livraisons à effectuer dans les conditions habituelles du commerce, ne sont pas soumis, quant à la nature des produits, aux restrictions établies par le Traité de Versailles pour les livraisons que la

President, by agreement between the Reparation Commission and the German Government, or failing such agreement, by the President for the time being of the Permanent Court of International Justice.

Before giving a final decision and without prejudice to the questions at issue, the President, on the request of the first party applying therefor, may order any appropriate provisional measures in order to avoid an interruption in the regular working of the plan and to safeguard the respective rights of the parties.

Subject to any decision of the arbitrators to the contrary the procedure shall be governed by the provisions of the Convention of The Hague of October 18, 1907, on the pacific settlement of international disputes.

Clause 2.

The German Government declares:

(a) That it recognises that the Transfer Committee is free, subject to the conditions of the Report of the Experts, to employ the funds at its disposal in the payment for deliveries on customary commercial conditions of any commodities or services provided for in the programmes from time to time prescribed by the Reparation Commission after consultation with the Transfer Committee or by the Arbitral Commission provided for in paragraph (d) below, including in particular coal, coke and dyestuffs and any other commodities specially provided for in the Treaty of Versailles, even after the fulfilment of the Treaty obligations in regard to these commodities.

(b) That it recognises that the programmes laid down by the Reparation Commission, after consultation with the Transfer Committee, or by the Arbitral Commission provided for in paragraph (d) below, for deliveries to be made under ordinary commercial conditions, shall not be subject, as regards the nature of the products, to the limitations fixed by the Treaty of Versailles for the deliveries which

Digitized by Google

Commission des Réparations peut exiger de l'Allemagne en vertu de celui-ci; toutefois, ces programmes seront établis en tenant compte des possibilités de production de l'Allemagne, des conditions de son approvisionnement en matières premières et de ses nécessités intérieures, pour autant que cela sera nécessaire au maintien de sa vie sociale et économique et en tenant compte également des limitations fixées par le Rapport des Experts;

c) Qu'il facilitera autant que possible l'exécution des programmes de toutes les livraisons, soit en vertu du Traité, soit en vertu du Rapport des Experts, au moyen de contrats commerciaux passés dans les conditions commerciales habituelles; en particulier, qu'il ne prendra ni permettra de prendre aucune mesure qui aurait pour conséquence de rendre impossible l'obtention des prestations dans les conditions commerciales habituelles.

Les Gouvernements alliés prennent, d'autre part, chacun pour ce qui le concerne, l'engagement d'empêcher, autant que possible, la réexportation des produits reçus en prestation de l'Allemagne sauf dans les conditions prévues dans l'article V de l'Annexe 6 du Rapport des Experts.

d) Le Gouvernement allemand déclare, en outre, qu'il accepte les dispositions supplémentaires suivantes en ce qui concerne la fixation et l'exécution des programmes pour les livraisons de certains produits, énumérés ci-dessous, après exécution des obligations du Traité relatives à ces produits:

1° A défaut d'accord sur les programmes de livraison de ces produits entre les membres de la Commission des Réparations, ou entre la Commission des Réparations statuant à l'unanimité et le Gouvernement allemand, ses programmes seront établis pour des périodes à fixer par le Comité spécial prévu par la clause 3 du présent Accord, en tenant compte des usages normaux du commerce, par une commission de trois arbitres in-

the Reparation Commission can demand from Germany thereunder; but they shall be fixed with due regard to the possibilities of production in Germany, to the position of her supplies of raw materials and to her domestic requirements in so far as is necessary for the maintenance of her social and economic life and also with due regard to the limitations set out in the Experts' Report.

(c) That it will facilitate as far as possible the execution of the programmes for all deliveries under either the Treaty or the Experts' Report by means of commercial contracts passed under ordinary commercial conditions; and that in particular, it will not take, nor allow to be taken, any measure which would result in deliveries being unobtainable under ordinary commercial conditions.

The Allied Governments on their side each undertake so far as it is concerned to prevent as far as possible the re-exportation of the deliveries received from Germany, except in accordance with the provisions of Article V of Annex 6 of the Experts' Report.

(d) The German Government further declares that it agrees to the following additional provisions in regard to the fixation and execution of programmes for the deliveries of the undermentioned products after the fulfilment of the Treaty obligations in regard to such products:

(1.) In default of agreement as regards the programmes of deliveries of these products, either between the members of the Reparation Commission, or between the Reparation Commission acting unanimously and the German Government, programmes which take due account of ordinary commercial custom shall be laid down for periods to be determined by the Special Committee referred to in clause 3 of this agreement by an Arbitral Commission

Digitized by Google

dépendants et impartiaux. Les membres de cette Commission arbitrale seront désignés à l'avance pour une période déterminée par accord entre la Commission des Réparations statuant à l'unanimité et le Gouvernement allemand, ou à défaut d'accord, par le Président en exercice de la Cour permanente de Justice internationale de La Haye. Le Président de cette Commission sera un citoyen des Etats-Unis d'Amérique.

2° Pour la fixation des programmes, la Commission arbitrale tiendra compte des possibilités de production de l'Allemagne, des conditions de son approvisionnement en matières premières et de ses nécessités intérieures, pour autant que cela sera nécessaire au maintien de sa vie sociale et économique, ainsi que des conditions prévues par le Rapport des Experts; elle ne dépassera pas d'autre part les limites indiquées par le Comité des Transferts en vue du maintien du change allemand.

3° La décision de la Commission arbitrale fixant les programmes sera définitive.

4° Les Gouvernements alliés ou leurs ressortissants s'efforceront d'obtenir la livraison des quantités totales fixées par les programmes au moyen de contrats commerciaux directs avec les fournisseurs allemands.

5° Si un Gouvernement allié considère que lui même ou ses ressortissants n'ont pas pu passer de tels contrats commerciaux pour les quantités totales du programme, par suite de mesures de discrimination de parti pris ou d'obstruction de parti pris de la part du Gouvernement ou des ressortissants allemands, il pourra soumettre une réclamation motivée à la Commission arbitrale, et celle-ci, après avoir entendu les parties, décidera en équité, en tenant compte des conditions stipulées à l'alinéa 2° ci-dessus, s'il y a eu, en effet, des mesures de discrimination de parti pris ou d'obstruction de parti pris de la part du Gouvernement ou des fournisseurs allemands.

consisting of three independent and impartial arbitrators. The members of this Arbitral Commission shall be appointed in advance for a definite period by agreement between the Reparation Commission acting unanimously and the German Government, or, in default of agreement, by the President for the time being of the Permanent Court of International Justice at The Hague. The Chairman of the Commissions shall be a citizen of the United States of America.

(2.) In laying down the programmes, the Arbitral Commission shall take into account the possibilities of production in Germany, the position of her supplies of raw materials and her domestic requirements in so far as necessary for the maintenance of her social and economic life, and also of the conditions set out in the Experts' Report, nor shall it exceed the limits fixed by the Transfer Committee with a view to the maintenance of the German exchange.

(3.) The decision of the Arbitral Commission fixing the programmes shall be final.

(4.) The Allied Governments and nationals shall make every effort to obtain the delivery of the full amounts fixed by these programmes by means of direct commercial contracts with the German suppliers.

(5.) If any Allied Government considers that it or its nationals have not been able to make commercial contracts to the full amount of the programme owing to measures of wilful discrimination or wilful obstruction on the part of the German Government or its nationals, it may submit a reasoned claim to the Arbitral Commission, and the Commission after hearing the parties shall decide, as a matter of equity, taking into account the conditions referred to in paragraph (2) above, whether there have in fact been measures of wilful discrimination or wilful obstruction on the part of the German Government or of German suppliers.

Digitized by Google

6° Si la Commission arbitrale prend une décision affirmative, elle exigera du Gouvernement allemand qu'il assure les livraisons de telles quantités fixées par elle, aux conditions qu'elle déterminera, notamment en ce qui concerne les prix.

7° Tous les litiges auxquels donnerait lieu l'interprétation des décisions de la Commission arbitrale, lui seront déférés pour jugement en dernier ressort.

8° Rien dans la présente clause n'affecte en aucune manière les pouvoirs du Comité des Transferts tels qu'ils sont définis au Rapport des Experts.

La procédure prévue ci-dessus sera appliquée aux produits suivants:

1° Houille, coke, briquettes de lignite;

2° Sulfate d'ammonique synthétique et autres produits azotés synthétiques. Ces derniers produits ne pourront être demandés qu'en même temps que le sulfate d'ammoniaque synthétique et au maximum dans la proportion de leur fabrication par rapport à celle du sulfate d'ammoniaque pendant la même période de fabrication.

3° Produits indiqués au paragraphe 5 de l'Annexe VI à la Partie VIII du Traité de Versailles (texte anglais) sauf, en ce qui concerne les produits pharmaceutiques, les spécialités fabriquées par un seul „Concern".

Pour les produits sous le N° 3°, les dispositions spéciales de l'alinéa d) cesseront d'être applicables le 15 août 1928.

Pour les produits sous les N°s 2° et 3°, le Comité spécial prévu à la clause 3 arrêtera une liste plus détaillée; il pourra, pour certains d'entre eux, fixer les quantités maxima, soit en poids, soit en valeur; il pourra aussi exclure certains d'entre eux, s'il est démontré qu'ils sont indispensables à la protection de l'économie nationale allemande.

(6.) In the event of the Arbitral Commission deciding this question in the affirmative, it shall require the German Government to ensure the delivery of such quantities as it shall decide, and under such conditions, particularly as regards price, as it shall fix.

(7.) Any disputes which may arise as to the interpretation of the decisions of the Arbitral Commission shall be submitted to it for final judgment.

(8.) Nothing in this clause shall affect in any way the powers of the Transfer Committee as set out in the Experts' Report.

The above procedure will apply to the following products: —

(I) Coal, coke and lignite briquettes;

(II) Sulphate of ammonia prepared by synthetic processes and other synthetic nitrogenous products. These last-named products can only be called for simultaneously with synthetic sulphate of ammonia and up to a quantity corresponding to the proportion in which these products are manufactured as compared with sulphate of ammonia in the same period of manufacture.

(III) Products referred to in paragraph 5 of Annex VI of Part VIII of the Treaty of Versailles (English text) with the exception, as regards chemical products, of specialities manufactured by a single "Concern".

As regards the products falling under (III), the special provisions of paragraph (d) will cease to apply on the 15th August, 1928.

As regards the products falling under (II) and (III) above, the Special Committee provided for in clause 3 will draw up a more detailed list. For certain among them, it may fix maximum quantities as regards either weight or value: it may also exclude certain of them, if it is shown that they are indispensable for the protection of German national economy.

Digitized by Google

Clause 3.

Le Gouvernement allemand accepte la constitution d'un Comité spécial de six membres au plus, comprenant un nombre égal de représentants alliés et allemands, qui seront respectivement nommés par la Commission des Réparations et le Gouvernement allemand, et qui s'adjoindront, en cas de désaccord, un membre supplémentaire de nationalité neutre, nommé d'accord entre les membres alliés et allemands, ou à défaut d'accord par la Commission des Réparations. Ce Comité sera chargé:

1° De déterminer les modes de passation des commandes et les conditions d'exécution des prestations en nature de façon à assurer leur bon fonctionnement, en se rapprochant autant que possible des usages ordinaires du commerce;

2° D'étudier les meilleurs moyens de rendre efficaces les engagements qui auront été pris par le Gouvernement allemand, conformément aux paragraphes c et d de la clause 2 du présent Accord, en prévoyant notamment le renvoi à un arbitrage de tous les désaccords qui pourraient se manifester à ce sujet entre les parties intéressées, la décision de l'arbitre ou des arbitres devant être obligatoire pour ces parties;

3° D'examiner les meilleurs moyens d'appliquer les dispositions du Rapport des Experts relatives à la limitation des livraisons à celles qui ne revêtent pas un caractère anti-économique et de recommander les mesures à prendre contre toute personne qui enfreindrait la prohibition de la réexportation des livraisons.

Les membres de ce Comité peuvent être aidés par tels experts qu'ils jugeront nécessaires.

Les travaux de ce Comité ne devront, en aucun cas, retarder la mise en application du plan des Experts et ses décisions ne devront empiéter en quoi que ce soit sur les attributions du Comité des Transferts qui sera institué en vertu dudit Plan. Ces

Clause 3.

The German Government agrees to the appointment of a special Committee, not exceeding six members, composed of an equal number of Allied and German representatives, who shall be appointed by the Reparation Commission and the German Government respectively, with the power in the event of difference to coopt an additional member of neutral nationality to be chosen by the Allied and German members in agreement or in default of agreement to be appointed by the Reparation Commission. This Committee will be charged with the duty of —

1. Determining the procedure for placing orders and the conditions for carrying out deliveries in kind so as to ensure the satisfactory working of such deliveries, adhering as closely as possible to ordinary commercial usage.

2. Examining the best means of ensuring the fulfilment of the undertakings to be given by the German Government in accordance with clause 2, paragraphs c) and d), of this agreement, in particular by providing for the reference to arbitration of any disagreements which may arise thereon between the interested parties, the decision of the arbitrator or arbitrators being binding on such parties.

3. Examining the best means of applying the provisions of the Experts' Report relative to the limitation of deliveries to those which are not of an antieconomic character, and to recommend the measures to be taken against any persons who infringe the prohibition against reexportation of deliveries.

The members of the Committee may be assisted by such experts as they may consider necessary.

The work of this Committee is not in any way to delay the bringing into operation of the Experts' Plan, and its decisions are not to encroach in any way on the powers of the Transfer Committee to be set up under that Plan. Its decisions must

Digitized by Google

décisions devront, en conséquence, être approuvées par la Commission des Réparations et par le Comité des Transferts (en ce qui le concerne) avant d'être mises à exécution. Il est entendu que les conclusions de ce Comité ne seront pas modifiées sans le consentement du Gouvernement allemand.

Clause 4.

Si des différences d'opinion se produisent entre le Comité des Transferts et le Gouvernement allemand, sur les points suivants relatifs à l'exécution de l'article VI de l'Annexe 6 du Rapport des Experts, savoir:

1° inscription d'une catégorie particulière d'avoirs sur la liste,

2° ou modifications à la liste,

3° ou consistance d'une catégorie quelconque comprise dans la liste,

4° ou mesures à prendre pour garantir que les placements à effectuer de cette manière ne seront pas d'un caractère temporaire,

ces différends devront, à la requête de l'une des parties en cause, être soumis à un arbitre (qui, si le Gouvernement allemand le désire, sera un ressortissant d'un pays non intéressé dans les paiements de réparations de l'Allemagne); cet arbitre sera choisi d'accord entre les deux parties ou, à défaut d'accord, sera nommé par le Président en exercice de la Cour permanente de Justice internationale de La Haye. Il devra décider si les demandes faites ou les objections soulevées sont justifiées et, pour ce faire, il devra donner une particulière attention aux principes définis à l'article VI, savoir: 1° que les placements envisagés ne doivent pas avoir un caractère temporaire et 2° que le Gouvernement allemand est requis de tenir dûment compte de la nécessité qu'il y a pour lui d'effectuer le maximum de paiements à ses créanciers, mais qu'il a également le droit de tenir compte de la nécessité de maintenir le contrôle de sa propre économie intérieure.

Les Gouvernements alliés acceptent que les transferts de marks pour des

accordingly before being carried out be approved by the Reparation Commission, and by the Transfer Committee, in so far as the latter is concerned. It is understood that the conclusions of this Committee will not be modified without the consent of the German Government.

Clause 4.

If differences of opinion should arise between the Transfer Committee and the German Government on any of the following points relating to the execution of Article VI of Annex 6 of the Experts' Report, viz:

1. the inclusion of any particular class of property in the list,

2. any modification in the list,

3. the scope of any class so included, or

4. the measures to be taken to secure that investments to be purchased by this procedure shall not be of a temporary character,

such difference shall be referred, at the request of either party, to an arbitrator (who, if the German Government so desire, shall be a national of a country not interested in German reparation payments) to be chosen by agreement between the two parties, or in default of agreement to be nominated by the President for the time being of the Permanent Court of International Justice at The Hague. The arbitrator shall decide whether any claim made or objection raised is justified or not, and in so doing shall in particular give consideration to the principles set out in Article VI, viz: 1. that the investment must not be of a temporary character, and 2. that the German Government is required to have due regard to the necessity for making maximum payments to its creditors but is also entitled to have regard to maintaining its control of its own internal economy.

The Allied Governments agree that the Transfer Committee should only

Digitized by Google

achats conformes audit article 6, ne soient faits que quand les fonds accumulés excéderont les montants que la banque d'émission acceptera comme dépôts.

Clause 5.

Si le Comité des Transferts est divisé à égalité de voix sur la question de savoir s'il y a eu manœuvres financières concertées, au sens de l'article VIII de l'Annexe 6 au Rapport des Experts, la question sera déférée à un arbitre indépendant et impartial, qui entendra chacun des membres du Comité et les départagera. Cet arbitre sera un expert financier, choisi d'un commun accord par les membres du Comité des Transferts, et à défaut d'accord, par le Président en exercice de la Cour permanente de Justice internationale de La Haye.

Sur toutes autres questions, si le Comité des Transferts est divisé à égalité de voix, le Président aura une voix prépondérante.

Au cas où les fonds à la disposition de l'Agent général pour les Paiements des Réparations s'accumuleraient en Allemagne à un moment quelconque jusqu'à la limite de 5 milliards de marks-or prévue par l'alinéa a de l'article X de l'Annexe 6 du Rapport des Experts, ou jusqu'à tout autre chiffre inférieur qui pourrait être fixé par le Comité des Transferts conformément à l'alinéa b dudit article, et où le Comité aurait décidé à la majorité que des manœuvres financières concertées au sens de l'article VIII de cette Annexe n'ont pas eu lieu, ou que certaines mesures destinées à faire échouer les manœuvres envisagées par cet article ne devraient pas être prises, tout membre de la minorité de ce Comité pourra, dans un délai de huit jours, faire appel de telles décisions à un Tribunal arbitral dont la sentence sera finale. Le Tribunal arbitral sera composé de trois experts financiers indépendants et impartiaux, dont un citoyen des Etats-

transfer marks for purchases under the operation of the said Article VI if and when the accumulated funds exceed the amounts which the Bank of Issue will accept as short term deposits.

Clause 5.

If the Transfer Committee is equally divided in regard to the question whether concerted financial manœuvres have been set on foot within the meaning of Article VIII of Annex 6 of the Experts' Report, the question shall be referred to an independent and impartial arbitrator, who shall hear the views of each of the members of the Committee and decide between them. The arbitrator shall be a financial expert selected by the members of the Transfer Committee in agreement, or, in default of an agreement, by the President for the time being of the Permanent Court of International Justice at The Hague.

On all other questions, if the Transfer Committee is equally divided, the Chairman shall have a casting vote.

If the funds at the disposal of the Agent-General for Reparation Payments are at any time accumulated in Germany up to the limit of 5 milliards of gold marks referred to in paragraph a) of Article X of Annex 6 of the Experts' Report, or such lower figure as may be fixed by the Transfer Committee under paragraph b) of that Article, and the Committee has, by a majority, decided that concerted financial manœuvres within the meaning of Article VIII of that Annex have not taken place, or that certain measures to defeat manœuvres contemplated in that Article should not be taken, any member of the minority of the Committee may, within eight days, appeal against such decision to an arbitral Tribunal, whose decision on the matters before them shall be final. The arbitral Tribunal shall consist of three independent and impartial financial experts, including a citizen of the United States of America, who shall act as Chairman,

Digitized by Google

Unis d'Amérique (qui sera Président), nommés par le Comité à l'unanimité, ou. à défaut d'accord, choisis par le Président en exercice de la Cour permanente de Justice internationale de La Haye.

Clause 6.

Si un Gouvernement intéressé (allié ou allemand) considère qu'il existe dans le fonctionnement technique du plan des Experts, en ce qui concerne l'encaissement des versements allemands ou le contrôle des garanties de ces versements, un défaut auquel on peut remédier sans porter atteinte aux principes essentiels du plan, ce Gouvernement pourra soumettre la question à la Commission des Réparations, qui en saisira aussitôt, pour enquête et avis, un Comité composé de l'Agent général pour les Paiements des Réparations, du ou des Trustees pour les obligations des chemins de fer et les obligations hypothécaires industrielles, des Commissaires des chemins de fer, de la Banque et des revenus affectés en gage.

Ce Comité transmettra à la Commission des Réparations dans le plus bref délai possible, soit un rapport unanime, soit des rapports de majorité et de minorité accompagnés s'il y a lieu de propositions sur les moyens de remédier aux défauts qui auraient pu être signalés.

Si la Commission des Réparations prend une décision unanime, elle invitera le Gouvernement allemand à y adhérer, et si cette adhésion est obtenue, les mesures nécessaises seront mises en vigueur sans délai.

Si la Commission des Réparations n'est pas unanime, ou si sa décision unanime n'est pas acceptée par le Gouvernement allemand, chacune des parties intéressées pourra déférer la question à un Comité de trois experts indépendants et impartiaux, choisis d'un commun accord entre la Commission des Réparations statuant à l'unanimité et le Gouvernement allemand ou, à défaut de cet accord, par

such experts to be selected by the Committee unanimously, or, failing unanimity, to be appointed by the President for the time being of the Permanent Court of International Justice at The Hague.

Clause 6.

If any Government interested (Allied or German) consider that a defect exists in the technical working of the Experts' Plan so far as it relates to the collection of German payments or the control of the securities therefor, which can be remedied without affecting the substantial principles of that Plan, it may submit the question to the Reparation Commission, which will transmit it forthwith for enquiry and advice to a Committee consisting of the Agent-General for Reparation Payments, the Trustee or Trustees for the Railway and Industrial Mortgage Bonds, the Railway Commissioner, the Bank Commissioner and the Commissioner of Controlled Revenues.

This Committee will, as soon as possible, transmit to the Reparation Commission either a unanimoue report, or majority and minority reports, including, if necessary, proposals for the removal of any defect to which attention may have been drawn.

If the Reparation Commission arrives at a unanimous decision, it shall invite the German Government to adhere to it, and if an agreement is reached with the German Government on the subject, the necessary measures shall be carried into effect without delay.

If the Reparation Commission is not unanimous, or if any decision taken unanimously is not accepted by the German Government, any of the parties interested may submit the question to a Committee of three independant and impartial experts chosen by agreement between the Reparation Commission deciding unanimously and the German Government, or, in default of such agreement, by the Presi-

Digitized by Google

le Président en exercice de la Cour permanente de Justice internationale de la Haye. La décision de ce Comité sera définitive.

Il est entendu que la présente disposition ne s'applique pas aux questions relatives à l'emploi des fonds versés au compte de l'Agent général pour les Paiements des Réparations ni à aucune autre question relevant exclusivement de la compétence du Comité des Transferts.

Fait à Londres, le août 1924, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de Sa Majesté britannique, qui est chargé d'en remettre une copie certifiée à la Commission des Réparations pour incorporation dans l'Arrangement du 9 août 1924, ainsi qu'à chacun des Gouvernements signataires.

dent for the time being of the Permanent Court of International Justice at The Hague. The decision of this Committee shall be final.

It is understood that this provision shall not apply to any question in regard to the disposal of the funds paid to the account of the Agent General for Reparation Payments, or to any other matter which falls solely within the competence of the Transfer Committee.

Done at London the day of August, 1924, in a single copy which will remain deposited in the archives of His Britannic Majesty's Government, which will transmit a certified copy to the Reparation Commission for inclusion in the Agreement of August 9, 1924, and to each of the signatory Governments.

b) Abkommen 30. 8. 1924.

Annexe III.

Animés du désir de réaliser le plus tôt possible, en ce qui les concerne, le plan présenté à la Commission des Réparations le 9 avril 1924 par le premier Comité des Experts nommés par elle le 30 novembre 1923 „pour rechercher les moyens d'équilibrer le budget et les mesures à prendre pour stabiliser la mannaie de l'Allemagne", ledit plan approuvé par cette Commission et respectivement accepté par les Puissances intéressées,

Ont résolu de conclure un Arrangement à cet effet et, en conséquence, les soussignés, dûment autorisés, ont convenu des dispositions suivantes:

Article 1er.

A. Le plan des Experts du 9 avril 1924 sera considéré comme ayant été mis à exécution, sauf en ce qui concerne les mesures à prendre par les Gouvernements alliés, lorsque la Commission des Réparations aura constaté que les mesures qu'elle a définies dans sa décision N° 2877 quater du 15 juillet 1924, auront été réalisées, à savoir:

1. Que l'Allemagne a pris les mesures suivantes:

a) Le vote par le Reichstag, sous la forme approuvée par la Commission

Annex III.

Animated with the desire to bring into being as soon as possible as regards matters affecting them, the plan presented to the Reparation Commission on April 9, 1924, by the First Committee of Experts appointed by it on November 30, 1923, „to consider the means of balancing the budget and the measures to be taken to stabilise the currency of Germany", approved by the Commission and accepted by each of the interested Powers,

Have resolved to conclude an agreement for this purpose, and, therefore, the undersigned duly authorised have agreed as follows. —

Article 1.

A. The Experts' Plan of April 9, 1924, will be considered as having been put into execution, except as regards measures to be taken by the Allied Governments, when the Reparation Commission has declared that the measures prescribed by it in its decision No. 2877 (4) of July 15, 1924, have been taken, that is to say: —

1. That Germany has taken the following measures: —

a) The voting by the Reichstag in the form approved by the Repa-

Digitized by Google

des Réparations, et la promulgation des lois nécessaires au fonctionnement du plan;

b) La mise en place, en vue d'un fonctionnement normal, de tous les organes d'exécution et de contrôle prévus par le plan;

c) La constitution définitive, conformément aux dispositions des lois les concernant, de la Banque et de la Compagnie des Chemins de fer du Reich;

d) La remise aux „Trustees" des certificats représentatifs des obligations de chemins de fer et de tels certificats analogues qui résulteraient pour les obligations industrielles du rapport du Comité d'organisation.

2. Que des contrats ont été conclus garantissant le placement de l'emprunt de 800 millions de marks-or dès que le plan aura été mis à exécution et que toutes les conditions du Rapport des Experts auront été remplies.

B. L'unité fiscale et économique de l'Allemagne sera considérée comme ayant été rétablie dans les conditions indiquées par le plan des Experts, lorsque les Gouvernements alliés auront pris les mesures suivantes:

1° Suppression de toutes les entraves apportées depuis le 11 janvier 1923 à la législation fiscale et économique de l'Allemagne; rétablissement des autorités allemandes dans les pleines attributions qu'elles exerçaient avant le 11 janvier 1923 dans les territoires occupés, en ce qui concerne les services des douanes et des impôts, les services du commerce extérieur, les forêts, les chemins de fer (dans les conditions stipulées dans l'article 5) et, en général, toutes les branches de l'administration fiscale et économique; les autres services non mentionnés ci-dessus fonctionneront à tous égards conformément à l'Arrangement Rhénan; les formalités relatives à l'admission ou à la réadmission des fonctionnaires allemands seront appliquées de façon telle que le rétablissement des autorités allemandes, notamment des administrations douanières, puisse avoir lieu dans le

ration Commission of the laws necessary to the working of the Plan, and their promulgation.

b) The installation with a view to their normal working of all the executive and controlling bodies provided for in the Plan.

c) The definitive constitution, in conformity with the provisions of the respective laws, of the Bank and the Germain Railway Company.

d) The deposit with the trustees of certificates representing the railway bonds and such similar certificates for the industrial debentures as may result from the report of the Organisation Committee.

2. That contracts have been concluded assuring the subscription of the loan of 800 million gold marks as soon as the Plan has been brought into operation and all the conditions bontained in the Experts' Report have ceen fulfilled.

B. The fiscal and economic unity of Germany will be considered to have been restored in accordance with the Experts' Plan when the Allied Governments have taken the following measures: —

1. The removal and cessation of all vetoes imposed since January 11, 1923, on German fiscal and economic legislation; the re-establishment of the German authorities with the full powers which they exercised in the occupied territories before January 11, 1923, as regards the administration of customs and taxes, foreign commerce, woods and forests, railways (under the conditions specified in Article 5), and, in general, all other branches of economic and fiscal administration; the remaining administrations not mentioned above will operate in every respect in conformity with the Rhineland Agreement; the formalities regarding the admission or re-admission of German officials will be applied in such a manner that the re-establishment of the German authorities, in particular the customs administration, may take place with the least possible delay; all this with-

Digitized by Google

plus bref délai possible; le tout sans autres limites que celles du Traité de Versailles, de l'Arrangement Rhénan et du plan des Experts;

2° Remise entre les mains de leurs propriétaires de toutes les mines, cokeries et autres entreprises industrielles, agricoles, forestières et de navigation, exploitées en régie ou provisoirement affermées par les autorités d'occupation depuis le 11 janvier 1923;

3° Retrait des services spéciaux qui ont été créés pour l'exploitation des gages et mainlevée des réquisitions effectuées pour le fonctionnement de ces services;

4° Suppression des entraves à la circulation des personnes, des marchandises et des véhicules, sous réserve des stipulations de l'Arrangement Rhénan;

5° D'une façon générale, les Gouvernements alliés en vue d'assurer dans les territoires occupés l'unité fiscale et économique de l'Allemagne, feront procéder par la Haute Commission Interalliée des Territoires Rhénans sous réserve des dispositions de l'Arrangement Rhénan, à une mise au point des ordonnances prises par ladite Commission depuis le 11 janvier 1923.

Article 2.

Le plan des Experts sera mis à exécution dans le plus bref délai. A cette fin, les mesures indiquées à l'article 1er seront prises aussi rapidement que possible; notamment les lois nécessaires au fonctionnement du plan seront promulguées immédiatement après avoir été votées.

Article 3.

1. Tous efforts seront faits pour le plan des Experts soit mis complètement à exécution au plus tard le 5 octobre 1924.

2. Le 15 août 1924, au plus tard, la promulgation des lois allemandes nécessaires au fonctionnement du plan, dans les termes approuvés par la Commission des Réparations, ainsi que l'entrée en fonctions de l'Agent des Paiements des Réparations, devront pouvoir être constatées par ladite Commission.

out other restrictions than those stipulated in the Treaty of Versailles, the Rhineland Agreement and the Experts' Plan.

2. The restoration to their owners of all mines, cokeries and other industrial, agricultural, forest and shipping undertakings exploited under Allied management or provisionally leased by the occupying authorities since January 11, 1923.

3. The withdrawal of the special organisations established to exploit the pledges and the release of requisitions made for the working of those organisations.

4. The removal, subject to the provisions of the Rhineland Agreement, of restrictions on the movement of persons, goods and vehicles.

5. In general, the Allied Governments, in order to ensure in the Occupied Territories the fiscal and economic unity of Germany, will cause the Inter-allied Rhineland High Commission to proceed, subject to the provisions of the Rhineland Agreement, to an adjustment of the Ordinances passed by the said Commission since January 11, 1923.

Article 2.

The Experts' Plan will be put into execution with the least possible delay. For this purpose the measures indicated in article 1 will be taken as rapidly as possible; in particular, the laws necessary for the working of the Plan will be promulgated immediately after they have been voted.

Article 3.

1. Every effort shall be made to bring the Experts' Plan into full operation not later than October 5, 1924.

2. On August 15, 1924, at the latest, the Reparation Commission ought to be in a position to announce that the German laws necessary for the working of the Plan have been promulgated in the terms approved by it, and also that the Agent-General for Reparation Payments has taken up his duties.

Digitized by Google

3. Dans un délai de cinq semaines (35 jours) à partir de la date de cette première constatation (soit au plus tard le 20 septembre 1924), la réalisation des autres mesures définies dans la décision de la Commissions des Réparations du 15 juillet 1924, visée à l'article 1er, devra également pouvoir être constatée par ladite Commission.

Il appartiendra, le cas échéant, à la Commission des Réparations d'abréger si possible ces délais ou de les allonger dans la mesure indispensable pour permettre la pleine exécution des dispositions énumérées ci-dessus.

Les Gouvernements français et belge s'engagent à réaliser dans un délai de quinze jours après la date de la deuxième constatation (soit le 5 octobre 1924) le programme fixé à l'article 1er, pour le rétablissement de l'unité fiscale et économique de l'Allemagne. Ils aviseront la Commission des Réparations de cette réalisation. La décision déclarant que le programme a été entièrement mis à exécution, sera prise par la Commission des Réparations.

Article 4.

a) Dès la premiére constatation prévue à l'article 3—2⁰ (soit le 15 août 1924), et pendant toute la période transitoire qui s'écoulera entre la première et la deuxième constatation (soit entre le 15 août et le 20 septembre 1924), sans attendre la complète exécution des mesures prescrites par la Commissison des Réparations dans sa décision du 15 juillet 1924, les Gouvernements français et belge, désireux de rétablir le plus tôt possible dans une large mesure l'unité fiscale et économique de l'Allemagne, prendront les dispositions suivantes:

Huit jours après la première constatation (soit le 23 août 1924), les perceptions seront supprimées sur la ligne douanière orientale, c'est-à-dire la ligne douanière entre les territoires occupés et les territoires non occupés.

Vingt jours après la première constatation (soit le 5 septembre 1924), et plus tôt si la chose est possible, les autorités alliées atténueront dans la plus large mesure les entraves ap-

3. Within five weeks (35 days) from the date of this first announcement (i. e., not later than September 20, 1924), the Commission should be in a position to announce that the other measures prescribed in its decision of July 15, 1924, mentioned in article 1, have been fulfilled.

The Reparation Commission shall have power if necessary to advance these dates if circumstances permit, or to postpone them so far as may be deemed indispensable for the complete fulfilment of the above provisions.

The French and Belgian Governments under take to fulfil within a fortnight after the date of the second announcement (i. e., by October 5, 1924), the programme laid down in article 1 for the restoration of Germany's fiscal and economic unity. They will notify the Reparation Commission of such fulfilment. The decision that the programme has been fully executed will be taken by the Reparation Commission.

Article 4.

a) As soon as the first announcement referred to in article 3 (2) has been made (i. e., on August 15, 1924), and during the transition period between the first and second announcements (i. e, between August 15 and September 20, 1924), without waiting for the complete execution of the measures prescribed by the Reparation Commission in its decision of July 15, 1924, the French and Belgian Governments, being desirous of restoring in a large measure Germany's fiscal and economic unity as soon as possible, will take the following steps: —

Eight days after the first announcement (i. e., August 23, 1924) the levy of duties on the Eastern Customs Line (i. e., the customs barrier between occupied and unoccupied Germany) will cease.

Twenty days after the first announcement (September 5), and earlier if possible, the Allied authorities will reduce as far as possible the restrictions imposed since January 11, 1923,

Digitized by Google

portées depuis le 11 janvier 1923 à la circulation des personnes, des marchandises et des véhicules, spécialement entre les territoires occupés et les territoires non occupés. Dans le même délai, les Gouvernements français et belge auront supprimé ladite ligne douanière orientale et appliqueront uniquement la législation et les tarifs en vigueur en Allemagne non occupée aux perceptions de toute nature effectuées par eux dans les territoires occupés, ainsi qu'au régime du commerce extérieur, sauf en ce qui concerne la Régie franco-belge des chemins de fer, qui continuera à appliquer ses propres tarifs.

b) Lesdits Gouvernements continueront à effectuer les perceptions ainsi ajustées, mais ils reverseront à l'Agent des Paiements des Réparations les recettes réalisées par eux par application du nouveau régime depuis la date de la première constatation (15 août 1924), y compris les bénéfices nets de la Régie franco belge des chemins de fer, sauf une retenue mensuelle de 2 millions de marks-or, destinée à couvrir à forfait les frais de perception pendant la période transitoire.

c) De son côté, le Gouvernement allemand versera à l'Agent des Paiements des Réparations, pendant la période transitoire, des mensualités telles qu'en y ajoutant les recettes ci-dessus prévues, l'Agent des Paiements dispose chaque mois d'une dotation égale au douzième de la première annuité du plan des Experts, déduction faite de la valeur approximative des recettes provenant du „Recovery Act" britannique pendant le mois, ou des dispositions correspondantes qui pourraient être prises par les autres Gouvernements alliés, ainsi que des marks-papier fournis aux armées d'occupation Il est entendu que la charge mensuelle à supporter par l'Allemagne pendant la période transitoire sera égale au douzième de la première annuité de la charge globale incombant à l'Allemagne, ainsi que cette charge globale est définie à la Section XI du plan des Experts;

on the movements of persons, goods and vehicles, especially between occupied and unoccupied Germany. Within the same period the French and Belgian Governments will have abolished the said Eastern Customs Line and will apply solely the legislation and tariffs in force in unoccupied Germany to collections and charges of all kinds levied by them in the occupied territories, as well as to the régime for external trade, except so far as concerns the Franco-Belgian Railway Régie, which will continue to apply its own tariffs.

b) The aforesaid Governments will continue to levy the collections and charges thus adjusted, but will hand over to the Agent-General for Reparation Payments the receipts accruing to them after the first announcement (August 15, 1924) from the application of the new régime, including the net profits from the Franco-Belgian railway régie, but less the monthly deduction of a lump sum of two million gold marks to cover the cost of collection during the transition period.

c) On its side the German Government will pay over to the Agent-General for Reparation Payments during the transition period such monthly instalments as, added to the receipts above provided for, shall place at his disposal each month an amount equal to one-twelfth of the first annuity under the Experts' Plan, less the estimated receipts during the month from the operation of the British Reparation Recovery Act or corresponding measures which may be adopted by the other Allied Governments and the paper marks supplied to the armies of occupation It is understood that the monthly burden to fall upon Germany during the transition period shall be one-twelfth of the first annuity of the global payment incumbent on Germany, as such global payment is defined in Section XI of the Experts' Plan; to such monthly burden is to be added each month during the tran-

Digitized by Google

à ladite charge mensuelle doivent être ajoutés, chaque mois pendant la période transitoire, les 2 millions de marks-or ci-dessus mentionnés.

d) Les paiements destinés à couvrir les mensualités visées ci-dessus seront effectués tous les dix jours.

Le premier versement de l'Allemagne sera effectué à la date de la première constatation (15 août 1924).

Le premier versement des Gouvernements français et belge sera fait dix jours plus tard (25 août 1924).

Le premier et le deuxième versement de l'Allemagne seront de 20 millions de marks-or chacun. Le troisième versement formera le complément du paiement à faire par l'Allemagne pendant le premier mois.

Les versements ultérieurs de l'Allemagne seront fixés par l'Agent des Paiements des Réparations et seront tels que cet Agent dispose, pour chaque décade, du tiers de la dotation mensuelle stipulée ci-dessus, compte tenu des versements effectués par les Gouvernements français et belge, ainsi que des recettes provenant des „Recovery Acts", etc.

Les versements des Gouvernements français et belge ne seront exigibles qu'autant que le Gouvernement allemand aura, de son côté, effectué les siens.

e) Avec les ressources ainsi mises à sa disposition, l'Agent des Paiements des Réparations assurera, pendant la période transitoire, le paiement des réparations et des autres charges du Traité, conformément à la répartition qui sera arrêtée par les Gouvernements Alliés et Associés.

Il mettra, en particulier, à la disposition des Gouvernements intéressés les sommes nécessaires:

1° pour assurer le paiement des prestations en nature résultant de tous accords maintenus ou passés par eux ou par leurs représentants pendant la période transitoire, y compris les frais de transport desdites prestations dans les conditions prévues par le Traité de Versailles;

sition period the two millions of gold marks mentioned above.

d) Payments towards the abovementioned monthly sums will be made every ten days.

The first payment by Germany will take place on the date of the first announcement (August 15, 1924).

The first payment by the French and Belgian Governments will be made ten days later (August 25, 1924).

The first and second payments by Germany will amount to twenty million gold marks each. The third payment will consist of the balance of the payment to be made by Germany during the first month.

The subsequent payments by Germany shall be fixed by the Agent-General for Reparation Payments and shall be such as to place at the disposal of the Agent-General during each period of ten days one-third of the monthly instalment stipulated above, taking into account the payments made by the French and Belgian Governments and the receipts from the Reparation Recovery Acts, &c

The payments by the French and Belgian Governments will only fall due in so far as the German Government has on its part effected its payments.

e) With the resources thus placed at his disposal the Agent-General for Reparation Payments shall provide for the payment of reparation and other treaty charges during the transition period, in conformity with the decisions as to distribution which will be taken by the Allied and Associated Governments.

In particular he shall place at the disposal of the interested Governments the sums necessary —

1. To ensure the complete financing of all agreements concerning deliveries in kind continued or entered into by them or by their representatives during the transition period, including the cost of the transport of the said deliveries, as provided by the Treaty of Versailles;

Digitized by Google

2° pour couvrir les frais d'exploitation des mines et cokeries exploitées en régie, y compris les frais de transport aux frontières.

Comme conséquence des dispositions qui précèdent, et pour éviter que la période pendant laquelle les paiements allemands seront effectués au taux prescrit pour la première annuité, dure plus d'une année, la période correspondant à la première annuité d'après le plan des Experts sera réduite d'une durée égale à la durée de la période transitoire et la seconde annuité commencera immédiatement après (soit le 15 août 1925).

Article 5.

Dès la deuxième constatation (20 septembre 1924), la concession de tous les chemins de fer du Reich sera transférée à la nouvelle compagnie prévue par le plan des Experts A partir de cette date, l'exploitation de toutes les lignes actuellement exploitées par la „Deutsche Reichsbahn" sera assurée par ladite compagnie. Quinze jours après la deuxième constatation (5 octobre 1924), les lignes actuellement exploitées par la Régie seront exploitées pour le compte de la compagnie sous le contrôle du Comité d'organisation des chemins de fer.

Aussitôt après la signature du présent Arrangement, le Comité d'organisation se mettra en rapport avec la Régie pour préparer les opérations de transfert. Le transfert effectif de l'exploitation de la Régie à la compagnie sera fait progressivement, sous le même contrôle, avec toute la rapidité compatible avec la bonne exécution du transfert; il devra être terminé dans un délai de six semaines (20 novembre 1924), le Comité d'organisation pouvant toutefois accorder des délais supplémentaires pour des opérations de détail.

Article 6.

L'examen des mesures de détail à appliquer et des moyens à mettre en œuvre pour réaliser les dispositions visées aux articles 1 B, 2, 3 et 4 a fera l'objet de conférences techniques

2. To cover the working expenses of mines and cokeries under Allied management, including the cost of transport to the frontiers.

As a consequence of the above provisions and in order that the period during which German payments are made at the rate prescribed for the first annuity shall not exceed one year, the period corresponding to the first annuity in the Experts' Plan will be reduced by a period equal to that of the transition period, and the second annuity will begin immediately thereafter (i. e., August 15, 1925).

Article 5.

Upon the second announcement (September 20, 1924), the railway system of the Reich will be transferred to the new company contemplated by the Experts' Plan. As from that date the operation of all the lines now worked by the Deutsche Reichsbahn will pass to the said company. As from a fortnight after the second announcement (October 5, 1924), the lines now operated by the Régie will be worked on account of the company under the control of the Railway Organisation Committee.

As soon as the present agreement has been signed, the Organisation Committee will place itself in communication with the Régie in order to arrange the details of the transfer. The actual transfer from the Régie to the Company will be made step by step under the control of the Organisation Committee with as little delay as is compatible with an orderly transfer. It shall be completed within a period of six weeks (by November 20, 1924), the Organisation Committee bowever, having authority to grand extensions of time for the arrangement of details.

Article 6.

The detailed measures to be applied and the machinery to be set up in order to carry out the provisions of articles 1 B, 2, 3 and 4 (a) will be studied by technical conferences be-

Digitized by Google

entre les représentants des autorités alliées intéressées et les représentants des administrations allemandes intéressées. Ces conférences s'ouvriront à Coblence et à Düsseldorf aussitôt après la Conférence de Londres.

Les mesures d'application et de transition seront, dans les formes habituelles, rendues exécutoires dans les territoires occupés.

Article 7.

A l'effet de réaliser un apaisement réciproque et, dans la mesure du possible, de faire table rase du passé, les Gouvernements alliés et le Gouvernement allemand sont tombés d'accord sur les dispositions suivantes, étant entendu que, pour les faits qui pourraient désormais se produire, la juridiction et la législation de l'Allemagne, notamment en ce qui concerne la sécurité de l'État, et celles des autorités d'occupation, notamment en ce qui concerne leur sécurité, suivront respectivement leur cours normal conformément au Traité de Paix et à l'Arrangement Rhénan:

1. Personne ne pourra, sous aucun prétexte, être poursuivi, inquiété ou molesté ou soumis à un préjudice matériel ou moral, soit en raison d'actes commis exclusivement ou principalement pour des raisons politiques, soit en raison de son attitude politique, dans les territoires occupés, depuis le 11 janvier 1923 jusqu'à la mise en vigueur du présent Arrangement, soit en raison de son obéissance ou de sa désobéissance aux ordres, ordonnances, décrets ou autres injonctions émanant des autorités d'occupation ou réciproquement des autorités allemandes et relatifs aux événements qui ont eu lieu pendant la même période, soit en raison de ses relations avec lesdites autorités.

2. Le Gouvernement allemand et les Gouvernements alliés intéressés feront remise de toutes les condamnations et pénalités, judiciaires ou administratives, prononcées pour les faits ci-dessus depuis le 11 janvier 1923 jusqu'à la mise en vigueur du présent Arrangement. Il est entendu

tween the representatives of the interested Allied authorities and the German departments concerned. These conferences will begin at Coblenz and Düsseldorf immediately after the London Conference.

The measures to be applied as well as transitional measures shall be put into force in the occupied territories in the customary form.

Article 7.

In order to bring about mutual conciliation and in order to wipe out the past to the utmost possible extent, the Allied Governments and the German Government have agreed on the following stipulations, it being understood that, as regards future incidents, the jurisdiction and legislation of Germany, notably in the matter of the security of the State, and the jurisdiction and the legislation of the Occupying Authorities, notably in the matter of their security, will respectively follow their normal course in conformity with the Treaty of Peace and the Rhineland Agreement:

1. No one shall, under any pretext, be prosecuted, disturbed or molested or subjected to any injury, whether material or moral, either by reason of acts committed exclusively or principally for political reasons or by reason of his political attitude in the occupied territories from January 11, 1923, up to the putting into force of the present agreement, or by reason of his obedience or disobedience to orders, ordinances, decrees or other injunctions issued by the occupying authorities or the German authorities respectively and relating to events which have taken place within the same period, or by reason of his relations with the said authorities.

2. The German Government and the Allied Governments concerned will remit all sentences and penalties, judicial or administrative, imposed for the above facts from January 11, 1923, up to the putting into force of the present agreement. It is understood that fines or other pecuniary penalties,

Digitized by Google

que les amendes ou autres pénalités pécuniaires (judiciaires ou administratives), actuellement versées, restent acquises.

3. Les dispositions des §§ 1 et 2 ne s'appliquent pas aux crimes commis contre la vie des personnes et ayant entraîné la mort.

4. Les infractions, auxquelles l'amnistie stipulée dans les dispositions des §§ 1 et 2 ne s'applique pas, et qui actuellement se trouveraient soumises aux juridictions des autorités d'occupation par suite de l'institution de services spéciaux devant aux termes du présent Arrangement être supprimées, seront déférées aux juridictions allemandes.

5. Les Gouvernements intéressés prendront, chacun en ce qui le concerne, les mesures nécessaires pour assurer l'exécution du présent article. Le cas échéant, cette exécution sera reglée à l'amiable par les Gouvernements intéressés et, s'il y a lieu, au moyen de commissions mixtes constituées d'un commun accord.

Article 8.

Des commissions d'arbitrage germano-alliées, analogues à celles constituées en 1920, et chargées de statuer sur tous litiges pouvant être provoqués par le changement de régime entre les commerçants alliés et les autorités allemandes, seront constituées par les Gouvernements intéressés.

Article 9.

La suppression du sous-Comité de Bad-Ems à la date du 5 octobre 1924 ne portera aucune atteinte à la pleine exécution des articles 264 à 267 du Traité de Versailles.

Article 10.

Toute contestation qui pourrait naître entre les Gouvernements alliés ou l'un d'entre eux d'une part, et l'Allemagne d'autre part, relativement au présent Arrangement, et qui ne pourrait être réglée par voie de négociations, sera soumise à la Cour permanente de Justice internationale.

Article 11.

Le présent Arrangement, dont les textes français et anglais font égale-

whether judicial or administrative, already paid will not be reimbursed.

3. The provisions of paragraphs (1) and (2) do not apply to crimes committed against the life of persons and resulting in death.

4. The offences to which the amnesty provided for in the stipulations of paragraphs (1) and (2) does not apply and which are at the present moment subject to the jurisdiction of the Occupying Authorities by reason of the creation of special organisations which are to be suppressed under the terms of the present agreement, will be transferred to the German tribunals.

5. The Governments concerned will each take, so far as they are concerned, the measures necessary to assure the fulfilment of this article. If need arise, this fulfilment will be amicably arranged by the Governments concerned, and if necessary by means of mixed commissions set up by common agreement.

Article 8.

German-Allied Commissions of Arbitration, similar to those appointed in 1920, charged with the duty of deciding any disputes which the change of régime may give rise to between Allied merchants and the Germans authorities, shall be set up by the Governments concerned.

Article 9.

The suppression of the Bad-Ems sub-committee on October 5, 1924, shall not prejudice the full execution of articles 264 to 267 of the Treaty of Versailles.

Article 10.

All disputes which may arise between the Allied Governments or one of them on the one side and Germany on the other side with regard to the present agreement shall, if they cannot be settled by negotiation, be submitted to the Permanent Court of International Justice.

Article 11.

The present agreement, of which the French and English texts are both

Digitized by Google

ment foi, sera exécutoire dès sa signature.

Fait à Londres, le 30 août 1924, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de Sa Majesté britannique, qui en remettra des copies certifiées à chacune des Parties.

authentic, shall come into force from the moment of signature.

Done at London the 30 day of August, 1924, in a single copy which will remain deposited in the archives of His Britannic Majesty's Government, which will transmit certified copies to each of the parties.

D.

Abkommen zwischen den alliierten Regierungen. 30. 8. 1924.

Arrangement entre les Gouvernements alliés.

Le gouvernement royal de Belgique
(folgen die übrigen Namen)

Animés du désir de réaliser complètement, en ce qui les concerne, le plan présenté le 9 avril 1924 à la Commission des Réparations par le premier Comité des Experts, nommé par elle le 30 novembre 1923 „pour rechercher les moyens d'équilibrer le budget et les mesures à prendre pour stabiliser la monnaie de l'Allemagne", ledit plan approuvé par cette Commission et respectivement accepté par les Puissances intéressées,

Ont résolu de conclure un Arrangement à cet effet et, en conséquence, les soussignés, dûment autorisés, ont convenu des dispositions suivantes:

Article 1er.

Les Gouvernements représentés à la Commission des Réparations, agissant en vertu du paragraphe 22 de l'Annexe II à la Partie VIII (Réparations) du Traité de Versailles, modifieront l'Annexe II en introduisant dans cette Annexe les paragraphes 2 bis et 16 bis ci-après et en modifiant le paragraphe 17 comme suit:

Paragraphe 2 bis. „Lorsque la Commission des Réparations aura à statuer sur une question relative au Rapport présenté le 9 avril 1924 à la Commission des Réparations par le premier Comité des Experts, nommé par elle le 30 novembre 1923, un citoyen des Etats-Unis d'Amérique désigné comme il est dit ci-dessous, prendra

Inter-Allied Agreement.

The royal government of Belgique
(folgen die übrigen Namen)

Anxious to provide for the complete fulfilment, so far as they are concerned, of the plan presented to the Reparation Commission on April 9, 1924, by the First Committee of Experts appointed by it on November 30, 1923, „to consider the means of balancing the budget and the measures to be taken to stabilise the currency of Germany", the said plan being approved by the Commission and accepted by each of the interested Powers, and

Having resolved to conclude an agreement for this purpose, the Undersigned, duly authorised, have agreed as follows:—

Article 1.

The Governments represented upon the Reparation Commission acting under Paragraph 22 of Annex II to Part VIII (Reparation) of the Treaty of Versailles will modify the said Annex II by the introduction of the following paragraphs 2 A and 16 A, and by the amendment of paragraph 17 as set out below.

Paragraph 2 A. „When the Reparation Commission is deliberating on any point relating to the report presented on April 9, 1924, to the Reparation Commission by the First Committee of Experts appointed by it on November 30, 1923, a citizen of the United States of America appointed as provided below shall take part in

Digitized by Google

part aux débats et émettra un vote comme s'il avait été nommé en vertu du paragraphe 2 de la présente Annexe.

„Ce citoyen américain sera, dans un délai de trente jours après l'adoption du présent amendement, désigné par la Commission des Réparations, statuant à l'unanimité.

„Au cas où la Commission des Réparations ne parviendrait pas à une décision unanime, la désignation serait confiée au Président en exercice de la Cour Permanente de Justice Internationale de la Haye.

„Cette désignation sera faite pour cinq ans, et sera renouvelable. En cas de vacance, la même procédure sera appliquée à la nomination du successeur.

„Si les Etats-Unis d'Amérique désignent un Délégué pour les représenter officiellement à la Commission des Réparations, les pouvoirs du citoyen américain désigné conformément aux stipulations qui précèdent, prendront fin et il ne sera procédé à aucune nouvelle nomination, en vertu des dispositions du présent paragraphe, tant que les Etats-Unis seront officiellement représentés.

Paragraphe 16 bis. „Il appartiendra à la Commission des Réparations de statuer sur toute demande de constation de manquement de l'Allemagne à l'une quelconque des obligations visées, soit à la présente partie du présent Traité, tel qu'il a été mis en vigueur le 10 janvier 1920, et amendé par la suite en vertu du paragraphe 22 de la présente Annexe, soit au Plan des Experts en date du 9 avril 1924. Si la décision de la Commission des Réparations, rejetant la demande ou y faisant droit, a été prise à la majorité, tout membre de la Commission des Réparations ayant pris part au vote, pourra, dans un délai de huit jours à dater de ladite décision, faire appel de celle-ci devant une Commission arbitrale de trois personnes impartiales et indépendantes, dont la décision sera definitive. Les membres de la Commission arbitrale seront nommés pour cinq ans par la Commission des Réparations statuant

the discussions and shall vote as if he had been appointed in virtue of Paragraph 2 of the present Annex.

„The American citizen shall be appointed by unanimous vote of the Reparation Commission within thirty days after the adoption of this amendment.

„In the event of the Reparation Commission not being unanimous, the appointment shall be made by the President for the time being of the Permanent Court of International Justice at The Hague.

„The person appointed shall hold office for five years, and may be reappointed. In the event of any vacancy the same procedure shall apply to the appointment of a successor.

„Provided always that if the United States of America are officially represented by a delegate on the Reparation Commission, any American citizen appointed under the provisions of this paragraph shall cease to hold office and no fresh appointment under these provisions shall be made as long as the United States are so officially represented".

Paragraph 16 A. „In the event of any application that Germany be declared in default in any of the obligations contained either in this part of the present Treaty as put into force on January 10, 1920, and subsequently amended in virtue of Paragraph 22 of the present Annex, or in the Experts' Plan dated April 9, 1924, it will be the duty of the Reparation Commission to come to a decision thereon. If the decision of the Reparation Commission granting or rejecting such application has been taken by a majority, any member of the Reparation Commission who has participated in the vote may within eight days from the date of the said decision appeal from that decision to an arbitral commission composed of three impartial and independent persons whose decision shall be final. The members of the arbitral commission shall be appointed for five years by the Reparation Commission deciding

Digitized by Google

à l'unanimité ou, à défaut de cette unanimité, par le Président en exercice de la Cour Permanente de Justice Internationale de La Haye. A la fin de la période de cinq ans ou en cas de vacance venant à se produire au cours de cette période, il sera procédé comme pour les premières nominations. Le président de la Commission arbitrale sera un citoyen des Etats-Unis."

Paragraphe 17. „En cas de manquement par l'Allemagne constaté dans les conditions qui précèdent, la Commission signalera immédiatement le manquement à chacune des Puissances intéressées en y joignant toutes propositions qui lui paraîtront opportunes au sujet des mesures à prendre en raison de cette inexécution".

Article 2.

Conformément aux dispositions du Plan des Experts, des sanctions ne seront prises à l'égard de l'Allemagne, en vertu du paragraphe 18 de l'Annexe II à la Partie VIII (Réparations) du Traité de Versailles, que s'il a été constaté, dans les conditions prévues dans ladite Annexe modifiée conformément au présent Arrangement, un manquement au sens de la Section III de la Partie I du Rapport dudit Comité des Experts.

Dans ce cas, les Gouvernements signataires, agissant avec la conscience de leur responsabilité commune à l'égard de leurs propres intérêts et des intérêts des particuliers qui auront avancé des fonds pour mettre le plan à exécution, se concerteront immédiatement en vue de déterminer la nature des sanctions à appliquer et de les organiser de façon qu'elles soient promptes et efficaces.

Article 3.

Afin de garantir le service de l'emprunt de 800 millions de marks-or envisagé par le Plan des Experts et d'en faciliter le placement auprès du public, les Gouvernements signataires déclarent que, au cas où des sanctions

by a unanimous vote, or failing unanimity by the President for the time being of the Permanent Court of International Justice at The Hague. At the end of the five-year period or in case of vacancies arising during such period the same procedure will be followed as in the case of the first appointments. The president of the arbitral commission shall be a citizen of the United States of America."

Paragraph 17. „If a default by Germany is established under the foregoing conditions, the Commission will forthwith give notice of such default to each of the interested Powers and may make such recommendations as to the action to be taken in consequence of such default as it may think necessary".

Article 2.

In accordance with the provisions of the Experts' Plan, sanctions will not be imposed on Germany in pursuance of paragraph 18 of Annex II to Part VIII (Reparation) of the Treaty of Versailles unless a default within the meaning of Section III of Part I of the report of the said Committee of Experts has been declared under the conditions laid down by the said Annex as amended in conformity with this agreement.

In this case the signatory Governments, acting with the consciousness of joint trusteeship for the financial interests of themselves and of the persons who advance money upon the lines of the said plan, will confer at once on the nature of the sanctions to be applied and on the method of their rapid and effective application.

Article 3.

In order to secure the service of the loan of 800 million gold marks contemplated by the Experts' Plan, and in order to facilitate the issue of that loan to the public, the signatory Governments hereby declare that,

Digitized by Google

seraient prises à la suite d'un manquement de l'Allemagne, elles sauvegarderaient les gages spéciaux qui éventuellement seraient affectés au service dudit emprunt.

Les Gouvernements signataires déclarent, en outre, qu'ils considèrent le service de l'emprunt comme jouissant d'une priorité absolue sur toutes les ressources de l'Allemagne, en tant que celles-ci auraient été grevées au bénéfice dudit emprunt d'un privilège général, ainsi que sur toutes les ressources ultérieures à provenir éventuellement de l'application des sanctions.

Article 4.

Tout différend qui, entre les Gouvernements signataires, viendrait à naître des articles 2 et 3 du présent Arrangement, et qui ne pourrait être réglé par voie de négociations, sera soumis à la Cour Permanente de Justice Internationale.

Article 5.

Sauf stipulations expresses contenues dans les articles précédents, tous les droits que les Gouvernements signataires tiennent actuellement du Traité de Versailles et ensemble du Rapport des Experts visé à l'article 2, sont réservés.

Article 6.

Le présent Arrangement, dont les textes français et anglais font également foi, sera exécutoire dès sa signature.

Fait à Londres, le 30 août 1924, en un seul exemplaire, qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de Sa Majesté britannique, qui en remettra des copies certifiées à chacune des Parties.

in case sanctions have to be imposed in consequence of a default by Germany they will safeguard any specific securities which may be pledged to the service of the loan.

The signatory Governments further declare that they consider the service of the loan as entitled to absolute priority as regards any resources of Germany so far as such resources may have been subjected to a general charge in favour of the said loan and also as regards any resources that may arise as a result of the imposition of sanctions.

Article 4.

Any dispute between the signatory Governments arising out of articles 2 or 3 of the present agreement shall, if it cannot be settled by negotiation, be submitted to the Permanent Court of International Justice.

Article 5.

Unless otherwise expressly stipulated in the preceding articles of this agreement all the existing rights of the signatory Governments under the Treaty of Versailles read with the report of the experts referred to in article 2 are reserved.

Article 6.

The present Agreement, of which the French and English texts are both authentic, shall come into force from the moment of signature.

Done at London, the 30 day of August, 1924, in a single copy, which will remain deposited in the archives of His Britannic Majesty's Government, which will transmit certified copies to each of the parties.

Digitized by Google

III.

Genfer Protokoll über die friedliche Regelung internationaler Streitfälle 2. 10. 1924 *).

A.

Beschlüsse der fünften Versammlung des Völkerbundes vom 2. Oktober 1924.

a) Schiedsgericht, Sicherheit und Beschränkung der Rüstungen.

I. Die Versammlung nimmt Kenntnis von den Berichten der ersten und dritten Kommission über die Fragen, welche ihr durch den Beschluß der Versammlung vom 6. September 1924 überwiesen wurden.

Sie nimmt mit der lebhaftesten Befriedigung den Protokollentwurf über die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten, welchen die beiden Kommissionen vorgeschlagen haben und dessen Wortlaut im Anhang zum vorliegenden Beschluß figuriert, entgegen und beschließt:

1. allen Mitgliedern des Völkerbundes anzuempfehlen, den besagten Protokollentwurf sehr ernsthaft in Erwägung zu ziehen;

2. das besagte Protokoll zur Unterzeichnung unter den vorgesehenen Bestimmungen sofort aufzulegen für die Vertreter der Mitglieder des Völkerbundes, die schon jetzt in der Lage sind, es zu unterzeichnen, und es für alle anderen Staaten offen zu lassen;

3. den Völkerbundsrat aufzufordern, unverzüglich ein Komitee zu ernennen, das die Aufgabe hat, die Redaktion des Wortlauts der Abänderungen zum Pakt, wie sie im besagten Protokoll vorgesehen sind, vorzubereiten;

4. den Rat zu bitten, eine internationale Abrüstungskonferenz, die in Genf zusammentreten wird, einzuberufen, gemäß den untenstehenden Bestimmungen des Art. 17 des Protokollentwurfes, welcher lautet:

„Im Hinblick auf die Einberufung der Konferenz wird der Rat, indem er den in Art. XI und XIII des vorliegenden Protokolls vorgesehenen Verpflichtungen Rechnung trägt, ein allgemeines Programm für die Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen vorbereiten, welches dieser Konferenz zur Verfügung gestellt und den Regierungen sobald als möglich, spätestens drei Monate vor dem Zusammentritt, mitgeteilt wird.

Wenn nicht wenigstens die Mehrheit der ständig im Rat vertretenen Mitglieder und zehn andere Völkerbundsmitglieder ihre Ratifikation vor dem 1. Mai 1925 niedergelegt haben, so wird der Generalsekretär des Völkerbundes sofort das Gutachten des Rates einholen, um zu wissen, ob er die Einladungen annullieren oder einfach die Konferenz auf ein späteres Datum vertagen soll, das von dem Rat festgesetzt werden wird, um die Niederlegung einer genügenden Anzahl von Ratifikationen zu gestatten";

*) *Die Resolutionen der Vollversammlung des Völkerbundes vom 2. 10. 1924 werden hier (unter A), das Protokoll vom gleichen Tage wird unter B (s. unten S. 165 ff.), die der Begründung dieses Protokolls gewidmete Denkschrift der Herren Politis und Bénès unter C (s. unten S. 172 ff.) in Uebersetzung mitgeteilt. Die Uebersetzungen unter A und B sind auf Grund der — in französischer und englischer Sprache mit gleicher Authentizität — im „Journal officiel" des Völkerbundes unter „Supplément special" Nr. 21, Octobre 1924, S. 21 ff. publizierten Texte, die Uebersetzung unter C ist auf Grund des französischen Textes in privater Niederschrift gefertigt.* *Herausgeber.*

Digitized by Google

5. den Rat zu bitten, die Bestimmungen des Art. 12 des Protokollentwurfes schon jetzt zur Ausführung zu bringen.

II. Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem Bericht der ersten Kommission über die Bestimmungen des Art. 36, § 2 des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes. Sie ist der Ansicht, daß sich aus der Prüfung der obengenannten Bestimmungen ergibt, daß diese weit genug gefaßt sind, um es den Staaten zu ermöglichen, dem Sonderprotokoll auf Grund von Art. 36, § 2, zuzustimmen, indem sie die ihnen unerläßlich scheinenden Vorbehalte machen.

Sie ist überzeugt, daß es für den Fortschritt der internationalen Justiz wichtig ist und der Erwartung der öffentlichen Meinung entspricht, wenn, eine möglichst große Zahl von Staaten in weitestmöglichem Maß die obligatorische Kompetenz des Gerichtshofes anerkennt.

Sie empfiehlt den Staaten, sobald wie möglich dem gemäß Art. 36, § 2, des Statuts des Ständigen Internationalen Gerichtshofes aufgelegten Sonderprotokoll beizutreten.

b) Abrüstungskonferenz.

I. Die Versammlung empfiehlt dem Rat, auf die Tagesordnung der internationalen Abrüstungskonferenz die Frage der Teilabkommen für die Abrüstung zu setzen.

II. Die Mehrheit der Staaten, welche, wenn auch unter gewissen Vorbehalten, geantwortet haben, gaben zu erkennen, daß sie die auf ihrem letzten Voranschlag stehenden Abrüstungskosten, sowie die an die Regierungen gerichtete Empfehlung, welche auf die dem Zusammentreten der Abrüstungskonferenz, die nächstes Jahr stattfinden soll, vorangehende Periode hinzielt, nicht überschritten haben.

Die Versammlung erachtet, daß es unnötig ist, die Empfehlung über die Beschränkung der Rüstungskosten zu wiederholen, da dieselbe eine Frage ist, die zu dem Programm der internationalen Abrüstungskonferenz gehört.

III. Die Versammlung ist der Meinung:

1. daß eine zweite technische Konferenz über die Marineabrüstung nicht notwendig ist;

2. daß die Frage der Marineabrüstung begriffen sein müßte in derjenigen der allgemeinen Abrüstung, mit welcher sich die in dem von der Versammlung am 6. September 1924 angenommenen Beschluß ins Auge gefaßte internationale Konferenz beschäftigen wird und deren Programmaufsetzung dem Rat zusteht.

IV. Die Versammlung bittet den Rat, bei Vorbereitung des in Art. 17 des Protokolls vorgesehenen Generalprogramms der Abrüstungskonferenz prüfen zu wollen, ob es geeignet ist, die folgenden Punkte auf dieses Programm zu stellen:

a) Grundlage und Abrüstungsmethoden (Voranschläge, Friedensbestände, Tonnengehalt der See- und Luftstreitkräfte, Bevölkerung, Grenzgestaltung usw.);

b) Festsetzung eines Mustervoranschlages für Rüstungsausgaben.

2. Sonderstellung gewisser Staaten bezüglich der Abrüstung:

a) zeitweilige Ausnahmebedingungen der Länder, die besonders ausgesetzt sind;

b) Empfehlung von Teilabkommen für die Herabsetzung (oder Beschränkung) der Rüstungen.

3. Empfehlung über das Einsetzen von entmilitarisierten Zonen (Art. 9).

4. Kontrolle und Untersuchung des Rüstungszustandes der vertragschließenden Staaten.

Digitized by Google

Die Versammlung bittet ebenfalls den Rat, die Entwürfe in dieser der dritten Kommission vorgelegten Ideenfolge durch die zuständigen Organisationen des Völkerbundes prüfen zu lassen, welche später dem Sekretariat überwiesen werden können, und bei Vorbereitung des Konferenzprogramms denselben Rechnung zu tragen.

B.

Das Protokoll *).

Von dem festen Willen beseelt, den Weltfrieden aufrechtzuerhalten und die Sicherheit der Völker zu gewährleisten, deren Existenz, Unabhängigkeit oder Gebiet einer Bedrohung ausgesetzt sein könnte;

in Anerkennung der Solidarität, die die einzelnen Glieder der internationalen Völkergemeinschaft miteinander verbindet;

unter ausdrücklicher Betonung der Tatsache, daß der Angriffskrieg einen Bruch dieser Solidarität und ein internationales Verbrechen darstellt;

von dem Wunsche geleitet, die vollständige Anwendung des in der Völkerbundssatzung vorgesehenen Systems für die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten zwischen den Staaten zu erleichtern und internationale Verbrechen zu verhindern;

und um die Verminderung der nationalen Rüstungen, wie in Art. 8 der Völkerbundssatzung vorgesehen, auf das mit der nationalen Sicherheit und der Erzwingung internationaler Verpflichtungen zur Teilnahme an einem gemeinschaftlichen Vorgehen vereinbarte Mindestmaß zur Durchführung zu bringen;

sind die Unterzeichneten, nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten über folgendes übereingekommen:

Art. 1. Die Signatarstaaten verpflichten sich, alles zu tun, was in ihren Kräften steht, damit die Abänderungsvorschläge, die dem Sinn der in den folgenden Artikeln enthaltenen Bestimmungen entsprechen, in die Völkerbundssatzung aufgenommen werden.

Sie kommen überein, daß diese Bestimmungen in ihren wechselseitigen Beziehungen obligatorisch werden mit dem Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls und daß die Bundesversammlung und der Völkerbundsrat ihnen gegenüber von diesem Zeitpunkt an ermächtigt sind, alle Rechte und Pflichten auszuüben, die ihnen durch dieses Protokoll übertragen werden.

Art. 2. Die Signatarstaaten kommen überein, in keinem Fall, weder gegeneinander noch gegen irgend einen anderen Staat, der gegebenenfalls alle nachstehend genannten Verpflichtungen als verbindlich anerkennt, zum Kriege zu schreiten, außer zur Abwehr von Angriffshandlungen oder wenn sie im Einvernehmen mit dem Völkerbundsrat oder der Bundesversammlung nach den Bestimmungen der Satzung oder des vorliegenden Protokolls handeln.

Art. 3. Die Signatarstaaten verpflichten sich, ohne weiteres und ohne besondere Vereinbarung die Gerichtsbarkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofes als obligatorisch anzuerkennen in den Fällen, die im Art. 36, Paragraph 2 des Statuts dieses Gerichtshofes angeführt sind, ohne daß dadurch irgend einem Staat, sobald er dem im obengenannten Artikel vorgesehenen, am 16. Dezember 1920 zur Unterzeichnung aufgelegten Protokoll beitritt, die

*) Das Abkommen ist laut Pressemeldungen bis jetzt (10. 12. 1924) von folgenden Staaten unterzeichnet worden: am 2. 10. 1924 von Albanien, Bulgarien, Estland, Frankreich, Griechenland, Lettland, Polen, Portugal, Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat; in der Folgezeit von Paraguay, Brasilien, Chile, Belgien, Uruguay. Herausgeber.

Digitized by Google

Möglichkeit genommen wird, die mit der genannten Klausel vereinbarten Vorbehalte geltend zu machen.

Der Beitritt zu dem am 16. Dezember 1920 zur Unterzeichnung aufgelegten besonderen Protokoll muß binnen Monatsfrist nach dem Inkrafttreten des vorliegenden Protokolls erfolgen.

Die Staaten, die dem vorliegenden Protokoll nach seinem Inkrafttreten beitreten, müssen die vorstehende Verpflichtung binnen Monatsfrist nach ihrem Beitritt erfüllen.

Art. 4. Um die in Abs. 4, 5, 6 und 7 des Art. 15 der Völkerbundssatzung enthaltenen Bestimmungen zu vervollständigen, kommen die Signatarstaaten überein, das folgende Verfahren zur Anwendung zu bringen:

1. Wenn der Rat die ihm unterbreitete Streitfrage nicht in der in Paragraph 3 des genannten Art. 15 vorgesehenen Weise regeln kann, soll er die Parteien auffordern, die Streitfrage der richterlichen oder schiedsrichterlichen Regelung zu unterbreiten.

2a. Lehnen die Parteien dies ab, so wird auf Verlangen mindestens einer der Parteien ein Schiedsgericht gebildet. Dieses Schiedsgericht wird soweit als möglich im Einvernehmen mit den Parteien bestellt.

2b. Einigen sich die Parteien nicht in der vom Rat festgesetzten Frist ganz oder teilweise über Zahl, Namen und Befugnisse der Schiedsrichter sowie über das einzuschlagende Verfahren, so regelt der Rat die noch schwebenden Fragen. Er wählt — unter Zuziehung der Parteien — mit möglichster Beschleunigung die Schiedsrichter und ihren Präsidenten aus solchen Persönlichkeiten aus, von denen er annimmt, daß sie nach Nationalität, Charakter und Erfahrung die höchste Gewähr für ihre Sachkunde und ihre Unparteilichkeit bieten.

2c. Nachdem die Parteien ihren Rechtsstandpunkt dargelegt haben, holt das Schiedsgericht auf Verlangen jeder Partei durch Vermittlung des Völkerbundrates über die strittigen Rechtsfragen ein Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes ein, der in einem solchen Falle mit möglichster Beschleunigung zusammentritt.

3. Verlangt keine Partei einen Schiedsspruch, so nimmt der Rat erneut eine Prüfung des Streitfalles vor. Erstattet der Rat einen Bericht, der von seinen Mitgliedern mit Ausnahme der Vertreter der Parteien einstimmig genehmigt wird, so kommen die Signatarstaaten überein, die Vorschläge, die der Rat zur Beilegung des Streitfalles empfiehlt, anzunehmen.

4. Ist der Rat nicht in der Lage, einen Bericht zu erstatten, der von allen seinen Mitgliedern, mit Ausnahme der Vertreter der Parteien, gutgeheißen wird, so unterbreitet er die Streitfrage dem Schiedsverfahren. Er selbst bestimmt die Zusammensetzung, die Befugnisse und das Verfahren des Schiedsgerichts und wird bei der Wahl der Richter darauf sehen, daß sie, wie oben unter Ziffer 2b vorgesehen, Gewähr für Sachkunde und Unparteilichkeit bieten.

5. Auf keinen Fall darf eine Regelung, die vom Rat einstimmig gutgeheißen und von einer der beteiligten Parteien angenommen worden ist, wieder in Frage gestellt werden.

6. Die Signatarstaaten verpflichten sich, den richterlichen oder schiedsrichterlichen Spruch nach Treu und Glauben auszuführen und sich den Vorschlägen des Rates zur Beilegung des Streitfalles, gemäß Abs. 3 dieses Artikels, zu fügen. Kommt ein Staat diesen Verpflichtungen nicht nach, so bietet der Rat seinen ganzen Einfluß auf, um ihnen Achtung zu verschaffen. Gelingt ihm dies nicht, so schlägt er gemäß der am Schlusse des Art. 13 der Völkerbundssatzung enthaltenen Bestimmung die Maßnahmen vor, die geeignet sind, die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu erwirken. Falls ein Staat in Nichtachtung dieser Verpflichtungen zum Kriege schreitet, kommen gegen

Digitized by Google

ihn die im Art. 16 der Völkerbundssatzung vorgesehenen Sanktionen, so wie sie im vorliegenden Protokoll erläutert sind, unverzüglich zur Anwendung.

7. Die Bestimmungen dieses Artikels gelten nicht für die Beilegung von Streitigkeiten, die infolge der Kriegsmaßnahmen, die von einem oder mehreren Signatarstaaten im Einvernehmen mit dem Völkerbundsrat oder der Bundesversammlung ergriffen werden, entstehen.

Art. 5. Die Bestimmung des Abs. 8 des Art. 15 der Völkerbundssatzung bleibt in dem Verfahren vor dem Völkerbundsrat anwendbar.

Wenn während des in Art. 4 des Protokolls vorgesehenen Schiedsgerichtsverfahrens eine der Parteien geltend macht, daß der Streitfall ganz oder teilweise eine Frage betreffe, die nach internationalem Recht ausschließlich in die Zuständigkeit dieser Partei falle, so ersuchen die Schiedsrichter durch Vermittlung des Rates über diese Frage den Ständigen Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten. Das Gutachten bindet die Schiedsrichter, die sich, wenn es im bejahenden Sinn ausfällt, darauf zu beschränken haben, dies in ihrem Schiedsspruch festzustellen.

Wenn der Ständige Internationale Gerichtshof oder der Rat anerkennt, daß die Frage ausschließlich in die Zuständigkeit eines Staates fällt, so hindert die getroffene Entscheidung nicht, daß die Sachlage vom Rat oder von der Bundesversammlung, gemäß Art. 11 der Völkerbundssatzung, einer Prüfung unterzogen wird.

Art. 6. Wird gemäß Abs. 9 des Art. 15 der Völkerbundssatzung der Streitfall der Bundesversammlung unterbreitet, so hat diese zwecks Beilegung die gleichen Befugnisse, wie sie dem Rat bei seinen Vermittlungsversuchen gemäß Art. 15, Abs. 1, 2 und 3 der Völkerbundssatzung und Art. 4, Ziffer 1 des Protokolls zustehen.

Wenn es der Versammlung nicht gelingt, eine friedliche Regelung zu erzielen, wird folgendes Verfahren eingeschlagen:

Wenn eine der Parteien ein Schiedsverfahren beantragt, so bestellt der Rat das Schiedsgericht in der in Art. 4, Ziff. 2, Lit. a, b und c vorgesehenen Weise.

Wenn keine Partei das Schiedsverfahren verlangt, unterzieht die in diesem Falle mit den gleichen Befugnissen wie der Rat ausgestattete Bundesversammlung den Streitfall einer neuen Prüfung. Die Regelung, welche die Versammlung in ihrem Bericht empfiehlt, hat, sofern diese unter der am Schluß des Abs. 10 des Art. 15 der Völkerbundssatzung enthaltenen Bedingung gutgeheißen worden ist, die gleiche Bedeutung und die gleichen Wirkungen hinsichtlich aller Bestimmungen des vorliegenden Protokolls, wie die Regelung, die der Rat unter den im Art. 4, Ziffer 3 des Protokolls angeführten Bedingungen empfiehlt.

Kann die erforderliche Mehrheit nicht erzielt werden, so wird der Streitfall dem Schiedsgerichtsverfahren unterbreitet, und der Rat selbst bestimmt die Zusammensetzung, die Befugnisse und das Verfahren des Schiedsgerichts gemäß Art. 4, Ziffer 4 des Protokolls.

Art. 7. Entsteht ein Streitfall zwischen zwei oder mehreren Signatarstaaten, so kommen diese überein, bevor der Streitfall dem Verfahren einer friedlichen Regelung unterbreitet worden ist oder im Laufe eines solchen Verfahrens selbst keine Vermehrung der Rüstungen oder der Effektivbestände vorzunehmen, die eine Aenderung des Status herbeiführen würde, der von der in Art. 17 des vorliegenden Protokolls vorgesehenen Abrüstungskonferenz festgesetzt ist. Die Parteien werden ferner weder Maßnahmen zur Mobilisierung zu Lande, zu Wasser und in der Luft, der Industrie oder der Wirtschaft vornehmen, noch im allgemeinen irgend etwas unternehmen, was geeignet wäre, den Streitfall zu verschärfen oder eine weitere Ausdehnung desselben herbeizuführen.

Digitized by Google

Nach den Bestimmungen des Art. 11 der Völkerbundssatzung hat der Völkerbundsrat die Pflicht, jede Klage wegen Verletzung der obengenannten Verpflichtungen, die bei ihm von einem oder mehreren der in den Streitfall verwickelten Staaten erhoben wird, zu prüfen. Ist der Rat der Ansicht, daß die Klage zulässig sei, so muß er, falls ihm dies zweckdienlich erscheint, in einem oder mehreren der in Frage kommenden Länder Untersuchungen und Erhebungen veranstalten. Diese Untersuchungen und Erhebungen müssen binnen kürzester Frist durchgeführt werden, und die Signatarstaaten verpflichten sich, ihre Durchführueg mit allen Mitteln zu erleichtern.

Die so vom Rat getroffenen Maßnahmen verfolgen einzig und allein den Zweck, eine friedliche Beilegung des Streitfalles zu erleichtern und sollen auf keine Weise der Regelung selbst vorgreifen.

Ergeben die Untersuchungen und Erhebungen eine Verletzung der Bestimmungen des ersten Absatzes dieses Artikels, so hat der Rat die Pflicht, den oder die der Verletzung schuldigen Staaten aufzufordern, die getroffenen Maßnahmen rückgängig zu machen. Wenn der oder die in Frage kommenden Staaten dieser Aufforderung keine Folge leisten, erklärt sie der Rat einer Verletzung der Völkerbundssatzung oder des vorliegenden Protokolls für schuldig und ordnet die Maßnahmen an, die erforderlich sind, um einen Zustand, der den Weltfrieden zu gefährden geeignet ist, so rasch als möglich zu beseitigen.

Die Beschlüsse des Rates, die sich auf die Anwendung dieses Artikels beziehen, müssen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden.

Art. 8. Die Signatarstaaten verpflichten sich, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Angriffsdrohung gegen einen anderen Staat darstellen könnte. Falls ein Signatarstaat glaubt, daß ein anderer Staat Vorbereitungen zum Kriege trifft, so hat er das Recht, damit den Rat zu befassen.

Wenn der Rat feststellt, daß die ihm unterbreiteten Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, so trifft er seine weiteren Anordnungen gemäß Abs. 2, 4 und 5 des Art. 7 des Protokolls.

Art. 9. Da das Bestehen entmilitarisierter Zonen dazu angetan ist, einen Angriff zu verhindern und die einwandfreie Feststellung desselben gemäß dem nachfolgenden Art. 10 zu erleichtern, wird die Errichtung solcher Zonen zwischen Staaten, die gegenseitig damit einverstanden sind, als ein Mittel empfohlen, das geeignet ist, eine Verletzung des vorliegenden Protokolls zu vermeiden.

Die entmilitarisierten Zonen, die auf Grund gewisser Verträge oder Abkommen bereits bestehen oder die zukünftig zwischen Staaten in gegenseitigem Einverständnis errichtet werden sollten, können auf Antrag und auf Kosten eines oder mehrerer angrenzenden Staaten den Gegenstand einer vom Rat einzurichtenden zeitweiligen oder ständigen Kontrolle bilden.

Art. 10. Als Angreifer gilt jeder Staat, der unter Verletzung der in der Völkerbundssatzung oder in dem vorliegenden Protokoll enthaltenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet. Als eine Kriegshandlung gilt auch die Verletzung der für eine entmilitarisierte Zone bestehenden Bestimmungen. Sind Feindseligkeiten ausgebrochen, so gilt als Angreifer, sofern der Rat nicht einstimmig anders beschließt:

1. Jeder Staat, der sich weigert, den Streitfall dem Verfahren zu unterwerfen, das in den Artt. 13 und 15 der Völkerbundssatzung, ergänzt durch die Bestimmungen des vorliegenden Protokolls, für die friedliche Schlichtung vorgesehen ist, oder der sich weigert, sich einem richterlichen oder schiedsrichterlichen Spruch oder einer auf Einstimmigkeit beruhenden Empfehlung des Rates zu fügen, oder der einen einstimmig genehmigten Bericht des Rates, einen richterlichen oder schiedsrichterlichen Entscheid mißachtet, welcher anerkennt, daß der Streitfall zwischen ihm und dem andern kriegführenden

Digitized by Google

Staat sich auf eine Frage bezieht, die nach internationalem Recht ausschließlich in die Zuständigkeit dieses Staates fällt. Indessen wird im letztgenannten Fall der Staat nur dann als Angreifer angesehen, wenn er die Frage nicht zuvor dem Rat oder der Versammlung gemäß Art. 11 der Völkerbundssatzung unterbreitet hat.

2. Jeder Staat, der eine der vom Rat während der Dauer des Verfahrens vorgeschriebenen, in Art. 7 des Protokolls vorgesehenen vorläufigen Maßnahmen verletzt.

Wenn der Rat, abgesehen von den in Ziffer 1 und 2 dieses Artikels erwähnten Fällen, nicht in der Lage ist, binnen kürzester Frist den Angreifer festzustellen, so ist er verpflichtet, den Kriegführenden einen Waffenstillstand vorzuschreiben, dessen Bedingungen er nötigenfalls mit Zweidrittelmehrheit beschließt und dessen Einhaltung er überwacht.

Jeder Kriegführende, der den Waffenstillstand ablehnt oder dessen Bedingungen verletzt, wird als Angreifer angesehen.

Der Rat wird die Signatarstaaten anweisen (enjoindre), ohne Verzug gegen den Angreifer die in Art. 11 des vorliegenden Protokolls vorgesehenen Sanktionen anzuwenden, und jeder Signatarstaat, der in dieser Weise aufgefordert worden ist, darf von diesem Zeitpunkt an die Rechte eines Kriegführenden ausüben.

Art. 11. Sobald der Rat an die Signatarstaaten die im letzten Absatz des Art. 10 des Protokolls erwähnte Weisung gerichtet hat, treten die Verpflichtungen zur Anwendung der Sanktionen aller Art, die in Art. 16, Abs. 1 und 2 der Völkerbundssatzung vorgesehen sind, sofort in Kraft, damit die Sanktionen sich unverzüglich gegen den Angreifer auswirken können.

Diese Verpflichtungen sind in dem Sinne auszulegen, daß alle Signatarstaaten gehalten sind, loyal und effektiv mitzuwirken und der Völkerbundssatzung Geltung zu verschaffen und jeder Angriffshandlung in dem Maße zu begegnen, als es ihnen ihre geographische Lage und die besonderen Bedingungen ihres Rüstungsstandes erlauben.

Gemäß Abs. 3 des Art. 16 der Völkerbundssatzung übernehmen die Signatarstaaten die Verpflichtung einzeln und insgesamt, dem angegriffenen oder bedrohten Staat zu Hilfe zu kommen und einander zu unterstützen durch Erleichterungen und gegenseitigen Austausch auf dem Gebiet der Versorgung mit Rohstoffen und Bedarfsartikeln jeder Art, der Kreditgewährung, des Verkehrs und Transitwesens, und dementsprechend alle in ihrer Macht liegenden Maßnahmen zu treffen, um die Sicherheit der Verkehrsverbindungen des angegriffenen oder bedrohten Staates zu Lande und zur See aufrechtzuerhalten.

Wenn beide am Streitfall beteiligten Parteien im Sinne des Art. 10 als Angreifer anzusehen sind, finden die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen auf beide Parteien Anwendung.

Art. 12. Da die Bedingungen, unter denen der Rat berufen sein könnte, die im vorstehenden Art. 11 erwähnten Funktionen hinsichtlich der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen auszuüben, sehr mannigfacher Art sind, und um die Garantien genauer zu bestimmen, die das vorliegende Protokoll den Signatarstaaten bietet, wird der Rat die wirtschaftlichen und finanziellen Organisationen des Völkerbundes unverzüglich auffordern, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, welche Maßnahmen zu treffen sind, um die Sanktionen und die Bestimmungen über die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit in Kraft zu setzen, die in Art. 16 der Völkerbundssatzung und Art. 11 des vorliegenden Protokolls vorgesehen sind.

Der Rat wird, wenn er im Besitze dieser Informationen ist, durch seine zuständigen Organe ausarbeiten lassen:

1. die Aktionspläne für die Anwendung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen den angreifenden Staat;

Digitized by Google

2. die Pläne für die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit zwischen dem angegriffenen Staat und den ihm zu Hilfe kommenden Staaten, und er wird diese Pläne den Mitgliedern des Völkerbundes und den anderen Signatarstaaten mitteilen.

Art. 13 Hinsichtlich der militärischen Sanktionen zu Lande, zu Wasser und in der Luft, deren eventuelle Anwendung in Art. 16 der Völkerbundssatzung und Art. 11 des vorliegenden Protokolls vorgesehen ist, soll der Rat berechtigt sein, Verpflichtungserklärungen von Staaten entgegenzunehmen, in denen im voraus die Land-, See- und Luftstreitkräfte festgesetzt sind, die sie zur Erfüllung der in der Völkerbundssatzung und im vorliegenden Protokolle enthaltenen Verpflichtungen sofort würden einsetzen können.

Ferner können diese Staaten, sobald der Rat die im letzten Absatz des Art. 10 des Protokolls vorgesehene Aufforderung an sie gerichtet hat, gemäß den vorher getroffenen Abmachungen dem einzelnen angegriffenen Staat mit ihren Land-, See- und Luftstreitkräften zu Hilfe eilen.

Die im vorigen Absatz erwähnten Abkommen werden vom Völkerbundssekretariat registriert und veröffentlicht; jedes Bundesmitglied kann sich auf Wunsch diesen Abmachungen anschließen.

Art. 14. Nur der Rat ist befugt, die Einstellung der Sanktionen und die Wiederherstellung normaler Verhältnisse anzuordnen.

Art. 15. Dem Geist des vorliegenden Protokolls entsprechend kommen die Signatarstaaten überein, daß die Gesamtkosten für jede militärische Operation zu Lande, zu Wasser und in der Luft, die gemäß den Bestimmungen des Protokolls zur Abwehr eines Angriffes unternommen worden ist, sowie die Wiedergutmachung aller Schäden, die Zivil- oder Militärpersonen erlitten haben, und aller Sachschäden, die durch die Operationen beider Parteien verursacht worden sind, vom angreifenden Staat bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit getragen werden.

Indessen darf gemäß Art. 10 der Völkerbundssatzung die Anwendung der im vorliegenden Protokoll vorgesehenen Sanktionen auf keinen Fall zu einer Beeinträchtigung der territorialen Unversehrtheit oder der politischen Unabhängigkeit des angreifenden Staates führen.

Art. 16. Die Signatarstaaten kommen überein, in einem Streitfall, der zwischen einem oder mehreren von ihnen und einem oder mehreren Staaten entsteht, die das Protokoll nicht unterzeichnet haben und die Nichtmitglieder des Völkerbundes sind, diese Nichtmitgliedsstaaten unter den in Art. 17 der Völkerbundssatzung vorgesehenen Bedingungen einzuladen, sich den von den Signatarstaaten des vorliegenden Protokolls übernommenen Verpflichtungen zur friedlichen Beilegung des Streitfalles zu unterwerfen.

Lehnt der eingeladene Staat die genannten Bedingungen und Verpflichtungen ab und schreitet er gegen einen Signatarstaat zum Kriege, so finden die Bestimmungen des Art. 16 der Völkerbundssatzung, wie sie durch das vorliegende Protokoll ergänzt sind, auf ihn Anwendung.

Art. 17. Die Signatarstaaten verpflichten sich, an einer internationalen Abrüstungskonferenz teilzunehmen, die vom Rat einberufen wird und die Montag, den 15. Juni 1925 in Genf zusammentritt; alle anderen Staaten, Mitglieder oder Nichtmitglieder des Völkerbundes, werden zu dieser Konferenz eingeladen.

Der Rat wird im Hinblick auf die Einberufung der Konferenz, unter Berücksichtigung der in Artt. 11 und 13 des vorliegenden Protokolls erwähnten Verpflichtungen ein allgemeines Programm für die Verminderung und die Begrenzung der Rüstungen vorbereiten, das der Konferenz zur Verfügung gestellt wird und den Regierungen so bald als möglich, spätestens aber drei Monate vor dem Zusammentritt der Konferenz, zur Kenntnis gebracht werden soll.

Digitized by Google

Falls nicht mindestens die Mehrheit der ständigen Ratsmitglieder und zehn andere Bundesmitglieder ihre Ratifikation bis zum 1. Mai 1925 niedergelegt haben, so soll der Generalsekretär des Völkerbundes unverzüglich die Ansicht des Rates einholen, ob die Einladungen nichtig erklärt oder ob die Konferenz vertagt werden soll, bis die nötige Anzahl Ratifikationen niedergelegt ist.

Art. 18. Wo in Art. 10 oder an anderen Stellen des vorliegenden Protokolls von einem Beschluß des Rates die Rede ist, ist dies im Sinne des Art. 15 der Völkerbundssatzung zu verstehen, d. h. bei der Feststellung, ob der Beschluß einstimmig oder mit der erforderlichen Mehrheit gefaßt worden ist, zählen die Stimmen der Vertreter der Parteien nicht mit.

Art. 19. Das Protokoll berührt, soweit nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmt ist, die sich aus der Völkerbundssatzung ergebenden Rechte und Pflichten der Völkerbundsmitglieder nicht.

Art. 20. Jede Meinungsverschiedenheit über die Auslegung des Protokolls wird dem Ständigen Internationalen Gerichtshof unterbreitet.

Art. 21. Das vorliegende Protokoll, dessen französischer und englischer Wortlaut beide maßgebend sind, soll ratifiziert werden.

Die Niederlegung der Ratifikationsurkunden soll so bald als möglich beim Sekretariat des Völkerbundes erfolgen.

Staaten mit Regierungssitz außerhalb Europas können sich darauf beschränken, dem Völkerbundssekretariat mitzuteilen, daß sie die Ratifikation vollzogen haben; die Ratifikationsurkunde müssen sie dem Sekretariat so bald als möglich zustellen.

Sobald die Mehrheit der ständigen Ratsmitglieder und zehn andere Bundesmitglieder die Ratifikationskunde niedergelegt oder die Ratifikation vollzogen haben, wird dies vom Sekretariat in einem besonderen Protokoll festgestellt.

Das Protokoll tritt in Kraft, nachdem dieses besondere Protokoll ausgefertigt und der Abrüstungsplan von der in Art. 17 vorgesehenen Konferenz angenommen ist.

Ist dieser Plan in einer Frist, die von der Konferenz nach der Annahme desselben festgesetzt werden soll, nicht durchgeführt, so ist es Sache des Rats, dies festzustellen; durch diese Feststellung wird das vorliegende Protokoll hinfällig.

Die Bedingungen, unter denen der Rat feststellen kann, daß der von der Internationalen Abrüstungskonferenz aufgestellte Abrüstungsplan nicht durchgeführt und daß infolgedessen das Protokoll hinfällig ist, werden von der Konferenz selbst festgesetzt.

Einem Signatarstaat, der nach Ablauf der von der Konferenz festgesetzten Frist den von ihr angenommenen Plan nicht durchführt, dürfen die Bestimmungen des Protokolls nicht zugute kommen.

Zu Urkund dessen haben die Unterzeichneten nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten das vorliegende Protokoll unterzeichnet.

Ausgefertigt Genf, 2. Oktober 1924, in einem Exemplar, welches in dem Archiv des Sekretariates des Völkerbundes niedergelegt und mit dem Tage des Inkrafttretens eingetragen werden soll.

Digitized by Google

C.

Denkschrift der Herren Politis und Bénès.

Dem Rat, den Mitgliedern des Völkerbundes und den Delegierten der Bundesversammlung mitgeteilt.

Genf, den 1. Oktober 1924.

Im Namen der ersten und dritten Kommission vorgelegt von Herrn **Politis** (Griechenland), Berichterstatter der ersten Kommission, und Herrn **Bénès** (Tschechoslowakei), Berichterstatter der dritten Kommission.

Uebersicht.

I. Einleitung. Geschichtlicher Ueberblick.
II. Analyse des Entwurfs:
1. Arbeiten der ersten Kommission.
2. Arbeiten der zweiten Kommission.
III. Schluß.

I. Einleitung. Geschichtlicher Ueberblick.

Das seit mehreren Jahren in der dritten Kommission erörterte Problem der Verminderung der Rüstungen ist in diesem Jahre plötzlich in einer anderen und weit umfassenderen Weise aufgetreten.

Im vorigen Jahre war der Entwurf eines Vertrages über gegenseitige Unterstützung ausgearbeitet, den die Bundesversammlung der Prüfung der Mitglieder des Völkerbundes unterbreitet hatte. Die Antworten der Regierungen sollten den Gegenstand der Erörterung der fünften Bundesversammlung bilden.

Aber bei dem Beginn ihrer Arbeiten hat die Bundesversammlung nach einer denkwürdigen Debatte der dritten Kommission einen neuen Weg gewiesen: am 6. September 1924 hat sie auf Vorschlag der Premierminister von Frankreich und England, der Herren *Eduard Herriot* und *Ramsay MacDonald*, die folgende Entschließung angenommen:

„Die Bundesversammlung sieht, nachdem sie von den Erklärungen der vertretenen Regierungen Kenntnis genommen hat, in diesen mit Befriedigung die Grundlage zu einer Verständigung über die Herbeiführung eines endgültigen Friedens, und beschließt: um die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen gewissen vorgebrachten Gesichtspunkten bestehen, auszugleichen und um nach Erreichung dieses Ausgleichs in möglichst kurzer Frist durch den Völkerbund eine Internationale Konferenz über Rüstungen einberufen zu können:

1. Die dritte Kommission wird beauftragt, die auf die Sicherheit und die Rüstungsverminderung bezüglichen Dokumente, insbesondere die Bemerkungen, die die Regierungen über den auf Grund der Entschließung XIV der dritten Bundesversammlung ausgearbeiteten Entwurf zu einem Vertrag über gegenseitige Unterstützung gemacht haben, und die seit der Veröffentlichung des Vertragsentwurfs ausgearbeiteten und dem Generalsekretariat vorgelegten anderen Pläne zu prüfen und die Verpflichtungen zu untersuchen, die in der Völkerbundssatzung hinsichtlich der Sicherheitsgarantien enthalten sind, die die Einführung der Schiedsgerichtsbarkeit oder eine Verminderung der Rüstungen nötig machen können.

2. Die erste Kommission wird beauftragt
   a) zu prüfen, ob die auf die Beilegung von Streitigkeiten bezüglichen Artikel der Völkerbundssatzung einer Aenderung bedürfen;
   b) zu untersuchen, inwieweit die Bestimmungen des Artikels 36 Absatz 2 der Satzung des Ständigen Internationalen Gerichtshofs genauer gefaßt werden könnten, um die Ausnahme dieser Klausel

Digitized by Google

zu erleichtern, zum Zweck, die Solidarität und die Sicherheit der Nationen der Welt durch eine friedliche Lösung aller Streitigkeiten, die zwischen den Staaten auftreten könnten, zu stärken."

Diese Entschließung hatte den Vorzug, daß sie gleichzeitig die seit vier Jahren von den verschiedenen Organen des Völkerbundes zur Organisation des Friedens und Herbeiführung einer Verminderung der Rüstungen vorgenommenen Ermittelungen kurz zusammenfaßt und ein Programm der Arbeiten der Kommissionen aufstellt, in der Hoffnung, daß sie unter Beachtung der früheren Erfahrungen endlich zu dem erstrebten Ziel führen.

Die Bundesversammlung hatte den Kommissionen eine verschiedene Aufgabe zugewiesen: der ersten die Prüfung der friedlichen Beilegung der Streitigkeiten durch Verfahren, die sich auf alle Fälle anwenden lassen; der dritten die der Sicherheit der Nationen als notwendige Vorbedingung für die Verminderung ihrer Rüstungen.

Beide Kommissionen haben, nachdem sie in einer Generaldiskussion die Grundlagen ihrer Arbeiten geklärt hatten, die Prüfung ihres Programms je einer Unterkommission überwiesen, die ihr zahlreiche Sitzungen gewidmet haben.

Die Vorschläge der Unterkommissionen gaben darauf in den Kommissionen Anlaß zu sehr eingehenden Debatten, die zu den weiter unten besprochenen Entwürfen führten.

Da aber die den beiden Kommissionen überwiesenen Fragen Teile eines unteilbaren Ganzen bildeten, mußte durch eine gemischte Kommission von neun Mitgliedern und endlich durch einen gemeinsamen Redaktionsausschuß von vier Mitgliedern die nötige Fühlungnahme und Zusammenarbeit zwischen den Kommissionen hergestellt werden.

Aus demselben Grunde haben die Arbeiten der Kommissionen zu einem einheitlichen Protokollentwurf geführt, der von zwei gemeinsamen Entschließungsentwürfen begleitet ist.

Zu diesen verschiedenen Entwürfen wurden Berichte vorgelegt, die, da sie von den zuständigen Kommissionen gebilligt sind, als offizieller Kommentar zu ihnen angesehen werden können.

Diese getrennten Berichte sind hier vereinigt, um die Einheit der von beiden Seiten geleisteten Arbeiten herzustellen und ihre Erläuterung zu erleichtern.

Bevor mit der Analyse der Entwürfe begonnen wird, erscheint es zweckmäßig, in einem kurzen geschichtlichen Ueberblick die während der letzten vier Jahre geleisteten Arbeiten aufzuführen, deren logisches Ergebnis die Entwürfe sind.

Artikel 8 des Völkerbundsvertrages faßt das Problem der Rüstungsverminderungen in Worte, die bereits die ganze Vielgestaltigkeit der Frage erkennen lassen und die langen tastenden Versuche des Völkerbundes im Lauf der letzten Jahre erklären:

Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatze, daß die Aufrechterhaltung des Friedens eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß erfordert, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Erzwingung internationaler Verpflichtungen durch gemeinschaftliches Vorgehen vereinbar ist.

Hier ist aber klar die Notwendigkeit ausgesprochen, die Last, die die Rüstungen nach dem Kriege den Völkern aufbürden, zu vermindern, dem Wettrüsten, das schon an sich eine Bedrohung des Weltfriedens ist, Einhalt zu tun; gleichzeitig aber die Sorge, die nationale Sicherheit der Mitglieder des Bundes zu schützen, sie zu schützen nicht nur durch die Aufrechterhaltung des notwendigen Mindestbestandes an Soldaten, sondern auch durch ein Zusammenwirken aller Völker, durch eine ausgedehnte Organisation des Friedens.

Digitized by Google

Das ist der Sinn der Satzung; sie sieht mit der eigentlichen Verminderung der Rüstungen gleichzeitig ein gemeinschaftliches Vorgehen aller Bundesmitglieder vor, um dem eventuellen Friedensstörer die Beobachtung seiner internationalen Verpflichtungen aufzuzwingen.

In dem ersten so kurzen, aber so inhaltreichen Absatz des Artikels 8 findet sich also die Definition aller Probleme, die die Beachtung unserer Vorgänger und unsere eigene gefunden haben und mit deren Lösung uns die fünfte Bundesversammlung besonders beauftragt hat: das Problem der gemeinsamen Sicherheit und das Problem der Rüstungsverminderungen.

Die erste Bundesversammlung hatte bereits auf Grund des Artikels 8 ein Programm entworfen, an dessen Spitze sie die Erklärung des Obersten Rats stellte:

Daß es zur Erleichterung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas erwünscht ist, überall die Heere wieder auf den Friedensfuß zu setzen, die Rüstungen auf das mit der nationalen Sicherheit vereinbare Mindestmaß zu beschränken.

Sie bezog sich auch auf einen „Wunsch" (*voeu*) der Finanzkonferenz von Brüssel, die kurz vorher abgehalten war:

„Daß der Völkerbundsrat sich so bald als möglich mit den verschiedenen beteiligten Regierungen in Verbindung setzen möge, um ihre Zustimmung zu einer allgemeinen Verminderung der erdrückenden Last zu erreichen, die die Rüstungen in ihrem gegenwärtigen Zustand den verarmten Völkern der Welt auferlegen, die ihre Hilfsmittel verschlingen und ihre Wiedererstarkung nach den Verheerungen des Krieges beeinträchtigen."

Sie forderte ferner ihre beiden beratenden Kommissionen auf, sofort ihre Arbeiten zu beginnen und die Unterlagen für das im Artikel 8 erörterte Problem zusammenzustellen.

Die ersten Arbeiten der zeitweiligen gemischten Kommission und der ständigen beratenden Kommission enthüllten sofort die unendliche Vielgestaltigkeit der Frage.

Die zweite Bundesversammlung mußte ihre Entschließungen auf die zwar wichtigen, aber doch sozusagen nebensächlichen Fragen des Waffenhandels und der privaten Herstellung von Waffen beschränken. Sie berührte die Fragen der militärischen Ausgaben und Staatshaushalte nur in der Form von Empfehlungen und begnügte sich hinsichtlich der Hauptfrage der Rüstungsverminderungen damit, von der zeitweiligen gemischten Kommission einen bestimmten Plan zu verlangen.

Zwischen der zweiten und dritten Bundesversammlung hat diese Kommission, indem sie die Probleme gründlich erörterte, deren Grundlagen klargestellt. In ihrem Bericht stellte sie fest, daß „das Andenken an den Weltkrieg in vielen Staaten ein Gefühl der Unsicherheit aufrecht erhält, das sich mit bemerkenswerter Offenheit in den Berichten widerspiegelt, in denen auf Verlangen der Bundesversammlung mehrere Staaten ihre Bemerkungen über die Bedürfnisse ihrer nationalen Sicherheit und über ihre geographische Lage und ihre politischen Verhältnisse, die ihre Haltung in der Rüstungsfrage bestimmen, dargelegt haben".

Gleichzeitig erklärte aber die Kommission:

„In der Gesamtheit der Berichte zeigt sich nicht nur der Ausdruck des aufrichtigsten Bestrebens, die nationalen Rüstungen und die entsprechenden Kosten auf das geringste Maß zu beschränken, sondern auch die Wichtigkeit der schon erreichten Ergebnisse. Diese Feststellung — sagte sie — ist unzweifelhaft. Sie wird übrigens durch die Antworten bestätigt, die von den Regierungen auf den ‚Wunsch' der Bundesversammlung bezüglich der Beschränkung des Heeresbudgets eingegangen sind."

Digitized by Google

Auf diesem Punkte standen wir vor zwei Jahren: einstimmiges Bestreben, die Rüstungen zu vermindern, ungenügende, aber begonnene Verminderungen, noch größeres Verlangen, die Sicherheit der Welt durch eine ständige und endgültige Organisation des Friedens zu gewährleisten.

Hiervon nahm auf der dritten Bundesversammlung nach langen Diskussionen der berühmte XIV. Beschluß und auf der vierten Bundesversammlung der Entwurf des Vertrages über gegenseitige Unterstützung ihren Ausgang, der heute durch das der fünften Bundesversammlung vorgelegte Protokoll ersetzt ist.

Welcher Fortschritt ist seit vier Jahren erzielt worden?

Obgleich der Vertrag über gegenseitige Unterstützung die grundsätzliche Zustimmung von achtzehn Regierungen erlangte, hatte er eine Reihe von Bedenken wachgerufen. Es genügt, die wichtigsten zu erwähnen, um durch eine Gegenüberstellung mit der Analyse des neuen Entwurfs darzutun, daß es der ersten und dritten Kommission in hohem Maße gelungen ist, die vorgebrachten Bedenken zu erledigen und daß demgemäß der gegenwärtige Entwurf einen sehr großen Fortschritt gegenüber dem, was früher geleistet war, darstellt.

Vor allem hatte eine Anzahl von Regierungen oder Vertretern bei der Bundesversammlung behauptet, daß die im Entwurf des Vertrages über gegenseitige Unterstützung vorgesehenen Garantien nicht mit genügender Deutlichkeit die Verminderung der Rüstungen, das Endziel unserer Arbeiten, einschlösse. Während der Vertrag grundsätzlich den Art. 8 der Völkerbundssatzung in Wirksamkeit setzen soll, meinten viele, daß er nicht automatisch die Durchführung dieses Artikels zur Folge habe. Selbst wenn man zugäbe, daß man auf diesem Wege zu einer Verminderung der Rüstungen komme, so sei diese doch, so meinten die Gegner des Vertrages, dem Gutdünken jeder Regierung überlassen und nichts beweise, daß sie erheblich sein würde.

Mit gleichem Nachdruck beklagten sich viele Staaten, daß man neben den materiellen Garantien nicht eine Entwicklung der juristischen und moralischen Elemente der Völkerbundssatzung vorgesehen habe. Das Neue der Verfassung, die man im Jahre 1919 den Nationen gegeben habe, beruhe gerade in der Aufnahme dieser moralischen Solidarität, die eine neue Aera verkünde. Aus diesem Prinzip müsse natürlich die Ausdehnung des Schiedsgerichtswesens und der internationalen Gerichtsbarkeit abgeleitet werden, ohne welche eine festgefügte menschliche Gesellschaft nicht bestehen könne. Ein bedeutender Teil der Versammlung verlangte, daß die Arbeiten sich auch nach dieser Richtung erstreckten. Der Vertragsentwurf sei in dieser Beziehung ungenügend und unausgeglichen.

Endlich begegneten bekanntlich die Artikel über Sonderabkommen gewissen Einwendungen. Mehrere Regierungen glaubten, daß sie Gruppen von Mächten schaffen würden, die gegen andere Mächte oder Gruppen von Mächten eingestellt seien, daß sie eine politische Spannung herbeiführen würden. Das Fehlen der Schranken der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und obligatorischen Gerichtsbarkeit mache sich hier wie überall geltend.

So entwickelte sich schrittweise und logisch das System, bei dem wir heute angelangt sind.

Die durch die Völkerbundssatzung verlangte und durch die gegenwärtige allgemeine Weltlage erforderte Rüstungsverminderung führte uns dazu, die Frage der Sicherheit als notwendige Ergänzung der Abrüstung aufzuwerfen.

Die Unterstützung, die die in weniger günstiger Lage befindlichen Staaten von verschiedenen anderen Staaten beanspruchten, machte es für die letzteren Staaten notwendig, als eine Art moralischer und rechtlicher Garantie

Digitized by Google

die Uebernahme der Verpflichtung von den zu unterstützenden Staaten zu verlangen, ihren unbedingten guten Willen zu beweisen und immer, wenn sie in Streitigkeiten gerieten, den Versuch einer friedlichen Regelung anzunehmen.

Aber man hat ferner deutlicher und nachdrücklicher als jemals festgestellt, daß, wenn das Verlangen der Sicherheit und der wirksamen Unterstützung im Fall eines Angriffs die Bedingung *sine qua non* der Rüstungsverminderungen darstellt, es gleichzeitig die notwendige Ergänzung der friedlichen Regelung der internationalen Streitigkeiten ist, weil die Nichtausführung des friedlichen Urteilsspruches die Welt unvermeidlich in das System der bewaffneten Macht zurückfallen lassen würde.

Die Schiedsgerichtsbarkeit ist daher von der fünften Bundesversammlung als dritter notwendiger Faktor, als Ergänzung der beiden anderen, mit welchen er zur Aufrichtung des neuen in dem Protokoll organisierten Systems zusammenarbeiten muß, ins Auge gefaßt worden.

So sind wir nach harter fünfjähriger Arbeit dazu gekommen, den Mitgliedern des Völkerbundes das System der Schiedsgerichtsbarkeit, der Sicherheit und der Verminderung der Rüstungen vorzuschlagen, ein System, das wir für vollständig und dauerhaft halten.

Das ist der Stand der Frage, wie er sich heute der fünften Bundesversammlung darstellt. Das Bestreben, zum Ziel zu kommen, ist allgemein. Eine große Zahl von Ergebnissen, die im Laufe der früheren Jahre gewonnen waren, findet allgemeine Zustimmung. Man sah deutlich genug die vorhandenen Lücken, die es auszufüllen galt, die berechtigten Bedenken, die zerstreut werden mußten. Die Bedingungen waren daher günstig, um zu einer Verständigung zu kommen.

Diese Verständigung ist auf der Grundlage des Protokollentwurfs erreicht worden, der Ihrer Beratung unterbreitet wird.

II. Analyse des Entwurfs*).

1. Arbeiten der ersten Kommission.

(Berichterstatter Herr *Politis*.)

Das Protokoll, das seinen Ausgangspunkt von der Resolution vom 6. September 1924 nimmt, hat zum Zweck, die in Art. 8 der Völkerbundssatzung vorgesehene Verminderung und Beschränkung der Rüstungen zu erleichtern, indem es die Sicherheit der Staaten durch die Entwickelung der Verfahren der friedlichen Regelung aller internationalen Streitigkeiten und die wirksame Verurteilung des Angriffskrieges garantiert.

Diese allgemeinen Ideen sind in der Präambel des Protokolls zusammengefaßt.

a.

Obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit.

(Artt. 1—7, 10, 16, 18 und 19 des Protokolls.)

1. Vorbemerkung.

Die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit ist die wesentliche Grundlage des vorgeschlagenen Systems. Sie erschien als das einzige Mittel, um das vom Völkerbund angestrebte Endziel zu erreichen, nämlich die Herstellung einer friedlichen und rechtlichen Ordnung in den Beziehungen der Völker.

---

*) *Der hier als Entwurf bezeichnete Text deckt sich mit dem Text des Protokolls vom 2. Oktober 1924 (s. oben S. 163). — Herausgeber*

Digitized by Google

Die Verwirklichung dieses großen Ideals, nach welchem die Menschheit mit einer Willensenergie, die sich niemals kräftiger gezeigt hat als jetzt, strebt, setzt als unumgängliche Bedingung die Ausschaltung des Krieges, die Ausdehnung der Herrschaft des Rechts und die Kräftigung des Gefühls der Gerechtigkeit voraus.

Die Völkerbundssatzung hatte bereits um den Weltfrieden einen Schutzkreis gezogen. Aber als erster Versuch einer internationalen Organisation hatte er nicht vermocht, ihn eng genug zu schließen, um dem Kriege keine Möglichkeit zu lassen. Er hatte die Zahl der möglichen Kriege vermindert. Er hatte sie nicht alle verurteilt. Es gibt welche, die er zulassen mußte. In seinem System befanden sich daher zahlreiche Risse, die eine schwere Gefahr für den Frieden bildeten.

Das neue System des Protokolls geht weiter. Es schließt den von der Völkerbundssatzung gezogenen Kreis. Es verurteilt jeden Angriffskrieg. Künftig wird kein im eigentlichen Sinne individueller Krieg geduldet.

Dieses Ergebnis ist dank der Kräftigung der in der Völkerbundssatzung vorgesehenen friedlichen Verfahren erreicht. Das Protokoll vervollständigt sie und erstreckt sie ausnahmslos auf alle internationalen Streitigkeiten, indem sie die Schiedsgerichtsbarkeit für obligatorisch erklärt.

Allerdings ist der Ausdruck Schiedsgerichtsbarkeit hier in einem etwas anderen Sinne als bisher gebraucht. Es entspricht nicht ganz der Definition, die die Haager Konferenzen davon geben, welche ein jahrhundertealtes Gewohnheitsrecht kodifizieren, „die Erledigung von Streitigkeiten zwischen den Staaten durch Richter ihrer Wahl auf Grund der Achtung vor dem Rechte“ (Art. 37 der Konvention vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Regelung internationaler Streitigkeiten) im Auge hatten.

Von dieser klassischen Schiedsgerichtsbarkeit unterscheidet sich die hier vorgesehene Schiedsgerichtsbarkeit in verschiedenen Beziehungen:

a) Sie ist nur ein Teil eines umfassenden friedlichen Organismus. Sie ist unter dem Schutz und der Leitung des Völkerbundsrates errichtet.

b) Sie ist nicht nur ein Instrument der Rechtspflege. Sie ist auch und hauptsächlich ein Instrument des Friedens. Ohne Zweifel sollen die Richter in erster Linie die Regeln und Grundsätze des internationalen Rechtes anzuwenden suchen. Und deswegen sind sie, wie man weiter unten sehen wird, gehalten, den Ständigen Internationalen Gerichtshof gutachtlich zu hören, wenn eine der Parteien es verlangt. Aber zum Unterschied von gewöhnlichen Schiedsrichtern dürfen sie sich der Entscheidung nicht entziehen, wenn das internationale Recht keine auf den Fall anwendbare Regeln oder Grundsätze bietet; sie haben die Verpflichtung, sich von der Billigkeit leiten zu lassen, denn das Schiedsgerichtsverfahren muß hier notwendigerweise immer zu einer endgültigen Lösung führen. Man kann es nicht bedauern, denn, um den Völkern den Rechtsschutz zu sichern, muß man ihnen zunächst den Frieden garantieren.

c) Sie beruht nicht allein auf dem guten Willen und der Loyalität der Parteien. Sie verbindet mit der moralischen und juristischen Kraft des gewöhnlichen Schiedsgerichtsverfahrens die tatsächliche Kraft, die ihr die internationale Organisation verleiht, in deren Getriebe sie eins der wichtigsten Räder bildet; denn der Mangel der Sanktion, an dem die Entwickelung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit gelitten hat, wird hier beseitigt.

Im System des Protokolls ist die Verpflichtung zur Schiedsgerichtsbarkeit festbegründet und praktisch durchführbar *(pratique)*, weil sie immer unter einer Sanktion steht. Dank der Intervention des Rates ist ihre Anwendung automatisch gesichert: in keinem Fall kann sie durch den bösen Willen eines der in Streit befangenen Staaten aufgehalten werden. Die Entscheidungen, zu denen sie kommt, sind immer von einer Sanktion begleitet,

Digitized by Google

die sich je nach Lage des Falles — mehr oder weniger stark — nach dem Grad der Schwere des ihrer Beachtung entgegengesetzten Widerstandes richtet.

2. Natur der Bestimmungen des Protokolls (Art. 19).

Die im Protokoll niedergelegten Bestimmungen haben nicht alle dieselbe Tragweite und dieselbe Bedeutung für die Zukunft.

Sobald das Protokoll in Kraft tritt, werden seine Bestimmungen verbindlich in den Beziehungen zwischen den Signatarstaaten, und hinsichtlich dieser Staaten kann der Völkerbundsrat sofort alle ihm übertragenen Rechte und Pflichten ausüben.

Zwischen den Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, kann das Protokoll anfangs eine zwiespältige Rechtslage schaffen, denn, wenn es nicht sofort von allen angenommen wird, bleiben die Beziehungen zwischen Unterzeichnern und Nichtunterzeichnern allein der Völkerbundssatzung unterworfen, während die Beziehungen zwischen den Unterzeichnern außerdem durch das Protokoll geregelt werden.

Aber diese Lage wird nicht andauern. Abgesehen davon, daß man hoffen darf, daß alle Mitglieder des Völkerbundes das Protokoll annehmen, ist es durchaus nicht bestimmt, zwischen den Staaten, die es angenommen haben, einen engeren Bund zu schaffen, der in irgendeinem Punkte in Wettbewerb oder in Widerspruch mit dem gegenwärtigen Völkerbund treten könnte. Diejenigen unter den Bestimmungen, welche sich auf Artikel der Völkerbundssatzung beziehen, werden im Gegenteil so bald als möglich auf dem Wege der Abänderung der Satzung gemäß dem im Art. 26 vorgesehenen Revisionsverfahren gemeinsames Recht werden. Die Signatarstaaten, soweit sie Bundesmitglieder sind, verpflichten sich, in dieser Beziehung allen ihren Einfluß geltend zu machen.

Wenn die Völkerbundssatzung in dieser Weise abgeändert ist, bieten gewisse Teile des Protokolls keinen Raum mehr; einige dieser Bestimmungen werden die Völkerbundssatzung erweitert haben, andere, die nur Uebergangscharakter besitzen, werden ihre Bedeutung verloren haben.

Das Protokoll wird vollständig in Geltung bleiben in den Beziehungen zwischen den Signatarstaaten, die Bundesmitglieder sind, und den Signatarstaaten, die außerhalb des Völkerbundes stehen, oder zwischen Staaten, die zu dieser letzteren Kategorie gehören.

Man muß hinzufügen, daß in dem Maße, wie der Völkerbund seine Bestimmung der Universalität verwirklicht, die abgeänderte Satzung hinsichtlich aller Staaten an die Stelle des besonderen Rechtszustandes des Protokolls treten wird.

3. Verurteilung des Angriffskrieges (Art. 2).

Der Hauptgrundsatz des Protokolls ist das Verbot des Angriffskrieges.

Das einst unbeschränkte Recht der Staaten, miteinander Krieg zu führen, ist unter der Herrschaft der Völkerbundssatzung beschränkt, aber nicht beseitigt; es gibt Fälle, in denen seine Anwendung gestattet ist, neben den verbotenen Kriegen gibt es geduldete Kriege.

Künftig ist es nicht mehr ebenso. In keinem Fall haben die Staaten, die das Protokoll unterzeichnet haben, das Recht, aus eigener Initiative einen Angriffskrieg zu unternehmen, weder untereinander noch gegen einen Nicht-Signatarstaat, der gegebenenfalls alle Verpflichtungen, die von ihnen auf Grund des Protokolls übernommen sind, auf sich genommen hat.

Das Verbot betrifft nur den Angriffskrieg. Es versteht sich von selbst, daß es sich nicht auf den Verteidigungskrieg bezieht. Das Recht der legitimen Verteidigung bleibt, wie es nicht anders sein kann, unberührt. Der angegriffene Staat behält vollkommene Freiheit, sich mit allen seinen Kräften den Angriffsakten, denen er ausgesetzt ist, zu widersetzen. Ohne die Unterstützung seitens

Digitized by Google

der Völkergemeinschaft, auf welche er ein Recht hat, abzuwarten, kann und soll er die Verteidigung mit seinen eigenen Kräften beginnen. Sein Interesse stimmt hier mit dem allgemeinen Interesse überein. In dieser Beziehung kann nicht der geringste Zweifel obwalten.

Ebenso ist es, wenn ein Land in Uebereinstimmung mit dem Rat oder der Bundesversammlung entsprechend den Bestimmungen der Völkerbundssatzung oder des Protokolls von der Gewalt Gebrauch macht. Dies kann in zwei Gruppen möglicher Fälle eintreten: wenn ein Staat an gemeinsamen Gewaltmaßnahmen teilnimmt, die vom Völkerbund beschlossen sind, um einem seiner Mitglieder, der das Opfer eines Angriffs geworden ist, zu Hilfe zu kommen; wenn ein Staat mit Genehmigung des Rates oder der Bundesversammlung Gewalt anwendet, um eine zu seinen Gunsten ergangene Entscheidung durchzusetzen. Im ersten Fall ist die dem Opfer des Angriffs gewährte Hilfe indirekt ein Akt legitimer Verteidigung. Im zweiten Fall wird die Gewalt in den Dienst des allgemeinen Interesses gestellt, das aufs Spiel gesetzt werden würde, wenn die Entscheidungen, zu welchen die im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens durchgeführten Verfahren führen, ungestraft verletzt werden könnten. In allen diesen Fällen handelt der Staat, der zum Kriege greift, nicht auf eigene private Initiative: er ist gleichsam der Mandatar und das Organ der Allgemeinheit.

Hieraus erklärt sich, warum man sich nicht gescheut hat, hier von einem ausnahmsweise erlaubten Kriege zu sprechen. Man hat vorgeschlagen, das Wort „Krieg" zu vermeiden und von „Gewalt" zu sprechen, um den Massen die Enttäuschung zu ersparen, der sie ausgesetzt sind, wenn sie sehen, daß der Krieg trotz der feierlichen Ankündigung, daß er verurteilt ist, doch noch ausnahmsweise zugelassen ist. Man hat vorgezogen, offen zu bekennen, daß es sich so verhält, indem man den Ausdruck „zum Kriege zu schreiten", der in der Völkerbundssatzung vorkommt, aufrechterhalten hat; von „Gewalt" anstatt von „Krieg" zu sprechen, ändert nichts an den Tatsachen; das Eingeständnis, daß in den vorgesehenen Fällen der Krieg bestehen bleibt, ist überdies nützlich, weil man so eine bestimmte allgemein bekannte Lage bezeichnet, während der Ausdruck „zur Gewalt schreiten" zu Zweifeln Anlaß geben könnte, und weil man den Wert der Sanktionen, über die die Gemeinschaft der durch das Protokoll verbundenen Staaten verfügt, unterstreicht.

4. Obligatorische Zuständigkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofs (Art. 3).

Der Hauptgrundsatz des Protokolls konnte nur aufgestellt (*admis*) werden, indem man die friedliche Lösung aller internationalen Streitigkeiten ohne jede Ausnahme möglich machte.

Hierzu ist man gelangt, indem man zunächst der obligatorischen Zuständigkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofs größere Ausdehnung gab.

Die Zuständigkeit des Gerichtshofes ist nach seinem Statut grundsätzlich eine fakultative. Aber im Art. 36, Abs. 2 bietet das Statut den Staaten die Möglichkeit, sie für alle oder einige Kategorien von Streitigkeiten rechtlichen Charakters obligatorisch zu machen, wenn sie zum Gegenstand haben: a) die Auslegung eines Vertrages; b) Fragen des internationalen Rechts; c) das Bestehen einer Tatsache, welche die Verletzung einer internationalen Verpflichtung bedeuten würde; d) Umfang und Art einer für die Verletzung einer internationalen Verpflichtung geschuldeten Entschädigung. Es genügt, wenn sie es in dem dem Statut beigefügten Sonderprotokoll erklären. Diese Verpflichtung gilt dann gegenüber jedem Staate, der dieselbe Verpflichtung übernimmt. Sie kann bedingungslos oder unter der Bedingung der Reziprozität seitens mehrerer oder gewisser anderer Staaten, auf die Dauer oder für einen bestimmten Zeitraum, übernommen werden.

Digitized by Google

Sie ist bisher nur von einer geringen Zahl von Staaten übernommen worden. Die meisten Staaten haben sich derselben enthalten, weil sie glaubten, die obligatorische Zuständigkeit in gewissen Fällen, die der einen oder anderen der verschiedenen oben angeführten Kategorien von Streitigkeiten angehören, nicht annehmen zu können und weil sie nicht wußten, ob ihre Annahme von Vorbehalten in diesem Sinne begleitet sein dürfte.

Deshalb hatte die Entschließung der Bundesversammlung vom 6. September die erste Kommission aufgefordert, die Bestimmungen des Art. 36, Abs. 2 klarzustellen, um ihre Annahme zu erleichtern.

Die eingehende Prüfung der Bestimmung gestattete die Feststellung, daß ihre geschmeidige Fassung alle Vorbehalte zuläßt. Da die Staaten die Befugnis haben, die obligatorische Zuständigkeit für einige der aufgeführten Kategorien von Streitigkeiten anzunehmen und für andere nicht anzunehmen, so sind sie um so mehr berechtigt, sie nur für einen Teil einer dieser Kategorien anzunehmen: wer das Größere darf, darf auch das Geringere. Es steht ihnen daher frei, wenn sie die vorgesehene Verpflichtung übernehmen, zu erklären, daß sie sie in den Fällen ablehnen, in denen es ihnen unmöglich ist, sie zuzulassen.

Man kann sich mögliche, aber zulässige Vorbehalte vorstellen entweder in bezug auf eine bestimmte Kategorie von Streitigkeiten oder allgemein in bezug auf den Zeitpunkt, zu dem der Gerichtshof mit der Sache befaßt werden kann. Ohne hier eine vollständige Aufzählung der denkbaren Vorbehalte geben zu wollen, scheint es doch nützlich, als Beispiele diejenigen aufzuführen, welche im Lauf der Diskussion erwähnt worden sind.

Von der Kategorie von Streitigkeiten, die die „Auslegung eines Vertrages" zum Gegenstand haben, kann man zum Beispiel ausschließen die Streitigkeiten, die sich auf bestimmte Arten von Verträgen, z. B. politische Verträge, Friedensverträge usw., beziehen.

Von der Kategorie von Streitigkeiten, die „eine Frage des Völkerrechts" zum Gegenstand haben, kann man z. B. ausschließen die Streitigkeiten, die sich auf die Anwendung eines politischen Vertrages, eines Friedensvertrages usw. beziehen oder auf eine bestimmte Frage oder auch diejenigen, welche sich aus Kriegsmaßnahmen ergeben, die von einem der Signatarstaaten in Uebereinstimmung mit dem Rat oder der Bundesversammlung getroffen sind.

Ebenso lassen sich in bezug auf den Zeitpunkt, zu welchem der Gerichtshof mit der Sache befaßt werden kann, vielfache Vorbehalte denken. Der durchgreifendste wäre derjenige, welcher die Anrufung des Gerichtshofes für alle Streitigkeiten, für welche die obligatorische Zuständigkeit zugelassen ist, von dem Abschluß eines Schiedsvertrages abhängig machte, der mangels einer Verständigung zwischen den Parteien vom Gerichtshof selbst aufzustellen wäre, in Nachahmung dessen, was in der Haager Konvention von 1907 bezüglich des Ständigen Schiedsgerichtshofes gesagt ist.

Es könnte ferner erklärt werden, daß die Zulassung der obligatorischen Zuständigkeit die streitenden Parteien nicht hindert, sich zu verständigen, um einen vorgängigen Vermittlungsversuch vor dem Völkerbundsrat oder einem anderen Organ ihrer Wahl zu machen, oder auch um ihre Streitigkeit vorzugsweise vor die Schiedsrichter zu bringen.

Man könnte auch trotz der Annahme der obligatorischen Zuständigkeit des Gerichtshofes sich das Recht vorbehalten, den Völkerbundsrat zwecks Vermittlung gemäß Abs. 1 bis 3 des Art. 15 der Völkerbundssatzung mit der Streitigkeit zu befassen, mit der Maßgabe, daß während dieses Verfahrens keine Partei die andere vor den Gerichtshof laden dürfte.

Für Vorbehalte, mit denen die im Art. 36, Abs. 2 vorgesehene Verpflichtung begleitet sein kann, bietet sich somit ein sehr weites Feld. Hieraus kann die Besorgnis erwachsen, daß man durch die Benutzung des Rechts

Digitized by Google

Vorbehalte zu machen, die übernommene Verpflichtung tatsächlich fast auf ein Nichts reduziert. Diese Besorgnis erscheint nicht begründet. Man darf zunächst hoffen, daß jede Regierung sich auf die unentbehrlichsten Vorbehalte beschränkt. Man muß ferner anerkennen, daß es immer besser ist, wenn die Verpflichtung, mag sie auch noch so beschränkt sein, übernommen wird.

Man kann es daher als einen großen Fortschritt ansehen, daß die Signatarstaaten sich verpflichten, dem Art. 36, Abs. 2, wenn auch mit Vorbehalten, beizutreten.

Dieser Beitritt muß spätestens einen Monat nach dem Inkrafttreten oder der späteren Annahme des Protokolls erfolgen.

Es versteht sich von selbst, daß dieser Beitritt in keiner Weise das allgemeine Recht der Staaten beschränkt, auf dem Gebiete der Schiedsgerichtsbarkeit Sonderabkommen zu schließen. Es ist durchaus statthaft, daß zwei Signatarmächte des Protokolls, die darauf dem Art. 36, Abs. 2 beigetreten sind, der obligatorischen Zuständigkeit des Gerichtshofs in ihrem Verhältnis zueinander eine größere Ausdehnung geben oder daß sie vereinbaren, ihre Streitigkeit, bevor sie an den Gerichtshof geht, einem besonderen Vermittlungsverfahren zu unterbreiten oder auch, daß sie vor oder nach dem Auftreten der Streitigkeit abmachen, daß sie vorzugsweise vor ein Sonderschiedsgericht oder vor den Völkerbundsrat zu bringen ist.

Ebenso steht fest, daß bis zum Inkrafttreten oder der Annahme des Protokolls der Beitritt zum Art. 36, Abs. 2, der von da ab obligatorisch wird, fakultativ zulässig bleibt, und daß er, wenn er schon stattgefunden hat, in der Weise, wie er erfolgt ist, in Kraft bleibt.

Die einzige etwas schwierige Frage ist, was aus den auf Grund des Protokolls erfolgten Beitrittserklärungen wird, wenn dieses später hinfällig wird. Man kann die Frage aufwerfen, ob sie als so eng mit ihm verbunden anzusehen ist, daß das Kraftloswerden des Protokolls dasjenige der Beitrittserklärung nach sich zieht. Die Frage muß verneint werden. Die gesunde Auslegung internationaler Verträge verlangt, daß, wenn nicht das Gegenteil ausdrücklich bestimmt ist, die bereits eingetretenen Wirkungen den Vertrag, dem sie entstammen, überdauern.

Daraus ergibt sich, daß der Staat, welcher die Dauer seines Beitritts zu Art. 36, Abs. 2 von der des Protokolls abhängig machen will, dies ausdrücklich erklären muß. Wie der Art 36 ihm gestattet, sich nur für einen bestimmten Zeitraum zu verpflichten, so kann er auch bei seinem Beitritt erklären, daß er nur für die Zeit der Geltung des Protokolls gebunden sein will.

5. Stärkung der friedlichen Verfahren (Art. 4).

Man hat erreicht, die friedliche Regelung aller Streitigkeiten möglich zu machen, indem man, an zweiter Stelle, die in der Völkerbundssatzung vorgesehenen Verfahren verstärkte.

Art. 4 Abs. 1. Die Vermittlungsaktion des Rates. — Wenn die Streitigkeit nicht unter die obligatorische Zuständigkeit des Ständigen Internationalen Gerichtshofs fällt, und wenn die Parteien sich nicht haben verständigen können, sie ihm zu unterbreiten oder sie einem Schiedsverfahren zu unterwerfen, soll sie nach den Bestimmungen des Art. 15 der Völkerbundssatzung vor den Rat gebracht werden, der sich bemühen wird, die Regelung durch Versöhnung der Parteien herbeizuführen. Wenn dies dem Rat gelingt, so veröffentlicht er, soweit er es für zweckdienlich hält, eine Darstellung des Tatbestandes mit den zugehörigen Erläuterungen und dem Wortlaut des Ausgleiches.

In dieser Beziehung ist in dem Verfahren der Satzung nichts geändert. Es erschien zweckmäßig festzusetzen, in welcher Weise dabei vorgegangen werden soll. Der Rat hat den freiesten Spielraum, die geeignetsten Mittel zu wählen, um zu einer Versöhnung der Parteien zu kommen; er kann alle Vor-

Digitized by Google

schläge hören, alle notwendigen Erkenntnisquellen erschließen, Ermittlungen anstellen, sachverständige Untersuchungen vornehmen lassen entweder durch ihn selbst oder durch Sachverständige seiner Wahl, auch auf Verlangen einer Partei einen besonderen Vermittlungsausschuß einsetzen. Das Wesentliche ist, daß möglichst eine friedliche Beilegung der Streitigkeit erzielt wird; auf welchem Wege sie erreicht wird, ist von geringer Bedeutung. Nichts darf die friedenstiftende Betätigung des Rates beeinträchtigen. Ihm liegt es ob, zu prüfen, ob es nicht zweckmäßig wäre, allgemeine Vorschriften für das vor ihm sich abspielende Verfahren, die geeignet wären, die Bereitwilligkeit der Parteien dahin zu beeinflussen, daß sie sich leichter unter seinen Auspizien verständigen, für seinen eigenen Gebrauch umzuarbeiten und sie zur Kenntnis der Signatarmächte zu bringen.

Nur die Erfahrung kann lehren, ob es notwendig ist, die in den ersten drei Absätzen des Art. 15 der Satzung niedergelegten Regeln weiter zu entwickeln.

Für den Augenblick scheint es besser, nichts hinzuzufügen und ganz der Weisheit des Rates zu vertrauen, wobei sich von selbst versteht, daß es den Parteien immer freisteht, entweder sofort oder in einem späteren Stadium des Verfahrens einen anderen Verständigungsmodus zu vereinbaren: unmittelbare Verständigung, Einsetzung eines Sonderausschusses von Vermittlern, Zurückgreifen auf ein Schiedsgericht oder auf den Ständigen Internationalen Gerichtshof.

Das neue Verfahren des Protokolls wird nur anwendbar, wenn der Rat mit seinen Vermittlungsbemühungen scheitert und wenn die Parteien nicht zu einer Verständigung über die anzuwendende Lösung gelangen.

In diesem Fall soll der Rat, bevor er weitere Schritte tut, die Parteien veranlassen, ihre Streitigkeit einer gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Regelung zu unterwerfen.

Nur für den Fall, daß diese Aufforderung, die der Rat in einer Weise machen wird, die die meisten Aussichten auf Erfolg zu bieten scheint, erfolglos bleibt, gewinnt das Verfahren den obligatorischen Charakter, der notwendig ist, um in allen Fällen eine endgültige Lösung der Streitigkeit herbeizuführen.

Dieses Verfahren umfaßt drei Möglichkeiten:

a) obligatorisches Schiedsgericht auf Verlangen einer Partei;
b) einstimmige Entscheidung des Rates;
c) obligatorisches Schiedsgericht auf Anordnung des Rates.

Jedes dieser drei möglichen Verfahren wird durch ihre eigentümlichen Vorschriften geregelt.

Art. 4, Abs. 2. Das obligatorische Schiedsgericht ersten Grades. — Wenn die Parteien, die vom Rat aufgefordert sind, ihre Streitigkeit einer gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Regelung zu unterbreiten, in dieser Beziehung nicht zu einer Verständigung gelangen, findet ein fakultatives Schiedsgericht nicht statt. Aber es genügt, daß eine von ihnen es verlangt, um das Schiedsgericht sofort zu einem obligatorischen zu machen.

Die Streitigkeit wird dann ohne weiteres einem Schiedsgericht unterworfen, das in der vom Rat festzusetzenden Frist berufen wird.

Die Parteien haben völlig freie Hand, selbst dieses Schiedsrichterkollegium zu bestellen. Sie können sich über die Zahl, die Namen und Befugnisse des Schiedsrichters sowie über das Verfahren verständigen. Das Wort „Befugnisse" muß in weitestem Sinne verstanden werden und besonders die ihnen zu stellenden Fragen einschließen.

Man hat es nicht für zweckmäßig gehalten, diesen Gedanken weiter zu entwickeln. Es schiene genügt, auszusprechen, daß das, was durch eine Verständigung zwischen den Parteien erzielt wird, jeder anderen Lösung vorzuziehen ist.

Digitized by Google

Ebensowenig schien es zweckmäßig, die den Schiedsrichtern einzuräumenden Befugnisse näher zu bestimmen. Dies ist eine Frage, die von den in jedem Fall obwaltenden besonderen Umständen abhängt, da die Rolle der Schiedsrichter gegebenenfalls, wie oben ausgeführt, nicht nur die von Richtern sein kann, die auf Grundlage des Rechts urteilen, sondern auch die von freundschaftlichen Vermittlern, denen gestattet ist, Erwägungen der Billigkeit in Betracht zu ziehen.

Man hat aber nicht für notwendig gehalten, dies in Form einer Bestimmung festzulegen.

Es schien vielmehr den Vorzug zu verdienen, es in jedem Fall der Verständigung unter den Parteien zu überlassen, darüber nach Lage der Umstände zu entscheiden.

Man hat jedoch im Auge gehabt, daß die Schiedsrichter nicht notwendigerweise Juristen sein sollen. Deshalb ist auch festgesetzt, daß sie, wenn Rechtsfragen auftreten, auf Verlangen einer Partei durch Vermittlung des Rates ein Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs einziehen sollen, der in diesem Fall sofort zusammentritt. Das Gutachten des Gerichtshofs soll der Belehrung der Schiedsrichter dienen; es bindet sie nicht in dem Rechtspunkt, wenn auch seine wissenschaftliche Bedeutung jedenfalls einen sehr großen Einfluß auf ihr Urteil ausüben wird. Um dem Mißbrauch allzu häufiger Befragungen dieser Art vorzubeugen, ist ausgemacht, daß in jedem Streitfall das Gutachten des Gerichtshofs nur einmal über alle streitigen Rechtspunkte eingeholt werden darf.

Die Ausdehnung, die in dem neuen System der friedlichen Regelung von Streitigkeiten dem Verfahren der Einholung von Gutachten des Gerichtshofes gegeben ist, hat den Gedanken wachgerufen, daß es zweckmäßig wäre, die Frage zu prüfen, ob man nicht auch in diesem Fall das gegenwärtig nur in Streitsachen befolgte System der Beiordnung nationaler Richter annehmen solle, sowie die Frage der Anwendung des Art. 24 des Statuts des Gerichtshofes über die Ablehnung der Richter auf das Gutachtenverfahren.

Wenn die Parteien sich über alle oder einzelne der für die Durchführung des Schiedsverfahrens wesentlichen Punkte nicht haben verständigen können, so ist es Aufgabe des Rates, dafür Vorsorge zu treffen, mit Ausnahme der Stellung der Frage, die sich für die Schiedsrichter aus den Anträgen der Parteien oder einer Partei, wenn die anderen ausbleiben, ergeben soll.

Für den Fall, daß die Wahl der Schiedsrichter durch den Rat erfolgen muß, erschien es, so sehr man auch seiner Einsicht vertrauen darf, zweckmäßig, bezüglich der Wahl der Schiedsrichter einige allgemeine Regeln aufzustellen, die bestimmt sind, dem Schiedsverfahren das moralische Ansehen zu geben, das erforderlich ist, um seine tatsächliche Beachtung zu sichern.

Die erste dieser Regeln besagt, daß der Rat, bevor er zur Wahl der Schiedsrichter schreitet, die Meinung der Parteien einholen soll. Man hat vorgeschlagen, diesen Gedanken noch weiter zu entwickeln, indem man den Parteien das Recht gibt, Vorschläge zu machen und eine gewisse Zahl von Schiedsrichtern, die der Rat vorschlägt, abzulehnen.

Dieser Vorschlag ist wegen der Schwierigkeit, die die eingehende Regelung der Ausübung dieses zwiefachen Rechts bietet, abgelehnt worden. Aber es wurde als selbstverständlich erachtet, daß der Rat keinen Grund haben würde, Kandidaten, die ihm von den Parteien vorgeschlagen würden, abzulehnen oder ihnen solche aufzudrängen, die sie abzulehnen wünschten, oder endlich anderen Vorschlägen, die sie zu machen hätten, nicht Rechnung zu tragen. Es ist vielmehr einleuchtend, daß der Rat immer so handeln wird, daß er das Vertrauen, das das Schiedsgericht den Parteien einflößen soll, möglichst erhöht.

Digitized by Google

Die zweite Regel geht von demselben Gedanken aus. Sie stellt das Recht des Rates fest, die Schiedsrichter und ihren Obmann unter den Personen zu wählen, von denen er annimmt, daß sie ihm nach Nationalität, Charakter und Erfahrung die sichersten Garantien der Sachkunde und der Unparteilichkeit geben.

Die Erfahrung wird auch hier zeigen, daß es nicht zweckmäßig wäre, wenn der Rat für die Zusammensetzung und die Tätigkeit des hier fraglichen obligatorischen Schiedsgerichts sowie desjenigen, von dem später die Rede sein wird, sowie für das vor ihm sich abspielende Vermittlungsverfahren allgemeine Vorschriften ausarbeitete, die für seinen eigenen Gebrauch bestimmt wären, von dem aber den Signatarmächten Kenntnis zu geben wäre.

Art. 4, Abs. 3. Die einstimmige Entscheidung des Rates. — Wenn das Schiedsgericht von beiden Seiten abgelehnt worden ist, kommt die Angelegenheit von neuem vor den Rat, dieses Mal aber mit einem besonderen Charakter. Denn die Ablehnung des Schiedsgerichts schließt die Zustimmung der Parteien dazu ein, daß der Rat die Angelegenheit endgültig regelt. Sie steht der Anerkennung der außerordentlichen Zuständigkeit des Rats gleich. Sie bedeutet, daß die Parteien seine Entscheidung einem Schiedsspruch vorziehen.

Bei der Wiederaufnahme der Prüfung der Angelegenheit hat der Rat nicht nur den ihm gewöhnlich zustehenden Spielraum; sondern es stehen ihm alle Befugnisse zu, die Angelegenheit endgültig und unwiderruflich zu regeln, falls er einstimmig beschließt. Seine von den Mitgliedern, die nicht Vertreter der streitenden Parteien sind, einstimmig getroffene Entscheidung wird für die Parteien dieselbe schwerwiegende und nachdrückliche Bedeutung haben, wie das Schiedsgerichtsurteil, an dessen Stelle es tritt.

Art. 4, Abs. 4. Das obligatorische Schiedsgericht zweiten Grades. — Wenn der Rat nicht zu einer einstimmigen Entscheidung kommt, soll er die Streitigkeit dem Urteil eines Schiedsgerichts unterbreiten; aber dieses Mal entzieht sich die Zusammensetzung des Schiedsgerichts vollständig dem Einfluß der Parteien, weil angenommen wird, daß sie ihre Angelegenheit ganz in die Hände des Rats gegeben haben. Es ist Aufgabe des Rats, alle Einzelheiten zu regeln, die Zusammensetzung, die Befugnisse des Schiedsgerichts und das Verfahren vor demselben. Ohne Zweifel ist er befugt, die Vorschläge der Parteien zu hören und solche anzuregen, aber er ist nicht verpflichtet, es zu tun. Die einzige Schranke, die ihm auferlegt ist, besteht darin, daß er in der Wahl der Schiedsrichter Rücksicht nehmen muß auf die Garantien der Sachkunde und der Unparteilichkeit, die die Schiedsrichter nach Nationalität, ihrem Charakter und Erfahrung immer bieten müssen.

Art. 4, Abs. 6. Bedeutung und Durchführung der Entscheidungen. — So ist man in Ermangelung einer freundschaftlichen Verständigung und dank dem angenommenen System immer sicher, zu einer endgültigen Beilegung der Streitigkeit zu kommen, entweder in der Form einer Entscheidung des Ständigen Internationalen Gerichtshofes oder in Form eines Schiedsspruches oder in Form einer einstimmigen Entscheidung des Rates.

Dieser Lösung müssen die Parteien sich unterwerfen, sie müssen sie ausführen oder sich ihr mit gutem Willen anpassen.

Wenn sie es nicht tun, verletzen sie eine Verpflichtung, die sie gegenüber den anderen Unterzeichnern des Protokolls übernommen haben, und diese Verletzung zieht Folgen und Sanktionen nach sich, die sich nach dem Grad der Schwere richten.

Wenn die widerstrebende Partei sich darauf beschränkt, der getroffenen Lösung passiven Widerstand entgegenzusetzen, so wird sie zunächst dem friedlichen Druck des Rates unterworfen, der seinen ganzen Einfluß einzusetzen hat, um sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtung anzuhalten. Hat der

Digitized by Google

Rat damit keinen Erfolg, so soll er die geeigneten Maßnahmen ergreifen, um die Durchführung der getroffenen Entscheidung zu sichern.

Das Protokoll folgt in dieser Beziehung nur der am Schluß des Art. 13 der Völkerbundssatzung aufgestellten Regel. Der Rat kann daher gegen den Widerstrebenden gemeinsame Sanktionen wirtschaftlicher und finanzieller Art veranlassen. Man darf annehmen, daß solche Maßnahmen genügen werden. Es erschien nicht möglich, unter allen Umständen darüber hinauszugehen und Gewalt gegenüber einem Staat anzuwenden, der sich nicht fügt. Nur der Staat, zu dessen Gunsten die Entscheidung gefallen ist, kann, wenn er dazu vom Rat ermächtigt wird, gegen den Widerstrebenden Gewalt anwenden.

Wenn aber der in der Entscheidung verurteilte Staat sich gegen dieselbe mit Waffengewalt wehrt, so verdient er, da er als Angreifer gegenüber der Gesamtheit der Signatarmächte auftritt, selbst die schärfsten Sanktionen, die im Art. 16 der Völkerbundssatzung nach der im vorliegenden Protokoll angegebenen Auslegung vorgesehen sind.

Anwendungsgebiet der friedlichen Verfahren. — So notwendig auch das festgesetzte System ist, um zur Regelung aller Streitigkeiten zu gelangen, so muß man sich doch in seiner Anwendung einzig von dem ihm zugrunde liegenden friedlichen Ziel leiten lassen. Es soll niemals in einem andern Geiste wirken, indem es Möglichkeiten für Schikanen und tendenziöse Maßnahmen bietet, bei denen der Friede mehr zu verlieren als zu gewinnen hätte.

Deshalb war es notwendig, um ihm die wünschenswerte Anpassungsfähigkeit zu wahren, der Regel einige Ausnahmen beizufügen, die die Abweisung des Antrags zur Folge haben, indem die Angelegenheit von dem Rat, dem Ständigen Internationalen Gerichtshof oder den Schiedsrichtern *a limine* abgelehnt werden muß.

Drei Kategorien von Streitigkeiten entziehen sich der Anwendung des Systems:

Art. 4, Abs. 5. 1. Dahin gehören zunächst die Streitigkeiten, die sich auf Fragen beziehen, die schon zu einem vor dem Inkrafttreten des Protokolls liegenden Zeitpunkt den Gegenstand einer einstimmigen Empfehlung des Rates, die von einer Partei angenommen ist, gebildet haben. Es ist für die internationale Ordnung und für das Ansehen des Rates von Bedeutung, daß seine einstimmigen Empfehlungen, die zugunsten des Staates, der sie angenommen hat, einen Rechtstitel bilden, nicht mit Hilfe eines Verfahrens in Frage gestellt werden können, das auf der Grundlage des obligatorischen Schiedsgerichts aufgebaut ist. Der einzige Weg, der mangels einer freundschaftlichen Verständigung für die Regelung der Schwierigkeiten offen steht, zu denen sie Anlaß bieten könnten, ist ein Ersuchen an den Rat gemäß dem gegenwärtig in der Völkerbundssatzung vorgesehenen Verfahren.

Art. 4, Abs. 7. 2. Ebenso verhält es sich mit den Streitigkeiten, die infolge von Kriegsmaßnahmen entstehen könnten, die von einem oder mehreren Signatarstaaten im Einverständnis mit dem Rat oder der Bundesversammlung getroffen sind. Es wäre in der Tat nicht angängig, daß das obligatorische Schiedsgericht in den Händen des Feindes der Völkergemeinschaft eine Waffe bildete, um die Handlungsfreiheit derjenigen, die im Namen des allgemeinen Interesses ihm die Erfüllung seiner Verpflichtungen aufzuerlegen suchen, einzuschränken.

Um jede Auslegungsschwierigkeit zu vermeiden, sind diese beiden ersten Gruppen von Ausnahmen im Protokolle ausdrücklich aufgeführt.

3. Es gibt eine dritte Kategorie von Streitigkeiten, auf welche gleichfalls das neue System des friedlichen Verfahrens nicht angewendet werden kann. Das sind diejenigen, welche die Revision von in Kraft befindlichen internationalen Verträgen und Akten zum Gegenstand haben, oder welche den gegenwärtigen territorialen Bestand der Signatarmächte in Frage zu

Digitized by Google

stellen bezwecken. Es wurde der Vorschlag gemacht, diese Ausnahme in das Protokoll aufzunehmen, aber beide Kommissionen waren einstimmig der Ansicht, daß sowohl unter dem Gesichtspunkt des Rechts als unter dem der Politik die Unmöglichkeit, auf diese Streitigkeiten die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit anzuwenden, derart offensichtlich ist, daß es ganz überflüssig war, eine ausdrückliche Bestimmung hierüber aufzunehmen und daß es genügte, sie in dem vorliegenden Bericht zu erwähnen.

6. Rolle der Versammlung nach dem System des Protokolls (Art. 6).

Das neue Verfahren sollte dem alten angepaßt werden, das der Bundesversammlung die gleichen Rechte gab wie dem Rate, wenn der Versammlung ein Streitfall vorgelegt wird, sei es vom Rate selbst, sei es auf Antrag einer der Parteien.

Es ist die Frage entstanden, ob es praktisch sei, diese Gleichheit der Befugnisse zwischen den beiden Organen des Völkerbundes bei dem neuen Verfahren beizubehalten. Einige haben es für besser gehalten, das Eingreifen der Bundesversammlung hier zu beseitigen. Schließlich aber drang die entgegengesetzte Ansicht durch, denn die Berufung an die Bundesversammlung kann für die öffentliche Meinung von großem Einfluß sein. Ohne indes soweit zu gehen, daß man der Bundesversammlung die gleiche Rolle wie dem Rate beilegte, hat man ein gemischtes System bevorzugt, wonach die Bundesversammlung grundsätzlich an Stelle des Rates tritt, um statt seiner, wenn bei ihr gemäß Art. 15, Abs. 9 der Satzung Berufung eingelegt wird, die verschiedenen, in Art. 4 des vorliegenden Protokolls vorgesehenen Befugnisse auszuüben, mit Ausnahme der reinen Vollzugsverhandlungen, die stets Sache des Rates bleiben müssen. Somit muß die Organisation und die Tätigkeit des obligatorischen Schiedsverfahrens und die Verweisung an den Ständigen Internationalen Gerichtshof stets dem Rate übertragen werden, weil er tatsächlich allein hierzu befähigt ist.

Das etwaige Eingreifen der Bundesversammlung ändert das Endergebnis des neuen Verfahrens in keiner Weise. Gelingt der Versammlung eine gütliche Einigung der Parteien nicht, so findet auf Antrag einer der Parteien ein obligatorisches Schiedsverfahren durch Vermittlung des Rates nach den vorstehend festgesetzten Regeln statt.

Beantragt keine der Parteien ein Schiedsverfahren, so kommt die Sache wieder vor die Bundesversammlung, und findet die von ihr empfohlene Lösung die nach Art. 15, Abs. 10 der Satzung erforderliche Stimmenmehrheit, so ist sie gleichbedeutend mit einem einstimmigen Beschluß des Rates.

Findet sich schließlich die erforderliche Stimmenmehrheit nicht, so muß der Streitfall dem auf Veranlassung des Rates eingesetzten Schiedsgericht vorgelegt werden.

Auf jeden Fall gelangt man genau wie in dem Falle, wo der Rat allein eingreift, zu einer endgültigen obligatorischen Schlichtung des Streitfalles.

7. Ausschließliche Zuständigkeit der Staaten (Art. 5).

Das vorliegende Protokoll berührt in keiner Weise die in Art. 15, Abs. 8 der Satzung aufgenommene Bestimmung zum Schutz der nationalen Souveränität.

Um jeden Zweifel hierüber zu beheben, schien es nötig, dies ausdrücklich zu sagen.

Dem Rate gegenüber findet die vorgenannte Bestimmung ohne irgend eine Einschränkung Anwendung, einerlei in welchem Augenblick er während des im Protokoll festgesetzten Verfahrens eingreift.

Sie gilt ferner für beide Stufen des obligatorischen Schiedsverfahrens: Wenn einer der streitenden Staaten behauptet, daß der ganze Streitfall oder ein Teil desselben sich auf eine Frage bezieht, die das internationale Recht

Digitized by Google

seiner ausschließlichen Zuständigkeit vorbehält, müssen die Schiedsrichter durch Vermittlung des Rates den Ständigen Internationalen Gerichtshof befragen, denn hier handelt es sich um eine Rechtsfrage, über die eine juristische Entscheidung zu haben wichtig ist. Somit hat der Gerichtshof sich darüber zu äußern, ob die strittige Frage dem internationalen Recht unterliegt oder ob sie zur ausschließlichen Zuständigkeit des betreffenden Staates gehört. Darauf beschränkt sich seine Aufgabe und die Frage kommt auf jeden Fall wieder vor die Schiedsrichter. Aber im Gegensatz zu den übrigen, im Laufe eines obligatorischen Schiedsverfahrens von dem Gerichtshofe eingeholten Gutachten, die für den Schiedsrichter lediglich beratenden Wert haben, ist in diesem Falle das Gutachten des Gerichtshofes bindend, und zwar in dem Sinne, daß, wenn der Gerichtshof erkannt hat, daß die Streitfrage zur ausschließlichen Zuständigkeit des betreffenden Staates gehört, die Schiedsrichter weiter nichts zu tun haben, als diese Lösung in ihren Spruch aufzunehmen. Nur wenn der Gerichtshof geäußert hat, daß die Streitfrage dem internationalen Recht unterliegt, nehmen die Schiedsrichter die Prüfung der Sache wieder auf und entscheiden darüber.

Dadurch, daß dem Gutachten des Gerichtshofes in diesem Falle bindende Kraft beigelegt wird, erhöht sich noch die Bedeutung der doppelten Frage, die weiter oben bei Art. 4 betreffs der Zuziehung einheimischer Richter und der Anwendung von Art. 24 des Statuts des Gerichtshofes bei dem beratenden Verfahren aufgeworfen ist.

Die Beibehaltung des Grundsatzes von Art. 15, Abs. 8 der Satzung erforderte, um die Strenge seiner Anwendung zu mildern, zugleich den Hinweis auf die Regel von Art. 11 der Satzung, wonach der Völkerbund im Kriegsfall oder im Falle einer Kriegsdrohung die Pflicht hat, „die zum wirksamen Schutz des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen" und wonach dessen Generalsekretär verpflichtet ist, den Rat auf Antrag jedes Mitgliedes des Völkerbundes sofort einzuberufen. Somit ist nach der Feststellung, daß der Streitfall zur ausschließlichen Zuständigkeit einer der Parteien gehört, diese Partei oder ihre Gegnerin vollauf berechtigt, das Eingreifen des Rates oder der Bundesversammlung zu fordern.

Dieser einfache Hinweis auf Art. 11 bildet in keiner Weise eine Neuerung. Er läßt das Recht des Rates unberührt, die zur Wahrung des Völkerfriedens geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Er überträgt weder dem Rat noch der Bundesversammlung neue Vollmachten oder Befugnisse. Diese beiden Bundesorgane behalten lediglich die Befugnisse, die ihnen die Satzung gegenwärtig überträgt.

Um jeden Zweifel zu beheben, der aus der Gegenüberstellung von Art. 15, Abs. 8 und Art. 11 der Satzung entstehen könnte, sind im Laufe der Erörterung in der Ersten Kommission sehr eingehende Erklärungen abgegeben worden.

Kommt ein Streitfall auf Grund von Art. 15 vor den Rat und behauptet eine der Parteien, er beziehe sich auf eine Frage, die das internationale Recht ihrer ausschließlichen Zuständigkeit überläßt, so verbietet Abs. 8 dieses Textes dem Rate die Anempfehlung irgendeiner Lösung, falls er die Behauptung einer der Parteien, der Streitfall gehöre zu ihrer ausschließlichen Zuständigkeit, für zutreffend erachtet.

Dieser Absatz hat die Wirkung, daß der Rat keine Anempfehlung im technischen Sinne gemäß Art. 15 vornehmen darf, d. h. er darf nicht, auch nicht mittels eines einstimmigen Berichtes, Anempfehlungen, die für die Parteien bindend sein können, auf Grund von Abs. 6 vornehmen. Die Einstimmigkeit im Sinne von Art. 15 bedingt einen Bericht, der unter Mitwirkung der Vertreter aller derjenigen Mitglieder aufgesetzt wird, die in dem Streitfalle nicht Partei sind. Nur ein solcher Bericht ist für die Parteien bindend in dem Sinne, daß wenn sie gegen eine Partei, die sich seinen Schlußfolgerungen

Digitized by Google

fügt, zum Kriege schreitet, Verletzung von Art. 16 der Satzung vorliegt und die dort vorgesehenen Sanktionen ergriffen werden.

Andererseits hat Art. 11 einen ganz anderen Zweck. Zunächst findet er nur Anwendung im Kriegsfall oder im Fall einer Kriegsdrohung; ferner überträgt er dem Rate oder der Bundesversammlung keineswegs das Recht, den Parteien eine Lösung der Streitfrage ohne ihre Zustimmung aufzuzwingen. Das Vorgehen des Rates oder der Bundesversammlung auf Grund dieses Artikels kann für die Parteien nicht in dem Sinne bindend sein, wie es die Anempfehlungen nach Art. 16 sind, es sei denn, daß sie ihm zugestimmt haben.

Ein letzter Punkt verdient näheres Eingehen: Der obige Hinweis auf Art. 11 gilt nur im Falle von Art. 15, Abs. 8 der Satzung. Denn es liegt auf der Hand, daß ein Streitfall endgültig geregelt ist, wenn er in der Sache zu einem einstimmigen Beschluß des Rates oder zu einem Schiedsspruche geführt hat. Er kann weder unmittelbar noch mittelbar wieder in Frage gestellt werden. Art. 11 der Satzung bezieht sich nicht auf solche Fälle, wo das Recht Regeln an die Hand gibt, die von einem Richter angewendet werden können. Er gilt nur für solche Fälle, die das internationale Recht noch nicht geregelt hat. Er weist geradezu auf Lücken im Recht hin.

Der Hinweis auf ihn in zwei Artikeln des Protokolls (Artt. 5 und 10) wird nicht nur den im Kommentar zu diesen Stellen bezeichneten Vorteil haben. Er wird die Rechtswissenschaft zur Vorbereitung der Aufgabe anregen, die der Völkerbund eines Tages wird übernehmen müssen, um durch Ausbau der Regeln des internationalen Rechts die Sonderinteressen seiner Mitglieder mit dem Gesamtinteresse, dem er zu dienen bestimmt ist, immer mehr auszugleichen.

8. Bestimmung des Angreifers (Art. 10).

Um dem friedlichen Verfahren die erforderlichen Sanktionen zu sichern, mußte deutlich bestimmt werden, wann ein Staat sich eines Angriffs schuldig macht, gegen den die Sanktionen in Kraft treten müssen.

Die Frage ist äußerst verwickelt, und ihre Lösung hatte bei den früheren Völkerbundsarbeiten denen große Schwierigkeiten bereitet, die sich als Soldaten oder als Juristen damit befaßt hatten.

Sie hat zwei Seiten: erstens gilt es, den Angriff zu definieren, zweitens, ihn festzustellen.

Die Definition des Angriffs ist verhältnismäßig leicht, denn man braucht nur zu sagen: Angreifer ist jeder Staat, der überhaupt Gewalt anwendet, unter Verletzung der Verpflichtungen, die er übernommen hat, sei es durch die Satzung — z. B. wenn er als Mitglied des Völkerbundes die Unversehrtheit des Gebiets oder die politische Unabhängigkeit eines anderen Mitgliedes des Völkerbundes nicht respektiert hat —, sei es durch das vorliegende Protokoll, z. B. wenn er als Unterzeichner des Protokolls sich geweigert hat, sich einem Schiedsspruch oder einem einstimmigen Beschluß des Rates zu fügen. Dies tut Art. 10, mit dem Zusatz, daß die Verletzung der für eine entmilitarisierte Zone bestehenden Bestimmungen einem kriegerischen Vorgehen gleichzusetzen ist. Der Text spricht von kriegerischem Vorgehen, aber es wurde im Laufe der Erörterung Einvernehmen darüber erzielt, daß man damit nur den schwersten und offenkundigsten Fall meinte, daß es jedoch im Sinne des Protokolls sei, daß auch gewalttätige Handlungen, die etwa keinen wirklichen Kriegsfall darstellen sollten, trotzdem vom Rate in Betracht zu ziehen seien.

Die Feststellung des Angriffs ist hingegen sehr schwierig, denn wenn von den beiden Elementen, deren Zusammenkommen einen Angriff bildet, das erste, nämlich die Verletzung einer Verpflichtung, leicht feststellbar ist, so trifft dies auf das zweite, nämlich die Anwendung von Gewalt, nicht zu. Greift ein Land ein anderes an, so setzt sich dieses notgedrungen zur Wehr,

Digitized by Google

und wenn die Feindseligkeiten beiderseits eröffnet sind, fragt es sich, wer sie angefangen hat. Das ist eine Tatfrage, somit ist eine Meinungsverschiedenheit möglich.

Man kommt zunächst auf den Gedanken, dem Rate die Feststellung des Angriffs zu überlassen, aber sofort entsteht die Frage, ob Einstimmigkeit des Rates erforderlich ist, oder ob Stimmenmehrheit genügt. Beide Lösungen bringen ernste Unzuträglichkeiten mit sich und sind somit unzulässig.

Fordert man Einstimmigkeit des Rates, so schafft man für den angegriffenen Staat die Gefahr, daß die Bürgschaften, auf die er Anspruch hat, hinfällig werden, wenn ein einziges Mitglied des Völkerbundsrates ehrlich oder in böser Absicht auf einer Beurteilung der Tatsachen beharrt, die derjenigen aller übrigen Mitglieder entgegensteht. Man kann unmöglich zulassen, daß das Leben einer Nation solchen Zufälligkeiten ausgesetzt wird. Umsonst würde man sagen, der Rat sei ja verpflichtet, einen offenkundigen Angriff festzustellen und er könne sich dieser Pflicht nicht entziehen. Alles in allem wäre diese Pflicht doch ohne Sanktionen, und wenn sie etwa nicht erfüllt würde, so gäbe es für den angegriffenen Staat keinerlei Bürgschaft.

Begnügt man sich mit dem Mehrheitsbeschluß des Rates, so schafft man ebenfalls eine Gefahr, und zwar diesmal für denjenigen Staat, der berufen würde, Hilfe zu leisten und die schweren Lasten eines gemeinsamen Vorgehens zu tragen, während er doch über die Schuld des Staates, gegen den er vorgehen müßte, im Zweifel bliebe. Somit käme er in die Lage, einer Ansicht gehorchen zu müssen, die er nicht teilte.

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, schien es nötig, die Lösung in einem automatischen System zu suchen, bei dem man sich nicht unbedingt auf einen Beschluß des Rates zu stützen braucht. Nachdem die erste Kommission die Schwierigkeit geprüft und die Frage nach allen Seiten beleuchtet hat, glaubt sie die Lösung in dem Gedanken der Vermutung gefunden zu haben, die durch einstimmigen Beschluß des Rates festgestellt wird und bis zum Beweis des Gegenteils zu Recht besteht.

Diese Vermutung schien ihr in drei Arten von Fällen begründet zu sein, nämlich wenn das kriegerische Vorgehen begleitet wird:

von der Weigerung, das friedliche Verfahren anzunehmen oder sich der Entscheidung, zu der dieses Verfahren führt, zu fügen;

von der Verletzung der vorläufigen Maßnahmen, die der Rat gemäß Art. 7 des vorliegenden Protokolls trifft;

oder auch von dem Hinweggehen über einen Beschluß, durch den anerkannt wird, daß die Streitfrage zur ausschließlichen Zuständigkeit des Gegners gehört, und von der Unterlassung oder Weigerung, die Frage vorher dem Rate oder der Bundesversammlung vorzulegen.

In diesen Fällen besteht, wenn auch keine unbedingte Gewißheit, so doch wenigstens eine sehr starke Vermutung, die für die Durchführung der Sanktionen zu Recht bestehen muß, bis der Beweis des Gegenteils durch einstimmigen Beschluß des Rates erbracht ist.

Wie man sieht, besteht ein charakteristischer Unterschied zwischen den beiden ersten Fällen einerseits und dem dritten andererseits.

Bei den beiden ersten ist die Vermutung begründet, wenn die besonders angegebene Bedingung zu der Tatsache des Krieges hinzutritt.

Bei dem dritten dagegen ist die Vermutung von drei Bedingungen abhängig: von der Nichtbefolgung eines Beschlusses, von der absichtlichen Nichtbenutzung des in Art. 11 der Satzung gebotenen Hilfsmittels und von dem Kriegszustande.

Dieser Unterschied erklärt sich aus der Notwendigkeit, die Bestimmung des oben erörterten Art. 5 zu berücksichtigen, der durch Hinweis auf Art. 11 der Satzung die strenge Anwendung von Art. 15, Abs. 8 der Satzung

Digitized by Google

mildert. Nach sehr reiflicher Prüfung schien es zu weitgehend und ungerecht, ohne weiteres denjenigen Staat für den Angreifer zu halten, der in Anwendung von Art. 15, Abs. 8, außerstande gewesen ist, seine Ansprüche durch ein friedliches Verfahren zu verteidigen und der somit, sich selbst überlassen und an der Sache verzweifelnd, zum Kriege gedrängt worden ist.

Man war der Ansicht, daß es den Erfordernissen der Gerechtigkeit und des Friedens mehr entspräche, wenn man diesem Staate, der durch die Vorfrage der ausschließlichen Zuständigkeit seines Gegners abgewiesen ist, die letzte Möglichkeit zu einer friedlichen Schlichtung gab, indem man ihm den in Art. 11 der Satzung angegebenen letzten Weg zur Beilegung zeigte.

Nur wenn er in Nichtachtung dieses Hilfsmittels zum Kriege schreiten sollte, wäre er als Angreifer anzusehen.

Diese Milderung der Strenge von Art. 15, Abs. 8, ist nicht nur deshalb angenommen worden, weil sie gerecht ist, sondern auch, weil sie keine Lücke in die Schranke reißt, die das Protokoll gegen einen Angriffskrieg aufrichtet: sie beeinträchtigt in keiner Weise den feststehenden Grundsatz, daß ein Krieg, der gegen einen Staat unternommen wird, dessen ausschließliche Zuständigkeit regelrecht anerkannt worden ist, ein internationales Verbrechen ist, das der Gesamtsühnung durch die Unterzeichner des Protokolls überlassen bleibt.

Hat derjenige Staat, dem die ausschließliche Zuständigkeit seines Gegners entgegengehalten worden ist, das Hilfsmittel von Art. 11 der Satzung benutzt, so wird lediglich die Vermutung des Angriffs hinfällig. Der Angriff selbst bleibt. Es ist lediglich Sache des Rates, nach dem weiterhin angegebenen Verfahren zu entscheiden, wer der Angreifer ist.

Außerhalb dieser Voraussetzung bleibt keine Vermutung mehr, die ein automatisches Erkennen des Angreifers gestattet. Die Bestimmung des Angreifers wird notwendig, und mangels einer anderen Lösung ist diese Obliegenheit dem Rate zu überlassen. Ein gleiches gilt für den Fall, wo eine der streitenden Parteien ein Staat ist, der (das Protokoll) nicht unterzeichnet hat und nicht Mitglied des Völkerbundes ist.

Bei Einstimmigkeit des Rates besteht keine Schwierigkeit. Mangels einer Einstimmigkeit überwindet man die Schwierigkeit durch die Bestimmung, daß der Rat den Kriegführenden einen Waffenstillstand vorschreiben muß, dessen Bedingungen er mit Zweidrittelmehrheit festsetzt, und daß derjenige, der diesen Waffenstillstand ablehnt oder bricht, als Angreifer angesehen wird.

Damit ist das System vollständig; es ist so automatisch wie möglich.

Liegt eine Vermutung vor, die nicht durch einstimmigen Beschluß des Rates entkräftet wird, so bestimmen die Tatsachen selbst den Angreifer. Zu irgend einem Beschluß des Rates ist kein Anlaß, und somit taucht die Frage des Mehrheitsbeschlusses oder der Einstimmigkeit garnicht auf. Sind die Tatsachen festgestellt, so ist der Rat verpflichtet, demgemäß zu handeln.

Liegt keine Vermutung vor, so hat der Rat die Obliegenheit, den Angriff festzustellen; ein Beschluß wird erforderlich und muß einstimmig erfolgen. Kommt keine Einstimmigkeit zustande, so ist der Rat verpflichtet, einen Waffenstillstand vorzuschreiben, und hier ist kein Beschluß zu fassen; der Rat hat nur eine Pflicht zu erfüllen. Nur die Festsetzung der Bedingungen des Waffenstillstands erfordert einen Beschluß und hier begnügt man sich mit der Zweidrittelmehrheit.

Es ist der Vorschlag gemacht worden, zu sagen, daß der Rat im Fall äußerster Dringlichkeit den Angriff feststellen oder die Waffenstillstandsbedingungen festsetzen kann, ohne die Ankunft des Vertreters abzuwarten, zu dessen Entsendung die nicht im Rate vertretene Partei nach Art. 4, Abs. 5 der Satzung aufgefordert worden ist.

Es schien jedoch den Vorzug zu verdienen, daß eine diesbezügliche Regel nicht schon jetzt festgesetzt wird, und daß es dem Sonderausschuß,

Digitized by Google

den der Rat mit der Abfassung der Aenderungen der Satzung im Sinne dieses Protokolls beauftragen wird, überlassen bleibt zu prüfen, ob eine solche Regel wirklich notwendig ist.

In der Tat kann man der Meinung sein, daß der Rat jetzt bereits alle diesbezüglichen Befugnisse besitzt und daß er im Falle äußerster Dringlichkeit, wenn der zur Entsendung eines Vertreters aufgeforderte Staat vom Sitze des Rates zu weit entfernt ist, beschließen kann, daß dessen Vertreter aus Personen entnommen werden soll, die sich in der Nähe befinden, und daß dieser Vertreter sich binnen einer bestimmten Frist bei ihm einzufinden hat, nach deren Ablauf er ohne dessen Mitwirkung beraten wird.

Ist der Angriff auf dem Wege der Vermutung oder auf Grund eines einstimmigen Beschlusses des Rates oder infolge der Ablehnung oder des Bruches des Waffenstillstandes festgestellt, so bleibt weiter nichts übrig, als die Sanktionen eintreten zu lassen und die Verpflichtungen der Garantiestaaten in Wirksamkeit zu setzen. Der Rat wird sich darauf beschränken, ihnen vorzuschreiben, daß sie ihre Pflicht zu erfüllen haben. Auch hier ist kein Beschluß zu fassen, sondern eine Pflicht zu erfüllen; die Frage der Stimmenmehrheit oder der Einstimmigkeit taucht nicht auf.

In der Tat ist kein Platz für irgendeine Abstimmung.

Um keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen, ist in aller Form angegeben, daß derjenige Staat, der auf Aufforderung des Rates Gewalthandlungen gegen den Angreifer vornimmt, sich in der Rechtslage eines Kriegführenden befindet und somit die Rechte eines solchen ausüben kann.

Im Laufe der Erörterung wurde näher bestimmt, daß dieser Staat keine völlige Handlungsfreiheit hat. Die von ihm angewandten Gewaltmittel müssen im Verhältnis zu dem verfolgten Ziele stehen und in den Grenzen sowie unter den Bedingungen zur Anwendung kommen, wie sie vom Rat anempfohlen werden.

Art. 18. Ebenso ist zur Vermeidung jedes Mißverständnisses in einer besonderen Bestimmung ausbedungen worden, daß die Berechnung der Einstimmigkeit oder der Stimmenmehrheit im Rate stets nach der Regel erfolge, die in Art. 15 der Satzung mehrfach erwähnt ist und auf die in Art. 16 der Satzung für den Fall des Ausschlusses eines Mitglieds des Völkerbundes verwiesen ist, d. h. ohne Einrechnung der Stimmen der Vertreter der streitenden Parteien.

b.

Streitigkeiten zwischen Staaten, die das Protokoll unterzeichnet haben und solchen, die es nicht unterzeichnet haben (Art. 16).

Das neue System mußte dem alten bezüglich der Streitigkeiten angepaßt werden, die zwischen einem Signatarstaate und einem oder mehreren Staaten entstehen, die das Protokoll nicht unterzeichnet haben und dem Völkerbunde nicht angehören.

Um den Signatarstaaten den wesentlichen Vorteil des Protokolls zu verschaffen, das jeden Angriffskrieg ächtet, mußte die in Art. 17 der Satzung aufgestellte Regel in Einklang mit den Vorschriften des Protokolls gebracht werden. Daher ist bestimmt worden, daß diejenigen Staaten, die das Protokoll nicht unterzeichnet haben und dem Völkerbunde nicht angehören, bei einem Konflikt mit einem Signatarstaate aufgefordert werden sollen, das neue friedliche Verfahren anzunehmen, und daß über sie, wenn sie dies ablehnen und zum Kriege gegen einen Signatarstaat schreiten, die Sanktionen des Art. 16 der Satzung unter den im vorliegenden Protokoll vorgesehenen Bedingungen verhängt werden sollen.

Digitized by Google

An den Bestimmungen der Satzung ändert sich nichts hinsichtlich der Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedern des Völkerbundes, von denen das eine das vorliegende Protokoll unterzeichnet hat und das andere nicht. Das unter ihnen bestehende Rechtsverhältnis erlaubt nämlich nicht, daß die Signatarstaaten das neue friedliche Verfahren ohne weiteres auf diejenigen Staaten anwenden, die zwar (das Protokoll) nicht unterschrieben haben, aber gleichfalls Mitglieder des Völkerbundes sind. Die Signatarstaaten können für sich weiter nichts erwarten, als daß der Rat ihnen die Möglichkeit bietet, dieses Verfahren zu befolgen, und es ist zu wünschee, daß sie es tun. Aber das neue Verfahren kann ihnen doch nur angeboten, nicht aufgezwungen werden; weigern sie sich, es zu befolgen, und ziehen sie es vor, sich an das Verfahren der Satzung zu halten, so darf keine Sanktion gegen sie angewandt werden.

Die soeben angegebene Lösung betreffs derjenigen Staaten, die zwar das Protokoll nicht unterschrieben haben, aber Mitglieder des Völkerbundes sind, schien zu selbstverständlich, um der Aufnahme in das Protokoll zu bedürfen. Trotzdem ist dies in Vorschlag gebracht worden, aber nach Abgabe der Erklärungen ist dieser Vorschlag von den Antragstellern zurückgezogen worden und sie haben sich mit der vorstehenden Erwähnung begnügt.

Auf den ersten Blick könnte ja der Unterschied, der zwischen den nicht unterzeichnenden und dem Völkerbund nicht angehörenden Staaten und den nicht unterzeichnenden Mitgliedern des Völkerbundes gemacht ist, etwas befremden, denn anscheinend belasten die Signatarstaaten die ersteren mit größeren Verpflichtungen als die zweiten. Aber das scheint bloß so. Tatsächlich belasten die Signatarstaaten weder die einen noch die anderen mit Verpflichtungen. Uebrigens kann es auch garnicht anders sein, denn das vorliegende Protokoll ist eine *res inter alios acta* für alle nicht unterzeichnenden Staaten, mögen sie dem Völkerbund angehören oder nicht. Die Signatarstaaten verpflichten sich nur gegenseitig und kommen untereinander überein, auf welche Weise sie sich gegebenenfalls benehmen wollen, wenn einer von ihnen in Konflikt mit einem dritten Staate kommt. Während sie aber bei den etwaigen Konflikten mit einem nicht unterzeichnenden und dem Völkerbunde nicht angehörenden Staate die volle Freiheit behalten, ihre Beziehungen nach Gutdünken zu regeln, besteht dagegen bei etwaigen Konflikten zwischen ihnen und den nicht unterzeichnenden, aber dem Völkerbund angehörenden Staaten keine völlige Freiheit ihrer Vereinbarung, denn sie stehen mit ihnen in einem durch die Satzung gegebenen Rechtsverhältnisse.

2. Arbeiten der dritten Kommission.

(Berichterstatter Herr *Bénès.)*

1. Vorbemerkung.

Die dritte Kommission hatte die Aufgabe, sich besonders mit dem Problem der Sicherheit (Sanktionen) und der Rüstungsverminderung zu befassen.

Die Arbeit erforderte vor allem wichtige politische Verhandlungen. Wenn die Frage des Schiedsverfahrens nur eine grundsätzliche politische Entscheidung verlangte, nämlich die Annahme des obligatorischen Schiedsverfahrens — das übrige bestand vor allem in der gewiß äußerst schwierigen Ausarbeitung des Systems des Schiedsverfahrens —, so erforderten die Fragen der Sicherheit und der Abrüstung lange und mühselige politische Verhandlungen. Handelte es sich hier doch um grundlegende Interessen, um unbedingte Lebensfragen für die Staaten, um wesentliche Verpflichtungen, die geeignet sind, die allgemeine Lage der verschiedenen Länder von Grund aus umzugestalten.

Digitized by Google

Wenn die Bundesversammlung für die Arbeiten der ersten Kommission durch Beschluß vom 6. September ausdrücklich die Möglichkeit, ja die Notwendigkeit von Aenderungen der Satzung vorgesehen hat, so mußten die Arbeiten der dritten Kommission über die Fragen der Sicherheit und der Rüstungsverminderung nach den eigenen Verhandlungen der Bundesversammlung im Rahmen der Satzung bleiben. Es galt vor allem, die bereits in der Satzung enthaltenen Bestimmungen auszubauen und deutlicher zu fassen.

Alle unsere Beratungen, alle unsere Arbeiten mußten sich nach diesen Leitgedanken richten; eine heikle Aufgabe war uns zugefallen.

Aber dank dem Geiste der Versöhnlichkeit, der alle Beratungen beherrschte, konnten die beiden uns vorgelegten Probleme eine Lösung finden. Das ist ein beträchtliches Ergebnis. Nimmt man die von der ersten Kommission so glücklich getroffene Lösung des Problems der Schiedsgerichtsbarkeit hinzu, so steht man einem geschlossenen System gegenüber, dessen Annahme das Wesen, ja die Art unseres jetzigen politischen Lebens umgestalten kann.

Das ist der eigentliche Sinn der Artikel des Protokolls, die sich auf die Fragen der Sicherheit und der Rüstungsverminderung beziehen.

2. Angriffsdrohung — Vorbeugungsmaßnahmen.

Art. 7. Da die friedliche Schlichtung der Konflikte im Protokoll vorgesehen ist, verpflichten sich die Signatarstaaten, falls ein Streitfall zwischen ihnen entstehen sollte, keine Vorbereitungen zu einer kriegerischen Lösung zu treffen und sich überhaupt jeder Handlung zu enthalten, die geeignet ist, den Streitfall zu verschärfen oder ihn auszudehnen. Diese Bestimmung gilt ebenso für den Zeitraum vor dem Augenblick, wo der Streitfall dem Schiedsspruch oder der Schlichtung unterworfen wird, sowie für den der Rechtshängigkeit.

Hier handelt es sich nicht um eine Bestimmung ohne Sanktionen. Die Klage auf Verletzung der obengenannten Verpflichtungen kann gemäß Art. 11 der Satzung beim Rat erhoben werden. Man kann sagen, es besteht neben dem Hauptstreitpunkte, der vor den Rat oder eine andere zuständige Stelle gebracht worden ist oder gebracht werden könnte, noch ein Nebenstreitpunkt in Gestalt der Verletzung der in Abs. 1 vorgesehenen Verpflichtungen usw.

Sofern der Rat nicht der Ansicht ist, daß der Klage nicht stattzugeben ist, nimmt er die erforderlichen Ermittelungen und Feststellungen vor. Auf Grund ihrer Ergebnisse ist der Rat, falls irgend ein Verstoß gegen die Bestimmungen von Abs. 1 festgestellt ist, dazu verpflichtet, den dieses Verstoßes schuldigen Staat zu seiner Beseitigung aufzufordern. Der Staat, der dies ablehnt, wird vom Rate einer Verletzung der Satzung (Art. 11) und des Protokolls für schuldig erklärt.

Außerdem ergreift der Rat die erforderlichen Maßnahmen, um schleunigst einem Zustand ein Ende zu machen, der den Weltfrieden zu gefährden geeignet ist. Ueber die Art dieser Vorbeugungsmaßnahmen läßt der Text sich nicht aus: seine Anpassungsfähigkeit erlaubt es dem Rate, Maßnahmen zu treffen, die jedem konkreten Fall angepaßt sind, wie die Räumung von Gebieten usw.

Alle Beschlüsse, die der Rat auf Grund dieses Artikels etwa fassen sollte, haben mit Zweidrittelmehrheit zu erfolgen, mit Ausnahme der Beschlüsse über die Fragen des Verfahrens, für welche die allgemeine Regel von Art. 5 Abs. 2 der Satzung maßgebend bleibt. Somit werden mit Zweidrittelmehrheit gefaßt:

der Beschluß darüber, ob ein Verstoß gegen Abs. 1 vorliegt oder nicht;

der Beschluß, den schuldigen Staat aufzufordern, den Verstoß zu beseitigen;

Digitized by Google

der Beschluß, ob die Aufforderung, den Verstoß zu beseitigen, abgelehnt worden ist oder nicht;

schließlich der Beschluß über geeignete Maßnahmen, um schleunigst einem Zustand ein Ende zu machen, der den Weltfrieden zu gefährden geeignet ist.

Nach dem Urtext von Art. 7 sollte der Rat für seine Ermittelungen und Feststellungen sich der Organisation bedienen, die von der Abrüstungskonferenz geschaffen worden ist, um den Beschlüssen dieser Konferenz Achtung zu verschaffen. Die Erwähnung dieser Organisation ist aufgegeben worden. Aber diese Nichterwähnung beeinträchtigt in keiner Weise die Beschlüsse, die zu fassen die Konferenz berufen sein wird. Es bleibt ihr völlig freigestellt, ein Organ zu schaffen, wenn sie es für erforderlich hält, wobei der Rat das uneingeschränkte Recht behält, sich dieser Organisation für seine Ermittelungen und Feststellungen zu bedienen.

Artikel 8.

Art. 8 ist im Zusammenhange mit Art. 2 zu lesen. Dieser Art. 2 setzt die Verpflichtung fest, nicht zum Kriege zu schreiten. Art. 8 geht in Anwendung von Art. 10 der Satzung weiter: die Signatarstaaten verpflichten sich, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Angriffsdrohung gegen einen anderen Staat bilden könnte. Jede Handlung, die nun unter den reichlich dehnbaren Begriff einer Kriegsdrohung fällt, stellt einen Bruch des Protokolls dar und somit einen Streitfall, der vor den Rat kommen kann.

Wenn insbesondere einer der Staaten behauptet, daß ein anderer Staat zu Rüstungen schreite, die als Kriegsdrohung anzusehen sind (z. B. heimliche Mobilmachung, Zusammenziehung von Truppen, Bildung von bewaffneten Banden unter Duldung der Regierung usw.), so wendet der Rat, nachdem er festgestellt hat, daß die Klage zulässig ist, das Verfahren an, das als Vorbeugungsverfahren bezeichnet werden kann. Er nimmt die geeigneten Ermittelungen und Feststellungen vor, und wenn irgend ein Verstoß gegen die Bestimmungen von Abs. 1 festgestellt ist, ergreift er die in Art. 7, Abs. 4 genannten Maßnahmen.

3. Sicherheit. Sanktionen (Art. 11, Abs. 1 und 2 des Protokolls in Verbindung mit Artt. 10 und 16 der Satzung).

(Artikel 11.)

Nach Artikel 10 der Satzung haben die Mitglieder des Völkerbundes sich verpflichtet, die Unversehrtheit des Gebiets und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Mitglieder des Völkerbundes gegen jeden äußeren Angriff zu behaupten. Im Falle eines Angriffs sorgt der Rat für die Mittel zur gesicherten Durchführung dieser Verpflichtung. Wenn ein Mitglied des Völkerbundes entgegen den in Artt. 12, 13 oder 14 eingegangenen Verpflichtungen zum Kriege schreitet, so verpflichten sich gemäß Art. 16 alle übrigen Mitglieder, die wirtschaftlichen Sanktionen sofort anzuwenden; außerdem ist der Rat verpflichtet, den verschiedenen beteiligten Regierungen die Stärke der Land-, See- und Luftstreitkräfte anzuempfehlen, die die Mitglieder des Völkerbundes zu der bewaffneten Macht stellen, durch welche den Verpflichtungen gegenüber dem Bunde Achtung verschafft werden soll.

Schon bei Abfassung dieser Artikel auf der Friedenskonferenz in Paris im Jahre 1919 kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über den genauen Umfang der Verpflichtungen, die sich aus diesen Bestimmungen ergeben, d. h. über Art und Umfang der in Art. 10 genannten Verpflichtungen, über den Augenblick ihrer Entstehung sowie über die juristischen Folgen der in Art. 16, Abs. 2 genannten Anempfehlungen des Rates. Bekanntlich wurden diese Auseinandersetzungen im Laufe der Erörterungen, die hier in Genf in den vorhergehenden Jahren stattfanden, noch weiter fortgesetzt. Art. 11 ist

Digitized by Google

zur Regelung dieser Streitigkeiten bestimmt. Die Signatarstaaten des vorliegenden Protokolls übernehmen die Verpflichtung, gegen den Angreifer die in der Satzung vorgesehenen Sanktionen aller Art anzuwenden, wie sie in Art. 11 des Protokolls ausgelegt sind, sobald eine Angriffshandlung festgestellt ist und der Rat den Signatarstaaten vorgeschrieben hat, diese Sanktionen unverzüglich anzuwenden (Art. 10, letzter Absatz). Wenn sie nicht demgemäß handelten, kämen sie ihren Verpflichtungen nicht nach.

Was die Art und den Umfang dieser Verpflichtungen betrifft, so sind sie in Art. 11, Abs. 2, deutlich angegeben. Nach diesem Absatz läuft die Frage, ob ein Unterzeichner des Protokolls seine Verpflichtungen erfüllt hat oder nicht, darauf hinaus, ob er loyal und tatsächlich dazu beigetragen hat, der Angriffshandlung entgegenzutreten, und zwar nach Maßgabe seiner geographischen Lage und seiner besonderen Rüstungsverhältnisse.

Jeder Staat behält die Verfügung über seine Streitkräfte; sie werden von ihm selbst — nicht vom Rate — geführt, aber Art. 11, Abs. 2 liefert objektive Kriterien dafür, ob diese Verpflichtungen in einem konkreten Falle erfüllt worden sind oder nicht. Die Ausdrücke loyal und tatsächlich liefern dieses Kriterium.

Dank einer gewissen Dehnbarkeit, die die in Art. 11 näher ausgeführten Verpflichtungen kennzeichnet, kann bei der Frage, ob ein Staat in einem gegebenen Falle seinen Verpflichtungen betreffs der Sanktionen nachgekommen ist, die Lage jedes Signatarstaates dieses Protokolls in jeder Hinsicht berücksichtigt werden. Die Signatarstaaten verfügen bei der Durchführung der Sanktionen nicht über die gleichen Mittel. Das hängt von der geographischen, wirtschaftlichen, sozialen Lage des Staates, der Wesensart der Bevölkerung, von seinen inneren Einrichtungen usw. ab.

Während der Beratungen über das Sanktionssystem haben nämlich mehrere Delegationen erklärt, ihre Länder befänden sich infolge ihrer geographischen Lage oder ihrer Rüstungsverhältnisse in einer besonderen Lage. Diese Länder wünschen sich zwar soweit wie möglich daran zu beteiligen, jeder Angriffshandlung entgegenzutreten, weisen aber auf ihre besonderen Verhältnisse hin. Um dieser Lage Rechnung zu tragen, hat Art. 11, Abs. 2 einen Zusatz erhalten, in dem dieser Zustand erwähnt und die besondere Lage der fraglichen Länder näher angegeben ist. Zudem erlaubt Art. 13 des Protokolls diesen Ländern, den Rat im voraus über diese Punkte in Kenntnis zu setzen.

Ich füge noch hinzu, daß die Verpflichtungen, von denen ich spreche, unvollständig sind, insofern keine Sanktionen gegen denjenigen vorgesehen sind, der nicht loyal und tatsächlich dazu beigetragen hat, der Satzung Achtung zu verschaffen und jeder Angriffshandlung entgegenzutreten. Immerhin muß hervorgehoben werden, daß dieser Staat seine Pflichten nicht erfüllt hätte und eines Bruches der eingegangenen Verpflichtungen schuldig wäre.

Aus dem Vorstehenden ergibt sich, daß man den Gedanken von Art. 11, Abs. 1 und 2, folgendermaßen ausdrücken könnte: Jeder Staat entscheidet über die Art, wie er seinen Verpflichtungen nachkommen wird, nicht aber darüber, ob diese Verpflichtungen bestehen, d. h. jeder Staat behält die Entscheidung über das, was er tun wird, nicht aber über das, was er tun soll.

Durch die Bestimmungen des vorliegenden Protokolls über Entstehung, Art und Umfang der aus der Satzung entspringenden Verpflichtungen ist der in Artt. 10 und 16 umschriebene Aufgabenkreis des Rats deutlicher und bestimmter geworden.

Sobald der Rat den Unterzeichnern des Protokolls die Weisung erteilt hat, die in Art. 11 genannten Sanktionen unverzüglich durchzuführen, wird seine Tätigkeit zu einer regulierenden oder vielmehr beratenden, aber nicht

Digitized by Google

vollziehenden. Da die Fälle eines Angriffs sehr verschieden sein können, sind auch die Mittel, die geeignet sind, um ihm entgegenzutreten, sehr verschieden. Oft wäre es zwecklos, alle Mittel in Anwendung zu bringen, die nach Art. 11, Abs. 1 und 2, sozusagen verfügbar sind, um einem Angriff entgegenzutreten. Es könnte sogar gefährlich sein, wenn die Staaten in der Befürchtung, ihrer Pflicht nicht nachzukommen, überflüssige Anstrengungen machen. Es ist Sache des Rates, der nach Art. 13 im Besitz der erforderlichen Auskünfte sein kann, gegebenenfalls Ratschläge über die beste Art der Ausführung der Verpflichtungen zu erteilen, die in dem Augenblick entstehen, wo er die Anwendung der Sanktionen vorschreibt, insbesondere über die Reihenfolge, in der die Sanktionen zu erfolgen haben.

Aber die praktische Anwendung der Sanktionen läge stets den Regierungen ob; die wirkliche und eigentliche Mitwirkung ergäbe sich aus ihrer diplomatischen Fühlungnahme, durch etwaige Konferenzen, durch die Fühlungnahme der Generalstäbe, wie es im letzten Kriege Brauch war. Wohlverstanden würde der Rat alle diese Verhandlungen verfolgen; er würde befragt werden, Ratschläge erteilen und Anempfehlungen machen.

Der Unterschied zwischen dem früheren und dem neuen Zustande wäre also folgender:

Nach dem System der Satzung:

1. Der Streitfall entsteht.

2. Falls weder das Schiedsverfahren noch die juristische Schlichtung, die in Art. 9 der Satzung vorgesehen sind, in Anwendung kommen, tritt der Rat zusammen und berät über den Streitfall, versucht eine Schlichtung, Vermittlung usw. herbeizuführen.

3. Gelingt dies dem Rate nicht, bricht der Krieg aus, und gelangt er zu einem einstimmigen Beschluß, so muß er erklären, welcher Staat schuldig ist. Dann entscheiden die Mitglieder des Völkerbundes, soweit sie in Betracht kommen, ob diese Ansicht gerechtfertigt ist und ob ihre Verpflichtung zur Anwendung wirtschaftlicher Sanktionen in Kraft tritt.

4. Er hat alsdann die Pflicht, die militärischen Sanktionen einstimmig anzuempfehlen.

5. Wird keine Einstimmigkeit erzielt, so hört die Tätigkeit des Rates auf, und jeder Staat ist frei.

Nach dem neuen, in dem Protokoll festgelegten System ist die Lage wie folgt:

1. Der Streitfall entsteht.

2. Das im Protokoll vorgesehene System friedlicher Schlichtung tritt in Wirksamkeit.

3. Der Rat greift ein. Im Fall der Eröffnung des Krieges unter Ablehnung des Schiedsverfahrens, der Nichtbefolgung der Vorbeugungsmaßnahmen usw. stellt er fest, wer der Angreifer ist und schreibt den Signatarstaaten die Anwendung der Sanktionen vor.

4. Diese Vorschrift des Rates bedeutet, daß die als nötig erkannten Sanktionen — wirtschaftliche, finanzielle, militärische, See- und Luftkriegsmaßnahmen — unverzüglich und ohne anderweitige Anempfehlungen oder Beschlüsse anzuwenden sind.

Neu ist also folgendes:

a) die Verpflichtung, im Bedarfsfall Sanktionen aller Art als unmittelbare Folge des Beschlusses des Rates anzuwenden;

b) das Ausscheiden des Falles, wo es jedem faktisch freistände, nicht zu handeln. Die Einführung des Systems des Schiedsverfahrens und der vorläufigen Maßnahmen ermöglicht es, zur Bestimmung des Angreifers zu kommen;

c) über die Stärke der Land-, See- und Luftstreitkräfte wird nichts bestimmt; keine Erklärungen werden über die in diesem oder jenem Falle

Digitized by Google

zu ergreifenden Maßregeln abgegeben, wohl aber werden objektive Kriterien gegeben, die die Verpflichtung jedes Signatarstaates kennzeichnen; um der Angriffshandlung entgegenzutreten, ist er gehalten, loyal und tatsächlich bei der Anwendung der Sanktionen mitzuwirken, entsprechend seiner geographischen Lage und seinen besonderen Rüstungsverhältnissen.

Gerade deshalb haben wir gesagt, daß die große Lücke der Satzung ausgefüllt worden sei.

Allerdings wird von keinem Staate mehr verlangt als die gegenwärtigen Sanktionen der Satzung. Allerdings könnte gegenwärtig ein Staat, der sich den Verpflichtungen der Satzung zu entziehen sucht, auf zwei Auswege rechnen:

1. die Möglichkeit, den Anempfehlungen des Rates nicht Folge zu leisten;

2. die Möglichkeit eines Mangels an Einstimmigkeit im Rate, die die Feststellung des Angriffs unmöglich macht, so daß die Verpflichtung zur Anwendung der militärischen Sanktionen nicht eintreten würde und ein jeder frei wäre.

Dieses System haben wir aufgegeben und seine zwei Lücken ausgefüllt.

(Artikel 11, Abs. 3 und 4.)

Art. 11, Abs. 3 ist geschaffen worden, um einige Bestimmungen von Art. 16, Abs. 3 der Satzung deutlicher zu machen. Art. 16, Abs. 3 spricht von gegenseitiger Unterstützung bei der Anwendung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen. Art. 11, Abs. 3 des vorliegenden Protokolls stellt erst ein wirtschaftliches und finanzielles Zusammenwirken zwischen einem angegriffenen Staat und den verschiedenen ihm Beistand leistenden Staaten her.

Da nach Art. 10 des Protokolls die Lage eintreten könnte, daß die beiden im Streit befindlichen Staaten als Angreifer erklärt werden, ist die Frage entstanden, welches in diesem Falle das beste Mittel zur Schlichtung der Sache wäre. Es bestehen drei Möglichkeiten: erstens. man wendet den Grundsatz von Abs. 1 an, d. h. man eröffnet eine Art von Polizeikrieg gegen beide Staaten; oder man läßt die Sache gehen; oder schließlich, man zwingt die den Weltfrieden gefährdenden Staaten zur Einstellung ihrer Kriegshandlungen durch minder strenge Mittel als die in Abs. 1 angegebenen. Dieser letzte Weg wurde gewählt. Gegen diese Staaten kommen allein die wirtschaftlichen Sanktionen zur Anwendung, und es versteht sich, daß sie auf den in Art. 11, Abs. 3 genannten Beistand keinen Anspruch haben.

(Artikel 12.)

Art. 16, Abs. 1 der Satzung sieht den sofortigen Abbruch der Handels- und Finanzbeziehungen zu dem angreifenden Staate vor. Abs. 3 dieses Artikels bestimmt u. a. ein wirtschaftliches und finanzielles Zusammenwirken zwischen einem angegriffenen Staate und den verschiedenen ihm Beistand leistenden Staaten.

Wie weiter oben dargelegt, werden diese Verpflichtungen durch Art. 11 des Protokolls bestätigt und näher ausgeführt.

Aber dieser Abbruch und dieses Zusammenwirken setzen derart verwickelte Maßnahmen voraus, daß im Bedarfsfalle Zweifel über die Art der Mittel entstehen könnten, die für alle diese nach den obigen Bestimmungen eingegangenen Verpflichtungen anzuwenden sind. Diese Probleme bedürfen gründlicher Prüfung, damit die Staaten wissen, wie sie sich gegebenenfalls zu verhalten haben.

Art. 12 sieht die Einzelheiten dieser Prüfung vor.

Es ist nicht ausdrücklich gesagt, daß dieses Problem vom Rate unter Mitwirkung der verschiedenen Regierungen geprüft werden soll. Aber es versteht sich, daß der Rat, wenn er es für angezeigt hält, die betreffenden Regierungen auffordern wird, ihm die Auskünfte zu erteilen, die ihm bei Erfüllung der ihm durch Art. 12 auferlegten Aufgabe nützlich sein könnten.

Digitized by Google

(Artikel 13, Abs. 1.)

Die Darlegung von Art. 11, Abs. 1 und 2, hat Anlaß gegeben, häufig von Art. 13 zu reden.

Wie ich schon zu betonen Gelegenheit hatte, ist es, wenn die Sanktionen anwendbar werden, von großer Bedeutung, ein Organ zu haben, das seine Meinung darüber abgeben soll, auf welche Weise die Signatarstaaten die vertraglichen Verpflichtungen am besten ausführen; wie wir aus der Satzung wissen, ist dieses Organ der Rat. Damit der Rat diese Tätigkeit wirksam ausüben kann, gibt Art. 13 ihm die Befugnis, Verpflichtungserklärungen von Staaten entgegenzunehmen, die im voraus die Land-, See- und Luftstreitkräfte bestimmen, die sie sofort eingreifen lassen könnten, um die Durchführung der Verpflichtungen sicherzustellen, die sich in dieser Hinsicht aus der Satzung und aus dem vorliegenden Protokoll ergeben.

Zu betonen ist auch, daß die Mittel, über welche die Signatarstaaten des vorliegenden Protokolls zur Durchführung der aus Art. 11 entspringenden Verpflichtungen verfügen, wegen der Verschiedenheiten der geographischen, wirtschaftlichen, finanziellen, politischen und sozialen Lage der Staaten sehr ungleich sind.

Auskünfte über die Mittel, über die jeder Staat verfügt, sind also unerläßlich, damit der Rat seine Meinung, wie diese Verpflichtungen am besten zu erfüllen sind, mit Sachkenntnis äußern kann.

Schließlich können die dem Rate derart gelieferten Auskünfte von sehr großer Bedeutung für die Frage der Rüstungsverminderung sein, die ja das Endziel unserer Anstrengungen ist. Wenn jeder Staat weiß, welche Streitkräfte, falls er einem Angriff zum Opfer fällt, verfügbar sind, um ihm zu Hilfe zu kommen, hat er die Möglichkeit, zu beurteilen, bis zu welcher Grenze er seine Rüstungen vermindern kann, ohne sein Dasein aufs Spiel zu setzen, und auf diese Weise kann er der internationalen Abrüstungskonferenz wertvolle Unterlagen geben.

Ich füge noch hinzu, daß Art. 13, Abs. 1, den Staaten keine Verpflichtung auferlegt, die obigen Auskünfte zu erteilen. Es ist wünschenswert, daß die Staaten an den Rat eine Erklärung in diesem Sinne richten, sie brauchen es aber nicht zu tun.

(Art. 13, Abs. 2 und 3.)

In den Bestimmungen des Art. 13, Abs. 2 und 3, ist die Rede von den Sonderabkommen, die im letzten Jahre so viel erörtert worden sind; nach Abs. 2 können sie nur wirksam werden, wenn der Rat den Signatarstaaten die Anwendung von Sanktionen empfohlen hat. Die Art dieser Abkommen läßt sich wie folgt kennzeichnen:

Die Sonderabkommen sind als ein Mittel anzusehen, um die Sanktionen aller Art in einem bestimmten Angriffsfalle rasch zur Anwendung zu bringen. Sie sind als besondere Sicherheiten anzusehen, die den schwachen Staaten die unbedingte Gewißheit geben, daß das System der Sanktionen niemals versagt. Sie leisten in der Tat Gewähr dafür, daß es stets Staaten geben wird, die sofort bereit sind, die in Art. 11 des Protokolls vorgesehenen Verpflichtungen auszuführen.

In Anwendung des Art. 18 der Satzung wird ausdrücklich erklärt, daß die fraglichen Abkommen vom Rate eingetragen und veröffentlicht werden, und wird überdies bestimmt, daß sie jedem Völkerbundsmitglied zum Beitritt offen stehen.

4. Aufhebung der Sanktionen: Maßnahmen gegen den Angreifer (Artikel 14).

Art. 14 entspricht genau dem letzten Absatz von Artt. 10 und 11. Ebenso wie der Beginn der Sanktionen nach diesem Absatz von einer Auf-

Digitized by Google

forderung des Rates abhängt, liegt es dem Rate ob, zu erklären, daß das mit der Anwendung der Sanktionen erstrebte Ergebnis erreicht ist. Ebenso wie die Anwendung der Sanktionen den Staaten obliegt, ist es ihre Sache, die Maßnahmen einzustellen, die ergriffen worden sind, um den Angriffshandlungen zu begegnen.

(Artikel 15.)

Abs. 1 entspricht Art. 10 des Entwurfs eines Vertrages über gegenseitige Unterstützung, wie er im letzten Jahre ausgearbeitet worden ist.

Abs. 2 soll verhindern, daß die in Art. 11 vorgesehenen Sanktionen ihren ursprünglichen Charakter verlieren und sich später in einen Eroberungskrieg verwandeln.

Wegen der Bemerkungen verschiedener Delegationen über die Bestrafung des Angreifers muß hinzugefügt werden, daß es unrichtig wäre, diesen Artikel so auszulegen, als ob der Angreifer keine anderen Folgen seiner Handlungsweise zu gewärtigen hat, als die in Abs. 1 genannten Lasten. Gegebenenfalls können Sicherheiten von ihm gegen einen neuen Angriff oder Garantien verlangt werden, die geeignet sind, die Erfüllung der ihm nach Abs. 1 auferlegten Verpflichtungen zu gewährleisten. Nur die Annexion von Gebietsteilen oder Maßnahmen, die den Verlust der politischen Unabhängigkeit einschließen, werden für unzulässig erklärt.

Das Wort Gebietsteil ist so zu verstehen, daß es ohne Unterschied zwischen dem Mutterland und den Kolonien für alle Gebietsteile eines Staates gilt.

5. Rüstungsverminderung (Artt. 17 und 21).

Obwohl es nicht möglich war, in den Artikeln des Schriftstückes, das der Bundesversammlung zur Genehmigung vorgelegt ist, eine Lösung für das Abrüstungsproblem zu geben, haben unsere Arbeiten sie vorbereitet und ermöglicht.

Die Verminderung der Rüstungen wird zunächst folgen aus der allgemeinen Sicherheit, die durch die Verminderung der Kriegsgefahr geschaffen ist, infolge des Systems für obligatorische friedliche Beilegung jeglichen Streitfalles.

Sie wird sich ebenso aus der Gewißheit ergeben, daß der angegriffene Staat die wirtschaftliche und finanzielle Unterstützung aller Signatarstaaten finden wird, und diese Hilfe wird besonders bedeutsam, wenn der Angreifer eine Großmacht ist, die imstande ist, einen langen Krieg zu führen.

Immerhin sind für Staaten, die durch ihre geographische Lage einem Angriff besonders ausgesetzt sind, für solche, deren Lebenszentren in der Nähe ihrer Grenze liegen, die Gefahren eines plötzlichen Angriffes so groß, daß sie nicht imstande sein werden, den Plan ihrer Rüstungsverminderungen allein auf die obengenannten politischen und wirtschaftlichen Grundlagen aufzubauen, so bedeutend diese auch sein mögen.

Daher ist mehrfach ausgeführt worden, daß viele Staaten vor der Einberufung der in Art. 16 vorgesehenen Abrüstungskonferenz wissen müssen, auf welchen militärischen Beistand sie rechnen können, damit sie imstande sind, der Konferenz Vorschläge über erhebliche Rüstungsverminderungen unterbreiten zu können; und dies kann unter Umständen zu Verhandlungen zwischen den Regierungen und dem Rate vor dem Zusammentritt der Konferenz führen. In diesem Sinne sind die in Art. 13 des Protokolls vorgesehenen Verpflichtungen zu verstehen.

Ebenso wird der Rat „unter Berücksichtigung dieser Verpflichtungen", wie in Art. 17, Abs. 2 näher ausgeführt ist, außer noch anderen Kriterien das allgemeine Programm der Konferenz auszuarbeiten haben.

Infolge des engen Zusammenhangs zwischen den drei großen vorliegenden Problemen, dem Problem der friedlichen Beilegung der Streitfälle,

Digitized by Google

dem der Sanktionen gegen die Störer des Weltfriedens und dem der Abrüstung, sieht das Protokoll selbst die Einberufung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz durch den Rat, sowie die Vorarbeiten für diese Konferenz vor. Außerdem treten die Bestimmungen über das Schiedsverfahren und die Sanktionen nur unter der Bedingung in Kraft, daß die genannte Konferenz einen Abrüstungsplan und die Rüstungsverminderung angenommen hat.

Um die Verbindung zwischen den drei großen oben genannten Problemen aufrechtzuerhalten, ist andrerseits vorgesehen, daß das gesamte Protokoll für den Fall hinfällig wird, daß der von der Konferenz angenommene Plan nicht zur Ausführung gelangt. Es wird dem Rate obliegen, dies je nach den von der Konferenz selbst festzusetzenden Bedingungen festzustellen.

Der letzte Absatz von Art. 21 regelt den Fall, wo das in Kraft gesetzte Protokoll teilweise hinfällig wird. Sind die Bedingungen erfüllt worden, die erforderlich sind, um den Plan als durchgeführt anzusehen, und hat irgend ein Staat, soweit er ihn betrifft, in der festgesetzten Frist nicht ausgeführt, so können diesem Staat die Vorteile der Bestimmungen des Protokolls nicht zugute kommen.

6. Satzung und Protokoll (Art. 19).

Das vorliegende Protokoll betont und führt einige aus der Satzung sich ergebende Verpflichtungen bestimmter aus. Die in dem vorliegenden Protokoll nicht erwähnten Verpflichtungen sind aber keineswegs erloschen. Beispielsweise sind besonders diejenigen des Art. 16, Abs. 3 der Satzung zu nennen, nämlich die Verpflichtung der Staaten zu gegenseitiger Unterstützung, um die Verluste und Unzuträglichkeiten, die sich aus der Anwendung der wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen ergeben können, auf ein Mindestmaß herabzusetzen, oder die Verpflichtung der Staaten, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um den Durchmarsch von Streitkräften durch ihr Gebiet zu erleichtern, die an einem gemeinsamen Unternehmen teilnehmen, das den Zweck hat, den Verbindlichkeiten des Völkerbundes Achtung zu verschaffen.

Auf Anregung der Schweizer Delegation ist andererseits zu betonen, daß das vorliegende Protokoll in keiner Weise die besondere Lage der Schweiz berührt, wie sie durch die Erklärung des Rats in London vom 13. Februar 1920 geschaffen worden ist. Da die besondere Lage der Schweiz sich mit der Satzung verträgt, wird sie sich auch mit dem vorliegenden Protokoll vertragen.

III. Schluß.

Es scheint überflüssig, zu diesem Kommentar der Artikel noch andere Erklärungen hinzuzufügen. Man erkennt die wesentlichen Grundsätze des Protokolls, erkennt die Einzelbestimmungen.

Unser Ziel war, den Krieg unmöglich zu machen, ihn zu vernichten, zu töten. Um dieses Ziel zu erreichen, mußte ein System der friedlichen Beilegung aller Konflikte, die eintreten könnten, geschaffen werden. Mit anderen Worten, es mußte ein Schiedsverfahren geschaffen werden, dem kein juristischer oder politischer internationaler Streitfall entgehen kann. Das ausgearbeitete System läßt in der Tat keine Hintertür offen; es verbietet alle Kriege und schreibt für alle Streitfälle die friedliche Beilegung vor.

Aber der unbedingte Charakter des Schiedsverfahrens mußte in allen Teilen des Entwurfes für alle grundsätzlichen Fragen wiederkehren. Eine einzige Lücke in dem System, eine offene Tür, oder der geringste Spalt, durch den diese oder jene Gewaltmaßnahme hindurchschlüpfen könnte, und das gesamte System bricht zusammen.

Zu dem Zweck ist das Schiedsverfahren für alle Streitfälle vorgesehen, und der Angriff ist derart definiert, daß es für den Rat kein Zaudern geben kann, wenn er ihn festzustellen hat.

Digitized by Google

Aus den gleichen Gründen haben wir die Lücken der Satzung ausgefüllt und die Sanktionen derart definiert, daß es kein Mittel gibt, sich ihnen zu entziehen, und daß das Gefühl der Sicherheit endgültig und zugleich restlos wird.

Schließlich ist die Abrüstungskonferenz unlöslich mit diesem ganzen System verknüpft. Es gibt kein Schiedsverfahren und keine Sicherheit ohne Abrüstung; es gibt keine Abrüstung ohne Schiedsverfahren und ohne Sicherheit.

Es ist der Weltfriede, um den es geht.

Die fünfte Bundesversammlung hat ein Werk von einer weltpolitischen Bedeutung unternommen, das, wenn es gelingt, die politischen Verhältnisse der gegenwärtigen Gesellschaft von Grund aus umgestalten muß. Wir haben in diesem Jahre mit unseren Arbeiten einen großen Schritt vorwärts getan. Gelingt es uns, so hat der Völkerbund der modernen Welt einen unschätzbaren Dienst erwiesen. Dieser Erfolg hängt einerseits von der Bundesversammlung selbst ab, andererseits von jeder Regierung. Wir übergeben der Bundesversammlung die Frucht unserer Arbeiten, dieses hoffnungsvolle Werk. Wir bitten Sie, es aufmerksam zu prüfen und es den Regierungen zur Annahme zu empfehlen.

In diesem Sinne und mit solchen Hoffnungen bitten wir die Bundesversammlung um Annahme der Beschlußentwürfe Nr. 1 und 2, die mit diesem Bericht vorgelegt werden.

IV.

Optionsabkommen zwischen Deutschland und Belgien 11. 9. 1922*).

Zur Ausführung des Art. 37 des Vertrags von Versailles vom 28. Juni 1919 wird zwischen dem Bevollmächtigten des Deutschen Reichs, Herrn Regierungspräsidenten z. D. Freiherrn *von Dalwigk zu Lichtenfels*, und dem Bevollmächtigten der Königlich Belgischen Regierung, Herrn *Alex. Hallot*, folgendes vereinbart:

§ 1. Deutschland erkennt die Optionserklärungen als gültig an, die von den im Art. 36 Abs. 1 des Vertrags von Versailles bezeichneten Personen in Gemäßheit der von dem deutschen und belgischen Bevollmächtigten am 31. August 1922 unterzeichneten Erklärung sowie auf Grund der belgischen Bestimmungen (Verordnungen des Königlich Belgischen Oberkommissars vom 30. September 1920 und 1. September 1922, betreffend die Ausführung der Artt. 36 und 37 des Vertrags von Versailles) vorgenommen worden sind**), das heißt von denjenigen Personen, die zur Bevölkerung der Gebiete gehören, mit denen sich die Artt. 33 und 34 des Vertrags von Versailles befassen.

---

*) Abgedruckt RGBl. 1924, Teil II S. 227 ff., verkündet durch Reichsgesetz vom 30. Juli 1924; RGBl. 1924, Teil II, S. 227.

**) Die Deklaration vom 31. August 1922 lautet:

Von der Erwägung ausgehend, daß es wünschenswert ist, das Recht der Option für die deutsche Reichsangehörigkeit, das im Art. 37 des Vertrags von Versailles für die im Art. 36 dieses Vertrags bezeichneten und zurzeit in Deutschland aufhältlichen Personen vorgesehen ist, zu regeln, sind die Regierung des Deutschen Reichs und die Königlich Belgische Regierung, vertreten durch die unterzeichneten Bevollmächtigten, über folgendes übereingekommen:

Art. 1. Die deutschen Reichsangehörigen, die gemäß Art. 36 des Vertrags von Versailles Belgier geworden sind und die sich zurzeit in Deutsch-

Digitized by Google

§ 2. Als Wohnsitz im Sinne der Artt. 36 und 37 des Vertrags von Versailles ist der Ort anzusehen, der den Schwerpunkt der persönlichen und wirtschaftlichen Lebensverhältnisse einer Person bildet.

§ 3. Die rechtlichen Wirkungen der Option treten mit dem Tage ein, an dem die Optionserklärung abgegeben wird.

§ 4. Die belgische Regierung verpflichtet sich, der deutschen Regierung baldmöglichst eine Liste der Personen zu übermitteln, die von ihrem Optionsrecht Gebrauch gemacht haben.

§ 5. Während der im Art. 37 Abs. 3 des Vertrags von Versailles bezeichneten Frist und gemäß der in diesem Artikel enthaltenen Verpflichtung wird Belgien Optanten weder ausweisen noch ihnen die Aufenthaltserlaubnis versagen, sofern sie ihren Wohnsitz nicht nach Deutschland verlegt haben.

§ 6. Sofern Personen ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen und in den von Belgien erworbenen Gebieten gemäß Art. 37 Abs. 4 des Vertrags von Versailles unbewegliches Gut behalten haben, wird ihnen die belgische Regierung die Einreise und den Aufenthalt in dem Maße gestatten, als die Verwaltung der Güter es erfordert und die Sicherheit des Staates es zuläßt.

§ 7. Die Personen, welche von ihrem Optionsrecht Gebrauch machen, sind von direkten Steuern in Belgien für ihr aus Deutschland bezogenes Einkommen nach ihrem Fortgehen befreit.

---

land befinden, können durch eine mit besonderer, öffentlich beurkundeter Vollmacht versehene Mittelsperson innerhalb der im Art. 37 des Vertrags vorgesehenen Frist, d. h. spätestens am 20. September 1922, ihre Option für die deutsche Reichsangehörigkeit vor dem Kommissar des Arrondissements Eupen-Malmedy ausüben.

Die Vollmachtsurkunden sind *in blanco* oder auf eine von dem Kommissar des Arrondissements Eupen-Malmedy zu bestimmende Persönlichkeit auszustellen; sie sind zu errichten, sei es vor einem deutschen Notar, sei es vor dem Belgischen Gesandten in Berlin in seiner Eigenschaft als Generalkonsul, sei es vor

dem Belgischen Generalkonsul in Hamburg,
dem Belgischen Konsul in Köln,
dem Belgischen Konsul in Düsseldorf,
dem Belgischen Konsul in Duisburg-Ruhrort,
dem Belgischen Konsul in Frankfurt a. M.,
dem Belgischen Konsul in Trier,
oder dem Belgischen Vizekonsul in Aachen.

Diese Vollmachtsurkunden sind dem Kommissar des Arrondissements Eupen-Malmedy unmittelbar oder durch Vermittlung einer der oben genannten belgischen Konsularbehörden zu übersenden.

Art. 2. Für elternlose Minderjährige von weniger als 18 Jahren wird die Option von ihrem gesetzlichen Vertreter ausgeübt. Das gleiche gilt für Minderjährige von mehr als 18 Jahren, bei denen die Voraussetzungen der Entmündigung vorliegen, sowie für die entmündigten oder die unter vorläufige Vormundschaft gestellten Personen.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten die vorstehende Erklärung unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Aachen am 31. August 1922.

Der belgische Bevollmächtigte erklärte, daß bei Annahme der gültig ausgestellten Optionsvollmachten hinsichtlich ihrer Rechtswirksamkeit belgischerseits das größte Wohlwollen walten würde.

gez. *von Dalwigk.* gez. *Hallot.*

Digitized by Google

§ 8. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und Durchführung der Bestimmungen dieser Vereinbarung sollen von einer gemischten Kommission entschieden werden, die sich aus je zwei Angehörigen der vertragschließenden Teile zusammensetzt und je nach Bedarf an einem zu vereinbarenden Orte zusammentrifft. In allen Fällen, in denen sich die Mitglieder der Kommission nicht einigen, entscheidet ein neutraler Schiedsrichter, um dessen Ernennung die schweizerische Regierung gebeten werden soll.

§ 9. Dieses Abkommen soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Aachen ausgetauscht werden.

Es tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Aachen, den 11. September 1922.

gez. *von Dalwigk.* gez. *Hallot.*

Schlußprotokoll.

Im Begriff, das Optionsabkommen zwischen Deutschland und Belgien zu unterzeichnen, sind die Bevollmächtigten dahin übereingekommen, daß hinsichtlich der Staatsangehörigkeitsverhältnisse der in Neutral-Moresnet ansässigen Personen das Gesetz vom 15. September 1919, betreffend das Gebiet von Neutral-Moresnet, maßgebend sein soll.

Aachen, den 11. September 1922.

gez. *von Dalwigk.* gez. *Hallot.*

V.

Abkommen zwischen Italien und dem Serbisch-kroatisch-slowenischen Staat betr. Fiume 27. I. 1924*).

Sa Majesté le Roi des Serbes, Croates et Slovènes et sa Majesté le Roi d'Italie:

ayant constaté l'impossibilité absolue de procéder à l'organisation d'une façon pratique de l'Etat libre de Fiume, visé à l'article 4 du Traité signé à Rapallo le 12 novembre 1920, et suivant les dispositions générales fixées dans l'Accord signé à Rome le 23 octobre 1922,

dans le but d'établir des relations cordiales entre les deux Etats pour le bien commun des deux peuples,

animés du désir d'assurer de la façon la plus satisfaisante la vie de la ville de Fiume et le développement économique qui correspond le mieux à ses intérêts,

ont résolu de conclure un Accord dans ce but et ont nommé à cet effet comme leurs Plénipotentiaires:

Sa Majesté le Roi des Serbes, Croates et Slovènes:
Monsieur *Nicolas Pachitch,* Président du Conseil;
Monsieur *Momcilo Nintchitch,* Ministre des Affaires Etrangères:
Sa Majesté le Roi d'Italie:

---

*) Abgedruckt im Amtsblatt des Serbisch-kroatisch-slowenischen Staates „Službene Novine", Nr. 65/XI vom 20. März 1924.

Digitized by Google

Monsieur *Benito Mussolini,* Député au Parlement, Président du Conseil et Ministre des Affaires Etrangères;

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et duc forme, sont convenus de ce qui suit:

Article 1. Le Gouvernement Italien reconnaît la souveraineté pleine et entière du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes sur le Port Baross et sur le Delta qui seront évacués et remis aux Autorités compétentes du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes dans un délai de deux jours après l'échange des ratifications du présent Accord.

Article 2. Le Gouvernement des Serbes, Croates et Slovènes reconnaît la souveraineté pleine et entière du Royaume d'Italie sur la ville et sur le port de Fiume ainsi que sur le territoire qui lui est attribué d'après la ligne de frontière indiquée dans l'article suivant.

Article 3. La frontière du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes du côté de Fiume telle qu'elle est fixée dans l'article 3 du Traité signé à Rapallo le 12 novembre 1920, devra être rectifiée en relation aux dispositions contenues dans les deux articles précédents. Cette ligne de frontière sera tracée par une Commission spéciale mixte composée de délégués italiens et de délégués serbes, croates et slovènes selon la ligne fixée en manière générale de la façon suivante:

„La Route Castua-Fiume sera comprise dans le territoire du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes à partir d'un point à l'est de Tometici jusqu'au croisement au nord de Bergudi. La ligne de frontière sera tracée sur le terrain suivant une ligne à déterminer entre la route susindiquée et la voie ferrée. A partir de ce point, la ligne de frontière remontera vers le nord-est de manière que Peklin soit compris dans le territoire serbe-croate-slovène; puis elle atteindra, par une courbe convexe au nord de Drenova un point de la Récina à déterminer dans la moitié septentrionale de la partie de frontière comprise entre les bornes VIII et IX".

Le Royaume d'Italie reconnaît la souveraineté pleine et entière du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes sur le territoire qui est attribué de cette façon à ce dernier. Le territoire sera évacué par l'Italie et remis au Royaume des Serbes, Croates et Slovènes dès que la délimitation de la nouvelle ligne de frontière aura été faite par la Commission mixte susdite. Cette Commission mixte accomplira ses travaux de telle manière que le territoire susdit puisse être évacué et remis dans le délai de cinq jours après l'échange des ratifications du présent Accord.

Article 4. Dans les relations entre les zones de frontière à travers la nouvelle ligne de frontière, et dans les relations entre la circonscription censuaire de Castua et le territoire italien limitrophe seront observées les dispositions contenues dans la Convention additionnelle ci-jointe, Annexe A, lesquelles resteront en vigueur jusqu'à la conclusion du traité de commerce qui réglera le trafic de frontière.

Les deux Parties Contractantes sont d'accord que dans le traité susmentionné les questions concernant le trafic de frontière entre les zones séparées par la nouvelle ligne de frontière seront réglées de manière que l'on tienne particulièrement compte des relations économiques entre les zones susdites et des besoins particuliers des populations respectives.

Article 5. Le Royaume d'Italie concède en location pour la durée de 50 ans au Royaume des Serbes, Croates et Slovènes dans le Porto Grande de Fiume les emplacements couverts et découverts qui constituent le bassin Thaon di Revel, selon la description qui en a été faite à l'article 5 de la

Digitized by Google

Convention Additionnelle ci-jointe en annexe. La location dont tout caractère d'extraterritorialité est exclu comprend le droit d'usage exclusif et illimité du grand Magasin du môle „Napoli", des deux Magasins qui donnent sur le quai Thaon di Revel et des deux Magasins du môle „Genova" qui donnent sur le côté occidental et le droit d'usage privilégié des trois quais qui délimitent le bassin en question avec les accessoires relatifs.

Les Autorités du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes et le personnel qui dépend de ces Autorités, préposés aux opérations de trafic de leur propre Etat dans le bassin susdit exerceront leurs fonctions en conformité de la Convention Additionnelle, Annexe B, jointe au présent Accord (Chapitre I).

Le Gouvernement des Serbes, Croates et Slovènes payera au Gouvernement Italien un loyer annuel d'une lire or pour la location des installations du port susmentionnées.

Article 6. La Gare Principale de Fiume sera organisée en régime de gare internationale de frontière. Conformément à ce que l'on fait dans les gares internationales de la frontière italienne, une Délégation des chemins de fer serbes-croates-slovènes composée d'un nombre convenable de personnel sera détachée dans cette gare. Cette délégation collaborera avec l'administration des chemins de fer italiens surtout en ce qui concerne l'exploitation des embranchements qui réunissent la gare située sur le territoire serbe-croate-slovène au bassin visé à l'article précédent, et ce bassin au Port Baross. Les modalités de cette collaboration sont établies par la Convention Additionnelle, Annexe B, jointe au présent Accord (Chapitre II).

Article 7. La frontière entre Fiume et le Port Baross, le long du quai, sera délimitée selon la ligne tracée sur la carte jointe à la Lettre annexée au Traité de Rapallo susmentionné de la façon que la Commission de délimitation visée à l'article 3 estimera être la plus convenable pour l'exercice de la surveillance douanière de la part de l'un et de l'autre Etat et en tenant compte des exigences spéciales du trafic, de l'ordre public et des communications de la Ville. Le pont tournant situé entre Port Baross et Porto Grande sera en territoire italien.

Le Royaume d'Italie reconnaît la souveraineté pleine et entière du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes sur les eaux de la Fiumara. De ce côté la ligne de frontière sera par conséquent constituée par le bord de la rive occidentale du canal.

Le passage et l'abord des flottants à la rive occidentale (italienne) de la Fiumara, sont réglés par la Convention Additionnelle ci-jointe, Annexe B (Chapitre III) de telle façon que la navigation sur la Fiumara n'en soit pas entravée.

Pour le maintien de ces droits d'usage sur les eaux serbes-croates-slovènes du canal, et en reconnaissance de la souveraineté du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes sur les eaux susdites, le Gouvernement Italien payera au Gouvernement du Royaume susmentionné une redevance annuelle d'un dinar or.

Article 8. En ce qui concerne l'aqueduc de Fiume et l'entretien des installations pour la rivière Recina seront observées les dispositions établies par la Convention Additionnelle ci-jointe, Annexe B (Chapitre IV).

Article 9. Aux minorités yougoslaves de Fiume sera concédé le régime qui résulte en faveur des minorités italiennes en Dalmatie des engagements internationaux en vigueur.

Digitized by Google

Article 10. Le présent Accord sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Rome dans un délai maximum de vingt jours à partir de la date de la signature du présent Accord.

En foi de quoi les Plénipotentiaires l'ont signé et muni de leurs sceaux.

Fait à Rome en double exemplaire le vingt-sept janvier mil neuf cent vingt-quatre.

m. p. *Nik. P. Pachitch.* m. p. *Benito Mussolini.*
m. p. *M. Nintchitch.*
(L. S.) (L. S.)

VI.

Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der Türkei 3. 3. 1924.

L'Allemagne, d'une part, et la Turquie, d'autre part,

Animées du désir d'établir et de consolider les liens de sincère amitié entre la République d'Allemagne et la République Turque,

et pénétrées de la même conviction que les relations entre les deux Etats, une fois établies, serviront à la prospérité et au bien-être de leurs nations respectives, ont résolu de conclure un Traité d'Amitié et ont, à cet effet, nommé pour leurs Plénipotentiaires, savoir:

le President de la Republique d'Allemagne:

Son Excellence Monsieur *H. Freytag,* Envoyé Extraordinaire et Ministre Plénipotentiaire d'Allemagne à Bucarest; et

le President de la Republique Turque:

Son Excellence *Tewfik Kiamil Bey,* Sous-Secrétaire d'Etat au Ministère des Affaires Etrangères,

Lesquels, après s'être communiqué leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont convenu des dispositions suivantes:

Art. 1. Il y aura paix inviolable et amitié sincère et perpétuelle entre la République d'Allemagne et la République Turque.

Art. 2. Les Hautes Parties Contractantes sont d'accord pour établir les relations diplomatiques entre les deux Etats conformément aux principes du droit des gens. Elles conviennent que les Représentants diplomatiques de chacune d'Elles recevront, à charge de réciprocité, dans le territoire de l'Autre, le traitement consacré par les principes généraux du droit international public général.

Art. 3. Les Hautes Parties Contractantes sont d'accord pour régler les relations consulaires et commerciales entre leurs pays respectifs ainsi que les conditions d'établissement et de séjour, dans le territoire de chacune d'Elles, des ressortissants de l'autre Partie et le concours que les autorités judiciaires des deux Parties auront à se prêter dans certaines matières judiciaires par des Conventions qu'Elles se réservent de conclure conformément aux règles du droit international public général sur la base d'une parfaite réciprocité.

Art. 4. Le présent Traité sera ratifié et les ratifications en seront échangées à Constantinople le plus tôt que faire se pourra. Il entrera en vigueur le quinzième jour après l'échange des ratifications.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires respectifs ont signé le présent Traité et y ont apposé leurs sceaux.

Fait en double à Angora, le trois Mars mil neuf cent vingt-quatre.

(gez.) *Freytag.* (gez.) *Tewfik Kiamil.*

Digitized by Google

VII.

Abkommen zwischen dem Deutschen Reiche und den Vereinigten Staaten von Amerika betr. Verbot der Einfuhr alkoholischer Getränke 19. 5. 1924 *).

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika und der Deutsche Reichspräsident, von dem Bestreben geleitet, alle Schwierigkeiten zu vermeiden, die zwischen ihnen bezüglich der in den Vereinigten Staaten gültigen Gesetze betreffend alkoholische Getränke entstehen könnten, haben beschlossen, zu diesem Zwecke ein Abkommen zu schließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten bestellt:

der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika Herrn *Charles Evans Hughes*, den Staatssekretär der Vereinigten Staaten von Amerika, und

der Deutsche Reichspräsident Herrn Dr. *Otto Wiedfeldt*, den Deutschen Botschafter in den Vereinigten Staaten von Amerika,

die nach Auswechslung ihrer ordnungsmäßig ausgestellten Vollmachten das Folgende vereinbart haben:

Art. I. Die Hohen Vertragschließenden Parteien erklären, daß es ihre feste Absicht ist, an dem Grundsatz festzuhalten, daß die eigentliche Grenze der Hoheitsgewässer drei Seemeilen von der Küstenlinie entfernt, und zwar gemessen von der Niedrigwassergrenze, liegt.

Art. II. (1) Der Deutsche Reichspräsident erklärt sich damit einverstanden, daß Deutschland keinen Einspruch dagegen erheben wird, daß

---

*) Das Abkommen ist durch Proklamation des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika vom 11. August 1924 kundgegeben mit folgenden Zusätzen:

1. Einleitung:

Whereas a Convention between the United States of America and Germany to aid in the prevention of the smuggling of intoxicating liquors into the United States was concluded and signed by their respective Plenipotentiaries at Washington on the nineteenth day of May, one thousand nine hundred and twenty-four, the original of which Convention, being in the English and German languages, is word for word as follows:

2. Schluß:

And whereas the said Convention has been duly ratified on both parts, and the ratifications of the two Governments were exchanged in the city of Washington on the eleventh day of August, one thousand nine hundred and twenty-four;

now, therefore, be it known that I, *Calvin Coolidge*, President of the United States of America, have caused the said Convention to be made public, to the end that the same and every article and clause thereof may be observed and fulfilled with good faith by the United States and the citizens thereof.

In testimony whereof, I have hereunto set my hand and caused the seal of the United States to be affixed.

Done at the city of Washington, this eleventh day of August, in the year of our Lord one thousand nine hundred and twenty-four, and of
[seal] the Independence of the United States of America the one hundred and forty-ninth.

Calvin Coolidge.

By the President:
Joseph C. Grew,
Acting Secretary of State.

Digitized by Google

Beamte der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien und Besitzungen außerhalb der Grenzen der Hoheitsgewässer an Bord privater Schiffe unter deutscher Flagge gehen, um die an Bord befindlichen Personen daraufhin zu befragen und die Schiffspapiere daraufhin zu prüfen, ob das Fahrzeug oder die an Bord befindlichen Personen alkoholische Getränke in die Vereinigten Staaten, ihre Territorien oder Besitzungen unter Verletzung der dort gültigen Gesetze einführen wollen oder eingeführt haben. Falls diese Befragung und Prüfung einen Verdacht berechtigt erscheinen lassen, kann eine Durchsuchung des Fahrzeuges begonnen werden.

(2) Wenn berechtigte Gründe für die Annahme sprechen, daß das Fahrzeug die Gesetze der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen betreffend das Verbot der Einfuhr alkoholischer Getränke übertreten hat, übertritt oder zu übertreten versucht, so kann das Fahrzeug beschlagnahmt und in einen Hafen der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen zur richterlichen Entscheidung auf Grund dieser Gesetze eingebracht werden.

(3) Die durch diesen Artikel gewährten Rechte sollen nur innerhalb einer Entfernung von der Küste der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen ausgeübt werden, die das im Verdacht des Versuchs der Gesetzesübertretung stehende Fahrzeug innerhalb einer Stunde zurücklegen kann. In Fällen jedoch, in denen das alkoholische Getränk von einem anderen Fahrzeug als demjenigen, das von den Beamten betreten und untersucht wurde, nach den Vereinigten Staaten, ihren Territorien oder Besitzungen gebracht werden soll, soll die Schnelligkeit dieses anderen Fahrzeuges und nicht diejenige des betretenen Fahrzeuges die Entfernung von der Küste bestimmen, innerhalb welcher das unter diesem Artikel gewährte Recht ausgeübt werden kann.

Art. III. Eine Bestrafung bezw. Beschlagnahme nach den Gesetzen der Vereinigten Staaten soll bei alkoholischen Getränken bezw. bei Fahrzeugen oder Personen wegen des Transportes solcher Getränke nicht eintreten, wenn solche Getränke als Reisevorrat oder als eine nach einem fremden Hafen außerhalb der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen bestimmte Ladung an Bord deutscher Fahrzeuge eingetragen sind, die sich auf der Fahrt nach oder von Häfen der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen befinden oder durch deren Hoheitsgewässer fahren; bezüglich dieses Transportes soll gelten, was jetzt bezüglich der Durchfuhr solcher Getränke durch den Panama-Kanal gesetzlich vorgeschrieben ist, vorausgesetzt, daß diese Getränke während der Zeit, wo das Fahrzeug, auf dem sie transportiert werden, sich innerhalb der genannten Hoheitsgewässer aufhält, dauernd unter Siegel gehalten werden, und daß kein Teil dieser Getränke zu irgend einer Zeit oder an irgend einem Ort innerhalb der Vereinigten Staaten, ihrer Territorien oder Besitzungen gelöscht wird.

Art. IV. Jeder Anspruch auf Schadenersatz seitens eines deutschen Fahrzeuges unter der Begründung, daß es Verlust oder Unrecht infolge unberechtigter oder nicht sinngemäßer Ausübung der durch Art. II dieses Abkommens gewährten Rechte erlitten habe, oder aus dem Grunde, daß ihm die Rechte aus Art. III nicht gewährt worden seien, soll der gemeinschaftlichen Erwägung von zwei Personen unterbreitet werden, von denen die beiden Vertragsteile je eine benennen.

Einigen sich diese auf einen gemeinsamen Bericht, so sollen die darin enthaltenen Vorschläge ausgeführt werden. Kommt ein gemeinsamer Bericht nicht zustande, so soll der Anspruch an den in dem Haager Abkommen vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle näher bezeichneten ständigen Schiedsgerichtshof im Haag verwiesen werden. Das Schiedsgericht soll gemäß Art. 87 (Kap. IV) und Art. 59 (Kap. III) des ge-

Digitized by Google

nannten Abkommens gebildet werden. Das Verfahren soll soweit durch Kap. IV und Kap. III unter besonderer Berücksichtigung der Artt. 70 und 74, aber mit Ausschluß der Artt. 53 und 54 des genannten Abkommens geregelt werden, als das Schiedsgericht diese für anwendbar und mit den Bestimmungen dieses Abkommens vereinbar hält. Alle Geldbeträge, welche durch das Schiedsgericht auf Grund eines Anspruches zuerkannt werden, sollen innerhalb 18 Monaten nach dem Tage des endgültigen Urteils ohne Zins und ohne Abzug ausgezahlt werden, unbeschadet der folgenden Bestimmungen. Jede Regierung soll ihre eigenen Unkosten tragen. Die Unkosten des Schiedsgerichts sollen durch einen anteiligen Abzug von dem durch das Schiedsgericht zuerkannten Betrage gedeckt werden, und zwar in Höhe von 5 % dieses Betrages oder in Höhe eines zwischen den beiden Regierungen zu vereinbarenden niedrigeren Prozentsatzes. Ein dabei etwa entstehender Fehlbetrag soll zu gleichen Teilen von den beiden Regierungen gedeckt werden.

Art. V. Dieses Abkommen soll ratifiziert werden und für den Zeitraum eines Jahres in Kraft bleiben, gerechnet vom Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden an.

Drei Monate vor Ablauf des genannten Zeitraums von einem Jahr kann jeder der beiden Vertragsteile seine Absicht kundtun, Aenderungen in den Bestimmungen des Abkommens vorzuschlagen.

Falls derartige Aenderungen nicht vor Ablauf des oben erwähnten Zeitraums von einem Jahr vereinbart worden sind, soll das Abkommen erlöschen.

Falls von keiner Seite die Absicht kundgetan wird, Aenderungen vorzuschlagen, soll das Abkommen für ein weiteres Jahr in Kraft bleiben und so weiter automatisch bezüglich der jeweiligen Frist von einem Jahr, aber immer vorbehaltlich des Rechtes jeder Partei, wie oben vorgesehen, drei Monate vor deren Beendigung Vorschläge für Aenderungen in dem Abkommen zu machen, und vorbehaltlich der Bestimmung, daß, falls solche Aenderungen nicht vor Ablauf des Zeitraums von einem Jahr vereinbart worden sind, das Abkommen erlöschen soll.

Art. VI. Falls einer der Vertragsteile entweder durch richterliche Entscheidung oder durch gesetzliche Maßnahmen verhindert werden sollte, die Bestimmungen dieses Abkommens in vollem Umfange durchzuführen, soll dieses Abkommen von selbst erlöschen, und bei einem solchen Erlöschen oder wann immer dieses Abkommen in Geltung zu sein aufhören wird, soll jeder Vertragsteil alle die Rechte genießen, die er besessen haben würde, wenn dieses Abkommen nicht geschlossen worden wäre.

Dieses Abkommen soll ordnungsmäßig vom Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika nach Anhörung und mit Zustimmung des Senats und von dem Deutschen Reichspräsidenten gemäß den Vorschriften der Reichsverfassung ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen in Washington sobald wie möglich ausgetauscht werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten dieses Abkommen in doppelter Ausfertigung unterzeichnet und darunter ihre Siegel gesetzt.

Gegeben in der Stadt Washington, am neunzehnten Tag des Mai im Jahre des Herrn eintausendneunhundertundvierundzwanzig.

Charles Evans Hughes.

(Siegel) Dr. *Otto Wiedfeldt.*

Digitized by Google

VIII.

Dokumente betr. die deutsch-amerikanischen „Mixed Claims Commission".

A.

Abkommen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika, betreffend finanzielle Verpflichtungen aus dem am 25. 8. 1921 unterzeichneten Friedensvertrage 10. 8. 1922 *).

Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika,

von dem Wunsche beseelt, die Summe festzusetzen, die Deutschland in Erfüllung seiner finanziellen Verpflichtungen aus dem zwischen den beiden Regierungen vom 25. August 1921 abgeschlossenen Vertrage zu zahlen hat, welcher den Vereinigten Staaten und deren Staatsangehörigen in einem Beschlusse des Kongresses der Vereinigten Staaten vom 2. Juli 1921 näher bezeichnete Rechte, einschließlich solcher aus dem Vertrage von Versailles sichert, haben beschlossen, die Fragen zur Entscheidung einer gemischten Kommission zu überweisen und haben zu ihren Bevollmächtigten für den Abschluß des nachstehenden Abkommens ernannt:

der Präsident des Deutschen Reichs den Deutschen Reichskanzl. Dr. *Wirth*

und

der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika

den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland *Alanson B. Houghton*,

welche nach Austausch ihrer für gut und richtig befundenen Vollmachten folgendes vereinbart haben:

Art. I. Die Kommission soll über die folgenden Arten von Ansprüchen befinden, die des Näheren im Vertrage vom 25. August 1921 und im Vertrage von Versailles bezeichnet sind:

Germany and the United States of America,

being desirous of determining the amount to be paid by Germany in satisfaction of Germany's financial obligations under the Treaty concluded by the two Governments on August 25, 1921, which secures to the United States and its nationals rights specified under a resolution of the Congress of the United States of July 2, 1921, including rights under the Treaty of Versailles, have resolved to submit the questions for decision to a mixed commission and have appointed as their plenipotentiaries for the purpose of concluding the following agreement:

The President of the German Empire Dr. *Wirth*, Chancellor of the Germany Empire,

and

The President of the United States of America

Alanson B. Houghton, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the United States of America to Germany,

Who, having communicate d their full powers, found to be in good and due form, have agreed as follows:

Art. I. The commission shall pass upon the following categories of claims which are more particularly defined in the Treaty of August 25, 1921, and in the Treaty of Versailles:

*) Abgedruckt im RGBl. 1923, Teil II, S. 113 ff., verkündet durch Reichsgesetz vom 31. 1. 1923 (RGBl. 1923, Teil II, S. 113). — Herausgeber.

Digitized by Google

1. Ansprüche amerikanischer Bürger, die seit dem 31. Juli 1914 aus der Schädigung oder Beschlagnahme ihrer Güter, Rechte und Interessen erwachsen sind, einschließlich jeder Gesellschaft oder Vereinigung, an denen sie beteiligt sind, innerhalb des Deutschen Reichsgebiets, wie es am 1. August 1914 bestand;
2. andere Ansprüche aus Verlust oder Schaden, den die Vereinigten Staaten oder ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges durch Verletzung von Personen oder von Gütern, von Rechten und Interessen, einschließlich jeder Gesellschaft oder Vereinigung, an denen amerikanische Staatsangehörige beteiligt sind, seit dem 31. Juli 1914 erlitten haben;
3. Schulden der Deutschen Regierung oder deutscher Staatsangehöriger an amerikanische Bürger.

Art. II. Die Deutsche Regierung und die Regierung der Vereinigten Staaten sollen je einen Kommissar ernennen. Die beiden Regierungen sollen auf Grund einer Vereinbarung einen Unparteiischen auswählen, um über alle Fälle zu entscheiden, in denen die Kommissare verschiedener Meinung sein sollten, oder über alle strittigen Punkte, die sich im Laufe der Verhandlungen zwischen ihnen ergeben sollten.

Sollte der Unparteiische oder einer der Kommissare sterben oder zurücktreten oder aus irgendeinem Grunde nicht in der Lage sein, seinen Obliegenheiten nachzukommen, so soll dasselbe Verfahren, das bei seiner Ernennung beobachtet worden ist, für die Neubesetzung der freigewordenen Stelle angewandt werden.

Art. III. Die Kommissare sollen innerhalb zweier Monate nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens in Washington zusammentreten. Sie können Zeit und Ort ihrer weiteren Zusammenkünfte festsetzen, wie es zweckmäßig erscheint.

Art. IV. Die Kommissare sollen die ihnen unterbreiteten Fragen und Fälle sorgfältig registrieren und genaue Protokolle über ihre Verhandlungen

1. Claims of American citizens, arising since July 31, 1914, in respect of damage to, or seizure of, their property, rights and interests, including any company or association in which they are interested, within German territory as it existed on August 1, 1914;
2. Other claims for loss or damage to which the United States or its nationals have been subjected with respect to injuries to persons, or to property, rights and interests, including any company or association in which American nationals are interested, since July 31, 1914, as a consequence of the war;
3. Debts owing to American citizens by the German Government or by German nationals.

Art. II. The Government of Germany and the Government of the United States shall each appoint one commissioner. The two Governments shall by agreement select an umpire to decide upon any cases concerning which the commissioners may disagree, or upon any points of difference that may arise in the course of their proceedings.

Should the umpire or any of the commissioners die or retire, or be unable for any reason to discharge his functions, the same procedure shall be followed for filling the Vacancy as was followed in appointing him.

Art. III. The commissioners shall meet at Washington within two months after the coming into force of the present agreement. They may fix the time and the place of their subsequent meetings according to convenience.

Art. IV. The commissioners shall keep an accurate record of the questions and cases submitted and correct minutes of their proceedings. To this

Digitized by Google

führen. Zu diesem Zwecke kann jede der beiden Regierungen einen Sekretär ernennen, und diese Sekretäre sollen als gemeinsame Sekretäre der Kommission zusammenarbeiten und sollen deren Weisungen unterworfen sein.

Die Kommission kann auch irgendwelche andere erforderliche Beamte zur Unterstützung bei der Ausübung ihrer Aufgaben ernennen und anstellen. Die jedem derartigen Beamten zu zahlende Vergütung soll der Zustimmung beider Regierungen unterliegen.

Art. V. Jede Regierung soll ihre eigenen Ausgaben, einschließlich der Vergütung an ihren eigenen Kommissar, Vertreter oder Anwalt bezahlen. Alle anderen Ausgaben, die ihrer Natur nach beiden Regierungen zur Last fallen, einschließlich der Bezüge für den Unparteiischen, sollen von den beiden Regierungen zu gleichen Teilen getragen werden.

Art. VI. Die beiden Regierungen können Vertreter und Anwälte bestimmen, die der Kommission mündliche oder schriftliche Beweisgründe unterbreiten können.

Die Kommission soll alle schriftlichen Erklärungen oder Urkunden, die ihr von einer der beiden Regierungen oder zu ihren Gunsten zwecks Unterstützung eines Anspruchs oder zur Erwiderung auf einen solchen vorgelegt werden, in Empfang nehmen und berücksichtigen.

Die Entscheidungen der Kommission und die des Unparteiischen (falls solche vorkommen sollten) sollen als endgültig für die beiden Regierungen bindend angenommen werden.

Art. VII. Dieses Abkommeu soll am Tage der Unterzeichnung in Kraft treten.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten das vorliegende Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel beigefügt.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in Berlin am 10. August 1922.

Dr. *Wirth.*
Alanson B. Houghton.

end each of the Governments may appoint a secretary, and these secretaries shall act together as joint secretaries of the commission and shall be subject to its direction.

The commission may also appoint and employ any other necessary officer or officers to assist in the performance of its duties. The compensation to be paid to any such officer or officers shall be subject to the approval of the two Governments.

Art. V. Each Government shall pay its own expenses, including compensation of its own commissioner, agent or counsel. All other expenses which by their nature are a charge on both Governments, including the honorarium of the umpire, shall be borne by the two Governments in equal moieties.

Art. VI. The two Governments may designate agents and counsel who may present oral or written arguments to the commission.

The commission shall receive and consider all written statements or documents which may be presented to it by or on behalf of the respective Governments in support of or in answer to any claim.

The decisions of the commission and those of the umpire (in case there may be any shall be accepted as final and binding upon the two Governments.

Art. VII. The present agreement shall come into force on the date of its signature.

In Faith Whereof, the above named plenipotentiaries have signed the present agreement and have hereunto affixed their seals.

Done in duplicate at Berlin this tenth day of August 1922.

Dr. *Wirth.*
Alanson B. Houghton.

Digitized by Google

B.

Reglement*).

I. Definition of terms.

The term „United States" as used herein shall be taken to mean the United States of America.

The term „Germany" as used herein shall be taken to mean the German Empire.

The term „Umpire" as used herein shall be taken to mean the Umpire appointed by the President of the United States under the terms of Article II of the agreement between the United States and Germany dated August 10th, 1922. The terms „American Commissioner" and „German Commissioner" as used herein shall be taken to mean the Commissioners appointed by the United States and by Germany respectively in pursuance of the terms of Article II of said agreement. The terms „American Agent" and „German Agent" as used herein shall be taken to mean the Agents appointed by the United States and by Germany respectively in pursuance of the terms of Article VI of the said agreement.

The term „Secretaries" as used herein shall be taken to mean those appointed in pursuance of Article IV of the said agreement of August 10th, 1922.

The term „Claim" or „Claims" as used herein shall be taben to mean such as are embraced within the categories designated in Article I of the said agreement of August 10th, 1922.

II. Place and time of hearings.

The Commission shall sit at Washington, where its principal office shall be maintained and its records kept and preserved.

Hearings may be held at other places, as may from time to time be determined by the Commission.

The time and place of hearings shall, from time to time, be designated by the Commission.

III. Docket.

A Docket shall be provided by the Secretaries, in which they shall promptly enter the name of each claimant and the amount claimed, when a claim is formally filed with the Commission. Each claim shall constitute a separate case before the Commission and be docketed as such. They shall be numbered consecutively, beginning with that first presented as No. 1.

IV. Claims—filing and docketing.

a) A claim shall be treated as formally filed with the Commission, upon there being presented to the Secretaries a memorial, petition, or written statement containing a clear and concise statement of the facts upon which the claim is based, the amount thereof, the nationality of the claimant, and a full disclosure of the nature and extent of the interest of claimant and all others therein, accompanied by copies of all documents and other proofs in support of such claim then in the possession of the American Agent; which memorial, petition, or written statement shall be signed or endorsed by the American Agent, and an endorsement of filing, with the date thereof, made thereon and signed by the Secretaries.

---

*) Abgedruckt nach dem als Flugblatt im Governing Printing Office [20244—22] Washington, mit der Ueberschrift „Rules of Mixed Claims Commission, United States and Germany" hergestellten Text. — Herausgeber.

Digitized by Google

b) The docketing of a claim so filed shall be notice to Germany of its filing.

c) A petition, memorial, or written statement, or any answer thereto, may, upon leave granted by the Commission, be amended at any time before final submission of the case to the Commission.

d) Within six months after October 9th, 1922, the American Agent shall give notice of all claims which will be submitted to the Commission and not already filed, by delivering to the Secretaries a list or lists of such claims, and a copy thereof to the German Agent.

V. Evidence.

a) When an original paper on file in the archives of either the United States or Germany can not be conveniently withdrawn, a duly certified copy, with English translation, if requested, may be received in evidence in lieu thereof.

b) The Commission shall, under such rules as it may prescribe, receive and consider all written statements or documents which may be presented to it in any case by either the American Agent or the German Agent, or their respective counsel. No such statement or document will be received or considered by the Commission if presented through any other channel.

c) No oral evidence will be heard by the Commission save in exceptional cases for good cause shown, and upon order first entered by the Commission authorizing its introduction. Should oral evidence be introduced in behalf of one party, the Agent or counsel for the opposing party shall have the right of cross-examination.

VI. Hearings.

a) The order in which cases shall come on for submission before the Commission shall be determined by (1) agreement between the American Agent and the German Agent, subject to revision in the discretion of the Commission; or (2) order of the Commission.

b) The American Agent shall give notice to the Secretaries, and through the Secretaries to the German Agent, when he is prepared to present a case to the Commission, and at the same time may file with the Secretaries a brief prepared by the Agent or his counsel, or a brief prepared by the claimant if countersigned by the Agent and such proofs in support thereof in addition to those filed in pursuance of subdivision a) of Rule IV hereof as he may desire to present. The German Agent shall thereafter have such time, within which to file a brief and opposing written statements or documents, as may be fixed by the Commission from time to time by general or special order. Either the American Agent or the German Agent may thereafter file such additional proofs and/or briefs at such time and on such conditions as the Commission may in its discretion permit.

c) When a case comes on for submission in pursuance of orders entered from time to time by the Commission, it may, in its discretion, hear oral arguments by the American and German Agents or their respective counsel, limited as to time as the Commission may direct. The American Agent or his counsel shall have the right to open each case and the German Agent or his counsel may reply, in which event further argument may in the discretion of the Commission be heard.

d) When a case is submitted in pursuance of the foregoing provisions, the proceedings before the Commission in that case shall be deemed closed, unless opened by order of the Commission.

Digitized by Google

VII. Duties of the Secretaries.

The Secretaries shall:

a) Be subject to the directions of the Commission.

b) Be the custodians of all documents and records of the Commission, and keep them systematically arranged in safe files. While affording every reasonable facility to the American and German Agents and their respective counsel to inspect and make excerpts therefrom, no such documents or records shall be withdrawn from the files of the Commission save by its order duly entered of record.

c) Make and keep, in the English language, in duplicate, a docket of claims filed with the Commission.

d) Endorse on each document presented to the Commission the date of filing, and enter a minute thereof in the Docket.

e) Make and keep, in the English language, in books provided for that purpose, duplicate minutes of all proceedings of each session of the Commission, which minutes shall be read at the next session and, after corrections if any are made, shall be approved and signed by the Commissioners and countersigned by the Secretaries.

f) Keep a Notice Book in which entries may be made by either the American or German Agent, and when so made shall be notice to the other Agent and all others concerned.

g) Provide duplicate books, in which shall be recorded all awards and decisions of the Commission signed by the Commissioners, or, in case of their disagreement, by the Umpire, and countersigned by the Secretaries.

h) Perform such other duties as may from time to time be prescribed by the Commission.

VIII. Decisions.

Should the two Commissioners be unable to agree on the disposition of any case or upon any point that may arise in the course of the Commission's proceedings, they shall certify to the Umpire (1) the exact point or points of disagreement, and (2) the point or points, if any, upon which they are in agreement, together with a complete but concise statement of the facts of the case or the proceedings in connection with which the difference shall arise. Each Commissioner shall prepare and submit to the Umpire his opinion in writing with respect to each point of disagreement certified to the Umpire. Such statements and opinions shall be deemed a case stated, upon which the Umpire may make his decision. He shall have the right to the complete record in the case, including the briefs of counsel, and in his discretion to hear additional oral argument upon any difference certified to him for decision. The decisions in writing (1) of the two Commissioners, where they are in agreement, otherwise, (2) of the Umpire, shall be final.

If the two Commissioners agree the decision need not state the grounds upon which it is based.

IX. Amendments.

After five (5) days' notice in writing to each of them, these rules may be amended at any time at a meeting participated in by the two Commissioners and the Umpire and by the affirmative vote of not less than two.

X. Expenses of Commission.

All expenses of the Commission which by their nature are a charge on both the United States and Germany, including the honorarium of the Umpire, the expenses of his office and the compensation of his secretary and other employees, shall, upon being approved in writing by the American and German Commissioners, be paid, one-half by the United States and one-half by Germany.

Digitized by Google

IX.

Südafrikanisch-deutsches Memorandum nebst Briefwechsel über die rechtliche Lage der Deutschen im Mandatsgebiet Südwestafrika 23. 10. 1923*).

a.

Memorandum.

Dieses Memorandum bezweckt, die Ergebnisse der Besprechungen festzulegen, die zwischen

General *Smuts*, Premierminister der Südafrikanischen Union,

und

dem Geheimen Legationsrat *de Haas* vom Auswärtigen Amt

und

dem Geheimen Regierungsrat Dr. *Ruppel* vom Reichsministerium für Wiederaufbau als Vertreter der Deutschen Regierung

über die Deutschen in dem Mandatsgebiet Südwestafrika und insbesondere über die Haltung stattgefunden haben, die die Deutsche Regierung ihren Staatsangehörigen gegenüber dem geplanten Gesetze über die automatische Verleihung des Unionsbürgerrechts an die in Südwestafrika wohnenden Deutschen einzunehmen raten wird.

1. Anteil der Deutschen an den Rechten und Pflichten.

Es ist die Absicht der Regierung der Südafrikanischen Union, die Deutschen in Südwestafrika als Teil der Bevölkerung mit denselben Rechten und denselben Pflichten wie die übrigen Bürger anzuerkennen.

2. Deutsche Sprache.

Die Verwaltung von Südwestafrika wird jede Erleichterung für den freien Gebrauch der deutschen Sprache gewähren und wird gegen den Gebrauch der deutschen Sprache vor den öffentlichen Behörden und im schriftlichen Verkehr mit diesen keinen Einwand erheben; die Behörden werden, wenn irgend möglich, in derselben Sprache antworten. Von dem Amtsblatt, das die erlassenen Gesetze und Regierungsbekanntmachungen enthält, werden von Zeit zu Zeit deutsche Uebersetzungen veröffentlicht werden.

3. Deutsche Schulen.

Die Verwaltung von Südwestafrika ist bereit, die zurzeit bestehenden deutschen Schulen in Swakopmund und Windhoek für eine Uebergangszeit von zwei Jahren durch Beihilfen nach dem £ für £-System zu unterstützen. Indessen sollen diese Beihilfen 50% der Gesamtausgabe der letzten zwölf Monate nicht übersteigen. Die Schulen unterstehen der Inspektion der Regierung, und das Lehrziel der Klassen muß zum wenigsten dem Lehrziel der entsprechenden Klassen in den Regierungsschulen gleichkommen.

Dieses Zugeständnis soll in keiner Weise als eine Aufgabe der gegenwärtigen allgemeinen Schulpolitik der Verwaltung angesehen werden.

---

*) Abgedruckt nach *Martens*, Nouveau Recueil Général de Traités 3. Serie, Band XII, 1923, S. 939—941, 944—945. Dem deutschen Text des Memorandums entspricht ein englischer Text, welcher a. a. O. S. 942—944 abgedruckt ist. Herausgeber.

Digitized by Google

4. Deutsche Kirchen und Missionen.

Die deutschen Kirchen und die deutschen Missionen haben bisher und werden künftig von der Verwaltung von Südwestafrika eine wohlwollende Behandlung erfahren.

5. Einwanderungsgesetze.

Die in der Südafrikanischen Union geltenden Einwanderungsgesetze werden in Südwestafrika zur Anwendung gelangen. Im Rahmen dieser Gesetze werden Deutsche willkommen sein.

6. Genossenschaften.

Die Verwaltung von Südwestafrika wird die Frage prüfen, auf welchem Wege die finanziellen Schwierigkeiten der deutschen Verwertungsvereinigungen und ihres Verbandes gelöst werden können, und wird ernstlich die Möglichkeit, ihnen Beistand zu leisten, erwägen.

7. Vertretung im Landamt und bei der Landwirtschaftsbank.

Es wird anerkannt, daß die Bestellung eines deutschen Mitglieds sowohl beim Landamt (Land Board) als auch in der Verwaltung der Landwirtschaftsbank (Land and Agricultural Bank of South West Africa) erwünscht ist. Zu diesem Zweck wird die Verwaltung, sobald eine Gelegenheit sich dazu bietet, Schritte ergreifen.

8. Swakopmund.

Die Verwaltung verfolgt die Politik,

a) Swakopmund als ersten Seebadeort in Südwestafrika zu entwickeln,
b) aus ihm einen Schulmittelpunkt zu machen,
c) es durch Beschleunigung des Passagierverkehrs zwischen Swakopmund und Walfischbucht zum Wohnvorort von Walfischbucht zu machen.

9. Pensionen.

Die Verwaltung von Südwestafrika ist bereit, die Pensionen zu übernehmen, auf die Beamte des ehemaligen Deutschen Gouvernements, die noch in Südwestafrika wohnen, Anspruch haben, und zwar unter folgenden Bedingungen:

a) Die Verwaltung von Südwestafrika übernimmt diese Verpflichtung mit der Maßgabe, daß sie auf Zivilbeamte beschränkt wird, die zur Zeit in dem Mandatsgebiet wohnen und die am 9. Juli 1915 etatsmäßige Beamte oder Pensionäre des ehemaligen Deutschen Gouvernements waren.
b) Die Verpflichtung hört auf, falls die Pensionäre ihren dauernden Wohnsitz in Südwestafrika aufgeben, oder das Unionsbürgerrecht, sofern es den deutschen Staatsangehörigen durch ein allgemeines Gesetz automatisch verliehen wird, nicht annehmen.
c) Die Verwaltung von Südwestafrika kann die Pensionszahlungen gemäß den in der Union geltenden Vorschriften zeitweilig oder endgültig einstellen für solche Pensionäre, die sich im Dienste der Verwaltung befinden, und zwar solange und soweit sie Gehälter beziehen, die den von ihnen am 9. Juli 1915 bezogenen Gehältern gleichkommen oder sie übersteigen.

10. Arbeiter-Unfallentschädigungsgesetz.

Das Arbeiter-Unfallentschädigungsgesetz der Union wird demnächst auf das Mandatsgebiet ausgedehnt werden.

Digitized by Google

11. Militärdienst.

Die Deutschen in Südwestafrika und ihre Nachkommen werden während der nächsten 30 Jahre unter keinen Umständen zum Militärdienst gegen das Deutsche Reich verpflichtet werden.

London, den 23. Oktober 1923.

gez. *de Haas.*
gez. Dr. *Ruppel.*
gez. *J. C. Smuts.*

b.

Briefwechsel.

South African Delegation.

Trafalgar Square, London W. C. 2,
October 23rd, 1923.

Dear Mr. *de Haas.*

It is a great pleasure to me that I have been able to come to an agreement with the Government of the German Reich in regard to the future of German Nationals in the Mandated Territory of South West Africa, and I wish to express to you and Dr. *Ruppel* my appreciation of the friendly spirit in which the matter has been dealt with and disposed of. Ever since the conclusion of peace the Administration of South West Africa and these German Nationals have worked together for the common good, but the natural feelings of the latter have prevented them from doing anything which might be construed as disloyalty to their Fatherland. The German Government has now removed this difficulty, and I have no doubt that they will act on your advice and accept the new citizenship in a good and loyal spirit.

The Germans settled at various times in various parts of the Union form one of the most valuable portions of our South African people. And I feel sure that the Germans of South West Africa, whose successful and conscientious work in the Territory I highly appreciate, will materially help in building up an enduring European civilisation on the African Continent, which is the main task of the Union.

This successful issue of our discussion is another small tribute to the spirit of goodwill which has since the conclusion of peace actuated the Union Government in its relations with its former enemies, and I am glad to recognise that from your side this spirit has been fully reciprocated.

Believe me,
Yours faithfully,
(signed) *J. C. Smuts.*

Herrn Geheimrat *de Haas*, London.

London, den 23. Oktober 1923.

Sehr geehrter Herr Premierminister.

Ich beehre mich den Empfang Ihres Schreibens vom heutigen Tage zu bestätigen. Die freundlichen Gefühle, die Sie darin zum Ausdruck bringen, werden von Dr. *Ruppel* und mir voll erwidert. Insbesondere danke ich Ihnen für die Worte der Anerkennung, die Sie für die Deutschen in der Südafrikanischen Union und im ehemaligen deutschen Schutzgebiet Südwestafrika gefunden haben.

Namens der Deutschen Regierung erkenne ich meinerseits gern an, daß die von der Regierung der Südafrikanischen Union für das Mandatsgebiet Südwestafrika eingerichtete Verwaltung mit Erfolg bemüht gewesen ist, die Lage der dort lebenden Deutschen soweit als möglich zu erleichtern. Immerhin

Digitized by Google

verblieben einige offene Fragen, die ein vollkommenes Zusammenarbeiten erschwerten; diese Fragen sind nunmehr durch das heute gezeichnete Memorandum gelöst.

Die Deutsche Regierung erkennt an, daß die Zukunft von Südwestafrika gegenwärtig mit der Südafrikanischen Union verknüpft ist, und daß die Deutschen in diesem Gebiete klug handeln, wenn sie sich mit den Südafrikanern zusammenschließen. Sie ist deshalb bereit, ihren Einfluß bei diesen Deutschen geltend zu machen, um sie zur Annahme des Unionsbürgerrechts in Gemäßheit eines allgemeinen Naturalisationsgesetzes der Union zu bewegen und ihnen zu raten, von dem darin enthaltenen Ablehnungsrecht keinen Gebrauch zu machen.

Die Deutsche Regierung, und ich glaube sicher zu sein, auch das deutsche Volk allgemein, werden es mit besonderer Genugtuung begrüßen, daß eine volle Verständigung erreicht worden ist. Dies ist nur möglich gewesen dank dem liebenswürdigen und freundschaftlichen Entgegenkommen, das Dr. *Ruppel* und ich als Vertreter der Deutschen Regierung bei Ihnen gefunden haben.

Mit dem Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung bin ich

Ihr sehr ergebener
gez. *de Haas*.

An den Premierminister der Südafrikanischen Union,
Herrn General *J. C. Smuts*, P. C., London.

X.

Das Memelabkommen 8. 5. 1924 *).

Texte définitif de la Convention et disposition transitoire, signées à Paris, le 8 mai 1924.

L'Empire Britannique, la France, l'Italie et le Japon, signataires, avec les États-Unis d'Amérique, comme Principales Puissances alliées et associées, du Traité de Paix de Versailles du 28 juin 1919, d'une part;

Et la Lithuanie, d'autre part,

Désireux de donner effet à la décision des quatre premières Puissances susnommées, représentées à la Conférence des ambassadeurs, décision adoptée à Paris, le 16 février 1923, et acceptée par la Lithuanie, le 13 mars 1923,

Ont désigné à cette fin pour leurs plénipotentiaires, savoir:

Sa Majesté le Roi du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande et des territoires Britanniques au dela des mers, Empereur des Indes:

Le Très Honorable *Robert Offley Ashburton*, marquis de *Crewe*, ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de Sa Majesté Britannique à Paris;

Le Président de la République Française:

M. *Raymond Poincaré*, président du Conseil, ministre des Affaires étrangères;

Sa Majesté le roi d'Italie:

Le Baron *Camillo Romano Avezzana*, ambassadeur extraordinaire de Sa Majesté le roi d'Italie à Paris;

Sa Majesté l'Empereur du Japon:

---

*) Abgedruckt nach Société des Nations, Journal Officiel V. année No. 9, Septembre 1924, p. 1200 ff. — Herausgeber.

Digitized by Google

Le Vicomte *Ishii*, ambassadeur extraordinaire et plénipotentiaire de Sa Majesté l'empereur du Japon à Paris;

Le Président de la République de Lithuanie:

M. *Ernest Galvanauskas*, président du Conseil, ministre des Affaires étrangères;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs, reconnus en bonne et due forme, ont convenu des dispositions suivantes:

Article premier. L'Empire Britannique, la France, l'Italie et le Japon, signataires avec les Etats-Unis d'Amérique, comme Principales Puissances alliées et associées du Traité de Versailles, transfèrent à la Lithuanie, sous réserve des conditions stipulées dans la présente Convention, tous les droits et titres qu'ils tiennent de l'Allemagne, en vertu de l'Article 99 du Traité de Versailles, sur le territoire compris entre la mer Baltique, la frontière nord-est de la Prusse orientale (décrite à l'article 28 dudit Traité et telle qu'elle résulte notamment de la lettre adressée le 18 juillet 1921 par le président de la Conférence des ambassadeurs des Gouvernements alliés à Paris à l'ambassadeur d'Allemagne à Paris) et les anciennes frontières entre l'Allemagne et la Russie, ledit territoire étant désigné dans la présente Convention sous le nom de „Territoire de Memel".

Art. 2. Le Territoire de Memel constituera, sous la souveraineté de la Lithuanie, une unité jouissant de l'autonomie législative, judiciaire, administrative et financière dans les limites du Statut décrit à l'Annexe I.

Art. 3. La Lithuanie convient de mettre à exécution les engagements relatifs à l'administration du port de Memel, figurant à l'Annexe II, ainsi que les dispositions relatives aux transports en transit figurant à l'Annexe III.

Art. 4. Les frais d'occupation, d'administration et la moitié des frais de délimitation du Territoire seront remboursés par la République de Lithuanie aux Puissances qui en ont fait l'avance.

Le montant exact des frais imputables à la Lithuanie, ainsi que les modalités et les délais de payement, seront fixés par une commission composée d'un représentant désigné par les Puissances et d'un représentant désigné par la Lithuanie. Au cas où cette commission ne pourrait aboutir à un accord, elle s'adressera au président de la Commission économique et financière de la Société des Nations, qui désignera un arbitre.

Art. 5. Sous réserve des dispositions des Artt. 6 et 7, les biens situés dans le Territoire de Memel, qui, au 10 janvier 1920, appartenaient à l'Empire allemand ou à l'un des Etats allemands, tels qu'ils sont définis dans l'Art. 256, paragraphe 2, du Traité de Versailles du 28 juin 1919, sont transférés à la République de Lithuanie.

Ces biens seront, à l'exception des chemins de fer, des postes, télégraphes et téléphones, des bâtiments affectés aux douanes et des biens constituant le port et son équipement, rétrocédés par le Gouvernement lithuanien aux autorités du Territoire de Memel, toujours sous réserve des dispositions de l'Art. 7.

Un accord interviendra entre la Lithuanie et les autorités du Territoire de Memel, relativement à la rétrocession des biens prévus à l'alinéa précédent, sur la base des charges assumées par la Lithuanie, aux termes de l'Art. 6, en ce qui concerne lesdits biens.

Art. 6. La Lithuanie accepte de prendre, tant en ce qui la concerne qu'en ce qui concerne le Territoire de Memel, la charge des obligations qui résultent, pour les Puissances cessionnaires de territoires allemands, des Artt. 254 et 256 du Traité de Versailles du 28 juin 1919, et d'en assurer l'exécution dans les conditions qui seront déterminées par la Commission des Réparations, conformément aux stipulations de la Partie VIII dudit Traité de Versailles.

Digitized by Google

Art. 7. Pour assurer le payement de la valeur des biens qui lui sont transférés en vertu de l'Art. 5, le Gouvernement lithuanien, tant en ce qui le concerne qu'en ce qui concerne le Territoire de Memel, consent dès à présent une hypothèque de premier rang au profit de la Commission des Réparations sur les biens et propriétés visés à l'Art. 5.

Art. 8. Les anciens ressortissants allemands âgés de plus de 18 ans lors de la ratification de la présente Convention par la Lithuanie, effectivement domiciliés dans le Territoire de Memel à partir au moins du 10 janvier 1920, acquerront de plein droit la nationalité lithuanienne.

Pourront opter pour la nationalité lithuanienne, dans un délai de six mois à partir de la ratification de la présente Convention par la Lithuanie, et à la condition de perdre toute autre nationalité:

a) Toute personne âgée de plus de 18 ans lors de la ratification de la présente Convention par la Lithuanie, née dans ce Territoire et y ayant résidé pendant plus de dix ans;

b) Toute personne âgée de plus de 18 ans lors de la ratification de la présente Convention par la Lithuanie, à qui a été accordé un permis de séjour permanent par l'administration interalliée, sous réserve que cette personne aura été établie dans le Territoire à partir au moins du 1er janvier 1922.

Les personnes acquérant la nationalité lithuanienne en vertu du présent Article acquerront ipso facto la qualité de citoyen de Memel.

Art. 9. Les personnes visées à l'alinéa premier de l'Art. 8 pourront, dans le délai de dixhuit mois à partir de la ratification de la présente Convention par la Lithuanie, opter pour la nationalité allemande.

Toutefois, la durée de ce délai sera réduite à six mois pour les personnes qui n'étaient domiciliées dans le Territoire de Memel qu'en raison de leur qualité de fonctionnaires d'Etat et qui, par suite de leur domicile, auront acquis la nationalité lithuanienne.

Seront considérés comme fonctionnaires d'Etat, au sens de l'alinéa précédent, les fonctionnaires qui étaient considérés comme tels par la législation allemande et qui se trouveront relever directement soit du Gouvernement lithuanien, soit du Directoire du Territoire de Memel prévu dans l'Annexe I *(unmittelbare Staatsbeamte)*.

Les personnes ayant exercé le droit d'option ci-dessus devront, dans les deux ans qui suivent, transporter leur domicile en Allemagne.

Elles seront libres de conserver les biens immobiliers qu'elles possèdent dans le Territoire et pourront exporter leurs biens meubles de toute nature. Elles seront exemptes à cet égard de tous droits de sortie ou taxes.

Art. 10. Les femmes mariées suivront la condition de leurs maris et les enfants âgés de moins de 18 ans suivront la condition de leurs parents pour tout ce qui concerne l'application des dispositions des Artt. 8 et 9 ci-dessus.

Art. 11. La Déclaration relative à la protection des minorités, faite par le Gouvernement lithuanien devant le Conseil de la Société des Nations, lors de sa séance du 12 mai 1922, s'applique aux minorités dans le Territoire de Memel, à l'exception du paragraphe 4 de l'Art. 4 de ladite Déclaration qui n'est exclu qu'en raison des dispositions de l'Art. 27 de l'Annexe I.

La procédure adoptée par le Conseil de la Société des Nations pour les pétitions concernant la protection des minorités sera également applicable aux pétitions se référant à la protection des minorités dans le territoire de Memel.

Art. 12. Les personnes ou sociétés ressortissantes de Puissances étrangères auront les mêmes droits et jouiront, dans le Territoire de Memel, du même traitement que les citoyens ou sociétés dudit Territoire et de la Lithuanie en tout ce qui concerne l'usage du port avec toutes les facilités

Digitized by Google

qu'il peut offrir, ainsi que l'achat, la location ou l'usage de biens fonciers, pour les fins légitimes du commerce. Toutefois, la Lithuanie conservera le droit de réserver au pavillon national le cabotage et la pêche dans ses eaux territoriales.

Art. 13. Les personnes qui acquerront la qualité de citoyen de Memel, aux termes des Artt. 8 et 10, seront exemptées de service militaire jusqu'au 1er janvier 1930.

Art. 14. Aucun citoyen du Territoire de Memel ne pourra être inquiété ou molesté en raison de son attitude politique depuis le 28 juillet 1914 jusqu'à la ratification de la présente Convention par la Lithuanie.

Art. 15. Les droits de souveraineté sur le Territoire de Memel ou l'exercice de ces droits ne pourront être transférés sans le consentement des Hautes Parties contractantes.

Art. 16. Les Annexes I à III de la présente Convention seront considérés, à toutes fins utiles, comme partie intégrante de ladite Convention.

Art. 17. Les Hautes Parties contractantes déclarent que tout Membre du Conseil de la Société des Nations aura le droit de signaler à l'attention de ce Conseil toute infraction aux dispositions de la présente Convention.

En cas de divergence d'opinion sur des questions de droit ou de fait concernant ces dispositions, entre le Gouvernement lithuanien et l'une quelconque des Principales Puissances alliées, membres du Conseil de la Société des Nations, cette divergence sera considérée comme un différend ayant un caractère international selon les termes de l'Art. 14 du Pacte de la Société des Nations. Le Gouvernement lithuanien agrée que tout différend de ce genre sera, si l'autre partie le demande, déféré à la Cour permanente de Justice internationale. La décision de la Cour permanente sera sans appel et aura la force et la valeur d'une décision rendue en vertu de l'Art. 13 du Pacte.

Art. 18. La présente Convention, dont les textes français et anglais feront foi, devra être ratifiée et les ratifications seront déposées à Paris. Elle entrera en vigueur dès que les ratifications auront été déposées.

Elle devra être enregistrée par le Secrétariat de la Société des Nations aussitôt qu'elle aura été ratifiée par la Lithuanie.

En foi de quoi, les soussignés ont signé la présente Convention.

Fait à Paris le 8 mai 1924, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Française et dont les expéditions authentiques seront remises à chacune des Puissances signataires ainsi qu'au Secrétaire général de la Société des Nations.

(L. S.) *Crewe.*
(L. S.) *R. Poincaré.*
(L. S.) *Romano Avezzana.*
(L. S.) *K. Ishii.*
(L. S.) *Galvanauskas.*

Annexe I.

Statut du territoire de Memel.

Considérant qu'il y a lieu d'accorder l'autonomie au Territoire de Memel et de sauvegarder les droits traditionnels et la culture de ses habitants;

Rappelant la résolution adoptée à l'unanimité par l'Assemblée Constituante de Lithuanie le 11 novembre 1921;

Conformément à la décision de la Conférence des Ambassadeurs, en date du 16 février 1923, à laquelle le Gouvernement lithuanien a donné son adhésion le 13 mars 1923;

Digitized by Google

Et ayant, aux termes d'une Convention signée à Paris, le 8 mai 1924, par les Représentants de l'Empire Britannique, de la France, de l'Italie et du Japon, d'une part, et par le Représentant de la Lithuanie, d'autre part, convenu d'accorder au Territoire de Memel le Statut d'une unité autonome;

La République de Lithuanie arrête le Statut ci-dessous:

Article premier. Le Territoire de Memel constituera, sous la souveraineté de la Lithuanie, une unité organisée d'après des principes démocratiques, jouissant de l'autonomie législative, judiciaire, administrative et financière dans les limites prévues par le présent Statut.

Art. 2. Le Président de la République de Lithuanie nommera un gouverneur du Territoire de Memel.

Art. 3. L'élection des députés du Territoire de Memel à la Diète de Lithuanie se fera conformément à la loi électorale lithuanienne.

Art. 4. Les dispositions que le Pouvoir législatif lithuanien devra prendre pour l'exécution des traités et conventions internationaux seront applicables sur le Territoire de Memel en tant que lesdits traités et conventions ne seront pas contraires au présent Statut; toutefois, au cas où ils porteraient sur des matières qui, en vertu de l'Art. 5, sont de la compétence des pouvoirs locaux du Territoire de Memel, il appartiendra à ceux-ci de prendre les dispositions nécessaires à l'application desdits accords internationaux.

Art. 5. Sous réserve des dispositions du précédent article, les matières suivantes seront du ressort des pouvoirs locaux du Territoire de Memel:

1° Organisation et administration des communes et des cercles;

2° Exercice du culte;

3° Instruction publique;

4° Assistance et hygiène publiques, y compris la réglementation vétérinaire;

5° Prévoyance sociale et législation du travail;

6° Chemins de fer d'intérêt local, à l'exception de ceux appartenant à l'Etat lithuanien, routes, travaux publics d'intérêt local;

7° Réglementation du séjour des étrangers en conformité avec les lois lithuaniennes;

8° Police, sous réserve des dispositions des Artt. 20 et 21;

9° Législation civile (y compris les droits de propriété), législation criminelle, agraire, forestière et commerciale (y compris les poids et mesures), étant entendu, toutefois, que toutes opérations effectuées par les établissements de crédit et d'assurance et par les bourses seront soumises aux lois générales de la République, règlement régissant les organisations qui représentent officiellement les intérêts économiques du Territoire;

10° Acquisition du droit de cité, sous réserve des dispositions de l'Art. 8;

11° Organisation judiciaire, sous réserve des dispositions des Artt. 21 à 24;

12° Impôts directs et impôts indirects perçus sur le Territoire, à l'exclusion des droits de douane, des droits d'accise, des taxes de consommation et des monopoles sur l'alcool, le tabac et autres articles de luxe analogues;

13° Administration des biens du domaine public appartenant au Territoire de Memel;

14° Réglementation sur le Territoire de Memel du flottage des bois et de la navigation sur les fleuves, autres que le Niémen, et les canaux se trouvant sur le territoire de Memel, sous réserve d'un accord avec les autorités lithuaniennes dans le cas où ces voies d'eau sont flottables en dehors du Territoire de Memel;

15° Enregistrement des navires de commerce conformément aux lois lithuaniennes.

Digitized by Google

Les lois lithuaniennes pourront étendre à d'autres matières la compétence des autorités du Territoire de Memel.

Aucune des dispositions du présent Article n'empêche les organes législatifs de la République de Lithuanie et du Territoire de Memel de prendre des dispositions légales en vue d'unifier les lois et les règlements.

Art. 6. En l'absence de dispositions contraires du présent Statut, les autorités locales du Territoire de Memel exerceront les pouvoirs qui leur sont reconnus par le présent Statut en se conformant aux principes de la Constitution lithuanienne.

Art. 7. Les matières qui, d'après le présent Statut, ne sont pas du ressort des pouvoirs locaux du Territoire de Memel seront du ressort exclusif des organes compétents de la République de Lithuanie.

Art. 8. Seront, à l'origine, citoyens du Territoire de Memel les personnes qui acquerront cette qualité en vertu des Artt. 8 et 10 de la Convention mentionnée dans le préambule du présent Statut.

Sous réserve des dispositions de la loi lithuanienne concernant l'acquisition de la nationalité lithuanienne, une loi du Territoire de Memel définira les conditions auxquelles pourra être acquise à l'avenir la qualité de citoyen du Territoire de Memel.

Pour les ressortissants lithuaniens autres que les citoyens du Territoire de Memel, les conditions exigées pour l'acquisition de ladite qualité seront les mêmes que celles fixées en Lithuanie pour l'exercice de tous les droits publics et politiques.

Art. 9. Les citoyens du Territoire de Memel jouiront sur tout le territoire lithuanien de tous les droits civils reconnus aux autres ressortissants lithuaniens.

Les ressortissants lithuaniens qui ne sont pas citoyens du Territoire de Memel jouiront dans ce Territoire de tous les droits civils reconnus aux citoyens du Territoire de Memel.

Art. 10. Le pouvoir législatif, dans le Territoire de Memel, sera, dans les limites du présent Statut exercé par la Chambre des Représentants, élu au suffrage universel, égal, direct et secret.

Les lois votées par la Chambre seront obligatoirement promulguées par le gouverneur dans le délai d'un mois à dater du jour où la loi lui aura été soumise, à moins qu'il n'ait, dans ce délai, exercé le droit de veto prévu à l'Art. 16. Ledit délai sera réduit à quinze jours pour les lois dont la promulgation aura été déclarée urgente par un vote exprès de la Chambre.

Les lois seront contresignées par le président du Directoire prévu à l'article 17 ou son remplaçant.

Art. 11. Les membres de la Chambre des Représentants seront élus pour trois ans par les citoyens du Territoire de Memel, conformément à la loi électorale lithuanienne et à raison d'un député par 5.000 habitants ou par fraction dépassant 2.500 habitants.

Les citoyens du Territoire de Memel sont seuls éligibles.

Art. 12. La Chambre des Représentants se réunira quinze jours après l'élection de ses membres. Pendant les années suivantes de la législature, elle se réunira le quatrième lundi de janvier en session ordinaire. Les sessions ordinaires auront une durée d'au moins un mois.

La Chambre pourra, en outre, être convoquée en session extraordinaire par le gouverneur, d'accord avec le Directoire.

La clôture et l'ajournement des sessions extraordinaires seront prononcés par le Gouverneur d'accord avec le Directoire.

La Chambre devra être convoquée par le gouverneur, sur la demande d'un tiers au moins de ses membres.

Digitized by Google

La Chambre pourra être dissoute par le gouverneur, d'accord avec le Directoire. Les élections pour la nouvelle Chambre auront lieu dans un délai ne dépassant pas six semaines à dater de la dissolution.

Art. 13. La Chambre des Représentants établira elle-même son règlement intérieur. Elle élira son président et son bureau.

Art. 14. Le Conseil économique actuel du Territoire de Memel restera en fonctions jusqu'à ce que la Chambre des Représentants en décide autrement. Sous réserve de cette décision, le Conseil sera consulté sur tout projet de loi relatif à des questions fiscales ou économiques, avant le vote définitif de la Chambre des Représentants.

Art. 15. Aucun membre de la Chambre des Représentants ou du Conseil économique du Territoire de Memel ne pourra être l'objet de poursuites criminelles sous une forme quelconque, non plus qu'être inquiété sur une partie quelconque du territoire de la Lithuanie, comme conséquence d'actes auxquels il se serait livré ou d'opinions qu'il aurait exprimées dans l'exercice de ses fonctions comme membre des corps ci-dessus désignés. Aucun membre de la Chambre ne pourra, au cours d'une session, être arrêté ou poursuivi sans l'autorisation de la Chambre, sauf en cas de flagrant délit; les membres du Conseil économique jouiront d'une immunité analogue pendant les sessions du Conseil.

Art. 16. Le gouverneur, dans le délai fixé par l'Art. 10, aura le droit de veto sur les lois votées par la Chambre des Représentants du Territoire de Memel, si ces lois dépassent la compétence des autorités du Territoire, telle qu'elle est fixée par le présent Statut, ou si elles vont à l'encontre des dispositions de l'Art. 6 ou des obligations internationales de la Lithuanie.

Art. 17. Le Directoire exercera le pouvoir exécutif sur le Territoire de Memel. Il comprendra cinq membres au plus, y compris le président, et se composera de citoyens du Territoire.

Le président sera nommé par le gouverneur et restera en fonctions aussi longtemps qu'il possédera la confiance de la Chambre des Représentants. Le président nommera les autres membres du Directoire. Le Directoire devra jouir de la confiance de la Chambre des Représentants et devra démissionner, si la Chambre lui refuse sa confiance. Si, pour une raison quelconque, le gouverneur nomme un président du Directoire lorsque la Chambre des Représentants n'est pas en session, la Chambre devra être convoquée de façon à pouvoir se réunir dans un délai de quatre semaines après cette nomination, pour entendre la déclaration du Directoire et lui voter sa confiance.

Les membres du Directoire auront leur entrée aussi bien à la Chambre des Représentants qu'au Conseil économique. Ils devront être entendus par la Chambre et par le Conseil quand ils le demanderont.

Art. 18. Le droit d'initiative législative appartiendra également à la Chambre des Représentants et au Directoire.

Art. 19. Les élections aux Assemblées des communes et des cercles se feront conformément aux lois du Territoire de Memel.

Les lois électorales devront s'inspirer des principes démocratiques.

Art. 20. Le maintien de l'ordre public sur le Territoire de Memel sera assuré par une police locale relevant des autorités du Territoire; celle-ci pourront, en cas de nécessité, faire appel au Gouvernement lithuanien.

Les forces de police nécessaires pour la protection du port seront détachées par les soins des autorités de Memel et mises à la disposition des autorités lithuaniennes.

La police des frontières, des douanes et celle des chemins de fer seront fournies par la République de Lithuanie, dont elles relèveront directement.

Digitized by Google

Art. 21. Les jugements respectivement rendus par les tribunaux du Territoire de Memel et par les autres tribunaux lithuaniens seront exécutoires sur tout le territoire de la Lithuanie, y compris le Territoire de Memel.

Il en sera de même des mandats d'arrêt respectivement délivrés par les autorités du Territoire de Memel et par celles des autres parties de la Lithuanie.

Art. 22. L'organisation et la compétence des tribunaux du Territoire de Memel seront fixées par une loi du Territoire, sous réserve des dispositions de l'Article 24. L'organisation judiciaire actuelle restera en vigueur jusqu'à la promulgation de ladite loi.

Art. 23. Les juges des tribunaux du Territoire de Memel seront nommés par le Directoire; ils seront inamovibles et ne pourront être destitués que sur avis conforme de telle section du Tribunal suprême de Lithuanie qui aura compétence pour les affaires du Territoire de Memel et qui statuera en pareil cas comme Conseil supérieur de discipline de la magistrature.

Art. 24. La juridiction du Tribunal suprême de Lithuanie s'étendra sur tout le territoire de la République, y compris le Territoire de Memel.

Ce Tribunal comprendra une section spéciale pour les affaires du Territoire de Memel; cette section sera composée, en majeure partie, de juges appartenant à la magistrature du Territoire de Memel et elle pourra tenir ses sessions dans la ville de Memel.

Art. 25. Le programme de l'enseignement des écoles publiques du Territoire de Memel ne devra pas être inférieur au programme en vigueur dans les écoles correspondantes des autres parties du territoire lithuanien.

Art. 26. Les autorités du Territoire de Memel exécuteront et feront exécuter dans le Territoire les stipulations contenues dans la Déclaration concernant la protection des minorités, faite par le Gouvernement lithuanien devant le Conseil de la Société des Nations, dans sa séance du 12 mai 1922, à l'exclusion du paragraphe 4 de l'Article 4 de ladite Déclaration.

Art. 27. La langue lithuanienne et la langue allemande seront reconnues au même titre comme langues officielles dans le Territoire de Memel.

Art. 28. En ce qui concerne les fonctionnaires et employés des services publics fonctionnant sur le Territoire de Memel, mais relevant du Gouvernement lithuanien, ce Gouvernement reconnaîtra les droits acquis de ces fonctionnaires et employés et conservera ceux d'entre eux jouissant de la qualité de citoyens du Territoire de Memel qui se trouvaient en service au 1er janvier 1924.

Les fonctionnaires et employés, citoyens du Territoire de Memel, au service de l'Administration lithuanienne, seront soumis aux mêmes règles et jouiront des mêmes avantages que les fonctionnaires et employés des autres parties de la Lithuanie.

Art. 29. Les droits acquis de tous les fonctionnaires et employés en service dans le Territoire de Memel au 1er janvier 1923 seront reconnus par les autorités dudit Territoire.

A l'avenir, les fonctionnaires et employés au service du Territoire seront recrutés dans toute la mesure du possible parmi les citoyens du Territoire.

Art. 30. Les stipulations des Articles 28 et 29 ne pourront pas être invoquées par les fonctionnaires qui auraient usé de la faculté d'opter pour la nationalité allemande.

Art. 31. Jusqu'au 1er janvier 1930, les autorités chargées de l'instruction publique dans le Territoire de Memel pourront engager un personnel enseignant de nationalité étrangère dans la mesure qui leur semblera nécessaire pour maintenir le niveau de l'instruction dans le Territoire.

Le Directoire n'aura cependant pas le droit de maintenir dans le Territoire, en vertu de la disposition ci-dessus, les personnes à l'égard desquelles

Digitized by Google

le gouverneur aura fourni la preuve qu'elles se livrent à une agitation politique contraire aux intérêts de la Lithuanie.

A l'expiration du délai précité, des instituteurs étrangers pourront être engagés par les autorités du Territoire avec le consentement du Gouvernement lithuanien.

Art. 32. La propriété privée sera respectée; il n'y aura pas d'expropriation, si ce n'est pour cause d'utilité publique moyennant une juste et préalable indemnité, conformément aux lois et sans qu'il soit porté atteinte aux dispositions du présent Statut.

Le droit de propriété sera rconnu en principe aux sociétés et aux associations, y compris les organisations religieuses et charitables.

Art. 33. La liberté de réunion et d'association, la liberté de conscience et la liberté de la presse seront garanties à tous les habitants du Territoire de Memel, sans distinction de nationalité, de langue, de race ou de religion, sous réserve de l'observation des lois et règlements nécessaires au maintien de l'ordre public et à la sûreté de l'Etat.

Il en sera de même de la liberté d'enseignement et du droit d'ouvrir des écoles.

Art. 34. Les passeports seront délivrés aex citoyens du territoire de Memel par le Directoire du Territoire, au nom de la République de Lithuanie et conformément aux régles établies par le Gouvernement lithuanien.

Les passeports mentionneront la nationalité lithuanienne du porteur aussi bien que son caractère de citoyen du Territoire de Memel.

Art. 35. Dans le délai d'un mois, à partir de la mise en vigueur du présent Statut, de négociations auront lieu entre le Gouvernement lithuanien et les pouvoirs locaux du Territoire de Memel, à l'effet de fixer le pourcentage du produit net des droits de douane, des droits d'accise et des taxes de consommation, y compris le produit des monopoles visés au paragraphe 12 de l'Art. 5, qui devra être attribué au Territoire de Memel. Ce pourcentage sera déterminé eu égard: 1^0 à la valeur moyenne des importations et des exportations par tête d'habitant respectivement dans le Territoire de Memel et dans les autres parties de la Lithuanie pendant les années 1921 et 1922, en tenant compte des circonstances spéciales qui peuvent avoir influé sur les entrées et les sorties au cours de ces années; 2^0 aux recettes et aux dépenses supplémentaires qu'entraîne pour l'Etat lithuanien le transfert de la souveraineté du Territoire de Memel à la Lithuanie.

Le pourcentage ainsi déterminé pourra être revisé de temps en temps par le Gouvernement lithuanien, d'accord avec les pouvoirs locaux du Territoire de Memel.

Art. 36. Sur le Territoire de Memel, les tarifs appliqués sur les chemins de fer ou sur les bateaux aux voyageurs et aux marchandises, ainsi que les taxes postales, télégraphiques et téléphoniques, ne devront pas être plus élevés que les tarifs appliqués et les taxes perçues pour les mêmes motifs dans les autres parties du territoire de la Lithuanie.

Sur les chemins de fer lithuaniens, les tarifs appliqués aux voyageurs et aux marchandises en provenance ou à destination du Territoire de Memel ne seront en aucun cas supérieurs à ceux appliqués aux voyageurs et aux marchandises pour tout autre parcours de même longueur sur le reste du réseau lithuanien.

Art. 37. Les premières élections pour la formation de la Chambre des Représentants auront lieu dans un délai de six semaines à dater de la mise en vigueur du présent Statut. La Chambre se réunira quinze jours après les élections.

Ne peuvent prendre part à ces élections que les habitants du Territoire de Memel âgés de plus de 21 ans:

Digitized by Google

1° et qui, ayant acquis la nationalité lithuanienne dans les conditions prévues par l'Art. 8, alinéa 1, de la Convention visée au préambule du présent Statut, n'auront pas opté avant la date des élections pour la nationalité allemande;

2° ou qui auront, quinze jours au moins avant les élections, opté pour la nationalité lithuanienne dans les conditions prévues à l'Art. 8, a) et b), de ladite Convention.

Art. 38. Les dispositions du présent Statut pourront être modifiées trois ans après la date de la ratification par la Lithuanie de la Convention dont ledit Statut fait partie. La procédure de revision sera la suivante:

La Chambre des Représentants du Territoire de Memel adopte le projet portant modification du Statut à la majorité des trois cinquièmes des voix de tous les Représentants.

La modification adoptée par la Chambre est soumise à l'approbation des citoyens du Territoire de Memel par voie de vote populaire (referendum), si un quart au moins de tous les Représentants ou cinq mille citoyens jouissant du droit de vote pour les élections à la Chambre des Représentants l'exigent dans les trois mois à compter de l'adoption par la Chambre de cette modification.

Si la modification est approuvée par deux tiers des citoyens ayant pris part au referendum, elle sera soumise sans délai à l'approbation de l'Assemblée législative de Lithuanie; elle n'entrera en vigueur que si elle a été approuvée par ladite Assemblée dans le délai d'un an à compter de la date du dépôt du projet de loi.

Annexe II.

Port de Memel.

Article premier. Le Gouvernement lithuanien se conformera, en ce qui concerne l'ensemble du territoire lithuanien, y compris le Territoire de Memel, aux dispositions des Artt. 331 à 345 du Traité de Versailles du 28 juin 1919, relatives au Niémen.

Art. 2. Le port de Memel sera considéré comme port d'intérêt international. Les recommandations adoptées par la Conférence de Barcelone concernant les ports soumis au régime international y seront appliquées, sauf dispositions contraires ici prévues.

Art. 3. Le port de Memel comprendra les deux rives de la section du Niémen comprises dans le „Kurisches Haff" à partir de la mer et pourra s'étendre, selon le développement et les besoins du port, jusqu'à la ligne traversant le „Haff", laquelle constitue la frontière entre la Lithuanie et l'Allemagne.

Art. 4. L'entretien et le développement du port de Memel et des voies d'eau du domaine public seront à la charge du Gouvernement lithuanien. Le Gouvernement lithuanien aura la faculté d'examiner, de temps à autre, avec les autorités du Territoire de Memel, quelle contribution à ces dépenses le Territoire pourra fournir.

Art. 5. Il sera institué une Direction du port composée de trois membres nommés pour trois ans et dont les mandats pourront être renouvelés, savoir:

1° un membre nommé par le Gouvernement lithuanien, représentant les intérêts économiques de la Lithuanie;

2° un membre, représentant les intérêts économiques du Territoire de Memel, nommé par le Directeur dudit Territoire;

3° un membre nommé par le président de la Commission consultative et technique des communications et du transit de la Société des Nations. Ce dernier ne devra pas être un ressortissant d'un Etat riverain du Niémen.

Digitized by Google

Il devra porter son attention particulière sur les intérêts économiques internationaux desservis par le port et, tout spécialement, sur ceux des régions dont Memel est le débouché naturel.

Art. 6. La République de Lithuanie chargera la Direction du port, établie aux termes de l'Art. 5 ci-dessus, de l'administration, de l'exploitation, de l'entretien et du développement du port de Memel.

La Direction du Port veillera spécialement à l'exécution des clauses de la présente Convention, relatives au trafic et au transit et à leur développement.

Art. 7. La Direction du port établira chaque année son budget et le soumettra à l'approbation du Gouvernement lithuanien.

Elle présentera également chaque année un rapport au Gouvernement lithuanien. Copie de ce rapport sera adressée au Directoire et à la Commission consultative et technique des communications et du transit de la Société des Nations.

Art. 8. Toutes les décisions de la Direction du port seront prises à la majorité des voix.

La Direction du port fera son propre règlement, qui devra comprendre des dispositions assurant la désignation par chaque membre d'une personne chargée de le suppléer en cas d'absence.

Elle élira un président parmi ses membres.

Art. 9. Le traitement des trois membres de la Direction du port incombera au budget annuel du port.

Le traitement des deux premiers membres visés à l'Art. 5 ci-dessus sera fixé d'accord entre le Gouvernement lithuanien et le Directoire du Territoire de Memel; celui du troisième membre sera fixé, dans des limites équitables, par le président de la Commission consultative et technique des communications et du transit de la Société des Nations, après consultation du Gouvernement lithuanien.

Art. 10. La Direction du port entrera en fonctions dans les deux mois à compter de la date de la ratification par la Lithuanie de la Convention dont la présente Annexe fait partie.

Art. 11. Aucun membre de la Direction du port ne pourra être inquiété ou molesté en raison des actes accomplis par lui dans l'exercice de ses fonctions.

Le membre nommé par le président de la Commission consultative et technique des communications et du transit de la Société des Nations jouira personnellement des immunités diplomatiques, y compris l'exemption des impôts d'Etat et des impôts locaux.

Les archives de la Direction du port seront inviolables.

Art. 12. La Direction du port désignera le capitaine et le personnel du port.

Art. 13. La Direction du port maintiendra la zone franche actuellement existante et pourvoira aux emplacements additionnels que pourra exiger le trafic en transit, soit en donnant une plus grande extension à la zone actuelle, soit en en créant une nouvelle. Dans ce dernier cas, la zone actuelle pourra être supprimée si la nouvelle zone franche offre toutes les facilités pour les diverses opérations concernant ce trafic.

Art. 14. La composition ou les pouvoirs de la Direction du port, ainsi que le régime du port de Memel tel qu'il résulte des dispositions ci-dessus, pourront être modifiés cinq ans après la ratification par la Lithuanie de la Convention dont fait partie la présente Annexe. A cet effet, le Gouvernement lithuanien, après avoir consulté le Directoire et la Direction du port, soumettra un projet revisé selon l'expérience acquise et les circonstances du moment — projet qui devra être approuvé par la majorité du Conseil de la

Digitized by Google

Société des Nations, cette majorité comprenant les représentants des quatre Puissances parties, avec la Lithuanie, à ladite Convention. Ces modifications entreront en vigueur dès qu'elles auront été ainsi approuvées.

Annexe III.

Transit.

Article premier. Le Gouvernement lithuanien s'engage à examiner l'opportunité d'abolir, avant le 1er mai 1925, tous droits sur l'importation et l'exportation du bois et tous droits d'exportation sur les articles dans la composition desquels le bois, comme matière première, entre au moins pour 75 % de la valeur. Au cas où ces droits ne seraient pas abrogés à la date précitée, ou au cas où ils seraient établis ultérieurement, le Gouvernement lithuanien s'engage à créer dans le port de Memel, sous l'autorité de la Direction du port, une zone franche spécialement appropriée à l'emmagasinage, la manutention et le façon du bois, d'origine non lithuanienne, afin d'éviter à toutes ces opérations les charges financières, ces retards ou les inconvénients qui pourraient résulter de l'imposition des droits.

Art. 2. Si des droits d'importation sont appliqués au bois, un système efficace de dépôts réservés au transit mixte, au moins aussi avantageux pour les usagers que celui qui existait sous le régime allemand, sera établi et subsistera aussi longtemps que lesdits droits resteront en vigueur. Les scieries mécaniques et autres établissements de traitement du bois, ainsi que les dépôts où le bois est emmagasiné, seront considérés comme dépôts de transit.

Les pourcentages habituels de matières brutes introduites dans ces dépôts seront déduits dans le calcul du montant des droits d'importation à restituer.

Art. 3. Le Gouvernement lithuanien assurera la liberté du passage par mer, par eau et par voies ferrées des transports en provenance ou à destination du Territoire de Memel ou transitant par ce Territoire, en se conformant à cet égard aux règles posées par le Statut et par la Convention sur la liberté du transit adoptés par la Conférence de Barcelone les 14 et 20 avril 1921, et notamment aux dispositions de l'Art. 13 dudit Statut, qui organisent la procédure sommaire en cas d'interruption du transit.

La même liberté de passage sera assurée aux envois postaux, ainsi qu'aux communications postales et télégraphiques.

Le Gouvernement lithuanien, reconnaissant le caractère international du Niémen et du trafic qui s'effectue sur ce fleuve, ainsi que les avantages économiques d'ordre général qui doivent résulter de l'exploitation des forêts dans les régions, lithuaniennes et autres, du bassin du Niémen dont Memel est le débouché naturel, s'engage dès maintenant à permettre et à accorder toutes facilités pour le trafic sur le fleuve, à destination ou en provenance du port de Memel, ou dans ce port même et à ne pas faire application à l'égard de ce trafic, en raison des relations politiques existant actuellement entre la Lithuanie et la Pologne, des dispositions des Artt. 7 et 8 du Statut de Barcelone sur la liberté de transit et de l'Art. 13 des Recommandations de Barcelone relatives aux ports soumis au régime international.

Art. 4. Les dispositions de la présente Annexe pourront être modifiées sur la proposition que le Gouvernement lithuanien pourra faire en s'inspirant de l'expérience acquise et des circonstances du moment. Cette proposition devra être approuvée par la majorité du Conseil de la Société des Nations, cette majorité comprenant les représentants des quatres Puissances parties, avec la Lithuanie, à la Convention dont la présente Annexe fait partie. Ces modifications entreront en vigueur dès qu'elles auront été ainsi approuvées.

Digitized by Google

Disposition transitoire.

La Lithuanie s'engage, immédiatement après avoir ratifié la Convention conclue ce jour avec l'Empire Britannique, la France, l'Italie et le Japon, et en attendant la ratification de celle-ci par les autres Parties contractantes, à commencer sans délai et à continuer à donner effet à toutes les dispositions de ladite Convention et de ses Annexes.

L'Empire Britannique, la France, l'Italie et le Japon se déclarent prêts à reconnaître, après ratification par la Lithuanie de ladite Convention, le caractère légal des actes de souveraineté accomplis par le Gouvernement lithuanien dans le Territoire de Memel et nécessaires pour donner effet aux engagements assumés aux termes de ladite Convention et pour maintenir l'ordre public.

En foi de quoi, les soussignés ont signé la présente Disposition transitoire.

Fait à Paris le 8 mai 1924 en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Gouvernement de la République Française et dont les expéditions authentiques seront remises à chacune des Puissances signataires ainsi qu'au Secrétaire général de la Société des Nations.

Crewe.
R. Poincaré.
Romano Avezzana.
K. Ishii.
Galvanauskas.

XI.

Die Konventionen der zweiten Generalkonferenz für Verkehr und Transit, Genf, 15. November bis 8. Dezember 1923 *).

A.

Konvention und Statut über das internationale Eisenbahnregime 9. 12. 1923.

1. Convention.

(La Convention devant rester ouverte jusqu'au 31 octobre 1924, les noms des Parties et de leurs représentants seront inscrits suivant l'ordre alphabétique.)

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Désireux d'assurer la garantie et le maintien de la liberté des communications et du transit, ainsi que de faciliter à cette fin le développement de la coopération internationale dans l'organisation et l'exécution des transports par voie ferrée;

Désireux également d'assurer l'application au régime des transports internationaux par voie ferrée du principe de l'équitable traitement du commerce;

Considérant que la meilleure manière d'aboutir à un résultat en cette matière est par le moyen d'une convention générale à laquelle le plus grand nombre possible d'Etats pourront adhérer ultérieurement;

Réconnaissant que l'entente internationale en matière de transport par voie ferrée a déjà fait l'objet de nombreuses conventions particulières

*) Der französische und englische Text des Abkommens ist abgedruckt aus Société des Nations, Journal officiel, V^e Année, N^o 1 (Deuxième Partie) 1924, p. 239 ss. Herausgeber.

Digitized by Google

entre Etats et entre administrations de chemins de fer et que c'est précisément par le moyen de telles conventions particulières que peuvent être poursuivis le plus efficacement, dans le détail de l'application des principes posés par une convention générale, les progrès de l'entente internationale en ce domaine;

Mais, estimant que, sans gêner le libre jeu de ces conventions particulières ni les rapports directs et efforts d'entente des administrations de chemins de fer, et sans porter atteinte aux droits de souveraineté ou d'autorité des Etats, c'est, au contraire, par l'élaboration d'une réglementation sommaire et systématique des obligations internationales reconnues en matière de transports internationaux par chemin de fer que pourra être donnée aux principes déjà acquis entre certains Etats ou entre certaines administrations la plus grande extension possible et que pourra être facilitée le plus largement, dans l'avenir, la conclusion de nouvelles conventions particulières, selon les besoins des développements du trafic international;

Considérant que la Conférence réunie à Barcelone, le 10 mars 1921*), sur l'invitation de la Société des Nations, a émis le vœu qu'une convention générale sur le régime international des voies ferrées soit conclue dans un délai de deux ans, que la Conférence réunie à Gênes le 10 avril 1922 a demandé, en une résolution transmise aux organes compétents de la Société des Nations avec l'approbation du Conseil et de l'Assemblée de la Société, que soient conclues et mises en vigueur le plus tôt possible les conventions internationales relatives au régime des communications prévues dans les traités de paix et que l'article 379 du Traité de Versailles et les articles correspondants des autres traités ont prévu l'élaboration d'une convention générale sur le régime international des voies ferrées;

Ayant accepté l'invitation de la Société des Nations de participer à une conférence, réunie à Genève le 15 novembre 1923;

Soucieuses de mettre en vigueur les dispositions du Statut applicable au régime international des voies ferrées, qui y a été adopté, et de conclure une convention générale à cet effet:

Les Hautes Parties contractantes ont nommé pour leurs plénipotentaires:

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

lesquels, après avoir communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Article premier. Les Etats contractants déclarent accepter le Statut ci-annexé relatif au régime international des voies ferrées adopté par la deuxième Conférence générale des communications et du transit, qui s'est réunie à Genève le 15 novembre 1923.

Ce Statut sera considéré comme faisant partie intégrante de la présente Convention. En conséquence, ils déclarent accepter les obligations et engagements dudit Statut, conformément aux termes et suivant les conditions qui y figurent.

Art. 2. La présente Convention ne porte en rien atteinte aux droits et obligations qui résultent des dispositions du Traité de Paix signé à Versailles le 28 juin 1919, ou des dispositions des autres traités analogues, en ce qui concerne les Puissances signataires ou bénéficiaires de ces traités.

Art. 3. La présente Convention, dont les textes français et anglais feront également foi, portera la date de ce jour et sera, jusqu'au 31 octobre 1924, ouverte à la signature de tout Etat représenté à la Conférence de Genève, de tout Membre de la Société des Nations et de tout Etat à qui le Conseil de la Société des Nations aura, à cet effet, communiqué un exemplaire de la présente Convention.

*) Die Abkommen dieser Konferenz sind anschließend unter Nr. XII der Dokumente abgedruckt. Herausgeber.

Digitized by Google

Art. 4. La présente Convention est sujette à ratification. Les instruments de ratification seront transmis au Secrétaire général de la Société des Nations, qui en notifiera le dépôt à tous Etats signataires ou adhérents.

Art. 5. A partir du premier novembre 1924, tout Etat représenté à la Conférence visée à l'article premier, tout Membre de la Société des Nations et tout Etat auquel le Conseil de la Société des Nations aura, à cet effet, communiqué un exemplaire pourra adhérer à la présente Convention.

Cette adhésion s'effectuera au moyen d'un instrument communiqué au Secrétaire général de la Société des Nations, aux fins de dépôt dans les archives du Secrétariat. Le Secrétaire général notifiera ce dépôt immédiatement à tous Etats signataires ou adhérents.

Art. 6. La présente Convention n'entrera en vigueur qu'après avoir été ratifiée au nom de cinq Etats. La date de son entrée en vigueur sera le quatre-vingt-dixième jour après la réception par le Secrétaire général de la Société des Nations de la cinquième ratification. Ultérieurement, la présente Convention prendra effet, en ce qui concerne chacune des Parties, quatre-vingt-dix jours après la réception de la ratification ou de la notification de l'adhésion.

Conformément aux dispositions de l'article 18 du Pacte de la Société des Nations, le Secrétaire général enregistrera la présente Convention le jour de l'entrée en vigueur de cette dernière.

Art. 7. Un recueil spécial sera tenu par le Secrétaire général de la Société des Nations, indiquant, compte tenu de l'article 9, quelles Parties ont signé ou ratifié la présente Convention, y ont adhéré ou l'ont dénoncée. Ce recueil sera constamment ouvert aux Membres de la Société et publication en sera faite aussi souvent que possible, suivant les indications du Conseil.

Art. 8. Sous réserve des dispositions de l'article 2 de la présente Convention, celle-ci peut être dénoncée par l'une quelconque des Parties, après l'expiration d'un délai de cinq ans, à partir de la date de son entrée en vigueur pour ladite Partie. La dénonciation sera faite sous forme de notification écrite, adressée au Secrétaire général de la Société des Nations. Copie de cette notification informant toutes les autres Parties de la date à laquelle elle a été reçue leur sera immédiatement transmise par le Secrétaire général.

La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle elle aura été reçue par le Secrétaire général et ne sera opérante qu'en ce qui concerne l'Etat qui l'aura notifiée.

Art. 9. Tout Etat signataire de la présente Convention ou y adhérant peut déclarer, soit au moment de sa signature, soit au moment de sa ratification ou de son adhésion, que son acceptation de la présente Convention n'engage pas, soit l'ensemble, soit tel de ses protectorats, colonies, possessions ou territoires d'outre-mer soumis à sa souveraineté ou à son autorité, et peut, ultérieurement et conformément à l'article 5, adhérer séparément au nom de l'un quelconque de ces protectorats, colonies, possessions ou territoires d'outre-mer exclus par cette déclaration.

La dénonciation pourra également s'effectuer séparément pour tout protectorat, colonie, possession ou territoire d'outre-mer; les dispositions de l'article 8 s'appliqueront à cette dénonciation.

Art. 10. A l'expiration de chaque époque de cinq ans après la mise en vigueur de la présente Convention, la revision de la présente Convention pourra être demandée par cinq Etats contractants. A toutes autres époques, la revision de la présente Convention pourra être demandée par un tiers des Etats contractants.

En foi de quoi, les plénipotentiaires susnommés ont signé la présente Convention.

Digitized by Google

Fait à Genève, le neuf décembre mil neuf cent vingt-trois, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Secrétariat de la Société des Nations.

(Unterzeichnet von den Vertretern folgender Länder: Deutschland, Oesterreich, Belgien, Brasilien, Großbritannien, Chile, Dänemark, Danzig, Spanien, Estland, Finnland, Griechenland, Ungarn, Italien, Japan, Litauen, Niederlande, Polen, Rumänien, Salvador, Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat, Uruguay.)

2. Statut.

Première partie.

Échanges internationaux par chemin de fer.

Chapitre premier. — Liaison des lignes internationales.

Article premier. En vue d'établir entre leurs réseaux les communications appropriées aux besoins du trafic international, les Etats contractants s'engagent:

Dans les cas où les dits réseaux se trouvent déjà en contact, à réaliser la continuité du service entre les lignes existantes chaque fois que les besoins du trafic international l'imposeront;

Dans les cas où, pour satisfaire aux besoins du dit trafic, les liaisons existantes ne suffiraient pas, à se communiquer sans délai et à examiner amiablement entre eux leurs projets de renforcement de lignes existantes ou de constructions de lignes nouvelles, dont la jonction avec les réseaux d'un ou de plusieurs Etats contractants, ou la prolongation sur le territoire d'un ou de plusieurs Etats contractants, répondraient à ces besoins.

Les dispositions qui précèdent n'entraînent aucune obligation en ce qui concerne les lignes créées dans un intérêt régional ou de défense nationale.

Art. 2. Vu l'intérêt que présente, en général, pour les usagers du chemin de fer et en particulier pour les voyageurs, la réunion au même point des diverses opérations à la sortie et à l'entrée, les Etats qui estimeraient ne pas en être empêchés par des considérations d'un autre ordre s'efforceront de réaliser cette réunion, soit par l'établissement de gares-frontière communes, ou tout au moins de gares communes pour chaque direction, soit par tous autres moyens appropriés.

L'Etat sur le territoire duquel se trouvera la gare-frontière commune donnera à l'autre Etat toutes facilités pour l'établissement et le fonctionnement des bureaux nécessaires aux services indispensables à l'exécution du trafic international.

Art. 3. L'Etat sur le territoire duquel les lignes de raccordement ou les gares-frontière sont situées accordera, sans qu'il soit de ce fait porté atteinte à ses droits de souveraineté ou d'autorité qui restent entiers, appui et assistance dans l'exercice de leurs fonctions aux fonctionnaires d'Etat ou aux employés de chemins de fer de l'autre Etat, en vue de faciliter le trafic international.

Chapitre II. — Mesures a prendre en vue de l'exécution du trafic international.

Art. 4. Les Etats contractants, reconnaissant la nécessité de laisser à l'exploitation des chemins de fer l'élasticité indispensable pour lui permettre de répondre aux besoins complexes du trafic, entendent maintenir intacte la liberté de cette exploitation, tout en veillant à ce que cette liberté s'exerce sans abus à l'égard du trafic international.

Ils s'engagent à donner au trafic international des facilités raisonnables et s'interdisent toute discrimination qui aurait un caractère de malveillance à l'égard des autres Etats contractants, de leurs nationaux ou de leurs navires.

Digitized by Google

Le bénéfice des dispositions du présent article n'est pas limité aux transports régis par un contrat unique; il s'étend également aux transports visés aux articles 21 et 22 du présent statut, sous les conditions spécifiées aux dits articles.

Art. 5. En ce qui concerne les facilités à assurer au trafic international des voyageurs et des bagages, les services seront organisés suivant les horaires d'autant plus favorables et dans les conditions de rapidité et de confort d'autant meilleures que ces services correspondront à des courants de transport plus importants.

Les Etats encourageront la mise en marche de trains directs ou, à défaut, la mise en service de voitures directes pour les grandes relations de trafic international, ainsi que toutes mesures ayant pour effet de rendre sur les dites relations les voyages particulièrement rapides et confortables.

Art. 6. En ce qui concerne les facilités à assurer au trafic international des marchandises, les services seront organisés de manière à réaliser des conditions de rapidité et de régularité d'autant plus satisfaisantes qu'ils correspondront à des courants de transport plus importants.

Les Etats encourageront les mesures techniques de toute nature ayant pour effet, sur les relations auxquelles correspondent des courants de trafic international d'une importance exceptionnelle, d'assurer des services d'une efficacité également exceptionnelle.

Art. 7. Au cas où le trafic international se trouverait temporairement suspendu ou limité sur un itinéraire déterminé, les administrations exploitantes, autant qu'il leur appartient d'y remédier, s'efforceront de rétablir au plus tôt un service normal et jusque là d'acheminer le trafic par un autre itinéraire avec le concours, en cas de besoin, des administrations d'autres Etats qui seraient en mesure d'apporter le secours de leurs lignes.

Art. 8. Les Etats contractants règlent les formalités de douane et de police de manière que le trafic international soit aussi peu entravé et retardé que possible. Les mêmes obligations s'appliquent aux formalités relatives aux passeports pour autant qu'il en est exigé.

Les Etats contractants encourageront tout spécialement les mesures ayant pour effet de réduire les opérations à effectuer dans les gares-frontière, en particulier les accords relatifs à la fermeture des wagons passant en douane et à la mise des colis sous scellés douaniers, ainsi que toutes organisations permettant de reporter l'accomplissement des formalités douanières à l'intérieur du pays.

Deuxième partie.

Emploi réciproque du matériel roulant et unité technique.

Art. 9. Les Etats contractants, dans toute la mesure raisonnablement permise par les circonstances, inciteront les administrations de chemins de fer placées sous leur souveraineté ou autorité, et dont les lignes forment un réseau continu de voies du même écartement, à conclure entre elles des conventions prévoyant toutes mesures de nature à permettre et faciliter l'échange et l'utilisation réciproque du matériel roulant.

Ces conventions pourront également prévoir une assistance par la fourniture de wagons vides, lorsque cette assistance et nécessaire pour répondre aux besoins du trafic international.

Ne sont pas comprises parmi les mesures faisant l'objet des conventions visées ci-dessus celles qui entraîneraient des modifications aux caractéristiques essentielles d'un réseau de chemin de fer ou d'un matériel roulant.

Toutefois, dans les cas où de telles modifications apparaîtraient spécialement désirables en raison de l'intensité du trafic et du peu d'importance relative de l'effort d'adaptation, les Etats contractants intéressés conviennent

Digitized by Google

de se communiquer sans délai toutes propositions ayant ces modifications pour objet et d'en entreprendre amiablement l'examen.

Art. 10. En vue de faciliter l'emploi réciproque du matériel roulant, les Etats contractants faciliteront l'établissement de conventions visant l'unité technique des chemins de fer, notamment en ce qui concerne la construction et les conditions d'entretien du matériel roulant, ainsi que le chargement des wagons, dans toute la mesure utile pour la bonne exécution du trafic international.

En vue de donner au trafic international toutes les facilités et la sécurité désirables, ces conventions pourront, notamment en ce qui concerne les groupes de territoires contigus. viser l'unification des conditions de construction et des installations techniques des chemins de fer.

Art. 11. Des conventions spéciales pourront prévoir une assistance en matériel de traction et, dans les cas où le justifierait le trafic international intéressé, une assistance en combustible ou en énergie électrique.

Art. 12. Des conventions spéciales entre Etats pourront prévoir que le matériel roulant d'une administration, y compris le matériel de traction, ainsi que les objets mobiliers de toute nature lui appartenant et contenus dans ce matériel, ne peuvent faire l'objet d'une saisie sur un territoire autre que celui de l'Etat dont dépend l'administration propriétaire qu'en vertu d'un jugement rendu par l'autorité judiciaire de cet Etat.

Art. 13. L'emploi et la circulation en trafic international des wagons des particuliers ou d'organismes autres que les administrations de chemins de fer feront l'objet de conventions spéciales.

Troisième partie.

Rapports entre le chemin de fer et ses usagers.

Art. 14. Dans l'intérêt du trafic international, les Etats contractants faciliteront, dans toute la mesure raisonnablement permise par les circonstances, l'établissement d'accords permettant l'emploi d'un contrat unique couvrant la totalité du transport; ces accords s'efforceront d'atteindre le maximum d'uniformité qui peut être réalisé dans les conditions visant l'exécution du contrat direct par chacune des administrations participant au transport.

Art. 15. A défaut d'établissement d'un contrat de transport unique, il sera donné des facilités raisonnables pour l'exécution, sur la base de contrats successifs, des transports s'étendant sur les voies ferrées de deux ou plusieurs Etats contractants.

Art. 16. Les dispositions principales à envisager dans les conventions particulières régissant le contrat unique de transport de voyageurs et de bagages sont les suivantes:

a) Les conditions dans lesquelles le chemin de fer est tenu ou non d'accepter le contrat de transport;

b) Les conditions de la conclusion du contrat de transport et de l'établissement des titres définissant le dit contrat;

c) Les obligations et règlements dont le respect est imposé au voyageur;

d) Les obligations du voyageur relativement à l'accomplissement des formalités connexes telles que les formalités de douane nécessaires à l'exécution du transport;

e) Les conditions de livraison des bagages;

f) Les dispositions prévues en cas d'interruption de service ou autres difficultés affectant l'exécution des transports;

g) La responsabilité du chemin de fer résultant du contrat de transport;

h) L'exercice des actions naissant du contrat de transport et l'exécution des jugements.

Digitized by Google

Art. 17. Les dispositions principales à envisager dans les conventions particulières régissant le contrat unique de transport de marchandises sont les suivantes:

a) Les conditions dans lesquelles le chemin de fer est tenu ou non d'accepter le contrat de transport;

b) Les conditions de la conclusion du contrat de transport et d'établissement du titre définissant le dit contrat;

c) La définition des obligations et responsabilités des diverses parties intervenant dans le contrat passé avec le chemin de fer;

d) Les dispositions relatives à l'itinéraire à suivre pour le transport et, le cas échéant, aux délais dans lesquels celui-ci doit être effectué;

e) Les conditions d'accomplissement, en cours de route, des formalités connexes (telles que les formalités de douane) nécessaires à l'exécution du transport;

f) Les conditions de livraison de la marchandise et du paiement de la créance des chemins de fer;

g) Les garanties accordées au chemin de fer pour le paiement de sa créance;

h) Les dispositions à prendre en cas d'empêchement au transport ou à la livraison;

i) La responsabilité du chemin de fer résultant du contrat de transport;

j) L'exercice des actions naissant du contrat de transport et l'exécution des jugements.

Quatrième partie.

Tarifs.

Art. 18. Les tarifs en vigueur conformément à la loi nationale, et dûment avant leur mise en vigueur, déterminent:

En ce qui concerne les voyageurs et les bagages, les prix de transport, y compris les frais accessoires, s'il y a lieu, et les conditions dans lesquelles ils sont appliqués;

En ce qui concerne les marchandises, les prix des transports, y compris les frais accessoires, le classement des marchandises auxquelles ces prix sont applibables et les conditions auxquelles est subordonnée cette application.

Le chemin de fer ne peut refuser à chaque transport le tarif qui lui est applicable, dès lors que es conditions du dit tarif sont remplies.

Art. 19. En trafic international, il ne peut être perçu, en sus des prix des tarifs applicables à un transport donné, aucune autre somme que celles qui constituent la rémunération équitable des opérations effectuées en dehors de celles pour lesquelles les tarifs prévoient une perception.

Art. 20. Les Etats contractants, reconnaissant la nécessité de laisser aux tarifs en général la souplesse indispensable pour leur permettre de s'adapter, aussi exactement que possible, aux besoins complexes du commerce et de la concurrence commerciale, entendent maintenir intacte la liberté de leur tarification, suivant les principes admis par leur propre législation, tout en veillant à ce que cette liberté s'exerce sans abus à l'égard du trafic international.

Ils s'engagent à appliquer au trafic international des tarifs raisonnables, tant par leur taux que par leurs conditions d'application et s'interdisent toute discrimination qui aurait un caractère de malveillance à l'égard des autres Etats contractants, de leurs nationaux ou de leurs navires.

Ces dispositions ne font pas obstacle à l'établissement, entre les chemins de fer et la navigation, de tarifs communs respectant les principes posés par les précédents alinéas.

Digitized by Google

Art. 21. Le bénéfice des dispositions de l'article 20 n'est pas limité aux transports régis par un contrat unique. Il s'étend également à des transports qui comportent une série de parcours par chemin de fer, par mer ou par toute autre voie, empruntant les territoires de plusieurs Etats contractants et régis par des contrats distincts, sous réserve que les conditions ci-après soient remplies.

Chacun des contrats successifs doit mentionner la provenance initiale et la destination finale du transport; la marchandise doit, pendant toute la durée du trajet total, rester sous la surveillance des transporteurs et être transmise par chacun d'eux au suivant sans intermédiaire et sans autre délai que celui nécessaire à l'accomplissement des opérations de transmission des formalités administratives de douane, d'octroi, de police ou autres.

Art. 22. Les dispositions de l'article 20 sont également applicables, aussi bien en trafic national qu'en trafic international par chemin de fer, aux marchandises séjournant dans un port, sans que soit pris en considération le pavillon sous lequel elles ont été importées ou seront exportées.

Art. 23. Les Etats contractants s'efforceront de promouvoir l'établissement de tarifs internationaux dans toute la mesure des besoins du trafic international auxquels il peut être raisonnablement donné satisfaction. Ils faciliteront l'adoption de toutes mesures ayant pour effet, même en dehors des tarifs internationaux, de rendre possible le calcul rapide des frais de transport pour les courants de trafic les plus importants.

Art. 24. Les Etats contractants s'efforceront d'obtenir l'unification du mode de présentation des tarifs tant internationaux que nationaux, notamment en ce qui concerne les groupes de territoires contigus, en vue de rendre plus aisée l'application de ces tarifs pour le trafic international.

Cinquième partie.

Arrangements financiers entre administrations dans leurs relations avec les intérêts du trafic international.

Art. 25. Les arrangements d'ordre financier entre administrations de chemins de fer devront se prêter à un fonctionnement suffisamment efficace pour n'entraîner aucune gêne dans l'exécution du trafic international et, en particulier, dans l'application du contrat unique de transport.

Art. 26. En ce qui concerne les recettes des chemins de fer, les dispositions à envisager dans de tels arrangements sont notamment les suivantes:

a) Règles relatives au droit de chaque administration de toucher la part lui revenant sur la créance du chemin de fer;

b) Règles relatives à la possibilité de l'administration qui a négligé d'effectuer un encaissement dont la charge lui incombait;

c) Dispositions à prendre pour assurer l'exactitude de la comptabilité, lorsque des administrations font confiance à d'autres administrations pour l'établissement de cette comptabilité;

d) Dispositions relatives aux règlements financiers entre administrations, ayant pour effet de réduire, dans toute la mesure permise par les circonstances, les mouvements de fonds nécessités par ces règlements.

Art. 27. En ce qui concerne les sommes que le chemin de fer aura payées à ses usagers, les dispositions à envisager dans les arrangements entre administrations de chemins de fer sont notamment les suivantes:

a) Règles relatives au recours de l'administration qui a payé une indemnité contre les autres administrations ayant concouru au transport;

b) Dispositions relatives à la détermination des responsabilités des diverses administrations ou aux responsabilités qu'elles acceptent de considérer comme leur étant communes;

Digitized by Google

c) Dispositions relatives au recours entre administrations, lorsque l'une d'elles a été conduite à rembourser un trop-perçu sur le montant de la créance du chemin de fer;

d) Règles relatives à l'acceptation par d'autres administrations des décisions de justice rendues contre une administration et l'ayant contrainte à payer une somme.

Art. 28. Lorsque des difficultés se produisent du fait de la situation des changes et constituent une sérieuse entrave au trafic international, des mesures seront prises en vue d'atténuer au maximum ces inconvénients.

Toute administration de chemins de fer, exposée au risque de subir dans le règlement des décomptes des pertes sensibles, du fait des variations du change, pourra s'en couvrir en percevant une prime qui sera fixée à un taux raisonnable, en rapport avec ce risque. Les arrangements conclus entre administrations de chemins de fer pourront prévoir des taux de change fixes sous réserve de revisions périodiques.

Des mesures seront prises pour empêcher autant que possible toutes spéculations abusives auxquelles pourraient se livrer des intermédiaires dans les opérations résultant de la situation des changes.

Sixième partie.

Dispositions générales.

Art. 29. Il pourra être exceptionnellement, et pour un terme aussi limité que possible, dérogé aux dispositions du présent Statut par des mesures particulières ou générales que chacun des Etats contractants serait obligé de prendre en cas d'événements graves intéressant la sûreté de l'Etat ou les intérêts vitaux du pays, étant entendu que les principes du Statut devront être observés dans toute la mesure du possible.

Art. 30. Aucun des Etats contractants ne sera tenu, par le présent Statut, d'assurer le transit des voyageurs dont l'entrée sur ses territoires sera prohibée ou des marchandises d'une catégorie dont l'importation est interdite, soit pour raison de santé ou de sécurité publiques, soit comme précaution contre les maladies des animaux ou des végétaux. En ce qui concerne les transports autres que les transports en transit, aucun des Etats contractants ne sera tenu par le présent Statut d'assurer le transport des voyageurs dont l'entrée sur les territoires est prohibée ou des marchandises dont l'importation ou l'exportation est interdite, en vertu des lois nationales.

Chaque Etat contractant aura le droit de prendre, d'une part, les mesures de précaution nécessaires relatives au transport des marchandises dangereuses ou assimilées, étant entendu que de telles mesures ne devront pas avoir pour effet d'établir des distinctions contraires aux principes du présent Statut, d'autre part, les mesures de police générales y compris la police des émigrants.

Rien dans le présent Statut ne saurait non plus affecter les mesures qu'un quelconque des Etats contractants est ou pourra être amené à prendre, en vertu de conventions internationales générales auxquelles il est partie, ou qui pourraient être conclues ultérieurement, en particulier celles conclues sous les auspices de la Société des Nations, relativement au transit, à l'exportation ou à l'importation d'une catégorie particulière de marchandises, telles que l'opium ou autres drogues nuisibles, et les armes ou le produit de pêcheries, ou bien de conventions générales qui auraient pour objet de prévenir toute infraction aux droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, ou qui auraient trait aux fausses marques, fausses indications d'origine ou autres méthodes de commerce déloyal.

Digitized by Google

Art. 31. Le présent Statut n'impose à aucun des Etats contractants une obligation nouvelle, du fait des présentes stipulations, de faciliter le transport des ressortissants d'un Etat non contractant ou de leurs bagages, ni de marchandises, voitures, wagons, ayant pour Etat de provenance ou de destination un Etat non contractant.

Art. 32. Le présent Statut ne fixe pas les droits et les devoirs des belligérants et des neutres en temps de guerre. Néanmoins, il subsistera en temps de guerre dans la mesure compatible avec ces droits et ces devoirs.

Art. 33. Le présent Statut ne comporte aucunement le retrait de facilités plus grandes que celles résultant de ses dispositions et qui auraient été accordées dans des conditions compatibles avec ses principes au trafic international par voie ferrée. Il ne comporte pas davantage l'interdiction d'en accorder, à l'avenir, de semblables.

Art. 34. Conformément à l'art. 23 e) du Pacte de la Société des Nations, tout Etat contractant qui pourra invoquer valablement contre l'application de l'une quelconque des dispositions du présent Statut sur tout ou partie de son territoire, une situation économique grave, résultant de dévastations commises sur son sol pendant la guerre de 1914—1918, sera considéré comme dispensé temporairement des obligations résultant de l'application de la dite disposition, étant entendu que les principes du présent Statut devront être observés dans toute la mesure possible.

Art. 35. Si un différend surgit entre deux ou plusieurs Etats contractants au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Statut et si ce différend ne peut être réglé, soit directement entre les parties, soit par la voie de tout autre moyen de règlement amiable, les parties au différend pourront, avant de recourir à toute procédure d'arbitrage ou à un règlement judiciaire, soumettre le différend, pour avis consultatif, à l'organe qui se trouverait institué par la Société des Nations comme organe consultatif et technique des Membres de la Société, en ce qui concerne les communications et le transit. En cas d'urgence, un avis provisoire pourra recommander toute mesure provisionnelle destinée notamment à rendre au trafic international les facilités dont il jouissait avant l'acte ou le fait ayant donné lieu au différend.

Si le différend ne peut être réglé par l'une des procédures indiquées dans le paragraphe précédent, les Etats contractants soumettront leur litige à un arbitrage, à moins qu'ils n'aient décidé ou ne décident, en vertu d'un accord entre les parties, de le porter devant la Cour permanente de Justice internationale.

Art. 36. Si l'affaire est soumise à la Cour permanente de Justice internationale, il sera statué dans les conditions déterminées par l'art. 27 du Statut de la dite Cour.

En cas d'arbitrage, et à moins que les parties n'en décident autrement, chaque partie désignera un arbitre et le troisième membre du Tribunal arbitral sera choisi par les arbitres, ou, si ces derniers ne peuvent s'entendre, sera nommé par le Conseil de la Société des Nations sur la liste des assesseurs pour les affaires de communications et de transit mentionnées à l'art. 27 du Statut de la Cour permanente de Justice internationale; dans ce dernier cas, le troisième membre sera choisi conformément aux dispositions de l'avant-dernier alinéa de l'art. 4 et du premier alinéa de l'art. 5 du Pacte de la Société.

Le Tribunal arbitral jugera sur la base du compromis arrêté d'un commun accord par les parties. Si les parties n'ont pu se mettre d'accord, le tribunal arbitral, statuant à l'unanimité, établira le compromis après examen des prétentions formulées par les parties; au cas où l'unanimité ne serait pas obtenue, il sera statué par le Conseil de la Société, dans les conditions prévues

Digitized by Google

au paragraphe précédent. Si le compromis ne fixe pas la procédure, le tribunal arbitral la fixera lui-même.

Au cours de la procédure d'arbitrage et à moins de dispositions contraires dans le compromis, les parties s'engagent à porter devant la Cour permanente de Justice internationale toute question de droit international ou tout point d'interprétation juridique du Statut, dont le Tribunal arbitral, sur demande d'une des parties, estimerait que le règlement du différend exige la solution préalable.

Art. 37. Les Etats contractants faciliteront l'établissement de conventions particulières en vue de permettre l'exécution des dispositions du présent Statut, lorsque les conventions existantes ne seront pas suffisantes à cet effet.

Art. 38. Les dispositions du présent Statut pourront être étendues, par le moyen de conventions particulières, à des entreprises de transport par une voie quelconque autre que la voie ferrée, notamment en tant que ces entreprises interviennent pour compléter un transport par chemin de fer.

Ces entreprises sont alors soumises à toutes les obligations imposées et investies de tous les droits reconnus au chemin de fer par le présent Statut.

Toutefois, les conventions particulières prévues au premier alinéa pourront admettre toutes dérogations au présent Statut qui pourront résulter des modalités différentes de transport. En particulier, en ce qui concerne le contrat applicable à un transport international empruntant la voie ferrée et la voie maritime, ces dérogations pourront prévoir l'application du droit maritime au parcours par mer.

Art. 39. A défaut de l'application des conventions particulières prévues à l'article 38, il sera donné des facilités raisonnables au mouvement des courants de transport empruntant la voie ferrée et une voie différente, telle que la voie de mer.

Art. 40. Les Etats contractants s'engagent à apporter à celles des conventions existantes qui contre-viendraient aux dispositions du présent Statut, dès que les circonstances le rendront possible et, tout au moins, au moment de l'expiration de ces conventions, toutes modifications destinées à les mettre en harmonie avec elles, que permettraient les conditions géographiques, économiques ou techniques des pays ou régions qui sont l'objet de ces conventions.

Art. 41. Sans préjudice de l'application de l'article 24 du Pacte de la Société des Nations, tous offices ou bureaux créés ou devant être créés en vertu de conventions internationales, dont l'objet est ou serait de faciliter le règlement entre Etats de questions relatives aux transports par voies ferrées, seront considérés comme procédant du même esprit que les organes de la Société des Nations et comme prolongeant dans leur domaine propre, en vue de l'exécution de la présente Convention, l'action des organes de la Société, et, en conséquence, échangeront avec les services compétents de la Société tous renseignements utiles concernant l'exercice de leur mission de coopération internationale.

Art. 42. Les Etats contractants prendront toutes mesures nécessaires pour que soient communiquées à la Société des Nations toutes informations de nature à permettre aux organismes de la Société l'exercice des tâches qui leur incombent en vue de l'application de la présente Convention.

Art. 43. Il es entendu que le présent Statut ne doit pas être interprété comme réglant en quoi que ce soit les droits et obligations inter se de territoires faisant partie ou placés sous la protection d'un même Etat souverain, que ces territoires pris individuellement soient ou non Etats contractants.

Digitized by Google

Art. 44. Rien dans les précédents articles ne pourra être interprété comme affectant en quoi que ce soit les droits ou obligations de tout Etat contractant en tant que Membre de la Société des Nations.

3. Protocole de signature de la Convention sur le régime international des voies ferrées.

Au moment de procéder à la signature de la Convention sur le régime international des voies ferrées, conclue à la date de ce jour, les soussignés, dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

1. Il est entendu que toute différence de traitement entre pavillons, fondéé exclusivement sur la considération du pavillon, doit être considérée comme discrimination de caractére malveillant au sens des articles 4 et 20 du Statut sur le régime international des voies ferrées.

2. Dans le cas où un Etat ou territoire auquel la Convention ne s'applique pas aurait même pavillon ou même nationalité qu'un Etat contractant, cet Etat ou ce territoire ne pourra se prévaloir d'aucun droit assuré par le présent Statut au pavillon ou aux nationaux des Etats contractants.

Le présent Protocole aura les mêmes force, valeur et durée que le Statut conclu à la date de ce jour et dont il doit être considéré comme faisant partie intégrante.

Fait à Genève, le neuf dècembre mil neuf cent vingt-trois.

[Suivent les mêmes signatures que celles figurant à la fin de la Convention]*).

B.

Konvention und Statut über die internationale Seehafenordnung 9. 12. 1923.

1. Convention.

(La Convention devant rester ouverte jusqu'au 31 octobre 1924, les noms des Parties et de leurs représentants seront inscrits à cette date suivant l'ordre alphabétique.)

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Désireux d'assurer dans la plus large mesure possible la liberté des communications prévue à l'article 23 e) du Pacte en garantissant dans les ports maritimes placés sous leur souveraineté ou autorité et pour les besoins du commerce international l'égalité de traitement entre les navires de tous les Etats contractants, leurs marchandises et leurs passagers;

Considérant que la meilleure manière d'aboutir à un résultat en cette matière est par le moyen d'une convention générale à laquelle le plus grand nombre possible d'Etats pourront adhérer ultérieurement;

Considérant que la Conférence réunie à Gênes, le 10 avril 1922, a demandé, en une résolution transmise aux organismes compétents de la Société des Nations, avec l'approbation du Conseil et de l'Assemblée de la Société, que soient conclues et mises en vigueur le plus tôt possible les conventions internationales relatives au régime des communications prévues dans les traités de paix, et que l'article 379 du Traité de Versailles et les articles orrespondants des autres traités ont prévu l'élaboration d'une Convention générale sur le régime international des ports;

Ayant accepté l'invitation de la Société des Nations de participer à une conférence, réunie à Genève le 15 novembre 1923;

Soucieux de mettre en vigueur les dispositions du Statut applicable au régime international des ports maritimes qui y a été adopté, et de con-

*) *S. Seite 234 Zeile 4 ff. — Herausgeber.*

Digitized by Google

clure une convention générale à cet effet, les Hautes Parties contractantes ont nommé pour leurs plénipotentiaires:

[Suivent les noms.]

— — — — — — — — — — — — — — — — —

lesquels, après avoir communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Article premier. Les Etats contractants déclarent accepter le Statut ci-annexé relatif au régime international des ports maritimes adopté par la deuxième Conférence générale des communications et du transit, qui s'est réunie à Genève, le 15 novembre 1923.

Ce Statut sera considéré comme faisant partie intégrante de la présente Convention.

En conséquence, elles déclarent accepter les obligations et engagements du dit Statut, conformément aux termes et suivant les conditions qui y figurent.

Art. 2. La présente Convention ne porte en rien atteinte aux droits et obligations qui résultent des dispositions du Traité de Paix signé à Versailles le 28 juin 1919, ou des dispositions des autres traités analogues, en ce qui concerne les Puissances signataires ou bénéficiaires de ces traités.

Art. 3. Le présente Convention, dont les textes français et anglais feront également foi, portera la date de ce jour, et sera, jusqu'au 31 octobre 1924, ouverte à la signature de tout Etat représenté à la Conférence de Genève, de tout Membre de la Société des Nations et de tout Etat à qui le Conseil de la Société des Nations aura à cet effet communiqué un exemplaire de la présente Convention.

Art. 4. La présente Convention est sujette à ratification. Les instruments de ratification seront transmis au Secrétaire général de la Société des Nations, qui en notifiera le dépôt à tous Etats signataires ou adhérents.

Art. 5. A partir du 1er novembre 1924, tout Etat représenté à la Conférence visée à l'article premier, tout Membre de la Société des Nations et tout Etat auquel le Conseil de la Société des Nations aura, à cet effet, communiqué un exemplaire, pourra adhérer à la présente Convention.

Cette adhésion s'effectuera au moyen d'un instrument communiqué au Secrétaire général de la Société des Nations, aux fins de dépôt dans les archives du Secrétariat. Le Secrétaire général notifiera ce dépôt immédiatement à tous Etats signataires ou adhérents.

Art. 6. La présente Convention n'entrera en vigueur qu'après avoir été ratifiée au nom de cinq Etats. La date de son entrée en vigueur sera le quatre-vingt-dixième jour après la réception par le Secrétaire général de la Société des Nations de la cinquième ratification. Ultérieurement, la présente Convention prendra effet, en ce qui concerne chacune des Parties, quatre-vingt-dix jours après la réception de la ratification ou de la notification de l'adhésion.

Conformément aux dispositions de l'article 18 du Pacte de la Société des Nations, le Secrétaire général enregistrera la présente Convention le jour de l'entrée en vigueur de cette dernière.

Art. 7. Un recueil spécial sera tenu par le Secrétaire général de la Société des Nations, indiquant, compte tenu de l'article 9, quelles parties ont signé ou ratifié la présente Convention, y ont adhéré ou l'ont dénoncée. Ce recueil sera constamment ouvert aux Membres de la Société et publication en sera faite aussi souvent que possible, suivant les indications du Conseil.

Art. 8. Sous réserve des dispositions de l'article 2 de la présente Convention, celle-ci peut être dénoncée par l'une quelconque des Parties, après l'expiration d'un délai de cinq ans à partir de la date de son entrée en vigueur pour la dite Partie. La dénonciation sera faite sous forme de notifi-

Digitized by Google

cation écrite, adressée au Secrétaire général de la Société des Nations. Copie de cette notification informant toutes les autres Parties de la date à laquelle elle a été reçue, leur sera immédiatement transmise par le Secrétaire général.

La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle elle aura été reçue par le Secrétaire général, et ne sera opérante qu'en ce qui concerne l'Etat qui l'aura notifiée.

Art. 9. Tout Etat signataire ou adhérent de la présente Convention peut déclarer, soit au moment de sa signature, soit au moment de sa ratification ou de son adhésion, que son acceptation de la présente Convention n'engage pas, soit l'ensemble, soit tel de ses protectorats, colonies, possessions ou territoires d'outre-mer soumis à sa souveraineté ou à son autorité, et peut, ultérieurement et conformément à l'article 5, adhérer séparément au nom de l'un quelconque de ces protectorats, colonies, possessions ou territoires d'outre-mer, exclus par cette déclaration.

La dénonciation pourra également s'effectuer séparément pour tout protectorat, colonie, possession ou territoire d'outre-mer; les dispositions de l'article 8 s'appliqueront à cette dénonciation.

Art. 10. La revision de la présente Convention pourra être demandée à toute époque par un tiers des Etats contractants.

En foi de quoi, les plénipotentiaires susnommés ont signé la présente Convention.

Fait à Genève, le neuf décembre mil neuf cent vingt-trois, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Secrétariat de la Société des Nations.

(Unterzeichnet von den Vertretern folgender Länder: Belgien, Brasilien, Großbritannien, Chile, Dänemark, Spanien, Estland, Griechenland, Ungarn, Italien, Japan, Litauen, Niederlande, Salvador, Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat, Uruguay.)

2. Statut.

Article premier. Sont considérés comme ports maritimes, au sens du présent Statut, les ports fréquentés normalement par les navires de mer et servant au commerce extérieur.

Art. 2. Sous condition de réciprocité et avec la réserve au premier alinéa de l'art. 8, tout Etat contractant s'engage à assurer aux navires de tout autre Etat contractant un traitement égal à celui de ses propres navires ou des navires de n'importe quel autre Etat, dans les ports maritimes placés sous sa souveraineté ou son autorité, en ce qui concerne la liberté d'accès du port, son utilisation et la complète jouissance des commodités qu'il accorde à la navigation et aux opérations commerciales pour les navires, leurs marchandises et leurs passagers.

L'égalité de traitement ainsi établie s'étendra aux facilités de toutes sortes telles que: attribution de places à quai, facilités de chargement et de déchargement, ainsi qu'aux droits et taxes de toute nature perçus au nom ou pour le compte du Gouvernement, des autorités publiques, des concessionnaires ou établissements de toutes sortes.

Art. 3. Les dispositions de l'article précédent ne restreignent aucunement la liberté des autorités compétentes d'un port maritime dans l'application des mesures qu'elles jugent convenable de prendre en vue de la bonne administration du port, pourvu que ces mesures soient conformes au principe de l'égalité de traitement tel qu'il est défini dans le dit article.

Art. 4. Tous les droits et taxes pour l'utilisation des ports maritimes devront être dûment publiés avant leur mise en vigueur.

Il en sera de même règlements de police et d'exploitation.

Digitized by Google

Dans chaque port maritime, l'administration du port tiendra à la disposition des intéressés un recueil des droits et taxes en vigueur, ainsi que des règlements de police et d'exploitation.

Art. 5. Pour la détermination et l'application des droits de douane ou assimilés, des droits d'octroi local ou de consommation, ainsi que des frais accessoires perçus à l'occasion de l'importation ou de l'exportation des marchandises par les ports maritimes placés sous la souveraineté ou l'autorité des Etats contractants, il ne pourra être aucunement tenu compte du pavillon du navire, de telle sorte qu'aucune distinction ne sera faite au détriment du pavillon d'un Etat contractant quelconque entre celui-ci et le pavillon de l'Etat sous la souveraineté ou l'autorité duquel le port est placé, ou celui de n'importe quel autre Etat.

Art. 6. Afin de ne pas rendre inopérant dans la pratique le principe d'égalité de traitement dans les ports maritimes, posé à l'art. 2, par l'adoption d'autres mesures de discrimination prises contre les navires d'un Etat contractant utilisant les dits ports, chaque Etat contractant s'engage à appliquer les dispositions des artt. 4, 20, 21 et 22 du Statut annexé à la Convention sur le régime international des voies ferrées, signée à Genève le 9 décembre 1923, en tant que ces articles s'appliquent aux transports en provenance ou à destination d'un port maritime, que cet Etat contractant soit ou non Partie à la dite Convention sur le régime international des voies ferrées. Les dits articles doivent être interprétés conformément aux dispositions du Protocole de signature de la dite Convention. (Voir Annexe).

Art. 7. A moins de motifs exceptionnels, basés notamment sur des considérations géographiques, économiques ou techniques spéciales justifiant une dérogation, les droits de douane perçus dans un port maritime quelconque placé sous la souveraineté ou l'autorité d'un Etat contractant ne pourront être supérieurs à ceux qui sont perçus aux autres frontières douanières du même Etat, sur une marchandise de même nature, de même provenance ou de même destination.

Si, pour les motifs exceptionnels ci-dessus visés, des facilités douanières particulières sont accordées par un Etat contractant sur d'autres voies d'importation ou d'exportation des marchandises, il n'en fera pas un moyen de discrimination déraisonnable au détriment de l'importation ou de l'exportation effectuée par la voie des ports maritimes placés sous sa souveraineté ou autorité.

Art. 8. Chacun des Etats contractants se réserve la faculté de suspendre, après notification par la voie diplomatique, le bénéfice de l'égalité de traitement pour tout navire d'un Etat qui n'appliquerait pas, d'une façon effective, dans un port maritime placé sous sa souveraineté ou son autorité, les dispositions du présent Statut aux navires du dit Etat contractant, à leurs marchandises et à leurs passagers.

En cas d'application de la mesure prévue à l'alinéa précédent, l'Etat qui en aura pris l'initiative et l'Etat qui en sera l'objet auront, l'un et l'autre, le droit de s'adresser à la Cour permanente de Justice internationale par une requête adressée au greffe; la Cour statuera en procédure sommaire.

Toutefois, chaque Etat contractant aura la faculté, au moment de signer ou de ratifier la présente Convention, de déclarer que, à l'égard de tous les autres Etats contractants qui feraient la même déclaration, il renonce au droit de prendre les mesures mentionnées à alinéa premier du présent article.

Art. 9. Le présent Statut ne vise en aucune manière le cabotage maritime.

Art. 10. Chaque Etat contractant se réserve le droit d'organiser comme il l'entend le service du remorquage dans ses ports maritimes, à la condition que les dispositions des artt. 2 et 4 soient observées.

Digitized by Google

Art. 11. Chaque Etat contractant se réserve le droit d'organiser ou de réglementer le pilotage comme il l'entend.

Dans le cas où le pilotage est obligatoire, les tarifs et les services rendus seront soumis aux dispositions des art. 2 et 4, mais chaque Etat contractant pourra exempter de l'obligation ceux de ses nationaux qui rempliraient de conditions techniques déterminées.

Art. 12. Chaque Etat contractant aura la faculté, au moment de la signature ou de la ratification de la présente Convention, de déclarer qu'il se réserve le droit de limiter, suivant sa propre législation et en s'inspirant autant que possible des principes du présent statut, le transport des émigrants aux navires auxquels il aura accordé des patentes, comme remplissant les conditions requises dans la dite législation.

Les navires autorisés à faire le transport des émigrants jouiront, dans tous les ports maritimes, de tous les avantages prévus dans le présent Statut.

Art. 13. Le présent Statut s'applique à tous les navires, qu'ils appartiennent à des particuliers, à des collectivités publiques ou à l'Etat.

Toutefois, il ne vise en aucune manière les navires de guerre, ni les navires de police ou de contrôle, ni, en général, les navires exerçant à un titre quelconque la puissance publique, ni tous les autres navires lorsque ceux-ci servent exclusivement aux fins de forces navales, militaires ou aériennes d'un Etat.

Art. 14. Le présent Statut ne vise en aucune manière ni les navires de pêche, ni les produits de leur pêche.

Art. 15. Lorsque par traité, convention ou accord, un Etat contractant aura accordé certains droits à un autre Etat, dans une zone définie de l'un de ses ports maritimes, en vue de faciliter le transit des marchandises et des passagers à destination ou en provenance dudit Etat, aucun autre Etat contractant ne pourra se prévaloir des dispositions du présent Statut pour revendiquer des droits analogues.

Tout Etat contractant jouissant de tels droits dans un port maritime d'un Etat contractant ou non devra se conformer aux dispositions du présent Statut, en ce qui concerne le traitement des navires faisant le commerce avec lui, ainsi que de leurs marchandises et de leurs passagers.

Tout Etat contractant qui accorde de tels droits à un Etat non contractant est tenu de prévoir, dans l'accord à intervenir à ce sujet, l'obligation pour l'Etat qui jouira de ces droits de se conformer aux dispositions du présent Statut, en ce qui concerne le traitement des navires faisant le commerce avec lui, ainsi que de leurs marchandises et de leurs passagers.

Art. 16. Il pourra être exceptionnellement, et pour un terme aussi limité que possible, dérogé aux dispositions des artt. 2 à 7 inclus par des mesures particulières ou générales que chacun des Etats contractants serait obligé de prendre, en cas d'événement grave intéressant la sûreté de l'Etat ou les intérêts vitaux du pays, étant entendu que les principes du présent Statut doivent être maintenus dans toute la mesure du possible.

Art. 17. Aucun des Etats contractants ne sera tenu par le présent Statut de permettre le transit des voyageurs dont l'entrée sur ses territoires sera prohibée ou des marchandises d'une catégorie dont l'importation est interdite, soit pour raison de santé ou de sécurité publiques, soit comme précaution contre les maladies des animaux ou des végétaux. En ce qui concerne les transports autres que les transports en transit, aucun des Etats contractants ne sera tenu, par le présent Statut, de permettre le transport des voyageurs dont l'entrée sur ses territoires est prohibée ou des marchandises dont l'importation ou l'exportation est interdite, en vertu de lois nationales.

Digitized by Google

Chaque Etat contractant aura le droit de prendre les mesures de précaution nécessaires relatives au transport des marchandises dangéreuses ou assimilées, ainsi que de police générale, y compris la police des émigrants entrant ou sortant de ses territoires, étant entendu que de telles mesures ne devront pas avoir pour effet d'établir des discriminations contraires aux principes du présent Statut.

Rien, dans le présent Statut, ne saurait non plus affecter les mesures que l'un quelconque des Etats contractants est ou pourra être amené à prendre en vertu de conventions internationales générales auxquelles il est partie, ou qui pourraient être conclues ultérieurement, en particulier celles conclues sous les auspices de la Société des Nations, relativement à la traite des femmes et des enfants, au transit, à l'exportation ou à l'importation d'une catégorie particulière des marchandises, telle que l'opium ou autres drogues nuisibles et les armes ou le produit de pêcheries, ou bien de conventions générales qui auraient pour objet prévenir toute infraction aux droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, ou qui auraient trait aux fausses marques, fausses indications d'origine ou autres méthodes de commerce déloyal.

Art. 18. Le présent Statut ne fixe pas les droits de devoirs des belligérants et des neutres en temps de guerre; néanmoins, il subsistera en temps de guerre, dans la mesure compatible avec ces droits et ces devoirs.

Art. 19. Les Etats contractants s'engagent à apporter à celles des conventions en vigueur à la date du 9 décembre 1923 et qui contreviendraient aux dispositions du présent Statut, dès que les circonstances le rendront possible ou tout au moins au moment de l'expiration de ces conventions, toutes modifications destinées à les mettre en harmonie avec elles, que permettraient les conditions géographiques, économiques ou techniques des pays ou régions qui sont l'objet de ces conventions.

Il est en de même des concessions accordées avant la date du 9 décembre 1923 pour l'exploitation totale ou partielle des ports maritimes.

Art. 20. Le présent Statut ne comporte aucunement le retrait de facilités plus grandes en vigueur, accordées à l'utilisation des ports maritimes dans des conditions compatibles avec les principes du présent Statut; il ne comporte pas d'avantage l'interdiction d'en accorder à l'avenir de semblables.

Art. 21. Sans préjudice de la clause prévue au deuxième alinéa de l'art. 8, les différends qui surgiraient entre Etats contractants au sujet de l'interprétation ou de l'application du présent Statut seront réglés de la manière suivante:

Si le différend ne peut être réglé, soit directement entre les Parties, soit par tout autre moyen de règlement amiable, les Parties au différend pourront, avant de recourir à toute procédure d'arbitrage ou à un règlement judiciaire, soumettre le différend pour avis consultatif à l'organe qui se trouverait institué par la Société des Nations comme organe consultatif et technique des Membres de la Société, en ce qui concerne les communications et le transit. En cas d'urgence, un avis provisoire pourra recommander toutes mesures provisionnelles destinées notamment à rendre au trafic international les facilités dont il jouissait avant l'acte ou le fait ayant donné lieu au différend.

Si le différend ne peut être réglé par l'une des procédures indiquées dans l'alinéa précédent, les Etats contractants soumettront leur litige à un arbitrage, à moins qu'ils n'aient décidé ou ne décident, en vertu d'un accord entre les Parties, de le porter devant la Cour permanente de Justice internationale.

Art. 22. Si l'affaire est soumise à la Cour permanente de Justice internationale, il sera statué dans les conditions déterminées par l'art. 27 du Statut de la dite Cour.

Digitized by Google

En cas d'arbitrage, et à moins que les Parties n'en décident autrement, chaque Partie désignera un arbitre et le troisième membre du Tribunal arbitral sera choisi par les arbitres, ou, si ces derniers ne peuvent s'entendre, sera nommé par le Conseil de la Société des Nations sur la liste des assesseurs pour les affaires de communications et de transit mentionnées à l'art. 27 du Statut de la Cour permanente de Justice internationale; dans ce dernier cas, le troisième membre sera choisi conformément aux dispositions de l'avant-dernier alinéa de l'art. 4 et du premier alinéa de l'art. 5 du Pacte de la Société.

Le Tribunal arbitral jugera sur la base du compromis arrêté d'un commun accord par les parties. Si les Parties n'ont pu se mettre d'accord, le tribunal arbitral, statuant à l'unanimité, établira le compromis après examen des prétentions formulées par les Parties; au cas où l'unanimité ne serait pas obtenue, il sera statué par le Conseil de la Société, dans les conditions prévues à l'alinéa précédent. Si le compromis ne fixe pas la procédure, le tribunal arbitral la fixera lui-même.

Au cours de la procédure d'arbitrage et à moins de dispositions contraires dans le compromis, les Parties s'engagent à porter devant la Cour permanente de Justice internationale toute question de droit international ou tout point d'interprétation juridique du Statut, dont le Tribunal arbitral, sur demande d'une des Parties, estimerait que le règlement du différend exige la solution préalable.

Art. 23. Il est entendu que le présent Statut ne doit pas être interprété comme réglant en quoi que ce soit les droits et obligations inter se de territoires faisant partie ou placés sous la protection d'un même Etat souverain, que ces territoires pris individuellement soient ou non Etats contractants.

Art. 24. Rien, dans les précédents articles, ne pourra être interprété comme affectant en quoi que ce soit les droits ou obligations de tout Etat contractant en tant que Membre de la Société des Nations.

Annexe.

Textes des articles du Statut sur le régime international des voies ferrées, et des dispositions y relatives du Protocole de signature;

Art. 4: Les Etats contractants, reconnaissant la nécessité de laisser à l'exploitation des chemins de fer l'élasticité indispensable pour lui permettre de répondre aux besoins complexes du trafic, entendent maintenir intacte la liberté de cette exploitation, tout en veillant à ce que cette liberté s'exerce sans abus à l'égard du trafic international.

Ils s'engagent à donner au trafic international des facilités raisonnables et s'interdisent toute discrimination qui aurait un caractère de malveillance à l'égard des autres Etats contractants, de leurs nationaux ou de leurs navires.

Le bénéfice des dispositions du présent article n'est pas limité aux transports régis par un contrat unique; il s'étend également aux transports visés aux artt. 21 et 22 du présent Statut, sous les conditions spécifiées aux dits articles.

Art. 20. Les Etats contractants, reconnaissant la nécessité de laisser aux tarifs en général la souplesse indispensable pour leur permettre de s'adapter, aussi exactement que possible, aux besoins complexes du commerce et de la concurrence commerciale, entendent maintenir intacte la liberté de leur tarification, suivant les principes admis par leur propre législation, tout en veillant à ce que cette liberté s'exerce sans abus à l'égard du trafic international.

Ils s'engagent à appliquer au trafic international des tarifs raisonnables, tant par leur taux que par leurs conditions d'application et s'inter-

Digitized by Google

disent toute discrimination qui aurait un caractère de malveillance à l'égard des autres Etats contractants, de leurs nationaux ou de leurs navires.

Ces dispositions ne font pas obstacle à l'établissement entre les chemins de fer et la navigation de tarifs communs respectant les principes posés par les précédents alinéas.

Art. 21. Le bénéfice des dispositions de l'article 20 n'est pas limité aux transports régis par un contrat unique. Il s'étend également à des transports qui comportent une série de parcours, par chemin de fer, par mer ou par toute autre voie, empruntant les territoires de plusieurs Etats contractants et régis par des contrats distincts, sous réserve que les conditions ci-après soient remplies.

Chacun des contrats successifs doit mentionner la provenance initiale et la destination finale du transport; la marchandise doit, pendant toute la durée du trajet total, rester sous la surveillance des transporteurs et être transmise par chacun d'eux au suivant sans intermédiaire et sans autre délai que celui nécessaire à l'accomplissement des opérations de transmission des formalités administratives de douane, d'octroi, de police ou autres.

Art. 22. Les dispositions de l'article 20 sont également applicables aussi bien en trafic national qu'en trafic international par chemin de fer aux marchandises séjournant dans un port sans que soit pris en considération le pavillon sous lequel elles ont été importées ou seront exportées.

Protocole de signature: Il est entendu que toute différence de traitement entre pavillons, fondée exclusivement sur la considération du pavillon, doit être considérée comme discrimination de caractère malveillant au sens des articles 4 et 20 du Statut sur le régime international des voies ferrées.

3. Protocole de signature de la Convention sur le régime international des ports maritimes.

Au moment de procéder à la signature de la Convention sur le régime international des ports maritimes, conclue à la date de ce jour, les soussignés, dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

1° Il est entendu que les dispositions du présent Statut s'appliqueront aux ports de refuge spécialement construits dans ce but;

2° Il est entendu que la réserve faite par la délégation britannique des stipulations de la section 24 du „Pilotage Act" de 1913 est acceptée.

3° Il est entendu que les obligations prévues par la législation française, en ce qui concerne les courtiers maritimes, ne sont pas considérées comme contraires au principe et à l'esprit du Statut sur le régime international des ports maritimes.

4° Il est entendu que la condition de réciprocité prévue dans l'article 2 du Statut sur le régime international des ports maritimes n'aura pas pour effet de priver des avantages du dit Statut les Etats contractants dépourvus de ports maritimes et qui ne jouiraient pas, dans une zone d'un port maritime d'un autre Etat, des droits prévus à l'article 15 du Statut ci-dessus visé.

5° Dans le cas où un Etat ou territoire auquel la Convention ne s'applique pas aurait même pavillon ou même nationalité qu'un Etat contractant, cet Etat ou ce territoire ne pourra se prévaloir d'aucun droit assuré par le Statut sur le régime international des ports maritimes au pavillon ou aux nationaux des Etats contractants.

Le présent Protocole aura la même force, valeur et durée que le Statut adopté à la date de ce jour et dont il doit être considéré comme faisant partie intégrante.

En foi de quoi, les Plénipotentiaires susnommés ont signé le présent Protocole.

Digitized by Google

Fait à Genève, le neuf décembre mil neuf cent vingt-trois, en simple expédition qui sera déposée dans les archives du Secrétariat de la Société des Nations; copie conforme en sera remise à tous les Etats représentés à la Conférence.

[Suivent les mêmes signatures que celles figurant à la fin de la Convention]*).

C.

Konvention über Transitbeförderung elektrischer Kraft 9. 12. 1923.

1. Convention.

(La Convention devant rester ouverte jusqu'au 31 octobre 1924, les noms des Parties et de leurs représentants seront inscrits à cette date suivant l'ordre alphabétique.)

Désireux de faciliter l'entente internationale dans la conclusion d'accords entre Etats intéressés, relatifs au transit de l'énergie électrique;

Ayant accepté l'invitation de la Société des Nations à participer à une conférence réunie à Genève le 15 novembre 1923;

Soucieux de conclure une convention générale à cet effet, les Hautes Parties contractantes ont nommé pour leurs plénipotentiaires:

[Suivent les noms.]

lesquels, après avoir communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Article premier. Chaque Etat contractant s'engage à négocier avec tout autre Etat contractant qui lui en adresserait la demande en vue de la conclusion d'accords destinés à assurer le transport en transit de l'énergie électrique à travers son territoire.

Toutefois, les Etats contractants se réservent la faculté de ne pas appliquer les dispositions de l'alinéa précédent dans les cas où ils pourraient invoquer contre le transport en transit d'énergie électrique à travers leur territoire des motifs d'opposition fondé sur le préjudice grave qu'un tel transport occasionnerait à leur économie ou à leur sécurité nationales.

Art. 2. Est considérée comme transportée en transit à travers le territoire d'un Etat contractant, l'énergie électrique qui les traverse par des conducteurs spécialisés, sans être, même en partie, ni produite, ni utilisée, ni transformée dans les limites de ce territoire.

Art. 3. Les solutions techniques à envisager en exécution du premier alinéa de l'article premier tiendront compte exclusivement des considérations qui s'exerceraient légitimement dans des cas analogues de transport intérieur, étant entendu, toutefois, qu'il pourra être exceptionnellement tenu compte des frontières politiques au cas où les dites solutions n'en seraient pas affectées sensiblement.

Art. 4. Les accords visés à l'article premier pourront prévoir notamment:

a) les conditions générales d'établissement et d'entretien des lignes;

b) les prestations équitables à fournir à l'Etat sur le territoire duquel s'effectue le transport en transit pour frais, risques, dommages et charges de toute nature, dépenses d'administration et de surveillance, occasionnés par l'établissement et le fonctionnement des lignes, ainsi que pour le remboursement des frais d'entretien, s'il y a lieu;

c) l'organisation du contrôle technique et de la surveillance de la sécurité publique;

d) les modalités des communications téléphoniques ou télégraphiques nécessaires pour le service du transport en transit d'énergie électrique;

*) *S. Seite 244, Fußnote. — Herausgeber.*

Digitized by Google

e) le mode de règlement des différends sur l'interprétation et l'application des accords.

Art. 5. L'établissement des lignes, le transport en transit et les installations destinées à assurer ce transport seront soumis, dans l'Etat sur le territoire duquel s'effectue le transit, aux dispositions légales et administratives applicables à l'établissement des lignes, au transport d'énergie et aux installations similaires, selon la législation de cet Etat.

Art. 6. Le transport en transit de l'énergie électrique ne sera soumis à aucuns droits ou taxes spéciaux en raison du fait que ce transport s'effectue en transit.

Art. 7. Les Etats contractants s'emploieront à faciliter sur leur territoire et dans le cadre de leur législation nationale l'application des accords visés à l'article premier.

Art. 8. Les dispositions de la présente Convention n'imposent à aucun Etat contractant l'obligation d'user du droit d'expropriation, ni d'établir aucune servitude.

Art. 9. La présente Convention ne fixe pas les droits et les devoirs des belligérants et des neutres en temps de guerre. Néanmoins, elle subsistera en temps de guerre dans la mesure compatible avec ces droits et ces devoirs.

Art. 10. La présente Convention ne comporte aucunement le retrait de facilités plus grandes que celles résultant de ses dispositions et qui auraient été accordées, dans des conditions compatibles avec ses principes, aux transports en transit de l'énergie électrique, sur le territoire placé sous la souveraineté ou sous l'autorité de l'un quelconque des Etats contractants. Elle ne comporte pas davantage l'interdiction d'en accorder à l'avenir de semblables.

Art. 11. La présente Convention n'affecte en rien les droits et obligations des Etats contractants, en vertu de conventions ou traités antérieurs sur les matières faisant l'objet de la présente Convention, ou de dispositions sur les mêmes matières de traités généraux, notamment des Traités de Versailles, Trianon et autres traités ayant mis fin à la guerre de 1914—1918.

Art. 12. Si un différend surgit entre Etats contractants, au sujet de l'application ou de l'interprétation de la présente Convention, et si ce différend ne peut être réglé soit directement entre les parties, soit par tout autre moyen de règlement amiable, les parties pourront soumettre ce différend pour avis consultatif à l'organe qui se trouverait institué par la Société des Nations comme organe consultatif et technique des Membres de la Société en ce qui concerne les communications et le transit, à moins qu'elles n'aient décidé ou ne décident d'un commun accord de recourir à une autre procédure, soit consultative, soit arbitrale, soit judiciaire.

Les dispositions de l'alinéa précédent ne sont pas applicables au regard de tout Etat qui invoquerait, pour s'opposer au transport en transit, des motifs fondés sur des préjudices graves à son économie ou à sa sécurité nationales.

Art. 13. Il est entendu que la présente Convention ne doit pas être interprétée comme réglant en quoi que ce soit les droits et obligations inter se de territoires faisant partie ou placés sous la protection d'un même Etat souverain, que ces territoires pris individuellement soient ou non Etats contractants.

Art. 14. Rien, dans la présente Convention, ne pourra être interprété comme affectant en quoi que ce soit les droits ou obligations de tout Etat contractant en tant que Membre de la Société des Nations.

Art. 15. La présente Convention, dont les textes français et anglais feront également foi, portera la date de ce jour et sera, jusqu'au 31 octobre 1924, ouverte à la signature de tout Etat représenté à la Conférence de

Digitized by Google

Genève, de tout Membre de la Société des Nations et de tout Etat à qui le Conseil de la Société des Nations aura, à cet effet, communiqué un exemplaire de la présente Convention.

Art. 16. La présente Convention est sujette à ratification. Les instruments de ratification seront transmis au Secrétaire général de la Société des Nations, qui en notifiera le dépôt à tous Etats signataires ou adhérents.

Art. 17. A partir du premier novembre 1924, tout Etat représenté à la Conférence de Genève, tout Membre de la Société des Nations et tout Etat auquel le Conseil de la Société des Nations aura, à cet effet, communiqué un exemplaire, pourra adhérer à la présente Convention.

Cette adhésion s'effectuera au moyen d'un instrument communiqué au Secrétaire général de la Société des Nations, aux fins de dépôt dans les archives du Secrétariat. Le Secrétaire général notifiera ce dépôt immédiatement à tous Etats signataires ou adhérents.

Art. 18. La présente Convention n'entrera en vigueur qu'après avoir été ratifiée au nom de trois Etats. La date de son entrée en vigueur sera le quatre-vingt-dixième jour après la réception, par le Secrétaire général de la Société des Nations, de la troisième ratification. Ultérieurement, la présente Convention prendra effet, en ce qui concerne chacune des Parties, quatre-vingt-dix jours après la reception de la ratification ou de la notification de l'adhésion.

Conformément aux dispositions de l'article 18 du Pacte de la Société des Nations, le Secrétaire général enregistrera la présente Convention le jour de l'entrée en vigueur de cette dernière.

Art. 19. Un recueil spécial sera tenu par le Secrétaire général de la Société des Nations, Indiquant, compte tenu de l'article 21, quelles Parties ont signé ou ratifié la présente Convention, y ont adhéré ou l'ont dénoncée. Ce recueil sera constamment ouvert aux Membres de la Société et publication en sera faite aussi souvent que possible, suivant les indications du Conseil.

Art. 20. Sous réserve des dispositions de l'article 11 de la présente Convention, celle-ci peut être dénoncée par l'une quelconque des Parties, après l'expiration d'un délai de cinq ans à partir de la date de son entrée en vigueur pour la dite Partie. La dénonciation sera faite sous forme de notification écrite, adressée au Secrétaire général de la Société des Nations. Copie de cette notification, informant toutes les autres Parties de la date à laquelle elle a été reçue, leur sera immédiatement transmise par le Secrétaire général.

La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle elle aura été reçue par le Secrétaire général et ne sera opérante qu'en ce qui concerne l'Etat qui l'aura notifiée.

Art. 21. Tout Etat signataire de la présente Convention ou y adhérant peut déclarer, soit au moment de sa signature, soit au moment de sa ratification ou de son adhésion, que son acceptation de la présente Convention n'engage pas, soit l'ensemble, soit tel de ses protectorats, colonies, possessions ou territoires d'outre-mer soumis à sa souveraineté ou à son autorité, et peut, ultérieurement et conformément à l'article 17, adhérer séparément au nom de l'un quelconque de ces protectorats, colonies, possessions ou territoires d'outre-mer exclus par cette déclaration.

La dénonciation pourra également s'effectuer séparément pour tout protectorat, colonie, possession ou territoire d'outre-mer; les dispositions de l'article 20 s'appliqueront à cette dénonciation.

Art. 22. La revision de la présente Convention pourra être demandée à toute époque par un tiers des Etats contractants.

En foi de quoi, les plénipotentiaires sus-nommés ont signé la présente Convention.

Digitized by Google

Fait à Genève, le neuf décembre mil neuf cent vingt-trois, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Secrétariat de la Société des Nations.

(Unterzeichnet von den Vertretern folgender Staaten: Oesterreich, Belgien, Großbritannien, Chile, Dänemark, Danzig, Spanien, Griechenland, Ungarn, Italien, Litauen, Polen, Serbisch kroatisch slowenischer Staat, Uruguay.)

2. Protocole de signature de la Convention relative au transport en transit de l'énergie électrique.

Au moment de procéder à la signature de la Convention relative au transport en transit de l'énergie électrique, conclue à la date de ce jour, les soussignés, dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

La Convention ne contient aucunement l'obligation, pour un Etat contractant, d'accorder aux propriétaires ou entrepreneurs de lignes servant au transit de l'énergie électrique un traitement plus favorable sur son territoire qu'aux propriétaires ou entrepreneurs de lignes servant au transport de l'énergie électrique dans l'intérieur du pays.

La Convention ne vise pas les lignes destinées exclusivement à la transmission dee signaux et de la parole.

Le présent Protocole aura les mêmes force, valeur et durée que la Convention conclue à la date de ce jour et dont il doit être considéré comme faisant partie intégrante.

En foi de quoi les plénipotentiaires sus-nommés ont signé le présent Protocole.

Fait à Genève, le neuf décembre mil neuf cent vingt-trois, en simple expédition qui sera déposée dans les archives du Secrétariat de la Société des Nations; copie conforme en sera remise à tous les Etats représentés à la Conférence.

[Suivent les mêmes signatures que celles figurant à la fin de la Convention] *).

D.

Konvention über hydroelektrische Kraftanlagen auf internationalen Gewässern 9. 12. 1923.

1. Convention.

(La Convention devant rester ouverte jusqu'au 31 octobre 1924, les noms des Parties et de leurs représentants seront inscrits à cette date suivant l'ordre alphabétique.)

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

Désireux de faciliter la mise en valeur et d'améliorer le rendement des forces hydrauliques par une entente internationale.

Ayant accepté l'invitation de la Société des Nations de participer à une conférence réunie à Genève le 15 novembre 1923,

Soucieux de conclure une convention générale à cet effet,

Les Hautes Parties contractantes ont nommé pour leurs plénipotentiaires:

[Suivent les noms.]

— — — — — — — — — — — — — — — — — —

lesquels, après avoir communiqué leurs pleins pouvoirs, trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Article premier. La présente Convention ne modifie en aucune manière la liberté pour tout Etat, dans le cadre du droit international, d'exécuter sur son territoire tous travaux d'aménagement de forces hydrauliques qu'il désire.

*) *S. oben auf dieser Seite Zeile 4 ff. — Herausgeber.*

Digitized by Google

Art. 2. Dans le cas où la mise en valeur rationnelle de forces hydrauliques comporte une étudé internationale, les Etats contractants intéressés se prêteront à cette étude. Il y sera procédé en commun, sur la demande de l'un d'entre eux, afin de rechercher la solution la plus favorable à l'ensemble de leurs intérêts, et, compte tenu des ouvrages existants, entrepris ou projetés, d'arrêter si possible un programme d'aménagement.

Tout Etat contractant qui désirerait modifier un programme d'aménagement ainsi arrêté provoquerait, s'il y a lieu, une nouvelle étude, dans les conditions prévues à l'alinéa précédent.

L'exécution d'un programme d'aménagement n'est obligatoire pour chaque Etat que si cette obligation est formellement aeceptée.

Art. 3. Lorsqu'un Etat contractant désire exécuter des travaux d'aménagement de forces hydrauliques en partie sur son propre territoire, en partie sur le territoire de tout autre Etat contractant, ou comportant une modification de l'état des lieux sur le territoire de tout autre Etat contractant, les Etats intéressés négocieront en vue de la conclusion d'accords destinés à permettre l'exécution de ces travaux.

Art. 4. Lorsqu'un Etat contractant désire exécuter des travaux d'aménagement de forces hydrauliques dont il pourrait résulter, pour tout autre Etat contractant, un préjudice grave, les Etats intéressés négocieront en vue de la conclusion d'accords destinés à permettre l'exécution de ces travaux.

Art. 5. Les solutions techniques adoptées dans les accords visés aux articles précédents tiendront compte, dans le cadre de chaque législation nationale, exclusivement des considérations qui s'exerceraient légitimement dans des cas analogues d'aménagement de forces hydrauliques n'intéressant qu'un seul Etat, abstraction faite de toute frontière politique.

Art. 6. Les accords visés aux articles précédents pourront prévoir notamment, selon les cas:

a) Les conditions générales d'établissement, d'entretien et d'exploitation des ouvrages;

b) Les prestations équitables entre Etats intéressés pour frais, risques, dommages et charges de toute nature, occasionnés par l'établissement et l'exploitation des ouvrages, ainsi que pour le remboursement des frais d'entretien;

c) Le règlement des questions de coopération financière;

d) L'organisation du contrôle technique et de la surveillance de la sécurité publique;

e) La protection des sites;

f) Le règlement d'eau;

g) La protection des droits des tiers;

h) Le mode de règlement des différends sur l'interprétation et l'application des accords.

Art. 7. L'établissement et l'exploitation des ouvrages destinés à l'utilisation des forces hydrauliques seront soumis, sur le territoire de chaque Etat, aux dispositions légales et administratives applicables à l'établissement et à l'exploitation d'ouvrages similaires dans cet Etat.

Art. 8. En ce qui concerne les voies navigables, prévues comme devant être soumises à la Convention générale sur le régime des voies navigables d'intérêt international, les droits et obligations qui pourraient résulter des accords conclus en conformité de la présente Convention ne devront être entendus que sous réserve des droits et obligations résultant de la Convention générale et des actes particuliers, conclus ou à conclure, régissant les dites voies navigables.

Art. 9. La présente Convention ne fixe pas les droits et les devoirs des belligérants et des neutres en temps de guerre. Néanmoins, elle subsistera en temps de guerre dans la mesure compatible avec ces droits et ces devoirs.

Digitized by Google

Art. 10. La présente Convention ne comporte aucunement le retrait de facilités plus grandes que celles résultant de ses dispositions, et qui auraient été accordées, dans des conditions compatibles avec ses principes, à l'aménagement des forces hydrauliques. Elle ne comporte pas davantage l'interdiction d'en accorder à l'avenir de semblables.

Art. 11. La présente Convention n'affecte en rien les droits et obligations des Etats contractants, en vertu de conventions ou traités antérieurs sur les matières faisant l'objet de la présente Convention, ou de dispositions sur les mêmes matières de traités généraux, notamment des Traités de Versailles, Trianon et autres traités ayant mis fin à la guerre de 1914—1918.

Art. 12. Si un différend surgit entre Etats contractants, au sujet de l'application ou de l'interprétation de la présente Convention, et si ce différend ne peut être réglé soit directement entre les Parties, soit par tout autre moyen de règlement amiable, les Parties pourront soumettre ce différend pour avis consultatif à l'organe qui se trouverait institué par la Société des Nations comme organe consultatif et technique des Membres de la Société en ce qui concerne les communications et le transit, à moins qu'elles n'aient décidé ou ne décident d'un commun accord de recourir à une autre procédure, soit consultative, soit arbitrale, soit judiciaire.

Les dispositions de l'alinéa précédent ne sont pas applicables au regard de tout Etat qui invoquerait, pour s'opposer à l'aménagement de forces hydrauliques, des motifs fondés sur des préjudices graves à son économie ou à sa sécurité nationales.

Art. 13. Il est entendu que la présente Convention ne doit pas être interprétée comme réglant en quoi que ce soit les droits et obligations inter se de territoires faisant partie ou placés sous la protection d'un même Etat souverain, que ces territoires pris individuellement soient ou non Etats contractants.

Art. 14. Rien, dans les précédents articles, ne pourra être interprété comme affectant en quoi que ce soit les droits et obligations de tout Etat contractant en tant que Membre de la Société des Nations.

Art. 15. La présente Convention, dont les textes français et anglais feront également foi, portera la date de ce jour et sera, jusqu'au 31 octobre 1924, ouverte à la signature de tout Etat représenté à la Conférence de Genève, de tout Membre de la Société des Nations et de tout Etat à qui le Conseil de la Société des Nations aura, à cet effet, communiqué un exemplaire de la présente Convention.

Art. 16. La présente Convention est sujette à ratification. Les instruments de ratification seront transmis au Secrétaire général de la Société des Nations, qui en notifiera le dépôt à tous Etats signataires ou adhérents.

Art. 17. A partir du 1er novembre 1924, tout Etat représenté à la Conférence de Genève, tout Membre de la Société des Nations et tout Etat auquel le Conseil de la Société des Nations aura, à cet effet, communiqué un exemplaire pourra adhérer à la présente Convention.

Cette adhésion s'effectuera au moyen d'un instrument communiqué au Secrétaire général de la Société des Nations, aux fins de dépôt dans les archives du Secrétariat. Le Secrétaire général notifiera ce dépôt immédiatement à tous Etats signataires ou adhérents.

Art. 18. La présente Convention n'entrera en vigueur qu'après avoir été ratifiée au nom de trois Etats. La date de son entrée en vigueur sera le quatre-vingt-dixième jour après la réception, par le Secrétaire général de la Société des Nations, de la troisième ratification. Ultérieurement, la présente Convention prendra effet, en ce qui concerne chacune des Parties, quatre-vingt-dix jours après la réception de la ratification ou de la notification de l'adhésion.

Digitized by Google

Conformément aux dispositions de l'article 18 du Pacte de la Société des Nations, le Secrétaire général enregistrera la présente Convention le jour de l'entrée en vigueur de cette dernière.

Art. 19. Un recueil spécial sera tenu par le Secrétaire général de la Société des Nations, indiquant, compte tenu de l'article 21, quelles Parties ont signé ou ratifié la présente Convention, y ont adhéré ou l'ont dénoncée. Ce recueil sera constamment ouvert aux Membres de la Société et publication en sera faite aussi souvent que possible, suivant les indications du Conseil.

Art. 20. Sous réserve des dispositions de l'article 11 de la présente Convention, celle-ci peut être dénoncée par l'une quelconque des Parties, après l'expiration d'un délai de cinq ans à partir de la date de son entrée en vigueur pour ladite Partie. La dénonciation sera faite sous forme de notification écrite, adressé au Secrétaire général de la Société des Nations. Copie de cette notification, informant toutes les autres Parties de la date à laquelle elle a été reçue, leur sera immédiatement transmise par le Secrétaire général.

La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle elle aura été reçue par le Secrétaire général, et ne sera opérante qu'en ce qui concerne l'Etat qui l'aura notifiée.

Art. 21. Tout Etat signataire de la présente Convention ou y adhérant peut déclarer, soit au moment de sa signature, soit au moment de sa ratification ou de son adhésion, que son acceptation de la présente Convention n'engage pas, soit l'ensemble, soit tel de ses protectorats, colonies, possessions ou territoires d'outre-mer soumis à sa souveraineté ou à son autorité, et peut, ultérieurement et conformément à l'article 17, adhérer séparément au nom de l'un quelconque de ses protectorats, colonies, possessions ou territoires d'outre-mer exclus par cette déclaration.

La dénonciation pourra également s'effectuer séparément pour tout protectorat, colonie, possession ou territoire d'outre-mer; les dispositions de l'article 20 s'appliqueront à cette dénonciation.

Art. 22. La revision de la présente Convention pourra être demandée à toute époque par un tiers des Etats contractants.

En foi de quoi les plénipotentiaires susnommés ont signé la présente Convention.

Fait à Genève, le neuf décembre mil neuf cent vingt-trois, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives du Secrétariat de la Société des Nations.

(Folgen die Unterschriften der Vertreter folgender Staaten: Oesterreich, Belgien, Großbritannien, Chile, Dänemark, Danzig. Griechenland, Ungarn, Italien, Litauen, Polen, Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat, Uruguay.)

2. Protocole de signature de la Convention relative à l'aménagement des forces hydrauliques intéressant plusieurs Etats.

Au moment de procéder à la signature de la Convention relative à l'aménagement des forces hydrauliques intéressant plusieurs Etats, conclue à la date de ce jour, les soussignés, dûment autorisés, sont convenus de ce qui suit:

Les dispositions de la Convention ne modifient en aucune manière le droit international, en ce qui concerne la responsabilité et les obligations de tout Etat à l'égard d'un préjudice, de quelque nature qu'il soit, qui résulterait de l'exécution de travaux d'aménagement de forces hydrauliques.

Le présent Protocole aura les mêmes force, valeur et durée que la Convention conclue à la date de ce jour et dont il doit être considéré comme faisant partie intégrante.

Digitized by Google

En foi de quoi, les Plénipotentiaires susnommés ont signé le présent Protocole

Fait à Genève, le neuf décembre mil neuf cent vingt-trois, en simple expédition qui sera déposée dans les archives du Secrétariat de la Société des Nations; copie conforme en sera remise à tous les Etats représentés à la Conférence.

(Folgen die Unterschriften.)

XII.

Die Konventionen der ersten Generalkonferenz für Verkehr und Transit, Barcelona 10. März bis 20. April 1921 *).

A.

Konvention und Statut über die Freiheit des Durchgangsverkehrs 20. 4. 1921.

1. Convention.

L'Albanie, l'Autriche, la Belgique, la Bolivie, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, la Chine, la Colombie, le Costa-Rica, Cuba, le Danemark, l'Empire britannique (avec la Nouvelle-Zélande et les Indes), l'Espagne, l'Esthonie, la Finlande, la France, la Grèce, le Guatémala, Haïti, le Honduras, l'Italie, le Japon, la Lettonie, la Lithuanie, le Luxembourg, la Norvège, le Panama, le Paraguay, les Pays-Bas, la Perse, la Pologne, le Portugal, la Roumanie, l'Etat serbe-croate-slovène, la Suède, la Suisse, la Tchéco-Slovaquie, l'Uruguay et le Venezuela:

Désireux d'assurer la garantie et le maintien de la liberté des communications et du transit,

Considérant qu'en ces matières, c'est par le moyen de conventions générales, auxquelles d'autres Puissances pourront adhérer ultérieurement, qu'ils seront le mieux à même de réaliser les intentions de l'article 23 e) du Pacte de la Société des Nations,

Reconnaissant qu'il importe de proclamer et de régler le droit de libre transit comme un des meilleurs moyens de développer la coopération entre les Etats, sans préjudice de leurs droits de souveraineté ou d'autorité sur les voies affectées au transit,

Ayant accepté l'invitation de la Société des Nations de participer à une Conférence réunie à Barcelone le 10 mars, et ayant pris connaissance de l'acte final de cette Conférence,

Soucieux de mettre en vigueur, dès à présent, les dispositions du Statut applicable au transit par voie ferrée et par voie d'eau qui a été adopté,

Voulant conclure une Convention à cet effet, les Hautes Parties contractantes ont nommé pour leurs plénipotentiaires:

(folgen die Namen).

Lesquels, après avoir communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Article premier. Les Hautes Parties Contractantes déclarent accepter le statut ci-annexé relatif à la Liberté du Transit, adopté par la Conférence de Barcelone, le 14 avril 1921.

*) Der französische und englische Text der Abkommen ist abgedruckt im Recueil des Traités des Völkerbundes, Bd. VII, S. 36 ff. Herausgeber.

Digitized by Google

Ce statut sera considéré comme faisant partie intégrante de la présente Convention. En conséquence, elles déclarent accepter les obligations et engagements dudit Statut, conformément aux termes et suivant les conditions qui y figurent.

Art. 2. La présente Convention ne porte en rien atteinte aux droits et obligations qui résultent des dispositions du Traité de Paix, signé à Versailles le 28 juin 1919, ou des dispositions des autres Traités analogues, en ce qui concerne les Puissances signataires ou bénéficiaires de ces traités.

Art. 3. La présente Convention, dont les textes français et anglais font également foi, portera la date de ce jour et pourra être signée jusqu'au 1er décembre 1921.

Art. 4. La présente Convention est sujette à ratification. Les instruments de ratification seront transmis au Secrétaire général de la Société des Nations, qui en notifiera la réception aux autres Membres de la Société, ainsi qu'aux Etats admis à signer la Convention. Les instruments de ratification seront déposés aux archives du Secrétariat.

Pour déférer aux prescriptions de l'article 18 du Pacte de la Société des Nations, le Sécrétaire général procédera à l'enregistrement de la présente Convention, dès le dépôt de la première ratification.

Art. 5. Les Membres de la Société des Nations qui n'auront pas signé la présente Convention avant le 1er décembre 1921 pourront y adhérer.

Il en sera de même des Etats non Membres de la Société, auxquels le Conseil de la Société aurait décidé de donner communication officielle de la présente Convention.

L'adhésion sera notifiée au Secrétaire général de la Société, qui informera toutes les Puissances intéressées de l'adhésion et de la date à laquelle celle-ci a été notifiée.

Art. 6. La présente Convention n'entrera en vigueur qu'après avoir été ratifiée par cinq Puissances. La date de son entrée en vigueur sera le quatre-vingt-dixième jour après la réception par le Secrétaire général de la Société des Nations de la cinquième ratification. Ultérieurement, la présente Convention prendra effet, en ce qui concerne chacune des Parties, quatre-vingt-dix jours après la réception de la ratification ou de la notification de l'adhésion.

Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Secrétaire général en adressera une copie conforme aux Puissances non Membres de la Société, qui, en vertu des Traités de Paix, se sont engagées à y adhérer.

Art. 7. Un recueil spécial sera tenu par le Secrétaire général de la Société des Nations, indiquant quelles Parties ont signé ou ratifié la présente Convention, y ont adhéré ou l'ont dénoncée. Ce recueil sera constamment ouvert aux Membres de la Société et publication en sera faite aussi souvent que possible, suivant les indications du Conseil.

Art. 8. Sous réserve des dispositions de l'article 2 de la présente Convention, celle-ci peut être dénoncée par l'une quelconque des Parties, après l'expiration d'un délai de cinq ans, à partir de la date de son entrée en vigueur pour ladite Partie. La dénonciation sera faite sous forme de notification écrite, adressée au Secrétaire général de la Société des Nations. Copie de cette notification, informant toutes les autres parties de la date à laquelle elle a été reçue, leur sera immédiatement transmise par le Secrétaire général.

La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle elle aura été reçue par le Secrétaire général et ne sera opérante qu'en ce qui concerne la Puissance qui l'aura notifiée.

Art. 9. La revision de la présente Convention peut être demandée à toute époque par un tiers des Hautes Parties Contractantes.

Digitized by Google

En foi de quoi, les plénipotentiaires susnommés ont signé la présente Convention.

Fait à Barcelone, le vingt avril mil neuf cent vingt-et-un, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives de la Société des Nations.

(Das Abkommen ist unterzeichnet von den Vertretern folgender Staaten: Albanien, Oesterreich, Belgien, Bolivien, Bulgarien, Chile, China, Dänemark, Großbritannien *), Neuseeland, Indien, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Italien, Japan, Lettland, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Panama, Niederlande, Persien, Polen, Portugal, Rumänien, Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Uruguay.)

2. Statut.

Article premier. Seront considérés comme en transit à travers les territoires placés sous la souveraineté ou l'autorité de l'un quelconque des Etats contractants, les personnes, bagages, marchandises, ainsi que les navires, bateaux, voitures, wagons ou autres instruments de transport, dont le trajet par lesdits territoires, accompli avec ou sans transbordement, avec ou sans mise en entrepôt, avec ou sans rupture de charge, avec ou sans changement de mode de transport, n'est que la fraction d'un trajet total commencé et devant être terminé en dehors des frontières de l'Etat à travers le territoire duquel le transit s'effectue.

Les transports de cette nature seront désignés dans le présent Statut sous le nom de „transports en transit".

Art. 2. Sous réserve des autres stipulations du présent Statut, les mesures de réglementation et d'exécution prises par les Etats contractants, en ce qui concerne les transports effectués à travers les territoires placés sous leur souveraineté ou leur autorité, faciliteront le libre transit, par voie ferrée et par voie d'eau, sur les voies en service appropriées au transit international. Il ne sera fait aucune distinction, tirée soit de la nationalité des personnes, soit du pavillon des navires ou bateaux, soit des points d'origine, de provenance, d'entrée, de sortie ou de destination, soit de toute considération relative à la propriété des marchandises, des navires, bateaux, voitures, wagons ou autres instruments de transport.

En vue d'assurer l'application des dispositions du présent article, les Etats contractants autoriseront le transit à travers leurs eaux territoriales, conformément aux conditions et réserves d'usage.

Art. 3. Les transports en transit ne seront soumis à aucuns droits ou taxes spéciaux à raison de leur transit (entrée et sortie comprises). Toutefois, pourront être perçus sur ces transports en transit, des droits ou taxes exclusivement affectés à couvrir les dépenses de surveillance et d'administration qu'imposerait ce transit. Le taux de tous droits ou taxes de cette nature devra correspondre, autant que possible, à la dépense qu'ils ont pour objet de couvrir, et lesdits droits ou taxes seront appliqués dans les conditions d'égalité définies à l'article précédent, sauf que, sur certaines voies, ces droits ou taxes pourront être réduits ou même supprimés, à raison de différences dans le coût de la surveillance.

Art. 4. Les Etats contractants s'engagent à appliquer aux transports en transit, sur les voies exploitées ou administrées par des services d'Etat

*) Unter Vorbehalt der in das Protokoll der Sitzung vom 19. April 1921 aufgenommenen Erklärung bezüglich der auf der Konferenz von Barcelona nicht vertretenen Dominien.

Digitized by Google

ou concédés, quels que soient les points de départ ou de destination des transports, des tarifs équitables, tant par leur taux que par les conditions de leur application et compte tenu des conditions de trafic, ainsi que des considérations de la concurrence commerciale entre voies de transport. Ces tarifs devront être établis de façon à faciliter, autant que possible, le trafic international. Nulle rémunération, facilité ou restriction ne devra dépendre, directement ou indirectement, de la nationalité ou de la qualité du propriétaire du navire ou de tout autre instrument de transport qui aurait été ou devrait être employé pendant une partie quelconque du trajet total.

Art. 5. Aucun des Etats contractants ne sera tenu, par le présent Statut, d'assurer le transit des voyageurs dont l'entrée sur ses territoires sera prohibée ou des marchandises d'une catégorie dont l'importation est interdite, soit pour raison de santé ou de sécurité publiques, soit comme précaution contre les maladies des animaux ou des végétaux.

Chaque Etat contractant aura le droit de prendre les précautions nécessaires pour s'assurer que les personnes, bagages, marchandises, et notamment les marchandises soumises à un monopole, les navires, bateaux, voitures, wagons ou autres instruments de transport, sont réellement en transit, ainsi que pour s'assurer que les voyageurs en transit sont en mesure de terminer leur voyage et pour éviter que la sécurité des voies et moyens de communication soit compromise.

Rien, dans le présent Statut, ne saurait affecter les mesures qu'un quelconque des Etats contractants est ou pourra être amené à prendre en vertu de conventions internationales générales auxquelles il est partie, ou qui pourraient être conclues ultérieurement, en particulier celles conclues sous les auspices de la Société des Nations, relativement au transit, à l'exportation ou à l'importation d'une catégorie particulière de marchandises, telles que l'opium ou autres drogues nuisibles, les armes ou le produit de pêcheries, ou bien de conventions générales qui auraient pour objet de prévenir toute infraction aux droits de propriété industrielle, littéraire ou artistique, ou qui auraient trait aux fausses marques, fausses indications d'origine ou autres méthodes de commerce déloyal.

Dans le cas où des services de traction monopolisés seraient établis sur les voies navigables utilisées pour le transit, l'organisation de ces services devra être telle qu'elle n'apporte pas d'entrave au transit des navires et bateaux.

Art. 6. Le présent Statut n'impose à aucun des Etats contractants une obligation nouvelle, du fait des présentes stipulations, d'accorder le libre transit aux ressortissants, ainsi qu'à leurs bagages, ou au pavillon d'un Etat non contractant, ni aux marchandises, voitures, wagons ou autres instruments de transport ayant pour Etat de provenance, d'entrée, de sortie ou de destination, un Etat non contractant, sauf les cas où des motifs valables seraient invoqués en faveur d'un tel transit, par l'un quelconque des autres Etats contractants intéressés. Il est entendu, pour l'application du présent article, que les marchandises transitant sans transbordement, sous pavillon d'un des Etats contractants, bénéficient des avantages accordés à ce pavillon.

Art. 7. Il pourra être exceptionnellement, et pour un terme aussi limité que possible, dérogé aux dispositions des articles précédents par des mesures particulières ou générales que chacun des Etats contractants serait obligé de prendre en cas d'événements graves intéressant la sûreté de l'Etat ou les intérêts vitaux du pays, étant entendu que le principe de la liberté du transit doit être observé dans toute la mesure du possible.

Art. 8. Le présent Statut ne fixe pas les droits et les devoirs des belligérants et des neutres en temps de guerre. Néanmoins, il subsistera en temps de guerre dans la mesure compatible avec ces droits et ces devoirs.

Digitized by Google

Art. 9. Le présent Statut n'impose à aucun des Etats contractants d'obligation qui irait à l'encontre de ses droits et devoirs en tant que Membre de la Société des Nations.

Art. 10. Les traités, conventions ou accords conclus par les Etats contractants en matière de transit, avant la date du 1er mai 1921, ne sont pas abrogés par suite de la mise en vigueur du présent Statut.

En raison de cette non-abrogation, les Etats contractants s'engagent, soit à l'expiration de ces accords, soit dès que les circonstances le rendront possible, à apporter à ceux de ces accords ainsi maintenus, qui contreviendraient aux dispositions du présent Statut, toutes modifications destinées à les mettre en harmonie avec elles, que permettraient les conditions géographiques, économiques ou techniques des pays ou régions qui sont l'objet de ces accords.

Les Etats contractants s'engagent, en outre, à ne pas conclure, à l'avenir, de traités, conventions ou accords qui seraient contraires aux dispositions du présent Statut et qui ne seraient pas justifiés par des raisons géographiques, économiques ou techniques, motivant des dérogations exceptionelles.

Les Etats contractants pourront, par ailleurs, conclure des ententes régionales relatives au transit, en conformité avec les principes du présent Statut.

Art. 11. Le présent Statut ne comporte aucunement le retrait de facilités plus grandes que celles résultant de ses dispositions et qui auraient été accordées dans des conditions compatibles avec ses principes, aux transports en transit sur le territoire placé sous la souveraineté ou sous l'autorité de l'un quelconque des Etats contractants. Il ne comporte pas davantage l'interdiction d'en accorder à l'avenir de semblables.

Art. 12. Conformément à l'article 23 (e) du Pacte de la Société des Nations, tout Etat contractant qui pourra invoquer valablement contre l'application de l'une quelconque des dispositions du présent Statut, sur tout ou partie de son territoire, une situation économique grave, résultant de dévastations commises sur son sol pendant la guerre de 1914—1918, sera considéré comme dispensé temporairement des obligations résultant de l'application de la dite disposition, étant entendu que le principe de la liberté du transit doit être observé dans toute la mesure possible.

Art. 13. A défaut d'entente directe entre les Etats, tous différends qui surgiraient entre eux, relativement à l'interprétation ou à l'application du présent Statut, seront portés devant la Cour permanente de Justice internationale, à moins que, par application d'une convention spéciale ou d'une clause générale d'arbitrage, il ne soit procédé à un règlement du différend, soit par arbitrage, soit de toute autre manière.

Le recours sera formé ainsi qu'il est prévu à l'article 40 du Statut de la Cour permanente de Justice internationale.

Toutefois, afin de régler autant que possible ces différends à l'amiable, les Etats contractants s'engagent, préalablement à toute instance judiciaire et sous réserve des droits et attributions du Conseil et de l'Assemblée, à soumettre ces différends pour avis consultatif à l'organe qui se trouverait institué par la Société des Nations comme organe consultatif et technique des Membres de la Société, en ce qui concerne les communications et le transit. En cas d'urgence, un avis provisoire pourra recommander toutes mesures provisionnelles, destinées notamment à rendre au libre transit les facilités dont il jouissait avant l'acte ou le fait ayant donné lieu au différend.

Art. 14. Etant donné qu'il existe à l'intérieur ou sur les frontières mêmes des territoires de certains Etats contractants, des zones ou enclaves d'une étendu et d'une population très faible par rapport à celle des dits terri-

Digitized by Google

toires, et qui forment des parties détachées de ceux-ci, ou des établissements appartenant à d'autres Etats métropoles et que, d'autre part, il est impossible, pour des raisons administratives, d'appliquer les dispositions du présent Statut aux dites zones ou enclaves, il est convenu que ces dispositions ne s'y appliqueront pas.

Il en sera de même, lorsqu'une colonie on dépendance possède une frontière particulièrement longue par rapport à sa superficie, qui rend, en fait, impossible la surveillance de la douane et de la police.

Toutefois, les Etats intéressés appliqueront, dans les cas visés ci-dessus, un régime qui, dans la mesure du possible, respectera les principes du présent Statut et qui facilitera le transit et les communications.

Art. 15. Il est entendu que ce statut ne doit pas être interprété comme réglant en quoi que ce soit les droits et obligations inter se de territoires faisant partie ou placés sous la protection d'un même Etat souverain, que ces territoires, pris individuellement, soient ou non Membres de la Société des Nations.

B.

Konvention und Statut über das Regime schiffbarer Wasserstraßen von internationaler Bedeutung 20. 4. 1921.

1. Convention.

L'Albanie, l'Autriche, la Belgique, la Bolivie, le Brésil, la Bulgarie, le Chili, la Chine, la Colombie, le Costa-Rica, Cuba, le Danemark, l'Empire britannique (avec la Nouvelle-Zélande et les Indes), l'Espagne, l'Esthonie, la Finlande, la France, la Grèce, le Guatémala, Haïti, le Honduras, l'Italie, le Japon, la Lettonie, la Lituanie, le Luxembourg, la Norvège, le Panama, le Paraguay, les Pays-Bas, la Perse, la Pologne, le Portugal, la Roumanie, l'Etat serbe-croate-slovène, la Suède, la Suisse, la Tchéco-Slovaquie, l'Uruguay et le Venezuela,

Désireux en ce qui concerne le régime international de la navigation sur les eaux intérieures, de poursuivre l'évolution commencée il y a plus d'un siècle et affirmée solennellement dans de nombreux traités,

Considérant que c'est par le moyen de Conventions générales, auxquelles d'autres Puissances pourront adhérer ultérieurement, qu'ils seront le mieux à même de réaliser les intentions de l'article 23 (e) du Pacte de la Société des Nations,

Reconnaissant, en particulier, qu'une consécration nouvelle du principe de la liberté de la navigation, dans un Statut élaboré par quarante et un Etats appartenant aux diverses parties du monde, constitue une étape nouvelle et significative dans la voie de la coopération entre Etats, accomplie sans porter aucun préjudice à leurs droits de souveraineté ou d'autorité,

Ayant accepté l'invitation de la Société des Nations de participer à une Conférence, réunie à Barcelone le 10 mars 1921, et ayant pris connaissance de l'Acte final de cette Conférence,

Soucieux de mettre en vigueur, dès à présent, les dispositions du Statut concernant le régime des voies navigables d'intérêt international qui y a été adopté,

Voulant conclure une Convention à cet effet, les Hautes Parties Contractantes ont désigné pour plénipotentiaires:

(folgen die Namen).

Lesquels, après avoir communiqué leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus de ce qui suit:

Digitized by Google

Article premier. Les Hautes Parties contractantes déclarent accepter le Statut ci-annexé relatif au régime des voies navigables d'intérêt international, adopté par la Conférence de Barcelone, le 19 avril 1921.

Ce Statut sera considéré comme faisant partie intégrante de la présente Convention. En conséquence, elles déclarent accepter les obligations et engagements du dit statut, conformément aux termes et suivant les conditions qui y figurent.

Art. 2. La présente Convention ne porte en rien atteinte aux droits et obligations qui résultent des dispositions du Traité de Paix, signé à Versailles le 28 juin 1919, ou des dispositions des autres traités analogues, en ce qui concerne les Puissances signataires ou bénéficiaires de ces traités.

Art. 3. La présente Convention, dont lex textes français et anglais font également foi, portera la date de ce jour et pourra être signée jusqu'au 1er décembre 1921.

Art. 4. La présente Convention est sujette à ratification. Les instruments de ratification seront transmis au Secrétaire général de la Société des Nations, qui en notifiera la réception aux autres Membres de la Société, ainsi qu'aux Etats admis à signer la Convention. Les instruments de ratification seront déposés aux archives du Secrétariat.

Pour déférer aux prescriptions de l'article 18 du Pacte de la Société des Nations, le Secrétaire général procédera à l'enregistrement de la présente Convention, dès le dépôt de la première ratification.

Art. 5. Les Membres de la Société des Nations qui n'auront pas signé la présente Convention avant le 1er décembre 1921 pourront y adhérer.

Il en sera de même des Etats non Membres de la Société, auxquels le Conseil de la Société aurait décidé de donner communication officielle de la présente Convention.

L'adhésion sera notifiée au Secrétaire général de la Société, qui informera toutes les Puissances intéressées de l'adhésion et de la date à laquelle celle-ci a été notifiée.

Art. 6. La présente Convention n'entrera en vigueur qu'après avoir été ratifiée par cinq Puissances. La date de son entrée en vigueur sera le quatre-vingt-dixième jour après la réception par le Secrétaire général de la Société des Nations de la cinquième ratification. Ultérieurement, la présente Convention prendra effet, en ce qui concerne chacune des parties quatre-vingt-dix jours après la réception de la ratification ou de la notification de l'adhésion.

Dès l'entrée en vigueur de la présente Convention, le Secrétaire général en adressera une copie conforme aux Puissances non Membres de la Société, qui, en vertu des Traités de Paix, se sont engagées à y adhérer.

Art. 7. Un recueil spécial sera tenu par le Secrétaire général de la Société des Nations, indiquant quelles parties ont signé ou ratifié la présente Convention, y ont adhéré ou l'ont dénoncée. Ce recueil sera constamment ouvert aux Membres de la Société et publication en sera faite aussi souvent que possible, suivant les indications du Conseil.

Art. 8. Sous réserve des dispositions de l'article 2 de la présente Convention, celle-ci peut être dénoncée par l'une quelconque des parties, après l'expiration d'un délai de cinq ans, à partir de la date de son entrée en vigueur pour ladite partie. La dénonciation sera faite sous forme de notification écrite, adressée au Secrétaire général de la Société des Nations. Copie de cette notification, informant toutes les autres parties de la date à laquelle elle a été reçue, leur sera immédiatement transmise par le Secrétaire général. La dénonciation prendra effet un an après la date à laquelle elle aura été reçue par le Secrétaire général et ne sera opérante qu'en ce qui concerne la Puissance qui l'aura notifiée. Elle ne portera pas atteinte, à

Digitized by Google

moins d'accord contraire, à des engagements relatifs à un programme de travaux contractés avant la dénonciation.

Art. 9. La revision de la présente Convention peut être demandée à toute époque par un tiers des Hautes Parties contractantes.

En foi de quoi, les plénipotentiaires susnommés ont signé la présente Convention.

Fait à Barcelone, le vingt avril mil neuf cent vingt et un, en un seul exemplaire qui restera déposé dans les archives de la Société des Nations.

(Es folgen die Unterschriften der Vertreter folgender Staaten: Albanien, Oesterreich, Belgien, Bolivien, Bulgarien, Chile, China, Dänemark, Großbritannien*), Neuseeland, Indien, Spanien, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Italien, Litauen, Luxemburg, Norwegen, Panama, Polen, Portugal, Schweden, Tschechoslowakei, Uruguay.)

2. Statut.

Article premier. Pour l'application du présent Statut, seront considérées comme voies navigables d'intérêt international:

1. Toutes parties naturellement navigables vers et depuis la mer d'une voie d'eau qui, dans son cours naturellement navigable vers et depuis la mer, sépare ou traverse différents Etats, ainsi que toute partie d'une autre voie d'eau naturellement navigable vers et depuis la mer reliant à la mer une voie d'eau naturellement navigable qui sépare ou traverse différents Etats.

Il est entendu que:

a) Le transbordement d'un navire ou bateau à un autre n'est pas exclu par les mots „navigables vers et depuis la mer“;

b) Est dite naturellement navigable, toute voie d'eau naturelle ou partie de voie d'eau naturelle faisant actuellement l'objet d'une navigation commerciale ordinaire ou susceptible, par ses conditions naturelles, de faire l'objet d'une telle navigation; par navigation commerciale ordinaire, il faut entendre une navigation qui, étant donné les conditions économiques des pays riverains, est commercialement et couramment praticable;

c) Les affluents doivent être considérés comme des voies d'eau séparées;

d) Les canaux latéraux, établis en vue de suppléer aux imperfections d'une voie d'eau rentrant dans la définition ci-dessus, sont assimilés à cette dernière;

e) Sont considérés comme riverains, tous les Etats séparés ou traversés par une même voie navigable d'intérêt international, y compris ses affluents d'intérêt international.

2. Les voies d'eau ou parties de voies d'eau naturelles ou artificielles, désignées expressément comme devant être soumises au régime de la Convention générale concernant les voies navigables, soit dans les Actes unilatéraux des Etats sous la souveraineté ou l'autorité desquels se trouvent les dites voies d'eau ou parties de voies d'eau, soit dans des accords comportant notamment le consentement des dits Etats.

Art. 2. Parmi les voies navigables d'intérêt international, constituant une catégorie spéciale en vue de l'application des articles 5, 10, 12 et 14 du présent Statut:

a) Les voies navigables pour lesquelles il existe une Commission internationale où sont représentés des Etats non riverains;

*) Unter Vorbehalt der in das Protokoll der Sitzung vom 19. April 1921 aufgenommenen Erklärung bezüglich der auf der Konferenz nicht vertretenen britischen Dominien.

Digitized by Google

b) Les voies navigables qui seraient ultérieurement classées dans cette catégorie, soit en vertu d'Actes unilatéraux des Etats sous la souveraineté ou l'autorité desquels elles se trouvent, soit en vertu d'accords comportant notamment le consentement des dits Etats.

Art. 3. Sous réserve des stipulations des articles 5 et 17, chacun des Etats contractants accordera, sur les parties de voies navigables ci-dessus désignées qui se trouvent sous sa souveraineté ou autorité, le libre exercice de la navigation aux navires et bateaux battant pavillon de l'un quelconque des Etats contractants.

Art. 4 Dans l'exercice de la navigation ci-dessus visée, les ressortissants, les biens et les pavillons de tous les Etats contractants seront, sous tous les rapports, traités sur le pied d'une parfaite égalité. Aucune distinction ne sera notamment faite entre les ressortissants, les biens et les pavillons des différents Etats riverains, y compris l'Etat riverain sous la souveraineté ou l'autorité duquel se trouve la partie de voie navigable considérée; de même, aucune distinction ne sera faite entre les ressortissants, les biens et les pavillons des Etats riverains et ceux des non-riverains. Il est entendu, en conséquence, qu'aucun privilège exclusif de navigation ne sera accordé sur les dites voies navigables à des sociétés ou à des particuliers.

Aucune distinction ne pourra être faite, dans le dit exercice, en raison du point de provenance ou de destination, ou de la direction des transports.

Art. 5. Par dérogation aux deux articles précédents et sauf convention ou obligation contraire:

1. Tout Etat riverain a le droit de réserver à son propre pavillon le transport de voyageurs et de marchandises chargés à un port se trouvant sous sa souveraineté ou autorité et déchargés à un autre port se trouvant également sous sa souveraineté ou autorité. L'Etat qui ne réserve pas à son propre pavillon les transports ci-dessus spécifiés peut, néanmoins, à l'égard d'un co-riverain qui se les réserve, refuser le bénéfice de l'égalité de traitement en ce qui concerne ces dits transports.

Sur les voies navigables, visées à l'article 2, l'Acte de navigation ne pourra laisser aux Etats riverains que le droit de réserver les transports locaux de voyageurs et de marchandises indigènes ou indigénées. Toutefois, dans tous les cas où une liberté plus complète de la navigation aurait déjà été proclamée dans un Acte de navigation antérieur, cette liberté ne sera pas diminuée.

2. Lorsqu'un réseau navigable naturel d'intérêt international, ne comprenant pas de voies visées à l'article 2, ne sépare ou traverse que deux Etats, ceux-ci ont le droit de réserver d'un commun accord à leur pavillon le transport des voyageurs et des marchandises chargés à un port de ce réseau et déchargés à un autre port de ce même réseau, à moins que ce transport ne soit accompli entre deux ports qui ne se trouvent pas sous la souveraineté ou l'autorité d'un même Etat au cours d'un voyage, sans transbordement sur les territoires de l'un ou l'autre des dits Etats, comportant un parcours en mer ou sur une voie navigable d'intérêt international n'appartenant pas au dit réseau.

Art. 6. Chacun des Etats contractants conserve, sur les voies navigables ou parties de voies navigables visées à l'article 1 et se trouvant sous sa souveraineté ou autorité, le droit dont il jouit actuellement d'édicter des dispositions et de prendre des mesures nécessaires à la police générale du territoire et à l'application des lois et règlements concernant les douanes, la santé publique, les précautions contre les maladies des animaux et des végétaux, l'émigration ou l'immigration et l'importation ou l'exportation des marchandises prohibées; il est entendu que ces dispositions et ces mesures ne dépassant pas les nécessités et appliquées sur un pied de parfaite égalité

Digitized by Google

aux ressortissants, aux biens et aux pavillons de l'un quelconque des Etats contractants, y compris l'Etat contractant qui les édicte, ne devront pas, sans motif valable, entraver le libre exercice de la navigation.

Art. 7. Sur le parcours, comme à l'embouchure de voies navigables d'intérêt international, il ne pourra être perçu de redevances d'aucune espèce autres que des redevances ayant le caractère de rétributions et destinées exclusivement à couvrir d'une manière équitable les frais d'entretien de la navigabilité ou d'amélioration de la voie navigable et de ses accès, ou à subvenir à des dépenses faites dans l'intérêt de la navigation. Ces redevances seront calculées sur ces frais et dépenses et le tarif en sera affiché dans les ports. Elles seront établies de manière à ne pas rendre nécessaire, sauf soupçon de fraude ou de contravention, un examen détaillé de la cargaison et de manière à faciliter, autant que possible, tant par les conditions de leur prélèvement que par les tarifs eux-mêmes, le trafic international.

Art. 8. En ce qui concerne les formalités douanières, le transit des navires et des bateaux, des voyageurs et des marchandises, sur les voies navigables d'intérêt international, s'effectuera dans les conditions fixées par le Statut de Barcelone sur la liberté du transit. Chaque fois que le transit aura lieu sans transbordement, les dispositions complémentaires ci-après seront applicables:

a) Lorsque les deux rives d'une voie navigable d'intérêt international font partie d'un même Etat, les formalités douanières imposées aux marchandises en transit, après la déclaration et une visite sommaire, se borneront à la mise sous scellés, sous cadenas ou sous la garde d'agents des douanes;

b) Lorsqu'une voie navigable d'intérêt international forme frontière entre deux Etats, les navires et bateaux, les voyageurs et les marchandises en transit devront être, en cours de route, exempts de toute formalité douanière, sauf le cas où, pour des raisons valables d'ordre pratique et sans porter atteinte à la facilité de la navigation, l'accomplissement des formalités douanières se ferait en un point de la partie de la voie navigable formant frontière.

Le transit des navires ou bateaux et des voyageurs, ainsi que le transit des marchandises sans transbordement, sur les voies navigables d'intérêt international, ne pourront donner lieu à la perception d'aucun des droits qui sont, soit prohibés par le Statut de Barcelone sur la liberté du transit, soit autorisés par l'article 3 du dit Statut; étant entendu, toutefois, que pourront être mis à la charge des navires et bateaux en transit, le logement et la nourriture des agents des douanes strictement requis pour la surveillance.

Art. 9. Dans tous les ports situés sur une voie navigable d'intérêt international et sous le rapport de l'utilisation de ces ports, les ressortissants, les biens et les pavillons de tous les Etats contractants jouiront, sous réserve des dispositions des articles 5 et 17, notamment en ce qui concerne les droits et redevances de ports, d'un traitement égal à celui des ressortissants, des biens et des pavillons de l'Etat riverain sous la souveraineté ou l'autorité duquel le port se trouve. Il est entendu que les biens auxquels s'applique le présent alinéa sont les biens ayant pour origine, provenance ou destination l'un quelconque des Etats contractants.

Les installations des ports situés sur une voie navigable d'intérêt international et les facilités offertes dans ceux-ci à la navigation ne pourront être soustraites à l'usage public que dans une mesure raisonnable et pleinement compatible avec le libre exercice de la navigation.

Pour l'application des droits de douane ou assimilés, des droits d'octroi local et de consommation, comme en ce qui touche les frais accessoires, perçus à l'occasion de l'importation ou de l'exportation des marchandises par les dits ports, il ne sera fait aucune différence en raison du pavillon du navire ou

Digitized by Google

bateau ayant effectué ou devant effectuer le transport, que ce pavillon soit le pavillon national ou celui de l'un quelconque des Etats contractants.

L'Etat sous la souveraineté ou l'autorité duquel un port se trouve pourra retirer le bénéfice de l'alinéa précédent à tout navire ou bateau, s'il est prouvé que son armateur défavorise systématiquement les ressortissants de cet Etat ou les sociétés contrôlées par les dits ressortissants.

A moins de motif exceptionnel justifiant, pour des nécessités économiques, une dérogation, les droits de douane ne pourront être supérieurs à ceux qui sont perçus aux autres frontières douanières de l'Etat intéressé sur les marchandises de même nature, de même provenance et de même destination. Toutes les facilités qui seraient accordées, par les Etats contractants, sur d'autres voies de terre ou d'eau, ou dans d'autres ports pour l'importation et l'exportation des marchandises, seront également concédées à l'importation ou à l'exportation effectuées dans les mêmes conditions par la voie navigable et les ports visés ci-dessus.

Art. 10. 1. Tout Etat riverain est tenu, d'une part, de s'abstenir de toutes mesures susceptibles de porter atteinte à la navigabilité ou de diminuer les facilités de la navigation, et, d'autre part, de prendre le plus rapidement possible toutes dispositions utiles, afin d'écarter tous obstacles et dangers accidentels pour la navigation.

2. Si cette navigation exige un entretien régulier, chacun des Etats riverains a, à cet effet, l'obligation envers les autres de pendre les mesures et d'exécuter les travaux nécessaires sur son territoire le plus rapidement possible, compte tenu, à toute époque, de l'état de la navigation, ainsi que de l'état économique des régions desservies par la voie navigable.

Sauf convention contraire, chacun des Etats riverains aura le droit, en invoquant des motifs valables, d'exiger des autres riverains une équitable participation aux frais de cet entretien.

3. Sauf motif légitime d'opposition d'un des Etats riverains, y compris l'Etat territorialement intéressé, fondé soit sur les conditions mêmes de la navigabilité en son territoire, soit sur d'autres intérêts tels que, entre autres, le maintien du régime normal des eaux, les besoins de l'irrigation, l'utilisation de la force hydraulique ou la nécessité de la construction d'autres voies de communication plus avantageuses, un Etat riverain ne pourra se refuser à exécuter, à la demande d'un autre Etat riverain, les travaux nécessaires d'amélioration de la navigabilité, si celui-ci offre d'en payer les frais, ainsi qu'une part équitable de l'excédent des frais d'entretien. Néanmoins, il est entendu que ces travaux ne pourront être entrepris tant que l'Etat sur le territoire duquel ils doivent être exécutés s'y oppose du chef d'intérêts vitaux.

4. Sauf convention contraire, l'Etat tenu d'exécuter les travaux d'entretien pourra se libérer de cette obligation si, avec l'accord te tous les Etats co-riverains, un ou plusieurs d'entre eux acceptent de les exécuter à sa place; pour les travaux d'amélioration, l'Etat tenu de les exécuter sera libéré de cette obligation s'il autorise l'Etat demandeur à les exécuter à sa place; l'exécution des travaux par des Etats autres que l'Etat territorialement intéressé, ou la participation de ces Etats aux frais de ces travaux, seront assurés sans préjudice, pour l'Etat territorialement intéressé, de ses droits de contrôle et d'administration sur ces travaux et des prérogatives de sa souveraineté ou autorité sur la voie navigable.

5. Sur les voies navigables visées à l'article 2, les dispositions du présent article sont applicables sous réserve des stipulations des traités, conventions ou actes de navigation qui déterminent les pouvoirs et la responsabilité de la Commission internationale à l'égard des travaux.

Sous réserve des dispositions spéciales des dits traités, conventions ou actes de navigation, existants ou à conclure:

Digitized by Google

a) Les décisions concernant les travaux appartiennent à la Commission;

b) Le règlement, dans les conditions prévues à l'article 22 ci-après, de tout différend qui surgirait du chef de ces décisions pourra, dans tous les cas, être demandé pour motif d'incompétence ou de violation des conventions internationales régissant les voies navigables. Pour tout autre motif, la requête en vue d'un règlement dans les dites conditions ne pourra être formée que par l'Etat territorialement intéressé.

Les décisions de la Commission devront être conformes aux règles du présent article.

6. Nonobstant les dispositions du premier paragraphe du présent article, un Etat riverain pourra, sauf convention contraire, désaffecter totalement ou partiellement une voie navigable moyennant accord de tous les Etats riverains ou de tous les Etats représentés à la Commission internationale, dans le cas des voies navigables visées à l'article 2.

Exceptionnellement, une voie navigable d'intérêt international non visée à l'article 2 pourra être désaffectée par l'un des Etats riverains, si la navigation y est très peu développée et si cet Etat justifie d'un intérêt économique manifestement supérieur à celui de la navigation. Dans ce cas, la désaffectation ne pourra avoir lieu qu'au bout d'une année après préavis et sauf recours d'un autre Etat riverain dans les conditions prévues à l'article 22. La décision fixera, le cas échéant, les conditions dans lesquelles la désaffectation pourra être faite.

7. Dans les cas où une voie navigable d'intérêt international donne accès à la mer par plusieurs bras situés dans le territoire d'un même Etat, les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 du présent article s'appliquent seulement aux bras principaux jugés nécessaires pour donner un plein accès à la mer.

Art. 11. Dans le cas où un ou plusieurs des Etats riverains d'une voie navigable d'intérêt international ne sont pas parties au présent Statut, les obligations financières assumées par chacun des Etats contractants en vertu de l'article 10 ne peuvent excéder les obligations qu'ils auraient assumées au cas où tous les Etats riverains seraient parties au Statut.

Art. 12. Sauf dispositions contraires d'un accord ou traité particulier, notamment des Conventions existantes relatives aux mesures douanières, à la police et aux précautions sanitaires, l'administration des voies navigables d'intérêt international est exercée par chacun des Etats riverains sous la souveraineté ou l'autorité duquel cette voie navigable se trouve. Chacun des dits Etats riverains a notamment le pouvoir et est tenu d'édicter la réglementation de la navigation sur ladite voie et de veiller à son application; cette réglementation devra être établie et appliquée de telle manière que soit facilité le libre exercice de la navigation, dans les conditions prévues au présent Statut.

Les règles de procédure touchant notamment la constatation, la poursuite et la répression des délits de navigation devront tendre à des solutions aussi expéditives que possible.

Toutefois, les Etats contractants reconnaissent qu'il est hautement désirable que les Etats riverains s'entendent pour ce qui concerne l'administration de la voie navigable et particulièrement pour l'adoption d'une réglementation de la navigation qui soit aussi uniforme, sur tout le parcours de cette voie navigable, que le permet la diversité des circonstances locales.

Des services publics monopolisés de remorquage ou d'autres moyens de traction peuvent être établis, en vue de faciliter l'exercice de la navigation, moyennant l'accord unanime des Etats riverains, ou des Etats représentés à la Commission internationale dans le cas des voies navigables visées à l'article 2.

Digitized by Google

Art. 13. Les traités, conventions ou accords en vigueur conclus par les Etats contractants en matière de voies navigables, avant la date de mise en vigueur du présent Statut, ne sont pas abrogés, en ce qui concerne les Etats signataires des dits traités, conventions ou accords, par le fait de cette mise en vigueur.

Toutefois, les Etats contractants s'engagent à ne pas appliquer entre eux celles des dispositions des dits traités, conventions ou accords qui seraient opposées aux règles du présent Statut.

Art. 14. Dans le cas où un des accords ou traités particuliers visés à l'article 12 aurait confié, ou confierait certaines fonctions à une Commission internationale, comprenant des représentants d'Etats autres que les Etats riverains, cette Commission devrait s'inspirer exclusivement, sous réserve des dispositions de l'article 10, des intérêts de la navigation et serait considérée comme un des organismes prévus à l'article 24 du Pacte de la Société des Nations; en conséquence, elle échangerait directement avec les organes de la Société toutes informations utiles et ferait parvenir un rapport annuel à la Société.

Les attributions des Commissions prévues à l'alinéa précédent seront déterminées dans l'Acte de navigation de chaque voie navigable et comporteront au moins les attributions suivantes:

a) La Commission aura qualité pour élaborer les règlements de navigation qu'elle jugerait nécessaire d'élaborer elle-même et recevra communication de tous autres règlements de navigation;

b) Elle signalera aux Etats riverains les travaux utiles pour l'entretien des ouvrages et le maintien de la navigabilité;

c) Elle recevra de chacun des Etats riverains communication officielle de tous projets d'amélioration de la voie navigable;

d) Elle aura qualité, au cas où l'Acte de navigation ne comprendrait pas une réglementation spéciale quant à la perception des redevances, pour approuver la perception de celles-ci, en appliquant les dispositions de l'article 7 du présent Statut.

Art. 15. Le présent Statut ne fixe pas les droits et les devoirs des belligérants et des neutres en temps de guerre; néanmoins, il subsistera en temps de guerre dans la mesure compatible avec ces droits et ces devoirs.

Art. 16. Le présent Statut n'impose à aucun des Etats contractants d'obligation qui irait à l'encontre de ses droits et devoirs en tant que Membre de la Société des Nations.

Art. 17. Sauf accords contraires auxquels l'Etat territorialement intéressé est ou sera partie, le présent Statut ne s'applique pas à la navigation des navires et bâtiments de guerre, de police, de contrôle ni, en général, de tous bâtiments exerçant, à un titre quelconque, la puissance publique.

Art. 18. Chacun des Etats contractants s'engage à ne pas concéder, soit par accord, soit de toute autre manière, à un Etat non contractant, un traitement, relatif à la navigation sur une voie navigable d'intérêt international, qui, entre Etats contractants, serait contraire aux dispositions du présent Statut.

Art. 19. Il pourra être exceptionnellement, et pour un terme aussi limité que possible, dérogé aux dispositions des articles précédents par des mesures particulières ou générales que chacun des Etats contractants serait obligé de prendre en cas d'événements graves intéressant la sûreté de l'Etat ou les intérêts vitaux du pays, étant entendu que le principe de la liberté de la navigation et spécialement la communication entre les pays riverains et la mer doivent être maintenus dans toute la mesure possible.

Digitized by Google

Art. 20. Le présent Statut ne comporte aucunement le retrait de facilités plus grandes en vigueur accordées au libre exercice de la navigation, sur une voie navigable d'intérêt international quelconque, dans des conditions compatibles avec le principe d'égalité prescrit par le présent Statut, en ce qui concerne les ressortissants, les biens et les pavillons de tous les Etats contractants. Il ne comporte pas davantage l'interdiction d'en accorder à l'avenir de semblables.

Art. 21. Conformément à l'article 23 (e) du Pacte de la Société des Nations, tout Etat contractant qui pourra invoquer valablement, contre l'application de l'une quelconque des dispositions du présent Statut, sur tout ou partie de son territoire, une situation économique grave résultant de dévastations commises sur son sol pendant la guerre de 1914—1918, sera considéré comme dispensé temporairement des obligations résultant de l'application de ladite disposition, étant entendu que le principe de la liberté de la navigation doit être observé dans toute la mesure possible.

Art. 22. Sans préjudice des dispositions de l'article 10, paragraphe 5, et à défaut d'entente directe entre les Etats, tous différends qui surgiraient entre eux, relativement à l'interprétation ou à l'application du présent Statut, seront portés devant la Cour permanente de Justice internationale, à moins que, par application d'une Convention spéciale ou d'une clause générale d'arbitrage, il ne soit procédé à un règlement du différend, soit par arbitrage, soit de toute autre manière.

Le recours sera formé ainsi qu'il est prévu à l'article 40 du Statut de la Cour permanente de Justice internationale.

Toutefois, afin de régler autant que possible ces différends à l'amiable, les Etats contractants s'engagent, préalablement à toute instance judiciaire et sous réserve des droits et attributions du Conseil et de l'Assemblée, à soumettre ces différends pour avis consultatif à l'organe qui se trouverait institué par la Société des Nations comme organe consultatif et technique des Membres de la Société, en ce qui concerne les communications et le transit. En cas d'urgence, un avis provisoire pourra recommander toutes mesures provisionnelles, destinées notamment à rendre à la libre navigation les facilités dont elle jouissait avant l'acte ou le fait ayant donné lieu au différend.

Art. 23. Une voie navigable ne sera pas considérée comme d'intérêt international, du fait seul qu'elle traverse ou délimite des zones ou enclaves d'une étendue et d'une population très faibles par rapport à celles des territoires traversés et qui forment des parties détachées ou des établissements appartenant à un Etat autre que celui auquel ladite rivière appartient, à cette exception près, dans tout son parcours navigable.

Art. 24. Le présent Statut ne sera pas applicable à une voie navigable d'intérêt international ayant deux riverains seulement et qui sépare sur une grande longueur un Etat contractant d'un Etat non contractant dont le gouvernement n'est pas reconnu par le premier au moment de la signature du présent Statut, tant qu'un accord n'aura pas été conclu entre eux, établissant pour la voie d'eau considérée un régime administratif et douanier qui donne à l'Etat contractant des sécurités convenables.

Art. 25. Il est entendu que ce Statut ne doit pas être interprété comme réglant en quoi que ce soit les droits et obligations inter se de territoires faisant partie ou placés sous la protection d'un même Etat souverain, que ces territoires pris individuellement soient ou non Membre de la Société des Nations.

Digitized by Google

3. Protocole additionel à la Convention.

Les Etats signataires de la Convention sur le régime des voies navigables d'intérêt international, signée à Barcelone le 20 avril 1921, dont les représentants dûment autorisés ont apposé leurs signatures au présent Protocole, déclarent que, en plus de la liberté des communications accordée par eux en vertu de la Convention sur les voies navigables considérées comme d'intérêt international, ils accordent, sous réserve de réciprocité, sans préjudice de leurs droits de souveraineté et en temps de paix, sur:

a) toutes les voies navigables,

b) toutes les voies naturellement navigables,

qui, placées sous leur souveraineté ou autorité et n'étant pas considérées comme d'intérêt international, sont accessibles à la navigation commerciale ordinaire vers et depuis la mer, ainsi que dans les ports situés sur ces voies d'eau, une égalité parfaite de traitement aux pavillons de tout Etat signataire du présent Protocole, en ce qui concerne les transports d'importation et d'exportation sans transbordement.

Lors de la signature, les Etats signataires doivent notifier s'ils acceptent les obligations dans l'étendue indiquée sous la lettre a) ci-dessus, ou seulement dans l'étendue plus restreinte définie sous la lettre b).

Il est entendu que les Etats ayant accepté le paragraphe a) ne sont liés envers ceux ayant accepté le paragraphe b) que sous les conditions résultant de ce dernier.

Il est également entendu que les Etats, dont un nombre considérable de ports situés sur des voies navigables sont restés fermés jusqu'à présent au commerce international, peuvent, lors de la signature du présent Protocole, exclure de son application une ou plusieurs des voies navigables ci-dessus définies.

Les Etats signataires seront libres de déclarer que leur acceptation du présent Protocole ne s'étend pas à l'ensemble ou à une partie des colonies, possessions d'outre-mer ou protectorats se trauvant sous leur souveraineté ou autorité. Ces Etats pourront donc, par la suite, adhérer au Protocole séparément, au nom d'une coionie, d'une possession d'outre-mer ou d'un protectorat, ainsi exclus dans leur déclaration. Ils pourront également dénoncer le Protocole, conformément à ses dispositions séparément au nom d'une quelconque des colonies, possessions d'outre-mer ou protectorats, se trouvant sous leur souveraineté ou autorité.

Le présent Protocole sera ratifié. Chaque Puissance adressera sa ratification au Secrétaire général de la Société des Nations, par les soins duquel il en sera donné avis à toutes les autres Puissances signataires. Les ratifications resteront déposées dans les archives du Secrétariat de la Société des Nations.

Le présent Protocole restera ouvert à la signature ou adhésion des Etats ayant signé la Convention mentionnée ci-dessus ou y ayant adhéré.

Il entrera en vigueur après réception par le Secrétaire général de la Société des Nations de la ratification de deux Etats; pourvu, toutefois, qu'à cette époque ladite Convention soit entrée en vigueur.

Il peut être dénoncé à toute époque après l'expiration d'une période de deux ans, à compter de la date de la réception par le Secrétaire général de la Société des Nations de la ratification de l'Etat qui dénonce. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après sa réception par le Secrétaire général de la Société des Nations. La dénonciation de la Convention sur le régime des voies navigables d'intérêt international sera considérée comme comprenant la dénonciation du présent Protocole.

Digitized by Google

Fait à Barcelone, le vingt avril mil neuf cent vingt et un, en un seul exemplaire dont les textes français et anglais feront foi.

(Es folgen die Unterschriften der Vertreter folgender Staaten: Albanien, Belgien *), Chile, Dänemark *), Großbritannien *), Neuseeland *), Spanien *), Finnland *), Griechenland, Indien *), Norwegen, Portugal, Schweden *), Tschechoslowakei **). und zwar der mit * bezeichneten Staaten unter Annahme der oben (S. 271) unter a) angegeben, der mit ** bezeichneten Staaten in der Annahme der oben (S. 271) unter b) angegebenen Erstreckung.
Herausgeber.)

C.

Erklärung betr. Anerkennung des Flaggenrechts von Staaten ohne Küste 20. 4. 1921.

Les soussignés, dûment autorisés à cet effet, déclarent que les Etats qu'ils représentent reconnaissent le pavillon des navires de tout Etat qui n'a pas de littoral maritime, lorsqu'ils sont enregistrés en un lieu unique déterminé, situé sur son territoire; ce lieu constituera pour ces navires le port d'enregistrement.

Barcelone, le vingt avril mil neuf cent vingt et un, fait en un seul exemplaire dont les textes français et anglais font également foi.

(Es folgen die Unterschriften der Vertreter folgender Staaten: Uruguay, Griechenland, Schweiz, Panama, Bolivien, Lettland, Guatemala, Polen, Bulgarien, Oesterreich, Schweden, Belgien, Frankreich, China, Niederlande, Spanien, Litauen, Persien, Dänemark, Chile, Italien, Portugal, Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat, Tschechoslowakei, Norwegen, Großbritannien *), Neuseeland, Indien, Estland, Albanien, Japan.)

XIII.

Deutsch-englischer Handelsvertrag 2. 12. 1924[1]).

Der Deutsche Reichspräsident einerseits und Seine Majestät der König des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland und der britischen überseeischen Dominien, Kaiser von Indien, andererseits, gleicherweise von dem Wunsche beseelt, die zwischen ihren Ländern bereits bestehenden Handelsbeziehungen weiter zu erleichtern und auszudehnen, haben beschlossen, zu diesem Zwecke einen Handels- und Schiffahrtsvertrag abzuschließen und haben ihre Bevollmächtigten ernannt,

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, and the President of the German Reich being desirous of further facilitating and extending the commercial relations already existing between their respective countries, have determined to conclude a Treaty of Commerce and Navigation with this object, and have appointed their plenipotentiaries, that is to say:

*) Unter Vorbehalt der in das Protokoll der Sitzung vom 19. April 1921 aufgenommenen Erklärung bezüglich der auf der Konferenz nicht vertretenen britischen Dominien. Herausgeber.

[1]) Nach amtlicher Vorlage (Berlin, Reichsdruckerei 6418. 24. III.).

Digitized by Google

Der Deutsche Reichspräsident:

Seine Exzellenz Dr. *Friedrich Sthamer*, den außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter des Deutschen Reichs in London; und

Dr. *Carl von Schubert*, Ministerialdirektor im Deutschen Auswärtigen Amt;

Seine Britannische Majestät:

Den Right Honourable *Joseph Austen Chamberlain*, M. P., Seiner Majestät Ersten Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten; und

Seine Exzellenz den Right Honourable *Lord d'Abernon*, G. C. M. G., Seiner Majestät außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter in Berlin;

die nach gegenseitiger Mitteilung ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten die nachstehenden Artikel vereinbart haben:

Artikel 1.

Zwischen den Gebieten der beiden vertragschließenden Teile soll gegenseitige Freiheit des Handels und der Schiffahrt bestehen.

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen das Recht haben, mit ihren Schiffen und Ladungen unbehindert nach allen Plätzen und Häfen in den Gebieten des anderen Teiles zu kommen, nach denen den Staatsangehörigen dieses Teiles zu kommen gestattet ist oder noch gestattet werden mag, und sie sollen in Hinsicht auf Handel und Schiffahrt dieselben Rechte, Vorrechte, Freiheiten, Vergünstigungen, Befreiungen und Ausnahmen genießen, die die Staatsangehörigen dieses Teiles genießen oder noch genießen werden.

Artikel 2.

Die Staatsangehörigen jedes der beiden vertragschließenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles sowohl hinsichtlich ihrer Person als auch hinsichtlich ihrer Güter, Rechte, Interessen und in bezug auf ihren Handel, Gewerbe, Geschäft, Beruf, Betätigung oder irgendwelche son-

His Britannic Majesty:

The Right Honourable *Joseph Austen Chamberlain*, M. P., His Majesty's Principal Secretary of State for Foreign Affairs; and

His Excellency the Right Honourable *Lord d'Abernon*, G. C. M. G., His Majesty's Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary at Berlin;

The President of the German Reich;

His Excellency Dr. *Friedrich Sthamer*, Ambassador Extraordinary and Plenipotentiary of the German Reich in London; and

Dr. *Carl von Schubert*, Director in the German Ministry of Foreign Affairs;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon the following articles: —

Article 1.

There shall be between the territories of the two Contracting Parties reciprocal freedom of commerce and navigation.

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties shall have liberty freely to come, with their ships and cargoes, to all places and ports in the territories of the other to which subjects or citizens of that Contracting Party are or may be permitted to come, and shall enjoy the same rights, privileges, liberties, favours, immunities and exemptions in matters of commerce and navigation as are or may be enjoyed by subjects or citizens of that Contracting Party.

Article 2.

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties in the territories of the other shall enjoy, in respect of their persons, their property, rights and interests, and in respect of their commerce, industry, business, profession, occupation or any other matter, in every way the same

Digitized by Google

stigen Angelegenheiten in jeder Beziehung die gleiche Behandlung und den gleichen gesetzlichen Schutz genießen wie die Staatsangehörigen dieses Teiles oder die des meistbegünstigten fremden Landes, soweit es sich um Steuern, Abgaben, Zölle, Auflagen, Gebühren, die ihrem Wesen nach Steuern sind, oder um ähnliche Lasten handelt.

Artikel 3.

Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, daß in allen Handel, Schiffahrt und Gewerbe betreffenden Angelegenheiten alle Vorrechte, Vergünstigungen oder Befreiungen, die der eine der beiden vertragschließenden Teile den Schiffen und Staatsangehörigen irgend eines anderen fremden Landes gegenwärtig zugesteht oder in Zukunft zugestehen wird, gleichzeitig und bedingungslos ohne Ansuchen und ohne Gegenleistung auf die Schiffe und Staatsangehörigen des anderen Teiles ausgedehnt werden sollen; hierbei ist es ihre Absicht, Handel, Schiffahrt und Gewerbe eines jeden der beiden vertragschließenden Teile in jeder Hinsicht denjenigen der meistbegünstigten Nation gleichzustellen.

Artikel 4.

Die die Gewährung der Behandlung als meistbegünstigste Nation betreffenden Bestimmungen dieses Vertrags erstrecken sich nicht auf:

1. Begünstigungen, die von einem der beiden vertragschließenden Teile einem Nachbarstaate zur Erleichterung des Verkehrs für gewisse, in der Regel nicht über 15 km beiderseits der Grenze hinausgehende Grenzgebiete und für die Bewohner solcher Gebiete eingeräumt werden;
2. Begünstigungen, die von einem der beiden vertragschließenden Teile einem dritten Staate auf Grund einer schon abgeschlossenen oder gegebenenfalls später abzuschließenden Zollunion eingeräumt werden;
3. Begünstigungen, die einer der beiden vertragschließenden Teile in Verträgen über Ausschluß der Doppelbesteuerung und gegen-

treatment and legal protection as the subjects or citizens of that party or of the most favoured foreign country, in as far as taxes, rates, customs, imposts, fees which are substantially taxes, and other similar charges are concerned.

Article 3.

The two Contracting Parties agree that in all matters relating to commerce, navigation and industry, any privilege, favour or immunity which either of the two Contracting Parties has actually granted or may hereafter grant to the ships and subjects or citizens of any other foreign country shall be extended, simultaneously and unconditionally, without request and without compensation, to the ships and subjects or citizens of the other, it being their intention that the commerce, navigation and industry of each of the two Contracting Parties shall be placed in all respects on the footing of the most favoured nation.

Article 4.

The provisions of the present Treaty with regard to the grant of the treatment of the most favoured nation do not extend to: —

1. Favours granted by one of the two Contracting Parties to an adjoining State to facilitate traffic for certain frontier districts, as a rule not extending beyond 15 kilometres on each side of the frontier, and for residents in such districts.
2. Favours granted by one of the two Contracting Parties to a third State in virtue of a Customs Union which has already been or may hereafter be concluded.
3. Favours which one of the two Contracting Parties has granted or may hereafter grant to a third State in agreements for the avoi-

Digitized by Google

seitigen Schutz in Steuersachen einem dritten Staate zugestanden hat oder gegebenenfalls später zugestehen wird;

4. Begünstigungen, die Deutschland mittelbar oder unmittelbar auf Grund der den Weltkrieg beendigenden Verträge, an denen Seine Britannische Majestät beteiligt ist, zugestanden hat oder gegebenenfalls später zugestehen wird, es sei denn, daß die Begünstigungen einem Staate eingeräumt worden sind, der sie weder mittelbar noch unmittelbar auf Grund dieser Verträge in Anspruch nehmen kann.

Artikel 5.

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen in dem Gebiete des anderen Teiles volle Freiheit haben, bewegliches und unbewegliches Eigentum jeder Art zu erwerben und zu besitzen, deren Erwerb und Besitz nach den Gesetzen des anderen Teiles den Staatsangehörigen irgendeines anderen fremden Landes gestattet ist oder gestattet werden wird. Sie sollen darüber durch Verkauf, Tausch, Schenkung, Heirat, letzten Willen oder in jeder anderen Weise verfügen oder solches Eigentum durch Erbschaft erwerben können unter den gleichen Bedingungen, die für die Staatsangehörigen des anderen Teiles gelten oder gelten werden.

Den Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile soll es auch gestattet sein, den Erlös aus dem Verkauf ihres Eigentums und ihrer Waren überhaupt, unter Beobachtung der Gesetze des anderen Teiles, frei auszuführen, ohne als Ausländer anderen oder höheren Abgaben unterworfen zu sein, wie die, denen Staatsangehörige des betreffenden Teiles unter gleichartigen Umständen unterworfen sein würden.

Artikel 6.

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen in die Gebiete des anderen Teiles einreisen und sich dort aufhalten können, solange sie den für die Eindance of double taxation, and the mutual protection of the revenue.

4. Favours which Germany has granted or may hereafter grant, directly or indirectly, by virtue of treaties to which His Britannic Majesty is a party, concluding the world war, unless those favours have been extended to a State which has no right to claim them, directly or indirectly, by reason of such treaties.

Article 5.

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties in the territories of the other shall be at full liberty to acquire and possess every description of property, movable and immovable, which the laws of the other Contracting Party permit, or shall permit, the subjects or citizens of any other foreign country to acquire and possess. They may dispose of the same by sale, exchange, gift, marriage, testament, or in any other manner, or acquire the same by inheritance, under the same conditions as are or shall be established with regard to subjects or citizens of the other Contracting Party.

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties shall also be permitted, on compliance with the laws of the other Contracting Party, freely to export the proceeds of the sale of their property and their goods in general without being subjected as foreigners to other or higher duties than those to which subjects or citizens of such party would be liable under similar circumstances.

Article 6.

The subjects or citizens of either of the two Contracting Parties shall be entitled to enter and reside in the territories of the other so long as they satisfy and observe the conditions and

Digitized by Google

reise und den Aufenthalt aller Ausländer geltenden Bedingungen und Vorschriften genügen und sie beobachten; sie sollen ferner in bezug auf die Ausübung von Handel, Beruf und Gewerbe dieselben Rechte genießen wie die Angehörigen des meistbegünstigten fremden Landes.

regulations applicable to the entry and residence of all foreigners, and they shall enjoy in respect of the exercise of their trades, professions or industries the same rights as the subjects or citizens of the most favoured foreign country.

Artikel 7.

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles von jedem zwangsweisen Militärdienst, sowohl in der Landmacht als auch in der Seemacht, den Luftstreitkräften, der Nationalgarde oder der Miliz befreit sein. In gleicher Weise sollen sie befreit sein von jedem Dienst in der Rechtspflege und in der Staats- oder Gemeindeverwaltung, mit Ausnahme des gesetzlich festgesetzten Geschworenendienstes, ferner von allen Geld- oder Naturalleistungen, die als Ablösung für persönliche Dienstleistungen auferlegt werden, und schließlich von allen militärischen Zwangsleistungen oder Requisitionen. Ausgenommen hiervon sind jedoch die aus irgendeinem Rechtstitel mit dem Besitz eines Grundstücks verbundenen Lasten sowie zwangsweise Einquartierung und andere besondere militärische Zwangsleistungen oder Requisitionen, zu denen alle Staatsangehörigen des anderen Teiles als Eigentümer oder Inhaber von Gebäuden oder Land herangezogen werden können.

Article 7.

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties in the territories of the other shall be exempted from all compulsory military service whatsoever, whether in the army, navy, air force, national guard or militia. They shall similarly be exempted from all judicial, administrative and municipal functions whatever, other than those imposed by the laws relating to juries, as well as from all contributions, whether pecuniary or in kind, imposed as an equivalent for personal service, and finally from any military exaction or requisition. The charges connected with the possession by any title of landed property are, however, excepted, as well as compulsory billeting and other special military exactions or requisitions to which all subjects or citizens of the other Contracting Party may be liable as owners or occupiers of buildings or land.

Soweit einer der beiden vertragschließenden Teile von den Staatsangehörigen des anderen Teiles militärische Zwangs- oder Requisitionsleistungen fordert, soll diesen hierfür die gleiche Entschädigung gewährt werden wie den eigenen Staatsangehörigen.

In so far as either of the two Contracting Parties may levy any military exactions or requisitions on the subjects or citizens of the other, it shall accord the same compensation in respect thereof as is accorded to its own subjects or citizens.

In den obengenannten Fällen sollen die Staatsangehörigen des einen der beiden vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles keine ungünstigere Behandlung erfahren, als die Staatsangehörigen des meistbegünstigten fremden Landes erfahren oder erfahren werden.

In the above respects the subjects or citizens of one of the two Contracting Parties shall not be accorded in the territories of the other less favourable treatment than that which is or may be accorded to subjects or citizens of the most favoured foreign country.

Digitized by Google

Artikel 8.

In den Gebieten des einen der beiden vertragschließenden Teile erzeugte oder verfertigte und in die Gebiete des anderen Teiles von irgendwoher eingeführte Waren sollen keinen anderen oder höheren Zöllen oder Abgaben unterliegen, als die in irgendeinem anderen fremden Lande erzeugten oder verfertigten gleichartigen Waren.

Vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 10 sollen gegen irgendwelche in den Gebieten des einen der beiden vertragschließenden Teile erzeugte oder verfertigte und in die Gebiete des anderen Teils von irgendwoher eingeführte Waren keine Einfuhrverbote oder Einfuhrbeschränkungen aufrechterhalten oder erlassen werden, die sich nicht gleicherweise auf die Einfuhr von in irgendeinem anderen fremden Lande erzeugten oder verfertigten gleichartigen Waren erstrecken.

Artikel 9.

In den Gebieten des einen der beiden vertragschließenden Teile erzeugte oder verfertigte und in die Gebiete des anderen Teiles ausgeführte Waren sollen keinen anderen oder höheren Abgaben oder Lasten unterworfen sein als denen, die für gleichartige, nach einem anderen fremden Lande ausgeführte Waren gezahlt werden. Vorbehaltlich der Bestimmungen des Art. 10 sollen auf die Ausfuhr irgendwelcher Waren aus den Gebieten des einen der beiden vertragschließenden Teile in die Gebiete des anderen Teiles keinerlei Verbote oder Beschränkungen gelegt werden, die nicht gleicherweise auf die Ausfuhr gleichartiger Gegenstände nach irgendeinem anderen fremden Lande ausgedehnt werden.

Artikel 10.

Handel und Verkehr zwischen den Gebieten der beiden vertragschließenden Teile soll nach Möglichkeit durch keinerlei Ein- und Ausfuhrverbote oder -beschränkungen gehemmt werden.

Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, ihr Recht auf

Article 8.

Articles produced or manufactured in the territories of one of the two Contracting Parties, imported into the territories of the other, from whatever place arriving, shall not be subjected to other or higher duties or charges than those paid on the like articles produced or manufactured in any other foreign country.

Subject to the provisions of article 10, no prohibition or restriction shall be maintained or imposed on the importation of any article, produced or manufactured in the territories of either of the two Contracting Parties, into the territories of the other, from whatever place arriving, which shall not equally extend to the importation of the like articles produced or manufactured in any other foreign country.

Article 9.

Articles produced or manufactured in the territories of either of the two Contracting Parties exported to the territories of the other, shall not be subjected to other or higher duties or charges than those paid on the like articles exported to any other foreign country. Subject to the provisions of Article 10 no prohibition or restriction shall be imposed on the exportation of any article from the territories of either of the two Contracting Parties to the territories of the other which shall not equally extend to the exportation of the like articles to any other foreign country.

Article 10.

Trade and traffic between the territories of the two Contracting Parties shall, as far as possible, not be impeded by any kind of import or export prohibitions or restrictions.

The two Contracting Parties agree to limit their right to impose prohi-

Digitized by Google

Einführung von Ein- oder Ausfuhrverboten oder Beschränkungen nach Möglichkeit auf die nachstehenden Fälle zu beschränken, wobei Einverständnis darüber besteht, daß solche Verbote oder Beschränkungen gleichzeitig und gleichmäßig auf andere fremde Länder ausgedehnt werden, in denen ähnliche Voraussetzungen gegeben sind:

a) öffentliche Sicherheit;
b) gesundheitspolizeiliche Gründe oder solche zum Schutze von Tieren und Pflanzen gegen Krankheiten und Schädlinge;
c) in Beziehung auf Waffen, Munition und Kriegsgerät und unter außerordentlichen Umständen auch in Beziehung auf anderen Kriegsbedarf;
d) zum Zwecke des Verbots der Einfuhr von Gegenständen, deren Einfuhr nach der Patentgesetzgebung des betreffenden Teiles verboten ist;
e) um auf ausländische Waren Verbote oder Beschränkungen auszudehnen, die durch die innere Gesetzgebung für die Erzeugung, den Vertrieb, den Verbrauch oder die Beförderung gleichartiger einheimischer Waren im Inlande festgesetzt sind oder etwa später festgesetzt werden. Dies trifft insbesondere bei Waren zu, die den Gegenstand eines Staatsmonopols oder einer monopolähnlichen Einrichtung bilden.

Keine Bestimmung dieses Artikels soll das Recht eines der beiden vertragschließenden Teile ausschließen, auf Grund allgemeiner Gesetzgebung angemessene Vorschriften über die Art, die Form oder den Platz der Einfuhr oder über die Markierung eingeführter Waren zu erlassen oder solche Vorschriften durch Einfuhrverbote auf die Waren, die ihnen nicht entsprechen, wirksam zu machen.

Artikel 11.

Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, daß keine Verbote oder Beschränkungen der Durchfuhr durch die Gebiete eines jeden

bitions or restrictions upon import or export as far as possible to the following cases, it being understood that such prohibitions or restrictions are extended at the same time and in the same way to other foreign countries in which similar conditions prevail: —

a) Public safety:
b) Sanitary grounds or for protection of animals and plants against diseases and pests;
c) In respect of weapons, ammunition and war material and, under exceptional circumstances, also in respect of other materials needed in war;
d) For the purpose of prohibiting the importation of articles where such prohibition is imposed under the Patent Laws of the respective parties;
e) For the purpose of extending to foreign goods prohibitions and restrictions which are or may hereafter be imposed by internal legislation upon the production, sale, consumption or forwarding within the territories of the party concerned of goods of the same kind produced within those territories, including, in particular, goods which are the subject of a State monopoly or similar arrangement.

Nothing in this article shall preclude either of the two Contracting Parties from prescribing, in pursuance of general legislation, reasonable regulations as to the manner, form or place of importation, or the marking of imported goods, or of enforcing such regulations by prohibiting the importation of goods which do not comply with them.

Article 11.

The two Contracting Parties agree that no prohibitions or restrictions on traffic in transit through the territories of either of the two Contracting

Digitized by Google

der beiden vertragschließenden Teile aus oder nach den Gebieten des anderen Teiles nach Maßgabe des Art. 17 dieses Vertrages eingeführt werden sollen, die nicht gleichzeitig und gleichmäßig auf andere Länder, in denen ähnliche Voraussetzungen gegeben sind, ausgedehnt werden.

Artikel 12.

Soweit, unter Beobachtung der beiden vorhergehenden Artikel, Verbote und Beschränkungen in Kraft gesetzt werden können, verpflichten sich die beiden vertragschließenden Teile, bei der Bewilligung von Ausnahmen von den Einfuhr- und Ausfuhrverboten alles zu tun:

a) damit die zur Erlangung einer derartigen Bewilligung zu erfüllenden Bedingungen und zu beobachtenden Förmlichkeiten sofort in der klarsten und bestimmtesten Form öffentlich bekanntgemacht werden;
b) damit die Art der Einteilung dieser Berechtigungsscheine möglichst einfach ist und gleichbleibt;
c) damit die Prüfung der Anträge und die Erteilung der Bewilligungen an die Antragsteller mit größter Beschleunigung erfolgt;
d) damit das System der Erteilung der Bewilligungen derart eingerichtet wird, daß der Handel mit diesen Berechtigungsscheinen verhindert wird. Zu diesem Zwecke müssen die Einzelbewilligungen auf den Namen des Berechtigten ausgestellt und die Uebertragbarkeit auf eine andere Person muß ausgeschlossen sein;
e) damit für den Fall der Festsetzung von Kontingenten die von dem Einfuhrlande verlangten Förmlichkeiten nicht derart sind, daß sie die gerechte Zuteilung der Warenmengen, deren Einfuhr gestattet ist, verhindern.

Artikel 13.

Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, sowohl durch ihre Gesetzgebung wie auch im Verwaltungswege alle geeigneten Maßregeln zu treffen, um die willkürliche

Parties from or to the territories of the other shall be imposed under the provisions of Article 17 of this treaty which are not extended at the same time and in the same way to other countries in which similar conditions prevail.

Article 12.

In so far as, having regard to the provisions of the two preceding articles. prohibitions and restrictions may be enforced, the two Contracting Parties undertake as regards import and export licences to do everything in their power to ensure:

a) That the conditions to be fulfilled and the formalities to be observed in order to obtain such licences should be brought immediately in the clearest and most definite form to the notice of the public;
b) That the method of issue of the certificates of licences should be as simple and stable as possible;
c) That the examination of applications and the issue of licences to the applicants should be carried out with the least possible delay;
d) That the system of issuing licences should be such as to prevent the traffic in licences. With this object, licences, when issued to individuals, should state the name of the holder and should not be capable of being used by any other person;
e) That, in the event of the fixing of rations, the formalities required by the importing country should not be such as to prevent an equitable allocation of the quantities of goods of which the importation is authorised.

Article 13.

The two Contracting Parties agree to take the most appropriate measures by their national legislation and administration both to prevent the arbitrary or unjust application of their

Digitized by Google

oder ungerechte Anwendung ihrer Gesetze und Ausführungsbestimmungen in Zoll- und ähnlichen Angelegenheiten zu verhindern und den Personen, die durch solche Mißbräuche geschädigt worden sind, Genugtuung im Verwaltungs-, Rechts- oder Schiedsgerichtswege zu sichern.

Artikel 14.

In den Gebieten eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen auf Waren, die in den Gebieten des anderen Teiles erzeugt oder verfertigt worden sind, keine anderen oder höheren inneren Abgaben, sei es für Rechnung des Staates oder für Rechnung örtlicher Behörden oder von Körperschaften, erhoben werden als die Abgaben, die unter ähnlichen Umständen von gleichartigen Waren heimischen oder irgendwelchen ausländischen Ursprungs erhoben werden.

Artikel 15.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages über die gegenseitige Gewährung der Behandlung als meistbegünstigte Nation finden bedingungslos auf die Behandlung der Handelsreisenden und ihrer Muster Anwendung. Hierbei einigen sich die beiden vertragschließenden Teile auf die Durchführung der Bestimmungen der in Genf am 3. November 1923 unterzeichneten internationalen Konvention über die Vereinfachung der Zollformalitäten.

Artikel 16.

Aktiengesellschaften und andere Erwerbsgesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen, die zur Betreibung von Handels-, Versicherungs-, Finanz-, Industrie-, Transport- oder irgendwelchen anderen Geschäften gebildet und in den Gebieten eines der beiden Teile errichtet sind, sollen, vorausgesetzt, daß sie in gehöriger Weise in Uebereinstimmung mit den in den betreffenden Gebieten geltenden Gesetzen gegründet sind, in den Gebieten des anderen Teiles zur Ausübung ihrer Rechte ermächtigt und gemäß den Gesetzen des anderen Teiles als Kläger oder Beklagte vor Gericht zu erscheinen berechtigt sein.

laws and regulations with regard to Customs and other similar matters, and to ensure redress by administrative, judicial or arbitral procedure for those who have been prejudiced by such abuses.

Article 14.

No internal duties shall be levied within the territories of either of the two Contracting Parties for the benefit of the State or local authorities or corporations on goods the produce or manufacture of the territories of the other party which are other or greater than the duties levied in similar circumstances on the like goods of national origin or of any other foreign origin.

Article 15.

The stipulations of the present treaty with regard to the mutual grant of the treatment of the most favoured nation apply unconditionally to the treatment of commercial travellers and their samples. In this matter the two Contracting Parties agree to carry out the provisions of the International Convention relating to the Simplification of Customs Formalities signed at Geneva on the 3rd November, 1923.

Article 16.

Limited liability and other companies, partnerships and associations formed for the purpose of commerce, insurance, finance, industry, transport or any other business and established in the territories of either party shall, provided that they have been duly constituted in accordance with the laws in force in such territories, be entitled, in the territories of the other, to exercise their rights and appear in the courts either as plaintiffs or defendants, subject to the laws of such other party.

Digitized by Google

Aktiengesellschaften und andere Erwerbsgesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen eines jeden der beiden Teile, die in Uebereinstimmung mit den in den Gebieten des anderen Teiles geltenden Gesetzen und Vorschriften zugelassen worden sind, sollen in diesen Gebieten hinsichtlich der Besteuerung ebenso behandelt werden wie die Aktiengesellschaften und anderen Erwerbsgesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen dieses Teiles.

Weiterhin verpflichten sich die beiden vertragschließenden Teile, den Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen keine Hindernisse in den Weg zu legen, die in ihren Gebieten durch Errichtung von Zweigniederlassungen oder auf andere Weise ein Geschäft irgendwelcher Art zu betreiben wünschen, das die Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen oder Staatsangehörige irgendeines anderen fremden Landes zurzeit oder in Zukunft betreiben dürfen.

Keinesfalls soll die Behandlung, die den Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen des einen der beiden vertragschließenden Teile vom anderen Teile gewährt wird, in irgendwelcher Hinsicht ungünstiger sein als diejenige, die den Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen des meistbegünstigten fremden Landes gewährt wird.

Es besteht Einverständnis darüber, daß die vorhergehenden Bestimmungen auf Gesellschaften, Teilhaberschaften und Vereinigungen Anwendung finden, einerlei, ob sie vor oder nach Zeichnung des gegenwärtigen Vertrages gegründet worden sind.

Keine Bestimmung dieses Artikels soll das Recht jedes der beiden Teile beeinträchtigen, Gesetze und Verordnungen über die Verfügung über unbewegliches Eigentum einzuführen oder aufrechtzuerhalten, sofern in dieser Beziehung der Grundsatz der Meistbegünstigung gewährt wird.

Artikel 17.

Die von den beiden vertragschließenden Teilen getroffenen Maß-

Limited liability an other companies, partnerships and associations of either party which shall have been admitted in accordance with the laws and regulations in force in the territories of the other party shall enjoy in those territories the same treatment in regard to taxation as is accorded to the limited liability and other companies, partnerships and associations of that party.

Furthermore, each of the two Contracting Parties undertakes to place no obstacle in the way of such companies, partnerships and associations which may desire to carry on in its territories, whether through the establishment of branches or otherwise, any description of business, which the companies, partnerships and associations or subjects or citizens of any other foreign country are or may be permitted to carry on.

In no case shall the treatment accorded by either of the two Contracting Parties to companies, partnerships and associations of the other be less favourable in respect of any matter whatever than that accorded to companies, partnerships and associations of the most favoured foreign country.

It is understood that the foregoing provisions are applicable to companies, partnerships and associations constituted before the signature of the present treaty as well as to those which may be constituted subsequently.

Nothing in this article shall prejudice the right of either party to impose or maintain laws and regulations governing the disposal of immovable property, provided that in regard to this matter the treatment of the most favoured nation is applied.

Article 17.

The measures taken by the two Contracting Parties for regulating

Digitized by Google

nahmen zur Regelung und Durchführung der Transporte durch ihre Gebiete sollen den freien Durchgangsverkehr auf den in Betrieb befindlichen und für den internationalen Durchgangsverkehr geeigneten Eisenbahnen und Wasserwegen erleichtern. Es wird dabei kein Unterschied gemacht, weder auf Grund der Staatsangehörigkeit von Personen, der Schiffsflagge, des Ursprungs-, Herkunfts-, Eintritts-, Austritts- oder des Bestimmungsortes, noch auf Grund irgendeiner Erwägung, hergeleitet aus den Eigentumsverhältnissen der Güter oder Schiffe, Personen- oder Güterwagen oder anderer Beförderungsmittel.

and forwarding traffic across their territories shall facilitate free transit by rail or waterway on routes in use convenient for international transit. No distinction shall be made which is based on the nationality of persons, the flag of vessels, the place of origin, departure, entry, exit or destination or on any circumstances relating to the ownership of goods or of vessels, coaching or goods stock, or other means of transport.

Um die Anwendung der vorstehenden Bestimmungen sicherzustellen, gestatten die beiden vertragschließenden Teile den Durchgangsverkehr durch ihre Territorialgewässer nach Maßgabe der üblichen Bedingungen und Vorbehalte.

In order to ensure the application of the foregoing provisions the two Contracting Parties will allow transit across their territorial waters in accordance with the customary conditions and reserves.

Die Durchgangstransporte werden keinen besonderen Gebühren oder Abgaben auf Grund ihrer Durchfuhr (Ein- und Austritt einbegriffen) unterworfen. Jedoch können diese Durchgangstransporte mit solchen Gebühren und Abgaben belegt werden, die lediglich zur Deckung der durch ihre Durchfuhr veranlaßten Ueberwachungs- und Verwaltungskosten dienen. Die Höhe aller derartigen Gebühren und Abgaben soll soweit wie möglich den Aufwendungen entsprechen, zu deren Deckung sie bestimmt sind. Auf diese Gebühren und Abgaben findet der im ersten Absatz dieses Artikels niedergelegte Grundsatz der Gleichheit Anwendung mit der Einschränkung, daß sie auf bestimmten Verkehrswegen mit Rücksicht auf Unterschiede in der Höhe der Ueberwachungskosten herabgesetzt oder sogar aufgehoben werden können.

Traffic in transit shall not be subject to any special dues in respect of transit (including entry and exit). Nevertheless, on such traffic in transit there may be levied dues intended solely to defray expenses of supervision and administration entailed by such transit. The rate of any such dues must correspond as nearly as possible with the expenses which they are intended to cover, and the dues must be imposed under the conditions of equality laid down in the first paragraph of this article, except that on certain routes such dues may be reduced or even abolished on account of differences in the cost of supervision.

Keiner der beiden vertragschließenden Teile wird durch diesen Artikel verpflichtet, die Durchreise solcher Personen, denen das Betreten seiner Gebiete verboten ist, oder den Durchgang solcher Güter zu gewährleisten, deren Einfuhr aus Gründen der öffentlichen Gesundheitspflege oder

Neither of the two Contracting Parties shall be bound by this article to afford transit for passengers whose admission into its territories is forbidden, or for goods of a kind of which the importation is prohibited either on grounds of public health or security or as a precaution against

Digitized by Google

der öffentlichen Sicherheit oder zur Verhütung der Einschleppung von Tier- oder Pflanzenkrankheiten verboten ist.

Jeder der beiden vertragschließenden Teile ist berechtigt, die angemessenen Vorkehrungen zu treffen, um sich zu vergewissern, daß die Personen, das Gepäck und die Güter, insbesondere die einem Monopol unterworfenen Güter, die See- und Binnenschiffe, Personen- und Güterwagen und anderen Beförderungsmittel sich tatsächlich im Durchgangsverkehre befinden, sowie um sich davon zu überzeugen, daß die auf der Durchreise befindlichen Personen in der Lage sind, ihre Reise zu beendigen und um zu verhüten, daß die Sicherheit der Verkehrswege und Verkehrsmittel gefährdet wird.

Dieser Artikel kann in keiner Weise die Maßnahmen berühren, die einer der beiden vertragschließenden Teile auf Grund allgemeiner internationaler Vereinbarungen, an denen er beteiligt ist oder die späterhin abgeschlossen werden sollten, zu treffen sich veranlaßt sieht oder sehen könnte. Namentlich gilt dies für Vereinbarungen, die unter dem Schutze des Völkerbundes abgeschlossen sind und den Durchgangsverkehr, die Ein- oder Ausfuhr bestimmter Warengattungen, wie Opium oder anderer schädlicher Drogen oder Fischereierzeugnisse, betreffen, und ebenso für allgemeine Vereinbarungen, die die Verhütung irgendwelcher Beeinträchtigung von gewerblichen, literarischen oder künstlerischen Eigentumsrechten zum Gegenstande haben oder sich auf die Anwendung falscher Waren- oder Ursprungsbezeichnungen oder anderer Mittel des unlauteren Wettbewerbs beziehen.

Falls auf den für den Durchgangsverkehr benutzten Wasserwegen ein Schleppmonopol eingerichtet ist, muß dessen Betrieb derart sein, daß er den Durchgangsverkehr für See- und Binnenschiffe nicht hindert.

Für die Zwecke dieses Vertrages gelten Personen, Gepäck, Güter sowie See- und Binnenschiffe, Personen- und

diseases of animals or plants.

Each of the two Contracting Parties shall be entitled to take reasonable precautions to ensure that persons, baggage and goods, particularly goods which are the subject of monopoly and also vessels, coaching and goods stock and other means of transport are really in transit, as well as to ensure that passengers in transit are in a position to complete their journey, and to prevent the safety of the routes and means of communication being in danger.

Nothing in this article shall affect the measures which either of the two Contracting Parties may feel called upon to take in pursuance of general international conventions to which it is a party or which may be concluded hereafter, particularly conventions concluded under the auspices of the League of Nations relating to the transit, export or import of particular kinds of articles such as opium or other dangerous drugs or the produce of fisheries or in pursuance of general conventions intended to prevent any infringement of industrial, literary or artistic property, or relating to false marks, false indications of origin or other methods of unfair competition.

Any haulage service established as a monopoly on waterways used for transit must be so organised as not to hinder the transit of vessels.

For the purposes of this treaty persons, baggage and goods, and also vessels, coaching and goods stock and

Digitized by Google

Güterwagen oder andere Beförderungsmittel als im Durchgangsverkehr ducrh die Gebiete eines der beiden vertragschließenden Teile befindlich, deren Beförderung durch die genannten Gebiete nur einen Bruchteil der Gesamtbeförderung ausmacht, die außerhalb der Grenzen des Teiles, durch dessen Gebiet sich der Durchgangsverkehr vollzieht, begonnen hat und enden soll, gleichviel, ob diese Beförderung mit oder ohne Umladung, mit oder ohne Einlagerung, mit oder ohne Teilung der Ladung, mit oder ohne Aenderung der Beförderungsart erfolgt. Derartige Transporte werden in diesem Artikel als „Durchgangstransporte" bezeichnet.

Artikel 18.

Jeder der beiden vertragschließenden Teile soll die Ein- und Ausfuhr aller Waren, die ein- und ausgeführt werden dürfen, sowie die Beförderung von Passagieren von oder nach den eigenen Gebieten auf den See- und Binnenschiffen des anderen Teiles gestatten; diese Schiffe, ihre Ladungen und Passagiere sollen die gleichen Vorrechte genießen und keinen anderen oder höheren Abgaben und Auflagen unterworfen sein als die See- und Binnenschiffe, deren Ladungen und Passagiere des eigenen oder irgendeines anderen fremden Landes.

Es besteht Einverständnis darüber, daß die vorstehenden Bestimmungen beide vertragschließenden Teile daran hindern, nach der Flagge abgestufte Zollsätze oder Auflagen von Gütern oder Passagieren zu erheben, die in Schiffen des anderen Teiles transportiert worden sind.

Die beiden vertragschließenden Teile kommen ferner überein, alle unlauteren Unterscheidungen hinsichtlich der Erleichterungen für den internationalen Eisenbahnverkehr und hinsichtlich der Sätze und Bedingungen ihrer Anwendung zu unterlassen, soweit solche sich gegen die Güter, Staatsangehörigen oder Schiffe des anderen richten.

Tarife, Ermäßigungen der Beförderungspreise oder sonstige Begünstigungen, deren Anwendung von der vorhergehenden oder folgenden

other means of transport, shall be deemed to be in transit across the territories of one of the two Contracting Parties, when the passage across such territories, with or without transhipment, warehousing, breaking bulk, or change in the mode of transport, is only a portion of a complete journey, beginning and terminating beyond the frontier of the party across whose territory the transit takes place. Traffic of this nature is termed in this article „traffic in transit".

Article 18.

Each of the two Contracting Parties shall permit the importation or exportation of all merchandise which may be legally imported or exported, and also the carriage of passengers from or to their respective territories, upon the vessels of the other; and such vessels, their cargoes and passengers shall enjoy the same privileges as, and shall not be subjected to any other or higher duties or charges than national vessels and their cargoes and passengers or the vessels of any other foreign country and their cargoes and passengers.

It is agreed that the foregoing provisions preclude either of the two Contracting Parties from imposing differential flag duties or charges on goods or passengers carried in vessels of the other.

The two Contracting Parties further agree, in regard to facilities for international railway traffic and to the rates and conditions of their application, to refrain from all discrimination of an unfair nature directed against the goods, nationals or vessels of the other.

Tariffs, reductions in rates or other railway facilities, the application of which is dependent upon previous or subsequent carriage of the goods upon

Digitized by Google

Beförderung der Waren mit Schiffen einer bestimmten staatlichen oder privaten Schiffahrtsunternehmung oder in einer bestimmten See- und Flußverbindung abhängig gemacht ist, kommen in derselben Richtung und auf derselben Verkehrsstrecke ohne weiteres auch jenen Waren zugute, die in den Schiffen des einen der beiden vertragschließenden Teile in einem Hafen des anderen vertragschließenden Teiles ankommen oder von letzterem weiterbefördert werden.

vessels of a certain State-owned or private shipping undertaking, or which are made conditional upon a given sea or river connection, shall unconditionally apply in the same direction and on the same routes to the goods carried in the vessels of one of the two Contracting Parties and arriving at or departing from a harbour of the other Contracting Party.

Artikel 19.

Bei der Anweisung von Schiffsliegeplätzen und beim Laden und Ausladen der Schiffe in den Hafengebieten, Häfen, Docks und auf den Reeden der beiden vertragschließenden Teile sollen von keinem Teile den Schiffen irgendeines anderen oder des eigenen Landes Vorrechte und Erleichterungen zugestanden werden, die nicht gleicherweise den Schiffen des anderen Teiles gewährt werden, ohne Rücksicht darauf, von woher sie kommen oder wohin sie bestimmt sind.

Article 19.

In all that regards the stationing, loading and unloading of vessels in the ports, docks, roadsteads and harbours of the territories of the two Contracting Parties, no privilege or facility shall be granted by either party to vessels of any other foreign country or to national vessels which is not equally granted to vessels of the other party from whatsoever place they may arrive and whatever may be their place of destination.

Artikel 20.

In bezug auf Tonnage, Hafen-, Lotsen-, Leuchtturm-, Quarantäne- oder andere ähnliche Gebühren oder Abgaben irgendwelcher Bezeichnung, die im Namen oder für Rechnung des Staates, öffentlicher Beamter, Privater, für Rechnung von Körperschaften oder Instituten irgendwelcher Art erhoben werden, sollen die Schiffe eines jeden der beiden vertragschließenden Teile in den Häfen des anderen Teiles eine wenigstens ebenso günstige Behandlung erfahren wie diejenigen, die den Schiffen des eigenen oder irgendeines anderen fremden Landes zuteil wird.

Alle Gebühren und Abgaben, die für den Gebrauch von Seehäfen erhoben werden, müssen vor ihrer Inkraftsetzung in gehöriger Weise veröffentlicht werden. Dasselbe gilt für die Polizeivorschriften und Hafenordnungen. In jedem Seehafen hat die Hafenbehörde ein Verzeichnis der in Kraft befindlichen Gebühren und

Article 20.

In regard to duties of tonnage, harbour, pilotage, lighthouse, quarantine or other analogous duties or charges of whatever denomination levied in the name or for the profit of the Government, public functionaries, private individuals, corporations or establishments of any kind, the vessels of each of the two Contracting Parties shall enjoy in the ports of the territories of the other treatment at least as favourable as that accorded to national vessels or the vessels of any other foreign country.

All dues and charges levied for the use of maritime ports shall be duly published before coming into force. The same shall apply to the byelaws and regulations of the ports. In each maritime port the Port Authority shall keep open for inspection by all persons concerned a table of the dues and charges in force, as well

Digitized by Google

Abgaben sowie eine Abschrift der Polizeivorschriften und Hafenordnung zur öffentlichen Einsichtnahme durch die Interessenten aufzulegen.

Artikel 21.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages über die gegenseitige Gleichstellung mit den eigenen Staatsangehörigen in Sachen der Schifffahrt finden keine Anwendung auf den Küstenhandel, hinsichtlich dessen die Staatsangehörigen und Schiffe eines jeden der vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles die Meistbegünstigung unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit genießen sollen.

Die Schiffe eines jeden der beiden vertragschließenden Teile dürfen nichtsdestoweniger von einem Hafen nach einem anderen fahren, entweder um ihre von außerhalb mitgebrachte Ladung ganz oder teilweise zu löschen oder von außerhalb kommende Passagiere zu landen oder um ihre für außerhalb bestimmte Ladung ganz oder teilweise einzunehmen oder nach außerhalb reisende Passagiere an Bord zu nehmen.

Es besteht auch Einverständnis darüber, daß, falls der Küstenhandel eines jeden der vertragschließenden Teile ausschließlich der eigenen Schifffahrt vorbehalten ist, die Schiffe des anderen Teiles, soweit sie den Handel nach oder von Plätzen außerhalb dieses vorbehaltenen Küstenhandels vermitteln, nicht daran gehindert werden sollen, zwischen zwei Häfen in den Gebieten des einen Teiles Passagiere mit durchgehenden Fahrkarten oder Waren mit durchgehenden Konnossementen nach oder von außerhalb der obengenannten Grenzen liegenden Plätzen zu befördern. Auf solchen Fahrten sollen diese Schiffe, ihre Passagiere und Ladungen die vollen Vorrechte dieses Vertrages genießen.

Artikel 22.

Die Bestimmungen dieses Vertrages sollen auf diejenige besondere Behandlung, die einer der beiden vertragschließenden Teile jetzt oder künftig den von einheimischen Schiffen ge-

as a copy of the bye-laws and regulations.

Article 21.

The provisions of this treaty relating to the mutual concession of national treatment in matters of navigation do not apply to the coasting trade, in respect of which the subjects or citizens and vessels of each of the Contracting Parties shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territories of the other, provided that reciprocity be assured.

The vessels of either Contracting Party may, nevertheless, proceed from one port to another, either for the purpose of landing the whole or part of their cargoes or passengers brought from abroad, or of taking on board the whole or part of their cargoes or passengers for a foreign destination.

It is also understood that in the event of the coasting trade of either party being exclusively reserved to national vessels, the vessels of the other party, if engaged in trade to or from places not within the limits of the coasting trade so reserved, shall not be prohibited from the carriage between two ports of the territories of the former party of passengers holding through tickets or merchandise consigned on through bills of lading to or from places not within the above-mentioned limits, and while engaged in such carriage these vessels and their passengers and cargoes shall enjoy the full privileges of this treaty.

Article 22.

The provisions of this treaty shall not be applicable to the special treatment which is, or may hereafter be, accorded by either party to fish caught by vessels of that party. Fish caught

Digitized by Google

fangenen Fischen zubilligt, keine Anwendung finden. Der Fang der Schiffe des einen Teiles soll nach keiner Richtung bei der Einfuhr in die Gebiete des anderen Teiles ungünstiger behandelt werden als der Fang der Schiffe irgendeines anderen fremden Landes.

by vessels of either party shall not be treated less favourably in any respect on importation into the territories of the other than fish caught by the vessels of any other foreign country.

Artikel 23.

Allen Schiffen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile, die unter dem Zwang des Wetters oder durch Unfall genötigt werden, in einem Hafen des anderen Teiles Zuflucht zu suchen, soll gestattet sein, daselbst Ausbesserungen vorzunehmen, sich alle nötigen Vorräte zu beschaffen und wieder in See zu gehen, ohne irgendwelche anderen Gebühren zu bezahlen als diejenigen, die im gleichen Falle von Schiffen der eigenen Nation zu entrichten sein würden. Falls jedoch der Führer eines Kauffahrteischiffes sich genötigt sehen sollte, zur Bestreitung seiner Unkosten einen Teil seiner Ladung zu veräußern, so soll er verpflichtet sein, sich nach den Verordnungen und Tarifen des Ortes, wohin er gekommen ist, zu richten.

Article 23.

Any vessels of either of the two Contracting Parties which may be compelled, by stress of weather or by accident, to take shelter in a port of the territories of the other, shall be at liberty to refit therein, to procure all necessary stores and to put to sea again, without paying any dues other than such as would be payable in a similar case by a national vessel. In case, however, the master of a merchant vessel should be under the necessity of disposing of a part of his merchandise in order to defray his expenses, he shall be bound to conform to the regulations and tariffs of the place to which he may have come.

Wenn ein Schiff des einen der beiden vertragschließenden Teile an den Küsten des anderen Teiles strandet oder Schiffbruch leidet, so sollen ein solches Schiff und alle seine Teile sowie alle seine Ausrüstungsgegenstände und aller Zubehör, ferner alle Güter und Waren, die von ihm geborgen, einschließlich derer, die in See geworfen worden sind, oder, falls sie verkauft worden sind, der Erlös daraus, ebenso alle an Bord eines solchen gestrandeten oder verunglückten Schiffes vorgefundenen Papiere den Eigentümern des Schiffes, der Güter, Waren usw. oder deren Beauftragten, wenn sie von ihnen beansprucht werden, ausgehändigt werden. Falls sich diese Eigentümer oder Beauftragten nicht an Ort und Stelle befinden, dann sollen ein solches Schiff, Güter, Waren usw., insoweit sie das Eigentum eines Staatsangehörigen des anderen vertragschließenden Teiles sind, dem Konsularbeamten dieses vertragschließenden Teiles, in dessen Bezirk der Schiff-

If any vessel of one of the two Contracting Parties shall run aground or be wrecked upon the coasts of the territories of the other, such vessel and all parts thereof and all furniture and appurtenances belonging thereto, and all goods and merchandise saved therefrom, including any which may have been cast into the sea, or the proceeds thereof, if sold, as well as all papers found on board such stranded or wrecked vessel, shall be given up to the owners of such vessel, goods, merchandise, &c., or to their agents when claimed by them. If there are no such owners or agents on the spot, then the vessel, goods, merchandise, &c., referred to shall, in so far as they are the property of a subject or citizen of the second Contracting Party, be delivered to the consular officer of that Contracting Party in whose district the wreck or stranding may have taken place upon being claimed by him within the period fixed by the laws of the Contracting

Digitized by Google

bruch oder die Strandung sich ereignet hat, ausgehändigt werden, sofern die Herausgabe von ihm innerhalb der durch die Landesgesetze festgesetzten Frist verlangt wird, und dieser Konsularbeamte, die Eigentümer oder Beauftragten sollen nur die durch die Rettung, Bergung oder sonstwie erwachsenen Kosten bezahlen, die im Falle des Schiffbruchs oder Strandens eines Schiffes der eigenen Nation zu entrichten gewesen wären.

Die beiden vertragschließenden Teile sind jedoch darüber einig, daß geborgene Waren keinem Zoll unterliegen sollen, es sei denn, daß sie für den inländischen Verbrauch klariert werden.

Wenn ein Schiff unter dem Zwange des Wetters einläuft, strandet oder Schiffbruch leidet, so soll der betreffende Konsularbeamte, falls der Eigentümer oder der Schiffsführer oder ein anderer Beauftragter des Eigentümers nicht anwesend ist oder trotz Anwesenheit darum ersucht, ermächtigt sein, amtlichen Beistand zu leisten, um seinen Landsleuten die erforderliche Unterstützung zuteil werden zu lassen.

Artikel 24.

Jeder der beiden vertragschließenden Teile wird die Schiffe des anderen Teiles und ihre Ladungen und Passagiere auf seinen natürlichen und künstlichen Binnengewässern und in den dem öffentlichen Verkehr dienenden Binnenhäfen bezüglich der Schiffahrt, insbesondere hinsichtlich der Gebühren und anderer Abgaben wie die Schiffe und ihre Ladungen und Passagiere der eigenen Staatsangehörigen oder derjenigen des meistbegünstigten fremden Landes behandeln.

Artikel 25.

Jeder der beiden vertragschließenden Teile wird innerhalb der ihm durch seine Gesetzgebung gezogenen Grenzen und unter Vorbehalt der Bedingungen der Gleichwertigkeit und Gegenseitigkeit die seitens des anderen Teiles erlassenen Vorschriften über Masse, Einrichtung, Ausstattung und Sicherheit von Schiffen annehmen.

Party, and such consular officer, owners, or agents shall pay only the expenses incurred in the preservation of the property, together with the salvage or other expenses which would have been payable in the like case of a wreck or stranding of a national vessel.

The two Contracting Parties agree, however, that merchandise saved shall not be subjected to the payment of any customs duty unless cleared for internal consumption.

In the case of a vessel being driven in by stress of weather, run aground or wrecked, the respective consular officer shall, if the owner or master or other agent of the owner is not present, or is present and requires it, be authorised to interpose, in order to afford th necessary assistance to his fellow-countrymen.

Article 24.

The vessels of each of the two Contracting Parties, together with their cargoes and passengers, shall receive on the natural and artificial inland waterways and in the public inland harbours of the other, treatment in respect of navigation, particularly, as regards dues and other charges, not less favourable than that accorded to national vessels and their cargoes and passengers or the vessels of the most favoured foreign country and their cargoes and passengers.

Article 25.

Each of the two Contracting Parties will within the limits permitted by its laws and subject to the conditions of equivalence and reciprocity accept the regulations prescribed by the other relating to the measurements, fittings, equipment or safety of ships.

Digitized by Google

Artikel 26.

Die Bestimmungen dieses Vertrages über die Schiffe der beiden vertragschließenden Teile sollen sich nicht auf Schiffe beziehen, die in einem Teile ihrer Gebiete registriert sind, auf den der Vertrag nicht Anwendung findet oder finden wird.

Artikel 27.

Jedem der beiden vertragschließenden Teile soll es freistehen, Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten mit Sitz in den Städten und Häfen des anderen Teiles zu ernennen, in denen solche Vertreter irgendeiner anderen Nation durch die betreffenden Regierungen etwa zugelassen werden. Die Generalkonsuln, Konsuln, Vizekonsuln und Konsularagenten sollen jedoch ihre amtliche Tätigkeit nicht beginnen können, bevor sie nicht in der üblichen Weise seitens der Regierung, zu der sie entsendet worden sind, genehmigt und zugelassen worden sind.

Die Konsularbeamten eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen unter der Bedingung der Gegenseitigkeit im Gebiete des anderen Teiles dieselben Amtsbefugnisse haben, dieselben Vorrechte und Befreiungen genießen, die den Konsularbeamten irgendeines anderen fremden Landes zustehen oder zustehen werden.

Artikel 28.

Wenn ein Staatsangehöriger eines der beiden vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles unter Hinterlassung dort nicht ansässiger Erben stirbt, ist der konsularische Vertreter des anderen Teiles auch ohne ausdrückliche Ermächtigung durch die dort nicht ansässigen Erben befugt, sie in allen die Verwaltung des Besitzes und die Regelung des Nachlasses betreffenden Angelegenheiten zu vertreten mit dem Recht, die diesen Erben anfallenden Anteile einzuziehen, soweit nicht die Landesgesetze eine solche Vertretung ausdrücklich ausschließen oder die persönliche Anwesenheit der Erben ausdrücklich erfordern oder ein Testamentsvollstrecker ernannt ist.

Article 26.

The provisions of this treaty with regard to the vessels of the two Contracting Parties shall not extend to vessels registered in any part of their territories to which the treaty is not, or is not made, applicable.

Article 27.

It shall be free to each of the two Contracting Parties to appoint consuls-general, consuls, vice-consuls and consular agents to reside in the towns and ports of the territories of the other to which such representatives of any other nation may be admitted by the respective Governments. Such consuls-general, consuls, vice-consuls and consular agents, however, shall not enter upon their functions until after they shall have been approved and admitted in the usual form by the Government to which they are sent.

The consular officials of one of the two Contracting Parties shall enjoy in the territories of the other the same official rights, privileges and exemptions, provided reciprocity be granted, as are or may be accorded to similar officials of any other foreign country.

Article 28.

When a subject or citizen of one of the two Contracting Parties dies within the territories of the other, leaving non-resident heirs, the consular representative of the other party is entitled without express authorisation from such non-resident heirs to represent them so far as the laws of the country do not expressly prohibit such representation, in all matters pertaining to administration of the property and settlement of the estate with the right to collect the distributive shares of such heirs, provided that the general laws of the country do not expressly demand the personal presence of the heirs or provided that an executor has not been appointed.

Digitized by Google

Den Konsularbeamten des einen der beiden vertragschließenden Teile in den Gebieten des anderen Teiles soll zur Wiederergreifung von Deserteuren von den Schiffen des ersteren Teiles von den Ortsbehörden in dem Maße Beistand geleistet werden, in dem dies nach den geltenden Gesetzen möglich ist, jedoch mit der Maßgabe, daß diese Bestimmung auf die Staatsangehörigen desjenigen vertragschließenden Teiles, in dessen Gebiet die Entweichung erfolgt ist, keine Anwendung findet.

The consular officers of one of the two Contracting Parties residing in the territories of the other shall receive from the local authorities such assistance as can by law be given to them for the recovery of deserters from the vessels of the former party. Provided that this stipulation shall not apply to subjects or citizens of the Contracting Party in whose territories the desertion takes place.

Artikel 29.

Die Staatsangehörigen eines jeden der beiden vertragschließenden Teile sollen in den Gebieten des anderen Teiles in bezug auf Patente für Erfindungen, Handelsmarken und Muster, falls sie die gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten erfüllen, die gleichen Rechte wie die Staatsangehörigen des anderen Teiles haben.

Article 29.

The subjects or citizens of each of the two Contracting Parties shall have in the territories of the other the same rights as subjects or citizens of that Contracting Party in regard to patents for inventions, trade marks, and designs, upon fulfilment of the formalities prescribed by law.

Artikel 30.

Die beiden vertragschließenden Teile kommen grundsätzlich dahin überein, daß jede etwaige Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen über die richtige Auslegung oder Anwendung irgendeiner der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf Verlangen einer der beiden Parteien einem Schiedsgericht unterbreitet werden soll.

Article 30.

The two Contracting Parties agree in principle that any dispute that may arise between them as to the proper interpretation or application of any of the provisions of the present treaty shall, at the request of either party, be referred to arbitration.

Das Schiedsgericht, dem Meinungsverschiedenheiten unterbreitet werden sollen, soll der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag sein, es sei denn, daß in einem besonderen Falle die beiden vertragschließenden Parteien eine andere Vereinbarung treffen.

The court of arbitration to which disputes shall be referred shall be the Permanent Court of International Justice at The Hague, unless in any particular case the two Contracting Parties agree otherwise.

Artikel 31.

Die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages sollen auf Indien oder auf irgendein Dominium mit Selbstverwaltung, eine Kolonie, eine Besitzung oder ein Protektorat Seiner Britannischen Majestät nicht Anwendung finden, es sei denn, daß durch Seiner Britannischen Majestät Vertreter in Berlin der Wunsch Seiner Britannischen Majestät geäußert wird,

Article 31.

The stipulations of the present treaty shall not be applicable to India or to any of His Britannic Majesty's self-governing Dominiums, Colonies, Possessions or Protectorates unless notice is given by His Britannic Majesty's representative at Berlin of the desire of His Britannic Majesty that the said stipulations shall apply to any such territory.

Digitized by Google

daß die aufgeführten Bestimmungen auf irgendeines dieser Gebiete Anwendung finden sollen.

Jedoch sollen in Indien oder in irgendeinem Dominium mit Selbstverwaltung, einer Kolonie, einer Besitzung oder einem Protektorate Seiner Britannischen Majestät erzeugte oder verfertigte Waren in Deutschland völlige und bedingungslose Meistbegünstigung genießen, solange den in Deutschland erzeugten oder verfertigten Waren in Indien, in dem betreffenden Dominium mit Selbstverwaltung, der betreffenden Kolonie, Besitzung oder dem betreffenden Protektorat eine ebenso günstige Behandlung zuteil wird wie den in irgendeinem anderen fremden Lande erzeugten oder verfertigten Waren.

Soweit die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf Indien oder irgendein Dominium mit Selbstverwaltung, eine Kolonie, eine Besitzung oder ein Protektorat Seiner Britannischen Majestät bis zum 1. September 1926 nicht ausgedehnt worden sind, soll zu irgendeinem nach diesem Datum gelegenen Zeitpunkte, unter Einhaltung einer dreimonatigen Kündigungsfrist, der zweite Absatz dieses Artikels durch eine entsprechende im Namen des Deutschen Reichspräsidenten erfolgte Mitteilung an den Vertreter Seiner Britannischen Majestät in Berlin außer Kraft gesetzt werden können.

Artikel 32.

Die auf Indien, die Dominien mit Selbstverwaltung, Besitzungen und Protektorate Seiner Britannischen Majestät bezüglichen Bestimmungen des vorhergehenden Artikels sollen gleicherweise für alle Gebiete gelten, für die Seine Britannische Majestät im Auftrage des Völkerbundes ein Mandat übernommen hat.

Artikel 33.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in London ausgetauscht werden. Er wird sofort nach der Ratifikation in Kraft treten und vom

Nevertheless, goods produced or manufactured in India or in any of His Britannic Majesty's self-governing Dominions, Colonies, Possessions or Protectorates shall enjoy in Germany complete and unconditional most-favoured-nation treatment so long as goods produced or manufactured in Germany are accorded in India or such self-governing Dominion, Colony, Possession or Protectorate treatment as favourable as that accorded to goods produced or manufactured in any other foreign country.

As regards India, or any of His Britannic Majesty's self-governing Dominions, Colonies. Possessions or Protectorates to which the provisions of the present treaty shall not have been applied by the 1st September 1926, the provisions of the second paragraph of this article shall cease to operate three months after notice has been given, at any time after that date, to His Britannic Majesty's representative at Berlin on behalf of the President of the German Reich.

Article 32.

The terms of the preceding article relating to India and to His Britannic Majesty's self-governing Dominions, Colonies, Possessions and Protectorates shall apply also to any territory in respect of which a mandate on behalf of the League of Nations has been accepted by His Britannic Majesty.

Article 33.

The present treaty shall be ratified and the ratifications shall be exchanged at London as soon as possible. It shall come into force immediately upon ratification and shall be binding during five years from the date of its

Digitized by Google

Tage des Inkrafttretens ab fünf Jahre in Geltung bleiben. Falls keiner der vertragschließenden Teile zwölf Monate vor Ablauf des genannten Zeitraumes von fünf Jahren dem anderen Teile seine Absicht auf Beendigung des gegenwärtigen Vertrages bekanntgegeben hat, wird dieser bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage, an dem einer oder der andere der beiden vertragschließenden Teile die betreffende Erklärung abgegeben haben wird, in Kraft bleiben.

Falls jedoch für Indien oder irgendein Dominium mit Selbstverwaltung, eine Kolonie, eine Besitzung oder ein Protektorat Seiner Britannischen Majestät oder eines der Gebiete, bezüglich deren Seine Britannische Majestät im Auftrage des Völkerbundes ein Mandat übernommen hat, die Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrages auf Grund der Artt. 31 und 32 anwendbar gemacht worden sind, so soll ein jeder der vertragschließenden Teile das Recht haben, den Vertrag mit diesem besonderen Vertragsteile jederzeit mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist außer Kraft zu setzen.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den Vertrag unterzeichnet und hierunter ihre Siegel gesetzt.

In doppelter Urschrift ausgefertigt zu London in Deutsch und Englisch, am 2. Dezember 1924.

(L. S.) *Sthamer.*
(L. S.) *C. v. Schubert.*

coming into force. In case neither of the two Contracting Parties shall have given notice to the other twelve months before the expiration of the said period of five years of its intention to terminate the present treaty, it shall remain in force until the expiration of one year from the date on which either of the two Contracting Parties shall have denounced it.

As regards, however, India or any of His Britannic Majesty's self-governing Dominions, Colonies, Possessions or Protectorates or any territory in respect of which a mandate on behalf of the League of Nations has been accepted by His Britannic Majesty to which the stipulations of the present treaty shall have been made applicable under Articles 31 and 32, either of the two Contracting Parties shall have the right to terminate it separately at any time on giving twelve months' notice to that effect.

In witness whereof the respective plenipotentiaries have sitned the present treaty and have affixed thereto their seals.

Done at London in duplicate in English and German texts, the 2nd December, 1924.

(L. S.) *Austen Chamberlain.*
(L. S.) *d'Abernon.*

Protokoll.

1. Da der heute unterzeichnete Handels- und Schiffahrtsvertrag auf dem Grundsatze der Meistbegünstigung beruht, so verpflichten sich beide Vertragsteile, diesem Grundsatze die denkbar weiteste Auslegung zu geben. Während sie sich das Recht vorbehalten, die für die Erhaltung ihrer eigenen Industrien geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, verpflichten sie sich insbesondere, den Zolltarif ihres Landes oder irgendwelche anderen Abgaben nicht als Mittel für eine unterschiedliche Behandlung zuun-

Protocol.

1. The Treaty of Commerce and Navigation signed this day being based on the principle of the most favoured nation, both parties to the treaty undertake to give the widest possible interpretation to that principle. In particular while retaining their right to take appropriate measures to preserve their own industries they undertake to abstain from using their respective Customs tariffs or any other charges as a means of discrimination against the trade of the other, and to give sympathetic con-

Digitized by Google

gunsten des Handels des anderen zu gebrauchen und alle zu ihrer Kenntnis gebrachten Fälle in wohlwollende Erwägung zu ziehen, in denen infolge von Zollsätzen oder irgendwelcher anderen Abgaben unmittelbar oder infolge willkürlicher oder unbilliger Einordnung unter eine Zollposition eine solche unterschiedliche Behandlung offenbar eingetreten ist.

2. Innerhalb der durch diese Abmachung gezogenen Grenzen verpflichtet sich jede Partei, keine Zölle oder Abgaben aufzuerlegen, wiederaufzuerlegen oder beizubehalten, die für den anderen Teil besonders abträglich sind. Weiterhin verpflichtet sich jeder der beiden Teile, bei Abänderung ihres bestehenden Zolltarifs und bei Festsetzung künftiger Zollsätze, soweit sie die Interessen der anderen Partei besonders berühren, gebührende Rücksicht zu nehmen auf die Gegenseitigkeit und auf die Entwicklung des Handels der beiden Länder unter angemessenen und billigen Bedingungen, wobei die Deutsche Regierung die günstige Behandlung voll in Betracht ziehen wird, die deutschen Erzeugnissen oder Fabrikaten bei der Einfuhr nach dem Vereinigten Königreiche zurzeit gewährt wird. Die Parteien werden die gleichen Erwägungen gelten lassen bei der Anwendung der unter Art. 3 des Protokolls zu notifizierenden besonderen Verbote und Beschränkungen.

Sollte bei einem der beiden vertragschließenden Teile die Auffassung entstehen, daß einzelne der von dem anderen Teil festgesetzten Zollsätze mit obigen Zusagen nicht in Einklang stehen, so erklären sich beide Teile bereit, darüber sofort in mündliche Verhandlungen einzutreten.

3. Die beiden vertragschließenden Teile kommen überein, bei der frühstmöglichen Gelegenheit, jedenfalls nicht später als sechs Monate nach dem Inkrafttreten des heute unterzeichneten Vertrages, alle Arten von Ein- und Ausfuhrverboten oder -beschränkungen zu beseitigen, mit Ausnahme der besonderen, in Art. 10 des Vertrages aufgeführten Fälle oder anderer be-

sideration to any cases that may be brought to their notice in which, whether as a result of the rates of customs duties or charges themselves or of arbitrary or unreasonable customs classification any such discrimination can be shown to have arisen.

2. Within the limits of this undertaking each party agrees not to impose, reimpose or prolong any duties or charges which are specially injurious to the other party. Each party further agrees, when modifying its existing Customs tariff and fixing future rates of Customs duty as far as they specially affect the interests of the other party to take due regard to reciprocity and to the development on fair and equitable terms of the commerce of the two countries, the German Government taking into full account the favourable treatment at present accorded to goods the produce or manufacture of Germany on importation into the United Kingdom. The parties will also have regard to the same considerations in applying any special prohibitions or restrictions which may be notified under Article 3 of this protocol.

Should either of the two Contracting Parties be of the opinion that particular rates of Customs duty fixed by the other party are not in accordance with the above undertaking both parties agree to enter immediately into verbal negotiations.

3. Both Contracting Parties agree to remove at the earliest possible opportunity, but not later than six months from the coming into force of the treaty signed this day, all forms of prohibition or restriction of importation or exportation, except in those special cases mentioned in Article 10 of the treaty, or in such other special cases as may be notified by either

Digitized by Google

sonderer Fälle, die ein jeder der beiden Teile dem anderen Teile vor Ratifikation des Vertrages mitteilen wird.

4. Seiner Britannischen Majestät Regierung verpflichtet sich,

a) dem Parlamente diejenige Gesetzgebung zu empfehlen, die erforderlich ist, um die Beseitigung der durch die unten aufgeführten Gesetze gegen deutsche Staatsangehörige und deutsche Gesellschaften im Vereinigten Königreich auferlegten Rechtsnachteile durchzuführen, die sich nicht auf die Staatsangehörigen und Gesellschaften des meistbegünstigten fremden Landes erstrecken:

Non-Ferrous Metal Industries Act, 1918.

Aliens Restriction (Amendment) Act, 1919. (Section 12.)

Trading with the Enemy (Amendment) Act, 1918. (Section 2.)

b) Bei der Anwendung der Overseas Trade Acts 1920 bis 1924 und der Trade Facilities Acts 1921 bis 1924 den Handel zwischen dem Vereinigten Königreich und Deutschland nicht von den Vorteilen auszuschließen, die der Handel des Vereinigten Königreichs mit irgendeinem anderen fremden Lande genießt.

5. Die Deutsche Regierung verpflichtet sich,

a) daß Versicherungsgesellschaften, die in Uebereinstimmung mit den im Vereinigten Königreich geltenden Gesetzen gegründet worden sind, zum Geschäftsbetrieb in allen Teilen Deutschlands gemäß den Bestimmungen des deutschen Versicherungsgesetzes zugelassen werden, und wird weiter darauf achten, daß der Abschnitt des Gesetzes, durch den die Zulassung ausländischer Versicherungsgesellschaften geregelt wird, in liberalster Weise ausgelegt wird, soweit es sich um Versicherungsgesellschaften des Vereinigten Königreichs handelt. Die Deutsche Regierung wird gleichfalls, soweit es erforderlich und mit der deutschen Gesetzgebung zu vereinbaren ist, die Arbeit der Vertreter der „Underwriters" des Vereinigten Königreichs in Deutschland erleichtern;

party to the other party before the ratification of the treaty.

4. His Britannic Majesty's Government undertake —

a) To recommend to Parliament the necessary legislation for the removal of the disabilities imposed by the legislation specified below affecting German citizens and German companies in the United Kingdom which do not extend to the subjects or citizens or companies of the most favoured foreign country, viz.: —

Non-Ferrous Metal Industries Act, 1918.

Aliens Restriction (Amendment) Act, 1919. (Section 12.)

Trading with the Enemy (Amendment) Act, 1918. (Section 2.)

b) In the administration of the Overseas Trade Acts, 1920 to 1924, and the Trade Facilities Acts, 1921 to 1924, not to exclude trade between the United Kingdom and Germany from any benefits to which trade between the United Kingdom and any other foreign country is admitted.

5. The German Government undertake —

a) That insurance companies constituted in accordance with the laws in force in the United Kingdom shall be admitted to carry on business in all parts of Germany, subject to the provisions of the German Insurance Law, and that the section regulating the admittance of foreign insurance companies will be interpreted in the most liberal way as far as insurance companies of the United Kingdom are concerned. The German Government will also give all necessary facilities compatible with German law for the work carried on by the agents in Germany on behalf of the underwriters of the United Kingdom.

Digitized by Google

b) die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, daß Banken, die in Uebereinstimmung mit den Gesetzen des Vereinigten Königreichs gegründet sind, in ihrer geschäftlichen Betätigung lediglich den Bestimmungen der allgemeinen deutschen Gesetzgebung unterworfen sind; daß neue Bestimmungen gegen die Kapitalflucht so abgefaßt werden, daß auch ausländische Banken zum Depot- und Depositenrecht zugelassen werden können; ferner, daß sie bei den Regierungen der Staaten ihren Einfluß dahin geltend machen wird, daß Banken des Vereinigten Königreichs in liberaler Weise behandelt werden, soweit die Erlaubnis zur Errichtung von Zweigniederlassungen und zum Devisenhandel in Betracht kommt, jedoch ohne daß dadurch das Recht beeinträchtigt wird, die Bewilligung solcher Vorteile an ausländische Banken von allgemeinen Vorschriften abhängig zu machen.

b) That banking companies constituted in accordance with the laws in force in the United Kingdom shall in the pursuance of their business be subjected only to the general German Law; that new regulations against the flight of capital shall be so framed that the right to open accounts and to receive deposits may be conferred upon foreign banks; and that they will use their influence with the State Governments to secure that United Kingdom banks shall be treated in a liberal way with regard to the permission to open branch offices and the right to deal in exchange, without prejudice to the right of making the grant of such privileges to foreign banks subject to general reservations.

6. In Ausführung des in dem heute unterzeichneten Vertrage festgelegten allgemeinen Grundsatzes der beiderseitigen Behandlung als Inländer in Angelegenheiten der Schiffahrt kommen beide Teile überein, daß hinsichtlich der Beförderung von Auswanderern aus ihren Ländern (einschließlich Durchwanderern) und hinsichtlich der Errichtung von Agenturen durch Gesellschaften, die das Auswanderungsgewerbe betreiben, die Schiffe und Schiffahrtsgesellschaften jedes Teiles in den Gebieten des anderen in jeder Hinsicht genau den einheimischen Schiffen und einheimischen Schiffahrtsgesellschaften gleichgestellt sein sollen.

6. In pursuance of the general principle of the mutual accord of national treatment in matters of navigation which is embodied in the treaty signed this day, both parties agree that in regard to the carriage from their respective territories of emigrants (including transmigrants) and to the establishment of agencies by companies engaged in the business of emigration, the vessels and shipping companies of either party shall be placed, in the territories of the other, on exactly the same footing in every respect as national vessels and national shipping companies.

7. Beide Parteien protokollieren hiermit ihre Absicht, die folgenden Bestimmungen, soweit sie dies noch nicht getan haben, in Kraft zu setzen:

1. die 1921 in Barcelona geschlossenen Abkommen und Statuten, betreffend die Freiheit der Durchfuhr und der schiffbaren Wasserwege des internationalen Handels;
2. die 1923 in Genf geschlossenen Abkommen und Statuten, betreffend die Zollformalitäten, Seehäfen und Eisenbahnen;

7. Both parties hereby place on record their intention to adopt (in so far as they have not already done so) the provisions of: —

1. The conventions and statutes concluded at Barcelona in 1921 respecting freedom of transit and navigable waterways of international commerce;
2. The conventions and statutes concluded at Geneva in 1923 respecting customs formalities, maritime ports and railways;

Digitized by Google

3. das in Genf im Jahre 1923 aufgestellte Protokoll über die Schiedsgerichtsbestimmungen.

8. Es besteht Einverständnis zwischen den Parteien, daß der heute unterzeichnete Vertrag erst in Kraft treten soll, nachdem die notwendigen gesetzgeberischen oder Verwaltungsmaßnahmen von den zuständigen Behörden des betreffenden Landes getroffen worden sind.

In doppelter Urschrift ausgefertigt zu London in Deutsch und Englisch, am 2. Dezember 1924.

Sthamer.
C. v. Schubert.

3. The protocol on arbitration clauses drawn up at Geneva in 1923.

8. It is agreed that the treaty signed this day shall come into force only after the necessary legislative or administrative measures have been passed by the appropriate authorities in the respective countries.

Done at London in duplicate in English and German texts, the 2nd December, 1924.

Austen Chamberlain.
d'Abernon.

XIV.

Deutsch-polnisches Abkommen über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen 30. 8. 1924 *).

A.

Abkommen über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen.

L'Allemagne
d'une part,
et la Pologne
d'autre part,
animées du désir de régler les questions relatives au changement de nationalité des anciens ressortissants allemands résultant des artt. 3, 4 et 5 du Traité, signé à Versailles le 28 juin 1919, entre les Principales Puissances alliées et associées et la Pologne, ainsi que de certaines dispositions de l'art. 91 du Traité, signé à Versailles le 28 juin 1919, entre les Puissances alliées et associées et l'Allemagne ont nommé pour leurs Plénipotentiaires:

L'Allemagne: M. *Theodor Lewald*, docteur en droit, Conseiller intime actuel, Secrétaire d'Etat en disponibilité;

Deutschland
einerseits,
und Polen
anderseits,
von dem Wunsche geleitet, die Fragen des Staatsangehörigkeitswechsels der ehemaligen deutschen Reichsangehörigen zu regeln, die sich aus den Bestimmungen der Artt. 3, 4 und 5 des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Vertrags zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen sowie aus einigen Bestimmungen des Art. 91 des am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichneten Vertrags zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland ergeben, haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Deutschland: Herrn Dr. jur. *Theodor Lewald*, Wirklichen Geheimen Rat, Staatssekretär z. D.;

*) Reichstagsdrucksachen, III. Wahlperiode 1924/25, Nr. 7, ausgegeben am 5. Januar 1925.

Digitized by Google

la Pologne: M. *Witold Pradzynski*, docteur en droit, Président de l'Office de la Prokuratorja Generalna,

Polen: Herrn Dr. jur. *Witold Pradzynski*, Generalprokuratur-Präsident,

lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs reconnus en bonne et due forme, ont, sous la présidence de M. *Georges Kaeckenbeeck*, D. C. L., Président du Tribunal arbitral de Haute Silésie, et en se basant sur la sentence arbitrale rendue par lui le 10 juillet 1924, convenu des stipulations suivantes:

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten unter dem Vorsitz des Herrn *Georg Kaeckenbeeck*, D. C. L., Präsidenten des Schiedsgerichts für Oberschlesien, unter Zugrundelegung des von ihm am 10. Juli 1924 gefällten Schiedsspruchs sich über folgende Bestimmungen geeinigt haben:

Art. 1. Le Traité, signé à Versailles le 28 juin 1919, entre les Principales Puissances alliées et associées et la Pologne est désigné dans la présente Convention comme „Traité du 28 juin 1919", le Traité, signé à Versailles le 28 juin 1919, entre les Puissances alliées et associées et l'Allemagne y est désigné comme „Traité de Versailles".

Art. 1. Der am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnete Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Polen wird in diesem Abkommen als „Vertrag vom 28. Juni 1919", der am 28. Juni 1919 in Versailles unterzeichnete Vertrag zwischen den alliierten und assoziierten Mächten und Deutschland als „Vertrag von Versailles" bezeichnet.

Chapitre premier.

Kapitel 1.

Art. 2. Pour la présente Convention, on entend par ressortissants allemands, au sens des artt. 3 et 4 du Traité du 28 juin 1919 et de l'art. 91 du Traité de Versailles les personnes qui posséderont cette qualité à la date du 10 janvier 1920.

Art. 2. In diesem Abkommen werden unter deutschen Reichsangehörigen im Sinne der Artt. 3 und 4 des Vertrags vom 28. Juni 1919 und des Art. 91 des Vertrags von Versailles die Personen verstanden, die diese Eigenschaft am 10. Januar 1920 besaßen.

Art. 3. 1. Les mots „le territoire qui est ou sera reconnu comme faisant partie de la Pologne" (artt. 3 et 4 du Traité du 28 juin 1919) se rapportent au territoire entier de la Pologne.

Art. 3. 1. Die Worte „das Gebiet, das als Teil Polens anerkannt ist oder anerkannt werden wird" (Artt. 3 und 4 des Vertrags vom 28. Juni 1919) beziehen sich auf das gesamte Gebiet Polens.

2. Les Parties contractantes sont d'accord que les dispositions de l'art. 91 du Traité de Versailles se rapportent également au territoire entier de la Pologne, sans préjudice du point de savoir si cette interprétation découle ou non des termes de cet article: „territoires reconnus comme faisant définitivement partie de la Pologne", „l'un des territoires reconnus comme faisant partie de la Pologne".

2. Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß auch die Bestimmungen des Art. 91 des Vertrags von Versailles sich auf das gesamte Gebiet Polens beziehen, unbeschadet der Frage, ob sich diese Auslegung aus den Ausdrücken dieses Artikels „die endgültig als Teil Polens anerkannten Gebiete" ergibt.

Art. 4. Les ressortissants allemands sont domiciliés, au sens des alinéas 1, 2 et 3 de l'art. 91 du Traité de Versailles et de l'art. 3 du Traité

Art. 4. Deutsche Reichsangehörige haben im Sinne der Abss. 1, 2 und 3 des Art. 91 des Vertrags von Versailles und des Art. 3 des Vertrags vom 28. Juni

Digitized by Google

du 28 juin 1919, dans le territoire déterminé à l'art. 3 de la présente Convention, lorsque, conformément aux dispositions qui suivent, ils y ont créé leur domicile et ne l'ont pas abandonné.

§ 1. 1. Le domicile est créé lorsqu'un ressortissant allemand s'est établi dans le territoire susmentionné de manière à y poursuivre la réalisation des buts qu'il s'est proposés pour l'existence et qu'il y réside habituellement et de façon régulière sans intention de quitter.

2. Une résidence habituelle et régulière implique une résidence pendant une partie substantielle du temps.

§ 2. 1. Le domicile est abandonné lorsque l'établissement a pris fin et que le ressortissant allemand en question a quitté le territoire susmentionné sans esprit de retour.

2. Du fait que l'établissement a pris fin résulte la présomption de l'absence d'esprit de retour. Toutefois, l'esprit de retour est présumé lorsque l'intéressé s'était réétabli au plus tard le 10 janvier 1920 dans la localité qu'il habitait avant d'avoir abandonné son établissement. La même présomption a lieu lorsque l'intéressé s'était réétabli au plus tard le 10 janvier 1920 dans le territoire cédé par l'Allemagne et que

a) pendant la période d'abandon de l'établissement, ses parents, ou en cas de dissolution du mariage, l'un d'entre eux, étaient domiciliés dans ledit territoire; ou que

b) depuis son premier établissement avant le 1er janvier 1908 dans ledit territoire jusqu'au 10 janvier 1920, il y avait été établi au moins pendant dix ans après l'accomplissement de sa dix-huitième année.

§ 3. 1. Des résidences d'un caractère passager ou pour des buts d'agrément, tels que villégiature, inspection

1919 ihren Wohnsitz in dem im Art. 3 dieses Abkommens bestimmten Gebiet, wenn sie dort gemäß den folgenden Bestimmungen ihren Wohnsitz begründet und nicht aufgegeben haben.

§ 1. 1. Der Wohnsitz wird begründet, wenn ein deutscher Reichsangehöriger sich in dem obenbezeichneten Gebiet in der Art niedergelassen hat, daß er dort seine Lebenszwecke verwirklicht, und wenn er in diesem Gebiete seinen gewöhnlichen und regelmäßigen Aufenthalt ohne Absicht, es zu verlassen, hat.

2. Ein gewöhnlicher und regelmäßiger Aufenthalt erfordert einen Aufenthalt während eines wesentlichen Teils der Zeit.

§ 2. 1. Der Wohnsitz wird aufgegeben, wenn die Niederlassung aufgehört und der betreffende deutsche Reichsangehörige das obenbezeichnete Gebiet ohne Absicht der Rückkehr verlassen hat.

2. Die Tatsache, daß die Niederlassung aufgehört hat, begründet die Vermutung, daß eine Absicht der Rückkehr nicht bestand. Jedoch wird die Absicht der Rückkehr vermutet, wenn die betreffende Person sich spätestens am 10. Januar 1920 wieder an dem Ort niedergelassen hat, an dem sie vor der Aufgabe der Niederlassung wohnte. Die gleiche Vermutung greift Platz, wenn die betreffende Person sich spätestens am 10. Januar 1920 in dem von Deutschland abgetretenen Gebiet wieder niedergelassen hat und wenn

a) während der Zeit der Aufgabe der Niederlassung ihre Eltern oder, wenn die Ehe aufgelöst war, ein Elternteil in diesem Gebiet ihren Wohnsitz hatten; oder

b) sie seit ihrer ersten Niederlassung in diesem Gebiet vor dem 1. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 mindestens zehn Jahre lang nach Vollendung des 18. Lebensjahrs eine Niederlassung dort hatte.

§ 3. 1. Ein Aufenthalt vorübergehender Art oder zu Vergnügungszwecken (z. B. eine Sommerfrische,

Digitized by Google

d'une exploitation, chasse, ne créent pas de domicile.

2. Il en est de même de résidences pour des buts accessoires; seront considérés comme tels notamment la fréquentation d'écoles de tous les degrés, la préparation ou l'instruction professionnelle, le stage comme assistant ou candidat, le service militaire obligatoire ou la participation à la guerre.

3. Lorsque l'établissement a été abandonné pour la poursuite de buts accessoires, tels que ceux visés à l'alinéa 2 du présent paragraphe, la conservation du domicile est présumée, si l'intéressé s'était réétabli, au plus tard le 10 janvier 1920, dans le territoire déterminé à l'art. 3 de la présente Convention.

§ 4. Pour la présente Convention, les dispositions des paragraphes qui précèdent s'appliquent également au domicile des parents visé à l'art. 4 du Traité du 28 juin 1919.

Art. 5. 1. Dans la mesure où, d'après les stipulations de la présente Convention, un domicile est requis pour acquérir la nationalité polonaise, il faut et il suffit que les conditions prévues à l'art. 4 de la présente Convention soient ou aient été remplies dans le territoire déterminé à l'art. 3 de la présente Convention, même si elles le sont également dans un autre territoire.

2. Si, à la date du 10 janvier 1920, une personne a acquis la nationalité polonaise, cette acquisition s'est faite à l'exclusion de la nationalité allemande, même si, outre son domicile en Pologne, elle possédait un domicile en Allemagne.

Art. 6. 1. Les ressortissants allemands ont acquis de plein droit, à l'exclusion de la nationalité allemande, la nationalité polonaise en vertu de l'art. 91 du Traité de Versailles et de l'art. 3 du Traité du 28 juin 1919, s'ils ont été domiciliés dans le territoire déterminé à l'art. 3 de la présente Convention, depuis au moins le 1er janvier 1908 jusqu'au 10 janvier 1920.

Beaufsichtigung eines Unternehmens, Jagd) begründet keinen Wohnsitz.

2. Das gleiche gilt für einen Aufenthalt zu gelegentlichen Zwecken; als solche gelten insbesondere der Besuch von Schulen aller Stufen, die berufliche Vorbildung oder Ausbildung, die Uebergangsstellung als Assistent oder Kandidat, die Erfüllung der militärischen Dienstpflicht oder die Teilnahme am Kriege.

3. Wenn eine Niederlassung aufgegeben worden ist, um gelegentliche Zwecke der im Abs. 2 vorgesehenen Art zu verfolgen, wird die Beibehaltung des Wohnsitzes vermutet, wenn die betreffende Person sich bis zum 10. Januar 1920 in dem im Art. 3 dieses Abkommens bestimmten Gebiet wieder niedergelassen hat.

§ 4. Für dieses Abkommen finden die Bestimmungen der vorhergehenden Paragraphen auch auf den Wohnsitz der Eltern im Sinne des Art. 4 des Vertrags vom 28. Juni 1919 Anwendung.

Art. 5. 1. Soweit nach den Bestimmungen dieses Abkommens für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit ein Wohnsitz Voraussetzung ist, ist es erforderlich und ausreichend, daß die im Art. 4 dieses Abkommens bezeichneten Bedingungen in dem im Art. 3 dieses Abkommens bestimmten Gebiet erfüllt sind oder waren, ohne Rücksicht darauf, ob sie auch in einem andern Gebiet erfüllt sind.

2. Wenn eine Person am 10. Januar 1920 die polnische Staatsangehörigkeit erworben hat, hat sie diese unter Ausschluß der deutschen Reichsangehörigkeit erworben, selbst wenn sie außer ihrem Wohnsitz in Polen einen Wohnsitz in Deutschland hatte.

Art. 6. 1. Deutsche Reichsangehörige haben auf Grund des Art. 91 des Vertrags von Versailles und des Art. 3 des Vertrags vom 28. Juni 1919 von Rechts wegen unter Ausschluß der deutschen Reichsangehörigkeit die polnische Staatsangehörigkeit erworben, wenn sie ihren Wohnsitz in dem im Art. 3 dieses Abkommens bezeichneten Gebiete mindestens seit dem 1. Januar 1908 bis zum 10. Januar 1920 hatten.

Digitized by Google

2. Les autres ressortissants allemands domiciliés à la date du 10 janvier 1920 dans le territoire susmentionné ne pourront acquérir la nationalité polonaise qu'avec une autorisation spéciale de l'Etat polonais.

Art. 7. § 1. 1. Les ressortissants allemands nés sur le terrritoire déterminé à l'art. 3 de la présente Convention, de parents qui, au moment de la naissance, étaient domiciliés dans ce territoire, ont acquis la nationalité polonaise de plein droit qu'ils fussent ou non domiciliés eux-mêmes dans ce territoire le 10 janvier 1920.

2. Toutefois si les deux parents ont établi leur domicile dans ce territoire postérieurement au 1er janvier 1908, ces ressortissants allemands n'ont pas acquis la nationalité polonaise.

§ 2. Les ressortissants allemands qui ont acquis la nationalité polonaise conformément au paragraphe 1 du présent article, ont perdu cette nationalité et conservé la nationalité allemande, lorsque

a) ils ont fait régulièrement la renonciation prévue à l'alinéa 2 de l'art. 4 du Traité du 28 juin 1919; ou que

b) ils ont fait, auprès des autorités prévues dans ce même alinéa, une déclaration formelle de renonciation entre le 11 janvier 1922 et le 10 juillet 1924; ou que

c) habitant le territoire polonais le 10 janvier 1920, ils ont quitté ce territoire entre cette date et le 10 juillet 1924 dans des conditions indiquant l'intention d'émigrer; ou que

d) s'ils n'avaient pas déjà possédé la nationalité allemande, ils l'auraient acquise après le 10 janvier 1920 en vertu de la législation allemande; ou que

e) ils sont restés au service du Reich, d'un Etat allemand ou d'une commune allemande après le 10 janvier 1922.

2. Die übrigen deutschen Reichsangehörigen, die am 10. Januar 1920 in dem oben bezeichneten Gebiet ihren Wohnsitz hatten, können die polnische Staatsangehörigkeit nur mit besonderer Ermächtigung des polnischen Staates erwerben.

Art. 7. § 1. 1. Deutsche Reichsangehörige, die in dem im Art. 3 dieses Abkommens bestimmten Gebiet von Eltern geboren sind, die zur Zeit der Geburt in diesem Gebiet ihren Wohnsitz hatten, haben die polnische Staatsangehörigkeit von Rechts wegen erworben, ohne Rücksicht darauf, ob sie selbst am 10. Januar 1920 dort ihren Wohnsitz hatten.

2. Wenn jedoch beide Eltern ihren Wohnsitz in diesem Gebiet erst nach dem 1. Januar 1908 begründet hatten, haben diese deutschen Reichsangehörigen die polnische Staatsangehörigkeit nicht erworben.

§ 2. Deutsche Reichsangehörige, welche die polnische Staatsangehörigkeit gemäß § 1 dieses Artikels erworben haben, haben diese Staatsangehörigkeit verloren und die deutsche Reichsangehörigkeit behalten, wenn sie

a) ordnungsgemäß den im Abs. 2 des Art. 4 des Vertrags vom 28. Juni 1919 vorgesehenen Verzicht erklärt haben; oder wenn sie

b) vor den in diesem Absatz bezeichneten Behörden zwischen dem 11. Januar 1922 und dem 10. Juli 1924 eine förmliche Verzichtserklärung abgegeben haben; oder wenn sie

c) am 10. Januar 1920 im polnischen Gebiet wohnten und zwischen diesem Tage und dem 10. Juli 1924 dieses Gebiet unter Umständen verlassen haben, aus denen sich ihre Absicht auszuwandern ergibt; oder wenn sie

d) auf Grund der deutschen Gesetzgebung nach dem 10. Januar 1920 die deutsche Reichsangehörigkeit erworben hätten, wenn sie diese nicht bereits besessen hätten; oder wenn sie

e) nach dem 10. Januar 1922 im Dienst des Reichs, eines deutschen Landes oder eines kommunalen Selbstverwaltungskörpers geblieben sind.

Digitized by Google

§ 3. 1. Seront considérés comme ayant, à la date du 10 janvier 1922, renoncé à la nationalité polonaise les ressortissants allemands qui, ayant acquis la nationalité polonaise conformément au paragraphe 1 et ne tombant pas sous le paragraphe 2 du présent article, ne sont pas rentrés en Pologne avant le 10 juillet 1924, à moins qu'ils ne réclament, avant le 28 février 1925, auprès des autorités polonaises prévues à l'alinéa 2 de l'art. 4 du Traité du 28 juin 1919, la nationalité polonaise et qu'ils ne prouvent que

a) ils ont fait, avant le 10 juillet 1924, des démarches auprès des autorités polonaises compétentes, y compris les consulats, pour se voir reconnaître la nationalité polonaise, à condition qu'ils aient fait leur demande par écrit ou qu'ils aient reçu soit un refus écrit, soit une réponse écrite équivalant à un refus; ou que

b) leur père ou leur mère sont, à la date de la réclamation, domiciliés dans le territoire déterminé à l'art. 3 de la présente Convention; ou que

c) à la date de la réclamation, ils possèdent dans ledit territoire soit un bien-fonds rural, soit un autre bien-fonds habité par eux ou par leurs parents depuis au moins dix ans.

2. Le Gouvernement polonais fera connaître au Gouvernement allemand, par la voie diplomatique, les personnes qui auront conservé la nationalité polonaise en conséquence de la réclamation.

§ 4. Les ressortissants allemands qui conservent la nationalité polonaise conformément au présent article, perdent la nationalité allemande.

§ 5. Les ressortissants allemands qui remplissent en même temps les conditions requises par l'art. 3 du Traité du 28 juin 1919 (art. 91 du

§ 3. 1. Bei deutschen Reichsangehörigen, die gemäß § 1 die polnische Staatsangehörigkeit erworben haben und nicht unter § 2 dieses Artikels fallen, gilt der Verzicht auf die polnische Staatsangehörigkeit als am 10. Januar 1922 vollzogen, wenn sie nicht bis zum 10. Juli 1924 nach Polen zurückgekehrt sind. Dies gilt jedoch nicht, wenn sie vor dem 28. Februar 1925 bei den im Art. 4 Abs. 2 des Vertrags vom 28. Juni 1919 bezeichneten Behörden die polnische Staatsangehörigkeit beanspruchen und beweisen, daß

a) sie vor dem 10. Juli 1924 bei den zuständigen polnischen Behörden einschließlich der Konsulate Schritte zur Anerkennung ihrer polnischen Staatsangehörigkeit getan haben, unter der Voraussetzung, daß sie einen schriftlichen Antrag gestellt oder entweder eine schriftliche Ablehnung oder einen schriftlichen Bescheid, der einer Ablehnung gleichkommt, erhalten haben; oder wenn

b) ihr Vater oder ihre Mutter zur Zeit der Erhebung ihres Anspruchs auf die polnische Staatsangehörigkeit in dem im Art. 3 dieses Abkommens bestimmten Gebiet Wohnsitz haben; oder wenn sie

c) zur Zeit der Erhebung ihres Anspruchs in diesem Gebiet ein landwirtschaftliches Grundstück oder ein anderes, seit mindestens zehn Jahren von ihnen oder ihren Eltern bewohntes Grundstück besitzen.

2. Die polnische Regierung wird der deutschen Regierung auf diplomatischem Wege die Personen mitteilen, welche die polnische Staatsangehörigkeit infolge der Geltendmachung ihres Anspruchs beibehalten haben.

§ 4. Die deutschen Reichsangehörigen, die gemäß diesem Artikel die polnische Staatsangehörigkeit behalten, verlieren die deutsche Reichsangehörigkeit.

§ 5. Deutsche Reichsangehörige, die zugleich die im Art. 3 des Vertrags vom 28. Juni 1919 (Art. 91 des Vertrags von Versailles) und im Art. 4

Digitized by Google

Traité de Versailles) et celles de l'art. 4 du Traité du 28 juin 1919 ont acquis, à la date du 10 janvier 1920, la nationalité polonaise de plein droit à l'exclusion de la nationalité allemande.

Art. 8. § 1. 1. La femme mariée à la date du 10 janvier 1920 a acquis la nationalité polonaise lorsqu'elle remplit en son propre chef les conditions requises pour cette acquisition, encore que son époux ne les remplisse pas. Toutefois, la nationalité polonaise ainsi acquise est considérée comme perdue au profit de la nationalité de l'époux le 31 janvier 1920, si le mariage subsiste encore à cette date.

2. La femme mariée à la date du 10 janvier 1920 n'a pas acquis la nationalité polonaise lorsqu'elle ne remplit pas en son propre chef les conditions requises pour cette acquisition, encore que son époux les remplisse. Toutefois, la nationalité polonaise acquise par l'époux est considérée comme s'étendant à sa femme le 31 janvier 1920, si le mariage subsiste encore à cette date.

§ 2. Les ressortissants allemands âgés de moins de dix-huit ans à la date du 10 janvier 1920 suivent la condition de leur père s'ils sont enfants légitimes et celle de leur mère s'ils sont enfants illégitimes. Toutefois, s'ils remplissent en leur propre chef les conditions requises par l'art. 4 du Traité du 28 juin 1919, ils ont acquis la nationalité polonaise, sous réserve de l'art. 7 paragraphe 1 alinéa 2 de la présente Convention, même si leur père ou leur mère ne remplissent pas les conditions requises pour l'acquisition de la nationalité polonaise.

des Vertrags vom 28. Juni 1919 vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen, haben am 10 Januar 1920 die polnische Staatsangehörigkeit von Rechts wegen unter Ausschluß der deutschen Reichsangehörigkeit erworben.

Art. 8. § 1. 1. Eine Frau, die am 10. Januar 1920 verheiratet war, hat die polnische Staatsangehörigkeit erworben, wenn sie in ihrer eigenen Person die für diesen Erwerb vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt, auch wenn ihr Ehemann sie nicht erfüllt. Die so erworbene polnische Staatsangehörigkeit gilt jedoch am 31. Januar 1920 als zugunsten der Staatsangehörigkeit des Ehemanns verloren, wenn die Ehe an diesem Tage noch besteht.

2. Eine Frau, die am 10. Januar 1920 verheiratet war, hat die polnische Staatsangehörigkeit nicht erworben, wenn sie in ihrer eigenen Person nicht die für diesen Erwerb vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt, auch wenn ihr Ehemann sie erfüllt. Die vom Ehemann erworbene polnische Staatsangehörigkeit gilt jedoch als mit dem 31. Januar 1920 als auf die Frau erstreckt, wenn die Ehe an diesem Tage noch besteht.

§ 2. Deutsche Reichsangehörige, die am 10. Januar 1920 noch nicht 18 Jahre alt waren, folgen der Staatsangehörigkeit ihres Vaters, wenn sie eheliche Kinder sind, und der Staatsangehörigkeit der Mutter, wenn sie uneheliche Kinder sind. Erfüllen sie jedoch in ihrer eigenen Person die im Art. 4 des Vertrags vom 28. Juni 1919 vorgesehenen Voraussetzungen, so haben sie, vorbehaltlich des Art. 7 § 1 Abs. 2 dieses Abkommens, die polnische Staatsangehörigkeit erworben, selbst wenn ihr Vater oder ihre Mutter die für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit vorgesehenen Voraussetzungen nicht erfüllen.

Chapitre II.

Art. 9. 1. Pour opter valablement, il fallait;

1° être âgé d'au moins dix-huit ans;

Kapitel II.

Art. 9. 1. Zur gültigen Ausübung der Option bedurfte es:

1. eines Alters von mindestens achtzehn Jahren;

Digitized by Google

2° avoir acquis de plein droit la nationalité polonaise en vertu de l'art. 3 du Traité du 28 juin 1919 (art. 91 alinéa 1 du Traité de Versailles);

3° avoir fait, avant le 11 janvier 1922, une déclaration d'option soit devant les autorités polonaises, soit devant les autorités allemandes, désignées comme compétentes à cet effet.

2. Lorsqu'un intéressé qui a déclaré sa volonté de perdre la nationalité polonaise remplit à la fois les conditions prévues à l'art. 3 du Traité du 28 juin 1919 (art. 91 du Traité de Versailles) et celles prévues à l'art. 4 du Traité du 28 juin 1919, il est optant et non renonçant. Une désignation erronée de la déclaration ne porte pas atteinte à son caractère juridique.

Art. 10. 1. Les déclarations d'option ne peuvent être révoquées.

2. En ce qui concerne leur annulabilité sur demande de leurs auteurs pour raison de maladie mentale, d'ivresse, de menaces, de contrainte, d'erreur essentielle ou autres défauts de volonté, elles doivent être considérées du même point de vue et traitées de la même manière que les autres déclarations de volonté relatives au droit public interne. Les demandes en annulation ressortissent des autorités administratives ou judiciaires du pays dont les autorités ont reçu la déclaration.

3. L'annulation d'une déclaration faite devant les autorités d'une des deux Parties ne préjudicie en rien la validité d'une déclaration de la même personne auprès des autorités de l'autre Partie.

Art. 11. § 1. 1. Les Parties contractantes s'engagent à se communiquer mutuellement par la voie diplomatique avant le 1er décembre 1924 les listes des personnes restées en territoire polonais et qui ont fait une déclaration d'option que les autorités compétentes considèrent comme valable à la lumière de la présente Convention. Les listes indiqueront aussi les personnes aux-

2. des ipso-facto-Erwerbes der polnischen Staatsangehörigkeit gemäß Art. 3 des Vertrags vom 28. Juni 1919 (Art. 91 Abs. 1 des Vertrags von Versailles);

3. einer vor dem 11. Januar 1922 vor den polnischen oder vor den deutschen hierfür als zuständig bezeichneten Behörden abgegebenen Optionserklärung.

2. Erfüllt eine Person, die erklärt hat, die polnische Staatsangehörigkeit verlieren zu wollen, zugleich die im Art. 3 des Vertrags vom 28. Juni 1919 (Art. 91 des Vertrags von Versailles) und die im Art. 4 des Vertrags vom 28. Juni 1919 vorgesehenen Voraussetzungen, so ist sie Optant und nicht Renunziant. Eine falsche Bezeichnung der Erklärung tut der rechtlichen Natur der Erklärung keinen Eintrag.

Art. 10. 1. Optionserklärungen können nicht zurückgenommen werden.

2. Optionserklärungen sind hinsichtlich ihrer Anfechtbarkeit auf Antrag des Erklärenden wegen Geisteskrankheit, Trunkenheit, Drohung, Zwang, wesentlichen Irrtums oder anderer Willensmängel ebenso anzusehen und zu behandeln wie andere Willenserklärungen nach öffentlichem Landesrecht. Ueber die Anfechtungserklärungen entscheiden die Verwaltungs- und Gerichtsbehörden des Landes, vor dessen Behörden die Optionserklärung abgegeben worden ist.

3. Wird eine vor den Behörden des einen der beiden vertragschließenden Teile abgegebene Optionserklärung für nichtig erklärt, so beeinträchtigt das nicht die Gültigkeit der Optionserklärung derselben Person vor den Behörden des anderen Teils.

Art. 11. § 1. 1. Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, sich gegenseitig auf diplomatischem Wege vor dem 1. Dezember 1924 die Listen der Personen mitzuteilen, die im polnischen Gebiet verblieben sind und die eine von den zuständigen Behörden im Sinne dieses Abkommens als gültig anerkannte Optionserklärung abgegeben haben. Die Listen werden

Digitized by Google

quelles l'option étend ses effets. Les personnes dont la déclaration d'option aurait, conformément aux dispositions de l'art. 10 de la présente Convention, été annulée avant la communication des listes, n'y seront pas mentionnées.

2. Pour l'identification des optants, les listes contiendront les noms, prénoms, professions et adresses.

3. Le cas échéant, les voïevodes polonais et les consuls allemands se prêteront assistance mutuelle pour l'échange des informations nécessaires, notamment en ce qui concerne les déclarations d'option.

§ 2. 1. Si, à la suite de la communication des listes, l'une des Parties contractantes relève des cas constituant à son avis des infractions aux stipulations des Traités, elle pourra transmettre ses observations à l'autre Partie par la voie diplomatique.

2. Chaque Partie s'engage à examiner ces observations aussitôt que possible et, si elles sont fondées, à les reconnaître, et, éventuellement, à rétablir l'intéressé dans son statut légitime.

3. La présentation d'observations par une des Parties contractantes n'a pas d'effet suspensif.

Art. 12. § 1. 1. Les personnes figurant sur une des listes prévues à l'art. 11 de la présente Convention seront obligées de transférer leur domicile de Pologne en Allemagne, à moins que leur déclaration d'option ne soit annulée pour défaut de volonté conformément à l'art. 10 de la présente Convention, ou que ces personnes ne soient rétablies dans leur statut légitime conformément à l'art. 11 paragraphe 2 alinéa 2 de la présente Convention; ce transfert aura lieu au plus tard;

1° le 1er août 1925 pour les personnes qui ne possèdent pas en territoire polonais de biens immobiliers;

2° le 1er novembre 1925 pour les personnes dont les biens immobiliers se trouvent situés dans le rayon d'une place fortifiée, tel qu'il est

auch die Personen angeben, auf die sich die Option erstreckt. Die Personen, deren Optionserklärung gemäß den Bestimmungen des Art. 10 dieses Abkommens vor der Mitteilung der Listen für unwirksam erklärt ist, werden in ihnen nicht aufgeführt.

2. Zur Identifizierung der Optanten sollen die Listen Namen, Vornamen, Berufe und Adressen enthalten.

3. Gegebenenfalls werden sich die polnischen Wojewoden und die deutschen Konsuln gegenseitig für den Austausch der erforderlichen Auskünfte, insbesondere in bezug auf die Optionserklärungen, Amtshilfe leisten.

§ 2. 1. Wenn im Anschluß an die Mitteilung der Listen einer der vertragschließenden Teile Fälle geltend macht, die nach seiner Meinung Verletzungen der Bestimmungen der Verträge darstellen, so kann er dem andern Teil auf diplomatischem Wege seine Bemerkungen mitteilen.

2. Jeder Teil verpflichtet sich, diese Bemerkungen so schnell wie möglich zu prüfen und, wenn sie begründet sind, sie anzuerkennen und gegebenenfalls die beteiligte Person in ihren rechtlichen Zustand zurückzuversetzen.

3. Die Geltendmachung von Bemerkungen durch einen der vertragschließenden Teile hat keine aufschiebende Wirkung.

Art. 12. § 1. 1. Personen, die auf einer der im Art. 11 dieses Abkommens vorgesehenen Listen aufgeführt sind, sind verpflichtet, ihren Wohnsitz aus Polen nach Deutschland zu verlegen, es sei denn, daß ihre Optionserklärung wegen Willensmängeln gemäß Art. 10 dieses Abkommens für nichtig erklärt worden ist, oder daß diese Personen gemäß Art. 11 § 2 Abs. 2 dieses Abkommens in ihren rechtlichen Zustand zurückversetzt worden sind; diese Wohnsitzverlegung hat spätestens stattzufinden

1. am 1. August 1925 bei Personen, die im polnischen Gebiet kein Grundeigentum besitzen;
2. am 1. November 1925 bei Personen, deren Grundbesitz im Rayon einer Festung, wie er am 10. Juli 1924 festgelegt war, oder in einer Grenz-

Digitized by Google

déterminé à la date du 10 juillet 1924, ou dans une zône frontière de 10 km de largeur;

3° le 1er juillet 1926 pour les personnes qui ont des biens immobiliers en territoire polonais en dehors du rayon d'une place fortifiée ou de la zône frontière de 10 km.

2. Les délais accordés par le présent article ne portent pas préjudice au droit du Gouvernement polonais de procéder à l'expulsion d'optants qui se comporteraient en étrangers indésirables.

§ 2. 1. Pour informer personnellement les optants de leur obligation de quitter le territoire polonais dans les délais fixés ci-dessus, les autorités polonaises feront parvenir, entre le 1er janvier et le 28 février 1925, aux personnes qui ont fait une déclaration d'option, un rappel qui désignera également les personnes auxquelles l'option étend ses effets. Le fait que des observations, prévues à l'art. 11 de la présente Convention, sont en discussion, n'empêche pas le rappel d'être fait dans le délai sus-indiqué.

2. Les rappels notifiés par les autorités polonaises après le 28 février 1925 à des optants qui ne figureraient pas sur les listes, seront portées par la voie diplomatique à la connaissance du Gouvernement allemand. La communication de ces rappels sera traités de la même manière que la communication des listes.

3. Les optants qui, le 1er mars 1925, n'auront pas reçu de rappel des autorités polonaises, jouiront pour leur départ, à dater du rappel tardif, d'un délai égal à celui qu'ils auraient eu si le rappel leur avait été communiqué le 28 février 1925.

§ 3. 1. Les personnes qui ont introduit, avant le 10 juillet 1924, devant les autorités polonaises compétentes la demande en annulation de leur déclaration d'option visée à l'art. 10 de la présente Convention, ne seront

zone von 10 km Breite belegen ist;

3. am 1. Juli 1926 bei Personen, deren Grundbesitz im polnischen Gebiet außerhalb des Rayons einer Festung oder außerhalb der Grenzzone von 10 km belegen ist.

2. Das Recht der polnischen Regierung zur Ausweisung von Optanten, die sich als lästige Ausländer verhalten, wird durch die auf Grund dieses Artikels zugestandenen Fristen nicht berührt.

§ 2. 1. Um die Optanten von ihrer Verpflichtung, das polnische Gebiet innerhalb der obenbezeichneten Fristen zu verlassen, persönlich zu unterrichten, werden die polnischen Behörden zwischen dem 1. Januar und dem 28. Februar 1925 den Personen, die eine Optionserklärung abgegeben haben, eine Aufforderung zugehen lassen, die auch die Namen der Personen zu enthalten hat, auf die sich die Option erstreckt. Die Tatsache, daß die im Art. 11 dieses Abkommens vorgesehenen Bemerkungen noch erörtert werden, hindert nicht die Zustellung der Aufforderung während der obenbezeichneten Frist.

2. Die von den polnischen Behörden nach dem 28. Februar 1925 an Optanten, die nicht auf den Listen stehen, zugestellten Aufforderungen sind der Deutschen Regierung auf diplomatischem Wege zur Kenntnis zu bringen; die Mitteilung dieser Aufforderungen ist ebenso zu behandeln wie die Mitteilung der Listen.

3. Den Optanten, die am 1. März 1925 noch keine Aufforderung von den polnischen Behörden erhalten haben, stehen für ihre Abreise von der verspäteten Aufforderung an dieselben Fristen zu, als wenn die Aufforderung ihnen am 28. Februar 1925 zugestellt worden wäre.

§ 3. 1. Die Personen, die vor dem 10. Juli 1924 bei den zuständigen polnischen Behörden den im Art. 10 dieses Abkommens vorgesehenen Antrag auf Nichtigkeitserklärung ihrer Option eingereicht hatten, unterliegen der Ver-

Digitized by Google

soumises à l'obligation de transférer leur domicile qu'à partir du moment où leur demande aura été rejetée par une désision définitive.

2. Si ces demandes ont été introduites après le 10 juillet 1924, les autorités polonaises compétentes, administratives ou judiciaires, décideront elles-mêmes, conformément au droit polonais en vigueur, si la demande doit avoir un caractère suspensif. Cette disposition s'applique également aux personnes qui avaient introduit avant le 10 juillet 1924 une telle demande, sans avoir poursuivi leur cause jusqu'en dernière instance, à condition qu'elles renouvellent leur demande avant le 1er mars 1925.

3. Dans le cas de rejet d'une demande annulation douée d'un effet suspensif conformément à l'alinéa 1 du présent paragraphe ou à laquelle un tel effet aurait été accordé conformément à l'alinéa 2 de ce paragraphe, les délais pour le départ commenceront à courir à la date du rejet de la demande en annulation; ils seront égaux à la moitié de ceux que les intéressés auraient eu si ces délais avaient commencé à courir le 1er mars 1925, à moins que les délais prévus au paragraphe 1 du présent article ne leur soient plus favorables.

§ 4. Les Parties contractantes sont d'accord que les optants qui ne se seraient pas conformés à l'obligation de quitter la Pologne dans les délais prévus au présent article, pourront être conduits à la frontière et livrés aux autorités allemandes. L'accès du territoire polonais pourra leur être définitivement refusé.

§ 5. Après le 31 décembre 1926 aucun rappel ne sera plus fait. Les personnes qui n'auront pas reçu de rappel à cette date perdront tant les obligations que les privilèges particuliers aux optants. Les dispositions du présent paragraphe ne s'appliquent pas aux personnes visées au paragraphe 3 du présent article auxquelles une décision définitive n'aurait pas encore été notifié à cette date.

pflichtung, ihren Wohnsitz zu verlassen, erst von dem Tage der endgültigen Ablehnung ihres Antrags an.

2. Sind solche Anträge erst nach dem 10. Juli 1924 eingereicht worden, so haben die zuständigen polnischen Verwaltungs- oder Gerichtsbehörden selbst nach dem geltenden polnischen Recht zu entscheiden, ob der Antrag aufschiebende Wirkung hat. Diese Vorschrift gilt gleichfalls für Personen, die ihren Antrag zwar vor dem 10. Juli eingereicht hatten, aber ihre Sache nicht bis zur letzten Instanz verfolgt haben, falls sie den Antrag vor dem 1. März 1925 erneuern.

3. Wird ein Antrag auf Nichtigkeitserklärung, der nach § 1 dieses Artikels aufschiebende Wirkung hat, oder für den nach § 2 die aufschiebende Wirkung bewilligt wird, abgewiesen, so beginnen die Fristen für die Abreise vom Tage der Ablehnung des Antrags; sie betragen die Hälfte der Fristen, welche die beteiligten Personen gehabt hätten, wenn die Fristen am 1. März 1925 zu laufen begonnen hätten, es sei denn, daß die im § 1 dieses Artikels vorgesehenen Fristen für sie günstiger wären.

§ 4. Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß die Optanten, welche die Verpflichtung, Polen zu verlassen, nicht während der in diesem Artikel bezeichneten Fristen erfüllen sollten, an die Grenze gebracht und den deutschen Behörden übergeben werden können. Der Zutritt zum polnischen Staatsgebiete kann ihnen endgültig verwehrt werden.

§ 5. Nach dem 31. Dezember 1926 erfolgt keine Aufforderung mehr. Wer bis dahin keine Aufforderung erhalten hat, ist von den besonderen Verpflichtungen und Vorrechten der Optanten befreit. Dies gilt jedoch nicht für die im § 3 dieses Artikels bezeichneten Personen, denen bis zu diesem Tage noch keine endgültige Entscheidung zugestellt worden ist.

Digitized by Google

Art. 13. Les deux Gouvernements donneront les instructions appropriées aux autorités compétentes, afin que celles-ci facilitent autant que possible tant les voyages nécessaires aux optants pour se préparer une nouvelle existence en Allemagne que l'émigration même.

Art. 14. § 1. 1. Les optants peuvent, lors de leur émigration, emporter en Allemagne leurs biens meubles de toute nature en franchise de douane, et sont exemptés à cet égard de tous droits de sortie ou taxes, s'il y en a.

2. Aucune interdiction d'exportation ou aucune autre mesure législative ou administrative ne peut limiter en quoi que ce soit pour les optants qui transfèrent leur domicile en Allemagne le droit d'exporter à l'occasion de ce transfert leurs biens meubles soit en les emportant avec eux, soit en les expédiant de la manière qui leur paraît la plus appropriée.

3. Aucune redevance ne sera perçue pour les services rendus à l'occasion de ce transfert par les autorités dont l'intervention est requise par des lois, ordonnances ou autres prescriptions officielles.

§ 2. Les autorités peuvent exiger que l'optant prouve son droit de propriété sur les objets qu'il désire emporter, en faisant une déclaration solennelle tenant lieu de serment. D'autres moyens de preuves peuvent être exigés si la nature ou la quantité des objets à emporter fait légitimement soupçonner qu'ils n'appartiennent pas à la personne qui a opté.

§ 3. 1. Les optants qui quittent le territoire polonais pour transférer leur domicile en Allemagne seront exempts de toutes taxes courantes ou impôts courants sur le revenu ou sur la fortune, ainsi que de tous suppléments auxdites taxes ou impôts, à prélever par l'Etat polonais ou ses communes pour la période commençant après la fin du mois au cours duquel l'émigration a lieu.

2. Ces personnes seront exemptes de toutes cautions garantissant le paiement de taxes futures, d'impôts futurs ou de suppléments auxdites

Art. 13. Beide Regierungen geben den zuständigen Behörden entsprechende Anweisungen, da sie den Optanten die zur Begründung einer neuen Existenz in Deutschland erforderlichen Reisen sowie die Auswanderung selbst soweit als möglich erleichtern.

Art. 14. § 1. 1. Die Optanten dürfen bei ihrer Auswanderung ihr gesamtes bewegliches Gut zollfrei nach Deutschland mitnehmen. Etwa bestehende Ausfuhrzölle oder -gebühren dürfen von ihnen nicht erhoben werden.

2. Keinerlei Ausfuhrverbote oder sonstige gesetzliche oder Verwaltungsmaßnahmen dürfen die Optanten, die ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen, in dem Recht beschränken, anläßlich ihres Wegzugs ihre bewegliche Habe persönlich mitzunehmen oder auf andere ihnen geeignet erscheinende Weise zur Versendung zu bringen.

3. Für die gelegentlich dieses Wegzugs von den Behörden, deren Mitwirkung nach den Gesetzen, Verordnungen oder sonstigen Vorschriften erforderlich ist, geleisteten Dienste darf eine Gebühr nicht erhoben werden.

§ 2. Die Behörden dürfen von den Optanten zum Beweis ihres Eigentums an den auszuführenden Gegenständen die Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung fordern. Es können auch andere Beweismittel verlangt werden, wenn wegen der Art oder Menge der Gegenstände begründeter Verdacht besteht, daß sie nicht im Eigentum des Optanten stehen.

§ 3. 1. Optanten, die das polnische Gebiet verlassen und ihren Wohnsitz nach Deutschland verlegen, sind von allen laufenden Steuern und Abgaben vom Eigentum und Vermögen sowie von den Zuschlägen hierzu befreit, die vom Polnischen Staat oder seinen Gemeinden oder seinen kommunalen Selbstverwaltungskörpern für die Zeit nach dem Ablauf des Monats zu erheben sind, in dem die Abwanderung erfolgt.

2. Diese Personen sind von allen Sicherheitsleistungen für künftige Steuern und Abgaben oder Zuschlägen hierzu befreit. Die Steuern und Ab-

Digitized by Google

taxes ou impôts. Les impositions sont futures quand les conditions requises par la loi pour la naissance du droit à ces impositions ne se réalisent qu'après la fin du mois au cours duquel l'émigration a lieu.

3. En ce qui concerne l'impôt extraordinaire (podatek jednorazowy) sur la fortune, réglé par la loi polonaise du 11 août 1923, les optants ne devront payer que les termes réguliers ou les fractions de ces termes dont le paiement est exigible au jour de leur émigration. Ils seront exempts, dès la signature de la Convention, de tous paiements anticipatifs, ainsi que des cautions garantissant le paiement de l'impôt. Des paiements anticipatifs effectués conformément aux lois et règlements en vigueur ne pourront être recouvrés par l'optant. Toutefois, lesdits paiements anticipatifs, valorisés d'après les règles générales du droit polonais, seront déduits des termes réguliers que l'optant est encore obligé de payer.

4. Les dispositions des alinéas 1 à 3 du présent paragraphe ne sont pas applicables dans la mesure où les impositions sont indépendantes de la nationalité, du domicile ou de la résidence des contribuables.

Art. 15. Le droit des optants de conserver des biens immobiliers en Pologne ne peut être préjudicié d'une manière quelconque par des lois, ordonnances ou autres prescriptions qui ne seraient pas applicables aux ressortissants polonais, à moins que ces biens ne se trouvent dans le rayon d'une place fortifiée ou dans la zône frontière de 10 km, auquel cas ces biens seront traités comme des biens appartenant à des étrangers.

Art. 16. Sans préjudice du droit général concernant les étrangers, les optants qui auront transféré leur domicile avant l'expiration des délais fixés à l'art. 12 de la présente Convention ne pourront, jusqu'au 31 décembre 1930, séjourner en Pologne plus de vingt-et-un jours par an sans

gaben sind künftig, wenn die vom Gesetze für die Entstehung des betreffenden Steueranspruchs geforderten Bedingungen erst nach Ablauf des Monats, in dem die Abwanderung erfolgt ist, in Kraft treten.

3. Von der einmaligen, durch das Gesetz vom 11. August 1923 geregelten Vermögensabgabe (podatek jednorazowy) haben die Optanten nur die regelmäßigen Raten oder die Teile dieser Raten zu zahlen, die am Tage der Abwanderung beitreibbar sind. Von der Unterzeichnung des Abkommens ab sind sie von allen Vorauszahlungen und Anzahlungen ebenso wie von Sicherheitsleistungen für die Zahlung der Steuer befreit. Vorauszahlungen und Anzahlungen, die gemäß den geltenden Gesetzen und Verordnungen geleistet worden sind, werden den Optanten nicht erstattet, jedoch werden die bezeichneten Vorauszahlungen und Anzahlungen, valorisiert nach den allgemeinen Bestimmungen des polnischen Rechts, auf die regelmäßigen Raten angerechnet, die der Optant noch zu zahlen verpflichtet ist.

4. Die Bestimmungen der Abs. 1 bis 3 dieses Paragraphen finden keine Anwendung, soweit die Besteuerung von der Staatsangehörigkeit, dem Wohnsitz oder dem Aufenthalt der Steuerpflichtigen unabhängig ist.

Art. 15. Das Recht der Optanten, unbewegliches Eigentum in Polen zu behalten, darf durch keinerlei Gesetze, Verordnungen oder sonstige Vorschriften beeinträchtigt werden, die nicht auf die polnischen Staatsangehörigen Anwendung finden, es sei denn, daß dies Eigentum im Rayon einer Festung oder innerhalb der Grenzzone von 10 km Breite belegen ist. In diesen Fällen ist das betreffende Eigentum wie ausländisches zu behandeln.

Art. 16. Unbeschadet des allgemeinen Fremdenrechts können Optanten, die ihren Wohnsitz vor den im Art. 12 dieses Abkommens vorgesehenen Fristen verlegt haben, bis zum 31. Dezember 1930 ohne besondere Erlaubnis der polnischen Behörden nur 21 Tage im Jahre in Polen verweilen.

Digitized by Google

permission spéciale des autorités polonaises. A dater du 1er janvier 1931, ils ne seront plus soumis qu'aux règles générales.

Art. 17. Les personnes qui, ayant eu la faculté d'option, ont quitté le territoire polonais dans des circonstances indiquant l'intention d'émigrer, seront considérées comme ayant opté (option tacite), lorsque

a) elles ont quitté la Pologne avant le 11 janvier 1922; ou que
b) elles ont quitté la Pologne entre le 11 janvier 1922 et le 10 juillet 1924, à moins qu'elles n'aient fait auprès des autorités polonaises compétentes une demande de prolongation de leur passeport polonais qui leur a été refusée; toutefois, si ces personnes ont recouvré la nationalité allemande, il y a option tacite.

Art. 18. Les privilèges et obligations particuliers aux optants ne se rapportent qu'aux personnes qui ont opté elles-mêmes ou auxquelles l'option étend ses effets.

Art. 19. 1. Les ressortissants allemands qui, sans remplir les conditions requises par l'article 3 du Traité du 28 juin 1919 (art. 91 du Traité de Versailles), remplissent uniquement celles de l'art. 4 du Traité du 28 juin 1919 et qui ont renoncé ou qui sont considérés, conformément à la présente Convention, comme ayant renoncé à la nationalité polonaise, n'ont ni les privilèges ni les obligations particuliers aux optants.

2. Le seul fait de la renonciation ne donne nullement au renonçant le caractère d'un étranger indésirable.

Art. 20. L'art. 5 du Traité du 28 juin 1919 n'est pas applicable aux options prévues à l'art. 3 dudit Traité (art. 91 alinéa 3 du Traité de Versailles); il s'applique aux options prévues à l'art. 91 alinéas 4 et 9 du Traité de Versailles.

La présente Convention, y compris le Protocole final de même date, sera

Vom 1. Januar 1931 ab finden nur noch die allgemeinen Bestimmungen auf sie Anwendung.

Art. 17. Bei optionsberechtigten Personen, die das polnische Staatsgebiet unter Umständen verlassen haben, aus denen sich die Absicht der Auswanderung ergibt, gilt die Option als vollzogen (stillschweigende Option), wenn sie

a) Polen vor dem 11. Januar 1922 verlassen haben; oder wenn sie
b) Polen zwischen dem 11. Januar 1922 und dem 10. Juli 1924 verlassen haben, es sei denn, daß sie bei den zuständigen polnischen Behörden eine Verlängerung ihrer polnischen Pässe beantragt haben, die abgelehnt worden ist; haben jedoch diese Personen die deutsche Reichsangehörigkeit wiedererlangt, so liegt stillschweigende Option vor.

Art. 18. Die besonderen Vorrechte und Verpflichtungen der Optanten beziehen sich nur auf die Personen, die selbst optiert haben, und auf die Personen, auf die sich die Option erstreckt.

Art. 19. 1. Wenn deutsche Reichsangehörige, die nicht die im Art. 3 (Art. 91 des Versailler Vertrags), sondern nur die im Art. 4 des Vertrags vom 28. Juni 1919 vorgesehenen Voraussetzungen erfüllen, auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichtet haben oder wenn bei ihnen nach diesem Abkommen der Verzicht auf die polnische Staatsangehörigkeit als vollzogen gilt, so haben sie weder die besonderen Pflichten noch die besonderen Vorrechte der Optanten.

2. Die Tatsache des Verzichts als solche gibt der Person, die verzichtet hat, nicht die Eigenschaft eines lästigen Ausländers.

Art. 20. Art. 5 des Vertrags vom 28. Juni 1919 bezieht sich nicht auf die im Art. 3 des genannten Vertrags (Art. 91 Abs. 3 des Versailler Vertrags), sondern auf die in Art. 91 Abs. 4 und 9 des Versailler Vertrags vorgesehenen Optionen.

Das vorstehende Abkommen nebst dem Schlußprotokoll vom gleichen

Digitized by Google

ratifiée aussitôt que possible. L'échange des instruments de ratification aura lieu à Varsovie.

En foi de quoi les Plénipotentiaires ont signé la présente Convention et y ont apposé leur cachet.

Fait à Vienne, à la Hofburg, en double exemplaire, le trente août mil neuf cent vingt-quatre.

(L. S.)
signé Dr. *Theodor Lewald.*
(L. S.)
signé Dr. *Witold Pradzynski.*

Tage soll sobald wie möglich ratifiziert werden; der Austausch der Ratifikationsurkunden soll in Warschau stattfinden.

Urkundlich dessen haben die Bevollmächtigten das gegenwärtige Abkommen unterzeichnet und mit ihrem Siegel versehen.

Geschehen zu Wien in der Hofburg in zwei Exemplaren am 30. August 1924.

(L. S.)
gez. Dr. *Theodor Lewald.*
(L. S.)
gez. Dr. *Witold Pradzynski.*

Protocole final.

Au moment de signer la Convention, les Parties contractantes sont tombés d'accord sur ce qui suit:

I (ad art. 4).

1. Si une personne vit régulièrement sur son bien avec toute sa famille pendant plusieurs mois de l'année, le domicile peut exister.

2. Des absences passagères causées par les événements politiques ou militaires après le 9 novembre 1918 ne constituent pas un abandon de domicile, si la personne en question est retournée dans le territoire avant le 10 juillet 1921.

3. Les ci-devant fonctionnaires directs allemands (unmittelbare Staatsbeamte), y compris les officiers en service actif, établis à la date du 10 janvier 1920 dans le territoire cédé par l'Allemagne ne seront pas considérés comme ressortissants polonais, à moins qu'ils n'aient, avant le 1er avril 1920, obtenu ou demandé leur démission.

En ce qui concerne les ressortissants allemands qui, avant le 10 janvier 1920, étaient fonctionnaires directs allemands ou officiers en service actif, ainsi que les fonctionnaires indirects (mittelbare Staatsbeamte), les maîtres d'école et les ministres des cultes, les dispositions générales relatives à la notion du domicile sont applicables.

Schlußprotokoll.

Im Begriffe, zur Unterzeichnung des Abkommens zu schreiten, sind die vertragschließenden Parteien über nachfolgendes übereingekommen:

I. (Zu Art. 4.)

1. Lebt eine Person regelmäßig mit ihrer ganzen Familie während mehrerer Monate im Jahre auf ihrem Gute, so kann ein Wohnsitz bestehen.

2. Eine vorübergehende Abwesenheit infolge der politischen und militärischen Ereignisse nach dem 9. November 1918 bedingt keine Aufhebung des Wohnsitzes, wenn die betreffende Person vor dem 10. Juli 1921 in das Land zurückgekehrt ist.

3. Frühere deutsche unmittelbare Staatsbeamte und aktive Offiziere, die sich am 10. Januar 1920 in dem von Deutschland abgetretenen Gebiet niedergelassen hatten, gelten nicht als polnische Staatsangehörige, es sei denn, daß sie vor dem 1. April 1920 ihren Abschied erhalten oder erbeten haben.

Auf deutsche Reichsangehörige, die vor dem 10. Januar 1920 unmittelbare deutsche Staatsbeamte oder aktive Offiziere waren, sowie auf mittelbare Staatsbeamte, Lehrer und Geistliche finden die allgemeinen Bestimmungen über den Begriff des Wohnsitzes Anwendung.

Digitized by Google

II (ad art. 10).

L'appel au service militaire ou bien la proclamation d'un appel futur au cas ou l'option ne serait pas déclarée ne peut servir comme tel de base pour annuler une déclaration d'option. Les mots „comme tel" indiquent que l'application des règles générales concernant l'annulabilité des déclarations d'option pour défaut de volonté n'est pas exclue.

III (ad art. 11).

Les Parties contractantes considèrent comme désirable la communication de listes partielles dès que celles-ci sont prêtes.

IV (ad art. 12 § 2).

Dans le cas ou la notification personnelle du rappel aurait été tentée en vain, le rappel sera fait par voie de notification officielle (öffentliche Zustellung — publiczne doreczenie).

V (ad art. 12 § 3)

Une décision est définitive lorsqu'elle n'est plus soumise à un recours administratif ou judiciaire, soit par l'expiration des délais de recours, soit par l'absence d'une instance supérieure.

VI.

Chaque Gouvernement communiquera à l'autre les listes des personnes ayant eu la faculté d'opter auxquelles il a accordé la naturalisation avant le 10 juillet 1924.

VII.

1. Les Parties contractantes sont d'accord que les dispositions de la présente Convention concernant l'option (artt. 9 à 18 et les dispositions du Protocole final y relatives) seront applicables mutatis mutandis aux Polonais, ressortissants allemands, qui ont opté pour la nationalité polonaise conformément à l'art. 91 alinéa 4 du Traité de Versailles.

2. Sur le voeu des intéressés, les Parties contractantes s'engagent à ordonner que les optants qui veulent

II. (Zu Art. 10.)

Die Einberufung zum Militärdienst oder die Verkündung einer künftigen Einberufung für den Fall, daß die Optionserklärung nicht abgegeben werden sollte, kann als solche nicht die Grundlage für die Nichtigkeitserklärung einer Option bilden. Die Worte „als solche" bedeuten, daß die Anwendung der allgemeinen Regeln über die Nichtigkeitserklärung von Optionen bei Willensmängeln nicht ausgeschlossen ist.

III. (Zu Art. 11.)

Die vertragschließenden Teile halten die Mitteilung von Teillisten, sobald diese fertiggestellt sind, für wünschenswert.

IV. (Zu Art. 12 § 2.)

Ist die persönliche Zustellung einer Aufforderung vergeblich versucht worden, so kann die Aufforderung durch öffentliche Zustellung (publiczne doreczenie) erfolgen.

V. (Zu Art. 12 § 3.)

Eine Entscheidung ist endgültig, wenn sie durch administrative oder gerichtliche Rechtsmittel nicht mehr anfechtbar ist, sei es, daß die Rechtsmittelfristen abgelaufen sind oder daß die letzte Instanz gesprochen hat.

VI.

Jede Regierung wird der anderen die Listen der optionsberechtigten Personen mitteilen, die sie bis zum 10. Juli 1924 eingebürgert hat.

VII.

1. Die vertragschließenden Teile sind darüber einig, daß die Bestimmungen dieses Abkommens über die Option (Artt. 9—18 einschließlich der entsprechenden Bestimmungen des Schlußprotokolls) auf die Polen deutscher Reichsangehörigkeit, die gemäß Abs. 4 des Art. 91 des Vertrages von Versailles für die polnische Staatsangehörigkeit optiert haben, entsprechende Anwendung finden.

2. Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, auf Wunsch der Berechtigten anzuordnen, daß die Op-

Digitized by Google

transférer leur domicile dans un pays autre que celui en faveur duquel ils ont opté, jouiront des facilités et privilèges prévus dans la présente Convention pour le transfert du domicile.

3. Dans le cas où l'Allemagne établirait un impôt extraordinaire sur la fortune (einmalige Vermögensabgabe), le Gouvernement allemand s'engage à appliquer aux personnes qui ont opté pour la nationalité polonaise un traitement analogue à celui prévu à l'art. 14 paragraphe 3 alinéa 3 de la Convention.

Les règles établies à l'art. 14 paragraphe 3 alinéa 3 resteront en vigueur même dans le cas ou la Pologne établirait un autre impôt extraordinaire sur la fortune.

VIII.

En raison des doutes auxquels a donné lieu l'interprétation des clauses des Traités relatives à la notion du domicile, leur application par les autorités polonaises sera considérée comme effectuée de bonne foi, même si elle reposait sur une interprétation différente de celle stipulée par la présente Convention.

Cette constatation ne touche nullement la question du sursis déclaré à Genève.

IX.

Au cours des négociations le problème du méchanisme des artt. 91 et 93 du Traité de Versailles et des artt. 3, 4 et 12. du Traité du 28 juin 1919 s'est présenté. Ce problème ne rentrant pas dans le cadre de la compétence de l'Arbitre, est resté ouvert. Les Parties contractantes expriment le voeu de le trancher en temps utile.

X.

Les dispositions de la présente Convention ne portent en rien préjudice aux dispositions de la Convention germano-polonaise relative à la Haute-Silésie, faite à Genève le 15 mai 1922.

tanten, die ihren Wohnsitz in ein anderes Land als das, für welches sie optiert haben, verlegen wollen, dieselben Erleichterungen und Vorrechte genießen sollen, die in dem Abkommen für die Verlegung des Wohnsitzes vorgesehen sind.

3. Sollte Deutschland eine einmalige Vermögensabgabe einführen, so verpflichtet sich die deutsche Regierung, die Personen, die für die polnische Staatsangehörigkeit optiert haben, entsprechend den Vorschriften des Art. 14 § 3 Abs. 3 des Abkommens zu behandeln.

Die im Art. 14 § 3 Abs. 3 aufgestellten Regeln bleiben auch dann in Kraft, wenn Polen eine andere außerordentliche Vermögenssteuer einführen sollte.

VIII.

Infolge der Zweifel, zu denen die Auslegung der Vorschriften der Verträge über den Begriff des Wohnsitzes Veranlassung gegeben hat, wird deren Anwendung durch die polnischen Behörden als bona fide geschehen angesehen, selbst wenn sie auf einer Auslegung beruhte, die von der im Abkommen vereinbarten abweicht.

Diese Feststellung berührt in keiner Weise die Frage des in Genf erklärten Aufschubs.

IX.

Im Laufe der Verhandlungen ist das Problem des Zusammenhangs zwischen den Artt. 91 und 93 des Vertrags von Versailles und den Artt. 3, 4 und 12 des Vertrags vom 28. Juni 1919 aufgetreten. Dieses Problem ist als außerhalb der Zuständigkeit des Schiedsrichters liegend offengeblieben. Die vertragschließenden Teile geben dem Wunsche Ausdruck, es in angemessener Zeit zu lösen.

X.

Die Bestimmungen des in Genf am 15. Mai 1922 gezeichneten deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien werden durch die Bestimmungen des gegenwärtigen Abkommens nicht berührt.

Digitized by Google

Fait à Vienne, à la Hofburg, le trente août mil neuf cent vingt-quatre.

signé Dr. *Theodor Lewald.*
signé Dr. *Witold Pradzynski.*

Geschehen zu Wien in der Hofburg am 30. August 1924.

gez. Dr. *Theodor Lewald.*
gez. Dr. *Witold Pradzynski.*

B.

Denkschrift.

I.

Vorgeschichte des Abkommens und Verlauf der Verhandlungen.

Der durch die Abtretung preußischer Gebietsteile an Polen bedingte Staatsangehörigkeitswechsel ist in zwei Verträgen geregelt, nämlich einmal im Vertrag von Versailles (Artikel 91) und zweitens in dem sogenannten Minderheitenvertrag, der ebenfalls am 28. Juni 1919 zwischen den alliierten Hauptmächten und Polen abgeschlossen worden ist (Artikel 3 und 4). In dem Abkommen selbst ist der Minderheitenvertrag als „Vertrag vom 28. Juni 1919" bezeichnet. In der Anlage der vorliegenden Denkschrift sind die Artikel 91 und 93 des Versailler Vertrags sowie die Artikel 3, 4, 5 und 12 des Minderheitenvertrags wiedergegeben.

Die Bestimmungen der beiden genannten Verträge über den Staatsangehörigkeitswechsel decken sich nicht vollkommen. Zwar entsprechen die Abs. 1 bis 3 und 5 bis 7 des Artikels 91 des Vertrags von Versailles dem Artikel 3 des Minderheitenvertrags (Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz), dagegen findet sich im Vertrag von Versailles keine Bestimmung, die dem Artikel 4 des Minderheitenvertrags (Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Polen) entspricht. Zudem bestanden zwischen der deutschen und der polnischen Regierung und zwischen der polnischen Regierung und den Kreisen der an der Frage des Staatsangehörigkeitswechsels interessierten deutschstämmigen Personen erhebliche Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung der genannten Bestimmungen, die ihre Ursache vor allen Dingen in dem grundsätzlichen Bestreben der polnischen Regierung und der polnischen Behörden hatten, die von Deutschland abgetretenen Gebiete nach Möglichkeit zu „entdeutschen", d. h. möglichst wenig Personen den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit und, was besonders für die Optanten wichtig war, das Recht auf den Verbleib in Polen zuzugestehen.

Eine Regelung dieser Meinungsverschiedenheiten, die eine Quelle fortgesetzter Reibungen zwischen Deutschland und Polen bildeten und überdies schwere Mißhelligkeiten für die davon betroffene deutschstämmige Bevölkerung Polens mit sich brachten, war daher seit langem ein dringendes Bedürfnis. Schon im Frühjahr 1920 war von deutscher Seite in Paris versucht worden, deutsch-polnische Verhandlungen über diese Fragen in Gang zu bringen. Der Versuch scheiterte an der ablehnenden Haltung Polens, da Polen die Auffassung vertrat, daß gemäß Artikel 278 des Versailler Vertrages die Regelung der Optionsfrage ausschließlich den alliierten Mächten zustehe.

Wenngleich Polen diesen Standpunkt nicht in vollem Umfang aufrechterhielt, so führte doch ein Versuch, zu einer sachlichen Einigung zu gelangen, der im Frühjahr 1921 unternommen wurde, nicht zum Ziel. Auch in das Programm der deutsch-polnischen Verhandlungen, das in dem Warschauer Protokoll vom 20. Juli 1922 festgelegt wurde, wurden unter Punkt 8 die Staatsangehörigkeitsfragen aufgenommen. Tatsächlich haben diese Fragen den Hauptteil der auf Grund dieses Protokolls in Dresden von Anfang September 1922 bis Ende Juni 1923 geführten deutsch-polnischen Verhandlungen gebildet, die jedoch nicht zum Abschluß gelangten.

Digitized by Google

Die Frage des Erwerbs der polnischen Staatsangehörigkeit war ferner bereits 1921 von interessierten Einzelpersonen und Organisationen der deutschen Minderheit in Polen zum Gegenstand von Beschwerden beim Völkerbundsrat gemacht worden, Beschwerden, die sich darauf stützten, daß nach Artikel 12 des Minderheitenvertrags die Schutzbestimmungen dieses Vertrags der Garantie des Völkerbunds unterstehen. Eine der wichtigsten Beschwerden der deutschen Minderheit war hierbei die Einschränkung, die die polnische Regierung dem Artikel 4 des Minderheitenvertrags gab. Nach diesem Artikel 4 hat jeder im jetzt polnischen Gebiet geborene frühere deutsche Reichsangehörige die polnische Staatsangehörigkeit erworben, dessen Eltern zur Zeit seiner Geburt ihren Wohnsitz im polnischen Gebiete hatten, während Polen das Bestehen des Wohnsitzes der Eltern außerdem für den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrags von Versailles (10. Januar 1920) verlangte. Der Völkerbundsrat legte die strittige Frage dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zur Begutachtung vor. Das Gutachten des genannten Gerichtshofs vom 15. September 1923 verwarf die polnische Auslegung des Artikels 4 als unzutreffend, und am 27. September 1923 machte sich der Völkerbundsrat dieses Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs durch Beschluß zu eigen. Der gleichen Sitzung des Völkerbundsrats lag eine Note des englischen Vertreters Lord Robert Cecil vom 18. September vor, in der Lord Cecil im Auftrag der Britischen Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrats auf die Anwendung des Artikels 3 des Minderheitenvertrags durch die polnische Regierung lenkte. Diese Anregung hatte zur Folge, daß der Völkerbundsrat nunmehr seine Aktion auf alle polnischen Staatsangehörigkeitsfragen ausdehnte, indem er, ebenfalls am 27. September, beschloß, der Berichterstatter, nämlich der Vertreter Brasiliens, Souza Dantas, solle unter Mitwirkung des Generalsekretariats des Völkerbunds „der polnischen Regierung seine guten Dienste anbieten,

a) für jede zweckmäßige Prüfung der Frage der Anwendung der Bestimmungen über die polnische Staatsangehörigkeit und
b) für jede Verhandlung, die die polnische Regierung in der gleichen Frage mit der deutschen Regierung zu führen wünschen würde".

Bemühungen der deutschen Regierung, auf Grund dieses Beschlusses unmittelbar in Verhandlungen mit der polnischen Regierung einzutreten, blieben erfolglos. Erst am 10. Dezember 1923 teilte die polnische Regierung dem Berichterstatter des Völkerbundsrats mit, sie sei bereit, von seinen guten Diensten Gebrauch zu machen und mit der deutschen Regierung auf der Grundlage zu verhandeln, daß unter Mitwirkung des Völkerbundsrats Verhandlungen über den Artikel 4 und den Artikel 3 des Minderheitenvertrags, insoweit dieser letztere Artikel die Fragen des doppelten und ununterbrochenen Wohnsitzes beträfe, in Genf, Verhandlungen über die sonstigen Fragen, unter denen die Optionsfragen an erster Stelle standen, gleichzeitig an einem anderen Orte stattfinden sollten, zu dem in der Folge Warschau bestimmt wurde. Der Völkerbundsrat billigte diese Vorschläge durch eine Resolution vom 14. Dezember 1923. Die betreffenden Verhandlungen, deren sachliche und räumliche Trennung sich als unzweckmäßig erwies, fanden im Februar und März d. J. statt. Auch sie führten weder in Genf noch in Warschau zu einer Einigung.

Immerhin glaubte der Berichterstatter des Völkerbundsrats in dem Berichte, den er am 14. März dem Völkerbundsrat erstattete, eine gewisse Annäherung in Einzelpunkten feststellen zu können. Auf Vorschlag des englischen Bevollmächtigten, Lord Parmoor, faßte auf diesen Bericht hin der Völkerbundsrat den Beschluß, die deutsche und die polnische Regierung durch den Berichterstatter auffordern zu lassen:

„1. ihre Verhandlungen über Auslegung und Anwendung des Artikels 4 des Minderheitenvertrags fortzusetzen, ebenso über die aus Artikel 3 des

Digitized by Google

genannten Vertrags folgenden Fragen des ununterbrochenen und doppelten Wohnsitzes;

2. in das Programm dieser Verhandlungen jede andere von der einen oder der anderen Partei aufgeworfene, die Auslegung und Anwendung der Artikel 3 und 5 des Minderheitenvertrags betreffende Frage aufzunehmen;
3. eine dritte Person zu bitten — die, falls eine anderweite Einigung zwischen den beiden Regierungen vor dem 1. April nicht erfolgt ist, der Präsident des Schiedsgerichts für Oberschlesien sein könnte — die Aufgabe der Leitung der unter Nr. 1 und 2 genannten Verhandlungen als Vermittler zu übernehmen mit der Maßgabe, daß diese Person Vollmacht haben soll, über die strittigen Fragen als Schiedsrichter zu entscheiden, wenn die Verhandlungen nicht bis zum 1. Juni 1924 zu einer völligen Einigung in der Form einer unterzeichneten Konvention geführt haben".

Sowohl die deutsche als die polnische Regierung nahmen die ihnen durch den Berichterstatter des Völkerbundsrats übermittelte Aufforderung des Völkerbundsrats zur Fortsetzung ihrer Verhandlungen an. Die entsprechenden Vereinbarungen zwischen den beiden Parteien wurden durch ein von den beiderseitigen Bevollmächtigten unterzeichnetes Protokoll vom 15. April 1924 in Berlin festgelegt. Die Verhandlungen selbst begannen am 30. April in Wien unter dem Vorsitz des Präsidenten des Schiedsgerichts für Oberschlesien, Kaeckenbeeck, der das ihm von beiden Parteien übertragene Amt des Verhandlungsleiters und Schiedsrichters angenommen hatte.

Auch die Verhandlungen in Wien führten zunächst nicht zu einer Einigung zwischen beiden Parteien. Am 20. Mai wurden daher in einem weiteren Protokoll nähere Bestimmungen über das schiedsrichterliche Verfahren vereinbart. Danach sollten eine Reihe von grundsätzlichen Fragen in der Form von Thesen aufgestellt und dem Vorsitzenden der Verhandlungen mit erläuternden Denkschriften zu diesen Thesen überreicht werden. Auf Grund der dem Vorsitzenden überreichten und zwischen den Parteien ausgetauschten Denkschriften sollte dann der Vorsitzende seinen Schiedsspruch fällen, dessen Inhalt die Grundlage für einen von den beiden Delegationen abzuschließenden Vertrag bilden sollte. Diejenigen Punkte des Vertrags, über die eine Einigung zwischen den beiden Parteien nicht erzielt werden könnte, sollte der Vorsitzende durch einen zweiten Schiedsspruch entscheiden; dieser zweite Schiedsspruch ließ sich jedoch bei den späteren Verhandlungen vermeiden.

Den Vereinbarungen vom 20. Mai entsprechend wurde verfahren. Am 10. Juli verkündete der Vorsitzende seinen Schiedsspruch über die ihm zur Entscheidung vorgelegten zwölf Thesen. Dieser Schiedsspruch gab in den Staatsangehörigkeitsfragen fast durchweg der deutschen Auffassung recht, entsprach dagegen in den Optionsfragen der wichtigsten polnischen Forderung, indem er bestimmte, daß die Optanten auf Verlangen der polnischen Behörden das Land zu verlassen hätten. Der Schiedsspruch selbst, der die Thesen beider Parteien, die Entscheidungen des Schiedsrichters und die Begründung dieser Entscheidungen enthält, ist der vorliegenden Denkschrift in der Anlage nebst Uebersetzung beigefügt.

Nach zwei Monaten weiterer Verhandlungen wurde das Abkommen am 30. August 1924 in der Hofburg in Wien unterzeichnet.

II.

Der Inhalt des Abkommens.

A. Allgemeines.

Die Streitpunkte, die zwischen Deutschland und Polen in den Fragen des Wiener Abkommens bestanden, sind in den dem Schiedsrichter von den Parteien vorgelegten zwölf Thesen enthalten. Diese Streitfragen lassen sich

Digitized by Google

in drei Gruppen zusammenfassen; sie betreffen 1. den völkerrechtlichen Charakter der gesamten Fragen des Staatsangehörigkeitswechsels, 2. die Staatsangehörigkeitsfragen im engeren Sinne und 3. die Optionsfragen.

1. Von polnischer Seite war, gestützt auf Art. 278 des Vertrags von Versailles, die Behauptung aufgestellt worden, daß die Fragen des Staatsangehörigkeitswechsels und der Option innere Angelegenheiten des Polnischen Staates seien, während deutscherseits die Ansicht vertreten wurde, daß diese Fragen internationalen Charakter hätten. Diese Meinungsverschiedenheit ist nicht rein theoretischer Art. Die Leugnung des internationalen Charakters dieser Fragen würde vielmehr den von dem Staatsangehörigkeitswechsel betroffenen Personen eine Wahrung ihrer aus diesem Staatsangehörigkeitswechsel folgenden Rechte, insbesondere vor internationalen Instanzen, wie beispielsweise dem Gemischten Deutsch-Polnischen Schiedsgerichtshof, erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, Deutschland aber jedes Eingreifen in diese Fragen abgeschnitten haben. Der Schiedsspruch hat jedoch den internationalen Charakter dieser Fragen ausdrücklich betont. In dem Abkommen selbst, für dessen Abschluß der internationale Charakter der darin geregelten Fragen natürlich die Voraussetzung bilden mußte, tritt diese Entscheidung des Schiedsrichters u. a. im Art. 11 § 2 Abs. 1 und 2 zutage, wo das Recht der vertragschließenden Parteien festgestellt ist, auf diplomatischem Wege eine Aenderung unrichtiger Entscheidungen der Behörden des anderen Staates in Optionsfragen zu verlangen, während die andere Partei zur Prüfung und gegebenenfalls zur Berücksichtigung dieser diplomatischen Vorstellungen verpflichtet ist. Allerdings haben derartige Vorstellungen nach Art. 11 Abs. 3 keine aufschiebende Wirkung.

Mit der Frage des internationalen Charakters der in dem vorliegenden Abkommen geregelten Fragen steht Punkt IX des Schlußprotokolls in Zusammenhang. Im Verlauf der Verhandlungen war nämlich von polnischer Seite das Verhältnis („der Mechanismus") der Artt. 91 und 93 des Vertrags von Versailles und der Artt. 3, 4 und 12 des Minderheitenvertrags, die die Fragen des Staatsangehörigkeitswechsels und der Option sowie die Beziehungen der beiden genannten Verträge zueinander betreffen, zur Erörterung gestellt worden. Eine Einigung hierüber war nicht zu erzielen; der Schiedsrichter bezeichnete diese Frage als außerhalb seiner Zuständigkeit liegend. Infolgedessen wurde nur die in Ziff. IX des Schlußprotokolls formulierte Feststellung getroffen, daß die Frage dieses „Mechanismus" als außerhalb des Rahmens der Verhandlungen liegend offengeblieben sei, daß es aber der Wunsch der beiden Parteien sei, sie zu gelegener Zeit zu lösen.

2. Die Handhabung der im Versailler Vertrag und im Minderheitenvertrag enthaltenen Bestimmungen über den Staatsangehörigkeitswechsel war bisher von polnischer Seite von dem Bestreben geleitet, einer möglichst geringen Anzahl von Personen den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit zuzugestehen.

Auf die von diesem Gesichtspunkt aus erfolgte Auslegung des Art. 4 des Minderheitenvertrags (Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit durch Geburt) wurde bereits im Teil I hingewiesen.

Für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit durch Wohnsitz bestimmt Art. 91 des Vertrags von Versailles, daß der betreffende deutsche Reichsangehörige bei Inkrafttreten des Versailler Vertrags, also am 10. Januar 1920, und bereits vor dem 1. Januar 1908 im polnischen Gebiet einen Wohnsitz besitzen mußte. Hierzu stellten aber die polnischen Behörden eine ganze Reihe von einschränkenden Zusatzbedingungen. Sie verlangten, daß der Betreffende nicht nur am 10. Januar 1920, sondern auch am 1. Januar 1908 die deutsche Reichsangehörigkeit besessen hatte; sie schränkten das in Frage kommende polnische Gebiet auf das Abtretungsgebiet ein; sie verneinten das

Digitized by Google

Bestehen eines Wohnsitzes in Polen, wenn der Betreffende einen zweiten Wohnsitz, beispielsweise in Berlin, besessen hatte; sie forderten den Nachweis, daß der Wohnsitz ununterbrochen von 1908 bis 1920 bestanden haben müsse, und sahen dabei selbst eine vorübergehende Abwesenheit als Unterbrechung des Wohnsitzes an. Fast alle diese Bedingungen sind durch das Abkommen im Sinne der deutschen Auffassung als unzulässig festgestellt worden, wie unter B im einzelnen dargelegt werden wird. Dies ist deswegen wichtig, weil der Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit die Möglichkeit der Liquidation des Besitzes der betreffenden Personen auf Grund der Artt. 92 und 297 des Versailler Vertrags ausschließt. Dieser Ausschluß der Liquidation bleibt auch für diejenigen Personen bestehen, die nach den Bestimmungen des vorliegenden Abkommens die polnische Staatsangehörigkeit wieder verloren haben, beispielsweise infolge ihrer Auswanderung aus Polen.

3. Hinsichtlich der Option bestanden zwischen Deutschland und Polen bisher hauptsächlich zwei Streitfragen:

a) Nach dem Schlußabsatz des Art. 92 des Versailler Vertrags sollten alle in diesem Vertrag nicht geregelten Fragen, die durch die Abtretung deutscher Gebietsteile an Polen entstehen, in späteren Uebereinkommen geregelt werden. Zweifellos gehört auch die Ausführung der Option zu diesen Fragen. Es gelang aber infolge der ablehnenden Haltung der Polnischen Regierung trotz mehrfacher deutscher Schritte nicht, ein deutsch-polnisches Optionsabkommen abzuschließen. Infolgedessen erließen beide Staaten selbständig Optionsordnungen, und zwar Polen am 13. Juli 1920, Deutschland am 3. Dezember 1921. Dies wiederum hatte Meinungsverschiedenheiten darüber zur Folge, ob eine nur nach der Optionsordnung des einen Staates abgegebene Option als rechtsgültig anzusehen sei.

b) Art. 91 des Versailler Vertrages und Art. 3 des Minderheitenvertrags sichern den Optanten für die Dauer von 12 Monaten bestimmte Abzugsprivilegien zu. Nach Ablauf dieser Frist „können" sie nach dem Versailler Vertrag ihren Wohnsitz nach Polen verlegen; im Minderheitenvertrag heißt es, daß sie dies tun müssen, soweit dem nicht Bestimmungen des Versailler Vertrags entgegenstehen. Polen legte die Verträge im Sinne eines Abwanderungszwanges der Optanten aus, der von deutscher Seite jedoch bestritten wurde.

In diesen beiden Streitfragen hat der Schiedsspruch der polnischen Auffassung recht gegeben. Infolgedessen wird voraussichtlich eine große Anzahl Reichsdeutscher das polnische Gebiet verlassen müssen. Durch das Abkommen werden diesen Personen bestimmte Abzugsfristen und Abzugsprivilegien, darunter in erster Linie Zollfreiheit, gesichert. Entsprechend einer bereits bei den Vorverhandlungen in Berlin im April d. J. getroffenen und in das Schlußprotokoll unter Ziff. VII, Abs. 1 aufgenommenen Vereinbarung finden dieselben Bestimmungen auch auf die „Polen deutscher Reichsangehörigkeit" (Art. 91 Abs. 4 des Vertrags von Versailles) in Deutschland Anwendung, soweit sie für Polen optiert haben; diese Personen unterliegen mithin dem Auswanderungszwang aus Deutschland.

Hervorgehoben sei schließlich, daß der Charakter des Abkommens als einer Interpretation bestehender Verträge und die besonderen hierbei vorliegenden Streitfragen, beispielsweise auf dem Gebiete der Option und des Wohnsitzproblems, die Möglichkeit ausschlossen, sich an frühere Verträge ähnlicher Art, etwa an Teil II des Genfer Abkommens über Oberschlesien, anzulehnen.

B. Einzelbemerkungen.

Im einzelnen zerfällt das Wiener Abkommen vom 30. August d. J. 1. in die Präambel, 2. den nur die Terminologie regelnden Art. 1, 3. das Kapitel I über die Staatsangehörigkeitsfragen (Artt. 2 bis 8), 4. das Kapitel II über die

Digitized by Google

Optionsfragen (Artt. 9 bis 20) und 5. die Schlußformel. Dazu kommt noch 6. das gleichzeitig mit dem Abkommen selbst unterzeichnete Schlußprotokoll, das ebenfalls der Ratifikation bedarf.

1. Die Präambel bezeichnet den Gegenstand des Abkommens, wobei hervorgehoben ist, daß ihm der Schiedsspruch vom 10. Juli d. J. zugrunde liegt.

2. Art. 1 regelt den Sprachgebrauch für die Bezeichnung der beiden in Frage kommenden Verträge.

3. Kapitel I des Abkommens (Artt. 2 bis 8) regelt die Staatsangehörigkeitsfragen. Nach Art. 91 des Versailler Vertrags erwerben die polnische Staatsangehörigkeit diejenigen Reichsdeutschen, die vor dem 1. Januar 1908 einen Wohnsitz in Polen begründet hatten und am 10. Januar 1920 einen Wohnsitz in Polen besaßen. Ferner erwerben nach Art. 4 des Minderheitenvertrags diejenigen Reichsdeutschen die polnische Staatsangehörigkeit, die in Polen von Eltern geboren sind, die zur Zeit der Geburt dort ihren Wohnsitz hatten. Von polnischer Seite war diesen Bestimmungen u. a. die Auslegung gegeben worden, daß der in Frage kommende Wohnsitz im abgetretenen Gebiet liegen müsse und daß eine Person, die die polnische Staatsangehörigkeit auf Grund eines Wohnsitzes in der Zeit von 1908 bis 1920 beanspruche, auch 1908 schon deutscher Reichsangehöriger gewesen sein müsse. In den Artt. 2 und 3 des vorliegenden Abkommens ist entgegen dieser polnischen Auslegung festgestellt, daß nicht nur das abgetretene Gebiet, sondern das gesamte Gebiet des heutigen Polens hierbei in Frage kommt und daß es genügt, wenn die deutsche Reichsangehörigkeit am 10. Januar 1920 bestand. Nach dieser Entscheidung hat nunmehr beispielsweise ein in Galizien geborener Reichsdeutscher oder ein Reichsdeutscher, der zwar von 1908 bis 1920 im heutigen Polen wohnhaft war, aber erst nach 1908 die deutsche Reichsangehörigkeit erworben hat, Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit.

In den Bestimmungen über den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit spielt der Wohnsitzbegriff eine außerordentliche Rolle. Es war daher nötig, in einem besonderen Art. 4 des vorliegenden Abkommens möglichst eingehende Bestimmungen darüber zu treffen, wann ein Wohnsitz vorliegt, insbesondere unter welchen Bedingungen ein Aufenthalt oder eine Niederlassung zugleich einen Wohnsitz begründete, oder umgekehrt, welche Unterbrechungen des Aufenthalts oder der Niederlassung zugleich eine Aufgabe des Wohnsitzes bedeuten. Die hierzu gehörige Ziff. 1 des Schlußprotokolls stellt insbesondere fest, daß für Beamte keine andere Wohnsitzdefinition anwendbar ist, als die im Art. 4 niedergelegte, nur mit der Maßgabe, daß unmittelbare Reichsbeamte und Offiziere, die nicht bis zum 1. April 1920 ihren Abschied erbeten oder erhalten haben, weiter deutsche Reichsangehörige bleiben. Aus der Wohnsitzdefinition folgt die Bestimmung des Art. 5, daß eine Person auch einen doppelten Wohnsitz haben kann.

Von polnischer Seite wurde ferner die Bestimmung des Art. 91 des Vertrags von Versailles und des Art. 3 des Minderheitenvertrags über den Wohnsitz am 1. Januar 1908 und am 10. Januar 1920 so ausgelegt, daß dieser Wohnsitz nicht nur an diesen beiden Zeitpunkten, sondern auch in der genannten Zwischenzeit bestanden haben müßte, um den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit zu begründen. Dieser polnischen Auslegung gibt Art. 6 auf Grund des Schiedsspruchs formell recht. Zu beachten ist hierbei jedoch, daß der im Art. 4 festgesetzte Wohnsitzbegriff weit mehr der deutschen als der polnischen Auffassung entspricht. Daraus erklärt sich auch, daß dem deutschen Standpunkt, wonach eine Unterbrechung des Wohnsitzes den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit nicht beeinträchtigt, durch § 2 des Art. 3 insofern Rechnung getragen ist, als hierin festgestellt ist, daß Unterbrechungen vorübergehender Art sowie solche, bei denen die Absicht zurückzukehren bestand, keine Aufgabe des Wohnsitzes bedeuten.

Digitized by Google

Im Minderheitenvertrag wird im Art. 4 allen ehemaligen deutschen (sowie österreichischen, ungarischen und russischen) Staatsangehörigen die polnische Staatsangehörigkeit zugesprochen, die in jetzt polnischem Gebiet geboren sind. Im Teil I ist bereits erwähnt worden, daß die weiteren Bedingungen, die die polnischen Behörden hierbei stellten, Anlaß zu Beschwerden der deutschen Minderheit in Polen vor dem Völkerbund gegeben haben, und daß der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag diesen Beschwerden recht gegeben hat. Daraus erklärt sich die Formulierung des Art. 7 des vorliegenden Abkommens, der als Erfordernis für die Erlangung der polnischen Staatsangehörigkeit im § 1 ausdrücklich feststellt, daß die Tatsache der Geburt von Eltern, die in Polen ihren Wohnsitz hatten, hierfür genügt. Eine Einschränkung dieses Grundsatzes, die sich in dem erwähnten Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag nicht findet, ist im Abs. 2 dieses Paragraphen insofern gemacht, als bei Personen, die erst nach 1908 geboren sind, für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit verlangt wird, daß wenigstens ein Elternteil seinen Wohnsitz im polnischen Gebiet vor 1908 begründet hat. Durch die Bestimmung des Art. 4 des Minderheitenvertrags wurden aber Personen doppelter Staatsangehörigkeit geschaffen mit der Möglichkeit, auf die erworbene polnische Staatsangehörigkeit innerhalb einer Frist von zwei Jahren wieder zu verzichten. Von diesem Verzichtsrecht ist jedoch nur in einem Teil der Fälle Gebrauch gemacht worden, so daß bisher über die Staatsangehörigkeit nicht nur in Polen befindlicher, sondern auch aus Polen bereits abgewanderter Personen in vielen Fällen Unklarheit bestand. Diese Unklarheiten sollen durch die §§ 2 — 5 des Art. 7 des vorliegenden Vertrags beseitigt werden. Insbesondere bestimmen die §§ 2 und 3, unter welchen Umständen die nach Art. 4 des Minderheitenvertrags erworbene polnische Staatsangehörigkeit wieder als verloren gilt, Bestimmungen, die bereits der Schiedsrichter in seinem Schiedsspruch als erwünscht bezeichnet hatte. Personen, die bereits aus Polen abgewandert sind, können jedoch ihren Anspruch auf die polnische Staatsangehörigkeit gemäß § 3 Abs. 1 des Art. 7 des Abkommens bis zum 28. Februar 1925 dann noch geltend machen, wenn sie entweder durch frühere Schritte in dieser Richtung gezeigt haben, daß sie die polnische Staatsangehörigkeit beizubehalten wünschen, oder wenn sie heute noch durch Grundbesitz oder nächste Verwandte engere Beziehungen zu Polen besitzen.

Durch Art. 8 des vorliegenden Abkommens wird festgestellt, daß eine Ehefrau unabhängig von ihrem Mann die polnische Staatsangehörigkeit erworben hat, wenn sie die hierfür nötigen Voraussetzungen in ihrer Person erfüllt. Diese mit dem 10. Januar 1920 erworbene Staatsangehörigkeit, die die Liquidierbarkeit des Vermögens ausschließt, gilt jedoch mit dem 31. Januar 1920 als wieder verloren zugunsten der Staatsangehörigkeit des Mannes. Andererseits wird eine Ehefrau, die selbst nicht die Bedingungen für den Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit erfüllt, deren Ehemann aber diese Bedingungen erfüllt, für den 10. Januar 1920 als deutsche Staatsangehörige angesehen, während sich am 31. Januar 1920 die polnische Staatsangehörigkeit ihres Mannes auf sie erstreckt. Im § 2 des gleichen Artikels ist der Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit für Personen geregelt, die am 10. Januar 1920 noch nicht 18 Jahre alt waren.

4. Kapitel II (Artt. 9—20) regelt die Optionsfragen.

Art. 9 Abs. 1 des Abkommens bejaht dem Schiedsspruch gemäß die Frage der Rechtsgültigkeit der sogenannten „einseitigen" Optionen.

Um so wichtiger ist die Frage der Nachprüfung der Rechtsgültigkeit der Optionen. Diese Nachprüfung soll ermöglicht werden durch den im Art. 11 des Abkommens vorgesehenen Austausch von Optantenlisten. Erhebt eine Seite auf Grund dieser Listen Einwendungen gegen die Rechtsgültigkeit einer Option, so verpflichtet sich die andere Seite, diese Einwendungen beschleunigt

Digitized by Google

zu prüfen und gegebenenfalls ihnen stattzugeben. Außerdem hat im Art. 10 des Abkommens die Tatsache besondere Berücksichtigung gefunden, daß vielfach, zumal im Jahre 1920 und Anfang 1921, ein Druck zur Abgabe der Option ausgeübt wurde. Eine derartige unter Zwang oder Drohung, aus wesentlichem Irrtum, im Zustand der Geisteskrankheit oder Trunkenheit oder unter anderen Willensmängeln abgegebene Option kann vor den Behörden angefochten werden, vor denen sie abgegeben ist.

Durch Art. 12 § 1 wird gemäß dem Schiedsspruch die Abwanderungspflicht derjenigen Personen festgestellt, die rechtsgültig optiert haben. Die näheren Umstände, unter denen die Abwanderung zu erfolgen hat, sind durch die Artt. 12—16 geregelt. Es sind für die Abwanderung bestimmte Fristen festgesetzt, die für Personen ohne Grundbesitz bis zum 1. August 1925, für Personen mit Grundbesitz im Festungs- und Grenzbezirk bis zum 1. November 1925, für Personen mit sonstigem Grundbesitz bis zum 1. Juli 1926 laufen. Die Abwanderungspflicht besteht nicht allgemein, vielmehr muß der Optant von seiner Verpflichtung, abzuwandern, durch eine besondere behördliche Aufforderung in Kenntnis gesetzt werden. Erfolgt diese Aufforderung nach dem 28. Februar 1925, so verschiebt sich die Abwanderungsfrist für den Abwanderungspflichtigen entsprechend (Art. 12 § 2). Erfolgt sie bis zum 31. Dezember 1926 überhaupt nicht, so erlischt die Abwanderungspflicht (Art. 12 § 5). Art. 13 sichert den Optanten zu, daß ihnen zur Vorbereitung ihrer Abwanderung die Hin- und Herreise zwischen Deutschland und Polen erleichtert wird. Art. 14 spricht ihnen das Recht zu, ihre bewegliche Habe zollfrei mitzunehmen, und stellt fest, daß ihre Steuerpflicht mit dem Ende des Monats erlischt, in dem sie abwandern. Ueber die polnische Vermögenssteuer, deren Erhebung in Raten erfolgt, wird im § 3 Abs. 3 u. a. bestimmt, daß die Zahlung dieser Raten nur verlangt werden darf, insoweit sie bis zum Tage der Abwanderung fällig sind; eher geleistete Vorauszahlungen sind dabei anzurechnen. Für den Fall, daß Deutschland eine Vermögenssteuer einführen sollte, ist es durch Ziff. VII, Abs. 3 des Schlußprotokolls verpflichtet, entsprechend gegenüber polnischen Optanten zu verfahren. Das Recht der Optanten, ihren Grundbesitz in Polen zu behalten, darf nach Art. 15 in keiner Weise durch Bestimmungen eingeschränkt werden, die nicht auch auf polnische Staatsangehörige anwendbar sind, soweit es sich nicht um Grundbesitz im Festungs- oder Grenzbezirk handelt. Während bisher den Optanten auch die vorübergehende Wiedereinreise nach Polen grundsätzlich verweigert wurde, unterliegen sie nach Art. 16 für ihre Wiedereinreise nach Polen nur noch insofern bis Ende 1930 einer Beschränkung, als sie ohne besondere Genehmigung der polnischen Behörden sich nicht länger als 21 Tage jährlich in Polen aufhalten dürfen.

Viele Personen, die optionsberechtigt waren, sind aus Polen bereits abgewandert, ohne vor polnischen oder deutschen Behörden ihre Option erklärt zu haben, aber auch ohne sich darüber klar zu sein, daß sie die polnische Staatsangehörigkeit besitzen. In den weitaus meisten Fällen dieser Art besteht bei den in Frage kommenden Personen auch garnicht der Wunsch, jemals nach Polen zurückzukehren. Eine generelle Regelung der Staatsangehörigkeitsverhältnisse solcher abgewanderter Personen ist durch den im Art. 17 eingeführten Begriff der „stillschweigenden Option" getroffen. Danach gilt freiwillige Abwanderung eines Optionsberechtigten aus Polen als Option, soweit er sich nicht selbst um die Beibehaltung der polnischen Staatsangehörigkeit bemüht hat.

Artt. 18 und 19 Abs. 1 stellen fest, was an sich selbstverständlich ist, daß die Optantenprivilegien und -verpflichtungen nur eben für die Optanten gelten, also z. B. nicht für ihre Nachkommen. Wichtig ist, daß entgegen einer polnischen während der Verhandlungen vertretenen Auffassung der Abs. 2

Digitized by Google

des Art. 19 ausdrücklich verneint, daß die Tatsache, daß eine Person auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichtet hat, ihr den Charakter eines lästigen Ausländers gebe. Dies betrifft die auf S. 18 erwähnten Personen doppelter Staatsangehörigkeit, die durch ihre Geburt in Polen neben der deutschen auch die polnische Staatsangehörigkeit erworben hatten, mit dem Recht, auf die letztere wieder zu verzichten.

Art. 20 endlich entscheidet gemäß dem Spruch des Schiedsrichters eine theoretische Meinungsverschiedenheit über die Bedeutung des Art. 5 des Minderheitenvertrags dem polnischen Standpunkt entsprechend in dem Sinne, daß sich dieser Artikel auf die Polen deutscher Reichsangehörigkeit bezieht, die nach Art. 91 Abs. 4 des Versailler Vertrags für die polnische Staatsangehörigkeit optieren konnten.

5. In der Schlußformel ist besonders betont, daß beide Parteien eine möglichst baldige Ratifikation des vorliegenden Abkommens wünschen. Doch hat sich Deutschland in einem Notenwechsel vom 28. August bereit erklärt, schon von der Unterzeichnung des Abkommens ab Optanten, die auswandern wollen, Pässe hierfür auszustellen, wogegen Polen zugesagt hat, von dem gleichen Zeitpunkt ab seine Behörden anzuweisen, jede im Widerspruch zu dem Abkommen stehende Maßnahme zu unterlassen, insbesondere Liquidationsverfahren, die nach dem Abkommen ungültig sind, zu suspendieren. Ebenso sollen die polnischen Behörden bereits von der Unterzeichnung des Abkommens ab den Personen Pässe ausstellen, die danach als polnische Staatsangehörige anzusehen sind.

6. Die wichtigsten Bestimmungen des Schlußprotokolls sind bereits bei den Artikeln des Abkommens, zu denen sie gehören, erwähnt. Besondere Hervorhebung verdient nur noch Ziff. VIII, die ihre Entstehung einem polnischen Wunsche verdankt. Der deutsche Rechtsstandpunkt ist dabei hinreichend gewahrt worden.

C.

Schiedsspruch des Präsidenten Kaeckenbeeck vom 10. Juli 1924.

Vu la Résolution adoptée le 14 mars 1924 par le Conseil de la Société des Nations;

Vu le Protocole signé à Berlin le 15 avril 1924;

Vu le Protocole signé à Vienne le 20 mai 1924;

Après avoir pris connaissance des Thèses formulées respectivement par chacune des deux Parties en vue du présent arbitrage, ainsi que des Mémoires, Répliques et Compléments d'explications s'y rapportant,

Je soussigné, G. Kaeckenbeeck, D. C. L., Président du Tribunal Arbitral de Haute-Silésie, ai statué comme suit:

Première question.

Thèse allemande.

La notion de domicile dans les articles 3 et 4 vise „un établissement permanent sérieux avec l'intention d'y rester".

Si, pour l'acquisition de la nationalité polonaise, un domicile est requis dans le territoire polonais, il faut et il suffit que les conditions objectives

Thèse polonaise.

La notion de domicile dans les articles 3 et 4 vise „un établissement permanent sérieux avec l'intention d'y rester".

L'établissement implique la concentration exclusive des relations tant personnelles qu'économiques dans un seul endroit. Il en résulte que per-

Digitized by Google

et subjectives, telles qu'elles sont déterminées dans le 1er alinéa, soient remplies dans ce territoire, qu'elles le soient ou non dans un autre territoire.

sonne ne peut être simultanément domicilié dans plusieurs endroits.

Le domicile est abandonné au moment où le facteur subjectif ou bien l'un des indices du facteur objectif a cessé d'exister.

I.

Ce qui fait que, dans les artt. 3 du Traité du 28 juin 1919 avec la Pologne et 91 du Traité de Versailles, on a pu prendre la notion de domicile (ou „habitual residence") comme base du changement de nationalité, c'est que cette notion implique des attaches avec le territoire suffisantes pour permettre de présumer le désir ou l'intérêt de partager son sort. Le but de cette notion est essentiellement différent des buts que se proposent les notions de domicile du droit public (fiscal, électoral, etc. . .) de pays déterminés, ou même la notion de domicile en droit international privé. Toutes ces notions, quoiqu'elles donnent lieu à l'emploi du même mot, diffèrent entre elles considérablement, précisement en raison des buts différents qu'elles poursuivent. C'est pourquoi aucune d'elles ne peut être déterminante pour la solution de notre question. Seule une notion modélée sur les nécessités du Droit international public en matière de changement de nationalité par suite de cession territoriale peut entrer en ligne de compte.

La Cour Permanente de Justice Internationale a donné de cette notion une définition que les deux Parties ont acceptée en principe. Elles ont de ce fait reconnu le point de vue ci-dessus sur lequel il n'y a plus à s'attarder. Toutefois, des divergences subsistent en ce qui concerne l'interprétation de cette définition qui est ainsi conçue: La notion de domicile vise un „établissement sérieux, permanent, avec l'intention d'y rester".

Le Gouvernement polonais a donné du mot „établissement" une définition qui implique une „concentration exclusive des relations tant personelles qu'économiques dans nn seul endroit". Elle ajoute ainsi à la notion d'établissement des idées que cette notion ne contient pas normalement. Qu'un établissement implique une certaine concentration des relations tant personelles qu'économiques dans un endroit n'est pas douteux. Le degré de concentration requis pour qu'un établissement soit celui visé par une définition particulière du domicile varie selon les cas et donne souvent lieu à la libre appréciation des juges. Certaines systèmes exigent notamment que l'établissement qui donne lieu au domicile soit le principal que possède l'individu. Mais déjà ici, cette qualité de principal n'est pas inhérente à l'établissement considéré en lui-même, mais est une qualification de l'établissement envisagé au sens concret. Il en est de même à fortiori de l'exclusivité. Une concentration exclusive correspondrait d'ailleurs très mal à la vie sociale et économique actuelle qui, loin de ce concentrer entièrement en un seul endroit, donne souvent lieu à une décentralisation très considérable.

Les mots „dans un seul endroit" peuvent aussi donner lieu à des malentendus. Le domicile choisi comme indice d'attache à un territoire ne demande pas un établissement absolument localisé. Des changements de demeure ou même de localité à l'intérieur du territoire en question ne nuisent nullement au domicile tel qu'il faut l'entendre ici. Il ne faut pas la fixité sur un même point; il faut la fixité dans le territoire.

Il suffit donc d'être établi sur le territoire en question, mais, ainsi que les Parties le reconnaissent en adoptant la notion de domicile fixée par la Cour Permanente de Justice Internationale, il faut être établi d'une manière permanente avec l'intention d'y rester.

Par *permanence*, nous entendons la continuité de l'établissement pris dans son sens abstrait, déterminé ci-dessus.

Digitized by Google

Par *intention de rester*, nous entendons l'intention de faire de l'établissement un établissement à vie ou pour une durée illimitée. L'élément essentiel est l'absence d'une intention prouvée ou présumée de quitter. Ainsi l'intention de quitter peut se présumer dans le cas d'une résidence due uniquement à un ordre d'un autorité et à laquelle un autre ordre met fin. D'autre part, l'intention de quitter peut résulter à posteriori de la preuve qu'un établissement n'a été qu'un stage en attendant une situation meilleure en dehors du territoire ou en attendant que certaines conditions se soient réalisées permettant de s'établir en dehors du territoire. On constate que les rapports entre la permanence et l'intention de rester sont étroits et que le moment où l'on est appelé à décider si un établissement constitue ou non un domicile exerce, sur l'importance relative à donner à l'un ou l'autre de ces éléments, une influence considérable.

II.

Le Gouvernement allemand soutient que, en ce qui concerne l'acquisition de la nationalité polonaise en raison du domicile, it suffit qu'un domicile, au sens fixé ci-dessus, existe dans le territoire polonais, sans s'occuper de savoir si un domicile existe également dans un autre territoire.

Le Gouvernement polonais, au contraire, fait résulter de la notion de concentration exclusive dans un seul endroit l'impossibilité de la coexistence de deux domiciles. En réfutant la notion de concentration exclusive, nous avons déjà repoussé les conséquences de cette notion.

Il suffit, à présent, de constater si la notion de domicile, telle que les deux Parties l'ont adoptée et que nous venons de l'interprêter, est compatible avec la coexistence de deux domiciles dans deux territoires déterminés.

Si, au lieu d'un „établissement permanent, avec l'intention d'y rester", il fallait une résidence ininterrompue, certes l'impossibilité serait patente. Mais le domicile n'exige qu'une présence habituelle et régulière. C'est ce qui ressort notamment du texte anglais: „habitual residence".

Qu'une personne soit établie tant en ville qu'à la campagne, d'une manière permanente, avec l'intention de conserver à vie cet établissement en partie double, en y séjournant régulièrement l'été d'un côté, l'hiver de l'autre, c'est un fait fréquent. Qu'une cession de territoire intervienne et voilà cet établissement en partie double divisé en deux établissements, également permanents avec une égale intention d'y rester, coexistant dans deux territoires différents.

L'existence d'un de ces deux établissements en dehors du territoire cédé empêchera-t-elle l'autre de compter comme domicile au sens des dispositions des Traités? Il n'y a aucune raison de l'admettre.

Sans doute, si le domicile faisait acquérir automatiquement et d'une manière indélébile la nationalité partout où il se trouve, il y aurait une raison sérieuse de juger autrement. Mais la reconnaissance du domicile dans le territoire cédé ne fait qu'ouvrir, grâce à l'option, la possibilité de choisir entre la nouvelle nationalité et l'ancienne. Du double domicile ne résulte donc pas de double nationalité, mais simplement pour l'intéressé la possibilité de choisir lui-même sa nationalité.

III.

Pour la notion d'abandon du domicile, voir notre examen de la deuxième question.

Pour les raisons ci-dessus énoncées,

Je décide:

I. L'établissement visé dans la notion du domicile n'implique pas la concentration exclusive des relations tant personnelles qu'économiques dans un seul endroit.

Digitized by Google

II. L'existence d'un établissement en dehors du territoire polonais n'empêche pas de reconnaître à un établissement en territoire polonais le caractère de domicile au sens des articles 3 et 4 du Traité du 28 juin 1919 avec la Pologne et de l'art. 91 du Traité de Versailles.

Deuxième question.

Thèse allemande.

Pour l'acquisition, en vertu de l'art. 3, de la nationalité polonaise sans l'autorisation spéciale prévue à l'art. 91, alinéa 2, du Traité de Versailles, il faut et il suffit que la personne intéressée se fût établie dans le territoire en question antérieurement au 2 janvier 1908 et qu'elle y soit établie à la date du transfert de la souveraineté, la non-interruption du domicile pendant ces deux époques n'étant pas requise.

Thèse polonaise.

Une personne n'acquiert sans autorisation spéciale la nationalité polonaise en vertu de l'art. 3 que si elle a été domiciliée dans le territoire en question sans interruption depuis au moins le 1er janvier 1908.

La rédaction de ces Thèses semble devoir imposer un examen à un double point de vue:

I. Il y a tout d'abord la question essentielle de savoir si l'exception de l'alinéa 2 de l'art. 91 du Traité de Versailles régit indistinctement tous les cas où le domicile dont il est fait état en 1920 a été établi après le 1er janvier 1908, ou bien si cette exception devient sans effet lorsqu'un domicile antérieur à 1908 a pu être prouvé. En d'autres termes une carence de domicile à une époque quelconque entre le 1er janvier 1908 et le 10 janvier 1920 empêche-t-elle d'acquérir la nationalité polonaise sans autorisation spéciale, le domicile antérieur ne pouvant entrer en ligne de compte?

II. Il y a ensuite la question de savoir si des interruptions d'une autre nature que des carences de domicile peuvent nuire à l'acquisition de plein droit de la nationalité polonaise.

En ce qui concerne le I, si l'on s'en tient exclusivement à l'art. 91 et si l'on fait abstraction de la question des descendants, on constate que les Traités visent deux catégories de ressortissants allemands domiciliés en territoire actuellement polonais. Chaque catégorie subit un sort différent.

Ceux dont le domicile a été établi postérieurement au 1er janvier 1908 n'acquièrent la nationalité polonaise qu'à la condition d'avoir obtenu une autorisation spéciale du Gouvernement polonais.

Tous les domiciliés qui ne tombent pas dans cette catégorie exceptionnelle sont soustraits à la nécessité d'obtenir une autorisation spéciale. Ils deviennent de plein droit citoyens polonais.

Rien dans les Traités ne permet de dire que le fait d'avoir été domicilié dans le territoire en question à une époque quelconque antérieure à 1908 empêche la réserve de l'alinéa 2 de jouer, si les conditions expresses de cette réserve sont réalisées.

Bien qu'une exception soit d'interprétation stricte, on n'en peut réduire la portée à l'aide d'éléments étrangers à ses termes comme à sa nature.

Le fait de l'établissement du domicile après 1908, d'après les termes formels des Traités, impose la condition de l'autorisation spéciale. Aucune exception n'est prévue. Aussi ne pourrait-on, en excipant d'un domicile antérieur, faire exception à l'alinéa 2 de l'art. 91 sous prétexte d'interpréter d'une manière large la règle générale de l'alinéa 1 du même article.

Digitized by Google

Ce que le Traité exige pour l'acquisition de plein droit de la nationalité polonaise n'est pas l'existence d'un domicile à deux dates déterminées. Il exige qu'on soit domicilié le 10 janvier 1920 et depuis au moins le 1er janvier 1908.

Entre exiger un domicile en 1920. tout en excluant tous les domiciles établis postérieurement au 1er janvier 1908, et exiger un domicile depuis au moins cette date jusqu'en 1920, il n'y a aucune différence.

Une carence de domicile en territoire polonais, pendant une période quelconque entre le 2 janvier 1908 et le 9 janvier 1920 suffit donc, même si un domicile avait existé à une époque antérieure, à rendre l'obtention d'une autorisation spéciale une condition sine qua non de l'acquisition de la nationalité polonaise.

Lorsqu'il y a eu un domicile antérieur, pour qu'il y ait carence de domicile, il faut que ce domicile ait été abandonné. Il y a abandon du domicile lorsque l'établissement a pris fin et qu'on a quitté le territoire sans esprit de retour.

La manière dont l'esprit de retour peut se prouver ne rentre pas dans le cadre de ce premier arbitrage. Il est toutefois évidant qu'en l'absence de toute attache sérieuse conservée avec le territoire, l'absence d'esprit de retour résulte comme présomption du fait que l'établissement a pris fin.

III. En ce qui concerne la question de savoir si des interruptions d'une autre nature qu'une carence de domicile peuvent également nuire à l'acquisition de plein droit de la nationalité polonaise, il suffit de constater que le Traité n'en prévoir aucune.

Ni des changements de résidence à l'intérieur du territoire, ni des interruptions passagères dans le fait de la résidence ne pourraient suffire à faire jouer l'alinéa 2 de l'art. 91. La condition de permanence requise par la définition du domicile adoptée par les deux Parties consiste, ainsi qu'il a été dit, dans la continuité de l'établissement pris dans son sens abstrait, c'est-à-dire du fait d'être établi dans le territoire. Des changements d'habitation ou même de localité à l'intérieur du territoire visé ne nuisent pas à la permanence de l'établissement.

D'autre part, nous avons vu sous la première question (n° II) que le domicile n'exige pas une résidence ininterrompue, mais simplement une présence habituelle et régulière. Le domicile se distingue de la résidence par le degré de permanence qui indique des attaches plus sérieuses et plus profondes avec le territoire. Aussi les absences qui suffisent à interrompre la résidence restent-elles sans effet sur le domicile.

Pour ces raisons,

Je décide:

Une personne n'acquiert sans autorisation spéciale la nationalité polonaise en vertu de l'art. 3 que si elle a été domiciliée dans le territoire en question depuis au moins le 1er janvier 1908 jusqu'au 10 janvier 1920. Une carence de domicile entre ces deux dates rend nécessaire l'autorisation spéciale des autorités polonaises pour que la nationalité polonaise puisse être acquise. Aucune autre forme d'interruption ne met obstacle à l'acquisition de plein droit.

Il y a abandon du domicile lorsque l'établissement a pris fin et qu'on a quitté le territoire sans esprit de retour.

Troisième question.

Thèse allemande.

Le domicile visé aux artt. 3 et 4 se rapporte à tout le territoire attribué à la Pologne et non seulement au territoire cédé par l'Allemagne.

Thèse polonaise.

En ce qui concerne les ressortissants allemands, le domicile visé aux artt. 3 et 4 doit se trouver sur un des territoires cédés par l'Allemagne à la Pologne.

Digitized by Google

L'art. 3 du Traité du 28 juin 1919 s'applique au „territoire qui est ou sera reconnu comme faisant partie de la Pologne".

Les deux articles précédents ne font aucune allusion à un territoire quelconque, mais le Préambule du Traité explique dans ses alinéas 3, 4 et 5 que l'Etat polonais „exerçant actuellement, en fait, la souveraineté sur les parties de l'ancien Empire russe habitées en majorité par des Polonais, a déjà été reconnu par les Principales Puissances alliées et associées comme Etat souverain et indépendant", „qu'en vertu du Traité de Paix conclu avec l'Allemagne par les Puissances alliées et associées, Traité dont la Pologne est signataire, certains territoires de l'ancien Empire allemand seront incorporés dans le territoire de la Pologne" et, enfin, qu'aux „termes dudit Traité de Paix, les limites de la Pologne qui n'y sont pas encore fixées doivent être ultérieurement déterminées par les Principales Puissances alliées et associées".

Il est légitime d'interpréter les mots: „qui est ou sera reconnu" comme se rapportant à ces alinéas et le mot „territoire" comme comprenant l'ensemble du territoire aujourd'hui polonais.

Rien dans le Traité du 28 juin 1919 ne permet une autre interprétation.

D'autre part, l'art. 91, alinéa 1, du Traité de Versailles, dont la stipulation se trouve reproduite en substance par l'art. 3 dont il vient d'être question, emploie les mots:

„.... sur les territoires reconnus comme faisant définitivement partie de la Pologne...." Il ne dit pas, comme dans l'article suivant, alinéa 4: „Dans tous les territoires de l'Allemagne transférés en vertu du présent Traité et reconnus ...."

La formule est la même que celle de l'art. 3; toutefois, alors que le pluriel se trouve dans le Traité de Versailles, le singulier a été choisi dans le Traité du 28 juin 1919. On n'en peut que conclure que les auteurs du Traité voulaient renforcer, par l'emploi du singulier, l'idée que le territoire devait bien être considéré comme un tout.

Si l'art. 3 en question considère comme un tout le territoire polonais, il semble considérer également dans leur ensemble les ressortissants des divers Etats cédants. Cela se justifie aisément par des raisons historiques. Cela explique d'autre part que, dans une certaine mesure, la règle qu'en cas de cession le changement de nationalité n'affecte que les ressortissants de l'Etat cédant établis sur le territoire cédé, ait subi une exception.

Le fait que l'alinéa 2 de l'art. 91 s'applique expressément au même territoire que l'alinéa 1 peut paraître injustifié en raison de la ratio legis de cet alinéa, mais ne peut nullement invalider les raisons déterminantes de l'interprétation qui vient d'être donnée.

Si la Thèse que, en ce qui concerne le changement de nationalité, la notion de domicile est une notion de droit public interne avait pu être adoptée, l'interprétation de l'art. 3 comme s'appliquant au territoire entier de la Pologne, mais n'envisageant, pour les ressortissants de chaque Etat cédant, que le territoire ayant appartenu respectivement à chacun de ces Etats, aurait eu un appoint juridique. Mais, le Traité de St. Germain et le Traité de Riga, que la Pologne a cités, ne peuvent être invoqués contre la Thèse du Gouvernement allemand. Si ces Traités ont établi d'autres notions que celles qui seront déterminantes entre la Pologne et l'Allemagne, ces notions ne s'appliquent qu'à des anciens ressortissants russes ou autrichiens, de même que la notion du domicile qui vaudra entre l'Allemagne et la Pologne, ne sera applicable qu'aux anciens ressortissants allemands.

Le Gouvernement polonais a encore invoqué la rédaction de l'art. 6 du Traité du 28 juin 1919. Toutefois, dans cet article, les mots: „..... sur le territoire polonais...." peuvent se justifier par la considération qu'il ne s'agit pas ici d'un changement de nationalité par suite des cessions de territoire.

Digitized by Google

Il s'agit de personnes sans nationalité, nées dans les limites de la Pologne. Comme cet article ne se place nullement au point de vue des cessions ni au moment des cessions, ses auteurs ont pu avoir recours à une expression plus simple, mais qui, pour les autres articles, pouvait donner lieu à des objections.

Quant à l'art. 4, il s'applique au même territoire auquel s'applique l'art. 3. Les mots: „.... ledit territoire.." sont formels et ne peuvent s'interpréter autrement.

Pour ces motifs,

Je décide:

Le domicile des ressortissants allemands visé aux articles 3 et 4 peut être invoqué pour tout le territoire attribué à la Pologne et non seulement pour le territoire cédé par l'Allemagne.

Quatrième question.

Thèse allemande.	Thèse polonaise.
Une personne, ressortissant allemand à la date du transfert de la souveraineté, acquiert la nationalité polonaise en vertu des artt. 3 et 4 dans les conditions y prévues, encore qu'elle ait acquis la nationalité allemande postérieurement au 1er janvier 1908, respectivement postérieurement à l'époque de sa naissance.	Un ressortissant allemand, à la date du transfert de la souveraineté n'acquiert la nationalité polonaise, en vertu des artt. 3 et 4, que lorsqu'il possédait la nationalité allemande sans interruption au moins depuis le 2 janvier 1908, respectivement depuis la date de sa naissance.

Ce que les dispositions des Traités exigent c'est, d'une part, le caractère de ressortissant allemand, d'autre part, certaines conditions relatives au domicile ou à la naissance. Quand le caractère de ressortissant allemand doit-il être établi? Au moment de la cession. C'est la règle normale qui doit prévaloir partout ou le contraire n'est pas stipulé ou ne résulte pas d'une manière inévitable d'autres stipulations. Dans l'espèce, les textes ne contiennent aucune indication d'une intention quelconque de substituer à cette règle normale une autre règle. D'autre part, la notion de domicile visé dans les artt. 3 et 4 n'est pas une notion de Droit public interne inapplicable à des étrangers, mais une notion de Droit international public, indépendante de l'allégeance politique.

Quant à l'art. 4, il requiert, selon l'interprétation que lui a donné la Cour Permanente de Justice Internationale, la naissance en territoire polonais de parents domiciliés dans ce territoire. Ni le texte ni l'interprétation de la Cour ne requièrent la qualité de ressortissant allemand au moment de la naissance, et l'interprétation donnée aux mots: „..... ledit territoire....", sous la troisième question, montre q'une telle exigence serait non seulement inutile, mais même contraire à l'esprit de la disposition.

Le Gouvernement polonais a cru devoir „s'opposer formellement à une conclusion selon laquelle un ancien ressortissant russe pourrait acquérir la nationalité polonaise autrement qu'en vertu du Traité de Riga, respectivement un ancien ressortissant autrichien ou hongrois, autrement qu'en vertu des Traités de St. Germain et de Trianon, tous ces Traités devant être considérées comme donnant, chacun pour son domaine, une interprétation authentique de la nation du „domicile" de l'art. 3".

Il est évident que ni le présent arbitrage, ni la convention entre la Pologne et l'Allemagne, qui doit en résulter, ne peuvent porter atteinte à une interprétation authentique convenue par la Pologne avec d'autres Etats et que de l'interprétation authentique résultant du présent arbitrage ou de la convention qui en résultera ne peuvent surgir aucuns droits ou obligations pour d'autres pays que l'Allemagne et la Pologne et en faveur d'autres ressortissants que des ressortissants allemands.

Digitized by Google

Il s'agit simplement de déterminer ce qu'il faut entendre par ressortissants allemands et le texte des Traités ne permet à cet égard aucune conclusion autre que celle-ci: Le caractère de ressortissant allemand se détermine à la date de la cession et uniquement à cette date.

Pour ces raisons,

Je décide:

Le caractère de ressortissant allemand se détermine à la date de la cession et uniquement à cette date.

Cinquième question.

Thèse allemande.

Les descendants de personnes qui avaient établi leur domicile dans les territoires en question, antérieurement au 2 janvier 1908, acquièrent, en vertu de l'art. 3, la nationalité polonaise sans avoir besoin de l'autorisation spéciale prévue à l'art. 91, alinéa 2, du Traité de Versailles.

Thèse polonaise.

Lorsque des ressortissants allemands ont établi leur domicile dans les territoires en question postérieurement au 1er janvier 1908, leurs descendants n'acquièrent pas la nationalité polonaise sans autorisation spéciale du Gouvernement polonais, même s'ils sont nés dans ledit territoire. Cette disposition s'applique également au cas où les descendants des personnes de nationalité allemande, nés dans le territoire en question, auraient eux-mêmes établi leur domicile postérieurement au 1er janvier 1908.

Il faut, pour préciser avec quelque certitude la portée du terme „descendants", dans l'alinéa 2 de l'art. 91, se référer à la nature des conditions posées pour l'obtention de la nationalité polonaise.

Ces conditions sont:

1. le domicile, qui est la condition dominante;
2. la naissance sur le territoire, qui n'est opérante que lorsque les conditions du domicile sont remplies non par celui qui est né sur le territoire polonais (ce fait, d'après l'art 4, l'exempte de toute condition de domicile) mais dans le chef de ses auteurs.

Ces conditions opèrent „de plein droit" dans tous les cas où le domicile est antérieur à 1908.

Si le domicile est postérieur à 1908, elles n'opèrent plus qu'avec l'autorisation spéciale du Gouvernement polonais.

En effet, dans l'alinéa 2 de l'art. 91, la clause touchant le domicile ne se rapporte qu'aux mots: „.... les ressortissants", car, du point de vue du domicile, il est impossible de distinguer entre les ressortissants allemands et les descendants de ressortissants allemands, ces descendants étant eux-mêmes des ressortissants. Si les mots: „... ou leurs descendants ..." sont ajoutés, ce ne peut donc être que pour rappeler la relation qui existe entre le fait de leur naissance sur le territoire et le domicile de leurs parents. En d'autres termes, le mot „descendant" ne peut s'appliquer qu'aux personnes qui, ne pouvant faire état de leur propre domicile, font, grâce à la stipulation de l'art. 4, état du domicile de leurs parents.

Il n'est pas étonnant que, dans ces conditions, l'article porte: „..... les ressortissants ou leurs descendants ..." au lieu de: „..... et leurs descendants ....".

L'alinéa doit se lire ainsi: les ressortissants allemands ou leurs descendants ne pourront acquérir la nationalité polonaise qu'avec une autorisation spéciale de l'Etat polonais, dans tous les cas où il s'agit d'un domicile établi sur le territoire postérieurement au 1er janvier 1908.

Digitized by Google

Il ne peut être question du domicile d'un descendant né sur le territoire puisque, en vertu de l'art. 4, il acquiert „de plein droit" la nationalité polonaise, même s'il habite à l'étranger. C'est le domicile de ses parents qui importe. Et c'est pour cela que l'exception de l'alinéa 2 de l'art. 91 n'est mentionné qu'à l'art. 3, le seul qui s'occupe du domicile.

C'est pour cela aussi que les personnes de nationalité allemande nées en territoire polonais de parents y domiciliés avant 1908 acquièrent de plein droit la nationalité polonaise, mêmes si elles se sont établies elles-mêmes après 1908. En effet, aucune condition de domicilé ne leur est imposée personnellement et la condition réclamée des parents est remplie. L'alinéa 2 de l'art. 91 ne les atteint pas.

Pour ces raisons,

Je décide:

Par descendants, l'alinéa 2 de l'art. 91 n'envisage que les ressortissants allemands qui, ne pouvant faire état de leur propre domicile pour obtenir la nationalité polonaise, sont fondés grâce à l'art. 4 du Traité du 28 juin 1919, à invoquer le domicile de leurs parents.

L'autorisation spéciale prévue par l'alinéa 2 de l'art. 91 est requise dans tous les cas où le domicile invoque a été établi postérieurement au 1er janvier 1908.

Sixième et septième questions.

Thèse allemande.	Thèse polonaise.
I. L'art. 4 se réfère uniquement au domicile des parents au moment de la naissance de l'individu.	L'art. 4 exige que, pour acquérir la nationalité polonaise, l'individu soit né avant le 10 janvier 1920 sur le territoire cédé de parents qui y étaient domiciliés le 10 janvier sans préjuger la question de savoir s'il s'agit des deux parents ou de l'un des deux parents. La question de savoir si les parents devaient être domiciliés sur le territoire cédé le 10 janvier 1920 n'étant pas définitivement réglée, il faut qu'elle soit décidée.
II. Les personnes qui ont acquis la nationalité polonaise en vertu de l'art. 4 auront, pendant un délai futur convenable, la faculté d'abandonner la nationalité polonaise.	Au cas où il serait prononcé, que le domicile des parents sur le territoire en question à la date du 10 janvier 1920 n'est pas requis, les raisons pratiques exigent que, en ce qui concerne l'acquisition de la nationalité polonaise, les conséquences en résultant fassent l'objet d'un règlement d'application qui ne bouleverse pas la situation existante et ne tienne compte que d'une volonté clairement expliquée dans le passé.

I.

La divergence entre les deux Thèses porte sur la question qui a fait l'objet de l'Avis Consultatif émis le 15 septembre 1923 par la Cour Permanente de Justice Internationale, et adopté par le Conseil de la Société des Nations le 27 septembre 1923.

Digitized by Google

La Thèse du Gouvernement allemand reproduit textuellement la conclusion de la Cour.

La Thèse du Gouvernement polonais est conforme à l'interprétation qu'il avait soutenue devant la Cour et devant le Conseil de la Société des Nations.

Le Gouvernement polonais ne se considère pas juridiquement lié par l'Avis de la Cour adopté par le Conseil, et soutient que l'Arbitre, qui n'est pas non plus lié, devrait définitivement fixer l'interprétation de l'art. 4.

Le Gouvernement allemand, d'autre part, en entamant les présentes négociations, considérait cette interprétation comme acquise.

Il ne paraît pas nécessaire pour le présent arbitrage de statuer sur la question de savoir si l'adoption de cette interprétation par le Conseil lie ou non la Pologne ou l'arbitre. Il suffit de constater que, tout en adoptant les conclusions de l'Avis de la Cour, le Conseil a reconnu que „l'application du principe juridique ainsi établi ne manquerait pas de donner lieu à certaines difficultés pratiques", que „ce sont ces questions d'application pratique que les deux Délégations ont examiné lors des négociations à Genève; que, pendant ces négociations, la „Délégation polonaise a reconnu en principe la thèse juridique exprimée par l'Avis Consultatif" (Rapport de Son Excellence M. *de Souza Dantas*, C. 144. 1924. X); enfin que, conformément aux termes de la résolution du Conseil du 14 mars 1924, acceptée par les deux Parties, les présentes négociations „continuent" les négociations antérieures. Aussi est-il légitime de considérer que la susdite résolution du Conseil n'entendait pas remettre en question l'Avis de la Cour, mais visait uniquement la recherche par les Parties, ou éventuellement par l'Arbitre, d'une solution pratique des difficultés d'application qu'il soulève.

C'est donc uniquement comme point de départ pour la discussion d'ajustements dont le Conseil lui-même avait constaté la nécessité, et sans préjudice des conséquences juridiques de l'adoption par le Conseil, de l'Avis de la Cour, qu'il est nécessaire de reconnaître le principe que l'art. 4 se réfère uniquement au domicile des parents au moment de la naissance de l'individu comme une des bases des présentes négociations.

Il faut, en outre, tenir compte du fait que ces négociations ont lieu 4 ans et demi après l'entrée en vigueur du Traité; que les délais prévus pour assurer le libre choix de la nationalité sont expirés et que les interprétations divergentes qui ont regnés jusqu'au moment où le Conseil fit appel à l'interprétation de la Cour Permanente (interpretation qui ne fut connue qu'après l'expiration des susdits délais) ont pu amener bien des intéressés à établir ou consolider des situations ne cadrant pas avec l'interprétation de la Cour, mais qui n'en sont pas moins respectables.

L'on conçoit aisément qu'à un tel état de choses, une interprétation juridique soit impuissante à porter remède.

Seul un arrangement entre les Parties peut le faire. C'est ce qu'on d'ailleurs reconnu les deux Parties en posant leurs Thèses n° 7 préconisant chacune une base d'arrangement.

II.

C'est dans ces conditions que, tandis que le Gouvernement allemand a proposé comme solution pratique l'octroi aux personnes qui auraient acquis la nationalité polonaise en vertu de l'art. 4 tel que l'interprète l'Avis de la Cour, d'un nouveau délai pour y renoncer, le Gouvernement polonais maintient le point de vue que le règlement pratique ne doit pas bouleverser les situations existantes et ne doit tenir compte que d'une volonté clairement expliquée dans le passé.

Ainsi, c'est uniquement sur la méthode du règlement pratique que l'Arbitre est appelé à se prononcer.

Digitized by Google

L'octroi générale d'un nouveau délai de renonciation aurait le défaut de remettre sans nécessité en question de nombreuses situations entièrement stabilisées et exposerait des ressortissants allemands résidant en Allemagne ou dans des pays étrangers au danger de perdre irrémédiablement, à leur insu, la nationalité allemande au profit de la nationalité polonaise.

Un règlement ne tenant compte que d'une volonté clairement manifestée dans le passé, tout en offrant l'avantage de ne causer aucuns bouleversements inutiles, est trop absolu pour qu'on ne doive craindre qu'il frappe durement certaines catégories de personnes.

Chacune des deux méthodes proposées présente, selon les catégories de personnes auxquelles elle s'applique, des avantages ou des inconvénients.

D'une manière générale, les personnes tombant sous l'art. 4, selon l'interprétation que lui donne la Cour et selon l'interprétation décidée sous la question 3 relative à l'étendue du territoire, sont devenues de plein droit citoyens polonais. Elles devraient être considérées définitivement comme ayant gardé cette qualité si, étant établies en territoire polonais lors de l'entrée en vigueur du Traité, elles n'ont pas abandonné la Pologne ou si, n'étant pas établies en territoire polonais lors de l'entrée en vigueur du Traité, elles sont venues postérieurement s'y établir. Ces personnes ont, en effet soit pas la persistance, soit par la création de leur établissement, manifesté une intention suffisante de se prévaloir de la nationalité polonaise que leur confère le Traité pour qu'il soit inutile de rouvrir pour elles un délai de renonciation.

De même les personnes qui ont déclaré renoncer à la notionalité polonaise soit dans le délai prévu à l'alinéa 2 de l'art. 4, soit après la publication de l'Avis de la Cour, ont manifesté leur intention assez clairement, pour qu'on en puisse sans hésitation tenir compte..

Enfin, les personnes qui, établies en territoire polonais lors de l'entrée en vigueur du Traité, ont subséquemment quitté ce territoire dans des conditions impliquant leur intention d'abandonner le pays, ou qui, établies en Allemagne ou à l'étranger, ne sont pas, au cours des quatre années et demi écoulées depuis la mise en vigueur du Traité, venues s'établir en Pologne, peuvent être présumées avoir abandonné la nationalité polonaise. Toutefois, dans la mesure où elles pourraient faire valoir des attaches avec la Pologne suffisantes pour neutraliser la susdite présomption, un court délai devrait équitablement leur être ouvert pour faire leur choix. Dans la mesure où de telles attaches ne seraient pas prouvées, la présomption d'abandon de la nationalité polonaise pourrait être définitive et l'ouverture d'un delai serait inutile.

De cette manière, chacune des deux méthodes proposées trouve son application là où ses avantages l'emportent sus ses inconvénients. De plus, un règlement facile de la question de double nationalité s'offre aux deux Parties en stipulant que la nationalité polonaise définitivement acquise emporte la perte de la nationalité allemande. La Cour Permanente avait elle-même, dans son Avis Consultatif, attiré l'attention sur le fait que seul un accord international entre les Puissances intéressées pourrait supprimer les cas de double nationalité. Cette suppression doit être un des buts du règlement poursuivi.

Pour ces raisons,

Je décide:

I. Le principe que l'art. 4 se réfère uniquement au domicile des parents au moment de la naissance de l'individu est acquis comme point de départ pour les négociations en cours, sans préjudice des conséquences juridiques de l'adoption par le Conseil de la Société des Nations de l'Avis Consultatif de la Cour Permanente de Justice Internationale relatif à cette question.

Digitized by Google

II. Le règlement pratique à intervenir doit tenir compte dans la plus large mesure de la volonté des intéressés manifestée dans le passé. Un délai futur ne doit être accordé pour le choix de la nationalité que là où un système de présomptions définitives n'est pas équitablement applicable.

Huitième question.

Thèse allemande.

Les femmes mariées et les mineurs qui remplissent les conditions prévues aux articles 3 et 4, acquièrent la nationalité polonaise, encore que leurs époux ou leurs représentants légaux, respectivement, ne les remplissent pas.

Thèse polonaise.

Les femmes mariées et les mineurs, qui remplissent les conditions prévues aux artt. 3 et 4, n'acquièrent pas la nationalité polonaise si leurs époux ou leurs représentants légaux, respectivement, ne les remplissent pas.

Les artt. 3 et 4, pas plus que l'art. 91, ne font allusion, sauf en ce qui concerne le droit d'option et le droit de renonciation, à des conditions d'âge ou de statut familial. Les termes qu'ils emploient: „ressortissants allemands", „personnes de nationalité allemande" sont aussi larges que possible. Ils s'appliquent aussi bien à des femmes mariées que non mariées, à des enfants mineurs qu'à des majeurs. De l'absence d'une restriction quelconque, il faut conclure que le Traité n'entend exclure personne du bénéfice de ses dispositions soit pour raison d'âge, soit pour raison de statut familial. Un mineur ou une femme mariée peut donc se prévaloir en principe de l'acquisition de la nationalité polonaise, soit en vertu de l'art. 3, soit en vertu de l'art. 4.

Ceci ne préjudicie toutefois pas d'autres questions telles que celle de l'acquisition de la nationalité du mari par le fait du mariage ou celle de l'extension de la nationalité des parents aux enfants mineurs, règles particulières qui peuvent l'emporter sur le principe général reconnu ci-dessus.

En effet, un enfant mineur qui possède ses parents suivrait la nationalité de ses parents, mais un enfant mineur qui n'aurait plus ses parents, se trouverait, sans notre interprétation, soit incapable d'acquérir la nationalité polonaise en vertu des Traités et exposé, par conséquent, à la liquidation de ses biens, soit livré au hasard de la nationalité de son représentant légal, ce qui ne se justifierait qui difficilement.

Quant à la femme mariée, le fait que son époux n'acquiert pas la nationalité polonaise de plein droit ne peut evidemment, vu les termes généraux employés par les Traités, l'empêcher d'acquérir de plein droit la nationalité polonaise, si elle remplit les conditions requises. On ne pourrait objecter que cela briserait l'unité de la famille, car cette unité est facile à rétablir, soit par l'option ou la renonciation effectuée par la femme, soit par l'autorisation spéciale ou la naturalisation accordée au mari.

La question de savoir si le mariage survenant après l'acquisition de plein droit de la nationalité polonaise a fait disparaître cette nationalité est une question tout à fait différente qui n'est point posée ici.

Pour ces raisons,

Je décide:

La qualité de femme mariée ou de mineur n'empêche pas en principe l'acquisition de plein droit de la nationalité polonaise, si ces femmes mariées ou ces mineurs remplissent en leur propre chef les conditions prévues aux art. 3 ou 4, encore que leurs époux ou leurs représentants légaux n'acquièrent pas eux-mêmes la nationalité polonaise.

Ceci ne touche toutefois pas la question de savoir si d'autres règles relatives à l'extension de la nationalité d'une personne à d'autres ne peuvent pas prévaloir sur le principe reconnu ci-dessus.

Digitized by Google

Neuvième question, A.

Thèse allemande.	Thèse polonaise.
Le question de savoir si la nationalité polonaise est acquise n'est pas du ressort exclusif des autorités polonaises, mais une question d'ordre international.	C'est aux autorités polonaises de constater que la nationalité polonaise a été acquise en vertu du Traité. Cette constatation sera considéré comme reconnue par l'Allemagne.

Les points de vue des Mémoires ne s'ajustent pas exactement au libellé des Thèses, lesquelles ne s'opposent complètement que si on leur donne une interprétation extrême.

Si la Thèse du Gouvernement allemand voulait contester aux autorités polonaises leur compétence pour constater seules l'acquisition de la nationalité polonaise conformément aux stipulations des Traités et voulait inférer du caractère international allégué un droit pour l'Allemagne de s'immiscer dans ces constatations, elle devrait évidemment être écartée.

Si la Thèse du Gouvernement polonais impliquait l'assertion que l'Allemagne est liée par toutes les constatations de l'acquisition de la nationalité polonaise faites par les autorités polonaises, mêmes si ces constatations sont contraires aux obligations internationales contractées par la Pologne, cette Thèse devrait évidemment être également écartée.

Le Gouvernement polonais et le Gouvernement allemand, chacun pour ce qui les concerne, ont, par les explications de leurs Mémoires, atténué la portée de leur Thèse. Il n'est donc pas loisible à l'Arbitre de se prononcer purement et simplement sur lesdites Thèses. Un examen plus large de la question s'impose.

A.

En ce qui concerne le caractère international de la question:

S'il est vrai qu'en matière de nationalité la compétence de chaque Etat est, en principe, exclusive, il n'en est pas moins vrai que, lorsque l'acquisition de la nationalité est réglée dans des Traités internationaux, l'autonomie de l'Etat est limitée par les engagements conventionnels qu'il a pris.

Du fait que l'acquisition de la nationalité polonaise est réglée dans l'article 91 du Traité de Versailles, qui fait partie d'un groupe de dispositions relatives à la cession de territoire faite par l'Allemagne à la Pologne. résulte que cette question présente un caractère qui n'est pas purement unilatéral, mais qui intéresse au contraire les deux Etats contractants.

La reconnaissance de la nationalité polonaise à certains ressortissants allemands est, pour la Pologne, une obligation internationale. De même, la reconnaissance de la perte de la nationalité allemande, comme conséquence de l'acquisition de la nationalité polonaise, est pour l'Allemagne une obligation internationale.

Cette obligation résulte expressément de la disposition spéciale de l'art. 91 du Traité de Versailles. Inutile donc de faire appel à l'art. 278 pour lui trouver une base juridique.

Il est indéniable que des stipulations de Traités qui déterminent pour les co-contractants les conditions de l'existence de telles obligations, donnent aux questions traitées — et dans la mesure où elles sont traitées — un caractère international.

Mais ce caractère international qui, du fait des obligations contractées, implique une certaine limitation de l'autonomie des deux Etats, n'implique nullement pour cela une co-souveraineté des deux Etats en ce qui concerne l'application. Chaque Etat agit et décide souverainement; mais, dans la mesure où il a contracté des obligatious, il est tenu d'agir et de décider conformément à ces obligations. Les enfreint-il, le caractère international

Digitized by Google

de la question se révèle par le fait que le co-contractant a le droit d'exiger le respect du Traité. Tant que l'infraction n'a pas eu lieu, le caractère international de la question reste pour ainsi dire latent.

B.

En ce qui concerne la compétence exclusive des autorités polonaises pour constater l'acquisition de la nationalité polonaise:

Tout d'abord que faut-il entendre par cette constatation?

Pour autant qu'il s'agisse dans la matière de l'acquisition de plein droit et sans formalité, à la suite d'une cession territoriale, d'une nationalité nouvelle en vertu de stipulations conventionnelles internationales, il est évident qu'il ne s'agit pas de l'octroi de la nationalité en vertu de décisions d'autorités.

La constatation de l'acquisition de la nationalité polonaise par les autorités polonaises n'est donc pas constitutive de l'acquisition de la nationalité. Elle ne peut même pas être une formalité nécessaire pour cette acquisition.

La constatation ne peut, dès lors, avoir que le sens d'un enregistrement officiel ou d'une attestation officielle d'une situation créée par le Traité. Elle ne peut conférer la nationalité si le Traité ne la confère pas; et son refus ne peut entraver en rien ni l'acquisition de la nationalité polonaise qui s'effectue de plein droit, ni la jouissance de la qualité de citoyen polonais.

La portée de la constatation étant ainsi déterminée, il faut reconnaître que les autorités polonaises sont les seules qui puissent officiellement constater ou attester que la nationalité polonaise a été acquise en tel ou tel cas déterminé. Leur compétence à ce sujet est indéniable et elle est exclusive.

C.

En ce qui concerne les conséquences pour l'Allemagne desdites constatations:

La reconnaissance par l'Allemagne de la nationalité polonaise acquise en vertu des Traités par ses anciens ressortissants et sa reconnaissance de la perte concomitante de la nationalité allemande résultent déjà pleinement de la stipulation de l'art. 91 du Traité de Versailles (ce qui rend pour autant inutile un appel à l'art. 278) et résultera, en ce qui concerne l'arrangement relatif à l'art. 4 du Traité du 28 juin 1919, des stipulations mêmes de cet arrangement.

C'est donc la situation créée par les Traités que, dans chaque cas, l'Allemagne est tenue de reconnaître. Ce ne sont pas, comme telles, les constatations des autorités polonaises compétentes.

Ces constatations ou, pour être tout à fait précis, les attestations auxquelles elles peuvent donner lieu, sont pour les intéressés des preuves authentiques de leur nationalité. A ce titre, elles valent partout jusqu'à preuve du contraire.

D'une manière générale, tout ce qui vient d'être dit, bien que ne coincidant pas avec le libellé des deux Thèses, se trouve en harmonie avec les explications des Mémoires des deux Gouvernements. C'est ainsi que le Gouvernement polonais n'a pas nié le caractère international de la question et n'a pas soutenu le caractère constitutif, au point de vue de l'acquisition de la nationalité polonaise, de la constatation de cette acquisition par ses autorités. C'est ainsi, d'autre part, que le Gouvernement allemand n'a pas revendiqué un droit de coopération en ce qui concerne l'application des stipulations en jeu. L'interprétation que le Gouvernement allemand a donné de sa propre Thèse, dans le passage suivant de son second Mémoire, s'harmonise sans difficulté avec le point de vue emis ci-dessus, tout en n'étant pas en conflit avec certaines revendications du Gouvernement polonais telles

Digitized by Google

qu'elles résultent plutôt de ses explications que du libellé de sa Thèse. Ce passage est ainsi conçu: „Le Gouvernement allemand n'a jamais prétendu une pareille collaboration pour chaque cas particulier. Il a toujours reconnu que l'application des clauses concernant la nationalité aux cas particuliers est de la compétence de l'Etat polonais. Il a uniquement souligné que l'Allemagne, comme partie contractante du Traité de Versailles et de la Convention à conclure, est obligée et autorisée de demander l'accomplissement desdites clauses contractuelles, et que, si, d'après son opinion fondée, cet accomplissement n'a pas eu lieu, elle pourrait le demander en faisant usage des voies indiquées par le Droit international. A cette fin se présente comme première la voie diplomatique, ou si les divergences d'opinion portent sur des questions d'ordre général et fondamental, la voie de négociations directes, ou enfin, si l'application reste litigieuse pour de nombreux cas particuliers et si de telles divergences d'opinion se répètent si souvent que les relations normales entre les parties voisines en souffrent, la voie d'une instance arbitrale, voie correspondante à la tendance du Droit international moderne et recommandée par l'art. 13, alinéa 2 du Pacte qui a „déclaré" comme „généralement susceptible de solution arbitrale" les „différents relatifs à l'interprétation d'un Traité". Il ne s'agit donc pas d'une „collaboration pour chaque cas particulier", même dans la demande la plus etendue, faite par le Gouvernement allemand, mais qui n'a pas été répétée ici en raison du Protocole de Berlin . . . ."

Pour ces raisons,

Je décide:

La question de l'acquisition de la nationalité polonaise, en vertu des stipulations des Traités, est une question d'ordre international.

Il n'en résulte pas un droit de coopération ou d'intervention en ce qui concerne la constatation dans chaque cas de l'acquisition de la nationalité polonaise. A cet égard, les autorités polonaises sont seules compétentes.

Toutefois, ce ne sont pas ces constatations, comme telles, qui lient l'Allemagne, ce sont les stipulations des Traités. Mais partout où la constatation n'est pas faite en violation des clauses des Traités, l'Allemagne ne peut que la respecter.

Du caractère international de la question résulte qu'en cas d'infraction par l'un des contractants aux obligations stipulées, le co-contractant peut exiger par toutes voies de droit le respect du Traité.

Neuvième question, B.

Thèse allemande.	Thèse polonaise.
La question de savoir si une option est ou non valable n'est pas du ressort exclusif des autorités polonaises, mais une question d'ordre international.	La déclaration d'option reconnue par un Etat doit être reconnue par l'autre sous réserve de la disposition du point 9 A.

En ce qui concerne la question des options, il convient d'observer qu'alors que le caractère international de cette question demandait un règlement d'application établi de commun accord par les Parties, celles-ci n'ont pu aboutir à cet accord et les optants se sont ainsi trouvés dépourvus d'instructions concertées au sujet des formalités à accomplir.

Le règlement polonais date du 13 juillet 1920; le règlement allemand date du 3 novembre 1921 et le délai pour les options expirait le 10 janvier 1922.

Les deux règlements ont été établis unilatéralement.

Digitized by Google

Parmi les personnes qui ont fait des déclarations d'option, il en est qui se sont conformées uniquement au règlement émanant de l'Etat dont elles étaient ressortissants, c'est-à-dire au règlement polonais. Il en est d'autres qui se sont conformées uniquement au règlement allemand. Il en est enfin qui, par prudence, se sont conformées aux deux règlements et ont opté ainsi tant devant les autorités allemandes que devant les autorités polonaises.

Dans ces conditions, la question qui se pose n'est plus une simple question de principe, qui n'était intéressante qu'au moment où il était temps encore pour les deux Parties d'arriver à un accord, mais la question pratique de savoir si la volonté des optants manifestée dans leurs déclarations d'option doit prévaloir ou si chaque Etat aura le droit de contester les options qui n'ont pas été faites dans les formes qu'il a unilatéralement prescrites.

Entre ces deux points de vue, on ne peut hésiter. Les Traités donnent aux ressortissants allemands devenus de plein droit ressortissants polonais, en vertu de l'art. 91 du Traité de Versailles et de l'art. 3 du Traité du 28 juin 1919, un droit d'option.

Ce droit corrige pour eux les rigueurs des changements de nationalité qui résultent des cessions de territoires. Ce droit, sur l'importance duquel le Gouvernement allemand a justement insisté dans le développement de son point de vue relativement à d'autres questions, doit être l'unique fondement de tout règlement pratique a posteriori de la question des options.

Que les déclarations d'option soient faites devant les autorités d'un pays ou de l'autre, il importe, en tant que manifestations claires de la volonté d'opter, qu'elles soient respectées. Il faut même aller plus loin et dire, en raison des circonstances, que là même où l'option n'a pas été déclarée selon les règlements émis par l'une ou l'autre des Parties, elle peut néanmoins ressortir implicitement d'actes qui manifestent indubitablement l'intention d'abandonner la nationalité polonaise pour réacquérir la nationalité allemande.

En résumé, il ressort du caractère international de la question qu'en tant que des stipulations contractuelles relatives à l'option seraient violées par une Partie contractante, l'autre Partie pourrait s'élever contre cette violation par toutes voies de droit.

Mais en tant que, en raison de l'absence d'un accord des deux Parties, deux règlements unilatéraux ont dû être promulgués, il serait intolérable pour les intéressés et contraire tant à l'esprit des Traités qu'à l'esprit du Droit qui gouverne les relations internationales, que chacune des deux Parties refusât, pour manque de forme, de reconnaître les déclarations d'option faites devant l'autre Partie.

Ce qui domine l'option, c'est la volonté de l'individu qui opte et non la volonté des Etats dont on abandonne ou dont on acquiert la nationalité. Et l'on ne peut faire supporter par les optants les conséquences du manque d'accord en temps utile des deux Gouvernements au sujet des formalités à accomplir. Sans cela, le refus par un Gouvernement de consentir à un accord sur ces formalités pourrait suffire à anéantir tout droit d'option.

Tout ceci concerne les déclarations d'option et non la question, différente, de savoir si les conditions requises pour qu'une personne ait le droit d'opter sont ou non remplies ou encore la question de savoir si des optants sont ou non fondés de contester la validité d'une déclaration d'option pour défaut de volonté.

Une déclaration d'option acceptée soit par les autorités allemandes soit par les autorités polonaises doit être considérée comme constituant une présomption de ce que la personne qui a opté avait le droit d'opter. Mais, vu les divergences d'interprétation qui ont longtemps régné, elle n'en constitue nullement une preuve.

Digitized by Google

Pour ces raisons,

Je décide:

La question de savoir si une option est ou non valable est une question d'ordre international dans la mesure où les conditions de validité des options dépendent de stipulations contractuelles internationales.

En l'absence de stipulations internationales à ce sujet, la volonté des optants clairement manifestée, soit par une déclaration authentiquée par une des autorités d'un des deux pays, soit par des actes impliquant indubitablement cette volonté, doit être respectée.

Ce respect résulte, comme obligation internationale, des stipulations mêmes qui accordent à certaines catégories de personnes un droit d'option.

Dixième question.

Thèse allemande.

Une déclaration d'option qui n'a pas été faite en pleine liberté n'est pas valable. Il y a défaut de liberté, si elle a été faite dans un état de maladie mentale, d'ivresse, de menace ou d'erreur essentielle, ou si elle a été provoquée par le fait qu'une autorité quelconque avait exercé une pression illicite sur les personnes en question, soit individuellement, soit par la voie d'une ordonnance générale pour les amener à exercer leur faculté d'option ou à le faire avant l'expiration du délai prescrit.

Thèse polonaise.

A. La déclaration d'option doit être considérée du même point de vue que les autres actes de volonté, relatifs au droit public polonais.

L'appel au service militaire ou bien la proclamation d'un appel futur, au cas où l'option ne serait pas déclarée, ne peuvent servir comme tels de base pour annuler une déclaration d'option.

B. L'article 5 ne concerne que l'acquisition de la nationalité polonaise par l'exercice de l'option en faveur de la Pologne.

La première question à examiner est celle posée sous lit. B, dans la Thèse du Gouvernement polonais, à savoir si l'art. 5 du Traité du 28 juin 1919 avec la Pologne se réfère notamment à l'option prévue à l'art. 3 (respectivement art. 91 alinéa 3 du Traité de Versailles) pour les ressortissants allemands devenus polonais de plein droit, à l'exclusion de la nationalité allemande et qui optent en faveur de l'Allemagne, ou s'il se réfère uniquement à des options faites en vue d'acquérir la nationalité polonaise (art. 91 al. 4).

La rédaction de l'article même ne peut laisser aucun doute. Les personnes qui ont le droit d'option prévu à l'art. 3 (art. 91 al. 3) n'ont pas le choix „d'acquérir ou non la nationalité polonaise" („to choose whether or not they will acquire polish nationality"). Pour pouvoir opter il faut qu'elles aient acquis de plein droit la nationalité polonaise, à l'exclusion de la nationalité allemande. Et il ne peut s'agir pour elles que d'un droit d'option leur permettant „d'acquérir ou non nationalité allemande" („the right to choose whether or not they will acquire „German" nationality").

Quelques bonnes raisons qu'on puisse produire en faveur d'une interprétation contraire, cette interprétation ne serait possible qu'en admettant que les rédacteurs du Traité aient complètement perdu de vue, au moment où ils rédigeaient l'art. 5, et les termes et le mécanisme juridique de l'art. 3 du Traité du 28 juin 1919 et de l'art. 91, al. 1, 2 et 3 du Traité de Versailles qu'il paraphrase.

Il est impossible d'admettre un droit d'option permettant „d'acquérir ou non" une nationalité là où la condition du droit d'opter est d'avoir acquis de plein droit cette nationalité.

Pour pouvoir admettre une autre Thèse, il faudrait transformer le texte en y ajoutant les mots „ou d'abandonner ou non la nationalité polonaise".

Digitized by Google

On ne peut, par voie d'interprétation, ajouter une telle clause à la stipulation du Traité, dont le texte est formel et qui, appliqué à l'art. 91 al. 4, n'est pas dépourvu de sens, comme il faudrait qu'il le fût pour pouvoir en transformer le texte.

L'argument que, avec l'interprétation reconnue ci-dessus, l'art. 5 sort du cadre d'un Traité de Minorités ne peut suffire à faire attribuer à cet article un sens incompatible avec ses termes. Le Traité du 28 juin 1919 contient d'ailleurs des dispositions autres que celles concernant la protection des minorités proprement dite et l'art. 12 lui-même, qui place sous la garantie de la Société des Nations les stipulations des „articles précédents" (c'est-à-dire du chapitre I dans lequel se trouve l'art. 5) ne le fait que „dans la mesure où ces stipulations affectent des personnes appartenant à des minorités de race, de religion ou de langue", ce qui implique que lesdites stipulations ne doivent pas nécessairement et exclusivement viser des minorités.

L'on a d'ailleurs constaté que l'art. 81 du Traité de St. Germain correspondant à l'art. 5 se trouve parmi les clauses concernant la nationalité et non comme l'analogue de l'art. 6 (art. 65), parmi les clauses relatives à la protection des minorités.

D'ailleurs, ainsi que le Mémoire du Gouvernement allemand l'a reconnu, l'art. 5 n'est pas essentiel pour la solution de la question posée. S'il s'agit simplement de reconnaître l'existence d'un devoir international de ne pas entraver le libre exercice du droit d'option prévu à l'art. 3, on peut dire que ce devoir résulte de l'art. 3 lui-même, car reconnaître un droit et en entraver l'exercice sont choses incompatibles.

Mais même si l'art. 5 s'appliquait aux options prévues à l'art. 3, il n'en résulterait encore absolument rien, en ce qui concerne la validité de déclarations d'option faites „dans un état de maladie mentale, d'ivresse, de menace ou d'erreur essentielle". Si de telles circonstances affectent la libre volonté elles ne résultent pas d'entraves apportées par un Gouvernement et chaque système juridique possède des règles qui tiennent compte de telles circonstances.

On n'aperçoit donc nullement la nécessité de régler internationalement ces questions. Elles relèvent du droit national de chaque Etat. Le droit international ne possède pas de règles applicables, en l'absence de stipulations conventionnelles, et il n'existe dans l'espèce aucune stipulation conventionnelle à ce sujet.

Restent les mesures de contrainte. De telles mesures, exercées par les autorités, seraient évidemment contraires à la reconnaissance d'un droit ou d'une faculté d'opter. Un pays reconnaissant à une catégorie de personnes un tel droit, une telle faculté, dans un Traité international, est évidemment, par le seul fait de cette reconnaissance, obligé non seulement de rendre ce droit ou cette faculté réalisables, c'est-à-dire de ne rien omettre qui soit une condition sine qua non de l'exercice dudit droit, mais encore de s'abstenir de tous actes illicites, soit par l'entremise active de ses autorités, soit par l'omission ou le refus de prêter leur concours ou de rendre justice.

Ici encore, puisqu'il s'agit d'actes illicites ou d'ommissions illicites de la part d'autorités de l'Etat, l'Etat lui-même doit en être juge.

Pour autant, cependant, que de tels actes ou omissions constitueraient des violations d'une obligation internationale, dans le sens où nous venons d'en reconnaître une, il est certain que le co-contractant peut exiger redressement par toutes voies de droit.

Le droit international général ne fournit pas une notion qui lui soit propre de la contrainte exercée dans ces matières contre des individus. Dans chaque pays, des personnes qui ont souffert par la contrainte illicite des autorités ont un recours devant les Tribunaux ou les autorités hiérarchiques,

Digitized by Google

et dans chaque pays aussi les personnes qui ont été contraintes à faire une déclaration de volonté contre leur gré peuvent poursuivre devant les Tribunaux ou les autorités administratives l'annulation de la prétendue déclaration de volonté.

Dans la mesure où des déclarations d'option ont été jusqu'à ce jour contestées pour défaut de volonté devant les autorités judiciaires ou administratives polonaises compétentes, il est évident que l'équité demande, tant qu'une décision définitive ne sera pas intervenue, la suspension de toute mesure ne se justifiant que par le fait que les dites déclarations d'option seraient tenues pour valables.

Par la nature même de la question qui met en jeu les individus intéressés d'une part, et les organes de l'Etat, d'autre part, et non, en règle génerale, deux Etats, s'explique le fait que c'est dans le droit national et non dans le droit international que s'est élaborée la notion de contrainte dans le sens où elle peut affecter la validité d'une déclaration de volonté.

Quant à la thèse du Gouvernement polonais que „l'appel au service militaire ou bien la proclamation d'un appel futur, au cas où l'option ne serait pas déclarée, ne peuvent servir comme tels de bases pour annuler une déclaration d'option", elle a été reconnue en principe par le Gouvernement allemand dans son Mémoire.

Le bien-fondé de cette Thèse résulte de ce qu'il n'y a, dans le fait de l'appel ou de la proclamation d'un appel futur au service militaire, rien d'illicite.

Pour ces raisons,

Je décide:

L'art. 5 du Traité du 28 juin 1919 avec la Pologne n'est pas applicable aux options prévues sous l'art. 3 en faveur de la nationalité allemande.

En ce qui concerne leur annulabilité pour raison de maladie mentale, d'ivresse, de menace, d'erreur essentielle ou autres défauts de volonté, les déclarations d'option doivent être considérées du même point de vue et traitées de la même manière que les autres actes de volonté relatifs au droit public interne.

Dans l'espèce, vu le caractère international de l'option, le refus d'accès devant les autorités judiciaires ou administratives ou le déni de justice sous toute autre forme, dans le cas de contestation d'une déclaration d'option pour défaut de volonté, constitue l'infraction d'une obligation internationale.

Onzième question.

Thèse allemande.	Thèse polonaise.
Les personnes qui ont exercé leur droit d'option ont le droit de conserver leur domicile en Pologne.	Les personnes qui ont opté pour la nationalité allemande sont obligées de quitter la Pologne à la demande des autorités polonaises.

L'alinéa 3 de l'art. 3 du Traité du 28 juin 1919 avec la Pologne, s'occupant des optants en général, porte qu'ils „devront, à moins de dispositions contraires du Traité de Paix avec l'Allemagne, transporter leur domicile . . . . ."

D'autre part, le Traité de Paix avec l'Allemagne stipule que les ressortissants allemands, les seuls dont nous ayons à nous occuper ici, „auront la faculté dans les 12 mois qui suivront, de transporter leur domicile . . ."

C'est la disposition „contraire" („otherwise provided") à laquelle il est fait allusion dans l'alinéa 3 de l'art. 3.

Digitized by Google

Peut-on de l'emploi des mots „devront", d'une part, et „auront la faculté", d'autre part, inférer que les auteurs du Traité ont voulu exonérer les optants de toute obligation d'émigrer?

Cette interprétation se heurte à la présence, dans le texte invoqué, du membre de phrase: „dans les 12 mois qui suivront ...."

Déduire des mots: „.... auront la faculté, dans les 12 mois qui suivront, de transporter leur domicile ...." une faculté qui continue après l'expiration des 12 mois en question, c'est faire violence au texte.

Déduire de ce que la faculté de quitter ne dure que 12 mois l'impossibilité de quitter après les 12 mois serait une solution absurde et dont l'inadmissibilité est reconnue.

Il ne reste qu'à admettre que le Traité ne stipule que pour 12 mois.

C'est le seul moyen de rester d'accord avec le texte et la logique.

La situation créée est donc celle-ci:

d'une part, les optants ont pendant 12 mois la faculté, c'est à dire la liberté, le choix, d'émigrer volontairement ou de ne pas émigrer; d'autre part, pendant ces 12 mois, les droits du Gouvernement polonais, qui seraient en conflit avec le libre exercice de cette faculté, se trouvent suspendus et non abandonnés.

L'abandon, en effet, ne pourrait, en l'absence d'une stipulation formelle, résulter que de l'impossibilité de concilier la reprise de ces droits avec la nature de la faculté octroyée.

Or, à l'expiration du délai, le Gouvernement polonais ne se trouve pas en présence d'étrangers auxquels il a accordé des privilèges impliquant sa renonciation aux droits en question. Il continue à se trouver en présence d'optants. La faculté octroyée par le Traité n'a pas modifié leur caractère.

Il faut admettre, d'autre part, qu'un Etat cessionnaire a normalement le droit d'exiger l'émigration des habitants du territoire cédé qui ont opté en faveur du pays cédant. Ce principe, consacré par la pratique internationale, et expressément admis par les meilleurs auteurs, se trouve à la base même des dispositions concernant l'option insérées dans les récents Traités de Paix.

La suppression de ce droit, dans l'espèce, aurait un caractère suffisamment exceptionnel pour qu'on ne puisse la présumer. On ne saurait d'autant-plus l'admettre sans stipulation formelle, qu'aucune raison peremptoire n'apparaît pour justifier un traitement aussi différent entre les optants polonais pour l'Allemagne et les optants polonais pour l'Autriche, la Hongrie ou la Russie, alors notamment que le cadre des dispositions relatives aux droits de tous les optants est le même dans tous les cas.

On peut aisément concevoir que des raisons économiques et des raisons d'humanité — voir de pures considérations pratiques — aient porté à suspendre pendant une année certaines conséquences normales des options. On peut également bien concevoir qu'on ait tenu à éviter de stipuler un devoir absolu pour tous les optants de transférer leur domicile et que la Pologne elle-même ait demandé qu'il en fût ainsi. Mais on ne peut facilement admettre que par une disposition non explicite, la Pologne se soit engagée à autoriser pendant une période illimitée, la présence sur son territoire de personnes qui, devenues de plein droit ressortissants polonais, ont renoncé à ce titre, ont renouvelé leur allégeance allemande, et se sont libérées ainsi des obligations et des devoirs des citoyens polonais.

Pour ces raisons,

Je décide:

Les personnes qui ont valablement opté pour la nationalité allemande sont obligées de quitter la Pologne à la demande des autorités polonaises.

Digitized by Google

Douzième question.

Thèse polonaise.

Les droits et les obligations des optants ne se rapportent qu'aux personnes qui ont opté elles-mêmes ou auxquelles une option étend ses effets.

Le Gouvernement allemand n'a pas maintenu un Thèse opposée. Il en résulte que les descendants des optants autres que ceux auxquels l'option a étendu ses effets jouiront des mêmes droits et auront les mêmes obligations que les autres citoyens allemands en Pologne. Ils y seront traités non comme optants, mais comme étrangers.

Conformément au Protocole du 20 mai 1924, signé à Vienne, les présentes décisions constituent „les éléments d'une Convention à rédiger par les deux Délégations, sous la présidence de l'arbitre".

Fait à Vienne, le dix juillet 1924.

signé *G. Kaeckenbeeck.*

XV.

Deutsch-schwedischer Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag 29. 8. 1924 *).

Das Deutsche Reich und das Königreich Schweden,

von dem Wunsche erfüllt, die Entwickelung des Verfahrens zur friedlichen Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten zu fördern, sind übereingekommen, einen allgemeinen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag abzuschließen.

Zu diesem Zwecke haben zu Bevollmächtigten ernannt

(folgen die Namen)

die, nachdem sie ihre Vollmachten geprüft und in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1. Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, alle Streitigkeiten irgendwelcher Art, die zwischen ihnen entstehen und nicht in angemessener Frist auf diplomatischem Wege geschlichtet werden können, nach Maßgabe des gegenwärtigen Vertrags entweder einem Schiedsgerichtsverfahren oder einem Vergleichsverfahren zu unterwerfen.

Streitigkeiten, für deren Schlichtung die vertragschließenden Teile durch andere zwischen ihnen bestehende Abmachungen an ein besonderes Verfahren gebunden sind, werden nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Abmachungen behandelt.

Art. 2. Dem Schiedsgerichtsverfahren werden auf Verlangen einer Partei, unter Vorbehalt der Bestimmungen der Artt. 3 und 4, diejenigen Streitigkeiten unterworfen, die betreffen

1. Bestand, Auslegung und Anwendung eines zwischen den beiden Parteien geschlossenen Staatsvertrags;
2. irgendeine Frage des internationalen Rechts;
3. das Bestehen einer Tatsache, die, wenn sie erwiesen wird, die Verletzung einer zwischenstaatlichen Verpflichtung bedeutet;

*) In deutscher und schwedischer Sprache ausgefertigt. — Der deutsche Text ist hier nach handschriftlicher Vorlage abgedruckt. — Herausgeber.

Digitized by Google

Peut-on de l'emploi des mots „devront", d'une part, et „auront la faculté", d'autre part, inférer que les auteurs du Traité ont voulu exonérer les optants de toute obligation d'émigrer?

Cette interprétation se heurte à la présence, dans le texte invoqué, du membre de phrase: „dans les 12 mois qui suivront ...."

Déduire des mots: „.... auront la faculté, dans les 12 mois qui suivront, de transporter leur domicile ...." une faculté qui continue après l'expiration des 12 mois en question, c'est faire violence au texte.

Déduire de ce que la faculté de quitter ne dure que 12 mois l'impossibilité de quitter après les 12 mois serait une solution absurde et dont l'inadmissibilité est reconnue.

Il ne reste qu'à admettre que le Traité ne stipule que pour 12 mois.

C'est le seul moyen de rester d'accord avec le texte et la logique.

La situation créée est donc celle-ci:

d'une part, les optants ont pendant 12 mois la faculté, c'est à dire la liberté, le choix, d'émigrer volontairement ou de ne pas émigrer; d'autre part, pendant ces 12 mois, les droits du Gouvernement polonais, qui seraient en conflit avec le libre exercice de cette faculté, se trouvent suspendus et non abandonnés.

L'abandon, en effet, ne pourrait, en l'absence d'une stipulation formelle, résulter que de l'impossibilité de concilier la reprise de ces droits avec la nature de la faculté octroyée.

Or, à l'expiration du délai, le Gouvernement polonais ne se trouve pas en présence d'étrangers auxquels il a accordé des privilèges impliquant sa renonciation aux droits en question. Il continue à se trouver en présence d'optants. La faculté octroyée par le Traité n'a pas modifié leur caractère.

Il faut admettre, d'autre part, qu'un Etat cessionnaire a normalement le droit d'exiger l'émigration des habitants du territoire cédé qui ont opté en faveur du pays cédant. Ce principe, consacré par la pratique internationale, et expressément admis par les meilleurs auteurs, se trouve à la base même des dispositions concernant l'option insérées dans les récents Traités de Paix.

La suppression de ce droit, dans l'espèce, aurait un caractère suffisamment exceptionnel pour qu'on ne puisse la présumer. On ne saurait d'autant-plus l'admettre sans stipulation formelle, qu'aucune raison peremptoire n'apparaît pour justifier un traitement aussi différent entre les optants polonais pour l'Allemagne et les optants polonais pour l'Autriche, la Hongrie ou la Russie, alors notamment que le cadre des dispositions relatives aux droits de tous les optants est le même dans tous les cas.

On peut aisément concevoir que des raisons économiques et des raisons d'humanité — voir de pures considérations pratiques — aient porté à suspendre pendant une année certaines conséquences normales des options. On peut également bien concevoir qu'on ait tenu à éviter de stipuler un devoir absolu pour tous les optants de transférer leur domicile et que la Pologne elle-même ait demandé qu'il en fût ainsi. Mais on ne peut facilement admettre que par une disposition non explicite, la Pologne se soit engagée à autoriser pendant une période illimitée, la présence sur son territoire de personnes qui, devenues de plein droit ressortissants polonais, ont renoncé à ce titre, ont renouvelé leur allégeance allemande, et se sont libérées ainsi des obligations et des devoirs des citoyens polonais.

Pour ces raisons,

Je décide:

Les personnes qui ont valablement opté pour la nationalité allemande sont obligées de quitter la Pologne à la demande des autorités polonaises.

Digitized by Google

Streitfälle vom 18. Oktober 1907 geschaffenen Ständigen Schiedshofs im Haag gewählt.

Jede Partei ernennt einen Schiedsrichter nach freier Wahl. Gemeinsam berufen die Parteien drei weitere Richter und aus deren Mitte den Obmann. Sofern einer der gemeinsam berufenen Richter nach seiner Wahl die Staatsangehörigkeit einer der beiden Parteien erwirbt, auf deren Gebiete seinen Wohnsitz nimmt oder in deren Dienste tritt, kann jede Partei verlangen, daß er ersetzt werde. Streitigkeiten darüber, ob diese Voraussetzungen zutreffen, werden von den übrigen vier Richtern entschieden, wobei der ältere der gemeinsam berufenen Richter den Vorsitz führt und bei Stimmengleichheit eine doppelte Stimme hat.

Die Wahl der Richter erfolgt von neuem für jeden einzelnen Streitfall.

Die vertragschließenden Teile behalten sich jedoch vor, im gemeinsamen Einverständnisse die Wahlen in der Weise vorzunehmen, daß für gewisse Arten von Streitfällen während eines bestimmten Zeitraums dieselben Richter dem Schiedsgericht angehören.

Mitglieder des Schiedsgerichts, die aus irgendeinem Grunde ausscheiden, werden in der gleichen Weise ersetzt, wie sie berufen worden sind.

Art. 7. Die vertragschließenden Teile werden in Ausführung des gegenwärtigen Vertrags in jedem Einzelfall eine besondere Schiedsordnung festsetzen. Darin werden der Streitgegenstand, die etwaigen besonderen Befugnisse des Gerichts, dessen Zusammensetzung und Sitz, die Höhe des von jeder Partei als Kostenvorschuß zu hinterlegenden Betrags, die hinsichtlich der Form und der Fristen des Verfahrens zu beobachtenden Regeln sowie die sonst notwendigen Einzelheiten bestimmt.

Meinungsverschiedenheiten über die Bestimmungen der Schiedsordnung werden, vorbehaltlich des Art. 8, vom Schiedsgericht entschieden.

Art. 8. Kommt zwischen den Parteien nicht binnen sechs Monaten, nachdem die eine der anderen das Begehren nach schiedsgerichtlicher Austragung einer Streitigkeit mitgeteilt hat, die Schiedsordnung zustande, so kann jede Partei den im Art. 14 vorgesehenen Ständigen Vergleichsrat zwecks Feststellung der Schiedsordnung anrufen. Dieser hat binnen zwei Monaten nach seiner Anrufung die Schiedsordnung festzusetzen, wobei der Streitgegenstand aus den Anträgen der Parteien ermittelt wird.

Es ist ebenso zu verfahren, wenn eine Partei den von ihr zu ernennenden Richter nicht bezeichnet hat, oder wenn die Parteien in der Bezeichnung der gemeinsam zu berufenden Richter oder des Obmanns nicht einig sind.

Der Ständige Vergleichsrat ist ferner befugt, bis zur Bestellung des Schiedsgerichts über jede andere Streitigkeit zu entscheiden, die sich auf die Schiedsordnung bezieht.

Art. 9. Das Schiedsgericht trifft seine Entscheidungen mit einfacher Stimmenmehrheit. Die abweichende Ansicht eines in der Minderheit gebliebenen Mitglieds wird festgestellt.

Art. 10. Der Schiedsspruch wird Angaben über die Art seiner Ausführung, insbesondere über die dabei zu beobachtenden Fristen enthalten.

Wird in einem Schiedsspruch festgestellt, daß eine von einem Gericht oder einer anderen Behörde einer Partei getroffene Entscheidung oder Verfügung ganz oder teilweise mit dem Völkerrecht in Widerspruch steht, können aber nach dem Verfassungsrechte dieser Partei die Folgen der Entscheidung oder Verfügung durch Verwaltungsmaßnahmen nicht oder nicht vollständig beseitigt werden, so ist der verletzten Partei in dem Schiedsspruch auf andere Weise eine angemessene Genugtuung zuzuerkennen.

Art. 11. Unter Vorbehalt anderweitiger Abrede in der Schiedsordnung kann jede Partei bei dem Schiedsgerichte, das den Spruch erlassen hat, die

Digitized by Google

Revision dieses Spruches beantragen. Der Antrag kann nur mit der Ermittelung einer Tatsache begründet werden, die einen entscheidenden Einfluß auf den Spruch auszuüben geeignet gewesen wäre und bei Schluß der Verhandlung dem Schiedsgerichte selbst und der Partei, welche die Revision beantragt hat, ohne ihr Verschulden unbekannt war.

Mitglieder des Schiedsgerichts, die aus irgendeinem Grunde für das Revisionsverfahren ausscheiden, werden in der gleichen Weise ersetzt, wie sie berufen worden sind.

Die Frist, innerhalb deren der im Abs. 1 vorgesehene Antrag gestellt werden kann, ist im Schiedsspruch zu bestimmen, sofern dies nicht in der Schiedsordnung geschehen ist.

Art. 12. Alle Streitigkeiten, die zwischen den Parteien über Auslegung und Ausführung des Schiedsspruchs entstehen sollten, unterliegen, vorbehaltlich anderweitiger Abrede, der Beurteilung des Schiedsgerichts, das den Spruch gefällt hat. Dabei findet die Bestimmung des Art. 11 Abs. 2 entsprechende Anwendung.

Art. 13. Alle Streitigkeiten, die nicht nach den vorhergehenden Artikeln dieses Vertrages dem Schiedsgerichtsverfahren unterworfen werden, sind auf Verlangen einer Partei im Vergleichsverfahren zu behandeln.

Behauptet die andere Partei, daß der im Vergleichsverfahren anhängig gemachte Streitfall vom Schiedsgerichte zu entscheiden sei, so entscheidet dieses zunächst über diese Vorfrage.

Die Regierungen der vertragschließenden Teile können im gemeinsamen Einverständnis eine Streitigkeit, für die nach dem gegenwärtigen Vertrage das Schiedsgericht angerufen werden kann, endgültig oder unter Vorbehalt der späteren Anrufung des Schiedsgerichts im Vergleichsverfahren behandeln lassen.

Art. 14. Für das Vergleichsverfahren wird ein Ständiger Vergleichsrat gebildet.

Der Ständige Vergleichsrat besteht aus fünf Mitgliedern. Jeder vertragschließende Teil ernennt zwei Mitglieder, von denen er eines unter seinen eigenen Staatsangehörigen auswählen darf. Das fünfte Mitglied, das den Vorsitz führt, muß eine andere Staatsangehörigkeit als die anderen Mitglieder besitzen. Der Vorsitzende wird von den vertragschließenden Teilen im gemeinsamen Einverständnis berufen. Falls es nicht zu einem solchen Einverständnis kommen sollte, kann jeder vertragschließende Teil den schweizerischen Bundespräsidenten um die Ernennung des Vorsitzenden ersuchen.

Der Ständige Vergleichsrat wird im Laufe von sechs Monaten nach Austausch der Ratifikationsurkunden dieses Vertrags gebildet.

Art. 15. Die Mitglieder des Ständigen Vergleichsrats werden für die Dauer von drei Jahren ernannt. Mangels anderweitiger Abrede zwischen den vertragschließenden Teilen kann ihre Ernennung während der Dauer ihres Auftrags nicht zurückgenommen werden. Im Falle des Rücktritts, des Todes oder einer sonstigen Behinderung eines Mitglieds muß es für die noch verbleibende Zeit seines Auftrags unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen des Art. 14 Abs. 2 so rasch als möglich ersetzt werden.

Art. 16. Jeder vertragschließende Teil kann innerhalb von zwei Wochen, nachdem der Ständige Vergleichsrat in einer Streitigkeit angerufen worden ist, für diese Streitigkeit eines der von ihm ernannten Mitglieder durch ein anderes Mitglied ersetzen, das eine besondere Sachkenntnis in der Angelegenheit besitzt. Dabei findet jedoch die Bestimmung des Art. 14 Abs. 2 Satz 2 entsprechende Anwendung.

Die Partei, die von diesem Rechte Gebrauch machen will, hat die andere Partei unverzüglich zu benachrichtigen. In diesem Falle kann die

Digitized by Google

andere Partei innerhalb von zwei Wochen nach Empfang der Mitteilung von dem gleichen Rechte Gebrauch machen.

Art. 17. Wenn bei Ablauf des Auftrags eines Mitgliedes des Ständigen Vergleichsrats seine Ersetzung nicht erfolgt ist, gilt sein Auftrag für einen Zeitraum von drei Jahren als erneuert. Indessen scheidet der Vorsitzende auf Antrag eines der vertragschließenden Teile bei Ablauf seines Auftrags aus.

Ein Mitglied, dessen Auftrag während der Dauer eines im Gange befindlichen Verfahrens abläuft, nimmt an der Behandlung der Streitigkeit bis zur Beendigung des Verfahrens weiter teil, gleichviel ob sein Nachfolger bereits ernannt worden ist.

Art. 18. Der Ständige Vergleichsrat bestimmt seinen Sitz. Er kann ihn nach freiem Ermessen verlegen.

Der Ständige Vergleichsrat bildet nötigenfalls eine Kanzlei. Soweit er in die Kanzlei Angehörige der Parteien beruft, hat er dabei die Parteien gleichmäßig zu berücksichtigen.

Art. 19. Dem Ständigen Vergleichsrat liegt ob, einen Bericht zu erstatten, der den Sachverhalt feststellt und, wenn die Umstände des Falles dazu Anlaß geben, Vorschläge für die Beilegung der Streitigkeit enthält.

Der Bericht ist innerhalb von sechs Monaten nach dem Tage zu erstatten, an dem die Streitigkeit dem Ständigen Vergleichsrat unterbreitet wurde, es sei denn, daß die Parteien diese Frist im gemeinsamen Einverständnis verkürzen oder verlängern. Der Bericht soll in drei Ausfertigungen verfaßt werden, von denen je eine jeder Partei ausgehändigt, die dritte vom Ständigen Vergleichsrat aufbewahrt wird.

Der Bericht hat weder in bezug auf die Tatsachen noch in bezug auf die rechtlichen Ausführungen die Bedeutung einer endgültig bindenden Entscheidung. Jedoch hat sich jede Partei innerhalb einer im Berichte festzusetzenden Frist darüber zu erklären, ob und inwieweit sie die Feststellungen des Berichts anerkennt und dessen Vorschläge annimmt. Diese Frist darf die Zeit von drei Monaten nicht überschreiten.

Es ist Sache der Parteien, im gemeinsamen Einverständnis zu bestimmen, ob der Bericht unverzüglich veröffentlicht werden soll. Kommt es jedoch nicht zu einem solchen Einverständnis, so kann der Ständige Vergleichsrat seinerseits aus besonderen Gründen die sofortige Veröffentlichung des Berichts veranlassen.

Art. 20. Der Ständige Vergleichsrat tritt in Wirksamkeit, sobald er von einer Partei angerufen wird. Diese richtet ihr Begehren gleichzeitig an den Vorsitzenden des Ständigen Vergleichsrats und an die andere Partei. Der Vorsitzende hat den Ständigen Vergleichsrat in kürzester Frist einzuberufen.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Arbeiten des Ständigen Vergleichsrats in weitmöglichstem Maße zu fördern und insbesondere alle Mittel, worüber sie nach Maßgabe ihrer inneren Gesetzgebung verfügen, zu benutzen, um ihm zu gestatten, in ihrem Gebiete Zeugen und Sachverständige vorzuladen und zu vernehmen und Augenschein einzunehmen. Der Ständige Vergleichsrat kann die Beweise entweder in vollständiger Besetzung oder durch den Vorsitzenden erheben.

Art. 21. Der Ständige Vergleichsrat ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsmäßig geladen und wenn der Vorsitzende und mindestens zwei andere Mitglieder anwesend sind.

Der Ständige Vergleichsrat trifft seine Entschließungen mit einfacher Stimmenmehrheit. Jedes der Mitglieder hat eine Stimme; im Falle der Stimmengleichheit hat der Vorsitzende eine doppelte Stimme.

Digitized by Google

In dem Bericht wird die abweichende Ansicht eines in der Minderheit gebliebenen Mitglieds festgestellt.

Art. 22. Jede Partei gewährt den von ihr ernannten Mitgliedern des Ständigen Vergleichsrats eine Vergütung und trägt die Hälfte der dem Vorsitzenden zu gewährenden Vergütung. Die Parteien werden sich nach Möglichkeit über eine einheitliche Bemessung der den Mitgliedern des Ständigen Vergleichsrats zu gewährenden Vergütung verständigen.

Jede Partei trägt die von ihr veranlaßten Kosten des Verfahres sowie die Hälfte der Kosten, die von dem Ständigen Vergleichsrat als gemeinsame bezeichnet werden.

Art. 23. Der im Schiedsgerichtsverfahren gefällte Spruch ist von den Parteien nach Treu und Glauben zu erfüllen.

Die vertragschließenden Teile verpflichten sich, während der Dauer des Schiedsgerichts- oder Vergleichsverfahrens nach Möglichkeit jede Maßnahme zu vermeiden, die auf die Erfüllung des Schiedsspruchs oder die Annahme der Vorschläge des Ständigen Vergleichsrats nachteilig zurückwirken könnte. Bei einem Vergleichsverfahren haben sie sich bis zu dem Zeitpunkt, den der Ständige Vergleichsrat für die Annahmeerklärung der Parteien festsetzt, jeder gewaltsamen Selbsthilfe zu enthalten.

Das Schiedsgericht kann auf Verlangen einer Partei die vorsorglichen Maßnahmen bezeichnen, die zum Schutze der Rechte dieser Partei getroffen werden müssen, soweit diese Maßnahmen von den Parteien auf dem Verwaltungswege durchgeführt werden können; ebenso kann der Ständige Vergleichsrat zum gleichen Zwecke Vorschläge machen.

Art. 24. Unter Vorbehalt entgegenstehender Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags oder der Schiedsordnung ist für das Schiedsgerichts- und Vergleichsverfahren das Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 maßgebend.

Soweit der gegenwärtige Vertrag auf die Bestimmungen des Haager Abkommens verweist, finden sie im Verhältnis zwischen den vertragschließenden Teilen selbst dann Anwendung, wenn diese oder einer von ihnen von dem Abkommen zurückgetreten sein sollten.

Sofern weder der gegenwärtige Vertrag noch die Schiedsordnung noch die sonst zwischen den vertragschließenden Teilen bestehenden Uebereinkünfte die Fristen und andere Einzelheiten des Schiedsgerichts- oder Vergleichsverfahrens festlegen, ist das Schiedsgericht oder der Ständige Vergleichsrat selbst befugt, die erforderlichen Bestimmungen zu treffen.

Art. 25. Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden, und zwar schwedischerseits von Seiner Majestät dem König von Schweden mit Zustimmung des Reichstags. Die Ratifikationsurkunden sollen in Stockholm ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

Der Vertrag gilt für die Dauer von zehn Jahren. Wird er nicht sechs Monate vor Ablauf dieses Zeitraums gekündigt, so bleibt er für weitere zwei Jahre in Kraft. Das gleiche gilt, wenn der Vertrag nicht mit der bezeichneten Frist gekündigt wird, für die spätere Zeit.

Ein Schiedsgerichtsverfahren oder ein Vergleichsverfahren, das bei Ablauf des gegenwärtigen Vertrags schwebt, nimmt seinen Lauf nach den Bestimmungen dieses Vertrags oder eines anderen Abkommens, das von den vertragschließenden Teilen an dessen Stelle vereinbart wird.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten den gegenwärtigen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift in deutscher und schwedischer Sprache in Berlin am 29. August 1924.

Digitized by Google

Schlußprotokoll.

1. Die vertragschließenden Teile gehen von der Ansicht aus, daß die einzelnen Bestimmungen des Vertrags im Zweifel zugunsten der Anwendung des Grundsatzes der schiedsgerichtlichen Erledigung von Streitigkeiten auszulegen sind.

2. Die vertragschließenden Teile erklären, daß der Vertrag auch dann Anwendung findet, wenn eine Streitigkeit in Ereignissen ihren Ursprung hat, die zeitlich vor seinem Abschluß liegen. Etwaige mit Ereignissen des Weltkrieges in unmittelbarem Zusammenhange stehende Streitigkeiten werden jedoch mit Rücksicht auf ihre allgemeine politische Bedeutung hiervon ausgeschlossen.

3. Die Tatsache, daß an einer Streitigkeit dritte Staaten beteiligt sind, schließt die Anwendung des Vertrags nicht aus. Die vertragschließenden Teile werden gegebenenfalls dahin wirken, die dritten Staaten zum Anschluß an das Schiedsgerichts- oder Vergleichsverfahren zu veranlassen. Für diesen Fall bleibt es den beiderseitigen Regierungen vorbehalten, im gemeinsamen Einverständnis eine besondere Zusammensetzung des Schiedsgerichts oder des Ständigen Vergleichsrats vorzusehen. Kann eine Verständigung mit den dritten Staaten über deren Anschluß nicht binnen angemessener Frist herbeigeführt werden, so nimmt das Verfahren zwischen den vertragschließenden Teilen den im Vertrage vorgesehenen Verlauf.

4. Die vertragschließenden Teile erklären, daß Streitigkeiten zwischen Deutschland und einem dritten Staate, an denen Schweden in seiner Eigenschaft als Mitglied des Völkerbundes beteiligt werden könnte, nicht als Streitigkeiten zwischen den vertragschließenden Teilen im Sinne des Vertrages angesehen werden können.

Berlin, den 29. August 1924.

XVI.

Englisch-schwedischer Vertrag hinsichtlich der Heirat des Kronprinzen von Schweden mit Lady Louise Mountbatten 27. 10. 1923*).

Hia Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, on the one part, and His Majesty the King of Sweden on the other part, already connected by ties of friendship and relationship, having judged it proper that an alliance should again be contracted between their respective Royal Houses by a marriage agreed to on both sides, between the Lady *Louise Mountbatten*, daughter of Admiral of the Fleet, the Marquess of *Milford Haven* and Princess *Victoria of Hesse*, granddaughter of Her Royal Highness Princess *Alice* of Great Britain and Ireland, and great-granddaughter of Queen Victoria of Great Britain and Ireland, Empress of India;

And His Royal Highness *Oscar Fredrik Wilhelm Olaf Gustaf Adolf*, Crown Prince of Sweden, Duke of Scania, eldest son of His Majesty the King of Sweden;

And the two High Betrothed Parties having declared their consent to such an alliance;

In order, therefore, to attain so desirable an end, and to treat upon, conclude, and confirm the Articles of the Treaty of the said marriage, His

*) Ratifiziert 12. 11. 1923. — Der Text ist schwedisch und englisch.

Digitized by Google

Britannic Majesty, on the one part, and His Majesty the King of Sweden on the other part, have named as their Plenipotentiaries, thas is to say:

His Majesty the King of the United Kingdom of Great Britain and Ireland and of the British Dominions beyond the Seas, Emperor of India, Sir *Colville Adrian de Rune Barclay*, K.C.M.G., C.B., C.B.E., M.V.O., His Majesty's Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary at Stockholm;

And His Majesty the King of Sweden, Herr *Carl Fredrik Wilhelm Hederstierna*, Grand Cross of the Order of the Polar Star, His Majesty's Minister for Foreign Affairs;

Who, after having communicated to each other their respective full powers, found in good and due form, have agreed upon and concluded the following Articles: —

Art. 1. It is concluded and agreed that the marriage between the Lady *Louise Mountbatten*, daughter of Admiral of the Fleet, the Marquess of *Milford Haven* and Princess *Victoria of Hesse*, granddaughter of Her Royal Highness Princess *Alice* of Great Britain and Ireland, and great-granddaughter of Queen *Victoria* of Great Britain and Ireland, Empress of India, and His Royal Highness *Oscar Fredrik Wilhelm Olaf Gustaf Adolf*, Crown Prince of Sweden, Duke of Scania, eldest son of His Majesty the King of Sweden, shall be solemnized in person in London as soon as the same may conveniently be done.

Immediately after the celebration of the marriage a formally authenticated act of the same shall be delivered by the competent authority in good and due form.

Art. 2. The settlements to be made on either side in regard to the said marriage of the Lady *Louise Mountbatten* and His Royal Highness the Crown Prince *Oscar Fredrik Wilhelm Olaf Gustaf Adolf*, will be agreed upon and expressed in a separate Marriage Contract.

This Contract shall be deemed to form an integral part of the present Treaty, an the High Contracting Parties hereby mutually engage themselves to be bound by its terms.

Art. 3. The present Treaty shall be ratified, and the ratifications shall be exchanged at Stockholm as soon as possible.

In witness whereof the respective Plenipotentiaries have signed the same and have affixed thereto the seal of their arms.

Done in duplicate at Stockholm, the 27th day of October, in the year of Our Lord 1923.

(L.S.) *Colville Barclay.* (L.S.) *Carl Hederstierna.*

Digitized by Google

Berichte über Staatsverträge.*)

[Aus der Abteilung für Staatsverträge im Institut für internationales Recht zu Kiel] **).

Von Dr. jur. **C. Rühland,** Erster Assistent und Leiter der Staatsvertragsabteilung des Instituts für internationales Recht an der Universität Kiel.

Abkürzung der Quellenangaben***).

A. A.	= Mitteilung des Auswärtigen Amts (Berlin).
A. J.	= The American Journal of International Law (New York).
A. P.	= Atti Parlamentari; Documenti diplomatici presentati al parlamento italiano.
Auslr.	= Auslandsrecht.
B. d. l'E.	= Bulletin de l'Esthonie.
BGBl. Oe.	= Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich.
B. Y. B.	= British Year Book of International Law.
B. T. J.	= The Board of Trade Journal.
Berichte	= Berichte aus den neuen Staaten.
Bors.	= Borsen (Kopenhagen).
Bull. doc. éc.	= Bulletin de documentation économique (Brüssel).
Bull.	= Bulletin de l'Institut Intermédiaire International.
C. I. M.	= Circular Information Mensual.
Clunet	= Journal de Droit International (Paris).
Cmd.	= Parliamentary Papers (England).
Cong. Rec.	= Congressional Record.
Cont. R.	= Contemporary Review.
Corr.	= Corriere della Sera (Mailand).
Cur. Hist.	= Current History — A Monthly Magazine of the New York Times.
D. A.	= Deutscher Außenhandel.
D. A. Z.	= Deutsche Allgemeine Zeitung.
D. d. G.	= Diario do Governo.
D. J. Z.	= Deutsche Juristen-Zeitung.
D. R.	= Deutscher Reichsanzeiger.
D. N. O.	= Der Neue Orient.

*) Das im Rahmen des Völkerrechtsarchivs des Instituts für internationales Recht (s. Ztschr. XXIX 146 ff.) eingerichtete **Archiv der Staatsverträge** verfolgt den Zweck, Auskunftsstelle für die bestehenden Staatsverträge zu sein. Es besteht aus einer Sammlung der Texte der Staatsverträge seit 1850 nebst einer doppelten Kartothek nach Zeitfolge, Ländern und Gegenständen geordnet. Es befindet sich in Kiel, Dänische Str. 15.

Das Archiv stellt sich in den Dienst der Allgemeinheit, hofft anderseits auf die Unterstützung und Förderung durch die Allgemeinheit. Angelegentlich wird hiermit um Uebermittelung von Berichtigungen und Ergänzungen jeder Art gebeten.

**) Mit den zuerst in Bd. XXX dieser Ztschr. unternommenen „Regesten der Staatsverträge" hat die Schriftleitung es unternommen, alle erreichbaren Nachrichten zusammenzustellen über die Unterzeichnungen, Ratifikationen, Adhäsionen, Kündigungen und sonstige Aufhebung von Staatsverträgen.

Die Anordnung der Nachrichten folgt der alphabetischen Reihe der Ländernamen. — Die Schreibweise der Namen schließt sich dem „Gothaischen Kalender" an. Die Ziffern, welche den Namen der Vertragsstaaten zunächst folgen (z. B. Afghanistan—Großbritannien 22. 11. 21), bezeichnen das Datum der Unterzeichnung, wenn nichts anderes gesagt ist.

***) Genauere Auskunft über die zitierten Quellen gibt das Kieler Institut.

Digitized by Google

D. O. = Diario Oficial.
Dr. A. = Le Droit d'Auteur.
Econ. R. = Economic Review (London).
Eidg. G. = Eidgenössische Gesetzessammlung.
E. G. = Europäische Gespräche.
Ev. St. = Evening Star.
F. F. = Feuille Fédérale (Bern).
Fr. = Friedensrecht.
F. V. = Friedensvertrag.
F. Z. = Frankfurter Zeitung.
G. = El Guatemaltico.
Gac. = Gaceta de Madrid.
G. U. = Gazzetta Ufficiale (Rom).
Grotius = Grotius Annuaire international.
H. = Handelsberichten (Haag).
Hfv. B. = Hufvudstadtsbladet (Helsingfors).
Int. C. = International Conciliation.
I. L. O. = International Labour Office Bulletin.
J. C. L. = The Journal of Conational Law.
J. d. G. = Journal de Genève.
J. M. m. = Journal de la Marine marchande.
J. O. = Journal officiel (Paris).
J. W. = Juristische Wochenschrift.
L. G. = London Gazette.
L. M. S. = League of Nations Monthly Summary.
M. B. = Moniteur Belge (Le Havre).
M. G. = Manchester Guardian.
M. P. = Monitor Polski (Warschau).
Martens = Martens, Nouveau Recueil Général de Traités 3⁰ série.
Misc. = Miscellaneous, Parlimentary Papers.
N. P. C. = National Peace Council Monthley Circular.
N. R. C. = Nieuwe Rotterdamsche Courant.
N. C. = Nieuwe Courant (Haag).
N. d. R. W. = Nachrichten des Reichswehrministeriums.
N. f. L. = Nachrichten für Luftfahrer.
N. F. P. = Neue Freie Presse (Wien).
N. Y. Nation = New York Nation.
N. Y. Times = New York Times.
N. Z. Z. = Neue Züricher Zeitung.
Neptune = Neptune, Antwerpen.
O. m. f. s. = Overeinkomster med fremde stater.
P. A. B. = Bulletin of the Pan American Union (Washington).
P. J. = La Propriété Industrielle.
RGBl. = Reichsgesetzblatt.
R. de E. = Revista de Economia (Madrid).
R. Dr. = Reichstagsdrucksachen.
Rev.Loc.Aér. = Revue Juridique internationale de Locomotion Aérienne.
Riv. = Rivista di diritto internazionale.
Sb. = Sammlung geltender Verträge etc., abgeschlossen zwischen der Russischen Soz. Föd. Sowjet-Republik und ausländischen Staaten (Moskau).
S. D. = Svenska Dagbladet (Stockholm).
S. P. V. = Soziale Praxis und Archiv für Volkswirtschaft.
Schw. B. = Schweizerisches Bundesblatt.
Sov. R. = Soviet Russia.
Soc. J. O. = Société des Nations Journal officiel.
Soc. Rec. = Société des Nations Recueil des traités.
St. = Staatsblad van het Koninkriyk der Nederlanden.
St. G. Oest. = Staatsgesetzblatt für die Republik Oesterreich.
St. R. a. O. = Statutory Rules and Orders.
Sver. ö. = Sveriges överenskommelser med främmande makter.
T. = Le Temps.
T. T. = Tidens Tegn (Christiania).
Times = The Times (London).
Tr. Ser. = Treaty Series (London).
U. S. Tr. Ser. = United States of America Treaty Series (Washington).
W. = Wirtschaftsdienst.
W. P. = Washingtoner Post.
W. Paper = White Paper.
W. R. = Weekly Review (London).
W. Z. = Wirtschaftszeitung.
Z. = Niemeyers Zeitschrift für internationales Recht.
Z. Sch. R. = Zeitschrift für Schweizerisches Recht.
Z. Int. Els. = Zeitschrift für internationalen Eisenbahntransport.

Digitized by Google

I.

Regesten von Staatsverträgen aus der Zeit vom 1. April 1924 bis 1. Januar 1925 nebst Nachträgen für die Jahre 1920 bis 1923.

[Fortsetzung von Ztschr. XXX 368—90, XXXI 115—116, XXXII 395—420; vgl. auch Ztschr. XXXI 97—114, XXXII 420—447.]

Aethiopien-Griechenland. 10. 12. 22, Inkrafttreten des Handelsvertrages vom 18. 2. 22 (Text: Soc. Rec. 1923, XV, Nr. 399, S. 268).

Aegypten-Großbritannien. 5. 7. 23, Notenwechsel über die „Bill of Indemnity" und die Beendigung des Ausnahmezustandes in Aegypten (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 473, S. 312).

— -*Großbritannien.* 7. 7. 23, Notenwechsel mit der ägyptischen Regierung betr. Unabhängigkeitsakte vom 5. 7. 23 (Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 32, Cmd. 1998).

— -*Großbritannien.* 18. 7. 23, Notenwechsel über die Dienstverhältnisse, Pensionierung und Entlassung der Beamten fremder Staatsangehörigkeit (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 474, S. 324).

Afghanistan-Großbritannien. 22. 11. 21, Vertrag zur Regelung freundschaftlicher Beziehungen (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 367, S. 47; Tr. Ser. 1922, Nr. 19).

— -*Großbritannien.* 6. 2. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Staatsvertrag vom 22. 11. 21 (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 19).

— -*Großbritannien.* 5. 6. 23, Unterzeichnung des Handelsvertrags in Kabul (engl. und pers. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 89 ff.; *Martens* 3 s. XII 898; Tr. Ser. 1923, Nr. 21, Cmd. 1977).

— -*Großbritannien.* 4. 8. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsabkommen vom 5. 6. 23 (*Martens* 3 s. XII 898; Tr. Ser. 1923, Nr. 21, Cmd. 1977; Soc. Rec. Vol. XXI, S. 89 ff.).

— -*Türkei.* Ratifikation des Vertrages betr. die Anerkennung der Selbständigkeit Afghanistans durch Afghanistan (Bull. VIII: 1. Januar 1923, S. 142; Times 13. u. 24. 11. 22).

Albanien-Italien. 4. 12. 22, Telegraphen-Abkommen (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XV, Nr. 395, S. 214).

— -*Italien.* 20. 1. 24, Unterzeichnung des Handelsvertrags auf der Grundlage der gegenseitigen Meistbegünstigung (A. J. 1924, Vol. 18, S. 332; Commerce reports 3. 3. 1924, S. 600).

Alliierte-Dänemark. 5. 7. 20, Vertrag betr. Schleswig (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 17).

— (Abstimmungskommission) - *Deutsches Reich - Polen.* 15. 6. 22. Unterzeichnung eines Abkommens über die Ueberleitung der Rechtspflege im Oberschlesischen Abstimmungsgebiet in Oppeln (Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 463 ff.).

— (Abstimmungskommission) - *Deutsches Reich - Polen.* 7. 7. 22, Austausch der Ratifikationsurkunde über das Abkommen vom 15. 6. 22 betr. Rechtspflege im Oberschlesischen Abstimmungsgebiet in Oppeln (Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 463 ff.).

— -*Deutsches Reich.* 16. 8. 24. Abkommen über das Abkommen zwischen der deutschen Regierung und Reparationskommission vom 9. 8. 24 betr. den Sachverständigenplan (Text: R. Dr. 1924, Nr. 446; Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 36, Cmd. 2259).

Digitized by Google

Alliierte-Deutsches Reich. 30. 8. 24, Uebereinkommen zur Verwirklichung des Sachverständigenberichtes (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 36, Cmd. 2259).

— *-Litauen.* 1924. Ratifikation des Memelabkommens durch das litauische Parlament (K. Z. Nr. 359. 2. 8. 24).

— *-Oesterreich.* 22. 8. 24, Ratifikation des Vertrages von Saint Germain en Laye durch Polen (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1254).

— *-Oesterreich.* 5. 9. 24, Abänderung des Art. 338 des Staatsvertrages von Saint Germain auf Grund eines Beschlusses der IV. Internationalen Arbeitskonferenz in Genf im Jahre 1922 (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1317).

— *-Oesterreich.* 9. 10. 24, Niederlegung der Ratifikationsurkunde über die Abänderung des Art. 338 des Staatsvertrages von Saint Germain en Laye durch Oesterreich (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1317).

— *-Polen.* 15. 3. 23, Entscheidung der Botschafterkonferenz über die östlichen Grenzen Polens (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XV, Nr. 398, S. 260).

— *-Rumänien.* 4. 9. 20, Niederlegung der rumänischen Ratifikationsurkunde zum Vertrage vom 9. 12. 19 (Soc. Rec. 1923, XV, S. 300).

— *-Rumänien.* 28. 10. 20, Vertrag über Bessarabien (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 14).

— *-Türkei.* 24. 7. 23, Lausanner Friedensvertrag (Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 16, Cmd. 1929).

— *-Ungarn.* 1923, Internationale Bindungen Ungarns gegenüber der Dynastie Habsburg (Notenwechsel) (Texte: Soc. Rec. XIV, Nr. 387, S. 385).

Argentinien-Italien. 31. 8. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Gegenseitigkeit bei der Gewährung von Unfallrenten an Arbeiter vom 26 3. 1920 (Text: Soc. Rec. 1923, XV, Nr. 400, S. 272).

— *-Uruguay.* 3. 2. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die trigonometrische Vermessung des Flußgebietes (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 385, S. 367).

Armenien-Frankreich-Großbritannien-Italien-Japan. 10. 8. 20, Vertrag betr. den Schutz der Minderheiten in Armenien und die Handelsbeziehungen dieses Landes (nicht ratifiziert) (franz., engl. u. ital. Text, franz. Text: *Martens* 3 s. XII, 795).

Australien-Malayische Staaten. 7. 9. 1920 u. 24. 1. 21, Unterzeichnung eines Vertrages über Postanweisungen. Knala Lumpur 7. 9. 20. Melbourne 24. 1. 1921 (engl. Text: Soc. Rec. Vol. XXIII 1924, S. 209 ff.).

— *-Naura.* 28. 9. u. 27. 10. 21, Unterzeichnung eines Vertrages über Postanweisungen. Melbourne 28. 9. 21. Naura 27. 10. 21 (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 229 ff.).

— *-Niederländisch-Indien.* 19. 3. u. 30. 5. 23, Unterzeichnung eines Abkommens über Postanweisungen in Melbourne am 19. 3 und in Weltwreden am 30. 5. 23 (engl. u. niederl. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 129 ff.).

— *-Türkei.* 26. 1. 24, Unterzeichnung eines Freundschafts- und Handelsvertrages (A. J. 1924, Vol. 18, S. 558; Commerce reports 31. 3. 24, S. 863).

Belgien-Dänemark. 28. 6. 23, Unterzeichnung eines Vertrags über Luftschiffahrt in Kopenhagen (franz. und dän. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 59 ff.; Rev. Loc. Aér. 1924, März, S. 101 ff.).

— *-Dänemark.* 15. 8. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Luftschiffahrtsvertrag vom 28. 6. 23 (franz. u. dän. Text: Soc. Rec. Vol. XX. S. 59 ff.).

— *-Deutsches Reich.* 29. 5. 20, Mitteilungen der belgischen Regierung über die Verträge, die zwischen Belgien und Deutschland auf Grund des Art. 289 des V.V. wieder in Kraft gesetzt sind (RGBl. 1920, S. 1397).

Digitized by Google

Belgien-Deutsches Reich. 12. 11. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag über die Ueberleitung der schwebenden Prozesse in den Kreisen Eupen und Malmedy (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 305, S. 29).

— *-Deutsches Reich.* 12. 11. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Ausführung des Art. 312 des Versailler Vertrages vom 9. 7. 20 (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 307, S. 45).

— *-Deutsches Reich - Frankreich - Großbritannien - Italien - Niederlande-Schweiz* (Zentralkommission für die Rheinschiffahrt). 16. 12. 21. Polizeiliche Vorschriften betr. das Führen von Trinkwasser an Bord von Schiffen und Flößen auf dem Rheine (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 53).

— *-Deutsches Reich.* 11. 9. 22, Optionsabkommen (Text: RGBl. 1924, II, S. 227; R. Dr. 1924, Nr. 322).

— *-Deutsches Reich-Frankreich-Großbritannien-Italien-Niederlande-Schweiz.* Dezember 1923, Annahme der Abänderung des Polizeireglements über die Rheinschiffahrt (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 261 ff.).

— *-Deutsches Reich.* 22. 12. 23, Reparationsabkommen zur Liquidierung der von der Zahlungsaussetzung betroffenen Reparationssachlieferungen (D. A. Z. 13. 3. 24, Nr. 121/122).

— *-Deutsches Reich.* 30. 6. 24, Ratifikation des Optionsabkommens vom 11. 9. 22 durch Deutschland (RGBl. 1924, II, S. 227).

— *-Deutsches Reich.* 15. 9. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Optionsabkommen vom 11. 9. 22 (RGBl. 1924, II, S. 381).

— *-Deutsches Reich.* 3. 10. 24, Bekanntmachung über die Ratifikation des Optionsabkommens vom 11. 9. 1922 durch Deutschland (RGBl. 1924, II, S. 381).

— *-Finnland.* 9./12. 2. 24, Vorläufiger Vertrag betr. Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen (A. J. 1924, Vol. 18, S. 558; Commerce reports 12. 5. 24, S. 392; Text: M. B. 26. 3. 24, S. 1526).

— *-Finnland-Luxemburg.* 9./12. 2. 24, Notenaustausch über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion und Finnland. [Stockholm 9. 2. 24, Helsingfors 12. 2. 24] (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 17 ff.).

— *-Frankreich-Niederlande.* 1. 8. 20, Außerkrafttreten des Telegraphenvertrages vom 27. 12. 90 (Soc. Rec. 1923, Vol. XV, S. 340).

— *-Frankreich.* 14. 2. 21, Abkommen, den Staatsangehörigen der beiden Länder, die in den belgischen oder französischen Bergwerken arbeiten, die Vergünstigungen des Sondersystems der Pensionen für Bergleute in jedem dieser Länder zu gewähren (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 317, S. 245).

— *-Frankreich-Großbritannien-Italien-Japan.* 5. 5. 21, Protokoll über die Abänderung der Anlage II zu Teil VIII des Vertrages von Versailles (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 338, S. 419).

— *-Frankreich.* 15. 6. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen vom 14. 2. 21, den Staatsangehörigen der beiden Länder, die in den belgischen oder französischen Bergwerken arbeiten, die Vergünstigungen des Sondersystems der Pensionen für Bergleute in jedem dieser Länder zu gewähren (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 317, S. 245).

— *-Frankreich-Luxemburg.* 12. 5. 23, Handelsvertrag (La Propriété industrielle 1924, S. 29).

— *-Frankreich.* 14. 12. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. Unterstützungsvertrag vom 30. 11. 21 (A. J. 1924, Vol. XVIII, S. 330; Text: J. O. 27. 12. 23, S. 12038).

Digitized by Google

Belgien-Frankreich. 29. 2. 24, Wirtschaftsabkommen (N. P. C. 1924, Vol. XI, S. 448).

— *-Belgien-Frankreich-Großbritannien-Italien-Japan-Serb.-kroat.-slow.* Staat. 30. 8. 24, Uebereinkommen zur Abänderung des Anhanges II Teil VIII des Versailler Vertrages (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 36, Cmd. 2259).

— *-Frankreich-Großbritannien-Griechenland-Italien-Japan-Portugal-Rumänien-Serb.-kroat.-slow. Staat.* 30. 8. 24, Uebereinkommen zur Verwirklichung des Sachverständigenplanes (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 36, Cmd. 2259).

— *-Frankreich.* 24. 10. 24, Handelsabkommen (D. A. Jahrg. 1924, XXIV, S. 505).

— *-Griechenland.* 19. 4. 24, Anerkennung der Regierung von Griechenland durch Belgien (A. J. 1924, Vol. 18, S. 566; M. B. 1. 5. 1924, S. 2305).

— *Großbritannien.* 21. 6. 22, Uebereinkommen über das Prozeßrecht in Zivil- und Handelssachen (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 13, Cmd. 2069; engl. u. franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 93 ff.).

— *Großbritannien.* 8. 8. 23, Uebereinkommen betr. die Ausdehnung der zwischen Großbritannien und Belgien bestehenden Auslieferungsverträge auf Belgisch-Kongo und gewisse englische Protektorate (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 1, Cmd. 2026; Text: Soc. Rec. Vol. XXV, S. 375 ff.).

— *-Großbritannien.* 15. 10. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag betr. die Ausdehnung des Auslieferungsvertrags auf Belgisch-Kongo und einige britische Protektorate v. 8. 8. 23 (Soc. Rec. Vol. XXII, S. 375 ff.; M. B. 19.—22. 1. 1924; Tr. Ser. No. 1, 1924, Cmd. 2026).

— *-Großbritannien.* 22. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag betr. Gerichtsverfahren in Zivil- und Handelsangelegenheiten (engl. und franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 93 ff., Tr. Ser. 1924, Nr. 13, Cmd. 2069).

— *-Großbritannien.* 29. 7. 24, Uebereinkommen über eine direkte Telegraphenverbindung zwischen dem Belgischen Kongo und dem Protektoratsgebiete von Uganda (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 33, Cmd. 2242).

— *-Luxemburg.* 27. 12. 21, Telegraphen-Abkommen (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 318, S. 253).

— *-Luxemburg-Polen.* 30. 12. 22, Unterzeichnung des Handelsvertrags in Brüssel (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 183 ff.).

— *-Luxemburg-Polen.* 20. 9. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsvertrag vom 30. 12. 22 (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 183 ff.).

— *-Luxemburg.* 21. 9. 23, Vertrag betr. Regelung der wissenschaftlichen, literarischen und unterrichtlichen Beziehungen (Text: Memorial für das Großherzogtum Luxemburg, Nr. 15; A. J. 1924, Vol. 18, S. 556; Text: M. B. 2. 5. 1924, S. 2317).

— *-Niederlande.* 15. 10. 21, Postvertrag (Text: Soc. Rec. Vol. XII, S. 233, Nr. 315).

— *-Niederlande.* 16. 12. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Postvertrag vom 15. 10. 21 (Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 315, S. 233).

— *-Niederlande.* 13. 4. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über Unfallversicherung vom 9. 2. 21 (Text: Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 299, S. 333).

— *-Niederlande.* 8. 7. 22, Vorläufige Vereinbarung zur Regelung der Luftfahrt (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 273).

— *-Niederlande.* 6. 10. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. vorläufige Vereinbarung zur Regelung der Luftschiffahrt (Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 273).

Digitized by Google

Belgien-Niederlande. 9. 11. 22, Unterzeichnung eines Protokolls über die gegenseitige Durchführung der Gesetze betr. Sicherheit der Seeschiffahrt, Haag am 9. 11. 22 (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 119 ff.).

— *-Niederlande.* 14. 7. 23, Ratifikation des Protokolls betr. die Sicherheit der Seeschiffahrt vom 9. 11. 22 in Brüssel (Soc. Rec. Vol. XX, S. 119 ff.).

— *-Niederlande.* 2. 5. 24, Austausch einer Deklaration betr. die Anerkennung von Auszügen aus behördlichen Dokumenten (A. J. 1924, Vol. 18, S. 566; M. B. 10. 5. 24, S. 2459).

Belgisch-Luxemburgische Zollunion-Oesterreich. 14. 12. 23, Handelsvertrag (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1121).

Belgisch-Luxemburgische Zollunion-Oesterreich. 29. 8. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden des Handelsvertrages vom 14. 12. 1923 (BGBl. Oe. 1924, S. 1121).

Belgisch-Luxemburgische Zollunion-Oesterreich. 13. 9. 24, Inkrafttreten des Handelsvertrages v. 14. 12. 23 (BGBl. Oe. 1924, S. 1121).

Belgien-Polen. 30. 12. 22, Unterzeichnung eines Abkommens über Fragen der privaten Rechte, Güter und Interessen (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 201 ff.).

— *-Polen.* 20. 9. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über das Abkommen über Fragen des privaten Eigentums usw. vom 30. 12. 22 (Soc. Rec. Vol. XXI, S. 201 ff.).

— *-Schweden.* 25. 10. 22, Notenwechsel über den gegenseitigen Austausch von Mitteilungen über Geisteskranke (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 459, S. 122).

— *-Schweden.* 25. 10. 22, Belgisch-schwedischer Notenwechsel betr. Nachrichten-Austausch über Geisteskranke (Text: Sver. ö. 1923, Nr. 11).

— *-Schweiz.* 13. 6. 22, Vorläufiges Abkommen betr. Luftfahrt (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 321, S. 295).

— *-Schweiz.* 1. 8. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum vorläufigen Luftfahrtabkommen vom 13. 6. 22 (Soc. Rec. XII. Nr. 321, S. 295).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 27. 12. 21, 30. 3. 22, Zusatzabkommen zu dem Abkommen vom 19. 11. 04 über den Verkehr mit Postpaketen (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 319, S. 259).

Bolivien-Deutsches Reich. 12. 3. 24, Vereinbarung über die Wiederinkraftsetzung des Freundschafts- und Handelsvertrags vom 22. Juli 1908 (Text: RGBl. 1910, S. 507; R. Dr. 1924, Nr. 555).

— *-Deutsches Reich,* 14. 3. 24, Unterzeichnung eines Handelsvertrags in La Paz, Erneuerung des Vertrages von 1908 mit einigen Aenderungen (A. J. 1924, Vol. 18, S. 562; Commerce reports 2. 6. 1924, S. 604).

Brasilien-Großbritannien. 29. 7. 22, Staatsvertrag über die doppelte Staatsangehörigkeit (Text: Revue de droit international privé [Darras] 1922/23, XVIII. Bd., S. 786).

— *-Portugal.* 26. 9. 22, Abkommen betr. literarisches und künstlerisches Eigentum (franz. Uebersetzung des portugiesischen Textes: Dr. A. 1924, S. 133; portugiesischer Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 229 ff.).

— *-Portugal.* 31. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag betr. literarisches Eigentum vom 26. 9. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 230 ff.).

— *-Spanien.* 29. 2. 24, Abschluß eines vorläufigen Handelsvertrags durch Noten-Austausch (A. J. 1924, Vol. 18, S. 560; Commerce reports 7. 4. 1924, S. 59).

Britisch-Indien-Niederländisch-Ost-Indien. 26./28. 9. 23, Unterzeichnung eines Abkommens in Simla über die direkte Lieferung von Opium an Niederländisch-Ost-Indien (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 113 ff.).

Digitized by Google

Bulgarien-Dänemark. 5. 8./26. 10. 21, 21. 1./11. 7. 22, Notenwechsel über die gegenseitige Meistbegünstigung in Handel und Schiffahrt (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 314, S. 225).

— *- Deutsches Reich - Frankreich - Griechenland - Großbritannien - Oesterreich - Polen - Rumänien - Schweiz - Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Spanien-Tschechoslowakei-Ungarn.* 5. 7. 22, Uebereinkommen betr. die Aushändigung einer Identitätsbescheinigung an russische Flüchtlinge („Nansenpässe") (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 237).

— *-Deutsches Reich.* 19. 2. 21, Notenwechsel über die Wiederaufnahme der beiderseitigen Handelsbeziehungen (Soc. Rec. XI, S. 404).

— *-Frankreich-Großbritannien-Italien.* 21. 3. 23, Protokoll betr. die durch Bulgarien zu leistenden Reparationszahlungen (Text: Tr. Ser. 1925, Nr. 1 (Cmd. 2303).

— *- Frankreich - Großbritannien - Italien.* 28. 3. 24, Protokoll betr. Rückzahlung der Besatzungskosten durch Bulgarien (Text: Tr. Ser. 1925, Nr. 2 (Cmd. 2304).

— *-Griechenland.* 27. 11. 19, Abkommen betr. Regelung der Auswanderung völkischer Minderheiten (Text: Martens III s. XII, S. 661).

— *-Großbritannien.* 7. 5./6. 6./27. 11. 1921 und 5. 4. 1922, Notenwechsel betr. Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen aus Großbritannien nach Bulgarien (Text: Soc. Rec. Vol. XVI. 1923, S. 191).

— *-Oesterreich.* 20. 10. 22. Staatsvertrag über Rechtshilfe, Auslieferung und Mitteilung von Zivilstandsurkunden (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 345 ff).

— *-Oesterreich.* 29. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden des Staatsvertrages über Rechtshilfe, Auslieferung und Mitteilung von Zivilstandsurkunden (BGBl. Oe. 1924, S. 345 ff.).

— *-Oesterreich.* 30. 3. 24, Inkrafttreten des Staatsvertrages über Rechtshilfe. Auslieferung und Mitteilung von Zivilstandsurkunden v. 20. 10. 22 (BGBl. Oe. 1924, S. 345 ff.).

— *-Rumänien.* 19. 11. 23, Unterzeichnung des Vertrages betr. Neufestsetzung der Grenzen (A. J. 1924, Vol. 18, S. 326).

— *-Schweden.* 31. 12. 23, Notenaustausch über die vorläufige Regelung der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen in Sofia am 31. 12. 23 (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 325).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 26. 11. 23, Unterzeichnung eines Schlußprotokolls über die Regelung einiger Finanz- und Rechtsfragen in Sofia (bulg. u. serb. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 163 ff.).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 26. 11. 23, Unterzeichnung des Schlußprotokolls über Fragen der Bezahlung der Requisitionen in den besetzten Gebieten des Serbischen Königreichs durch die bulgarischen Behörden in Sofia (bulg. u. serb. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 153 ff.).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 23. 11. 23, Unterzeichnung des Naturalisationsvertrages in Sofia (engl. u. bulgar. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 237 ff.; engl. Text: A. J. 1924, Vol. 18, Official Documents, S. 117).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 5. 4. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Sofia über den Naturalisationsvertrag vom 23. 11. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 237 ff; U. S. Tr. Ser. Nr. 684; A. J. 1924, Vol. 18, Official Documents, S. 117).

Chile-Großbritannien. 16. 7./8. 8./25. 11. 21, 12. 4. 22, Notenwechsel über die Kündigung des Vertrages vom 19. 1. 1839 gegen den Sklavenhandel und das Zusatzprotokoll vom 7. 8. 1841 (Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 287, S. 17).

Digitized by Google

Chile-Peru. 20. 7. 22, Unterzeichnung eines Protokolls über Schiedsgerichte in Washington (franz. u. engl. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 143 ff.).

— *-Schweden.* 26. 3. 20, Abkommen über die Einsetzung einer Ständigen Untersuchungs- und Vergleichskommission (Notenwechsel über die Verlängerung der Frist für die Ernennung der beiderseitigen Mitglieder vom 3. 7. und 3. 8. 1922) (Soc. Rec. Vol. XI, S. 390).

China-Deutsches Reich. 7. 2. 24, Abkommen betr. Festsetzung von Deutschlands Kriegsentschädigung an China auf $ 100 000 400 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 334; Times 8. 2. 24, S. 10).

— *-Deutsches Reich.* 6. 6. 24, Uebereinkommen durch Notenwechsel über die Deutsch-Asiatische Bank (D. A. Z. 4. 7. 24, Nr. 308/309).

— *-Deutsches Reich.* 7. 6. 24, Uebereinkommen durch Notenwechsel über die Erledigung schwebender Fragen (D. A. Z. 4. 7. 24, Nr. 308/309).

— *-Japan.* 28. 3. 22, Abkommen über die Zurücknahme japanischer Truppen längs der Tsingtau-Tsinanfu-Eisenbahn (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 213).

— *-Japan.* 1. 12. 22, Unterzeichnung eines Abkommens in Peking betr. Regelung der ausstehenden Fragen in bezug auf Shantung am 1. 12. 22 (chin. u. jap. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 179 ff.).

— *-Japan.* 5. 12. 22, Unterzeichnung eines Abkommens in Peking betr. Regelung der ausstehenden Fragen in bezug auf die Tsingtau-Tsinanfou Eisenbahn (chin. u. jap. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 293 ff.).

— *-Japan.* 8. 12. 22, Unterzeichnung eines Abkommens über den Austausch von Wertpapieren und Wertsendungen in Peking (engl., chin. u. japan. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 233 ff.).

— *-Japan.* 8. 12. 22, Unterzeichnung eines Vertrags über Postanweisungen in Peking (engl., chin. u. jap. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 253 ff.).

— *-Japan.* 8. 12. 22, Unterzeichnung eines Abkommens über Postpakete in Peking (engl., jap., chin. Text: Soc. Rec. Vol. XX. S. 289).

— *-Japan,* 8. 12. 22, Unterzeichnung eines Abkommens über den Austausch der Briefsendungen in Peking (engl., chin., jap. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 205 ff.).

— *-Malayische Staaten.* 3. 12. 23, 7. 1. 24, Unterzeichnung eines Abkommens über Postanweisungen in Kuala Lumpur 3. 12. 23 und in Peking 7. 1. 24. Der Vertrag bedarf keiner Ratifikation (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 117 ff.).

— *-Mexiko.* 26. 9. 21, Notenwechsel betr. Vereinbarung zur vorläufigen Abänderung des chinesisch-mexikanischen Vertrages, der am 14. 12. 1899 in Washington geschlossen wurde (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 201).

— *-Niederlande.* 1. 10. 23, Kündigung des Vertrags vom 26. 9. und 31. 10. 19 über Postanweisungen (Soc. Rec. Vol. XXIV 1924, S. 215).

— *-Rußland.* 1924, Unterzeichnung eines Abkommens, in dem die Sowjetregierung die Souveränität Chinas über die äußere Mongolei anerkennt (N. d. R. W. Nr. 11 vom 14. 6. 24, S. 74).

— *-Rußland.* 18. 6. 24, Ratifizierung des russisch-chinesischen Abkommens vom 31. 5. 1924 (W. Nr. 29 vom 18. 7. 24).

Dänemark-Deutsches Reich. 30. 8. 20, Telegraphen-Abkommen (in Kraft seit 1. 1. 20; Text: Soc. Rec. Vol. XIV Nr. 377, S. 256).

— *-Deutsches Reich.* 23. 3. und 21. 12. 1922, 22./31. 3. 1923, Notenwechsel über die Aufhebung aller zwischen den deutschen Staaten und Dänemark bestehenden Verträge mit Bezug auf die Auslieferung militärischer Deserteure und der dem Militärdienst unterworfenen Flüchtlinge (Text: Soc. Rec. 1923, XVII Nr. 436, S. 182).

Digitized by Google

Dänemark-Deutsches Reich. 10. 4. 22, Notenwechsel zum Vertrage betr. die Regelung der durch den Uebergang der Staatshoheit in Nordschleswig auf Dänemark entstehenden Fragen, insbesondere Abkommen zur Regelung steuerlicher Fragen mit Schlußprotokoll (Text: Soc. Rec. 1923, XV, S. 312).

— -*Deutsches Reich.* 4. 6. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum vorläufigen Abkommen über den Luftverkehr vom 25. 4. 22 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 466, S. 228).

— -*Estland.* 8. 3./7. 4. 22, Notenwechsel über die gegenseitige Anerkennung der Tonnengehalt-Zertifikate, die von den amtlichen Stellen ausgestellt sind (Text: Soc. Rec. XIV, Nr. 375, S. 243).

— -*Estland.* 27. 7. 23, Deklaration über den gegenseitigen Schutz von Erfindungen, Mustern und Modellen in Reval (dän. u. estl. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 259 ff.).

— -*Estland.* 27. 7. 23, Deklaration über den gegenseitigen Schutz der Handelsmarken, Reval (dän. und estl. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 253 ff.).

— -*Estland.* 7. 9. 23, Notenaustausch über einen vorläufigen Handels- und Schiffahrtsvertrag in Reval (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 73 ff.).

— -*Estland.* 5. 2. 24, Ratifikation und Inkrafttreten des vorläufigen Vertrages vom 7. 9. 23 durch Estland (Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 73 ff.).

— -*Finnland.* 27. 7. 20, Unterzeichnung eines Abkommens über die Einrichtung eines täglichen Nachrichtendienstes von Preßtelegrammen (dän. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 71 ff.).

— -*Finnland.* 19./22. 5. 22, Postvertrag (mit Ausführungsreglement) (Soc. Rec. 1923, Vol. XV, S. 312).

— -*Finnland.* 12. 2. 23, Gegenseitiger Auslieferungsvertrag (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 452, S. 34).

— -*Finnland.* 12. 2. 23, Vorläufiges Uebereinkommen über die zeitweilige zollfreie Zulassung von Mustersammlungen (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII. Nr. 454, S. 72).

— -*Finnland.* 8. 2./21. 4. 23, Notenwechsel über gegenseitige Befreiung der Staatsangehörigen des Staatsangehörigkeits-Staates von der Wehrpflicht im Staate ihres Wohnsitzes (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVII Nr. 428, S. 58).

— -*Finnland.* 2. 5. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum gegenseitigen Auslieferungsvertrag vom 12. 2. 23 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 452, S. 34).

— -*Finnland.* 22. 6. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum vorläufigen Uebereinkommen über die zeitweilige zollfreie Zulassung von Musterkollektionen vom 12. 2. 23 (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII. Nr. 454, S. 72).

— -*Finnland-Norwegen-Schweden.* 11. 7. 23, Protokoll über den Beitritt Finnlands zum Stockholmer Uebereinkommen zwischen Dänemark, Norwegen und Schweden über die Unterstützung der Staatsangehörigen des einen Staates auf dem Gebiete des anderen vom 26. 5. 14 (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 456, S. 86).

— -*Finnland.* 3. 8. 23, Unterzeichnung eines Handels- und Schiffahrtsvertrags in Helsingfors (dän., schwed., finn. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 269 ff.; Text: Finnlands Författningsamling 1923, Nr. 305; International Labour Office, Legislative Series 1923, Int. C., S. 3).

— -*Finnland.* 3. 8. 23, Ablösung des vorläufigen Abkommens über Zollfreiheit von Mustern vom 12. 2. 23 durch den Handels- und Schiffahrtsvertrag von Helsingfors (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 189).

Digitized by Google

Dänemark-Finnland. 30. 11. 23, Unterzeichnung eines Uebereinkommens über die Arbeiter-Unfallversicherung in Helsingfors am 30. 11. 23 (dän., finn., schwed. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 427).

— *-Finnland.* 21. 12. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 3. 8. 23 in Helsingfors (Soc. Rec. Vol. XXI, S. 269 ff.).

— *-Finnland.* 27. 12. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. Handelsvertrag vom 3. 8. 23 (A. J. 1924, Vol. XVIII, S. 331; Commerce reports 25. 2. 24, S. 527).

— *-Frankreich-Großbritannien-Italien-Japan-Niederlande Schweden.* 21. 7. 24, Ratifikation des Spitzbergen-Abkommens durch Norwegen (Times 22. 7. 24; N. d. R. W. 1924, S. 91).

— *-Großbritannien.* 12. 8./4. 9./12. 10./4. 11. 1920, Notenwechsel über einen Zusatz zu Art. I § 4 des Ausführungsabkommens über den Verkehr mit Postpaketen zwischen der großbritannischen und dänischen Postverwaltung (Soc. Rec. XI, S. 396).

— *-Großbritannien.* 1. 10. 21, Inkrafttreten des Abkommens zwischen der dänischen und großbritannischen Postverwaltung über den Verkehr mit Postanweisungen vom 30. 9. 21 und 13. 10. 21 (Soc. Rec. Vol. XI, S. 414).

— *-Großbritannien.* 1. 5. 22, Uebereinkommen über die Verlängerung des Schiedsvertrages vom 25. 10. 05 (erneuert am 3. 3. 11 und 3. 5. 16) auf weitere 5 Jahre (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XII, Nr. 301, S. 11; Tr. Ser. 1922, Nr. 12).

— *-Großbritannien.* 28. 7. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Uebereinkommen betr. Verlängerung des Schiedsvertrages vom 25. 10. 05 (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 12; Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 302, S. 11).

— *-Großbritannien* (Straits Settlements). 23. 2./25. 4. 23, Unterzeichnung eines Abkommens über Postpakete in Kopenhagen am 23. 2. und in Singapore am 25. 4. 1923 (engl. und dän. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 157 ff.).

— *-Island.* 19./26. 6. 20, Zusatzabkommen zum Postvertrag vom 28. 10. und 28. 11. 19 (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 324, S. 339).

— *-Island.* 9. 10. 22, Deklaration über die Hilfeleistung in Seenot (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, No. 364, S. 14).

— *-Japan.* 17./19./22. 5. 22, Notenaustausch über die gegenseitige Anerkennung der Tonnengehalt-Zertifikate, die von den amtlichen Stellen ausgestellt sind (franz. u. engl. Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 376, S. 247; japan. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 286/87).

— *-Lettland.* 3. 11. 24, Handelsvertrag (K. Z. Nr. 521, 5. 11. 24).

— *-Litauen.* 18. 7. 23, Vorläufiges Abkommen infolge Notenaustausches über Handel und Schiffahrt in Kopenhagen und Kowno (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 197 ff.).

— *-Norwegen-Schweden.* 18. 1. 20, Abänderung der Postkonvention vom 15. 12. 19 (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 323, S. 321).

— *-Norwegen-Schweden.* 1. 2. 20, Inkrafttreten der Abänderungen der Postkonvention vom 15. 12. 19 und 18. 1. 20 (Soc. Rec. XII, Nr. 323, S. 321).

— *-Norwegen-Schweden.* 16./23./29. 12. 20, Abkommen betr. gewisse Ausnahmen von den Bestimmungen des Art. XXXV der Dienstanweisung zum internationalen radiotelegraphischen Abkommen (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 281).

— *-Norwegen.* 8. 6. und 21. 7. 21, Abänderungen zum Uebereinkommen vom 23./29. 12. 20 betr. den Telephon- und Telegrammverkehr zwischen den beiden Ländern (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 357).

Digitized by Google

Dänemark-Norwegen-Schweden. 29. 3. 22, 20. 6. 22, 18. 8. 22, Zusatzbestimmung zum Uebereinkommen vom 16./23./29. 12. 20 betr. den Telephon- und Telegrammverkehr zwischen Dänemark und Norwegen via Schweden (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 289).

— -*Norwegen.* 21. 7. 22, Luftfahrtabkommen (Rev. Loc. Aér. 1924, S. 408).

— -*Norwegen.* 14. und 30. 11. 23, Abkommen infolge Notenaustausches über Austausch der Mitteilungen über Geisteskranke (dän. und norweg. Text: Soc. Rec. Vol. XXII. S. 121 ff.).

— -*Norwegen.* 26. 6. 24, Ratifizierung des Grönlandabkommens (W. Nr. 29, S. 943 vom 18. 7. 24).

— -*Oesterreich.* 27./30. 6. 23, Notenwechsel über die einstweilige Anwendung der Bestimmungen des am 14. 3. 1887 zwischen Oesterreich-Ungarn und Dänemark abgeschlossenen Handelsvertrages auf die beiderseitigen Handelsbeziehungen (Soc. Rec., Vol. XVIII, Nr. 463, S. 191; Martens 2 s. XV, p. 600).

— -*Oesterreich.* 27./30. 6. 23, Notenwechsel über die einstweilige Anwendung der Bestimmungen des am 14. 3. 1887 zwischen Oesterreich-Ungarn und Dänemark abgeschlossenen Handelsvertrages auf die Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und Island (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 464, S. 196).

— -*Polen.* 10. 7. und 14. 7. 23, Notenwechsel betr. gegenseitige Befreiung der Staatsangehörigen des einen Staates von der Wehrpflicht im Staate ihres Wohnsitzes (Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 65 ff.).

— -*Polen.* 22. 3. 24, Handelsvertrag betr. Danzig. Der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsvertrag ist in Warschau erfolgt (K. Z. Nr. 391 vom 21. 8. 24).

— -*Polen.* 22. 3. 24, Unterzeichnung eines Handelsvertrags in Warschau mit genereller Meistbegünstigung (A. J. 1924, Vol. 18, S. 563; Commerce reports 5. 5. 1924, S. 329).

— -*Polen.* 15. 7. 24, Ratifikation des Handelsvertrages (W. Nr. 33 vom 15. 8. 24, S. 1089; Berichte aus den neuen Staaten vom 8. 8. 24).

— -*Portugal.* 9. 4. 23, Notenwechsel über die Anwendung der in der Deklaration vom 14. 12. 1896 enthaltenen Bestimmungen auf die Handelsbeziehungen zwischen Island und Portugal (Soc Rec. 1923, XVII Nr. 429, S. 64).

— -*Rumänien.* 9. 4. und 8. 5. 23, Notenwechsel über ein vorläufiges Handelsabkommen auf der Grundlage der Meistbegünstigungsklausel (Soc. Rec. XVII 1923, Nr. 425, S. 32).

— -*Rußland.* 23. 4. 23, Vorläufiges Uebereinkommen (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, S. 17, Nr. 450).

— -*Rußland.* 15. 7. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum vorläufigen Uebereinkommen vom 23. 4. 23 (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, S. 17, Nr. 450).

— -*Schweden.* 14./26. 1. 20, Uebereinkommen über eine Fährbootverbindung zwischen Helsingör und Helsingborg (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 379, S. 273).

— -*Schweden.* 16./26. 12. 20, Abkommen über den Telephon- und Telegraphenverkehr zwischen beiden Ländern (mit Zusätzen vom 6./8. 6. 21 zu Artikel 2 und 9) (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 374, S. 195).

— -*Schweden.* 7. 11. 22, Luftfahrtvertrag (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 370, S. 95).

— -*Schweden.* 16. 1. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Luftfahrtvertrag vom 7. 10. 22 (Soc. Rec. XIV, Nr. 370, S. 95).

Digitized by Google

Dänemark-Schweden. 9./13. 7. 23, Notenwechsel über den Austausch von Mitteilungen über Geisteskranke (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 460, S. 132; Sver. ö. Nr. 12).

— *-Schweden.* 9./13. 7. 23, Notenwechsel über den Austausch von Mitteilungen über Geisteskranke in Beziehung Islands zu Schweden (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 461, S. 144).

— *-Schweiz.* 26. 3./23. 5./30. 5. 1924, Abkommen infolge Notenaustausches über die Ausdehnung der Bestimmungen über die Handelsbeziehungen zwischen Dänemark und der Schweiz auf das Fürstentum Liechtenstein. Stockholm 26. 3. 24; Kopenhagen 23. 5. 24; Stockholm 30. 5. 24 (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 415 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 11. 4./28. 9. 21 u. 16. 1. 22, Notenwechsel über die Befreiung der beiderseitigen Staatsangehörigen von dem Erfordernis der Sicherheitsleistung für Prozeßkosten (Text: Soc. Rec. XIV, Nr. 378, S. 267).

— *-Tschechoslowakei.* 31. 1. 24, Vorläufiges Handels- und Schiffahrtsabkommen infolge Notenaustausches in Prag (Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 139 ff.).

Danzig-Deutsches Reich-Polen. 21. 4. 21. Abkommen über die Freiheit des Durchgangsverkehres zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 308, S. 61).

— *-Deutsches Reich-Polen.* 27. 4. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Freiheit des Durchgangsverkehres zwischen Ostpreußen und dem übrigen Deutschland vom 21. 4. 21 (Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 308, S. 61).

— *-Niederlande-Polen.* 30. 5. 24, Handelsvertrag (W. Nr. 26 vom 27. 7. 24, S. 815).

— *-Polen.* 23. 1. 24, Abkommen betr. Bank von Danzig (Text in franz. Uebersetzung: Soc. J. O. Jahrg. V 1924, S. 1062).

— *-Polen.* 4. 5. 24, Abkommen betr. die vertragliche Stellung Danzigs bei Handelsverträgen (D. A. Z. 7. 5. 24, Nr. 211/212).

— *-Polen.* 4. 5. 24, Abkommen betr. Ausgabe von Pässen an Danziger Staatsbürger im Auslande (Text in franz. Uebersetzung: Soc. J. O. Jahrg. V 1924, S. 891; D. A. Z. 7. 5. 24, Nr. 211/212).

— *-Polen.* 4. 5. 24, Abkommen betr. Anteilnahme Danzigs an der Berner Konferenz über Eisenbahntransporte (Text in franz. Uebersetzung: Soc. J. O. Jahrg. V 1924, S. 890).

— *-Polen.* 4. 5. 24, Abkommen betr. Recht des Hafenausschusses, Anleihen abzuschließen und über sein Eigentum verfügen zu können (Text in franz. Uebersetzung: Soc. J. O. Jahrg. V 1924, S. 890; D. A. Z. 7. 5. 24, Nr. 211/212).

— *-Polen.* 7. 6. 24, Abkommen betr. Eisenbahnfragen (Text in franz. Uebersetzung: Soc. J. O. Jahrg. V 1924, S. 1061).

— *-Polen.* 7. 6. 24, Abkommen betr. Schutz der Interessen Danziger Staatsangehöriger in Polen (Text in franz. Uebersetzung: Soc. J. O. Jahrg. V 1924, S. 1061).

— *-Sowjetrußland.* 15. 3. 24, Danzig erkennt die Sowjetregierung an (A. J. 1924, Vol. 18, S. 563; W. P. 16. 3. 24, S. 3).

Deutsches Reich-China. Juni 1924, Unterzeichnung des Uebereinkommens über noch ausstehende Fragen, besonders über die Wiederaufnahme der Zahlungen auf die deutschen Darlehen (D. A. Z. Nr. 265/266 vom 8. 6. 24).

— *-Estland.* 11. 12. 22, Abkommen über die Pflege der auf ihren Gebieten befindlichen Kriegergrabstätten. Das Abkommen ist mit der Unterzeichnung in Kraft getreten (A. A. 10. 10. 23).

Digitized by Google

Deutsches Reich-Estland. 27. 6. 23, Vorläufiges Wirtschaftsabkommen (Text: RGBl. 1924, II, S. 160 ff.).

— *-Estland.* 27. 6. 23, Vertrag über die Regelung der mit den Ereignissen des Weltkrieges zusammenhängenden Fragen (Text: RGBl. 1924, II, S. 159).

— *-Estland.* 12. 7. 24, Ratifizierung des vorläufigen Wirtschaftsabkommens vom 27. Juni 1923 durch das Deutsche Reich (RGBl. 1924, II, S. 160).

— *-Estland.* 12. 7. 24, Ratifikation des Vertrages über die Regelung der mit den Ereignissen des Weltkrieges zusammenhängenden Fragen vom 27. 6. 23 durch das Deutsche Reich (RGBl. 1924, II, S. 159).

— *-Estland.* 5. 9. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Wirtschaftsabkommen vom 27. 6. 23 (RGBl. 1924, II, S. 369).

— *-Estland.* 5. 9. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag vom 27. 6. 23 über die Regelung der mit den Ereignissen des Weltkrieges zusammenhängenden Fragen (RGBl. 1924, II, S. 369).

— *-Finnland.* 20. u. 28. 2. 22, Notenwechsel betr. die durch die Auslieferung von Justizflüchtigen erwachsenen Kosten, Berlin (deutsch. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 81 ff.).

— *-Frankreich.* 22. 12. 23, Reparationsabkommen zur Liquidierung der von der Zahlungsaussetzung betroffenen Reparationssachlieferungen (D. A. Z. 13. 3. 24, Nr. 121/122).

— *-Frankreich-Großbritannien-Norwegen.* 8. 1. 24, Notenaustausch über die Kündigung des Vertrages über die Unabhängigkeit Norwegens vom 2. 11. 07 (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 63 ff.).

— *-Frankreich.* 17. 4. 24, Vereinbarung des Austausches politischer Gefangener (W. Nr. 20 vom 16. 5. 24, S. 607).

— *-Griechenland.* 21. 3. 24, Vereinbarung durch Notenaustausch betr. Markenschutz im Verhältnis zwischen dem Deutschen Reiche und Griechenland (RGBl. 1924, II, S. 92; griech. Text: griech. Gesetzessammlung: *ΕΦΗΜΕΡΙΣ ΤΗΣ ΚΥΒΕΡΝΗΣΕΩΣ*; Athen 4. 4. 24, Blatt 76, S. 471).

— *-Griechenland.* 3. 7. 24, Wirtschaftsabkommen (D. A. XXIV 1924, S. 296, 347; Text: Mitteilungen der Griechischen Handelskammer in Berlin, Nr. 2, 1924).

— *-Griechenland.* 4. 7. 24, Vorläufiges Wirtschaftsabkommen für 6 Monate mit stillschweigender Verlängerung von 3 zu 3 Monaten (D. A. Z. vom 6. 7. 24, Nr. 312/313).

— *-Griechenland.* 20. 11. 24, Inkrafttreten des Handelsabkommens (D. A. 1924, S. 585).

Deutschland-Großbritannien. 21. 3./18. 6. 21, Notenwechsel betr. Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen von Großbritannien nach Deutschland (Text: Soc. Rec. Vol. XVI 1923, S. 139).

— *-Großbritannien.* 5. 4. 23, Uebereinkommen über das deutsche Eigentum und die deutschen Schulden in China (Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 8, Cmd. 1875; Text: Soc. Rec. 1923 XVII, Nr. 435, S. 174).

— *-Großbritannien* (Südafrikanische Union). 23. 10. 23, Memorandum über die Deutschen in dem Mandatsgebiet Südwestafrika (Text: Martens 3. s. XII, 939; Tr. Ser. 1924, Nr. 27, Cmd. 2220).

— *-Großbritannien.* 13. 9. 24, Abkommen betr. Ausgleichsverfahren und Gemischten Schiedsgerichtshof (Text: Tr. Ser. 1925, Nr. 3, Cmd. 2305).

— *-Großbritannien.* 2. 12. 24, Handelsvertrag (Text: Z. XXXIII, 272).

— *-Guatemala.* 1924, Abschluß eines Handelsabkommens auf der Grundlage der Meistbegünstigung (D. A. Z. 27. 11. 24, Nr. 557/558).

— *-Guatemala.* 25. 11. 24, Handelsabkommen (W. 1924, S. 1450).

Digitized by Google

Deutschland-Italien. 9. 1. 25, Abschluß eines Handelsvertragsprovisoriums (durch Notenwechsel) (D. A. Z. 13. 1. 25, Nr. 18/19; Text der deutschen Uebersetzung: D. A. Z. 15. 1. 25, Nr. 22/23).

— *-Litauen.* 31. 5. 23, Vertrag über die Regelung der mit den Ereignissen des Weltkrieges zusammenhängenden Fragen (Text: RGBl. 1924, II, S. 203; Text: R. Dr. II. 1924, Nr. 6).

— *-Litauen.* 1. 6. 23, Handelsvertrag (Text: RGBl. 1924, II, S. 205).

— *-Litauen.* 1. 8. 24, Ratifikation der Verträge betr. die Regelung der mit dem Weltkrieg zusammenhängenden Fragen und des Handelsvertrages durch Litauen (K. Z. Nr. 360 vom 2. 8. 24).

— *-Niederlande.* 5. 7. 21, Zusatzprotokoll zum Staatsvertrag zwischen dem Königreich der Niederlande und dem Deutschen Reich über die Erhöhung der ehemaligen Mündung des Alten Rheins bei Lobitsch, unterzeichnet in Berlin am 29. 8. 18 (Text: Soc. Rec. Vol. XIII 1922, S. 41).

— *-Niederlande.* 28. 8. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. den Staatsvertrag über die Erhöhung der ehemaligen Mündung des Alten Rheins bei Lobitsch, Berlin, den 29. 8. 18 nebst Zusatzprotokoll vom 5. 7. 21 (Soc. Rec. Vol. XIII 1922, S. 41).

— *-Niederlande.* 23. 5. 23, Unterzeichnung eines Abkommens über Zusammenlegung der Grenzabfertigung im internationalen Reiseverkehr in Berlin (deutsch. u. niederl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 275 ff.).

— *-Niederlande.* 19./27. 3. 24, Unterzeichnung der Vereinbarung zur Ausführung des Vertrages über Zusammenlegung der Grenzabfertigung im internationalen Reiseverkehr vom 23. 5. 23, in Berlin am 19. und im Haag am 27. 3. 24 (deutsch. u. niederl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 289 ff.; Text: RGBl. 1924, II, S. 87 ff.).

— *-Niederlande.* 28. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen vom 23. 5. 23 über Zusammenlegung der Grenzabfertigung im internationalen Reiseverkehr (RGBl. 1924, II, S. 85).

— *-Niederlande.* 14. 7. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden des Abänderungsvertrages vom 3. 6. 1923 zum Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins und den Niederlanden vom 31. 12. 1851 (RGBl. 1924, II, S. 157).

— *-Nikaragua.* 11. 1., 27. 2., 6. 3. 1924, Vereinbarung durch Notenwechsel über die Wiederinkraftsetzung des Freundschafts-, Handels-, Schiffahrts- und Konsularvertrages vom 4. 2. 1896; Ratifikation Deutschlands am 12. 9. 24 (Text: RGBl. 1924, II, S. 371).

— *-Oesterreich.* 29. 6./18. 8. 21, Vereinbarung durch Austausch einander entsprechender Erklärungen betr. Angelegenheiten der Arbeitslosenunterstützung (RGBl. 1924, II, S. 89 ff.).

— *-Oesterreich.* 17. 8. 21, Unterzeichnung eines Vertrages betr. Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene (Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 237 ff.).

— *-Oesterreich.* 13. 4. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag vom 17. 8. 21 betr. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene (Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 237 ff.).

— *-Oesterreich.* 21. 6. 23, Beglaubigungsvertrag (Text: RGBl. 1924, II, S. 55 (91), Text: BGBl. Oe. 1924, S. 352).

— *-Oesterreich.* 21. 6. 23, Ratifikation des Vertrages über Rechtsschutz und Rechtshilfe. Austausch der Ratifikationsurkunden am 14. 4. 24 in Berlin (RGBl. 1924, II, S. 91; BGBl. Oe. 1924, S. 347).

— *-Oesterreich.* 21. 6. 23, Ratifikation des Beglaubigungsvertrages. Austausch der Ratifikationsurkunden am 14. 4. 24 (RGBl. 1924, II, S. 91; BGBl. Oe. 1924, S. 352).

Digitized by Google

Deutschland-Oesterreich. 18. 2. 24, Vereinbarung betr. Erwerbslosenfürsorge durch Austausch einander entsprechender Erklärungen in einem Notenwechsel zwischen der deutschen Gesandtschaft in Wien und dem österreichischen Bundeskanzleramt (Text: RGBl. 1924, II, S. 89 ff.).

— *-Oesterreich.* 12. 7. 24, Zusatzvertrag zum Wirtschaftsabkommen vom 1. 9. 20 (Text: RGBl. 1924, II, S. 432; BGBl. Oe. 1925, S. 2 ff.).

— *-Oesterreich.* 14. 7. 24, Inkrafttreten des Beglaubigungsvertrages vom 21. 6. 23 (RGBl. 1924, II, S. 55 (91); BGBl. Oe. 1924, S. 352).

— *-Oesterreich.* 14. 7. 24, Inkrafttreten des Staatsvertrages über Rechtsschutz und Rechtshilfe vom 21. 6. 23 (RGBl. 1924, II, S. 55 (91); BGBl. Oe. 1924, S. 347).

— *-Oesterreich.* 31. 12. 24, Vorläufige Inkraftsetzung der materiellen Bestimmungen des Zusatzvertrages vom 12. 7. 24 zum Wirtschaftsvertrag vom 1. 9. 20 durch die österreichische Regierung (BGBl. Oe. 1925, S. 1).

— *-Polen.* 2. 11. 20, Abkommen über die Rückgabe der deutschen bislang von der polnischen Regierung beschlagnahmten Schiffe (Inkrafttreten am gleichen Tage) (Text: Soc. Rec. Vol. XI, S. 386).

— *-Polen.* 30. 8. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Ergänzungsabkommen zu dem Uebereinkommen über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten vom 6. 5. 21 (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 309, S. 177).

— *-Polen.* 10. 4. 21, Protokoll über die Anwendung des Artikels 268 „b" des Versailler Vertrages, soweit das Deutsche Reich in Frage kommt (Soc. Rec. XI, S. 404).

— *-Polen.* 3. 6. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Grenzübergangsbahnhöfe vom 15. 5. 22. Inkrafttreten des Vertrages am 15. 6. 22 (RGBl. 1922, II, Nr. 12).

— *-Polen.* 3. 6. 22, Erklärungen der beiden Regierungen zum Abkommen über Oberschlesien. Austausch der Ratifikationsurkunden am 4. 7. 22 in Berlin. Inkrafttreten der Erklärung am 15. 7. 12 (RGBl. 1922, II, Nr. 27).

— *-Polen.* 21. 10. 22, Protokoll über die Durchführung der Bestimmungen des Artikels 224 des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. 5. 22 (A. A. 10. 10. 23).

— *-Polen.* 11. 1. 24, Abkommen betr. Abänderung einiger Bestimmungen in Teil V, Titel V, Kapitel I. Abschnitt I des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. 5. 22 (Text: RGBl. 1924, II, S. 47).

— *-Polen.* 23. 2. 24, Abkommen über die Rechte der Mitglieder und Beamten des gemeinschaftlichen Oberkomitees der Oberschlesischen Eisenbahnen (Text: RGBl. 1924, II, S. 359).

— *-Polen.* 23. 2. 24, Abkommen über den Oberschlesischen Grenzbezirk (Text: RGBl. 1924, II, S. 147).

— *-Polen.* 30. 4. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen vom 10. 7. 23 betr. Verlängerung des Abkommens über den privilegierten Durchgangsverkehr durch Deutsch-Oberschlesien vom 24. 6. 22 (Bekanntmachung vom 19. 5. 24 im RGBl. 1924, Teil II, S. 127).

— *-Polen.* 20. 5. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über eine gemeinsame Deichverwaltung in der Marienwerderer Niederung vom 27. 1. 23 (Bekanntmachung im RGBl. 1924, Teil II, S. 128).

— *-Polen.* 30. 6. 24, Ratifizierung des Abkommens vom 23. 2. 24 über den Oberschlesischen Grenzbezirk durch das Deutsche Reich (RGBl. 1924, II, S. 147).

Digitized by Google

Deutschland-Polen. 16. 7. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über Oberschlesischen Grenzbezirk vom 23. 2. 24 (RGBl. 1924, II, S. 226).

— *-Polen.* 30. 8. 24, Abkommen über Staatsangehörigkeit und Option (W. 1924, S. 1275).

— *-Polen.* 13. 1. 25, Vorläufiges Wirtschaftsabkommen (Text: D. A. Z. 17. 1. 25, Nr. 26/27).

— *-Portugal.* 14. 3. 24, Vereinbarung durch Notenwechsel über Verlängerung der Gültigkeitsdauer des am 28. 4. 23 unterzeichneten Handelsabkommens bis zum 31. 12. 24 (Text: RGBl. 1924, II, S. 231).

— *-Portugal.* 31. 12. 24, Verlängerung des Handelsabkommens vom 28. 4. 23 um ein Jahr (K. Z. 1925, Nr. 2).

— *-Rußland.* 31. 1. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden des Rapallovertrags vom 16. 4. 22 in Berlin (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 247 ff.; RGBl. 1923, II, Nr. 7).

— *-Rußland.* 17. 4. 24, Ratifikation der Konsularkonvention durch die russische Regierung (W. Nr. 20 vom 16. 5. 24, S. 607).

— *-Rußland.* 29. 7. 24, Protokoll betr. Exterritorialitätsabkommen (Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht 1924, S. 577).

— *-Schweden.* 25. 7. 22/9. 10. 23, Schwedisch-deutscher Notenwechsel betr. Erhebung von Steuern für Gesandtschafts- und Konsulatsgebäude in Schweden und Deutschland (Text: Sver. ö. 1923, Nr. 22).

— *-Schweden.* 29. 8. 24, Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag (Text: Z. XXXIII 341).

— *-Schweiz.* 15. 3. 20, Notenwechsel über die Verlängerung des Zoll- und Handelsabkommens vom 10. 12. 1891 (in der Fassung vom 12. 11. 04) (Text: Soc. Rec. 1922, XII Nr. 303, S. 19).

— *-Schweiz.* 9. 7. 20, Kohlenabkommen (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 304, S. 25).

— *-Schweiz.* 2. 8. 20, Ratifikation des Kohlenabkommens vom 9. 7. 20 durch die Schweiz (seitens des Deutschen Reiches hat keine Ratifikation stattgefunden) (Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 304, S. 25).

— *-Schweiz.* 25. 4. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Schieds- und Vergleichsvertrag vom 3. 12. 21 (in Kraft gemäß Art. 20 des Vertrages seit 26. 5. 22) (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 320, S. 271).

— *-Schweiz.* 29. 9. 22, Vorläufige Vereinbarung betr. die in der Schweiz zu erfüllenden Frankenverpflichtungen deutscher Lebensversicherungsgesellschaften (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 193).

— *-Schweiz.* 24. 10. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden in Bern betr. vorläufige Vereinbarung über die in der Schweiz zu erfüllenden Frankenverpflichtungen deutscher Lebensversicherungsgesellschaften (Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 193).

— *-Schweiz.* 2. 7. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Zusatzabkommen zum Abkommen vom 6. 12. 20 betr. schweizerische Goldhypotheken in Deutschland und gewisse Arten von Frankenforderungen an deutsche Schuldner (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 470, S. 274).

— *-Schweiz.* 16. 11. 24, Wirtschaftsabkommen (D. A. 1924, S. 580).

— *-Schweiz.* 17. 11. 24, Abkommen über den Abbau der Einfuhrbeschränkungen (K. Z. 18. 11. 24, Nr. 543).

— *-Serbisch-kroatisch-slow. Staat.* 7. 3. 24, Abkommen über die deutschen Reparationslieferungen (W. Nr. 15 vom 11. 4. 1924, S. 436).

— *-Siam.* 28. 2. 24, Vorläufiges Wirtschaftsabkommen nebst Protokoll und Zusatzabkommen (Text: R. Dr. 1924, Nr. 328).

Digitized by Google

Deutschland-Spanien. 15. 1. 23, Ermächtigung der Deutschen Reichsregierung, nötigenfalls die bis zum 30. 11. 23 verlängerte Gültigkeitsdauer des Handelsabkommens vom 15. 1. 23 weiter bis höchstens zum 30. 5. 24 zu verlängern (R. G. Bl. 1923, II, S. 493).

— *-Spanien.* 31. 5. 24, Vereinbarung durch Notenwechsel über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des vorläufigen Handelsabkommens vom 15. 1. 23 bis zum 30. 6. 24. Durch spätere Verständigung ist das Abkommen bis zum 31. 7. 24 ausgedehnt (RGBl. 1924, II, S. 375).

— *-Spanien.* 25. 7. 24, Handelsabkommen (Text: R. Dr. 1924, Nr. 467; W. Nr. 33 vom 15. 8. 24, S. 1089).

— *-Spanien.* 1. 8. 24, Inkrafttreten des vorläufigen Handelsvertrages (W. 1924, Nr. 38, S. 1273).

— *-Tschechoslowakei.* 12. 9. 22. Austausch der Ratifikationsurkunden über den Staatsangehörigkeitsvertrag vom 29. 6. 20 (Soc. Rec. Vol. XX, S. 85 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 12. 9. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Handhabung des Art. 297 des Versailler Vertrages (vom 29. 6. 1920) (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 431, S. 140).

— *-Tschechoslowakei.* 12. 9. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Wirtschaftsabkommen vom 29. 6. 1920 (Text: Soc. Rec. 1923 XVII Nr. 430, S. 70).

— *-Tschechoslowakei.* 21. 4. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrage zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Abgaben von Todes wegen (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 448, S. 454).

— *-Tschechoslowakei.* 21. 4. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrage über die Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung, insbesondere zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern und Vertrag über Rechtsschutz und Rechtshilfe in Steuersachen vom 31. 12. 21 (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 447, S. 402).

— *-Tschechoslowakei.* 4. 10. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Auslieferungsvertrag vom 8. 5. 22 (deutsch. u. engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 171 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 19. 1. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Ueberleitungsabkommen für die Versorgung der Kriegsbeschädigten im Hultschiner Gebiete vom 12. 4. 22 (RGBl. 1924, II, S. 45; Soc. Rec. Vol. XXII, S. 329 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 15. 2. 24, Wirtschaftsprotokoll und Notenwechsel über die wechselseitige Meistbegünstigung (D. A. Z. Nr. 77/78, 16. 2. 24).

— *-Tschechoslowakei.* 4. 3. 24, Abkommen über Erleichterungen des Grenzverkehrs zwischen dem Gebiete des Deutschen Reichs und dem durch den Versailler Vertrag an die Tschechoslowakische Republik übergegangenen Gebiete (Text: R. Dr. 1924, Nr. 564).

— *-Tschechoslowakei.* 28. 5. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden des am 20. 1. 22 unterzeichneten Vertrages über Rechtsschutz und Rechtshilfe in bürgerlichen Angelegenheiten nebst Zusatzprotokoll vom gleichen Tage (RGBl. 1924, II, S. 133).

— *-Tschechoslowakei.* 7. 8. 24, Inkrafttreten des Abkommens über gegenseitige Einfuhrerleichterungen (W. 1924, S. 1273).

— *-Türkei.* 3. 3. 24, Unterzeichnung eines Friedens- und Freundschaftsvertrages in Angora (A. J. 1924, Vol. 18, S. 561; Times 6. 3. 24, S 11; Text: A. A. vom 4. 10. 24).

— *-Türkei.* 13. 4. 24, Ratifikation des Freundschaftsvertrages durch die Nationalversammlung in Angora (N. D. R. W. Nr. 8 vom 30. 4. 24, S. 57).

Digitized by Google

Deutschland-Türkei. 14. 4. 24, Ratifizierung des deutsch-türkischen Freundschaftsvertrages durch das türkische Parlament (W. Nr. 20 vom 16. 5. 24, S. 606).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 10. 8. 22, Unterzeichnung eines Abkommens betr. Schadenersatzverpflichtungen (Text: U. S. Tr. Ser., Nr. 665).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 8. 12. 23, Unterzeichnung des Freundschafts-, Handels- und Konsular-Vertrags in Washington (A. J. 1924, Vol. 18, S. 329; N. Y. Times 9. 12. 23, S. 2; Text der wichtigsten Bestimmungen: N. Y. Times 27. 11. 23, S. 5; W. 1924, Nr. 9, S. 224).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 19. 5. 24, Abkommen betr. Verhütung des Schmuggels mit Spirituosen (Text: U. S. Tr. Ser. 1924, Nr. 694).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 8. 7. 24, Ratifikation des Spirituosenabkommens vom 19. 5. 24 durch das Deutsche Reich (U. S. Tr. Ser. 1924, Nr. 694).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 9. 8. 24, Ratifikation des Spirituosenabkommens vom 19. 5. 24 durch die Vereinigten Staaten (U. S. Tr. Ser. 1924, Nr. 694).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 11. 8. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Spirituosenabkommen vom 19. 5. 24 (U. S. Tr. Ser. 1924, Nr. 694).

Deutsche Einzelstaaten (Bayern)-Vatikan. 19. 3. 24, Abschluß des Konkordates (W. Nr. 15 vom 11. 4. 24, S. 437).

Estland-Finnland. 29. 10. 21, Uebereinkommen bezüglich des Eigentumsrechts an den unterseeischen Kabeln (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 159).

— *-Finnland.* 29. 10. 21, Uebereinkunft über die Instandhaltung und den Gebrauch der finnisch-estnischen Untersee-Kabel, und außerdem über die telegraphische und telefonische Verbindung zwischen Estland und Finnland vermittels dieser Kabel (Text: Soc Rec. 1922, Vol. XIII, S. 167).

— *-Finnland-Lettland-Polen.* 8. 4. 22. Ratifikation des Politischen Staatsvertrages vom 17. 3. 22 durch Estland (Text: Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 296, S. 167).

— *-Finnland-Lettland-Polen.* 18. 8. 22, Ablehnung der Ratifikation des Politischen Staatsvertrages vom 17. 3. 22 durch Finnland (Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 296, S. 167).

— *-Finnland.* 12. 10. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. Staatsvertrag über Handel und Schiffahrt vom 29. 10. 21 (Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 59).

— *-Finnland.* 12. 10. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. Uebereinkunft bezüglich des Eigentumsrechts an den unterseeischen Kabeln vom 29. 10. 21 (Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 159).

— *-Finnland.* 12. 10. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. Uebereinkunft über die Instandhaltung und den Gebrauch der finnisch-estnischen Untersee-Kabel vom 29. 10. 21 (Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 167).

— *-Finnland.* 29. 10. 22, Staatsvertrag über Handel und Schiffahrt (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 59).

— *-Finnland.* 30. 10. u. 28. 11. 22, Notenaustausch über die Erhöhung der Grundtelephongebühren (Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 213 ff.).

— *-Frankreich.* 7. 1. 22, Handelsvertrag (Text von Art. 13 u. 14: La Propriété industrielle 1924, S. 42).

Digitized by Google

Estland-Großbritannien. 12. u. 22. 5. 22, Notenwechsel bezüglich der Zurückziehung des Nyassaland-Protektorates vom englisch-estnischen Handelsabkommen vom 20. 7. 20 (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII. S. 33).

— *-Island.* 7. 9. 23, Notenaustausch über einen vorläufigen Handels- und Schiffahrtsvertrag in Reval (Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 131 ff.).

— *-Island.* 5. 1. 24, Ratifikation des vorläufigen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 7. 9. 23 durch Estland (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 131 ff.).

— *-Lettland.* 16. 12. 21, Ratifikation des Konsularvertrages vom 12. 7. 21 durch Estland (Text: Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 291, S. 87).

— *-Lettland-Litauen.* 16. 12. 21, Ratifikation des Abkommens über die Post-, Telegraphen- und Telephonbeziehungen vom 12. 7. 21 durch Estland (Text: Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 293, S. 111).

— *-Lettland.* 1. 11. 23, Unterzeichnung eines Zusatzabkommens über die Estnisch-Lettischen Grenzfragen in Reval (Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 345 ff.).

— *-Lettland.* 1. 11. 23, Unterzeichnung eines Vertrags betr. die Festsetzung der gegenseitigen Forderungen in Reval (Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 341 ff.).

— *-Lettland.* 31. 10. 23, Unterzeichnung eines Vertrages betr. Erhebung von Hafenabgaben der ausfahrenden Schiffe in den Häfen von Estland und Lettland in Reval (Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 321 ff.).

— *-Lettland.* 1. 11. 23, Unterzeichnung eines vorläufigen Vertrages über die Wirtschafts- und Zollunion zwischen Estland und Lettland in Reval (Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 359 ff.).

— *-Lettland.* 1. 11. 23, Unterzeichnung eines Schutzbündnisses in Reval (Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 81 ff.).

— *-Lettland.* 14. 12. 23, Lettland ratifiziert die Verträge vom 1. 11. 1923 (Texte: A. J. 1924, Vol. 18, S. 330; Nation (N. J.) 23. 1. 24, S. 99; L'Europe Nouvelle 12. 1. 24, S. 52).

— *-Lettland.* 20. 12. 23, Estland ratifiziert die Verträge vom 1. 11. 1923 (Texte: A. J. 1924, Vol. 18, S. 330; Nation (N. J.) 23. 1. 24, S. 99; L'Europe Nouvelle 12. 1. 24, S. 52).

— *-Lettland.* 21. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. vorläufiger Handelsvertrag, Reval, den 1. 11. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 560; Commerce reports 31. 3. 24, S. 863).

— *-Lettland.* 21. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Reval betr. den Vertrag über Hafenabgaben vom 31. 10. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 321).

— *-Lettland.* 21. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag betr. gegenseitige Forderungen vom 1. 11. 23 in Riga (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 341).

— *-Lettland.* 21. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Reval betr. das Zusatzabkommen über Grenzfragen vom 1. 11. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 345).

— *-Lettland.* 21. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Riga über den vorläufigen Vertrag betr. Wirtschafts- und Zollunion vom 1. 11. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 359).

— *-Lettland.* 21. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über das Schutzbündnis vom 1. 11. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 81).

— *-Litauen.* 24. 3. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Grenzmarkierung zwischen beiden Staaten, die Rechte der Bewohner der Grenzstreifen und das Recht der durch die Grenzlinie geteilten Liegenschaften (Instruktion an die gemischte Grenzkommission) (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 437, S. 189).

Digitized by Google

Estland-Litauen. 16. 12. 21, Ratifikation des Konsularvertrages vom 12. 7. 21 durch Estland (Text: Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 292, S. 99).
— *-Rußland.* 30. 3. 20, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Friedensvertrag vom 2. 2. 20 (Text: Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 289, S. 29).
— *-Rußland.* 19. 3. 21, Ratifikation des vorläufigen Postabkommens vom 2. 12. 20 durch Estland (Text: Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 290, S. 73).
— *-Schweden.* 7. 7. 23, Notenaustausch über die Regelung der Handelsbeziehungen (Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 189 ff., Vol. XXIV, S. 196 ff.).
— *-Schweden.* 2. 11. 23, Inkrafttreten des Uebereinkommens vom 7. 7. 23 über die Regelung der Handelsbeziehungen (Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 189 ff.).
— *-Tschechoslowakei.* 15. 12. 23, Unterzeichnung eines Handelsvertrags in Prag (A. J. 1924, Vol. 18, S. 557; Commerce reports 14. 4. 24, S. 122).
— *-Ukraine.* 16. 12. 21, Ratifikation des Staatsvertrages über die künftigen gegenseitigen Beziehungen vom 25. 11. 21 durch Estland (Text: Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 294, S. 121).
— *-Ukraine.* 16. 12. 21, Ratifikation des Vertrages über die Option vom 25. 11. 21 durch Estland (Text: Soc. Rec. Vol. XI, Nr. 295, S. 143).
— *-Vereinigte Staaten.* 8. 11. 23, Vertrag über die gegenseitige Auslieferung von Verbrechern (Text: Riigi Teataja (Staatsanzeiger Estlands) vom 25. 6. 24, Nr. 79/80, S. 501).

Finnland-Großbritannien. 2./4. u. 10./6. 21, Notenwechsel betr. Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen vom Vereinigten Königreich nach Finnland (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVI, S. 133).
— *-Großbritannien.* 14. 12. 23, Handels- und Schiffahrtsvertrag (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 34, Cmd. 2243).
— *-Großbritannien.* 14. 12. 23, Uebereinkommen betr. die Verwaltung des Nachlasses verstorbener Seeleute (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 7, Cmd. 2042).
— *-Großbritannien.* 1924, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handels- und Schiffahrtsvertrag (D. A. XXIV. 1924, S. 299).
— *-Großbritannien.* 21. 6. 24, Uebereinkommen betr. die gegenseitige Anerkennung der Meßbriefe britischer und finnischer Schiffe und Notenwechsel betr. den Ausschluß von Irak von obigem Uebereinkommen (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 30, Cmd. 2231).
— *-Großbritannien.* 4. 7. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handels- und Schiffahrtsvertrag (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 34, Cmd. 2243).
— *-Island.* 21. 12. 23, Unterzeichnung eines Handels- und Schiffahrtsvertrags in Helsingfors (A. J. 1924, Vol. 18, S. 330; Commerce reports 18. 2. 24, S. 461).
— *-Island.* 1924, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsvertrag (D. A. XXIV, 1924, S. 299).
— *-Niederlande.* 29. 10. u. 1. 11. 23, Notenaustausch über die vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen. Stockholm 29. 10. 23 und Helsingfors 1. 11. 23 (Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 33 ff.).
— *-Norwegen.* 16. 7. 21, Notenaustausch über die gegenseitige Befreiung von der Stempelsteuer für die unbeweglichen Güter der diplomatischen Vertreter. Helsingfors (schwed. u. norw. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 77 ff.).
— *-Norwegen-Rußland.* 4. 11. 21, Ratifikation des Sonderabkommens über die telegraphischen Verbindungen der drei Länder durch Finnland (Text: Soc. Rec. 1923, XV, Nr. 392, S. 192).
— *-Norwegen-Rußland.* 5. 11. 21, Ratifikation des Sonderabkommens über die telegraphischen Verbindungen der drei Länder vom 19. 9. 21 durch Norwegen (Text: Soc. Rec. 1923, XV, Nr. 392, S. 192).

Digitized by Google

Finnland-Norwegen. 3. 3. 22, Abkommen über die vereinbarten Maßnahmen zur Verhinderung des Grenzübertrittes der Renntiere (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 372, S. 157).

— *-Norwegen.* 19./23. 5. 22, Postvertrag mit Ausführungsbestimmungen (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 382, S. 323).

— *-Norwegen.* 7. 9. 22, Abkommen über den drahtlosen offiziellen Pressedienst (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 328, S. 357).

— *-Norwegen.* 30. 12. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die vereinbarten Maßnahmen zur Verhinderung des Grenzübertritts der Renntiere vom 3. 3. 22 (Text: Soc. Rec. XIV, Nr. 372, S. 157).

— *-Norwegen.* 9. 3. u. 28. 4. 23, Abkommen infolge Notenaustausches über den Austausch von Mitteilungen über Geisteskranke (norw. u. schw. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 225).

— *-Norwegen-Rußland.* 19. 9. 23, Ratifikation des Abkommens über die telegraphischen Verbindungen zwischen den drei Ländern vom 19. 9. 21 durch Rußland (Soc. Rec. 1923, XV. Nr. 392, S. 192).

— *-Rußland.* 7. 7. 22, Unterzeichnung eines Abkommens über die früheren Regierungsbesitzungen, die in einer Note zum Artikel 22 des Dorpater Friedensvertrags vom 14. 10. 20 erwähnt sind (finn. u. russ. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 99 ff.).

— *-Rußland.* 12. 8. 22, Unterzeichnung eines Abkommens über die Heimkehr der Staatsangehörigen der vertragschließenden Mächte in ihr Vaterland in Helsingfors (der Vertrag trat ohne Ratifikation in Kraft) (finn., russ. u. schwed. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 105 ff.).

— *-Rußland.* 20. 9. 22, Unterzeichnung eines Abkommens über die Fischerei im finnischen Meerbusen in Helsingfors (der Vertrag bedarf keiner Ratifikation) (finn., schwed. u. russ. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 143 ff.).

— *-Rußland.* 28. 10. 22, Unterzeichnung eines Abkommens in Helsingfors betr. den freien Durchgang der russischen Staatsangehörigen durch das Gebiet von Petsamo (Petchenga) (der Vertrag bedarf keiner Ratifikation (finn., russ. u. schwed. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 199 ff.).

— *-Rußland.* 28. 10. 22, Unterzeichnung eines Abkommens betr. Holzflößerei auf den Wasserläufen, die nach und von Finnland kommen (der Vertrag bedarf keiner Ratifikation) (finn., russ. u. schwed. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 153 ff.).

— *-Rußland.* 12./14./21. 2. 23, Notenaustausch über die Befreiung von der Stempelsteuer für einige städtische Besitzungen, Helsingfors (Soc. Rec. Vol. XIX, S. 219/223).

— *-Rußland.* 5. 6. 23, Uebereinkommen über die Fahrt der finnischen Handelsschiffe auf der Newa zwischen dem Ladoga-See und dem Finnischen Meerbusen (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 465, S. 204).

— *-Rußland.* 18. 6. 23, Vorläufiges Inkrafttreten (in Erwartung des Austausches der Ratifikationsurkunden) des Uebereinkommens über die Fahrt der finnischen Schiffe auf der Newa zwischen dem Ladoga-See und dem Finnischen Meerbusen (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 465, S. 204).

— *-Schweden.* 19./22. 5. 22, Postvertrag mit Ausführungsbestimmungen (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 381, S. 297).

— *-Schweden.* 26. 5. 23, Schiffahrtsvertrag (mit Schlußprotokoll) (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 453, S. 58).

— *-Schweden.* 27. 6. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Schiffahrtsvertrag vom 26. 5. 23 (mit Schlußprotokoll) (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 453, S. 58).

Digitized by Google

Finnland-Schweden. 11. 8. u. 12. 10. 23, Abkommen infolge Notenaustausch über die Errichtung und Veränderung von Leuchttürmen und Signalstationen (Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 147).

— *-Schweden.* 11. 9. 23, Abkommen betr. Fragen der gegenseitigen Ersatzleistung der Arbeiterunfallversicherung (Text: International Labour Office, Legisl. Series 1923 Int. 3; Sver. ö. 1923, Nr. 17; finn., franz. u. schwed. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 79 ff.).

— *-Schweden.* 29. 11. 23, Unterzeichnung eines Vertrags in Helsingfors betr. gegenseitige Auslieferung von Verbrechern (finn., franz. u. schwed. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 41 ff.).

— *-Schweden.* 10. 1. 24, Unterzeichnung einer Deklaration über die gegenseitige Anerkennung der Meßbriefe (finn., franz. u. schwed. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXII, S. 167 ff.).

— *-Schweden.* 30. 1. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Stockholm betr. Auslieferungsvertrag vom 29. 11. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 41).

— *-Schweden.* 30. 1. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Auslieferungsvertrag vom 29. 11. 23 in Stockholm (Soc. Rec. 1924 Vol. XXIII, S. 41).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 12. 1./21. 7. 22, Paketabkommen (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 243).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 26. 7. 22, Ratifikation der Vereinigten Staaten betr. Paketpostabkommen vom 12. 1./21. 7. 22 (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 243).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 1. 9. 22, Ratifikation durch Finnland betr. Paketpostabkommen vom 12. 1./21. 7. 1922 (Text: Soc. Rec. 1922. Vol. XIII, S. 243).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 14. 12. 23, Unterzeichnung eines Abkommens in Helsingfors betr. Beschlagnahme der Güter verstorbener Seeleute. Der Vertrag bedarf keiner Ratifikation (engl., finnl., schwed. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 125 ff.).

Frankreich-Griechenland-Großbritannien-Italien. 24. 7. 23, Abkommen betr. Entschädigungszahlungen Griechenlands an die Angehörigen der alliierten Mächte (Text: A. J. 1924, Suppl. Off. Doc. 115).

— *-Griechenland-Großbritannien-Italien-Japan-Rumänien-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Türkei.* 24. 7. 23, Friedensvertrag von Lausanne (engl. Texte der Verträge: A. J. 1924, Vol. 18, Offic. Doc.).

— *-Griechenland-Großbritannien-Italien-Japan-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Türkei.* 23. 8. 23, Ratifizierung des Lausanner Vertrages vom 24. 7. 23 durch die Nationalversammlung von Angora am 23. 8. 23 (D. A. Z. 25. 8. 23, Nr. 389/390).

— *-Griechenland-Großbritannien-Italien-Japan-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Türkei.* 25. 8. 23, Ratifikation des Friedensvertrages von Lausanne vom 24. 7. 23 durch Griechenland vom 25. 8. 1923 (Griechische Regierungszeitung Bd. I, Nr. 238 vom 25. 8. 23).

— *-Griechenland.* 21. 2. 24, Unterzeichnung des Handelsübereinkommens in Paris (Text: A. J. 1924, Vol. 18, S. 560; J. O. 27. 2. 1924, S. 2018).

— *-Griechenland-Großbritannien-Italien-Japan-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Türkei.* 17. 4. 24, Ratifizierung des Lausanner Friedensvertrages vom 24. 7. 23 durch England am 17. 4. 24 (N. P. C. 1924, Vol. XI, S. 452).

— *-Griechenland-Großbritannien-Italien-Japan-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Türkei.* 6. 8. 24, Niederlegung der Ratifikationsurkunden des Lausanner Vertrages vom 24. 6. 23 durch Großbritannien, Italien und Japan („Die Tätigkeit des Völkerbundes" Bd. IV, Nr. 8, S. 177).

Digitized by Google

Frankreich-Griechenland-Großbritannien-Italien-Japan-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Türkei. 26./27. 8. 24, Ratifizierung des Lausanner Vertrages vom 24. 7. 23 durch die französische Kammer am 26. 8. 24, durch den französischen Senat am 27. 8. 24 (Temps 26., 27. und 28. 8. 24; N. d. R. W. 1924, S. 107).

— *-Großbritannien-Italien-Japan-Polen-Rumänien-Serbisch-kroat.-slowenischer Staat-Tschechoslowakei.* 10. 8. 20, Vertrag betreffend Grenzen der Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie (franz. Text: Martens 3s. XII 815; Text: Tr. Ser. 1921, Nr. 20).

— *-Großbritannien-Italien.* 10. 8. 20, Abkommen betr. Anatolien (nicht ratifiziert) (franz. Text: Martens 3série XII, p. 785).

— *-Großbritannien-Griechenland-Italien-Japan.* 10. 8. 20, Vertrag betr. Thrazien (franz. Text: Martens 3s XII, S. 779).

— *-Großbritannien-Italien-Japan-Rumänien.* 28. 10. 20, Vertrag betr. Bessarabien (Text: Martens 3s. XII, p. 849; Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 5).

— *-Großbritannien.* 23. 12. 20, Unterzeichnung eines Abkommens in Paris über einige Punkte, die mit den Mandatsgebieten Syrien und dem Libanon, Palästina und Mesopotamien zusammenhängen. Der Vertrag bedarf keiner Ratifikation (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 353 ff.).

— *-Großbritannien-Italien-Japan.* 9. 11. 21, Deklaration über die Unabhängigkeit Albaniens (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 333, S. 381; Text: Martens 3s. XII, p. 886).

— *-Großbritannien-Japan-Vereinigte Staaten von Amerika.* 24. 3. 22, Ratifikation des sogenannten „Viermächteabkommen" durch den amerikanischen Senat mit Vorbehalt; Niederlegung der Ratifikationen bei der amerikanischen Regierung 17. 8. 23 (U. S. Tr. Ser. 1923, Nr. 669).

— *-Großbritannien.* 7. 12. 21 u. 30. 1. 22. Notenwechsel über die Erweiterung des Art. 12 des vorläufigen Luftfahrtabkommens vom 20. 10. 1920 (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 341, S. 449).

— *-Großbritannien.* 18. 3. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden des Protokolles über die Neu-Hebriden (Tr. Ser. 1922, Nr. 7).

— *-Großbritannien.* 2. 2. 22. Uebereinkommen betr. das Prozeßrecht in Zivil- und Handelssachen (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 5).

— *-Großbritannien.* 2. 5. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden des Uebereinkommens betr. das Prozeßrecht in Zivil- und Handelssachen (Tr. Ser. 1922, Nr. 5).

— *-Großbritannien-Japan-Vereinigte Staaten von Amerika.* 6. 2. 22, Zusatzabkommen zum Vertrag vom 13. 12. 21 betr. Inselbesitzungen im Pazifischen Ozean. Ratifizierung durch amerikanischen Senat mit Vorbehalt am 27. 3. 22, durch den Präsidenten am 9. 6. 23, Niederlegung der Ratifikationsurkunden bei der amerikanischen Regierung am 17. 8. 1923 (Text: U. S. Tr. Ser. 1923, Nr. 670).

— *-Großbritannien-Japan-Vereinigte Staaten von Amerika.* 6. 2. 22, Unterzeichnung des Zusatzabkommens zum „Viermächteabkommen" vom 13. 12. 21 (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXV, S. 195 ff.).

— *-Großbritannien-Italien-Tschechoslowakei-Oesterreich.* 4. 10. 22, Genfer Deklaration über den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs (Protokoll Nr. I) (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 334, S. 385).

— *-Großbritannien-Italien-Tschechoslowakei-Oesterreich.* 4. 10. 22, Genfer Deklaration über den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs (Protokoll II) nebst Anlagen und Auslegungsnote (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 335, S. 391).

Digitized by Google

Frankreich-Großbritannien. 6. 2. 23, Beitritt von einigen englischen Kolonien, Protektoraten und Mandatsgebieten zum Abkommen vom 2. 2. 22 über Gerichtsverfahren in Zivil- und Handelsangelegenheiten (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 169 ff.).

— *-Großbritannien.* 7. 3. 23, Vertrag infolge Notenaustausches betr. die Syrisch-Palästinische Grenze zwischen dem Mittelmeer und El Hammé. Paris, den 7. 3. 23 (franz. u. engl. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 363; Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 13, Cmd. 1910).

— *-Großbritannien-Japan-Vereinigte Staaten von Amerika.* 3. 5. 23, Uebereinkommen über die Abtretung des in Danzig belegenen deutschen Fiskalvermögens und die Uebereignung einiger dieser Vermögensstücke an den Hafenrat der Freien Stadt (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 24, Cmd. 2204).

— *-Großbritannien.* 24. 5. 23, Uebereinkommen durch Notenwechsel betr. die französischen Staatsangehörigkeitsdekrete in Tunis (Text: Riv. Serie III, Vol. II [1923], S. 340).

— *-Großbritannien-Italien-Tschechoslowakei-Oesterreich.* 11. 6. 23, Genfer Deklaration über den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs vom 4. 10. 22. Protokoll Nr. II. Beitritt der Niederlande (Soc. Rec. 1923, XV, S. 320).

— *-Großbritannien-Italien-Tschechoslowakei-Oesterreich.* 12. 6. 23, Genfer Deklaration über den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs vom 4. 10. 22. Protokoll Nr. II. Beitritt Dänemarks (Soc. Rec. 1923, XV, S. 320).

— *-Großbritannien-Italien-Tschechoslowakei-Oesterreich.* 12. 6. 23, Genfer Deklaration über den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs vom 4. 10. 22. Protokoll Nr. II. Beitritt Belgiens (Soc. Rec. 1923, XV, S. 322).

— *-Großbritannien-Italien-Tschechoslowakei-Oesterreich.* 23. 6. 23, Genfer Deklaration über den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Oesterreichs. Protokoll Nr. II. Beitritt Schwedens (Soc. Rec. 1923, XV, S. 321).

— *-Großbritannien.* 24. 7. 23, Uebereinkommen zwischen der britischen und französischen Delegation in Lausanne bezüglich des Art. 34 des Lausanner Vertrages vom 24. Juli 1923 (Aegyptische Staatsangehörigkeit) (Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 18, Cmd. 1947).

— *-Großbritannien.* 24. 7. 23, Notenwechsel über einige Konzessionen in den von der Türkei losgelösten Gebietsteilen (Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 14, Cmd. 1946).

— *-Großbritannien-Japan-Vereinigte Staaten von Amerika.* 17. 8. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag betr. den Besitz und die Herrschaft der Inseln im Stillen Ozean (franz. u. engl. Text: Soc. Rec. Vol. XXV. 1924, S. 185).

— *-Großbritannien-Italien-Japan-Vereinigte Staaten von Amerika.* 17. 8. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrage betr. Einschränkung der Rüstungen zur See (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 5, Cmd. 2036).

— *-Großbritannien-Japan-Vereinigte Staaten von Amerika.* 17. 8. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über das Zusatzabkommen zum „Viermächteabkommen“ vom 6. 2. 22 in Washington (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXV, S. 195 ff.).

— *-Großbritannien-Japan-Vereinigte Staaten von Amerika.* 17. 8. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag betr. insulare Besitzungen im Stillen Ozean vom 13. 12. 21 (franz. u. engl. Text: Soc. Rec. Vol. XXV, S. 183 ff.).

Digitized by Google

Frankreich-Großbritannien. 29. 8. 23, Notenaustausch über die Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 14. 10. 03 auf 5 Jahre (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 183 ff.; Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 20, Cmd. 1960).

— -*Großbritannien.* 29. 9. 23, Unterzeichnung einer Deklaration über die Austernfischerei außerhalb der Territorialgewässer in der See zwischen Großbritannien und Frankreich (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 137 ff.; Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 31, Cmd. 1996).

— -*Großbritannien-Italien.* 29. 9. 23, Unterzeichnung einer Deklaration betr. das Protokoll Griechenlands über die Errichtung einer Flüchtlings-Fürsorge-Kommission (Soc. Rec. Vol. XX, S. 30 ff.; franz. u. engl. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 41 ff.).

— -*Großbritannien.* 20. 9. u. 10. 10. 23, Unterzeichnung eines Abkommens über die Beförderung mit der „Indian Mail". Der Vertrag bedarf keiner Ratifikation (franz. u. engl. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 381 ff.).

— -*Großbritannien.* 21. 9. u. 13. 11. 23, Notenaustausch über die Ausdehnung der Bestimmungen des Schiedsgerichtsvertrags vom 14. 8. 1876 und des Zusatzabkommens vom 17. 10. 1908 auf die Mandatsgebiete Kamerun, Togoland und Tanganyika, soweit England interessiert ist, und auf die Mandatsgebiete Kamerun und Togoland, soweit Frankreich interessiert ist, in London (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 131 ff.).

— -*Großbritannien-Italien-Japan.* 23. 11. 23, Uebereinkommen betr. die Festsetzung und den Ersatz der in der Türkei durch die Angehörigen der vertragschließenden Mächte angerichteten Schäden (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 3, Cmd. 2028).

— -*Großbritannien-Spanien.* 18. 12. 23, Pariser Abkommen betr. Aufstellung des Statuts der Zone von Tanger (sogen. „Tangerabkommen") (Text: A. A. vom 4. 10. 24; Text: J. O. 29. 5. 24, S. 4789; Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 23, Cmd. 2203).

— -*Großbritannien.* 17. u. 27. 12. 23, Ausdehnung der Bestimmung des Vertrages vom Oktober/November 1899 über Konsularvisa für Ursprungszertifikate auf die französische Zone in Marokko, London (der Vertrag bedarf keiner Ratifikation) (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. 1924 Vol. XXIV, S. 133 ff.; Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 11, Cmd. 2054).

— -*Großbritannien.* 28. 12. 23, Unterzeichnung eines Protokolls in London zur Fortsetzung der Zentralafrikanischen Grenze zwischen dem Anglo-Aegyptischen Sudan und Französisch-Afrika (A. J. Vol. 18, 1924, S. 331; Times 31. 12. 23, S. 9; Cur. Hist. März 1924, 19 : 1099).

— -*Großbritannien.* 10. 1. 24, Protokoll betr. die englisch-französischen Grenzen in Zentralafrika (N. P. C. Vol. XI 1924, S. 447).

— -*Großbritannien.* 21. 1. 24, Notenwechsel betr. die Ratifikation des Protokolls über die Grenzziehung zwischen Französisch-Aequatorial-Afrika und dem englisch-ägyptischen Sudan mit Protokoll (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 48, Cmd. 2221).

— -*Großbritannien.* 6. 2. 24, Beitritt von Neufundland und Palästina zum Abkommen vom 2. 2. 22 über Gerichtsverfahren in Zivil- und Handelsangelegenheiten (laut Mitteilung des Britischen Außenministeriums) (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 165 ff.).

— -*Großbritannien - Italien - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat-Tschechoslowakei-Ungarn.* 14. 3. 24, Genfer Protokoll betr. finanziellen Wiederaufbau Ungarns (Text: Soc. J. O. 1924, S. 802; Text: Soc. Rec. 1924. Vol. XXV, S. 423 ff.).

— -*Großbritannien.* 7. 4. 24, Beitritt der Neu-Hebriden zum Abkommen vom 2. 2. 22 über Gerichtsverfahren in Zivil- und Handelsangelegenheiten (laut Mitteilung des Britischen Außenministeriums) (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 171 ff.).

Digitized by Google

Frankreich-Großbritannien-Spanien. 8. 5. 24, Ratifikation des Tangerabkommens vom 18. 12. 1923 durch Großbritannien (A. J. 1924, Vol. 18, S. 569; Times 10. 5. 24, S. 12).

— *-Großbritannien-Spanien.* 14. 5. 24, Niederlegung der Ratifikationsurkunde zum Tangerstatut vom 18. 12. 23 durch Großbritannien; Tr. Ser. 1924, Nr. 23, Cmd. 2203).

— *-Großbritannien-Spanien.* 22. 5. 24, Ratifikation des Tangerabkommens vom 18. 12. 23 durch Frankreich (A. J. 1924, Vol. 18, S. 569; J. O. 29. 5. 24, S. 4789).

— *-Großbritannien-Spanien.* 1. 12. 24, Inkrafttreten des „Tangerabkommens" (D. A. Z. 2. 12. 24, Nr. 565/566).

— *-Guatemala.* 31. 12. 24, Kündigung des Handelsabkommens vom 28. 7. 22 durch Guatemala mit Wirkung vom 31. 12. 24 (J. O. vom 2. 10. 24; P. J. 1924, S. 223).

— *-Indien.* 4./12. 5. 23, Unterzeichnung des Vertrags über die französische „Loge" in Balasore (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 381 ff.).

— *-Italien.* 4. 4. 24, Ratifikation des provisorischen Handelsvertrages vom 13. 11. 22 durch die französische Kammer (W. Nr. 20 vom 16. 5. 24, S. 601).

— *-Italien.* 14. 4. 24, Unterzeichnung eines Vertrages über die Produktion und den Verkauf von Seidenraupen (A. J. 1924, Vol. 18, S. 565; J. O. 19. 4. 24, S. 3631).

— *-Kanada.* 15. 12. 22, Handelsvertrag (engl. Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 25, Cmd. 1985; engl. u. franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 37 ff.).

— *-Monaco.* 24. 3. 24, Unterzeichnung eines Abkommens in Paris über die Anerkennung von Auszügen aus den Personenstandsregistern (A. J. 1924, Vol. 18, S 564; Text: J. O. 31. 3. 24, S. 3066).

— *-Niederlande.* 30. 5. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen vom 16. 4. 21 über die Hinausschiebung des Fälligkeitstermins für die Rückzahlung des von den Niederlanden Frankreich durch das Abkommen vom 6. 12. 18 gewährten Kredites (Text: Soc. Rec. XI, Nr. 300, S. 341).

— *-Niederlande.* 2. 7. 23, Unterzeichnung eines vorläufigen Luftschiffahrtsvertrags in Paris (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 133 ff.).

— *-Niederlande.* 3. 9. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Luftschiffahrtsvertrag vom 2. 7. 23 in Paris (Soc. Rec. Vol. XX, S. 131 ff.).

— *-Niederlande.* 18. 1. u. 7. 2. 24, Deklaration über die Ausdehnung des Vertrages betr. Schutz der Schiffe auf See auf die Bestimmungen über drahtlose Telegraphie (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 265 ff.).

— *-Norwegen.* 23. 4. 21, Abkommen über den Wein- und Spirituosenhandel (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 386, S. 375).

— *-Norwegen.* 7. 8. 24, Auslegungsprotokoll zum Handelsabkommen vom 23. 4. 21 (Text: Oeverenskomster med fremmede stater 1924, Nr. 4, S. 73).

— *-Oesterreich.* 11. 8. 24. Zusatzübereinkommen zum Handelsübereinkommen vom 22. 6. 23 (Text: BGBl. Oe. 1925, S. 149).

— *-Polen.* 19. 2. 21, Freundschaftsvertrag (Text: Martens 3s., XII 880; Text: Soc. Rec. XVIII p. 12).

— *-Polen.* 27. 6. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Freundschaftsvertrag vom 19. 2. 21 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 449, S. 12).

— *-Polen.* 29. 10. 24, Handelsvertrag (W. 1924, S. 1588).

— *-Sowjetrußland.* 15./22. 3. 24, Austausch von Noten betr. die Beßarabische Frage (A. J. 1924, Vol. 18, S. 563; Text: Nation [Neu York[30. 4. 24, S. 517).

Digitized by Google

Frankreich-Schweden. 11. u. 12. 12. 23, schwedisch-französischer Notenwechsel über das Verfahren bei Verleihung von Ordens- und anderen Auszeichnungen an Staatsangehörige der beiden Länder (Text: Sver. ö. 1923, Nr. 24).

— -*Schweiz.* 17. 10. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zu der gegenseitigen Erklärung über die Beziehungen der Schweiz und der französischen Zone des Scherifenreiches vom 11. 6. 14 (Text: Soc. Rec. XII, Nr. 329, S. 361).

— -*Schweiz.* 18./24. 1. 22, Abkommen über die Telephongebühren (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 331, S. 371).

— -*Schweiz.* 20. 3. 22, Abkommen über die Kontrolle des Handels mit geistigen Getränken zwischen beiden Ländern (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 332, S. 378).

— -*Schweiz.* 1. 4. 22, Inkrafttreten des Abkommens über die Telephongebühren vom 24. 1. 22 (Soc. Rec. XII, Nr. 331, S. 371).

— -*Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* Abkommen unter Teilnahme Oesterreichs und der Schweiz für den Transport von jugoslawischen und französischen Artikeln (W. 1924, S. 790, Nr. 25, 20. 6. 24).

— -*Spanien.* 11. u. 16. 2. 24, Austausch von Noten über die Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 26. 2. 1904 auf weitere fünf Jahre (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 409 ff.; J. O. 8. 5. 24, S. 4159).

— -*Tschechoslowakei.* Luftfahrtabkommen (deutsche Uebersetzung des Textes: N. f. L. Jahrg. V 1924, S. 361).

— -*Tschechoslowakei.* 25. 1. 24, Unterzeichnung eines Allianz- und Freundschaftsvertrages in Paris (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 163 ff.; L'Europe Nouvelle 26. 1. 24, S. 9; Times 30. 1. 24).

— -*Tschechoslowakei.* 4. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Allianz- und Freundschaftsvertrag vom 25. 1. 1924 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 163 ff.).

— -*Tunis.* 28. 1. 24, Promulgation des Vertrags über Kriegsgewinne vom 22. 1. 24 in Paris (Text: A. J. 1924, Vol. 18, S. 333; Text: J. O. 29. 1. 24, S. 994).

— -*Türkei.* 20. 10. 21, Abkommen zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden Ländern; nebst Noten und Briefen vom gleichen Datum (Text: Martens, 3. s. XII 826; Le Temps vom 1. 11. 21; Text: Parliamentary Papers. Turkey Nr. 1 1922).

— -*Türkei.* 29. 10. 21, Ratifikation des Angora-Vertrages vom 20. 10. 21 (Le Temps vom 31. 10. 1921).

— -*Ungarn.* 28. 9. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Regelung der ungarischen Schulden gegenüber französischen Staatsangehörigen (zu Art. 231 des Vertrages von Trianon) vom 31. 1. 21 (Text: Soc. Rec. 1923, XV, Nr. 396, S. 222).

— -*Uruguay.* 22. 12. 23, Unterzeichnung eines Finanzvertrages in Montevideo (A. J. 1924, Vol. 18, S. 331; Text: Diario Oficial (Uruguay) vom 26. 12. 23, Nr. 5310).

— -*Uruguay.* 22. 1. 24, Unterzeichnung eines Vertrages in Montevideo betr. endgültige Annullierung der durch Uruguay in Frankreich im Jahre 1918 gemachten Anleihen (A. J. 1924, Vol. 18, S. 557; P. A. B. April 1924, S. 410).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 13. 2. 23, Abkommen über das französische Mandatsgebiet Kamerun (Text: J. O. 4. 7. 24, Nr. 181, S. 5948; Text: U. S. Tr. Ser. 1924, S. 690).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 13. 2. 23, Abkommen über das französische Mandatsgebiet Togo (Text: J. O. 4. 7. 24, Nr. 181, S. 5946; Text: U. S. Tr. Ser. 1924, Nr. 691).

Digitized by Google

Frankreich-Vereinigte Staaten von Amerika. 19. 7. 23, Unterzeichnung eines Abkommens in Washington betr. Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 10. 2. 08 auf weitere 5 Jahre (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 405—407; Text: U. S. Tr. Ser. Nr. 679).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 3. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Washington betr. Vertrag über die Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 19. 7. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 405).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 14. 3. 24, Ratifikation des Vertrages betr. Rechte in Togo vom 13. 2. 23 durch die Vereinigten Staaten (U. S. Tr. Ser. 1924, Nr. 691).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 4. 4. 24, Unterzeichnung eines Vertrages in Paris betr. Einräumung gleicher Rechte an die amerikanischen Staatsbürger in Syrien und im Libanon (A. J. 1924, Vol. 18, S. 564).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 24. 4. 24, Ratifikation des Vertrages betr. Rechte in Togo vom 13. 2. 23 durch Frankreich (U. S. Tr. Ser. 1924, Nr. 691).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 3. 6. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag betr. Rechte in Togo vom 13. 2. 23 (U. S. Tr. Ser. 1924, Nr. 691).

Griechenland-Großbritannien. 28. 3./10. 11. 21, Notenwechsel betr. Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen von Großbritannien nach Griechenland (Text: Soc. Rec. Vol. XVI 1923, S. 165).

— -*Italien.* 10. 8. 20, Vertrag betr. Inseln des Aegäischen Meeres (nicht ratifiziert) (Text: Martens, 3. s. XII. p. 792).

— -*Persien.* 3. 2. 24, Ankündigung Persiens, daß der Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 16. 10. 1861 am 3. 5. 24 abläuft (A. J. 1924, Vol. 18, S. 558; Commerce reports 26. 5. 24, S. 538).

— -*Sowjetrußland.* 8. 3. 24, „De jure-Anerkennung" Sowjetrußlands durch Griechenland (A. J. 1924, Vol. 18, S. 561; Russian Information 29. 3. 24, S. 197).

— -*Serb.-kroatisch-slowenischer Staat.* 10. 5. 23, Unterzeichnung eines Vertrages über den Handelsverkehr in Saloniki (franz. Text: Soc. Rec. 1924. Vol. XXV, S. 441 ff.).

— -*Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 1. 1. 24, 4 Zusatzprotokolle zum Vertrag vom 10. 5. 23 betr. die Serbische Freizone in Saloniki: 1. Eisenbahnwesen; 2. Post, Telegraphie, Telephonie; 3. Sanitätswesen; 4. Hafenwesen (A. J. 1924, Vol. 18, S. 331; Commerce reports 3. 3. 24, S. 600).

— -*Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 30. 5. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Athen über Vertrag betr. Handelsverkehr in Saloniki vom 10. 5. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 441 ff.).

— -*Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 15. 11. 24, Kündigung des Defensivbündnisses vom 12. 5. 13 durch die Jugoslavische Regierung (N. d. R. W. 1924, S. 136).

— -*Tschechoslowakei.* 28. 12. 22 und 10. 1. 23, Unterzeichnung eines vorläufigen Handelsvertrags in Athen (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 217 ff.).

— -*Tschechoslowakei.* 15. 11. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. vorläufigen Handelsvertrag vom 10. 1. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 326; Commerce reports 17. 3. 24, S. 727).

— -*Tschechoslowakei.* 19. 11. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den vorläufigen Handelsvertrag vom 28. 12. 22 und 10. 1. 23 in Athen (Soc. Rec. Vol. XXI, S. 217).

Digitized by Google

Griechenland-Türkei. 28.5.23, Unterzeichnung eines Uebereinkommens in Lausanne (National Pease Council Monthly Circular, Vol. X, 1923, S. 427).

Großbritannien-Belgien. 22. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zur Uebereinkunft betr. Prozeßrecht in Zivil- und Handelssachen vom 21. 6. 22 (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 13, Cmd. 2069).

— *-Haiti.* 4. 6. 21/16. 11. 22, Notenwechsel betr. Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen von Großbritannien nach Haiti (Text: Soc. Rec. Vol. XVI, 1923, S. 173).

— *-Irak.* 28. 11. 21, 16. 1. 22, Abkommen über den Verkehr mit Postanweisungen (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 340, S. 431).

— *-Irak.* 25. 3. 24, Unterzeichnung von vier Abkommen betr. 1. Finanzen, 2. Gericht, 3. Militär, 4. Beschäftigung von englischen Beamten bei der Regierung von Irak (A. J. 1924, Vol. 18, S. 564; Times 15. 4. 24, S. 13).

— *-Island.* 28. 9. und 12. 12. 21, Notenwechsel über die Aufhebung des Ergänzungsabkommens vom 14/31. 12. 83 zu dem englisch-dänischen Abkommen von 1871 über den Verkehr mit Postanweisungen (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 326, S. 351).

— *-Island.* 1. 5. 22, Uebereinkommen betr. Verlängerung des Schiedsvertrages vom 25. 10. 05, erneuert am 3. 3. 1911 und 3. 5. 16 (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 13; Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XII, Nr. 301, S. 15).

— *-Island.* 28. 7. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Uebereinkommen betr. Verlängerung des Schiedsvertrages vom 25. 10. 05 auf weitere fünf Jahre (Tr. Ser. 1922, Nr. 13).

— *-Italien.* 25. 9. 19, 13./15. 10. 19, 1. 6. 21, Notenwechsel über die endgültige Verteilung der österreichisch-ungarischen Handelsflotte zwischen Großbritannien und Italien (Soc. Rec. 1923, XV, S. 302).

— *-Italien.* 11. 5. 22, Uebereinkommen betr. die englischen Krieger-Grabstätten in Italien (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 8).

— *-Italien.* 26. 12. 22, Notenwechsel zur Bestätigung eines Uebereinkommens über die Verbesserung eines Teiles der Eritrea-Sudan-Grenze (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 29, Cmd. 2222).

— *-(Kanada)-Italien.* 4. 1. 23, Handelsvertrag (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 10, Cmd. 2053).

— *-Italien.* 14. 8. 23, Notenaustausch über die Erneuerung des Schiedsgerichtsvertrags vom 1. 2. 04 in London (engl. u. ital. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 127 ff.; Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 22, Cmd. 1978).

— *-(Kanada)-Italien.* 8. 1. 24, Handelsvertrag. Austausch der Ratifikationsurkunden (Tr. Ser. 1924, Nr. 10, Cmd. 2053).

— *-Italien.* 22. 5. 24, Handelsvertrag (W. 1924, S. 789).

— *-Italien.* 15. 7. 24, Vertrag über die Abtretung des Jubalandes (Text: Misc. Cmd. 2194; Text: G. U. 1924, Nr. 239, S. 3496; Auszug: Times 23. 7. 24; N. d. R. W. 1924, S. 91).

— *-Italien.* 15. 8. 24, Ratifikation und Veröffentlichung des Vertrages betr. Zession des Jubalandes durch Italien (G. U. 1924, Nr. 239, S. 3496).

— *-Japan.* 30. 11. 22, Uebereinkommen hinsichtlich Messung des Tonnengehalts von Handelsschiffen und darauf sich beziehender Notenwechsel (Text: Soc. Rec. Vol. XVI, 1923, S. 207; Text: Soc. Rec, Vol. XIX, S. 288/291; Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 1).

— *-Japan.* 21. 1. 24, Uebereinkommen betr. die gegenseitige Anerkennung von Tiefladelinien-Zertifikaten (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 12, Cmd. 2055).

— *-Japan.* 14. 7. 24, Notenwechsel betr. die Abänderung des Art. 8 des Handels- und Schiffahrtsvertrages zwischen Großbritannien und Japan vom 3. 4. 11 (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 31, Cmd. 2230).

— *-Kolumbien.* 6./8. 3. 23, Notenwechsel über die Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen aus Großbritannien nach Kolumbien (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 434, S. 168).

Digitized by Google

Großbritannien-Kostarika. 12. 1. 22, Uebereinkommen über die Verweisung gewisser Beschwerden gegen die Regierung von Kostarika an ein Schiedsgericht (Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 7, Cmd. 1863).

— *-Kostarika.* 7. 3. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Uebereinkommen, gewisse Klagen gegen die Regierung von Kostarika einem Schiedsgerichte zu überweisen (Tr. Ser. 1923, Nr. 7, Cmd. 1863).

— *-Kostarika.* 23./24. 5. 21 u. 9. 3. u. 25. 7. 23, Notenaustausch über die Einfuhr Großbritanniens nach Kostarika von Morphium und homöopathischen Arzneimitteln. San José, den 23./24. 5. 21; Panama, den 9. 3. und San José, den 25. 7. 23 (engl. u. span. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 19 ff.).

— *-Lettland.* 22. 6. 23, Unterzeichnung des Handels- und Schiffahrtsvertrags in London (engl. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 395 ff.).

— *-Lettland.* 5. 11. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 22. 6. 23 (Soc. Rec. Vol. XX, S. 395).

— *-Litauen.* 6. 5. 22, Uebereinkommen betr. die Handelsbeziehungen (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 9; Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 25).

— *-Litauen.* 22. 6. 23, Handels- und Schiffahrtsvertrag (Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 30, Cmd. 1995).

— *-Litauen.* 6. 2. 24, Beitritt von einigen britischen Kolonien und Protektoraten und einigen britischen Mandatsgebieten zum Abkommen über die Handelsbeziehungen vom 6. 5. 22 (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 176 ff.).

— *-Mexiko.* 13./17. 5. 22, Notenwechsel über die Uebermittlung diplomatischer Sendungen (Text: Soc. Rec. XIV, Nr. 368, S. 83).

— *-Muscat.* 2. 2. 23, Abkommen über die Verlängerung des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 19. 3. 1891 um ein weiteres Jahr (Soc. Rec. 1923, Vol. XVII, Nr. 433, S. 164).

— *-Muscat.* 11. 2. 24, Verlängerung des Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 19. 3. 1891 ab 11. 2. 24 auf ein Jahr. Notenaustausch über den Austritt Australiens aus diesem Vertrag. Dieser Vertrag bedarf keiner Ratifikation (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV ff.).

— *-Nepal.* 21. 1. 24, Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages in Katmandu (A. J. 1924, Vol. 18, S. 557; Text: Misc. Nr. 5 (1924), Cmd. 2112).

— *-Niederlande.* 26. 5./2. 6. 22, Uebereinkunft zwischen den Regierungen der Kolonien Straits Settlements und Niederländisch-Indien über den Verkehr mit Postpaketen (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 263).

— *-Niederlande.* 26. 5./2. 6. 22, Postabkommen zwischen der Postverwaltung von „Straits Settlements" und Niederländisch-Indien betr. den Postpaketverkehr (Soc. Rec. 1922, Vol. XIV, S. 264; Soc. Rec. 1923, Vol. XIV, S. 324).

— *-Niederlande.* 20. 10. 22, Abänderung des Art. IV des Postpaketabkommens vom 26. 5./2. 6. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 180).

— *-(Australien)-Niederlande.* 2. 10. 22 u. 18. 1. 23, Uebereinkommen zwischen Australien und Niederländisch-Indien über den Austausch der Postpakete (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 469, S. 258).

— *-Niederlande.* 14. 4. u. 30. 4. 23, Unterzeichnung eines Uebereinkommens zwischen Niederländisch-Ost-Indien und den Malayischen Staaten über Postanweisungen. Weltevreden, den 14. 4. und Knala Linnpur 30. 4. 23 (engl. u. holl. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 343 ff.).

— *-Niederlande.* 11. 7. 23, Provisorisches Luftverkehrsabkommen (Text: Rev. Loc. Aér. 1924, S. 149).

Digitized by Google

Großbritannien-(Kanada)-Niederlande. 11. 7. 24, Zollvertrag (D. A. Jahrg. XXIV, 1924, S. 401).

— *-Niederlande.* 7. 5. u. 6. 9. 23, Unterzeichnung eines Postpaketabkommens zwischen Britisch-Hongkong und Niederländisch-Ostindien in Batavia am 7. 5. und in Hongkong am 6. 9. 23 (engl. u. niederl. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 433 ff.).

— *-Niederlande.* 13. 9. u. 2. 10. 23, Unterzeichnung eines Abkommens über Postanweisungen zwischen Hongkong und Niederländisch-Ost-Indien (engl. u. niederl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 9 ff.).

— *-Niederlande.* 24. 5. 24 und 2. 8. 24, Notenaustausch über Abänderung des Art. 4 des Vertrags über Telephondienst vom 23. 1. 23 (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 185).

— *-Norwegen.* 9. 3./16. 12. 21, Notenwechsel betr. Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen vom Vereinigten Königreich nach Norwegen (Text: Soc. Rec. Vol. XVI, 1923, S. 187).

— *-Norwegen.* 22. 2. 23, Zusatzabkommen zum vorläufigen Abkommen über die Luftfahrt vom 15. 7. 21 (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XV, Nr. 389, S. 160; Text: Soc. Rec. Vol. VI, S. 307).

— *-Oesterreich.* 27. 8./2. 10. 20, Abkommen über die Regelung der feindlichen Schulden auf Grund des Teil X Abschnitt 3 und Anlage des Vertrages von Saint-Germain (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 337, S. 413).

— *-Oesterreich.* 6. 5./14. 7. 21, Notenwechsel betr. Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen vom Vereinigten Königreich nach Oesterreich (Text: Soc. Rec. Vol. XVI, 1923, S. 151).

— *-Oesterreich.* 28. 3. 23, Notenwechsel über die Zollfreiheit der von Handlungsreisenden eingeführten Mustersendungen (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 445, S. 386; Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 9, Cmd. 1877).

— *-Oesterreich.* 22. 5. 24, Handelsvertrag (D. A. XXIV 1924, S. 240 u. S. 298).

— *-Palästina.* 10. u. 23. 1. 22, Uebereinkunft über den Verkehr mit Postanweisungen (Text: Soc. Rec. Vol. XIII 1922, S. 9).

— *-Polen.* 26. 11. 23, Handels- und Schiffahrtsvertrag (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 26, Cmd. 2219).

— *-Polen.* 16. 6. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handels- und Schiffahrtsvertrag. Der Vertrag ist am 30. 6. 24 in Kraft getreten (D. A. XXIV 1924, S. 299).

— *-Polen.* 13. 8. 24, Protokoll betr. die Regelung des Luftverkehrs (deutsche Uebersetzung: N. f. L. 1924, S. 377).

— *-Polen.* 13. 10. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Protokoll betr. Regelung des Luftverkehrs (N. f. L. 1924, S. 377).

— *-Portugal.* 31. 3. 23, Uebereinkommen zur Erneuerung des Teil I der Mozambique-Transvaal-Konvention vom 1. 4. 09 (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 451, S. 30).

— *-Rußland.* 3. 7. 22, Notenwechsel betr. Anwendung des englisch-russischen Handelsabkommens vom 16. 3. 21 auf Kanada (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 37).

— *-Rußland.* 1. 2. 24, Anerkennung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken durch die Britische Regierung (A. J. 1924, Vol. 18, S. 333; Text: Times 2. 2. 24, S. 10).

— *-Rußland.* 8. 8. 24, Allgemeiner politischer Vertrag (Text: Times Nr. 43725 v. 8. 8. 24 u. White Paper Cmd. 2215).

— *-Rußland.* 8. 8. 24, Handels- und Schiffahrtsvertrag (Text: Times 43725 v. 8. 8. 24 u. White Paper Cmd. 2216).

— *-Schweden.* 27. 10. 23, Vertrag betr. die Heirat der Lady Louise Mountbatten mit dem Kronprinzen Gustav Adolf von Schweden (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 2, Cmd. 2027; Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXII, S. 387 ff.).

Digitized by Google

Großbritannien-Schweden. 12. 11. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag vom 27. 10. 23 betr. Verehelichung des Kronprinzen von Schweden mit Lady Louise Mountbatten, in Stockholm (Soc. Rec. Vol. XXII, S. 388).

— *-Schweden.* 16. 2. 24, Unterzeichnung des Luftschiffahrtsvertrages in Stockholm (A. J. 1924, Vol. 18, S. 559; Text: Tr. Ser. Nr. 19, 1924, Cmd. 2138; Text in deutscher Uebersetzung: N. f. L. 1924, Nr. 41, S. 329).

— *-Schweden.* 5. 3. 24, Unterzeichnung einer Zusatzdeklaration zum vorläufigen Luftschiffahrtsabkommen vom 16. 2. 24 (engl. u. schwed. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 149 ff.; N. f. L. 1924, Nr. 41, S. 332).

— *-Schweiz.* 28. 3. u. 26. 4. 24, Notenwechsel betr. die Ausdehnung der zwischen Großbritannien und der Schweiz bestehenden Handelsverträge auf das Fürstentum Liechtenstein (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 20, Cmd. 2152).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 29. 7. 21, Abkommen über die endgültige Bestimmung des früheren österreichischen und früheren ungarischen Schiffsraumes (Soc. Rec. 1923, Vol. XV, S. 318).

— *-Siam.* 20. 12. 21, Uebereinkommen betr. Abschnitt III, Teil X des Versailler Vertrages vom 28. 6. 19 (Tr. Ser. 1922, Nr. 3, Cmd. 1642).

— *-Spanien.* 31. 10. 22, Handels- und Schiffahrtsvertrag (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 21, Cmd. 2188).

— *-Spanien.* 9. 2. 24, Austausch von Noten betr. Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 27. 2. 04 auf 5 Jahre (Text: Gac. 5. 3. 24, S. 1175; Text: Tr. Ser. Nr. 15 1924, Cmd. 2077).

— *-Spanien.* 23. 4. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Madrid über den Handels- und Schiffahrtsvertrag vom 31. 10. 22 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 566; Gaz. de Madrid 24. 4. 24, S. 485).

— *-Spanien.* 27. 6. 24, Uebereinkommen betr. das Recht der Handelsgesellschaften (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 25, Cmd. 2212).

— *-Tschechoslowakei.* 21. 3./4. 8. 21, Notenwechsel betr. Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen vom Vereinigten Königreich nach der Tschechoslowakei (Text: Soc. Rec. Vol. XVI, 1923, S. 157).

— *-Tschechoslowakei.* 31. 1. 23, Unterzeichnung eines Vertrages betr. Zollerklärung für Mustersammlungen der Handelsreisenden (engl. u. tschech. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 53 ff.; Text: Tr. Ser. 1923, Nr. 19, Cmd. 1958; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 192 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 7. 9. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag vom 31. 1. 23 betr. Mustersammlungen der Handelsreisenden (Soc. Rec. Vol. XX, S. 54).

— *Tschechoslowakei.* 19. 12. 23 u. 2. 1. 24, Notenwechsel betr. den Beitritt einiger englischer Dominien und Indiens zum Uebereinkommen vom 31. 1. 23 betr. Mustersammlungen der Handelsreisenden (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 14, Tr. Ser. 1923, Nr. 19, Cmd. 2074).

— *-Tschechoslowakei.* 6. 2. 24, Beitritt von Neu-Seeland, Südafrikanische Union, Irland, Neufundland und Malta zum Abkommen betr. Zollerklärung für Mustersammlungen der Handelsreisenden vom 31. 1. 23 [Mitteilung des Britischen Außenministeriums] (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 192 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 4. 9. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsvertrag vom 14. 7. 23 (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 35, Cmd. 2254).

— *Ungarn.* 20. 12. 21, Uebereinkommen betr. die Schulden aus Abschnitt III, Teil X des Vertrages von Trianon vom 4. 6. 20 (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 4).

Digitized by Google

Großbritannien-Ungarn. 11. 12. 23, Uebereinkommen betr. die Abänderung des Uebereinkommens vom 20. 12. 21, insoweit es die daraus von Ungarn zu leistenden Teilzahlungen betrifft (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 9, Cmd. 2045).

— -*Uruguay.* 19. 10. 22, Notenwechsel betr. Einfuhr von Morphium und ähnlichen Drogen vom Vereinigten Königreich nach Uruguay (Text: Soc. Rec. Vol. XVI, 1923. S. 201).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 21. 10. 21, Abkommen über den Beitritt Kanadas zum Abkommen über die Behandlung des Nachlasses der beiderseitigen Staatsangehörigen vom 2. 3. 99 (Text: Soc. Rec. XII, Nr. 339, S. 425; Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 10).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 15. 10. 21 u. 22. 4. 22, Unterzeichnung eines Abkommens über Postanweisungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Kolonie Barbados, in Bridgetown, den 15. 10. 21 und in Washington am 22. 4. 22. Das Abkommen bedarf keiner Ratifikation (engl. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 415 ff.).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 15. 5. 22, Ergänzungsübereinkommen zu den Auslieferungsverträgen vom 12. 7. 1889, 13. 12. 1900 u. 12. 4. 05 (Text: Tr. Ser. 1922, Nr. 18; Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 369, S. 89).

— -*(Kanada)-Vereinigte Staaten von Amerika.* 17. 6. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über den Beitritt Kanadas zum Abkommen über die Behandlung des Nachlasses der beiderseitigen Staatsangehörigen (Soc. Rec. XII, Nr. 339, S. 425; Tr. Ser. 1922, Nr. 10).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 28. 7. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Ergänzungsübereinkommen zu den Auslieferungsverträgen vom 12. 7. 1889, 13. 12. 1900 u. 12. 4. 05 vom 15. 5. 22 (Tr. Ser. 1922, Nr. 18).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 9. 12. 22 u. 30. 8. 23, Unterzeichnung eines Vertrages über Postanweisungen zwischen der Kolonie Straits Settlements und Amerika, Washington 9. 12. 22 und Singapore 30. 8. 23. Der Vertrag bedarf keiner Ratifikation (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 105 ff.).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 25. 11. u. 28. 12. 22, Unterzeichnung eines Abkommens über Postanweisungen zwischen den Vereinigten Staaten und der englischen Kolonie St. Lucia in St. Lucia am 25. 11. und in Washington am 28. 12. 22. Der Vertrag bedarf keiner Ratifikation (engl. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 9 ff.).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 29. 4. 23, Kündigung des Vertrages vom 7. 4. 1862 zur Unterdrückung des afrikanischen Sklavenhandels durch Großbritannien (Soc. Rec. Vol. XI, S. 466).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 4. 7. u. 8. 12. 23, Unterzeichnung eines Vertrages über Postanweisungen. London 4. 7. 23, Washington 8. 12. 23. Der Vertrag bedarf keiner Ratifikation (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 93 ff.).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 23. 6. 23, Uebereinkommen betr. Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages zwischen den beiden Ländern vom 4. 4. 08 (Texte: Tr. Ser. 1924, Nr. 8, Cmd. 2044; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 87 ff.).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 29. 12. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Uebereinkommen betr. Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages zwischen beiden Ländern vom 4. 4. 08 (Tr. Ser. 1924, Nr. 8, Cmd. 2044).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 23. 1. 24, Vertrag betr. Verbot der Einfuhr alkoholischer Getränke (Text: Tr. Ser. 1924, Nr. 22, Cmd. 2199; Text: A. J. 1924, Vol. 18, Off. Doc. S. 127 ff.).

Digitized by Google

Großbritannien-Vereinigte Staaten von Amerika. 22. 5. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag betr. den Handel mit alkoholhaltigen Getränken (Tr. Ser. 1924, Nr. 22, Cmd. 2199).

Irland-Schweden. 9. u. 13. 7. 23, Isländisch-schwedischer Notenwechsel betr. Austausch von Nachrichten über Geisteskranke (Sver. ö. 1923, Nr. 15).

— *-Spanien.* 14. 3. 24, Abkommen betr. Modus vivendi infolge Notenaustausches zwischen Großbritannien und Spanien (A. J. 1924, Vol. 18, S. 562; Gac. de Madrid 21. 3. 24, S. 1507).

Island-Litauen. 18. 7. 23, Vorläufiges Handels- und Schiffahrtsabkommen infolge Notenaustausches (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 329 ff.)

— *-Norwegen.* 1./17. 8. 22, Unterzeichnung eines Postabkommens in Reykjavik am 1. 8. 22 und in Kristiania am 17. 8. 22 (norw. u. dän. Text: Soc. Rec. Vol. XIV, S. 10 und Soc. Rec. Vol. XXIV, S. 181 ff.).

— *-Norwegen.* 28. 7. und 10. 8. 23, Unterzeichnung eines Uebereinkommens über das Abonnement von Zeitungen und Zeitschriften, in Kristiania am 28. 7. 23, in Reykjavik am 10. 8. 23 (norw. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 363 ff.).

— *-Polen.* 1924, Der Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsvertrag vom 22. 3. 24 ist erfolgt (K. Z. Nr. 391 vom 21. 8. 24).

— *Tschechoslowakai.* 7. 5. 24, Handelsvertrag durch Notenaustausch (A. J. 1924, Vol. 18, S. 567).

Italien-Kanada. 4. 1. 23, Unterzeichnung eines Handelsvertrages in London (ital. u. engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 375 ff.).

— *Kanada.* 8. 1. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in London betr. Handelsvertrag vom 4. 1. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 332; commerce reports 4. 2. 24, S. 330, Cmd. 2053; Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 376).

— *-Oesterreich.* 6. 4. 22, Abkommen betr. die Amtsführung der Prüfungs- und Ausgleichsämter (Text: BGBl. Oe. 1923, S. 185 ff.).

— *-Oesterreich-Ungarn.* 6. 4. 22, Uebereinkommen über die Regelung der hinsichtlich der Schulden des ehemaligen Oesterreichs bestehenden Meinungsverschiedenheiten (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1337).

— *-Oesterreich.* 6. 4. 22, Uebereinkommen betr. die Tiroler Landes-Hypotheken-Anstalt in Innsbruck (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 745)

— *-Oesterreich.* 6. 4. 22, Uebereinkommen betr. die Zahlung von privaten Schulden und die Einziehung privater Forderungen (in Kraft seit 8. 3. 24) (Text: BGBl. Oe. 1924, Nr. 160, S. 391 ff.; Auslr. 1924 Sp. 287 ff.).

— *-Oesterreich.* 6. 4. 22, Uebereinkommen über Vollstreckungsrechtshilfe (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 728).

— *-Oesterreich.* 6. 4. 22, Rechtshilfevertrag (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 719).

— *-Oesterreich.* 6. 4. 22, Uebereinkommen über die Pensionen der Länder und Gemeinden (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 749).

— *-Oesterreich-Polen-Rumänien-Tschechoslowakei-Ungarn.* 6. 4. 22, Uebereinkommen über Fideikommisse (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 369).

— *- Oesterreich - Polen - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat - Tschechoslowakei - Ungarn.* 6. 4. 22, Uebereinkommen betr. die Staatsbürgerschaft (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 507).

— *- Oesterreich - Polen - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat - Tschechoslowakei - Ungarn.* 6. 4. 22, Uebereinkommen betr. die von der ehemaligen österreichischen Regierung zuerkannten Pensionen (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 497).

— *- Oesterreich - Polen - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat - Tschechoslowakei - Ungarn.* 6. 4. 22, Uebereinkommen über archivalische Fragen (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 375).

Digitized by Google

Italien-Oesterreich. 13. 1. 23, Ratifikation des Abkommens betr. die Amtsführung der Prüfungs- und Ausgleichsämter vom 6. 4. 22 durch Oesterreich (RGBl. Oe. 1923, S. 185 ff.).

— *- Oesterreich - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat - Ungarn.* 29. 3. 23, Unterzeichnung eines Abkommens betr. den Verkehr auf der Südbahn (ital. u. franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 377 ff.).

— *- Oesterreich - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat, Ungarn - Südbahn.* 29. 3. 23, Unterzeichnung eines Abkommens über die Wiedereinrichtung der Südbahn-Gesellschaft (franz. u. ital. Text: Soc. Rec. Vol. XXIII 1924, S. 255 ff.).

— *-Oesterreich.* 28. 4. 23, Handels- und Schiffahrtsvertrag. (Austausch der Ratifikations-Urkunden: Rom 7. 7. 23) (Text: Riv. Serie III, Vol. II 1923, S. 535).

— *-Oesterreich.* 28. 4. 23, Abkommen über die Handelsbeziehungen in den Grenzgebieten. (In Kraft getreten: 15. 8. 23) (Text: Riv. Serie III, Vol. II 1923, S. 550).

— *-Oesterreich.* 16. 7. 23, Uebereinkommen betr. Handelsgesellschaften (kommerzielle juristische Personen und andere Vereinigungen, ausgenommen Banken und Versicherungen) (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 9).

— *- Oesterreich - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat - Ungarn.* 20. 8. 23, Niederlegung der Ratifikationsurkunden durch Italien betr. den Vertrag über den Verkehr auf der Südbahn vom 29. 3. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 378).

— *- Oesterreich - Serbisch - kroatisch-slowenischer Staat-Ungarn-Südbahn.* 20. 8. 23, Niederlegung der Ratifikationsurkunden durch Italien über den Vertrag betr. die Südbahn vom 29. 3. 23 (Soc. Rec. Vol. XXIII 1924, S. 255).

— *-Oesterreich - Serbisch - kroatisch-slowenischer Staat-Ungarn-Südbahn.* 24. 8. 23, Niederlegung der Ratifikationsurkunden durch den Serbisch-kroatisch-slowenischen Staat über den Vertrag betr. Südbahn vom 29. 3. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 255).

— *- Oesterreich - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat - Ungarn.* 24. 8. 23, Niederlegung der Ratifikationsurkunden durch den Serbisch-kroatisch-slowenischen Staat über den Vertrag betr. den Verkehr auf der Südbahn vom 29. 3. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 378).

— *- Oesterreich - Serbisch - kroatisch-slowenischer Staat-Ungarn-Südbahn.* 10. 10. 23, Niederlegung der Ratifikationsurkunden durch Ungarn über den Vertrag betr. Südbahn vom 29. 3. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 255).

— *- Oesterreich-Polen - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat-Tschechoslowakei-Ungarn.* 12. 10. 23, Ratifikation des Uebereinkommens über archivalische Fragen vom 6. 4. 22 durch Oesterreich (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 390).

— *- Oesterreich-Polen - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat-Tschechoslowakei-Ungarn.* 12. 10. 23, Ratifikation des Uebereinkommens betr. die Staatsbürgerschaft vom 6. 4. 22 durch Oesterreich (Niederlegung der österreichischen Ratifikationsurkunde, 8. 3. 24, Niederlegung der italienischen Ratifikationsurkunde, 21. 2. 24). (BGBl. Oe. 1924, S. 507).

— *- Oesterreich - Polen - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat-Tschechoslowakei-Ungarn.* 12. 10. 23, Ratifikation des Uebereinkommens betr. die von der ehemaligen österreichischen Regierung zuerkannten Pensionen durch Oesterreich vom 6. 4. 22. (Niederlegung der österreichischen Ratifikationsurkunde am 8. 3. 24. Niederlegung der italienischen Ratifikationsurkunde am 11. 3. 24) (BGBl. Oe. 1924, S. 497).

Digitized by Google

Italien-Oesterreich-Polen-Rumänien-Tschechoslowakei-Ungarn. 12. 10. 23, Ratifikation des Uebereinkommens über Fideikommisse vom 6. 4. 22 durch Oesterreich. (Niederlegung der Ratifikationsurkunde seitens Oesterreichs am 8. 3. 24, Niederlegung der Ratifikationsurkunde seitens Italiens am 15. 3. 24). (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 369).

— *-Oesterreich - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat - Ungarn.* 16. 10. 25, Niederlegung der Ratifikationsurkunde durch Oesterreich betr. den Vertrag über den Verkehr auf der Südbahn vom 29. 3. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 378).

— *-Oesterreich-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Ungarn-Südbahn.* 16. 10. 23, Niederlegung der Ratifikationsurkunde durch Oesterreich über den Vertrag betr. Südbahn vom 29. 3. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 255).

— *-Oesterreich.* 22. 12. 23, Inkrafttreten des Uebereinkommens betr. die Handelsgesellschaften (kommerzielle juristische Personen und andere Vereinigungen, ausgenommen Banken und Versicherungen) vom 16. 7. 23 (BGBl. Oe. 1924, S. 9).

— *-Oesterreich.* 8. 3. 24, Inkrafttreten des Uebereinkommens betr. die Zahlung von privaten Schulden und die Einziehung privater Forderungen vom 6. 4. 22 (Auslr. 1924, Sp. 287).

— *-Oesterreich - Polen - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat-Tschechoslowakei-Ungarn.* 8. 3. 24, Inkrafttreten des Uebereinkommens betr. die Staatsbürgerschaft zwischen Oesterreich und Italien vom 6. 4. 22 (BGBl. Oe. 1924, S. 507).

— *-Oesterreich - Polen - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat-Tschechoslowakei-Ungarn.* 8. 3. 24, Inkrafttreten des Uebereinkommens über archivalische Fragen zwischen Oesterreich und Italien vom 6. 4. 22 (BGBl. Oe. 1924, S. 375).

— *-Oesterreich - Polen - Rumänien - Serbisch - kroatisch - slowenischer Staat-Tschechoslowakei-Ungarn.* 11. 3. 24, Inkrafttreten des Uebereinkommens betr. die von der ehemaligen österreichischen Regierung zuerkannten Pensionen vom 6. 4. 22 (BGBl. Oe. 1924, S. 497).

— *-Oesterreich-Polen-Rumänien-Tschechoslowakei-Ungarn.* 15. 3. 24, Inkrafttreten des Uebereinkommens über Fideikommisse vom 6. 4. 22 (BGBl. Oe. 1924, S. 369).

— *-Oesterreich-Ungarn.* 1. 5. 24/24. 10. 24, Niederlegung der Ratifikationsurkunden seitens Oesterreichs (1. 5. 24) und seitens Ungarns (24. 10. 24) zum Uebereinkommen zur Regelung der hinsichtlich der Schulden des ehemaligen Oesterreichs bestehenden Meinungsverschiedenheiten vom 6. 4. 22 (BGBl. Oe. 1924, S. 1337).

— *-Oesterreich.* 12. 6. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden und Inkrafttreten des Vertrages über Vollstreckungsrechtshilfe vom 6. 4. 22 (BGBl. Oe. 1924, S. 729).

— *-Oesterreich.* 12. 6. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden und Inkrafttreten des Uebereinkommens betr. die Tiroler Landes-Hypotheken-Anstalt in Innsbruck vom 6. 4. 22 (durch Oesterreich ratifiziert am 12. 10. 23) (BGBl. Oe. 1924, S. 745).

— *-Oesterreich.* 12. 6. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden und Inkrafttreten des Uebereinkommens über die Pensionen der Länder und Gemeinden vom 6. 4. 22 (Ratifikation durch Oesterreich am 12. 10. 23) (BGBl. Oe. 1924, S. 749).

— *-Oesterreich.* 12. 6. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden und Inkrafttreten des Rechtshilfevertrages vom 6. 4. 22 (ratifiziert durch Oesterreich am 12. 10. 23) (BGBl. 1924, S. 719).

Digitized by Google

Italien-Oesterreich. 16. 7. 24, Wirtschaftliches Abkommen über die Anwendung des Vertrages von St. Germain (W. Nr. 33 vom 15. 8. 24, S. 1088).

— *-Polen-Rumänien-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Tschechoslowakei.* 10. 8. 20, Vertrag zur Lösung von Fragen, die sich aus der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie ergeben (Text: Martens 3 s., XII 809).

— *-Polen-Rumänien-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Tschechoslowakei.* 6. 4. 22, Unterzeichnung eines Vertrags in Rom betr. Kriegsanleihen (franz. u. ital. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 11 ff.).

— *-Polen.* 15. 3. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsvertrag vom 12. 5. 22 (Dziennik Ustaw 1923, Nr. 29, pag. 182, str. 298; Internat. Arbeitsamt Gesetzesreihe 1922. Int. 2; Text: G. U. 14. 4. 23, Nr. 88).

— *-Polen-Rumänien-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Tschechoslowakei.* 30. 4. 23, Ratifikation des Vertrages über Kriegsanleihen vom 6. 4. 22 durch die Tschechoslowakei (Soc. Rec. Vol. XX, S. 11 ff.).

— *-Rußland.* 7. 2. 24, „De jure"-Anerkennung der russischen Sowjetregierung (N. P. C. Vol. XI, 1924, S. 447).

— *-Rußland.* 7. 2. 24, Unterzeichnung eines Handelsvertrags in Rom, gestützt auf die „de jure"-Anerkennung der Russischen Regierung (W. B. 8. 2. 24, S. 3; Times 9. 2. 24, S. 9).

— *-Rußland.* 8. 3. 24, Ratifikation des Handesvertrages durch Rußland (W. Nr. 15 vom 11. 4. 24, S. 436).

— *-San Marino.* 5. 5. 23, Postabkommen (Text: G. U. 1923).

— *-San Marino.* 31. 10. 23, Ratifizierung des Postabkommens durch Italien (G. U. 1923, Gesetz Nr. 2604).

— *-San Marino.* 7. 6. 24, Unterzeichnung eines Reglements zur Ausführung des Postabkommens vom 5. 5. 23 (Text: G. U. 1924, Nr. 239, S. 3493).

— *-Schweiz.* 27. 1. 23, Unterzeichnung eines Handelsvertrags in Zürich (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 21 ff.).

— *-Schweiz.* 20. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. Handelsvertrag vom 27. 1. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 559; Eidg. G. 2. 4. 24, S. 105).

— *-Schweiz.* 18. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Handelsvertrag vom 27. 1. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 21 ff.).

— *-Schweiz.* 3. 5. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Rom über den Vertrag vom 12. 11. 18 betr. Eisenbahn von Locarno nach Domodossola (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 369).

— *-Schweiz.* 20. 9. 24, Freundschafts- und Schiedsgerichtsvertrag (T. vom 22. 9. 24; N. d. R. W. 1924, S. 114; deutsche Uebersetzung des Textes: Friedenswarte 1924, S. 345).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 12. 11. 20, Freundschafts- und Grenzvertrag von Rapallo (ital. Text: Martens 3 s. XII, S. 821; Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, S. 388).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 2. 2. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Rapallovertrage vom 12. 11. 20 (Martens 3 s. XII 821).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 14. 9. 21, Unterzeichnung eines Abkommens über einen Vertragsentwurf betr. die Regelung der Fischerei im Adriatischen Meer in Brioni (ital. u. serb. Text: Soc. Rec. Vol. XIX, S. 13 ff.).

Digitized by Google

Italien-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 23. 10. 22, Vier Abkommen zur Ausführung der Verpflichtungen aus dem Rapallovertrage vom 12. 11. 20 (Text: Soc. Rec. XVIII 406 ff.).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 26. 2. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über das Abkommen betr. Regelung der Fischerei im Adriatischen Meer vom 14. 9. 21 in Rom (Soc. Rec. XIX, S. 14).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 26. 2. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen zur Unterdrückung des Schmuggels und der Kapitalflucht vom 23. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 480, S. 442).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 26. 2. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über das Zollwesen und den Grenzverkehr zwischen Zara und den Grenzstrichen vom 23. 10. 22 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 479, S. 414).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 26. 2. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen vom 23. 10. 22 betr. Ausführung der Bestimmungen des Rapallovertrages vom 12. 11. 20 (Martens, 3. s., XII, 902; Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 478, S. 406).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 26. 2. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum allgemeinen Staatsvertrage vom 23. 10. 22 (mit Protokoll und Notenwechsel) (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 481, S. 462).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 11. 1. 24, Politisch-wirtschaftlich-militärisches Abkommen (Heimatdienst, Januar 1924, S. 7).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 27. 1. 24, Unterzeichnung eines Freundschaftsvertrages in Rom [nebst Zusatzprotokoll] (Text: Martens, 3. s. XII 906; Text: Sluzbene Novine 1924, Nr. 68 XII; Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 33 ff.; Text: Times 30. 1. 24).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 27. 1. 24, Vertrag betr. Fiume (Text: Martens, 3. s. XII. 908; Sluzbene Novine [Amtsblatt von Jugoslavien] 1924, Nr. 65, XI. vom 20. 3. 24; Text: G. U. 22. 2. 24, S. 889; Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 37).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 27. 1. 24, Fiume-Vertrag, Zusatzabkommen betr. „Porto Grande", Hauptbahnhof, Kanal „Fiumara" etc. (Text: Martens, 3. s. XII. 920).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 27. 1. 24, Fiume-Vertrag, Zusatzabkommen betr. Wirtschaftsbeziehungen in den Grenzgebieten (Text: Martens, 3. s. XII. 912).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 22. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Fiumevertrag nebst Zusatzabkommen vom 27. 1. 24 (Martens, 3 s. XII 908; Soc. Rec. 1924, Vol. XXIV, S. 33).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 22. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Freundschaftsvertrag vom 27. 1. 24 (Martens, 3 s. XII 906).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 14. 8. 24, Unterzeichnung eines Handelsvertrags in Belgrad (D. A. XXIV, 1924, S. 401).

— *-Tschechoslowakei.* 23. 10. 22, Abkommen betr. Unterdrückung der Schmuggelei und Zuwiderhandlung gegen die Steuergesetze (Austausch der Ratifikationsurkunden: Rom 26. 2. 23) (Text: Riv. Serie III, Vol. II. 1923, 201).

— *-Tschechoslowakei.* 23. 10. 22, Abkommen betr. Ausführung der Bestimmungen des Rapallovertrages vom 12. 11. 20 (Austausch der Ratifikationsurkunden: Rom, 26. 2. 23) (Text: Riv. Serie III, Vol. II 1923, 190).

Digitized by Google

Italien-Tschechoslowakei. 23. 10. 22, Abkommen über das Zollregime und den Grenzhandel bei Zara und den Nachbargebieten (Austausch der Ratifikationsurkunden: Rom, 26. 2. 23) (Text: Riv. Serie III., Vol. II. 1923, 194).

— -*Tschechoslowakei.* 1. 3. 24, Unterzeichnung eines Handelsvertrags mit gegenseitiger Zolltarifgenehmigung, Zusatzvertrag zum Handelsvertrag vom 23. 3. 21 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 560; D. A. Z. 1924 XXIV, S. 134; Commerce reports 7. 4. 24, S. 59).

— -*Tschechoslowakei.* 5. 7. 24, Abschluß eines Freundschaftsvertrages (K. Z. 6. 7. 24, Nr. 313; deutsche Uebersetzung: D. A. Z. 10. 7. 24, Nr. 318/319; W. 1924, S. 789; N. d. R. W. 1924, S. 85).

— -*Tschechoslowakei.* 9. 7. 24, Vertrag zur Sicherung der gemeinsamen Interessen und Aufrechterhaltung der durch die Verträge von St. Germain und Trianon begründeten Staatenordnung (W. Nr. 33 vom 15. 8. 24, S. 1088).

— -*Uruguay.* 6. 4. 24, Unterzeichnung eines Abkommens über den gesetzlichen Schutz der Staatsangehörigen in Rom (A. J. 1924, Vol. 18, S. 565; Text: G. U. 21. 2. 24, S. 849).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 3. 6. 24. Abkommen betr. Verbot der Einfuhr alkoholischer Getränke in die Vereinigten Staaten (Text: G. U. 1924, Nr. 239, S. 3495).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 28. 8. 24, Ratifikation und Verkündung des „Abkommens betr. Verbot der Einfuhr alkoholischer Getränke in die Vereinigten Staaten von Amerika" durch Italien (G. U. 1924, N. 239, S. 3495).

Japan-Niederlande. 12. 11. 21, Notenwechsel über die gegenseitige Anerkennung der Vorschriften über die Ladetiefe der Seeschiffe (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 316, S. 239).

— -*Norwegen.* 23. 10./6. 11. 23, Abkommen durch Notenaustausch betr. gleiche Behandlung der geisteskranken Staatsangehörigen des einen Landes im anderen Lande (Text: Overenskomster med fremmede stater 1924, Nr. 9, S. 61).

— -*Oesterreich.* 2. 10. 23, Notenaustausch über die vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen, Wien am 2. 10. 23 (franz. Text: Soc. Rec., Vol. XXII, S. 349 ff.).

— -*Schweden.* 1./5. 5. 23, Notenwechsel über die gegenseitige Mitteilung von Nachrichten über Geisteskranke (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 446, S. 392).

— -*Siam.* 10. 3. 24, Unterzeichnung eines Handels- und Schiffahrtsvertrages in Bangkok (A. J. 1924, Vol. 18, S. 561; Commerce reports 2. 6. 24, S. 604).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 11. 2. 22, Vertrag betr. die Insel Yap und die anderen nördlich des Aequators liegenden Mandats-Inseln (Text: Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 311, S. 201; Text: Martens 3 s. XII, S. 841).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 13. 7. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrage über die Insel Yap und die anderen nördlich des Aequators gelegenen Mandats-Inseln (Soc. Rec. Vol. XII, Nr. 311, S. 201).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 21. 1. 24, Unterzeichnung eines Vertrages über die gegenseitige Anerkennung des Tiefladelinie-Zertifikats. Der Vertrag bedarf keiner Ratifikation (engl. Text: Soc. Rec. Vol. XXV, 1924, Nr. 1—4, S. 11 ff.).

Digitized by Google

Japan-Vereinigte Staaten von Amerika. 26. 4. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag vom 23. 8. 23 betr. Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 5. 5. 08 auf fünf Jahre (A. J. 1924, Vol. XVIII, S. 566; U. S. Tr. Ser. Nr. 683).

Kanada-Vereinigte Staaten von Amerika. 1. 1. 24, Inkrafttreten des Uebereinkommens betr. literarisches Urheberrecht (A. J. 1924, Vol. 18, S. 331).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 21. 4. 24, Unterzeichnung eines Abkommens in Ottawa betr. Rückgabe von Diebstahlssachen (A. J. 1924, Vol. 18, S. 566).

Kostarika-Spanien. 4. 9. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsmarkenvertrag vom 21. 9. 22 (A. J. 1924, Vol. XVIII, S. 325; Gac. 22. 12. 23, S. 1339).

Kuba-Niederlande. 28. 10. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Uebereinkommen über die Zulassung von konsularischen Vertretern Kubas in den niederländischen Kolonien (Text: Soc. Rec. XIV, Nr. 366, S. 29).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 15. 2. 24, Vertrag betr. Zuerkennung der Insel Pines zu Kuba (A. J. 1924, Vol. 18, S. 335; W. P. 16. 2. 24, S. 4).

Lettland-Litauen. 12. 7. 21, Unterzeichnung eines Vertrages über Auslieferung und Rechtshilfe in Riga (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 311 ff.).

— *-Litauen.* 12. 7. 21, Unterzeichnung eines Konsularvertrages in Riga (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 299 ff.).

— *-Litauen.* 20. 5. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Grenzmarkierung zwischen beiden Ländern, die Rechte der Bewohner des Grenzstreifens und das Recht der durch die Grenzlinie geteilten Grundstücke (Instruktion an die gemischte Grenzkommission) vom 14. 5. 21 (Text: Soc. Rec. 1923, XVII Nr. 438, S. 212).

— *-Litauen.* 20. 5. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Staatsangehörigkeit und Bürgerrecht vom 14. 5. 21 (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 439, S. 234).

— *-Litauen.* 25. 4 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Riga über den Auslieferungsvertrag vom 12. 7. 21 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 311 ff.).

— *-Litauen.* 25. 4. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Riga über den Konsularvertrag vom 12. 7. 21 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 299 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 7. 10. 22, Unterzeichnung des Handelsvertrags in Prag (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 379 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 25. 10. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Handelsvertrag vom 7. 10. 22 in Riga am 25. 10. 23 (Soc. Rec. Vol. XX, S. 380).

— *-Ukraine.* 3. 8. 21, Freundschaftsvertrag (Text: Soc. Rec. XVII, S. 317).

— *-Ukraine.* 3. 8. 21, Unterzeichnung und Inkrafttreten des Abkommens über die Heimschaffung der lettischen Flüchtlinge, die sich im ukrainischen Gebiete befinden (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 441, S. 296).

— *-Ukraine.* 16. 3. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Freundschaftsvertrag von Moskau vom 3. 8. 21 (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 442, S. 318).

— *-Vatikan.* 30. 5. 22, Konkordat (Text: Soc. Rec. 1923, Nr. 443, S. 366).

— *-Vatikan.* 3. 11. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Konkordat vom 30. 5. 22 (Soc. Rec. 1923, Nr. 443, S. 366).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 16. 10. 23, Auslieferungsvertrag, ratifiziert durch die Vereinigten Staaten am 7. und 10. 1. 24, durch Lettland am 8. 2. 24 (Text: U. S. Tr. Ser. 1924, Nr. 677; Text: A. J. 1924, Vol. 18, Off. Doc. S. 137).

Digitized by Google

Lettland-Vereinigte Staaten von Amerika. 1. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Riga betr. Auslieferungsvertrag vom 16. 10. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 560, U. S. Tr. Ser. Nr. 677).

Liechtenstein-Oesterreich. 31. 12. 23, Kündigung des Uebereinkommens vom 22. 4. 20 betr. Handels- und Verkehrsbeziehungen und des Ergänzungsübereinkommens vom 30. 12. 21 seitens Liechtensteins. (1. 1. 24: Außerkrafttreten beider Uebereinkommen) (BGBl. Oe. 1924, S. 402).

— *-Schweiz.* 29. 3. 23, Unterzeichnung eines Vertrages über den Anschluß des Fürstentums Liechtenstein an das Schweizerische Zollgebiet in Bern (Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 231 ff.).

— *-Schweiz.* 28. 12. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag betr. den Anschluß Liechtensteins an das Schweizerische Zollgebiet vom 29. 3. 23 (Soc. Rec. Vol. XXI, S. 231).

— *-Schweiz.* 1. 1. 24, Inkrafttreten des Zollvereinsvertrages (Recueil des lois fédérales, no. 36 vom 28. 12. 23, S. 565).

— *-Vorarlberg (Oesterreich).* 10. 6. 23, Vereinigung zu einer Zollunion (A. J. 1923, Vol. 17, S. 774).

Litauen-Niederlande. 10. 6. 24, Handelsvertrag (W. Nr. 26 vom 27. 6. 24, S. 815).

— *Schweden.* 17. 2. 24, Vorläufiger Handels- und Schiffahrtsvertrag infolge Notenaustausches in Kovno (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 153 ff.)

Mexiko-Nicaragua. 21. 2. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden des Vertrages betr. diplomatische Korrespondenz (A. J. 1924, Vol. 18, S. 557; P. A. B. Juni 1924, S. 628).

— *-Nicaragua.* 18. 1. 24, Verkündung des Vertrages betr. Austausch von diplomatischer Korrespondenz in Mexiko (A. J. 1924, Vol. 18, S. 557; P. A. B. Juni 1924, S. 628).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 8. 9. 23, Unterzeichnung eines Vertrages betr. generelle Schadenersatzansprüche in Washington (Text: A. J. 1924, Vol. 18, Official Documents, S. 147 ff.).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 10. 9. 23, Unterzeichnung eines Vertrages betr. spezielle Schadenersatzansprüche (Text: A. J. 1924, Vol. 18, Official Documents, S. 143 ff.; Text: U. S. Tr. Ser. Nr. 676).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 27. 12. 23, Ratifikation des Vertrages über die Regelung spezieller Schadensersatzansprüche vom 10. 9. 23 durch Mexiko (A. J. 1924, Vol. 18, S. 331; W. P. 29. 12. 23, S. 1).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 2. 1. 24, Ratifikation des Vertrages über die Regelung genereller Schadensersatzansprüche vom 8. 9. 23 durch Mexiko (A. J. 1924, Vol. 18, S. 331; N. Y. Times 3. 1. 24 II, 3).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 23. 1. 24, Ratifikation des Abkommens betr. Regelung genereller Schadensersatzansprüche vom 8. 9. 23 durch die Vereinigten Staaten (A. J. 1924, Vol. 18, S. 315 u. 331; Text: Cong. Rec. 23. 1. 24, S. 1365).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 19. 2. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden betr. den Vertrag vom 10. 9. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 559).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 1. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag vom 8. 9. 23 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 315).

Nikaragua-Spanien. 29. 9. 23, Erneuerung des Zollvertrags (A. J. 1924, Vol. 18, S. 325; P. A. B. März 1924, S. 309).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 7. 2. 24, Veröffentlichung der Notentexte, ausgetauscht zwischen den beiden Regierungen am 8. 10. und 13. 12. 23 betr. Zurückziehung der amerikanischen Marine aus Managua und Einsetzung einer ausgebildeten Polizei (A. J. 1924, Vol. 18, S. 334).

Digitized by Google

Niederlande-Oesterreich. 27. 2. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über die Zulassung von österreichischen Konsulatsbeamten in den niederländischen Kolonien vom 6. 11. 22 (Text: Soc. Res. 1923 XVII, Nr. 444, S. 376).

— *-Oesterreich.* 3. u. 5. 9. 23, Abkommen infolge Notenaustausches über die Regelung der Handelsbeziehungen (Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 147 ff.).

— *-Polen.* 30. 5. 24, Beitritt Danzigs zum Handelsvertrag (W. Nr. 26 vom 27. 7. 24, S. 815).

— *-Portugal.* 21./22. 8. 23, Vorläufiges Abkommen infolge Notenaustausches über die Regelung der Handelsbeziehungen (niederl. u. portug. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 139 ff.).

— *-Rumänien.* 18./19. 12. 22, Notenwechsel über die beiderseitigen Handelsbeziehungen (Text: Soc. Rec. XIV, Nr. 373, S. 192).

— *-Schweden.* 31. 10. u. 20./22. 11. 23, Schwedisch-niederländischer Notenwechsel wegen Aufhebung des Paßvisazwangs zwischen Schweden und den Niederlanden (Text: Sver. ö. 1923, Nr. 23).

— *-Spanien.* 20. 3. 21, Kündigung des einstweiligen Handelsabkommens vom 12. 7. 1892 (abgeändert durch Deklaration vom 13. 11. 1899) durch Spanien und Außerkrafttreten (Soc. Rec. Vol. XI, S. 436).

— *-Spanien.* 16./24. 6. 21, Notenwechsel über die einstweilige Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen (Soc. Rec. Vol. XI, S. 411).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 2. 10. 22 u. 3. 4. 23, Notenaustausch über das Copyright von Notenbüchern (engl. u. franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 175 ff.).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 13. 2. 24, Unterzeichnung eines Vertrages betr. Verlängerung des Zeitpunkts der Rechtsgültigkeit des Schiedsgerichtsvertrages vom 2. 5. 08, 9. 5. 04, 8. 3. 19 in Washington (engl. u. niederl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 269 ff.).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 5. 4. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Washington über den Vertrag betr. Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 13. 2. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 270).

Norwegen-Oesterreich. 13. 10. 24, Uebereinkommen der beiden Regierungen über die gegenseitige „Notifizierung der Veränderungen im Stande der geistig Kranken" (Text: BGBl Oe. 1924, S. 1293).

— *-Schweden.* 15. 3./29. 3. 22, Zusatzbestimmung zum Uebereinkommen betr. Telephon- und Telegrammverkehr zwischen den beiden Ländern (Text: Soc. Rec. 1922, Vol. XIII, S. 311).

— *-Schweden.* 26. 5. 23, Uebereinkommen über Luftfahrt (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 462, S. 156).

— *-Schweden.* 30. 6. 23, Zollzertifikat-Abkommen zum Luftfahrtvertrag vom 26. 5. 23 (Text: Rev. Loc. Aér. 1924, S. 465 ff.).

— *-Schweden.* 30. 7. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Luftfahrtübereinkommen vom 26. 5. 23 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 462, S. 156).

— *-Tschechoslowakei.* 2. 10. 23, Handelsvertrag (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 355 ff.).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 22. 8. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Schiedsvertrag für die Beschwerde einer Gruppe von Reedern aus Christiania gegen die amerikanische Regierung vom 30. 6. 21 (Text: Soc. Rec. XIV, Nr. 365, S. 20).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 26. 11. 23, Abkommen über die Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 4. 4. 08 auf 5 Jahre ab 24. 6. 23, Washington (engl. u. norw. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 250 ff.; Text: U. S. Tr. Ser. Nr. 680).

Digitized by Google

Norwegen-Vereinigte Staaten von Amerika. 8. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Vertrag betr. Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 26. 11. 23 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 251).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 24. 5. 24, Abkommen betr. Verbot der Alkoholeinfuhr nach den Vereinigten Staaten von Amerika (Text: Oeverenskomster med fremmede stater 1924, Nr. 4, S. 67).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 20. 6. 24, Ratifikation des Abkommens betr. Alkoholeinfuhrverbot der Vereinigten Staaten von Amerika vom 24. 5. 24, durch Norwegen 20. 6. 24 (Oeverenskomster med fremmede stater 1924, Nr. 4, S. 67).

— -*Vereinigte Staaten von Amerika.* 2. 7. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen vom 24. 5. 24 betr. Alkoholeinfuhrverbot der Vereinigten Staaten von Amerika (Oeverenskomster med fremmede stater 1924, Nr. 4, S. 67).

Oesterreich-Polen. 14. 11. 23, Unterzeichnung des Schiedsgerichtsvertrages in Warschau (A. J. 1924, Vol. 18, S. 326; Temps 16. 11. 23, S. 1).

— -*Rumänien-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Ungarn.* 27. 5. 23, Uebereinkommen betr. den Wirkungskreis und die Geschäftsführung der technischen permanenten Gewässerkommission des ungarischen Donaubeckens (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1111).

— -*Rumänien.* 5. 2. 24, Notenwechsel über die Anwendung der Meistbegünstigung in den Handelsbeziehungen (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 187).

— -*Rumänien.* 13. 2. 24, Außerkrafttreten des provisorischen Handelsübereinkommens vom 14. 8. 20 (BGBl. Oe. 1924, S. 187).

— -*Rumänien.* 26. 2. 24, Ratifikation des in dem Notenwechsel vom 5. 2. 24 enthaltenen Staatsvertrages über die Anwendung der Meistbegünstigung in den gegenseitigen Handelsbeziehungen durch Oesterreich; der Vertrag ist am 13. 2. 24 in Kraft getreten (BGBl. Oe. 1924, S. 187).

— -*Rumänien-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Tschechoslowakei-Ungarn.* 30. 6. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Uebereinkommen betr. den Wirkungskreis und die Geschäftsführung der technischen permanenten Gewässerkommission des ungarischen Donaubeckens vom 27. 5. 23. Inkrafttreten des Uebereinkommens am 30. 9. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 1111).

— -*Sowjetrußland-Ukraine.* 7. 12. 21, Unterzeichnung eines Abkommens über die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesregierung der Republik Oesterreich und den Regierungen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik und der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik in Wien. Inkrafttreten am 14. 2. 22 (deutsch., russ. u. ukrain. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 153 ff.).

— -*Sowjetrußland.* 8. 9. 23, Notenwechsel über die Ausdehnung des Abkommens vom 7. 12. 21 über die Wiederherstellung der freundschaftlichen Beziehungen auf das Gebiet der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken (deutsch. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 167).

— -*Sowjetrußland.* 21. 2. 24, „De jure"-Anerkennung Rußlands durch Oesterreich (A. J. 1924, Vol. 18, S. 560; W. P. 22. 2. 24, S. 2).

— -*Schweden.* 10. 11. 24, Notenwechsel betr. die Weiteranwendung des Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 3. 11. 1873 (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1427).

— -*Schweden.* 26. 11. 24, Ratifizierung seitens Oesterreichs des in dem Notenwechsel vom 10. 11. 24 enthaltenen Handels- und Schiffahrtsvertrages vom 3. 11. 1873 (BGBl. Oe. 1924, S. 1427).

Digitized by Google

Oesterreich-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat. 24. 2. 23, Vereinbarung betr. Zahlung der Schulden und Verbindlichkeiten aus der Zeit der habsburgischen Monarchie zwischen Angehörigen beider Länder (Text: Sluzbene Novine Nr. 88/XIX vom 17. 4. 24; Text: BGBl. Oe. 1924, S. 280 ff.).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 24. 2. 23, Abkommen betr. Anwendung der Bestimmungen des Vertrages von St. Germain in Hinblick auf gewisse Güter und Rechte des österreichischen Staates im früheren Bosnien-Herzegowina (Text: Sluzbene Novine Nr. 88/XIX vom 17. 4. 24; Text: BGBl. 1924, S. 282 ff.).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 24. 2. 23, Abkommen betr. Aufhebung der Sequestrationen, Arreste und anderer Ausnahmebestimmungen gegen die Güter, Rechte und Interessen der Angehörigen beider Länder (Text: Sluzbene Novine Nr. 88/XIX vom 17. 4. 24; Text: BGBl. Oe. 1924, S. 275 ff.).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 24. 2. 23, Vereinbarung betr. rechtliche Behandlung von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Gewerkschaften, die eine Produktions- oder Transporttätigkeit betreiben (Text: Sluzbene Novine Nr. 88/XIX vom 17. 4. 24; BGBl. Oe. 1924, S. 285 ff.).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 21. 7. 23, Ratifikation des Uebereinkommens zur Regelung der Sequester- und verschiedener anderer finanzieller Fragen vom 24. 2. 23 durch Oesterreich (BGBl. Oe. 1924. S. 275 ff.).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 5. 4. 24, Inkrafttreten der vier Uebereinkommen vom 24. 2. 23 (BGBl. Oe. 1924, S. 294 ff.).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 5. 4. 24, Zusatzprotokoll zum Uebereinkommen vom 24. 2. 23 über die rechtliche Behandlung von Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Gewerkschaften (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 761).

— *Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 9. 7. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden und Inkrafttreten des Zusatzprotokolls zum Uebereinkommen vom 24. 2. 23 über die rechtliche Behandlung der Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung und Gewerkschaften (durch Oesterreich ratifiziert am 21. 6. 24) (BGBl. Oe. 1924, S. 761).

— *Tschechoslowakei.* 16. 12. 21, Politisches Abkommen (Text: Martens 3 s. XII 887; Text: Soc. Rec. IX 248).

— *Tschechoslowakei.* 17. 12. 21, Unterzeichnung eines Uebereinkommens über die Durchführung des Uebereinkommens betr. die Freigabe von gesperrten Depots und die gegenseitige Anerkennung der Kontrollbezeichnungen von Wertpapieren vom 10. 8. 20 (Dtsch. u. tschechosl. Text: Soc. Rec. Vol. XXII, S. 400 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 18. 2. 22, Vertrag zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung, insbesondere zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 371, S. 130).

— *-Tschechoslowakei.* 5. 11. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrage zur Ausgleichung der in- und ausländischen Besteuerung, insbesondere zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der direkten Steuern (Soc. Rec. XIV, Nr. 371, S. 130).

— *-Tschechoslowakei.* 4. 11. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsvertrag vom 4. 5. 21 (Soc. Rec. 1923, XV. Nr. 388, S. 14).

Digitized by Google

Oesterreich-Tschechoslowakei. 10. 12. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden in Wien über den Vertrag betr. die Freigabe von gesperrten Depots vom 17. 12. 21 (Soc. Rec., Vol. XXII, S. 402).

— *-Tschechoslowakei.* 27. 11. 24, Zusatzabkommen zum Handelsübereinkommen vom 4. 5. 21 (Text: BGBl. Oe. 1925, S. 29 ff.).

— *-Tschechoslowakei.* 31. 12. 24, Vorläufige Inkraftsetzung der materiellen Bestimmungen des Zusatzabkommens vom 27. 11. 24 zum Handelsübereinkommen vom 4. 5. 21 (BGBl. Oe. 1925, S. 28).

— *-Türkei.* 28. 1. 24, Uebereinkommen über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1299).

— *-Türkei.* 28. 1. 24, Uebereinkommen über die Bedingungen der Niederlassung österreichischer Staatsangehöriger in der Türkei und türkischer Staatsangehöriger in Oesterreich (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1301).

— *-Türkei.* 28. 1. 24, Uebereinkommen über die Regelung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen (Text: BGBl. Oe. 1924, S. 1306).

— *-Türkei.* 23. 10. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden des Uebereinkommens über den Abschluß eines Freundschaftsvertrages (BGBl. Oe. 1924, S. 1299).

— *-Türkei.* 23. 10. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden des Uebereinkommens zur Regelung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen vom 28. 1. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 1306).

— *Türkei.* 23. 10. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden des Uebereinkommens über die Bedingungen der Niederlassung österreichischer Staatsangehöriger in der Türkei und türkischer Staatsangehöriger in Oesterreich von 28. 1. 24 (BGBl. Oe. 1924, S. 1301).

— *-Ungarn.* 10. 4. 23, Schiedsgerichtsvertrag (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 457, S. 94).

— *-Ungarn.* 14. 7. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Schiedsgerichtsvertrage vom 10. 4. 23 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 457, S. 94).

— *-Ungarn.* 15. 12. 23, Unterzeichnung eines Vertrages, durch den der Vertrag über Warenaustausch vom 27. 6. 22 für die ersten 6 Monate des Jahres 1924 in Kraft gesetzt wird (A. J. 1924, Vol. 18, S. 330; Commerce reports 17. 3. 24, S. 727).

Panama-Vereinigte Staaten von Amerika. 15. 1. 24, Unterzeichnung eines Vertrages in Panama betr. Amerikas Teilnahme an dem Wegebauprogramm der Republik. Panama erlaubt dem Militär der Vereinigten Staaten die Benutzung aller Wege (A. J. 1924, Vol. 18, S. 332; Evening Star 16. 1. 24).

Paraguay-Uruguay. 4. 10. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen zur Vereinfachung und Erleichterung des Rechtshilfeverfahrens vom 28. 2. 15 (Text: Soc. Rec. 1923, XV, Nr. 393, S. 196).

Persien-Rußland. 1924, Unterzeichnung eines Handelsvertrages und Austausch der Ratifikationsurkunden (K. Z. Nr. 377 vom 13. 8. 24).

— *-Rußland.* 3. 7. 24, Handelsvertrag (D. A. Jahrg. XXIV, 1924, S. 401).

Peru-Uruguay. 15. 2. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrage über obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit vom 18. 7. 17 (Text: Soc. Rec. Vol. XIV, Nr. 384, S. 359).

— *-Venezuela.* 14. 3. 23, Unterzeichnung eines Vertrags betr. die Behandlung der diplomatischen Urkundenmappen (span. Text: Soc. Rec. Vol. XX, S. 45 ff.).

Polen-Rumänien. 3. 3. 21, Defensivbündnisvertrag (Text: Martens 3 s. XII 881).

— *-Rumänien.* 25. 7. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Vertrag vom 3. 3. 21 (Martens 3 s. XII 881).

Digitized by Google

Polen-Rumänien. 11. 7. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Sanitätsvertrag vom 20. 12. 22 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 458, S. 104).

— *-Rußland.* 14.—19. 12. 23, Polen erkennt die Sowjetregierung „de jure" infolge Notenaustausches an (A. J. 1924, Vol. 18, S. 330; Times 21. 12. 23, S. 9).

— *-Rußland.* 8. 1. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Warschau betr. Sanitätsvertrag vom Februar 1923 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 332; Temps 10. 1. 24, S. 1).

— *-Rußland.* 24. 4. 24, Unterzeichnung eines Eisenbahnvertrages (A. J. 1924. Vol. 18, S. 566).

— *-Rußland.* Juli 1924, Unterzeichnung eines Konsularabkommens (K. Z. Nr. 346, 25. 7. 24).

— *-Schweiz.* 26. 6. 22, Handelsabkommen (Text: Soc. Rec., Vol. XII, Nr. 322, S. 305).

— *-Schweiz.* 5. 8. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsabkommen vom 26. 6. 22 (Soc. Rec. XII, Nr. 322, S. 306).

Portugal-Spanien. 26. 3. 23, Postvertrag (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 475, S. 350).

— *-Spanien.* 26. 3. 23, Abkommen über den Verkehr mit Wertbriefen und Wertpaketen (Text: Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 476, S. 374).

— *-Spanien.* 14. 8. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Postvertrag vom 26. 3. 23 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 475, S. 350).

— *-Spanien.* 14. 8. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Abkommen über den Verkehr mit Wertbriefen und Wertpaketen vom 26. 3. 23 (Soc. Rec. 1923, Vol. XVIII, Nr. 476, S. 374).

Rumänien-Rußland. 20. 11. 23, Unterzeichnung eines Abkommens betr. Maßnahmen zur Verhütung von Streitigkeiten auf dem Dnjester (A. J. 1924, Vol. 18, S. 326; N. Y. Times 29. 11. 23, S. 11).

— *-Schweden.* 11. 11./18. 12. 22, Notenwechsel über die vorläufige Regelung der beiderseitigen Handelsbeziehungen (Text: Soc. Rec. XIV, Nr. 383, S. 353).

— *-Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat.* 24. 11. 23, Unterzeichnung des Protokolls zum Vertrag betr. die serbisch-rumänische Grenze im Banat am 24. 11. 23 in Belgrad (A. J. 1924, Vol. 18, S. 327).

— *-Tschechoslowakei.* 23. 4. 21, Bündnisvertrag (Text: Martens, 3 s. XII 884; Text: Soc. Rec. IV p. 216).

— *-Tschechoslowakei.* 27. 5. 21, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Bündnisvertrag vom 23. 4. 21 (Martens, 3 s. XII p. 884).

— *-Tschechoslowakei.* 10. 3. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsabkommen vom 23. 4. 21 (Soc. Rec. 1923, XV, Nr. 397, S. 236).

— *-Tschechoslowakei.* 7. 5. 23, Protokoll betr. Verlängerung des Bündnisvertrages vom 23. 4. 21 (Text: Martens, 3 s. XII. 885; Text: Soc. Rec. XVIII. p. 82).

— *-Tschechoslowakei.* 14. 6. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Protokoll betr. Verlängerung des Bündnisvertrages vom 23. 4. 21 (Martens, 3 s. XII, 885).

— *-Ungarn.* 27. 12. 23, Notenaustausch über die Festsetzung des Zeitpunkts für die Einreichung von Gesuchen beim Ungarisch-Rumänischen Gemischten Schiedsgerichtshof (franz. Text: Soc. Rec. Vol. XXI, S. 263 ff.).

— *-Ungarn.* April 1924, Unterzeichnung eines Handelsabkommens (D. A. Z. 30. 4. 24, Nr. 199/200.)

Digitized by Google

Schweden-Rußland. 15. 3. 24, Unterzeichnung eines Handelsabkommens in Stockholm (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 251 ff.).

— *-Rußland.* 10. 5. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Handelsvertrag vom 15. 3. 24 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 252 ff.).

— *-Rußland.* 8. 5. 24, Unterzeichnung eines Postabkommens (A. J. 1924, Vol. 18, S. 567; Temps 11. 5. 24, S. 1).

— *-Schweiz.* 20. 3. 24, Notenaustausch über die vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen, Stockholm (franz. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 243 ff.).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 24. 3./17. 4. 22, Abkommen über den Verkehr mit Postpaketen (Text: Soc. Rec., Vol. XIV, Nr. 380, S. 281).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 1. 5. 22, Ratifikation der Vereinigten Staaten betr. Abkommen über den Verkehr mit Postpaketen vom 24. 3. 22 (Soc. Rec. XIV, Nr. 380, S. 282).

Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat-Tschechoslowakei. 31. 8. 22, Bündnisvertrag (Text: Martens 3 s. XII, p. 848; Text: Soc. Rec. XIII, p. 232).

— *-Tschechoslowakei.* 3. 10. 22, Austausch der Ratifikationsurkunden zum Bündnisvertrag vom 31. 8. 22 (Martens 3 s. XII, p. 848).

— *-Tschechoslowakei.* 5. 4. 23, Austausch der Ratifikationsurkunden zum vorläufigen Handelsabkommen vom 18. 10. 20 (Text: Soc. Rec. 1923, XVII, Nr. 424, S. 10).

Siam-Vereinigte Staaten von Amerika. 30. 12. 22, Unterzeichnung eines Vertrages betr. Auslieferung von Verbrechern in Bangkok (Text: A. J. 1924, Vol. 18, Off. Doc. S. 169 ff.; Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 393 ff.; Text: U. S. Tr. Ser. Nr. 681).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 24. 3. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden in Bangkok über den Auslieferungsvertrag vom 30. 12. 22 (Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 394).

Spanien-Vereinigte Staaten von Amerika. 9. 2. 24, Verlängerung des Schiedsgerichtsvertrages vom 27. 2. 04 auf weitere 5 Jahre, London (span. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXV, S. 17 ff.).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 26. 4. 24, Ausdehnung des bestehenden Handelsvertrages auf ein Jahr durch Notenaustausch (A. J. 1924, Vol. 18, S. 566; Gac. 1. 5. 24, S. 632).

Tschechoslowakei-Ungarn. 9. 2. 24, Protokoll betr. Grenzfestsetzung bei Somoskö (Text: Soc. J. O. 1924 [Mai] S. 757).

Ungarn-Schweden. 26. 5. 21 u. 26. 2. 23, Notenwechsel über den Austausch von Mitteilungen über Geisteskranke (Text: Soc. Rec. XVII, Nr. 426, S. 36).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 11. 12. 23, Unterzeichnung eines Vertrages in Paris betr. Abänderung des Vertrages vom 20. 12. 21 in bezug auf Ungarns periodische Teilzahlungen (engl. Text: Soc. Rec. 1924, Vol. XXIII, S. 119 ff.).

Venezuela-Vereinigte Staaten von Amerika. 19. u. 21. 1. 22, Unterzeichnung eines Auslieferungsvertrages in Caracas (Text: U. S. Tr. Ser. Nr. 675; Text: A. J. 1924, Vol. 18, Off. Doc. S. 174 ff.).

— *-Vereinigte Staaten von Amerika.* 14. 4. 24, Austausch der Ratifikationsurkunden über den Auslieferungsvertrag vom 19. 1. 22 (A. J. 1924, Vol. 18, S. 565).

Digitized by Google

II.

Ergänzungsliste*) der von Rußland in der Zeit vom 1. Januar 1922 bis 1. April 1924 abgeschlossenen Verträge**).

Mitgeteilt von Herrn *A. N. Makarov*, Professor in Leningrad (Petersburg).

(Die Anordnung folgt der alphabetischen Reihe der Länder, welche mit Sowjetrußland Verträge abgeschlossen haben.)

Azerbeidjan-Armenien-Georgien. 24. 5. 22, Abkommen betr. Vereinigung der Post-, Telegraphen-, Telephon- und Radiotelegraphenverwaltungen (Sb. III 12).

— *-Armenien-Georgien.* 11. 4. 22, Finanzabkommen (bestätigt durch ein Protokoll vom 8. 7. 22) (Sb. IV 5).

Buchara. 9. 8. 22, Wirtschaftliches Abkommen (Sb. IV 9).

— *-Choresm (Chiwa).* 30. 4. 23, Abkommen betr. die Verwaltung der Flottille auf dem Amu-Darja (Sb. V 5).

Choresm (Chiwa). 29. 6. 22, Wirtschaftliches Abkommen (Sb. IV 13).

Deutsches Reich. 23. 4. 23, Abkommen betr. die beschlagnahmten Handelsschiffe in Ausführung des Art. 1 b des Rapallovertrages vom 16. 4. 22 (Sb. V 6; Russ. Gesetzblatt 1923, Nr. 33, Art. 375).

Estland-Ukraine-Weißrußland. 25. 6. 22, Sanitäts-Konvention. Ratifiziert vom Ukrainischen Exekutivkomitee am 13. 6. 23 (Ukrainisches Gesetzblatt 1923, Nr. 22—23, Art. 349).

Finnland. 21. 3. 22, Vereinbarung betr. Einsetzung einer Kommission für die Ausarbeitung eines Abkommens über Maßnahmen, die zur Sicherung des Friedens an der Grenze getroffen werden müssen (Sb. III 60).

— 7. 7. 22, Abkommen betr. Aenderung des Art. 22 des Friedensvertrages (Sb. IV 27).

— 12. 8. 22, Abkommen betr. die Heimschaffung der beiderseitigen Staatsangehörigen (Sb. IV 28).

— 20. 9. 22, Abkommen betr. die Fischerei im Finnischen Meerbusen (Sb. IV 39).

— 28. 10. 22, Abkommen betr. Transit durch das Petschengagebiet (Sb. V 9).

— 28. 10. 22, Abkommen betr. die Instandhaltung des Hauptfahrwassers und die Fischerei in den Grenzgewässern (Sb. V 13).

— 28. 10. 22, Abkommen betr. Holzflößung auf den Gewässern aus Finnland nach Rußland und umgekehrt (Sb. V 16).

— 12. 8. 22, Abkommen betr. die gegenseitige Uebergabe der Schiffe auf Grund des Art. 23 des Friedensvertrages (Sb. V 24).

Lettland. 12. 1. 22, Deklaration betr. die Bestätigung des vorläufigen Abkommens über den Postpaketverkehr (Sb. III 281).

— 16. 8. 22. Abkommen betr. Austausch von Verhafteten und Gefangenen (Sb. IV 22).

---

*) Vgl. Ztschr. XXXI 115—116.

**) Aus den Sowjet-Gesetzblättern und der amtlichen Ausgabe der von Sowjetrußland abgeschlossenen Verträge [„Sammlung geltender Verträge, Abkommen und Konventionen, abgeschlossen zwischen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik und ausländischen Staaten"]. Außer den vier Heften dieser Ausgabe, von denen in der Ztschr. XXXI 115 die Rede war, ist im Herbst 1923 noch ein fünftes erschienen — Heft V, Moskau 1923, 32 S. Diese Ausgabe ist zitiert als Sb.

Digitized by Google

Lettland-Ukraine-Weißrußland. 24. 6. 22, Sanitätskonvention. Ratifiziert vom Ukrainischen Exekutivkomitee 13. 6. 23 (Ukrainisches Gesetzblatt 1923, Nr. 22—23, Art. 350).

Mongolien. 31. 5. 22, Protokoll betr. die Abgrenzung gewisser Vermögensobjekte (Sb. IV 25).

Norwegen. 15. 11. 22, Abkommen betr. eine Hungersnotanleihe für Rußland (Sb. IV 37).

Polen. 24. 1. 22, Protokoll betr. Ergänzung der Instruktion für die Gemischten Kommissionen zur Erledigung der Grenzstreitigkeiten (Sb. III 58).

— *-Ukraine-Weißrußland.* 7. 2. 23, Sanitätskonvention. Ratifiziert vom Ukrainischen Exekutivkomitee am 10. 4. 23 (Ukrain. Gesetzblatt 1923, Nr. 18—19, Art. 316).

Republik des fernen Ostens. 17. 2. 22, Wirtschaftlicher Bündnisvertrag (Sb. III 23).

— 20. 9. 22, Abkommen betr. das Paßwesen (Sb. IV 11).

Tschechoslowakei. 5. 6. 22, Vorläufiger Handelsvertrag (Sb. IV 17).

Völkerbundskommission zur Bekämpfung der Epidemieen. 10. 5. 22, Abkommen betr. die Hilfe der Völkerbundskommission für die Volkskommissariate des Gesundheitsschutzes (Sb. III 291).

Weißrußland. 19. 1. 22, Abkommen betr. die Teilnahme Weißrußlands im Foederalen Agrarkomitee Sowjetrußlands (Sb. III 16).

Digitized by Google

Rechtsprechung.

[Berichterstattung über Entscheidungen, welche wegen ihres normativen Inhaltes grundsätzliche Bedeutung haben, oder welche wissenschaftliche und rechtspolitische Probleme berühren.]

Deutschland.

Vertragsobligationen. Währung. Recht des Erfüllungsortes. Wirkung der Einführung eines anderen (des englischen) Rechtes am Erfüllungsort.

RG. 19. 9. 1923, I 164/22 (Entsch. 107, S. 121).

Eine vor der englischen Besetzung in Daressalam entstandene Vertragsforderung eines dortigen Deutschen gegen die Deutsch-Ostafrikanische Bank, auf Rupien wurde vor dem Landgericht Berlin eingeklagt. Es war streitig, ob für den Inhalt dieser Forderung das deutsche auf deutschen Gouvernements-Verordnungen (vom 15. Nov. 1915 und 29. Aug. 1916) beruhende Recht oder das später eingeführte englische Recht, welches jene Verordnungen aufgehoben hatte, maßgebend sei. In allen drei Instanzen wurde zugunsten des deutschen Rechtes entschieden.

Das Reichsgericht gab folgende

Entscheidungsgründe:

„Die streitige Hauptfrage anlangend bemängelt die Revision, daß das Berufungsgericht nicht das am Erfüllungsorte herrschende Recht — das ist jetzt das von den Engländern dort eingeführte Recht — seiner Entscheidung zugrunde gelegt habe. Es sei in den Instanzen behauptet worden, daß nach diesem Recht die Einlösung der Noten in Silberrupien zu erfolgen habe. Dieser Revisionsrüge ist jedoch nicht stattzugeben. Allerdings geht das Reichsgericht in ständiger Rechtsprechung davon aus, daß im Zweifel ein schuldrechtliches Verhältnis nach dem Rechte des Erfüllungsortes zu beurteilen ist, weil dies mutmaßlich dem Willen der Vertragsteile entspricht. Allein dieser Grundsatz wird durchaus nicht ausnahmslos angewendet, sondern eben nur, soweit der mutmaßliche Parteiwille nicht entgegensteht (vgl. RGZ., Bd. 61, S. 393 und besonders Bd. 68, S. 205). Die Besonderheit des streitigen Falles liegt nun außerdem darin, daß das Recht am Erfüllungsorte gewechselt hat. Bei einer solchen Sachlage mag es sein, daß die Rechtsverhältnisse derjenigen Parteien, die sich an Ort und Stelle befinden, sich nach dem neu eingeführten Rechte einer fremden Macht regeln. Aber keineswegs entspricht es dem mutmaßlichen beiderseitigen Vertragswillen, noch ist aus anderen Gründen anzunehmen, daß das neu eingeführte Recht auch für die Verpflichtungen derjenigen Vertragspartei maßgebend ist, die sich nicht unter der örtlichen Herrschaft jenes neuen fremden Rechts befindet. Für eine solche Annahme fehlt es an genügendem Grunde. Ist ein Vertragsverhältnis unter der Herrschaft eines bestimmten Rechts einmal entstanden, so bleibt dieses Recht maßgebend, wofern nicht der gemeinsame Wille beider Vertragsteile dahin geht, sich dem am Erfüllungsort neu eingeführten Recht

Digitized by Google

zu unterwerfen, oder wofern die Parteien nicht örtlich unter der Herrschaft des neuen Rechts stehen. Aus diesen Gründen ist das streitige Rechtsverhältnis nicht nach dem jetzt in Daressalam eingeführten Recht zu beurteilen."

Anmerkungen:

1. Ueber die das Recht des Erfüllungsortes bei Vertragsobligationen bevorzugende Judikatur des Reichsgerichtes s. Ztschr. XXIX 402 Anmerkung.

2. Für die Würdigung der normativen Bedeutung dieses Urteils ist dessen Vergleichung mit dem hierunter mitgeteilten Urteil des Reichsgerichtes hinsichtlich der dort angenommenen nachträglichen Wandlung des internationalprivatrechtlichen Maßstabes auf Grund des diese Wandlung von vornherein vorsehenden Vertragswillens zu vergleichen. Vgl. dazu den Schlußsatz der Anmerkungen S. 406. *Niemeyer.*

Vertragsobligationen. Währung. Schuldschein, 1920 in Rußland auf ausländische Währung und ausländischen Zahlungsort ausgestellt.

RG. 3. 10. 1923, V. Zivilsenat; 886/22, Vacquier/Bernstein.

Der Beklagte hatte im Februar 1920 in Petersburg, wo beide Parteien als russische Staatsangehörige lebten, folgende Urkunde ausgestellt:

Petrograd, 15. September 1917.

The National City Bank of New York, New York.

Dear sirs,

Please pay to the holder of this letter Mrs. *Tatiana Vacquier* or to her order the sum of 1000 — one thousand — Dollars which kindly place to the debit of my account. This letter is termless and cannot be with-drawn. *Moritz Bernstein.*

Der Beklagte erklärte später, in einem russisch geschriebenen Brief, mit welchem er das vorstehende Schriftstück der Klägerin schickte und welches gleichfalls mit dem Datum 15. September 1917 versehen war, daß er im Falle der Nichtauszahlung seitens der National City Bank of New York sich verpflichte, nach Vorzeigung seines Briefes den Wert in amerikanischer Valuta zu bezahlen. Bei Vorzeigung der Anweisung hat die bezogene Bank die Einlösung abgelehnt mit der Erklärung, daß der Aussteller ihr spezielle Instruktion erteilt habe, keinerlei Buchungen über sein Konto vorzunehmen. Die Klägerin hat darauf unter Vorlegung der beiden Urkunden im Urkundenprozesse Klage bei dem Landgericht Berlin erhoben mit dem Antrage auf Verurteilung des Beklagten, an die Klägerin 1000 $ amerikanischer Währung nebst 4% Zinsen seit dem 1. Oktober 1920 oder diejenige Summe in deutscher Reichswährung zu zahlen, welche diesem Betrage am Tage der Zahlung entspreche.

Das Landgericht hatte dem Klageantrage entsprechend erkannt, und zwar mit folgenden Entscheidungsgründen:

„Ueber die Frage des für einen Anspruch, der sich auf ein im Ausland eingegangenes Schuldverhältnis stützt, zur Anwendung gelangenden Rechts enthalten die im EG. z. BGB. niedergelegten Bestimmungen des internationalen Privatrechts keine Vorschrift. Nach vorherrschender Rechtsprechung findet in solchen Fällen das Recht des Staates Anwendung, in welchem der Erfüllungsort belegen ist, sofern nicht ein abweichender Parteiwille unzwei-

Digitized by Google

deutig ersichtlich ist; im Zweifel gilt das Recht des Erfüllungsorts als vereinbart (vgl. BGB., Kommentar der Reichsgerichtsr., Vorbem. 7 vor § 1).

Unstreitig ist, daß Beklagter bei Ausstellung der Klageurkunden die Absicht hatte, ins Ausland zu flüchten. Um die Flucht zu ermöglichen, hat er den der Klageanweisung zugrunde liegenden Schuldbetrag von der Klägerin aufgenommen. Nach Absicht der Parteien war daher auch die Erfüllung aus der Anweisung im Ausland zu bewirken; dies ergibt sich allein schon daraus, daß die Anweisung auf eine Bank in New York lautet. Auch die dem Aussteller persönlich obliegende Verpflichtung sollte naturgemäß im Ausland zur Erfüllung gelangen, d. i. in demselben Staate, in welchem sich der Beklagte nach der Flucht niederließ, vorliegendenfalls unzweifelhaft Deutschland. Mithin hat deutsches Recht als das Recht des Erfüllungsortes in Anwendung zu kommen, und zwar ist dieses nicht allein für das Schuldverhältnis als solches, sondern auch für die Form der zugrunde liegenden Schuldurkunden maßgebend nach dem Grundsatz des Art. 11, Abs. 1, Satz 1 EG. zum BGB.

Nach deutschem Recht ist die Klage auf Grund des in der Verpflichtungserklärung des Beklagten vom 15. September 1917 enthaltenen abstrakten Schuldanerkenntnisses in Verbindung mit der durch den Angewiesenen nicht eingelösten Anweisung nach Maßgabe der §§ 781, 784 ff. BGB. begründet und im Urkundenprozeß zulässig (§§ 592 ff. ZPO.). Die für den nicht bestrittenen Verzug zu zahlenden Zinsen rechtfertigen sich aus § 288 BGB. Mit dem Wuchereinwand konnte Beklagter im Urkundenprozeß vorliegendenfalls nicht gehört werden, da die unter Eid gestellten Tatsachen nicht hinreichend schlüssig substantiiert sind, um diesen Wuchereinwand zu begründen. Dem Beklagten sind jedoch nach Maßgabe des § 599 ZPO. seine Rechte im ordentlichen Verfahren vorbehalten."

Das Kammergericht hat die Berufung des Beklagten zurückgewiesen. Hinsichtlich des internationalprivatrechtlichen Gesichtspunktes enthält das Urteil folgende Entscheidungsgründe:

„Hinsichtlich des geltend gemachten Anspruchs selbst, der schon in I. Instanz auf die beiden Urkunden vom 15. September 1917 gestützt war, ist zunächst zu prüfen, welches Recht für seine Beurteilung zur Anwendung kommt. Da es sich um einen schuldrechtlichen Vertrag handelt, würde in erster Linie eine etwaige Parteivereinbarung maßgebend sein. In dieser Hinsicht ist nach Ueberzeugung des Senates zunächst mit Sicherheit festzustellen, daß die Parteien sich wegen des fraglichen Rechtsgeschäftes russischem Rechte nicht unterwerfen wollten, denn beide gingen davon aus, daß ein klagbarer Anspruch nach russischem Rechte nicht gegeben war, beide wollten auch jegliche Beziehung zu Sowjetrußland lösen. Wenn die Klägerin 110 000 Sowjetrubel oder augenblicklichen greifbaren Gegenwert aus der Hand gab, so rechnete sie offenbar damit, daß sie später ihren Anspruch auf die 1000 Dollar nötigenfalls im Klagewege werde verwirklichen können. Die Anweisung, die sie auf die Bank in Amerika erhielt, war noch kein Gegenwert, denn die Parteien rechneten selbst mit der Widerruflichkeit der Anweisung oder ihrer Nichteinlösung aus einem anderen Grunde, wie aus dem bedingten Schuldversprechen hervorgeht, das sich die Klägerin in der zweiten Urkunde in russischer Sprache ausstellen ließ. Diese zweite Urkunde läßt weiter die Absicht der Parteien erkennen, die Klägerin möglichst sicher zu stellen. Da nach eigenen Ausführungen des Beklagten das fragliche Geschäft nach russischem Rechte verboten, strafbar und nichtig war, da das jedenfalls auch die damals noch in Petersburg lebende Klägerin annahm, zumal sie und ihr Ehemann russische Staatsangehörige sind, und da endlich auch beide

Digitized by Google

Parteien danach trachteten, aus Rußland so bald als möglich zu fliehen, und die Möglichkeit einer Rückkehr nach dort bei Wiedereintritt geordneter Verhältnisse in ungewisser Ferne stand, so ist als stillschweigender Wille der Parteien zu unterstellen, daß das zwischen ihnen geschlossene Rechtsgeschäft nicht in ihrem Heimatland erfüllt und nicht nach dessen Recht beurteilt werden sollte. Aus der Vordatierung der Urkunden auf den 15. September 1917, das heißt auf einen vor dem Beginn der Sowjetherrschaft liegenden Zeitpunkt läßt sich Gegenteiliges nicht entnehmen. Denn diese Maßnahme hatte nur den Zweck, die Parteien für den Fall zu schützen, daß bei der Klägerin diese Urkunden gefunden wurden, denn der Abschluß von Geschäften der in Rede stehenden Art ohne Zustimmung des Finanzkommissariats war mit erheblichen Strafen bedroht.

Es ist nunmehr zu prüfen, welchem Rechte die Parteien sich unterwerfen wollten. Amerikanisches Recht, das nach Ansicht der Klägerin anzuwenden ist, kommt nicht in Betracht. Aus dem Umstande, daß die Anweisung in englischer Sprache abgefaßt und auf Dollar verstellt ist, kann das nicht gefolgert werden. Diese Umstände erklärten sich dadurch, daß die Anweisung an eine amerikanische Bank gerichtet ist. Ueberdies ist die zweite Urkunde, in der gleichfalls die Zahlung von 1000 Dollars versprochen wird, in russischer Sprache abgefaßt.

Es kommt demnach, da es an einem direkten und ausdrücklichen Hinweis auf das anzuwendende Recht fehlt, nur das Recht des Erfüllungsortes in Frage. Die Niederlassung der bezogenen Bank scheidet als Erfüllungsort aus, da es hier nur auf die Verpflichtung des Beklagten ankommt, nicht auf die Zahlung des Bezogenen (RG. 44 [156]). — Nach vernünftigem Ermessen und unter billiger Berücksichtigung aller Umstände des Falles muß nun als stillschweigende Vereinbarung der Parteien angenommen werden, daß als Erfüllungsort derjenige Ort gelten sollte, an dem der Beklagte nach Bewerkstelligung seiner Flucht sich dauernd oder doch derartig niederließ, daß er von der Klägerin im Falle der Nichterfüllung seiner Verbindlichkeiten gerichtlich belangt werden konnte. Denn daß die Parteien eine Erfüllung in Rußland selbst als ausgeschlossen betrachteten, ist bereits dargelegt. Die Klägerin wußte, daß das Geld zur schleunigen Flucht des Beklagten dienen sollte. Da das Ziel der Flucht des Beklagten damals noch nicht feststand, so konnte als Erfüllungsort von den Parteien kein anderer gewollt sein als der, der sich aus dem ersten ständigen Aufenthalt des Beklagten ergeben würde. Ob bis dahin die Verpflichtung des Beklagten überhaupt nicht klagbar war und sein sollte, braucht hier nicht untersucht werden. Unstreitig hat sich der Beklagte in Berlin niedergelassen und nach seinem eigenen unbestrittenen Vorbringen hier eine Erwerbsstellung angenommen. Damit ist die von den Parteien für die Begründung des vertragsmäßigen Erfüllungsortes gesetzte Bedingung eingetreten.

Da demnach Berlin als Erfüllungsort anzusehen ist, kommt deutsches Recht zur Anwendung."

Mit der Revision beantragte der Beklagte, das angefochtene Urteil aufzuheben und nach dem von ihm in der Berufungsinstanz gestellten Antrage auf Abweisung der Klage zu erkennen. Die Klägerin beantragte, die Revision zurückzuweisen.

Das Reichsgericht wies die Revision zurück.

Aus den Gründen:

„Der Berufungsrichter geht davon aus, daß auf den Anspruch der Klägerin deutsches Recht anzuwenden sei. Er begründet dies damit, daß es sich um einen schuldrechtlichen Vertrag handle. Bei einem

Digitized by Google

solchen würde, so meint er, für die Frage, welches Recht anzuwenden sei, in erster Linie eine etwaige Parteivereinbarung maßgebend sein. In dieser Beziehung stellt er zunächst fest, daß die Parteien sich keinesfalls dem russischen Rechte unterwerfen wollten. Denn sie seien davon ausgegangen, daß nach russischem Rechte wegen Verstoßes gegen die Dekrete Nr. 69 und 709 der russischen Sowjetrepublik, wonach Rechtsgeschäfte in ausländischer Währung ohne Genehmigung des Finanzkommissariats verboten wurden, ein klagbarer Anspruch nicht entstanden sei; beide Parteien hätten auch jede Verbindung mit Sowjetrußland lösen wollen. Die Klägerin habe aber offenbar damit gerechnet, ihren Anspruch auf die 1000 $ nötigenfalls im Klagewege verfolgen zu können; die Ausstellung der zweiten Urkunde lasse auch die Absicht der Parteien erkennen, die Klägerin möglichst sicherzustellen; zudem hätten beide Parteien danach getrachtet, aus Rußland so bald als möglich zu fliehen und die Wiederkehr geordneter Verhältnisse dort habe in ungewisser Ferne gestanden. Deshalb sei als stillschweigender Wille der Parteien zu unterstellen, daß das zwischen ihnen geschlossene Rechtsgeschäft nicht in ihrem Heimatlande erfüllt und nicht nach dessen Recht beurteilt werden solle. Auch aus der Zurückdatierung der Urkunden auf einen vor dem Beginn der Sowjetherrschaft liegenden Zeitpunkt lasse sich Gegenteiliges nicht entnehmen; denn diese Maßregel habe nur den Zweck gehabt, die Klägerin vor Bestrafung zu schützen, falls die Urkunden bei ihr gefunden würden, da der Abschluß von derartigen Geschäften ohne Genehmigung mit schweren Strafen bedroht gewesen sei. Auch das amerikanische Recht, das nach Ansicht der Klägerin anzuwenden sei, kommt nach der Meinung des BG. nicht in Betracht; die Anwendung könne nicht daraus gefolgert werden, daß die Anweisung in englischer Sprache abgefaßt und auf Dollar gestellt sei; denn diese Umstände erklärten sich daraus, daß sie an eine amerikanische Bank gerichtet gewesen sei. Danach komme, da es an einem direkten und ausdrücklichen Hinweis auf das anzuwendende Recht fehle, nur das Recht des Erfüllungsortes in Betracht. Als Erfüllungsort sei nicht etwa der Wohnsitz der bezogenen Bank anzusehen, da es sich hier nicht um eine Verpflichtung der Bank, sondern um die Verpflichtung des Beklagten zur Zahlung im Falle der Nichteinlösung der Anweisung durch die Bank handle. Nach vernünftigem Ermessen und unter Berücksichtigung aller Umstände müsse als stillschweigende Vereinbarung der Parteien angenommen werden, daß als Erfüllungsort der Ort gelten sollte, an dem der Beklagte nach Bewerkstelligung seiner Flucht sich dauernd oder doch derartig niederlassen würde, daß er von der Klägerin im Falle der Nichterfüllung seiner Verbindlichkeit würde gerichtlich belangt werden können. Die Klägerin habe gewußt, daß das Geld zur schleunigen Flucht des Beklagten aus Rußland dienen sollte; da das Ziel der Flucht damals noch nicht festgestanden, habe als Erfüllungsort von den Parteien kein anderer gewollt sein können als derjenige, der sich aus dem ersten ständigen Aufenthalte des Beklagten nach seiner Flucht ergeben würde. Unstreitig habe der Beklagte sich in Berlin niedergelassen und nach seinem eigenen unbestrittenen Vorbringen dort eine Erwerbsstellung angenommen. Da demnach Berlin als Erfüllungsort anzusehen ist, müsse deutsches Recht zur Anwendung kommen.

Gegen die Anwendung deutschen Rechts wendet sich die Revision mit der Ausführung, die Auffassung, daß es dem Parteiwillen entspreche, Berlin als Erfüllungsort anzusehen, entbehre der ausreichenden Grundlage; es sei reine Zufallssache gewesen, wo der Beklagte sich hinterher niederließ; irgendeinen ungewissen Niederlassungsort anzunehmen, habe den Parteien ganz ferngelegen.

Diese Angriffe können indessen nicht durchgreifen. Daß die Parteien einen ganz bestimmten, von vornherein schon feststehenden Erfüllungsort im Sinne ge-

Digitized by Google

habt haben mußten, ist nicht anzuerkennen; sie können sehr wohl, wie der Berufungsrichter annimmt, die Bestimmung des Ortes abhängig gemacht haben von der künftigen Tatsache, wo sich der Beklagte in der Weise niederlassen würde, daß es der Klägerin möglich sein würde, ihn an diesem Ort im Falle der Nichterfüllung gerichtlich zu belangen (vgl. § 29 ZPO.), ohne erst die Voraussetzungen des allgemeinen Gerichtsstandes (Wohnsitz) oder des Gerichtsstandes des Aufenthalts, der einen auf längere Dauer berechneten Aufenthalt voraussetzt (vgl. § 20 deutsche ZPO.), dartun zu müssen. Nur in diesem Sinne spricht der Berufungsrichter von einem „ersten ständigen Aufenthalte", er setzt sich also nicht, wie die Revision rügt, in Widerspruch zu der Behauptung des Beklagten, daß er sich nur „vorübergehend" in Berlin aufhalte und beabsichtige, sobald die Verhältnisse es ermöglichen, nach Rußland zurückzukehren. Uebrigens stellt der Berufungsrichter als unstreitig fest, daß der Beklagte in Berlin eine Erwerbsstellung angenommen hat, wodurch auch ein Gerichtsstand nach § 20 ZPO. begründet sein würde. Für diese Auslegung des Parteiwillens kann auch nicht entscheidend sein, ob die Klägerin persönlich oder nur durch ihren Agenten *Wygodtzky* mit dem Beklagten verhandelt hat; denn es liegt nahe, daß auch der Agent, der die Interessen der Klägerin zu vertreten hatte und, wie anzunehmen ist, die Verhältnisse der Parteien kannte, diesen Willen gehabt hat und daß er als stillschweigend von ihm erklärt anzunehmen ist. Deshalb konnte der Berufungsrichter den in dieser Richtung zugeschobenen Eid als unerheblich übergehen. Der Revision ist zuzugeben, daß der Beklagte behauptet hat, es sei ihm unbekannt gewesen, daß auch die Klägerin Rußland verlassen wollte. Aber die Ablehnung der Anwendung russischen Rechts wird schon dadurch hinreichend gerechtfertigt, daß den Parteien bekannt war, daß das Rechtsgeschäft nach russischem Rechte nichtig gewesen sein würde, und daß der Beklagte Rußland verlassen wollte. Ob etwa aus der Rückdatierung der Urkunden geschlossen werden konnte, daß die Parteien eine Geltendmachung des Anspruches vor russischen Gerichten ins Auge gefaßt hatten, liegt auf tatsächlichem Gebiete; wenn der Berufungsrichter angenommen hat, daß diese Rückdatierung nur erfolgt ist, um die Klägerin vor Strafe zu schützen, falls die Urkunden in Rußland bei ihr gefunden werden würden, so kann ihm in der Revisionsinstanz nicht entgegengetreten werden. Dadurch, daß die Klägerin sich im Prozeß auf den Standpunkt gestellt hat, es sei zwar nicht russisches, aber auch nicht deutsches, sondern amerikanisches Recht anzuwenden, was der Beklagte bestritt, war der Berufungsrichter nicht gehindert, als wirkliche Willensmeinung der Parteien bei dem Vertragsabschluß eine solche festzustellen, die nach der Entwicklung der Dinge dann zur Anwendbarkeit des deutschen Rechts geführt hat.

Auch die von dem Prozeßbevollmächtigten des Revisionsklägers in der mündlichen Verhandlung erhobenen materiell-rechtlichen Bedenken gegen die Anwendung des deutschen Rechts als des Rechts des Erfüllungsortes auf den vorliegenden Fall erscheinen nicht gerechtfertigt. Es entspricht den für das internationale Privatrecht durch Wissenschaft und Rechtsprechung herausgearbeiteten Regeln, daß bei schuldrechtlichen Rechtsverhältnissen, soweit nicht eine bestimmte Parteivereinbarung nachweisbar, das Recht des Erfüllungsortes maßgebend ist (RGZ. 78, 59; 95, 165). Auch Angehörige eines fremden Staates, die in diesem Staate ihren Wohnsitz haben und dort einen Vertrag abschließen, sind nach dem für diese Vorfrage vom deutschen Richter anzuwendenden deutschen Rechte (vgl. RGZ. 95, 166) nicht gehindert, den Erfüllungsort für die aus dem Vertrage entspringenden Verpflichtungen außerhalb ihres Staates zu verlegen und dadurch die Anwendbarkeit eines fremden Rechts auf ihn herbeizuführen. Auch wenn sie dadurch ein in ihrem Staate geltendes zwingendes Gesetz umgehen oder dessen Anwendung vermeiden wollen, so ist dieser Beweggrund für den deutschen

Digitized by Google

Richter kein zwingender Grund, der Vereinbarung des Erfüllungsortes die zur Anwendung des deutschen Rechts führende regelmäßige Wirkung zu versagen; es liegt weder ein Verstoß gegen ein für den deutschen Richter unbedingt maßgebendes gesetzliches Verbot vor (§ 134 BGB.), als welches nur das Verbot eines inländischen Gesetzes gelten kann, noch enthält ein Rechtsgeschäft einen Verstoß gegen die guten Sitten (§ 138 BGB.) um deswillen, weil dadurch ein ausländisches Gesetz umgangen werden soll, das nicht durch allen Kulturstaaten gemeinsame rechtlich-sittliche Erwägungen, sondern lediglich durch die in dem ausländischen Staate herrschenden wirtschafts- und sozialpolitischen (hier staatssozialistischen) Rechtsgrundsätze, die den deutschen Rechtsanschauungen widersprechen, gerechtfertigt wird (vgl. Komm. d. RGR. zu § 134 Anm. I Schlußabsatz [S. 198] und RGZ. Warn. 1912, 241; Gruch. 61, 461). Unerörtert kann deshalb bleiben, ob (wie der Revisionsbeklagte geltend macht) die Anwendung der in Betracht kommenden Dekrete der russischen Sowjetregierung etwa durch Art. 30 EG. z. BGB. ausgeschlossen werden würde."

Anmerkungen:

1. Ein Teil dieses Reichsgerichtsurteils ist in den Entsch. d. RG. Bd. 108 S. 241 mit der — in jedem Sinne verfehlten — Ueberschrift abgedruckt: „Unter welchen Umständen können Angehörige eines fremden Staates in einem im Gebiete dieses Staates abgeschlossenen schuldrechtlichen Vertrag einen Ort außerhalb ihres Staates als Erfüllungsort vereinbaren, um dadurch die Anwendung eines in ihrem Staate geltenden Gesetzes auszuschließen?" — Zu entscheiden war vielmehr die Frage, und wurde verneinend entschieden, ob deutsche Gerichte dem bestimmten Verbot eines ausländischen Staates, auf eine andere, als seine Währung zu kontrahieren, Folge zu geben hätten.

2. Das Urteil des Reichsgerichtes ist in der Juristischen Wochenschrift (53. Jahrg., 1924, S. 667 ff., S. 1347 ff., 1503 ff.) zum Gegenstand lebhafter Erörterung gemacht. Durchweg ist in diesen Erörterungen von dem in dem Urteil eingenommenen Standpunkt ausgegangen, daß es sich darum handle, „Die international-privatrechtliche Frage" zu entscheiden, das heißt zu entscheiden, welche der etwa in Betracht kommenden staatlichen Rechtsordnungen gemäß dem neuzeitlichen Prinzip internationaler Rechtsharmonie für die Rechtsfolgen des *in lite* befindlichen Schuldvertrages maßgebend sei. Diese Frage wird in dem Urteil und in den polemischen Erörterungen a. a. O. mit schulmäßig an Savigny angeschlossenen traditionellen Argumenten erörtert. Einer der Kritiker beschließt seine Verurteilung des Urteils mit der Klage, daß man sich in Deutschland mit dem internationalen Privatrecht seit Jahrzehnten zu wenig und „in zu spekulativer Art" beschäftige und daß infolgedessen die Ausbildung der deutschen Juristen in diesem Gebiete unvollkommen geblieben sei. Hier müsse Besserung herbeigeführt werden. — Aehnliche Klagen haben in Deutschland seit Jahrzehnten nicht aufgehört. Ihre Berechtigung ist heute nicht mehr dieselbe wie zu der Jahrzehnte zurückliegenden Zeit, als *Ludwig v. Bar* und *Friedrich Meili* ihre Wortführer waren. Richtig ist aber, daß die Rechtsprechung und ihre Gehilfin, die Sachwalterschaft, in Deutschland so wenig wie in anderen Kulturländern, der Höhe der gegenwärtigen Wissenschaft des internationalen Privatrechts entsprechen.

3. Weder die Verfasser des Reichsgerichtsurteils noch seine Kritiker haben die Frage aufgeworfen, welche die Wissenschaft (terminologisch unzulänglich) mit dem deutschen Stichwort „Fremdenrecht", mit dem französischen Ausdruck: „*condition des étrangers*" bezeichnet. In Frankreich hat insbesondere *Pillet* diesen Begriff erörtert und zur Anerkennung gebracht. Es

Digitized by Google

handelt sich um die früher ungenügend erkannte Erscheinung, daß auch in der heutigen Gesetzgebung der Staaten es Komplexe gibt, welche die Gesichtspunkte des internationalen Privatrechts ausschalten, indem sie von vornherein die Anwendung ausländischen Rechtes ausschließen, andererseits ihre eigene extraterritoriale Wirkung nicht beanspruchen. Die sogenannte Fremdenpolizei liefert dafür die bekanntesten Beispiele, das Recht der Handelsgesellschaften andere. Auch der größte Teil der Kriegsgesetzgebung gehört hierher. Ferner aber liegt die nachkriegszeitliche Wirtschaftsgesetzgebung großenteils auf derselben Linie, namentlich die neue Währungsgesetzgebung fast aller Staaten. — Wäre im gegebenen Fall dieser Gesichtspunkt in Erwägung gezogen, so würde die Frage dahin gestellt worden sein, ob die in Rede stehende russische Gesetzgebung ihrerseits selbst für sich extraterritoriale Geltung, namentlich Anwendung durch ausländische Gerichte erwarte und beanspruche. Diese Frage würde ich verneinen. Ich halte daher das Reichsgerichtsurteil, wenn auch für falsch begründet, in der Entscheidung für richtig.

4. Die Entscheidung läßt das Bestreben, um nicht zu sagen den Entschluß, erkennen, den Gesichtspunkt des *ordre public* (Art. 30 EG. z. BGB.) zu vermeiden. Diese Haltung beruhte, obwohl dies nicht ausgesprochen ist, sicherlich auf dem Umstande, daß jener Gesichtspunkt durch das Bewußtsein der Wesensgleichheit der deutschen Kriegs- und Nachkriegsgesetzgebung im Gebiet der Währungsfragen gegenüber der Sowjetgesetzgebung ausgeschlossen ist. Dabei mag die von Savigny her noch immer spukende Auffassung eine Rolle gespielt haben, daß die Anwendung des Prohibitiv-Gedankens einen moralischen Abscheu voraussetze, welchen man im gegebenen Fall nicht gut aufbringen konnte. Der Gesichtspunkt des Fremdenrechtes (dessen Anwendung praktisch mit demjenigen des *ordre public* oft verwechselt wird, und der in diesem Sinne praktisch mit demselben alterniert, so grundverschieden beides unzweifelhaft ist) hätte einen Ausweg ergeben, welcher auch für die beteiligten Richter wahrscheinlich befriedigender gewesen wäre als die von den Kritikern mit Recht gerügte Umbiegung des Prinzipes des Erfüllungsortes. Eine ähnliche Psychologie der Entscheidungsgründe oszilliert in dem oben S. 399 mitgeteilten Urteil des Reichsgerichts [freilich ohne daß dort der Gesichtspunkt des Fremdenrechtes anwendbar gewesen wäre].

Niemeyer.

Polnische Staatsangehörigkeit. — Sicherheit für die Prozeßkosten.

Oberlandesgericht Augsburg 12. 5. 1925 (II L. 48/1924).

Kläger hatte seinen ständigen Wohnsitz in Dolsk, Bezirk Kowel, Wolhynien, und war bis Kriegsende österreichischer Staatsangehöriger. Beklagte hat die Einrede der mangelnden Sicherheit für die Prozeßkosten geltend gemacht, weil Kläger Pole sei. Nach Art. 2 Ziffer 3 des polnischen Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 20. Januar 1920 (s. Zschr. für Intern. Recht 32, 284) wird mit dem Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes polnischer Staatsangehöriger jede Person — ohne Unterschied des Geschlechts und Alters, der Konfession und Nationalität —, welcher auf Grund von internationalen Verträgen die polnische Staatsangehörigkeit zukommt. Als ein solcher internationaler Vertrag kommt der erwähnte Friedensvertrag von Riga vom 18. März 1921 in Betracht, durch den Dolsk an die Republik Polen gefallen ist.

Nach Art. VI Abs. 2 dieses Friedensvertrages werden die ehemaligen Untertanen des russischen Kaiserreiches unter den dort näher bezeichneten

Digitized by Google

Voraussetzungen als polnische Staatsbürger betrachtet, wenn sie diesen Wunsch unter den durch Art. VI vorgeschriebenen Optionsbedingungen zum Ausdruck bringen. Vorausgesetzt ist, daß sie das 18. Lebensjahr erreicht haben und im Augenblick der Ratifikation des Friedensvertrages sich auf dem Gebiete Rußlands oder der Ukraine befinden, daß sie eingetragen sind oder das Recht besitzen, in die Bücher der ständigen Bewohner des alten Königreichs Polen (Kongreßpolen) eingetragen zu werden oder auch, daß sie eingetragen sind in den Büchern einer Stadt- oder Dorfgemeinde oder einer Standesorganisation in den Teilen des ehemaligen russischen Reiches, welche Bestandteile des polnischen Reiches sind. Die Ratifikation des Friedensvertrages hatte binnen einer Frist von 30 Tagen nach der Unterzeichnung, der Austausch der Ratifikationsurkunden in Minsk binnen einer Frist von 45 Tagen nach der Unterzeichnung zu erfolgen. Ferner ist bestimmt, daß, wo der Vertrag den Zeitpunkt seiner Ratifikation als einen vereinbarten Termin erwähnt, man darunter den Zeitpunkt des Austausches der Ratifikationsurkunden versteht (Art. XXVI Abs. 2 und 3). Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Kläger spätestens am 2. Mai 1921 die in Art. VI Abs. 2 vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllte. Er war, wenn auch österreichischer Staatsangehöriger, ehemaliger Untertan des alten russischen Kaiserreichs, hatte das vorgeschriebene Alter und befand sich vermöge seines Wohnsitzes im Gebiete Rußlands, er war unzweifelhaft auch in der Dorfgemeinde Dolsk eingetragen.

Kläger hatte auch ein wichtiges Interesse daran, den Wunsch, als polnischer Staatsbürger betrachtet zu werden, möglichst bald in der vorgeschriebenen Form zum Ausdruck zu bringen. Tat er es nicht, so stand ihm als österreichischem Staatsangehörigen Ausweisung und Liquidierung des Herrschaftsbesitzes bevor.

Er hat auch schon im Frühjahr 1919, nach der Auflösung der österreichisch-ungarischen Monarchie, seine ernstliche Absicht, polnischer Staatsangehöriger zu werden, kundgegeben. Nach der Bestätigung des — polnischen — Bezirksaushebungskommandos Kowel vom 17. Dezember 1924, Nr. 18673/4, das in dem amtlichen Schreiben des Bezirkskommandos der Reichspolizei in Kowel vom 22. Dezember 1924, Nr. 7182/24 wiedergegeben ist (Bl. 136), steht fest, daß Kläger am 1. April 1919 als Offizier in das polnische Heer und zwar in das 12. Ulanenregiment eingetreten ist. Es kann ihm unbedenklich zugegeben werden, daß er zu diesem Schritt von dem Beweggrunde geleitet wurde, gegen die bolschewistischen Truppen, die damals Wolhynien bedrohten, Kriegsdienste zu leisten, die auch dem elterlichen Herrschaftsbesitz in Dolsk zugute kommen sollten. Er konnte aber nicht behaupten, und hat es auch nicht geltend gemacht, daß er an seinen freiwilligen Eintritt in das polnische Heer den Vorbehalt geknüpft hat, österreichischer Staatsbürger bleiben zu wollen. Er hat auch nicht die Bewilligung seines Heimatstaates erholt, auch nicht wenigstens die nachträgliche Genehmigung seines Schrittes in Wien erwirkt.

Weiter steht fest, daß der Kläger am 30. Dezember 1921, also in einem Zeitpunkt, da der Friedensvertrag von Riga längst ratifiziert war, als Oberleutnant zur Reserve überstellt wurde. Er ist im polnischen Offiziersschematismus, der, auf amtlichen Quellen beruhend, als zuverlässige Erkenntnisquelle anzusehen ist, als Reserveoberleutnant des 12. Ulanenregiments mit Rang vom 1. Juni 1919 und zum Stationsort Krzemieniec (Süd-Wolhynien) gehörig aufgeführt. In der Zwischenzeit war allerdings erst das polnische Staatsangehörigkeitsgesetz vom 20. Januar 1920 und die Ausführungsverordnung hierzu veröffentlicht worden. Der beweispflichtige Kläger hat aber nicht mit Beweis vertreten, daß die zuständige Militärbehörde nach Inkrafttreten der Verordnung ihm gegenüber den in Art. 4 Ziffer 5 St.Ang.Ges.

Digitized by Google

erwähnten und in Art. 5 der Ausführungsverordnung erläuterten Vorbehalt gegen die Erwerbung der polnischen Staatsangehörigkeit gemacht hat. Es ist auch gar nicht daran zu denken, daß die Militärbehörde gerade dem Kläger, der in schwerer Zeit freiwillig in die Armee eingetreten war, überdies einem alten, um das ehemalige Königreich Polen hochverdienten Adelsgeschlecht angehört, in der Staatsangehörigkeitsfrage Schwierigkeiten bereitet oder gar Hindernisse in den Weg gelegt haben soll.

Der Senat kam nach alledem zu dem Ergebnis, daß der Kläger spätestens infolge seines vorbehaltslosen, von der Militärbehörde gebilligten Uebertritts in die Reserve seines Regiments am 30. Dezember 1921 die polnische Staatsangehörigkeit erworben hat, wenn er nicht schon zuvor kraft des Friedensvertrages von Riga polnischer Staatsbürger geworden war.

Die Richtigkeit dieser Feststellung ergibt sich aber auch aus seinem späteren Verhalten und aus der Stellungnahme der polnischen Zivilbehörde.

Anerkannt ist, daß der Reisepaß in seinem Grundgedanken Ausweis über die Identität des Paßinhabers ist, daß er auch zur Beurkundung einer Ausreiseerlaubnis verwertet wird und daß er häufig zur Beurkundung der Staatsangehörigkeit selbst dient, ferner, daß eine feststehende Uebung die Ausstellung des Passes dem Heimatstaat zuweist (vgl. Neumeyer, die Staatsangehörigkeit als Anknüpfung im internationalen Verwaltungsrecht, Ztschr. für intern. Recht XXXII 5. Fußnote 5).

Nach seinem Uebertritt in die Reserve kam der Kläger nach dem Ergebnis der Verhandlung zweimal in die Lage, eines Reisepasses zu bedürfen. In beiden Fällen wandte er sich nicht an das zuständige österreichische Konsulat, sondern an die polnische Starostei in Kowel, und jedesmal stellte diese ihm anstandslos den Paß aus. Im Februar 1922 reiste er in einer Privatangelegenheit von Dolsk nach Prag, stieg dort im Palasthotel ab und legitimierte sich durch einen Paß, der ihm von der polnischen Paßbehörde am 3. Februar 1922 in Kowel ausgestellt war. Der Fremdenanmeldungsschein, den er im Hotel selbst ausfüllte oder auf Grund eigener Angaben ausfüllen ließ, beweist, daß er selbst Polen als seine Heimat bezeichnet und als Reiseurkunde „Paßport 16 Kovl" angab. Auf Grund einer Bestätigung der deutschen Gesandtschaft, Konsulatsabteilung, vom 6. Januar 1925, gegen deren Echtheit und Richtigkeit keine Bedenken bestehen, steht ferner fest, daß Kläger ständig in Dolsk wohnt, öfters nach Warschau kommt und meistens im Hotel Europe, beziehungsweise im Hotel Bristol absteigt und daß er nach einer Eintragung im Meldebuch des Hotel Europe im Besitz eines von der Starostei in Kowel, also von der polnischen Verwaltungsbehörde, am 26. September 1924 unter Nr. 108 ausgestellten Passes ist.

Aus diesen Feststellungen geht aber mit aller Klarheit hervor, daß der Kläger selbst sich als polnischen Staatsangehörigen ansieht, sich zu Polen bekennt und daß die polnische Starostei auch kein Bedenken trug, ihm in den Jahren 1922 und 1924 Reisepässe auszustellen. Sie hätte zweifellos seinem Ersuchen nicht entsprochen, wenn sie ihn als österreichischen Staatsbürger angesehen hätte.

Nach Art. 1 des polnischen Staatsangehörigkeitsgesetzes darf der polnische Staatsangehörige nicht gleichzeitig Angehöriger eines anderen Staates sein. Der Kläger hätte daher spätestens mit dem 30. Dezember 1921 die österreichische Staatsangehörigkeit verloren. Zu gleichem Ergebnis führt die Anwendung des österreichischen Rechts. Nach § 6 des in Deutsch-Oesterreich noch geltenden Patentes vom 24. März 1832 (J.G.S. Nr. 2557) sind diejenigen, welche sich ohne die in § 2 vorgesehene Bewilligung um die Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft in das Ausland begeben, mit dem ausdrücklich erklärten oder durch andere Handlungen zu erkennen gegebenen Vorsatz, nicht mehr zurückzukehren, als unbefugte Aus-

Digitized by Google

wanderer anzusehen, und nach § 7 werden als Handlungen, welche den Vorsatz der Auswanderung zu erkennen geben, erklärt: a) die Annahme einer ausländischen Staatsbürgerschaft oder ausländischer Zivil- oder Militärstellen ohne besondere hierzu erhaltene Bewilligung.

Der Kläger hätte nun, wenn er in der polnischen Armee dienen wollte, bei der zuständigen österreichischen Behörde um die vorgeschriebene Bewilligung nachsuchen müssen. Konnte er es nicht vor oder bei seinem Eintritt in die Armee, so konnte und mußte er es zweifellos nachholen, als ruhigere Verhältnisse in Polen eingetreten waren, die den Post- oder telegraphischen Verkehr in das Ausland wieder ermöglichten. Spätestens mußte er vor seiner Ueberstellung in die Reserve die Bewilligung hierzu bei der zuständigen Behörde in Wien erwirken. Er hat aber, wie er nicht bestreitet, überhaupt keinen Schritt in dieser Beziehung unternommen, er hat daher in sinngemäßer Anwendung der §§ 6 und 7 des Patentes vom 24. März 1832 als unbefugter Auswanderer zu gelten und ist damit nach § 10 des Rechtes der Staatsbürgerschaft verlustig gegangen und allen gesetzlichen Folgen, die hieraus erfließen, unterworfen worden. Insbesondere hat er gemäß § 15 des Gesetzes vom 3. Dezember 1863 sein Heimatrecht in Wien verloren. Er kann sich daher gegenüber der Einrede der Beklagten nicht mehr auf dieses Heimatrecht berufen.

Der Vertreter der beklagten Partei hat sich in der Verhandlung auch auf den Vertrag vom 28. Juni 1919 (Minderheitenvertrag) berufen und erörtert, daß der Kläger nach den maßgebenden Bestimmungen dieses Vertrages *ipso facto* Pole geworden sei. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

Durch den Friedensvertrag von Versailles vom 28. Juni 1919, der in seinem III. Teil „Politische Klauseln für Europa" enthält und im 8. Abschnitt dieses III. Teiles Polen behandelt, ist die Unabhängigkeit des neuen polnischen Staates endgültig anerkannt worden. Gleichzeitig hatte Polen gegenüber den Mitsignataren des Friedensvertrages gewisse Verpflichtungen übernommen; für den gegenwärtigen Fall kommt in dieser Beziehung Art. 93 Abs. 1 in Betracht, der bestimmt:

„Polen ist damit einverstanden, daß die Alliierten und Assoziierten Hauptmächte in einen mit ihm zu schließenden Vertrag die Bestimmung aufnehmen, die sie zum Schutze der Interessen der nationalen, sprachlichen und religiösen Minderheiten in Polen für notwendig erachten, und genehmigt damit diese Bestimmungen."

Auf Grund dieser Verpflichtung hat dann Polen am 28. Juni 1919 den Minderheitenvertrag unterzeichnet. Die hohe Bedeutung, die die Großmächte dem Minderheitenvertrag beilegen, wird am besten gekennzeichnet durch Art. 1, in dem Polen die in Artt. 2 bis 8 aufgenommenen Bedingungen als grundsätzlich anerkennt, denen gegenüber kein Gesetz, keine Verordnung und keine amtliche Maßnahme Geltung beanspruchen kann. Es ergibt sich hieraus, daß Polen als souveräner Staat zwar das Recht hat, zu bestimmen, welche Personen als seine Staatsangehörigen anzusehen sind, daß aber dieser Grundsatz für Polen nur unter Vorbehalt der erwähnten vertraglichen Verpflichtungen gilt (vgl. Ztschr. f. intern. R. 30, 218 ff., ferner das Rechtsgutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes in Fragen des Erwerbs der polnischen Staatsangehörigkeit gemäß des Minderheitenvertrages vom 28. Juni 1919, Ztschr. f. intern. R. 32, S. 216 f., 222, ferner *Erich Kaufmann* in Ztschr. f. intern. R. 31, 227 ff.).

Die Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen der deutschen und der polnischen Regierung über die Auslegung der Artt. 3 und 4 des Minderheitenvertrages ergaben, und Beschwerden der deutschen Minderheiten in Polen veranlaßten den Völkerbundsrat, die strittige Frage dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag zur Begutachtung vorzulegen, der

Digitized by Google

daraufhin das vorerwähnte Gutachten vom 15. September 1923 erstattete. Dieses Gutachten machte sich am 27. September 1923 der Völkerbundsrat zu eigen. Die sich daran anknüpfenden weiteren Verhandlungen über Art. 4 und Art. 3 des Minderheitenvertrages führten dann zu dem deutsch-polnischen Abkommen über Staatsangehörigkeits- und Optionsfragen vom 30. August 1924, dem sog. Wiener Abkommen (vgl. Ztschr. f. intern. R. XXXIII 296 ff.).

Von besonderer Wichtigkeit für den gegenwärtigen Fall ist nun, daß das Wiener Abkommen — ebenso wie schon das Rechtsgutachten vom 15. September 1923 — zustande kam, nachdem Polen den durch den Friedensvertrag von Riga vom 18. März 1921 festgestellten Gebietszuwachs erworben hatte, und daß das Wiener Abkommen die in Artt. 3 und 4 des Minderheitenvertrages vom 28. Juni 1919 vorkommenden Worte „Das Gebiet, das als Teil Polens anerkannt ist oder anerkannt werden wird", dahin auslegte, daß sie sich auf das gesamte Gebiet des heutigen Polens bezögen. Es handelt sich also um eine erweiternde Auslegung dieser Artikel unter zweifelloser Berücksichtigung des jetzigen Gebietsumfanges Polens, den es beim Abschluß des Minderheitenvertrages noch nicht besaß.

Gemäß Art. 4 des Minderheitenvertrages erkennt Polen als polnische Staatsangehörige *ipso facto* und ohne irgendwelche Förmlichkeit an die Personen von deutscher, österreichischer, ungarischer und russischer Staatsangehörigkeit, die im Gesamtgebiet Polens von Eltern geboren wurden, die dort wohnhaft waren, sollten diese auch im Zeitpunkte der Gesetzeskraft des Vertrages dort nicht mehr wohnhaft sein. Die Worte: „von dort wohnhaften Eltern" beziehen sich auf den Wohnsitz der Eltern zur Zeit der Geburt des Kindes und nur auf diesen Zeitpunkt. Es ist erforderlich und es genügt, daß am Tage der Geburt die Eltern in dem später polnisch gewordenen Gebiete ihren Wohnsitz hatten, d. h. eine ernsthafte dauernde Niederlassung mit der Absicht, sie beizubehalten (vgl. das vorerwähnte Rechtsgutachten am Schluß).

Wenn es nun auch richtig ist, daß der Minderheitenvertrag im engsten Zusammenhang mit dem Friedensvertrag von Versailles steht und durch ihn veranlaßt wurde, und wenn auch das Rechtsgutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofes ebenso wie das Wiener Uebereinkommen lediglich zwischen Deutschland und der polnischen Regierung Meinungsverschiedenheiten auszugleichen suchten und zu diesem Zweck die Artt. 3 und 4 auslegten, enthalten diese Artikel doch Bestimmungen, die die Beziehungen auch der österreichischen, ungarischen und russischen Staatsangehörigen zu Polen zu regeln und deshalb einen hervorragenden internationalen Charakter besitzen. Es kommt diesen Bestimmungen zugleich eine grundsätzliche Bedeutung zu (vgl. Art. 1), die die Großmächte bewußtermaßen ihnen beilegen wollten und zu deren Anerkennung sie Polen zugunsten der nationalen Minderheiten auf dem Vertragswege verpflichteten.

Der Senat trägt daher kein Bedenken, daß die grundsätzliche Bestimmung des Art. 4 auch auf den gegenwärtigen Fall Anwendung finden kann, auch wenn Dolsk erst durch den Friedensvertrag von Riga an Polen abgetreten wurde. Es ergibt sich daraus, daß der Kläger mit der Ratifizierung dieses Friedensvertrages *ipso facto* polnischer Staatsangehöriger wurde. Denn er ist in dem später polnisch gewordenen Dolsk von Eltern geboren worden, die im Zeitpunkt seiner Geburt in Dolsk ihren ständigen Wohnsitz hatten.

Der *ipso facto*-Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit bewirkt aber noch keineswegs den gleichzeitigen Verlust seiner österreichischen Staatsangehörigkeit für den Kläger. Denn es ist anerkannt, daß durch die Bestimmung des Art. 4 Personen doppelter Staatsangehörigkeit geschaffen wurden mit der Möglichkeit, auf die erworbene polnische Staatsangehörig-

Digitized by Google

keit innerhalb einer Frist von 2 Jahren zu verzichten (vgl. die deutsche Denkschrift zum deutsch-polnischen Abkommen vom 30. August 1924, Ztschr. f. intern. R. XXXIII 319).

Der Kläger hat nun aber, wie schon gezeigt, nicht nur nicht auf die polnische Staatsangehörigkeit verzichtet, sondern sich zu ihr in einer Weise offen bekannt, die jeden Zweifel darüber ausschließt, daß er polnischer Staatsbürger bleiben will. Seine österreichische Staatsbürgerschaft und sein Heimatsrecht in Wien verlor er spätestens am 30. Dezember 1921, in dieser Beziehung bleibt das Ergebnis das gleiche.

Nach alledem steht, ohne daß es weiterer Beweiserhebungen oder der vom Kläger beantragten Aussetzung des gerichtlichen Verfahrens bedarf, fest, daß der Kläger als polnischer Staatsangehöriger im Hinblick auf § 110 Abs. 1 Z.P.O. verpflichtet ist, der beklagten Partei wegen der Prozeßkosten Sicherheit zu leisten.

Belgien.

Anerkennung ausländischer (holländischer) Urteile. Anwendung des ausländischen (holländischen) Rechtes des Sitzes auf das Verhältnis der Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft.

Cour d'appel de Bruxelles; 29. 3. 1924; Petersen c. Disconto Maatschappy (Jurisprudence du Port d'Anvers, 1924, S. 86, J. 1925, S. 190).

Die klagende Gesellschaft, *Disconto Maatschappy*, hatte gegen die offene Handelsgesellschaft *(„vennootschap onder eene firma") M. Petersen & Friele* ein verurteilendes und rechtskräftig gewordenes Erkenntnis des zuständigen Gerichtes in Rotterdam auf Zahlung erstritten. Sie hat dann in Belgien den vorliegenden Prozeß gegen einen der Gesellschafter der Firma *M. Petersen & Friele* angestrengt. Der Beklagte machte geltend, daß Art. 164 des belgischen Gesetzes über die Handelsgesellschaften vorschreibe, daß Gesellschaftsschulden gegen einen Gesellschafter nur auf Grund eines gegen die Gesellschaft ergangenen Urteils geltend gemacht werden dürfen und daß dieser Vorschrift nicht durch das holländische Urteil genügt sei, da dieses des Exequatur entbehre. — Die Entscheidung verwarf den Einwand mit der Begründung: 1. daß die belgische Vorschrift auf das Verhältnis holländischer Gesellschafter nicht Anwendung finde und das für dieses allein maßgebende holländische Recht jene Vorschrift nicht enthalte, 2. wenn die belgische Vorschrift Anwendung finden würde, ihr genügt wäre, da das holländische Urteil als Tatsache, trotz Fehlens der Exequatur, der Vorschrift genüge.

England.

Testamentserrichtung eines Engländers im Ausland. Anwachsung und Kaduzität.

Chancery division 15. 10. 1923 (Law Times Report Vol. 130 S. 308).

Ein in Frankreich domizilierter Engländer hatte in Frankreich ein Testament in der Form des englisches Rechtes errichtet. Das *„surplus"*

Digitized by Google

war im Testament zehn Legataren zugewendet mit der Bestimmung, daß im Fall des Versterbens eines dieser Legatare zu Lebzeiten des Testators mit Hinterlassung von Nachkommen, letztere in das Vermächtnis eintreten sollten. Im Jahre 1919 starb der Testator. Zwei der Legataren waren vorher ohne Hinterlassung von Nachkommen verstorben. Die Legatare waren Engländer. Das das „*surplus*" darstellende Vermögen befand sich in England. — Nach englischem Recht fallen die $^2/_{10}$ der vorverstorbenen Legataren als „*caduciary*" den Intestaterben zu. Nach französischem Recht akkreszieren sie den überlebenden Legataren. — Die Entscheidung erfolgte zugunsten der Maßgeblichkeit des französischen Rechtes als *lex domicilii* des Erblassers zur Zeit der Testamentserrichtung.

Anmerkungen:

1. Die Begründung bedient sich, in der dem anglo-amerikanischen Recht eigentümlichen Weise, des Gesichtspunktes der Interpretation des testamentarischen Willens („*interpretation and construction of testamentary dispositions*"). Das Urteil nimmt Bezug auf das in der Materie traditionell zu maßgebendem Ansehen gelangte Urteil in Sachen *Anstruther c. Chalmer* aus dem Jahre 1826 (2 Sim. 1), welches im Falle des von einer Engländerin in Schottland, unter Anwendung der schottischen Testamentsform errichteten Testamentes gleichermaßen entschieden hatte, angesichts des im schottischen Recht geltenden Akkreszenzrechtes. — Vgl. aus der englischen Literatur über die ganze Materie und den Fall *Anstruther c. Chalmer*: *Westlake, Private international law*, 3. Aufl. 1890, § 119, *Nelson, Selected cases . . . of private international law* 1889, S. 193, *Minor, Conflict of laws* 1901, 339, 340, 344, 349, *Foote, Foreign and domestic law*, 3. Aufl. 1904, S. 277, 278.

2. Eine ähnliche amerikanische Entscheidung, im Ergebnis übereinstimmend, in der Begründung anders, s. Ztschr. XXVIII, S. 508.

Niemeyer.

Frankreich.

Vertrag von St. Germain-en-Laye Art. 249. Anwendung des Liquidationsrechtes auf Heimatlose, welche Angehörige der österreichischen Armee geworden sind.

Cour de cassation 14. 5. 1923; Prinz Elie de Bourbon-Parma/Ministère public (Revue Darras-Lapradelle XIX S. 229).

Der 1880 geborene Prinz *Elie de Bourbon*, Sohn des durch die italienische Revolution von 1859 entthronten Herzogs *Robert von Parma*, war nach erreichter Großjährigkeit in die österreichische Armee eingetreten, hat seit 1914 an dem ganzen Krieg als österreichischer Offizier teilgenommen, und wurde zum Oberst befördert. Der in Frankreich liegende Teil seiner Güter wurde beschlagnahmt und gemäß Art. 249 des Vertrages von St. Germain liquidiert. Seine hiergegen gerichtete Klage wurde zurückgewiesen.

Die Klage war darauf gegründet, daß der Kläger nicht Oesterreicher geworden sei. Das Gericht erkannte dies an und nahm an, daß er staatlos sei, erklärte aber, daß er im Sinne des Art. 249 „*ressortissant*" Oesterreichs sei.

Digitized by Google

Ehescheidung in Frankreich auf Grund italienischer Trennung von Tisch und Bett.

Cour d'appel de Grenoble 23. 5. 1924. Ferrari/Ferrari (Revue Darras-Lapradelle XIX 222).

Am 16. Okt. 1893 hatten die Prozeßparteien, nämlich der italienische Staatsangehörige *Marquis Ferrari* und die französische Staatsangehörige Dame *Gensoul* in Frankreich die Ehe miteinander geschlossen. Sie nahmen Wohnsitz in Genua. Durch Entscheidung des dortigen *tribunale civile* vom 6. April 1899 wurden die Ehegatten, auf Grund gegenseitiger Einwilligung, von Tisch und Bett getrennt. Die Ehegattin kehrte nach Frankreich zurück. Durch Dekret vom 3. August 1913 erwarb sie die französische Staatsangehörigkeit zurück. Sie klagte darauf vor dem *tribunal civil* in Lyon auf Umwandlung der Separation in Scheidung (*„conversion en divorce de la séparation de corps“*). Das Gericht erkannte gemäß diesem Antrag. In der Berufungsinstanz wies der Appellationshof von Grenoble die Klage ab. Er führte aus: Nach Artt. 306, 310 des französischen *Code civil* könne zwar, wie die Umwandlung eines französischen Separationsurteils in ein Scheidungsurteil, so auch die Umwandlung eines ausländischen Separationsurteils in ein Scheidungsurteil von dem beteiligten französischen Ehegatten begehrt werden, und auch dann, wenn, wie nach italienischem Recht, das Nationalgesetz des anderen Ehegatten die Umwandlung nicht gestatte. Aber dieser Umwandlungsanspruch sei beschränkt auf die *„aux torts des deux époux ou de l'un d'eux et pour une cause déterminée“* erfolgte Trennung. Sie sei unzulässig bei *séparation consensuelle*.

Eheliches Güterrecht.

1. *Tribunal régional Strasbourg 15. 10. 1923; Knauss/Knauss.*
2. *Cour d'appel Grenoble 6. 11. 1923; Roichi/Roichi.*
3. *Tribunal civil de la Seine 16. 1. 1924; Pruneyre/Benoît-Levy.*
4. *Tribunal civil Lille 29. 2. 1924; Lindsay-Hardy/Lindsay-Hardy (Revue Darras-Lapradelle XIX 223—229).*

Die vorbezeichneten Urteile gelangen für im einzelnen sehr verschiedene Tatbestände zu dem Ergebnis, das eheliche Güterrecht der in Frage stehenden Ehegatten sei, in Ermangelung eines *„contrat de mariage“*: *„la communauté légale telle que l'organise le Code civil“*.

Im Falle 1 handelte es sich um die 1897 in Paris geschlossene Ehe eines deutschen Staatsangehörigen (Elsässers) mit einer Französin, beide in Paris domizilierend. Die 1905 erfolgte Verlegung des ehelichen Domizils in das Gebiet des Deutschen Reiches (Elsaß) wurde für einflußlos auf das eheliche Güterrecht erklärt. Demgemäß war auch der Umstand einflußlos, daß die Ehegatten durch den Vertrag von Versailles die französische Staatsangehörigkeit erworben hatten.

Im Falle 2 handelt es sich um die 1909 in Grenoble geschlossene Ehe eines italienischen Staatsangehörigen mit einer Französin, beide in Grenoble seit Jahren wohnhaft, dort auch ihr *„domicile matrimonial“* habend. Die Haager Konvention vom 17. Juli 1905 wurde für unanwendbar erklärt, weil sie in Frankreich erst nach der Eheschließung verkündet wurde.

Im Falle 3 hatte ein russischer Staatsangehöriger 1917 in Paris eine Französin geheiratet. Das Urteil stellte auf Grund dessen fest: *„ont tacitement*

Digitized by Google

manifesté leur volonté de se soumettre à la loi du pays où cette union était célébrée, qu'ils ont ainsi opté pour la communauté légale".

Im Falle 4. hatte 1916 ein englischer Staatsangehöriger, welcher bis 1914 in Lille gewohnt hatte, in Rochdale (England) eine Dame *Hardy* geheiratet. Nach Beendigung des Krieges kehrte er nach Lille zurück, woselbst er vor dem Kriege 30 Jahre lang, in einer ersten Ehe lebend, seine Geschäftsniederlassung gehabt hatte, die er nunmehr wieder aufnahm. Das Urteil stellte fest, „*le régime matrimonial adopté par les époux doit, selon une jurisprudence française constante, être réputé consister dans la communauté légale telle que l'organise le Code civil*".

Anmerkungen:

Die ältere französische Judikatur befolgte konstant den freien Grundsatz, daß für das eheliche Güterrecht („*régime matrimonial*") die aus den obwaltenden Umständen sich ergebende Intention der Nupturienten im Augenblick der Eheschließung maßgebend sei. — Bei der Durchführung dieses Grundsatzes trat von jeher die Neigung hervor, das Recht des bei der Eheschließung ins Auge gefaßten ersten Ehedomizils zugrunde zu legen. Daß das einmal maßgebend gewordene Güterrecht maßgebend bleibe, war und ist feststehender Grundsatz. — Marseille, 12. Februar 1885 (J. XII 558); Pau, 16. Juli 1886 (J. XVI 117); Kassationshof, 18. Aug. 1873 (J. II 22), 4. April 1881 (J. IX 87), 15. Juli 1885 (J. XIII 93), 18. Mai 1886 (J. XIII 456); Paris 12. Juli 1889 (J. XVI 845, 849; Ztschr. I 65); Tunis 14. Nov. 1889 (J. XVII 298); Seine 8. Januar 1891, 5. April 1887 (J. XIV 334); 22. Mai 1890 (Ztschr. I 66; J. XIX 962); Kassationshof 9. März 1891 (J. XVIII 549; Ztschr. I 697; Revue prat. 90/91 I 283); Bordeaux 25. Mai 1891 (J. XX 415; Ztschr. II 612); Revue prat. 92 I 32); Konstantinopel, Konsulargericht 26. Juni 1891 (J. XIX 269); Nizza 11. August 1891 (Ztschr. II 612; Revue prat. 92 I 31); Chambéry 23. Nov. 1891 (J. XIX 468; Revue prat. 92 III 81); Paris 25. Nov. 1891 (Revue prat. 92 III 86); Paris 30. Dez. 1891 (Revue prat. 92 III 81); Toulon 30. Mai 1893 (J. XX 1196); Nizza 5. Juni 1893 (J. XX 884); Algier 27. Februar 1894 (J. XXI 874); Seine 10. Juli 1895 (J. XXIII 396), 22. Mai 1897 (J. XXV 142); Grenoble 7. Nov. 1896 (J. XXIV 579); Caen 28. Mai 1900 (J. XXVII 982); Paris 10. Dez. 1901 (J. XXIX 314), Chateauroux 6. April 1903 (J. XXXI 185), vergl. auch Ztschr. II 613, III 544, J. XXI 128; eigentümlich Algier 15. Juni 1892 (J. XIX 1181).

In manchen Entscheidungen wird eine Präsumption zugunsten des Rechtes des ersten Ehedomizils angenommen. Ein Erkenntnis der *cour d'appel Toulouse* vom 26. April 1893 (J. XX 816) bezeichnet die Präsumption sogar als Grundsatz „*d'une jurisprudence qui paraît absolument fixée*".

Auf Grund besonderer Umstände des Falles wird „*loi nationale*" angewendet: Seine 8. Dez. 1880 (J. XX 413); Aix 24. Dez. 1885 (J. XV 95); Paris Dez. 1887 (J. XV 95); Seine 8. Januar 1891 (Ztschr. II 611; Revue prat. 92 III 82); bestätigt durch Paris 30. Dez. 1891 (Ztschr. II 612; Revue prat. 92 III 84); Chambéry 23. Nov. 1891 (Ztschr. II 613; Revue prat. 92 III 81); Paris 24. Mai 1895 (J. XXII 1070).

Später haben, von den vorstehenden Grundsätzen abweichend, manche Gerichte eine Präsumtion zugunsten der *loi nationale* des Ehemannes angenommen. So Aix 7. Febr. 1882 (J. XIII 188); Nizza 11. Aug. 1891 (J. XX 890); Paris 5. Februar 1887 (J. XIV 190); Tunis 4. April 1891 (J. XIX 1181); Seine 1. März 1893 (J. XXI 127); siehe auch Seine 17. April 1888 (J. XV 814); Paris 25. Nov. 1891 (J. XIX 471); Tunis 18. März 1895 (J. XXII 1070).

Einzelne Erkenntnisse aus neuester Zeit steigern die Regel zu der Funktion einer dispositiven Kollisionsnorm. So Seine 3. Mai 1902 (Ztschr. XIII 450, J. XXX 366).

Digitized by Google

Ueberhaupt vgl. Ztschr. XI 316; *Revue Darras-Lapradelle* 1910, S. 866—69, 1921, S. 103.

Grundsätzlich wird auch für die in Frankreich belegenen Immobilien das nach diesen Gesichtspunkten bestimmte Güterrecht als maßgebend anerkannt. Paris 5. Februar 1887 (J. XIII 190); Seine 8. Dez. 1888 (J. XX 413); Bordeaux 25. Mai 1891 (J. XX 415); Versailles 3. Aug. 1893 (J. XXI 544); Seine 3. Mai 1902 (J. XXX 366).

Doch werden von diesem Grundsatz Ausnahmen verschiedener Art gemacht. Vgl. *Dictionnaire Vincent et Penaud* S. 290, Nr. 8 ff.

Hinsichtlich der Handhabung des Unwandelbarkeitsprinzipes ist die in Ztschr. XXIX 404—5 berichtete Judikatur beachtlich. Siehe dazu die Ausführungen in *Revue Darras-Lapradelle* 1911, S. 352—55.

Niemeyer.

Portugal.

Errichtung eines gemeinschaftlichen Testamentes portugiesischer Ehegatten im Auslande.

Oberster Gerichtshof 23. 7. 1923 (Revue Darras-Lapradelle XIX 258).

Portugiesische Ehegatten hatten 1904 in Brasilien ein gemeinschaftliches Testament errichtet. Nach den zu jener Zeit in Brasilien geltenden Gesetzesvorschriften war diese Art der Testamentserrichtung zulässig, während das damals und derzeit geltende portugiesische Zivilgesetzbuch (Art. 1753) bestimmt, daß mehrere Personen nicht in demselben Akt testieren können. Das vorliegende Urteil erklärte das Testament als auch in Portugal wirksam, weil Art. 1753 des portugiesischen bürgerlichen Gesetzbuchs eine Formvorschrift sei, welche gemäß der Regel *Locus regit actum*, nicht eine die Portugiesen als Personalstatut begleitende, auch nicht eine „radikale", d. h. absolut anwendbare Vorschrift sei.

Anmerkung: Die (a. a. O. berichtete) französische Judikatur wendet den Art. 968 C. c. entsprechend der mitgeteilten portugiesischen Entscheidung an, während in der französischen Wissenschaft die gegenteilige Auffassung vertreten wird, indem angenommen wird, es handle sich um *„une incapacité particulière qui dépend du statut personnel des parties et doit les suivre à l'étranger"*. Diese letztere Auffassung ist auch die in Italien herrschende (s. J. 1902 S. 175). Sie ist in Spanien durch Art. 733 des bürgerlichen Gesetzbuches gesetzlich festgelegt. In Deutschland ist sie durch eine Entscheidung des Reichsgerichts vom 24. April 1894 hinsichtlich Art. 968 des badischen Landrechts vertreten worden. Das Urteil ist mitgeteilt in Ztschr. V S. 58—60 *(Creutzburg/Erben Schmidt).* Herausgeber.

Rumänien.

Berner Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr Art. 27. — Durchbrechung der konventionszugehörigen Gesamttransportstrecke durch eine nicht konventionszugehörige Eisenbahnstrecke.

(Kassationshof 20. 6. 1922; Stoianovici / rumänische Eisenbahnverwaltung).

Der Kläger hatte in Paris mehrere Eisenbahnfrachtstücke nach Bukarest aufgegeben, von denen eines unterwegs in Jugoslavien durch einen Eisenbahnbeamten dieses Landes gestohlen wurde. Er klagte gegen die rumänische Eisenbahnverwaltung auf Schadenersatz. Es wurde gemäß dem Klageantrag erkannt.

Digitized by Google

Der Einwand, daß der Verlust in Jugoslavien eingetreten sei, und daß dieser Staat der Berner Eisenbahnkonvention nicht beigetreten sei, wurde als unerheblich zurückgewiesen, da der Haftungsanspruch wahlweise gegen den letzten oder den ersten Transporteur begründet sei, auch wenn der Verlust auf der Transportstrecke eines Staates eingetreten sei, welcher der Berner Konvention nicht beigetreten sei.

Die Frage, ob Jugoslavien Vertragstaat der Berner Konvention auf Grund des Beitrittes Serbiens (1904) zufolge Staatssukzession geworden sei, wurde von dem Gericht nicht untersucht.

Anmerkung: Vgl. die entgegengesetzte, Ztschr. XXX S. 398 (letzter Absatz) mitgeteilte Formel des Reichsgerichts, welche die Anwendbarkeit der Berner Konvention ausschloß, „weil das Gut nicht auf der ganzen Beförderungsstrecke mittels einer Verbandsbahn übergeleitet worden ist". Der Text der Eisenbahnkonvention sagt klar genug das Gegenteil dieser Formel. *Niemeyer.*

Islamisches Recht als Personalstatut für Erbrecht und Vormundschaftsrecht.

Kassationshof 20. 9. 21; Gheodet Chemal/Amet Hagi Regep Murat; Pandectele române 1922 I S. 237.

Nach dem Tode des in der Dobrudscha wohnenden Mohamedaners *Chemal Hagi Amet* leitete der Kadi des mohamedanischen Gerichts in Constantza die Vormundschaft über die minderjährigen Kinder des Erblassers und die Liquidation der Erbschaft ein. Ein Grundstück des Nachlasses verkaufte der Kadi freihändig. Einer der erbenden Söhne focht, nach erreichter Großjährigkeit, mit der jetzt zur Entscheidung stehenden Klage, diesen Verkauf als nichtig an, weil nach islamischem Recht für die Grundstücke Minderjähriger nur ein Verkauf im Wege der Lizitation zulässig sei. Das Gericht erster Instanz (Kadi) in Constantza und das — mohamedanische — Appellationsgericht in Constantza wiesen die Klage ab. Der Kassationshof gab ihr statt. Die Maßgeblichkeit des mohamedanischen Rechtes auf die Erbfolge und die Vormundschaft war unbezweifelt. Streitig war, ob für die Liquidation des in Rumänien belegenen Nachlaßgrundstückes das Personalstatut oder die rumänische *lex rei sitae* maßgebend sei. Diese Frage wurde von den beiden ersten Instanzen zugunsten der *lex rei sitae*, von dem Kassationshof zugunsten des Personalstatuts beantwortet.

Anmerkungen:

I. Nach der Annexion der (alten) Dobrudscha (1878) wurden durch die rumänischen Gesetze vom 9. März 1880, 30. März 1886, 24. März 1909 (*Hamangiu, Codul general al Romaniei*, 3. Aufl., Bd. II, S. 1250), nach der neuen Dobrudscha-Annexion (1913, Vertrag von Bukarest) durch Gesetz vom 1. April 1914 den mohamedanischen (d. h. sich zu dem mohamedanischen Ritus bekennenden) Einwohnern der Dobrudscha die Maßgeblichkeit des mohamedanischen Rechtes für die Familienorganisation, die väterliche Gewalt, Eheschließung und Ehescheidung, Interstaterbrecht zugestanden.

II. Daß die dem Schutze Minderjähriger dienenden Vorschriften, auch soweit sie sich auf Immobilien beziehen, gemäß dem Personalstatut, nicht gemäß dem Realstatut anzuwenden sind, ist ein in der Judikatur der europäischen Kontinentalstaaten allgemein befolgter Grundsatz. Ein in diesem Sinn besonders prägnantes Urteil ist dasjenige der *cour d'appel Pau* vom 9. Juli 1907. Fall *Retortillo*, mitgeteilt in der *Revue Darras*, 1908, S. 954; s. ferner Urteil der französischen *cour de cassation* vom 13. Juni

Digitized by Google

1893, Fall *Sidi Belkassen*, bei *Dalloz*, 1894, I 169 und J. 1894, S. 562, eine Plenarentscheidung der vereinigten Kammern des obersten russischen Gerichtshofes vom 7. März 1901, Fall *Hopper*, J. 1903, S. 215 [mit ausgezeichneten Verweisungen]. Die anglo-amerikanische Judikatur hingegen läßt *lex rei sitae* entscheiden. *Story, Conflict of laws*, §§ 504, 505. Ueber die deutsche Praxis und Literatur der Frage siehe Ztschr. XVIII, S. 180 (Urteil des Oberlandesgerichts Jena vom 8. Mai 1907). — In dem berühmten Erkenntnis des Reichsgerichts vom 31. Mai 1889, Entsch. in Zivilsachen Bd. 24 S. 326 (s. darüber *F. Kahn* in *Iherings* Jahrb. Bd XXX S. 11) ist hinsichtlich der gesetzlichen Mündelhypothek (s. S. 327 a. a. O.) die gleiche Auffassung vertreten.

III. Das vorliegende Urteil des rumänischen Kassationshofes ist um so bemerkenswerter, als nach positivem rumänischen Recht die Immobiliar-Erbfolge sich nach *lex rei sitae* richtet. S. darüber Urteil des Kassationshofes vom 20. Februar 1901, J. S. 916. *Niemeyer.*

In annektiertem Gebiet bestehende juristische Personen.

Tribunal Jassy 26. 3. 1921 (Pandectele române 1923 I 25; Revue Darras-Lapradelle XIX 261).

In dem 1918 von Rumänien annektierten bessarabischen (bis dahin russischen) Gebiet war vor der Annexion eine Gesellschaft begründet, welche laut Bescheinigung der russischen Gesandtschaft nach russischem Recht die Eigenschaft einer juristischen Person erworben hatte. Das unveränderte rechtliche Fortbestehen dieser Gesellschaft unter der rumänischen Territorialhoheit, insbesondere auch der juristischen Persönlichkeit wurde mit der Maßgabe anerkannt, daß die Anwendung des bisherigen Rechtes ihre Schranke an dem *ordre public* des annektierten Staates finde. — Die Entscheidung wurde auf die Grundsätze der Ausschließung der rückwirkenden Kraft der Gesetze und der Anerkennung wohlerworbener Rechte gestützt. — Außerdem wurde hingewiesen auf die gleiche Rechtspraxis der rumänischen Gerichte gegenüber den in der Dobrudscha vor der rumänischen Annexion (1878) formlos gemäß dem türkischen Recht begründeten Gesellschaften. — Ferner wurde auf den Art. 7 der sardinisch-französischen Konvention vom 23. August 1860 (Savoien) und auf den Frankfurter Frieden vom 10. Mai 1871 (Elsaß-Lothringen) hingewiesen.

Anmerkungen:

1. Für die in dem Urteil in Bezug genommene Behandlung elsässisch-lothringischer Aktiengesellschaften durch die deutsche Judikatur ist das bekannte Urteil des Reichsgerichts vom 14. April 1882 in Sachen der Feuerversicherungsgesellschaft „le Phénix" richtunggebend. Es ist mitgeteilt in den Entsch. des RG. in Zivilsachen, Bd. 6 S. 134—142. Seine Tragweite wie seine Begründung werden wesentlich bestimmt durch die französischen Gesetze vom 30. Mai 1857 und vom 24. Juli 1867. Ein Bericht über das Urteil vom 14. April 1882 findet sich in J. X S. 317. Der ganzen Frage ist die Abhandlung von *Ch. Kauffmann* (Advokat in Straßburg) gewidmet: *„De la condition juridique des sociétés anonymes françaises en Alsace-Lorraine"*, J. IX S. 129—153. — Vgl. dazu *Pillet „Des personnes morales en droit international privé"* Nr. 124 S. 180.

2. Hinsichtlich der durch den Friedensvertrag 1919 ff. von Rumänien annektierten bisherigen österreichischen Gebiete s. Art. 272 des Vertrages von St. Germain und Art. 255 des Vertrages von Trianon, welche die Anwendung der in dem Urteil aufgestellten Grundsätze voraussetzen.

Niemeyer.

Digitized by Google

Berichte über Kongresse, Konferenzen, Gesellschaften, Institute.

1. Zur V. Panamerikanischen Konferenz (Santiago 1923*).

Die I. Panamerikanische Konferenz tagte in Washington 1890, die II. in der Stadt Mexiko 1901, die III. in Rio de Janeiro 1906, die IV. in Buenos Aires 1910. Die V. Panamerikanische Konferenz sollte Oktober 1915 in Santiago de Chile stattfinden, wurde aber infolge des Kriegsausbruchs verschoben und fand erst vom 25. März bis 3. Mai 1923 in Santiago de Chile statt.

Auf der V. Konferenz wurden beschlossen: ein Vertrag über Schiedsgerichtsbarkeit, ferner Konventionen über Handelsmarken, Zolltarife, Statistiken, 43 Resolutionen über Fragen des Verkehrs und des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft und der allgemeinen Bildung. Dreizehn „Mociones" ferner bezogen sich auf gewisse Ehrungen und auf praktische wirtschaftliche und politische Wünsche (z. B. betr. regelmäßige Volkszählungen).

Privatdozent Dr. jur. et phil. *v. Rauchhaupt* in Heidelberg berichtet in der Juristischen Wochenschrift 1924, S. 638 ausführlich über die Konferenz von Santiago. Aus seinen Bemerkungen sei folgendes hervorgehoben:

---

*) Aus der reichen Literatur über die panamerikanische Bewegung überhaupt seien hervorgehoben:

J. Barrett, Practical Panamericanism, in North American Review, Bd. 202, S. 413. — Derselbe, All America, in North American Review, Bd. 192, S. 178. — Derselbe, The Panamerican Union and Peace, in Advocate of Peace, Bd. 78, S. 57. — Derselbe, Panamericanism and the Panamerican Union, in Case and Comment, Bd. 22, S. 635. — R. Büchi, Die Geschichte der Panamerikanischen Bewegung mit besonderer Berücksichtigung ihrer völkerrechtlichen Bedeutung, Breslau 1914. — J. Calderon, Panamerican Ideals and the war. in J. of Race Development, Bd. 9, S. 109. — J. H. Cornyn, Panamerican Scientific Congress, in Panamerican M., Bd. 22, S. 166. — A. W. Dunn, The Panamerican Financial Conference, in Review of Reviews, Bd. 51, S. 728. — A. H. Fried, In Jahrbuch des Völkerrechts, Bd. 1, 1913, S. 1419. — Derselbe, Panamericanism as a lesson for Europe, in Advocate of Peace, Bd. 78, S. 17. — Derselbe, Panamerika. Entwicklung, Umfang und Bedeutung der panamerikanischen Bewegung (1810—1910), Berlin 1910, 300 S. — American Journal of International Law, Bd. 3, 1, 1909, S. 429; Bd. 3, 2, 1909, S. 963; Bd. 3, Suplement, S. 252; Bd. 4, 1910, S. 420, 921; Bd. 5, 1911, S. 754. — D. Kinley, An outlook on the Panamerican conference, in Independance. — Secretary Knox's mission, in Panamerican Union, Bd. 35, S. 16. — W. S. McAdoo, The international High Commission and Panamerican Cooperation in A. J. 1917, Bd. 11, S. 772ff. — J. B. Moore, Henry Clay and Panamericanism, in Kentucky Bar Assoc., 1915, S. 127. — M. de Oliveira Lima, The effect of the war on Panamerican co-operation, in Advocate of Peace, Bd. 78, S. 13. — Panamerica at Lake Mohonk Conference, in Panamerican Union, Bd. 35, S. 110. — The Panamerican Financial Conference. in Panamerican Union, Bd. 49, S. 569—600. — B. J. Perez-Verdia, Latin America in the war, in Current History, Bd. 9, S. 358. — P. S. Reinsch, The fourth international conference of American Republics, in A. J., Bd. 4, 1910, S. 777ff. — F. Rey, L'union centre-américaine, in RG., Bd. 18, S. 69. — Rove, Our interest in a united America, in North American Review, Bd. 189, S. 585. — Shepherd, Panamerica. Conference at Buenos-Aires, in Columbia Univ., Bd. 13, S. 299. — A. Viallate, Les Etats-Unis et le Panaméricanisme, in Revue de deux mondes, Bd. 51, S. 419. — H. Wilson, Panamerican relations as reflected by the war, in New-York Times History of the war, Bd. 2, S. 351. American Journal of International Law XI (1917) 772—793 und XIV (1920) 343—355.

Digitized by Google

„Bedauerlich war, daß Peru und Bolivien wegen alter Grenzstreitigkeiten mit Chile (Takna und Arika) fernblieben und Mexiko mangels eines in Washington akkreditierten Gesandten (die bewährte Regierung Obregón ist erst später anerkannt) nicht zugelassen war. Nach der Times vom 19. Mai 1923, S. 11 war auch Kanada mittelbar geladen worden, dagegen nicht der Völkerbund trotz seines geäußerten Wunsches. Den Tendenzen des sich allmählich zu einem bedeutungsvollen Faktor auswachsenden Hispano-Amerikanismus, als Gegengewicht gegen die Hegemoniebestrebungen und den Imperialismus der USA., entsprangen die vom Präsidenten von Salvador ausgehende Einladung des spanischen Gesandten in Chile zur Teilnahme an der V. Panamerikanischen Konferenz, ein Lobhymnus des als Dichter anerkannten Sekretärs der Delegacion Nicaraguas *D. Arturo Elizondo* auf das alte Mutterland Spanien bei der Eröffnung der Konferenz und ein gleichgerichteter Abschiedsgruß seitens des Vertreters für *Costa Rica*, *D. Alejandro Alvarado Quirós*, in der Schlußsitzung".

„Alle jenen Fragen, deren reibungsloser Erledigung Mißtrauen oder Bedachtsamkeit entgegenstanden, wurden abgetrennt und einer anderweiten Lösung überlassen. Die in Aussicht genommene Definition der gegenwärtigen Bedeutung der Monroe-Doktrin unterblieb. Der Antrag Uruguays auf Schaffung der panamerikanischen Liga Brum neben dem Völkerbund wurde zurückgezogen. Die Schwierigkeiten eines Abrüstungsprogramms erwiesen sich als unüberbrückbar; so wurde eine persönliche Zusammenkunft der Präsidenten der meist interessierten Staaten Argentinien, Chile, Brasilien und Uruguay verabredet".

„Der V. Konferenz hatte insbesondere der sehr rührige chilenische Diplomat und Völkerrechtler *Alejandro Alvarez*, der in der dritten Kommission arbeitet, umfangreiche Entwürfe vorgelegt. (Gedruckt als: La Codificacion del Derecho Internacional en América. Trabajos de la IIIa Comisión de la Asamblea de Jurisconsultos reunida en Santiago de Chile por *Alejandro Alvarez*. Santiago 1923.) Doch wurde angesichts der zurzeit vor sich gehenden Umwertung mancher völkerrechtlicher Begriffe und Vorgänge die ganze Materie mit den andern einschlägigen Restanten der Konferenz an einen neuen, 1925 in Rio de Janeiro abzuhaltenden Internationalen Juristenkongreß verwiesen"

Folgende ergänzende Mitteilung wird besonderer Beachtung begegnen:

„Parallel den großen panamerikanischen Konferenzen gehen kleinere panamerikanische Fachkonferenzen, so die bedeutenden Finanzkonferenzen von 1915 und 1920 in New York, auf denen die finanzgewaltige Inter-american High Commission (Alta Comisión inter-americana) nebst dem Ständigen Ausführenden Rat eingesetzt wurden; Gesundheits- und Aerztekonferenzen (die VI. 1920 in Montevideo) und solche der Geographen (1914 in Rio de Janeiro), Architekten (II. 1923 in Santiago de Chile), Studenten (Liga in Montevideo) u. a. mehr. Besonders wichtig sind auch die wissenschaftlichen Konferenzen, denen vor allem die schon seit über 100 Jahren beabsichtigte Kodifikation des Internationalen Oeffentlichen und Privatrechts obliegt. Diese gewaltige und verantwortungsreiche Arbeit wurde 1912 auf 6 Kommissionen verteilt: die 1. in Washington übernahm Seekriegsrecht und Rechte der Neutralen, die 2. in Rio de Janeiro Landkrieg. Bürgerkrieg und die aus ihnen entstehenden Schadensersatzforderungen von Ausländern, die 3. in Santiago de Chile Allgemeines Friedens-Völkerrecht, die 4. in Buenos Aires friedliche Lösung von Streitigkeiten und Errichtung der zuständigen Schiedsgerichte, die 5. in Montevideo Internationales Personen-, Familien- und Erbrecht und die 6. in Lima die restlichen Materien des Internationalen Privat-, Straf- und Verfahrensrechts".

Digitized by Google

2. Die VII. Tagung der Commission internationale de Navigation aérienne, Paris, 10.—14. 10. 1924*).

Die ständige gemäß Art. 34 der internationalen Luftfahrtkonvention vom 13. Oktober 1919 gebildete, 1922 ins Leben getretene internationale Luftfahrtkommission hat seither sieben Tagungen abgehalten, die Paris, London, Brüssel und Rom als Tagungsorte hatten. Auf der fünften Tagung (26. bis 31. Oktober 1923 in Rom) wurde beschlossen, daß künftig an Stelle von drei ordentlichen Tagungen jährlich nur zwei, und zwar im April und Oktober, stattfinden sollten. Dementsprechend war die sechste als erste des Jahres 1924 vom 3.—6. März 1924 in Paris veranstaltet worden.

Die siebente Konferenz (als zweite Jahreskonferenz 1924) ist in Paris im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten unter dem Vorsitz von *Pierre-Etienne Flaudin*, dem ersten Delegierten Frankreichs, vom 10. bis 14. Oktober 1924 abgehalten. Von den 21 Staaten, die die Luftfahrtkonvention vom 13. Oktober 1919 unterzeichnet haben oder beigetreten sind, waren auf der Tagung vertreten: Belgien, Britisches Reich, Bulgarien, Frankreich, Griechenland, Italien, Japan, Portugal, Rumänien, Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat, Tschechoslowakei, Uruguay.

Die Tagung wurde in feierlicher Weise durch den französischen Ministerpräsidenten *Herriot* eröffnet. Ueber die verschiedensten Fragen fanden eingehende Beratungen und Verhandlungen durch die Kommission statt, deren wichtigste folgende waren: Austausch aller innerstaatlichen Gesetze über die Luftschiffahrt, das Reglement für die Mindestforderungen für die Erteilung des Certificat de Navigabilité, die ärztliche Untersuchung der Luftfahrzeugführer, die Herausgabe von Kartenmaterial für die Luftfahrt, die Uebermittelung meteorologischer Nachrichten, die Vereinheitlichung der luftfahrttechnischen Ausdrücke und Formelgrößen. Die Einrichtung von Verbandkästen an Bord der Luftfahrzeuge für die erste Hilfe bei Unglücksfällen, die Nachtbeleuchtung der Flughäfen, die Einführung eines internationalen Bordbuchmusters, das von allen im internationalen Luftverkehr tätigen Luftfahrzeugen an Bord mitgeführt werden muß, die Regelung des Funkverkehrs an Bord der Luftfahrzeuge. Am 14. Oktober 1924 fanden die Verhandlungen ihren Abschluß.

Es wurde beschlossen, die achte Tagung in London im April 1925 stattfinden zu lassen.

Dr. *C. Rühland.*

3. Die 22. Interparlamentarische Konferenz.

In den Tagen vom 22.—28. August 1924 war die Interparlamentarische Konferenz zuerst in Bern im Sitzungssaale des Nationalrats und dann in Genf im Reformationssaale versammelt, und sie hat eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die für die Fortbildung des internationalen Rechts von hoher Bedeutung sein werden, wenn ihnen die Regierungen die Beachtung schenken, die sie verdienen. Die Tagesordnung der Konferenz war überaus reichhaltig; aber es gelang doch, sie in den zur Verfügung stehenden fünf Tagen zu erschöpfen. An dieser Stelle kann ich nur die wichtigsten Gegenstände hervorheben.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung betraf Aenderungen der Satzung, die im Laufe der Entwicklung der Union notwendig geworden

*) Aus dem Bericht der *Revue juridique internationale de la locomotion aérienne*, 1924, S. 579 f.

Digitized by Google

waren. So wurde eine wichtige Neuerung zum Art. 8 der Satzungen beschlossen, wonach im Anschluß an den Jahresbericht des Generalsekretärs eine allgemeine Debatte über die politische Lage der Welt gestattet sein soll. Diese Neuerung trat sofort in Kraft, und es entwickelte sich eine lange, hochinteressante Debatte, bei der die Frage der Rechte der Minderheiten eine hervorragende Rolle spielte, eine Frage, die, so wichtig sie für den Weltfrieden ist, von ihrer Lösung immer noch weit entfernt zu sein scheint. Schon die Kopenhagener Konferenz des Jahres 1923 hatte in dieser Frage Beschlüsse gefaßt, die ihre Lösung hätten herbeiführen können; allein sie sind wirkungslos geblieben, weil der Völkerbund in dieser Frage versagt hat. Den Minderheiten ist es in der Tat sehr erschwert, ihre Rechte wahrzunehmen. Sechs Millionen Oesterreicher will man, wie der deutsche Redner mit Recht beklagte, verhindern, sich dem Staate anzuschließen, zu dem sie gehören.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung lautete: Die parlamentarische Kontrolle der auswärtigen Politik. Auch dieser Gegenstand hatte schon die Kopenhagener Konferenz beschäftigt und war inzwischen in einer Studienkommission so gründlich erörtert worden, daß die von dem Berichterstatter Prof. *Walther Schücking*, der einen ausgezeichneten schriftlichen Bericht darüber erstattet hatte, vorgelegten Resolutionsentwürfe mit zwei kleinen von ihm gebilligten Amendements einmütig angenommen wurden. Diese Resolutionsentwürfe haben folgenden Wortlaut:

I. „Die 22. Interparlamentarische Konferenz erblickt in dem Grundsatz einer möglichst breiten Oeffentlichkeit die beste Gewähr für eine internationale Politik des Friedens und des Zusammenwirkens unter den Staaten. Sie empfiehlt zu diesem Zwecke: a) in die Verfassungen aller Staaten sind in Uebereinstimmung mit den Vorschriften des Art. 18 der Völkerbundsatzung Bestimmungen aufzunehmen, die den Abschluß jedes geheimen Vertrages oder Abkommens oder die Hinzufügung von geheimen Zusatzklauseln irgendwelcher Art zu den Verträgen untersagen; b) den Parlamenten ist Mitteilung zu machen von jedem Vertrag oder Abkommen mit anderen Staaten, selbst in den Fällen, in denen die Zustimmung des Parlaments durch die Verfassung nicht vorgesehen oder noch nicht Bestandteil des verfassungsmäßigen Gewohnheitsrechts geworden sein sollte; c) Ausschüsse für auswärtige Politik sind in den Ländern, in denen sie noch nicht bestehen, einzusetzen; diese Ausschüsse müssen berechtigt sein, in jedem Augenblick von dem zuständigen Minister Auskünfte zu fordern, so vollständig und mit Nachweisen ausgestattet wie nur möglich; empfohlen wird, daß in diesen Kommissionen die verschiedenen, im Schoße jedes Parlaments vorhandenen Richtungen verhältnismäßig vertreten sind; d) bei aller Anerkennung des Nutzens der speziellen oder vertraulichen Mitteilungen, die durch die Regierungen ihren Parlamenten oder einer dafür zuständigen Parlamentskommission gemacht werden, soll mindestens einmal jährlich ein detaillierter Bericht über die allgemeine Führung der auswärtigen Angelegenheiten veröffentlicht werden; e) die Einrichtung der „geheimen Fonds" ist zu beseitigen, jede Ausgabe des Staates muß einer öffentlichen Kontrolle unter der Ueberwachung des Parlaments unterstellt werden; f) die Dokumente, die sich auf die Beratungen und Beschlüsse der Versammlung des Völkerbundes beziehen, sind an die Mitglieder der Kommissionen für auswärtige Politik in allen Ländern zu verteilen.

II. Die 22. Interparlamentarische Konferenz macht sich die Abmachungen zu eigen, die in dem von der 4. Versammlung des Völkerbundes aufgestellten Entwurf eines gegenseitigen Hilfsvertrages enthalten sind und die den Angriffskrieg als „internationales Verbrechen" kennzeichnen; sie

Digitized by Google

empfiehlt den nationalen Gruppen, ihren Parlamenten Entwürfe zu einer Verfassungsänderung vorzulegen, die abzielt a) auf das Verbot, irgendwelche kriegerische Entscheidung herbeizuführen, vorbehaltlich der Verpflichtungen, die nach dem Wortlaut des Art. 16 der Völkerbundsatzung eingegangen sind; b) auf die Verpflichtung, ein Schiedsgericht oder andere Mittel gütlicher oder rechtlicher Entscheidung für die Lösung von Zwistigkeiten mit andern Staaten in allen Fällen anzurufen, in denen eine gütliche Verständigung durch unmittelbare Verhandlungen nicht geglückt sein sollte. Die Konferenz legt ganz besonderen Wert darauf, zu betonen, wie wichtig es ist, daß alle Staaten ihre Zustimmung zu der fakultativen Klausel des Art. 36 der Satzung des Weltgerichtshofs erklären.

III. In Erwägung, daß die wechselseitige Abhängigkeit der Völker und der Nationen ein mehr und mehr bezeichnender Charakterzug unseres Zeitalters wird, empfiehlt die 22. Interparlamentarische Konferenz den nationalen Gruppen, ihren Parlamenten einen Antrag zu unterbreiten, der darauf abzielt, nach dem Beispiel der Südamerikanischen Republiken die Bezeichnung „Ministerium der internationalen Beziehungen" an die Stelle von „Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten" zu setzen".

Auch der folgende Gegenstand der Tagesordnung, die Kolonialmandate und der Völkerbund, über den der französische Deputierte *Marius Montet* einen Bericht erstattete, konnte verabschiedet werden. Die Konferenz nahm nach einer interessanten Debatte, an der sich deutscherseits in sachkundigster Weise der frühere Gouverneur von Ostafrika Dr. *Schnee* beteiligte, die von der Kommission für nationale und koloniale Fragen durch ihren Berichterstatter vorgelegten Resolutionsentwürfe mit einigen Zusätzen an, die den von den einzelnen Rednern vorgebrachten Wünschen Rechnung tragen. So sprechen sich diese Resolutionsentwürfe für die geistige und politische Erziehung der Eingeborenen mit dem Ziele einer immer größeren Autonomie, für ein unbeschränktes Petitionsrecht an den Völkerbund aus; so fordern sie die Abschaffung der Haussklaverei wie der Zwangsarbeit; so erklären sie die Rekrutierung der Eingeborenen zum Zwecke der Verstärkung der bewaffneten Macht der Mandatsmächte als in Widerspruch zu dem genauen Text des Art. 22, Abs. 5 der Völkerbundsatzung stehend; so treten sie für den Grundsatz der offenen Tür für alle Völker, auch solche, die noch nicht Mitglieder des Völkerbundes sind, ein; so fordern sie endlich, daß der Handel mit Waffen und Munition in allen Kolonien der Kontrolle des Völkerbundes (gemäß Art. 23 d der Satzung), der Handel mit Betäubungsmitteln und Alkohol der Kontrolle eines internationalen Organs unterstellt werden soll und die Sklaverei weder tatsächlich noch rechtlich anerkannt werden darf.

Ich übergehe die Frage der Reparationen und ebenso die der wirtschaftlichen Solidarität und der internationalen Handelsbeziehungen und erwähne nur, daß die Konferenz den Abschluß von Handels- und Verkehrsverträgen zwischen den einzelnen Ländern unter Berücksichtigung ihrer gleichen Behandlung, ferner eine gründliche Revision des derzeitigen Zollverfahrens, im Eisenbahn- und Schiffahrtsverkehr direkte Verbandstarife mit einheitlicher Währung und endlich die Aufhebung des Paßzwanges, zumindest aber des Visazwanges forderte und die nationalen Gruppen ersuchte, im Sinne dieser Resolution auf ihre Regierungen und Parlamente einzuwirken.

Auch die folgende Frage, die der Auswanderung und Einwanderung, über die der französische Senator *Fernand Merlin* berichtete, kann ich nur kurz streifen. Zum ersten Male hat die Interparlamentarische Union mit dieser Frage ein Problem der Sozialpolitik in den Kreis ihrer

Digitized by Google

Beratungen gezogen. Aber da diese Frage sich noch in ihrem Anfangsstadium befindet, so konnte der Berichterstatter der Konferenz nur die Begründung einer Kommission für soziale Fragen empfehlen. Diese Kommission wird das Problem eingehend prüfen und einer späteren Konferenz darüber berichten.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung, die Frage der Abrüstung, beriet die Konferenz im Reformationssaale zu Genf, dem Saale, in dem der Völkerbund seine Sitzungen abhält. So konnte die Konferenz diesem ihre Beschlüsse unmittelbar überreichen. Ich teile im folgenden die Beschlüsse mit, die die Konferenz zu den verschiedenen Seiten dieser Frage faßte.

I. Private Waffenfabrikation und Waffenhandel.

[Berichterstatter: Herr *van Walleghem*, Mitglied des Repräsentantenhauses (Belgien)].

In Erwägung, daß die Völkerbundsatzung auf die „schlimmen Folgen" der privaten Herstellung von Munition und Kriegsmaterial aufmerksam macht, in Erwägung, daß es allgemein anerkannt ist, daß diese Folgen vollständig nur beseitigt werden können, wenn neben der Kontrolle der privaten Waffenfabrikation auch eine wirksame internationale Kontrolle des Handels mit Kriegsmaterial, angewandt auf alle Staaten und auf alle Gegenden der Erde, errichtet wird, spricht die 22. Interparlamentarische Konferenz die Hoffnung aus, daß das im Laufe des letzten Jahres zwischen dem Völkerbund und den Vereinigten Staaten von Amerika in dieser Richtung eingeleitete Zusammenwirken zu einem allgemeinen Abkommen führen wird auf Grundlage der grundlegenden Prinzipien der Konvention von St. Germain vom 10. September 1919 bezüglich der Kontrolle des Waffenhandels, und daß so eine Regelung dieser beiden eng verbundenen Probleme zwischen allen Staaten, die Produzenten von Kriegsmaterial sind, wird zustande kommen können.

Die Konferenz empfiehlt dringend die Berufung einer internationalen Konferenz, die damit beauftragt wird, die für diesen Zweck erforderlichen internationalen Konventionen auszuarbeiten, und sie bittet die Gruppen der Union, bei ihren Parlamenten und ihren Regierungen auf der Dringlichkeit dieser Fragen im Interesse des Friedens und der Herabsetzung der Rüstungen zu bestehen.

II. Entmilitarisierte Zonen.

[Berichterstatter: Herr General *Spears*, Mitglied des Unterhauses (Groß-Britannien)].

Unter Berufung auf die für den Frieden wohltätigen Ergebnisse der Errichtung entmilitarisierter Zonen, insbesondere der an der Grenze der Vereinigten Staaten und Kanadas durch den Vertrag von 1817 geschaffenen; in Erwägung, daß jede Maßnahme, die darauf abzielt, eine unmittelbare Fühlungnahme zwischen gegnerischen militärischen Kräften zu vermeiden, die Gefahr von Grenz-Zwischenfällen beseitigen und dazu beitragen würde, auf der einen wie auf der andern Seite ein größeres Gefühl von Sicherheit zu erzeugen, das eine beträchtliche Herabsetzung der Rüstungen ermöglichen würde, weist die 22. Interparlamentarische Konferenz auf die ganz besondere Bedeutung hin, die einer Verallgemeinerung dieser Methode der Friedenssicherung unter der Aegide des Völkerbundes zukommen würde.

Sie beauftragt die ständige Studienkommission für die Herabsetzung der Rüstungen, das Studium des Problems der Entmilitarisierung der Grenzen weiter zu vertiefen, und lädt sie ein, einen Sonderausschuß einzusetzen, der möglichst bald zusammentreten soll, um diese bedeutungsvolle Frage zu erörtern.

Digitized by Google

III. Plan und Methode zur Herabsetzung der Rüstungen.

[Berichterstatter: Herr Dr. P. *Munch*, Abgeordneter, ehemaliger Minister der Landesverteidigung].

a) Indem die 22. Interparlamentarische Konferenz an die Beschlüsse der früheren Konferenzen erinnert, indem sie mit Nachdruck auf der Dringlichkeit einer auf alle Staaten anwendbaren Herabsetzung der Rüstungen besteht, lenkt sie die ernste Aufmerksamkeit der Regierungen, der Parlamente und der Völker auf die Vorzeichen einer neuen Rüstungsüberlastung, die sich im Laufe der letzten Jahre gezeigt haben.

Die Konferenz begrüßt mit tiefer Genugtuung die vom Präsidenten der Vereinigten Staaten angekündigte Absicht, nächstens eine zweite Konferenz für die Abrüstung zur See einzuberufen, ebenso wie den zu wiederholten Malen vom Leiter der Großbritannischen Regierung geäußerten Vorschlag, das Rüstungsproblem einer internationalen Diskussion zu unterbreiten.

Sie erinnert die Regierungen und die öffentliche Meinung an die wiederholten Empfehlungen der Versammlung des Völkerbundes, die eine Beschränkung des Gesamt-Rüstungsbudgets jedes Staates vorgesehen haben, und sie besteht darauf, daß die Regierungen sich unverzüglich verpflichten, diese Empfehlung anzunehmen.

In Anerkennung der Notwendigkeit, den Völkern ein Gefühl der Sicherheit zu geben, lädt die Konferenz die Gruppen ein, jedes Mittel zu versuchen, das für die Schaffung eines derartigen gegenseitigen Gefühls unter den Völkern geeignet ist. Sie meint, daß eines dieser Mittel, und zwar eines der wichtigsten, die Herabsetzung der Rüstungen sein würde. Sie betont, wie wichtig es ist, zu einem unverzüglichen Studium der Methoden einer derartigen Herabsetzung zu gelangen, und sie empfiehlt die Ausarbeitung eines allgemeinen Planes in Uebereinstimmung mit Art. 8 der Völkerbundsatzung, möge dieser eingefügt sein in ein System gegenseitiger Unterstützung auf der Grundlage der Völkerbundsatzung, möge er unabhängig von einem solchen System zur Ausführung kommen. Ohne sich über die Einzelheiten auszusprechen, lenkt sie in dieser Richtung die Aufmerksamkeit der Regierungen und der Völkerbundversammlung auf die beiden Entwürfe zu einer Herabsetzung der Rüstungen, die der vorliegenden Resolution beigefügt sind (A und B).

b) Der erste Schritt, der auf dem Wege einer Herabsetzung der Rüstungen geschehen muß, ist die Verpflichtung der Staaten, sich auf eine feste Ziffer ihre militärischen Ausgaben (für Heer, Flotte, Luftschiffahrt usw.) festzulegen, eine Ziffer, die die gegenwärtige Gesamtsumme dieser Ausgaben nicht überschreiten darf, und die den Ausgangspunkt für die Herabsetzung der Rüstungen bilden würde.

Zu der Resolution III (Plan und Methode zur Herabsetzung der Rüstungen) wurden als ***Plan A*** und ***Plan B*** folgende Beilagen hinzugefügt:

Plan A.

Vorbemerkung.

1. Die neueste Entwickelung der Zerstörungsmittel zielt dahin, den Begriff der „Verteidigung" eines Landes durch die militärischen Mittel, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, mehr oder minder illusorisch zu machen. Die Rüstungen sind wesentlich, heute mehr als je, Angriffsmittel geworden. Eine „Verteidigung" würde darin bestehen, dem Angriff durch einen Gegenangriff zuvorzukommen oder zu Repressalien zu greifen.

Digitized by Google

2. Die einzige „Sicherheit" eines Staates beruht demzufolge
   1⁰ auf der Ausmerzung der Angriffsmittel der anderen Staaten und seiner eigenen;
   2⁰ auf der Entwickelung einer Politik des Friedens und des Zusammenwirkens unter den Staaten („Moralische Abrüstung").

3. Dieser Stand der Dinge schafft eine einzig dastehende Gelegenheit, auf der Dringlichkeit der materiellen Abrüstung zu bestehen.

4. Da die Sicherheit eines Staates direkt abhängig von den militärischen usw. Vorbereitungen der anderen Staaten ist, so wird diese Sicherheit für ihn unverändert bleiben, wenn die Rüstungen aller Staaten, deren militärische usw. Vorbereitungen eine etwaige Drohung für ihn bilden können, zu gleicher Zeit und in gleichem Maße von der Herabsetzung getroffen werden wie seine eigenen.

5. Die Herabsetzung der Rüstungen aller Staaten ist anderseits eine Grundbedingung dafür, daß die Satzung des Völkerbundes funktionieren kann. Eine derartige Herabsetzung würde die Versuchung beseitigen, in die ein Staat sonst geraten könnte, den Bestimmungen der Satzung zu trotzen.

6. Die Entscheidung über jede Herabsetzung der Rüstungen kommt jedem Staate selbständig zu, und das gilt sogar für die Mitglieder des Völkerbundes (Art. 8 der Satzung).

Es besteht hingegen eine formelle moralische Verpflichtung zur Abrüstung, die alle zum Völkerbund gehörenden Staaten bindet, gemäß der Satzung und gemäß den Friedensverträgen von 1919 und 1920 (Vertrag von Versailles, Einleitung zu Teil V).

7. Das Ganze der militärischen Organisation eines Staates ist der Ausdruck — sozusagen der Schnittpunkt — von zwei Faktoren, einerseits von dem, was dieser Staat als unbedingt erforderlich für seine „Sicherheit" erachtet, und anderseits von dem, was er für diesen Zweck mit Rücksicht auf seine Volkswirtschaft und auf seine Finanzen glaubt ausgeben zu können.

Dieses Ganze findet seinen mathematischen Ausdruck in der durchschnittlichen Summe, die während einer Reihe von Jahren für die Heeres-, Flotten- und Luftrüstungen aufgewendet worden ist.

8. Infolgedessen sind es die Budgets, auf die die grundlegenden Verpflichtungen zum Zwecke einer Herabsetzung der Rüstungen aufgebaut sein müssen.

Nebenbei wird so der Grundsatz der „Souveränität" des Staates immer gewahrt, namentlich weil die entscheidende Grundlage der Herabsetzung durch den Staat selbst festgelegt ist und ein großer Spielraum ihm gewährt wird hinsichtlich der Einzelheiten der Organisation seiner Streitkräfte (z. B. militärische Dienstpflicht).

9. Indessen wird die Budget-Grundlage für die Herabsetzung ergänzt werden können durch gewisse andere Elemente der militärischen Organisation, insbesondere solche, in denen die Angriffsidee zum Ausdruck kommt, so z. B.:

Friedenspräsenz,
Zahl der schweren Geschütze,
Zahl der Schiffseinheiten,
Zahl der Unterseeboote,
Zahl der Flugzeuge.

Vorentwurf eines internationalen Abkommens über die Herabsetzung der Rüstungen.

1. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, während des ersten Budgetjahres, das nach dem 31. Dezember 1925 beginnt, nicht den Durchschnitt der Gesamtsummen zu überschreiten, die von jedem von ihnen für Heeres-,

Digitized by Google

Flotten- und Luftkriegszwecke im Laufe der dem oben bezeichneten Budgetjahre vorangegangenen drei Budgets aufgewendet worden sind.

2. Die Gesamtsumme, die in den durch Art. 1 festgelegten Grenzen im Laufe des ersten nach dem 31. Dezember 1925 beginnenden Budgetjahres ausgegeben wird, bildet die Grundlage für die Herabsetzung der Rüstungen, die durch das gegenwärtige Abkommen vorgesehen ist.

3. Die Vertragsstaaten verpflichten sich, die in Art. 2 bezeichnete Gesamtsumme im Verhältnis von 10 (zehn) % herabzusetzen, von dem ersten nach dem 31. Dezember 1927 beginnenden Budgetjahr an.

Sie werden diese Herabsetzung um 10% erneuern vom ersten nach dem 31. Dezember 1929 beginnenden Budgetjahr an, und so weiter alle zwei Jahre, wobei sie immer die in Art. 2 bezeichnete Gesamtsumme als Grundlage nehmen werden, bis nach Verlauf von 10 Jahren die Heeres-, Flotten- und Luftbudgets eine Gesamtsumme von höchstens 50% der in Art. 2 bezeichneten Budgetgrundlage ausmachen.

4. Um die Inkraftsetzung des gegenwärtigen Abkommens zu erleichtern, verpflichten sich die Staaten, alle für Heeres-, Flotten- oder Luftzwecke bestimmten Summen in einen eigenen Abschnitt ihres Budgets aufzunehmen, der in Uebereinstimmung mit einem von der Finanzkommission des Völkerbundes ausgearbeiteten Muster abzufassen ist.

In diesem Abschnitt werden gleichfalls alle Kredite inbegriffen sein, die der Staat für folgende Zwecke bewilligt:

a) die Entwicklung der Industrie des Landes im Hinblick auf eine Mobilisierung derselben im Kriegsfall;

b) die Subventionierung der Handelsmarine unter der Bedingung der etwaigen Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe;

c) die Subventionierung der zivilen Luftschiffahrt im Hinblick auf die Benutzung der Luftfahrzeuge im Kriegsfall;

d) .....

5. Die Vertragsstaaten verpflichten sich außerdem, die folgenden Elemente ihrer militärischen Organisation, so wie sie durch das in Art. 2 bezeichnete Budgetjahr festgesetzt sein werden, während der in Art. 3 vorgesehenen zehn Jahre nicht zu vergrößern:

a) ihre Friedenspräsenz sowohl im Heeres-, Flotten- und Luftkriegsdienst;

b) die Zahl ihrer Geschütze (Land- und Schiffsartillerie) im Kaliber von mehr als ... mm.;

c) die Zahl ihrer Schiffseinheiten über ..... Tonnen;

d) die Zahl ihrer Unterseeboote;

e) die Zahl ihrer Luftschiffeinheiten;

f) .....

6. Die Staaten, deren Rüstungen durch die Friedensverträge von 1919 und 1920 beschränkt worden sind, werden durch die in Art. 1 bezeichneten Verpflichtungen nicht gebunden.

7. Jede Ausgabe, die infolge einer auf Empfehlung des Völkerbundsrates gemäß Art. 6 der Satzung zu Lande, zu Wasser oder in der Luft unternommenen Aktion gemacht worden ist, wird nicht betrachtet werden, als ob sie Teil hätte an der in Art. 2 und 3 bezeichneten Gesamtsumme.

8. Die Vertragsstaaten erkennen an, daß außergewöhnliche Umstände, z. B. eine beträchtliche Preissteigerung im Innern oder die Teilnahme an einem Kriege, in vereinzelten Fällen Staaten hindern können, die Bestimmungen der Art. 2 und 3 streng zu beobachten.

Digitized by Google

Sie verpflichten sich, vorkommendenfalls die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf die Tatsache zu lenken, daß derartige außergewöhnliche Umstände die Beobachtung ihres Teiles der Verpflichtungen des gegenwärtigen Abkommens werden hindern können. Sie verpflichten sich, die Entscheidung des Rates anzunehmen über die Berechtigung des oder der von ihnen gemäß dem gegenwärtigen Artikel angemeldeten Ausnahmefälle.

9. Das Sekretariat des Völkerbundes ist beauftragt, jedes Jahr in bequemer und klarer Form alle Angaben zu veröffentlichen, die sich auf die Anwendung und die Ausführung des gegenwärtigen Abkommens beziehen.

Um diese Aufgabe zu erleichtern, verpflichten sich die Vertragsstaaten, dem Sekretariat alle notwendigen Dokumente und Auskünfte zu liefern. Sie verpflichten sich insbesondere, dem genannten Sekretariat zu übermitteln:

a) die Budgetentwürfe, die endgültigen Budgets und die jährlichen Rechnungen, die sich auf die Rüstungen beziehen, sobald diese Dokumente ihren Parlamenten oder anderen mit der Kontrolle und Rechnungsprüfung beauftragten Organen des Staates (Rechnungshof, Rechnungsprüfer usw.) zugestellt werden;

b) ins einzelne gehende Auskünfte über die Elemente ihrer durch Art. 5 bezeichneten Heeres-, Flotten- und Luftkriegs-Organisation.

Diese letztere Uebermittlung wird spätestens drei Monate vor dem Ende des in Art. 2 bezeichneten Budgetjahres erfolgen.

10. Die Vertragsstaaten erkennen jeder hohen vertragschließenden Partei das Recht zu, dem Völkerbundsrat jede Tatsache mitzuteilen, die nach Ansicht dieser vertragschließenden Partei eine Verletzung der Verpflichtungen des gegenwärtigen Abkommens bilden würde.

11. Die Vertragsstaaten erkennen der Finanzkommission des Völkerbundes das Recht zu, die Aufmerksamkeit des Völkerbundsrates auf die Tatsache zu lenken, daß in einem Staat die Kaufkraft der nationalen Währung derart gestiegen ist, daß dadurch die Fähigkeit des Staates, seine Heeres-, Flotten- oder Luftorganisation zu vergrößern, in bemerkenswertem Maße berührt wird.

12. Der Rat wird unverzüglich über die Berechtigung von Gesuchen, die gemäß Art. 10 und 11 vorgebracht werden, entscheiden. Er wird jeden Streitfall dem Gerichtshof unterbreiten können.

13. Das gegenwärtige Abkommen ist gültig bis zum Ende der in Art. 3 bezeichneten Periode von 10 Jahren.

Spätestens drei Jahre vor dem Ende dieser Periode wird der Völkerbundsrat die hohen vertragschließenden Parteien einladen, zu der Ausarbeitung eines neuen Abkommens über eine weitere Herabsetzung der Rüstungen zu schreiten.

Kommentar zum Entwurf.

1. Die Budgetjahre fallen nicht überall mit dem Kalenderjahr zusammen. Darum war es nötig, die Formel „erstes Budgetjahr, das nach dem 31. Dezember 1925 beginnt“ zu gebrauchen. Wenn es nötig ist, als Grundlage ein anderes Budgetjahr vorzusehen als das im Jahre 1926 beginnende, so werden die in Art. 3 angegebenen Jahre entsprechend geändert.

Es ist die Frage zu prüfen, ob für Bundesstaaten, wie die Schweiz, es notwendig sein wird, in dem Vertrag gewisse Ausgaben der Kantone mit einzuschließen.

4. Die am Ende des Artikels gegebene Aufzeichnung muß nicht als erschöpfend aufgefaßt werden; sie kann sowohl abgeändert wie vervollständigt werden.

Digitized by Google

5. Die Aufzählung ist nicht erschöpfend; sie wird abänderungsfähig sein. Der Hauptzweck der Vorschrift ist, einen Staat zu hindern, alles Gewicht seiner militärischen Vorbereitung auf einen Zweig seiner Organisation zu legen, der für ein anderes Land eine schwere Bedrohung bilden kann.

Man wird vielleicht den Ausdruck „Friedenspräsenz" erläutern müssen, besonders für die Länder mit Miliz (Norwegen, Schweiz).

8. Man wird für die Prüfung der „Ausnahmefälle" eine andere Instanz als den Völkerbundsrat vorsehen können, z. B. den Internationalen Gerichtshof, vorkommendenfalls ergänzt durch technische Beisitzer (vgl. Art. 10).

12. Der Rat muß wahrscheinlich mit einfacher Mehrheit abstimmen, und die unmittelbar beteiligten Staaten — Kläger und Verklagter —, die entsprechend Art. 4 der Völkerbundsatzung vertreten sind, dürfen kein Stimmrecht haben. (Vgl. Art. 3 des Entwurfes vom Jahre 1923 zu einem Vertrage über gegenseitige Unterstützung.)

Im Falle, daß die Anrufung des Gerichtshofes vorgesehen sein sollte, muß man eine besondere Kammer für diese Kategorie der Streitfälle organisieren, wie die Satzung des Gerichtshofes es schon für die Steitfälle des Arbeitsrechts und für die Streitfälle der Durchfuhr und der Verkehrswege getan hat (Art. 26 und 27 der genannten Satzung).

Plan B.

Die Friedensverträge von Versailles, Saint-Germain, Trianon und Neuilly haben die Grenzen für die Rüstungen Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und Bulgariens festgelegt, „um die Vorbereitung einer allgemeinen Begrenzung der Rüstungen aller Nationen zu ermöglichen".

Es ist deshalb natürlich, als Grundlage für die Pläne zur Beschränkung der Rüstungen, die gemäß Art. 8 der Völkerbundsatzung ausgearbeitet werden müssen, eben die Bestimmungen dieser Verträge zu nehmen.

Da die Bestimmungen über die deutsche Armee einen speziellen Charakter tragen, kann man als Grundlage die für die österreichische Armee festgelegten Grenzen nehmen.

Gemäß dem Frieden von Saint-Germain darf die Gesamtsumme der militärischen Kräfte der österreichischen Armee nicht 30 000 Mann überschreiten. Diese Ziffer ist festgelegt für einen Staat von 6 000 000 Einwohnern; auf Grundlage dieser Ziffer würde die festzustellende Grenze also 5 000 Mann für jede Million Einwohner betragen. Diese Grenze ist bestimmt für eine Armee, deren Soldaten für 12 Jahre verpflichtet sind. Es gibt außerdem in dem Vertrage Bestimmungen bezüglich der Zahl der Offiziere, bezüglich der taktischen Einheiten, bezüglich des Maximums von Waffen und Munitionsvorräten usw. Alle diese Bestimmungen könnten als Grundlage der Pläne für die allgemeine Herabsetzung der Rüstungen benutzt werden.

Indessen muß man die Anwendung eines andern Systems der Rekrutierung und Ausbildung vorsehen. Es gibt sicherlich Staaten, die es vorziehen würden, statt des Söldnersystems, das durch die Friedensverträge für die militärische Organisation der betreffenden Staaten vorgeschrieben ist, ein System zu wählen, bei dem der Heeresdienst weit kürzer wäre: z. B. 6 Monate oder ein Jahr. Eine auf diese Weise organisierte Armee würde ohne Zweifel einer an Zahl gleich großen Söldnerarmee nicht gewachsen sein. Es muß deshalb den Staaten, die dieses System vorziehen würden, gestattet sein, jedes Jahr eine Zahl von Soldaten auszubilden, die es erlaubt, vorkommendenfalls eine zahlreichere Armee aufzustellen als die Söldnerarmee in einem Staat mit gleicher Einwohnerzahl. Man könnte z. B. gestatten, jährlich 1000 Soldaten auf eine Million Einwohner auszubilden, was die Möglichkeit geben würde, 10 000 Mann auf eine Million zu mobilisieren.

Digitized by Google

Bei Festlegung einer allgemeinen Grundlage für die Rüstungen der verschiedenen Staaten muß gemäß Art. 8 der Satzung für jeden Staat auf seine geographische Lage und auf seine besonderen Verhältnisse Rücksicht genommen werden.

Als Grundlage für die Festlegung der Zahl der Soldaten genügt es nicht, die Zahl der Einwohner des Mutterlandes zu nehmen, sondern man muß auch, bis zu einem gewissen Grade, die Bevölkerung und den Umfang der Besitzungen jedes Staates in anderen Kontinenten in Rechnung stellen. Es ist nicht möglich, in dieser Beziehung eine allgemeine Regel aufzustellen, man muß in jedem Falle die besonderen Verhältnisse prüfen.

Man muß auch die Tatsache berücksichtigen, daß gewisse Staaten eine besonders gefährliche geographische Lage haben und daß die Friedensverträge gewissen Staaten spezielle Aufgaben militärischen Charakters übertragen haben.

Was die Seestreitkräfte anlangt, so könnte man die für Deutschland durch den Versailler Vertrag festgelegten Grenzen als Grundlage nehmen. Dieser Vertrag gestattet Deutschland eine Marine von 2000 Tonnen auf die Million Einwohner zu unterhalten. Da die Rüstungsgrenzen für Deutschland durch den Friedensvertrag verhältnismäßig enger gezogen sind als für die anderen Staaten, deren Rüstungen durch die Verträge begrenzt sind, so könnte man vielleicht eine Macht von 4000 Tonnen auf die Million Einwohner als Grundlage für die Begrenzung der Seestreitkräfte nehmen. Wenn man die Grenzen für die Seerüstungen jedes Staates festsetzt, wäre es auch nötig, für jeden Staat seiner besonderen Lage und der Ausdehnung seiner Besitzungen in anderen Kontinenten Rechnung zu tragen.

Mit der Annahme dieser Beschlüsse war die Tagesordnung der Bern-Genfer Konferenz erschöpft. Sie hat sich ihren Vorgängerinnen würdig angereiht und wird immer eine besondere Stellung in der Geschichte der Interparlamentarischen Union einnehmen; nicht nur, weil 26 Kulturstaaten auf ihr vertreten waren, sondern vor allem deshalb, weil die Debatten auf einem besonders hohen Niveau standen und von bedeutenden Rednern geführt wurden. Mit Recht konnte daher der Präsident der Konferenz, der Schweizer Nationalrat *Aloïs de Meura*, in seinem Abschiedswort sagen, daß die Konferenz sich zu der geleisteten Arbeit beglückwünschen dürfe. Während der Verhandlungen in Bern hatte der amerikanische Gesandte in Bern, Herr *Gibson*, einen Brief verlesen, in dem der Präsident *Coolidge* die Interparlamentarische Union auf Grund eines Kongreßbeschlusses vom 13. Mai d. Js. einlädt, im nächsten Jahre in Washington zu tagen. So wird denn die 23. Interparlamentarische Konferenz im Oktober 1925 in den Vereinigten Staaten sich versammeln, wo die Union zuletzt im Jahre 1904 (in St. Louis) getagt hat.

Remscheid, Oktober 1924.

Richard Eickhoff.

4. Académie internationale de droit comparé.

Die Gründung dieser internationalen Akademie für Rechtsvergleichung erfolgte am 13. September 1924 in Genf. Präsident ist Professor *André Weiß*, Professor für internationales Recht an der Universität Paris und Vizepräsident des internationalen Gerichtshofs im Haag. Vizepräsidenten sind die Professoren *de Bustamante*, Professor des internationalen Rechts an der Universität Habana (Kuba) und Richter am Haager internationalen Gerichtshof, *Vittoria Scialoja*, Professor an der Universität Rom, Senator und früherer italienischer

Digitized by Google

Minister der Justiz und des Auswärtigen, und *Munroe Smith*, Professor an der Universität Columbia (New York), Sekretäre die Professoren *Henry Lévy-Ullmann*, Professor für Rechtsvergleichung an der Universität Paris und *Elemer Balogh*, Professor an der Universität Kowno (Litauen).

Die Arbeiten der Akademie sind der Wissenschaft der Rechtsvergleichung auf historischer Grundlage gewidmet, mit dem Ziel, die Gesetzgebung der einzelnen Länder besonders auf dem Gebiete des Privatrechts durch systematische Annäherung und Vereinheitlichung auszugestalten. Die Akademie hat vier Arbeitsgruppen eingerichtet: eine lateinische Sektion unter dem Vorsitz von Professor *Dionisio Anzilotti*, Professor an der Universität Rom und Richter des internationalen Haager Gerichtshofes, eine anglo-amerikanische Sektion unter dem Vorsitz von Professor *Edward Jenks*, Professor an der Universität London, eine mittel- und nordeuropäische Sektion unter Professor *Carl Wieland*, Professor in Basel, und eine Arbeitsgemeinschaft für orientalisches Recht unter Professor *G. Blanchard*, Professor in Kairo.

Die Akademie hat zunächst die Arbeiten für die Schaffung eines einheitlichen Handelsgesetzbuches aufgenommen und zu diesem Zweck eine Sonderkommission unter dem Vorsitz von Professor *Lyon-Caën* (Paris) gebildet, zum anderen gilt ihre Arbeit der Ausarbeitung der Vereinheitlichung des internationalen Privatrechts, für welche eine besondere Kommission unter Professor *André Weiß* zusammengetreten ist.

5. International Law Association.

Am 8. September 1924 trat in Stockholm der 33. Kongreß der I.L.A. unter dem Vorsitz des ehemaligen Ministerpräsidenten Dr. *Hj. Hammerskjöld* zusammen, welcher die Verhandlungen mit einer durch Beherrschung der Praxis und der Wissenschaft der beiden Zweige des internationalen Rechtes, Völkerrecht und internationales Privatrecht, ausgezeichneten Rede einleitete. Die Verhandlungen fanden in zwei Abteilungen statt, deren eine das Seerecht, die andere zahlreiche andere Materien behandelte, unter denen hervortreten: Staatsangehörigkeit (besonders *jus soli* und Staatsangehörigkeit der Ehefrau), Vollstreckung ausländischer Urteile, Zivilgefangene im Kriege, internationaler Gerichtshof für international gelagerte Privatrechtsstreitigkeiten, Minderheitenschutz. — Bemerkenswert ist die Absendung eines Telegramms an den Völkerbund, mit der auf Antrag der schwedischen Landesgruppe beruhenden Erklärung, daß die I.L.A. dem Völkerbund generell ihre Dienste anbiete. — Der nächste Kongreß soll 1926 in Marseille stattfinden.

In Ergänzung der Ztschr. XXXII S. 478—79 gebrachten Mitteilungen sei folgender Bestand an Landesgruppen verzeichnet: Niederlande (gegr. 28. 11. 1910), Deutschland (gegr. 20. 7. 1912), Argentinien (gegr. 21. 2. 1919), Japan (gegr. 13. 12. 1920), Tschechoslowakei (gegr. 19. 7. 1921), Vereinigte Staaten von Amerika (gegr. 5. 11. 1921), Schweden (gegr. 3. 6. 1922), Mexiko (gegr. 1. 1. 1923), Ungarn (gegr. 24. 2. 1923), Polen (gegr. 11. 12. 1923), Frankreich (1924).

Digitized by Google

Haager Gerichts- und Schiedsgerichtssprüche*).

Die Tätigkeit der Cour Permanente de Justice Internationale bis 1. März 1925.

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag**) hat bis zum 1. März 1925 die ihm angetragenen Entscheidungen von Streitfällen in drei Urteilen (*„arrêts“*) und in zehn Sprüchen (*„avis consultatifs“*) erledigt.

Nach dem ersten Zusammentritt am 15. Februar 1922***) hielt der Gerichtshof seine erste (ordentliche) Tagung vom 15. Juni bis 12. August 1922, die zweite (außerordentliche) Tagung vom 8. Januar bis 7. Februar 1923, die dritte (ordentliche) Tagung vom 15. Juni bis 15. September 1923, die vierte (außerordentliche) Tagung vom 12. November bis 6. Dezember 1923, die fünfte (ordentliche) Tagung vom 16. Juni bis 12. September 1924 ab. Die sechste (außerordentliche) Tagung wurde am 12. Januar 1925 eröffnet.

I. „Avis consultatifs“.

Der erste Spruch betrifft die Auslegung des Art. 389 des Versailler Vertrages, der bestimmt, daß die Mitgliederstaaten der Internationalen Arbeitskonferenz Delegierte im Einverständnis mit den maßgebendsten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden zu ernennen haben. Der Gerichtshof hatte auf Antrag des Völkerbundrates die Frage zu beantworten, ob der Arbeiterdelegierte der Niederlande auf der dritten Session der Internationalen Arbeitskonferenz in Gemäßheit der Bestimmungen des dritten Absatzes des Art. 389 des Versailler Vertrages bestimmt worden ist.

Die bejahende Entscheidung des Gerichtshofes vom 31. Juli 1922 ist dahin ergangen, daß der Gerichtshof der Ansicht ist, daß der Arbeiterdelegierte der Niederlande gemäß den angeführten Bestimmungen des Versailler Vertrages ernannt worden ist. (*„Publications de la Cour permanente de justice internationale“, Série B, Recueil des avis consultatifs* Nr. 1, Leyden, A. W. Sijthoff, 1922; abgedruckt Ztschr. XXX, 347 ff.)

Der zweite Spruch betrifft die Zuständigkeit des Internationalen Arbeitsamtes in Fragen der landwirtschaftlichen Arbeit. Der Rat des Völkerbundes hatte den Gerichtshof um Beantwortung der Frage ersucht, ob die Zuständigkeit des internationalen Arbeitsamtes sich auf die internationale Regelung der Arbeitsbedingungen landwirtschaftlicher Arbeiter erstreckt.

Durch Spruch vom 12. August 1922 ist die bejahende Antwort erteilt, daß der Gerichtshof der Ansicht ist, daß sich die Zuständigkeit der internationalen Arbeitsorganisation auf die internationale Regelung der Arbeitsbedingungen der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen erstreckt. (*„Publications de la Cour permanente de justice internationale“. Série B*, Nr. 2, Leyden, A. W. Sijthoff, 1922; abgedruckt Ztschr. XXX, 352 ff.)

---

*) Die Texte der bisher in der Zeitschrift noch nicht abgedruckten Haager Gerichtssprüche können wegen Raummangels erst im XXXIV. Band mitgeteilt werden. Herausgeber.

**) Vergl. Ztschr. XXIX, 400; XXX, 200, 282, 347; XXXI, 114, 163, 283; XXXII, 148, 447.

***) Ztschr. XXIX, 400; XXX, 282.

Digitized by Google

Der dritte Spruch erstreckt sich auf eine Zusatzfrage zum zweiten Gutachten. Der Rat des Völkerbundes hatte dem Gerichtshof die Zusatzfrage vorgelegt, ob Vorschläge für die Organisation und die Entwickelung der Methoden der landwirtschaftlichen Produktion und ähnliche Fragen in die Zuständigkeit des internationalen Arbeitsamts fallen.

Durch Spruch vom 12. August 1922 (im Zusammenhang mit dem zweiten Spruch) hat der Gerichtshof die Antwort dahin gegeben, daß nach seiner Ansicht die Frage, ob — abgesehen von den durch den Friedensvertrag der Zuständigkeit der internationalen Arbeitsorganisation überwiesenen bestimmten Punkten — die Beschäftigung mit den internationalen Produktionsmitteln selbst in das Gebiet der Zuständigkeit dieser Organisation fällt, zu verneinen ist. (*„Publications de la Cour permanente de justice internationale", Série B, No. 3,* Leyden, A. W. Sijthoff, 1922; abgedruckt Ztschr. XXX 360 ff.)

Der vierte Spruch betrifft den englisch-französischen Tunis-Marokkostreit betreffend die französischen Staatsangehörigkeitserlasse in Tunis und Marokko vom 8. November 1921. Der Rat des Völkerbundes hatte dem Gerichtshof die Frage vorgelegt, ob dieser Streitfall wegen der Anwendung der Erlasse auf englische Staatsangehörige vom Standpunkt des internationalen Rechts eine lediglich innerstaatliche Angelegenheit, die nur Frankreich angeht, betrifft oder nicht.

Durch Spruch vom 7. Februar 1923 hat der Gerichtshof sein Gutachten dahin abgegeben, daß der englisch-französische Streitfall nach internationalem Recht keine Angelegenheit ausschließlich innerstaatlicher Kompetenz Frankreichs ist, und daß daher der Völkerbundrat befugt ist, den ihm von der englischen Regierung unterbreiteten Streitfall zu behandeln. (*„Publications de la Cour permanente de justice internationale", Série B, No. 4,* Leyden, A. W. Sijthoff, 1923; abgedruckt Ztschr. XXXI 163 ff.)

Der fünfte Spruch bezieht sich auf die Autonomie Ostkareliens, eine Auslegung von Art. 10 u. 11 des Dorpater finnisch-russischen Friedensvertrages vom 14. Oktober 1920 und die russische Zusatzerklärung betr. Autonomie von Ostkarelien. Der Gerichtshof hatte auf Antrag des Völkerbundrates die Frage zu beantworten, ob die Art. 10 u. 11 des genannten Vertrages und die angehängte russische Erklärung als internationale Verpflichtungen zu betrachten sind, die Rußland Finnland gegenüber binden, die darin enthaltenen Bestimmungen auszuführen.

Durch Spruch vom 23. Juli 1923 hat der Gerichtshof die zurückweisende Antwort gegeben, daß er nicht kompetent sei, um über die vom Rat unterbreitete Frage ein Gutachten abgeben zu können, da er kein Gutachten über einen Streitfall zwischen einem Mitglied des Völkerbundes und einem Nichtmitglied-Staate ohne Einwilligung dieses Staates abgeben könne. (*„Publications de la Cour permanente de justice internationale, Série B,* Nr. 5, Leyden, A. W. Sijthoff, 1923; vgl. Ztschr. XXXII, 148 Anmerkung.)

Der sechste Spruch befaßt sich mit der Frage der Lage gewisser Kategorien deutscher Ansiedler in Polen. Am 2. März wurde dem Gerichtshof ein Gesuch des Völkerbundrates unterbreitet, ein Gutachten abzugeben, ob der Völkerbund für die Fragen kompetent sei, die die Ausweisungs-Maßnahmen betreffen, die die polnische Regierung hinsichtlich der deutschstämmigen Ansiedler und Pächter in den von Deutschland an Polen übergegangenen Gebieten ergriffen hat, und ob diese polnischen Maßnahmen mit ihren internationalen Verpflichtungen übereinstimmten.

Der Gerichtshof hat durch Spruch vom 10. September 1923 die Antwort erteilt, daß der Völkerbund kompetent ist, und daß die Haltung der polnischen

Digitized by Google

Regierung im Widerspruch steht zu den hinsichtlich der deutschen Minderheiten durch den Vertrag vom 28. Juli 1919 übernommenen internationalen Verpflichtungen („*Publications de la Cour permanente de justice internationale, Série B. Nr. 6,* Leyden, A. W. Sijthoff, 1923; abgedruckt Ztschr. XXXII, 148 ff. [zugleich mit der von der deutschen Regierung vorgelegten Denkschrift]).

Der siebente Spruch gilt der Frage des Erwerbes der polnischen Staatsangehörigkeit gemäß dem Minderheitenvertrage vom 28. Juni 1919. Der Rat des Völkerbundes hatte den Gerichtshof um ein Gutachten ersucht, ob der Völkerbund kompetent ist, die Frage der Auslegung des Art. 4 des zwischen Polen und den alliierten Hauptmächten geschlossenen Minderheitenvertrages vom 28. Juni 1919 zu behandeln und gegebenenfalls, ob dieser Art. 4 sich auf den Wohnort der Eltern zur Zeit der Geburt der Personen, oder zur Zeit des Inkrafttretens des Vertrages bezieht.

Durch Spruch vom 15. September 1923 hat der Gerichtshof sein beratendes Gutachten dahin abgegeben, daß der Völkerbund kompetent ist und daß sich der Art. 4 des genannten Vertrages allein auf das Domizil der Eltern zur Zeit der Geburt der in Frage kommenden Personen bezieht („*Publications de la Cour permanente de justice internationale*", *Série B, Nr. 7,* Leyden, A. W. Sijthoff, 1923; abgedruckt Ztschr. XXXII, 216 ff. [zugleich mit der von der deutschen Regierung vorgelegten Denkschrift]).

Der achte Spruch betrifft die unter dem Namen „Jaworzina-Frage" bekannte Angelegenheit der Grenzziehung zwischen Polen und der Tschechoslowakei im Spiß-(Jaworzina-)Gebiete. Auf Ersuchen des Völkerbundes, an den die Botschafterkonferenz die Frage verwiesen hatte, hatte der Gerichtshof ein Gutachten über die Meinungsverschiedenheiten abzugeben, die zwischen Polen und der Tschechoslowakei über die hinsichtlich der Grenzabsteckung von der Botschafterkonferenz gefaßten Beschlüsse und Maßnahmen herrschen.

Durch Spruch vom 6. Dezember 1923 hat der Gerichtshof das Gutachten gefällt, daß die Frage der Grenzabsteckung zwischen Polen und der Tschechoslowakei durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 28 Juli 1920 endgültig geregelt ist, daß dieser Beschluß jedoch im ganzen in Anwendung kommen muß, und daß demgemäß der darin topographisch umrissene Grenzabschnitt des Spißgebietes — abgesehen von Einzelabänderungen, welche das gewöhnliche Verfahren der Grenzabsteckung an Ort und Stelle im Gefolge haben kann — den durch Art. II, § 3 vorgesehenen Abänderungen unterworfen bleibt. („*Publications de la Cour permanente de justice internationale*", *Série B, Nr. 8,* Leyden, A. W. Sijthoff, 1923)

Der neunte Spruch betrifft den „Fall des Klosters von Sankt Naoum", eine serbisch-albanische Streitfrage über die Grenzabsteckung. Auf Ersuchen des Völkerbundrates, den die Botschafterkonferenz zur Lösung der Differenzen angerufen hatte, hatte der Gerichtshof ein beratendes Gutachten über die Frage abzugeben, ob die alliierten Hauptmächte durch die Entscheidung der Botschafterkonferenz vom 6. Dezember 1922, durch die das Kloster Sankt Naoum Albanien zugesprochen wurde, die ihr durch einstimmigen Beschluß der Völkerbundsversammlung vom 2. Oktober 1921 zuerteilte Aufgabe so erfüllt haben, daß die Entscheidung von den streitenden Parteien als bindend anzuerkennen ist.

Der Gerichtshof hat am 24. September 1924 sein bejahendes Gutachten über den Streitfall dahin abgegeben, daß durch die genannte Entscheidung die Botschafterkonferenz der ihr gestellten Aufgabe der endgültigen, von

Digitized by Google

den beteiligten Parteien anzuerkennenden Lösung der Grenzziehung hinsichtlich des Klosters Sankt Naoum gerecht geworden ist. (*„Publications de la Cour permanente de justice internationale“, Série B, Nr. 9;* Leyden, A. W. Sijthoff, 1924.)

Der zehnte Spruch gilt der Frage des Austausches der griechischen und türkischen Bevölkerung. Der Rat des Völkerbundes hatte auf Ersuchen der „Gemischten Kommission für den griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausch“ den Gerichtshof um ein beratendes Gutachten gebeten über die Frage nach Sinn und Tragweite des Wortes „ansässig“ (*„établis“*) im Art. 2 des Lausanner Abkommens (betr. Austausch der griechischen und türkischen Bevölkerung) vom 30. Januar 1923, und über die Frage, unter welchen Bedingungen die in diesem Artikel als *„habitants grecs de Constantinople“* bezeichneten Personen als „ansässig“ im Sinn der Konvention betrachtet und vom obligatorischen Bevölkerungsaustausch eximiert werden können.

Durch Spruch vom 21. Februar 1925 hat der Gerichtshof das Gutachten verkündet, daß das Wort *„établis“* des Art. 2 des Lausanner Abkommens vom 30. Januar 1923 betr. Austausch der griechischen und türkischen Bevölkerung die Tragweite hat, die zeitlichen und örtlichen Bedingungen festzulegen, von denen der Austausch der Griechen und Türken abhängt, die in Konstantinopel resp. in West-Thrazien wohnen; daß dieses Wort den Tatbestand im Auge hat, der für diese Einwohner durch einen Wohnsitz ständigen Charakters geschaffen wird; daß zweitens die im Art. 2 als *„habitants grecs de Constantinople“* bezeichneten Personen innerhalb der 1912 festgelegten Grenzen des Verwaltungsbezirks der Stadt Konstantinopel wohnhaft sein und nach dort schon vor dem 30. Oktober 1913 mit der Absicht dauernden Aufenthalts verzogen sein müssen, um dem Wortlaut des Lausanner Abkommens gemäß als „ansässig“ betrachtet werden zu können. (*„Publications de la Cour permanente de justice internationale“, Série B, Nr. 10.* Leyden, A. W. Sijthoff, 1924.)

II. „Arrêts“.

Das erste Urteil des Gerichtshofes betrifft den „Wimbledon-Fall“, eine Klage der alliierten Hauptmächte gegen die deutsche Regierung auf Schadenersatz auf Grund der Verweigerung der freien Einfahrt des Dampfers „Wimbledon“ in den Kieler Kanal im März 1921. Die eingereichte Klage stützte sich auf die Auslegung von Art. 380 des Versailler Vertrages betr. Freiheit der Benutzung des Kanals durch alle mit Deutschland im Frieden lebenden Nationen.

Am 17. August 1923 hat der Gerichtshof sein Urteil dahin abgegeben, daß der Antrag der alliierten Hauptmächte zulässig war, daß die deutschen Behörden mit Unrecht die Durchfahrt des Dampfers „Wimbledon“ verweigert haben, daß der Art. 380 des Versailler Vertrages der Anwendbarkeit der deutschen Neutralitätserklärung vom 25. Juli 1920 auf den Kieler Kanal entgegensteht, daß daher die deutsche Regierung zum Schadenersatz verpflichtet ist. (*„Publications de la Cour permanente de justice internationale“, Série A, Recueil des arrêts, Nr. 1,* Leyden, A. W. Sijthoff, 1923; abgedruckt Ztschr. XXXI, 283 ff.)

Das zweite Urteil betrifft den sogenannten „Fall Mavrommatis“, den Streitfall zwischen der britischen und griechischen Regierung über die Herrn *Mavrommatis* in Palästina gemachten Konzessionen. Die hellenische Regierung hatte dem Gerichtshof einen Antrag um Einleitung eines Verfahrens gegen die englische Regierung eingereicht, wobei sie sich auf Art. 26 des

Digitized by Google

Palästina-Mandats stützte. Diesem Artikel zufolge hat die englische Regierung zugestimmt, jeden Streitfall zwischen ihr und einem Mitgliede des Völkerbundes über die Auslegung oder Anwendung der Mandatsbestimmungen dem Ständigen Internationalen Gerichtshofe vorzulegen. Die englische Regierung erhob gegen den Klageantrag Einspruch wegen Unzuständigkeit des Gerichtshofes, da die Streitfrage nicht dem genannten Art. 26 unterstehe. Der Streitfall selbst bezog sich auf die Weigerung Englands als Mandatar über Palästina, die dem griechischen Staatsangehörigen *Mavrommatis* 1914 von der Türkei für Palästina hinsichtlich Verkehrsunternehmungen gegebenen Konzessionen anzuerkennen.

Der Gerichtshof hat am 30. August 1924 das Urteil gefällt, daß der von der englischen Regierung erhobene Einspruch wegen Unzuständigkeit des Gerichtshofes insoweit anzuerkennen ist, als es sich auf die Konzessionen für die Unternehmungen in Jaffa bezieht, dagegen zu verwerfen ist, soweit er die Konzessionen für die Arbeiten in Jerusalem betrifft. Der Gerichtshof hat sich demgemäß für kompetent erklärt, über die Rechtslage des Teiles der von Griechenland erhobenen Klage, der die Bewilligung für die Arbeiten in Jerusalem betrifft, ein Urteil fällen zu können. („*Publications de la Cour permanente de justice internationale*", *Série A, Nr. 2,* Leyden, A. W. Sijthoff, 1924.)

Das dritte Urteil betrifft den Art. 179 Annexe, Paragraph 4 des Vertrages von Neuilly, einen griechisch-bulgarischen Streitfall. Auf Grund eines schiedsgerichtlichen Abkommens vom 18. März 1924 hatten die griechische und bulgarische Regierung dem Gerichtshof die zwischen diesen beiden Staaten entstandene Streitfrage über die Auslegung der genannten Bestimmung des Friedensvertrages von Neuilly zum abgekürzten Verfahren unterbreitet. Der beim Gerichtshof anhängig gemachte Streitfall bezog sich auf die beiden Fragen, ob durch den Wortlaut des Annex § 4 zu Art. 179 des Vertrages von Neuilly einerseits Schadenersatzforderungen für Handlungen umfaßt werden, die von bulgarischen Behörden außerhalb des bulgarischen Gebietes, wie es vor dem 11. Oktober 1915 existierte, in den durch Bulgarien nach seinem Kriegseintrit okkupierten Gebiete begangen sind, ob anderseits die alliierten Staatsangehörigen auf Grund der genannten Bestimmung Schadenersatzforderungen nicht nur in bezug auf den Schaden an Gütern, Rechten und Interessen (*„biens, droits et intérêts"*), sondern auch in bezug auf den Schaden an der Person (*„personne"*) infolge schlechter Behandlung, Deportation, Internierung oder anderer ähnlicher Akte zustehen.

Der Gerichtshof hat am 12. September 1924 das Urteil gefällt, daß die Schadenersatzansprüche auf Grund des § 4 des Annex zu Art. 179 des Vertrages von Neuilly für Handlungen der bulgarischen Behörden selbst außerhalb des Umfanges des bulgarischen Gebietes vor dem 11. Oktober 1915 sowie die Schadenersatzansprüche für Schaden an der Person berechtigt sind, und daß die aus dieser Veranlassung geschuldeten „Reparationen" in den Rahmen der durch Art. 121 vorgesehenen Reparationen fallen und demgemäß in der in den Art. 121 u. 122 vorgesehenen Gesamtsumme eingeschlossen sind. („*Publications de la Cour permanente de justice internationale*", *Série A, Nr. 3,* Leyden, A. W. Sijthoff, 1924.)

Dr. jur. *Curt Rühland.*

Digitized by Google

Völkerrechtliche Gutachten.

Zur Liquidation ehemals deutscher Güter in Polen.

Die Herren Professor *Verzyl* in Utrecht und Professor *E. Kaufmann* in Bonn haben die nachstehend mitgeteilten Gutachten abgegeben, deren Veranlassung in folgendem Hergang liegt:

Die Güter eines 1922 gestorbenen Deutschen, welche im jetzigen polnischen Gebiet liegen, sind in demselben Jahre durch Erbgang auf den Sohn übergegangen, welcher auf Grund des Vertrages von Versailles die Danziger Staatsangehörigkeit erworben hat. Die polnische Regierung hat diese Güter liquidiert, in Anwendung des Gesetzes vom 4. März 1920, gestützt auf Art. 92 und 297 des Vertrages von Versailles (mitgeteilt in dieser Zeitschrift, Band XXIX, S. 214 ff.) Die Freie Stadt Danzig hat auf Grund des Art. 39 der Konvention vom 9. November 1920 und gestützt auf die Art. 43 und 233 des Abkommens von Warschau die Zulässigkeit der Liquidation bestritten und den Oberkommissar des Völkerbundes ersucht, den zwischen ihr und der polnischen Regierung ausgebrochenen Streit zur Verhandlung zu bringen. Der Oberkommissar hat am 21. Juni 1923 erklärt, daß die Liquidation nicht in Widerspruch mit Art. 43 und 233 des Abkommens von Warschau stehe. Die Regierung von Danzig hat gegen diese Entscheidung Berufung bei dem Rat des Völkerbundes eingelegt. Darauf haben zunächst die Herren *Botella* und *Unden* am 3. Oktober 1924 folgendes Gutachten abgegeben:

„L'immeuble dont il est question dans la présente affaire a été liquidé selon les règles établies dans l'art. 92 du Traité de Versailles et relatives aux biens allemands; ces dispositions prévoient aussi les modalités quant aux conditions du paiement du prix à l'ayant-droit. La Ville libre de Dantzig ne conteste pas que cet immeuble était liquidable, selon l'article 92 du Traité de Paix, au moment de l'entrée en vigueur du Traité. Mais elle estime que la propriété, ayant passé après cette date aux mains d'un ressortissant dantzikois, ne pouvait plus faire l'objet d'une liquidation. Suivant la thèse dantzikoise la liquidation, n'étant pas autorisée par les dispositions du Traité de Paix, est contraire aux principes généraux de droit des gens et aux stipulations expresses des articles 43 et 233 de l'Accord de Varsovie.

D'après l'article 92 du Traité de Paix, les biens allemands situés dans les territoires polonais pourront être liquidés par application de l'article 297, sous réserve des conditions spéciales stipulées dans l'article 92. Il semble ressortir clairement de ces textes que le transfert inter vivos d'une propriété liquidable à une personne de nationalité non-allemande ne suffit pas pour faire cesser le droit de liquidation, reconnu à la Pologne par lesdites dispositions.

Il n'y a donc pas lieu de supposer que celui qui acquiert un immeuble liquidable par voie de succession, puisse réclamer un droit de propriété, libéré de la charge qui grevait l'immeuble aux mains du propriétaire précédent.

Nous ne croyons pas non plus que les stipulations de l'accord de Varsovie aient placé, à cet égard, les ressortissants dantzikois, dans une situation privilégiée. La Ville libre n'a pas prouvé que le principe d'égalité entre les ressortissants polonais et les ressortissants dantzikois énoncé dans l'art. 43, a été enfreint en l'espèce. La disposition de l'article 233 ne saurait être interprétée, selon nous, dans le sens qu'un ressortissant dantzikois, ayant acquis un bien liquidable, est fondé à faire valoir le bénéfice accordé par cet article.

Digitized by Google

En conséquence, nous nous rallions à l'opinion exprimée par le Haut Commissaire dans sa décision du 21. juin 1923 relative à la présente affaire."

Demgegenüber lauten die vorerwähnten Rechtsgutachten folgendermaßen:

I. Gutachten des Herrn Professor Dr. *Verzyl* in Utrecht.

Im Laufe des Jahres 1923 hat die polnische Regierung auf Grund der Vorschriften des polnischen sogenannten Registrierungsgesetzes vom 4. März 1920 die Liquidation des Ritterguts Parschkat vorgenommen, welches in Pomerellen belegen ist, einem infolge des Inkrafttretens des Versailler Vertrages (10. Januar 1920) polnisch gewordenen Gebiete. Zu diesem Zeitpunkt stand das genannte Rittergut im Eigentum des deutschen Staatsangehörigen *von Rützen,* bei dessen im Jahre 1921 erfolgten Tode das Eigentum auf Grund des deutschen sogenannten Anerbenrechts auf seinen ältesten Sohn überging. Da der Erbe durch die Vorschriften des Versailler Vertrages die Staatsangehörigkeit der freien Stadt Danzig erworben hatte, bestritt der Senat der freien Stadt Danzig der polnischen Regierung das Recht, die Liquidation fortzusetzen, doch wurde dieser Standpunkt von dem Oberkommissar des Völkerbundes nicht geteilt, der im Gegenteil durch Entscheidung vom 21. Juni 1923 der polnischen Regierung recht gab.

Aus Anlaß dieses Sachverhalts ersuchten der Senat der freien Stadt Danzig und die polnische Regierung um eine gerichtliche Entscheidung der Frage, ob die polnische Republik das Recht hatte, noch im Jahre 1923 das Eigentum eines Danziger Staatsangehörigen aus dem Grunde zu liquidieren, weil der gegenwärtige Eigentümer es von einem deutschen Staatsangehörigen geerbt hätte.

Dieser Streit ist zu entscheiden auf Grund einerseits der allgemeinen Bestimmungen betreffend das Recht der alliierten und assoziierten Mächte, die deutschen Güter, Rechte und Interessen zu liquidieren, wie sie in den Artikeln 92, Abs. 4 und 297 des Versailler Vertrages enthalten sind, und andererseis auf Grund der zwischen den beiden Parteien bestehenden Sondervereinbarungen, namentlich der Artikel 243 und 233 des Polnisch-Danziger Abkommens vom 24. Oktober 1921.

Sobald man sich in den gesamten Fragenkomplex vertieft, der an das durch den Versailler Vertrag geregelte Liquidationsrecht anknüpft, stößt man auf eine Reihe von Streitpunkten und Auslegungsschwierigkeiten, die sogar zum Teil sich gerade auf Danzig beziehen, mag es sich um deutsche Güter, Rechte und Interessen auf Danziger Gebiet handeln oder um Danziger Güter und Interessen auf dem Gebiete irgend einer alliierten und assoziierten Macht, namentlich Polens.

Obwohl es nicht erforderlich ist, alle diese Streitpunkte zu erörtern, erscheint es doch unerläßlich, um über die Berechtigung der einander gegenüberstehenden Standpunkte sich ein Urteil zu bilden, den allgemeinen Charakter und die Grenzen des Liquidationsrechts zu untersuchen, wie es sich nach den Friedensverträgen namentlich den Verträgen mit Deutschland, Oesterreich und Ungarn darstellt.

Nun ist in diesen Verträgen, wenn sie gemeinschaftlich betrachtet werden, die Frage der Behandlung feindlicher Güter, Rechte und Interessen im Gebiete der alliierten und assoziierten Mächte auf drei verschiedene Arten gelöst worden.

Einerseits haben diejenigen alliierten und assoziierten Mächte, die bereits bei Kriegsbeginn bestanden und die an den durch die Zentralmächte zu zahlenden Reparationen teilnahmen, das Recht, alle feindlichen Güter,

Digitized by Google

Rechte und Interessen zu liquidieren, die sich in ihrem Machtbereich befinden, und den Liquidationserlös zur Zahlung der von der Gegenseite geschuldeten Reparationen zu verwenden, die ihrerseits verpflichtet ist, ihre Angehörigen zu entschädigen. Vgl. Art. 297 b. h. Ziffer 1 und 2 und j des Versailler Vertrages, Art. 249 b. h. 1 und 2 und j des Vertrages von St. Germain, Art. 233 b. h. 1 und 2 und j des Vertrages von Trianon, auch Art. 177 b. 1 und 2 und j des Vertrages von Neuilly.

Andererseits wird denjenigen alliierten und assoziierten Mächten, die als neue Staaten während des Krieges entstanden sind oder die an den durch die Zentralmächte zu zahlenden Reparationen nicht teilnahmen, das Recht gewährt, die feindlichen Güter, Rechte und Interessen auf ihrem Gebiet zu liquidieren, doch wird ihnen das Recht der Aneignung des Liquidationserlöses ausdrücklich versagt und ihnen infolgedessen die Verpflichtung auferlegt, diesen Erlös an die Eigentümer unmittelbar abzuführen. Vgl. Art. 92 Abs. 4 und 297 h letzter Absatz des Vertrages von Versailles; Art. 249 i des Vertrages von St. Germain, Art. 232 i des Vertrages von Trianon, auch Art. 177 i des Vertrages von Neuilly.

Endlich ist das Recht zur Liquidation der feindlichen Güter, Rechte und Interessen auf dem Gebiet der alliierten und assoziierten Mächte insoweit völlig ausgeschlossen, als sich diese Güter, Rechte und Interessen in Gebieten befinden, die zur früheren österreichisch-ungarischen Monarchie gehört haben. Diese Güter, Rechte und Interessen sind ohne weiteres dem Eigentümer zurückzugeben. Vgl. Art. 267 des Vertrages von St. Germain, Art. 250 des Vertrages von Trianon.

Bei dieser Unterscheidung von drei Möglichkeiten hat die Friedenskonferenz sich von folgenden Gedanken leiten lassen.

In dem ersten Fall haben die alliierten und assoziierten Mächte die Gelegenheit ausnutzen wollen, die leicht realisierbaren Kapitalien feindlicher Privatpersonen, die sich auf ihrem Gebiet befanden, zurückzuhalten zu dem doppelten Zweck, einmal, einen Teil der den Zentralmächten auferlegten Reparationen direkt einzuziehen und zweitens, gleichzeitig die letzten Spuren der feindlichen Durchdringung in ihrem Lande zu tilgen.

In dem zweiten Falle (dazu gehört unter anderem auch Polen) ist lediglich der zweite dieser beiden Zwecke als berechtigt anerkannt worden, gleichzeitig ist aber anerkannt worden, daß dieser zweite Zweck, namentlich für die neuen Staaten von grundlegender Bedeutung war im Hinblick auf ihre künftige nationale Entwickelung, die sich nicht vertragen würde mit den Fesseln, die die Erhaltung von zahlreichen deutschen Besitztümern und Unternehmungen im befreiten Gebiet mit sich bringen würde.

Im dritten Fall endlich hat die Friedenskonferenz selbst über diese Interessen der neuen Staaten das lebenswichtigere Interesse überwiegen lassen, das das ohnehin verstümmelte Oesterreich und Ungarn daran hatte, nicht außerdem sein gesamtes wirtschaftliches Leben infolge der Massenenteignung österreichischer und ungarischer Privateigentümer erschüttert zu sehen. Hieraus ergibt sich, daß bei dem Versuch der Lösung der verwickelten Frage der Behandlung der feindlichen Privatgüter, Rechte und Interessen die Friedenskonferenz selber sich nicht ausschließlich hat leiten lassen durch den Wunsch, den alliierten und assoziierten Mächten den größtmöglichen Gewinn zukommen zu lassen, sondern auch wirtschaftliche Billigkeits-Erwägungen in Rechnung gezogen hat, und daß mithin bei der Auslegung der auf das Liquidationsrecht bezüglichen Bestimmungen der Friedensverträge man sich die verschiedenen Leitgedanken, die den Verfassern der Friedensverträge vorgeschwebt haben, fortwährend gegenwärtig halten muß.

Es muß hiernach *a priori* die Möglichkeit, ja sogar die Wahrscheinlichkeit gegeben sein, daß bei einem Zweifel über die wirkliche Trag-

Digitized by Google

weite der auf die Liquidation bezüglichen Bestimmungen die Lösung manchmal verschieden ausfällt, je nachdem es sich um eine Liquidation handelt, deren Erlös für die Reparation verwendet werden kann (Fall Nr. 1) oder um eine Liquidation, die nur dazu bestimmt ist, den fremden Einfluß auszuschalten und hierdurch die nationale Grundlage des Staates zu verstärken (Fall Nr. 2). Dies Ergebnis erscheint von vornherein um so wahrscheinlicher, als der erste Entwurf des Vertrages von Versailles noch nicht, je nach ihren verschiedenen Tendenzen, einen Unterschied machte zwischen den Liquidationen, die in der einen oder der andern Gruppe der alliierten Staaten zu erfolgen hätten und als die Beschränkung der Liquidations-Tendenz für die neuen Staaten, wie Polen, erst in den abgeänderten Entwurf eingefügt wurde in Verfolg der Bemerkungen der deutschen Delegation, ohne daß man sich anscheinend genügende Rechenschaft darüber abgegeben hat, welchen Einfluß diese Einschränkungen auf die Tragweite der übrigen in Aussicht genommenen Bestimmungen würde ausüben können.

Tritt man nach diesen einleitenden Bemerkungen an die Prüfung des Art. 297 b und h des Versailler Vertrages heran, von dem Art. 92, Abs. 4 nur einen besonderen Anwendungsfall bildet, so nimmt man wahr, daß neben einigen Auslegungs-Streitfragen allgemeinen Charakters auch zwei Fragen auftauchen, die sich spezieller auf den Fall Danzig beziehen. Obwohl diese beiden Fragen nicht direkt den Fall des Rittergutes in Pomerellen betreffen, erscheint es trotzdem erforderlich, sie hier zu erwähnen, um die wahrscheinliche Absicht der Friedenskonferenz betreffend die Anwendung des Liquidations-Prinzips auf das Danziger Gebiet und die Danziger Interessen zu erkennen. Die Bestimmungen zu b des Art. 297 scheinen nämlich bezüglich der beiden folgenden Punkte der erforderlichen Klarheit zu entbehren:

a) Umfassen die letzten Worte des ersten Absatzes von lit. b „einschließlich derjenigen Gebiete, die ihnen auf Grund des vorliegenden Vertrages abgetreten worden sind" auch das Gebiet der freien Stadt?

b) Begreifen die Worte: „deutsche Staatsangehörige" im selben Absatz auch diejenigen deutschen Staatsangehörigen, die nach Art. 105 *ipso facto* die deutsche Staatsangehörigkeit verloren haben, um die Staatsangehörigkeit der freien Stadt zu erwerben?

Unter den Kommentatoren der Artt. 297 ff. des Versailler Vertrages gelangen einige zur Bejahung der beiden Fragen und stützen sich hierbei bezüglich der Frage zu a auf Art. 100, durch welchen Deutschland zugunsten der hauptsächlichen alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Ansprüche auf das Danziger Gebiet verzichtet hat, und bezüglich der Frage zu b durch *Argumentum ex contrario* auf den letzten Absatz von Art. 297 lit. b (so z. B. der englische Kommentar von *P. F. Simonson: Private property and rights in enemy countries*, Art. 297 b).

Bei näherer Ueberlegung scheint jedoch die Richtigkeit der Bejahung dieser Fragen sehr zweifelhaft zu sein.

Erstens ist es völlig ausgeschlossen, daß beide Fragen gleichzeitig bejahend beantwortet werden können, denn sonst würde man zu dem widersinnigen Ergebnis gelangen, daß Art. 297 lit. b den hauptsächlichen alliierten und assoziierten Mächten die Befugnis geben würde, gemeinschaftlich das gesamte Gebiet der freien Stadt zu liquidieren mit alleiniger Ausnahme derjenigen Parzellen, die bereits vor dem 10. Januar 1920 Ausländern gehört haben sollten. Alle Welt wird darüber einig sein, daß man eine derartige Umwälzung des Grundeigentums nicht ins Auge gefaßt haben kann.

Mithin muß die Antwort auf mindestens eine der beiden gestellten Fragen, wenn nicht auf beide, verneinend ausfallen.

Digitized by Google

Dies muß zunächst sicherlich für die Frage zu a der Fall sein. Wenn auch nämlich vom rein formellen Gesichtspunkt das Gebiet der künftigen freien Stadt durch Art. 100 an die hauptsächlichen alliierten und assoziierten Mächte abgetreten worden ist, so steht nichtsdestoweniger fest, daß Deutschland diese Abtretung an die genannten Mächte vorgenommen und die genannten Mächte sie nur angenommen haben als Treuhänder, die von vornherein verpflichtet waren, aus diesem Gebiet ein autonomes politisches Gemeinwesen zu bilden und daß mithin, materiell betrachtet, hier niemals von einer wirklichen Gebietsabtretung im Sinne der letzten Worte des Art. 297 b, Abs. 1 die Rede gewesen ist. Diese Schlußfolgerung wird durch den zweiten Absatz bestätigt, welcher, indem er nur die von einem einzigen Staat bewirkten Liquidationen ins Auge faßt, indirekt beweist, daß in der lit. b ganz besonders liegende Fälle, wie diejenigen von Danzig, Schleswig und Memel nicht getroffen werden sollten.

Nimmt man aber erst an, daß die Antwort auf die erste Frage zu a verneinend ausfallen muß, so kommt man sofort dazu, auch die zweite Frage ebenfalls verneinend zu beantworten. Auf den ersten Blick scheint zwar die Bestimmung des Art. 297, Abs. 3 mittels des *Argumentum e contrario* den Schluß zu rechtfertigen, daß die neuen Staatsangehörigen Danzigs keinen Anspruch auf die in diesem Absatz vorgesehene Befreiung von der Liquidation erheben können, denn, so könnte man sagen, falls die Aufnahme der Sonderbestimmung des dritten Absatzes für unerläßlich erachtet worden ist zum Schutz der Interessen derjenigen deutschen Staatsangehörigen, die die Staatsangehörigkeit einer alliierten Macht erlangen würden und, um zu vermeiden, daß sie als deutsche Staatsangehörige im Sinne des Abs. 1 angesehen würden, so muß dies auf der Erwägung beruht haben, daß die Worte „im Zeitpunkt des Inkrafttretens" im ersten Absatz zu verstehen sind „im Zeitpunkt unmittelbar vor dem Inkrafttreten", nämlich dem Zeitpunkt, in welchem die späteren Danziger ebenfalls noch deutsche Staatsangehörige waren. Die Kraft dieses Arguments schwächt sich aber sofort ab, wenn man erkennt, daß ebensoviel dafür spricht, daß der dritte Absatz nur aufgenommen worden ist, um gewisse Besorgnisse über den Sinn des Ausdrucks „deutsche Staatsangehörige" zu zerstreuen, dessen Sinn im Text des Vertrages nicht feststeht; in diesem Falle müßte man zu dem Schluß gelangen, daß die Güter, Rechte und Interessen der vom dritten Absatz betroffenen Personen auch dann von der Liquidation befreit sein würden, wenn es diesen dritten Absatz nicht gäbe, da sie „im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Vertrages", also so bald er in Kraft trat, nicht mehr deutsche Staatsangehörige waren. Dann würde derselbe Schluß notwendigerweise auch auf diejenigen Personen Anwendung finden, die die Danziger Staatsangehörigkeit erworben haben.

Letztere Auslegung scheint die allein mögliche zu sein, sie steht in völliger Uebereinstimmung mit der Lösung, zu der wir betreffend die Frage zu a gekommen sind. Die Verfasser des Vertrages haben die Danziger Güter, Rechte und Interessen im Gebiet einer alliierten Macht ebensowenig unter Artikel 297 b fallen lassen wollen, wie die deutschen Güter, Rechte und Interessen im Gebiete Danzigs; das Schicksal Danzigs und der Danziger ist absichtlich von dem Schicksal Deutschlands und der Deutschen getrennt worden und keines der beiden Ziele der Nachkriegs-Liquidation, nämlich weder dasjenige der direkten Verwertung des in den Händen der Sieger befindlichen feindlichen Privateigentums zum Zwecke der Reparationszahlungen, noch dasjenige der Tilgung jedes direkten feindlichen Einflusses im Gebiet der Sieger ist gegenüber den Staatsangehörigen und dem Gebiet der freien Stadt als berechtigt anerkannt worden.

Dies hat auch Polen selbst, welches zunächst damit begonnen hatte, das Danziger Vermögen zu liquidieren, *de facto* dem Senat der freien Stadt

Digitized by Google

zugestanden, als es seine Zustimmung dazu gegeben hat, daß in die Vereinbarung vom 24. Oktober 1921 eine ausdrückliche Bestimmung aufgenommen wurde (Art. 233), welche gegen die selbst früher unternommene Liquidation „das Vermögen derjenigen Personen, die auf Grund des Vertrages von Versailles Danziger Staatsangehörige geworden sind" schützt.

Viele der vorstehenden Bemerkungen beziehen sich jedoch unmittelbar nur auf andere Rechtsfragen als gerade die konkrete hier streitige Frage. Wenn wir sie trotzdem vorausgeschickt haben, so war es, um die verschiedenen Beweggründe und die Grenzen des Liquidationsrechts im allgemeinen klarzustellen und gleichzeitig auch die ganz besondere Stellung, die der Friedensvertrag offenbar den Einwohnern desjenigen Teils des früheren deutschen Gebiets hat einräumen wollen, welches dazu bestimmt war, die freie Stadt Danzig zu werden. Freilich schließt die Entstehungsgeschichte dieses kleinen neuen Staates aus, daß man ohne weiteres die Rechtslage Danzigs und seiner Einwohner derjenigen eines im Weltkrieg neutral gebliebenen Staates und seiner Staatsangehörigen gleichstellt. Denn theoretisch wären die Mächte, die die freie Stadt geschaffen haben und die zuständig waren, um ihre Rechtslage nach Gutdünken zu regeln, in der Lage gewesen, z. B. der Liquidation das deutsche Eigentum auf Danziger Gebiet oder das Danziger Eigentum auf dem Gebiet der alliierten Mächte zu unterwerfen, was sie bezüglich neutraler Gebiete oder Staatsangehöriger niemals hätten tun können. Dies hindert jedoch nicht, daß, sobald einmal feststeht, daß bezüglich der künftigen freien Stadt die Vertragsmächte in diesem Punkt von den allgemeinen Vorschriften des Völkerrechts nicht haben abweichen wollen, die Rechtslage dieser freien Stadt und ihrer Staatsangehörigen derjenigen eines neutralen Staates und seiner Staatsangehörigen vollkommen gleich betrachtet werden muß. Infolgedessen muß die Lösung der Rechtsfrage, die sich daraus ergeben hat, daß die polnische Regierung beschlossen hat, das Rittergut Parschkau zu liquidieren, völlig die gleiche sein, wie wenn dieses deutsche Besitztum einem neutralen Staatsangehörigen zugefallen wäre und wenn es sich um Rechtsbeziehungen des internationalen gemeinen oder Vertragsrechts zwischen Polen und einem beliebigen neutralen Staat handelte.

Welches ist nun in diesem Falle diejenige Lösung, die am ehesten den Vorschriften des internationalen Rechts entspricht?

Der Senat der freien Stadt bestreitet nicht, daß das Rittergut, da es im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Versailler Vertrages einem deutschen Staatsangehörigen gehörte, von diesem Zeitpunkte ab von der polnischen Regierung hätte liquidiert werden können, er vertritt aber die Meinung, daß diese Liquidierbarkeit in dem Augenblick aufgehört hat, in welchem das Rittergut auf einen Erben Danziger Staatsangehörigkeit übergegangen ist, bevor die polnische Regierung von ihrem Liquidationsrecht Gebrauch gemacht hat.

Unseres Erachtens muß die von dem Senat der freien Stadt Danzig vertretene Meinung aus fünf selbständigen Gründen gebilligt werden, von denen drei aus dem Versailler Vertrage, betrachtet im Licht des gemeinen Völkerrechts und der obigen allgemeinen Bemerkungen, angenommen werden, während die beiden weiteren Gründe an das polnisch-Danziger Abkommen vom 24. Oktober 1921 anknüpfen.

A) wenn wir uns zunächst darauf beschränken die Streitfrage im Licht der allgemeinen Vorschriften des Friedensvertrages, die sich auf das Liquidationsrecht beziehen, zu betrachten, so glauben wir die folgenden Grundsätze aussprechen zu können, die nachstehend kurz erläutert werden sollen:

Digitized by Google

1. Da die Nachkriegs-Liquidation als eine Ausnahmemaßregel zu betrachten ist, sind die sie regelnden vertraglichen Bestimmungen *strictissimae interpretationis*.

2. Die kriegführenden Mächte haben nicht das unbeschränkte Recht, auch noch in Friedenszeiten gegenüber dritten Mächten sich auf gesetzliche, administrative oder vertragliche Bestimmungen zu berufen, die ihrem Wesen nach mit dem Kriegszustand zusammenhängen.

3. Der besondere Charakter der Nachkriegs-Liquidation in den neuen Staaten schließt es aus, daß dieser Liquidation alle rechtlichen Wirkungen zugeschrieben werden, die die Liquidation in den andern Staaten mit sich bringen könnte.

Zu 1. Bis zu den Friedensverträgen, die den Weltkrieg abgeschlossen haben, gestattete das gemeine internationale Recht keinem Staat, auch nicht in Kriegszeiten, sich das Eigentum der Angehörigen eines andern beliebigen Staates, welches sich auf seinem Gebiet befand, *en bloc* anzueignen.

Der Weltkrieg, der so viele der elementarsten und heiligsten Vorschriften des Völkerrechts umgestürzt hat, hat auch die Praxis der Massen-Sequestrierungen und Massen-Liquidationen zum Nachteil der feindlichen Staatsangehörigen zur Entstehung gebracht, und diese neue Praxis hat sogar den Krieg überlebt, als die Siegerstaaten den besiegten Staaten auferlegten, sich damit abzufinden, daß der Erlös eines großen Teils der im früher feindlichen Ausland befindlichen Kapitalien ihrer Staatsangehörigen als Reparationszahlungen verwendet wurden.

Dies hindert jedoch nicht, daß das nach dem Friedensschluß fortgesetzte Liquidations-System eine ganz ausnahmsweise Maßregel bildet, die vielleicht durch die besonderen Bedingungen des Weltkrieges gerechtfertigt sein mochte, die aber auf alle Fälle in offenbarem Widerspruch sich befindet mit den in Friedenszeiten allgemein anerkannten Grundsätzen des internationalen Rechts.

Aus diesem Grunde müssen die Bestimmungen des Friedensvertrages, die die Liquidation regeln, als Vorschriften exzeptionnellen Charakters angesehen werden, die als solche *strictissimae interpretationis* sind, so daß ihre Tragweite sowohl was den Kreis der davon betroffenen Personen als auch die daraus sich ergebenden juristischen Wirkungen betrifft auf keinen Fall über ihren ausdrücklichen Wortlaut hinaus ausgedehnt werden dürfen.

Nun umschreibt der Abs. 2 des Art. 297 lit b, wenn er auch im allgemeinen die alliierten und assoziierten Mächte ermächtigt, die Art zu regeln, auf welche die Liquidationen zur Ausführung zu bringen sind, doch selbst die Beschränkungen, denen inzwischen die Güter, Rechte und Interessen der deutschen Eigentümer unterworfen werden sollen. Diese vertragliche Vereinbarung, welche besagt, daß „der deutsche Eigentümer ohne Zustimmung des beteiligten alliierten oder assoziierten Staates über diese Güter, Rechte und Interessen weder verfügen noch sie belasten darf", und welche dazu bestimmt ist, über den verschiedenen Landes-Gesetzgebungen zu schweben, beabsichtigte einerseits, Deutschland gegenüber das Recht der alliierten und assoziierten Mächte festzustellen, gewisse Rechtshandlungen der Eigentümer, die darauf hinzielen, zu liquidierende Güter ihrem Zugriff zu entziehen, als null und nichtig zu betrachten, andererseits aber auch die dem deutschen Eigentümer auferlegten Beschränkungen in bestimmter Weise zu begrenzen. Was man hat verhindern wollen war, daß die Eigentümer nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages sich ihres Eigentums oder ihrer Geschäfte entledigten, um den Folgen des Liquidationsrechts zu entgehen, oder daß sie ihren Wert verringerten, indem sie sie mit Hypotheken oder auf andere den

Digitized by Google

Interessen der alliierten Mächte abträgliche Weise belasteten. Der Umstand, daß die Verfasser des Vertrages es für erforderlich gehalten haben, zu diesem Zweck ein ausdrückliches Verbot auszusprechen, beweist deutlich, daß ohne ein solches Verbot nach ihrer Meinung die deutschen Güter, Rechte und Interessen von den Vorschriften des gemeinen Rechts weiter beherrscht oder neu beherrscht worden wären, und daß mithin nach Abschluß des Friedensvertrages die deutschen Staatsangehörigen trotz drohender Liquidation ihres Eigentums das Recht bewahrt oder wieder erlangt haben würden, darüber frei zu verfügen, um sie für die Zukunft dem Zugriff des beteiligten alliierten Staates zu entziehen. Nach dem Wortlaut des Vertrages selbst hindert also die allgemeine Liquidierbarkeit des deutschen Eigentums nicht, daß es von dieser Last befreit wird, sobald sie den Angehörigen einer dritten Macht auf andere Weise zufällt als infolge einer freiwilligen Verfügung seitens des deutschen Eigentümers, z. B. infolge des freien Waltens der gesetzlichen erbrechtlichen Bestimmungen, namentlich wenn es sich, wie im vorliegenden Fall des Anerbenrechts, um ein gesetzliches Erbrecht handelt, welches der Erblasser garnicht rechtlich in der Lage gewesen wäre, durch eine abweichende letztwillige Bestimmung auszuschließen.

Infolgedessen verhindert schon der Wortlaut des Vertrages, der nicht ausdehnend ausgelegt werden darf, daß die polnische Regierung in gesetzmäßiger Weise das Rittergut Parschkau noch liquidieren konnte, nachdem es auf Grund Anerbenrechts dem Staatsangehörigen einer dritten Macht angefallen war.

Zu 2. Aber selbst wenn die alliierten und assoziierten Mächte beabsichtigt hätten, im Art. 297 b des Versailler Vertrages auch jeden Erbanfall deutschen Eigentums an einen Ausländer zu untersagen, so würde die Entscheidung nicht anders ausfallen, denn dann würde sich die bedeutsame Frage erheben, in welchem Maße dritte Mächte verpflichtet sind, Ausnahmemaßregeln anzuerkennen, die in einem Vertrag zwischen andern Mächten vereinbart sind, insoweit diese Maßregeln den Rechten und Interessen ihrer eigenen Staatsangehörigen abträglich sein würden. Nun kann nach dem jetzigen Stand der internationalen Verpflichtungen bezüglich des internationalen Privatrechts keinem Staat das Recht versagt werden, sich für das eine oder das andere der verschiedenen theoretischen Systeme zu entscheiden, die im Gebiete des erbrechtlichen Anfalls vertreten werden. Sobald aber irgend ein Staat sich für ein bestimmtes System in seiner inneren Gesetzgebung oder seiner inneren Rechtsprechung entscheidet, so kann er nicht zum Nachteil dritter Staaten willkürlich von diesem System abweichen, lediglich zu dem Zweck, durch exzeptionnelle Rechtsregeln eine bestimmte Kategorie fremder Güter zu treffen, sei es als Kriegsmaßregel, sei es als Repressalien, sei es als exzeptionnelle Nachkriegsmaßregel. Die Anwendung solcher Rechtsregeln, die sich vielleicht der gegnerischen Partei gegenüber rechtfertigen ließe, würde unzulässig sein, sobald sie die normalen Ansprüche der dritten Staaten verletzen würde, die namentlich nicht verpflichtet sind, sich als gebunden zu erachten durch Kriegsmaßregeln, die nach Friedensschluß fortgesetzt werden und die ihren Interessen oder denjenigen ihrer Staatsangehörigen Schaden zufügen.

Die überwiegende Stellung, die während des Weltkrieges die kriegführenden Staaten den neutralen gegenüber eingenommen haben, hat zwar dahin gestrebt, diese festen Grundsätze des internationalen Rechts zu verdunkeln. Doch fehlt es nicht an Anzeichen dafür, daß die früher kriegführenden Mächte selbst sich der Unbegründetheit oder der Uebertreibung vieler ihrer Ansprüche gegenüber den früheren neutralen Mächten, die sich auf einen Friedensvertrag stützen, an denen sich diese nicht beteiligt haben,

Digitized by Google

bewußt geworden sind. Wir erwähnen in dieser Beziehung lediglich den unbegründeten Versuch der hauptsächlichen alliierten Mächte, nach dem Krieg einige Dampfer zu beschlagnahmen, die während des Krieges eine niederländische Schiffahrtsgesellschaft von deutschen Gesellschaften gekauft hatte und die daher vielleicht auf Grund der Regeln des Prisenrechts über den Flaggenübergang hätten aufgebracht und konfisziert werden können, wenn es den alliierten Mächten gelungen wäre, ihrer während des Krieges habhaft zu werden. Nachdem aber einmal der Friede geschlossen war, konnten die Niederlande mit gutem Recht den Ansprüchen der alliierten Mächte (was diese auch sehr bald anerkannt haben) entgegenhalten, daß nach dem Krieg eine neutrale Macht nicht gebunden ist durch Maßregeln, die während des Krieges getroffen waren und Rechtsvorschriften, die während des Krieges galten, selbst wenn die kriegführenden Staaten den Anspruch darauf erheben, die Wirkung dieser Maßregeln und Rechtsvorschriften über den Friedensschluß hinaus zu verewigen.

Aus gleichen Gründen können die dritten Mächte, und vorliegendenfalls die freie Stadt, mit gutem Recht bestreiten, daß ihnen gegenüber zu Friedenszeiten die Immobilisierung gewisser Kapitalien Gültigkeit habe, die sonst nach den allgemeinen Regeln des internationalen Erbrechts, die im allgemeinen von der Gegenseite, vorliegendenfalls von Polen, auch anerkannt werden, ihren Staatsangehörigen anfallen würden, wenn diese Immobilisierung lediglich damit begründet wird, daß diese Kapitalien in einem gewissen Zeitpunkt feindlichen Eigentümern gehört hätten.

Wenn also selbst der Vertrag von Versailles darauf ausginge, einen Erbanfall an Ausländer zu verbieten (was er in Wirklichkeit nicht tut), so könnte ein solches Verbot keinerlei Wirkung zum Schaden der ausländischen Mächte und ihrer Staatsangehörigen haben.

Zu 3: Es gibt aber noch einen weiteren Grund, auf den die Bestimmung der zweiten Klausel des Art. 297 Abs. 2 keineswegs Anwendung finden kann, auf ein in Polen belegenes Gut, das einem Deutschen gehört hat und einem Danziger Erben angefallen ist.

Wie wir es bei den vorausgeschickten allgemeinen Bemerkungen hervorgehoben haben, sollte nach der ursprünglichen Fassung des Vertrages der Liquidationserlös in allen alliierten und assoziierten Staaten für die Reparationen verwendet werden. Nach diesem Gedankengang hatte lit. b Abs. 2 eine ganz allgemeine Tragweite. Dies änderte sich jedoch, als diese Verwendung ausgeschlossen wurde für die neuen Staaten und diejenigen Staaten, die an den Reparationen nicht teilnehmen würden. Obwohl rein formell die Bestimmung des Absatzes 2 von lit. b nicht abgeändert wurde, so mußte doch notwendigerweise die Einfügung des neuen letzten Absatzes von lit. b auch auf die Tragweite der genannten Bestimmungen von Einfluß sein. Nicht als ob infolge dieser Einfügung das in lit. b Abs. 2 ausgesprochene Verbot jeder praktischen Bedeutung entkleidet worden wäre; doch wurde seine Tragweite logischerweise im selben Maße beschränkt, in welchem es nicht mehr dazu dienen konnte, das erstrebte Ziel zu erreichen. Da nun die Verwendung des Erlöses des deutschen Privateigentums für Reparationen in den neuen Staaten als berechtigtes Ziel der Liquidationen weggefallen war, so blieb als Ziel nur noch dasjenige, alle deutschen Güter, Rechte und Interessen zu entfernen, denn das dritte Ziel, an welches man denken könnte, nämlich das Eigentum und Kapitalvermögen der früheren Feinde im Wege der Enteignung zu einem weit geringeren Preise als der wirkliche Wert betrug, sich anzueignen, ist *expressis verbis* durch die Schlußbestimmung des Art. 297 lit. b als nicht berechtigtes Ziel erklärt worden.

Nun ist in den Fällen der Liquidation in Polen und in andern neuen Staaten nicht einzusehen, welches Interesse diese Staaten daran haben könnten,

Digitized by Google

die am Schluß der lit. b, Abs. 2 vorgesehene Genehmigung deutschen Eigentümern zu untersagen, welche den Wunsch haben sollten, sich ihres Eigentums zu entledigen, indem sie es z. B. an Angehörige des Staates der belegenen Sache oder an sonstige nicht deutsche Personen verkaufen. In diesen Fällen würde der Antrag des Eigentümers zu einer bloßen Förmlichkeit ohne tatsächliche Bedeutung werden und die nachgesuchte Genehmigung müßte stets erteilt werden.

Wenn z. B. die Regierung des Staates der belegenen Sache die Notwendigkeit der Genehmigung benutzen wollte, um die Uebertragung irgendeines Eigentums auf eine Person zu verhindern, die nicht zu ihren Anhängern gehören würde, würde sie sich des „*Abus de pouvoir*" schuldig machen, denn sie würde eine ihr zustehende gesetzliche Befugnis zu einem andern Zweck gebrauchen als zu demjenigen, zu welchem ihr diese Befugnis erteilt worden ist. Ein solches Verfahren, das bereits im Gebiet des internen Verwaltungsrechts und von mehreren Gesetzgebungen und von den hervorragendsten Juristen als ein sogenanntes *détournement de pouvoir* verurteilt worden ist, würde um so unerlaubter werden, sobald es außerhalb des Landesgebiets Wirkungen hervorbringen und den Angehörigen eines fremden Staates Schaden zufügen würde.

Um so mehr müssen die obigen Bemerkungen Anwendung finden auf die Fälle des Erbanfalls, auf welche der Erblasser keinen direkten oder überhaupt keinen Einfluß hat ausüben können.

Infolgedessen, wenn auch die in Frage stehende Vorschrift des Versailler Vertrages den Nachlaß deutscher Eigentümer immobilisieren sollte, und wenn auch diese Immobilisierung gegenüber dritten Mächten nicht *ultra vires* gehen würde, so würde trotzdem der besondere Zweck der Liquidation in den neuen Staaten dem entgegenstehen, daß diese Bestimmung im vorliegenden Fall Anwendung finden könnte.

Es bleibt jedoch noch eine einzige Bemerkung zu machen; man könnte nämlich der vorstehenden Argumentation zu dem dritten Fall entgegenhalten, daß der Zweck der Liquidation in den neuen Staaten und denjenigen, die an der Reparation nicht teilnehmen, nicht ausreichend gekennzeichnet wird durch die negative Formel „Entdeutschungs-Liquidation" (die die deutschen Kommentatoren der Friedensverträge erfunden haben, um die Liquidation in dieser Staatengruppe von der sogenannten „Reparations-Liquidation" in den andern alliierten und assoziierten Staaten zu unterscheiden), weil neben dem negativen Element, welches darin bestehe, die deutschen Interessen auszuschalten, auch die positive Tendenz anerkannt werden müsse, die dahin gehe, den deutschen Eigentümer und Beteiligten durch nationale Eigentümer und Beteiligte zu ersetzen.

Dieser Einwand kann als Berührungspunkt dienen zwischen den vorstehenden Bemerkungen über den Versailler Vertrag und denjenigen, die wir noch über das polnisch-Danziger Abkommen vom 24. Oktober 1921 zu machen haben. Denn selbst, wenn dieser Einwand gerechtfertigt wäre, so könnte er nach dem Schluß des genannten Abkommens von der polnischen Regierung zum Nachteil von Danziger Erwerbern von in Polen belegenen Gütern nicht vorgebracht werden. Dies geht klar aus der Bestimmung des Art. 43 hervor, welcher lautet:

„Die Angehörigen eines Teils sind gleich denen der andern berechtigt, im Gebiet des andern Teils bewegliches und unbewegliches Vermögen jeder Art, unter welchem Rechtstitel es auch sei, zu erwerben und in jeder Weise darüber zu verfügen, es zu besitzen und zu verwalten, ohne unter irgendeiner Bezeichnung anderen oder höheren Auflagen, Steuern oder Abgaben unterworfen zu sein, als die Angehörigen des andern Teils."

Digitized by Google

Aus dieser Bestimmung ergibt sich, daß Polen nichts dagegen einzuwenden hat, daß die Angehörigen der freien Stadt bewegliche und unbewegliche Güter auf dem Gebiet der polnischen Republik, unter welchem Titel auch immer erwerben, besitzen und verwalten. Sollte man also selbst der Meinung sein, daß der Friedensvertrag den in Art. 297 h letzter Absatz des Versailler Vertrages vorgesehenen Liquidationen die oben hervorgehobene positive Tendenz habe zuschreiben wollen, so beweist Art. 43, daß zum mindesten den Danziger Staatsangehörigen gegenüber die polnische Regierung entweder diese Auffassung niemals geteilt hat, oder ausdrücklich darauf verzichtet hat, sich darauf zu berufen. Der Wortlaut des Artikels, der durchaus klar ist und in ganz allgemeinen Ausdrücken gefaßt ist, steht unbedingt jedem Versuch entgegen, noch nach dem Inkrafttreten des Abkommens sich gegenüber Eigentumserwerbungen, sei es unter Lebenden, sei es von Todes wegen auf frühere Bestimmungen zu berufen, die dem in dem Abkommen niedergelegten Grundsatz der Gleichheit zuwiderlaufen würden. Wenn sich Polen die besonderen Befugnisse hätte vorbehalten wollen, die sich nach seiner Meinung aus dem Versailler Vertrag ergeben, so hätte sie es *expressis verbis* machen müssen, eine diesbezügliche Mentalreservation kann niemals den Sinn einer vertraglichen Vereinbarung, der ganz unzweifelhaft ist, vernichten.

Namentlich könnte ein solcher Vorbehalt nicht etwa aus dem Art. 233 des polnisch-Danziger Abkommens entnommen werden. Dieser Artikel mit der Ueberschrift „Liquidationsfrage" lautet:

„Die Republik Polen erklärt, daß sie eine Liquidation des Vermögens derjenigen Personen, die auf Grund des Vertrages von Versailles Danziger Staatsangehörige geworden sind, nicht vornehmen wird. Diese Bestimmung hat rückwirkende Kraft."

Die polnische Regierung und der Senat der freien Stadt Danzig streiten darüber, zu welchem Zweck diese Sonderbestimmung in dem Abkommen aufgenommen worden ist.

Wie wir bereits oben bemerkt haben, muß Art. 233 in erster Linie ausgelegt werden als Lösung der Streitfrage bezüglich der Auslegung des Art. 297 b Abs. 1 und j Abs. 3 des Versailler Vertrages und als endgültige Zustimmung Polens zu dem Standpunkt Danzigs, nach welchem die Güter, Rechte und Interessen früherer deutscher Staatsangehöriger, die durch das Inkrafttreten des Friedensvertrages *ipso jure* die Danziger Staatsangehörigkeit erworben hatten, auf dem polnischen Gebiet niemals liquidierbar gewesen wären.

Diese Zustimmung mußte sich nämlich notwendigerweise ergeben aus dem beiderseits im oben erwähnten Art. 43 angenommenen allgemeinen Prinzip. Nachdem dieser Artikel angenommen war, wurde jede Liquidation Danziger Güter in Polen unlogisch und unerlaubt.

Diese Lösung muß auch auf den Streitfall Anwendung finden.

Erstens deckt die allgemeine Fassung des Art. 233 nicht nur den Fall von deutschen Eigentümern, die am 10. Januar 1920 Danziger Staatsangehörige geworden sind, sondern auch denjenigen von Danziger Staatsangehörigen, die nach diesem Zeitpunkt in Polen Güter erworben haben, die deutschen Eigentümern gehört haben.

Ferner beweist auch die Ueberschrift des Art. 233 „Liquidationsfrage", daß die Vertragsteile beabsichtigt haben, das Gebiet der Liquidation erschöpfend zu regeln.

Vor allem aber, selbst wenn bei der Verhandlung über das Abkommen der Fall eines Danziger Erben eines deutschen Erblassers noch nicht in Wirklichkeit vorgekommen wäre, und die Vertragsteile infolgedessen an diesen Fall nicht gedacht haben sollten, so würde der allgemeine Grundsatz des

Digitized by Google

Art. 43 doch auch diesen Fall umfassen. Deshalb muß Art. 233, wenn er im Licht des Art. 43 betrachtet wird, weit entfernt davon, eine Argumentation *e contrario* zu rechtfertigen, wie es die polnische Regierung anscheinend tun will, viel eher und ohne den geringsten Zweifel auf den vorliegenden Fall Anwendung finden, und zwar entweder direkt oder im Wege der Analogie.

Aus den vorstehend angeführten Gründen sind wir der Meinung, daß die Liquidation des Rittergutes Parschkau durch die polnische Regierung sowohl dem Versailler Vertrag als dem polnisch-Danziger Abkommen vom 24. Oktober 1921 zuwiderläuft.

II. Gutachten des Herrn Professor Dr. *Erich Kaufmann* in Bonn.

I. Das Recht der alliierten und assoziierten Mächte, Güter, Rechte und Interessen deutscher Reichsangehöriger auch nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages zu liquidieren, beruht auf Art. 297 b, neben dem speziell für Polen Art. 92, Abs. 4 steht. Die Frage, um die es sich in den folgenden Ausführungen handelt, geht dahin, ob Güter, die am Tage des Inkrafttretens des Versailler Vertrages deutschen Reichsangehörigen gehörten, die aber vor der Durchführung der Liquidation in nichtdeutsche Hand gelangten, damit liquidationsfrei werden.

Art. 297 b bezeichnet den Umfang der liquidierten Güter mit der Klausel *„appartenant à la date de la mise en vigueur du présent Traité à des ressortissants allemands“* und scheint damit als Stichtag für die Eigentumsverhältnisse allein auf den 10. Januar 1920 abzustellen. Dagegen ist Art. 92, Abs. 4, der die Grundlage des polnischen Liquidationsrechtes ist, dahin formuliert, daß die polnische Regierung nur Güter, Rechte und Interessen deutscher Reichsangehöriger gemäß Art. 297 liquidieren darf: *„les biens, droits et intérêts de ressortissants allemands ne devront être li qui dès par application de l'art. 297 par le Gouvernement polonais que conformément aux dispositions suivantes“.* Danach können also nur „Güter, Rechte und Interessen deutscher Reichsangehöriger“ liquidiert werden; das bedeutet, daß sie bei der Durchführung des Liquidationsverfahrens deutschen Reichsangehörigen gehören müssen, denn sonst wären es eben nicht Güter deutscher Reichsangehöriger. Selbst wenn sich aus Art. 297 etwas anderes ergeben sollte, was nicht der Fall ist, könnte dies für Polen gegenüber Art. 92 nicht in Betracht kommen. Art. 92 sagt: *„ne devront être liquidés que conformément aux dispositions suivantes“;* und Art. 297 beginnt mit der Klausel *„sous réserve des dispositions contraires qui pourraitent résulter du présent Traité“.* Art. 92 ist also jedenfalls die Spezialnorm, die der allgemeinen Norm des Art. 297 vorgehen müßte, wenn sie Abweichendes oder Einschränkungen enthielte.

Aber auch Art. 297 selbst ist so auszulegen, daß die liquidierbaren Güter, Rechte und Interessen nicht nur bei Inkrafttreten des Versailler Vertrages, sondern auch bei der Durchführung der Liquidation deutschen Reichsangehörigen gehörten. Dies ergibt sich aus mannigfaltigen Gesichtspunkten: aus der Natur der Liquidation als einer gegen „feindliches Eigentum“ gerichteten Maßnahme, aus der Entstehungsgeschichte des Textes von Art. 297 und aus den weiteren Bestimmungen des Art. 297.

a) Die Liquidation ist ihrem Wesen nach eine außerordentliche Kriegsmaßnahme, die sich gegen das feindliche Eigentum richtet, das sich bei Ausbruch des Krieges im Gebiet eines der kriegführenden Staaten befindet (vgl.

Digitized by Google

meine Schrift, „Der Ersatzanspruch für Schäden durch außerordentliche Kriegsmaßnahmen" S. 9 ff., S. 13 ff. und die dort angeführten Belege). Die Eingangsklausel des Art. 297 bezeichnet das Thema des ganzen Artikels mit den Worten: *„biens, droits et intérêts privés en pays ennemi"* und sagt damit deutlich, daß er nur Maßnahmen behandelt, die „feindliche Güter" betreffen, also Güter, die feindlichen Staatsangehörigen gehören. Die lit. b ermächtigt die alliierten und assoziierten Mächte, auch nach Friedensschluß deutsche Güter weiter als „feindliche" zu behandeln. Was unter jener Kriegs- und dieser Nachkriegsliquidation zu verstehen ist, bestimmt § 3 der Anlage hinter Art. 297/98, der die Legaldefinition für alle außerordentlichen Kriegs- und Nachkriegsmaßnahmen gibt und dementsprechend alle Maßnahmen sowohl im Imperfektum als auch im Futurum formuliert: *„prises ou qui seront prises"*, *„qui ont ou auront pour objet"*, *„qui ont ou auront pour effet"*, *„qui ont affecté ou affecteront"*. Und es ist stets nur die Rede von Maßnahmen gegen *„biens ennemis"*. Ein Gut aber, das bei Anwendung der Liquidationsmaßnahmen keinem deutschen Reichsangehörigen gehört, ist in keinem Sinn ein „feindliches" Gut.

Ein Gut kann danach nur liquidiert werden, wenn es sowohl im Augenblick des Inkrafttretens des Versailler Vertrages wie auch im Zeitpunkte der Durchführung des Liquidationsverfahrens einem deutschen Reichsangehörigen gehört. Daß dieser doppelte Zeitpunkt für die Staatsangehörigkeit des Eigentümers als Voraussetzung für die Zulässigkeit der Liquidation nicht explizite zum Ausdruck gekommen ist, ist nichts Besonderes. Auch nach Art. 297 e, der die Ersatzansprüche der „alliierten Staatsangehörigen" für außerordentliche Kriegsmaßnahmen regelt, ist es erforderlich, daß die durch deutsche Kriegsmaßnahmen geschädigten Personen sowohl im Zeitpunkt der Schädigung wie im Zeitpunkt der Geltendmachung des Anspruchs alliierte Staatsangehörige waren, trotzdem der Wortlaut des Art. 297 e dies selbst nicht ausdrücklich betont hat. Dieser Rechtssatz ist auch in der französischen Kriegsschädengesetzgebung und ihrer Praxis (vgl. Der Ersatzanspruch für Schäden durch außerordentliche Kriegsmaßnahmen, S. 17 ff.) und in der Judikatur der Gemischten Schiedsgerichte anerkannt worden: Entscheidungen des deutsch-tschechischen Schiedsgerichts in Sachen Rychnowsky und Alt und Leu und Markus, sowie des deutsch-französischen Schiedsgerichts in Sachen Blumenthal. Das Erfordernis der deutschen Reichsangehörigkeit im Zeitpunkt der Liquidation ergibt sich für lit. b ebenso deutlich aus der Natur der Sache wie das Erfordernis der alliierten Staatsangehörigkeit im Zeitpunkt der Schädigung für lit. e, so daß es einer besonderen Hervorhebung in beiden Fällen nicht bedurfte: die deutsche außerordentliche Kriegsmaßnahme wie die alliierte außerordentliche Nachkriegsmaßnahme müssen „feindliche" Güter treffen.

b) Die Entstehungsgeschichte des Textes von Art. 297 b, der auf den ersten Blick eine andere Auslegung zuzulassen scheint, bestätigt unsere Auslegung. Im ursprünglichen Text der *Conditions de Paix*, die der deutschen Friedensdelegation überreicht wurden, fehlte die zeitliche Beschränkung der Liquidation auf das Datum des Inkrafttretens des Versailler Vertrages. Die lit. b war vielmehr ebenso formuliert wie der Art. 92, Abs. 4: *„le droit de retenir et de liquider tous les biens, droits et intérêts des ressortissants allemands"*. Die *appartenant*-Klausel wurde erst auf deutsche Gegenvorstellungen in den Text der *Conditions de Paix* hinzugefügt; sie sollte lediglich bedeuten, daß nur die Güter, die bei Inkrafttreten des Versailler Vertrages deutschen Reichsangehörigen gehören, der Liquidation unterliegen und nicht etwa auch diejenigen, welche erst nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages in das Gebiet der alliierten Mächte gelangen. Die deutsche Friedensdelegation hatte eine solche Auslegung befürchtet; und nur,

Digitized by Google

um sie auszuschließen, ist die Einfügung vorgenommen worden. Eine Erweiterung des Umfanges der liquidierbaren Güter kann also keineswegs aus der Textierung der lit. b hergeleitet werden.

c) Der Abs. 2 der lit. b schreibt vor, daß der „deutsche Eigentümer" ohne Zustimmung des liquidationsberechtigten Staates nicht mehr über die liquidierbaren Güter verfügen und sie nicht belasten darf. Daraus ergibt sich zunächst, daß die lit. b nur die Liquidation „deutscher Eigentümer" im Auge hat, daß also jede Liquidation nicht deutschen Eigentums ausgeschlossen ist. Und es folgt daraus ferner unzweifelhaft, daß, wenn eine solche Verfügung oder Belastung mit Zustimmung des liquidationsberechtigten Staates erfolgt ist, die Liquidationsbefugnis entfällt. Wenn die interessierte Regierung eine Verfügung zugunsten eines anderen Deutschen genehmigt, so liegt darin, daß sie auf das ihr an sich zustehende Liquidationsrecht verzichtet; sonst hätte sie ja nicht zu genehmigen brauchen. Der Abs. 2 gibt ihr ein Kontrollrecht, das sie im Sinne einer Versagung der Genehmigung betätigen kann; genehmigt sie aber, so stellt sie damit liquidationsfrei. Dies gilt erst recht bei der Genehmigung einer Verfügung zugunsten eines Nichtdeutschen.

Der Abs. 2 verbietet sodann nur eine „Verfügung oder Belastung" ohne Genehmigung des berechtigten Staates, er behandelt dagegen nicht einen Eigentumsübergang im Wege der Erbfolge, die sich unabhängig von einem vor Inkrafttreten des Versailler Vertrages geäußerten Verfügungswillen des ursprünglichen Eigentümers vollzieht. Diese Fälle entziehen sich naturgemäß dem Kontroll- und Genehmigungsrechte des liquidationsberechtigten Staates; Eigentumsveränderungen dieser Art muß der alliierte Staat gegen sich gelten lassen.

Das in Abs. 2 gegebene Genehmigungsrecht zeigt, daß durch Willensakte der liquidierbaren Personen ihr Vermögen der Liquidation nicht entzogen werden kann, daß aber andererseits genehmigte Willensakte eine Befreiung von der Liquidation zur Folge haben, endlich aber, daß nur freie Willensakte von ihm betroffen sind, daß also vom Willen der beteiligten Personen unabhängige Eigentumsveränderungen auch gegenüber dem liquidationsberechtigten Staate gelten. Die Richtigkeit dieser Auslegung ist auch anderweitig bestätigt. Auch das polnische Registrierungsgesetz vom 4. März 1920 verbietet in Art. 6 nur, daß die der Registrierung unterliegenden Güter, Rechte und Interessen „veräußert, belastet, verpachtet oder außerhalb der Grenzen des polnischen Staates ausgeführt" werden dürfen, sofern nicht eine Genehmigung des Präsidenten des Hauptliquidationsamtes erteilt ist. Auch hier ist also nur eine freiwillige Verfügung oder Verpfändung ohne staatliche Genehmigung verboten, so daß also das an sich der Liquidation unterliegende Gut ihr durch Ereignisse entzogen werden kann, die vom Verfügungswillen des Eigentümers und vom Zustimmungswillen des Staates unabhängig sind.

II. Die einschlägigen Fragen werden namentlich in dem Buch von *Gidel* und *Barrault*: *„Le Traité de Paix avec l'Allemagne et les intérêts privés"*, Paris 1921, erörtert. *Gidel* und *Barrault* gehen davon aus, daß die Sequestration der deutschen Güter diese an sich nicht *extra commercium* stelle; Dritt-Gläubiger hätten trotz der Sequestration ihre Ansprüche gegen sie behalten; erst das französische Gesetz vom 7. Oktober 1919 habe eine *„indisponibilité totale"* vorgeschrieben, da die sequestrierten Güter durch den Versailler Vertrag ein Pfand zugunsten des französischen Staates geworden seien (S. 67). Die französische Praxis hatte geschwankt, wie sie sich gegenüber Pfändungsansprüchen von Dritt-Gläubigern verhalten sollte. Daraufhin hatte der Justizminister verfügt, daß die Rechte der

Digitized by Google

Gläubiger bestehen bleiben, daß sie sich aber nicht mehr auf die Vermögensgegenstände als solche bezögen, sondern nur auf die Liquidationserlöse. Zur Begründung wird ausgeführt, daß das Gesetz vom 7. Oktober 1919 eine andere Realisationsform als die in ihm vorgesehene für die sequestrierten Güter nicht zulasse. Diese Begründung des *Garde des Sceaux* ist nicht ohne weiteres überzeugend. Immerhin kann man sagen, daß die pfändungsberechtigten Gläubiger nur ein Verwertungsrecht gegen das Vermögen des deutschen Schuldners, nicht ein Recht auf die individuellen Gegenstände dieses Vermögens hatten und daß praktisch kein großer Unterschied besteht, in welchen Rechtsformen die Verwertung vorgenommen wird, nach dem allgemeinen Zwangsvollstreckungsgesetz, oder nach den besonderen Normen des Liquidationsgesetzes. Wichtig ist jedenfalls an dieser Entscheidung, daß die Rechte Dritter gegen das Liquidationsobjekt anerkannt sind, und daß der Liquidationserlös sogar trotz der Haftung für die französischen Reparationsansprüche von Dritt-Gläubigern diesem Zweck entzogen werden kann.

Sodann wenden sich *Gidel* und *Barrault* der Frage zu, wie die *indisponibilité* des Gesetzes vom 7. Oktober auf die Erbfolge eines französischen Staatsangehörigen in die der Sequestration unterliegenden Gegenstände einwirkt: „*dans quelle mesure l'indisponibilité dont la loi du 7. août 1919 a frappé les biens allemands séquestrés a-t-elle pu affecter la dévolution successorale de ces biens à des héritiers français?*“ *Gidel* und *Barrault* halten es für selbstverständlich, daß jede Verfügung über ein sequestriertes Gut durch den Eigentümer „*par un acte de sa volonté à titre gratuit ou à titre onéreux, entre vifs ou à cause de mort, directement ou indirectement*“ ausgeschlossen sei: „*la mise sous séquestre a, dès le début, rendu évidemment impossible tout acte de disposition de ce genre. Mais ce bien d'un Allemand peut se trouver légalement dévolu à un héritier français. Le régime du séquestre judiciaire n'a pu avoir pour effet d'empêcher la dévolution légale au profit d'un heritier français d'un bien allemand séquestré*“. Die Verfasser fragen, ob das Gesetz von 1919 mit seiner verschärften „*indisponibilité totale*“ hieran etwas geändert habe, und kommen schließlich zu dem Ergebnis: „*nous serions disposés à estimer que le bien dont it s'agit ne saurait être liquidé par le Gouvernement français*“.

Diese Lösung der Frage ist aus verschiedenen Gründen bedeutsam: im Hinblick auf die Autoren, die sie vertreten; im Hinblick darauf, daß die Zweifel nur auftreten für das spezielle französische Gesetz von 1919, und daß sie sich nur erheben bezüglich solcher Güter, die bereits unter Zwangsverwaltung stehen (vgl. Art. 1 des Gesetzes), und endlich im Hinblick auf die Tatsache, daß die französische Liquidation Reparationszwecken dient, daß also jede Befreiung von der Liquidation das Reparationspfand verringert. Man wird daraus den Schluß ziehen müssen, daß mangels einer Sequestration nicht einmal Zweifel über die freie Vererblichkeit mit der daraus folgenden Liquidationsbefreiung auftreten können, selbst wenn es sich um eine letztlich Reparationszwecken dienende Liquidation handelt, und daß dies alles erst recht gilt, wenn es sich um Staaten handelt, die die Liquidationserlöse unmittelbar an den Berechtigten auszuzahlen haben.

III. Die mit der Ausführung des Liquidationsrechtes zusammenhängenden Fragen sind gelegentlich des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien erörtert und einer vertraglichen Regelung unterworfen worden. Gewiß haben die vertragschließenden Staaten in dem Genfer Abkommen gerade für das Liquidationsrecht ein besonderes Regime vereinbart, das nicht ohne weiteres verallgemeinert werden darf. Aber andererseits ist ausdrücklich vorgesehen, daß für den beschränkten Umfang, in dem die Liquidation

Digitized by Google

für Oberschlesien zugelassen ist, die polnische Regierung gehalten ist, sich den Bestimmungen der Art. 92 und 297 anzupassen (vgl. Art. 7 und 8 des Genfer Abkommens), so daß sich die Bestimmungen, welche Besonderheiten für das oberschlesische Liquidationsrecht aufstellen, deutlich von denjenigen sondern lassen, in denen man nur die Grundsätze des Versailler Vertrages auslegen und näher bestimmen wollte.

Sowohl nach Art. 8 wie nach Art. 12 ist eine Liquidation von großindustriellen Unternehmen und von großen Landgütern nur zulässig, wenn sie sowohl an einem bestimmten Stichtage als auch im Zeitpunkte der Notifikation der Liquidationsabsicht im Eigentum eines deutschen Staatsangehörigen stehen. Der besondere Stichtag und die Wahl gerade des Notifikationszeitpunktes sind ebenso deutlich aus den Besonderheiten der oberschlesischen Liquidation fließende Umwandlungen und Ausgestaltungen der Vorschriften des Versailler Vertrages, wie das Erfordernis der deutschen Reichsangehörigkeit für zwei Zeitpunkte eine aus dem Wesen der Sache fließende Notwendigkeit ist.

Nach Art. 20 des Genfer Abkommens ist der Eigentümer des liquidierbaren Gutes vom Augenblick der Notifikation an gehalten, das Gut nur noch mit Zustimmung der polnischen Regierung, außer *mortis causa*, zu veräußern. Die Zustimmung hat die Freistellung von der Liquidation zur Folge. Auch hier ist wieder deutlich, daß die zeitliche Festlegung des Veräußerungsverbotes gerade auf die Notifikation und die Einschränkung des Verfügungs- und Belastungsverbotes auf ein Veräußerungsverbot oberschlesische Besonderheiten darstellen; dagegen entspricht die besondere Hervorhebung der Ausnahme „*mortis causa*“ wieder grundsätzlich dem Inhalt des Art. 297 b Abs. 2 und geht nur insofern über ihn hinaus, als sie jede Verfügung von Todes wegen umfaßt.

IV. Muß nach dem bisher Ausgeführten grundsätzlich nach Art. 297 b das zu liquidierende Gut sowohl am 10. Januar 1920 als auch im Zeitpunkte der Liquidation in deutschem Eigentum stehen, wenn die Liquidation zulässig sein soll, so gibt es bei den alliierten Staaten, die gemäß Art. 297 h Abs. 2 und Art. 92 Abs. 4 den Liquidationserlös unmittelbar an den Berechtigten auszuzahlen haben, hierfür noch einen besonderen Grund. Denn bei ihnen entfällt die *ratio* des Liquidationsrechtes, die während des Krieges in Frankreich aufgestellt und entwickelt worden ist und die in den Noten der Friedenskonferenz an die deutsche Delegation näher entwickelt wurde, der Gedanke der Pfandhaltung deutschen Vermögens im Feindeslande für die Reparationsansprüche der alliierten Mächte. Ihr Zweck liegt daher einzig und allein in der Entdeutschung des Besitzstandes. Dementsprechend ist die erste Art als Reparationsliquidation, die zweite Art als Entdeutschungsliquidation bezeichnet worden (vgl. meine Schrift, Deutsche Hypothekenforderungen in Polen, S. 1 ff.). In seiner Analyse der Liquidationsbestimmungen der Friedensverträge formuliert *Temperley* diesen Gedanken treffend dahin: „*It was considered that these States should be permitted to liquidate enemy property in order to remove German economic penetration in their borders*“ (*History of the pease Conferences of Paris*, Bd. 5, S. 105). Wenn daher bereits bei der Reparationsliquidation ein Vermögensgegenstand dadurch der Liquidation entzogen werden kann, daß er infolge Erbganges aufhört, „*enemy property*“ zu sein, so entbehrt erst recht bei der Entdeutschungsliquidation die Liquidation von Gütern, die aufgehört haben, deutsches Eigentum zu sein, des Sinnes. Durch den Erbgang wird das Ziel, dem allein die Entdeutschungsliquidation zustreben darf, erreicht.

Digitized by Google

Man hat behauptet, daß die der Liquidation unterliegenden Gegenstände mit der Liquidationsbefugnis des alliierten Staates belastet sind und daß sie demgemäß nur mit dieser Last an einen Dritten übergehen können. Diese Behauptung geht zu weit, wie sich aus der Vorschrift des Abs. 2 ergibt, die eine Freistellung von der Liquidation vorsieht und zugleich nur eine bestimmte Art von Eigentumsveränderung im Auge hat. Will man aber durchaus das Liquidationsrecht „konstruieren", so kann man bei der Entdeutschungsliquidation höchstens sagen, daß das Gut, das am 10. Januar 1920 einem Deutschen gehörte, mit der Auflage belastet ist, keinem deutschen Eigentümer gehören zu dürfen. Diese Auflage entfällt, wenn sie durch den Erbgang von selbst realisiert wird.

Daß auch ein Danziger Bürger im allgemeinen deutsch stämmig ist, steht alledem nicht entgegen, da die Entdeutschung durch Liquidation lediglich zugelassen ist gegenüber deutschen Reichsangehörigen. Die Unzulässigkeit der Liquidation polnischer Staatsangehöriger deutschen Volkstums ergibt sich aus dem polnischen Minderheitsvertrage. Bei Danziger Bürgern aber ist es unmöglich, ihnen einerseits trotz ihrer deutschen Abstammung durch den Vertrag von Versailles die deutsche Reichsangehörigkeit zu nehmen und sie doch andererseits wieder wie deutsche Reichsangehörige zu behandeln.

V. Für Danziger Bürger sind im übrigen diese Fragen besonders in dem zwischen Danzig und Polen geschlossenen Warschauer Abkommen vom 24. Oktober 1921 geregelt und geklärt.

Art. 43 schreibt vor: „Die Angehörigen des einen Teils sind gleich denen des andern berechtigt, im Gebiete des anderen Teiles bewegliches und unbewegliches Vermögen jeder Art, unter welchem Rechtstitel es auch sei, zu erwerben und in jeder Weise darüber zu verfügen, es zu besitzen und zu verwalten, ohne unter irgendeiner Bezeichnung anderen oder höheren Auflagen, Steuern und Abgaben unterworfen zu sein als die Angehörigen des anderen Teiles."

Und der Art. 233: „Die Republik Polen erklärt, daß sie eine Liquidation des Vermögens derjenigen Personen, die auf Grund des Vertrages von Versailles Danziger Staatsangehörige geworden sind, nicht vornehmen wird. Diese Bestimmung hat rückwirkende Kraft."

Der Oberkommissar des Völkerbundes sagt in seiner Entscheidung über den ihm vorgelegten Streitpunkt, daß ihm die Frage einige Schwierigkeiten bereitet habe, warum Art. 233 in das Warschauer Abkommen eingefügt worden sei; nach dem polnischen Gesetz vom 4. März 1920 sei nur eine Liquidation deutscher Reichsangehöriger zulässig, während doch die früheren deutschen Reichsangehörigen, die bei Inkrafttreten des Versailler Vertrages in Danzig wohnten, an diesem Tage *ipso facto* Danziger Bürger geworden seien und daher nicht der Liquidation auf Grund ihrer früheren Staatsangehörigkeit unterworfen sein könnten. Er stellt dann die polnische und die Danziger Argumentation über die Bedeutung dieses Artikels gegenüber und entscheidet sich für die Richtigkeit der polnischen. War diese Stellungnahme begründet?

Die polnische Darlegung ist im wesentlichen auf den Art. 297 b Abs. 3 gegründet. Diese Vorschrift besagt, daß als deutsche Reichsangehörige im Sinn der lit. b diejenigen deutschen Reichsangehörigen nicht anzusehen sind, die auf Grund des Versailler Vertrages von Rechts wegen die Staatsangehörigkeit einer alliierten und assoziierten Macht erwerben. Die Polnische Regierung interpretiert diesen Satz dahin, daß nur diejenigen früheren Deutschen von der Liquidation ausgeschlossen sind, die die Staatsangehörigkeit einer alliierten Macht erwerben, nicht dagegen diejenigen, die Danziger Bürger werden. Dem-

Digitized by Google

gegenüber behauptet die Danziger Regierung, daß der Art. 233 des Warschauer Abkommens für die früheren Reichsangehörigen, die am 10. Januar 1920 Danziger geworden seien, an sich überflüssig sei und daß er sich daher nur auf diejenigen beziehe, die erst nach dem 10. Januar 1920 die Danziger Staatsbürgerschaft erworben haben.

Um zu diesen beiden Argumentationen Stellung nehmen und die Entscheidung des Völkerbundkommissars prüfen zu können, ist es notwendig, den Abs. 3 der lit. b näher zu betrachten. Ist er so zu interpretieren, daß er das polnische *argumentum e contrario*, nur die früheren Deutschen, die die Staatsangehörigkeit einer alliierten Macht erwerben, seien von der Liquidation zu befreien, stützt?

a) Art. 297 soll nach seinem Eingangssatz eine Lösung geben für „*la question des biens, droits et intérêts privés en pays ennemis*", und zwar sowohl für die Behandlung der Güter deutscher und alliierter Staatsangehöriger, die sich bei Kriegsausbruch im Gebiet des anderen kriegführenden Teiles befanden, als auch der Güter alliierter und deutscher Staatsangehöriger, die sich bei Friedensschluß im Gebiet des anderen vertragschließenden Teiles befanden. Lit. a regelt die Behandlung der alliierten Güter in Deutschland nach Friedensschluß, die sofort von allen außerordentlichen Kriegsmaßnahmen frei zu stellen sind; lit. b und c regeln die Behandlung der deutschen Güter im Gebiet der alliierten Mächte; die lit. d—g behandeln die aus den im Krieg vorgenommenen außerordentlichen Maßnahmen folgenden Probleme; lit. h regelt die Verwendung der Liquidationserlöse, und lit. j endlich gibt eine erst nachträglich eingefügte Bestimmung für eine Sonderbehandlung der alliierten Güter in Deutschland nach Friedensschluß in steuerlicher Hinsicht. So sind es eigentlich vier Probleme, die Art. 297 behandelt: deutsche Güter bei Kriegsausbruch in alliiertem Gebiet, alliierte Güter bei Kriegsausbruch in deutschem Gebiet, deutsche Güter bei Friedensschluß in alliiertem Gebiet, alliierte Güter bei Friedensschluß in deutschem Gebiet.

Wenn daher in den lit. a, e, f, g, j von „*ressortissants d'une Puissance alliée ou associée*" die Rede ist, so handelt es sich bei diesen Bestimmungen immer um Güter von alliierten Staatsangehörigen, die sich bei Ausbruch des Krieges mit der betreffenden alliierten Macht in Feindesland befunden haben, also niemals um Güter, die Personen gehören, die erst durch den Versailler Vertrag alliierte Staatsangehörige geworden sind. Die besondere Vorschrift des Abs. 3 von lit. b bedeutet daher, daß nur im Sinn der lit. b die ehemaligen deutschen Reichsangehörigen, die Alliierte werden, wie Alliierte behandelt werden sollen, während sonst in Art. 297 der Ausdruck „alliierte Staatsangehörige" nicht die ehemaligen Deutschen, die erst durch den Versailler Vertrag Alliierte geworden sind, umfaßt. (Ueber Näheres vgl. meine Schrift „Der Ersatzanspruch für Schäden durch außerordentliche Kriegsmaßnahmen", S. 10/11.) Der Abs. 3 bedeutet daher in dem Zusammenhang des Art. 297, aus dem allein er interpretiert werden darf, nichts über den Art. 297 selbst Hinausgehendes: er will nur klarstellen, daß lediglich bei lit. b, d. h. lediglich für die Nachkriegsliquidation, im Gegensatz zu allen anderen lit., die neuen alliierten Staatsangehörigen den alten gleichzubehandeln sind; daher auch die Formulierung „au sens du présent *paragraphe*".

Der Abs. 3 des Art. 297 b entstammt einer Anregung der jugoslavischen Friedensdelegation, die bezweckte, daß alle Angehörigen der Zentralmächte, die alliierte Staatsangehörige werden, von der Nachkriegsliquidation befreit werden. Sie hatte außerdem beantragt, daß diese Gleichstellung der früheren Angehörigen der Zentralmächte mit den alten alliierten Staatsangehörigen für den ganzen Umfang des Art. 297 vorgenommen werden sollte. Aber nur

Digitized by Google

die erste Anregung ist befolgt, die weitergehende aber abgelehnt worden (vgl. die auf S. 51/53 meiner Schrift abgedruckten Stellen des jugoslavischen *Compte rendu*). So erklärt sich die scharfe Betonung *„au sens du présent paragraphe"*.

b) Sodann aber liegt in dem Abs. 3 der Hauptton auf den Worten *„de plein droit"*. Von der Nachkriegsliquidation sollen die Personen befreit werden, die von Rechts wegen eine alliierte Staatsangehörigkeit erwerben, nicht auch diejenigen, die sie auf Grund einer Naturalisation oder Option erwerben.

Art. 297 b ist in erster Linie gemünzt auf die ursprünglich alliierten Mächte, die das deutsche Eigentum bereits während des Krieges beschlagnahmt hatten und die durch Art. 297 b ermächtigt werden, die beschlagnahmten oder sequestrierten Güter trotz des Friedens noch zu liquidieren. Der Absatz ist eingefügt worden, um zu verhindern, daß das als deutsches Eigentum z. B. in Frankreich oder England beschlagnahmte Vermögen von Personen, die durch eine Gebietsveränderung jugoslawische, tschechoslowakische, polnische, französische oder belgische Staatsangehörige geworden sind, trotzdem liquidiert wird. Man hat diese Befreiung von der Nachkriegsliquidation auf die Personen beschränkt, die von Rechts wegen, d. h. unabhängig von ihrem individuellen Willen die alliierte Staatsangehörigkeit erwerben; denn sonst hätte die Vorschrift als Anreiz zur Option für eine neue alliierte Staatsangehörigkeit wirken müssen. In dieser Beschränkung kommt ein allgemeiner Grundgedanke zum Ausdruck, den die Friedenskonferenz stets vor Augen hatte. Gelegentlich der Friedensverhandlungen hatte die österreichische Friedensdelegation der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Gestattung der Option zugunsten einer alliierten Staatsangehörigkeit in der Richtung wirken könnte, daß man sich durch solche Option den Lasten des Friedensvertrages zu entziehen versuchen könnte; darauf hat die Friedenskonferenz in ihrer Note vom 2. September geantwortet:

„Enfin, il n'y a pas lieu de craindre que des personnes désireuses de se soustraire aux obligations résultant du Traité qui frappent les seuls ressortissants autrichiens puissent lui échapper par l'option, car les dispositions du Traité, en excluant de ses charges les ressortissants autrichiens ayant acquis une nationalité nouvelle, out eu soin de préciser qu'ils doivent avoir acquis de plein droit cette nationalité. Les craintes exposées à cet égard par la Délégation autrichienne reposent donc sur un malentendu". (Bericht über die Tätigkeit der deutsch-österreichischen Friedensdelegation in St. Germain, Bd. 2, S. 326.)

Es ist durch diese Einschränkung auf den *ipso facto*-Erwerb der alliierten Staatsangehörigkeit natürlich nicht ausgeschlossen, daß die einzelnen alliierten Mächte auch die Güter von Personen liquidationsfrei stellen, die für eine alliierte Staatsangehörigkeit optiert haben; aber solche Befreiung ist in ihr Belieben gestellt; die Friedensverträge verbieten die Liquidation nur für Personen, die von Rechts wegen eine alliierte Staatsangehörigkeit erwerben.

c) Endlich: Das Thema des Versailler Vertrages ist lediglich die Behandlung der Privatrechte deutscher Staatsangehöriger im Verhältnis zu den alliierten Mächten. Die Frage, was andere Mächte, die nicht Kontrahenten des Versailler Vertrages sind, mit deutschem Eigentum tun, oder was alliierte Mächte mit Eigentum von Personen tun, die nicht deutsche Reichsangehörige sind, ist im Versailler Vertrage nicht geregelt.

Die alliierten und assoziierten Mächte sind in der Einhaltung dieser Schranken sehr peinlich gewesen. So haben sie sogar die rechtlichen Ver-

Digitized by Google

hältnisse zu den alten russischen Alliierten nicht geregelt, sondern sich damit begnügt, in Art. 116 gewisse, ganz bestimmte Rechte zugunsten Rußlands vorzubehalten. So hat ferner Deutschland Nordschleswig, Danzig und das Memelgebiet an die mitkontrahierenden alliierten und assoziierten Hauptmächte, nicht an die Staaten, die diese Territorien endgültig erwerben sollten, abgetreten. Und so sind selbst die privatrechtlichen Vertragsverhältnisse zwischen früheren deutschen Reichsangehörigen, die eine alliierte Staatsangehörigkeit erwerben, und alten alliierten Staatsangehörigen gemäß Art. 299 d von der Regelung durch den Versailler Vertrag ausgenommen und interalliierten Vereinbarungen vorbehalten worden (vgl. Temperley, Bd. 5, S. 96/97). Im übrigen zeigt ein Vergleich zwischen Art. 297 b, Abs. 3, der nur die von Rechts wegen erworbene alliierte Staatsangehörigkeit erwähnt, und Art. 299 d, der jede auf Grund des Versailler Vertrages erworbene alliierte Staatsangehörigkeit berücksichtigt, erneut, daß in Art. 297 b, Abs. 3, der Ton auf dem „*de plein droit*“ liegt.

Jedenfalls beweist diese Erörterung, daß der Vertrag von Versailles lediglich die Behandlung deutscher Privatrechte durch die alliierten Mächte und alliierter Privatrechte durch Deutschland zum Gegenstand hat. Wenn daher der Art. 297 b nur von dem Erwerbe einer alliierten Staatsangehörigkeit handelt und nicht von der der anderen Staaten, die deutsches Gebiet erworben haben, so ist dies im Rahmen des Versailler Vertrages selbstverständlich.

Das Thema der Privatrechte von Danziger Bürgern in Polen ist nicht Gegenstand des Vertrages von Versailles. Der Versailler Vertrag gestattet lediglich die Liquidation deutschen Eigentums. Auf ihn kann sich daher die polnische Regierung nicht berufen, um Danziger Eigentum zu liquidieren; auch nicht auf den Art. 297 b, Abs. 3. Er läßt seinem Sinn und seinem Zusammenhange nach ein *argumentum e contrario* auf die Liquidierbarkeit früherer deutscher Eigentümer, die von Rechts wegen nicht alliierte Staatsangehörige, sondern Danziger geworden sind, nicht zu, wie die Rechtsausführungen der polnischen Regierung wollen. Er ließe höchstens den Analogieschluß zu, daß auch der frühere Deutsche, der die Danziger Staatsangehörigkeit von Rechts wegen erworben hat, nicht liquidiert werden darf.

Aber auch dieser Analogieschluß geht nicht weit genug. Die ganze Frage der Liquidierbarkeit Danziger Bürger durch die polnische Regierung ist vielmehr ausschließlich eine Danzig-polnische Angelegenheit, ebenso wie z. B. die Frage, ob England das Vermögen von dänischen Bürgern liquidieren darf, eine englisch dänische Angelegenheit ist. Art. 297 b, Abs. 3 hat nur die Frage im Auge, ob z. B. Frankreich die Güter von früheren Deutschen, die von Rechts wegen Franzosen oder Belgier geworden sind, oder Belgien die Güter früherer Deutscher, die *ipso facto* Belgier, Polen oder Tschechen geworden sind, liquidieren darf; und er hat sie verneint. Dagegen ist z. B. wieder die Frage, ob Güter von Personen, die als Tschecho-Slowaken deutscher Reichsangehörigkeit oder als Polen deutscher Reichsangehörigkeit für die Tschecho-Slowakei oder Polen optiert haben, in England, Frankreich oder Belgien liquidiert werden können, im Versailler Vertrag nicht behandelt; sie ist ebenso eine Angelegenheit, die zwischen England, Frankreich oder Belgien einerseits und Polen oder der Tschecho-Slowakei andererseits zu regeln ist, wie die Frage der Behandlung privatrechtlicher Verträge, die zwischen einem früheren Deutschen, der Belgier, Franzose oder Pole geworden ist, und einem Engländer, Franzosen oder Belgier geschlossen waren, nach Art. 299 d nicht Gegenstand des Versailler Vertrages ist, sondern durch interalliierte Vereinbarungen geregelt werden muß.

VI. Ist darnach die Frage der Liquidierbarkeit von Danziger Vermögen durch die polnische Regierung im Versailler Vertrage nicht geregelt,

Digitized by Google

so kommt es für ihre Lösung allein auf die allgemeinen völkerrechtlichen Normen und auf die besonderen vertraglichen Vereinbarungen der beiden beteiligten Staaten an.

Die allgemeinen Sätze des Völkerrechts geben keinem Staate das Recht zur Liquidation des Vermögens von Bürgern eines anderen Staates. Und die besonderen Vorschriften der Art. 43 und 233 des Warschauer Abkommens stellen dies ausdrücklich fest. Welches daher beim Abschluß des Warschauer Abkommens auch die subjektiven Motive der Danziger und der polnischen Regierung bezüglich des Art. 233 gewesen sein mögen, diese Motive können gegenüber der klaren objektiven Rechtslage nicht in Betracht kommen. Mag die polnische Regierung angenommen haben, daß der Artikel seinen Grund hat in einem Verzicht auf ein ihr vermeintlich an sich zustehendes Recht, oder mag Danzig angenommen haben, daß der Grund für den Artikel lediglich in dem Bestreben liegt, festzustellen, daß es ein polnisches Liquidationsrecht auch nicht gegenüber Personen gibt, die erst nach dem 10. Januar 1920 Danziger geworden sind: es ist unabhängig von den Motiven der Kontrahenten zu untersuchen, was Rechtens und was Sinn und Bedeutung des Art. 233 ist.

Nach allem bisher Ausgeführten ist die Rechtslage aber die, daß der Versailler Vertrag der polnischen Regierung ein Liquidationsrecht nur gegen deutsche Reichsangehörige und nicht gegen Danziger Bürger gibt. Die Frage der Liquidation von Danzigern steht außerhalb des Versailler Vertrages, sie ist im Warschauer Abkommen in den Art. 43 und 233 geregelt. Wenn Art. 43 vorschreibt, daß die Angehörigen beider vertragschließenden Teile im Gebiet des andern bewegliches und unbewegliches Vermögen jeder Art, unter welchem Rechtstitel es auch sei, erwerben, in jeder Weise darüber verfügen, es besitzen und verwalten dürfen, so ist damit jede Maßnahme der Beschlagnahme, Sequestration oder Liquidation unvereinbar, da sie den Erwerb, die Verfügung, den Besitz, die Verwaltung ihrem Wesen nach ausschließt. Und der Art. 233 stellt dies noch einmal ausdrücklich fest für die Personen, die auf Grund des Versailler Vertrages Danziger Staatsangehörige geworden sind, also für die Personen, bezüglich derer vielleicht Zweifel auftreten könnten. Art. 233 gibt eine dem Art. 297b, Abs. 3 des Vertrages von Versailles entsprechende Vorschrift für die in diesem Vertrage nicht geregelte Frage der Liquidation von Danziger Bürgern: nicht nur die früheren Deutschen, die auf Grund des Versailler Vertrages von Rechts wegen alliierte Staatsangehörige geworden sind, sondern auch die, welche auf Grund dieses Vertrages die Danziger Staatsbürgerschaft erworben haben, sollen nach Art. 233 des Warschauer Abkommens liquidationsfrei sein. Und dieser Bestimmung wird eine so große Bedeutung beigelegt, daß sie sogar rückwirkende Kraft haben soll. Danach ist eine eingeleitete Liquidation aufzuheben und eine durchgeführte rückgängig zu machen. Art. 233 ist ganz allgemein formuliert und enthält keinen Stichtag für das Vorliegen der Danziger Staatsangehörigkeit: Wenn ein Gut einer Person gehört, die auf Grund des Versailler Vertrages Danziger geworden ist, darf es nicht liquidiert werden; und die rückwirkende Kraft bedeutet, daß sogar der Uebergang des Gutes in Danziger Eigentum während des Liquidationsverfahrens die Freistellung auslösen muß. Art. 43 geht insofern über den Art. 233 hinaus, als er eine Liquidation auch ausschließt für Personen, welche die Danziger Staatsangehörigkeit nicht auf Grund des Versailler Vertrages, sondern eventuell später auf Grund einer Naturalisation oder anderer Bestimmungen des Danziger Staatsangehörigkeitsrechtes erwerben.

Digitized by Google

Sprechsaal.

Die dänisch-norwegische Grönlandfrage *).

Die dänisch-norwegische Grönlandfrage, die beim Abschluß des ersten Berichtes in den ersten Julitagen v. Js. (Bd. XXXI S. 131 ff.) noch völlig in der Schwebe war, hat eine überraschende Beilegung erfahren: sie hat mit einer in einem Abkommen zum Ausdrucke gelangten Einigung geendigt, ohne daß man in der Hauptfrage, der Frage der Suveränität über Grönland, einig gewesen oder geworden wäre. Die beiden Regierungen sind nämlich übereingekommen, in dem Abkommen auf die Suveränitätsfrage nicht einzugehen, vielmehr nur gewisse praktische Fragen in vertragsmäßiger Form zu lösen. Außer diesem Momente und dem Gesamtcharakter des Abkommens dürften daraus noch die beiden Punkte von grundsätzlichem und allgemeinerem Interesse sein, daß etwaige Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auslegung vom Völkerbundsgerichtshof im Haag zu entscheiden sind (a. 8), sowie daß das Abkommen zunächst nur auf 20 Jahre geschlossen ist, indessen den gleichen Zeitraum weitergilt, wenn es nicht von einer der Parteien mindestens zwei Jahre vor Ablauf der 20-jährigen Periode gekündigt wird (a. 9). Der Hergang im einzelnen war folgender:

Im Sinne des am Schlusse des ersten Berichtes mitgeteilten Vorschlages des Konstitutionskomitees des norwegischen Stortings vom 3. Juli 1923, einstimmig zum Beschluß erhoben am 7. Juli 1923, wurde Dänemark in einer Note vom 13. Juli zu Verhandlungen über die Grönlandfrage „auf freier Grundlage" eingeladen (vgl. den Schlußabsatz des 1. Berichts). In der Note war unterstrichen, daß mit der Aufnahme dieser Verhandlungen nichts präjudiziert, nichts aufgegeben oder verspielt sein solle für eines der Länder; jedes Land solle frei stehen, wenn die Verhandlungen nicht zum Ziele führen würden. Während der Verhandlungen sollten der norwegische wie der dänische Staat von jeglicher Veranstaltung abstehen, die rechtlich oder tatsächlich ein Vorgreifen dem anderen Staate gegenüber bedeuten würde.

Dänemark war bereit, auf Verhandlungen einzugehen, und teilte dies Norwegen durch eine Note vom 30. Juli 1923 mit, in welcher betont wurde, es sei ebenfalls dänischerseits eine selbstverständliche Voraussetzung, daß dabei nichts präjudiziert, aufgegeben oder verspielt sein solle, und daß, falls die Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, die Rechtslage dieselbe bleiben müsse, als ob die Verhandlungen nicht stattgefunden hätten. Ferner wurde in der Note hervorgehoben, daß Dänemark davon ausgehe, die Verhandlungen würden mit einer solchen Kraft betrieben werden, daß grönländische Interessen keinen Schaden litten.

Beide Regierungen ernannten darauf Verhandlungsdelegationen, die dänische Regierung

1. den Folketingsabgeordneten *J. C. Christensen*, als Vorsitzenden, 2. den Folketingsabgeordneten *Th. Stauning*, 3. den Folketingsabgeordneten Baron *Otto Reedtz Thott*, 4. den Bankdirektor *J. Hassing Jörgensen*,

die norwegische Regierung

1. den Stortingsabgeordneten Schiffsreeder *Johan Ludwig Mowinckel*, als Vorsitzenden, 2. den Stortingsabgeordneten Redakteur *C. J. Hambro*, 3. den Lagtingspräsidenten Landmann *Kr. Hogset*, 4. den Professor der Geschichte *Halvdan Koht*.

Verhandlungen wurden geführt vom 25. September bis zum 4. Oktober zu Kopenhagen und, nachdem diese noch kein abschließendes Ergebnis gezeitigt

*) Vgl. Ztschr. XXXI, S. 141—162.

Digitized by Google

hatten, vom 14. bis zum 28. Januar 1924 zu Kristiania. Ihr Ergebnis war zunächst ein „Schlußprotokoll“ und abschließend ein diesem gemäß am 9. Juli 1924 unterzeichnetes Abkommen, dessen Text in dem „Schlußprotokoll“ entworfen war. Ein Notenwechsel, dessen Text ebenfalls im „Schlußprotokoll“ entworfen war, begleitete das Abkommen (s. u.).

Das Wesen dieser „Einigung in Nichteinigkeit über die Hauptfrage“ ist, daß eine Ordnung geschaffen wurde, die darauf ausgeht, diese Hauptfrage, die Frage der Suveränität, offen zu halten, insofern beide Teile an ihrem Standpunkt in dieser Frage festhalten (vgl. unten die Anlage), während Konflikten in praktischen Fällen durch die Bestimmungen des Abkommens vorzubeugen versucht wird — völkerrechtlich wohl ein neuer oder doch ein wenig gebräuchlicher und besonderer Vertragstypus[1]).

Das „Schlußprotokoll“ der Delegationsverhandlungen ist von allen Delegierten unterzeichnet worden. Für die Feststellung des Sinnes des später abgeschlossenen Abkommens dürfte es in erheblichem — einstweilen allerdings anscheinend unter den Parteien noch nicht feststehenden — Umfange von Bedeutung sein. Nach seinem rechtlichen Werte wird es nicht leicht bestimmt werden können. Ein Staatsvertrag in Protokollform ist es jedenfalls nicht, trotz seiner Unterzeichnung durch alle Delegationsmitglieder. Denn die Unterhändler besaßen keine Vollmacht zum Abschluß eines Vertrages, selbst nicht unter Vorbehalt der Ratifikation. Es enthält vielmehr nur einen „Vorschlag zu einem Abkommen zwischen Dänemark und Norwegen über Ostgrönland“. Dieser Vorschlag zu einem Abkommen sollte nach Absicht der Unterhändler durch Unterzeichnung im Namen beider Staaten später Abkommen werden, und es sollten ferner bei der Unterzeichnung Noten zwischen beiden Regierungen gemäß Entwürfen ausgetauscht werden, die in das Protokoll aufgenommen worden sind und die einen Generalvorbehalt enthalten. Entsprechend dieser Absicht der Unterhändler ist verfahren worden.

Das — unten auf Norwegisch und in Uebersetzung mitgeteilte — „Schlußprotokoll“ beginnt mit der Feststellung, daß zwischen den verhandelnden Delegationen sich hinsichtlich der Auffassung der Suveränitätsverhältnisse die genannte grundsätzliche Meinungsverschiedenheit geltend gemacht habe.

Es skizziert sodann die grundsätzliche Auffassung jeder der beiden Delegationen:

Die norwegische Delegation habe daran festgehalten, daß die bisher durch Kolonisation nicht okkupierten Teile von Grönland den Charakter einer *terra nullius* behalten hätten. Die dänischen Schritte bei einer Reihe von Staaten zur Anerkennung einer Erweiterung des Koloniegebietes enthielten eine Anerkennung dieser Auffassung. Weder die — in dem genannten ersten Berichte angezogene (S. 143, 151, 152) — vielbesprochene Aeußerung des norwegischen Ministers des Aeußern *Ihlen* vom 22. Juli 1919 noch sonst eine norwegische Handlung hätten für Norwegen eine völkerrechtliche Pflicht

---

[1]) Man könnte vielleicht von „Verständigungsvertrag“ sprechen. Doch hat *Niemeyer* diese Bezeichnung bereits für anders geartete Verträge vorgeschlagen (Völkerrecht 1923 S. 132). — *Castberg* (Ostgrönlands-Avtalen, Kristiania 1924) macht im Anschluß an *Koht* („Nationen“ vom 18. Februar 1924) darauf aufmerksam, daß im Jahre 1818 zwischen England und den Vereinigten Staaten von Amerika schon ein gleicher Vertrag abgeschlossen sei, das sog. Oregon-Abkommen. — Nach dänischer Ansicht würde die Gleichstellung mit dem Oregon-Abkommen wohl in Zweifel zu ziehen sein. Jedenfalls wird dänischerseits betont, daß Dänemark nach wie vor auf seiner Suveränität über Grönland bestehe und sie auch ausübe.

Digitized by Google

begründet, anzuerkennen, daß Dänemark seine politischen und wirtschaftlichen Interessen auf ganz Grönland erweitere. Wenn die nach norwegischer Auffassung bisherige *terra nullius* unter die Oberhoheit eines Staates gebracht werden solle, so müsse es — teils mit Rücksicht darauf, daß die grönländischen Kolonien von alters her und ganz bis zum Jahre 1814 den Charakter eines Teiles des norwegischen Reiches gehabt hätten, teils kraft der zunehmenden norwegischen Wirtschaftsunternehmungen besonders in den ostgrönländischen Gewässern — das prinzipiell Richtige sein, daß Ostgrönland für norwegisches Land erklärt würde. Norwegen sei in den Jahren 1814 ff. Unrecht geschehen, und in Norwegen habe die dänische Absperrungspolitik Widerstand hervorgerufen.

Die dänische Delegation hat Dänemarks volles und uneingeschränktes Hoheitsrecht über ganz Grönland hervorgehoben. Norwegen habe Dänemarks Suveränität über ganz Grönland anerkannt. Dänemark habe tatsächlich die Herrschaft auf Grönland ausgeübt; von den Erweiterungen des Kolonialgebietes in den Jahren 1894 und 1905 sei der norwegischen Regierung offiziell Kenntnis gegeben worden[1]); den Abwickelungsverhandlungen nach 1814, dem Vertrage vom 1. September 1819, dem Beschluß des norwegischen Stortings vom 29. Mai 1821 und dem Handelsvertrag vom 2. November 1826 wohne der gleiche Sinn inne; durch die genannte Aeußerung des norwegischen Ministers des Aeußern vom 22. Juli 1919 habe Norwegen auf etwaige Einwendungen gegen Dänemarks Hoheitsrecht verzichtet.

Das Protokoll vermerkt endlich das Bemühen der Delegationen, zur Vermeidung von Konflikten die Lösung bestimmter praktischer Fragen (besonders Jagd-, Fang- und Fischereiinteressen auf Grönland) zustande zu bringen. Die Delegationen seien übereingekommen, ihren Regierungen ein Uebereinkommen vorzuschlagen, dessen Text sodann mitgeteilt wird.

Die Delegationen wünschten — fährt danach das Protokoll fort — hinsichtlich gewisser Distrikte und Anlagen noch gewisse Voraussetzungen auszusprechen; diese werden dann genannt.

Die Delegationen würden ihren Regierungen auch einen Notenwechsel vorschlagen, durch den jede der Regierungen ihren grundsätzlichen Standpunkt in den im Abkommen nicht behandelten Fragen wahre.

Der Presse wurde in einem gemeinschaftlich festgestellten Kommuniqué von dem Verhandlungsergebnis Mitteilung gemacht.

Der dänische Reichstag hat dem Abschluß des Abkommens und dem Notenaustausche durch Beschluß des Folketings vom 11. Juni 1924 (mit 83 gegen 45 Stimmen) und des Landstings vom 26. Juni (mit 43 gegen 26 Stimmen) zugestimmt. Der norwegische Storting gab seine Zustimmung am 28. März 1924 (mit 127 gegen 8 Stimmen). Die Unterzeichnung des Abkommens und der Notenwechsel fanden, wie erwähnt, am 9. Juli 1924 statt. Am Tage darauf trat das Abkommen nach besonderer Verständigung der Parteien hierüber, da zunächst der 1. Mai 1924 in Aussicht genommen war, in Kraft.

Es ist ein Abkommen kühnen Geistes, das hier geschlossen worden ist, eines Geistes, der Verständigung will, ob die hergebrachten Formen dem taugen oder nicht — männlichster Pazifismus. Die Gesinnung starker Menschen und kühler, auf das Tatsächliche gerichteter Politiker und Männer des praktischen Lebens spricht aus ihm, Unbekümmertheit um diplomatische Traditionen und Ueblichkeiten, Furchtlosigkeit vor der öffentlichen Meinung des eigenen Landes und der Welt.

---

[1]) Gemäß der Verordnung vom 18. März 1776; siehe Anlage 1 zum 1. Berichte.

Digitized by Google

Ueber das neue Abkommen hat in den beteiligten Ländern bereits lebhafte Meinungsäußerung stattgefunden. Starke Meinungsverschiedenheiten sind darin zutage getreten, nicht nur zwischen den Auffassungen der dänischen gegenüber denjenigen der norwegischen Kreise, sondern auch innerhalb der Länder selbst. Folgende Dokumente und Veröffentlichungen geben nach dänischer bezw. norwegischer Ansicht die Hauptgedanken wieder.

Dr. *E. Wolgast.*

Anlagen.

I. Dänische Veröffentlichungen.

1. Forslag til Rigsdagsbeslutning om Indgaaelse af en Overenkomst med Norge angaaende Ostgrönland. (Lovforslag. Ordentlig Samling 1923/24). Dies ist die offizielle dänische Regierungsvorlage. Sie enthält nur den Wortlaut des Abkommens und der genannten Noten, nicht des „Schlußprotokolls" — vielleicht ein Indiz für die Auffassung der dänischen Regierung von der Bedeutung des „Schlußprotokolls". Die Vorlage umfaßt 3½ Seiten, die genannten Texte eingerechnet; — 2. Baron *Otto Reedtz-Thott*, Folketingsmand, Grönlandsoverenkomsten (*Gads* Danske Magasin S. 269—280).

Ferner aus früherer Zeit:

3. *Erik Arup*, Grönland. En historisk Redegörelse fremkaldt ved den norske Konstitutionskomites Indstilling af 3. Juli 1923 (Köbenhavn 1923. Trykt hos *J. H. Schultz*, A./S. 36 S.).

II. Norwegische Veröffentlichungen.

1. Innst. S. XXXXIX (St. pr. nr. 30) 1924. Innstilling fra den forsterkede og utvidede konstitusjons — og utenrikskomité om Grönlandsspörsmalet (8 Seiten). — 2. St. prp. nr. 30 (1924). Om stortingets samtykke til at regjeringen avslutter en overenkomst med Danmark angaende Oestgrönland. — Utenriksdepartementets innstilling av 8de februar 1924, som er bifalt ved kongelig resolusjon av samme dag (12 Seiten, enthaltend den Text des „Schlußprotokolls" auf Riksmål und Landsmål). Nach diesem Dokumente ist der Text des Schlußprotokolls auf Riksmål in der Anlage wiedergegeben. — 3. *Halvdan Koht*, Det Grönland vi miste — og det vi ikkje miste (H. Aschehoug & Co., Kristiania 1924, 55 S.). — 4. *C. J. Hambro*, Norske naeringsinteresser paa Grönland (ibid. 1924, 48 S.). — 5. *Frede Castberg*, Oestgrönlandsavtalen (J. W. Cappelens Forlag-Kristiania (1924, 48 S.). Die Schrift enthält einen Abdruck des „Schlußprotokolls". — 6. *Arnold Raestad*, Frede Castberg, Oestgrönlandsavtalen (eine Besprechung der unter Nr. 5 genannten Schrift in „Tidens Tegn" vom 17. November 1924). — 7. *Frede Castberg*, Oestgrönlandsavtalen. Svar til Dr. *Arnold Raestad* (Eine Erwiderung auf die Besprechung Nr. 6 in „Tidens Tegn" vom 21. November 1924).

Ferner aus früherer Zeit:

8. *Arnold Raestad*, Grønland og Spitsbergen (H. Aschehong & Co. — Kristiania 1923, 49 S.).

Schlußprotokoll,
aufgesetzt in der Sitzung der norwegischen und dänischen Unterhändler vom 28. Januar 1924.

Die Verhandlungen wurden abgeschlossen und man beschloß dem Protokoll das Folgende hinzuzufügen:

Während der Verhandlungen über die Grönlandfrage, welche die Delegierten der norwegischen und der dänischen Regierung auf freier Grundlage[1])

[1]) s. „auf freier Grundlage" ist die Formel des oben genannten Beschlusses des norwegischen Stortingskomitees vom 3. Juli 1923.

Digitized by Google

zu Kopenhagen vom 25. September bis zum 4. Oktober 1923 und zu Kristiania vom 14. bis zum 28. Januar 1924 geführt haben, haben sich zwischen den beiden Delegationen grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auffassung der Suveränitätsverhältnisse geltend gemacht, darunter auch hinsichtlich der Frage, wieweit Norwegen Dänemarks Oberhoheit über ganz Grönland anerkannt hat.

Die norwegische Delegation hat während der Verhandlungen daran festgehalten, daß die Kolonie, die von Norwegen her auf Grönland im Jahre 1721 gegründet wurde, niemals ein größeres Gebiet hat umfassen können, als wirklich in die Verwaltung der Regierung einbezogen war, und daß daher alle die Teile Grönlands, die nicht derart okkupiert waren, als ein Niemandsland liegen geblieben sind.

Die Delegation hat hervorgehoben, daß die dänischen Schritte bei einer Reihe von Staaten um Anerkennung einer Ausdehnung des Koloniegebietes eine Anerkennung dieser Grundauffassung enthalten.

Die Delegation hat in Uebereinstimmung mit dem, was stets in offiziellen norwegischen Aktenstücken Ausdruck gefunden hat, hervorgehoben, daß weder die mündliche Aeußerung des norwegischen Ministers d. Ae. vom 22. Juli 1919 noch irgend eine andere Handlung von norwegischer Seite Norwegen irgendeine völkerrechtliche Pflicht auferlegt hat, anzuerkennen, daß Dänemark seine politischen und ökonomischen Interessen bis zur Umfassung ganz Grönlands erweitert, und die Delegation hat auch für das Gebiet ihrer Zuständigkeit es abgelehnt, zu empfehlen, daß eine solche Anerkennung gegeben würde.

Die Delegation hat stark hervorgehoben, daß, sofern das Gebiet, welches nach norwegischer Auffassung *terra nullius* ist, eines Staates Oberhoheit unterworfen werden sollte, es — teils mit Rücksicht darauf, daß die grönländische Kolonie seit alters und ganz bis 1814 ein Teil des norwegischen Reiches waren, teils vermöge der wachsenden norwegischen Wirtschaftsunternehmungen, besonders in den ostgrönländischen Gewässern — das prinzipiell Richtige wäre, wenn Ostgrönland für norwegisches Land erklärt würde.

Die Delegation hat das Unrecht unterstrichen, das gegen Norwegen begangen wurde, als es im Jahre 1814 und in den folgenden Jahren unter Druck seiner alten Kolonien beraubt wurde, und sie hat nicht unterlassen können, auf den Widerstand in Norwegen zu sprechen zu kommen, welchen die dänische Absperrungspolitik auf Grönland von den gegebenen historischen und ökonomischen Voraussetzungen aus hat hervorrufen müssen.

Die dänische Delegation, die beständig Dänemarks volles und uneingeschränktes Hoheitsrecht über ganz Grönland hervorgehoben hat, hat unter Hinweis

teils auf Dänemarks auf Grönland tatsächlich ausgeübte Herrschaft, wie sie Ausdruck gefunden hat in den für Grönland aufgestellten Gesetzen und Verordnungen vom 18. März 1776, mit Bezug auf welche der norwegischen Regierung offiziell Mitteilung über die in den Jahren 1894 und 1905 bekanntgemachten Erweiterungen des Kolonialgebietes gemacht worden ist,

teils auf die Abwickelungsverhandlungen nach 1814, auf den Vertrag vom 1. September 1819, auf den Beschluß des norwegischen Stortings vom 29. Mai 1821 und auf den Handelsvertrag vom 2. November 1826, und

auf die Aeußerung des norwegischen Ministers d. Ae. vom 22. Juli 1919, daß die norwegische Regierung bei der Ordnung dieser Sache keine Schwierigkeiten machen würde, durch welche Erklärung die norwegische Regierung nach Auffassung der dänischen Delegation auf das Vorbringen etwaiger Einwendungen gegen Dänemarks Hoheitsrecht verzichtet hat,

Digitized by Google

hervorgehoben, daß Norwegen Dänemarks Suveränität über ganz Grönland anerkannt hat.

Somit hat zwischen den beiden Delegationen in der grundsätzlichen Auffassung keine Uebereinstimmung zustande gebracht werden können.

Um indessen Konflikten vorzubeugen, wo praktisch die Möglichkeit dafür vorliegt, hat man während der Verhandlungen gesucht, eine Lösung gewisser Fragen zuwege zu bringen, besonders hinsichtlich der Jagd-, Fang- und Fischereiinteressen bei Ostgrönland, und die beiden Delegationen sind darüber einig geworden, ihren Regierungen den Abschluß folgenden Abkommens zu empfehlen:

Forslag til overenskomst mellem Norge og Danmark angaaende Østgrønland.

Art. 1. Bestemmelsene i denne overenskomst gjelder for Østgrønland, hvorved her forstaaes den del av Grønlands ostkyst med tilstøtende farvann som strekker sig fra Lindenowsfjord (60° 27′ nordlig bredde) til Nordostrundingen (81° nordlig bredde), dog undtatt Angmagssalikdistriktet.

Art. 2. Innenfor det i artikkel 1 nevnte omraade er der paa de i denne overenskomst fastsatte vilkaar fri adgang for fartøier; besetning og andre personer som er ombord, er berettiget til aa gaa i land, overvintre og drive jakt, fangst og fiske.

Art. 3. Jakt, fangst og fiske maa ikke drives paa hensynslos maate, saaledes at der kan opstaa fare for utryddelse av sjeldne eller nyttige dyrearter, saasom moskusoksen og erfuglen.

Saafremt innvundne erfaringer gjør det ønskelig, at der i hvert av landene innføres bestemmelser, saasom forbud mot innførsel av jakt- og fangstutbytte, for derved aa hindre at sjeldne eller nyttige dyrearter utryddes eller for aa bevare eller gjenoprette bestanden av slike dyrearter, er partene enige om til den tid aa opta forhandling for aa opnaa ensartede bestemmelser i saa henseende.

Art. 4. Innenfor det i artikkel 1 nevnte omraade er der adgang for personer eller selskaper til aa ta

Vorschlag eines Abkommens zwischen Norwegen und Dänemark betreffend Ostgrönland.

Art. 1. Die Bestimmungen dieses Abkommens gelten für Ostgrönland, worunter hier verstanden wird der Teil von Grönlands Ostküste mit anstoßendem Fahrwasser, der sich vom Lindenowsfjord (60° 27′ n. Br.) bis zur Nordostrundung (81° n. Br.) erstreckt, jedoch mit Ausnahme des Angmagssalikdistriktes.

Art. 2. Innerhalb des im Art. 1 erwähnten Gebietes besteht gemäß den in diesem Abkommen festgesetzten Grundsätzen freier Zugang für Fahrzeuge; die Besatzung und andere Personen an Bord sind berechtigt, an Land zu gehen, zu überwintern und Jagd, Fang und Fischerei zu treiben.

Art. 3. Jagd, Fang und Fischerei dürfen nicht auf rücksichtslose Weise getrieben werden, so daß die Gefahr der Ausrottung seltener und nützlicher Tierarten wie des Moschusochsen und der Eidergans entstehen kann.

Sofern gewonnene Erfahrungen es wünschenswert machen, daß in jedem Lande Bestimmungen eingeführt werden, wie Verbote der Einfuhr von Jagd- und Fangbeute, um dadurch zu hindern, daß seltene oder nützliche Tierarten ausgerottet werden oder um den Bestand solcher Tierarten zu erhalten oder wiederherzustellen, sind die Parteien einig darüber, dann in Verhandlungen einzutreten, um gleichmäßige Bestimmungen in dieser Hinsicht zu treffen.

Art. 4. Innerhalb des im Art. 1 genannten Gebietes besteht für Personen oder Gesellschaften Freiheit,

Digitized by Google

grunn i besiddelse til bruk, naar den strekning som tas i besiddelse, virkelig innrettes og nyttes til bosted eller oplag eller paa annen effektiv maate, og den ikke allerede er tatt i besiddelse av nogen annen.

Retten fortapes naar besidderen eller hans fullmektig ikke har infunnet sig paa stedet i fem aar i trekk.

Art. 5. Innenfor det i artikkel 1 nevnte omraade er der adgang til aa oprette stasjoner for værvarsling, telegraf og telefon og aa innrette anlegg i videnskapelig og humanitært øiemed.

Art. 6. Forsaavidt den paatenkte eskimoiske bosetning ved Scoresbysund maatte bli iverksatt, skal bestemmelsene i denne overenskomst ikke være til hinder for at det dertil fornødne omraade, blir forbeholdt denne bosetning og at der blir utferdiget de særbestemmelser, som hensynet til den innfødte grønlandske befolknings livsvilkaar krever.

Art. 7. Partene forbeholder sig efter felles avtale aa innføre saadanne forandringer i og tilføielser til denne overenskomst, som invundne erfaringer maatte gjøre ønskelige.

Art. 8. Dersom der mellem de to regjeringer skulde opstaa meningsforskjell med hensyn til fortolkning av nogen bestemmelse i denne overenskomst, er partene enig om, at denne meningsforskjell skal avgjøres med bindende virkning av den av Folkenes Forbund oprettede mellemfolkelige domstol i Haag.

Art. 9. Denne overenskomst trer i kraft den 1ste mai 1924 og gjelder uopsigelig i tyve aar med forlengelse for tilsvarende tidsrum, medmindre den er opsagt av en av partene minst to aar før utløpet av tyveaarsperioden.

Grund und Boden zum Gebrauch in Besitz zu nehmen, wenn das Gebiet, das in Besitz genommen wird, wirklich eingerichtet und benutzt wird als Wohnstatt oder Niederlage (Lager — oplag) oder auf andere effektive Weise und wenn es nicht schon von einem anderen in Besitz genommen worden ist.

Das Recht geht verloren, wenn der Besitzer oder sein Bevollmächtigter sich nicht in fünf laufenden Jahren auf der Stelle eingefunden hat.

5. Innerhalb des im Art. 1 genannten Gebietes besteht Freiheit, Stationen für Wetterdienst, Telegraph und Telephon zu errichten und Anlagen zu wissenschaftlichen und humanitären Zwecken einzurichten.

Art. 6. Wenn die geplante Eskimoansiedelung am Scoresbysund verwirklicht werden sollte, so sollen die Bestimmungen dieses Abkommens nicht hindern, daß das hierzu erforderliche Gebiet dieser Ansiedelung vorbehalten bleibt und daß Sonderbestimmungen ergehen, wie die Rücksicht auf die Lebensbedingungen der eingeborenen grönländischen Bevölkerung es fordert.

Art. 7. Die Parteien behalten sich vor, nach gemeinsamer Abrede solche Veränderungen dieses Abkommens und Zusätze dazu einzuführen, wie gewonnene Erfahrungen sie wünschenswert machen sollten.

Art. 8. Sofern zwischen den beiden Regierungen Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Auffassung von Bestimmungen dieses Abkommens entstehen sollten, so sind die Parteien darin einig, daß dieselben mit bindender Wirkung von dem durch den Völkerbund errichteten internationalen Gerichtshofe im Haag entschieden werden sollen.

Art. 9. Dieses Abkommen tritt am 1. Mai 1924 in Kraft und gilt unkündbar für 20 Jahre mit Verlängerung für einen entsprechenden Zeitraum, es sei denn, daß es von einer der Parteien mindestens 1 Jahr vor Ablauf der 20jährigen Periode gekündigt worden wäre.

Digitized by Google

Bei der Unterzeichnung des obenstehenden Vorschlages zu einem Abkommen wünschen die Delegationen folgendes auszusprechen:

Da dem Augmagssalikdistrikt durch die Bekanntmachung vom 10. Oktober 1894 keine festen Grenzen gesteckt wurden, setzen die Delegationen voraus, daß die genauen Grenzen des Distriktes, wenn nötig, von der dänischen Regierung den gewöhnlichen Regeln gemäß festgesetzt und bekanntgemacht werden (siehe Plakat vom 26. März 1751).

Für das im Artikel 6 behandelte Gebiet für eine gedachte Eskimoansiedelung soll eventuell auf gleiche Weise verfahren werden.

Beide Delegationen sind darauf aufmerksam, daß es mit Rücksicht auf die Eskimos, die auf den nächsten Strecken nördlich des Lindenowsfjords leben, nötig werden kann, besondere Veranstaltungen zu deren Schutze gegen die Gefahren zu treffen, welche denkbarerweise unkontrollierter Verkehr mit der Umwelt für sie mit sich bringen kann. Es ist daher eine Voraussetzung, daß die Bestimmungen des Abkommens kein Hindernis bilden sollen, daß ihre Regierung, wenn nötig, die besonderen Regeln ausfertigt, welche die Rücksicht auf die Lebensbedingungen der eingeborenen Bevölkerung fordern sollten.

Es ist Voraussetzung, daß, sofern auf Ostgrönland Stationen oder Anlagen, wie im Art. 5 erwähnt, errichtet werden, dieselben nicht auf eine Weise benutzt werden sollen, die mit internationalen Neutralitätsverpflichtungen in Streit kommen können.

Die Delegationen werden ihren Regierungen vorschlagen, daß gleichzeitig mit der Unterzeichnung des vorstehenden Abkommens Noten ausgewechselt werden, die in Uebereinstimmung mit folgendem Vorschlage abgefaßt sind:

Note des norwegischen Gesandten zu Kopenhagen an den dänischen Minister des Aeußern:

Herr Minister der auswärtigen Angelegenheiten,

Auf Weisung meiner Regierung habe ich die Ehre, Euerer Exzellenz folgende Mitteilung zu machen:

Indem die norwegische Regierung heute, um möglichen Konflikten vorzubeugen und das freundschaftliche Verhältnis zwischen Norwegen und Dänemark zu stärken, zur Unterzeichnung eines Abkommens, betreffend Ostgrönland, schreitet, erklärt sie, daß sie sich ihre grundsätzliche Ansicht in den Grönland betreffenden Fragen vorbehält, die nicht in dem Abkommen behandelt sind, so daß durch dasselbe nichts präjudiziert und daß nichts aufgegeben oder verspielt ist.

Note des dänischen Ministers des Aeußern an den norwegischen Gesandten in Kopenhagen:

Herr Minister,

Indem ich den Empfang Ihrer Note vom ..... erkenne, habe ich die Ehre mitzuteilen:

Indem die dänische Regierung heute, um möglichen Konflikten vorzubeugen und das freundschaftliche Verhältnis zwischen Dänemark und Norwegen zu stärken, zur Unterzeichnung eines Abkommens, betreffend Ostgrönland, schreitet, erklärt sie, daß sie sich ihre grundsätzliche Ansicht in den Grönland betreffenden Fragen vorbehält, die nicht in diesem Abkommen behandelt sind, so daß durch dasselbe nichts präjudiziert und daß nichts aufgegeben oder verspielt ist.

Digitized by Google

Man beschloß, folgendes Kommuniqué an die Presse zu geben:

„Die Delegierten der norwegischen und der dänischen Regierung, welche vom 14. bis zum 28. d. Mts. in Kristiania zur Erörterung der Grönlandfrage versammelt gewesen sind, haben ihre Verhandlungen beendet. Sie sind darüber einig geworden, ihren Regierungen den Abschluß eines kündbaren Abkommens zu empfehlen, das — ohne Aufgabe irgendeines prinzipiellen Standpunktes — der Vorbeugung von Konflikten auf Grönland dienen wird, wo solche möglich sind, und haben in Uebereinstimmung hiermit einen Entwurf eines Abkommens, betreffend praktische und wissenschaftliche Interessen auf Ostgrönland, ausgearbeitet.

Die Vorlegung des Entwurfs mit den dazu gehörigen Aktenstücken vor dem norwegischen Storting und dem dänischen Reichstag zur Billigung kann in der nächsten Zukunft erwartet werden."

Indem die beiden Delegationen dergestalt ihre Sitzungen schließen, sprechen sie die Hoffnung aus, daß die stattgehabten Verhandlungen und die Durchführung der ausgearbeiteten Vorschläge dazu beitragen werden, das gute Einvernehmen zwischen dem norwegischen und dem dänischen Volke zu befestigen.

Kristiania, am 28. Januar 1924.

(gez.)

Joh. Ludw. Mowinckel. C. J. Hambro. Kr. Högset. Halvdan Koht. J. C. Christensen. Hassing Jörgensen. O. Reedtz Thott. Th. Stauning.

Digitized by Google

Literaturberichte.

I. Zeitschriftenschau.

(Verzeichnis der in Zeitschriften jüngst veröffentlichten internationalrechtlichen, rechtsvergleichenden, auslandsrechtlichen Abhandlungen.]

A. Deutsche Zeitschriften.

Archiv des öffentlichen Rechts. 1924. Neue Folge. VI, 3; VII, 1, 2, 3. Verträge des Reichs und der Länder mit auswärtigen Staaten nach der Reichsverfassung *(Heckel)*. — Die Haftung des Deutschen Reiches für die Schulden der ehemaligen deutschen Schutzgebiete *(Hamel)*. — Der Aufbau des Staates *(Lenz)*. — Die Theorie der Rechtskraft *(Henrich)*.

Weltwirtschaftliches Archiv. 1924. XX, 3 u. 4. Der entscheidende weltpolitische Wendepunkt der Vorkriegszeit *(Bächtold)*. — Weltwirtschaftsrecht. Ein Beitrag zur sozialökonomisch-völkerrechtlichen Begriffsbildung *(Harms)*. — Das Einwanderungsproblem in den Vereinigten Staaten von Amerika *(Lufft)*.

Der Auslandsdeutsche. 1924/25. VII, 7—24; VIII, 1. Eine Minderheitenberatungsstelle in Genf *(Heyking)*. — Die deutsche Gesellschaft für Völkerrecht und das Staatsangehörigkeitsrecht *(Strupp)*. — Die Organisation der deutschen Auslandshandelskammern *(Huber)*. — Der notwendige Ausbau der Minderheitenrechte *(Heyking)*.

Auslandsrecht. 1923/24. V, 6—15. Die Mixed Claims Commission in Washington *(Partsch)*. — Die „Floating Charge" im Dawesgutachten *(Kipp)*. — Die englische Mieterschutzgesetzgebung *(Goldschmidt)*. — Vollstreckung deutscher Urteile in New York *(Kipp)*. — Der gewerbliche Rechtsschutz in Polen *(Wahle)*. — Deutsches Eigentum in Südafrika *(Benkard)*. — Die Zulassung ausländischer Handelsgesellschaften zum Gewerbebetriebe in rechtsvergleichender Darstellung *(Keichel)*. — Das Schiedsverfahren über das deutsche Auslandsvermögen *(Partsch)*. — Die Wandlung des Begriffes der Meistbegünstigung *(Hartmann)*.

Deutscher Außenhandel. 1924. XXIV, 11—24. Zollabschnürung des Saargebietes. — Europäische Handelsfreiheit und europäischer Friede. — Die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Londoner Abkommen *(Gothein)*. — Der kommende deutsch-französische Handelsvertrag. — Die nationalökonomische Wissenschaft zur deutschen Zollpolitik *(Gothein)*. — Export und Import im internationalen Recht *(Scheer)*. — Die Folgen falscher Fremdenverkehrspolitik *(Westenberger)*.

Bankarchiv. 1924. XIII, 19—24; XIV, 1—6. Reichsausgleichsgesetz und südafrikanische Anleihezertifikate *(Horn)*. — Reform des Aktienrechts *(Ratjen)*. — Betrachtungen über die nordischen Valuten *(Liefmann)*. — Argentinische Währungsreform *(Arzet)*. — Die Gesetze über die Industrieobligationen *(Sintenis)*. — Die interalliierten Schulden *(Herrmann)*. — Washingtoner Arbeitszeitübereinkommen und Bankgewerbe *(Haeffner)*. — Internationale Handelspolitik und Reparationen *(Mohrus)*. — Die polnische Aufwertungsverordnung *(Rauch)*. — Rechtsverhältnisse aus dem Verkauf französischer Wertpapiere bei eingetretener „Opposition".

Digitized by Google

Friedensrecht. 1924. III, 6—8. Vereinbarungen mit dem italienischen Ausgleichsamte über Fragen des Ausgleichsverfahrens. — Bemerkungen zum ungarischen Vorkriegsschuldengesetz *(Fritsch)*. — Die Frage der Verzinsung der Liquidationserlöse *(Prossinnag)*.

Die Friedenswarte. XXIV, 4—12; XXV, 1. Der Irrtum von 1914 *(Ewald)*. Erdkugel, Weltfrieden und Friedensproblem *(Brockhausen)*. — Die Ideologie des Nationalismus in Deutschland und in Frankreich *(Hertz)*. — Die Wechselbeziehungen zwischen äußerer und innerer Politik *(Goldscheid)*. — Das Problem des Verteidigungskrieges *(Schönfeld)*. — Kant und der ewige Friede *(Adler)*. — Radio, Internationalismus, Pazifismus *(Arco)*. — Der militärische Nachrichtenaustausch der Völkerbundsmitglieder *(Wehberg)*. — Die Schiedsgerichtsbarkeit im Londoner Pakt *(Wehberg)*. — Ueber die 22. Interparlamentarische Versammlung *(Eickhoff)*. — Das Genfer Friedensprotokoll *(Wehberg)*. — Die Verteilung des deutschen Friedenspreises *(Simons)*. — Das Problem der Kriegsdienstverweigerung *(Wehberg)*. — Die Völkerbundexekution und die Sicherung Frankreichs *(Wehberg)*. — Völkerbundexekutive, Frankreich und Sicherheit *(Stöcker)*.

Gerichtshalle. LXVIII, 7—11. Katastrophe des Richterkönigtums *(Ettinger)*. — Die Regelung der in österreich-ungarischen Kronen entstandenen Verbindlichkeiten zwischen Deutschösterreich und der tschechoslovakischen Republik. — Der Regierungsentwurf zu einer Novelle zur Ausgleichsordnung in Oesterreich. — Die Generalklausel im Ehescheidungsrecht *(Beth)*.

Europäische Gespräche. 1924. 2—4. Kenya, Politik und Wirtschaft. — Lord Robert Cecils Garantieplan *(Wehberg)*. — Die Krügerdepesche *(Thimme)*. — Sicherheit durch Offenheit *(Shotwell)*. — Ponsonby über parlamentarische Kontrolle von Verträgen. — Deutschland und das Mandatssystem *(Mendelssohn-Bartholdy)*. — Das Mandatssystem und die britischen Mandate *(Sir Frederic Lugard)*. — Sir Henry Campbell-Bannermann *(Asecretis)*.

Der Heimatdienst. IV, 6—11. Verfassungstag! *(Heuß)*. — Die große Politik der europäischen Kabinette 1871—1914 *(Schwertfeger)*. — Die Regelung der Auswanderberatung in Deutschland *(Schmidt)*. — Die Neuordnung der Reparationsfrage. — Die Neuregelung des Geld- und Währungswesens *(Kleine)*. — Am Grabe des rheinischen Separatismus *(Scheidewin)*. — Das Genfer Garantiepakt-Protokoll. — Die politischen Archive und Büchereien Deutschlands. — Neue Beiträge zur Kriegsschuldfrage *(Ziegler)*.

Preußische Jahrbücher. 1924. 197, 1—3; 198, 3; 199, 1. Zur Geschichte der Reichsgründung *(Stolze)*. — Religiöse Probleme im tschechoslowakischen Staate *(Arens)*. — Zum Problem der Oberschicht *(Schotte)*. — Adel eine politische Forderung *(v. Gleichen-Rußwurm)*. — Der Panamakanal *(Hippel)*. — Zum gegenwärtigen Kulturproblem in den Vereinigten Staaten *(Hübener)*. — Die englisch-russischen Verhandlungen von 1914 über den Abschluß einer Marinekonvention *(Bach)*. — Die geistigen Grundlagen des Lebens *(Braun)*. — Serajewo *(Kern)*. — Das Selbstbestimmungsrecht in der Geschichte *(Springer)*. — Der Typus des amerikanischen und europäischen Staatsmannes *(Lufft)*. — Die Zukunft der Randstaaten (Baron *Fölkersam*). — Görres und Heidelberg *(Nadler)*. — Die Abdankung des Zaren *(Smily Benario)*. — Das kriegsgeschichtliche Werk des Reichsarchivs *(Groener)*. — Anhalonium Lewinii *(Lewin)*. — Zur Lage in China *(Mohr)*.

Deutsche Juristen-Zeitung. 1924. XXIX, 13—24; 1925, XXX, 1—3. Deutsche Rechtspflege und französische Kriegsgerichtsbarkeit *(Grimm)*.

Digitized by Google

— Die Würzburger Tagung der Gesellschaft für Völkerrecht (*Giese*). — Das Dawes-Gutachten (*Weber*). — Amnestie (*Grimm*). — Das Amnestieabkommen in London (*Grimm*). — Rechtswissenschaft und Völkergemeinschaft (*Beseler*). — Die Strafrechtsreform im Ausland (*Kovács*). — Die Fortschritte des Schiedsgedankens. — Die internationale Akademie für Rechtsvergleichung. — Die Stockholmer Tagung der International Law Association (*Strupp*). — Die Amerikafahrt des Zeppelin im Lichte des Rechts (*Müller*). — Die Durchführung des Londoner Amnestieabkommens (*Grimm*). — Vom deutsch-polnischen und deutsch-belgischen gemischten Schiedsgericht (*Partsch*). — Das rumänische Gesetz über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit (*Kauschansky*). — Internationale Schiedsgerichtsbarkeit (*Loder*). — Der Fall Nathusius (*Felitsch*). — Völkerrecht und Genfer Protokoll (*Zorn*). — Um die Räumung der Kölner Zone (*Kraus*). — Die Rechtsentwicklung in Oesterreich im Jahre 1924 (*Engel*). — Das Gefangenenproblem und die Lüge vom schuldhaft geführten Kriege (*Grimm*). — Das Recht Sowjetrußlands (*v. Thur*). — Die Rechtsstellung und der Rechtszustand der Stadt Danzig (*Loening*). — Der Danzig-polnische Zwischenfall (*Loening*). — Das österreichische Bankhaftungs-Gesetz (*Bettelheim*).

Schweizerische Juristenzeitung. XXI, 1—12. Echos de la réunion de la Société Suisse des Juristes à Fribourg (*Defago*). — Otto Mayer † (*Fleiner*). — Die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles über den Wechsel der Staatsangehörigkeit in Elsaß-Lothringen (*Hasler*).

Marine-Rundschau. XXIX, 4—8. Die Entwicklung des englischen Reichsfunkwesens (*Schimpf*). — Die Grenzen der militärischen Disziplin (*v. Oertzen*). — Die Freiheit der Meere (*Meurer*). — Die Flagge des alten Deutschen Reiches (*Horstmann*).

Mitteilungen der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht. 1924, Heft 5. Das Völkerrecht der Staatsangehörigkeit (*Piloty*). — Staatsangehörigkeit auf dem Gebiete des gewerblichen und geistigen Urheberrechtes (*Neuberg*).

Nachrichten für Luftfahrer. 1924. V, 24—50. 1925, VI, 1—4. Schwedische Landevorschriften. — Ungarische Verordnung über den Verkehr ausländischer Luftfahrzeuge. — Norwegisches Luftgesetz. — Ausführungsbestimmungen zum norwegischen Luftgesetz. — Italienische Luftfahrtvorschriften. — Holländische Luftfahrtvorschriften. — Französisches Luftverkehrsgesetz. — Die französischen Subventionsbedingungen für 1924. — Verordnung über Landungsaufforderung für Luftfahrzeuge. — Die britischen Subventionsbedingungen. — Britisch-schwedisches Luftverkehrsabkommen. — Französische Verordnung über die Gewährung langfristiger Beihilfen an Luftverkehrsunternehmungen. — Tschechoslowakisch-französisches Luftabkommen. — Kolumbische Luftsubventionsbedingungen. — Englisch-polnisches Protokoll betr. die Regelung des Luftverkehrs. — Spanische Luftfahrtkonzessionsbedingungen. — Holländische Subventionsbedingungen. — Ausländische Formelzeichen. — Britische Luftfahrtverordnung.

Notariatszeitung des österreichischen Notarenvereins. 1924. 66. Jahrg. 1—12. Zur Kritik des Währungs- und Aufwertungsproblemes [in Oesterreich] (*Müller*). — Unsere Deutschlandhilfe und bayrische Treue (*Reichel*).

Hanseatische Rechtszeitschrift. 1924. VII, 12—24. Grundsätzliches zum Recht des Stauvertrages (*Bramslöw*). — Das schiedsrichterliche Verfahren und die Zwangsvollstreckung aus Schiedssprüchen nach österreichischem Rechte (*Fink*). — Das internationale Seefrachtrecht (*Gütschow*). — Ueber Abladung, Verladung, Verschiffung (*Heuer*). — Die Haager Regeln 1922 (*Gütschow*).

Digitized by Google

Die Tätigkeit des Völkerbundes. 1924. IV, 5—9, nebst Ergänzungsheften. Der finanzielle Wiederaufbau Ungarns. — Ständiger Internationaler Gerichtshof S. 102, 123, 146, 174; Danzig S. 113, 135, 182; Die Saar S. 113, 135, 161, 165; Mandate S. 136, 165; Deutsche Ansiedler in Polen und Erwerb der polnischen Staatsangehörigkeit S. 137 f.; Der Vertrag von Lausanne und der Völkerbund S. 177; Die fünfte Jahresversammlung; Protokoll über die friedliche Regelung internationaler Streitigkeiten.

Wirtschaftsdienst. 1924. IX, 26—52. 1925. X, 1—6. Rentenmark und Sachverständigengutachten (*Bräuer*). — Rentenmark, deutsche Wirtschaft und Sachverständigengutachten (*Harms*). — Die Micum-Verträge. Die Reparationskommission (*Mautner*). — Die Politik der Bank of England (*Keynes*). — Die Schiedsklausel in privatrechtlichen Verträgen des internationalen Verkehrs (*Mendelssohn-Bartholdy*). — Die internationale Organisation des Funkdienstes. Die handels- und zollpolitische Lage in Mitteleuropa (*Elemér Hautes*). — Die Kritik des Dawes-Gutachtens am deutschen Steuersystem (*Bühler*). — Die gefährdete Rheinschiffahrtsakte. Amerika und die Londoner Konferenz (*Jordan*). — Gutachten-Gesetze und Londoner Protokoll. — Der ausländische Einfluß auf den deutschen Reichshaushalt. Volkswirtschaftsrecht und Weltwirtschaft (*Harms*). — Dawes-Gutachten, Schuldenabschüttelung und Aufwertungsfrage (*Bühler*). — Der deutsch spanische Handelsvertrag. — Dawes-Plan und deutsche Anleihe (*Keynes*). — The Reparation Plan. Eine amerikanische Kritik am Gutachten. Belgiens Stellung zum Handelsvertrag mit Deutschland. Der Dawes-Plan (*Cassel*). — Die politische Kräfteverteilung in Großbritannien (*Keynes*). — Das Genfer Protokoll (*Mendelssohn-Bartholdy*). — Italien und der Handelsvertrag mit Deutschland. — Indische Währungspolitik nach dem Kriege. — Die Convertible Bonds (*Hoffmann*). — Das deutsch-englische Handelsabkommen (*Greiling*). — Zur Reform des Finanzausgleichs (*Krämer*). — Nachbarrecht: Das Beispiel des Sudankonfliktes (*Mendelssohn-Bartholdy*). — Zum deutsch-russischen Handelsvertrag (*Seraphim*). — Die Durchführung der Reparationszahlungen. Die interalliierten Schulden (*Keynes*). — Recht und Privatwirtschaft. — Das Saargebiet und der 10. Januar 1925. — Muß das Transfer gelingen? (*Beckerath*). — Der russisch-japanische Vertrag. — Die handelspolitische Situation zwischen England und Deutschland.

Juristische Wochenschrift. 1924. LIII, 12—25; 1925, LIV. Die Anwaltschaft in England (*Williams*). — Die norwegische Rechtsanwaltschaft (*Lund*). — Der Weltgerichtshof im Haag (*Schiffer*). — Nationale Minderheiten (*Brockhausen*). — Zum Begriff der Minderheit im Sinne des Völkerrechts (*Rukser*). — Rechtsschutz der Minoritäten vor dem Völkerbunde (*Löwenfeld*). — Rechtsgrundsätze zum Minderheitenschutze des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 (R.G.Bl. II, 237 ff.). Minderheitenrecht und Agrarrecht (*Bruns*). — Sequestriertes feindliches Eigentum in Amerika (*Borchard*). — Das deutsche Eigentum in Amerika (*Lewinski*). — Die Stellung der Privatpersonen im Völkerrecht (*Isay*). — Die Völkerrechtswidrigkeit der Enteignung ausländischer Grundstücke ohne volle Entschädigung (*Verdroß*). — Die Rechtsprechung des Deutsch-Polnischen Gemischten Schiedsgerichtshofs (*Scholz*). — Zwischenstaatliches Versicherungsrecht (*Bruck*). — Gegenseitigkeit (*Kleinfeller*). — Zur Frage der Anerkennung deutscher Ehenichtigkeits- und Scheidungsurteile in England (*Löwenfeld*). — Völkerrechtliche Ansprüche aus der Internationalen Union zum Schutze des gewerblichen Eigentums (*Katz*). — Eine regionale Befriedung (*Schücking*). — Ist die Verordnung über Goldbilanzen auf die inländischen Zweigniederlassungen ausländischer

Digitized by Google

Kaufleute anwendbar? (*Beutner*). — Die Rechtsprechung des Reichsgerichtes über Schuldverträge des internationalen Privatrechtes (*Stintzing*). — Zur Freigabe der Vermögen in den Vereinigten Staaten von Amerika auf Grund der sogenannten Winslow Bill (*Hirschfeld*). — Das Prüfungsrecht des deutschen Richters gegenüber den Verordnungen der Rheinlandkommission (*Lüttger*). — Vollstreckung der Urteile deutscher Gerichte im Saargebiet (*Kropf*). — Vollstreckung schweizerischer Urteile in Deutschland (*Meyer-Wild*). — Die Vollstreckung reichsdeutscher Urteile in der Tschechoslowakei (*Stark*). — Ausländervorschuß für finnische Staatsangehörige (*Dix*). — Die Aufwertung der Privatforderungen in Polen (*Blumenfeld*). — Die polnische Aufwertungsverordnung, insbesondere in ihrer Beziehung zum deutsch-polnischen Recht (*Haase*). — Die 33. Tagung der International Law Association in Stockholm 8.-13. Sept. 1924 (*Simons, Kiep*). — Nationalität und Naturalisation (*Hofmannsthal*). — Der Schutz der nationalen Minderheiten (*Löwenfeld*). — Die mehrfache Staatsangehörigkeit (*Isay*). — Die grundsätzliche Maßgeblichkeit des Personalstatuts des Schuldners bei rechtsgeschäftlichen Vertragsobligationen (*Klein*). — Vollstreckungsfragen im Anschluß an Entscheidungen der Internationalen Gemischten Schiedsgerichtshöfe (*Bunge*). — Vollstreckung der Urteile deutscher Gerichte im Saargebiet (*Kropf*). — Die Gesetzgebung im besetzten Gebiete (*Klefisch*). — Vollstreckbarkeit nach tschechoslowakischem Rechte (*Stark*). — Kann das Urteil eines deutschen Gerichtes in Elsaß-Lothringen vollstreckt werden? (*Kropf*).

Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Konkursrecht. 87, 4; 88, 1. Das Akkreditiv (*Reichardt*).

Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht. XVIII, 13—24; XIX, 1. Die Staatsangehörigkeit auf dem Gebiete des gewerblichen Urheberrechtes (*Neuberg*). — Gelten die Wirkungen des Friedensvertrages von Brest-Litowsk noch im Herbst 1919? (*Karger*).

Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. 1924. 44, 4; 45, 1, 2. Die Rechtswidrigkeit der Kriegsverbrechen (*Wegner*). — Kants Einfluß auf das Straf- und Prozeßrecht (*Sauer*).

Zeitschrift für Politik. XIII, 6; XIV, 1—4. Der Aufstieg der Labour Party (*Kircher*). — Aus den diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. — Vom Berliner Zarenbesuch bis zum Tode des alten Kaisers (*Stählin*). — Die innere Krisis der Vereinigten Staaten (*Lufft*). Die Abschaffung des Kalifats (*Pritsch*). — Die chinesische Ostbahn (*Lewin-Mirkin*). — Die orientalische Frage als geopolitisches Problem (*Vogel*). — Vereinigte Staaten und Haager Gerichtshof (*Reinhardt*). — Aus den diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes 1871—1914. IX. Die neunundneunzig Tage. X. Von der Thronbesteigung Wilhelm II. bis zum Sturz Bismarcks (*Stählin*). — Conrad v. Hötzendorf und der Weltkrieg (*Kern, Herz*). — Die Zukunft der Reparationspolitik (*Wingen*). — Die Auflösung der Parlamente unter besonderer Berücksichtigung des Danziger Volkstages (*Loening*). — Vereinigte Staaten und Völkerbund (*Reinhardt*). — Ein Jahr Direktorium in Spanien (*Zechlin*). — Der Rechtsgedanke in der Politik (*Simons*). — Die nationale Frage in der russischen Revolution (*Semenoff*). — Die nationalen Minderheiten in Lettland (*Schiemann*). — Verfassungsrecht und Verfassungsleben in der Schweiz (*Ruck*). — Aussichten neuer Lebensgestaltung in Sowjetrußland (*Telegin*).

Zeitschrift für öffentliches Recht. IV, 1—4. Der Streit um die Javorina. Ein Beitrag zur Praxis des neuen Völkerrechts (*Spiegel*). — Staat und Völkerrecht (*Kelsen*). — Die Entstehungsgeschichte des Völkerbundes

Digitized by Google

(*Kunz*). — Einige Bemerkungen über Staatsverträge, welche die Rechtslage von Individuen betreffen (*Strisower*). — Der Rechtsschutz- und Rechtshilfevertrag zwischen Oesterreich und Deutschland vom 21. Juni 1923 (*Sperl*). — Zur Konfiskation ausländischen Privateigentums nach Friedensvölkerrecht (*Verdroß*). — Ueber politische Verbrechen und das Asylrecht (*Walker*).

Zeitschrift für Schweizerisches Recht. 1924. 43, 3. Ausländische Unternehmungen und Handelsgesellschaften (*Wieland*). — Zur Frage der interkantonalen Doppelbesteuerung (*Zschokke*). — Aus dem schweizerischen Patentrecht (*Wieland*).

Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht. 1924. XXXVII, 1—4. Die Anwendung ausländischen Strafrechts durch den inländischen Richter (*Cleric*). — Bemessung und Anrechnung der Landesverweisung nach zürcherischem Recht (*Pfenninger*). — La Société des Nations et la question de la circulation et du traffic des publications obscènes. — „Internationale öffentliche Sicherheit".

Zeitschrift für Völkerrecht. 1924. XIII, 1. Völkerrecht und Staatsrecht (*Wittmayer*). — Zur geschichtlichen Entwicklung des Optionsrechts (*Schoenborn*). — Kritik der Gebietstheorien (*Henrich*). — Die Rechtsverhältnisse der internationalen Ströme auf Grund der Friedensverträge (*Lederle*). — Die Entwicklung des Mandatssystems (*Bileski*). — Das Recht des Binnenstaates auf Flaggenführung zur See (*Spiropulos*). — Die Entstehung der tschechoslowakischen Republik im Lichte des Völkerrechts (*Buza*). — Die Rechtsprechung des Reichsfinanzhofes und das Völkerrecht (*Jacobi*).

Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozeßrecht des In- und Auslandes. 1924. XIII, 2 u. 3. Die zivilrechtliche Gesetzgebung der tschechoslowakischen Republik. Gesetze des Fürstentums Liechtenstein (*Lindt*). — Aufgabe und Notwendigkeit der Rechtsvergleichung (*Rabel*). — Uebersicht der schweizerischen Gesetzgebung über Zivilrecht und Zivilprozeßrecht in den Jahren 1908—1923 (*His*). — Zivil- und Zivilprozeßgesetzgebung in Oesterreich vom 1. Januar 1917 bis 31. Dezember 1923 (*Coulon*).

B. Ausländische Zeitschriften.

Foreign Affairs. 1924, VI. 1—6. E. D. Morel (*Seymour Cocks*). — The Union of demokratic control (*Swanwick*). — E. D. Morel: The man and his work. — Is it a new start? (*Moret*). — British foreign policy; the next moves (*Burns*). — A mother of Parliaments (*d'Egville*). — Russia as coloniser (*Beazly*). — Canada and foreign affairs (*Woodsworth*). — The Palatinate question (*Spender*). — An Australian empire (*Leslie*). — An international mystery. — Another opium war. (*Mc. Kibben*). — Is fascisme on the wane? (*Waterfield*). — China and Russia. — The future of the Sudan. — The awaking of tropical Afrika (*Barbe Baker*). — How the anglo-russian treaty was saved. The true history of the Crisis and its solution. — American politics and european problems (*Holmes*). — Those forty million pounds to Germany (*Mantner*). — The treaty of mutual assistance. — African troops in Europe. Important action by the United Free Church of Scottland. — The fifth assembly of the League of Nations (*Swanwick*). — The russian treaty and Liberals (*Crisp*). — What outlawry of war signifies (*Hobson*). — What the Trades Union Congress stands for (*Tillett*). — The churches, nationalism and war (*Macpherson*). — Present conditions in the Saar. — The Rhineland amnesty

Digitized by Google

(*Spender*). — Anatole France, the internationalist. — Peace and individual (*Peat*). — The world against narotics (*Mc. Kibben*). — The twenty-third International Peace Congress (*Playne*). — The Rhineland amnesty (*Spender*). — The war guilt question in America (*Bansman*). — The guilt of the serb governement in 1914 (*Durham*).

Bulletin de l'Institut Intermédiaire International. 1924. X, 1. u. 2. Immunité des navires d'Etat (*van Slooten*). — L'application du traité de paix avec l'Allemagne. — Dispositions concernant l'exécution des traités de paix. — La Société des Nations. — Arrêts et avis consultatifs de la Cour permanente de justice international. — Jurisprudence concernant les Conventions de La Haye de 1902 et 1905 sur le droit international privé. La genèse de la paix.

Bulletin des transports internationaux par chemins de fer. (Zeitschrift für den internationalen Eisenbahntransport). 1924. XXXII, 6—12. Betrachtungen zu einem Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts wegen verspäteter Ablieferung einer in einem Privatwagen verladenen Sendung.

International Conciliation. 1924/25. Nr. 199—207. Summary of part I of the report of the first (Dawes) committee of experts. — Questions resulting from the Corfu incident submitted September 28, 1923 by the Council of the League of Nations to the special commission of jurist and the replies of that commission; Lord Parmoor's comments. — Carnegie Endownment for International Peace. Organisation and work (*Jones*). — A practical plan for disarmament. Draft treaty of disarmament and security prepared by an American group (*James Thomson Scotwell*). — An analysis of the American Immigration Act of 1924 (*John Trevor*). — America's part in advancing the administration of international justice (*Parker*). — I. The Dawes report on German reparation payments. II. The London Conference on the application on the Dawes plan (*Finch*). — Protocol for the pacific settlement of international disputes. Text and analysis (*Scotwell*). — The Japanese law of nationality and the right of foreigners in land under the laws of Japan (*Miyoaka*). — Elihu Root's services to international law (*James Brown Scott*).

Le Droit d'Auteur. 1924. XXXVII, 7—12. Le système de la licence obligatoire en matière de reproduction des oeuvres littéraires et artistiques par des instruments mécaniques et le régime de l'Union. — Les emprunts licites; étude générale au régime de l'Union et des législations intérieures. — La confédération des travailleurs intellectuels de France et les élections législatives de 1924. — Droit d'Auteur et téléphonie sans fil. — Le nouveau traité littéraire particulier entre le Brésil et le Portugal. — La statistique internationale de la production intellectuelle en 1923.

The American Journal of International Law. 1924. 18. Vol. Number 3 and 4; 1925. 19. Vol. Number 1. The question as to the legality of the Ruhr occupation (*Schuster*). — The Dawes report on German reparation payments (*Finch*). — Membership in the League of Nations (*Hudson*). — The treaty making powers of the Senate (*Tansill*). — When does title to prize pass? (*Herzog*). — The annual meeting of the Society (*Finch*). — The new immigration law and the exclusion of Japanese (*Fenwick*). — Enemy private property (*Borchard*). — The individual and international law (*Brown*). — Opinion of commission of jurist on Janina-Corfu affair (*Wright*). — Remission of the Chinese indemnity (*Finch*). — Extraterritoriality in China (*Denby*). — Foreign jurisdiction in China (*N. Wingh Mah*). — The settlement of Lausanne (*Turlington*). — The London Conference on the application of the Dawes

Digitized by Google

plan (*Finch*). — Citizenship of married woman (*Hill*). — The quota provisions of the Immigration Act of 1924 (*Parker*). — Changes in the conception of war (*Wright*). — The Imbrie incident (*Stowell*). — Reorganization and improvment of the foreign service (*Garner*). — National security and international arbitration (*Fenwick*). — Extraterritoriality in China (*Dennis*). — Treaties conferring rights in mandated territories (*Wright*). — League of Nations report on unification of the law of negotiable instruments (*Kuhn*). — Danish legislation protecting minorities (*Fenwick*). — Grotius and the study of law (*Vollenhoven*). — The first edition of Grotius de jure belli ac pacis (*Reeves*). — The ineligible to citizenship provisions of the Immigration Act of 1924 (*Parker*). — The third year of the Permanent Court of International Justice (*Hudson*). — The outlawry of war (*Wright*). — The meaning of Pan-Americanisme (*Lockey*). — The commemoration of Grotius (*Hill*). — The Geneva Protocol for the pacific settlement of international disputes (*James Garner*). — The opinions of the Mixed Claims Commission, America-Germany (*Borchard*). — The scope of domestic questions in international law (*Fenwick*). — Meeting of the Institute of International Law at Vienna, 1924 (*James Brown Scott*). — The Irish boundary question (*Hudson*). — Codification of international law and the fifth assembly (*Kuhn*). — International political questions in the national courts (*Dickinson*). — The Central American policy of non-recognition (*Anderson*).

Journal de Droit International (Clunet). 1924. LI, 3—6. Des sociétés étrangères d'assurance en France (*Lyon-Caen*). — Les rapports internationaux du droit hongrois privé (*Magyari*). — Les effets internationaux des jugements rendus sur la base des traités de paix (*Sauer-Hall*). — Les droits en France des auteurs étrangers et de leurs cessionnaires (*Célice*). — La crise des monnaies et des changes et le droit international privé. La détermination de la monnaie de paiement, la clause „paiement or" et le problème du change (*Perroud*). — La moratoire institué par la loi roumaine du 3 juin et les créances libellées en monnaie étrangère à cour élévé (*Prudhomme*). — Commentaires de la loi du 23 février 1924, relative au régime fiscal des assurances contractées auprès d'assureurs étrangers (*Veyriéras*). — Le jugement étranger considéré comme un fait (*Bartin*). — Observations sur la question du renvoi (*Pigeonnière*). — Les développements recent du droit international privé (*Bellot*). — Le remboursement des dettes et la valorisation des créances dans les pays à monnaie dépréciée (*Picard*). — De la valorisation des dettes d'argent en Roumanie (*Schwefelberg*). — La valorisation des marks en Alsace-Lorraine à propos du remboursement des créances hypothécaires sur des immeubles appartenant à des sujets allemands (*Mihoura*). — Régime fiscal spécial à l'impot sur le revenu des valeurs étrangères non abonnées et des fonds d'Etats étrangers (*Veyriéras*).

International Labour Review. X, 1—6; XI, 1. Profit sharing and recent French legislation (*Pic*). — Sliding wage scales in Austria (*Forchheimer*). — The international development of the industrial wellfare of personnel movement. Statistics of continental migration in Czechoslowakia. The interpretation and administration of labour laws in England (*Gutteridge*). — Methods of calculating index numbers (*Klezl*). — Cooperation in Russia during the war (*Boradaewsky*). — Wage problems in Poland during and after the war (*Sztiwm de Sztrem*). — Cooperation in Soviet-Russia (*Propokowitch*). — Labour legislation in Bulgaria (*Yanouloff*). — The sixth session of International Labour Conference. Finanzial systems in social insurance (*Dreyfus*). — The development of state wage

Digitized by Google

regulation in Australia and New-Zealand (*Sells*). — The forty-eight hour week and industrial efficiency (*Florence*). — Production and labour in United States coal mines (*Devine*). — The development of state wage regulation in Austria and New-Zealand. The financial resources of social insurence (*Korkisch*). — A plan for the reorganisation of social insurance in Germany (*Freund*). — Compulsory arbitration in Norway (*Castberg*). — The financing of non-recoverable building costs in Germany (*Krüger*).

Rechtsgeleerd Magazijn. XLIII, 1—6. De hervorming van het Romeinsche Staatsrecht bij de lex Flaminia (*Nap*). — Vennotschappen in de Vereenigde Staaten (*Gratama*). — Die Verschiebung der Machtverhältnisse im alten und neuen Deutschland, dargestellt an der Lehre Montesquieus und die praktische Bedeutung dieses Prinzips für die juristische Konstruktion (*Hippel*). — Homerus als Rechtsbron (*Naber*). — Overzicht der Engelsche Wetgeving gedurende het jaar 1922 (*Drucker*). — De Eed des Konnings (*Bake*). — De Weetenschappelijke Eigendoom en de Volkenbond (*Hermesdorf*). — Het international verkeersrecht (*Brenkelman*). — Ondoelmatigheid en schuld bij handelingen der administratie (*Mulder*). — De roeping en taak der balie (*Benedetty*). — Virglius van Aytta (*Heynsbergen*). — De Nederlandsche Handel-Maatschappij in du ontwikkeling van ons vennootschapsrecht (*Vrij*).

La Propriété Industrielle. 1924. XL, 6—12. L'obligation d'exploiter les brevets et la convention générale d'Union. — Le dépôt des marques de fabrique en Russie (*Heifetz*). — La protection des informations de presse. — A propos d'une classification uniforme des brevets, dessins et modèles et marques. — Le dépôt international des dessins et modèles industriels. — La simplification de l'exercise du droit de priorité. Suppression de la réserve des droits des tiers et de la possession personelle. — De l'interdiction de l'usage non autorisé d'armoiries, décorations, emblèmes, drapeaux, insigne etc. — A propos du nouveau projet de loi sur les brevets d'invention déposé par le gouvernement français.

Revue de Droit International et de Legislation comparée (De Visscher). LI, 3. L'interprétation du pacte de lendemain du différend italo-grec (*Visscher*). — Essai sur la condition juridique internationale des aéronefs (*Homburg*). — L'hospitalité aux prises neutres (*Stael-Holstein*). — Le conflit entre le Danemark et le Norwège concernant le Groenland (*Castberg*). — Projet de conventions portant institution de commissions de conciliation entre le Danemark, la Finlande, la Norwège et la Suède (*de Visscher*). — L'incertitude et la complexité du droit américain et la création de l'„Americain Law Institute" (*Gallaix*). — La dernière phase de l'affaire de Javorina (*Vineuil*).

Revue de Droit International Privé. (Darras) 1924. XI, 2. Des voies de recours contre les décrets en matière de nationalité (*Laferrière*). — Des conflits de lois en matière d'exécution testamentaire (*Guyot*). — L'occupation des territoires rhénans. La jurisdiction civile des tribunaux allemands en territoire occupé (*Vanard*).

Revue Générale de Droit Internationale Public (Fauchille). 1924. XXXI, 3—5. Le statut international de Luxembourg et la Société des Nations (*Wehrer*). — Les dommages indirects dans les arbitrages internationaux (*Haurion*). — Les eaux territoriales dans les détroits, spécialement dans les détroits peu larges (*Guerra*). — L'incident de Janina entre la Grèce et l'Italie (*Strupp*). — Les mesures de coercition entre membres de la Société des Nations envisagées spécialement au point de vue américain (*Guani*). — La question des détroits et la convention de Lausanne (*Rougier*). — Quelques notions générales sur l'occupation paci-

Digitized by Google

fique, spécialement de l'occupation de Haute-Silésie (*Cavaré*). — L'Institut de Droit International. Session de Bruxelles 1923 (*Fauchille*).

Revue de Droit International, de Sciences Diplomatiques, Politiques et Sociales (Sotille). 1924. II, 2, 3. La constitution finlandaise (*Erich*). — Les „affaires domestiques" de l'art. 15, alinéa 8 du pacte de la Société des Nations (*Paulus*). — Les unions internationales (*Neumeyer*). — Les conventions d'enquête et de conciliation entre les états du Nord (*Erich*). — Le bombardement des villes ouvertes (*Sloutzki*). — Les fonctions et les prérogatives des consuls (*Wetering*). — Le règlement pacifique des différends internationaux (systéme d'arbitrage, de la sécurité et de la réduction des armements) dans le protocole adopté par la cinquième assemblée de la Société des Nations le 2 octobre 1924 (*Sotille*). — Les „amendements japonais" au protocole de Genève (*Adatci*). — The United States and the system of mandates (*Russel Batsell*). — Fuentes del derecho international, segun el estatuto del tribunal permanente de justitia (*Lasala Llanas*). — Les réparations et le plan Dawes (*Montcluc*).

Revista di Diritto Internazionale. 1924. XVI, fasc. II, III. L'application du droit aux relations entre états (*Kaeckenbeeck*). — Institute superiore di scienze econ. e comm. di Roma (*Cavaglieri*). — La corte permanente di giustizia internazionale (*Salvioli*).

Société des Nations. Journal Officiel. 1924. V, 6—12. Délimination de la frontière entre la Pologne et la Tschechoslovaquie dans la région de Spisz. Pétition addressée à la Société des Nations par les „six nations", S. 829. Questions relatives aux réfugies, S. 845. Mandats, S. 851. Réconstruction financière de l'Hongrie, S. 871. Enseignements aux enfants et à la jeunesse des buts et de l'idéal de la Société des Nations, S. 896. Facilités de voyages accordées aux groupes d'étudiants, de Boy Scouts and Girl Guides. Bassin de la Sarre, S. 889. Ville libre de Dantzig, S. 890. Organisation international de travail, S. 892. Procès-verbal de la vingt-neuvième session du conseil. Trafic de l'opium et autres drogues nuisibles, S. 1117. Réduction des armements, S. 1035 ff., 1155 ff., 1790 ff. Procès-verbaux de la trentième session du conseil, Nr. 10. Procès-verbaux de la trente et unième session du conseil, Nr. 11.

La Vie des Peuples. 1924. IV, 48—56; V, 57, 58. Les élections allemandes du 4 mai (*Cléry*). — La situation économique et financière du Brésil à la fin de 1923. La bilance du commerce de l'Allemagne et les tentatives de stabilisation monétaire (*Cléry*). — Hommage de Grotius. Madame de Staël et la politique autrichienne en 1812 (*d'Auriol*). — La situation économique du Congo belge (*Vierset*). — Les sociétés secrètes en Allemagne (*Raphael*). — La Lusace: un peuple qui ne veut pas mourir (*Vaux-Phalipau*). — Le problème scolaire en Allemagne (*Patry*). — Anatole France (*Gély*). — La philosophie de Hermann Keyserling (*Sénéchal*). — Les dettes interalliés. La guerre civile en Chine (*Tamura*). — Un philosophe de la liberté: Fichte (*Dresch*). — Les années d'apprentissage d'un ambassadeur des Soviets: Rakowsky (*Veran*). — Le Mexique et son nouveau président (*Lafond*). — Les élections au Reichstag allemand et au Landtag prussien du 7 décembre 1924 (*Cléry*). — La politique financière des travaillistes anglais. Les tendances présentes de l'industrie allemande (*Raphael*). — Une critique allemande: Ernst Robert Curtius (*Sénéchal*). — Le bilan de la France (*Laskine*). — En cas de guerre le Japon attaquerait-il l'Angleterre ou l'Amérique? (*Bec*). — La situation politique à la veille des élections yougoslaves (*Oyain*).

Yale Law Journal. 1924. XXIV, 1 u. 2. The origin of the common law (*Adams*). — Government liability in tort (*Borchard*). — The written

Digitized by Google

aspect of indorsement (*Araut*). — Recent developments in foreign anti-trust legislation (*Notz*). — The occupation of the Ruhr (*Miller*). — The foundation of a theorie of rights (*Vinogradoff*).

The British Yearbook of International Law. 1924. The shortcommings of international law (*Brierly*). — The legality of the occupation of the Ruhr (*Mc Nair*). — The codification of international law (*Baker*). — The Trent and the China (*Malkin*). — The soviet-government and the Russian property in foreign countries (*Bentwich*). — The free city of Danzig (*Lewis*). — The Monroe doctrine (*Higgins*). — What is the League of Nations (*Corbett*). — The grounds of intervention in international law (*Winfield*). — State succession in matters of tort (*Hurst*).

II. Bücherbesprechungen.

Systematik. Methodologie. Philosophie des Rechts. Soziologie.

Kelsen, Hans, Dr., ord. öff. Professor an der Universität Wien. Das Problem der Suveränität und die Theorie des Völkerrechts. Beitrag zu einer reinen Rechtslehre. Tübingen 1920, I. C. B. Mohr (Paul Siebeck), 320 Seiten.

Derselbe. Der soziologische und der juristische Staatsbegriff. Kritische Untersuchung des Verhältnisses von Staat und Recht. Tübingen 1922 (Paul Siebeck), 253 Seiten.

Derselbe. Rechtswissenschaft und Recht. Zeitschrift für öffentliches Recht, Wien und Leipzig, III. Bd. 1923, S. 103—235.

Derselbe. Staat und Völkerrecht. Zeitschrift für öffentliches Recht, Wien und Leipzig, IV. Bd. 1924, S. 207—222.

Sander, Fritz, Dr., Privatdozent an der Universität Wien. Rechtsdogmatik oder Theorie der Rechtserfahrung? Kritische Studie zur Rechtslehre *Hans Kelsens*. Wien und Leipzig (Franz Denticke) 1921, 166 Seiten.

Derselbe. Staat und Recht. Prolegomena zu einer Theorie der Rechtserfahrung, Wien und Leipzig 1922.

Derselbe. *Kelsens* Rechtslehre. Kampfschrift wider die normative Jurisprudenz. Tübingen 1923 (Paul Siebeck), 177 Seiten.

Kunz, Josef L. Völkerrechtswissenschaft und reine Rechtslehre. Wien und Leipzig 1923, 86 Seiten.

Derselbe. „*Sander* contra *Kelsen*", Gerichtszeitung, Wien 1922.

Derselbe. „*Kelsen* contra *Sander*", Gerichtszeitung, Wien 1923.

Die vorstehend aufgeführten literarischen Erscheinungen sind der Ausdruck einer seit einigen Jahren von Mitgliedern der Wiener Juristenfakultät gepflegten wissenschaftlichen Bewegung, in deren Zentrum eine von *Kelsen* in der Hauptsache schon 1911 (in den Schriften „Hauptprobleme der Staatsrechtslehre" und „Ueber Grenzen zwischen juristischer und soziologischer Methode") vertretene Dogmatik steht, welche unter dem Namen „*Kelsens* reine Rechtslehre" oder „*Kelsens* normative Jurisprudenz" allen denen bekannt geworden ist, welche sich mit der deutschsprachigen Literatur der Rechtsphilosophie, der Soziologie, der allgemeinen Staatslehre und des Völkerrechts in den letzten Jahren beschäftigt haben. Die von *Kelsen* seit 1919 herausgegebene, jetzt von Professor *Alfred Verdroß* als Schriftleiter ge-

Digitized by Google

führte, verdienstvolle „Zeitschrift für öffentliches Recht“ (deren im Sommer 1924 erschienenes Doppelheft zu Ehren des *„Institut de droit international“* demselben bei dessen Wiener Session überreicht wurde), ist an jener Bewegung besonders beteiligt.

Der Kern der *Kelsen*'schen Lehre ist die These, daß die juristische Wissenschaft sich nur mit dem positiven rechtlichen Sollen zu beschäftigen habe, nicht mit dem Sein des Rechtslebens, also nicht mit den sozialen Erscheinungen und nicht mit den Wirkungen der Rechtssätze auf das soziale Leben, auch nicht mit rechtspolitischer Kritik und Aktion. Die soziologische Behandlung juristischer Probleme und die freirechtliche Erweichung der juristischen Dogmatik und Praxis sind ihm Greuel. Als Aufgabe der reinen Rechtslehre, also nach seiner Auffassung als ausschließliche Aufgabe der Rechtswissenschaft überhaupt, gilt ihm die auf das einheitliche und spezifisch juristische Koordinatensystem eingestellte Dogmatik und Technik. Es gilt nach ihm, „die normative Eigenart der rechtswissenschaftlichen Erkenntnis, von allen Beimengungen methodenfremder Elemente befreit, herauszuarbeiten“. Er will also die von *R. v. Ihering* entthronte Begriffsjurisprudenz zu ausschließlicher Herrschaft zurückführen. Er hat natürlich bei diesem Beginnen mit dem Völkerrecht und besonders mit dessen Verhältnis zum Staat eine schwierige Position und ist sich dessen bewußt. Das Primat des Völkerrechts, welches seine Schüler mehr oder minder frei gegenüber der Suveränität des Staates vertreten, ist sein gedankliches Ziel. Aber er erreicht dieses Ziel nicht gehindert, insbesondere durch seine Bestimmung des Verhältnisses von Staat und Rechtsordnung, welche auf Identifizierung hinausläuft, und ein Hauptdogma der gerade hier zu eingreifenden Konsequenzen führenden *Kelsen*schen Lehre bildet.

Kelsen und seine Schüler behandeln diese Lehre und deren einzelne Nüancen wie die Offenbarung objektiver Wahrheit und Notwendigkeit, deren Ausschließlichkeit und Alleinheit für sie eine Gegebenheit im Sinn orthodoxer Dogmatik ist. Daß die Quelle dieses Glaubens tatsächlich subjektiv auf Werturteil und Willensentschluß gegründet ist, liegt ihrem Bewußtsein fern. Das Wort und die Logik versehen die Funktion der Wahrheit, der Erleben und Erschauen grundsätzlich verpönt sind. Der Ernst der wissenschaftlichen Gesinnung, mit welchem die Lehre gepflegt wird, steigert die Haltung ihrer Vertreter zum Glaubenseifer, mit den typischen Nebenerscheinungen der Unduldsamkeit und der Kampfsucht. Der bei weitem größte Teil der Schriften *Kelsens* und seiner Schüler besteht in polemischen Auseinandersetzungen, die zum Teil zu persönlichem Streit entartet sind. Wenn *Kelsens* Lehre dazu beitrüge, die Auswüchse der Freirechtsschule einzuschränken, so wäre das zu begrüßen. Aber es ist nicht zu erwarten, daß dieser Erfolg eintritt. Vielmehr erweist gerade der Versuch konsequentester Durchführung der reinen Rechtslehre offensichtlich, daß die Rechtswissenschaft die scholastische Zurückführung auf die Lehre von den Rechtssätzen und Rechtsbegriffen nicht mehr verträgt. Der Versuch dazu ist ein Eingriff in das Schwungrad der Weltentwicklung. An den Realitäten des Staatslebens, wozu insbesondere die Wirklichkeitsprobleme des Völkerrechts gehören, muß die technisch-dogmatische Scholastik *Kelsens* scheitern.

Th. Niemeyer.

Sauer, Wilhelm, ord. Professor an der Universität Königsberg. Grundlagen der Gesellschaft. Eine Rechts-, Staats- und Sozialphilosophie. Berlin-Grunewald (Dr. W. Rothschild) 1924. 506 Seiten.

Seitdem der (von der Strafrechtswissenschaft ausgegangene) Verfasser 1919 den Kreis der strafrechtlichen Wissenschaft in seinen „Grundlagen des Prozeßrechts“ verlassen, dann mit den Publikationen: „Die Möglichkeit eines

Digitized by Google

juristischen Grundgesetzes" (1919), „Rechtswissenschaft und Alsob-Philosophie" (1920), „Neukantianismus und Rechtswissenschaft" (1921) sich rechtsphilosophischen Problemen zugewendet hat, veröffentlichte er in den „Grundlagen des Strafrechts" (1921) den Umriß eines Systems der Rechts- und Sozialphilosophie, in der „Philosophie der Zukunft" (1923) eine „Grundlegung der Kultur", in der *Kant*-Festschrift des Archivs für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie (1924) eine „Uebersicht über die gegenwärtigen Richtungen in der deutschen Rechtsphilosophie". Die jetzt vorliegende Publikation, deren Inhalt der Verfasser in der Vorrede als „Soziale Philosophie der Zukunft" charakterisiert (im Gegensatz zu seiner, wie er sagt, individualistisch angelegten „Philosophie der Zukunft"), will nunmehr ein abgeschlossenes System der Gesellschaftslehre nach besonderer Methode geben. Ueber diese Methode sagt der Verfasser in der Vorrede (S. VII): „Es gelang mir — hier an so später Stelle — noch eine Entdeckung zu machen. Es ist die Wert-Monade. Der Gedanke ist dem großen *Leibniz* abgelauscht. Aber die *Leibniz*sche Monade ist als Natur-Monade zu verstehen. *Fichte*sche Gedankenkreise legen es nahe, die *Leibniz*sche Monade zur Wert-Monade zu erheben." Ein wirkliches Referat über den Sinn und die Durchführung dieser Methode zu geben, kann hier nicht unternommen werden. Anstatt dessen sei versucht, durch Wiedergabe einiger prägnanter Sätze ein Bild der Vorstellungs- und Darstellungsart *Sauers* zu geben: „Gesellschaft, Staat, Recht, Moral, Sitte, Kulturordnung, sie alle sind voneinander garnicht so sehr verschieden. Ihre Elemente, die Wert-Monaden sind dieselben. Nur die Art ihrer Verbindung ist verschieden." „Die Grundaufgabe der Wissenschaften ist es, die Wert-Monaden in der ihrem Grundgesetz entsprechenden eigenartigen Weise in Beziehung miteinander zu setzen". „Gesellschaft ist die objektiv neutrale Verknüpfung von Wert-Monaden in systematischer Ordnung. — Sonderform Staat". „Moral ist die subjektiv (vom Standpunkt des Individuums) richtende Verknüpfung von Wert-Monaden". „Recht ist die subjektiv (vom Standpunkt des Staates) richtende Verknüpfung von Wert-Monaden". „Sitte ist die subjektiv (vom Standpunkt anderer Sondergemeinschaften) richtende Verknüpfung von Wert-Monaden". „Kulturordnung ist die objektiv richtende Verknüpfung von Wert-Monaden". „Das Wertstreben von Mensch zu Mensch ist das Objekt der Gesellschaftswissenschaften; es ist die Wert-Monade in Bewegung". „Die Wert-Monade ist immer etwas Regelwidriges gegenüber dem Normalen". — „Die Wert-Monaden passen nicht in jeden grundgesetzlichen Blickrahmen. Die Naturforscher mit Einschluß der Psychologen besitzen insofern keine Sehkraft; sie sehen nur Natur-Monaden". — Es ist wohl sicher, daß diese Einführung des Begriffes der Wert-Monade nicht den Wert einer Wahrheits-Entdeckung hat. Das meint *Sauer* auch gewiß nicht, wenn er wie von einer Entdeckung spricht. Vielmehr will er wohl selbst nicht anders verstanden sein, als daß die von ihm visionär gefundene Vorstellung die Entdeckung eines wissenschaftlich-technischen Hilfsmittels bedeutet, welches als Hypothese, als Maßstab, als Ausdrucksmittel und als Antrieb eine Bereicherung der Wissenschaft und eine Quelle praktischen sozialen Fortschrittes sei. Für den Verfasser selbst wird dies alles zutreffen. Auch hat die Methode das Zeug dazu, Schule zu machen. Es ist nicht so schwer, wie es vielleicht zunächst scheint, sie sich anzueignen. Man kann sich vorstellen, daß sie populär wird, wie ein Mode-Artikel. Aber ist es wünschenswert, ist es möglich, daß ihr der Rang objektiver Gegebenheit zuerkannt wird? Die Bejahung dieser Frage darf natürlich nicht abhängig gemacht werden von dem Wert der Ergebnisse, welche den Verfasser selbst auf diese Methode zurückführt. Hierzu ist zu bemerken, daß der Inhalt des zur Besprechung stehenden Bandes ungemein reich, belehrend, durch seine anregende Kraft fruchtbar ist. Kein Soziologe, kein Philosoph, kein wissen-

Digitized by Google

schaftlicher Jurist darf fortan an dem Buch vorbeigehen, ohne sich mit ihm abzufinden und die unzählbaren Anregungen in sich aufzunehmen, die es bietet. Auch die Apodiktik, welche der Verfasser sich in manchmal grotesker Weise gegenüber der wissenschaftlichen Arbeit anderer erlaubt, sollte davon nicht abschrecken. Aber wer sich die Mühe gibt, zu prüfen, inwieweit die einzelnen Werke der Untersuchung das Ergebnis der Monaden-Methode sind, wird finden, daß die Terminologie und das visionäre Spiel der Wert-Monaden die ganze Untersuchung zwar begleitet, aber nicht leitet. Es sei dem Referenten gestattet, dies zu sagen, nicht um das bemerkenswerte Buch zu verkleinern, sondern um es in voller wissenschaftlicher Ehrlichkeit anzuerkennen.

Th. Niemeyer.

Jerusalem, Franz W. Professor an der Universität Jena, Soziologie des Rechts. I. Gesetzmäßigkeit und Kollektivität, Jena (Gustav Fischer) 1925, 424 Seiten.

„Im Gegensatz zu *Kelsen* ist es die Aufgabe dieses Werkes, in der Rechtswissenschaft die Methode der reinen Gegenständlichkeit zur Geltung zu bringen, nachdem vor allem *Eugen Ehrlich* und besonders wirkungsvoll *Max Weber* einen Anfang gemacht haben". Diesem Satz der Vorrede (S. V) des vorliegenden Buches ist zur Orientierung hinzuzufügen, daß der Verfasser in allem geistigen Leben, und so auch im Rechtsleben, zwei prinzipiell zu trennende, in der geschichtlichen Entwicklung im allgemeinen sich folgende, aber auch nebeneinander tretende Zustände unterscheidet, nämlich den des unbewußten Erlebens („Zuständlichkeit" des Erlebens) und den der bewußten Betrachtung des Erlebens als eines Objektes („Gegenständlichkeit" des Erlebten). „Es ist die Methode der zuständlichen Gegenständlichkeit" sagt *Jerusalem* (S. IV), „die in *Kelsen* noch einmal den Versuch macht, sich in ihrer Herrschaft gegenüber einer neuen Zeit zu behaupten". Demgegenüber vertritt, wie gesagt, *Jerusalem* die Methode der reinen Gegenständlichkeit.

In dem vorliegenden ersten Band wird eine Phänomenologie des gesamten geistigen, des individuellen, wie des sozialen („kollektiven" sagt der Verfasser) Lebens unternommen, indem bestimmte, immer und überall wiederkehrende Phänomene aufgezeigt werden. Als solche werden die folgenden Erscheinungen dargelegt: Alles Geschehen drängt zur „Gesetzmäßigkeit". Diese Gesetzmäßigkeit ist „Rhythmisierung", „Vereinung", oder auch „Beseitigung des Chaos". Der Gesetzmäßigkeit gesellt sich eine gegen die „Aktionsform" gerichtete Tendenz, welche *Jerusalem* „Reduktion" nennt. Als deren Hauptformen werden die im „Oekonomieprinzip" liegenden Gestaltungen bezeichnet. Aber auch Verjährung, Ersitzung, siegreiche Verfassungsbrüche gehören dazu (S. 99). Der Gesetzmäßigkeit steht der Drang zur Freiheit entgegen (S. 155—167). In dem zweiten Teil des vorliegenden Bandes (S. 170—411) nähert sich der Verfasser der Materie des Rechtes, indem er den Begriff der „Kollektivität" behandelt. „Nur die biologischen und physiologischen Vorzüge im Menschen gehören nicht zur Kollektivität, alle anderen Lebenserscheinungen sind kollektiv". „Die Kollektivität in ihrer Urform ist nichts als geistige Symbiose (S. 171). Später entwickelen sich Ausdrucksformen des kollektiven Lebens, die an sich Zersetzungserscheinungen sind: Religion, Philosophie, Recht" (S. 172). Diese charakterisieren das Zeitalter des Individualismus, welchem bereits wieder der Drang nach Rückkehr zum Kollektivismus innewohnt. „Staat und Recht können allein von dieser Grundlage aus soziologisch begriffen werden" (S 172). „. . . . Der Staat ist nur eine Funktion innerhalb der Entwicklung des menschlichen Geistes, die vom Kollektivismus zum Individualismus führt und von da zum Kollektivismus zurückstrebt. Daraus

Digitized by Google

ergibt sich, daß der Staat in dem ersten Stadium etwas anderes sein muß als in dem zweiten" (S. 215). „In der Geschichte der Philosophie (S. 180 ff.) tritt die Entwicklung vom Kollektivismus zum Individualismus, und zurück zum Kollektivismus, am schärfsten in die Erscheinung". *„Rousseau* hat als Erster in unserer Kultur die Rückkehr zum Kollektivismus eingeleitet, als er den Staat nicht mehr als ein mechanisches Herrschaftsverhältnis, sondern als sozialen Körper, d. h. als Kollektivität bezeichnete" (S. 188). Als Ergebnis der weiteren Entwicklung der Kollektivität bezeichnet *Jerusalem* folgendes: Träger des Kollektivgeistes ist die individuelle Persönlichkeit. Durch diese neuerliche Zersetzung des Kollektivgeistes bricht ein Kampf der gegenüberstehenden „Motive" aus (S. 288). Das damit verbundene Schwinden der motorischen Kraft des Kollektivgeistes führt zu deren Ersetzung durch äußeren Zwang (S. 290).

In den Kapiteln „Die Kollektivität als Einheit" und „Der Drang zur Kollektivität" (S. 304—376) schreitet der Verfasser zu demjenigen Niveau fort, auf welchem die Rechtsprobleme selbst erscheinen, deren soziologischer Einzeluntersuchung der zweite Band gewidmet sein soll. Der Verfasser stellt das Erscheinen dieses Bandes für einen absehbaren Zeitpunkt in Aussicht.

Das Unternehmen erscheint riesenhaft, gemessen an dem Maßstab der Größe des Stoffes, welcher in dem vorliegenden ersten Band dargeboten ist. Der Verfasser erwähnt *Iherings* Zweck im Recht nicht. Die Aufgabe, deren Lösung *Jerusalem* verheißt, ist weit größer als diejenige, welche *Ihering* unternahm. Sei es ihm vergönnt, sein *ἔργον δεινόν τε δαιμόνιόν τε,* wie *F. Dahm* das *Ihering*'sche Werk genannt hat („Die Vernunft im Recht", 1879, S. I) wirklich in absehbarer Zeit fortzuführen, und zwar in konkreter Ausführlichkeit. Denn der Methode der reinen Gegenständlichkeit sind nicht nur im Staatsrecht und im Völkerrecht, sondern noch mehr im Privatrecht, Prozeßrecht, Strafrecht, im internationalen Privatrecht und im Verwaltungsrecht Aufgaben gestellt, welche nicht in Bausch und Bogen gelöst werden können. Einige Proben für die soziologische Behandlung des positiven Rechtes, die (wie die gesamte Untersuchung *Jerusalems*, historisch und rechtsausgleichend gerichtet sind, enthält schon der vorliegende Band, so hinsichtlich des Vertrages (S. 313 ff.).

Th. Niemeyer.

Haymann, Franz, *Kants* Kritizismus und die naturrechtlichen Strömungen der Gegenwart. 33. S., Pan-Verlag (Franz Heise), Berlin 1924.

Die Schrift ist der Niederschlag einer Festrede, die der Verfasser, Professor der Rechte an der Universität Köln, am 8. März 1924, anläßlich der zweihundertjährigen Wiederkehr des Geburtstages von *Kant* in der Juristischen Gesellschaft in Köln gehalten hat. Die Darlegung der Beziehungen zwischen *Kantischer* Philosophie und moderner Rechtswissenschaft ist speziell der Frage nach der grundsätzlichen Geltung eines dem positiven Rechte übergeordneten Naturrechts gewidmet. *Kants* kritische Methode weist den Weg zur Lösung. Nicht von den einzelnen Rechtserscheinungen dürfen wir ausgehen, sondern von unserer Erkenntnis von diesen Erscheinungen. Wenn das Naturrecht allgemeingültig die Welt des Rechts beherrschen will, so wie das Naturgesetz die Natur beherrscht, so muß es sich als eine Bedingung unserer Erkenntnis vom Recht deduzieren lassen. Alle positive Jurisprudenz geht ihrer grundlegenden Problemstellung nach von dem Faktum der auf Gewalt beruhenden Durchsetzung, nicht von dem Einklang mit dem im Naturrecht enthaltenen synthetischen Urteile *a priori,* mit den Geboten der Sittlichkeit aus. Die apriorischen Normen des Naturrechts haben innerhalb positiver Jurisprudenz nur insoweit Geltung, als sie von der obersten rechtsetzenden Gewalt in einem Gemeinwesen als maßgeblich für den Inhalt ihrer Normen anerkannt werden. Der Wille dieser obersten Gewalt ist

Digitized by Google

letztlich auch für die Frage, ob die *aequitas* die starren Vorschriften des positiven Rechts mildern oder gar abändern kann, ebenso entscheidend wie für die Frage der Auslegung und der Ergänzung positiver Rechtsvorschriften durch die naturrechtlichen Normen. Dem Naturrecht kommt also nur sekundäre Bedeutung zu. Diese ist aber darum nicht gering zu achten. Der von *Kant* geforderte und vertretene Kritizismus gegenüber aller positiv-rechtlichen Regelung läßt dem Naturrecht die Rolle zufallen, ohne Anspruch auf positiv-rechtliche Geltung allem positiven Recht zum Ziel und Vorbild zu dienen; keinerlei positivistische Beschränktheit kann dem Naturrecht streitig machen, Maßstab der Gerechtigkeit zu sein. Den Maßstab für solche Kritik aller positiv-rechtlichen Regelung zu bieten, erkennt *Haymann* auch heute noch als Aufgabe eines kritisch geschulten Naturrechts.

In lebendiger, anschaulichster Weise hat der Verfasser als *Kant*-Interpret wie Rechtsphilosoph sich in grundsätzlicher Stellung mit dem „immer wieder totgesagten, täglich kühner sein Haupt erhebenden" Naturrecht auseinandergesetzt, mit dem Streben, das Naturrecht in seine Schranken zu weisen, eine dem positiven Recht übergeordnete Geltung ihm abzusprechen, aber anderseits seine sekundäre Bedeutung um so mehr hervorzuheben.

C. Rühland.

Völkerrecht.

Hall, W. E. *A treatise on international law, 8. edition by A. Pearce Higgins, C.B.E., K.C., L.L.D., Whewell Professor of International Law in the University of Cambridge, Oxford (Clarendon Press)* 1924, 952 Seiten.

Die erste Auflage des *Hall*'schen Werkes *(William Edward Hall, Barrister-at-Law* in London, lebte 1835—1894) erschien 1880. Es wurde damals von dem Belgier *Aegidias Arntz* (1812—1884) in einem heute wieder lesenswerten Referat *(Revue de droit international et de législation comparée,* — Brüssel u. Leipzig — *tome* XIII, S. 649 ff.) begrüßt als *„un manuel complet et méthodique du droit des gens"*, welches, unter Ablehnung der „philosophisch-idealistischen" Naturrechtsauffassung des *Hugo Grotius*, als einzige Quelle des Völkerrechts die Verträge und die Gebräuche *(treaties and usages)* gelten läßt. Die von *J. B. Atlay,* 1904 und 1909, herausgegebene 5. und 6., die von *A. Pearce Higgins* 1917 und 1924 herausgegebene 7. und 8. Auflage haben den *Hall*'schen Text so gut wie völlig unangetastet gelassen. — Der massenhafte Stoff, welchen die neue und besonders die neueste Zeit hervorgebracht hat, ist von den Herausgebern mit bewundernswertem Geschick, auf verhältnismäßig geringem Raum, in Form von Textzusätzen und Anmerkungen, nur in wenigen Fällen in Gestalt neuer Paragraphen oder Kapitel (Ch. II A: *„The league of nations"*) eingeschaltet. Diese Zusätze sind in rechteckige Klammern gesetzt. Sie sind meist in wissenschaftlicher Objektivität gehalten, auch wo es sich um die Kontroversen des Weltkrieges handelt. In den *Higgins*'schen Vorreden freilich herrscht der Geist einer nationalen Einseitigkeit, welcher dem Andenken *Halls* und *Westlakes* nach meiner Meinung nicht gemäß ist. Die Behauptung (S. XVII): *„Great Britain have entered the struggle* (1914) *to assert the rule of right in international relations"* ist so unkritisch, daß sie gegen den Inhalt des mit ihr eingeleiteten Handbuches des positiven Völkerrechts ein Vorurteil erwecken muß, welches, wie hiermit nochmals hervorgehoben sei, durch die Gesamthaltung des Werkes zerstreut wird. *Halls* feine Vorrede zur dritten Auflage würde unter Weglassung aller anderen Vorreden erfreulicher wirken.

Th. Niemeyer.

Digitized by Google

Strupp. Wörterbuch des Völkerrechts und der Diplomatie. Neunte und zehnte Lieferung (Kodifikation—Lynchfall), elfte, zwölfte und dreizehnte Lieferung (Rheinlandabkommen—Utschiali). Walter de Gruyter, Berlin 1924 und 1925.

Mit den genannten Lieferungen werden Band I und Band II des Wörterbuchs des Völkerrechts abgeschlossen. Angesichts der während der Drucklegung sich ergebenden Ausdehnung hatte sich die anfangs in Aussicht genommene Beschränkung auf zwei Bände als unmöglich erwiesen, so daß noch ein ausstehender dritter Band die Stichworte mit den Buchstaben V—Z sowie einen größeren Nachtrag und das Schlagwortregister umfassen wird. Die vorliegenden zwei Bände rechtfertigen in vollkommenster Weise die Erwartungen, die sich an das Erscheinen der ersten Lieferungen knüpften*). Aus der Fülle der in den neuen Lieferungen enthaltenen Beiträge mögen einige für alle sprechen: Landesrecht und Völkerrecht *(Kunz)*, Lausanner Frieden *(Strupp)*, Luftfahrtrecht *(Schleicher)*, Rheinlandabkommen *(Heyland)*, Schiedsgerichtsbarkeit und Schiedgerichtsverträge *(Strupp)*, Souveränität, völkerrechtliche *(Kelsen)*, Staatensukzession *(Schoenborn)*, Staatsangehörigkeit und Naturalisation *(Leibholz)*, Staatsgewalt, de facto *(Kunz)*, Staatsverträge (die als Bearbeiter *Frisch, Verdroß, Hatschek, Schoen, Bittner, Wehberg* gefunden haben, wobei wegen ihrer Bedeutung besondere Hervorhebung die von *Bittner* gegebenen „Wichtigsten Sammlungen der Staatsverträge" verdienen. *Bittner* gibt eine außerordentlich verdienstliche Uebersicht über die wichtigen allgemeinen Sammlungen von Staatsverträgen**) im Altertum, Mittelalter und Neuzeit, über die Sammlungen nach Ländern und die Sammlungen nach ausschließlich sachlichen Gesichtspunkten), Tschechoslowakische Republik *(Rauchberg)*, Urheberrecht und Urheberrechtsschutz *(Wertheimer)*. Diese Auswahl von Stichworten soll nicht die anderen zurücksetzen, sie soll nur Zeugnis der Methode geben, von der sich der Verfasser des Wörterbuches bei der Auswahl, Ordnung und Verteilung der Stichworte leiten ließ.

Mit Stolz kann die deutsche Völkerrechtswissenschaft auf dieses Nachschlagewerk schauen, das dem unermüdlichen Eifer Dr. *Strupps* und dem großzügigen Verständnis des Verlegers Walter de Gruyter zu danken ist, die die großen, durch die wirtschaftliche Notlage Deutschlands bedingten Schwierigkeiten siegreich überwanden und ein Werk schufen, das der Lösung der „nationalen Aufgabe" dient, zu zeigen, daß die Pflege des Völkerrechts in Deutschland und dem verwandten Oesterreich den gebührenden Platz einnimmt, daß die Wissenschaft des Völkerrechts in Deutschland nicht verdunkelt ist.

Die Erkenntnis der Wichtigkeit und Bedeutung des Völkerrechts wird durch das Wörterbuch nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland im weitesten Maße gefördert werden. Völkerrechtler wie Diplomaten, Theoretiker wie Praktiker, Gerichte wie Anwälte, jeder, der am Völkerrecht interessiert ist, werden das Wörterbuch konsultieren müssen, und dieses wird nur in seltensten Fällen eine belehrende, erläuternde Antwort schuldig bleiben. Die neuesten Probleme des Völkerrechts — und deren sind nicht wenige — die bedeutsamsten Rechtsvorgänge und Präjudizien, die Herausbildung ganz neuer Rechtsinstitute und die völkerrechtliche wie diplomatisch-politische Geschichte haben mit bis in die jüngste

*) Siehe Ztschr. XXX 410, XXXI 201, XXXII 504.

**) Eine solche Bibliographie der Staatsverträge ist von der Staatsvertragsabteilung des Instituts für internationales Recht in Kiel im Zusammenhang mit einem Verzeichnis der Publikationsorgane für Staatsverträge in den einzelnen Ländern angefertigt worden, ohne bisher publiziert zu sein.

Digitized by Google

Zeit reichenden ausführlichen Literaturangaben im *Strupp*schen Wörterbuch ihren Niederschlag gefunden. Der eine Wunsch drängt sich dem Benutzer und Leser auf, daß dieses Standard-Werk nicht stillstehen möge, denn mehr denn anderswo hieße hier Stillstand Rückschritt, daß es in der Lebensfrische, in der es heute sich darbietet, durch jährliche Nachträge und Ueberholungen erhalten bleibe.

C. Rühland.

Isay, Ernst. Völkerrecht. Ferdinand Hirt, Breslau 1924. 96 S.

In sehr geschickter Weise hat der Verfasser, Privatdozent an der Universität in Münster, einen kurzen Abriß über den gesamten Wissenszweig des Völkerrechts in der Sammlung „Jedermanns Bücherei" (Abteilung Rechts- und Staatswissenschaft) gegeben. Die an Umfang kleine Schrift ist eine ausgezeichnete Einführung in das geltende Völkerrecht für „jedermann". Es steht außer Zweifel, daß es zu seinem Teile in erheblichem Maße beitragen wird, die Kenntnis vom Völkerrecht und seiner Wissenschaft so zu verbreiten, wie es dieser heute wichtiger denn je sich erweisenden Disziplin der Rechtswissenschaft zukommt. Unter Bevorzugung des Allgemeinen vor dem Besonderen, des Wichtigen vor dem weniger Wichtigen ist *Isays* Darstellung doch nicht abstrakt, um dem Verständnis des weiten Kreises, für den das Buch geschrieben, zu entweichen, die Probleme, die in der Lehre vom Völkerrecht auf Schritt und Tritt sich noch ungelöst zeigen, ohne deren Erörterung eine Darstellung nicht denkbar ist, werden in verständlichster Weise dem Leser nahe gebracht. Wenn der Verfasser naturgemäß sich hierbei nur auf Andeutungen ebenso wohlweislich wie notgedrungen beschränken muß, so wird doch die Wichtigkeit und der Wert dieser völkerrechtlichen Probleme durch kurze Hinweise auf praktisch völkerrechtlich-politische Fragen und Fälle, aus denen die Probleme erwachsen, oder die zu einer Lösung dieser Probleme drängen, in glücklicher Form hervorgehoben.

Begriff, Wesen und Quellen des Völkerrechts, Zur Geschichte des Völkerrechts, Subjekte und Objekte des Völkerrechts, und Völkerrechtliche Handlungen sind die Abschnitte, unter denen *Isay* das Völkerrecht zur Darstellung bringt. Ein gutes Schlagwortregister ist für den praktischen Gebrauch von besonderem Nutzen, ebenso die Angabe der hauptsächlichen neueren völkerrechtlichen Lehr- und Handbücher. Angabe der Seitenzahl, des Verlegers, Verlagsortes und des Preises werden in einer neuen Auflage dem Zweck, dem interessierten Laien weiter zu helfen, sehr förderlich sein.

C. Rühland.

Tezerclas von Tilly, Hellmut. Internationales Arbeitsrecht. Walter de Gruyter, Berlin 1924.

In dem engen Rahmen der Sammlung *Göschen* hat das internationale Arbeitsrecht unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Arbeitsorganisation eine klare, übersichtliche Darstellung gefunden, die eine zuverlässige Belehrung bietet über die Geschichte des internationalen Arbeiterschutzes bis zum Versailler Vertrag, über Theorie und Praxis des Teiles XIII des Versailler Vertrages, über die Tätigkeit der Internationalen Arbeitsorganisation auf den verschiedensten sozialpolitischen Gebieten, über die internationalen Arbeitskonferenzen der Jahre 1919 bis 1924 sowie über die Nachkriegsgeschichte und das Tätigkeitsgebiet der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz und der Gesellschaft für soziale Reform. Ebenso ausgezeichnet wie die Tabellen, die über den Stand der Ratifikationen und Maßnahmen der einzelnen internationalen Arbeitsrechts-Abkommen Bericht geben, ist das ausgiebige Literatur- und Quellenverzeichnis zu den einzelnen Materien und das Personen- und Sachregister.

C. Rühland.

Digitized by Google

Internationales Privatrecht.

Poullet, P. *Manuel de droit international privé belge.* Louvain und Paris, 1925, 623 Seiten.

Der als Universitätslehrer der Hochschule von Löwen bekannte Verfasser, jetzt belgischer Minister des Innern, hat in Gestalt des vorliegenden stattlichen Quartbandes eine systematische Darstellung des belgischen internationalen Privatrechts veröffentlicht, welche in erster Linie bestimmt ist, als Lehr- und Handbuch dem Gebrauch der belgischen Studierenden und der belgischen Praxis zu dienen. Das Werk ist darum durchweg darauf eingerichtet, das in Belgien positiv geltende internationale Privatrecht nachzuweisen, die Gesetzgebung, die Staatsverträge, die Rechtsprechung festzustellen. Aber der in dieser Weise mitgeteilte Rechtszustand ist in systematischer Weise den leitenden Gesichtspunkten der internationalistischen Rechtswissenschaft unterstellt, und der Verfasser hat es sich angelegen sein lassen, in allen Kontroversen internationaler Erstreckung seine wissenschaftliche Stellungnahme klar auszusprechen. Um einige grundlegende Punkte hervorzuheben: Er erklärt sich für die Maßgeblichkeit der *Savigny*'schen und der *Pillet*'schen Prinzipien des internationalen Privatrechts in allen Fällen, wo das positive belgische Recht Lücken aufweist (Nr. 249, S. 265), wobei er die *Pillet*'sche Formel des *„but social"* unterstreicht; er tritt für die Befolgung des *„renvoi"* ein (Nr. 256, S. 279); er schließt sich hinsichtlich der Vertragsobligationen dem *Institut de droit international* an, indem er beim Fehlen vertraglicher Bestimmung das Recht des Errichtungsortes *„lieu du contrat"*, (Nr. 300, S. 336) maßgebend sein läßt. In sehr entschiedener Weise nimmt er Stellung hinsichtlich der Exemption ausländischer Staaten von der Landesgerichtsbarkeit (Nr. 176, 177, S. 168 ff.). Somit ist das mit größter Sorgfalt und Umsicht geschriebene Buch nicht nur unentbehrlich für die Kenntnis des positiven Rechtszustandes in Belgien, sondern es heischt auch die wissenschaftliche Beachtung der Theoretiker und Praktiker des internationalen Privatrechts in allen Kulturländern. Diese Beachtlichkeit wird gesteigert durch die Einbeziehung der ganzen Staatsangehörigkeitslehre (*„nationalité"* Nr. 37—132, S. 35—122), wobei die mehrfache Staatsangehörigkeit als *„le cumul de nationalité"*, die Staatlosigkeit als *„l'heimathlosat ou l'apatride"* bezeichnet wird; ferner durch die Einschließung der Lehre von den diplomatischen und konsularischen Privilegien (Nr. 182—194, S. 161—185).

Die belgische Literatur hat mit den Werken von *Haus* (*Du droit privé qui régit les étrangers en Belgique*, Gent 1874), von *Laurent* (*Droit civil international*, Brüssel 1880, 8 Bände) und von *A. Rolin* (*Principes du droit international privé*, Paris 1897, 3 Bände) die Wissenschaft in mannigfacher Weise und mit umfangreichen Werken bereichert. Das Werk von *Poullet* setzt diese Reihe würdig fort, indem es zusammenfaßt, was die Vorgänger geboten haben, und es fortführt im Geiste echter internationalistischer Wissenschaft. *Th. Niemeyer.*

Pillet, A. *Des personnes morales en droit international privé. Sociétés étrangères (civiles et commerciales) Etats, Etablissements publics, Associations, Fondations.* Paris 1914. 434 Seiten.

Dieses im Jahre des Kriegsbeginnes erschienene Werk ist, wie es scheint, außerhalb Frankreichs, infolge der Ungunst der Zeit, nicht so bekannt geworden, wie es verdient. Deswegen sei hier auf dasselbe hingewiesen. Wer die glänzenden älteren international-privatrechtlichen Werke *A. Pillets* kennt, insbesondere seine *„Principes de droit international privé"*, Paris 1903 (ausführlich angezeigt von dem Unterzeichneten in dieser Zeitschrift Bd. XIV — 1904 — S. 558 ff.) wird von vornherein diese Spezialuntersuchung begrüßen.

Digitized by Google

Sie ist, trotz einer Reihe späterer Publikationen über den Gegenstand in- und außerhalb Frankreichs, namentlich hinsichtlich der internationalistischen Kenntnis der Judikatur und der Gesetzgebung, aber auch hinsichtlich der spezifisch französischen Grundauffassung des Gegenstandes, methodisch und positiv, noch immer unübertroffen. *Th. Niemeyer.*

Pillet, A., Niboyet, J. P., *Manuel de droit international privé.* Paris 1924. 792 Seiten.

Dieses Buch wendet sich ausdrücklich an die Studierenden, und zwar in erster Linie zur Vorbereitung auf das Examen. Das unbedingt hierzu Erforderliche und das nur zur Lektüre Empfohlene wird durch die Druckart unterschieden. Außerhalb Frankreichs wird man erstaunt sein, wie umfassend die Darstellung des Stoffes und wie eingehend die Kasuistik ist, welche hier speziell den Studierenden gewidmet wird. In der Tat gibt das Buch ein Bild der gegenwärtigen Doktrin und Judikatur des französischen internationalen Privatrechts, welches auch Forschern und Praktikern außerhalb Frankreichs willkommen sein muß. *Th. Niemeyer.*

Politik. Geschichte. Wirtschaft.

Fischer, Eugen. *Holsteins* Großes Nein, die deutsch-englischen Bündnisverhandlungen von 1898—1901. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1925. 304 S.

Der Verfasser — früherer Berliner Privatdozent — hat als Referent des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses für die deutsch-englische Politik Einsicht in die Originalakten des Auswärtigen Amtes nehmen, und auch etliche Stücke, die in der Großen Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes nicht enthalten sind, mit Erlaubnis des Amtes mitteilen können. Auf Grund der Quellenstudien hat *Fischer* ein Bild der auswärtigen Politik Deutschlands aus den Jahren 1898—1901 entrollt, das zu den fesselndsten der diplomatischen Vorgeschichte des Weltkrieges gehört. Das dunkle, unheimliche Walten des Barons *von Holstein*, der „Grauen Eminenz", der als Vortragender Rat die auswärtige Politik des Reiches durch eineinhalb Jahrzehnte beherrschte, wird plastisch-dramatisch gezeichnet. Die „hinter den Kulissen der Oeffentlichkeit" geführten Verhandlungen der Jahre 1898—1901 über ein deutsch-englisches Bündnis, der von *Chamberlain* verfolgte Plan weltpolitischer Gruppierung, blieben ergebnislos, dem dreimaligen englischen Bündnisangebot während dieser Zeit wurde von deutscher Seite durch Zusammenwirken des „Hintergrundmenschen" *Holstein*, des von ihm abhängigen Staatssekretärs und späteren Reichskanzlers *Bülow* und *Wilhelm II.* das entscheidende „Nein" entgegengesetzt, eine Entscheidung, die von den „drei kapitalen Ereignissen, die den Krieg zur Folge hatten, schon das letzte" war. (Das erste war die Einswerdung Deutschlands im Jahre 1871, das zweite die Entscheidung von 1879 für Oesterreich gegen Rußland.) Die Entscheidung gegen England „aufs Große gesehen", lief der Entscheidung von 1879 genau entgegen und machte „*Bismarcks* Bündnispolitik zum Unsinn", die gegen Rußland ging und zur Einheit mit England strebte. *Fischers* Darstellung sucht klarzulegen, daß der ganze Ablauf der deutschen Politik wie er in der Aktenveröffentlichung des Berliner Auswärtigen Amtes sich vor den Augen des Lesers vollzieht, diese und keine andere Konstruktion der deutschen politischen Maschine bestätigt; auch heute noch hält *Fischer* das Zusammengehen mit England für erstrebenswert. Die Gruppierung von Deutschland, England und Amerika nach der Idee von 1898 hält er allein für stark genug und zugleich für moralisch geeignet, den Weltfrieden zu begründen. *C. Rühland.*

Digitized by Google

Der Beginn des Krieges 1914, Tages-Aufzeichnungen des ehemaligen Russischen Außenministeriums, mit einem Vorwort von *Alfred von Wegerer.* Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924.

Die Schrift, die als zweites Heft der „Beiträge zur Schuldfrage" von der Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen herausgegeben ist, ist die Originalübersetzung einer Veröffentlichung aus dem Archiv der russischen Sowjetregierung, die im Heft IV (1924) des in Moskau von der Sowjetregierung herausgegebenen *Krasny*-Archivs (Rotes Archiv) enthalten ist. Die Veröffentlichung gliedert sich in eigentliche Tagebuch-Aufzeichnungen aus der Zeit vom 16. Juli bis 2. August 1914 und Anlagen, die eine wörtliche Wiedergabe der Telegramme geben, die bei den Aufzeichnungen nur kurz nach ihrem Inhalte zitiert worden sind. In einem Anhang sind die Reden des Zaren und *Poincarés* vom 20. und 22. Juli 1914 beigefügt, und ein Abschnitt aus *Suchomlinows* Erinnerungen, die dessen abweichende Auffassung über die Vorgänge am 29. Juli wiedergeben. Der Uebersichtlichkeit und dem Verständnis dienen in besonderer Weise die von der Redaktion beigefügten erläuternden Fußnoten.

Die unheilvolle Politik *Sasonows,* der unter dem Einfluß der nationalistischen, panslavistischen Gruppen des russischen Hofes und russischen Auswärtigen Amtes die allgemeine Mobilmachung anordnete, als noch auf eine Entspannung der Krisis zu hoffen war, erhält durch diese Aufzeichnungen ebenso neues Licht, wie die starke Einwirkung der französischen Regierung auf die russische Politik während der Julikrisis volle Bestätigung findet.

C. Rühland.

Der diplomatische Schriftwechsel Iswolskis 1911—1914. Im Auftrage des Deutschen Auswärtigen Amtes in deutscher Uebersetzung herausgegeben von *Friedrich Stieve.* 4 Bände. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924.

Stieve, Friedrich. *Iswolski* und der Weltkrieg, auf Grund der neuen Aktenpublikation des Deutschen Auswärtigen Amtes. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924.

Der Herausgeber dieses neuen Aktenwerkes des Auswärtigen Amtes, Vortragender Legationsrat im Auswärtigen Amt Dr. *Friedrich Stieve,* bezweckt mit dieser Sammlung der Aktenstücke aus den Geheimarchiven der Russischen Staatsarchive, zur Erkenntnis der Wahrheit über die Vorgeschichte des Krieges „einwandfreien Stoff" zu liefern, der auf einem zeitlich und inhaltlich abgegrenzten Gebiet so vollständig wie möglich zusammengetragen und geordnet ist. Das Material beschränkt sich auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland in der Zeit vom 1. Januar 1911 bis zum 30. Juni 1914. Für diese Epoche wird in bezug auf den diplomatischen Schriftwechsel *Iswolskis* in chronologischer Reihenfolge alles bisher vorliegende einschlägige Material beizubringen versucht. 1374 Dokumente werden publiziert, von denen 556 noch völlig unbekannt, auch in russischer Sprache bisher noch nicht veröffentlicht sind. An Quellen standen dem Herausgeber an erster Stelle zur Verfügung die Urkunden der von der Sowjetregierung Moskau 1922 herausgegebenen Sammlung: „Materialien zur Geschichte der französisch-russischen Beziehungen 1910—1914", Sammlung der geheimen diplomatischen Dokumente des kaiserlich-russischen Ministeriums des Aeußeren, außerdem insbesondere das in Paris mit einer Vorrede von *Marchand* erschienene Werk *„Un Livre noir"; Diplomatie d'avant guerre d'après les documents des archives russes, Novembre* 1910—*Juillet* 1914 und die von *B. W. v. Siebert* Berlin 1921 herausgegebenen „diplomatischen Aktenstücke zur Geschichte der Ententepolitik der Vorkriegsjahre" (vgl. Ztschr. XXX, 414).

Digitized by Google

Der Ergänzungsband „*Iswolski* und der Weltkrieg" ist der Führer durch die vier Urkunden-Bände. Darüber hinaus versucht er eine zusammenfassende Darstellung der durch die Dokumente gezeichneten politischen Ereignisse in großen Linien zu geben. Des Herausgebers Bestreben, durch Zeichnung eines klaren Bildes von der Tätigkeit *Iswolskis* in den letzten Jahren vor dem Weltkriege nicht nur einen Beitrag zur Erkenntnis der Wahrheit über die jüngsten Erlebnisse Europas, sondern auch durch den Sieg der Wahrheit einen Beitrag für die Befreiung des Deutschen Volkes von dem Vorwurfe der alleinigen Kriegsschuld zu liefern möge der Erfolg nicht versagt bleiben.

C. Rühland.

Die französischen Dokumente zur Sicherheitsfrage 1919—1923. Amtliches Gelbbuch des Französischen Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten; mit einer Einleitung von *Hermann Oncken.* Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte. Berlin 1924.

Die Urkunden über die Verhandlungen betr. Sicherheitsbürgschaften gegen einen deutschen Angriff aus der Zeit vom 10. Januar 1919 bis 7. Dezember 1923, die als Gelbbuch vom Französischen Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten veröffentlicht sind und deren deutsche Uebersetzung die vorliegende Schrift bringt, sprechen eine beredte Sprache für die wahren Absichten Frankreichs auf den deutschen Rhein. Unter dem Deckmantel der „Sicherheitsbürgschaft" versucht sich das Streben Frankreichs zu verbergen, das Land links des Rheines seiner Machtsphäre fest einzufügen. Darüber können die wiederkehrenden Beteuerungen, keinen Gebietserwerb anzustreben, nicht täuschen. „Deutschland muß am linken Rheinufer jede Eintrittspforte, jeder Waffenplatz, d. h. jede Landeshoheit genommen werden, ... das ist für die Gegenwart und die nahe Zukunft eine unerläßliche Bürgschaft für die Erhaltung des Friedens", diese Forderung des Marschalls Foch in der Note vom 10. Januar 1919 an die Bevollmächtigten der Mächte (Nr. 1 der Urkunden S. 6) ist der Angelpunkt französischer Politik in den Verhandlungen der letzten fünf Jahre geblieben. Das in dem Friedenstraktat von Versailles nicht erreichte Ziel d a u e r n d e r Unterjochung des deutschen linksrheinischen Landes wird unter dem „Motiv der Sicherheit" Frankreichs immer wieder angestrebt. So sind die 46 Dokumente, wie *Oncken* in seinem ausgezeichneten Vorwort zur Einführung in diese Aktensammlung schreibt, als „ein historisches Dokument zu betrachten, das die Gefahr, die deutschem Lande und deutschem Volkstum droht, in ihrer ganzen Größe und Furchtbarkeit erkennen läßt". Aus dem Inhalt der Sammlung sei außer der bereits genannten Note des Marschalls Foch vom 10. Januar 1919 noch hervorgehoben die Denkschrift der französischen Regierung über die Verlegung der deutschen Westgrenze an den Rhein und die interalliierte Besetzung der Rheinbrücken vom 25. Februar 1919, die Fassungen der Artt. 428—431 des Vertrages von Versailles, die Rede Tardieus vom 2. September 1919, die Schreiben zwischen Poincaré und Saint-Aulaire, das Exposé über die Verhandlungen des Völkerbundes betreffend die Rüstungseinschränkungen und den gegenseitigen Bürgschaftsvertrag nebst 19 Anlagen, sowie die Auszüge aus den Sitzungsberichten der französischen Deputiertenkammer vom 23. November und 7. Dezember 1923.

C. Rühland.

Francesco Nitti. Die Tragödie Europas und Amerika? 210 S. Deutsche Uebersetzung, Frankfurter Sozietätsdruckerei, Frankfurt a. M. 1924.

„Die Vereinigten Staaten waren das ausschlaggebende Element im Kriege ... sie wurden der Faktor, durch den der Sieg entschieden wurde. Ich hege die Hoffnung, daß auch durch sie Friede gestiftet werde. Die

Digitized by Google

Verantwortung des amerikanischen Volkes ist groß", mit diesen Worten hatte der ehemalige Ministerpräsident *Nitti*, der am 10. Januar 1920 im Uhrensaal von Versailles das Protokoll zur Inkraftsetzung des „Friedensvertrages" als Vertreter Italiens unterschreiben mußte, schon in seinem 1922 erschienenen Buch „Das friedlose Europa" *) der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es den Amerikanern gelingen möge, den wirklichen Frieden zu bringen. In dem vorliegenden Buche versucht der große Wirtschaftskenner und mutige Vorkämpfer für die Revision des Versailler Vertrages, den Amerikanern den Sinn für Verantwortung zu wecken, sie zu überzeugen, daß ohne Amerikas Hilfe Europa dem Untergang geweiht ist. Amerika hat die moralische Pflicht, weil verantwortlich für den Friedensvertrag und die Frage der Reparationen, zugunsten der besiegten und um *Wilsons* Zusicherungen eines gerechten Friedens betrogenen Völker einzutreten. Durch Amerikas Eingreifen muß der Politik der Reparationen ein Ende gemacht, die Organe der Lüge wie etwa die Reparationskommission abgeschafft, die Besatzungsheere zurückgezogen, die ruchlosen Verträge umgestaltet, die Rechte der Völker und die normalen Lebensbeziehungen wiederhergestellt werden. Das ist der Inhalt dieser sprühenden, leidenschaftdurchglühten Schrift *Nittis*, der mit der Wucht auf Tatsachen gestützter Argumente überzeugen, der unter der ausdrücklichen Betonung seiner aufrichtigen Freundschaft Frankreich gegenüber diesem das unheilvolle Ziel und Ergebnis seiner Reparationspolitik vor Augen führen will. Die Stimme dieses nach und um die Wahrheit ringenden Buches darf Anspruch auf weiteste Beachtung erheben.

C. Rühland.

Staatsrecht. Verwaltungsrecht.

Freiherr Marschall von Bieberstein. Verfassungrechtliche Reichsgesetze und wichtige Verordnungen. Bensheimer, Mannheim 1924.

Ein Blick über die Inhaltsübersicht und die Zeittafel der abgedruckten Gesetze und Verordnungen läßt erkennen, welche Fülle Materials (rund 70 Gesetze, 60 Verordnungen sowie ein Dutzend gesetzeskräftiger Entscheidungen) der Verfasser in dankenswerter Weise in der handlichen, soliden Bensheimerschen Sammlung deutscher Gesetze (Nr. 94) zusammengetragen hat. Jedoch nicht nur zusammengetragen ist hier das wichtigste verfassungsrechtliche Quellenmaterial, sondern mit glücklicher Hand in übersichtlichster Form systematisch und innerhalb der systematischen Gliederung wieder chronologisch gegliedert, so daß die Quellen ohne Kommentar für sich sprechen und das zeitliche Wachsen und Auswachsen der einzelnen Materien auf das beste verdeutlichen. Meisterlich sind die vielen Einzelteile zu einem Ganzen verschmolzen. In Anmerkungen sind zahlreiche Verweisungen gegeben, die eine schnelle Orientierung ermöglichen. Die Sammlung ist bis zum 1. August 1924 *„up to date"* gebracht. Ein umfangreiches ausführliches Sachregister verdient besondere Hervorhebung.

Der hohe Wert und die bittere Notwendigkeit einer solchen Sammlung, insbesondere in so mustergültiger Herausgabe, ist für jeden, der mit dem deutschen Verfassungsrecht als Lehrender oder Lernender, als Wissenschaftler oder Politiker sich beschäftigen muß, so unverkennbar, daß die Sammlung einer ausdrücklichen Empfehlung überhoben ist.

C. Rühland.

*) Dieser ersten gegen die ungerechte Gewaltpolitik des Versailler Vertrages sich zur Wehr setzenden Schrift folgten im Jahre 1922 „Der Niedergang Europas, die Wege zum Wiederaufbau", und im Jahre 1923 „Europa am Abgrund" als gekürzte Zusammenfassung der beiden vorhergehenden Bände.

Digitized by Google

Verschiedenes.

Landauer, Georg. Osteuropa-Institut in Breslau. Quellen und Studien. Erste Abteilung. 9. Heft. Das geltende jüdische Minderheitenrecht. Mit besonderer Berücksichtigung Osteuropas. B. G. Teubner, Leipzig und Berlin. 1924. VIII u. 124 S.

Für einen jeden, der sich mit dem Minderheitenrecht beschäftigt, ist das jüdische von ganz besonderer Bedeutung. Die Juden sind das Minderheitenvolk κατ' ἐξοχήν: sie bilden in keinem Territorium eine Mehrheit; hinter ihnen steht kein nationaler Mutterstaat, der sich für seine in andern Herrschaftsgebieten angesiedelten Minderheiten einsetzen könnte; nur die Rechtsordnung vermag ihnen einen Schutz in Aussicht zu stellen. So ist es denn kein Zufall, daß von allen Entwürfen zur Regelung des Minderheitenrechts, die der Friedenskonferenz in Versailles überreicht wurden, nur derjenige der jüdischen Delegationen — er ist bei *Bordihn*, das positive Recht der nationalen Minderheit S. 85 ff. abgedruckt — generellen Charakter trägt: er beschränkt sich nicht darauf, Rechte für die jüdischen Minderheiten zu verlangen, sondern entwickelt ein allgemein anwendbares Minderheitsrecht, das auch tatsächlich die positive Rechtsgestaltung beeinflußt hat: Die internationalen Verträge von 1919 und 1920 sind, worauf bereits *Vichniac*, *La protection des droits des minorités*, S. 18 aufmerksam gemacht hat, unter dem Einfluß dieses Entwurfs redigiert.

L.'s Arbeit bringt mehr als ihr Titel vermuten läßt. Der Darstellung des geltenden Rechts geht eine eindringliche Untersuchung über die Juden als Träger nationaler Rechte voraus, die sich mit der Klärung des Begriffs Nation und dessen Anwendung auf die Juden befaßt. *L.* kommt zu dem Ergebnis, daß die Juden nicht überall, sondern nur da als Träger oder, wie einschränkend hinzuzufügen wäre, als Forderer nationaler Rechte erscheinen, wo ihre Gemeinschaft durch andre, mit ihr in Berührung tretende Staaten oder Nationen als Nation, d. h. als eine durch soziale Gemeinschaft und Nationalbewußtsein zusammengefaßte Gruppe anerkannt wird. Dies Ergebnis läßt es freilich an juristischer Schärfe fehlen, wird sich aber schwerlich besser formulieren lassen, da der Konsolidierungsprozeß der Juden zur Nation nicht abgeschlossen ist und nicht einmal überall denselben Verlauf nehmen dürfte. — Der zweite Abschnitt gibt eine Geschichte der jüdischen Minderheitenrechte, unter besonderer Rücksichtnahme auf die schon seit dem Mittelalter bestehende ausgedehnte jüdische Autonomie in Polen und Litauen, wo die kompakt wohnende ostjüdische Bevölkerung unter eigenen Behörden und Selbstverwaltungsorganen bis zu den polnischen Teilungen ein volles nationales Leben führt. „Diese jüdische Autonomie in Polen und Litauen bildet eine der wichtigsten Episoden in der Geschichte des Minderheitenrechts als eine einzigartige demokratische Verwirklichung der personalen Autonomie in einer Zeit der sonst uneingeschränkten Herrschaft des Territorialprinzips" (*Landauer* S. 23). Mit ihrer Aufnahme in die *Balfour Declaration* und die Minderheitenschutzverträge sind die jüdischen Minderheitenrechte Bestandteil des Völkerrechts geworden. Was *L.* im folgenden Abschnitt als geltendes Recht schildert, ist durch die Ereignisse freilich teilweise überholt: die innerstaatliche Gesetzgebung fast aller osteuropäischen Staaten hat die Normen zum Schutz der jüdischen Minderheiten großenteils beseitigt und die Verwaltungspraxis auch den stehengebliebenen Rest dieser Normen häufig ihrer Anwendung beraubt. Das schmälert natürlich nicht das Verdienst, die beinahe unübersehbare Fülle von Einzelbestimmungen aus der Gesetzgebung von dreizehn Staaten (Polen, Jugoslavien, Rumänien, Tschechoslowakei, Bulgarien, Deutsch-Oesterreich, Ungarn, Türkei, Litauen, Lettland, Estland, Ukraine, Palästina) zu einem Gesamtbild umgeschaffen zu haben, das erkennen läßt, „daß Minderheitenrecht nicht

Digitized by Google

Minder-, sondern Mindestrecht bedeute und im übrigen alle Möglichkeiten der bisherigen individuellen politischen Gleichberechtigung in sich schließe" (*Landauer* S. 66). — Der letzte, den Problemen des jüdischen Minderheitenrechts gewidmete Abschnitt gibt die Erklärung für die ungünstige Entwicklung dieses Rechts. Er befaßt sich namentlich mit der Frage, ob den einzelnen jüdischen Minderheiten die Befugnis zur Geltendmachung ihrer Ansprüche im Fall von deren Verletzung vor dem Völkerbund zustehe. Zutreffend wird diese Frage verneint: Das geltende Völkerrecht, das der Nation als Ganzem die Eigenschaft, Subjekt des Völkerrechts zu sein, versagt, nimmt naturgemäß denselben Standpunkt auch nationalen Minderheiten gegenüber ein. Erst die Mitgliedschaft eines von einer jüdischen Mehrheit besiedelten Palästinas im Völkerbund, das sich der außerhalb des „*national home*" wohnenden, mit Minderheitsrechten ausgestatteten Juden annehmen könnte, würde den jüdischen Minderheiten die Möglichkeit eines Rechtsschutzes eröffnen. — Der Anhang stellt die wichtigsten Dokumente der jüdischen Minderheitenbewegung in deutschen Uebersetzungen zusammen.

Arbeiten über die Rechtslage einer konkreten Minderheit entbehren häufig wegen der persönlichen Einstellung ihrer Verfasser der wissenschaftlich erforderlichen Objektivität. *L.'s* Schrift in ihrer strengen Sachlichkeit vermeidet diesen Fehler durchaus.

Opet.

Weber, Adolf. Depositenbanken und Spekulationsbanken. Ein Vergleich deutschen und englischen Bankwesens. Dritte Auflage. München und Leipzig 1922. 400 S.

Die im Jahre 1902 erschienene erste Auflage dieses Buches, welches einen über den trockenen und bescheidenen Titel weit hinausreichenden Inhalt hat, wirkte wie die Axthiebe des Försters in ein die freie Aussicht verhinderndes Walddickicht. Damals war es die nationalökonomische Wissenschaft, für welche der Verfasser durch seine eminent praktische und zugleich rücksichtslos theoretische Belichtung des Bankproblems als Ganzes, Durchhau schaffte. Eine Flut von Fachliteratur ist seitdem über den Gegenstand erflossen, und *Adolf Webers* damalige Epocheschrift gilt heute nicht mehr als wissenschaftliche Offenbarung. Sie darf aber in einem anderen Sinn auch heute noch eine Offenbarungsschrift genannt werden, nämlich als Einführung für jedermann in die volkswirtschaftlichen Funktionen der Banken, wie sie sich in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben. Die vom Verfasser zum besonderen Gegenstand seiner Darstellung gemachten Verhältnisse in Deutschland und England sind verschieden, und in anderen Ländern bestehen noch andere Verschiedenheiten. Aber die geschäftlichen, volkswirtschaftlichen, gesetzgebungspolitischen Grundfragen kehren auf die Dauer überall wieder. Sie kennen zu lernen, ist nur möglich auf dem Wege einer zugleich theoretischen und praktisch kasuistischen Darstellung, wie sie für die genannten Länder im vorliegenden Buch gegeben ist. — Für die rechtsvergleichende, rechtsgeschichtliche Betrachtung wird durch die *Weber'*sche Darstellung die Beobachtung gestützt, daß auf dem Gebiet des Vermögensverkehrs internationale Annäherung und Ausgleichung sich auf die Dauer zwangsläufig vollzieht, ohne daß die Gesetzgebung darauf nachhaltigen Einfluß übt. Um so notwendiger ist für Geschäfts- und Staatsmänner, Juristen und Volkswirte, Historiker und Politiker das wirkliche Verständnis des Bankwesens in dem angedeuteten Sinn. Der letzte Abschnitt des *Weber'*schen Buches (mit dessen Lektüre man das Buch auch beginnen kann) schließt mit einem Wort von *Bagehot*, welches heute für jedes Volk gilt: „*If we wish to work safely, we must study our banking system*". *Webers* Buch ist dazu dienlich.

Th. Niemeyer.

Digitized by Google

Weiß, E. Griechisches Privatrecht auf rechtsvergleichender Grundlage. I. Allgemeine Lehren. Leipzig, Felix Meiner, 1923. 556 Seiten.

Nicht, wie der Titel an und für sich zu sagen scheint, das heutige griechische Privatrecht, sondern das antike Recht der Griechen, bis zu der Zeit, wo römischrechtliche Ordnungen im griechischen Volk Geltung gewannen, bildet den Gegenstand der vorliegenden, auf meisterlicher Kenntnis der Inschriften, Papyri und Schriftsteller beruhenden Darstellung. Der Verfasser beschränkt sich nicht, wie die bisherigen Publikationen auf diesem Gebiete, auf das attische Recht. Er stellt gemeines griechisches Recht, unter Einbeziehung allen Partikularrechts und unter rechtsvergleichender Berücksichtigung anderer antiken Rechte, besonders des römischen Rechtes dar. Als geistvolle Eigentümlichkeit des Verfassers ist bemerkenswert die systematische Anknüpfung der Darstellung an die heute üblichen Einstellungen dogmatischer, rechtspolitischer und gesetzestechnischer Art, wie die Abschnittbildung mit den Ueberschriften „das Rechtsgeschäft", „das Publizitätsprinzip", „die Rechtsnachfolge" anzeigt. Dazwischen erscheint fremdartig der — bedeutende — Abschnitt: „Archive". — In prächtiger Breite, unter Mitteilung der ganzen Fülle des Materials, mit liebevollem Verweilen auch bei kleinsten Fragen, andererseits aber mit Hervorhebung der großen rechtspolitischen Kernfragen, enthält das in jeder Hinsicht schön ausgestattete Werk einen reichen Schatz der Belehrung, Förderung, Anregung.

Th. Niemeyer.

Allen, Henry T. Mein Rheinland-Tagebuch, deutsche Ausgabe. 386 S. Reimar Hobbing, Berlin 1924.

Eine der wichtigsten politischen Veröffentlichungen der Nachkriegszeit ist das „Rhineland-Journal" des Generals *Henry T. Allen*, der in den Jahren 1919—1923 Oberbefehlshaber der amerikanischen Besatzungsarmee am Rhein und Mitglied der Rheinland-Oberkommission war. *Allen* hat sein Tagebuch der Oeffentlichkeit in der Erwägung übergeben, daß es für die Bildung einer richtigeren Beurteilung von Personen und Maßnahmen von Nutzen sein könnte; er wollte die Möglichkeit und die Vorzüge einer aufrechten Politik zeigen, die auf Anstand und Rechtlichkeit gegründet ist („*to reveal the practicability and advantage of a frank policy based on fair play and a square deal*", sagt er in seinem Vorwort). Die Bedeutung dieses Buches liegt darin, daß *Allen* als Vertreter eines der ehemaligen Feinde Deutschlands, trotzdem oder gerade weil er durchaus frankophil ist — in ähnlicher Grundeinstellung wie der ehemalige italienische Ministerpräsident *Nitti* —, Frankreich den Spiegel der Wahrheit vorhält, wo dieses aus Rachsucht, Haß oder brutaler, hemmungsloser Machtgier über die harten Friedensvertragsbedingungen hinaus Deutschland drangsaliert, quält und völkerrechtswidrig zu zerstückeln sucht. Durch den schlichten, geraden, offenen Sinn und die anständige Art seiner Amtsführung hat General *Allen* sich auszuzeichnen verstanden; seine von sachkundiger Hand geschriebenen Dokumente geben insbesondere einen Blick hinter die Kulissen des französischen Treibens und Trachtens am Rheine. *Allen* hat mit scharfem Blick Frankreichs Politik wie Deutschlands furchtbare Lage erkannt und gezeichnet, mit großem Takt und guter Menschenkenntnis hat er die Diplomaten wie Militärs charakterisiert, mit denen er dienstliche oder persönliche Bekanntschaft in den Jahren seines Oberkommandos am Rhein gemacht hat. Die Aeußerungen über Oberschlesien, über Polen, über die Umtriebe *Dortens* am Rhein, über Frankreichs Ruhrpolitik, über die Sanktionen, über die Rheinlandkommission, über den Völkerbund, über die Kontrollkommission, über die Auslieferung der sogenannten Kriegsverbrecher erheischen allergrößtes Interesse. Daß in den Tagebuchaufzeichnungen Festlichkeiten, Besuche, Paraden usw. erwähnt werden, die nur Tagesbedeutung haben, ist aus der Anlage des Tagebuches allzu erklärlich.

Digitized by Google

Mit innerer Ablehnung wird man an das Buch herantreten, mit gesteigerter Spannung es lesen; man wird es aber in dem Gefühl aus der Hand legen, daß dieses Buch, das so viel Bitteres für Deutschland enthält, für die ganze Welt aufklärend wirken kann, daß es beitragen kann, das Gewissen der Welt gegen französische Willkür und Ueberheblichkeit zu schärfen. In diesem Sinne sei dem Buche weiteste Verbreitung gewünscht.

C. Rühland.

Diplomatisches Jahrbuch 1925, hunderteinundsechzigster Jahrgang. Justus Perthes, Gotha 1925.

Das diplomatische Jahrbuch ist eine Fortsetzung des bis zum Jahrgang 1922 unter dem Titel „Gothaischer Kalender, Genealogischer Hofkalender und diplomatisch-statistisches Jahrbuch" erschienenen unentbehrlichen *Vademecums* aller Staatsmänner und Diplomaten. Aber auch der Historiker, Völkerrechtler, Staatsrechtler, Wirtschaftswissenschaftler wird das Jahrbuch als unentbehrliches Auskunftsmittel, das den Vorzug der Gründlichkeit wie Zuverlässigkeit hat, gerne benutzen. Mit seinem 160. Jahrgange ist das diplomatische Jahrbuch vom Genealogischen Hofkalender getrennt worden. Starke Veränderungen und Verbesserungen hat durch diese Trennung der staatsrechtlich-statistische Teil des Jahrbuchs erhalten. Die Nachrichten beschränken sich nicht mehr wie bisher auf die wichtigsten Staaten der Welt, sondern umfassen jetzt alle staatlich organisierten Länder der Erde. Auf annähernd 1000 Seiten sind Angaben über oberste Zivil- und Militärbehörden einschließlich der diplomatischen und konsularischen Vertreter aller Staaten der Erde sowie Zahlennachweise über deren Fläche und Bevölkerung, Haushalt und Wirtschaft gegeben.

C. Rühland.

III.

Verzeichnis eingegangener Neuerscheinungen.

Besprechung dieser Erscheinungen bleibt vorbehalten.

Abraham, Paul. *Emil Seckel.* 24 S. 8°. Prager, Berlin 1924.

Aftalion, Albert. L'industrie textile en France pendant la guerre. XII, 264 S. 8°. Yale University Press, New Haven (1925).

Aktenstücke und Aufzeichnungen zur Geschichte der Frankfurter Nationalversammlung aus dem Nachlaß von *Johann Gustav Droysen.* Herausgegeben von Rudolf Hübner. X, 848 S. 8°. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1924.

Alvarez, Alejandro. The Monroe Doctrine, its importance in the intern. life of the states of the new world. IX, 573 S. 8°. New York: Oxford Clarendon Press 1924.

— Le nouveau droit international public et sa codification en Amérique. 66 S. 8°. Rousseau, Paris 1924.

Allen, Henry T. Mein Rheinland-Tagebuch. XV, 386 S. 8°. Hobbing, Berlin 1923.

Andreas, Willy. Die Wandlungen des großdeutschen Gedankens. 41 S. 8°. Deutsche Verlags-Anstalt. Stuttgart 1924.

Anordnungen, Die französisch-belgischen, für das Ruhrgebiet und die übrigen neubesetzten Gebiete. X, 178 S. 2°. Heymann, Berlin 1924.

Bagdat, Elise Constantinescu. Etudes d'histoire pacifiste I. La „Querela pacis" d'Erasme (1517) (La Plainte de la Paix). Les Presses Universitaires de France. XV, 211 S. 8°. Paris et Nijhoff, Haag 1924.

Digitized by Google

Balch, Thomas Willing. Rechtliche und politische Fragen zwischen Nationen. Alleinberechtigte deutsche Ausgabe von *Erwin Volckmann*. 88 S. 8°. Memminger, Würzburg 1925.

Baumbach. Taschenausgabe der neuen Zivilprozeßordnung mit Entlastungsverordnung, Gerichtsverfassungsgesetz mit Einführungsgesetzen. 2. wesentlich veränderte und vermehrte Auflage. XI, 868 S. 8°. Liebmann, Berlin 1925.

Becher, Carl. Die Belastung von Handel und Industrie. VIII, 149 S. 8°. Liebmann, Berlin 1925.

Bemerkungen zu den beiden Gutachten des ständigen internationalen Gerichtshofes über die Rechtslage der Deutschen in Polen. Ein Beitrag zur Auslegung des Internationalen Minderheitenrechts. 28 S. 8°. Verlag der Deutschen Völkerbundliga, Prag 1924. (Veröffentlichungen der Deutschen Völkerbundliga in der Tschechoslowakischen Republik. Nr. 3.)

Die Beschlagnahme, Liquidation und Freigabe deutschen Vermögens im Auslande. Teil I. (nebst) Nachtrag. IX, 186 S. 8°. Heymann, Berlin 1924. (Die Rechtsverfolgung im internationalen Verkehr. Herausgegeben von *Leske-Loewenfeld*. Band 6.)

Bibliographie générale et complète des livres de droit et de jurisprudence publ. jusqu'au 15. II. 1924 classée dans l'ordre des codes avec table alphabétique des matières et des noms des auteurs. XLII, 194 S. 8°. Paris, Godde 1924.

Binder, Julius. Philosophie des Rechts. LIII, 1063 S. 8°. Stilke, Berlin 1925.

Björksten, S. R. Das Wassergebiet Finnlands in völkerrechtlicher Hinsicht. 253 S. 8°. Helsingfors 1925.

Blanchard, Raoul. Les forces hydro-électriques pendant la guerre. XII, 128 S. 8°. Yale University Press, New Haven (1925).

Bloem, Walter. Mörderin. Der Roman eines Verteidigers. (Schattenbilder des Lebens [Bd. 2].) 341 S. 8°. Liebmann, Berlin 1924.

Bosanquet, Helen. Free trade and peace in the nineteenth century. (Publications de l'Institut Nobel Norvegien Tome VI.) 155 S. 8°. Aschehoug, Kristiania. Duncker & Humblot, München und Leipzig u. a. 1924.

Braesco, Jean. Les caractères généraux de la Société dite „Partnership". 232 S. 8°. Rousseau, Paris 1923.

Brown, Philip Marshall. La Conciliation Internationale (Règlement des Différends Internationaux). 94 S. 8°. Pedone, Paris 1925.

Bruck, Ernst. Zwischenstaatliches Versicherungsrecht. (Uebersee-Studien Heft 3.) XI, 51 S. 8°. Bensheimer, Mannheim 1924.

Brum, Baltazar. La Paix de l'Amérique. 84 S. 8°. Imprenta Nacional, Montevideo 1923.

De Bustamante y Sirvén. La lour Permanente de Justice Internationale. 71 S. Haag (M. Nijhoff) 1923.

Bynkershoek, Cornelius van. De Dominio maris dissertatio. 424 S. 8°. Oxford University Press, New York 1923.

Castberg, Frede. Østgrønlands avtalen. 48 S. 8°. Cappelens Forlag, Kristiania 1924.

Cavaglieri, Arrigo. L'interpretazione di alcuni articoli del patto della Società delle Nazioni nella riposta del comitato dei giuristi. (Auszug: Rivista di diritto publico. Fasc. VI, Juni 1924.) 11 S. 8°. Stab. Poligrafico Editoriale Romano, Roma 1924.

— Note in materia di successione di stato a stato. Auszug aus: Rivista di diritto internazionale. Anno XVI — Vol. III — Fasc. II. 56 S. 8° Athenaeum, Rom 1924.

Digitized by Google

Chabaud, Georges. La propriété industrielle littéraire et artistique et les traités de paix. Préf. d. Pillet. XIII, 116 S. 8°. Berger-Levrault, Paris 1921.

Chirol, Valentine. The Occident and the Orient. Lectures on the Harris Foundation, 1924. XI, 228 S. 8°. Univ. of Chicago Press, Chicago 1924.

Sixième Congrès International de Législation Aérienne du Comité juridique international de l'Aviation. Tenu à Rome du 22. au 26. Avril 1924. 114 S. 8°. Per Orbem, Paris 1924.

Croce, Benedetto. Grundlagen der Politik (übertragen von *Hans Feist*). 61 S. 8°. Meyer & Jessen, München 1924.

Dehnow, Fritz. Zur Erneuerung der Rechtspflege. 105 S. 8°. Fackelreiter-Verlag, Werther (Teutoburger Wald) 1925.

Diehl, Karl und Mombert, Paul. Das Staatsschuldenproblem. (Ausgewählte Lesestücke zum Studium der politischen Oekonomie, Bd. 16.) VIII, 266 S. 8°. Braun, Karlsruhe 1923.

Dölle, Hans. Das materielle Ausgleichsrecht des Versailler Friedensvertrages. (Abhandlungen aus der Berliner Juristischen Fakultät I). 170 S. 8°. Springer, Berlin 1925.

Duval, Frédéric. De la paix de dieu à la paix de fer. 103 S. 8°. Paillard, Paris 1922.

Ebray, Alcide. La paix malpropre (Versailles) pour la réconciliation par la vérité. XVI, 398 S. 8°. Società Editrice „Unitas", Milano 1925.

Emge, August. Das Eherecht *Immanuel Kants*. 40 S. 8°. Heise, Berlin 1924.

Epstein, Leo. Der nationale Minderheitenschutz als internationales Rechtsproblem. 23 S. 8°. Engelmann, Berlin 1922.

Fenner, G. und von Loesch. Die neuen Agrargesetze der ost- und südeuropäischen Staaten. Bd. 1. VIII, 258 S. 8°. Engelmann, Berlin 1923.

Festgabe der Juristischen Fakultät der Universität Freiburg (Schweiz) zur 59. Jahresversammlung des Schweizerischen Juristenvereins in Freiburg, 29. und 30. September 1924. 302 S. 8°. Weizinger, Freibourg (Schweiz) 1924.

Festgabe zur Feier des 50jährigen Bestehens dem schweizerischen Bundesgerichte dargebracht von der Juristischen Fakultät der Universität Bern. VIII, 283 S. 8°. Stämpfli, Bern 1924.

Fick, F. Die Verschmelzung (Fusion) von Aktiengesellschaften nach schweizerischem Recht. 69 S. 8°. Füßli, Zürich 1924 (Schweizer Zeitfragen, Heft 60).

Fontaine, Arthur. L'Industrie française pendant la guerre. XII, 504 S. 8°. Yale University Press, New Haven 1925.

Fooks, Herbert C. Prisoners of war. XXIV, 456 S. 8°. Stowell, Federalsburg 1924.

Freund, Rudolf. Die Genfer Protokolle. Ihre Geschichte und Bedeutung für das Staatsleben Deutsch-Oesterreichs. 108 S. 8°. de Gruyter, Berlin und Leipzig 1924.

Fuchs, Wilhelm. Juristischer Literaturführer und bibliographische Technik für Juristen. 68 S. 8°. Coppenrath, Münster 1924.

Fülstör, Hans. Die treibenden Kräfte der überstaatlichen Organisation. 130 S. 8°. Oldenburg, Leipzig 1925 (Monographien zur Friedensfrage Bd. 4).

— Das Bürgerliche Recht mit Einschluß des römischen und deutschen Privatrechts in Frage und Antwort. 5 Bände. Roth, Gießen 1925.

Geiler, Karl und Wilhelm Pfefferle. Die schweizerischen Goldhypotheken in Deutschland. XIX, 452 S. 8°. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig 1924.

Giese, F. Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. 8. 1919. 6. ergänzte und verbesserte Auflage. XV, 444 S. Heymann, Berlin 1925.

Digitized by Google

Goldstein, Julius. Rasse und Politik. 4. erw. und umgearb. Aufl. 158 S. 8°. Oldenburg, Leipzig 1925.

Grosch, G. Jahrbuch für Völkerrecht und Friedensbewegung. Bd. I, II. 8°. Neue Geist-Verlag, Leipzig 1922 und 1924.

Grotius, Wilhelm. Die Wirtschaftsverträge der Sowjet-Union seit Rapallo. (Ostwelt-Bücherei Bd. I) 133 S. 8°. Ostwelt-Verlag, Berlin.

Guggenheim, Paul. Beiträge zur völkerrechtlichen Lehre vom Staatenwechsel (Staatensukzession). XXVI, 200 S. 8°. Vahlen, Berlin 1925.

Gysin, Arnold. Die Lehre vom Naturrecht bei Leonard Nelson und das Naturrecht der Aufklärung. IX, 139 S. 8°. Rothschild, Berlin 1924.

Harder, Andreas. Die überseeische Sammelsendung. (Uebersee-Studien, Heft 1.) 70 S. 8°. Bensheimer, Mannheim 1923.

Hatschek, Julius. Lehrbuch des deutschen und preußischen Verwaltungsrechts. 3. und 4. verb. Aufl. VI, 470 S. 8°. Deichert, Leipzig u. Erlangen 1924.

Hauser, Henri. Le problème du régionalisme. XII, 176 S. 8°. Les Presses Universitaires de France, Paris; Yale University Press, New Haven 1925.

Heilfron. Die rechtliche Behandlung der Kriegsschäden. Bd. I, II. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig 1916 und 1918.

Henry, Albert. Le ravitaillement de la Belgique pendant l'occupation allemande. 210 S. 8°. Les Presses Universitaires de France, Paris 1925.

Hensel, Albert. Der Finanzausgleich im Bundesstaat in seiner staatsrechtlichen Bedeutung. 192 S. 8°. Liebmann, Berlin 1922.

Herriot, Edouard. Lyon pendant la guerre. XVI, 99 S. 8°. Yale University Press, New Haven 1925.

Heusler, Andreas. Der Zivilprozeß der Schweiz. VIII, 202 S. 8°. Bensheimer, Mannheim 1923.

Preliminary history of the armistice. Official documents publ. by the German National Chancellery by order of the ministry of state. XII, 163 S. 8°. Oxford University Press, New York 1924.

Hippel, Ernst von. Untersuchungen zum Problem des fehlerhaften Staatsakts. VIII. 147 S. 8°. Springer, Berlin 1924.

Holldack, F. Grenzen der Erkenntnis ausländischen Rechts. XXIII, 292 S. 8°. Meiner, Leipzig 1919.

Homann-Herimberg, Emil. Die Kohlenversorgung in Oesterreich während des Krieges. (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges) XIII, 163 S. 8°. Hölder-Pichler-Tempsky, Wien. Yale University Press, New Haven 1925.

Homberger, A. Die obligatorischen Verträge im internationalen Privatrecht nach der Praxis des schweizerischen Bundesgerichts. (Abhandlungen zum schweizerischen Recht. N. F. H. 5.) 78 S. 8°. Stämpfli, Bern 1925.

Huber, Max. Staatenpolitik und Evangelium. 36 S. 8°. Schultheß, Zürich 1923.

— Schweizerische Neutralität und der Völkerbund. Extrait de l'origine et l'œuvre.

Hudson, Manley O. Advisory opinions of national and international courts. (Auszug: Harvard Law Review, Vol. XXXVII, Nr. 8.) S. 970—1001. Harvard Law Review Association, Cambridge 1924.

Ihering, Rudolf von. Recht und Sitte. 264 S. 8°. Langen, München.

Internationales Arbeitsamt. Gesetzesreihe. 1922. Bd. III. Genf.

Kaden, Erich Hans. Le séquestre des entreprises ennemies. 54 S. 8°. Vahlen, Berlin 1923.

— Privatrecht des Friedensvertrages. 129 S. 8°. Hirt, Breslau 1925.

Kaufmann, Erich. Studien zum Liquidationsrecht. 47 S. 8°. Vahlen, Berlin 1925.

Digitized by Google

Kantsky, Karl. Outbreak of the world war. German documents collected by *Karl Kautsky* and ed. by *Max Montgelas* and *Walter Schücking* Transl. VI, 688 S. 8°. Oxford University Press. New York 1924.

Kellor, Francis and Antonia Hatvany. Security aigainst war. Vol. I. Machinery of peace and controversies. Vol. II. International courts and outlawry of war. 8°. Macmillan, New York 1924.

Kraus, Herbert. Germany in Transition. Lectures on the *Harris Foundation*, 1924. XI, 236 S. 8°. University of Chicago Press, Chicago 1924.

Krstitch, Dragolioub. Les minorités, l'Etat et la Communité internationale. VIII. 337 S. 8°. Rousseau, Paris 1924.

Kunz, Otto. Die internationalen Telegraphen-Unionen. (Tübinger Abhandlungen zum öffentlichen Recht, Heft 2.) 148 S. 8°. Enke, Stuttgart 1924.

Lapradelle, A. de. La loi polonaise de 1920 sur la nationalité et les traités de Versailles. (Comité des Délégations juives.) 27 S. 8°.

Lawrence, Martin. The treaties of peace 1919—1923. Vol. I u. II. 8°. Carnegie Endowment for International Peace, New York 1924.

Leibholz, Gerhard. Die Gleichheit vor dem Gesetz. (Oeffentlich-rechtliche Abhandlungen, H. 6.) 161 S. 8°. Liebmann, Berlin 1925.

Lenz, Friedrich. Die deutschen Vergeltungsmaßnahmen im Wirtschaftskrieg. Mit Beiträgen von *Gottfried, Haft, Lenz, Möhler, Nieders, Schmidt* und *Stehberger*. Herausgegeben von *Friedrich Lenz* und *Eberhard Schmidt*. (Bonner Staatswissenschaftliche Untersuchungen, H. 9.) VI, 368 S. 8°. Schröder, Bonn u. Leipzig 1924.

Levy, Hermann. Die Grundlagen der Weltwirtschaft. X, 185 S. 8°. Teubner, Leipzig u. Berlin 1924.

Lindenau, Heinrich. Kriminalinspektor Dr. *Stretter*. Eine Polizeigeschichte (Schattenbilder des Lebens, Bd. 1). 148 S. 8°. Liebmann, Berlin 1924.

Lloyd, E. M. H. Experiments in state control at the war office and the ministry of food. XXIV, 460 S. 8°. Clarendon Press Oxford 1924.

Lutteroth, Ascan. Der Geisel im Rechtsleben. VIII, 300 S. 8°. Marcus, Breslau 1922.

Lugo-Viña, Ruy de. Un internacionalista representativo. Cosme de la Torriente. 270 S. 8°. Libreria Cervantes, Paris 1924.

Machado, Luis. Legislacion internacional del aire. 27 S. 8°. „El Siglo XX". Habana 1923.

Mackay, Hector. La revendication des meubles en droit anglais par comparaison avec le système français. 134 S. 8°. Rousseau, Paris 1924.

Manning, William. Arbitration treaties among the American Nations to the close of the year 1910. XI, 472 S. 8°. Oxford University Press, New York 1924.

Marcks, Erich. Geschichte und Gegenwart. 168 S. 8°. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1925.

Marx, Fritz Morstein. Beiträge zum Problem des parlamentarischen Minderheitenschutzes. 48 S. 8°. Lüttke & Wulff, Hamburg 1924.

Matos, José. Curso de derecho internacional privado. 567 S. 8°. Sanchez & de Guise, Guatemala 1922.

Mayer, Otto. Deutsches Verwaltungsrecht. Band 2. 3. Aufl. 409 S. 8°. Duncker & Humblot, München u. Leipzig 1924.

Meinecke, Friedrich. Die Idee der Staatsräson. 545 S. 8°. Oldenbourg, München und Berlin 1924.

Mettgenberg, Wolfgang. Die Verträge mit der Tschechoslowakei über Rechtshilfe in Strafsachen. 168 S. 8°. Bensheimer, Mannheim, Berlin u. Leipzig 1925 (Rechtsverträge des Deutschen Reichs, H. 1).

Digitized by Google

Millot, Albert. Les mandats internationaux. Etude sur l'application de l'article 22 du pacte de la Société des Nations. 252 S. 8°. Larose, Paris 1924.

Molengraaff, W. L. P. A. Leidraad bij de beœfening van het Nederlandsche Handelsrecht. T. 2. XXXIII, S. 449—1035. Bohn, Haarlem 1925.

Mollat, George. Unsere nationalen Erzieher von Luther bis Bismarck. XXVIII, 577 S. 8°. Zickfeldt, Osterwieck-H. 1923.

Müller, Joseph. Die Stellung des Menschen im Völkerrecht nach der Theorie Pascal Fiore's. 32 S. 8°. Räber, Luzern 1921 (Volksbildung, Heft 19).

Müller, Hans. Die Einwirkung der Währung auf die privatrechtlichen Verhältnisse. 80 S. 8°. Helbing & Lichtenhahn, Basel 1924.

Musulin, Freiherr von. Das Haus am Ballplatz. Erinnerungen eines österreichisch-ungarischen Diplomaten. 309 S. 8°. Verlag für Kulturpolitik, München 1924.

Neißer, Hans und Melchior Palyi. Lujo Brentano. 50 S. 8°. Prager, Berlin 1924.

Nelson, Leonard. System der philosophischen Rechtslehre und Politik. XXXV, 680 S. 8°. Neue Geist-Verlag, Leipzig 1924.

— System der philosophischen Rechtslehre. XI, 132 S. Neue Geist-Verlag, Leipzig 1920.

Nolde, Boris. La Fin de la guerre en Russie au point du droit international. S. 395—408. Weißenbruch, Bruxelles 1923.

— Le code civil de la République des Soviets. 27 S. 8°. Impr. moderne, Agen 1923.

Oertmann, Paul. Der politische Boykott. 91 S. 8°. Vahlen, Berlin 1925.

Orte und Eisenbahnstationen mit Postanstalten. Die von Deutschland nach dem Friedensvertrage von Versailles abgetretenen, mit ihren früheren und jetzigen Namen. 68 S. 8°. Gea-Verlag, Berlin 1925.

Outline of plan. European Series. (Economic and social history of the world war. James T. Shotwell.) 180 S. 8°. Carnegie Endowment for intern. Place, Washington 1924.

Pic, Paul. Des Sociétés commerciales. 927 S. 8°. Rousseau, Paris 1924.

Pick. Die Bewertung des Betriebsvermögens für Industriebelastung, Vermögenssteuer und Handelsgoldbilanz. XV, 210 S. 8°. Spaeth & Linde, Berlin 1925.

Pillet, Antoine. Traité pratique de droit international privé. Tome III. 960 S. 8°. Société du Recueil Sirey, Paris 1924.

Planitz, Hans. Die Rechtswissenschaft der Gegenwart. VII getr. Pag. 8°. Meiner, Leipzig 1924.

Plant, Theodor. Deutsche Handelspolitik. X, 245 S. Teubner, Leipzig und Berlin 1924.

Pohl, Heinrich. Reichsverfassung und Völkerversöhnung. 36 S. 8°. Kohlhammer, Stuttgart 1924.

— Luftkriegsrecht. 48 S. 8°. Kohlhammer, Stuttgart 1924.

Politis, N. La justice internationale. 324 S. 8°. Hachette, Paris 1924.

Popovics, Alexander. Das Geldwesen im Kriege. (Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges.) XIX, 177 S. 8°. Hölder-Pichler-Tempsky, Wien; Yale University Press, New Haven 1925.

Poullet, P. Manuel de droit international privé belge. VIII, 623 S. Recueil Sirey, Paris 1925.

Rabel, Ernst. Aufgabe und Notwendigkeit der Rechtsvergleichung. (Münchener Juristische Vorträge, H. 1.) 24 S. Hueber, München 1925.

Rauchhaupt, Fr. W. von. Völkerrechtliche Eigentümlichkeiten Amerikas, insbesondere Hispano-Amerikas. 62 S. 8°. Sack, Berlin 1924.

Digitized by Google

Rußland und Asien. Richters Russische Monographien. Bd. II. Das Recht der Ausländer in der Union der S. S. R. Hrsg. von *Georg Cleinow.* 143 S. 8°. Richter, Erfurt 1925.

Reuterskiöld, C. A. Sveriges Grundlagar und därtill hörande författningar och konstitutionell sedvanerätt samt vissa internationella öfverenskommelser. T. I, II. 8°. Almquist & Wicksell, Upsala und Stockholm 1925.

Roepke, Fritz. Von Gambetta bis Clemenceau. Fünfzig Jahre französischer Geschichte. IX, 291 S. 8°. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1922.

Rueger, P. u. Burckhardt, W. Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit des Staates für die auf seinem Gebiete begangenen Verbrechen. 32 S. 8°. Füßli, Zürich 1924.

Rühlmann, Paul. Staatsanschauungen. Quellenstücke zur Geschichte des Staatsgedankens. 2. umgestaltete Aufl. 32 S. Teubner, Berlin u. Leipzig 1924.

Satter, Karl. Beiträge zur Lehre vom internationalen Eherecht. 143 S. 8°. Perles, Wien 1924.

Sauser-Hall, G. La réparation des dommages de guerre et les neutres.

Scott, W. R. and Cunnison, J. The industries of the clyde valley during the war. XII, 224 S. 8°. Clarendon Press, Oxford 1924.

Sinojew, G. Der Krieg und die Krise des Sozialismus. 667 S. 8°. Verlag für Literatur und Politik, Wien.

Sottile, Antoine. Le règlement pacifique des différends internationaux (système de l'arbitrage, de la securité et de la réduction des armements). 36 S. 8°. Genève 1924.

— Nature juridique de la neutralité à titre permanent. XV, 117 S. Gianotta Catania 1921.

Schäfer, Leopold. Die Londoner Amnestievereinbarungen. (Rechtsverträge des Deutschen Reiches, H. 2). 86 S. 8°. Bensheimer, Mannheim, Berlin, Leipzig 1925.

Schätzel, Walter. Die Rechtsbeziehungen der Auslandsdeutschen zum Reich. 42 S. 8°. Engelmann, Berlin 1921.

Schlegelberger, Franz u. Hoche, Werner. Das Recht der Neuzeit. In 3. erweiterter Auflage herausgegeben von *Werner Hoche.* 176 S. 8°. Vahlen, Berlin 1925.

Schnabel, Franz. 1789—1919. Eine Einführung in die Geschichte der neuesten Zeit. 2. Aufl. IV, 198 S. 8°. Teubner, Leipzig u. Berlin 1924.

Schiffahrtsrechtliche Gesetze. Systematische Sammlung der einschlägigen Gesetze, Verordnungen und allgemeinen Vertragsbedingungen. Textausgabe. Herausgegeben von *Heinrich Hoeniger, Fritz Cahn-Garnier* u. *Erich Griesbach.* XV, 712 S. 8°. J. Bensheimer, Mannheim, Berlin u. Leipzig 1925.

Schücking, Walther. Garantiepakt und Rüstungsbeschränkung. 27 S. 8°. Vahlen, Berlin 1924.

— Das völkerrechtliche Institut der Vermittlung. (Publications de l'Institut Nobel Norvégien, Tome V.) 346 S. 8°. Aschehoug, Kristiania. Nijhoff, Haag 1924.

— Das Genfer Protokoll. 22 S. 8°. Frankfurter Societätsdruckerei, Frankfurt 1924.

Schücking, Walther u. Wehberg, Hans. Die Satzung des Völkerbundes. Kommentar. 2. umgearbeitete Aufl. XXVII, 794 S. 8°. Vahlen, Berlin 1924.

Schützinger, Hermann. Bürgerkrieg. 64 S. 8°. Oldenburg, Leipzig 1924.

Digitized by Google

Sperl, Hans. Nationalismus, Internationalismus und Rechtsordnung (Rede). 21 S. 8°. Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1924.

— Lehrbuch der Bürgerlichen Rechtspflege. Bd. 1, Teil 1. Einleitung, Gerichtsverfassung, Zuständigkeit. VIII, 160 S. 8°. Hölder-Pichler-Tempsky, Wien 1925.

Stähle, Hans. Die deutschen Embargoschiffe in Italien. Ein Beitrag zur Geschichte des italienischen Seekriegsrechts im Weltkriege. (Tübinger Abhandlungen zum öffentlichen Recht, H. 3.) 79 S. 8°. Enke, Stuttgart 1925.

Stauffer, W. Das internationale Privatrecht der Schweiz auf Grund des B.G. betr. die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter vom 25. Juni 1891/10. Dezember 1907 (Textausgabe). 171 S. 8°. Sauerländer, Aarau 1925.

Stier-Somlo, Fritz. Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919. 3. ergänzte und wesentlich veränderte Aufl. VIII, 238 S. 8°. Marcus & E. Webers Verlag, Bonn 1925.

Stoyanovsky, J. La théorie générale des mandats internationaux. 251 S. 8°. Les Presses Universitaires de France, Paris 1925.

Thieme, P. u. Schuster, Bruno. Das polnische Liquidationsverfahren. 237 S. 8°. Vahlen, Berlin 1924.

Tocornal, Miguel Cruchaga. Nociones de derecho internacional. 3 éd. T. 2. 776 S. 8°. Editorial Reus, Madrid 1925.

Union internationale pour la protection de la propriété industrielle. Conférence de la Haye. Documents préliminaires. La législation des divers pays au monde en matière de propriété industrielle. Fasc. 1. Juli 1924. 40 S. 2°. Bureau international de l'Union industrielle, Bern 1924.

L'Union postale universelle. Sa fondation et son développement. Mémoire publ. par le Bureau international à l'occasion du 50e anniversaire de l'Union 1874—1924. Berne.

Vanderpol, Alfred. La doctrine scolastique du droit de guerre. XXVIII, 532 S. 8°. Pedone, Paris 1925.

Vico, Giambattista. Neue Wissenschaft. Grundzüge einer neuen Wissenschaft über die gemeinschaftliche Natur der Völker. Uebers. und eingel. von *E. Auerbach*. 444 S. 8°. Allgemeine Verlagsanstalt, München.

Vierkandt, Alfred. Gesellschaftslehre. VIII, 440 S. Enke, Stuttgart 1923.

Visscher, Charles de. The stabilization of Europe. Lectures on the Harris Foundation. XI, 190 S. 8°. University of Chicago Press, Chicago 1924.

Wahle, Karl. Das Valorisationsproblem in der Gesetzgebung und Rechtsprechung Mitteleuropas. 284 S. 8°. Rikola, Leipzig 1924.

Waldkirch, E. v. Die Neutralen und die Reparation der Kriegsschäden. 39 S. 8°. Orell-Füßli, Zürich 1924.

Waldkirch, E. von. Artikel 435 des Versailler Vertrages. 94 S. 8°. Sauerländer, Aarau 1924.

Weber, Alfred. Die Krise des modernen Staatsgedankens in Europa. 172 S. 8°. Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart und Berlin 1925.

Wehberg, Hans. Das Paßwesen. 2. umgeänderte Aufl. (Staatsbürger-Bibliothek, H. 63.) 8°. Volksvereinsverlag, M.-Gladbach 1923.

Weil, Bruno. Das Liquidationsschädengesetz. Vorwort von *Ernst Grosse*. 205 S. 8°. Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin 1923.

Weiß, Egon. Erinnerungen an Ludwig Mitteis. 32 S. Meiner, Leipzig 1925.

Digitized by Google

White book, German. Concerning the responsibility of the authors of the war. XV, 178 S. 8°. Oxford University Press. New York 1924.

Wolff, Karl. Grundlehre des Sollens, zugleich eine Theorie der Rechtserkenntnis. 213 S. 8°. Wagner, Innsbruck 1924.

Wolff, Theodor. Das Vorspiel. Bd. I. 303 S. 8°. Verlag für Kulturpolitik, München 1924.

Wrede, R. A. Das Zivilprozeßrecht Schwedens und Finnlands. 379 S. 8°. Bensheimer, Mannheim 1924.

Yron, La guerre aérienne. (Contribution à l'étude de ses lois.) Per Orbem, Paris 1924.

Zingerle, H. Die gemeingefährlichen Handlungen der Geisteskranken in ihrer Bedeutung für die Rechtspraxis. 44 S. 8°. Moser, Graz 1924.

Digitized by Google

Alphabetisches Sachregister.

(Die Zahlen bezeichnen die Seiten.)

Abrüstung 163, 199, 423.
Académie internationale de droit comparé 429.
Alkoholverbot, amerikanisches 207.
Alliierte, Abkommen mit Deutschland vom 18. 8. 1924 und 30. 8. 1924 141.
Alliierte, interalliiertes Abkommen vom 30. 8. 1924 159.
Anerkennung ausländischer Urteile 411.
Angriffskrieg 178, 188, 193.
Annektiertes Gebiet, Juristische Personen 417.
Arbeitsamt, Internationales, Zuständigkeit 36, 431.
Ansiedler, Deutsche in Polen 432.
Anwachsung 411.
Apoliden 412.
Austausch der griechischen und türkischen Bevölkerung 434.
Autonomie, Ostkarelien 432.

Barcelona-Konferenz 1921 257.
Berner Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr 415.
Besetzung des Ruhrgebiets 44.

Commission internationale de navigation aérienne 420.
Cour permanente 431.

Dawes-Plan 128.
Deklaration betr. Flaggenrecht von Staaten ohne Küste 272.
Denkschriften zum Genfer Protokoll 172.
Deutsche im Mandatsgebiet Südwestafrika 216.
Deutschland, Freundschaftsvertrag mit der Türkei 206, Vertrag mit den Vereinigten Staaten von Amerika betr. Einfuhrverbot alkoholischer Getränke 207, Abkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika betr. finanzielle Verpflichtungen aus dem Friedensvertrag 210, Handelsvertrag mit England 272, Vertrag mit Polen betr. Staatsangehörigkeit und Option 296, Vertrag mit Schweden betr. Schiedsgerichts- und Vergleichsverfahren 341.
Dokumente 95—348.

Eheliches Güterrecht 413.
Ehescheidung (Frankreich) 413.
Eisenbahnkonvention, Internationale vom 9. 12. 23 231.
England, Englisch-Schwedischer Heiratsvertrag 347.
Entmilitarisierte Zonen 168, 423.
Erbrecht (Lettland) 30, 415, 416.
Erfüllungsort, Recht des E. 399, 402.

Familienrecht (Lettland) 24.
Fiume, Abkommen Italien u. Serbisch-kroatisch-slowenischer Staat 203.
Flaggenrecht von Staaten ohne Küste 272.
Frankreich, Luftfahrtgesetz 11.
Freiheit des Durchgangsverkehrs 257.
Freundschaftsvertrag, Deutschland-Türkei 206.

Gemeinschaftliches Testament 415.
Genfer Protokoll über die friedliche Regelung internationaler Streitfälle 163.
Genfer Verkehrsabkommen 1923 231.
Gerichtshof, Internationaler im Haag 179, 431.
Gesellschafter einer offenen Handelsgesellschaft 411.
Grenzfestsetzung, polnisch-tschechoslowakische 433.
Grenzfestsetzung, serbisch-albanische 433.
Griechisch-bulgarischer Streitfall, betr. Art. 179 des Vertrages von Neuilly 435.
Grönlandfrage, dänisch-norwegische 457.

Digitized by Google

Gutachten, Völkerrechtliche 436.
Güterrecht, Eheliches 413.

Haager Ständiger Schiedsgerichtshof 62.
Haager Internationaler Gerichtshof, Obligatorische Zuständigkeit 179 ff., Tätigkeit (bis 1. 3. 1925) 431.
Handelsgesellschaft, Offene 411.
Handelsvertrag, Deutsch-englischer 272.
Heimatlose 412.
Hydroelektrische Kraftanlagen auf intern. Gewässern, Abkommen vom 9. 12. 1923 253.

Internationales Arbeitsamt 36 ff., 431.
Internationales Abrüstungsabkommen, Vorentwurf 425.
Internationale Eisenbahnkonvention 9. 12. 1923 231.
Internationaler Gerichtshof im Haag 179.
Internationale Konvention, betr. Transitbeförderung elektrischer Kraft 250.
Internationale Konvention, betr. hydroelektrische Kraftanlagen auf intern. Gewässern 253.
Internationale Konvention, betr. Freiheit des Durchgangsverkehrs 257.
Internationale Konvention, betr. das Regime schiffbarer intern. Wasserstraßen 262.
International Law Association (Stockholmer Konferenz) 6, 430.
Internationales Luftfahrtrecht 1.
Internationale Seehafenordnung 242.
Interparlamentarische Konferenz 420.
Intervention durch das intern. Arbeitsamt 36.
Islamisches Recht 415.

Jaworzina-Frage 433.
Juristische Personen im annektierten Gebiet 417.

Kaduzität 411.
Kieler Kanal 434.
Kloster St. Naoum-Fall 433.
Kolonialmandate 216, 422.
Kongresse 418.
Konferenz, interparlamentarische 420.
Konferenz der intern. Luftfahrtskommission 420.
Konferenz, fünfte panamerikanische 418.
Konferenz für Verkehr und Transit, Barcelona 1921 257, Genf 1923 231.

Lettland, der Rechtszustand 17.
Lex domicilii 411.
Lex rei sitae 416.
Liquidation deutscher Güter in Polen 436.
Liquidationsrecht der Friedensverträge 412.
Locus regit actum 415.
Londoner Abkommen betr. Dawes-Plan 128.
Louise Mountbatton, Lady 347.
Luftfahrtgesetz, französisches 11.
Luftfahrtrecht, internationales 1.

Mandatsgebiet, Südwestafrika 216.
Marokkostreit, englisch-französischer 432.
Memelabkommen vom 8. 5. 24 219.
Memorandum, südafrikanisches 216.
Mixed Claims Commission, deutsch-amerikanische 210.
Mavrommatis-Fall 434.

Navigation aérienne 420.
Norwegische Schiffe, amerikanische Requisition, Schiedsspruch 62.

Obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit 163, 176.
Option, Deutsch-belgisches Abkommen 201, Deutsch-polnisches Abkommen 296.
Ostkarelien, Autonomie 432.

Panamerikanische Konferenz, Santiago 1923 418.
Personalstatut 416.
Polnische Staatsangehörigkeit 406, 433.
Polen, Deutsche Ansiedler 432, Liquidation deutscher Güter 436.

Digitized by Google

Protokoll, Genfer vom 2. 10. 1924 163.
Prozeßkosten, Sicherheit 406.
Prozeßrecht (Lettland) 33.

Rechtsprechung 399—417.
Reparationskommission, Abkommen mit Deutscher Regierung vom 9. 8. 24 130.
Requisition norwegischer Schiffe durch Amerika (Haager Schiedsspruch 1922) 62.
Ruhrokkupation 44.
Rußland, Regesten von Staatsverträgen 397.

Sachenrecht (Lettland) 25.
Sanktionen 170, 194.
Sicherheit 163, 194.
Seehafenordnung, internationale vom 9. 12. 23 242.
Sitz, Recht des S. von Gesellschaften 411.
Spiritusabkommen, Deutschland-Vereinigte Staaten 207.
Südwestafrika, Deutsche im Mandatsgebiete 216.
„surplus" 411.
Schiedsgerichtsbarkeit, obligatorische 163, 176.
Schiedsgerichtshof, Haager 62.
Schiedsgerichtsvertrag und Vergleichsvertrag, Deutschland-Schweden 341.
Schiedssprüche 62.
Schuldrecht (Lettland) 30.
Staatsangehörigkeit, deutsch-polnisches Abkommen vom 30. 8. 1924 296, polnische St. 406, 433, 452.
Staatsangehörigkeitserlasse, französische in Tunis und Marokko 432.
Staatsverträge, Regesten vom 1. 4. 1924 bis 1. 1. 1925 351.

Staatsverträge:

I. Einzelverträge:
Abkommen zwischen den alliierten Regierungen 30. 8. 1924 159; Alliierte-Deutschland 18. 8. 1924 141; Belgien-Deutschland, Optionsvertrag 11. 9. 1922 201; Deutschland-England, Handelsvertrag, 2. 12. 1924 272; Deutschland-Polen, Staatsangehörigkeits- und Optionsvertrag 30. 8. 1924 296; Deutschland-Schweden, Schiedsgerichtsvertrag 29. 8. 1924 341; Deutschland-Türkei, Freundschaftsvertrag 3. 3. 1924 206; Deutschland-Ver. Staaten betr. finanzielle Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage 10. 8. 1922 210; Deutschland-Vereinigte Staaten von Amerika btr. Einfuhr alkoholischer Getränke 19. 5. 1924 207; England-Schweden, Heiratsvertrag 27. 10. 1923 347; Italien-Serbisch-kroatisch-slovenischer Staat betr. Fiume 27. 1. 1924 203; Londoner Abkommen auf Grund des Dawes-Planes 9. 8. 1924 128; Memelabkommen 8. 5. 1924 219; Reparationskommission - Deutschland 9. 8. 1924 130; Tangerstatut 18. 12. 1923 95.

II. Friedensverträge:
Vertrag von Versailles: Art. 92, 297 S. 432, Art. 389 S. 431; Vertrag von St. Germain: Art. 249 S. 412; Vertrag von Neuilly: Art. 179 S. 435.

III. Kollektivverträge:
Berner Uebereinkommen, betr. Eisenbahnfrachtverkehr, Art. 29 415; Pariser Luftverkehrsabkommen, 13. 10. 1919 2; Intern. Konvention, betr. Freiheit des Durchgangsverkehrs 257; Intern. Konvention, betr. das Regime der schiffbaren internationalen Wasserstraßen 262; Intern. Eisenbahnkonvention, 9. 12. 1923 231; Intern. Seehafenordnung, 9. 12. 1923 242; Intern. Konvention, betr. Transitbeförderung elektrischer Kraft, 9. 12. 1923 250; Intern. Konvention, betr. hydroelektrische Kraftanlagen auf internationalen Gewässern, 9. 12. 1923 253; Genfer Protokoll über die friedliche Regelung internationaler Streitfälle, 2. 10. 1924 163.
Ständiger Internationaler Gerichtshof, obligatorische Zuständigkeit 179, Tätigkeitsbericht bis 1. März 1925 431.
Stockholmer Konferenz der International Law Association 430.

Digitized by Google

Tangerstatut 95.
Testamentserrichtung 411, 415.
Transit 231, 257.
Transitbeförderung elektrischer Kraft, Konvention 9. 12. 1923 250.
Transitverkehr, Freiheit des (Barcelona-Abkommen) 257.
Trennung von Tisch und Bett 413.
Tunis, französische Staatsangehörigkeitserlasse 432.

Urteile, ausländische 411.

Vergleichsvertrag, deutsch-schwedischer 341.
Verkehrskonferenzen, Barcelona 257, Genf 231.
Vermittlung durch das Internationale Arbeitsamt 36.
Vermittlungsverfahren 181.
Versailler Vertrag, Art. 92, Art. 217 S. 432, Art. 389 S. 431.
Vertragsobligationen 399, 400.
Völkerbund, Fünfte Jahresversammlung 163.
Völkerrechtliche Gutachten 436.
Vormundschaftsrecht 416.

Waffenhandel, privater 423.
Währung 399, 400.
Wasserstraßen, Internationale 262.
Wimbledon-Fall 434.

Zonen, entmilitarisierte 168, 423.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Date Due

Digitized by Google

Digitized by Google

The Ohio State University
3 2435 06761126 9
THE OHIO STATE UNIVERSITY BOOK DEPOSITORY
D AISLE SECT SHLF SIDE POS ITEM C
8 08 05 04 8 14 005 2

Digitized by Google